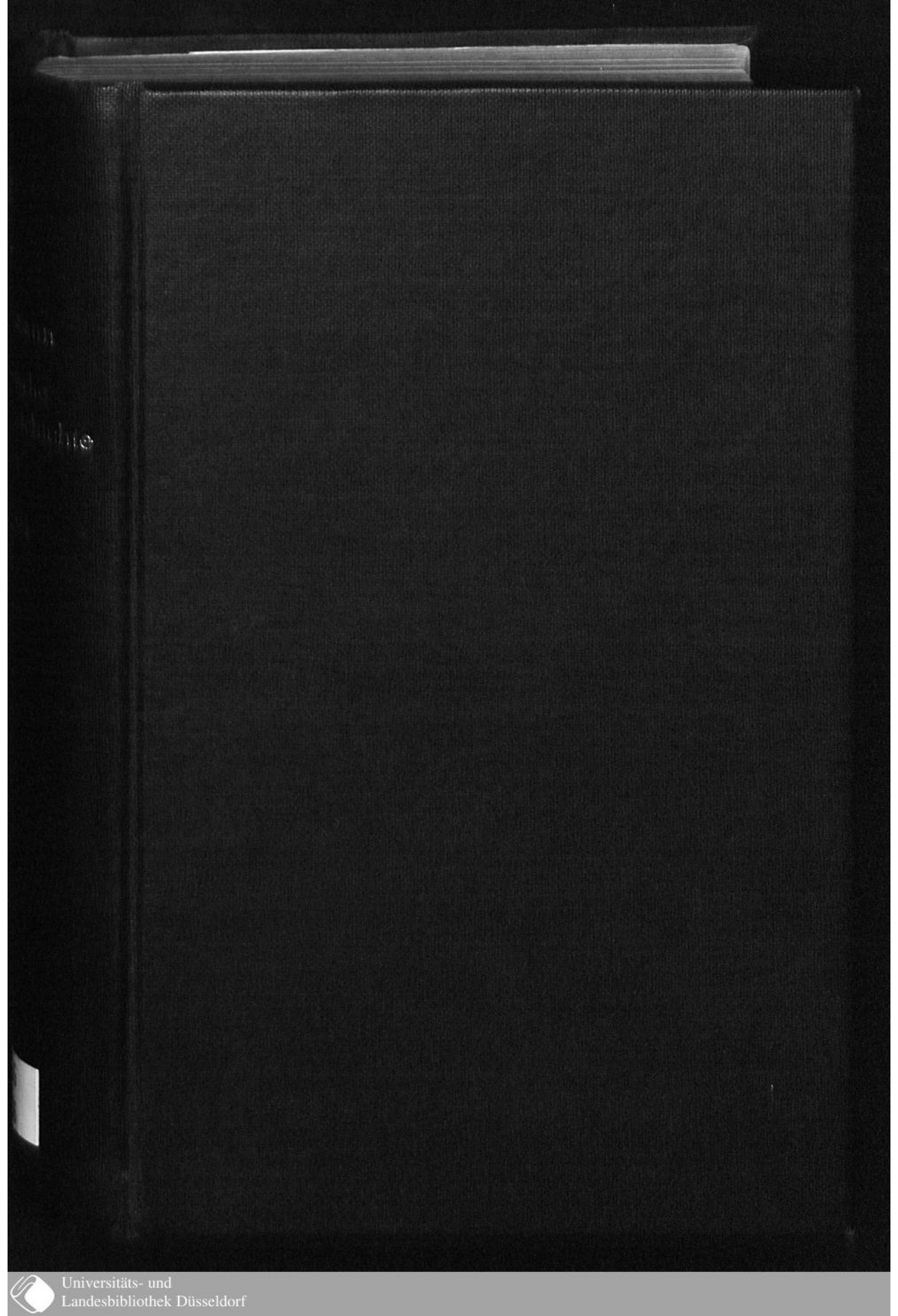

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

+4033 610 01

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Deutsche Reichsgeschichte

im Zeitalter

Friedrich III. und Max I.

Mit besonderer Berücksichtigung

der österreichischen Staatengeschichte.

Von

Dr. Adolf Bachmann,

Professor der österreichischen Geschichte an der deutschen Universität zu Prag.

74/13002

Zweiter Band.

Leipzig,

Verlag von Veit & Comp.

1894.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

A. D. G. 456
2/3



Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Vorrede.

Seit dem Erscheinen des ersten Bandes der „Reichsgeschichte" sind volle zehn Jahre verflossen. Schwere Erkrankung mit ihren lange fühlbaren Folgen, noch mehr aber die großen Schwierigkeiten bei der Beschaffung eines weitverstreuten, zum guten Teile noch ungedruckten Quellenmaterials, die Bedeutung und der Umfang der Aufgabe, die einerseits zu sorgsamer Rücksichtnahme auf die kaiserliche Hauspolitik und die erbländischen Verhältnisse, auf die Stellung des Kaisers im Reiche und zu den mächtigeren Reichsständen und deren territorialen Bestrebungen nötigte, und andererseits in den Beziehungen des alten Reiches zu den damals emporwachsenden Militärstaaten des neuen Europas, Ungarn im Osten, Burgund und Frankreich im Westen, den Schlüssel fand für eine Entwickelung, auf die auch Rom und Polen, der nordische Unionskönig Christian I. und die siegreiche Eidgenossenschaft immer wieder Einfluß übten: sie sind der Grund so langer Verzögerung. Doch bietet der Verfasser dafür statt einer Fortsetzung den Abschluß des ganzen Werkes dar: in den zwei Abteilungen des vorliegenden Bandes ist die Geschichte des deutschen Reiches und Volkes von 1466/7—1486 gegeben, also der Stoff, den nach dem ursprünglichen Plane (S. IV und V der Vorrede des ersten Bandes) Band II und III enthalten sollte, der bis zu den Anfängen von H. Ulmanns Geschichte Maximilians I. hinleitet.

Erschiene dem Verfasser die Frage nach der Stellung und Bedeutung der Kulturgeschichte zur politischen Entwickelung nicht längst als hochwichtig, so hätten ihn die interessanten und fruchtbaren Erörterungen, die sie gerade in letzter Zeit gefunden, darauf hingewiesen: er hat in wiederholter Prüfung berechtigten Forderungen Gotheins u. A. Rechnung zu tragen gestrebt. Kommen hier trotzdem — von den erbländischen Zuständen abgesehen — neben den Verfassungs- und Verwaltungsverhältnissen wesentlich nur die religiösen und kirchlichen Vorgänge zu breiterer Darlegung, so geschah dies, weil in der behandelten Epoche deutscher Reichsgeschichte eben nur sie bedeutendere Faktoren des staatlichen und politischen Lebens abgeben. Anders steht es bereits zum Teile gegen Ausgang des Jahrhunderts, wie der Verf. in einer Darstellung der Entwickelungsgeschichte der Maximilianischen Epoche zu zeigen gedenkt, die

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

neben — und gegenüber Ulmanns Ausführungen — wenn auch nur in mäßigem äußeren Umfange, notwendig erscheint.

Noch einer Aufklärung, Entschuldigung und Bitte, wie sie ähnlich auch dem ersten Bande vorangeschickt wurde, möge hier Raum gegönnt sein. Noch weniger als für den vorhergehenden Zeitraum standen dem Verfasser für die „Reichsgeschichte" von 1466—1486 brauchbare tiefergründende zusammenfassende Arbeiten zur Verfügung, so dankbar er der Belehrung gedenkt, die ihm treffliche Territorialgeschichten (Huber-Österreich, Riezler-Bayern, Menzel-Nassau, Dierauer-Eidgenossenschaft, Heinemann-Hannover u. a.) geboten haben. Hier galt es vielfach, erst die Bausteine zu beschaffen und die territorialen Vorgänge klar zu stellen und daneben doch auch gleich die einheitlichen beherrschenden Momente der Reichsgeschichte zu erkennen und festzuhalten. Von zahlreichen und mühevollen Einzeluntersuchungen bietet das ohnehin umfänglich genug gewordene Buch nur die Ergebnisse: man möge, so wenig ja Irrtümmer ausgeschlossen sind, die vielen oft der bisherigen Anschauung direkt widersprechenden Neuaufstellungen billig daraufhin beurteilen.

Dem schuldigen Dank an alle jene, die mich bei meinen archivalischen Fahrten und sonst bei Beschaffung der Quellen und der Litteratur freundlich unterstützt, habe ich bereits gelegentlich der Publikation eines Teiles der gesammelten handschriftlichen Materialien (Font. rer. Austriac. Band XLVI, Wien 1892, S. VII) Ausdruck gegeben. Ich wiederhole ihn Herrn Prof. Dr. H. Markgraf in Breslau und Geh. Hofrat Prof. Dr. L. von Rockinger in München gegenüber, deren ersterer mir seine reiche Sammlung von Urkunden- und Aktenkopien freundlichst zu unbeschränkter Verfügung gestellt hat, während Hofrat von Rockinger bis in die letzte Zeit herauf nicht ermüdete, durch Zusendung von Materialien aus den ihm unterstehenden Archiven und durch umfangreiche Recherchen meine Arbeit zu fördern.

Prag, am 16. Oktober 1893. **D. V.**

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Inhalt.

Erste Abteilung. 1467—1476.

Die burgundische Heirat.

Erstes Kapitel. S. 3—23. Mittelalter und Neuzeit. Die Anfänge moderner Staatenbildung im 15. Jahrhundert. Deutsche Zustände. Abgrenzung des Mittelalters und der Neuzeit 3—6, Neuordnung der internationalen Verhältnisse — 8, die Herrscheraufgabe wird anders aufgefaßt — 9, der Fürst nach Comynes und Macchiavelli — 11, Rechte und Pflichten des neuen Staates — 14, Aufrichtung desselben in Frankreich, England und Spanien bis 17, der moderne Staat und Böhmen und Polen — 18, und das deutsche Reich — 21, das Reich und die Herrscher von Burgund und Ungarn — 22, Deutschland und Österreich — 28.

Zweites Kapitel. S. 23—37. Der Kirchenstreit in Böhmen nach der Bannung des Königs. König Georgs Machtmittel und Pläne. Sein Verhältnis zu Kaiser und Reich bei Ausbruch des Krieges. Der zweite Hussitenkrieg des 15. Jahrhunderts und seine Bedeutung — 24, Machtmittel und Schwächen König Georgs — 27, der König und das Reich und die deutschen Fürsten — 30, der Kaiser im Bunde mit der Kurie gegen Böhmen 1466 — 32, Beziehungen zwischen Körig Georg und Kaiser Friedrich vom Spätjahr 1466 bis zum Februar 1467 — 37.

Drittes Kapitel. S. 37—69. Das Reich und der deutsche Norden. Polen und der Deutschorden. Schleswig-Holstein und König Christian I. von Dänemark. Die Pommersche Erbfolgefrage. Das Reich und der deutsche Norden 37—40, die Katastrophe im preußischen Ordenslande: der Orden und seine Landstände bis 1455 — 41, Hilfeleistung der Polen für die Stände — 44, Gang des preußisch-polnischen Krieges 1455—1462 — 46, der Kaiser und der preußische Krieg — 47, Vermittlungversuche Erzherzog Albrechts und Ludwigs von Landshut — 47, Kaiser und Kirche dem Thorner Frieden gegenüber — 49, die Erwerbung Holsteins von Seiten Dänemarks: Erhebung Graf Christians von Oldenburg auf den dänischen Thron (28. September 1448) — 50, Charakteristik König Christians I. — 52, seine Stellung zum Reiche — 52, Christian wird Herzog von Schleswig und Graf von Holstein — 55, Verhalten von Kaiser und Reich zur Besitzergreifung Holsteins seitens der Dänen — 56, Christians Politik bis 1473 — 57, Ursprung und Verlauf des pommerschen Streites 1464 — 59, Stellung des Kaisers — 59, Abmachungen des Kaisers und der Markgrafen (31. März 1465) — 61, Versuche des Kurfürsten, ohne die kaiserliche Verfügung die Lande zu erwerben — 63, der Verlag von Soldin (21. Jan. 1466) — 64, vom Kaiser kassiert — 65, von den Wolgaster Herzogen aufgegeben — 66, Unwille der Markgrafen gegen den Kaiser — 67, Pommern für sie verloren — 68, der Kaiser ändert seine Reichspolitik 1467 — 69.

Viertes Kapitel. S. 69—98. Umschwung der Reichspolitik. Die inneren Wirren in Böhmen und Österreich. Kaiserliche und böhmische Ambition um das Reich. Der neue Reichstag zu Nürnberg. Kaiser Friedrich nähert sich den Wittelsbachern, Februar 1467 — 70, Aufregung des

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Markgrafen deswegen — 71, die Verständigung mit Landshut gelingt nicht, Ungarn und Rom Bündner des Kaisers — 72, böhmische Werbung in Ungarn abgewiesen — 75, der Fastenlandtag (24. Februar 1467) zu Prag — 77, Ergebnisse — 78, die Vermittelung für Böhmen in Rom abgewiesen — 80, Bewegungen in den böhmischen Landen — 82, der König und die verbündeten deutschen Fürstenhäuser, März bis Juli 1467 — 83, des Königs Appellation und Konzilsprojekt — 86, dieses scheitert — 87, der Krieg in Böhmen eröffnet, der König überlegen, April 1467 — 88, Maßnahmen des Kaisers in Österreich — 90, der Reichstag zu Nürnberg (14.—20. August 1467) — 98.

Fünftes Kapitel. S. 98—121. Der Hussitenkrieg des Jahres 1467. Die Vermittelung des Reiches abgelehnt. Neue Bemühungen des Kaisers um einen Fürstenbund gegen Böhmen. Die Tage von Landshut und Regensburg. Das Reich bleibt neutral. Kriegerische Vorfälle vom April—Mai 1467 in Böhmen — 100, Maßregeln der Kurie gegen Podiebrad — 101, die böhmische Krone wird Kasimir von Polen angeboten — 102, Kriegsereignisse in Schlesien, Siege und Niederlage der Aufständischen — 104, die militärische Lage in Böhmen (Juli—Oktober 1467) für den König günstig — 105, Polen und Frankreich ihm geneigt — 106, die Vermittelungsanträge der deutschen Fürsten vor dem Könige (August 1467) — 108, werden abgelehnt Oktober 1467 — 109, der kaiserliche Einungsversuch gegen Böhmen — 110, wird von Bayern-Landshut unterstützt — 112, aber dennoch in Regensburg (18. Nov.) vertagt — 114, ebenso mißlingt der Reichstag zu Regensburg (4. Januar 1468) — 115 und des Kaisers neuer Versuch einer Verständigung mit den Wittelsbachern — 116, schwierige Lage der österreichischen Landschaften, Tod der Kaiserin Leonore — 118, Vermittelung des Legaten in Österreich — 118, der König in Böhmen im Spätjahre 1467 für die Liga günstiger — 120, Ergebnisse — 121.

Sechstes Kapitel. S. 121—145. Burgund und Ungarn gegenüber dem böhmischen Kriege. Die polnische Vermittelung und der Ligatag zu Breslau. Päpstliche Werbung am brandenburgschen Hofe. Der österreichische Krieg und Matthias von Ungarn. Die burgundische Heirat — 122, Böhmen und Ungarn bis Ende 1467 — 123, Böhmen und Polen — 125, die polnische Vermittelung im Streite um Böhmen — 129, der Ligatag zu Breslau, Tod des Bischofs Jost von Breslau (13. Dezember 1467) — 133, Ergebnisse des Tages — 135, König Georg und seine Schutzbefohlenen in Österreich — 136, des Königs Absage an den Kaiser und Krieg in Österreich, Januar bis April 1468 — 138, Werbung der Kurie in der böhmischen Angelegenheit bei Brandenburg 1468 — 142, Ungarn im Jahre 1467 — 144, der König für den böhmischen Krieg gewonnen März 1468 — 145.

Siebentes Kapitel. S. 145—171. Matthias von Ungarn und Georg von Böhmen 1468. Die Absichten des Ungarkönigs — 147, seine Rüstungen bis 148, Abmachungen mit der Liga und dem Kaiser — 149, Werbung am polnischen Hofe — 150, die Haltung der Kurie — 152, Matthias' Feldzug gegen Mähren April-Mai 1468 — 154, Verhandlungen mit König Georg — 155, Rückzug der Böhmen — 156, übele Kriegsführung des Böhmenkönigs — 158, die Kämpfe um Trebitsch, die Ungarn erobern die Stadt — 159, Folgen der ungarischen Siege — 160, der neue Kriegsplan des Ungarkönigs, Hindernisse — 161, Kämpfe in Böhmen (Sommer 1468) — 161, die ungarische Werbung von den Polen abgewiesen — 164, der Ligatag zu Olmütz — 169, unglückliche Kämpfe der Hus-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sitten (August bis September 1468) — 170, König Georg immer mehr vereinsamt — 171.

Achtes Kapitel. S. 171—195. Kaiser Friedrichs Romfahrt. Der Aufstand in Innerösterreich. Wirklicher und vermeintlicher Zweck der Reise des Kaisers nach Italien und Rom — 174, Reisevorbereitungen: Befriedung Österreichs und Bund mit Ungarn — 177, des Kaisers Zug von Graz bis Rom — 180, Aufenthalt in Rom (24. Dez. bis 9. Jan.) — 186, der Kaiser in Venedig — 188, Untergrund des österreichischen Aufstandes (Februar 1469) — 191, dessen Zweck — 192, Andreas Baumkircher wird Anführer — 192, Verrichtung und Abreise des Kaisers von Venedig 19. Febr. 1469 — 194, Bekämpfung der Aufständischen (Febr.—März 1469) — 195.

Neuntes Kapitel. S. 195—220. Das Reich und die böhmische Frage 1468 bis 1469. Der Reichstag zu Regensburg (Februar—März 1469). König Matthias vor Wilemow. Der Friede zwischen den Königen und seine Folgen. Das Reich und Böhmen 1468 — 198, die Fürstenversammlungen zu Erfurt, Speyer und Landhut — 199, der Reichstag zu Regensburg (Februar—März 1469) — 203, der Einbruch der Ungarn in Böhmen bis 206, die Verhandlungen und Abmachungen von Wilemow (28. Februar 1469) — 209, Eindruck davon — 210, die Verhandlungen zu Regensburg über einen Reichskrieg gegen Böhmen — 213, über eine engere Verbindung der Häuser Österreich, Bayern, Sachsen und Brandenburg — 214, die Legaten, Kasimir von Polen und der Kaiser gegen die Wilemower Abmachungen, März-April 1469 — 217, der Plan einer Erhebung des Königs von Ungarn auf den deutschen Thron aussichtslos — 218, Vorgänge bis zur Eröffnung des Olmützer Friedenstages (7. April 1469) — 220.

Zehntes Kapitel. S. 220—241. Die Olmützer Friedensverhandlungen. König Matthias von Ungarn wird zum Könige von Böhmen gewählt. Politik des Ungarkönigs. Der Prager Junilandtag. Der Kampf in Innerösterreich. König Matthias verständigt sich wieder mit dem Kaiser. Neue Wandlung der Dinge. Die Olmützer Friedensverhandlungen führen nur zur Verlängerung der Waffenruhe bis 1. Jan. 1470 — 225, Charakter der ungarischen Politik — 226, König Matthias in Olmütz zum böhmischen Könige gewählt (3. Mai 1469) — 227, seine neue Verhandlung mit Kasimir von Polen — 229, Einfluß der Olmützer Wahl auf den Gang der böhmischen Dinge — 230, Wladislaw von Polen zum Nachfolger König Georgs bestimmt — 231, Einbruch der Türken in Krain — 232, die Kurie gegen die Olmützer Wahl — 232, König Matthias verständigt sich wieder mit dem Kaiser: Aussicht auf deutsche Hilfe gegen Böhmen — 241.

Elftes Kapitel. S. 241—273. Kaiser Friedrich und die Angelegenheiten des deutschen Südens und Westens. Neue Ziele der Reichspolitik 1470. Der Herzog von Tirol und die Eidgenossen. Burgund und Vorderösterreich. Die Verträge von Saint Omer, ihre Bedeutung und ihre ersten Folgen. Kaiser Friedrich und die Fehden in Süd- und Westdeutschland — 243, Koadjutor Heinrich (von Württemberg) von Mainz — 246, die Händel zwischen Baden und Württemberg — 247, die Eidgenossen und Österreich — 248, und Herzog Sigmund von Tirol — 250, offene Streitfälle, der Waldshuter Krieg — 255, die Waldshuter Richtung (27. August 1468) — 256, Lage des Herzogs von Tirol — 257, seine Entschlüsse — 258, sein ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

geblicher Versuch, sich an Frankreich anzulehnen — 260, sein Ritt nach Burgund: Genesis des burgundischen Reiches — 265, der Vertrag von St. Omer, 9. Mai 1469 — 268, der Plan einer Verbindung des Erzherzogs Maximilian mit der burgundischen Erbin — 269, Bedeutung des Geschehenen, Haltung der neuen Verbündeten und des Kaisers, Mai—Juli 1469 — 273.

Zwölftes Kapitel. S. 274—294. Bedrängte finanzielle Lage des Kaisers und der österreichischen Erblande. Der Böhmenkönig und das deutsche Reich 1470. Annäherung des Kaisers an Böhmen und Polen. Burgund und die deutsche Krone 1470—1471. Bedrängte finanzielle Lage des Kaisers 1468—1470 — 276, sein Gedanke einer Verständigung mit Böhmen — 277, Verhandlungen mit König Matthias von Ungarn, November 1469 — 279, kriegerische Vorfälle in Mähren — 280, der böhmische Plan, den Herzog von Burgund zum römischen König zu machen — 282, Verständigung zwischen dem Kaiser und Böhmen, Beginn 1470 — 284, Verhandlungen zwischen Burgund und Tirol über die Schweizerfrage — 286, und über die Heirat — 288, Herzog Sigmund deswegen bei dem Kaiser 1470, die deutschen Pläne des Ungarkönigs — 291, der Herzog von Burgund vom Kaiser abgewiesen wie der König von Ungarn, Beginn 1470 — 294.

Dreizehntes Kapitel. S. 294—322. Die Befriedung der österreichischen Erblande und das Ende der Baumkircherfehde. Wandlung in der deutschen Politik des Kaisers seit 1470. Kaiser und Pfalzgraf. Der Reichstag zu Nürnberg 1470. Der Kampf um Böhmen und Georg Podiebrads Ausgang. Neue Verhandlung des Kaisers mit Ungarn, Beginn 1470 — 295, Ausgleichung mit Andreas von Baumkircher, 30. Juni 1470 — 298, die Reichspolitik des Kaisers 1470—1473 — 300, Vorgehen des Kaisers gegen den Pfalzgrafen — 302, der Kaiser verständigt sich mit Albrecht von Brandenburg — 303, der Reichskrieg gegen Pfalz ungünstig — 304, der Nürnberger Reichstag (September—Oktober 1470) ergebnislos — 308, der Ritt des brandenburgischen Kurfürsten zu dem Kaiser — 310, Kriegsläufe zwischen Ungarn und Böhmen 1470 — 315, Unzufriedenheit in Ungarn — 316, der Kaiser und Böhmen 1470 — 319, Verhandlungen zwischen Ungarn und Böhmen — 321, Tod König Georgs, 22. März 1471 — 322.

Vierzehntes Kapitel. S. 322—346. Böhmen nach dem Hingange König Georgs. Die Bewerbung Herzog Albrechts von Sachsen um die böhmische Krone und die Wahl Wladislaws von Polen. Vorgänge in Österreich im Frühjahre 1471. Böhmen bei dem Hingange König Georgs — 322, Bewerbung Herzog Albrechts von Sachsen um die Krone, der Anschlag auf Elbogen, März—April 1471 — 327, die Pläne des Ungarkönigs — 329, die polnische Aktion — 330, der Stillstand von Deutschbrod — 330, Umtriebe zu gunsten der Polen — 332, der Landtag zu Kuttenberg, 21.—27. Mai 1471, der polnische Prinz Wladislaw von der Mehrheit gewählt — 336, Wiedereröffnung des Krieges durch den König von Ungarn — 337, Haltung des Herzogs von Sachsen — 339, das Schicksal Gregor Heimburgs erfüllt sich — 340, Annahme der böhmischen Krone durch Prinz Wladislaw, 16. Juni 1471 — 341, Ausgang des neuen Streites mit Baumkircher: dessen Hinrichtung, 23. April 1471 — 344, Bedeutung der That — 345, des Kaisers Zug nach Regensburg — 346.

Fünfzehntes Kapitel. S. 347—371. Der große Christentag in Regensburg und seine Fortsetzung in Nürnberg, (Juni—September 1471).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bedeutung des großen Christentages zu Regensburg 1471 — 348, Stellung des Kaisers zu Beginn des Tages — 349, dessen Besucher — 350, Beginn der Verhandlungen, 24. Juni — 351, die Verhandlungen über die kaiserlichen Propositionen — 353—364: Haltung des Kardinallegaten Franz (von Siena) bis 353, die Beschlüsse des Tages — 363, die Verhandlung des Kaisers mit den Ungarn — 367, Verlegung des Reichstages nach Nürnberg, 21. August — 367, dessen Verrichtung zufolge der Haltung von Pfalz und der Städter gering bis 370, Heimkehr des Kaisers in die Erblande — 370, Tod, 26. Juli 1471, und Würdigung Papst Pauls II. — 371.

Sechzehntes Kapitel. S. 372—390. Kaiser und Reich nach dem Regensburger Reichstage. Verhandlung und Krieg zwischen den Königen von Ungarn und Polen. Der ungarische Aufstand und Kaiser Friedrich. Übele Lage des Kaisers in den österreichischen Erblanden und im Reiche. Kaiser und Reich nach dem Regensburger Tage bis 372, die Weiterentwickelung der böhmischen Frage — 381: fruchtlose Verhandlung zwischen Ungarn und Polen — 374, Krönung des Königs Wladislaw in Prag, 22. August 1471 — 375, der erfolglose Einbruch der Polen in Ungarn — 381, König Matthias und der Kaiser — 387, die deutschen Dinge im Jahre 1471—1472 — 390.

Siebzehntes Kapitel. S. 391—421. Sigmund von Tirol und Karl von Burgund 1470—1473. Die Pläne, die burgundische Heirat und das „Königreich" Burgund betreffend. Kaiser Friedrich auf dem Reichstage zu Augsburg 1473. Österreich und die Eidgenossen. Vorgeschichte der Fürstenbegegnung zu Trier. Herzog Sigmund von Tirol und Karl von Burgund 1470—1473 — 390, Verhandlungen über eine Richtung zwischen Tirol und der Schweiz 390—394, der Tag von Konstanz, August 1472 — 397, Herzog Karl und der Kaiser in Sachen des römischen Königtums und der Heirat: Sendung des Abtes Kasanowa an den Kaiser — 398, Charakter der ganzen Verhandlung — 400, Hagenbach bei dem Kaiser, Februar 1473 — 402, Zug des Kaisers nach Innerösterreich und ins Reich — 402, der Reichstag zu Augsburg und seine Aufgaben — 404, Besuch des Tages — 405, Verhandlungen — 408, der Kaiser und die Reichsstädte — 410, die Zusammenkunft des Kaisers mit Herzog Karl in Aussicht — 411, der Kaiser und die Eidgenossen — 415, der Kaiser in Basel — 419, Zug des Kaisers nach Metz — 420, und Trier — 421.

Achtzehntes Kapitel. S. 421—442. Kaiser Friedrich und Herzog Karl von Burgund in Trier. Der Streit im Erzstifte Köln. Sachlage zu Beginn 1474. Kaiser Friedrich und Karl von Burgund in Trier, Einzug und Umgebung der Fürsten — 424, Charakter der Verhandlung — 425, Gang der Verhandlungen — 433, die Fürsten einig, Herzog Karl mit Geldern belehnt 434, neue Störung und Verhandlung, der Abschied des Tages — 436, Abreise des Kaisers — 437, der Kölner Streit bis Ende 1473 — 439, erfolglose Sühneversuche des Kaisers und Legaten — 441, die Sachlage zu Beginn 1474 — 442.

Neunzehntes Kapitel. S. 443—475. Der böhmisch-ungarische Thronstreit von 1471—1474. Christian I. von Dänemark und Kaiser Friedrich. Der Reichstag zu Augsburg 1474. Der Zusammenbruch der burgundischen Herrschaft am Oberrhein. Karls von Burgund Einfall in das Reich. Der böhmisch-ungarische Thronstreit von 1471—1474, Friedenstage zu Neisse, März 1473, und Troppau, August 1473 — 451, der Kaiser in

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Franken — 451, Christian I. von Dänemark bei ihm, seine Pläne und Verrichtung — 452, der Kaiser und die Könige des Ostens, der Nürnberger Vertrag 13. März 1474 — 455, der neue Augsburger Reichstag, April—Juni 1474, Besuch des Tages — 456, der Kaiser gegen die Städte — 458, gegen den Pfalzgrafen — 459, Verhandlungen des Reichstages — 460, die Vorgänge am Oberrhein bis zum Mai 1474, die ewige Richtung, 30. März 1474, mit den Eidgenossen — 464, Zusammenbruch der burgundischen Herrschaft am Oberrhein — 466, Hagenbach hingerichtet — 468, Burgundische Politik, April—Juli 1474 — 471, Ausgang des Augsburger Reichstages, Juni 1474 — 475.

Zwanzigstes Kapitel. S. 476—520. Der burgundische Einbruch in das Reich. Kaiser Friedrich gegen Karl den Kühnen. Die Belagerung von Neuß. Der Reichskrieg gegen Burgund bis zur Neußer Richtung. Krieg des Reiches gegen Burgund bis zur Neußer Richtung, die Verhältnisse im Reiche und in Österreich bei Ausbruch des Krieges — 477, Bund zwischen Burgund und England — 478, die Burgunder vor Neuß, Juli—Oktober 1474 — 482, Bemühungen des Kaisers um die Rüstung des Reiches, der „kleine Anschlag" — 484, der „große Anschlag" — 485, Schwierigkeiten und Hemmnisse — 491, Wendung zum Besseren — 494, Friedenshoffnung — 494, Neuß hält sich — 495, Federkrieg — 496, das Reichsheer gegen Burgund — 498, erste Erfolge — 499, Unfall vor Linz — 499, Linz genommen, März 1475 — 501, Zögerung — 503, Verhandlungen — 504, Bund mit Frankreich — 506, Lothringen gegen Burgund — 507, neue Rüstungen des Reiches — 508, Neuß vom Oktober 1474 bis Mai 1475 — 510, das Reichsheer vor Neuß — 511, Ereignisse vor Neuß und Richtung — 516, Sachlage Ende Juni 1475 — 517, Stimmung im Reiche 518, der Kaiser sucht den Norden des Reiches zu organisieren — 519, Lohn der Tapferkeit — 520.

Zweite Abteilung. 1477—1486 (1490).

Das deutsche Reich im Gegensatze zu Ungarn. Die römische Königswahl Maximilians I.

Einundzwanzigstes Kapitel. S. 523—547. Die Sachlage nach der Neußer Richtung. Der Kaiser und der Osten. Der Kaiser und Frankreich nach der Richtung — 523, die Engländer in Flandern, Juli 1475 — 524, der Stillstand zu Soleuvre, 13. September 1475 — 526, der Herzog von Lothringen von Frankreich preisgegeben — 527, die Burgunder gegen Lothringen, Fall von Nancy — 528, der Kaiser und die Expedition der Burgunder gegen Lothringen — 531, Friede zwischen dem Reiche und Burgund vor Nancy, 17. November 1475 — 534, Bedeutung der Friedensbedingungen — 537, Polen und Ungarn 1474—1475 — 538, der Feldzug der Böhmen und Polen gegen Schlesien, Herbst 1474 — 540, endet unglücklich — 541, Friede zu Breslau, 8. Dezember 1474 — 542, der Kaiser tritt dem Breslauer Frieden bei — 543, Bemühungen, die österreichischen Erblande zu beruhigen — 546, drohender neuer Streit — 547.

Zweiundzwanzigstes Kapitel. S. 547—583. Karl der Kühne und die Eidgenossen. Die Schlacht bei Grandson. Kaiser und Herzog. Die Schlacht bei Murten. Der Aufstand in Lothringen und Herzog Karls Tod. Die burgundische Heirat. Karl von Burgund und die Eidgenossen 1475—1476 — 548, letzte Verhandlungen, Januar 1476 — 551, die Burgunder gegen Bern im Felde — 552, Schlacht bei Grandson — 554, Folgen der Schlacht: Aufstand gegen Burgund in Lothringen — 555, die Bündner Burgunds — 557, der Kaiser und Burgund nach Grandson — 558, der Nancyer

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Friede bestätigt, die Heirat festgestellt — 560, neuer Feldzug Herzog Karls gegen die Schweizer, Mai—Juni 1476 — 562, Schlacht bei Murten — 563, Folgen der Schlacht: Zusammenbruch der burgundischen Großmacht — 567, Stellung der Eidgenossen, Herbst 1476 — 568, üble Lage Herzog Karls — 569, die Bemühungen des Kaisers für Burgund — 571, sind eitel — 571, die Heiratssache gesichert — 572, Feldzug der Burgunder gegen Lothringen: Schlacht vor Nancy und Tod Herzog Karls, 5. Januar 1477 — 573, Folgen des Ereignisses: Bewegung in den Niederlanden, Frankreich gegen Burgund — 578, die kaiserliche Gesandtschaft in Brügge — 578, Vermählung des Erzherzogs mit Maria von Burgund per procurationem, 21. April 1477 — 579, das Reich und die burgundische Heirat — 581, Maximilian in den Niederlanden, Hochzeit zu Gent, 19. August 1477 — 582, Feldzug des Erzherzogs gegen Frankreich — 583.

Dreiundzwanzigstes Kapitel. S. 584—617. Der Kaiser und Matthias Corvinus 1475—1477. Der neue Bund zwischen Böhmen und dem Kaiser. Des Kaisers Krieg mit Ungarn und seine Folgen. Ungarn und das böhmisch-polnische Haus. Der Olmützer Friede. Kaiser Friedrich und Matthias Corvinus 1475—1477 — 586, Erzbischof Johann von Gran kommt nach Österreich — 586, diplomatischer Krieg zwischen dem Kaiser und Ungarn — 589, innere Unruhen in Österreich — 590, der Streit um Crossen — 591, Bündnis zwischen dem Kaiser und Böhmen — 592, neue Verhandlung des Kaisers mit Ungarn — 594, Sachlage im Osten zu Beginn 1477 — 596, Heerfahrt der Böhmen nach Österreich — 598, die Ungarn in Österreich — 601, Friede zu Gmunden, 1. Dezember 1477 — 605, Verlegenheiten des Kaisers — 608, Stellung des Ungarkönigs — 609, Friedensbemühungen im Streite um Böhmen, Verhandlungen zu Brünn und Ofen, März—Oktober 1478 — 614, Krieg zwischen Ungarn. und Brandenburg — 616, der Friedenstag zu Olmütz, Juli 1479 — 617.

Vierundzwanzigstes Kapitel. S. 618—634. Die Aufrichtung der habsburgischen Herrschaft in den Niederlanden. Deutschland und Österreich in der Türkennot 1477—1479. Wiederausbruch des Streites zwischen dem Kaiser und Ungarn. Bedeutung des Hauses Habsburg für die Integrität des Reiches — 618, innere Verhältnisse — 619, die Aufrichtung der habsburgischen Herrschaft in den Niederlanden 1477 — 621, der Stillstand von Lens, 18. September 1477 — 622, Friede zwischen Burgund und den Eidgenossen — 623, Maximilian von Österreich in Burgund — 625, der Kaiser und sein Sohn in Burgund — 626, die Waffenruhe zu Douay, 16. Juni 1478 — 627, Maximilians politisches System — 629, Lage der österreichischen Erblande 1478 — 631, neuer Streit des Kaisers mit Ungarn wegen der Gran-Salzburger Sache — 634.

Fünfundzwanzigstes Kapitel. S. 634—674. Das deutsche Reich und die Kirche vom zweiten Hussittenkriege bis zum Streite um das Erzbistum Salzburg. Kaiser Friedrich III. und Sixtus IV. Der Streit um die Kirchen von Konstanz, Mainz, Köln, Passau und Salzburg. Das kirchliche Leben in Deutschland von 1448—1490: das religiöse Leben im Reiche lebendig — 639, Schäden bei der Kurie — 642, an dem Regimente Sixtus IV. — 643, in den Reihen des Klerus — 645, Reformversuche in Deutschland — 649, Papst Sixtus IV. und Kaiser Friedrich — 653, der Konstanzer Bischofsstreit bis 1475 — 654, der Mainzer Bischofsstreit — 656, der Streit um die Konstanzer Kirche bis August 1480 — 659, der Streit um

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Kölner Kirche — 663, der Kaiser gegen den Papst — 665, der Streit um die Salzburger Kirche — 668, Konflikt zwischen Papst und Kaiser — 671, Aussöhnung und Bündnis beider Häupter, Frühjahr 1480 — 673, Fortgang des Salzburger Streites, Konflikt wegen der Passauer Kirche — 674.

Sechsundzwanzigstes Kapitel. S. 675—690. Der Kaiser und der König von Ungarn im Salzburger Kirchenstreite 1479—1480. Burgund und Frankreich. Die Reichstage von 1479 und 1480. Der Salzburger Kirchenstreit führt zum Zerwürfnis zwischen dem Kaiser und dem König von Ungarn 1479—1480 — 676, neue Verhandlungen — 678, Reichstag nach Nürnberg ausgeschrieben (7. Juni 1479) — 679, verzögert sich — 679, der französisch-burgundische Krieg und die Schlacht bei Guinegate (7. August 1479) — 680, Haltung der Eidgenossen — 681, der Nürnberger Reichstag, Oktober 1479 — 682, der zweite Reichstag ebendort, Dezember 1479 — 604, der Kaiser und der König von Ungarn, Herbst 1479 bis März 1480 — 690, die Stellung Erzherzog Maximilans, Frühjahr 1480, wieder ungünstiger — 690.

Siebenundzwanzigstes Kapitel. S. 690—719. Die Nürnberger Reichstage von 1480 und 1481. Waffenruhe zwischen Frankreich und Burgund. Burgundische Pläne. Fortgang des Streites um Salzburg und des Krieges des Kaisers gegen Ungarn. Der Nürnberger Reichstag, Oktober—November 1480 — 705, die Besucher des Tages — 691, die kaiserliche Proposition — 692, die erste Bewilligung — 693, die „Fortschrittspartei" — 694, der Kurfürst von Brandenburg gegen sie — 694, die Verhandlungen und Beschlüsse des Tages, Plan des Kurfürsten von Brandenburg — 699, die Behauptungen der Gegner — 700, Verfassungsfragen — 701, die Beschlüsse des Tages — 707, die Türken in Otranto — 705, Erfolg des Reichstages — 706, Kaiser und Ungarkönig im Herbst 1480 — 709, Sendung des Bischofs von Ascoli als Vermittler — 710, Erfolg der deutschen Vermittelung — 711, der Nürnberger Reichstag von 1481 — 715, die Ergebnisse des Tages wieder gering — 717, Lage des Kaisers 1481 — 718, Resignation des Erzbischofs Bernhard, 29. November 1481 — 718, drohender Ungarkrieg — 719.

Achtundzwanzigstes Kapitel. S. 720—740. Mitteleuropa im Jahre 1482. Papst Sixtus IV. und die letzten Jahre seines Waltens. Maximilian von Österreich und die Flandrer. Der Kaiser im Kampfe mit dem Ungarkönig (1482—1487). Die römische Königswahl Maximilians I. Schluß. Mitteleuropa im Jahre 1482 — 720, der ferraresische Krieg in Italien — 721, der Papst in Bedrängnis: Reformversuch des Erzbischofs von der Kraina — 724, Ausgang Papst Sixtus IV., 7. August 1484 — 725, üble Lage Erzherzog Maximilans in den Niederlanden 1482—1484 — 726, Angriff der Ungarn auf Österreich und ihre Erfolge 1482—1484 — 737, neue Vermittelungsversuche — 727, König Matthias und die Fürstenhäuser Ostdeutschlands — 728, der Innsbrucker „Ratschlag": Plan der Erhebung Maximilians zum deutschen König Februar 1484 — 731, der Fürstentag zu Frankfurt, Januar 1485 — 733, der Kurfürst von Brandenburg gegen die Wahl — 735, neue Erfolge der Ungarn: der Fall von Wien, 1. Juni 1485 — 735, der Kaiser zieht ins Reich wegen Maximilians Erhebung, Juli 1485 — 736, die Bemühungen des Kaisers und Maximilians um dessen Wahl, Juli—Oktober 1485 — 737, der Kaiser und Maximilian in Aachen und Köln, Dezember 1485 bis Januar 1486 — 739, beide am Kurtage zu Frankfurt, Maximilians Wahl, 16. Februar 1486 — 740. Schluß — 740.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zweiter Band.

Kaisertum und moderne Staatenbildungen im Osten und Westen des Reiches. Gründung der Großmacht des Hauses Habsburg.

Erste Abteilung (1467—1477).

Die burgundische Heirat.

Humani generis mores tibi nosse volenti
Sufficit una domus.
Juven. Sat. XIII, 159.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Erstes Kapitel.

Mittelalter und Neuzeit. Die Anfänge moderner Staatenbildung im 15. Jahrhundert. Deutsche Zustände.

Das ausgehende 15. Jahrhundert trifft in eine jener bedeutsamen Epochen historischer Entwickelung, die man als weltgeschichtliche zu bezeichnen pflegt. Was Jahrhunderte bestand, hat sich nun ausgelebt und bricht, oft anscheinend jählings, zusammen. In tausend Merkzeichen verkünden sich Dasein und Wirken neuer Kräfte. Innerhalb der so starr gewordenen Formen des religiösen, sozialen und politischen Lebens herrscht überall Gärung und das unruhige Streben nach Veränderung und Besserung. Das Mittelalter fällt, die Neuzeit bricht an.

Noch ist die Frage nach dem inneren Grunde solcher Wandlung nicht beantwortet, und giebt es in dem ganzen großen Werdeprozesse des modernen Europa des Rätselhaften genug. Denn wenn in jenen Jahrzehnten neben staatlichem Stillleben in wahrhaft patriarchalischen Formen erschütternde politische Wechselfälle, gewaltige Erfolge und ungeheures Mißgeschick sich finden, wenn Großthaten des Forschergeistes auf spekulativen und praktischen Gebieten hervorglänzen aus dem Dunkel unglaublicher Einförmigkeit, Kleinlichkeit und Unfruchtbarkeit des öffentlichen und staatlichen Lebens, wenn die Ausweitung unserer Kenntnis der Erdoberfläche und damit die Eröffnung neuer weiter Gebiete äußerer Thätigkeit sich paart mit jener Verinnerlichung des Gefühles, mit jener Erneuerung des religiösen Lebens, die im 16. Jahrhundert so großartig in die Erscheinung trat und bis in unsere Tage hereinreicht: so sind alle diese Momente, auf die man immer wieder hingewiesen, gewiß Merkzeichen einer großen Zeit. Aber welches ist der tiefere, innere Zusammenhang?

Die Vermehrung des geistigen und sittlichen Eigens unseres Geschlechtes, jener vorderste Rechtstitel gesellschaftlicher Entwickelung wie menschlichen Seins überhaupt, vollzieht sich keineswegs in Gleichmäßigkeit und Harmonie. Hier stehen Momente heftigen Vorwärtsdrängens

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

neben Perioden scheinbaren Stillstandes oder gar Rückschrittes. Sowie sich dem mächtigen Fortschritte die Tage stiller Thätigkeit in die Tiefe und Breite naturgemäß anschließen, so erwächst auch wieder aus der Sammlung und Sichtung des Erworbenen, aus seiner Verallgemeinerung und umfänglichsten Verwertung die Gewähr neuer Erfolge. Die Geschichte lehrt aber, daß keine kostbaren oder gar unersetzlichen idealen Kräfte im Staaten- und Völkerleben jemals verloren gehen. Stetig fortwirkend ringen sie sich um so schwerer empor, je höheres, größeres sie erstreben und je weniger homogen sie mit dem sind, das sie zu ersetzen bestimmt erscheinen. Einmal siegreich geworden, Eigentum der gesamten civilisierten Menschheit, haben einzelne Ideen auch bestimmenden Einfluß gewonnen auf den Staat und die Staatensysteme. Weltgeschichtliche Wandlungen traten ein, begleitet von großen inneren und äußeren Umwälzungen, Tage der Erfüllung für die damals lebenden Geschlechter, für uns Nachgeborene Momente des höchsten historischen Interesses. So auch gegen Ende des 15. Jahrhunderts.

So bedeutend die Reiche des Altertums vielfach erscheinen durch die Ordnung und den Gehalt ihres staatlichen Lebens, so hatten sie doch kaum ein anderes Verhältnis zu einander gekannt, als das der Dienstbarkeit und Eroberung. Selbst unter stammverwandten Völkern herrschten kaum die Anfänge eines Völkerrechtes, ja gerade die Israeliten, das Volk der Verheißung, lehnten auch diese ab mit dem stärksten Beweggrunde, dem Gebote Jehova's.[1] Dann suchte das Christentum auch die Beziehungen von Staaten und Völkern zu einander auf sittlicher Grundlage zu ordnen. Ein langdauernder Prozeß führt zur Ausgestaltung der christlichen Staatenfamilie Europas, innerhalb welcher die Anschauungen der Alten vom Staate nur zum Teil und nicht ohne daß der christliche Gedanke auch da überall auf geänderte Formen hindrängt, bewahrt bleiben. Eine neue Epoche, das sogenannte Mittelalter, beginnt, in seiner Wesenheit zur vollendetsten Erscheinung gebracht, sowie der Primat des Papstes allgemein anerkannt, ihm im römischen Kaisertum der Karolinger ein weltliches Haupt an die Seite getreten ist und nun beide, die Inhaber der „beiden Schwerter", die oberste Leitung der Gesamtheit der christlichen Bevölkerungen beanspruchen. Der christliche Gedanke beherrscht alles oder will doch alles beherrschen. Individuelles Leben vermag nur innerhalb einzelner Klassen und Ordnungen, freilich

[1] Franz von Holtzendorff, Handbuch des Völkerrechtes, 3. Bd. Berlin 1885—1887, I. 186 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

hier oft in ungezügeltem Maße, zur Geltung zu gelangen. — Die Überwindung der Idee einer christlichen Staatenfamilie zu Gunsten der Gleichberechtigung aller Völker und Staaten ohne Rücksicht auf das Bekenntnis, die Befreiung des Einzelnen von der Absonderung und dem Drucke, den der mittelalterliche Geist in unerbittlicher Konsequenz morgenländischer Einflüsse auf ihn gelegt, mit einem Worte: die Geltung und Bethätigung des Individuellen im privaten wie im Völkerleben, kennzeichnen das Wesen der Neuzeit.

Aber nicht jugendlich kräftig in Wehr und Rüstung, gleich Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus, stieg die neue Ära rasch und unvermittelt empor. Ein mühselig langer Prozeß, der, allein die Völker des mittleren und westlichen Europa betrachtet, an einzelnen Orten bis tief ins 18. Jahrhundert dauerte, brachte sie zur Geltung. Ihre frühesten staatlichen Schöpfungen aber gehören der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts an. Sie bedeuten naturgemäß ein neues Element inmitten alter und veralteter Verhältnisse, treten rasch zu diesen vielfältig und in die schärfsten Gegensätze, erzeugen eine Welt von Unruhe und Gärung, von heftigen Kämpfen, in denen die Zeitgenossen selten die Lösung und Ausgleichung zu finden vermögen.

Jetzt nämlich war der Bund von Kaiser und Papst in seiner alten Bedeutung hinfällig geworden, nachdem die frische Gläubigkeit des europäischen Abendlandes längst entschwunden war und beide Oberhäupter im Kampfe um die Superiorität über einander ihr Ansehen auf das schwerste geschädigt hatten. Von der Kurie überwältigt, sah das Kaisertum schon im 14. Jahrhunderte seine Bedeutung bei den anderen christlichen Nationen wie im eigenen Reiche dahinschwinden; im fünfzehnten stand es damit so, daß kaum noch viel zu verlieren blieb. Das Papsttum begegnete mit seinen weltlich-politischen Ansprüchen ebenfalls seit dem beginnenden 14. Jahrhunderte dem wachsenden Widerstande der christlichen Staaten, sowie es ihm trotz Bann und Scheiterhaufen nicht gelungen war und gelang, das Ketzerwesen hintanzuhalten und die dogmatische Einheit zu bewahren. Im 15. Jahrhunderte fehlte für letzteres schon fast das Verständnis: als der Streit zwischen Papst Eugen und dem Baseler Konzil begann, suchten Deutsche, Franzosen und Engländer jede Anteilnahme von staatswegen zu vermeiden.[1] Und stand denn nicht der christlichen Welt eine nichtchristliche, vor allem die mohamme-

[1] Vgl. Wilh. Pückert, die kurfürstliche Neutralität, Leipzig 1858, 24 ff. A. Bachmann, die deutschen Könige und die kurfürstliche Neutralität, Archiv für österr. Geschichte LXXV. Bd. (1889), 9 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

danische, unbesiegt, ja mit aufsteigender Macht, gegenüber? Sollte es zwischen ihnen nach wie vor nichts anderes geben, als Kampf und Vernichtung, wozu die Päpste unausgesetzt mahnten? Die Verbindung aber, welche jetzt Kaiser Friedrich III. mit dem Papsttume eingegangen war, war im Grunde nichts mehr, als ein weltlich-politisches Abkommen zweier bedrängter Herrscher zu gemeinsamem Handeln anderen ebenso unabhängigen Mächten oder den eigenen Unterthanen gegenüber.[1]

Nach welchem Prinzipe sollte aber das Verhältnis der auf dem verhältnismäßig engen Raume Mittel- und Westeuropas unabhängig nebeneinander bestehenden großen und kleinen Staatswesen neu geordnet werden? Wo fand sich der Ersatz für die kaiserlich-päpstliche Universalmonarchie des Mittelalters?

Vor allem vermochte man ihn nicht abermals im engeren Rahmen des christlichen Gedankens zu finden. Aus äußeren und inneren Gründen. Aus äußeren, denn auch nichtchristliche Völker sollten in geregelten Verhältnissen zu einander stehen, und die Einheit der großen alten Kirche ging im 16. Jahrhunderte in Trümmer. Weit schwerwiegender waren im 15. Jahrhunderte die inneren Schäden an der Kirche. Das Ansehen des Klerus, der feste fromme Glaube der Vorzeit war in hohem Grade abhanden gekommen. In weiten Kreisen war man nicht geneigt, sich durch die Glaubensvorschriften des Geistlichen weiter in seinem Thun beengen zu lassen, da man sah, wie jener selbst ungescheut dagegen handelte: So fehlte für die staatliche Reform auf kirchlich-christlicher Grundlage das Hauptelement, Gläubigkeit und Vertrauen der großen Menge. Es fehlte ebenso die Autorität der Kurie. Sie hatte sich selbst am schwersten geschädigt, indem sie es immer wieder versuchte, feierliche Zusagen und geschworene Eide für nichtig zu erklären, sobald religiöse Gründe, die oft aber sehr weltlich waren, dies angeblich forderten. Man denke nur an den Streit Papst Pius II. mit Erzbischof Diether von Mainz wegen der Palliumgebühren und so viele Akte der Kurie aus den Tagen Sixtus IV. und der nachfolgenden Päpste. Natürlich blieb die Reaktion gegen diese ungehörige Vermengung von religiösen und weltlichen Dingen nicht aus, und sie wurde für die Geltung religiös-sittlicher Momente in politischen Dingen um so gefährlicher, als in

[1] Man vergl. zu den berührten Fragen C. von Höfler, die romanische Welt und ihr Verhältnis zu den Reformideen des Mittelalters. Wien 1878. C. Müller, der Kampf Ludwig des Baiern mit der römischen Kurie. 2 Bände 1879—1880. Ph. Zorn, zur Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche am Ausgang des Mittelalters. Preuß. Jahrb. Bd. LXV, 439—469.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gewisser Hinsicht auch die Erfahrung gegen sie zu sprechen schien. War es nicht längst unleugbar, daß der Einzelne sich dem Ganzen unterordnen und ihm Opfer bringen müsse, daß Privat- und staatliches Interesse sich vielfach nicht deckten? Wie weit war es davon zu der Behauptung, die Staatsraison sei überhaupt eine andere, als die moralische Verpflichtung des Individuums? Und eine andere folgte ebenso leicht und rasch nach: der Einzelne wohl unterliege dem ethischen Gesetze, dem Staate aber müsse es frei stehen, die zur Erreichung seiner guten Zwecke nötigen Mittel ohne ängstliche Rücksicht auf deren Qualität zu ergreifen! Wir wissen, wie sehr auch die Leiter der Kirche im 15. und 16. Jahrhunderte dieser Vorstellung unterlagen. Umsoweniger waren sie in der Lage, einer Verirrung zu steuern, die ebenso prinzipiell verwerflich bleibt, als man in der Verurteilung einzelner Erscheinungsformen derselben einig ist.

Wie von selbst stellt sich die Frage ein, ob denn nicht, so unfreundlich sich das praktische Leben damals wie heute stiller Gelehrtenthätigkeit zu erweisen pflegt, auf diesem, dem rühmlichsten Felde menschlicher Thätigkeit in jenen Tagen, die neue Formel gefunden ward oder gefunden werden konnte, nach der sich das moderne Staatensystem konstituieren ließ? Gewiß ist es da von höchster Bedeutung, daß mit der Auflösung und dem Zusammenbruche des christlichen Staatensystems des Mittelalters die Wiedererweckung der Kenntnis des klassischen Altertums, das Werden und der Sieg des Humanismus unmittelbar zusammenfällt. Auch steht ebenso fest, daß der Verfall des kirchlichen Lebens, der Widerwille gegen öde dogmatische Streitigkeiten und die Gedankenleere des Scholastizismus, kurz, daß die geistige Armut der absterbenden Epoche, ähnlich wie einst der Verfall des Zeuskultus die besseren Elemente der antiken Gesellschaft dem Christentume, so nun das christliche Abendland, das nach reicherer Erkenntnis und tieferer Innigkeit lechzte und strebte, zum begeisterten Studium auch der politischen Einrichtungen der alten Welt wie zum freudigen Genusse seiner großen Schöpfungen auf den Gebieten der Künste und Wissenschaften hinführte. Die allseitige Wiederaufnahme einer so reichen Kulturarbeit mußte dem Spätgeborenen den Blick unermeßlich ausweiten und ihn mehr als alles andere zu vorurteilsfreier Beurteilung auch der Gegenwart befähigen. Aber so sicher es ist, daß der Humanismus das stärkste Mittel ward, die geistigen Zustände des Mittelalters umzuwandeln und die Schutzdämme des Veralteten zu überwältigen: es hat der Schatz an staatlichen Formen und politischen Gedanken, den das Altertum im richtigen Momente

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der europäischen Welt zur Verfügung stellte, es hat die Fülle von Erfahrungen und tiefsinnigen Betrachtungen aus seiner reichen Geschichte in jenem einen Punkte doch versagt. Sie haben versagen müssen: hinsichtlich des staatlichen Gedankens wie des Prinzipes der Gleichstellung des Individuums steht ja die alte Welt der Neuzeit noch ungleich ferner, als das Mittelalter. Wenn, was das Cinquecento an Kunst und Wissenschaft außerordentliches hervorbrachte, doch außer stande war, der vereinigten Macht des entsittlichten Staates und der entheiligten Kirche die Wage zu halten,[1] so vermochte dies auch nicht römisch-byzantinische Kultur.

So blieb denn vorerst nichts anderes übrig, als den unabhängigen Fortbestand der europäischen Staaten nebeneinander zu begründen auf dem äußeren Gleichgewichte der Kräfte. Ihn mit Recht und Gewissen zu stützen, ein genügend ausgestaltetes, allseitig anerkanntes Völkerrecht zu schaffen, ward das Ideal der Zukunft und blieb es bis auf unsere Tage. Und wenigstens dafür machte man sich die Erfahrungen älterer und späterer Zeiten zu Nutze.

Nicht etwa erst im 13. und 14. Jahrhunderte, sondern selbst früher noch als zur Zeit der Aufrichtung des römischen Weltreiches oder der Diadochenkämpfe, hatten sich wiederholt Vereinigungen schwächerer Völker und Reiche gebildet, um der irgendwoher drohenden Übermacht gemeinsam zu widerstehen. Was in der Natur der Dinge so sehr begründet war und so wenig Anforderungen an die Kunst der Staatenlenker stellte, darauf kam man im Mittelalter, zur Zeit, als das Machtwort von Papst und Kaiser nicht mehr vor Unterdrückung schützte, zurück: dem Angreifer stellten die Bedrohten ihre verbündeten Waffen, dem Starken wirkte die Einung der Schwachen entgegen. Je länger, je mehr trat Bundesgenossenschaft gegen Bundesgenossenschaft, Partei gegen Partei auf den Plan, und im Anschlusse an alle befreundeten Mächte in nah und ferne, in allen möglichen und auch unnatürlichen Gruppierungen, welche noch dazu steten Veränderungen, namentlich in dem so vielgeteilten Deutschland, unterlagen, suchte jede Potenz ihre Zwecke zu erreichen oder doch ihre Machtstellung zu bewahren. Was so in Europa seit langer Zeit immer wieder in engeren Kreisen geschehen war, das erhob das

[1] H. Baumgarten, Geschichte Karls V., I (Stuttgart 1885) 335. Im übrigen vgl. zu obigem neben J. Burckhardt, die Kultur der Renaissançe in Italien, 2 Bde., 3. Aufl., Stuttgart 1890 ff., bearb. von Holtzinger, und G. Voigt, die Wiederbelebung des klassischen Altertums, 2 Bde., 2. Aufl., Berlin 1880—1881, noch A. Körting, Geschichte der Litteratur Italiens im Zeitalter der Renaissançe. Leipzig 1878.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ausgehende 15. Jahrhundert zum Prinzip für den ganzen Erdteil. Und dies um so leichter, als die Völker in der Mitte und des Westens einander eben jetzt in vielfacher Beziehung näher rückten, einerseits eine europäische Kultur- und Interessensphäre allseitig deutlich hervortrat und andererseits die physischen Grenzen und Entfernungen sich änderten. Zur Zeit, als die Franzosen in Süd- und Norditalien zu herrschen suchten, die Spanier in den Niederlanden und Italien, in Deutschland und in Ungarn machtvoll auftraten, ungeheuere Kämpfe und Erschütterungen sich jetzt wie früher aus der Erhebung einzelner Mächte ergaben, da begann man die Erhaltung eines gewissen Stärkeverhältnisses der einzelnen Staaten zu einander als allgemeine Notwendigkeit zu empfinden, und wuchs das Prinzip des europäischen Gleichgewichtes empor, das in wechselnden Formen sich verkörpernd bis heute das wesentlichste Grundprinzip des öffentlichen europäischen Rechtes darstellt. Noch vor kurzem haben die Mächte, auch die am Kampfe nicht beteiligten, danach vor allem die Verhältnisse der Balkanhalbinsel in Ordnung zu bringen getrachtet. Und auch heute bilden Vertragstreue und staatlich sittliche Selbstbeschränkung dafür noch lange nicht ausreichenden Ersatz.

In jenen Jahrzehnten des ausgehenden 15. Jahrhunderts schienen aber die Anschauungen vom Staate losgelöst nicht bloß von der christlichen, sondern auch von der sittlichen, ja selbst humanen Grundlage.[1] Noch wenig klar, ihm selbst, möchte man sagen, mehr unbewußt als bewußt, hat Philippe de Comynes, schärfer, rücksichtsloser aber auch einseitiger Nicolo Machiavelli sich darüber geäußert. Jenem entspricht in praktischer Hinsicht das Vorgehen eines Matthias Corvinus oder Karls von Burgund; als Meister Machiavellischer Staatskunst erscheinen Ferdinand von Aragon und Cäsare Borgia; neben ihnen können Ludwig XI. und Alexander VI., der Träger der Tiara und der apostolische König, sowohl ihrer Gesinnung wie ihrem Thun nach als Repräsentanten beider Richtungen gelten.

Comynes versichert nicht an einer Stelle allein: Man muß es für gewiß ansehen, daß das große Glück der Fürsten wie große Mißerfolge derselben von der Fügung Gottes herkommen.[2] Ihm, dem weltkundigen scharfbeobachtenden Hofmanne, ist trotzdem das sittliche Prinzip abhanden gekommen, und wenn er es liebt, Glück und Unfall auf Gott zurückzuführen, so ist dies mehr die bequeme Erledigung einer scheint es

[1] Vergl. H. Baumgarten l. c. [2] Memoires, lib. XV, cap. 9, Schluß.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wohl empfundenen Aufgabe, Ursache und Folgen klar zu legen, als Frömmigkeit. In praktischer Erfassung des Berufes der Fürsten und der geeigneten Mittel, ihn zu erfüllen, huldigt er durchaus den Grundsätzen seiner Gebieter; für die tüchtigen Eigenschaften Karls des Kühnen von Burgund zeigt er ja wohl Anerkennung; seinen jähen Sturz auf tiefere, etwa sittliche Ursachen zurückzuführen, liegt ihm weitab. Dasselbe Unvermögen tritt noch mehr bei der Beurteilung des Lebens und Ausganges König Ludwigs XI. hervor.[1] Kluges Maßhalten mit den gegebenen Mitteln, die Gegner darüber wie über die eigenen Pläne im unklaren zu lassen, sie zu trennen, zu anderweitiger am besten gefährlicher Verwertung ihrer Kräfte anzureizen, über all dies sich mit den Getreuen eifrig zu beraten, — das ist es, was Comynes' Wesen entspricht. Denn der Verstand vieler erfaßt mehr, als die Einsicht eines einzigen.[2] Thatsächlich sind dies die Grundsätze Ludwig XI.[3] und seines in diesen Dingen womöglich noch überlegenen jüngeren Zeitgenossen auf dem Throne Aragons, Ferdinand des Katholischen.

In geradezu cynischer Offenheit äußerte sich dagegen der Florentiner: Es müßte ein Mann, der sich in allen Stücken tugendhaft zeigen wollte, in der Mitte so vieler, die es nicht sind, zu Grunde gehen. Um sich daher auf dem Throne zu erhalten, muß ein Fürst lernen, nicht tugendhaft zu sein, und sich dann in seinen Handlungen durch die Notwendigkeit bestimmen lassen. Nachdem Machiavelli die Haupteigenschaften erwähnt hat, die man an Fürsten bemerkt, fügte er hinzu: „Jedermann wird zustimmen, daß es die lobenswerteste Sache wäre, wenn ein Fürst alle die angeführten Eigenschaften, die für gut gehalten werden, besäße. Da aber die menschliche Natur nicht erlaubt, sie alle zu haben noch ihnen vollkommen treu zu bleiben, so muß der Fürst so klug sein, die Schande derjenigen Laster zu vermeiden, die ihm die Krone rauben würden." — Dagegen „kümmere er sich nicht um die Schande derjenigen Laster, ohne die sich ein Fürst schwer auf seinem Throne halten kann.

[1] W. Arnold, die ethisch-politischen Grundanschauungen des Philippe von Comynes. Dresden 1873. Ch. Fierville, Documents inédits sur Philippe de Comynes. Paris 1884, 9 ff. Baumgarten, Geschichte Karls V., I 326.

[2] Memoires lib. I, cap. 10; lib. I, cap. 16; lib. XVI, cap. 7; lib. XVI, cap. 9. C'est grand' faute à un Prince d'estimer plus son opinion, que des plusiers, lib. XVIII, cap. 17 a. a. Vgl. Machiavelli, Principe cap. 23.

[3] Wie sehr die Politik des Königs jederzeit zur Beobachtung seiner Grundsätze einlud, zeigt das etwas sonderbare Buch Giuditio politico sopra la vita di Luigi XI., re di Francia, del sig. Pietro Mattei. Ital. Ausgabe (d. Girol. Canini d'Anghiari). Venedig 1628.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bei genauer Untersuchung nämlich findet sich manches, was Tugend scheint und einen Fürsten ins Verderben führen würde, und manches andere, was Laster scheint und seine Sicherheit und Wahrheit bedingt." So darf denn auch z. B. der Fürst, „wenn er klug ist, sich nicht um den Namen eines Geizhalses kümmern; er darf die Schmach der Grausamkeit nicht scheuen, seine Unterthanen einig und im Gehorsam zu erhalten; er kann weder, noch soll er sein Wort halten, wenn ihm dies Nachteil bringt und wenn die Ursachen, die ihm zum Versprechen bewogen haben, nicht mehr bestehen. Ein Fürst soll kein anderes Ziel, keine anderen Gedanken haben, er soll nichts anderes zu seinem Handwerke machen, als den Krieg, die Kriegszucht und die Kriegskunst; denn sie allein sind es, die ihm dienen, sie schaffen ihm, was er erstrebt, Macht, Gehorsam und Sicherheit im inneren, Geltung und Zuwachs nach außen."[1]

Es ist unzweifelhaft, daß Macchiavelli's „Fürst" extreme Anschauungen und Reflexionen entwickelt und bereits in der wüsten Kriegs- und Eroberungsepoche fußt, welche ihr Verfasser noch eben selbst miterlebte. Gewiß auch sind Sixtus IV. und Karl der Kühne Heilige gegenüber einem Cäsare Borgia und Alexander VI., und liegt eine weite Entwickelung zwischen Comynes, dem niederländisch-französischen Diplomaten, und dem florentinischen Staatssekretär. Aber im Grunde sind ihre Anschauungen ebenso ähnlich, wie die Handlungsweise aller dieser Fürsten und ihre Motive. Und was an den Höfen der Könige galt und Prinzip an der römischen Kurie war, was Papst und Fürsten übten, fand Nachahmung bei den Fürstenräten und den Kardinälen!

Wenn aber solche Grundsätze allgemein wurden, und der Besitz, die Erlangung von Macht, Selbstzweck geworden war, wenn dafür jedes Mittel für erlaubt galt, Gewalt ebenso wie List, Untreue und Grausamkeit, Bestechung und Lüge, welche furchtbaren Stürme mußten da die europäische Halbinsel heimsuchen, welche schreckliche Kehrseite gewann so die glanzvolle Zeit der Renaissance?

Eine zeitlang schien es auch so, wie die Kämpfe Karls von Burgund und des Corvinen, besonders aber die Kriegsstürme um Italien beweisen! Aber zum Glücke nur eine Spanne Zeit!

Es ward eben von der größten Bedeutung, daß mit dem Wechsel in der äußeren Politik zugleich auch das innere Staatsleben sich änderte, daß die neuen Anschauungen doch erst nur an einigen wenigen Orten

[1] Principe cap. 15, 16, 17, 18, 14. Vgl. Baumgarten, Karl V., I 522 ff. Sonst erinnert Machiavellis Zeichnung an Aristoteles' 7. Buch der Politik.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wurzel faßten und jene Staaten, die zuerst einzeln aus ihrer bisherigen Machtsphäre herauszuwachsen strebten, teils ihre Kräfte an einander verbrauchten, teils in der immer noch zähen Beharrlichkeit des Alten sehr bedeutenden Widerstand fanden. Noch wichtiger war es, daß der neue Staat, wo immer er auch entstand, sei es in Burgund oder in Ungarn, in England, Spanien oder Frankreich, zwar sehr bereit war, im überquellenden Kraftgefühle die Nachbarschaft zu unterjochen, daß er aber doch vor allem sich bestrebte, „im inneren Ordnung zu schaffen, Gerechtigkeit zu üben, für die Wohlfahrt und Bildung der Bevölkerung zu sorgen". Je früher, je gründlicher ein Staat diese Aufgabe unternahm und löste, desto sicherer gewann er den anderen den Vorrang ab. Gaben die neuen Lehren von Herrschaft und Fürstenamt die Weisungen über die Richtung, die Mittel und Wege der auswärtigen Politik, so enthüllten die inneren Wandlungen dem Herrscher direkt die Quellen der reichen geistigen und materiellen Kräfte, welche die Konstituierung der Staaten auf moderner Grundlage zu spenden befähigt war.

Die Beweise dafür liegen sehr zu Tage.

Mit der Aufhebung der alten staatlichen Ideen geht auch die Aufhebung der großen Lehrensysteme von Kaisertum und Papsttum vor sich. Daran schließt sich naturgemäß, wenn auch in langsamem und nach Ort und Gelegenheit sehr verschiedenem Entwickelungsgange, der Zusammenbruch der Feudalität des Mittelalters, die Beseitigung der starren Schranken, welche die Gesellschaftsklassen schieden, die fortschreitende Aufhebung der Verbindungen und Einungen zu Zwecken des Erwerbes wie des gegenseitigen äußeren Schutzes, endlich der immer erfolgreichere Kampf gegen jeden Zwang, der die Freiheit der Person und des Besitzes hemmte und irgendwie dem Drange nach Bildung und Bethätigung geistiger Thätigkeit wehrte. Wohl sind im 15. Jahrhunderte selbst dort, wo die Gunst der Verhältnisse nicht fehlte, von all dem nur die Anfänge vorhanden. Aber aus der Ersetzung der so ungelenken und auf die schwache Basis vielfältig sich widersprechender Verträge gestellten Feudalität durch einen allgemeinen Unterthanenverband, für dessen sämtliche Glieder, also die Gesamtheit der Staatsangehörigen, wenigstens die Grundzüge individueller Gleichheit und der gemeinsamen Verpflichtung gegen das Staatsoberhaupt gegeben erschienen, erwuchs doch sofort in natürlicher Konsequenz der neuen weitgehenden Pflichten des Staates auch eine derartige Summe neuer Rechte für denselben, es folgte eine solche Steigerung seiner militärischen und finanziellen Kräfte, seiner realen Macht, daß ihm kein Staat von ähnlichem Umfange und gleich

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

großer Bevölkerung, so lange er in den alten Ordnungen verharrte, gewachsen sein konnte. Denn wenn nun der Staat in seinem ganzen Machtbereiche entsprechend den neuen Rechtsanschauungen für die Rechtspflege sorgte, wenn er gegenüber dem einzelnen, der ja wesentlich auf sich gestellt war, die Pflicht übte, ihm innerhalb der Staatsgrenzen wie über dieselben hinaus seinen Erwerb zu ermöglichen, wenn der Staat von jedem Unterthan angerufen wurde, für die Sicherheit seiner Person und des ererbten und erworbenen Besitzes einzutreten, ihm wohl auch die nötigen Bildungsmittel, deren Wert je länger je besser erkannt wurde, beizustellen, wenn all dies sich gesellte zu der erhöhten Verpflichtung des Staatslenkers, gewaltsamen Überzug von außen her, der so sehr im Wesen der Zeit lag, mit allen Kräften abzuwehren: so konnte der Staat all diesen Aufgaben eben nur dann genügen, wenn ihm weitgehende Befugnisse in judizieller, finanzieller und militärischer Hinsicht, die weitausgedehnte Handhabung der exekutiven und Polizeigewalt, Nutzungen von Münze und Maß und Gewicht, Mauthen und Zölle, Posten und Straßen, und in allen Sphären geistiger Thätigkeit, in Kirche und Schule, Zensur und Presse früher unbekannte Vollmachten willig zugestanden wurden.

Ein Blick auf die Staaten Europas in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts und ihre so verschiedenartige Entwickelung in den nachfolgenden Zeiten ist dabei gewiß lehrreich. Dann waren auch wesentlich gleiche Impulse der gesamten Staatenfamilie des christlichen Abendlandes geworden: gerade in den Zeitepochen voll Gärung und Beweglichkeit vermögen bedeutende Herrscher, Staatsmänner und Feldherren größere Erfolge zu erzielen, und führen Irrtümer und Saumseligkeit noch tiefer als sonst in Verwirrung, Ohnmacht und Mißgeschick. Auch die Art, wie sich die einzelnen Staaten bisher im inneren entwickelt hatten, war von höchster Bedeutung. War im entscheidenden Momente ein berufener Inhaber der höchsten Gewalt da, der die neu entstehenden Pflichten und Rechte zu erfassen und zu handhaben verstand, sei es der erbliche Träger der Krone, sei es die anerkannte Vertretung republikanischer Gemeinwesen, so ward dies für die Einheit, aber auch die Macht und Größe dieser Staaten ebenso förderlich, wie sich nun in noch höherem Maße die Händel dort verschlimmerten, wo Fürst und Stände zugleich nach den Attributen des modernen Staates griffen oder republikanische Amtsgewalten darüber in Streit gerieten. Hier kam es oft, früher oder später, zu Kämpfen zwischen den konkurrierenden Gewalten, die, an sich traurig und verderblich, entweder den Sieg des Ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

solutismus mit allen seinen Übeln, oder, wenn nicht die Stände sorgsam auf den Willen und das Interesse der Gesamtbevölkerung achteten, im inneren Spaltung und Vielherrschaft und nach außen Ohnmacht herbeiführten. Selbst die Wiedererweckung des religiösen Lebens im 16. Jahrhunderte, an sich so unendlich bedeutsam und heilbringend, ward dann nicht selten zum schärferen Unterscheidungsgrunde für die Freunde und Gegner der Dynastieen, für verderbliche innere Kämpfe überhaupt. Lehrt all dies nicht eindringlich die Geschichte Frankreichs, Deutschlands und beinahe noch mehr Österreichs im 16. und 17. Jahrhunderte?

Fast gleichzeitig ist in den großen Königreichen des Westens, in Spanien, Frankreich und England, der neue Staat begründet worden. Aber Spanien war noch Ende des Jahres 1474, beim Tode König Heinrichs IV., durchaus zerrüttet und machtlos, und erst die nachfolgende Regierung der katholischen Könige brachte eine weitgehende Wandlung der staatlichen Verhältnisse und die entschiedene Wendung zum besseren. England, durch den entsetzlichen Kampf der weißen und roten Rose aufs grausamste heimgesucht, verfiel nach den Reformen Eduards IV. dem Regimente Richards III. und neuen blutigen Kämpfen. In Frankreich aber fußte bereits die Thätigkeit der Könige Karl VII. und Ludwig XI. auf klugen Maßnahmen früherer Vorfahren, der unbedingten Erblichkeit der Krone, der weitgehenden Gewalt des Staates auch in geistlich-kirchlichen Dingen[1] und in der Reformthätigkeit der Könige Philipp II. August, Ludwig des Heiligen und Philipp IV. Dazu gewannen die Könige den weitaus größten Teil der bisher englischen Besitzungen und wurde eine große Anzahl ausgedehnter Lehengebiete mit der Krone vereinigt. Die pragmatische Sanction von Bourges, von Ludwig XI. wieder aufgehoben, wurde denn doch zu Gunsten des Staates in wesentlichen Punkten festgehalten, nachdem der König mit der Kurie zerfallen. Die Freiheit der gallikanischen Kirche war damit begründet und durch das Ende der Inquisition gekennzeichnet. Die Ordnung und einheitliche Ausgestaltung des Gerichtswesens, die Begünstigung des Verkehres und jeder bürgerlichen Thätigkeit, wie die Reform der Finanzverwaltung kam hinzu. Sie füllte des Königs Schatz und gewährte ihm reichliche Mittel für politische Zwecke; sie setzte ihn in den Stand, ein stehendes Heer zu besolden und, soweit es bei König Ludwig XI. Art möglich war, die schönen Künste zu unterstützen. So schwer der Despotismus des König-

[1] Vgl. dazu für die wichtige Periode von 1378—1409 K. Kehrmann, Frankreichs Kirchenpolitik von 1378—1409, Jena 1890 und E. Jarry, la vie politique de Louis de France, duc d'Orleans 1372—1407, Paris 1889.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

tums jetzt auf dem Lande lastete, so verderblich die Falschheit eines Ludwig XI. und sein Mißtrauen, sein Undank und seine Verlogenheit[1] wirken mußten: nur die Unmündigkeit Karls VIII., die Erschütterungen, welche damit über das Königreich hereinbrachen, hinderten, daß nicht schon im vorletzten Jahrzehnte des Cinquecento die überlegene Macht des reichen[2] einheitlichen Frankreich allen Nachbarn furchtbar wurde.[3]

In England war trotz der Rosenkriege die Macht des Parlamentes aufrecht geblieben, dagegen zur Zeit der Thronbesteigung König Eduards IV. (1461) der Feudalismus aus den bekannten allgemeinen und besonderen Ursachen, infolge des Verfalles der großen Baronie, des Erlöschens der vornehmen Familien und der Zersplitterung der großen Güter zu Grunde gerichtet, andererseits schon um 1450 der Bauernstand von der Leibeigenschaft frei. In England traf ja der Krieg seine Urheber, die adeligen Herren und ihr Lehengefolge; das Unheil fiel auf die, welche den Krieg führten. Im übrigen reichten aber hier die Anfänge des modernen Staatslebens weit zurück, zum Teil weiter als selbst in Frankreich. Das Rechtswesen befand sich in so vollkommener Ordnung, daß auch während der Kriege die Gerichtshöfe ihre Sitzungen in Westminster hielten, die Richter wie immer ihre Rundreisen machten, die Schwurgerichte ihre Einrichtungen verbessert sahen. Die Geistlichkeit hatte, wenn auch im Besitze ungeheuren Reichtumes und großer Überlieferungen, durch den Mangel geistigen Lebens, ihre sittliche Trägheit, ihren Gegensatz zu den tieferen religiösen Überzeugungen des Volkes und ihre blinde Feindseligkeit gegen die Reform-Bewegung, welche anfing, die Welt in Aufregung zu setzen, völlig ihren Einfluß verloren. Dafür war die politische Freiheit des Bürgertumes längst begründet, mehrte reicher Besitz und Erwerb das Streben nach Bildung und Geltung im sozialen Leben.

So wuchs unter Eduard IV. und Heinrich VII. die Macht der

---

[1] Giuditio politico l. c. 108 ff., 167 ff. u. a.

[2] Über die freundlichen Beziehungen Frankreichs z. B. zu den Hansestädten s. jetzt die Akten in den Hanserecessen II. Abteil. Bd. V, Leipzig 1888, S. 3, 4, 475—479, 558—565, 593—600.

[3] Vgl. z. obigem außer den Arbeiten von M. C. Dareste de la Chavanne und R. Dareste noch A. Cheruel, Histoire de l'administration monarchique en France de Philippe-Auguste juqu'à la mort de Louis XIV, Paris 1855, 2 Bde. und H. Martin, Histoire de France, 4. Aufl., Paris 1860—1861, tom. VI u. VII. E. A. Schmidt, Geschichte von Frankreich (in der Heeren-Ukertschen-Sammlung) II, Hamburg 1840, 464 ff., 471 ff. L. v. Ranke, Französische Geschichte I (sämtlicher Werke Bd. 8), 53 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Krone riesenhaft empor, vor allem infolge des Reichtumes, den sie erworben hatte aus dem mächtigen Umfange des konfiszierten Gutes und aus dem, was sie dazu gewann infolge des wachsenden Ertrages der Zölle, die sich König Eduard auf Lebenszeit übertragen ließ, und aus dem schwunghaften Handel mit den Hafenplätzen Italiens, Griechenlands, an dem auch der König eifrigst teilnahm.[1] Sie schirmte ihre Stellung mit einem kriegerischen Apparate, vor allem einem starken Artillerieparke, dem nichts im Lande widerstehen konnte, während zugleich die Notwendigkeit, die beiden Häuser des Parlaments zu berufen, beseitigt war. Ein Anlaß zu neuen Anlehen lag eben nicht vor. Ohnehin war mit dem Sturze des Feudalismus die Opposition im Parlamente erloschen. Die in ihm nun tonangebend waren, nahmen ihren Platz unter den Fittigen des Königtumes: der Geistliche, weil ihn der Ketzer drängte, der Städter, weil ihn um seine Privilegien bangte, der Grundbesitzer, da nur die Krone allein ihn vor Krieg und Unordnung schützen konnte, die er so tief verabscheute.[2] Das neue Gesetz Heinrich VII., durch das die bewaffnete Gefolgschaft des Adels und dieser selbst der Gerichtsbarkeit der Krone verfiel, das Entstehen jenes Gerichtshofes, der später die Sternkammer hieß und seine Kompetenz in so exorbitantem Grade erweiterte, erscheint geradezu als die Vollendung jener langen Reihe von Maßregeln, welche die Krone hoch über jede Gegnerschaft emporhoben.[3] Auf dem Schlachtfelde bei Guinegate 1513 erprobte sich dann England als eine europäische Großmacht.

Etwas früher war Spanien auf den Plan getreten, wenn es sich auch keiner in der ferneren Vergangenheit und tiefer wurzelnden Ordnungen erfreute. Aber die Regierungen der katholischen Könige, zu denen für Kastilien die Thätigkeit des Kardinals Ximenes hinzutrat, hatten denn doch einen außerordentlichen Umschwung bewirkt. Wie in Kastilien Isabella, so ist es in Aragon Ferdinand gelungen, die eifersüchtigen Adelshäuser, die herrschgierigen Prälaten und stolzen Bürgerschaften niederzuhalten und der bisher so vielgeteilten, in ihrer Freiheitsliebe und Armut unbändigen Nation Herr zu werden. Sie findet nun auf den

---

[1] Wichtige Beiträge zur englischen Handelspolitik (schon der sechziger Jahre) bringen die Hanserecesse II. Abteil. Bd V (herausgeg.. von G. Freih. von der Ropp).

[2] J. R. Green, Geschichte des englischen Volkes. Deutsch von E. Kirchner, 2 Bde. Berlin 1889, I 336, 341, 344 ff. Lappenberg-Pauli, Geschichte von England, V. Band, Gotha 1758, 312—313, 389, 416, 424, 432, 446 ff. a. a. L. v. Ranke, Englische Geschichte I (sämtl. Werke Bd. 14), 56 ff., 91 ff.

[3] Pauli, Geschichte Englands, V. 542—544. Green, l. c. 359, 360—361.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schlachtfeldern Italiens, den unermeßlichen Weiten der mit ihren Mitteln und für sie entdeckten neuen Welt einen Schauplatz der glänzendsten Entfaltung. Im Mutterlande aber ist die Krone auf dem richtigen Wege, die einzige wahrhaft gebietende Macht zu werden durch die Mittel der ungleich besseren Verwaltung als bisher, einer kräftigen Justiz, einer aufmerksamen Polizei, ja sogar in gewisser Hinsicht einer angemessenen Erziehung.[1] Und während die spanischen Heere und Entdecker hohen Ruhm erwarben durch die Glut religiöser Empfindung und wahren Heroismus, schuf sich Ferdinand durch die zähe Konsequenz, mit der er seine großen Aufgaben erfaßte, die seltene Energie des Verstandes, womit er sie erfüllte, zur Durchführung seiner Pläne in opferwilliger Sparsamkeit die Mittel, die ihm sein Spanien nur kärglich zu bieten vermochte. Er ging ja an Klugheit und Vorsicht, Geduld und Thätigkeit ebenso allen Zeitgenossen auf den Thronen Europas voran, wie er allen weit voraus war in Hinterlist und Tücke, Unwahrheit und Treulosigkeit.[2] „Denn die Verstellung", sagt Guicciardini in seiner Schilderung der Spanier, „ist dieser Nation eigentümlich, sie findet sich im höchsten Grade bei Menschen aller Klassen, es sind punische Geister."[3] Weil freilich die Reform des inneren Staatslebens, an sich zu jung und daher zu wenig tiefgehend, nicht allseitige verständige Fortsetzung fand, vielmehr die Blüte des Bürgertumes im Aufstande der Kommuneros geknickt ward, mußte sich später ein unheilvolles Mißverhältnis zwischen den natürlichen Kräften Spaniens und den weitgesteigerten Ansprüchen der Großmacht Karls V. und Philipps II. entwickeln. Man weiß, wie grell dies in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhundertes schon auch nach außen hervortrat.

Im Gegensatze zu dem europäischen Westen zeigen sich im siebenten und achten Jahrzehnte des 15. Jahrhunderts die Königreiche des Ostens und Nordens, Ungarn zunächst ausgenommen, von den neuen Ideen und ihren praktischen Konsequenzen noch äußerlich unberührt. Wohl ist in Böhmen die Allgewalt der Kirche überwunden, der Klerus als Stand

[1] W. H. Prescott, History of the reign of Ferdinand and Isabella, 7. Aufl. London 1854, hat diese Dinge ebenso wenig genug nüchtern angesehen, wie C. Hefele, der Kardinal Ximenes und die kirchlichen Zustände Spaniens am Ende des 15. und zu Anfang des 16. Jahrh., Tübingen 1844, die Thätigkeit dieses Staatsmannes und Kirchenfürsten. Vgl. noch H. Baumgarten, Geschichte Spaniens vom Ausbruch der französischen Revolution. 2 Bde., I Berlin 1861 v. l. und Geschichte Karls V., I 61 ff. F. W. Schirrmacher, Gesch. von Spanien VI, Gotha 1893, 594 ff.

[2] H. Baumgarten. Geschichte Karls V., 1, 68—69, 71.

[3] Opere inedite, Florence 1857, VI 274.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

vernichtet. Aber der Utraquismus, ebenso gehaltlos auf der einen wie unduldsam auf der anderen Seite, voll Anarchie im inneren, mit den weitgehendsten Ansprüchen in kirchlicher wie in weltlich politischer Hinsicht nach außen, ist an seine Stelle getreten. Das Erbkönigtum erscheint durch die Revolution gegen König Sigismund in Frage gestellt, das Bürgertum des Landes aufs schwerste geschädigt. Dagegen ist der Feudaladel, obwohl numerisch außerordentlich geschwächt, nicht nur noch da, sondern begünstigt durch den Streit Georg Podiebrads mit der Kirche befähigt, im Kampfe mit dem Königtume den Sieg davonzutragen. Er ist es, der sich jener staatlichen Befugnisse bemächtigt, welche die neue Zeit doch auch hier dem Machthaber anheimgiebt, während er die gesteigerten Lasten den unteren Ständen aufzubürden versteht. So hat in Böhmen erst die neue Zeit die Leibeigenschaft des Bauernstandes gebracht und damit Bewegungen eingeleitet, die man in England und Frankreich, zum Teil auch in Deutschland im 14. und beginnenden 15. Jahrhunderte erlebt und bewältigt.[1] Die kargen Regungen humanistischen Strebens blieben hier ohne Bedeutung,[2] sowie die religiöse Erhebung des 16. Jahrhunderts nur ein neues jähes Ferment brachte in die Wogen der politischen Kämpfe. Im Innern zerrüttet, zeigt Böhmen schon in den Tagen König Wladislaws II. das Bild völliger Ohnmacht nach außen.[2]

Und ähnlich standen die Dinge in Polen, trotz der Thätigkeit und Erfolge Kasimirs IV., und mit dem Aufgange der Jagellonenherrschaft auch in Ungarn, nur daß hier statt eines gehaltlosen bornierten Utraquistentums ein ebenso reicher und einflußreicher wie verweltlichter und ehrsüchtiger Klerus dem Hochadel an der Seite bleibt und seine Bestrebungen teilt. Wenn Böhmen später ein anderes Schicksal zu teil wurde, als Polen, das verkam und völlig unterging, und als Ungarn, in dem anderthalb Jahrhunderte die Osmanen herrschten, so dankt es dies vor allem seiner Einfügung in den von Kaiser Maximilian neu organisierten deutsch-österreichischen Staat der Habsburger.

---

[1] Vgl. z. B. für die Welfengebiete Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover, I, Gotha 1884, 267 ff. In Dänemark freilich wird ähnlich wie in den Slavenländern jetzt wieder der Grund zur Leibeigenschaft (erster urkundlich erwiesener Fall 1446) gelegt. Vgl. J. Steenstrup, Vornedskabet hos den danske Bonde: Dansk hist. Tidssk. 5. Ser. (1886), 6, 339—462.

[2] Vgl. darüber jetzt J. Truhlárz, Počátky humanismu v Čechách (Anfänge des Humanismus in Böhmen). Ber. der czech. Franz Josephs-Akademie der Wissenschaften, 1. Jahrg., Prag 1892. Man vgl. auch F. Palacky, Geschichte Böhmens V. 1, 131 ff., wo man freilich die eindringendere Motivierung vermißt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Und wie lagen die Dinge in eben jenen Tagen — wir stehen damit vor der für uns bedeutsamsten Frage — im deutschen Reiche abgesehen von Böhmen? Gewiß kaum ein Volk glich in den letzten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts dem deutschen „in ruhigem Sammeln und Vermehren seines geistigen Eigens, an allseitiger Liebe und Pflege der Wissenschaft und Kunst, an lebhaftem Interesse für die reichen Errungenschaften der Zeit auf allen Wissensgebieten. In Deutschland erblühten binnen wenig mehr als einem Menschenalter sieben neue Universitäten, hier fand die Leuchte des Humanismus ihre fleißigsten, gründlichsten, wenn auch vielleicht nicht begabtesten Jünger, hier wurden mathematische und Naturwissenschaften in rastlosem Eifer geübt und vervollkommnet, hier fanden alle Impulse des Zeitalters der großartigen Epoche der Erfindungen und Entdeckungen den nachhaltigsten Widerhall, hier erdachte man das allmächtige Werkzeug für rasche Wirkung auf tausende und in ferne Lande und Zeiten, die Kunst Johannes Fust's, Schöffer's und ihrer Genossen, hier fand sie fruchtbaren Boden und rasches Gedeihen."[1]

Es kam dazu, daß der tief beklagenswerte Zustand, in dem sich nach dem Scheitern der Reformversuche das kirchliche Leben im Reiche befand, es dem deutschen Klerus durchaus unmöglich machte, auf das geistige Leben der Nation irgendwie unberechtigten Einfluß auszuüben. An Ausdehnung und an Volksmenge ging das Reich allen anderen Ländern Europas weit voran. Die große Anzahl dicht bevölkerter, fester und reicher Städte, die Bedeutung des deutschen Binnen- und Außenhandels, dann daß auch der Bauernstand sich im Durchschnitte eines erheblichen Wohlstandes erfreute, so außerordentlich verschieden seine Lage in den einzelnen Strichen des Reiches unter der Einwirkung mannigfacher Umstände sich entwickelt hatte, sicherte Deutschland eine hervorragende Stelle unter den europäischen Reichen.

Um so heilloser aber hatten sich die politischen Verhältnisse gestaltet. Das Wahlrecht der Fürsten half nacheinander zum Besitze der deutschen Krone verschiedenen Häusern, die aber über die Anfänge dessen, was die Capetinger für die innere Einheit und äußere Größe Frankreichs gethan, nicht hinauskamen, und daher bald, wie die Luxemburger und die Habsburger, ihre Thätigkeit vorwiegend den halb- oder undeutschen Gebieten im Osten und außerhalb der Grenzen des Reiches zuwendeten. Dafür war zu Ende des Mittelalters der fürstliche

[1] Reichsgeschichte I, 3. Mancherlei zutreffendes und interessantes, das hierher gehört, bietet G. von Buchwald, Deutsches Gesellschaftsleben im endenden Mittelalter. 2 Bände, Kiel 1886—1887.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Adel Deutschlands und der durch seinen weltlichen Besitz ihm unmittelbar an die Seite gestellte Hochklerus nicht bloß politisch nicht in den Hintergrund gedrängt oder gar niedergeworfen, sondern über die ersten Stadien zur völligen Unabhängigkeit von dem Reichsoberhaupte längst hinaus. Die Existenz zahlreicher städtischer Gemeinwesen, die unmittelbar unter dem Kaiser standen, vermochte dessen Macht schon deshalb nicht wesentlich zu erhöhen, weil auch sie nach dem Muster geistlicher und weltlicher Nachbarn frühzeitig zur Ausgestaltung eigener Territorien geschritten waren und so eben nur die Zahl der kleinen bei allen Verfassungsfragen mit dem Reichsoberhaupte konkurrierenden Machthaber vermehrten. Das deutsche Gemeingefühl endlich war im 15. Jahrhunderte viel zu schwach und das Ansehen der Königs- und Kaisergewalt in den Gemütern der großen Masse der Zeitgenossen viel zu wenig lebendig, als daß der Träger der Krone dort hätte Vorteil ziehen können, wo etwa die Territorialgewalt, willens die Prinzipien des neuen Staates zur Geltung zu bringen, auch selbst wieder mit den eigenen Ständen in scharfen Konflikt geriet. Immer zeigte es sich ja, so oft der Kaiser den Versuch machte, in den breiten Schichten der Unterthanen des Reiches Boden zu fassen, ebenso in Sachsen 1475 wie in Baiern 1462, in Böhmen 1461, in der Pfalz 1474, daß man die Verpflichtung für den engeren staatlichen Verband — das war das Territorium ja wesentlich bereits geworden, — stärker empfand, als was man Kaiser und Reich schuldig war. Regelmäßig schlug das Landrecht das Reichsrecht, der Partikularismus den Zentralismus. So war denn die Kaisergewalt im Reiche immer mehr gesunken, um so tiefer, als es ihr bereits auch an materiellen Mitteln in hohem Maße gebrach. Was man von großen gesetzgeberischen Akten in den letzten Jahrhunderten wußte, bewegte sich in der Hauptsache auf der abschüssigen Bahn von Konzessionen an das oligarchische Kurfürstentum — man denke nur an die Verleihungen Friedrichs II., Rudolfs I., die Goldene Bulle Kaiser Karls IV. — und war weit weniger Reform, als Sanktionierung unerhörten Mißbrauches. Umsonst hatten sich dann König Ruprecht und Kaiser Sigismund bemüht, die Königsgewalt gegen weitere Einschränkung zu verteidigen. Auch Kaiser Friedrich III. stand in der Defensive: inmitten immer aufs neue andrängender Krisen in den Erbländern, angefeindet von Böhmen und Ungarn her, bald jährlich härter heimgesucht durch türkische Raubscharen, durfte er es schon einen Erfolg nennen, unreife Reformprojekte von Deutschland abgewehrt, „den Nachkommen für jede, auch die durchgreifendste Regeneration" des staatlichen Lebens des Reiches „den Boden

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

freigelassen" zu haben.[1] Was dagegen das 15. Jahrhundert in Deutschland von Kämpfen und Bewegungen zur Schaffung der Grundlage des modernen Staates sah: das mächtige Vordringen gegen die selbständige Stellung der Zwischengewalten, vor allem der Kommunen, und mancherlei Bemühungen um einheitliche Normen des wirtschaftlichen Lebens, ging nicht vom Kaiser sondern vom territorialen Fürstentume aus, und ist ebenso wesentlich ihm allein zu gute gekommen.[2] Das Mißverhältnis zwischen der Macht des Reichsoberhauptes und des von ihm beherrschten Reichskörpers wurde dadurch nur noch unerträglicher, unnatürlicher.

Aber in welche Lage geriet man durch solchen Stillstand jenen Staaten gegenüber, welche schon jetzt sich neuzeitlich organisierten und durch innere Ordnung und Einigung eine ungeahnte Offensivkraft gewannen? Daß die ungeheure Überlegenheit Frankreichs, die in den nachfolgenden Jahrhunderten den Deutschen so schwere Opfer auferlegte, nicht schon unter Ludwig XI. hervortrat, geschah nur, weil sich der neue Staat rascher doch nur in engerem Kreise einrichten ließ. Auch Frankreich war eben 1470 noch lange nicht politisch fertig und Ludwig XI. kein kühner Kriegsmann. Aber wo thatsächlich, auch selbst in kleineren Reichen, neben Deutschland der neue Staat aufstand, wie in Burgund, Ungarn, in gewisser Beziehung in den Alpenthälern der Schweiz, da war er stets auch dem unbeholfenen Reichskörper gegenüber im Vorteile. Jenes politische Stillleben, so sehr es begründet sein mag, brachte neben geringem Ansehen nach außen eben auch schwere Störung im inneren. Vielfache Antriebe zur Weiterentwickelung fehlten ja durchaus nicht, aber sie wurden stets überwältigt. Und eben deshalb stand weitgehendes Mißbehagen und Mißtrauen der Führung der öffentlichen Angelegenheiten gegenüber, was seit 1454 zu immer neuen Versuchen zu einer Neubesetzung des Königsthrones selbst führte. Wer schien aber, da die Wahl eines deutschen Fürsten im engeren Sinne, der Böhmenkönig nicht ausgenommen, schließlich nichts bessern konnte, eher berufen, den „unthätigen" Kaiser Friedrich III. zu ersetzen, als die thatkräftigen Herrscher so mächtiger und wohlgeordneter Staaten, wie König Matthias oder Herzog Karl von Burgund? Der erstere ward durch die gemeinsame Türkengefahr und noch mehr infolge des

[1] Reichsgesch. I, 6. Vgl. F. Wegele, Gesch. der deutsch. Historiographie 91 ff. Bezüglich dessen, was staatlich wirklich geschah, sei hier nur im allgemeinen auf die bezüglichen Arbeiten J. A. Tomascheck's, O. Franklin's, das Reichshofgericht im Mittelalter, 2 Bde., Weimar 1867—1868 u. G. Seeliger, das deutsche Hofmeisteramt, Innsbruck 1885, und Erzkanzler und Reichskanzler, Innsbruck 1889, hingewiesen.

[2] Maximilian I. und das deutsche Reich. Im Lichte neuerer Forschung dargestellt von Hans von Spielberg. Preußische Jahrbücher, Bd. LI, Heft 3, S. 270 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Streites um Böhmen ohnehin zu innigerer Anteilnahme an den Vorgängen im Reiche vermocht, während der Burgunder, für weite Landschaften dem Kaiser lehenspflichtig, sich eben deshalb und noch mehr durch die größere Freiheit empfahl, in der er über die bereits von seinem klugen Vater wohlgeordneten Hilfsmittel seines Reiches verfügte.

Nur allzusehr sind die Herrscher von Burgund und Ungarn solchen Erwägungen nahe getreten. Matthias Corvinus und Karl von Burgund glichen einander an brennendem Ehrgeiz, unbegrenzter Selbstsucht und unersättlicher Neigung zu Krieg und Streit und Eroberung, für die sie mit rücksichtsloser Energie die Mittel zu schaffen wußten. Aber größer noch als durch Kriegsruhm waren beide als die Organisatoren ihrer Staaten und durch ihre staatsmännische und diplomatische Thätigkeit. Trotzdem steht fest: sowie der Ungar den Burgunder übertraf an Weite des Blickes, an praktischem Sinne, an Tiefe der Erkenntnis der wie im einzelnen so auch im Staate mächtig wirkenden geistigen Kräfte, die er daher eifrig zu pflegen und zu nützen nicht verabsäumte, so waren auch Geschick und Ausgang dieser beiden Beherrscher moderner Einheitsstaaten in Europa sehr verschieden. Der Burgunder baute auf der Mühe seiner Vorfahren, die ihm weit ausgedehnte Lande in blühendem Wohlstande hinterlassen, sein Reich aus. Indem er aber, einer früheren besseren Erkenntnis gegenüber, von der Leidenschaft verführt mit dem überlegenen weil längst freiheitlich organisierten eidgenössischen Gemeinwesen in Kampf geriet, unterlagen er und sein Reich jähem Geschicke. Der Ungar folgte als Emporkömmling in einem vielgeprüften, zerrütteten Lande nach, das er im Inneren neu ordnete und zum Siege führte über alle angrenzenden alten Staaten. Er hat ein großes Östreich neben dem deutschen Reiche geschaffen, welches magyarische, deutsche und slavische Gebiete gleichmäßig umfaßte.[1] Und wieder! Aus Karl des Kühnen Einrichtungen und Einwirkungen gewannen die niederen Lande jene innere Einheit und Kraft, die sie ebenso gegen die Absorbierung durch Frankreich schützte, wie später gegen ein Aufgehen in Spanien oder Österreich, und die Grundlage ihrer Freiheit und Unabhängigkeit bildet bis heutzutage. In Ungarn dagegen haben schwache Nachfolger und unberatene Stände die Einrichtungen des großen Corvinen wie vom Verhängnisse getrieben vernichtet und so selbst die Thore breit geöffnet für Gefahr und Not und jahrhundertelange türkische Knechtschaft.

[1] Näherer darüber wie über Ungarn s. unten. Hier sei nur hingewiesen auf die Notice historique sur les anciennes Chambres de comptes de la Belgique in M. Gachard's „Inventaires des Archives de la Belgique, I (Bruxelles 1837)".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Das siebente und achte Jahrzehnt des 15. Jahrhunderts, die hier zu betrachten bleiben, gewinnen, so weit es sich um deutsche Geschichte handelt, in dem Kampfe dieser beiden Mächte gegen das Reich ihre Signatur. Dort bildet die böhmische, hier die österreichisch-eidgenössische Differenz den Ausgang. Der Streit findet in der Eroberung der freilich geschmälerten burgundischen Lande für das Haus Habsburg, die Kaiser Friedrich mit zäher Konsequenz im Auge behält und durchführt, seine Lösung zunächst nach einer Seite. Dem durch alte Traditionen und weiten Besitz im Reiche hervorragenden und nun in solcher Weise noch mächtiger gewordenen Hause Österreich vermag seitdem weder die Eifersucht deutscher Fürsten noch die Gegnerschaft des Magyarenkönigs die Nachfolge in Deutschland zu verkümmern. Ihm werden bald auch die Kronen von Böhmen und Ungarn zu teil. Und wenn in den Tagen Kaiser Maximilians zum unermeßlichen Schaden für das Reich die monarchisch-zentralistische Einrichtung Deutschlands mißlang und das Reich in seinem alten Wesen blieb, so mächtig auch die Nachbarn emporstiegen: so zwang eben dies die habsburgischen Kaiser, mit der Kraft der Erblande immer wieder für Deutschland einzutreten. Die Großmacht Österreich konstituierte sich in und neben Deutschland. Sie ist des alten Reiches natürlicher Freund und Verbündeter, so lange beide ihres Werdens und der gemeinsamen Interessen eingedenk bleiben.

Zweites Kapitel.

Der Kirchenstreit in Böhmen nach der Bannung des Königs. König Georgs Machtmittel und Pläne. Sein Verhältnis zu Kaiser und Reich bei Ausbruch des Krieges.

Der Kirchenstreit, der 1467 in Böhmen zum offenen Kriege führte, hat stets das regste Interesse der Nachwelt gefunden. Ist er ja doch trotz allem persönlichen Zuthun eine bedeutsame Episode in dem jahrhundertelangen Ringen der europäischen Welt um Duldung und Glaubensfreiheit. Noch mächtigere Erregung, Teilnahme oder Sorge schuf

P. Frédéricq, Essai sur le rôle politique et social des ducs de Bourgogne dans les Pays-Bas. Gand 1875. K. Th. Wenzelburger, Geschichte der Niederlande, Gotha 1879, I 338 ff., 371. F. v. Löher, Kaiser Sigmund und Herzog Philipp von Burgund, Münchener histor. Jahrbuch 1866, 305 ff., 393 ff. Zeller et Luchaire, Louis XI., Paris 1890, 152 ff. (unbedeutend).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er den Mitlebenden infolge des ungewöhnlichen Aufgebotes von materiellen und geistigen Mitteln und Kräften, dann wegen der Bedeutung und Eigenart der Persönlichkeiten, die im Vordergrunde standen. Und welche merkwürdige Umstände, überraschende Zwischenfälle ergaben sich da! Denn das Wesen der neuen Zeit, so wenig es sich bisher siegreich durchgerungen, vermochte sich am wenigsten in einem Kampfe zu verleugnen, bei dem, wie bei dem böhmischen Kriege 1467—1471, die maßlose Erbitterung der Gegner noch von der Energie der leidenschaftlichsten Anstrengungen übertroffen schien. In dem Streite der Geister, welcher neben verheerenden Streifzügen und dem Kampfe um Städte und Burgen einherging, wurden, ihrem Urheber scheint es oft beinahe unbewußt, Ideen zur Geltung gebracht, die von der mittelalterlichen Ordnung der Dinge durchaus absahen. Und ohne daß in Böhmen der neue Staat seine Auferstehung gefeiert, ergaben sich in der Not des Augenblickes Organisationen, freilich vor allem militärischer Art, denen wesentlich die moderne Anschauung von der gleichen Verpflichtung aller für den Schutz des Heimatlandes zu Grunde liegt.

Noch ehe die römische Kurie nach mehr als fünfjähriger Zögerung im Prozesse gegen König Georg von Böhmen das Endurteil gesprochen und mit des Königs Bannung und Absetzung (23. Dez. 1466) den Kampf auf Leben und Tod eröffnet, hatte Podiebrad, auch solchen Ausgang bedenkend, die Mittel erwogen, die ihm zum Angriffe wie zur Abwehr gegen Rom und seine Helfer und Gönner zur Verfügung standen. Der König stand nicht mehr in der Vollkraft des Mannes. Die Zeiten froher Kampfeslust, rascher kecker Thatkraft waren für ihn vorbei. Sein Verlangen stand nach Frieden.[1] Er sah ihn um so mehr schweren Herzens zerrinnen, als er die Nötigung zu Krieg und Blutvergießen wegen dogmatischer Verschiedenheiten, die er nicht begriff, nie fassen konnte. Immer wieder schwankte er denn auch zwischen der Anwendung der äußersten Mittel und dem Streben nach friedlicher Verständigung.

Aber auch so blieb der Hussittenkönig ein furchtbarer Gegner, der mutig den Kampf aufnahm, wo immer der Feind zu finden war. Daß er Böhmen aus dem Zustande baronialer Anarchie zu Ordnung und Frieden hinübergeleitet und in langjährigem Walten den inneren Wohlstand und des Reiches Macht und Ansehen nach außen neubegründet hatte, schuf seinem Königtume, in dem Hauptlande der Krone wenigstens, eine breite volkstümliche Basis, die auch durch die Empörung der mächtigsten

[1] Vgl. diese Reichsgeschichte I. 463.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Adelshäupter und den Abfall der Pilsener nicht wesentlich geschmälert ward. Dem eifernden Rokyzana und seinem Klerus zum Trotze hatte der König, ja selbst zugleich Katholik und Utraquist, zwischen den Unterthanen beider Bekenntnisse keinen Unterschied gekannt und sich eben dadurch auch das Vertrauen und die Treue der ersteren in weitgehendem Maße gesichert.[1] Zu ihm hielt mit der überwiegenden Mehrheit der Kommunen und Ritterschaft die große Masse der slavisch-utraquistischen Bevölkerung Böhmens und Mährens. Ihm standen für den beginnenden Kampf die durch Frieden und Wohlfahrt wesentlich gesteigerten Einkünfte der Krone, stand der durch weise Sparsamkeit erworbene und vermehrte Eigenbesitz an Geld und Ländereien zur Verfügung, ganz abgesehen davon, daß er in neutraler Stellung, unbeschränkt durch fremden Willen, leicht in der Lage war, die vielgeteilten, von der Peripherie des Landes gegen ihn andringenden Gegner mit überlegener Macht niederzuwerfen.

Aber die Vasallen der Krone und des Königs von Böhmen reichten weit in die umliegenden deutschen Lande hinaus. Der König hatte aus den vielfachen wechselnden Verbindungen mit den Fürstenhäusern des Reiches und des Westens, Südens und Ostens wenigstens ein innigeres Verhältnis zu den Häusern Sachsen-Meißen und Brandenburg-Ansbach, freundnachbarliche Beziehungen zu Baiern-Landshut und Polen, auch, wie er meinte, zu Ungarn, Venedig und Mailand, Frankreich und Burgund gerettet. Er erachtetete die Dankesschuld des Kaisers für seine Befreiung durch die Böhmen im Jahre 1462 noch lange nicht getilgt. Er beanspruchte als Glied des deutschen Reiches wie als christlicher König zu Recht Deckung gegen jeden Angriff auswärtiger Mächte, selbst auch Roms, da ja Böhmen als Kurfürstentum in des Reiches Frieden stand und dieses Zeitalter in den Tagen wachsender Türkennot dem Papsttume in Übereinstimmung mit diesem selbst als erste Aufgabe die Herstellung und Erhaltung des Friedens zwischen den europäischen Fürsten zuwies, damit ihre vereinigte Macht die Türken überwinde. Und hatte denn nicht der König Anlaß, in seinem Kampfe gegen aufrührerische Adelige und die Kurie auf Sympathien weit und breit zu rechnen? Kannte, empfand nicht immer wieder die ganze Nachbarschaft Böhmens den Übermut, die Kampf- und Raubluft jener, die zu bändigen selbst des Königs feste Hand nicht völlig genügte? Und drängte die tiefgehende gewaltige Strömung im Geistesleben der Völker überall hin zu prinzipieller Duldung und Gewissensfreiheit, sicherte der revolutionäre Zug jener Tage allen jenen

[1] Die Beweise s. unten Kap. 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Beifall von groß und klein, die sich darin zu Vorkämpfern machten so wie eben König Georg, der dort Katholiken und Kelchner zur Verträglichkeit anhielt und hier gegen drohenden Zwang des Papsttumes, des ersten Schirmes der alten Ordnung, sich kampfesmutig erhob: So förderte den König in seinem Streite mit der Kurie der steigende Unwille von Fürsten und Völkern über die Eingriffe der geistlichen Gewalt in das weltliche Gebiet, die Unzufriedenheit aller Einsichtigen mit der Lebensführug des Klerus und mit der Veräußerlichung des Gottesdienstes, endlich mit dem Verfalle kirchlichen Ansehens seit den Tagen der mißlungenen Reformversuche vor allem die weitgehende Mißachtung alles geistlichen seitens hoch und niedrig. „Die Fürsten von Meißen, von Brandenburg mit ihren Bischöfen, und besonders die Erzbischöfe Germaniä bekümmerten sich in dieser Sache und lobeten nicht dieß bäpstliche Fürnehmen. In ihren Landen und Städten ward Fluchen und Schelten wider den Papst",[1] berichtet der breslauische Stadtschreiber über den böhmischen Prozeß. Und Erhard Frank, Deutscher und Katholik, schreibt aus Prag: „Ob sie nu wol sehr bannen, das sei für sich selbs; wir haben hinnen keinen Arzt, der das heilet als andere Wunden. Doch sind ihrer auch nicht viele von den Bannen gestorben: sie hüten sich nur vor den Schlägen, Pfeilen und Büchsensteinen".[2] Und durfte man es der Kurie schließlich nicht mit Recht zum schwersten Vorwurfe machen, daß sie, der Wortbrüchigkeit eines Mannes wegen, sich nicht scheute, einen schweren Kampf zu wagen, der ein friedliches Land weithin mit Blut und Trümmern bedecken sollte?

Aber darauf galt die Antwort, daß die Kirche wohl versucht hatte, ihren Streit mit der Person des Königs allein zu führen, daß aber der König seinerseits in gleicher Richtung nichts gethan, um sein Land gegen die Folgen nicht gehaltener eidlicher Zusagen zu sichern. Gab es dazu nur zwei Wege: daß die Kurie auf die ihr gemachten Versprechungen verzichtete oder daß König Georg, seiner Würde sich begebend, die verhängten Strafen als Privater allein trug, stand da, wenn der König gar nicht daran dachte, seinem Lande ein solches Opfer zu bringen, ihm,

[1] P. Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau II. 17.

[2] Am 30. Juni 1467. Font. rer. Austriac. II. Abteil. XLII. 425, Nr. 315. Man vgl. die Auslassungen über die Bannung der Wiener 1462 bei M. Beheim, das Buch von den Wienern, 265—266 und Ebendorfer, 972; die allgemeinen Bemerkungen gegen die kirchlichen Sentenzen bei Joh. Rabenstein im Dialogus, Arch. für österr. Gesch. LIV. 370—471 a. a. Bezeichnend ist auch eine Bemerkung des Kardinals Bessarion über die gegen Diether von Isenburg verhängte Exkommunikation. Font. rer. Aust. LXVI. (Wien 1892) 6, Nr. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dem Schuldigen, allein das Recht zu, die betrogene Kurie für die Verheerungen des Krieges verantwortlich zu machen? Daß aber der König die übernommene Verpflichtung nicht leugnen, daß er ihre Nichterfüllung nur mit vielfachen Umständen zu entschuldigen in der Lage war, schädigte doch moralisch seine Sache aufs schwerste. Auch waren ja die Anklagen gegen die Ketzerei der Böhmen[1] und die Unduldsamkeit des Utraquismus an sich selbst so wenig unbegründet, als der kirchliche Sinn und die alte Abneigung gegen das Hussentum in den Nachbarländern völlig erstorben. Der Hochmut der „heiligen Böhmen, die allein das Wort Gottes aufrichtiglich" predigten, war ebenso verhaßt, wie die böhmische Treue verdächtig.[2] Gab nicht all dies den Anschuldigungen Roms immer noch schweres Gewicht?

Jene Schwächen der böhmischen Politik, die in der letzten Jahreswoche dem Könige so schwere Mißerfolge gebracht, traten zudem auch jetzt wieder hervor. Der König verstand es nun einmal nicht, gleich wie der Kaiser oder Markgraf Albrecht die vorhandenen Mittel und Gegenmittel nüchtern abzuwägen und die im politischen Leben Deutschlands zur Gegenwart noch herrschenden Gesetze und Grundsätze in ihrer vollen Bedeutung zu würdigen. Selbst nie gewohnt, Verträge weiter zu beachten, sobald sie Nachteile brachten oder auch nur neuen Entwürfen hinderlich waren, irrte er darin, daß er andere durch Brief und Siegel fest verpflichtet ansah. Galt ihm in der Politik nur der Vorteil, nie die sentimentale Regung des Herzens, so hielt er andererseits die verschwägerten deutschen Fürstenhäuser eben deshalb für zuverlässige Helfer in der Not. Gewiß fehlt König Georgs europäischen Projekten nicht ein gewisser genialer Zug. Im Grunde sind sie aber doch mehr phantastisch als staatsmännisch. Das Gepräge seiner äußeren Politik ist Pfiffigkeit nicht Verständigkeit. Und seitdem Gregor Heimburg, dieser geniale Sachwalter, seine rücksichtslose Feder, sein Ansehen und seine Verbindungen der Sache des Königs widmete, gewann die böhmische Politik zwar an Energie und Rücksichtslosigkeit, aber nicht dauernd an Konsequenz. Gar bald er-

[1] G. Voigt, Georg von Böhmen, der Hussitenkönig, histor. Zeitschr. V (Neue Folge), 432 ff.

[2] Markgraf Albrecht von Brandenburg an seinen Bruder Kurf. Friedrich II. am 15. März 1468 bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III, 1, 468: Non est fides in Bohemo. Daß damit dem böhmischen Volke als solchem Unrecht geschah, ist ja möglich. Aber die Politik des Königs, das Parteienspiel im Inneren, die Art, wie ein wüster Adel rings um die Grenze mit der Nachbarschaft umging, waren wohl geeignet, solche Anschauungen zu wecken. Vgl. auch J. G. Karajan, über den Leumund der Österreicher, Böhmen und Ungarn. Sitzber. d. Wiener Akad., phil.-hist. Kl. XLII. 451 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zeugte zudem das stürmische Vordrängen Heimburg's einerseits, und das bedächtige Zurückhalten des Königs bedenkliche Schwankungen,[1] unter denen die Gegner leicht größere Übelstände vermuteten, als thatsächlich vorhanden waren.

König Georg hatte sich bisher — und er handelte dabei nicht anders als ziemlich alle anderen Reichsfürsten — um das Reich so weit gekümmert, als dies in seinem Interesse lag. Er war gegen den Willen des Reichsoberhauptes erhoben und hatte sich die Belehnung erst durch seinen Feldzug gegen Österreich 1458 erstritten. Er war von 1459—1461 auf Wegen gewesen, bei denen die Sorge für das Reich nur das lockende Aushängeschild gewesen für die Bestrebungen unbehilflichen Ehrgeizes. Hätte er 1461 und 1462 an der Seite Herzog Ludwigs von Landshut des Reiches Feldherrn bekämpft, so spielte dessen Interesse in den großen böhmischen Entwürfen 1463—1467 ebensowenig eine Rolle. So sehr der König endlich 1462 bei dem Kriegszuge gegen die Wiener seine Pflicht gegen das Reich und sein Oberhaupt in den Vordergrund stellte, so sicher wissen wir, daß sehr dringende persönliche Gründe ihn damals bestimmten, die Freundschaft des Kaisers zu suchen. Durfte da der König eine lebendige Anteilnahme von seiten des Reiches erwarten, wenn er durch eigene Schuld auf seinen krummen politischen Wegen in Gefahr geriet? Wenn irgendwo, so war bei dem eigentümlichen Verhältnisse von geistlich und weltlich im Reiche, nach der ganzen Entwickelung seiner Geschichte von einer Scheidung der staatlichen und kirchlichen Gewalt hier bisher am wenigsten die Rede. An der Einberufung der Reichstage, der Beratung und Erlassung der Gesetze, der Ausschreibung von Steuern, an allen wesentlichen Maßnahmen des Kaisers, soweit es nicht Ehrenrechte waren, nahm ohne Widerspruch auch der Papst Anteil. Wenn da im Reiche, „nachdem auch schon die weltliche Gewalt zwischen Kirche, Papst und Kaiser geteilt war", die Kurie gegen Ketzer einschritt, war dies für jenes Geschlecht die Einmischung einer fremden Macht, war dies Friedensstörung? Entsprach solches nicht vielmehr der Auffassung, daß man derlei Kriege mit gemeinsamen Kräften zu führen habe?[2]

[1] Das sagt Gregor selbst. Vgl. Font rer. Austriac. XX. 647 ff., und läßt sich aus den späteren Ereignissen immer wieder erkennen. Über Gregors Eingreifen in den Kampf und die Erwiderungen von Parteigängern der Kurie s. jetzt P. Joachimsen, Gregor Heimburg, Bamberg 1891, 260 ff., wo aber jede Angabe nachzuprüfen ist.

[2] Joh. Rabensteinensis dialogus 388: „Dominio jam temporali inter imperatorem et ecclesiam partito sumptibus, laboribus et expensis communibus bella contra hereses agi debent. Rabenstein ist dabei keineswegs blinder Anhänger der Kurie.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

So lag denn im böhmischen Handel recht nahe, was gleich im April 1467 Markgraf Albrecht besorgte, daß „das ganze Reich wider den König darein kommen möchte und sonderlich die geistlichen Fürsten".[1]

Und ferner: wie weit war man damals noch im Reiche von der Anschauung entfernt, daß alle für einen, jeder für alle einzustehen habe! Welche Ordnungen galten hier im Falle Landfriedensbruches oder bei Bedrängnis durch auswärtige Feinde? Da besaß und übte der Kaiser entsprechend der alten Theorie von kaiserlicher Vollmacht das Recht des allgemeinen Aufgebotes auch allein; häufiger noch beriet und beschloß die ständische Vertretung Beginn und Mittel von Krieg und Heerfahrten. Aber welche verfassungsmäßige und thatsächliche Nötigung bestand für die einzelnen Reichsglieder, dem Rufe des Kaisers zu folgen, zu Beschlüssen auf den Reichstagen sich herbeizulassen und solchen nachzukommen? Schließlich kam alles doch auf das Interesse, die Neigung, den guten Willen von Kaiser und Ständen, besonders der mächtigeren darunter, an. Auch in der Beurteilung dieser Dinge hat sich der König verhängnisvoller Täuschung hingegeben und schwere Fehler gemacht.

Wie bei dem Kaiser, so fanden bei Ludwig von Landshut und den sächsischen Herren die politischen Entschließungen eine feste Grenze dort, wo es sich um religiösen Gehorsam gegen die Kurie handelte. Auch Markgraf Albrecht, der hier am weitesten ging, blieb unablässig bemüht, persönlich die Verzeihung des heil. Vaters zu erlangen. Niemals hat er auch jetzt versäumt, — mit geistlicher Dispens die Sakramente der Kirche zu empfangen.[2] Aber die Fürsten und schließlich auch der Kaiser begannen bereits zu scheiden zwischen persönlicher Haltung und staatlicher Rücksicht, was das Mittelalter kaum gekannt und nie geduldet hatte. So konnte es kommen, daß in der böhmischen Streitsache die persönliche religiöse Meinung bei der Haltung der deutschen Fürsten zunächst keine wesentliche Rolle spielte: noch nach des Königs Bannung hat Markgraf Albrecht im Februar 1467 seine Tochter mit des Königs Sohn vermählt. Aber den Buchstaben der Verträge, die Bedeutung verwandtschaftlicher Bande schätzten auch die Herren von Brandenburg, Sachsen und Bayern in der Praxis nicht höher als der König. Zudem war ihre offensive Macht an sich gering, waren ihre Bewegungen durch zahlreiche lokale Bestrebungen und Gegnerschaften gehemmt und ihre Mittel vielfach von dem guten Willen ihrer Landstände herrührend. Empfahl sich da vorsichtige

[1] Schreiben v. 1. April 1467 an König Georg. Höfler, fränkische Studien I, Archiv für Kunde österr. Geschichtsquellen VII. 41—42.

[2] Vgl. Font. rer. Aust. XLVI. 122, Nr. 102.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zurückhaltung nicht von selbst, zumal in so wichtiger Angelegenheit, bei der die geistlichen Fürsten des Reiches, zwischen denen man ja zum Teil mittendrinn saß, den Papst nicht lassen würden? Deshalb erklärte Albrecht Achilles von Brandenburg: „Des Königs von Beheim halben, der steht nicht wol zu übergehen; aber bedarf es Aufsehens auf den Glauben, so soll man ihm wider denselben keinen Beistand thun". Daher wünscht er Beredung mit Sachsen, damit man „auf einen Mund antworte", und freundliche Vermittelung.[1] So war die Meinung von Sachsen, damals dem Böhmenkönig zunächst stehend, das war auch die Meinung von Bayern. Die anderen vermeintlichen und wirklichen Freunde des Königs innerhalb und außerhalb Deutschlands gingen nicht einmal soweit.[2]

Des Kaisers religiöse Überzeugungen sprachen stärker. Auf ihn machte die Erwägung den stärksten Eindruck, daß es der König in dem so lange drohenden und nun um so heftiger ausbrechenden Kampfe nicht bloß mit dem Papste sondern mit der ganzen Kirche zu thun habe, daß die Sache den Glauben berühre. Die kaiserlichen Räte, so wurde im Februar 1467 in Linz den böhmischen Gesandten erklärt,[3] hätten sich auf dem Nürnberger Reichstage in Angelegenheit des Königs nach Gebühr gehalten; „wie sich aber des Papstes Botschaft gein seinen (König Georgs) Räten zu halten,[4] darin habe seine kaiserliche Gnade dem Papste keine Satzung zu thun." Und hier trafen religiöse und politische Gründe zusammen. Wenn der Kaiser bedachte, mit welchen Mitteln er sich bei der Schwäche seiner Hausmacht und der traurigen Verfassung der Kaisergewalt im Reiche seit Jahren über Wasser erhalten, so war es neben kluger Benützung und Schonung seiner Rechte und Kräfte, neben Familienverbindungen und politischen Strömungen im Reiche, die mit der Obergewalt des Reiches rechneten, sein Zusammengehen mit dem vielfach in ähnlicher Lage ringenden, aber doch im wesentlichen bereits der deutschen Opposition gegenüber siegreichen Papsttume gewesen. Was darin einst die treue Ergebenheit Pius II. für ihn besonderes geleistet hatte, das versprach die Festigkeit und Energie Pauls II., „der unter dem Zeichen des Löwen geboren", zu ersetzen.[5] Der Kaiser war entschlossen, den Bund festzuhalten.

[1] Archiv für Kunde österr. Gesch.-Quellen. VII. 41.

[2] Kluckhohn, Ludwig d. Reiche 265—266. S. Riezler, Gesch. Baierns III. 432 ff.

[3] Vgl. J. Pažout, König Georg von Böhmen und die Konzilfrage 1467, Archiv für österr. Geschichte XL. 24.

[4] Pažout liest: gehalten.

[5] Martin Mair an Gregor Heimburg am 12. Februar 1467. Arch. für Kunde österr. Gesch.-Quellen XII. 330.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Er wollte aber, wenn irgend möglich, auch das friedliche Einvernehmen mit dem König von Böhmen wahren ebenso wie die Fürsten des Reiches, dabei wie sie begünstigt durch dessen halbkirchliche Verfassung und lockeren Zusammenhang. Das ward unmöglich, weniger, weil wie so oft am Haupte des Reiches unerträglich erschien, was die Glieder ungescheut übten, weniger auch, weil den Kaiser besondere Verpflichtung an den König knüpfte, als unter dem Einflusse persönlicher Stimmungen und Leidenschaften. So sehr der Kaiser sich nach seiner Befreiung aus der belagerten Wiener Burg durch den König diesem freundlich erwiesen: ein engeres persönliches Verhältnis zwischen den Fürsten war doch nicht entstanden oder wenigstens nicht von Dauer. Die Schuld daran trugen sie selbst. Aber auch die Verhältnisse. Trotz der langen und aufrichtigen Bemühungen des Kaisers, zwischen dem König und Rom zu vermitteln, war der Konflikt schließlich doch unvermeidlich geworden. Das verstimmte in Prag. Dem Kaiser wurden wieder seine materiellen Verpflichtungen gegen den König — und darin zeigte sich dieser sehr heikel — lästig. Der kaiserlichen Verwendung bei der Kurie mißtrauend, entwarf (von 1462—1467) der König seine europäischen Pläne, ohne, ja gegen den Kaiser. Er konnte oder wollte daneben seit 1464 den Räubereien der Seinen in Österreich, die sich zum Teile gleichfalls von Ansprüchen aus 1462 herschrieben, nicht steuern. All dies verletzte in Wien.

Andererseits vermochte der Kaiser seit 1464, als der Zusammenstoß mit Rom und der Aufstand der Barone weitgehende Neuerungen in Böhmen erwarten ließen, seine Begehrlichkeit nicht zu unterdrücken.[1] Falls auch bei dem Verhältnisse von Kaiser und König galt, was einmal Markgraf Albrecht über Böhmen und Deutschland behauptete, daß man binnen acht bis zehn Tagen alles wissen und erfahren könne, wie stand es da schon 1465 um die kaiserlich-böhmische Freundschaft?

Und um so weniger nahm dann der eine der Fürsten besondere Rücksicht auf den anderen, als beider Lage sich im allgemeinen günstig gestaltet hatte. Fand der König im Sommer 1466, „daß ihm alles, Gott sei gedankt, glücklich von statten gehe",[2] so hatte der Kaiser Frieden im Reiche, wo sich sogar der Pfalzgraf eifrig um seine Gunst bewarb,[3] und in Österreich, dessen Bedrängern, den Brüderrotten, nun der Ungarkönig

[1] Man vergl. die bezüglichen Versuche des Kaisers um ein Zusammengehen mit Brandenburg gelegentlich der Pommer'schen Streitsache.

[2] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 389—390.

[3] Reichsgeschichte I. 606—608. Menzel, Regesten Friedrichs d. Siegr. 432.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

im Bunde mit ihm energisch zu Leibe ging.[1] Er dachte an die längst beabsichtigte neue Fahrt nach Rom.[2] Aber man trug doch auch wieder in Böhmen der Bedeutung und Stellung des Kaisers lange besonnen Rechnung. „Der Kaiser, der Niemand fürchtet als den König von Böhmen", so schreibt noch im Juli 1466 Gregor Heimburg an König Georg, dürfte vielleicht ruhig in dem Verhältnisse beharren, in dem er jetzt den Dingen gegenübersteht, sobald er nur weiß, daß gegen seinen Stand nichts dergleichen, wie es vormals versucht ward, unternommen werden könne.[3] Auch um die Grenzfehden niederzulegen, fanden im Herbste 1466 Verhandlungen zwischen Österreich und Böhmen statt; es war dafür ein neuer Tag nach Brünn angesetzt, an dem auch ungarische Räte teilnehmen sollten.[4] Doch bald darauf beklagte sich der Kaiser in ziemlicher Erregung, daß Stephan Eizinger, des Königs Einnehmer in Österreich für den ihm einst verschriebenen halben Aufschlag auf Wein, nicht bloß diesen, sondern die halbe Abgabe von allem fordere, das auf der Donau auf- und abgeführt wird, und zumal über „Förderung und Zuschub", die Eizinger dabei aus Böhmen werde. Friedrich war ebenso der langjährigen fruchtlosen Bemühungen bei der Kurie in Sachen des Königs müde und nur dann bereit, auf dessen Ersuchen doch wieder zum heiligen Vater zu senden, „sofern der König von Ungarn und andere Fürsten auch, die im Reiche und im Gehorsam der Römischen Kirche sein, so thun werden," und unter den weiteren Bedingungen, daß König Georg „die Dinge so vornehme, dann die der Römischen Kirche (des) genieſſen" mögen und der Kaiser „sich in der und anderen Sachen ihm zu Gefallen desterbaß beweisen könne".[5]

Damit war die Entscheidung gekommen. Wenn sich auch der König noch mäßigte, so durchbrach Gregor Heimburg's Leidenschaft und alter Groll schon jetzt in Prag alle Schranken besonnener Erwägung. In dem Kaiser, dem alten Verbündeten Roms aus der Zeit des schmählichen Handels um die Freiheit und Reform der deutschen Kirche, sah

[1] Reichsgeschichte I. 610. W. Fraknói, Matthias Corvinus, König von Ungarn. Freiburg i. B. 1891, 118. Vgl. Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2, 400—405,

[2] Sitzb. der Wiener Akad., phil.-hist. Klasse V. 684. Das Schreiben ist kurz nach dem Frieden von Thorn abgefaßt.

[3] Fontes rer. Austriac. XX. 408, Nr. 360.

[4] Hierher gehört das Schriftstück bei Chmel, Mat. II. 291—293, wie sich aus einer Vergleichung mit Pažout 26 und besonders Teleki, Hunyadiak kora X. 223, 232 ergiebt.

[5] Chmel, Mat. II. 292—293. Pažout, König Georg von Böhmen und die Konzilsidee im Jahre 1467. Archiv für österr. Gesch. XL. 25 (Separatabdruck).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er den eigentlichen Urheber der Prozesse gegen den Böhmenkönig. „Der Papst bietet dem Kaiser", schreibt er, „an, was er ihm zu gunsten thun kann vor jedermann, der Kaiser aber will, darauf gestützt, die Könige von Ungarn und Böhmen durch päpstliche Zensuren zwingen, seine Gnade zu suchen und ihn von den Einfällen der Brüder und anderer ähnlicher Gesellen zu befreien; sitzend im Garten oder im Gemache will er die Könige leiten; neben ihm hat der Kardinal von Sankt Angelo, nun von Porto, die Führung der Sache".[1] Und rasch kam auch der König, an Leidenschaftlichkeit nur allzu sehr seinem neuen diplomatischen Berater ähnlich, dessen Eifer, Wissen, stürmische Hingebung für die vertretene Sache ihm gerade in der ersten Zeit größeren Einfluß auf seinen Herrn sichern mußte, zu gleichen Anschauungen.[2] Es erfolgte die verhängnisvolle Wendung der böhmischen Politik dem Kaiser gegenüber. All die Geringschätzung und Erbitterung, die Heimburg gegen Friedrich III. erfüllte, die wilde Rücksichtslosigkeit und rachgierige Geschäftigkeit dieses Mannes traten nun in der Haltung seines Herrn zu dem Kaiser hervor. Das geringste dabei waren die wüsten Schmähungen auf den Kaiser in mehrfachen Schriftstücken voll vager Behauptungen und Übertreibungen, ja offener Unwahrheiten.[3] Ging es ja doch darin auch der Kurie und Zdenko von Sternberg schlecht genug, so wenig noch mit ihnen das letzte Wort gesprochen war. Aber es kam noch schlimmer. Das Toben und Wüten des böhmischen Hofes blieb völlig vergebens. Die Hoffnungen, die man in Prag auf den Nürnberger Tag gesetzt, scheiterten.

[1] Aus dem bekannten Briefe Heimburgs vom 3. Juli 1466, gedruckt schon bei Dürr, I. 499, Höfler, Archiv für Kunde österr. Gesch.-Quellen XII. 328—329, dann bei G. Voigt, Enea Silvio I. Beil. 2, Teleki XI. 164, u. a.; übersetzt bei Brockhaus, Gregor Heimburg 281—283.

[2] Reichsgeschichte I. 584.

[3] Man vergl. das Schreiben König Georgs an König Matthias von Ungarn (aus Heimburgs Feder) im Man. Sternb. fol. 166—168 und Heimburgs Brief vom 3. Juli 1466 an den Erzbischof von Gran und die Briefe an ebendenselben aus dem Jahre 1467 (Höfler im Archiv für Kunde österr. Gesch.-Quellen XII. 339 ff. u. a.). Über die Reihenfolge der Schriften und Gegenschriften s. jetzt P. Joachimson, Gregor Heimburg, 268 ff. Was jedoch Joachimson ebendort 269, Anm. 4 gegen Markgrafs Zeitbestimmung (Sc. rer. Siles. IX. 190) einwendet, ist belanglos und zum Teil auch geradezu unrichtig. Die sogenannte Apologie Heimburgs (Font. rer. Austriac. XX. 653 ff.) gehört aber erst in das Jahr 1469, was unten zu erweisen ist. Zu den Quellen vgl. noch Font. rer. Austr. XX. 647 ff. und Sitzungsber. der Wien. Akademie V. 684 (Pater Gabriels Antwort auf Heimburgs erstes Ausschreiben vom 6. Oktober 1466). Ferner s. Bachmann, Reichsgeschichte I. 585, 611—612, und L. Pastor, Geschichte der Päpste seit dem Ausgange des Mittelalters II. (Freiburg 1889) 359.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Auch das vermochte König Georg und seinen Ratgeber nicht zu ernüchtern. Den Gesanden von Kursachsen, Thüringen und Brandenburg-Ansbach, die wegen einer Vermittelung bei der Kurie zu Hofe kamen, ließ man in Prag merken, daß solche Unterstützung dem König durchaus nicht genüge. Man zeigte sich völlig gleichgültig, ob und wie diese Gesandtschaften ihre Fahrt vollbringen wollten.[1] Gegen den Leiter der Landshuter Politik, Martin Mair, schrieb Heimburg einen zornigen Brief an den Herzog selbst.[2] Den Kaiser griff man aufs neue mit Schmähungen an[3] und noch empfindlicher mit der That, indem der König die aufrührerischen österreichischen Herren in seinen Schutz nahm, und die Mahnungen des Kaisers, die Seinen abzuberufen, mißachtete.[4] Einst, nach seiner Befreiung, hatte der Kaiser dem Könige zugesichert, daß, falls ihm die zur Entschädigung verliehenen Zahlungen in Österreich gehindert würden, er selbst hinziehen dürfe, die Erhebung zu besorgen. Nun sandte Georg wirklich seinen Sohn Viktorin, Landeshauptmann in Mähren, mit gewaffneter Hand nach Österreich.[5]

Aber in derselben Zeit kündigte König Georg dem Dogen Morosini in Venedig an, daß Gesandte der Kurfürsten und Fürsten des Reiches in seiner Sache bei dem heil. Stuhle intervenieren würden, damit nicht daraus ein Hindernis für den Türkenkrieg erwachse.[6] Zugleich betont G. Heimburg in einem Briefe an ebendenselben, wie sehr auch der Kaiser um des Königs Freundschaft besorgt sei, und wie wiederum der König sich großer Mäßigung befleißige und dem Kaiser weder irgendwie feindlich entgegentrete noch auch ihm schmeichele.[7] Und sowie der Kaiser zum

[1] Pažout, Beilagen S. 25. Archiv XII. 330—331, 335—336. Vgl. H. Ermisch, Stud. z. Gesch. d. sächs.-böhm. Bezieh. 1464—1471, Dresden 1881, 248—249.

[2] Ergiebt sich aus Arch. XII. 329, Nr. 2.

[3] Vgl. das Schreiben vom Dezember 1466 bei Lünig, Cod. Germ. dipl. I. 1519. Pešina, Mars Mor. 771. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1126. Man. Sternb. fol. 289 und (czech.) 292. Daß der Brief expediert wurde, scheint mir doch zweifelhaft. Der Kaiser wäre wohl in Linz darauf zurückgekommen.

[4] So kündigte er (Dez. 1466) dem Ungarkönige an (Man. Sternb. fol. 166—168) und geschah es wirklich nach Pažout, Archiv XL. 26 (Separatabdruck).

[5] Vgl. Archiv für Kunde österr. Geschichts-Quellen XII. 336, Nr. 9. Archiv XL. 25 ff.

[6] Der Brief vom 25. Jan. 1467 in Fontes rer. Austriac. XX. 424—425, wo es (425 Z. 1 v. o.) natürlich „iteratis vicibus" statt „it. viribus" heißen muß. Gedacht war außer an Ungarn und Venedig auch an die Häuser Sachsen, Brandenburg und Niederbayern (Höfler, Archiv XII. 333), Frankreich (Man. Sternb. fol. 17a, Pažout, Archiv XL. 36) und selbst Polen (Höfler, Archiv XII. 334).

[7] Das Schreiben Heimburgs vom selben Tage bei Düx, I. 510 und Höfler, Archiv XII. 334—335, Nr. 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Tage von Brünn eingeladen ward, so versuchte der König wieder in der ersten Hälte des Februar 1467 zu Linz durch eine Botschaft die Verständigung mit dem Kaiser.[1] Entsprach jenes Toben, solch widerspruchsvolles Vorgehen allein dem Wahnwitz der Leidenschaft, oder entsprang es doch auch der unbegrenzten Verachtung des „feigen", „elendigen" Cäsars, die Heimburg erfüllte, und jener alten Art Podiebrads, durch Drohung und Zwang dort die Erfüllung seiner Wünsche zu sichern, wo gütliche Mittel nicht verfingen?[2] Thatsache ist, daß der Kaiser sich solchem Drucke nicht beugte, daß er mit dem Könige in Linz völlig brach und nicht bloß entschlossen war, dem böhmischen Hochmute mit Macht zu widerstehen, sondern sofort den Gegenschlag führte, indem er den revoltierenden Herrenbund als kriegführende Macht anerkannte.

Darüber nun wieder in Prag ungemessene Erbitterung: Der sehnliche Wunsch Heimburgs, Krieg aus Böhmen gegen den Kaiser, schien in Erfüllung zu gehen![3] Heimburg besaß noch aus der Zeit seines österreichischen Dienstes her Beziehungen zu dem Haupte des österreichischen Aufstandes, Jörg von Stein, einst Erzherzog Albrechts Kanzler. Diesen Mann, aus Konstanz gebürtig,[4] ebenso begabt, welt- und menschenkundig, unterrichtet, als unternehmend, selbstsüchtig, voll unergründlicher Verschlagenheit, sah Heimburg als das rechte Werkzeug seiner Rache an. Stein sollte die Gegner des Kaisers zusammenfassen, den Krieg im Lande vorbereiten für das anrückende böhmische Heer, ihm den Zugang zur Hauptstadt Wien eröffnen, an der Spitze der Gegner der kaiserlichen Macht „als ein neuer Žižka" den Stoß ins Herz versetzen![5] Schon hatte sich deswegen auch Benedikt von Weitmühl, einer der böhmischen Boten in Linz, mit Stein in Verbindung gesetzt. Und der König war entschlossen, zu erfüllen, wozu die Seinen sich erboten,[6] obwohl man damals bereits die Kunde besaß von dem Schlußurteile der Kurie im böhmischen Prozesse, obwohl daraufhin die aufständischen Barone in Neuhaus trotzig die weitere Verhandlung abgelehnt hatten, was Heimburg natürlich wieder — es

[1] Reichsgeschichte I. 612. Über den Tag zu Brünn s. Teleki, XI. 223, 232.

[2] Dieselbe Politik schlug man ja auch dem römischen Stuhle gegenüber ein. Vgl. den Tadel Martin Mairs in seinem Schreiben an G. Heimburg vom 12. Febr. 1467 bei Höfler, Archiv XII. 331—333.

[3] Sic enim facta nostra se perhibent, ut nil aliud suspicer, quam bellum in Cesarem; an clanculum per submissas personas, an autem aperta via, non possum satis conjecturari.

[4] Vgl. H. Markgraf in der Allg. Deutschen Biogr. 35, 608—613.

[5] Schreiben vom 20. Februar, drei Tage nach der Rückkehr der böhmischen Botschaft aus Linz im Archiv XII. 336—338, Nr. 10. Vgl. ebendort auch Nr. 8 u. 9.

[6] Quecumque Benessius tibi scripsit, rata servabit rex.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

geschah zu Beginn Februar 1467 — auf Rechnung des Kaisers setzte.[1] So, obwohl thatsächlich auf die eigenen Kräfte gestellt, von der tödlichen Feindschaft der Kurie, von ihrem gesamten Anhange innerhalb der Krone und in der ganzen christlichen Welt bedroht, beriet man in Prag in weitgehender Verblendung über den Stand der Dinge den Krieg gegen Österreich und den Kaiser!

Dessen Lage hatte sich binnen kurzer Frist wesentlich verändert, verschlimmert. Zu Beginn 1466 entschlossen, seine Pilgerfahrt nach Rom im kommenden Herbste zu vollführen,[2] da ihm alles leidlich stand, hatte ihn offenbar vor allem der Prozeß gegen Böhmen bestimmt, die Reise auf die Fasten 1467 zu verschieben.[3] Aber es war dies nicht die einzige Störung. So wie man in Prag dem Kaiser die Hauptschuld beimaß an der schlimmen Wendung der Dinge, so trat ihm aller Orten die betriebsame Gegnerschaft des Königs und seines diplomatischen Beraters entgegen, im Westen ebenso gut wie in Venedig, in Ungarn wie im Reiche. Was da der König, was Heimburg seit langem von freundschaftlichen Beziehungen und Verbindungen erworben, ward nun gegen den Kaiser angestrengt.

Dazu war der innere Krieg in Österreich, trotz aller Anstrengung, noch immer nicht bewältigt! Brach auch noch der Böhme, schwerlich gehindert durch die Bannstrahlen der Kirche und die Kräfte ihrer Helfer in der Krone, mit Heeresmacht ins Land, so schien die schwerste Heimsuchung und Demütigung des Reichsoberhauptes so sicher unvermeidlich, als die Kriegszüge des Königs nach Österreich in den Jahren 1458 und 1462 dessen militärische Ueberlegenheit unwiderleglich dargethan hatten.

In solcher Not geschah es, daß der Kaiser — er hatte lange Jahre das linke Ennsufer nicht überschritten — nach Linz eilte und der Besuch der heiligen Stätten in Rom wieder unterblieb. Nun entschloß er sich, den böhmischen Aufstand zu verwerten, wie der König den österreichischen. Nun trat auch er in die diplomatische Aktion gegen Böhmen ein, wie bei der Kurie so in Ungarn. Nun suchte er den böhmischen Bemühungen

[1] Tractatus noster apud Novam Domum habitus factionibus Cesaris turpiter dissolutus est et rebelles regis nimium superbe se tenuerunt.

[2] Vgl. Papst Pauls Aufforderung vom 20. Januar 1466 an die Florentiner, den Kaiser, der ex voto nach Rom ziehe, mit Geleite zu versehen. Lünig, Cod. Ital. dipl. I. 1131. Chmel, Reg. II. 450 Nr. 4350.

[3] Sitzungsber. der Wiener Akad. V. 684 (Schreiben des Bischofs von Lavont von Ende Oktober 1466) und Chmel, Reg. II. 493 Nr. 4853: Der Doge von Venedig am 6. Januar 1467 wegen der bevorstehenden Reise des Kaisers. Birk, Urkunden-Auszüge, Arch. XI.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

um Förderung und Unterstützung im Reiche mit dem Versuche entgegenzuwirken, die Reichsstände um sich zu scharen und zu seinem Schutze und für die Zwecke seiner Politik zu verbinden.

Die aber jetzt ausersehen waren, den festen Mittelpunkt der kaiserlich gesinnten im Reiche zu bilden, mit deren Räten der Kaiser in Linz verhandelte, waren nicht die alten Vorkämpfer der Kaisergewalt in den Tagen des Streites zwischen Obergewalt und Territorialität, nicht die Hohenzollern und des Kaisers seit Jahren mit jenen zusammenstehenden Schwestersöhne von Sachsen, die sich ja bereits auf dem Novemberreichstage 1466 der kaiserlichen Führung versagt hatten,[1] sondern ihre Gegner, die Wittelsbacher. Die Erklärung für diese bedeutsame Wandlung in den Gängen der Reichspolitik liegt aber vor allem in der Entwickelung und dem Einflusse der nordischen Dinge.

Drittes Kapitel.

Das Reich und der deutsche Norden. Polen und der Deutschorden. Schleswig-Holstein und König Christian I. von Dänemark. Die Pommerische Erbfolgefrage.

Hatte, wie so oft gesagt wurde, der deutsche Norden im 15. Jahrhunderte und schon lange vorher sich in der That gewöhnt, unbekümmert um Kaiser und Reich und von ihnen unbeeinflußt, seine eigenen Wege zu gehen? Das ist nur zum Teile richtig, und wieder, soweit es zutrifft, sehr natürlich. Im wesentlichen drängen in jenen Tagen in Niederdeutschland dieselben großen Fragen wie in den anderen Teilen des Reiches zur Lösung, und sind dieselben Förderungen und Hemmungen wirkend. Die Territorialität schreitet siegreich auf Kosten der Reichsgewalt voran, und Fürstenmacht und landesherrliches Recht bekämpfen mit den gewöhnlichen Mitteln die Selbstherrlichkeit der Kommunen. Sie sind gefördert durch den Beifall der Landbevölkerung und von dem verarmenden Adel, die sich von den Städten materiell benachteiligt und überholt finden. Der Adel leistet solche Unterstützung auch noch, trotzdem

[1] Daß der Kaiser dies übelnahm, und eine wirkliche Entfremdung zwischen ihm und Kurfürst Ernst von Sachsen (der jüngere Albrecht weilte bei Hofe) die Folge war, zeigt der Brief Ernsts vom 12. Februar 1467 an seinen Bruder. Dresdner Archiv, loc. 10531. Vgl. auch Ermisch, Studien zur Gesch. der sächs.-böhmischen Bezieh. 1464—1471, 40.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ja der Niederbeugung der Städte die Erhebung des Fürstentums über ständische Macht und Geltung überhaupt nachfolgen muß. Zwietracht und Landteilungen in den meisten Fürstenhäusern, die beschränkten Mittel aller, verzögern und gefährden deren Erfolg. In den Braunschweigischen,[1] den Pommerischen Landen, von der Zersplitterung des Besitzes kleinerer Geschlechter gar nicht zu reden, sieht es in jener Hinsicht noch schlimmer aus als in Sachsen oder Bayern, Brandenburg oder Österreich. Andererseits freilich stehen die wohlhabenden, selbstbewußten nördlichen Städte den immer neuen Anschlägen der zahlreichen aber geldarmen Herren in alterprobter ungleich festerer Haltung und Verbindung gegenüber, als die seit kurzen Menschenaltern entstandenen lockeren Einungen der Reichsstädte in Franken, Schwaben, am Rhein. Im Norden wie im Süden endlich zeigt sich das geistliche Fürstentum durch den Zug der Zeit und direkt durch das Erlöschen kirchlichen Sinnes in seinen Grundfesten geschädigt, und nicht nur weit minder als die weltlichen Nachbarn befähigt, in den Werdeprozeß der neuen Verhältnisse mit siegreicher Kraft einzutreten, sondern mehrfach sogar zurückgedrängt. Am Friedenskongresse zu Prag 1463 ward der Spott laut über die „kleinen Bischöflein, die alle Fürsten des Reiches sein wollten neben den Fürsten und in der Fürsten Stuhl sitzen". Damals wurde Mainz geteilt, war bereits der Bischof von Eichstädt im Kampfgedränge wittelsbachischer und hohenzoller'scher Politik genötigt worden, sich durch einen schweren Vertrag an Bayern-Landshut zu binden (1460). Schon lange waren Trient und Brixen von Österreich wie Speier jetzt von dem Pfalzgrafen abhängig. Im Norden aber brach (1466) die echte und rechte Schöpfung des feudalen kaiserlich-päpstlichen Mittelalters, der Ordensstaat, morsch und altersschwach in sich zusammen.

Vielfach freilich lagen die Dinge da und dort wieder wesentlich anders. Gewiß waren an sich Ehrfurcht und Scheu vor dem kaiserlichen Namen im Süden des Reiches schließlich nicht größer als im Norden, und andererseits bleibt das eifersüchtige Bestreben des Kaisers, wenigstens theoretisch nichts seinen Rechten zu vergeben, da wie dort gleich erkennbar. Sie praktisch in allen Teilen seines Reiches zu üben, dazu vermochte das kaiserliche Amt seit langen Menschenaltern die realen Mittel nicht mehr zu leihen. Wie weit dieses noch möglich sein würde, hing von des Kaisers Hausmacht, seinen Familien- und persönlichen Verbindungen,

[1] Vgl. dazu O. v. Heinemann, Geschichte von Braunschweig und Hannover II (Gotha 1886), 19 ff., 42 ff., 158, 182—183 u. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

seiner eigenen Bedeutung ab. Wie es in allen diesen Beziehungen mit Kaiser Friedrich III. stand, wurde anderwärts dargethan.[1] Aber Ursprung und Besitz der Habsburger lagen im Süden des Reiches, mit den Häusern Bayern und Baden, am Oberrhein (Erzherzogin Mechtild) und in der Mitte des Reiches (Sachsen) hatten sie enge Familienbeziehungen, hier auch war aus mehrfachen Ursachen der Einfluß des mit dem Kaiser verbündeten Rom ungleich größer, und das kaiserliche Wort fiel ganz anders als im Norden ins Gewicht bei den südlichen Städten. Inmitten der unter der Fahne des Kaisers stehenden Fürstenhäuser gelegen, konnten sie durch Strafmandate leicht in Handel und Wandel, ja in ihrer Stellung selbst Störung und Gefahr laufen. Obwohl sie das oft recht spät und zu ihrem Nachteile erkannten, sich niemals dem Reichsoberhaupte opferwillig zeigten und dafür auch weder ihre reichsständige Stellung zu sichern,[2] noch auch nur in ganzer Zahl — siehe Mainz, Regensburg — ihre Unabhängigkeit zu wahren vermochten, so bildeten sie doch ein wesentlich kaiserfreundliches Element.

Anders in Norddeutschland. Hier entzogen sich gerade die wichtigsten Verkehrswege, die Verbindungen zu Wasser, von den Hansen mit ihren Kriegsschiffen geschützt, ziemlich jeder Gefährdung durch einen erzürnten Kaiser und durch feindliche Fürsten, die an Begehrlichkeit ihren südlichen Nachbarn gewiß nichts nachgaben. Fester geeint und gefördert durch die Fehden zwischen geistlichen und weltlichen Territorialherren[3] erhalten sie sich denn auch den schwächeren vielgeteilten Dynastenhäusern gegenüber trotz einzelner äußerer Unfälle bis zum Ende des Jahrhunderts im ganzen auf die Höhe ihrer Macht.[4] In großen Unternehmungen zu höherer politischer Einsicht gereift wissen sie zu rechter Zeit durch wohlangebrachte Opferwilligkeit — Lübeck und Hamburg voran — sich das Reichsoberhaupt zu verpflichten und ihre Stellung zu bessern, während die unerträgliche Hinterhältigkeit der oberen Städte den Kaiser wie 1444[5] so 1471, 1473, 1474, 1480, 1481 immer wieder

[1] Reichsgeschichte I. 5, 6 ff.

[2] Vgl. dazu neben H. Keussen, die politische Stellung der Reichsstädte mit besonderer Berücksichtigung ihrer Reichsstandschaft unter König Friedrich III., 1440 bis 1457, Bonn 1885, nun W. Becker, Über die Teilnahme der Städte an den Reichsversammlungen unter Friedrich III. 1440—1493. Bonn 1891.

[3] Darüber G. v. d. Ropp in dem Aufsatze: Hanse und deutsche Stände, Hans. Gesch. Bl., 1888, 31 ff. und Hanserecesse II. Abt., Bd. 5 (1460—1467), Einl.

[4] D. Schäfer in der Einleit. zu Hanserecesse III. Abt., Bd. 3, (1491—1497). Der Fall von Nowgorod hatte nicht die gewöhnlich geglaubte Bedeutung.

[5] Vgl. Archiv für österr. Gesch. LXXV. 130—131.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

aufs neue erzürnt.[1] Erst dann trat im Norden eine Änderung der Machtverhältnisse zu ungunsten der Städte ein, als der Welfenbesitz in weniger Hände zersplittert lag, als das durch direkte Verbindung Schleswigs und Holsteins mit der Krone unter Christian I. erstarkte Dänemark zu innerem Gleichgewichte gekommen war, auch Polen und Rußland mit gesteigerten Mitteln ihren gegnerischen Absichten nachzustreben vermochten.

Wie stellt sich jetzt der Einfluß von Kaiser und Reich auf den deutschen Norden? Er konnte eben nur gering sein trotz des gelegentlichen Entgegenkommens einzelner mächtiger Städte, trotz der jahrelangen engeren Beziehungen des Kaisers zu Brandenburg, seiner vorübergehenden Verbindung mit Christian I. von Dänemark, und obwohl ja, wo kein ghibellinisches Element vorwärts strebte, auch nicht wohl von gegnerischer Parteiung weiter die Rede war. Und ebenso wenig hat Kaiser Friedrich eine besondere Energie gezeigt, wo es galt, seinen Einfluß dort zu nützen, wo er sich noch geltend machen ließ, und überall da einzuschreiten, wo es die Pflicht gebot. Die Sachlage nach dem Gesichtspunkte seiner kaiserlichen Obmacht theoretisch in Mandaten und Gerichtsbeschlüssen festzustellen, ruhig zuzuwarten, ob sich doch einmal die Gelegenheit bot, das geltende Recht durchzusetzen oder wenigstens von seinen Ansprüchen Vorteil zu ziehen, gelegentlich auch selbst in wichtigen Dingen, wenn man seine Entscheidung nicht direkt anrief, sich jeder Einmischung vorerst zu enthalten, um dann, vielleicht nach Jahren, darin nach seinem Interesse zu entscheiden: Das war noch mehr als anderswo Regierungsprinzip Friedrichs III. im Norden des Reiches. So wenig es unseren Wünschen, und bis zu einem gewissen Grade auch den Thatsachen angemessen sein mag: es findet doch, von des Kaisers Individualität ganz abgesehen, von Fall zu Fall in dem Mangel realer Machtmittel, die ihn bei den nordischen Dingen hätten fordern können, wie in der jeweiligen politischen Sachlage seine weitere Erklärung.

Daß die Hauptursachen für den Sturz des preußischen Ordensstaates allgemeiner Natur waren, läßt sich ohne allzu tiefes Nachforschen erkennen: „Nirgends war das Geschick eines Gemeinwesens so innig bestimmt durch die Wandlungen des allgemeinen Kulturgeistes, niemals ein politisches Gebilde so abhängig von der Herrschaft gewisser Ideen, niemals eine Herrschergewalt so bedingt durch die Beschaffenheit der ver-

[1] W. Becker, Die Städte und die Reichsversamml. v. 1440—1493, 61 ff. a. a. Wie leicht bei leidlichem Entgegenkommen etwas zu erreichen war, zeigt der Erfolg der Nürnberger auf dem Reichstage von 1480. Vgl. u.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

waltenden Weltanschauung",[1] wie das in Preußen der Fall war. Freilich traten besondere Gründe des Verfalles hinzu: Das Eindringen des süddeutschen Adels, der sich ebenso gleichgültig gegen die alten Aufgaben des Ordens wie für die Art und Bestrebungen der Beherrschten zeigte und dadurch dem Regimente des Ordens den Stempel der Fremdherrschaft aufdrückte, der daraus erwachsende Gegensatz zwischen den Landständen und den Rittern, der sich schließlich zum blinden Hasse der ersteren steigerte, die Lockerung der inneren Zucht und Ordnung, wachsende politische Haltlosigkeit in den Reihen der Ordensglieder. So fand sich der Orden, als auch ihm wie anderen die Aufgabe gestellt ward, seine fürstliche Souveränität nicht nur den aufstrebenden Kommunen gegenüber in alter Bedeutung zu wahren, sondern nach den Forderungen der neuen Zeit zur Geltung zu bringen, rasch in schwerer Bedrängnis, um so mehr, als die gewählten Häupter des Ordensstaates, ungleich den erblichen Repräsentanten der weltlichen Fürstenhäuser ringsum, es nicht vermochten, in diesem Kampfe ihren Adel um sich zu scharen. Bald standen dem Orden die preußischen Landstände, mit den Städten unter der Führung Danzigs zu einem festen Bunde vereinigt, einmütig gegenüber.[2]

Bis auf den Großmeister Ludwig von Erlichshausen, einen Mann von ebenso viel Starrsinn als geringer Begabung, war übrigens der Streit eben auf dieses eine Reichsgebiet beschränkt, eine innere Angelegenheit desselben wie es solche, auch selbst der Gefährlichkeit nach, damals an anderen Orten im Reiche mehrfach gab. Als aber (um 1453) Erlichshausen an Papst und Kaiser sich wandte und beider Unterstützung gegen die Anmaßungen seiner Unterthanen gewann, da ward nicht bloß die Aufmerksamkeit der Zeitgenossen auf diesen Streit gelenkt, sondern das preußische Ordensland geradezu zum Schauplatze, auf dem das alte staatliche Prinzip mit dem neuen um Geltung rang. Die Häupter der Christenheit setzten ihre Autorität dem Selbstbestimmungsrechte von Volk und Landschaft entgegen, die in Auflehnung gegen beide, wie vordem gegen die landesherrliche Gewalt, nun natürlich auch zu allen Mitteln des Widerstandes griffen. Vor allem Polen, wo König Kasimir durch seine Verbindung mit Elisabeth von Österreich, der stolzen Tochter König Albrechts II.

[1] G. Caro, Geschichte Polens V. 1 (Gotha 1886), 2—3. Auch für das Nachfolgende bildet Caros Werk vielfach die Grundlage.

[2] Über die Haltung Danzigs s. nun P. Simson, Danzig im dreizehnjährigen Kriege von 1454—1466. Berliner Inaug.-Diss., Danzig 1891 (auch als 29. Heft der Zeitschrift für westpreuß. Gesch. ausgeg.), gegen den freilich, was die großen allg. Momente betrifft, Caro recht haben dürfte.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von Deutschland, Ungarn und Böhmen, für sein Haus weitreichende Aussichten nach anderer Seite gewonnen, zeigte sich rasch zur Hilfe bereit, sowie nur die Unzufriedenen sich im offenen Aufstande erhoben und einige Erfolge erlangten. Während der Orden vom Kaiser gegen reiche Ehrung einen günstigen Spruch erreichte (14. Dez. 1453),[1] ohne daß aber in nächster Zeit etwas weiter zur Durchführung der Mandate geschah, erklärte König Kasimir schon am 6. März 1454, daß das Ordensgebiet hinfort einen Teil des polnischen Reiches bilden solle, dessen Angelegenheiten er in persönlicher Anwesenheit zu fördern gedenke. Die Stellung der neuen Unterthanen zur Krone wurde sofort in einer Inaugurationsurkunde geordnet, worauf die Huldigung der rebellischen Stände für Polen nachfolgte.[2]

Abgethan war die Sache freilich damit noch lange nicht. Noch waren die Anschauungen über die neue Staatsmoral nicht so tief eingedrungen und mächtig, daß nicht die Treulosigkeit der preußischen Stände und die nackte Selbstsucht Polens die allgemeine Entrüstung hervorgerufen hätte. Entschlossen, den Plänen Polens zu begegnen und dem Orden zu helfen, soweit es möglich war, mahnte der Kaiser das einflußreiche Lübeck zur Vermittelung und ging von ihm eine eigene Gesandtschaft zu Kurfürst Friedrich von Brandenburg, dem schon die Nachbarschaft Preußens und Polens an den eigenen Ländern erhöhte Aufmerksamkeit auf jene Vorgänge gebot. Aber Mahnung und diplomatische Zwischenhandlung blieben dort bereits ungehört, wo der Haß und wüste Begehrlichkeit die Zügel führten. Am 24. März 1455 wurde darauf die Reichsacht über die aufrührerischen Unterthanen des Hochmeisters verkündigt. Auch sie blieb so gut ohne Wirkung, wie vordem die Bullen des heil. Vaters. Trotzdem ging der Kaiser zunächst nicht weiter und er konnte es auch nicht. Oder vermochte er für das ferne Preußen einzutreten zu einer Zeit, in der die vergeblichen Versuche, die Christenheit zur Wiedereroberung von Konstantinopel in die Waffen zu bringen, alles, was von öffentlichem Interesse vorhanden war, in Anspruch nahm, und dahinter die fürstliche Territorialität sich anschickte, gegen ihn selbst vorzugehen, ja ihm wiederholt (1454—1461) nach der Krone griff? Und war damals möglich, was nach ungeheueren Anstrengungen nachmals 1474—1475 gelang, das Reich in achtunggebietende Rüstung zu bringen, da kein direktes persön-

[1] Chmel, Reg. II. 317, Nr. 3143.

[2] Dogiel, Cod. dipl. IV. 145. Volum: leg. I, 172 sq. Vgl. Dlugosz, Histor. Polon. (lib. XII [XIII], vol. V., ed. A. Przezdziecki, Krakau 1878) 159 ff.; von neueren Caro, Gesch. Polens V. 1, 26.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

liches Interesse die voranstehenden Reichsfürsten in der Ordenssache an die Seite des Kaisers wies? Wie sollte endlich die schwerfällige Hilfe des Reiches Rettung bringen können, wo selbst ein Tag von Konitz der Ordenssache nicht aufzuhelfen vermochte? Es war darum kein Zufall, daß sich das Reich nicht anders verhielt als sein Oberhaupt. Auf den Reichstagen zu Regensburg und Frankfurt 1454 wallten die Gemüter zornig auf, als mit den Klagen des Ordens der kecke Eingriff des Polen in die Sphäre der Reichslande geschildert ward, und ernstlich ist über Abhilfe verhandelt worden.[1] Auch weiter empfand, wer patriotisch dachte, tief das Vorgehen der Polen. Noch 1468, als bereits alles verloren war, zürnt Gregor Heimburg: alle Kurfürsten, Fürsten und Prälaten sollten dem Papste schreiben, daß solches Unterfangen König Kasimirs wider die deutsche Nation sei, ihr zur Schmach und zum Abbruche gereiche, da doch die Fürsten vereint den Polenkönig nicht zu scheuen hätten.[2] Aber daneben unterließ Heimburg keinen Augenblick, den Böhmenkönig gegen den Kaiser zu hetzen und jene Einigkeit unmöglich zu machen. So geschah es eben damals in Deutschland stets. Höchstens noch in Worten kam der nationale Gedanke zur Geltung: sollte die That folgen, stellte jeder das eigene kleine Interesse über das große gemeinsame. Auch das Reich ließ also den drohenden Erörterungen die That nicht nachfolgen. Der Kurfürst von Brandenburg, ohnehin in Spannung mit dem Orden,[3] nahm sich die Neumark als Pfandbesitz. Aber deswegen oder aus anderem Grunde für die Erhaltung des Ordens einzutreten, fiel ihm nicht ein. In Pommern erwachte sogar bei anderer Gelegenheit wieder die Erinnerung an die gemeinsame slavische Abstammung mit dem Polenkönige! Der Orden hatte reichen Besitz überall in Deutschland; ganz Liefland, unter seinem Heermeister stehend, gehörte ja zu ihm. Es kam ihm auch einige Hilfe zu. Aber selbst bei Komturen und Rittern war nirgends der thatkräftige Entschluß vorhanden, alles zur Rettung des Ordens aufzubieten, so sehr darauf ihrer aller Existenz gegründet war. Nur Söldner kamen zahlreich genug, Deutsche und Böhmen. Jedoch allein von dem Verlangen nach Sold und Beute geleitet, wurden sie dann die gefährlichsten Helfer für den Orden, dessen Geldnot bald aufs höchste gestiegen war.

[1] Müller, Reichstagstheatrum unter Friedrich V. (III.), I. 434 ff.

[2] C. Höfler, Kaiserl. Buch des Markgrafen Albrecht Achilles, I. Baireuth 1850, 197, Nr. 95. Vgl. auch 199, Nr. 97.

[3] J. G. Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1 (2. Aufl., Leipzig 1868), 109.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Trotzdem kam die Katastrophe lange nicht so rasch, als man besorgt hatte. Bald genug, zum Teile noch während der maßgebenden Verhandlungen, ging doch die Bündnerischen ein Grauen an vor dem polnisch werden. Der Staat König Kasimirs war selbst so schwach und in sich unfertig, daß er, so leicht die Beute erhascht war, doch unfähig schien, sie auch festzuhalten. Litauen versagte ihm im Kriege gegen den Orden seine Mithilfe geradezu, nicht minder Masovien. Ebenso hielten Kleinpolen und die russischen Provinzen zurück, und als endlich der Adel sich zu größerer Anstrengung aufraffte, da ertrotzte er am 15. Sept. 1454 in Zirkwitz jenes große Privileg, durch das er seine Machtstellung auf Kosten der Krone in dem Augenblicke zu überwiegender Geltung brachte, als ihr eine neue Provinz gewonnen werden sollte. Drei Tage darauf brach die furchtbare Niederlage von Konitz durch die Söldner des Ordens seinen Hochmut auf lange. Mit Mühe entkam der König selbst der Gefangenschaft. Und doch war das schwere Mißgeschick zum Heile; sie drängte das polnische Staatsschiff in bessere Bahn. Der Zirkwitzer Vertrag ließ sich nun nicht aufrecht erhalten; zu sehr standen die Ansprüche der Herren und ihre Leistungsfähigkeit im Felde im Mißverhältnisse. Dafür erlangte mit den Maßnahmen des Königs zu Nessau, die freilich so wenig freiwillig erfolgten, wie die Zugeständnisse zu Zirkwitz, der Kleinedelmann ein weit größeres Maß von Recht und Selbständigkeit. Es war dies in den Kommunitäten jene Bevölkerungsklasse, die bei der durchaus ungenügenden Entwickelung des Bürgertumes und der noch größeren Verkommenheit des Bauernstandes neben der Übermacht des Klerus und Hochadels allein noch eine politische Rolle in Polen zu spielen vermochte. Die Forderung der Zeit nach mehr demokratischen Einrichtungen kam so in jenem sehr bescheidenen Maße, welches das Reich Polen zu ertragen vermochte, doch zur Geltung. Sie führte rasch der Gesamtheit, wenn auch vorerst nur auf kurze Zeit, größere Kräfte zu. Trotzdem mißglückte der im Winter 1454 mit großem Gepränge und vielen Hoffnungen unternommene Feldzug König Kasimirs nach Preußen so vollständig, wie zwanzig Jahre später die schlesische Unternehmung; und ebenso erging es im Herbst 1455. Dies Mißgeschick bewirkte zwar nicht die Zurücknahme der Nessauer Einrichtungen, aber der Versuch, sie durch die Beschlüsse von Graudenz, welche sich wesentlich gegen die Privilegien des Klerus richteten, weiter zu bilden, scheiterte. Polens Reformfähigkeit glich eben seiner militärischen und Steuerkraft. Auch fand der Orden Zeit, seine Mittel zusammenzufassen und den Umschwung der Stimmung zu benutzen, welche die Mißerfolge und verheerende Kriegsführung der

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Polen, die schweren Lasten der Krieges überhaupt schufen: von dem wiedergewonnenen Königsberg als von einem sicheren und beherrschenden Mittelpunkte aus wußten die Ritter ihre Gewalt über Ostpreußen neu zu begründen. Für Westpreußen freilich war es zu spät. Weil der Orden die Söldner nicht zu zahlen vermochte, so traten diese, um zu ihrem Gelde zu kommen, auf eigene Faust mit dem Polenkönige in Verhandlung. Am 15. August 1456 kam der schmähliche Handel zu stande, durch den neben anderen Plätzen auch der Hauptsitz des Ordens, das wichtige Marienburg, für eine Summe Geldes den Polen in die Hände gegeben werden sollte.[1] Trotzdem die Finanznot Polens nicht viel geringer war, als die des Ordens, trotz der Wechselfälle des Krieges und der politischen Situation, trotz aller Anstrengungen auf beiden Seiten war damit bereits jenes Besitzverhältnis der Parteien geschaffen, das nun bis zur Beendigung des Krieges im wesentlichen erhalten blieb. In Ostpreußen behauptete sich, zumal bei der steten Unthätigkeit der Litauer, der Ordensritter als Herr im Lande; in Westpreußen gewannen die Polen den so leicht erworbenen und dann wieder schwer gefährdeten Besitz aufs neue, um ihn dauernd innezuhaben; vor allem durch die Hilfe des mächtigen Danzig, das in unglaublicher Verbissenheit und mit den gewaltigsten Anstrengungen im Kampfe gegen den Orden an der Seite Polens ausharrte. Nur mußte der Orden erst völlig niedergerungen, zur Anerkennung der Thatsachen gebracht werden: bei den Zuständen Polens für selbes keine geringe Aufgabe. Aber es geschah endlich doch. Als der Orden bei Zarnowitz auch im offenen Felde unterlegen und die Marienburg, dann auch das wichtige Konitz verloren waren, als endlich die Hoffnungen, die man in den letzten Jahren wieder auf auswärtige Hilfe und Vermittelung, namentlich auch des Kaisers und anderer deutschen Fürsten, gesetzt, sich als trügerisch erwiesen hatten, war das Schicksal von Westpreußen besiegelt.

Unter den vielen Anklagen gegen König Kasimir, schreibt der moderne Geschichtsschreiber Polens, „war keine ungerechter als die, daß durch seine Nachlässigkeit und Unthätigkeit die meisten Sachen entkräftet würden. Was sollte der König denn thun, da es an allem gebrach?" Was den Polenkönig in eigener Sache entschuldigt, wird man auch dem Kaiser in seiner Haltung zum preußisch-polnischen Kriege zu gute halten dürfen. Nicht allein, daß es ihm an allem gebrach! Derselbe Reichstag zu Nürnberg 1456, der sich des bedrängten Ordens in so warmen Reden annahm und voll lebhaften Eifers zu helfen nicht bloß die Kräfte der

[1] Über die Ausführung des Vertrages 1457 siehe nun P. Simson, Danzig 1454—1466 l. c.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Parteien, sondern sogar auch schon Zeit und Ort für die kriegerische Intervention des Reiches in Erwägung zog,[1] erkannte noch mehr den Zug gegen die bereits Ungarn unmittelbar bedrohende Osmanenmacht als Hauptaufgabe Deutschlands und beschäftigte sich, was wenigstens einen Teil der Kurfürsten betraf, daneben mit der Einleitung eines Prozesses gegen den Kaiser, der zu seiner Absetzung führen sollte.[2] Also zwei große Kriege auf einmal und eine innere Revolution obendrein! Natürlich geschah nichts gegen Türken und Polen. Aber die Umtriebe des Mainzers und Pfälzers genügten, um des Kaisers geringe Mittel und Thätigkeit 1456—1457 vollauf in Anspruch zu nehmen.[3] Noch 1457 schuf der plötzliche Tod König Ladislaws (Posthumus) von Ungarn und Böhmen, mit dem der Kaiser so viel auszugleichen besaß und sich eben wieder wegen der Cilly'schen Erbschaft entzweit hatte, für das Haus Österreich die so mächtig erregende ungarisch-böhmische Nachfolgefrage. Beide Königreiche gingen 1458 den Habsburgern verloren. Noch 1458 stehen die Heere des „Uffgeruckten" von Böhmen in Österreich. Mit dem Erkorenen der Ungarn, gegen welchen der Kaiser sich von einer Partei wählen läßt, kommt es zu mehrjährigem Kampfe. Die neue Bewerbung, diesmal des Böhmenkönigs, um die kaiserliche Krone, die Kämpfe des Kaisers mit seinem Bruder und den österreichischen Landständen, der durch solche und andere Vorgänge entfesselte Krieg der Parteien im Reiche, der Territorialität gegen die Obergewalt, treten hinzu. Und als dann 1463 mit dem Prager Frieden eine Ruhepause eintrat, war mit der Schlacht bei Zarnowitz die Entscheidung bereits gefallen. Was bedeutete aber für Friedrich III. all diesen Aufgaben, diesen Stürmen und Heimsuchungen gegenüber die Schädigung des Deutschherrenordens, die der sich durch eigene Schuld zugezogen und durch eigene Unfähigkeit uneinbringlich gestaltete? Das Reich erlebte das beklagenswerte Schauspiel, daß 1458 trotz der Kämpfe um Preußen, nicht nur Erzherzog Albrecht von Österreich, sondern, so scheint es, auch der Kaiser selbst gegen den feindlichen Böhmenkönig mit Herzog Wilhelm von Sachsen-Thüringen und König Kasimir von Polen, beide die Schwäger des heimgegangenen Königs Ladislaw, in Verbindung trat. Von selbst machte ja die Erhebung Podiebrads alle jene zu Bündnern gegen ihn, die sich dadurch um ihre

[1] Müller, Reichstagstheatrum I. 562 ff.

[2] Vgl. meine Schrift: Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Kaiser Friedrich III. Forsch. zur deutsch. Gesch. XVII. 315 ff.

[3] Über die Bewegungen im Kurkollegium ꝛc., die Schaffung einer kaiserlichen Partei vgl. ebendort 316 ff., 322 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ansprüche oder Hoffnungen gebracht sahen.[1] Schon im April 1458 warb auch König Kasimir in Breslau, „den ketzerischen Schalk und Bösewicht, den Girzik, nicht zum Könige aufzunehmen"; er bedurfte dazu der Mahnung des Kaisers nicht. Auch widerstand der Kaiser der Verlockung, sich, so nützlich ihm dies für die ungarische Streitsache werden konnte, näher an Kasimir anzuschließen, als er mit Böhmen eine Verständigung gefunden. Was da seit 1459 in dem polnisch-preußischen Handel an polenfreundlicher Vermittelung seitens deutscher Fürsten, des Erzherzoges Albrecht, des Landshuter Herzoges, des Königs von Böhmen gethan und beabsichtigt wurde, geschah ohne, ja gegen den Kaiser. Bei dem Erzherzoge, der mit dem Kaiser nie gut stand, erkennt man als Grund lediglich das Bestreben, nun, nachdem er als Herr von Oberösterreich endlich in die Reihe der mit eigenem Rechte regierenden Fürsten getreten, im engeren Anschluß an das verwandte polnische Königshaus eine größere Rolle zu spielen und seiner ehrgeizigen Muhme, der Königin Elisabeth, zu Gefallen zu sein. Der Landshuter suchte in dem Polen, der wegen Preußens der steten Gegnerschaft des Kaisers sich versehen mußte und versah, den Rückhalt gegen eben dieses Reichsoberhaupt, gegen welches er seit Mai 1460 seinen Bund mit Böhmen geschlossen hatte und bald mit den Waffen in der Hand im Felde stand.[2] Der nachfolgende böhmische Versuch aber, Polen mit dem Orden zu versöhnen, hatte wieder seinen besonderen Platz in dem weitreichenden Baue der damaligen Entwürfe König Georgs. Damals war Georgs Konflikt mit Rom bereits vor der Thüre, und so wie er es eben im deutschen Reiche nach den wüsten Kriegsstürmen des Jahres 1461 gethan, so gedachte er auch als der machtvolle und unentbehrliche Friedensspender in dem langen schweren Ringen zwischen König Kasimir[3] und dem Hochmeister der Kurie entgegenzutreten und ihr als der allein berufene Vorkämpfer gegen die Türken die bereits erhobenen Waffen aus der Hand zu nehmen. Es blieb, ganz abgesehen von den schweren Hemmnissen, die in der Sache selbst gelegen waren, der Sonderzweck der Vermittler stets um so sicherer ein Hauptgrund des Mißerfolges, als die Friedensstiftung eben nur ein Mittel abgab und gleichgültig wurde, so wie sie als solches versagte.[4]

[1] Font. rer. Austriac. XLII. 261—262, Nr. 187.

[2] Darnach sind die Angaben Caros V. 1, 113, die geeignet sind, diese Beziehungen in ein ganz schiefes Licht zu stellen, zu berichtigen. Noch unverständlicher ist Caro V. 1, 171, Anm. 4, da sich die angezogene Angabe weder bei Eschenloer l. c. noch bei mir l. c. findet.

[3] Vgl. noch Fontes rer. Austriac. XLII. 227, Nr. 166.

[4] Diese Reichsgeschichte I. 146 ff. Caro, der diesen Dingen keineswegs das er-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bleibt so kaum noch ein Punkt unklar über die Absichten und die Haltung von Kaiser und Reich der Katastrophe des Deutschordens gegenüber, so wird auch ihre Stellungnahme zu der durch den Frieden geschaffenen Sachlage um so leichter verständlich sein. Wenn da in Ostpreußen die deutsche Kultur sich erhielt als der feste Rückhalt für all das, was das deutsche Wesen für die Gebiete im fernen Osten geleistet, wenn es später ein günstiges Geschick fügte, daß das Land in der Hand der Hohenzollern kräftig gedieh und sich jene Fäden festhalten und neuknüpfen ließen, welche das ferne Außengebiet an das große Vaterland ketteten und die Wiedergewinnung Westpreußens zur unabweislichen Aufgabe der Zukunft machten, was hat dafür das 15. Jahrhundert gethan? Wie selten und doch gering war doch das Mitgefühl mit dem nationalen Kulturlande, daß hier den Slaven ausgeliefert ward, das Bewußtsein des zertretenen Rechtes, der Zorn über die kecke Beraubung des Reiches! Der Kaiser hat die Bestätigung des Friedens nie gewährt, das war alles! Thatsächlich schien freilich die Ratifikation der Kurie das wichtigere, da es sich ja wesentlich um ein kirchliches Gebiet handelte, und Rom bei der Konkurrenz mit dem Kaisertume stets den Vorrang beanspruchte. Wie genügte aber erst die Kurie ihrer doppelten Verpflichtung? Während die Haltung des Kaisers erkennen ließ, daß er sich die Restitution des Ordens und die Herstellung der Rechte des Reiches zwar augenblicklich nicht zu bewirken getraue, sie aber wohl einer besseren Zukunft vorbehalte, stellte Rom sein Bestätigungsrecht vom Anfange an in den Vordergrund, so wie ja der Friede selbst vor allem durch die Gewandtheit des Legaten, des Bischofes Rudolf von Lavant, zustande gekommen war. Aber die Art, wie dieses Recht gehandhabt wurde, entkleidete es jedes höheren ethischen Wertes. Man wird selbst jede Spur äußeren Mitgefühles nicht bloß mit dem Reiche sondern auch dem schwer heimgesuchten Orden dort umsonst suchen, wo alle Staatskunst darin gelegen schien, die Bestätigung des Preußenfriedens jetzt als Lockung dann als Pressionsmittel zu verwerten. Es gilt bald, den Polenkönig damit den Absichten der Kurie gegen die Böhmen und gegen die Türken verfügbar zu machen. Und wenn die Instruktionen der Nuntien verraten, wie Rom es versucht, jetzt die Unmöglichkeit, den Frieden gutzuheißen, aus prinzipiellen Gesichtspunkten nachzuweisen, und doch gleich daneben eine bedingte, ja selbst die

forderliche eindringende Studium gewidmet hat, sagt (V. 1, 182, 183,), daß es sich für König Georg nach 1461, „nicht mehr um die römische Königskrone, sondern um die byzantinische Kaiserkrone handelte"! Solches sollte man doch Podiebrad nicht weiter zumuten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bedingungslose Bestätigung je nach Umständen in Aussicht genommen ist, so erhellt daraus klarer als aus zahlreichen Aktenstücken der Charakter der Politik eines Sixtus IV. Was bedeutet es so, wenn der Papst gelegentlich versichert, daß wegen des Preußenfriedens viele deutsche Fürsten an ihn geschrieben?[1]

Die deutschen Fürsten aber, der zunächst interessierte Kurfürst von Brandenburg voran, handelten nicht anders als Kaiser und Papst. Man beklagte den Sturz der Ordensmacht, weil der Pole ihr Erbe geworden war und man sich von ihm des Versuches versehen mußte, die Rechte des Ordens auf die neue Mark zur Geltung zu bringen. Man besorgte weitere Ansprüche, die sehr gegen das brandenburgische Interesse verstießen. Geschehen ist nichts. Ebensowenig kam in der Haltung der Hanseaten oder gar König Christians I. von Dänemark während und nach dem polnisch-preußischen Kriege das Reichsinteresse oder irgend ein allgemeines Moment zur Geltung.

Aus ganz verschiedenen Verhältnissen war um jene Zeit dem Reiche an anderer Stelle, aber gleichfalls in seinen Nordländern, schwere Schädigung erwachsen. Hatten die Städte und Stände Preußens alles aufgeboten, um polnisch zu werden, und dafür einen wütenden Kampf gegen ihre bisherigen Herren in zäher Ausdauer durchgekämpft, so bewirkten sechs Jahre vor dem Thorner Frieden dänische List und deutsche Schwäche die friedliche Angliederung eines kerndeutschen Landes an das dänische Reich, gegen das es so oft in blutigen Kriegen seine Selbständigkeit behauptet: Holsteins. Obwohl der Kaiser auch da kein Mittel, die Vereinigung zu hindern, ja selbst zunächst nicht einmal die Gelegenheit wahrnahm, in der ganzen Frage auch nur Stellung zu nehmen: Die Bedeutung dieser Tage für die Geschicke des deutschen Nordens und Dänemarks, ja Deutschlands ging doch weit hinaus über die aller anderen doch immer mehr lokalen Entwickelungen jener Zeit im Norden.[2] Sie trat noch in den Tagen Kaiser Friedrichs III. hervor und reichte in ihren Folgen hinein bis in die jüngste Vergangenheit.

In den schwersten Kämpfen hatte sich der wackere Adolf (VIII.), Graf von Holstein und Herzog von Schleswig, die Anerkennung seiner

[1] Instruktion v. September 1472 für den Kardinallegaten Markus Marci. Cop. in arch. sec. Vat. Rom., Sixti IV. regist. 680, fol. 7—9. Jetzt im Auszuge gedruckt in Fontes rer. Austriac. XLVI. 187—188, Nr. 171.

[2] Das gilt für jene Zeit selbst von der Geschichte Lübecks. Vgl. Hofmann, Geschichte der freien Hansestadt Lübeck. Lübeck 1884. Eine Reihe zutreffender Bemerkungen bietet auch der Aufsatz K. E. H. Krauses, Rostock im Mittelalter. Hans. Gesch.-Blätter, Jahrg. 1884/85, 37—50.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Rechte auf das letztere Land errungen und zugleich auch das Zutrauen der Stände Dänemarks in solchem Grade erworben, daß sie ihm, der sich der Abstammung von König Erich Klipping rühmen konnte, 1444, nach dem Tode König Christophs des Bayern die Reichskrone anboten.[1] Doch Adolf, der letzte seines Geschlechtes der Schauenburge aus der Rendsburger Linie, besaß solchen Ehrgeiz nicht. Wohl aber lenkte er als Mitglied des dänischen Reichstages die Wahl auf seinen Schwestersohn Christian, Grafen von Oldenburg und Delmenhorst, durch eben seine Mutter dem dänischen Königshause angehörig wie König Christoph oder Erich der Pommer, der sich immer noch auf Gotland behauptete.[2] Am 28. September 1448 empfing Christian I. zu Wiborg die Huldigung der Reichsstände, deren Recht zur Königswahl er in einer Handfeste ausdrücklich anerkannte und deren Anteil an der Regierung ebenso gesichert ward. Bald darauf gewann König Christian gegen Karl Knutson, den die Schweden zum Könige erkoren hatten, auch die Krone Norwegens (1450), und schließlich Schweden selbst, aus dem König Karl nach langjährigen Kämpfen, in welchen wieder Herzog Adolf für die dänische Sache das Beste that, im Februar 1467 mit seinen Schätzen flüchtig wurde.[3] Die Union der drei Reiche war so durch den Oldenburger wieder hergestellt, und sie schien umsomehr von Dauer, als im Januar 1458, — was in Dänemark bereits 1456 geschehen war —, die Reichsräte von Norwegen und Schweden des Königs dreijährigen Sohn Johann als Nachfolger seines Vaters in beiden Reichen anerkannten. Voll gerechten Selbstgefühles sprach König Christian bereits „von sich und seinen Nachkommen" als Königen der drei Reiche.[4] Noch lag freilich im Schoße der Zukunft verborgen, ob dies ein erster Schritt war zur Herstellung einer wirklichen, innigen Verbindung der drei Länder, auf deren wahren Interessen begründet, und ob König Christian der Mann sein würde, der, gefördert durch die Zeitläufte, es verstand, die nordischen Reiche zu reorganisieren und mit der Einrichtung des neuen Staates zugleich auch

[1] Vgl. dazu jetzt A. Daehne, der Kampf um Schleswig von 1405—1445. Berlin 1881. Rostocker Diss. Für Adolf VIII. und die Schauenburger s. auch Allgem. Deutsche Biogr. I. 110—111 (Jansen), und G. v. Buchwald, Beiträge zur Geschichte der letzten Schauenburger, Zeitschr. f. Gesch. v. Schlesw.-Holst. Lauenburg, 10, Anh. 1—10.

[2] Die Stammtafel bei F. Ch. Dahlmann, Geschichte Dänemarks III. (Hamburg 1843) 179.

[3] S. zu Dahlmann l. c. noch E. G. Geijer, Gesch. Schwedens I. (Hamburg 1832), 220 ff., namentlich aber Ludw. Dase, Kong Chistiern den Förstes Norske Historie 1448—1485. Christiania 1879.

[4] Dahlmann, Geschichte Dänemarks III. 198.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Erbmonarchie fest zu begründen. Denn nur so konnte sie innere Kraft und wahre Aktionsfähigkeit nach außenhin gewinnen.

Die Charaktereigentümlichkeiten des ersten Oldenburgers auf dem dänischen Throne und seine Regierungsweise während einer 33jährigen Herrschaft zeigen keineswegs ein einheitliches Bild. Je nach den verschiedenen Seiten seiner Begabung und zu verschiedenen Perioden stellte sich Christian I. in die Reihe der konservativen Fürsten seiner Zeit, jener, die in Gesinnung und Thätigkeit dem niedergehenden Mittelalter eignen, und dann wieder finden wir ihn doch auch modernen Fürstengestalten jener Zeit ziemlich nahe. Von hohem Wuchs und fester Gesundheit, ein wirklich schöner Mann, der es auch hinlänglich verstand, sich, wenn es in seiner Absicht lag, in gefälliger Art zu geben, persönlich tapfer und nicht ohne Feldherrnbegabung, verständig und dabei listigen Anschlägen niemals abhold, unermüdlich thätig, ein Freund großer Entwürfe trotz all der Beschränktheit seiner Mittel, hätte der Unionskönig wohl bedeutendes und bleibendes schaffen können, wenn ihm nicht mit jeder tieferen Bildung der richtige Blick für das Wesen der Dinge und das doch auch im einzelnen herrschende Allgemeine gefehlt, wenn die Grundlagen seiner Macht nicht allzu sehr auf den leichten Sand der schwedischen Unionstreue und die tiefen Unebenheiten in den Interessen seiner drei Reiche aufgebaut, wenn er an Mitteln reicher und in leichtfertiger Vergeudung derselben weniger geschickt gewesen wäre. Es erinnert der Däne, wenn er mit seiner geringen Macht und Einsicht durch die Vernichtung der Freiheit des Bürgertumes und zu gunsten feudaler Gelüste, die sich in alten Bahnen hielten, die Größe des modernen Fürstentums im Norden begründen wollte, wenn er sich vermaß, das Werk der Königin Margareta dauernd zu machen, denn doch vor allem an den Hussittenkönig, der, in unbehilflicher Verwegenheit gegen den alten Machtbau der Kurie anstürmend, auch gleich mit List und Täuschung seinem Beginnen die moralische Kraft benahm, durch die allein der Sieg möglich war. Wenn aber der Böhme aus der mühsamen Restaurierung seines Reiches dem Feudaladel gegenüber in den früheren Jahren seines Waltens keinerlei Gedeihen für die Zukunft zu schaffen vermochte, wenn sein Haus mit ihm den Thron gewann und wieder verlor, so gingen zwar auch König Christian I. Pläne, für welche die Unternehmung gegen das 1471 wieder verlorene Schweden den Ausgangs- und Endpunkt bildete, nur zum Teile und für eine kurze Spanne Zeit in Erfüllung, aber in Dänemark und doch ebenso sehr in den Elbeherzogtümern, wo Christian in seinen letzten Jahren die Regierung den Händen des Adels entriß und die Staatsgewalt fester

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

begründete als je,[1] faßte das Haus Oldenburg tiefe Wurzeln und dort blüht es in späten Nachkommen bis heute seit nahezu fünfthalbhundert Jahren.

In welcher Stellung hielt sich König Christian, selbst deutscher Abkunft und mit Dorothea, der Nichte Kurfürst Friedrichs II. von Brandenburg und Witwe König Christophs,[2] vermählt, zu Kaiser und Reich?

Noch ehe Christians Ringen um Schweden von Erfolg gekrönt war, wandte er seine Aufmerksamkeit den Vorgängen im Ordenslande zu. Der gewaltige Umsturz, der sich hier vollzogen, das Ausgreifen Polens bis in die Gestadelande der Ostsee konnten dem Könige, in dem die Erinnerungen an Waldemar'sche Machtansprüche lebendig waren und an den zugleich der Hilferuf des Ordens erging, nicht gleichgültig sein. Christian schritt nach vergeblicher Verhandlung 1455 wirklich zur Kriegserklärung gegen Polen und dessen preußische Bündner und nahm zugleich den Titel eines Herzoges von Estland an. Zum thatkräftigen Einschreiten im polnischen Ordenslande kam der König deswegen doch nicht. Erst als ihm auch die Krone Schwedens geworden war und sein Gegner Karl Knutson dagegen in Danzig freundliche Aufnahme gefunden, trat Christian am 18. Oktober 1450 in einen neuen Bund mit dem Hochmeister, der nun mit Zuversicht auf die Unterstützung des Unionskönigs rechnete.[3] Aber Christians so vielfach gehemmte Stellung machte sich jederzeit sofort geltend, sobald er die Mittel für auswärtige Unternehmungen suchte. Das Jahr 1458 und ebenso 1459 verging, und der Orden erhoffte umsonst ein Machtwort des Königs in dem Streite, um dessen Schlichtung sich damals Erzherzog Albrecht bemühte. Dann starb am 4. Dezember 1459 Herzog Adolf von Schleswig, Graf von Holstein, und die Frage nach der Nachfolge in seinen Landen, die seit Jahren direkt oder durch Herzog Adolf mit dem Reiche Dänemark in Verbindung waren, drängte naturgemäß bei König Christian jedes anderweitige Interesse vorerst in den Hintergrund.

Längst schon, nach der Erhebung Christians auf den dänischen Thron, hatte Herzog Adolf diesem seinem ältesten Neffen in dem Herzogtume Schleswig huldigen lassen, und wenigstens ein Teil der holsteinischen Stände hatte ein gleiches gethan. Aber die so erworbenen Ansprüche auf

[1] Dahlmann, Geschichte Dänemarks III. 246.

[2] Königin Dorothea war die Tochter Markgraf Johanns (des Alchymisten) auf Kulmbach, des 1464 verstorbenen ältesten Bruders der Markgrafen Friedrich (II.), Albrecht Achilles und Friedrich des Jüngeren von Brandenburg.

[3] Dahlmann, III. 198.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schleswig hatte Christian, sobald er König geworden, aufgeben müssen. Auch von ihm ward die Constitutio Waldemariana, welche die direkte Vereinigung Schleswigs mit Dänemark und die Regierung über beide Länder durch einen Herrn verbot,[1] bestätigt. Obwohl demnach zu erwarten war, daß einer der beiden jüngeren Brüder Christians, Moritz oder Gerhard, in den Landen Adolfs nachfolgen würde, war doch bis zu dessen Tode in dieser Hinsicht nichts verfügt.[2] Auch sonst gestaltete sich jetzt die Sachlage ganz eigentümlich. War Schleswig dänisches Reichslehen, auf das König Christian zugleich mit seinen Brüdern als Neffen Herzog Adolfs unzweifelhaft den besten Anspruch besaß, so durfte andererseits nach dem Aussterben der Linie Schauenburg-Rendsburg Graf Otto von Schauenburg-Pinneberg als Haupt dieses Zweiges des Hauses Schauenburg den sicheren Anfall des alten Hausbesitzes, der Grafschaft Holstein, erwarten.[3]

Aber mehr noch als die Rechte der Agnaten und die Bestimmungen König Waldemars bedeutete der feste Entschluß der Stände beider Landschaften, auch in Hinkunft unter einem Herrn beisammenzubleiben. Die Verhandlungen in Neumünster und in Rendsburg erwiesen, daß weder die Oldenburger ihre Ansprüche an Schleswig noch die Schauenburger die ihren auf Holstein gutwillig aufgeben würden.[4] Die Landstände kamen dadurch nicht wenig ins Gedränge. Aber an dem Unionsgedanken festhaltend gelangten sie rasch genug zu der praktischen Frage, welches von beiden Häusern und welcher unter den fürstlichen Bewerbern am ehesten im stande sei, die Lande gegen den Überzug des Zurückgesetzten zu schützen. Die Antwort war kaum günstig bei den Schauenburg-Pinnebergern, dann

[1] Item ducatus Sunder-Jucie regno et corone Danie non unietur nec annectetur, ita quod unus sit dominus utriusque. Vgl. G. Waitz, die Verträge der Oldenburger und Schauenburger über die Succession in Schleswig und Holstein 1460, Nordalb. Studien III. 69—90.

[2] Dahlmann, Gesch. Dänemarks III. 199—201. G. Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte in den Büchern. 2 Bde. Göttingen 1851—1854, I. 398 ff.

[3] Dahlmann, ebendort, 304—305. Waitz, l. c. 400 ff. S. auch H. Detlessen, Geschichte der holsteinischen Elbmarschen, I. Bd. Von der Entstehung der Marschen bis zu ihrem Übergang an den König von Dänemark 1460. Glückstadt 1890.

[4] Über die Rechtsfrage vgl. außer Dahlmann, Gesch. Dänemarks III. 202 bis 207 und Waitz, „Wie der erste Oldenburger in Dänemark und wie in Schleswig-Holstein zur Herrschaft kam", K. L. Biernatzki, Volksbuch für 1845, 84—101, noch G. Molbech, Danemarks historie under de Oldenborgske Unionskonger. Förste Afdeling. Histor. Tidskrift VI. 1 ff. und nochmals Waitz in dem erwähnten Aufsatze „die Verträge der Oldenburger und Schauenburger ꝛc.", S. 69—74, und Schleswig-Holsteins Geschichte I. 397 ff. Siehe auch Hille in Allg. d. Biogr. 4, 181 (Christian I. von Dänemark).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den jüngeren Brüdern König Christians, deren jeder ja nur ein Drittel der väterlichen Grafschaft besaß, wozu nun ebensoviel Anspruch auf die schleswiger Erbschaft hinzukam. Die Sachlage gestaltete sich aber ganz anders, wenn der Unionskönig sich selbst mit Schleswig belehnte und von den Holsteinern anerkannt wurde, zumal wenn er all dies im Einverständnisse mit seinen Brüdern that. Und so geschah es auch. Christians Brüder verzichteten zu des Königs Gunsten auf ihre Rechte auf Schleswig und erhielten dafür gemeinsam dessen Drittel von Oldenburg und dazu jeder die Summe von 40000 Gulden. Dann gelang es ohne große Mühe, die Landräte zu bestimmen, daß sie am 3. März 1460 zu Ripen den König zum Herzog von Schleswig und zum Grafen von Holstein wählten, und der neue Graf, der sofort die Landesprivilegien bestätigte (5. März),[1] ja verbesserte,[2] wurde alsbald im ganzen Lande anerkannt. Und so groß war das Gewicht der rasch und einmütig vollzogenen Thatsachen, daß ihnen auch Graf Otto von Schauenburg binnen kurzem Rechnung trug und gegen die Zahlung von 41500 Gulden seinen Ansprüchen auf Holstein entsagte. „Also wurden die Holsten Dänen", sagt der Lübecker Chronist voll patriotischen Schmerzes,[3] „und verschmähten ihre Erbherren, und gaben sich mit gutem Willen ohne Schwertesschlag unter den König von Dänemark, wogegen ihre Altvorderen und Vorfahren manches Jahr gestanden und es mit wehrender Hand gehindert hatten. Denn sie führten manche Fehde und hatten manchen Streit mit den Dänen. — Aber diese hier geschriebenen Stücke hatten die Holsten alle vergessen zu dieser Zeit und wurden mit Willen zu eigen. Und das machte die Gierigkeit der Holsten und die Losheit[4] der Dänen."

Was der Chronist aussprach, ward in weiten Kreisen empfunden. Man sprach von großen Summen, die der Dänenkönig aufgewendet, um die Stimmen der holsteinischen Räte in Ripen zu erkaufen.[5] Daß in der That ein großes allgemeines Interesse die beiden Landschaften zu so einmütigem Beschlusse geführt und der dänischen Bewerbung den

[1] Registrum König Christians I. Bd. IV der Urkundensammlung der Gesellschaft für Schleswig-Holstein-Lauenburgische Geschichte (Kiel 1874), 28—32, Nr. 18. Regesta diplomat. historiae Danicae ed. Soc. reg. scient. Danicae, Ser. II, I, Abt. 2 (Havnica 1889), 767—768.

[2] Vgl. ebendort 32—34, Nr. 19 (Privil. vom 4. April 1460), ferner 34—53, Nr. 20—33; 54—56, Nr. 35 u. a.

[3] Detmar bei Grautoff II. 223. Vgl. Dahlmann, 207, Anm. 1.

[4] Lose noch heute dial. in Ober- und Mitteldeutschland = schlimm, zu leichtfertigen Streichen aufgelegt. Vgl. freilich Dahlmann, l. c. 208.

[5] Detmar zu 1468, II. 316. Vgl. auch Broderi Boissen, Chron. Slesswicense bei Mencke, Script. rer. Germ. praec. Saxon. III. 622 und 693 sq.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Sieg verschafft hatte, kam bei der Erregung der Gemüter nicht zur Geltung. Und versuchte denn nicht der König alsbald auch in Hamburg seine gräflichen Rechte zu wahren?[1]

Griff er nicht bald auch in die pommer'schen Händel ein, so zum großen Verdrusse des verwandten Kurfürsten von Brandenburg dem alten Titel „König der Wenden" neuen Inhalt verleihend?[2]

Aber wie weit reichte solcher patriotischer Zorn, und was thaten Kaiser und Reich, die Einfügung des fruchtbaren Elblandes in das nordische Nachbarreich zu verhindern? Welche Mittel, darf man dagegen fragen, besaßen in jenen Tagen die Könige von Frankreich, England, Ungarn, Böhmen und so auch der Kaiser, um zu hindern, daß das Lehenrecht den Unterthanenverband durchbrach, zumal wenn letzterer, wenigstens formell, nicht angetastet wurde? Und die Oldenburger waren, wie berührt, deutschen Stammes, sowie die burgundischen Herzöge Glieder des französischen Königsgeschlechtes. Auch hat König Christian stets und ausdrücklich die besondere Stellung von Herzogtum und Grafschaft zur Krone Dänemark anerkannt. Dieses Vorgehen des Königs ermöglichte dem Kaiser auch in der holsteinischen Erbschaftsfrage ein Verhalten, das, so sehr sonst der Lübecker Lesemeister recht haben mochte, in seiner Art lag und zudem aus Not zur Tugend ward: er hieß den Vorgang nicht gut, er bestritt ihn nicht; sein Gedanke war wieder, nichts zu wünschen, so lang nichts zu hoffen war. Aber auch hier behielt der Kaiser die Angelegenheit im Auge, um sie zu gegebener Zeit doch vorzunehmen. Der König von Dänemark mochte sehen, ob es nicht gegen ihn geschehe, zumal vorerst die Hoffnungen der Holsten auf Ordnung und Wohlfahrt im Lande nichts weniger als in Erfüllung gingen,[3] und dort, wo das Reich nichts that, die Territorialität sich anschickte, dem allgemeinen Interesse, natürlich zu eigenem Nutzen, nachzugehen.

In dem engen Vertrage, welchen die hohenzoller'schen Brüder im Frühjahre 1461 dem Kaiser gegen seine Gegner im Reiche anboten, war auch die Forderung an das Reichsoberhaupt gestellt, die Grafschaft Holstein dem Kurfürsten Friedrich zu verleihen, da sie König Christian von Dänemark ohne die ordnungsmäßige Belehnung innehabe.[4] Während König Christian der Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten wegen mit Polen

[1] Detmar II. 234. [2] Droysen, Gesch. d. preuß. Pol. II. 1, 194.
[3] Vgl. Detmar, II. 236.
[4] „Werbung herrn Wenntzlawen an den kayser, Letare anno 1461" (15. März) bei Höfler, Kaiserl. Buch, 1. Abteil. 78—80 und „Heymlich werbung ꝛc." ebendort 80—85. Reichsgeschichte I. 49 ff. Vgl. dazu E. Helwing, Die Erbansprüche des

und seinen Schützlingen einen Stillstand aufgenommen hatte, was ihn freilich an Gewaltthat gegen Danziger Kauffahrer nicht hinderte,[1] schien ihm so aus der Parteiung im Reiche Gefahr für die neue Erwerbung zu erwachsen. Aber auch bei Kurfürst Friedrich II. trat, während der Kaiser sich von Anfange an versagte, die Begehrlichkeit rasch zurück vor der äußeren Not. Der harte Konflikt mit den Wittelsbachern, die Gefahr, in welche 1462 sein Lausitzer Besitz durch den König von Böhmen geriet, zwang den Kurfürsten, dem verwandten Dänenkönige gegenüber den Kurs völlig zu ändern. Den „siebenzehn Fürsten", die sich oben im Reiche zum Kampfe gegen das Haus Hohenzollern vereinigt hatten, stellte Friedrich einen großen Bund norddeutscher Fürsten entgegen. Mittelpunkt war eben König Christian, der auf dem von ihm berufenen Tage zu Wilsnack am 28. März 1462 dem Kurfürsten, aber gegen Aufgebung jeglichen Anspruches auf das Land Holstein, „fast großer Hilfe" zusagte.[2] Alsbald erging Christians Fehdeansage an Herzog Ludwig von Bayern[3] und seine Abmahnung an König Georg von Böhmen und dessen Feldhauptmann in den Lausitzen, den Oberstburggrafen Zdenko von Sternberg.[4] Auch Herzog Otto von Pommern-Stettin, drei Herzoge von Braunschweig, alle von Mecklenburg sandten ihre Absage nach Landshut.

Gegen den zum Reichsfrieden erklärten Wittelsbacher und seine Helfer etwa wirklich die Waffen zu ergreifen, waren sie deswegen insgesamt noch weit entfernt. Der Süden des Reiches lag ebensosehr außerhalb der Aktionssphäre der Nordlandfürsten wie umgekehrt. Die neuen Bemühungen des Kaisers, im Hochsommer 1462 den König von Dänemark, die Fürsten und Städte Norddeutschlands doch noch zur Bekämpfung seiner Gegner auf die Beine zu bringen, hatten daher keinen besseren Erfolg.[5] Auch bei den anderen Anlässen, die der Dänenkönig wahrnahm, seine Anteilnahme und machtvolle Intervention in der Sache des Reiches in großen Worten anzukündigen, folgte nie die That. Ebensowenig hat er in der pommer'schen Streitsache die dem Kurfürsten von

königlich-preußischen Hauses an die Herzogtümer Schleswig-Holstein. Lemgo und Detmold 1846, und dazu G. Waitz in den „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik" II. 841—869.

[1] Detmar, II. 241—242.

[2] Über den Tag vgl. Archiv für österr. Gesch. LXIV. 288. Vgl. noch Reg. dipl. hist. Daen. II. 1, 782.

[3] Font. rer. Austriac. II. Abteil. XLIV. 369, Nr. 273. Brief v. 28. März.

[4] Sitzungsber. der phil.-histor. Klasse der Wien. Akad. d. W., V. (Wien 1850) 681. Vgl. auch Reichsgeschichte I. 189 und Anm. 5.

[5] Vgl. das Schreiben des Kaisers vom 18. Juli 1461 an Markgraf Albrecht von Brandenburg in Font. rer. Austriac. XLIV. 429—430, Nr. 339.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Brandenburg verheißene Förderung je gewährt.[1] Die üble Finanzlage Christians, die häßlichen Händel mit seinem unruhigen Bruder Graf Gerhard von Oldenburg[2] und später im Zusammenhange damit auch mit den Ständen der Länder Schleswig-Holstein, die am 2. Mai 1469 einen offenen Bund gegen jedermann schlossen, welcher sie vergewaltigen wollte, endlich die Kämpfe um Schweden, das am 10. Oktober 1471 durch die Schlacht am Brunkeberge im Angesichte von Stockholm für Christian gänzlich verloren ging, nachdem König Karl Knutson schon 1464 und dann nochmals 1467 nach Schweden zurückgekehrt war, um sich das zweite Mal bis zu seinem Tode (1470) zu behaupten: All dies wehrte König Christian die Verfolgung selbstsüchtiger Pläne und damit jede Einmischung auf dem Boden, der dazu vor allem geeignet erschien, in die Angelegenheiten des deutschen Reiches. Andererseits sah auch wieder der Kaiser gleichmütig zu, wie am 20. Mai 1467 der Landrat von Schleswig-Holstein zu Kolding mit dem dänischen Reichsrate eine Union abschloß, in der neben Bestimmungen über einen ewigen Frieden zwischen dem Königreiche und den vereinigten Elblanden zugleich auch der Fall des Ablebens des regierenden Königs in Betracht gezogen und Fürsorge betreffs der Wahl eines Nachfolgers getroffen war. König Christian lieh den Beschlüssen seine Zustimmung.[3] Es war um die Zeit, als Kaiser Friedrich auf seine zweite Reise nach Rom sann. Was ihn bald darauf hinderte, sie zu vollführen, die vielfachen näheren Sorgen, die in den nachfolgenden Jahren auf das Reichsoberhaupt einstürmten, ließen ihn jahrelang Holstein und Dänemark fast aus den Augen verlieren. Erst als König Christian am 2. Juli 1472 seinen Frieden mit dem schwedischen Reichsvorsteher Sten Sture, Neffen König Karl Knutsons, geschlossen und durch List und Gewalt sich auch wieder des Regimentes in den fast verlorenen Elblanden bemächtigt hatte, da nützte er die so erlangte freiere Stellung[4] zur Anknüpfung vielfacher auswärtiger Beziehungen, namentlich auch mit Kaiser Friedrich, und ging er an die Ausführung wohl längst gehegter, nun aber endlich, wie er meinte, möglich

[1] F. Rachfahl, Der Stettiner Erbfolgestreit (1464—1472). Ein Beitrag zur brandenburgisch-pommer'schen Geschichte des 15. Jahrh. (Breslau 1890), 77. Rachfahl hat auch richtig erkannt, daß das Schriftstück bei Riedel, Cod. dipl. III. 3, 92 ff. an den „dänischen", nicht an den „römischen" König gerichtet ist.

[2] Vgl. dazu außer den betreffenden Partieen von Dahlmann, und G. Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte noch G. Waitz, König Christian I. und sein Bruder Gerhard. Nordalbinger Studien V. 57—102.

[3] Registrum König Christians I. 76—79. Dahlmann, II. 220—221.

[4] Dahlmann, Geschichte Dänemarks III. 226 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gewordener Entwürfe. Sie gingen gegen Schweden, dann aber auch gegen das Land der Dithmarschen und die Freiheit des Städtetumes des Nordens, wodurch das Reich nicht wenig in Mitleidenschaft zu kommen drohte. Schien ja doch der Kaiser, eben damals gedrängt, gegen die ihm und seinen Erblanden vom Osten her drohenden Gefahren, neue Stützen und Verbindungen im Westen zu suchen, nichts weniger als abgeneigt, sich den Plänen des Nordlandfürsten zu versagen. Auch ward ihnen namentlich seitens der fürstlichen Nobilität in den unteren Landen weit und breit ungeteilter Beifall gespendet. Davon wird an seinem Orte zu reden sein.

Damals war endlich auch eine andere Streitfrage im wesentlichen aus der Welt geschafft, die lange Jahre die Gemüter erregt und vorübergehend einen tiefgehenden Einfluß auf den Gang der Reichs- und Kaiserpolitik ausgeübt hatte, der Streit um Pommern-Stettin.[1] In gewisser Hinsicht galt aber gleich zu Beginn des Streites das Umgekehrte. Weil Kaiser Friedrich seit 1455/56 und noch mehr seit den schweren Kriegshändeln der Jahre 1460—1462 in der von Albrecht Achilles von Brandenburg geleiteten Fürstenkoalition seinen Rückhalt gesucht und gefunden, wobei aber die Territorialität ihre eigene Rechnung führte, weil die Hohenzollern den Kaiser sich hoch verpflichtet glaubten, hatte Kurfürst Friedrich II., Albrechts Bruder, keinen Moment gezögert, bei dem Ableben des kinderlosen Otto III. von Pommern-Stettin die alten so lange umstrittenen Ansprüche der Kurmark auf die Lehenshoheit und das Heimfallsrecht an Pommern von neuem anzumelden. Er hatte alles gethan, in dem verwaisten Fürstentum als Ottos Nachfolger und Landesherr anerkannt zu werden. Und schien dabei nicht auch sonst ein günstiger Erfolg gesichert?[2]

Gewiß sprachen die Gründe, welche beide Parteien erbrachten, in der Sache so wenig deutlich wie die historische Entwickelung diesem oder jenem Bewerber allein zu gute kam. Es war eine Entscheidung durch das

[1] Vgl. Reichsgeschichte I. 538—539, wo auch bereits einiges aus der Litteratur verzeichnet steht.

[2] Über den Streit haben wir jetzt die erwähnte eingehende Darstellung von F. Rachfahl und die ziemlich gleichzeitig erschienene Dissertation von P. Gäthgens, Die Beziehungen zwischen Brandenburg und Pommern unter Kurfürst Friedrich II. (1437) 1440—1470, Giessen 1890, mit wesentlich gleicher Auffassung der Rechtsfrage. Vgl. sonst über beide Arbeiten Jahrb. d. Gesch.-Wissensch. 1890, II. 58 (Berlin 1892). Für die alte Unabhängigkeit Pommerns von Brandenburg tritt ein Hasselbach, Baltische Studien XVI. 1, 178 ff. („Die angebliche Urkunde Herzog Barnims V. v. 1250", Cod. dipl. Pomer. I. 916.)

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reichsoberhaupt unvermeidlich. Auch brauchte hier der Kurfürst anscheinend die Bemühungen der Mitansprecher, der Herzoge von Pommern-Bardt, um so weniger zu fürchten, als sie gegen die allgemeine Übung es bisher versäumt hatten, auch nur ihre eigenen Lande von Kaiser und Reich zu lehen zu nehmen. Hatte doch deshalb der Kaiser schon 1446 geradezu erklärt, daß die Herzöge, weil sie ihre Lehen niemals empfangen hätten, sie deshalb auch faktisch nicht besäßen. Andererseits war noch 1459 verfügt, daß alle Freiheiten und Gnaden, welche die pommer'schen Herzöge je von den deutschen Kaisern und Königen erlangt, den Markgrafen von Brandenburg nicht abträglich sein sollten.[1]

Sowie Markgraf Albrecht einst in den Tagen der Gefahr das Zusammengehen der hohenzoller'schen Partei mit dem Kaiser vermittelt hatte, so war er jetzt der natürliche Anwalt seines Bruders am Kaiserhofe. Sein alter Kanzler, der Domdechant Hertnid vom Stein zu Bamberg übernahm (Oktober 1464) die wichtige Mission, und was sich Albrecht an Verbindungen in der Umgebung des Kaisers in langen Jahren geschaffen hatte, auch die Gunst der Kaiserin Leonore, wurde angerufen, um der Werbung des Kurfürsten den Erfolg zu sichern.[2] Auch der gewöhnlichen Geschenke an die kaiserlichen Räte ward nicht vergessen, weitere Gabe in Aussicht gestellt. Stein stellte die Forderung, der Kaiser solle des Kurfürsten Gerechtigkeit auf Pommern anerkennen, ihn darüber mit Lehenbriefen „zu einer Erfrischung der Sachen vom neuen versorgen", insbesondere aber Friedrich in jeder Weise zum Besitze des Landes Stettin verhelfen.

Der Kaiser war nach allem willig. Nur verlangte es, abgesehen von seiner Abneigung gegen rasche Entscheidung, schon die äußere Billigkeit, daß man auch die Gegenpartei vernahm, über welche ja zugleich der Brandenburger Beschwerde führte.[3] Auch stand vom Anfange an der kaiserliche Entschluß fest, so bedeutsame Gewährung möglichst ausgiebig zu nützen zu gunsten der eigenen stets bedürftigen Tasche. Was eben die Hohenzollern Dankespflicht nannten aus vergangener Zeit her, und Markgraf Albrecht dem Kaiser bei jeder Gelegenheit vorzurücken pflegte,

[1] Gäthgens l. c. 62.

[2] Von den bei Rachfahl 98—99 und Gäthgens 74—76 genannten Archivalien habe ich nun einiges im Auszuge mitgeteilt in Fontes. rer. Austriac. XLVI. 30—32 Nr. 20—22; noch anderes bietet das Berliner geh. Hausarchiv, Reg. 78, 13 (Copiarium ex annis 1236—1592).

[3] Der Kaiser sollte sie mahnen, von ihrem Vorhaben abzustehen und dem Kurfürsten Ladung geben gegen alle, die ihn in seiner Gerechtigkeit irren würden. Font. rer. Austriac. l. c. 31, Nr. 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ließ Friedrich nicht gelten. Er wußte, daß sie 1461 in der Verbindung mit der Obergewalt des Reiches ebensosehr ihre eigene Rechnung gesucht, als er die seine. Seine momentan günstige Lage aber konnte ihn nur ermuntern,[1] aus dem Stettiner Fall für sich ansehnlichen Vorteil zu suchen. Auch darin sah er sich als Herrn der Situation, daß in dem Fürstentume selbst sowie bei den Nachbarn[2] der Glaube an das Nachfolgerecht der Wolgastischen Herren fester stand, als an die märkischen Ansprüche. Danach ergingen an die markgräflichen Unterhändler entsprechende Mitteilungen.

Es handelte sich aber nicht um Geld allein. Infolge des Zerwürfnisses des Böhmenkönigs mit der römischen Kurie und mit seinen mächtigsten Baronen waren nur zu sehr Bewegung und Umsturz im Königreiche möglich. Sollte der Kaiser, so ließ man die Gesandten wissen, dem Kurfürsten in der Erbschaftssache „etwas Gutes thun", so möge auch er sich durch eifrige Bemühung im kaiserlichen Interesse, insbesondere sofern es sich um Böhmen handele, erkenntlich zeigen.

Der Kurfürst war willig, so wenig ihm die Gegenforderung gefiel. Ihn lockte der reiche Gewinn; er scheute den Spott der vielen Gegner seines Hauses, der nicht ausblieb, falls die Sache, die nun einmal angefaßt war, scheiterte; er schätzte die kaiserliche Entscheidung hoch genug, um zu erwarten, daß ihm auf sie hin das Land ohne Schwertstreich zufallen werde. Es gelang der geschickten Hand Hertnids vom Stein, dem der nicht minder erfahrene ständige Vertreter Markgraf Albrechts in Wiener-Neustadt, der Ansbacher Chorherr Wenzel Remann, zur Seite stand, nach vielwöchentlichen Verhandlungen eine Vereinbarung zu erzielen. Am 31. März 1465 erließ Kaiser Friedrich einen Brief, mit dem er kraft seiner Obergewalt dem Kurfürsten Friedrich II. von Brandenburg und seinem Bruder Markgraf Albrecht das von Herzog Otto von Stettin hinterlassene Land verlieh: nicht nur die Herzöge von Wolgast und Bardt, sondern auch die mächtigsten Fürsten und Städte in Norddeutschland, dann die Könige von Polen und Dänemark wurden von dieser Verfügung in Kenntnis gesetzt, jene mit der Strafgewalt des Reiches bedroht, falls sie sich nicht fügen würden, diese aufgemahnt, den

[1] Reichsgeschichte I. 536, 697 ff. Es sei nur allgemein bemerkt, daß, wenn ich hier und anderswo von Rachfahl und Gäthgens wesentlich abweiche, dies aus guten Gründen geschieht.

[2] Bezüglich Mecklenburgs s. Gäthgens 71—72. Schließlich hat Kurfürst Friedrich freilich alle Kurfürsten (Gäthgens 73—74, Rachfahl 123) und auch den König von Dänemark (Rachfahl 125—126) zu einer formellen Stellungnahme gegen die Herzöge gebracht.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Markgrafen gegebenenfalls bei der Geltendmachung ihrer Rechte Beistand zu leisten. Als Gegenleistung der Begnadeten war die Zahlung von 37000 Gulden vereinbart, von denen 21000 Gulden sofort und 16000 Gulden in späterer Frist zu zahlen waren; einstweilen bekam der Kurfürst nur eine Abschrift des Lehenbriefes; das Original sollte bis zur Ableistung der ganzen Vertragssumme in Nürnberg hinterlegt bleiben und ausgefolgt werden, sobald der Kaiser gänzlich befriedigt wäre.

Es ist unentschieden, was die Brandenburger neuerdings an der Sache mehr verdroß, ob die Höhe der Summe oder die Erkenntnis, daß der Kaiser ihre früheren Verdienste doch soviel anders schätzte als sie selbst. Aber Kurfürst Friedrich rechnete darauf, daß sein Bruder eben durch den Hinweis darauf wohl nachträglich eine Ermäßigung der Zahlung erreichen werde.[1] Er gedachte zu versuchen, ob man nicht mit der Kopie des kaiserlichen Briefes zum Ziele komme. So gab er sich einstweilen zufrieden.

Aber die Rechnung trog nach allen Seiten. So sehr auch Friedrich bei der nachfolgenden Zusammenkunft mit den Stettiner Ständen auf die Zustimmung und den Lehenbrief des Kaisers pochen mochte: als die Stände das Original zu sehen begehrten, mußte er sich mit Ausreden behelfen. Er hatte es eben nicht. Eben deshalb blieb sein Wunsch, daß die Stände nicht bloß ihm, wozu sie erbötig waren, sondern auch seinem Bruder Albrecht huldigen sollten, unerfüllt. Es wäre vielleicht klug gewesen, alles anzunehmen, wozu die Landschaft bereit war. Aber barg sich hinter jener Ablehnung nicht die deutliche Absicht, nach seinem, des Söhnelosen, Tode sich dem Kurhause wieder zu entziehen? In eben jenen Tagen war Friedrich der einzige Erbe weggestorben. Auch wäre es vielleicht konsequent gewesen, was ohne den Originalbrief nicht gelungen war, nun mit demselben zu erstreben, also in kürzester Frist die Original-Urkunde zu beschaffen. Aber dazu war die Zahlung der bedungenen Summe notwendig, und das wollte der Kurfürst nicht. Mochte sein Bruder Markgraf Albrecht, dessen Mittel bedeutender und geschonter waren, dem ja doch als Friedrichs einstigem Erben schließlich der ganze Handel zu gute kam, sei es durch seine Verwendung, sei es mit klingender Münze, den Brief zur Stelle schaffen![2]

Albrecht war nur zu ersterem bereit, aber wieder ohne irgend welchen Erfolg, obwohl nicht bloß die Kaiserin, sondern auch der eben bei Hofe weilende Herzog Albrecht von Sachsen, des Kaisers Neffe und Albrechts

[1] Rachfahl 130—131. [2] Rachfahl 133.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schwager, dann mehrere der kaiserlichen Räte, die man mit Geld und Versprechungen gewonnen, sich ernstlich in seinem Sinne bemühten.

Kostbare Zeit ging so verloren, welche von den Gegnern wohl angewendet wurde, nicht bloß von den Herzögen von Wolgast, sondern nun auch von der erst anscheinend gut märkisch gesinnten Stadt Stettin, welche den Augenblick günstig fand, aus der landständischen Abhängigkeit zur Stellung einer freien Stadt des Reiches emporzustreben. Auch besaßen die Herzöge in Dr. Matthias von Wedel am Hofe einen ebenso eifrigen wie gewandten Vertreter ihrer Sache.

Viel schlimmere Folgen hatte aber, was nun die brandenburgischen Räte, natürlich auf Geheiß ihres Herrn, versuchten. Der Kurfürst, so erklärten sie, erachte sich zur Zahlung des Geldes an den Kaiser nur dann verpflichtet, wenn er die Lande des verstorbenen Herzoges Otto auch wirklich in Besitz genommen habe. — Davon war früher keine Rede gewesen; der Kaiser hätte auch wohl eine solche Garantie rundweg abgelehnt. Umso begreiflicher, daß ihm jetzt diese Auslegung in hohem Grade zuwider war. Zum Überflusse erfuhr man in Wiener-Neustadt auch, daß der Kurfürst, wie berührt, sich bei den Verhandlungen mit den Ständen auf die kaiserliche Urkunde berufen habe, die er besitze, aber nicht zeigen wolle, „das man sich der Ding gerühmt, die von seinen Gnaden (dem Kaiser) noch nicht ausgegangen". War das nicht ein Beweis, daß der Kurfürst dem Kaiser „umbfüren", sich seiner Zustimmung bedienen wolle, um dann die Urkunde in Nürnberg liegen zu lassen und nichts zu zahlen? Der Kaiser sowie der Kanzler Bischof Ulrich von Passau hegten thatsächlich solchen Verdacht.

Unter solchen Umständen mißbilligten auch selbst die brandenburgischen Botschafter den weiteren Versuch des Kurfürsten, durch direkte Verhandlung mit den Wolgaster Herren zum Ziele zu kommen. Mußte nicht solche Nachricht bei dem Kaiser die Sorge vermehren, denn doch noch bei dem Handel um das Geld zu kommen, das er so sehr liebte?

Aber mochte auch der Kaiser sich beschweren, der Kurfürst wolle sich „hinter ihm richten lassen und ihn verachten", mochte auch der pommer'sche Sachwalter mit noch so viel Geschick und Nachdruck die Nichtigkeit der märkischen Ansprüche und das lautere Recht seiner Herren darthun: noch war die Aufmerksamkeit, die man seinen Erläuterungen schenkte, nicht ernst gemeint. Und so deutlich zu erkennen war, daß die Herzöge von Pommern ihrerseits für die kaiserliche Unterstützung nach Kräften Opfer bringen würden: der Kaiser hielt an der Abmachung mit den Branden-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

burgern fest. Wedel erfuhr nur das Nötigste; er blieb trotz der Siegeszuversicht, die seine Berichte atmen, für den Kaiser nur Mittel zum Zwecke. Noch im August 1465 schrieb Wenzel Remann nach Ansbach, man möge nur das Geld schicken, und die Sache würde in Ordnung sein;[1] schon sei aber der Kaiser nicht dahinzubringen, weiter etwas in der Sache dem Kurfürsten zu Gefallen zu thun, vor allem die in gewisser Form verlangte Citation der Herzöge auszustellen.[2] Das Geld kam trotzdem nicht. Beide Hohenzollern, über des Kaisers Zähigkeit und Undank, wie sie es nannten, erbittert, waren der Meinung, es sei besser, das Geld für den Krieg zu sparen, den man ja doch werde führen müssen, als es dem Kaiser und seinem Kanzler zu geben.

Das hatte seine weiteren Folgen. Die Ladebriefe, die der Kaiser über die Klage des Kurfürsten von Brandenburg endlich am 11. September gegen die Herzöge ausgehen ließ, hielten sich in ganz unverfänglicher Form. Und zudem wurde eben jetzt auch den Wolgastern ein Citatorium gegen Kurfürst Friedrich, lautend auf die Zahlung von 3000 Pfund lötigen Goldes wegen Verletzung ihrer Privilegien, ausgestellt. Der Kurfürst mochte sehen, ob er schneller und mit geringeren Opfern zum Ziele komme, wenn der Kaiser seinerseits über die mit ihm getroffene Vereinbarung zur Tagesordnung überging und die Erbschaftssache als „unparteiischer Richter" vor sein Forum zog. Daß der Kaiser dies nach dem Stande der Rechtsfrage durchaus könne, gestanden auch die markgräflichen Gesandten zu. Sie machten den Kurfürsten darauf aufmerksam; auch zeuge der Brief Kaiser Sigismunds durchaus nicht so klar für seine Ansprüche; es wäre daher ein neuer Lehenbrief von großem Nutzen. Auch konnte niemand behaupten, daß der Kaiser jetzt etwa plötzlich seine Ansicht geändert habe und sich zu seinem früheren Beginnen im Widerspruche befinde. Fand sich ja doch schon in dem Briefe vom 21. März der Satz: „doch uns und dem heiligen Reich an unser Oberkeit und Gewaltsam in allwege unvorgreiflich". Man mochte am Hofe sagen, man habe sich des Besseren belehren lassen und gehe eben dem nach.

Aber wohl mehr noch als derlei Gründe und Erwägungen machte auf Kurfürst Friedrich die Wahrnehmung Eindruck, daß die Liebe zur brandenburgischen Herrschaft in den verwaisten Landen nichts weniger als im Wachsen begriffen sei. So entschloß er sich denn nochmals ein-

[1] Brief vom 26. August 1465. Geh. Hausarchiv in Berlin, l. c., jetzt gedruckt bei Gäthgens, Beilage 8, S. 143—144.

[2] Gäthgens, der sich sonst erfreulicher Objektivität befleißigt, sieht in solchem Vorgehen des Kaisers „ein doppeltes Spiel" (S. 91).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zulenken und erging an die Räte die Weisung, wenn es einmal sein müsse, Opfer zu bringen.

Leider geschah es wieder nicht ohne Hintergedanken. Während die Gesandten mit den Deputierten des Kaisers wochenlang um die Höhe der Summe rangen, ohne daß man sich zu einigen vermochte — aber der Kaiser ward damit doch abgehalten, sich etwa denen von Wolgast weiter zu nähern: suchte Kurfürst Friedrich neuerdings in Separatverhandlungen mit den Herzögen die Sache in Ordnung zu bringen. Es beirrte den Kurfürsten nicht, daß der Kaiser ihm deswegen aufs neue zürnen werde. Und bedeutete die Verhandlung denn nicht auch eine Mahnung für den kaiserlichen Hof, die Zügel nicht allzu straff anzuspannen, da man mit einem privaten Abkommen zwischen den Parteien alle Aussicht verlor, aus dem Handel Nutzen zu ziehen?

Wirklich kam es am 21. Januar 1466 zum Vertrage von Soldin: Die Herzöge sollten die streitigen Lande behalten, sie aber von Markgraf Friedrich und seinen kurfürstlichen Erben zu Lehen nehmen und ihnen durch die Landstände sofort als Lehensherren huldigen lassen. Die Markgrafen führen fortan die Titel und Wappen der Länder Stettin, Pommern, Cassuben und Wenden; um die Verständigung zu sichern, wird sich ein Sohn Herzog Erichs II. mit einer Tochter Markgraf Albrechts verloben.

Welchen Eindruck die Kunde vom Abschlusse des Vertrages auf den Kaiser und am Hofe machte, läßt sich ermessen. Aber der Kurfürst gewann bald wenig Grund, sich zu freuen, daß er die unedlen Finanzkünste des Kaisers durch seine List vereitelt hatte. Die Soldiner Abmachung wurde nicht ausgeführt. Nicht bloß der Kaiser erhob dagegen in begreiflicher Entrüstung Einsprache, sondern mit noch mehr Nachdruck die Stände der Landschaften selbst. Die Gründe dafür liegen zum Teile keineswegs klar. Gewiß ist nur, daß das Selbständigkeitsgefühl der Pommern gegen jede Art von Abhängigkeit von der Mark sich im entscheidenden Momente so mächtig regte, daß auch bisher treue Anhänger des Kurfürsten vor der Macht dieser Strömung nicht standhielten.[1]

In der Weigerung der Landschaft, zu huldigen, ersahen die Herzöge von Wolgast rasch das Mittel, sich der Erfüllung von Verbindlichkeiten zu entziehen, die sie doch nur im Drange der Notwendigkeit auf sich genommen hatten. Nur hielten sie wenigstens eine Zeitlang den Schein der Vertragstreue fest und mahnten auch die Ihren, dem Abkommen

[1] Rachfahl 167—168.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nachzugehen. Aber gegen sie nach dem Willen des Kurfürsten Zwangsmaßregeln zu gebrauchen, dazu waren sie durchaus nicht zu bewegen. Und als Kurfürst Friedrich endlich die Geduld ausging, und er den Versuch machte, sie durch Einmischung in ihre Händel zu zwingen, da erhoben sie laute Klagen darüber, daß der Kurfürst den Soldiner Vertrag verletzt habe. Gegen den Zorn des Kurfürsten deckte sie vor allem der Kaiser. Wohl zögerte er in seiner Weise auch jetzt noch lange, und auch Rücksichten anderer Art bestimmten ihn, den Kurfürsten soviel als möglich zu schonen.[1] Aber da dieser nichts that, so gelang es bei dem Stande der Sachlage und der schweren Entrüstung, welche der ganze wenig saubere Handel auf beiden Seiten erzeugt hatte, schließlich dem nach Wiener-Neustadt gefertigten Wolgaster Sachwalter Barnekow am 14. Okt. 1466 die Kassation des Soldiner Vertrages durch das Reichsoberhaupt durchzusetzen.

Eine Abmachung über die Lande, so erklärte der Kaiser in dem Briefe, habe ohne seine Mitwirkung und Zustimmung nicht bloß keine Geltung, da, wie er erfahren habe, sie von ihm und dem Reiche unmittelbar zu Lehen rühren, sondern sei geradezu ein Abbruch an seiner Obrigkeit und Gerechtigkeit. Der Kaiser gebot daher den pommer'schen Herzögen bei einer Strafe von 1000 Pfund lötigen Goldes, sich ohne sein und des Reiches Zuthun in keinerlei Vertrag betreffs jener Lande einzulassen. Um die Aufhebung der Folgen ihres bisherigen Ungehorsams zu bewirken, und vor allem die Belehnung mit den pommer'schen Landen ordnungsmäßig nachzusuchen, wurde ihnen eine sechsmonatliche Frist gewährt,[2] dagegen alles und jedes, was etwa bereits in der Erbschaftssache verfügt wäre, für aufgehoben erklärt.

Für den Fall aber, daß der Kurfürst von Brandenburg, über die Vereitelung seiner Hoffnungen erbittert, mit dem Schwerte in der Hand zufahren würde, hatten die Wolgaster Herren, wie sich erkennen ließ, noch einen weiteren Schützer zur Hand, den Polenkönig. Vor kurzem hatten sie die alte Verbindung mit dem polnischen Königshause „in Erwägung der Identität ihres Fleisches und der Verwandtschaft des Blutes" erneuert. Schon lag der Kurfürst mit unbotmäßigen Gesellen,

[1] Noch am 19. Juli 1466 sandte der Kaiser seinen Feldhauptmann Ulrich von Grafeneck in Sachen des Türkenkrieges zu dem Kurfürsten. Jetzt gedruckt Font. rer. Austriac. XLVI. 37—38, Nr. 27. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 251, Nr. 387.

[2] Riedel, Cod. dipl. Brandenb. II. 5, 101. Vgl. auch Fontes. rer. Austr. XLVI. 43, Nr. 32.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die, an der Grenze gesessen und in der Mark wie in Polen begütert, die Ordnung hüben wie drüben gefährdeten, und mit Söldnerscharen, die angeblich in polnischer Bestallung standen, im Kampfe. Es ging die Rede, der Pole, nun anerkannter Sieger im preußischen Kriege, trage sich mit Absichten auf die Wiedereinlösung der Neumark! Noch weit mehr mußte so der Kurfürst auf der Hut sein, als das pommer'sche Haus.

Wirklich nahmen auf dem Tage zu Königsberg, am 5. April 1467, die Herren Anlaß, sich direkt gegen den Soldiner Vertrag zu erklären: Es geschah freilich in versöhnlicher Form. Ihre Boten versprachen, noch auf weiteren Tagen mit den märkischen Räten versuchen zu wollen, wie man die Sache in „anderer Weise" in Ordnung bringe.[1]

Und nun erfolgte auch, was der Kurfürst in seinem ohnmächtigen Grimme[2] nicht zu wehren vermochte: Die verhaßten Gegner nahmen ungehindert im ganzen strittigen Lande, auch das wichtige Stettin nicht ausgenommen, die Huldigung entgegen und mit geradezu demonstrativem Jubel wurden sie als Erbherren aufgenommen. Sein lebenlang hat sich Friedrich, ohnehin kränklich und verbittert, zu dem Reichsoberhaupte nicht mehr freundlich gestellt. Und die Leidenschaft des Kurfürsten riß schließlich auch Markgraf Albrecht fort.

Albrecht hatte, wenn er auch in den Kämpfen und Sorgen der Jahre nervöser, beinahe, so sehr seine ganze Naturanlage dem widerstritt, zum politischen Schwarzseher geworden, vor dem Bruder die bessere Kenntnis von des Kaisers Gesinnung und Art voraus. Er stand den Vorgängen und Aufregungen des Handels ferner. So hatte er immer wieder auch ein Wort der Entschuldigung der scharfen Verurteilung hinzugefügt und noch am 31. Oktober 1465 Friedrich geschrieben, des Kaisers freundschaftliche Gesinnung für das Haus Brandenburg sei so unzweifelhaft, wie seine Geldliebe und sein fester Vorsatz, aus dem Stettiner Handel Geld herauszuschlagen. „Sonst möcht er uns allen das Himmelreich zuwenden, das ließ er geschehen, ohne seinen Schaden", schrieb er, „drum glauben wir nichts anders, er hält, so härtest er vermag (daran fest), ob ihm Geld mocht werden von Eurer Liebe; daß er aber wider Euch thut, das glauben wir keinem Menschen, wir sehen es dann."

Aber diese Überzeugung hielt nicht stand. Nicht lange darauf, und auch Albrecht erhob gegen des Kaisers Haltung in der pommer'schen Sache die schwersten Klagen. Von einer Geldzahlung wollte er jetzt so wenig wissen, als er irgend eine Rücksichtnahme Friedrichs auf das

[1] Rachfahl 190 ff.

[2] Man vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 431—433.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Haus Brandenburg gelten ließ. „Denn", schreibt er hinterher an seinen Bruder in die Mark, „der Kaiser nähme das Geld und ließe uns alle untergehen und möchte die Sachen eher vertiefen als besser machen".[1] Aus jener Zeit, scheint es, datierte die Freundschaft des Markgrafen mit Gregor Heimburg, der Haß und Geringschätzung gegen den Kaiser aussäte, wo immer es ihm gelang.[2] Damals erwuchs der innige Anschluß Albrechts an König Georg von Böhmen, den er seit langem gesucht und nun durch die Verlobung seiner Tochter Ursula mit des Königs jüngerem Sohne, dem Herzoge Heinrich von Münsterberg, so innig und dauerhaft als möglich zu gestalten suchte.[3] Daran hinderte ihn nicht der zornige Widerspruch des heiligen Vaters,[4] auch nicht, daß er Böhmen immer entschiedener auch in die Gegnerschaft zum Reichsoberhaupte einlenken sah.

Freundschaft mit Papst und Kaiser war so lange die Grundlage der hohenzoller'schen Politik gewesen. Wie stand es nun zu Beginn 1467? Und wenn der Kaiser jetzt in die Lage kam, gegen aufrührerische Österreicher und die Bedrohung von Böhmen her Hilfe im Reiche zu suchen, konnte er hoffen, daß sich wieder, wie so oft in dem letzten Jahrzehnte, die Hohenzollern und ihre Freunde und Bündner machtvoll erheben und als die kaiserliche und Reichspartei an seine Seite treten würden? Friedrich war klug genug, ein solches nach der Sachlage, welche der Streit um Pommern geschaffen, nicht zu erwarten.

In der pommer'schen Sache ging der märkische Kurfürst zunächst seinen eigenen Weg. Er traf Vorbereitungen zur militärischen Besetzung der Stettinischen Gebiete, er zog die Herzöge von Mecklenburg vollständig auf seine Seite, er verfügte eine strenge Handelssperre seiner Gebiete gegen die pommer'sche Seite und bewog auch die Herzöge von Sachsen, sich derselben anzuschließen. Freilich erfuhr er sofort auch die Gegenwirkung. Lübeck und die ganze Hansa trat mit Entschiedenheit gegen die handelspolitischen Maßnahmen der binnenländischen Fürsten und für Stettin auf den Plan.

[1] Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 428. Gäthgens 115. Man vgl. dazu noch den Brief v. 25. März 1467 bei Höfler, Arch. für Kunde österr. Gesch.-Quellen VII. 41.

[2] Vgl. Höfler im Arch. f. österr. Gesch.-Quellen VII. 47. Brief Heimburgs an Markgraf Albrecht vom 21. Juni 1467, der überdies erkennen läßt, daß auch in der pommer'schen Sache Heimburgs Rat nicht versäumt wurde.

[3] Auch Kurfürst Friedrich hatte daran Anteil. Vgl. Reichsgeschichte I. 589 und Anmerk. 2.

[4] Minutoli, Kais. Buch II. Abt. 345—346. Droysen, Geschichte d. preuß. Politik II. 1, 230, 232.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Und wenn der Kurfürst sich schließlich doch wieder an das Reichsoberhaupt wendete, bittend und klagend zugleich, wenn er hinwies auf die Stellung, welche den Hohenzollern in der Mark zufalle rücksichtlich der Integrität und des Einflusses Deutschlands in Nordosteuropa, wenn er daraus folgerte, daß sich sein Haus demnach wohl mit Recht aller Förderung von Kaiser und Reich versehen dürfe, nicht aber, daß man gegen seine wohlerworbenen Ansprüche auftrete:[1] So war dies eher eine Art Memorandum über die Sache und ein Protest gegen die Wendung, welche sie unter der nachteiligen Einwirkung der Reichsregierung genommen, als etwa ein neuer Versuch, nun doch mit dem Kaiser ins reine zu kommen. Solche Betrachtungen, thatsächlich leider nur zu berechtigt, haben eben im 15. Jahrhunderte Kaiser und Fürsten öfter angestellt. Aber man kam auf das öffentliche Wohl nur dann zurück, wenn sich das eigene Interesse damit deckte; sonst gab es dafür nur taube Ohren. Und konnte der Kaiser nicht dem Kurfürsten erwidern, daß der innige Anschluß der Markgrafen von Brandenburg an Böhmen, die enge Familien- und politische Vereinigung, welche sich vor allem seit vergangenem Februar zwischen Prag und Ansbach bemerken ließ und auch auf die benachbarten Fürstenhäuser zurückwirkte, seine eigene Stellung, die Sicherheit seiner Erblande und das Interesse des Reiches in hohem Grade gefährde? Kam nicht Österreich dieselbe Aufgabe im Südosten des Reiches zu, wie der Mark im Nordost, und war der türkische Nachbar nicht noch ungleich gefährlicher, als der Pole?

Die Erklärungen des Kurfürsten machten denn auch auf den Kaiser keinen Eindruck. Nur in der besonderen Frage gab er kühle knappe Antwort: Nach seiner Überzeugung rührten die Stettiner Lande allein vom Reiche zu Lehen und seine Pflicht gebiete ihm, daß dieses Verhältnis keine Änderung erfahre; inwieweit aber der Kurfürst, inwieweit andere darauf Ansprüche besäßen, solle nach Gebühr geprüft werden, und gern wolle der Kaiser sich ihm als ein gnädiger Herr zeigen.[2]

Doch damals stand oben im Reiche bereits anderes, weit größeres in Frage, als der Streit um ein Stück pommer'schen Landes bedeutete. Als sich Kurfürst Friedrich erhob, zum Reichstage von Nürnberg zu reiten und mit seinem Bruder Albrecht gemeinsam das beste zu thun für

[1] Brief v. 5. Juni 1467. Raumer, Cod. dipl. Brandenb. contin. I. 295, Nr. 160.

[2] Brief vom 2. Juli 1467 bei Raumer, Cod. contin. I. (274 und) 296, Nr. 161. Vgl. auch Chmel, Regesten zur Gesch. Kaiser Friedrichs IV. II. 516, Nr. 5083 und Font. rer. Austriac. XLVI. 51, Nr. 44.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

das Interesse des eigenen Hauses, da lernte er rasch, zwar nicht den Groll gegen den Kaiser vergessen, so doch mit Albrecht den neuen Verhältnissen klug Rechnung tragen. Auch uns haben sie einen Augenblick zu beschäftigen.

Viertes Kapitel.

Umschwung der Reichspolitik. Die inneren Wirren in Böhmen und Österreich. Kaiserliche und böhmische Ambition um das Reich. Der neue Reichstag zu Nürnberg.

Hatte keineswegs freie Wahl oder gar das Verlangen, die Markgrafen seinen Unmut fühlen zu lassen, Kaiser Friedrich zur Aufforderung an Herzog Ludwig von Niederbayern veranlaßt, zu wichtiger Verhandlung seine Räte zu ihm nach Linz abzuordnen, so ward es noch viel schwieriger, mit den so lange gegnerischen Wittelsbachern das gewünschte innige Verhältnis zu finden. Wohl war Herzog Ludwig eine versöhnliche Natur, dem Gedanken an eine Vertrauensstellung neben dem Reichsoberhaupte gewiß geneigt; wohl ersehnte sein einflußreicher, vielgewandter Kanzler Martin Mair die Gelegenheit, auf dem Gebiete der Reichspolitik seine Talente glänzen zu lassen und in den großen Angelegenheiten der Zeit Einfluß zu üben und Gewinn zu ernten. Aber dem Anschlusse der Wittelsbacher an den Kaiser mußte notwendig eine Auseinandersetzung über die Absichten des Kaisers und die Erledigung besonderer Ansprüche und Streitfragen vorhergehen. In beiden Richtungen ergaben sich die schwersten Hindernisse.

Auch bei dem Landshuter Herzoge waren im Grunde die eigenen Interessen, nicht die Wünsche oder Bedürfnisse des Reichsoberhauptes entscheidend. Ging jetzt die Forderung des Kaisers dahin, ein gemeinsames Vorgehen gegen Böhmen zu beobachten,[1] falls ein Angriff von dorther erfolge, so fanden die bayerischen Räte sofort — das Detail ist uns nicht bekannt —, daß wohl der Kaiser, nicht aber ihr Herr von einem einem solchen bedroht sei. In dem Konflikte zwischen Vertragstreue gegen Böhmen und kirchlichem Gehorsam hatte der Herzog sich bisher die

[1] Der Kaiser schreibt darüber am 28. März an Markgraf Albrecht: „Dann zwischen unser und dem egnanten u. oh. herzog Ludwigen sein rede beschehen ein hilff halben, uns die wieder unser feindt und widerwertig zu thun". Font. rer. Austriac. XLVI. 48, Nr. 40.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Freundschaft mit Böhmen wie die Geneigtheit des heiligen Stuhles zu wahren gewußt.[1] So sicher seine Hilfe für den König, schon mit Rücksicht auf die hussittenfeindliche Haltung seiner eigenen Ritterschaft, nicht über Vermittelung in Rom hinausgehen sollte, so wenig dachte er einstweilen[2] an den Kampf gegen Böhmen, der bei der überlegenen Macht des Königreiches nach Überwältigung der inneren Bewegungen verhängnisvoll werden konnte.[3] Aber ebenso schwer kam man, etwa abgesehen von der Forderung des Kaisers, die verpfändeten Kleinode seines Vetters König Ladislaw zurückzuerhalten, in der sich, scheint es, die Landshuter entgegenkommend zeigten, sonst voran. Die schlimmsten Zeiten hatte Herzog Ludwig im engen Anschluß an die Fürsten seines Hauses, vor allem den Pfalzgrafen, überdauert; die Verbindung mit ihm hielt er auch jetzt unbedingt fest. War damit ein enges Verhältnis zu dem Kaiser vereinbar, der den Pfalzgrafen nie als Kurfürsten anerkannt hatte, der ihn persönlich haßte, der eben jetzt wieder erfahren mußte, wie der Pfälzer am 8. Januar 1467 die Zustimmung seines nun achtzehnjährigen Neffen Philipp zur Fortführung der Kurwürde und Verwaltung der pfälzischen Lande, solange er lebe, erlangt habe? So schritt die Verhandlung trotz unzweifelhaft viel guten Willens auch auf bayerischer Seite nicht voran.

Eine Folge hatte sie beinahe nur — in Ansbach. Mit dem eifersüchtigsten Auge jede Bewegung seines Landshuter Rivalen beobachtend, geriet Markgraf Albrecht schon in Unruhe, als der Kaiser nicht auch ihn nach Linz entbot. Ein wenig drückte wohl auch das böse Gewissen. Nahm der Kaiser, der so lange nichts ohne seinen Rat gethan, die pommer'sche Geschichte so übel, daß er sich mit der Gegenpartei verband? Ein Zettel aus der Ingolstädter Kanzlei, „daß Sachen vorhanden sind, die bald geendet sollen werden, die nie im Menschengedächtnisse furgenommen noch geendet sind worden", brachte dann Albrecht in derartige Erregung, daß er später wohl selbst darüber gelächelt hat.[4] Am selben

[1] Man vgl. die Antwort des Papstes noch auf den Vermittelungsversuch des Herzoges vom Mai 1467. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 266.

[2] „Und doch", fügt der Kaiser hinzu, „darinn nichts endlichs beslossen. Es ist auch wol auß der haubsach dabey geredt und der nichts entlichs furgenommen."

[3] Man vgl. dazu A. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 265 ff. Riezler, Geschichte Bayerns III. (Gotha 1889) 436—437 hat die Ereignisse etwas durcheinander gestellt. Am 12. Februar 1467 schreibt Martin Mair an den Propst von Zderas, Paul Zitek, Sekretär König Georgs: Ego etemin in hac re nil aliud scio nec cupio, nisi gloriam sue maiestatis et pacificum et tranquillum statum incolarum regni cum bona comoditate et consciencia procurari. Höfler, im Archiv XII. 333.

[4] Der Zettel (aus den ansbach. Reichstagsakten) bei Höfler, Kaiserl. Buch 115,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Tage (8. März) schrieb er an den Kaiser selbst, ihn bei einer Einung mit Bayern nicht zu vergessen „und das ich bei ew. Gnaden unter einem Mantel in einer Verstentnus stehe", an seinen geheimen Vertreter am kaiserlichen Hofe, Hans von Schauenburg, an den Kanzler, den Bischof von Gurk, und Graf Haug von Werdenberg mit der Bitte um Förderung und Nachrichten; am gleichen Tage verlangte er von Eichstädt Auskunft über die bayerschen Unterhändler, benachrichtigte er Ulrich von Württemberg von dem Sachverhalt mit der Mahnung, ihn an Baden und Mainz zu bringen. Albrecht ließ durch Schauenburg melden, was ihm von neuen Umtrieben der Wittelsbacher bekannt sei: „wie der junge Pfalzgraf des von Burgundi Tochter soll nemen und sei Herzog Friedrich, der Pfalzgraf, darumb noch aus, das zu betaydigen;" er verlangte zu wissen, „was man neuer Zeitung am Hof, von Ungarn, Böhmen, Bayern oder anderen Enden höret".[1] Und suchte denn nicht wenigstens der Herzog von Landshut unter dem Hinweise auf die unmittelbar bevorstehende Einung zwischen ihm und dem Kaiser den lange ersehnten Bund mit den Nürnbergern zustandezubringen?[2] Man begreift sehr wohl, daß der Markgraf in diesen Tagen den böhmischen Dingen, deren Einfluß auf die Schritte des Reichsoberhauptes ihm nicht verborgen bleiben konnte, mit doppelter Vorsicht begegnete.

Aber so mächtige Spannung auch damals allgemein herrschte, so sehr man Krieg in Böhmen und von dort aus Überziehung der kaiserlichen Erblande, ja wohl auch anderer deutscher Nachbargebiete besorgte,[3] so sehr Anlässe und Anläufe da waren zu neuer politischer Gruppierung der Mächte: der träge Fluß der öffentlichen Dinge im Reiche machte sich auch jetzt wieder geltend. Da sich die Verständigung mit Bayern so schwer gewinnen ließ, besaß der Kaiser doppelten Grund zur Versicherung an den Markgrafen, seines „Ermahnens eingedenk zu sein" und sich ihm „gnädiglich beweisen" zu wollen.[4] Freilich gab der Kaiser den

Nr. 45. Daß derselbe nicht von dem Bischofe von Eichstädt oder sonst einer hochstehenden Persönlichkeit sein kann, wie Kluckhohn 274, Anm. ** will, zeigt schon die Anrede: „Gnädiger Herr". Der Schreiber, der unrichtig verstand oder sehr übertrieb, scheint mir vielmehr eine untergeordnete Person, die in Ansbach einen Dank verdienen wollte.

[1] Die Schreiben jetzt in Fontes rer. Austriac. XLVI. 44—47, Nr. 35—38; das an den Kaiser selbst im Kaiserl. Buch 115—116, Nr. 46.

[2] Verhandlungen vom März 1467. Font. rer. Austriac. XLVI. 47, Nr. 39.

[3] Vgl. den späteren Bericht an Herzog Wilhelm von Sachsen bei Müller, Reichstagsth. II. 308—309. Auch Kluckhohn, Ludwig der Reiche 377 und Anm.

[4] S. das oben erwähnte Schreiben vom 28. März 1467 aus Aussee, wohin sich der Kaiser über Gmunden begeben. Chmel, Reg. II. 502—503.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Linzer Plan deswegen nicht auf; ja zu Beginn Juni, als bereits der Kriegslärm aus Böhmen herüberscholl, kam es mit Herzog Ludwig wieder zu einer „Unterrede" „von weiter Einigung wegen".[1]

Aber welche Hilfe war inzwischen im Frühjahre zur Hand, wenn wirklich die Böhmen Österreich mit Heeresmacht angriffen? Man begreift es, wenn der Kaiser in schwerer Sorge noch von Linz aus seinen ersten Heerführer Ulrich von Grafeneck selbst nach Rom sandte,[2] die Kurie zum energischsten Vorgehen gegen den Böhmen und zu entschiedenem Eingreifen auf dem nächsten Reichstage in ähnlicher Richtung zu drängen, wenn er sich möglichst innig an den befreundeten Ungarkönig anschloß.[3] Die Kurie und König Matthias stellten ja in so gefährlicher Zeit, falls ihn das Reich im Stiche ließ, die alleinigen Bündner dar.

Aus der gemeinsamen Bemühung, einen Türkenzug des Reiches zuwege zu bringen (Sommer 1466)[4] und der mit vereinter Kraft erreichten Niederwerfung der Söldnerscharen (Ende 1466, Anfang 1467[5]), war nach jahrelangem Kampfe und scharfem Gegensatze nun ein wirkliches freundschaftliches Verhältnis zwischen Kaiser Friedrich und König Matthias erwachsen, das, auf wirkliche Interessengemeinschaft begründet, lange Dauer verhieß und Herrschern und Landen reichen Vorteil bringen konnte. In der That wurde der Ungarkönig jetzt — März, April 1467 — zum Schilde des Kaisers.

Der Böhmenkönig hatte noch im Februar 1467 seine Gesandten in

---

[1] Handschreiben des Kaisers vom 7. Juni an Markgraf Albrecht in Font. rer. Austriac. XLVI. 51, Nr. 43.

[2] Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 252, Nr. 393. Grafeneck wird zugleich (17. März) von König Matthias von Ungarn als sein Hauptmann beglaubigt; als eigentlicher Orator des Königs ging aber Propst Georg von Fünfkirchen nach Rom. Monum. Vaticana I. 6: Matthiae Corvini epistulae ad Rom. pontif. 1459—1490, Budapest 1891, 77, Nr. 56.

[3] Das Zusammengehen des Königs von Ungarn mit dem Kaiser erweist u. a. das Schreiben des Königs Matthias an die Nürnberger vom 19. Januar 1467 (aus dem Heerlager gegen „die Brüder") in Sachen des in ihrer Stadt angesagten Reichstages. Font. rer. Austriac. XLVI. 43, Nr. 33.

[4] Im Sommer 1466 übergab der Ungarkönig dem kaiserlichen Feldherrn Grafeneck sogar die Hut der Festungen Südungarns, auch Belgrads. Font. rer. Austr. XLVI. 37—38, Nr. 27.

[5] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 626—627. Müller, Reichstagstheatrum II. 231—232. Anon. chron. Austriac. ap. Senckenberg, Selecta jur. et histor. V. 321—323. Eschenloer, Histor. Wratisl. in Scriptor. rer. Siles. VII (ed. H. Markgraf), 124 und 125. Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2, 410—411. An der Seite des Königs hatten Österreicher, geführt von Ulrich von Grafeneck und Georg von Pottendorf, am Kampfe gegen die Zebraken teilgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Linz zu dem Reichsoberhaupte sprechen lassen, als hätte er „einicherlei Gewaltsam und Oberkeit über die Fürsten und das Haus Österreich gewonnen", und in einem Atem sich erboten, „seiner kaiserlichen Majestät zu dienen (auch in den eigenen Landen) und sie vor Augen zu haben als seinen Freund", woraus sie „vernehmen werde des Königs guten und freuntlichen Willen und Fleiß".[1] In Georgs Verhalten gegen Rom folgte der demütigen Bitte um Gehör, sich völlig rechtfertigen zu können, stets immer wieder der handgreifliche Beweis, daß er in der alten Stellung und Forderung beharren werde. Nicht konsequenter gab er sich der Bewegung in seinem Lande gegenüber. Betreffs Ungarns hielt der König aber nicht ohne einen Grad von Selbstverleugnung fest an der Bewerbung um ein freundschaftliches oder wenigstens freundnachbarliches Einverständnis. So sehr ein solches überhaupt in Podiebrads Interesse lag, so mag es doch vor allem Heimburg betrieben haben, der sich dafür wieder aus seiner alten Verbindung mit dem Erzbischofe von Gran, dem vieljährigen Ratgeber des Ungarkönigs, das Beste versprach.[2] Der Erfolg rechtfertigte solche Voraussetzung nicht. König Matthias hatte des Böhmenkönigs Art und Treue vor Jahren kennen gelernt. Er hatte, wie 1465 von dem Kaiser mit Erfolg, so 1466 umsonst vom König Georg begehrt, die von seinem Lande aus die ungarischen Grenzgebiete verheerenden Büderrotten zu Paaren zu treiben.[3] Als jetzt, gegen Ende Januar 1467, Albrecht Kostka von Postupitz mit besonderen Anträgen bei Matthias erschien,[4] wurde er rundweg und mit direkter Beziehung auf das innige Verhältnis des Königs zum Kaiser abgewiesen. Gott habe ihm, sprach König Matthias in seiner witzigen Art zu dem Unterhändler, zwei Väter[5] gegeben; „einer wollt ihn allweg unter der Geisel halten, daß

[1] Bericht bei Pažout im Archiv für österr. Gesch. XL. 19—27 (Separatabdruck), bes. 22 u. 23. Sonst vgl. noch zu dem Tage von Linz F. v. Krones in den Mitteil. des histor. Vereins für Steiermark XVII. 88—89.

[2] Auch jetzt wieder am 3. Juli 1466 hatte er das Konzept seiner Verteidigungsschrift des Königs erst an Johann Vitez geschickt mit der schmeichelhaften Versicherung: Hec autem omnia vestre correctioni subjicio, vos omnium actionum mearum rectorem esse cupio. Arch. f. Kunde österr. Gesch.-Quellen XII. 328.

[3] Archiv XL. 28 (Separatabdruck).

[4] Pažout, Archiv XL. 27—28. Über frühere Verhandlungen in der Brüdersache (Alb. Kostka und J. Towatschowsky von Zinnenburg mit dem König und dem Erzbischof von Gran) s. Arch. XII. 339—341 und Teleki, Hunyadiak kora Magyarorszagon XI. 206 ff.

[5] Der Böhmenkönig war Matthias' (einstiger) Schwiegervater; für den Kaiser und König Matthias hatte der Ödenburger Vertrag die Bezeichnung Vater und Sohn festgesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er ihn streich mit der Geisel, wann er wolt; der ander hielt ihn schön mit guten Worten und straffet ihn nie. Wär[1] es natürlich, daß sich die Kinder gern dahin hielten, wo man sie schön hielt. Also wär sein Herr der König von Böhmen, der wolt ihn allweg unter der Geisel halten. Dann der Römisch Kaiser hielt ihn allweg schön und hülfe ihm, und da wolt er sich zu dem Vater halten, und wollt sich von ihm nicht setzen."[2] Die österreichischen Räte, die ihrem Herrn aus dem Lager des Königs solches freudig meldeten, konnten hinzufügen, daß König Matthias auch in dem anderen Punkte ihrer Werbung sich willig erweise und bereit sei, dem Kaiser gegen Stephan Eizinger 1500 Mann zu Hilfe zu senden, ja, wenn man es „ihm vergönn", sich, sobald der Kaiser den Eizinger „an einem End" angreife, „am anderen End über ihn zu machen".[3]

Dagegen war nach der Niederlage der Zebraken die Sprache des Ungarn gegen Böhmen geradezu drohend. Damals bereits wohl auch im Besitze der päpstlichen Bannbulle gegen König Georg vom 23. Dez. 1466 richtete er an Georgs Sohn Viktorin, Landeshauptmann zu Mähren, ein Schreiben mit der kategorischen Aufforderung, alle ungarischen Unterthanen, die in Mähren gefangen gehalten würden, auszuliefern, und seine Feinde, von denen der schlimmsten einige im Lande hausten, nicht länger da zu dulden; widrigenfalls werde er selbst kommen, jene abzuholen und diese heimzuführen. Wohl schrieb Gregor Heimburg an den Erzbischof von Gran, sein König werde unverweilt das Seine thun, daß man die auf beiden Seiten gemachten Gefangenen befreie, die Befestigungen, seien es alte oder neue, die im Nachbarreiche aufgerichtet seien, völlig zerstöre oder in die Hände des Ungarkönigs liefere; wohl versprach er, selbst alles aufzubieten, daß die Könige und die Reiche hinfort den Frieden treu und gern beobachten und sein König darüber dem Ungarkönig in besonderem Schreiben die bindende Zusage mache, wie er ein gleiches ja eben auch König Kasimir von Polen gegenüber gethan.[4] Nicht die beschwichtigenden Worte des erschrockenen Diplomaten, sondern ein verheerender Einfall der Türken, welcher König Matthias zwang, zum Schutze seines Reiches nach Ofen zu eilen, hielt ihn ab, schon jetzt an der Seite des Kaisers mit aller Entschiedenheit in die böhmischen Streitigkeiten einzugreifen.

[1] Pažout druckt: Der ander hielt in schön mit guten worten und straffet in. Nue wer es natürlich ꝛc.

[2] Der Bericht darüber an den Kaiser (aus dem Ende Januar und vor der Katastrophe der Brüder bei Tyrnau) bei Pažout, Archiv XL. 27—28.

[3] Ebendort 28—29.

[4] Brief vom 19. Februar 1469 bei Hoefler, Archiv XII. 340—342, a. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber schon was geschehen war genügte, eines der Nebelbilder Heimburg'scher Staatskunst, das innige Zusammengehen mit Ungarn, verschwinden zu lassen; es genügte, um die Überziehung Österreichs seitens der Böhmen zu verhindern, umsomehr, als rasch noch andere Enttäuschungen in Prag nachfolgten. Nur mäßige Unterstützung aus Böhmen und Mähren kam noch den österreichischen Aufständigen. Da lenkte Stephan Eizinger rasch ein.[1] Gegen die Übrigen ward mit Anspannung aller verfügbaren Kräfte „der Ernst gesucht".[1]

Der Fastenlandtag, der am 24. Februar 1467 ordnungsmäßig — freilich fehlten die Mitglieder des Herrenbundes — zusammentrat, hatte dem Könige Gelegenheit geboten, seine Getreuen von der Sachlage zu unterrichten, sie in der Ergebenheit zu festigen, sich ihres Beistandes auf alle Fälle zu versichern. Alles ging, so schien es, Podiebrad, der in alter Umsicht den Verhältnissen Rechnung trug, nach Wunsch. Neben dem Könige waren in der Versammlung die Herzöge Konrad der Schwarze von Öls und Johann von Sagan anwesend. Der Bericht über die Verhandlungen mit dem Herrenbunde zu Neuhaus (2. Februar 1467), die sich auf die Kunde von der Bannung des Königs ergebnislos geendet, wurde verlesen. Er bot dem Könige Gelegenheit, die Forderungen und Behauptungen des Hauptes der Unzufriedenen, Zdenkos von Sternberg, die, in ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit berichtet, nur einen ungünstigen Eindruck hervorrufen konnten,[2] zu kritisieren, jene Punkte zurückzuweisen, die bei der Mehrheit der Anwesenden ebensowenig wie bei ihm Anklang finden mochten, und andererseits seine volle Bereitwilligkeit zu versichern, im Königreiche zu ändern, was immer übel erfunden würde. Dazu gehörte vor allem die Zusage, die Münze zu bessern, weswegen bereits Verhandlungen mit mehreren benachbarten Fürsten eingeleitet seien, Steuern hinfort nur nach der Krönung eines Königs, oder wenn

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 434, Nr. 376.

[2] So sagt der Bericht von den Neuhauser Verhandlungen: Quibus (privilegiis) visis respondit d. Zdenko de Sternberg, quod hec, que attulerunt (nuntii regis), non serviant ipsis (baronibus) ad eorum libertates pro uno grosso. Sternberg verlangte auch die Bestätigung der Freiheiten der Stände durch den Kaiser, „cum sit (rex) suus vasallus". Als Antwort wurde jene haltlose Fiktion vorgetragen, die dann (bis auf unsere Tage) immer wieder nachgebetet wurde: Quod non sit vasallus imperii nisi dumdaxat ratione officii, quod habet inter electores, et quod sit sufficiens (rex), et confirmare et denuo donare regno suo libertates sine imperatore. Es wird unten Gelegenheit sein, auf eine andere (richtigere) Deutung der Verhältnisse aus dem Munde des Königs selbst hinzuweisen. Über die Erklärungen des Kaisers 1459 und 1462 vgl. H. Pernice, die Verfassungsrechte der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder Österreichs, Halle 1872, Heft 1, 49—50.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er eine Tochter ausheiratet, zu erheben; gehörte die Erlaubnis für die Herren und Ritter, Bauern- und Erbgüter ohne besondere königliche Bewilligung allein mittelst Eintragung in die Landtafel ihrem Erbbesitze beizufügen u. a.[1] Wohl „war letzteres bisher im Lande unerhört", eine unheilvolle Begünstigung des Adels, die in scharfem Widerspruche stand zu der ganzen Regierungsart des volkstümlichen Königs. Aber der augenblickliche Zweck wurde erreicht. Die treugebliebenen Barone, Ritterschaft und Stadtbürger waren gewonnen und vernahmen nun auch in günstiger Stimmung die vorsichtigen Ausführungen des Königs über seinen Streit mit dem heiligen Vater: derselbe sei doch nur entstanden durch das Zuthun böswilliger Gegner, vor allem der unzufriedenen Barone, die schon vier Botschaften deswegen in Rom gehabt hätten. Doch auch so, versicherte der König, gebe er seine Bemühungen und die Hoffnung nicht auf, die Kurie zu versöhnen.

Im übrigen beobachtete der König aber auch den Baronen gegenüber Ruhe und Mäßigung, „er redete nicht hart, kriegerisch, sondern zum Frieden". Und als ob derselbe schon gesichert wäre, schloß Georg seine Ausführungen mit den zuversichtlichen Worten: „Wir sehen mit Freuden den Frieden und die Wohlfahrt des Königreiches, sowie denn unsere ganze Sorge Euch, als unseren getreuen Unterthanen, zugewendet bleibt. Die sich aber nicht an das geltende Recht halten wollen, sondern eigenmächtig und nach Gutdünken in allem zu handeln gedenken, diesen hoffen wir bei Gott mit Euch Widerstand zu leisten. So seid denn bereit, wenn die Zeit der Not kommen wird."

Es folgten die gewöhnlichen Bitten der Utraquisten, sie bei den Kompaktaten behalten zu wollen, und die gewöhnlichen Versicherungen treuen Beistandes für den König. So auch seitens des Herrn Johann von Rosenberg.[2] Von noch mächtigerer Wirkung war es, als Herr Leo von Rosenthal, Bruder der Königin und selbst Katholik, der soeben eine weite

[1] Daß es dem Könige mit der Münze Ernst war, bezeugt auch seine Korrespondenz mit den Egerern. Fontes rer. Austriac. XLII. 399, Nr. 291. Betreffs der Güteranhäufung sagt der Bericht: Et hanc etiam gratiam omnibus contulit (rex) palam hac die, ut quotiescumque quis nobilium compararet aliquos agros singulariter a quocunque agricola, vulgari nostro diedinnika, ut sine requisitione regii consensus sibi id intabuletur, quod hactenus numquam erat". Die bezügliche Eintragung in die Landtafel im Archiv český IV. 135—136. Die Forderungen der Herren und Ritter ebendort V. 364—365. Die Geleitsbriefe des Königs für die Häupter des Herrenbundes zum Tage ebendort VII. 269—270.

[2] Noch während des Tages mahnten ihn die Herren, seiner Zusage an sie treu zu bleiben. Font. rer. Austriac. XX. 432. Archiv český IV. 134. Schreiben vom 7. Februar.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und vielbewunderte Reise durch das westliche und südliche Europa vollendet hatte, zu der Versammlung sprach: noch müsse eine friedliche Verständigung mit den Herren versucht werden, in eigener Person wolle er sich der Sache annehmen und da den Mittler machen; auch an die Kurie möge man nochmals einen Boten senden. So wurde auch beschlossen, und der noch dauernde Stillstand bot dafür Frist. Ein Abgesandter der Barone aber blieb, weil nicht gehörig beglaubigt, ungehört. Auch ward festgesetzt, daß der Waffenstillstand mit den Unzufriedenen nicht über den 24. April verlängert werden sollte; schon jetzt möge man, da eine Ausgleichung der großen Differenzen schwer zu erreichen stehe, den Krieg vorbereiten; doch solle davon unbeirrt noch zu der Fasten-Quatember die Sitzung des Landrechtes stattfinden.[1]

Obwohl der Krieg nicht ausdrücklich beschlossen war, so sahen ihn beide Parteien doch für unvermeidlich an und handelten danach. Unmittelbar nach Schluß der Beratungen besandte der König die verbündeten deutschen Fürsten und forderte sie auf, ihm von Stund an ihre Feindsbriefe „gegen die Widersatzigen" in der Krone „in Helfers Weise nach Inhalt der Verschreibungen" zu senden, da er sich vorgenommen habe, ihren „Hochmut nicht länger zu dulden" und „solchen Frevel und Ungebührlichkeit zu strafen".[2] Er selbst begann umfassende Rüstungen. Am selben Tage erließ Zdenko Sternberg von seinem Schlosse Grünberg aus eine Beschwerdeschrift an den König, in der auch er seinem hochgesteigerten Grimme gegen Podiebrad schonungslos Luft machte. Alles was der König und andere auf dem Landtage gegen ihn und seine Partei vorgebracht, wußte er in das Gegenteil zu wenden: Der König klage ihn an als den Urheber seines Streites mit Rom. Wisse er denn nicht, daß der jetzige und der frühere Papst ihn nur deswegen bedrängten, weil er auf das Evangelium geschworen und mit seinem und anderer Personen Brief und Siegel Versprechungen gethan, während er (Sternberg) und seine Freunde nicht dabei waren und nichts davon wußten? Kaiser und Fürsten gäben ihnen gern und vielfältig Gehör auch in zehnmal geringeren Dingen, als sie an den König bringen: er höre nicht einmal ihren Boten, dessen Sendung doch in Neuhaus vereinbart war.[3] „Und deshalb König", schloß das Schreiben, „weil du uns ein so ungnädiger Herr bist,

[1] Der Bericht findet sich Font. rer. Austriac. XX. 428—434. Im Texte erscheinen natürlich die Angaben nach den Ergebnissen des Tages angeordnet.

[2] Schreiben vom 2. März an Markgraf Albrecht von Brandenburg. Fontes rer. Austriac. XX. 434, Nr. 378.

[3] Archiv český IV. 136—138.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und nur die hörst, die uns ohne Grund anklagen, unsere gerechten Forderungen aber nicht vernehmen willst, so müssen wir selbst sorgen, daß es uns so gut geht wie jenen, die uns beschimpfen".

Die Herren, die so lange hatten temporisieren müssen, sie hoben um so stolzer das Haupt empor, als nun die Kirche gesprochen hatte. Schon waren deren Diener, Legat Rudolf voran,[1] eifrig am Werke, die furchtbaren Worte zur vernichtenden That werden zu lassen. Schon mahnten Eiferer auch in Böhmen selbst zum Abfalle.[2] Die Herren wußten sich gestützt von dem Kaiser, dessen Beziehungen zu dem Ungarkönige ihnen natürlich ebensowenig verborgen blieben. Neben Ulrich Grafeneck eilte damals auch Dobrohost von Ronsperg nach Rom, hier zu erklären, wie sehr allein die rücksichtsloseste Energie gegen den Ketzer, ausgiebigste Unterstützung gegen sie zum Ziele führen könne. Die Barone rechneten auf den Gehorsam gegen den heiligen Vater und den katholischen Fanatismus rings um Böhmen! Wie sollte da der König, ein so gefährlicher Gegner er auch war, der Niederlage entgehen? Voll Zuversicht rüsteten sie ihre Reisigen und Burgen.

Von allen Seiten flutete damals der böhmische Streit, drangen Fürbitten und Anklagen bis in den Vatikan. Aber was bedeuteten hier die Mahnungen Markgraf Albrechts, der selbst im Banne der Kirche lag, die Schritte der sächsischen Herzöge, welche erst um Entschuldigung baten ob solcher Verwendung, und die Vorstellung des Landshuter Herzoges, welcher der vorsichtige Martin Mair jede Schärfe und Entschiedenheit genommen hatte? was wollten endlich die Bemühungen des böhmischen Ständeboten, der doch wieder nichts brachte, als die alten stets leeren Entschuldigungen und Verheißungen, gegenüber dem Drängen des bedrohten Kaisers und des Herrenbundes, denen es sich um Sein und Nichtsein handelte, gegen die Meldungen der Legaten? Beherrschte nicht

[1] Erst nach und nach gewinnt man einen Einblick in die geradezu fieberhafte Thätigkeit, die Bischof Rudolf von Lavant in der böhmischen Sache zeigte. Vgl. nur Font. rer. Austriac. XX. 425—426, 437—440, 441, 442—444, 445 („Ich thue e. k. g. wissen, daß der Legat hat gesahnt den sechs stedten sele treffliche proceß"). XLII. 399, 404—407; XLIV. 629; XLVI. 43—44, 49—50; Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 430—431; Scriptor. rer. Silesiac. IX. 220, 221, 233—225 a. a. Eschenloer, Gesch. II. 16 sagt: „Der heilige Babst (sic) sante vil Brife und Bullen in Mähren, Schlesien, Lusitz, allen Churfürsten und andern christlichen Fürsten. — Desgleichen auch one Zale tat S. H. Legate".

[2] Am 27. Februar promulgieren Propst Georg von Chotieschau und die in Pilsen weilenden Kanonici der Prager Metropolitankirche die Absetzungsbulle. Fontes rer. Austriac. XX. 434, Nr. 377. Frind, Kirchengeschichte Böhmens IV. 68—69.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ohnehin der Geist Carvajals, obwohl er von der Kurie abwesend war,[1] des finsteren Gabriel de Rongonis, der nun seit Wochen in Rom weilte, die Kurie? Als Rongoni die heilige Stadt mit weitgehenden Vollmachten wieder verließ (Februar, März)[2], da stand der Entschluß der Kurie fest, mit den äußersten Mitteln, mit Hintansetzung jeglicher Schonung den Kampf gegen Böhmen zu führen. Am 20. März wurde Herr Zdenko von Sternberg als oberster Hauptmann der päpstlichen Partei Böhmens im Kampfe gegen den gebannten König bestätigt, und jeder getreue Sohn der Kirche mit neuer dringender Mahnung und schwerer Bedrohung aufgefordert, Sternberg beizustehen und bis zur Bestellung eines neuen Königs Gehorsam zu leisten. Am 26. März, am Gründonnerstage, erschien in der feierlichen Verwünschung aller Abtrünnigen und Feinde der Kirche, wie sie an diesem Tage von altersher gebräuchlich, der abgesetzte König von Böhmen an hervorragender Stelle genannt, mit ihm seine Gemahlin und Familie, namentlich Herzog Viktorin, der Bedränger des Kaisers, dann Georgs erste geistlichen und weltlichen Ratgeber, Mag. Joh. Rokyzana und Dr. Gregor Heimburg.[3]

Schon zuvor waren die sächsisch-brandenburgischen Gesandtschaften abgewiesen worden, ja die Boten Markgraf Albrechts sahen sich zur Rede gestellt wegen des Benehmens ihres Herrn. Er ward „schwerlich angefochten vom h. Vater."[4] So ging es auch bald darauf Friedrich Mauerkircher, dem Rate Herzog Ludwigs von Bayern,[5] dem Boten der

[1] Vgl. dazu die genaue Angabe bei Pastor, II. 360, Anm. 2. In der That war Carvajal, am 20. Juli 1466 zum Legaten in Venedig bestimmt, am 20. August dorthin abgegangen und ist er am 17. September 1467 zurückgekehrt. Konsist. Akten des Vatik. Arch. Arm. XXXI. tom. 52. fol. 34, 35.

[2] Am 3. Februar weilte Rongoni (Scriptor. rer. Silesiac., ed. Herm. Markgraf, IX. 220, Nr. 352) noch in Rom. Trotzdem kein Fürst in Linz war, außer dem Herzoge von Sachsen, der zudem an den kriegerischen Unternehmungen gegen die Empörer und nicht an den Verhandlungen teil hatte, es sich überhaupt nur um einen österreichischen Landtag handelte, der erst nach dem 15. Februar begann, (Reichsgeschichte I. 613) läßt Joachimsohn Rongoni (Gregor Heimburg 262 und Anm. 2) am 11. Februar — nur an diesem Tage waren die böhmischen Gesandten da (Pažout im Archiv XL. 19) in Linz, „in hoc frequentissimo conventu" große Reden über die böhmische Frage halten.

[3] Raynaldus, Annal. ecclesiast. ad an. 1467, 1—2. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 222—123.

[4] So schreibt Albrecht selbst bereits am 1. April nach Böhmen. Höfler im Archiv VII. 41, Nr. 13. Am 16. März sind sie noch nicht in Rom, aber seit drei Wochen von Venedig ausgeritten. Sie müssen demnach unmittelbar danach in Rom eingetroffen sein. Joachimsohn, Gregor Heimburg 269, 2, kennt einige der auf die Gesandtschaft bezüglichen Meldungen, irrt aber wieder im Texte.

[5] Vgl. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 266 und Anm. *.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

böhmischen Stände,[1] den Vermittlern allen. „Und kämen die Kurfürsten alle selbst", meldete der Breslauer Prokurator nach Hause, „sie vermöchten nicht den Willen des h. Vaters zu ändern; was er einmal gethan hat, das muß fest und unverändert bleiben."[2]

Nach dem Wunsche des Kaisers ernannte damals der Papst noch einen zweiten Legaten für Deutschland, den Bischof Laurenz Rovarella, mit der besonderen Aufgabe, Friedrich in den Erblanden und nach seinem Wunsche im Reiche beizustehen, womöglich gleich auf dem neuen auf St. Vitustag angesagten Nürnberger Reichstage die Fürsten zu engem Anschlusse an ihn gegen den Böhmen zu bringen. Rovarella sollte in den südlichen und westlichen Landen Deutschlands alles gegen den Ketzer thun, wie Rudolf von Lavant im Osten.[3] Er ritt zugleich mit Grafeneck aus Rom.[4] Endlich blieb das alte Kampfesmittel der Kirche, die Predigt des Kreuzes, nicht vergessen.

Die Folgen solchen Ernstes, monatelanger Bemühungen erbitterter und mächtiger Feinde, machten sich allmählich bemerkbar. Innerhalb und außerhalb der Krone Böhmen. Während der König die Folgen der Heimburg'schen Schriften, der Vermittelung der Fürsten abwartete, die aber ausblieben, während in der That nochmals auch mit den Herren verhandelt wurde,[5] ging die Saat, welche Legat Rudolf und zahlreiche eifrige Ketzerprediger auszustreuen bemüht waren, da und dort wuchernd auf. In den Nebenlanden Mähren, Schlesien und den Lausitzen, kam es zu Abfall und Empörung. Hier bei den Sechsstädtern, wo der Vogt Benedikt (Benesch) von Kolowrat offenbar der Situation nicht gewachsen war und vom Könige ohne ausgiebige Unterstützung, ja ohne Weisung blieb, ward die Bewegung, unablässig von dem Legaten und durch Briefe

[1] Seine Werbung in Venedig, die in den März 1467 gehört, nun Font. rer. Austr. XLVI. 41—43. Vgl. auch Font. rer. Austr. XX. 433.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. IX. 220—221, Nr. 353.

[3] Um diese Zeit, also im März 1467, dürfte Rudolf die neue Instruktion erhalten haben, die Markgraf Scr. rer. Silesiac. IX. 228—229 giebt. Vgl. ebendort 220—221, Nr. 352 und 353, welche die Angelegenheit als in Diskussion stehend erkennen lassen.

[4] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 252, Nr. 393.

[5] Schreiben der Königin Johanna an Sternberg, das frühere Verhandlungen voraussetzt (Anbringen Sternbergs an die Königin, wohl als Antwort auf die Anträge ihres Bruders Leo von Rosenthal, der solches auf dem Landtage auf sich genommen), Archiv český 138—139. Die Verhandlungen gehören offenbar in den März. Wie der Legat, so wußten vor Ende dieses Monats die Barone von des Königs Schritten bei den deutschen Fürsten; damit war die Zeit der Verhandlung vorüber. Sternberg rief seinen Sohn von Markgraf Albrecht, wo er Dienste that, ab. Vgl. Font. rer. Austr. XX. 444. 384. Archiv XL. 33.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Barone geschürt, siegreich. „Zwischen dem 9. und 23. April ist der Vogt aus den Landen geritten und nicht wiederkommen.“[1] Schwankend zwischen Gewissensnot und Unterthanenpflicht, aber immer noch geneigt, dem Könige wenigstens eine Geldzahlung zu gewähren, vollendeten die Sechsstädter allmählich über das Stadium völliger Neutralität hinaus den Weg zur Empörung. Um dieselbe Zeit war es auch mit der Verwaltung des Vogtes der Niederlausitz, Albrechts von Postupitz, vorüber. In Schlesien aber, wo die Breslauer, an blinder Leidenschaft gegen die Ketzer allen voran, nach den Gefahren des Vorjahres die günstige Wendung mit Jubel begrüßten und andererseits des Königs Söhne reichen Besitz innehatten, in Mähren, wo das Hussittentum von altersher feste Wurzeln geschlagen hatte, kam es zu Bewegung und Spaltung überall. Die Breslauer hatten in Rom noch eifriger gegen den König zum Kampfe gedrängt, als die Barone oder der Kaiser.[2] Nun rüsteten sie, der Unterstützung des Papstes mit geistlichen und weltlichen Mitteln, der Hilfe aller Katholiken vertrauend, zur fröhlichen Anteilnahme an der Vernichtung der Ketzer. Andere schwankten. Glatz, Münsterberg, Frankenstein schirmten böhmische Besatzungen. Dem Könige gelang aber der Versuch nicht, sich, wie einst durch die Besetzung von Sagan, so nun durch die Überweisung des wichtigen Namslau an den getreuen Konrad (den Weißen) von Öls eine Stellung hart an der Seite ja inmitten der Gegner zu sichern.[3]

Die großen Deutschstädte Mährens hatten noch im September 1466 dem hl. Stuhle geschrieben, „der König wahre den Frieden im Lande, wie man ihn seit Menschengedenken nicht erlebt, und lasse jeden in ungestörter Übung des katholischen Glaubens; sie hielten treu an der Kirche, aber in weltlichen Dingen stünde es ihnen zu, dem Könige zu gehorchen und die geschworene Treue zu bewahren.“[4] Sie hatten dann den drohenden

[1] Font. rer. Austr. XX. 445—447 Nr. 386. Die Bewegungen, die Benesch auf des Königs geheimen Befehl vornehmen wollte, wurden den Sechsstädtern durch Briefe Sternbergs und Hasenburgs verraten. Sie hatten also noch ihre geheimen Verbündeten unmittelbar in der Nähe des Königs. Daß Kolowrat die Sachlage nicht übersah, zeigt seine Äußerung, er gedenke in sechs Tagen wiederzukommen. Vgl. noch Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2, 445 ff. Th. Schelz, Neues Lausitz. Magazin Bd. 58. S. 96 ff. (ist ungenügend).

[2] Ihre Briefe an den Papst vom 23. Januar, 26. Januar und 27. Februar bei Markgraf in den Script. rer. Silesiac. IX. 319, 320 und Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau II. 6—8; Histor. Wratislaw. (ed. H. Markgraf in den Scriptor. rer. Silesiac. VII.) 125.

[3] Eschenloer, Histor. Wratislaw. 122.

[4] Font. rer. Austriac. XLVI. 38—39, Nr. 29.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Stürmen gegenüber sich zu engem Bunde zusammengethan[1] und suchten nun wie der Bischof von Olmütz und ein Teil des Adels einen Ausweg aus dem Kampfe zwischen Treue und Glauben. Aber auch hier wußte, scheint es, die Politik des Königs die Sachlage nicht zu seinen gunsten zu gestalten.[2] Schon am 4. März wich Bischof Prothas, erfüllt von patriotischem Schmerze, wie einst der Breslauer Bischof dem Andrange der kirchlichen Gebote und nicht lange, so sahen sich auch die Städte zu entscheidenden Beschlüssen genötigt.[3]

Noch unerwarteter, unangenehmer kam dem Böhmenkönige ersichtlich die Haltung der verbündeten sächsischen und brandenburgischen Fürsten, vor allem des neuverschwägerten Ansbacher Markgrafen. Nicht nach der sanften Sprache warmblütigen Empfindens, sondern nach den strengen Geboten kühler Verständigkeit, nach seiner Kenntnis der Sachlage und reichen diplomatischen Erfahrung behandelte Albrecht Achilles die Mahnungen des Königs, entsprechend der Bundespflicht in seinen Kampf einzutreten.[4] Albrecht hatte es wahrlich von nöten. Wohl mochte es ihm schwer genug sein, dem bedrängten Könige die erste Anforderung an seine Freundschaft, von der alten Einung ganz abgesehen, zu versagen. Aber hieß nicht, den König unterstützen, den ohnehin entfremdeten Kaiser, welcher dem Könige so feind war, völlig den Wittelsbachern in die Arme treiben? Hieß dies nicht den Zorn des Papstes auf das äußerste herausfordern, sich in den schärfsten Gegensatz stellen zu den geistlichen Fürsten und doch wohl auch zu den religiösen Gefühlen der großen Mehrheit seiner Unterthanen und der Bevölkerungen ringsum? Auch der Markgraf war wie sein Bruder der Kurfürst im Grunde eine tiefreligiöse Natur. Unabläßig bleibt er bemüht, durch Verhandlung und fremde Vermittelung die Lösung der auf ihn gelegten Zensuren zu erreichen.[5] Er hat von den Pflichten gegen die Kirche und sein Gewissen nicht gering gedacht.

Aber deswegen etwa, statt dem Könige zu helfen, nach der Forderung der Häupter der Christenheit gegen ihn vorzugehen, was einen

[1] Font. rer. Austriac. XX. 420, Nr. 370.

[2] Über die bezüglichen Beratungen, einen Tag zu Wischau u. a. s. M. Jordan, Das Königtum Georgs von Podiebrad, Beilagen 515—518. Th. Pešina, Mars Moravicus 791, und das Schreiben der Znaimer vom 7. April in Font. rer. Austr. XX. 453, Nr. 391.

[3] Vergl. Chmel, Mat. II. 295; Schreiben der Städte an den Kaiser vom 22. Mai 1467.

[4] Das volle Gegenteil findet freilich Palacky, Gesch. v. Böhmen IV. 2, 424.

[5] Vgl. darüber den sehr bezeichnenden Brief Peter Knorrs an den Markgrafen vom 15. Sept. 1470. Font. rer. Austr. XLVI. 122; vgl. ebendort 53 u. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Augenblick selbst Kurfürst Friedrich meinte, war Albrecht doch noch viel weniger gewillt. Dafür war ihm der enge Bund mit dem seit Jahren so mächtigen Böhmenkönige, dessen Verhältnisse sich vielleicht rasch wieder günstig gestalteten, doch zu wertvoll; darin sah er für sich selbst ebenso gut Gefahren, wie Herzog Ludwig von Landshut. „Es ist Euer Lieb", schreibt er seinem Bruder, „anders gelegen, denn uns. Ihr seid ihm (dem Könige) entsessen und habt gute Wasser und feste Städte. So ist die Schlesie wider ihn, auch die Beheim'schen Herren. Aber wir haben nichts zwischen oder vor unser, er grenzt an allen Orten mit uns."[1] Und an den König von Böhmen: „Die Sach nit eins Manns Werk ist und möchte das ganze Reich wider Euer Gnad drein kommen und sonderlich die geistlichen Fürsten, unter den wir mitten und zu allen Orten sitzen; und wo wir hieaußen einiger mit E. G. in die Sach kommen, so möchte uns nicht allein gründlichstes Verderben, sondern auch ganzes Vertreiben daraus gedeihen."[2] Albrechts Entschluß war deshalb, „substanzialiter" sich „neutralis" zu halten. Aber wie das erreichen?

Der Markgraf hat dies meisterhaft verstanden, wobei ihn freilich wesentlich förderte, daß sein Bruder und die Herren von Sachsen sich der gleichen Erforderung des Böhmenkönigs gegenüber in ähnlicher Lage befanden. Der König mußte sehen, daß von den Fürsten, die sich zu gemeinsamem Vorgehen in der böhmischen Sache verbunden, nacheinander die Absendung der Feindesbriefe und der vertragsmäßigen Hilfe gegen die Barone, eine Beratung aller am 12. April zu Brüx, der Beitritt zu der Appellation, die er erst jetzt gegen das Urteil der Kurie verkünden ließ, und die Zustimmung zu seinem Plane, die Kurie mit der Forderung eines Konzils einzuschüchtern, versagt wurde. Aber indem die Fürsten klug den Schein jeder Verabredung mieden und einzeln für sich Schwierigkeiten machte, hinter denen dann alle sich deckten, war der Markgraf unermüdlich thätig, dem Könige mit gutem Rate und eindringender Erörterung der Verhältnisse[3] zu Diensten zu sein. So wurden, da ja nichts für den Böhmen geschah, die Häupter der Christenheit wenigstens nicht weiter herausgefordert. Bei dem Könige aber festigte der Markgraf die Überzeugung, die zwingende Macht der Umstände lasse ihm beim besten Willen keine Möglichkeit thatkräftigen Beistandes.[4]

[1] Brief vom 11. April 1467. Archiv f. österr. Gesch.-Quellen VII. 42, Nr. 14.
[2] Brief vom 1. April 1467. Ebendort 41—42, Nr. 13.
[3] Man vgl. vor allem die Schreiben vom 9. April und 2. Mai 1467. Font. rer. Austr. XLII. 408, Nr. 300 und Archiv VII. 43, Nr. 16.
[4] Die bezügliche Korrespondenz findet sich nun ziemlich vollständig mitgeteilt in

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Um den 12. April kam die Kunde von den neuen feindlichen Schritten der Kurie (vom 20. März) nach Prag. Sie entmutigte den König so wenig als all die ungünstigen Meldungen und Erfahrungen der letzten Wochen. Im Gegenteil! Hatte er bisher, die Wirkung seiner diplomatischen Aktion, der Bitt-, Klage- und Zornesbriefe Heimburgs,[1] abwartend, zurückgehalten, so erhob er sich jetzt mit doppelter Energie zur Abwehr wie zum Angriffe auf dem ganzen weiten Plane materiellen und geistigen Kampfes.

Am 24. April wurden die angesehensten Katholiken Prags geistlich und weltlich, vor allem die hervorragendsten Mitglieder des Klerus wie der Domdechant Hilarius, Administrator der Prager Kirche, und der Abt von Strahov, dann die katholischen Landesoffiziere in den Königshof auf der Altstadt gerufen. Vor ihnen erhob der König persönlich Einsprache gegen die furchtbaren Beschuldigungen und Urteile des heiligen Vaters:[2] Obwohl er den, der auf dem römischen Stuhle sitze, in gerechtem Verdachte halte, so appelliere er doch aus Ehrfucht vor dem heiligen Stuhle, den einst Petrus und Paulus, Linus, Kletus, Klemens, Sixtus und St. Gregorius geheiligt, an Pauls II. Milde und Gnade, ob er wohl von seinem Unwillen ablassen und ihn als gesalbten und geweihten König hören wolle in rechter Weise und am rechten Orte. Falls der Papst in seinem Zorne verharren und sich nicht mäßigen wolle, so appelliere er an ein heiliges allgemeines Konzil, wie solches nach der Ordnung der Konstanzer Satzung in allen künftigen Zeiten von zehn zu zehn Jahren stattfinden solle.[3]

Der König forderte dann die Anwesenden auf, das ihre zu thun, daß bis zur Austragung des Prozesses der Friede im Lande erhalten bleibe, so wie er sie und alle seine und des Königreiches Unterthanen „und

---

Archiv VII. 40—50; XL. 31—35. Riedel, Cod. diplom. 1,434, 440, 441—442. Font. rer. Austr. XX. 434, 453—454; XLII. 402—410.

[1] Wie wenig sie freilich angemessen waren, zeigt die gelegentliche, ein wenig schadenfrohe Kritik M. Mairs. Arch. XII. 331—333, Nr. 3. Vgl. auch H. Markgraf in der Anm. zu Script. rer. Silesiac. IX. Nr. 329, S. 190.

[2] (Rex) tenuit in manibus suis quandam papiri cedulam, in se continentem quandam appellationis formulam, quam propria in persona, bohemica quidem lingua, legit de verbo ad verbum a principio usque ad finem, quam in linguam latinam interpolari jussit.

[3] Die Appellation in Fontes rer. Austr. XX. 454—458, Nr. 303. Daß sie von Heimburg stammt, zeigt neben anderen Momenten besonders dessen gleichzeitige Korrespondenz mit dem Erzbischof von Gran. Vgl. Eschenloer, Gesch. der Stadt Breslau II. 12—15. Pešina, Mars Moravicus 779; Phosphorus septicornis 363—364.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mit namen sie in der gewöhnlichen Form der hl. Röm. Kirche, als ihre Eltern und sie selbst[1] hergebracht haben, gnädiglich und getreulich schützen, schirmen und handhaben" wolle.

Wohl erhob der Administrator gegen die Appellation, als gegen die Autorität des Papstes gerichtet, sofort Einsprache. Anderen Tages verließen er und der Rest des Domkapitels die Hauptstadt. Sie gingen nach Zbirow zu Hans von Kolowrat, dann nach Pilsen.[2] Es waren des Königs Versuche, die katholische Bevölkerung Böhmens zu beruhigen, wesentlich ebenso erfolglos[3] wie seine Bemühungen, die Nachbarlande zum Beitritte zur Appellation zu bewegen. Aber ein Teil der katholischen Geistlichkeit Böhmens fuhr doch fort, Gottesdienst zu halten wie zuvor[4] und in der Laienwelt des Königreiches wie der Nachbarländer beurteilte man die Strafbullen nichts weniger als günstig. „In (den deutschen) Landen und Städten", sagt Eschenloer, „ward Fluchen und Schelten wider den Papst und zu voraus wider die Breßler, die Ursache waren, alle Menschen verunglimpften, daß der Papst die Böhmen, die gerne in Frieden wollten sitzen und gütliche Handlung mit allen Leuten haben, abermals zu Streit wollte erwecken und zu Heereszügen nöthigen" ꝛc.[5]

Was man von des Königs Kriegsrüstungen vernahm, war wohl geeignet, solche Besorgnisse zu erregen.

Auch schritt der König, — es spornten wohl die weiteren Meldungen aus Rom über die feindlichen Erklärungen vom 26. März dazu —, wirklich zum äußersten internationalen Kampfesmittel gegen den Papst voran, zur Betreibung eines allgemeinen Konzils. Eine Aktion, die mehr als halb Europa umfassen sollte, ward geplant und dem Könige von Frankreich, mit dem der böhmische Hof alte freundliche Beziehungen besaß und die Kurie in immer neuer Spannung sich befand, die Initiative zugedacht. Der Schlag galt aber dem Kaiser wie Papst Paul II. Im April ging ein böhmischer Gesandter an König Ludwig XI. ab, ihm ein Schutz- und Trutzbündnis der beiden Kronen anzubieten, an das sich die deutschen Fürsten des böhmischen Klientel, die jüngeren

[1] Nach des Königs Darlegung an die Egerer. Font. rer. Austr. XLII. 411, Nr. 303.

[2] Frind, Kirchengeschichte von Böhmen IV. (Prag 1877), 66—67.

[3] Siehe das erwähnte Schreiben an die Egerer vom 22. April und Georgs Bemühungen bei den Görlitzern. Font. rer. Austriac. XX. 426—428.

[4] Ein Verzeichnis giebt Palacky in Font. rer. Austriac. XX. 458—459.

[5] Eschenloer, Gesch. II. 17 und speziell über die Wirkung der Appellation ebendort 16; doch ist der Breslauer Stadtschreiber ebensowenig frei von Schwarzseherei, wie andererseits ein grimmiger Feind des Königs und der Utraquisten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herren von Sachsen, die Markgrafen von Brandenburg und Herzog Otto von Bayern, womöglich auch Dänemark und Polen, andererseits Schottland, die Herzöge von Savoyen und Mailand, die italienischen Republiken möglichst enge anschließen sollten. Der Bund wird vor allem den Herzog von Burgund, den stolzen Gegner König Ludwigs und Freund des Kaisers, demütigen; denn er ist es, auf den Papst und Kaiser „allermeist bauen und ihren Grund setzen durch den großen Anhang, den er hat." König Georg selbst verspricht an der Spitze eines Heeres nach dem Westen zu ziehen und „mit Leib und Gut und ganzem Vermögen dazu zu helfen". Dafür soll Ludwig XI. „ein Konzilium gemeiner christlicher Kirchen berufen und dasselbe Konzilium durch die Nationen gehalten werden"; denn so wird dem bösen übermütigen Vornehmen des Papstes, seinem Streben, beide Schwerter in seine Hände zu bringen, gesteuert und „die Christenheit in Frieden, Ruhe und Gemach gesetzt".

Wer merkt hier nicht die alte Art des Böhmenkönigs, glänzenden aber leeren Möglichkeiten nachzugehen? Er, der nicht zwei der deutschen Fürsten zu einem Tage nach Brüx zu bringen vermochte, wollte jetzt halb Europa in ein Bündnis mit Frankreich und gegen Papst und Kaiser vereinigen! Er, der kaum ein Pferd besteigen konnte und Abfall und Empörung ringsum im eigenen Lande hatte, wollte mit Heeresmacht an den Rhein ziehen? Und welch sonderbares Schauspiel, wenn der Böhme es unternahm, wie eben den König von Ungarn, so nun den Burgunderherzog auf die Seite von Papst und Kaiser zu drängen und sie, die Träger der modernen Staatsidee, zu Verteidigern der alten Gewalten förmlich zwang? Wem standen da gesündere Stützen zur Verfügung, dem Kaiser oder König Georg? Wem war, kam es zum Zusammenstoß, die sichere Niederlage in Aussicht?

Die Franzosen waren denn auch solcher Staatskunst mehr als gewachsen. Über einen Versuch, etwa mit Hilfe des Böhmenkönigs ein Bündnis mit dem Reiche und dessen mächtigsten Fürsten zu erlangen, und über das Erbieten, doch erst noch einmal — im künftigen Oktober — in der Sache Georgs Papst und Kaiser gütlich anzugehen, damit im Falle des Mißlingens der Unwille gegen sie allgemein werde und dann das Konzil um so sicherer gelinge, gingen sie nicht hinaus.[1] Und

[1] Der Bericht über die Gesandtschaft bei Pažout, Archiv XL. 35—49 (des Separatabdr.). Erst zögerten die Franzosen, weil ihnen die Vollmacht der Gesandten nicht genügte, dann war es „die große schwere Krankheit", an der König Ludwig „etwa viel Wochen schwerlich gelegen ist", die hinderte. Als man endlich die Verhandlungen begann, verlangten die Franzosen, daß eben die Hauptperson, der König von Böhmen, in dem Vertrage überhaupt nicht genannt werde!

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

was halfen solche ferne Aussichten, wo nur noch Tage vom blutigen Kampfe trennten?[1]

Ebenso wirkungslos waren Heimburgs Darlegungen, zum Teil in ein gelehrtes Gewand gehüllt, an den Erzbischof von Gran[2] und des Königs Werbung für den Konzilsgedanken in Ansbach, obwohl sie jetzt nur eine Verwendung der Reichsstände, die demnächst zu Nürnberg zusammentreffen würden, bezweckte: „bei des römischen Stuhls Legaten oder Sendboten" „darob zu sein, daß der heilige Vater ein solch Concilium berueff oder besamme".[3]

Inzwischen war der Waffenstillstand mit den aufrührerischen Baronen abgelaufen und standen des Königs Scharen in Böhmen und Mähren gerüstet. Am 20. April erfolgte die Absage an die Häupter des Herrenbundes.[4] Sie ward trotzig erwidert.[5] Am 23. lagerte Prinz Heinrich bei Welwarn, nordwärts von Prag, im Felde.[6]

Nicht lange, und des Königs Überlegenheit trat unwiderruflich zu Tage. Die Herren waren allein nicht feldfähig. Die Katholiken des Landes, die Bürgerschaften der deutschen Städte des Westens, Eger, Elbogen voran, die von Schweidnitz und Jauer und andere, waren weit entfernt, sich mit ihnen zu verbinden; höchstens wollte man stillsitzen, auch dem Könige nicht helfen. Die mährischen Kommunen wandten sich lieber an den Kaiser. Die Klage- und Bittschriften der Barone an die deutschen Fürstenhöfe kamen uneröffnet an den König.[7] Weder kaiserliche Zusagen noch päpstliche Bullen brachten Trost, nur die Festigkeit der Burgen. Rasch umschoß

[1] Archiv XII. 339—340; 342—345. Wie sehr man Ungarn festhalten wollte, zeigt ebendort 342—343.

[2] War es ja in der Ansbacher Werbung als Hauptzweck hingestellt, „das solches Concilium yttund gegenwertiglichen gehalten werde, um Kampf und Krieg zu vermeiden." Archiv VII. 45.

[3] Archiv VII. 44—46. Das Schreiben, vom 5. Juni 1467 datiert, ist sonst vielfach bezeichnend. So sagt der König (es ist natürlich Heimburg dahinter) sehr zutreffend: Soll ein geistlicher Richter Macht haben in einem Schein geistlicher Ursachen, den weltlichen Fürsten ihren fürstlichen Gewalt zu benemen, so mocht kein weltlicher Fürst länger herrschen, denn es ihm von der Geistlichkeit vergönnt werde". Ebendort 46. Dieselben Ausdrücke (latein.) bringt der Brief an Kasimir von Polen, Font. rer. Austriac. XX. 460—462, Nr. 396.

[4] Die Absagen an Zdenko von Sternberg und Burian von Guttenstein im Archiv český IV. 139—140.

[5] Am 23. sagen Sternberg und hinwiederum dessen Hauptleute und Dienstmannen dem Könige ab. Ebendort 140—141.

[6] Jorg Jur schreibt so aus Prag nach Eger. Fontes rer. Austriac. XLIV. 628, Nr. 513.

[7] Archiv VII. 45. Eschenloer, II. 10. Font. rer. Austr. XLII. 418—420, Nr. 312; 424, Nr. 315 u. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herzog Heinrich mit sieben Heeren „ebensoviel Schlösser der Widersätzigen" in Böhmen.[1] Viktorin hielt später Mähren im Zaum. Andere Scharen schützten die getreuen Schlesier. Hier fußte des Königs Macht auf solider Grundlage.

Ein jäher Schreck erfaßte die Gegner. So groß früher bei vielen, namentlich in Breslau, die Siegeszuversicht gewesen war, so sehr begannen nun die Besonnenen zu zittern. Wo blieb denn die „mächtige Hilfe" von außen, deren man sich versehen, der einmütige Abfall der katholischen Nebenlande und der Altgläubigen in Böhmen selbst? Der Breslauer Bischof, der kluge Jost von Rosenberg, sprach denn auch dem Legaten Rudolf und dem Rat der Stadt solange warnend zu, bis seine Vorstellungen Eindruck machten. Aber als man endlich zu einer Beratung zusammenkam, störte die fanatische Geistlichkeit die Sache aufs neue: So mächtig der König sei, riefen die Eiferer, so könne er doch nicht siegen. Kaiser Friedrich (II.) sei viel mächtiger gewesen als zehn „Girsik" und doch habe ihn die Kirche abgesetzt und verstoßen. Nach allem auch, was man in Rom vorgebracht und ausgerichtet habe, sei es nun zum Einlenken zu spät.[2] Mit Mühe erreichte der Bischof, daß man wenigstens daran ging, einen großen Bund aller, die ringsum sich als Gegner des Gebannten erkennen ließen, zu errichten. Jost selbst schloß einen Vertrag mit der Stadt.[3] Aber noch lag kaum der Bundesbrief vor, als in Schlesien der Kampf begann. Bald gingen des Bischofs Warnungen in Erfüllung.[4]

Am wenigsten konnte der Lauf der böhmischen Dinge dem Kaiser gleichgültig sein. Er sah nicht nur seine Autorität, sondern, was ihm wichtiger war, auch wieder seine Erblande von Böhmen her in Gefahr. Aufs neue suchte er nun, wie berührt,[5] Fühlung mit den maßgebenden Fürstenhäusern des Reiches, um nach seinem Sinne entscheidende Beschlüsse der künftigen Reichsversammlung vorzubereiten. Zugleich

[1] Font. rer. Austr. XLII. 415, Nr. 307 und 308. Für die kriegerischen Details bringt jetzt neues interessantes Material Bd. VII. des Arch.. český: Dopisy rodů Hradeckého a Rosenberského 1450—1526, S. 270 ff.

[2] Eschenloer, Gesch. II. 8—10. Die Versammlung fand am 20. März statt.

[3] Eschenloer, Gesch. II. 11. Vgl. auch Font. rer. Austr. XX. 442—444; 445—452. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 223—225.

[4] Eschenloer, Histor. Wratisl. 126. Zu Anm. 4 sei bemerkt, daß die eingeklammerten Worte wohl heißen müssen: Et si mutabitur (forma lige concepta), postea clarius habebitur videri.

[5] S. 72. Hierher gehört auch das Schreiben Markgraf Albrechts bei Höfler, Kaiserl. Buch 117—118, das beweist, wie gern Markgraf Albrecht die vom Kaiser dargebotene Hand ergriff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

war er bemüht, vor allem die innere Ruhe in den Erzherzogtümern herzustellen.

Wie im November 1466,[1] so tagten neuerdings im Mai 1467 österreichische Landstände in Korneuburg, mit den Angelegenheiten der engeren Heimat und der hartbedrängten obderennsischen Provinz beschäftigt. Denn trotz aller Mühe, die sich der im Februar 1467 um den Kaiser versammelte Linzer Landtag um die Befriedung des Landes gegeben,[2] trotz der Tapferkeit und Erfolge der kaiserlichen Führer und Truppen, denen sich bei der Unternehmung auf Steier auch des Kaisers Neffe Albrecht von Sachsen zugesellte,[3] standen die Stein, Pucheim und, nach erfolgloser Teidigung, auch wieder Stephan Eizinger bis in den Sommer hinein trotzig aufrecht. Jetzt ließ der Kaiser in Korneuburg ersuchen, jenen aus den Herren und aus der Ritterschaft, die er „jedes Jahr zur Befriedung von Land und Leuten" und zur Herstellung des Landfriedens im Fürstentume Österreich unter der Enns geordnet, nach Kräften zu helfen, sowie er auch „aus seinen inneren Landen Zuschub und Beistand" thun wolle. Die Stände wurden aufgefordert, mit den aufständigen Baronen in Oberösterreich eine Teidigung zu versuchen, und falls dies nicht gelingen sollte, „ihrem Mutwillen und weiterer Beschädigung des Landes durch sie zu wehren". Sie sollten endlich in wichtiger Angelegenheit dem Kaiser raten, was er auf die Bitte der mährischen Städte Znaim, Iglau, Olmütz und Brünn, sie in seinen Schutz zu nehmen, antworten solle, „nachdem Herr Jorge, etwan König von Böhmen, von königlicher und markgräflicher, fürstlicher und aller Würde entsetzt sei".

Die bezeichnende Antwort ließ die gewohnte vorsichtige Zurückhaltung nicht vermissen. Aber sie bewies doch, daß auch in jenen Tagen die Stände des Kernlandes der österreichischen Monarchie über den Kreis der eigenen Interessen hinaus den Blick zu richten pflegten auf die größere Stellung und Aussicht ihres Herrn. Wäre es bisher in den böhmischen Dingen, erklärten sie, des Kaisers sorgsames Bestreben gewesen, daß Österreich des Krieges vertragen bleibe, so sei, sobald man den Städten

[1] Dessen Akten erkenne ich in dem Schriftstücke bei Chmel, Mat. II. 291—293. Bezüglich des hier erwähnten Brünner Tages s. Teleki, Hun. Kora XI. 179—181.

[2] Den schweren Anschlag, den sie bewilligten, s. bei Kurz, Österreich unter Kaiser Friedrich IV, II, 242, Beil. Nr. 34.

[3] Was sein Bruder Ernst, — ob aus Rücksicht auf Böhmen? — übelnahm. Vgl. Ermisch, Studien 40. Auch Archiv XII. 336—338. v. Langenn, Albrecht der Beherzte, 58 ff. Über die Kämpfe auch V. Preuenhuber, Annales Styrenses, 118—119.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Mährens solchen Schutz und Schirm gewähre, „der Krieg offen". Aber auch dem Kaiser abzuraten, sei schwer für sie. Böhmen und Österreich seien in Erbverbrüderung, sodaß, wenn die Fürsten des einen Landes mit Tode abgehen, ihre Lande und Leute an die anderen erblich fallen. Sie hielten es also immerhin für möglich, sich der Städte anzunehmen, falls sie dem Kaiser „endlichen" Gehorsam thun wollten; nur müßten es die vollzähligen Landtage beider Österreich und der inneren Lande des Kaisers für gut finden.

Im übrigen konnte eine derart zweideutige Antwort die kaiserlichen Kommissäre nicht befriedigen. Auch hinsichtlich der neuen Leistungen der Landschaften zur Bewältigung der inneren Ruhestörer vermochte man sich weder hier noch in Linz zu verständigen.[1] Um die Zeit, als der Prälatenstand Oberösterreichs, von kaiserlichen Geboten bedrängt, sich Nachsicht erbat, da es ihm schwer, ja unmöglich falle, seine Quote der Landsteuer für die kaiserlichen Völker — über 400 Pfund monatlich — aufzubringen,[2] fanden sich Abgeordnete vom Korneuburger Landtage in Wiener-Neustadt ein, dem Kaiser auch des Landes Forderungen und Erbietungen kundzuthun. Sie erhielten gnädigen Bescheid.[3] Doch wurde zu neuer Beratung wieder ein Landtag, nun an den kaiserlichen Hof in Neustadt selbst, ausgeschrieben, der auch zu stande kam.[4]

Ungleich wichtiger war, was der Kaiser von den Beschlüssen des Nürnberger Reichstages erwartete. Bundespflicht und Verwandtschaft hatten die Fürsten Mittel- und Ostdeutschlands nicht um den Böhmenkönig zu scharen vermocht. Nun in Nürnberg mußte sich zeigen, ob sie Unterthanenpflicht und Ergebenheit an die Seite des Kaisers führte, wenn ihn Papst und Kirche und Ungarkönig nach Kräften unterstützten. Denn die böhmische Frage und nicht Türkenkrieg und Landfriede, welche als die Beratungsgegenstände des auf den 17. Mai,[5] dann den 15. Juni ausgeschriebenen Tages bezeichnet wurden, stand im Vordergrunde. Darum waren auch viele der fernen Reichsglieder, namentlich

[1] Der Landtag war auf den 24. Mai angesagt; da jedoch der Brief der mährischen Städte vom 22. Mai ist, und sicher erst, ehe er dem Landtage zukam, dem Kaiser in Wiener-Neustadt vorlag, so müssen die Beratungen etwas später stattgefunden haben. Die Akten des Landtages erkenne ich in dem Schriftstücke bei Chmel, Mater. II. 294—296. Hier auch der Brief der mährischen Städte, den Chmel wiederholt (Reg. II. 508—509, Nr. 5010) abgedruckt hat.

[2] Die Bittschrift an den Kaiser bei Kurz, II. 242. Beil. 34.

[3] Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II, 252, Nr. 394.

[4] Ebendort II. 253, Nr. 397.

[5] Schreiben des Ungarkönigs an die Nürnberger in Font. rer. Austr. XLVI. 43, Nr. 23.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

aus Norddeutschland, zum Tage gar nicht geladen, obwohl sonst Papst[1] und Kaiser gleich eifrig zur Beschickung mahnten. Auch fand sich, solange des Kaisers Sonderverhandlungen betreffs Böhmens anderweitig eine Entscheidung erwarten ließen, bei den Beteiligten wenig Teilnahme für den Tag, den sie vor allem auf St. Kilianstag (8. Juli) verschoben wünschten.[2] Als aber dort eine Einigung nicht erzielt wurde, so führte dies eine um so größere Anzahl von Fürsten persönlich auf den Reichstag. Die Fortsetzung der so wichtigen Verhandlungen über die Bildung einer Reichspartei und das Kriegsgetümmel in der böhmischen Nachbarschaft mahnten ja eindringlich, nichts zu versäumen und bei Entscheidungen die Haltung zu dem Kaiser und dem Böhmen betreffend dabei zu sein.

Am 14. Juli konnte der Reichstag mit einem feierlichen Gottesdienste, den der Kardinal von Augsburg hielt, in Gegenwart der kaiserlichen Bevollmächtigten, des Legaten Laurenz von Ferrara, des Erzbischofes von Gran, der mit einem Magnaten[3] und zahlreichem Gefolge für König Matthias von Ungarn erschienen war,[4] der Herzöge Ernst und Albrecht von Sachsen, der Markgrafen Friedrich, Albrecht und des letzteren Sohn Johann von Brandenburg, des Erzherzoges Sigmund von Österreich, der Herzöge Ludwig von Bayern-Landshut und Otto von Mosbach Markgraf Karls von Baden und der Bischöfe von Regensburg, Eichstädt, Speyer, der den Pfalzgrafen vertrat, Bamberg, Würzburg, Lüttich, Brixen, der Räte der drei geistlichen Kurfürsten und anderer Fürstenräte, sowie einer Anzahl Städteboten eröffnet werden. Dazu kam später noch eine Botschaft der Herren von München: sie, die erst die Kosten sparen wollten, schämten sich hinterher doch der Nachrede;[5] ferner Abgesandte der böhmischen Unzufriedenen, der Domdechant

[1] Sein Ersuchen an Sigmund von Tirol notiert Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1174.

[2] Vgl. das Schreiben Ulrichs von Graseneck bei Janssen, F. R. II. 251—252, Nr. 393. Er ward mit Bischof Ulrich von Passau, Herzog Sigmund von Tirol und dem Marschall von Pappenheim am 5. Juni vom Kaiser zum Tage gefertigt. Chmel, Reg. II. 512, Nr. 503. Durch sie gingen offenbar auch die Verhandlungen zwischen dem Kaiser, Landshut und Ansbach, die in Landshut stattfanden.

[3] Es ist (nach Müller, Reichsth. II. 262) Nikolaus Czupor, Woiwode von Siebenbürgen.

[4] Fontes rer. Austriac. XX. 468—469, Nr. 403. XLIV. 630, Nr. 515. Müller, l. c. 262. Eschenloer, Histor. Wrat. 140.

[5] Vgl. den Bericht vom Tage bei Kluckhohn, Exkurs 10, S. 376 ff. Auch Graf Haug von Werdenberg traf noch am Tage ein. Ebendort 379. Höfler, Kais. Buch 125 ff. Wilhelm von Sachsen aber wurde geradezu mit dem Banne bedroht, wenn er sich zu solcher Zeit der Kirche und dem Reiche entziehe. Font. rer. Austriac. XLIV. 634.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hilarius, Administrator des Erzbistumes Prag, Leonhard von Guttenstein und ein schwanbergischer Dienstmann,[1] eine Botschaft Johanns von Rosenberg.[2] Der Böhmenkönig schickte ein Schreiben mit der Bitte, der Reichstag möge zum Behufe der Entscheidung seiner Streitsache mit dem Papste für die Einberufung eines Konzils eintreten;[3] im selben Sinne schrieb er auch an den Erzbischof von Gran.[4] Ein Agent Georgs, Otto von Sparneck, barg sich in der Ansbacher Gefolgschaft.[5]

Oft genug war in den letzten Zeiten hervorgehoben worden, daß des Papstes Streit mit dem Böhmen für den so nötigen Türkenzug die schwerste Störung bedeuten müsse. Nun erprobte man das in Nürnberg sofort. Wohl ward die Verhandlung mit der Türkensache begonnen und Papst, Kaiser und Ungarkönig ließen versichern, daß sie in dieser Hinsicht an den Beschlüssen des letzten Reichstages ein Gefallen gehabt und denselben genüge gethan; das Reich möge ihnen weiter nachgehen. Das versprachen auch die kurfürstlichen und fürstlichen Räte. Aber nach zwei Wochen war man auch nicht weiter, und ebenso ging es mit den Beratungen über den allgemeinen Landfrieden, so sehr er allen als notwendige Vorbedingung eines energischen Auftretens nach auswärts erschien.[6] Mit alleiniger Ausnahme etwa der ungarischen Botschaft nahmen diesmal nicht bloß die kurfürstlichen und fürstlichen Stände, sondern selbst auch die kaiserlichen und päpstlichen Vertreter[7] den Türkenkrieg kaum ernst. Alles beherrschte, beeinflußte der große böhmische Streit. Schon während der Verhandlungen über den Frieden kam man darauf, da die weltlichen Fürsten alle der Meinung waren, „die böhmischen Sachen auch damit zu befrieden"; auch Böhmen war ja Reichsland. Dem traten der Legat, und hinter ihm standen die kaiserlichen Kommissäre und alle geistlichen Fürsten, entschieden entgegen. Er erklärte unverhohlen den böh-

[1] Zu ihnen muß noch Burian v. Guttenstein gekommen sein. Höfler, Kaiserl. Buch 143. Müller 262.

[2] Font. rer. Austr. XX. 474. Vgl. auch Kluckhohn, Exkurs 10, 378.

[3] Höfler, Kaiserl. Buch 142—143. Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 266—267.

[4] Font. rer. Austr. XX. 468—469, Nr. 403.

[5] Vgl. Archiv XII. 48. Font. rer. Austr. XX. 466, Nr. 400. XLVI. 52, Nr. 45.

[6] Kluckhohn, Herzog Ludwig 269. Exkurs 10, 377—370. Müller, Reichstagstheatrum II. 274—277. Das Schriftstück ist, wie bereits Kluckhohn l. c. Anm. * richtig bemerkt, nur ein Gutachten der Fürsten.

[7] Der Münchner Berichterstatter sagt freilich: „Die Legaten wollen von nichts heren dann von der Türkensach" (Kluckhohn 377), aber er selbst fügt hinzu: „Doch glaub ich wohl, sy werden anderst geweyst, so dye herrn zusammen kummen".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mischen Prozeß für eine Sache, in der man die Maßnahmen des heil. Stuhles nicht hindern dürfe. Dann ging man in direkte Verhandlung darüber ein. Als nämlich der Bischof von Passau als das Haupt der kaiserlichen Gesandtschaft eine päpstliche Bulle und die Abschrift einer zweiten mitteilte, „enthaltend, daß der Papst seine kaiserliche Gnade um Hilfe und Beistand wider die Beheimen ersuche, daß auch seine Heiligkeit begehre, daß das Königreich mit einem christlichen Könige wiederum versehen werde,“[1] als die Gesandten des Herrenbundes, ersichtlich von den Vorsitzenden gefördert, „alle Bosheiten des Girziken von Podiebrad entblösset und die Beständigkeit der christlichen Herren (des Herrenbundes) erzählet und zu erkennen gegeben“, als endlich eine päpstliche Bulle verbreitet ward, durch die alle mit König Georg verbündeten Fürsten von den Pflichten ihres Bündnisses gelöst wurden und man auch sonst „den alten weiland König Jersiko täglich in Nürnberg bannte“: da erhoben sich endlich auch die Freunde des Königs für ihn. Sie wiesen hin auf des Königs Waffenerfolge in dem begonnenem Kampfe[2], und war man von der Forderung eines Konzils, wie es der König wünschte, weit entfernt, so ließ doch Kurfürst Ernst von Sachsen in offener Versammlung durch seinen Obermarschall Schriftstücke verlesen, in denen Georg von Böhmen „König“ genannt wurde: Es war der Fingerzeig, daß für Ernst und seine Gesinnungsgenossen bis zum Standpunkte der Kurie in dieser Sache ein weiter Weg sei. Freilich verließen darauf mit dem Legaten und dem Kardinal von Augsburg sämtliche geistliche Mitglieder des Reichstages die Versammlung, die für diesmal aufgehoben werden mußte.[3] Markgraf Albrecht, der sich umsonst um die Lösung des auf ihm lastenden Bannes bemühte,[4] begab sich nach dem nahen Kadolzburg.

Fanden die Päpstlichen in Nürnberg bei den weltlichen Fürsten wenig Entgegenkommen in der böhmischen Sache, so zeigten sich darin noch schärfere Differenzen zwischen diesen und dem Kaiser. Bei der Beratung des Landfriedens hatten die Fürsten begehrt, daß gegen jeden, der den Frieden breche, „der Kaiser und alle anderen Fürsten darzu Hilfe thun sollten, damit der oder dieselben Friedbrecher zum Frieden gebracht würden“.

[1] Vgl. Kaiserl. Buch 142.

[2] Archiv VII. 49: Markgraf Albrecht an König Georg: „ist ewer appellation und erbietung, auch ewer gewinnung in den kriegslaufften nach gebürnis zu entdecken den hochsten und den nydersten unverhalten pliben“.

[3] Font. rer. Austriac. XX. 472—474 (Bericht nach Görlitz).

[4] Font. rer. Austriac. XLVI. 53. Kaiserl. Buch 125—126. Sparneck, den Guttenstein gesehen und erkannt, hatte schon früher Nürnberg verlassen müssen. Font. XLVI. 52.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nicht die kaiserlichen Räte allein sahen darin einen Versuch der anwesenden Fürsten, insgesamt „in ein Bündnis und Einung" miteinander zu kommen. Sie traten dem entgegen. Denn waren, wie die Sachlage ergab, dem Kaiser die brandenburgischen Fürsten ganz, die sächsischen halb entfremdet, Landshut nicht gewonnen, der Pfalzgraf ein offener Gegner, wem vor allem konnte eine Vereinigung aller gefährlich werden?[1]

Freilich waren so von vornherein die Aussichten nicht groß auch für jene feste Vereinigung, die der Kaiser seinerseits in Anbetracht der bedrohlichen Zustände in und um Böhmen mit den Fürsten einzugehen gedachte. Zwar die Annäherung zwischen den alten Gegnern, Markgraf Albrecht und Ludwig von Landshut, die bisher immer noch nicht glücken wollte, weil das beiderseitige Mißtrauen zu tiefgewurzelt war und Markgraf Albrecht alles aufbot, den Herzog bei dieser Gelegenheit zu bewegen, den Brief über die Rother Richtung, „den Schandbrief", wie er ihn nannte,[2] herauszugeben oder doch in des Kaisers Hände zu legen, schien nun bessere Aussichten zu gewinnen. Die Fürsten begegneten sich im persönlichen Verkehre freundlich und auch die maßgebenden Räte, hier Peter Knorr, dort Martin Mair, zeigten guten Eifer.

Aber aus solcher Berührung erwuchs rasch ein anderer Entwurf. Wie die Dinge lagen und besonders mit Rücksicht auf Böhmen war die Interessengemeinschaft der Herren von Sachsen, Brandenburg und Bayern weit größer, als jene zwischen ihnen und dem Kaiser. War es da nicht das klügste, wenn sie einen Bund untereinander schlossen und ihn auf ihre Häuser beschränkten? Sie wurden dadurch stark genug, ihre Neutralität gegen Böhmen und den Anforderungen von Papst und Kaiser gegenüber aufrecht zu erhalten. Und der Bund bekam Inhalt und Richtung, wenn er es unternahm, den Böhmenkönig mit der Kurie zu versöhnen und dem Kaiser jene Deckung gegen böhmischen Überzug zu verleihen, die auch ihm eine Anteilnahme an der Friedensaktion ermöglichte.

In der That gewann der Vorschlag — von welcher Seite er ausging ist unsicher und ohne Belang — Beifall. In eifriger Verhandlung suchte man über die Grundlinien eines Einungsvertrages der drei Häuser, namentlich die Hilfeverpflichtung und wer auf- und wer ausgenommen werden sollte, einig zu werden. Auch galt es sofort, die Art, wie man die böhmische Vermittelung ins Werk setzen und wie der versammelte Reichstag, Kaiser und Papst dafür gewonnen werden sollten,

[1] Kluckhohn, Exkurs 10, 378.

[2] Kaiserl. Buch 117.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

festzustellen. Daß die Fürsten selbst sich deswegen sehr anstrengten, läßt sich eben nicht sagen. Sie „gingen" wohl „mit ihrer Bundnus", aber auch mit „täglichen Tänzen um". Auch ritt gelegentlich eine Anzahl von ihnen nach Kadolzburg hinaus zu Markgraf Albrecht, „mit demselben Kurzweil und Waidschaft zu treiben".[1] Immerhin schien die Sache aussichtsvoller als alles, was man sonst in Nürnberg plante.

Auf die Aufforderung der Bevollmächtigten des Kaisers, zu raten, wie er sich in der böhmischen Sache „auf des Papstes Erfordern halten solle", hatten die geistlichen Besucher des Tages sich „ein Bedacht genommen bis zum Abschiede des Tages". Die weltlichen Kurfürsten und und Fürsten stimmten einmütig dafür, „sein Gnade solle sich darein legen, zu teidigen zwischen dem König und seinen Widersessigen in der Krone, desgleichen zwischen ihm und der Kirche; es sei da nötig, zunächst einen Stillstand auf etliche Jahre abzuschließen und in dieser Zeit daran zu arbeiten oder die Nachbarn des Königs daran arbeiten zu lassen", allen Streit hinzulegen; sie selbst seien willig, mit allen Kräften dazu zu helfen. So fördere man auch am besten den Türkenzug.[2]

Darüber kam man nicht hinaus. Städte und geistliche Fürsten waren auch bei weiterer Verhandlung nicht dazu zu bringen, einen bestimmten Vorschlag zu machen.

Und nun erboten sich hinsichtlich der Vermittelung in Böhmen unter der Zustimmung aller weltlichen Fürsten die drei Häuser Sachsen, Bayern und Brandenburg, „die dann mit dem Königreich zu Beheim grenzen und Nachbarn sind", in dem, worin sie „dazu seiner Majestät geraten und gedienen könnten", „Mühe, Kost und Arbeit nicht zu sparen".[3] Es wurde auch sofort ein eingehender Entwurf vorgelegt. Sowohl die Art, wie in der Sache weiter vorzugehen wäre, als auch die Hauptpunkte eines Sühnevertrages des Königs mit der Kirche und zwischen dem Kaiser und seinen empörten Unterthanen waren darin enthalten[4]. Dem gab der Legat notgedrungen seine Zustimmung, zumal nachdem er sich

[1] Münchner Bericht l. c. 377, 379. Vgl. auch die Erzählung Markgraf Albrechts über seinen Verkehr mit Herzog Ludwig, Kaiserl. Buch 167.

[2] Brief Markgraf Albrechts an König Georg von Böhmen vom 23. Juli. Arch. XII. 48. Vgl. Pfälzer Bericht bei Kluckhohn, Exkurs 10, 379.

[3] Pfälzer Bericht l. c. Markgraf Albrecht an König Georg am 14. Aug. Arch. VII. 49.

[4] Der Entwurf bei Höfler. Kaiserl. Buch 135—147; er scheint aus den Vereinbarungen der brandenb.-sächsischen Räte hervorgegangen zu sein, an denen dann die den Oberhäuptern einigermaßen näher stehenden Landshuter und auch der päpstliche Bevollmächtigte manche Abänderung veranlaßt haben mögen. Daß direkt mit dem Legaten verhandelt wurde, zeigt Kaiserl. Buch 136.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

überzeugt und wohl auch dafür gesorgt hatte, daß der Entwurf dem Standpunkte des heiligen Stuhles wenigstens prinzipiell Rechnung trug. An den Kaiser brachten sächsische Gesandte das Schriftstück mit der Bitte um Gutheißung.[1]

In formeller Beziehung ward weiter beschlossen, daß gleich von Nürnberg aus Boten[2] Sachsens die Zustimmung des Böhmenkönigs zu der ganzen Aktion einholen, für deren Durchführung vor allem einen Stillstand im Kriege in und um Böhmen bis Georgi 1468 begehren und dann am 17. September zu Landshut vor den Räten der anderen Vermittler Bericht erstatten sollten.[3] Bis dahin, — das war natürlich Sonderabmachung —, wollten die Fürsten auch mit ihrer Einung im Reinen sein: deren Besiegelung mußte die sichere Grundlage für die weiteren Schritte abgeben.

So endete die Verhandlung über die böhmische Angelegenheit, die, wenn auch wie eine Episode in die Reichstagsverhandlungen hineingeflochten, doch deren Kern und Angelpunkt darstellt, mit einem kaum verhüllten Mißerfolge der kaiserlichen und päpstlichen Politik. Statt sich das Reich und seine Fürstenhäuser für seine kriegerischen Zwecke gefügig zu machen, hatte sie der Kaiser durch seine böhmenfeindliche Haltung zu engem Anschlusse aneinander hingedrängt. Ihm boten sie nur zu gemeinsamer Vermittelung die Hand.

Kein Wunder, daß sich auf diesem Reichstage auch kein Ergebnis fand in jenen Angelegenheiten, die formell als eigentlicher Zweck der Beratungen hingestellt worden waren. In der Landfriedenssache kam man nicht voran, „wiewohl Jedermann den Fried gern hätt und dazu geneigt wär". Die Fürsten vermochten sich eben Satzungen ohne Exekution nicht zu denken, die kaiserlichen Räte aber sprachen sich gegen die deshalb beantragten Sondereinungen unter den Fürsten aus: sie wollten nur eine Vereinigung der Fürsten unter der Führung des Kaisers und in der von ihm vorgeschlagenen Form. Als dann jene Sonderverhandlungen begonnen hatten und Herzog Ludwig und Markgraf Albrecht daran waren, „einer Bündniß zu machen unter ihnen selbs", blieb den anderen nichts übrig, als zuzuwarten. Aber auch die beiden wurden nicht eins. So beschloß man denn endlich, „dem gemeinen Frieden" vom nächstvergangenen Martinitage (11. Nov. 1466) „nachzufolgen", mit der

[1] Ergiebt sich aus Höfler, Kais. Buch 149.

[2] Höfler, Kais. Buch 146. Archiv VII. 49. Fontes rer. Austriac. LXVI. 642—643.

[3] Kaiserl. Buch 146—147.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dort beliebten Art der Bedrohung von Friedensbrechern.[1] Der Friede ward auf fünf Jahre, aber unter Wahrung der Rechte, Freiheiten und des Herkommens aller Reichsstände und Unterthanen, verkündet.[2]

Ganz ähnlich erging es in der Sache des Türkenzuges. Als es sich darum handelte, die Beschlüsse des letzten Reichstages durchzuführen und 6000 Mann zu Roß und 14000 zu Fuß nach Ungarn zu schicken, war alles willig. Nur wegen einiger Stücke, versicherten die Räte der Kurfürsten und Fürsten, „nämlich von der Indulgenz und des Geldes und des schiffreichen Heeres" wegen, müßte man noch ins Reine kommen. Dann ward die Schwierigkeit, sich über den Landfrieden zu einigen, auch hier ein Hindernis. „Wo der Fried einmütiglich beschlossen würdet, so wird der Zug an die Türken ohne Zweifel beschlossen." Und als endlich der Friede in obiger Art vereinbart war, da stieß man sich an dem Verteilungsmodus der 20000 Mann. „Und meinen die Fürsten, denselben Anschlag soll der Kaiser thun; so meinen die Kaiserlichen, der Anschlag soll mit der Fürsten Rath beschehen". „In dem Krieg sein wir", schreibt der Münchner Rat nach Hause, „wol acht Tag mit grossem Verdruß gestanden, und versehen uns, es möcht wol nichts aus den Dingen, denn ein ander Tag werden, als der deutschen Sitte und Gewohnheit ist."

Und so geschah es auch. Weil der „Anschlag" für das ganze Reich gelten sollte, dagegen nur eine Minderzahl von Reichsständen vorhanden wäre, fand man, daß unter Zuziehung der Abwesenden ein neuer Reichstag gehalten werden müsse. Derselbe ward auf den heiligen Dreikönigstag (5. Jan.) 1468 nach Regensburg angesetzt. Nicht bloß Kaiser Friedrich, sondern auch eine Anzahl der jetzt in Nürnberg anwesenden Kürfürsten und Fürsten sollte im eigenen und im Namen des Reiches die Säumigen mahnen, den Regensburger Tag zu besuchen oder wenigstens mit bevollmächtigten Räten zu beschicken[3].

Solcher Beschluß geschah am 20. August.[4] Schon eine Woche früher

[1] Pfälzischer Bericht bei Kluckhohn, Exkurs 10, 378.

[2] Reichsgeschichte I. 609.

[3] Vgl. Font. rer. Austriac. XLIV. 640—641, Nr. 521; Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 253—254, Nr. 399. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1188 und 1190 (Schreiben des Kaisers an Ernst von Sachsen, die Frankfurter, den Herzog Sigmund von Tirol, den Kardinalbischof von Augsburg).

[4] An Quellen für den Tag lagen mir außer den schon genannten Berichten aus der brandenburgischen, sächsischen und bayerisch-münchener Kanzlei und der Meldung nach Görlitz, dann der Korrespondenz des Markgrafen Albrecht mit seinen Räten in Nürnberg und mit König Georg von Böhmen, den Ausschreiben des Böhmenkönigs und einem Teil der pfälzer Korrespondenz u. a. noch ungedruckte Stücke aus den

hatte Albrecht von Sachsen, dann hatten die pfalzgräflichen Räte, endlich Herzog Ludwig von Landshut und mehrere andere Nürnberg verlassen. Der Reichstag hatte sein Ende erreicht.[1]

Fünftes Kapitel.

Der Hussittenkrieg des Jahres 1467. Die Vermittelung des Reiches abgelehnt. Neue Bemühungen des Kaisers um einen Fürstenbund gegen Böhmen. Die Tage von Landshut und Regensburg. Das Reich bleibt neutral.

„Und als ich noch höre sagen und vernimm", schreibt Erhard Frank noch am 30. Juni 1467 nach Eger, „haben die Herren nicht Anderer Beistand, dann die jetzt albereits vor Augen sind; so sein sie zu schwach und werden zu schicken genug gewinnen."[2]

In einer Hinsicht war dies durchaus zutreffend. Im Innern des böhmischen Hauptlandes, auch in dessen Nord- und Nordweststrichen kam des Königs geschlossene geordnete Macht, von konzentrischer Stellung aus geleitet, kam seine Übermacht „an reisigen Zeug und an Fußknechten"[3] rasch und überwältigend zur Geltung. Hier fühlten die Sternberge und Hasenburge des Königs schwere Hand. Von den königstreuen Utraquisten umschlossen, von ihren Bündnern durch zum Teil weite Entfernungen getrennt, vermochten sie kaum an Entsatz ihrer belagerten Burgen zu denken, da ihre eigenen Kräfte zu schwach und die schon jetzt zum Ketzerkampfe herbeiziehenden Kreuzerscharen weder nach Zahl noch Ausrüstung und Führung feldtüchtig waren.[4]

Archiven von München, Bamberg und Nürnberg vor, von denen ich einiges eben im Font. rer. Austriac. XLVI. 51 ff. zum Abdrucke brachte. Eine etwas eingehendere Schilderung des Tages bieten bisher nur Kluckhohn, Ludwig der Reiche 208 ff., und Ermisch, Beiträge 46 ff.

[1] Den Abschied des Reichstages in der Türkenfrage stellt das Schriftstück bei Müller, Reichstagstheatrum II. 289—290 und die Antwort an die ungarische Gesandtschaft ebendort 281—282 dar; dazu kommt ein besonderes Anbringen an den Kaiser in der böhmischen Sache, welches zur Vermittelung auffordert und die guten Dienste der Häuser Sachsen, Bayern und Brandenburg dabei anbietet; doch geht es von den Kurfürsten und Fürsten aus (da der Legat beistimmte, wohl auch von den geistlichen Fürsten). Als ein Bruchstück davon erkenne ich die Aufzeichnung in Fasc. II. der Reichs-Kreis-Unionsakten im Münch. Staatsarch., die Kluckhohn 379 mitteilt. Vgl. auch Kaiserl. Buch 149 und 147 Nr. 70 und 68.

[2] Font. rer. Austriac. XLII. 425.

[3] Ebendort 424. Eschenloer, Geschichten II. 22.

[4] Daß Kreuzerscharen schon in den ersten Monaten des Krieges nach Böhmen

Dort aber, wo die Besitzungen der Barone zusammenlagen, wie dies bei den Kolowraten, Guttensteinen, Schwanbergen, Plauen, Riesenbergen im Westen Böhmens und um Pilsen, bei den Neuhausen, Landsteinen, Sternbergen und (den später sich beigesellenden) Rosenbergen im Süden der Fall war, wo die katholische Bevölkerung in geschlossener Masse saß und an großen wohlbesetzten Städten einen sicheren Rückhalt hatte, wie in den Lausitzen, dem größeren Teil Schlesiens und teilweise auch in Mähren, wo endlich der Aufstand geradezu auch direkten Zulauf besaß von jenseits der Grenze, was von Österreich, rasch auch von Ungarn und Bayern galt: da behaupteten sich die Empörer. Ja hier kamen, nachdem erst Gewinn und Verlust gewechselt, der König und die Seinen nach und nach in Nachteil, sodaß schließlich, obwohl die Königlichen immer noch in Mähren und Schlesien wichtige Plätze und Stellungen behaupteten und wiederholt mit beträchtlicher, ja überlegener Macht im Felde auftraten, die Nebenlande im wesentlichen verloren waren.

Danach gewann der zweite Hussittenkrieg des Jahrhunderts gleich zu Beginn seine Signatur, und er behielt sie trotz aller Schwankungen bis zu seinem Ausgange.

Auch der Verlauf des kriegerischen Details entwickelte sich dementsprechend. Zu Herzog Heinrich, der am 24. April die ersten Scharen gegen Raudnitz, das feste Schloß Zdenkos von Sternberg, führte, stießen am folgenden Tage die von Saaz und Laun; er hatte nun an 5000 Mann. Aber auch der Befehl des Königs traf ein, vorerst still zu liegen und niemandem Schaden zu thun. Noch waren die Fehdebriefe mit den Hasenburgen nicht gewechselt, stand man vielmehr mit Herrn Ulrich Hase in Verhandlung. Auch wollte man in Prag noch immer nicht recht an den Krieg glauben.[1] Aber schon drei Tage darauf waren neben Raudnitz noch fünf andere Schlösser Sternbergs, darunter das wichtige Konopischt (Hanfstengel), belagert, umschloß ein Aufgebot der Prager die feste Mieschitz, nordöstlich von ihrer Stadt, und führte zu gleicher Zeit des Königs Schwager, Herr Leo von Rosenthal auf Blattna, eine bedeutende Macht gegen die Barone der Pilsner Gegend, besonders die von Guttenstein und Schwanberg.[2]

strömten, beweist Font. rer. Austr. XLVI. 52 und Eschenloer, Geschichten II. 70. Vgl. auch Ermisch 46, 58. Kluckhohn 265. Die Angaben Eschenloers, Geschichten II. 27—28 a. a. fußen wesentlich auf seinen Beobachtungen in Schlesien.

[1] Neben Fontes rer. Austriac. XX. 450 vgl. man XLIV. 628: Und man hofft fere, die merer meng, das noch yeczund aus dem gegröll nichtz werd, es werd noch unterkomen".

[2] Font. rer. Austr. XLII. 428.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Rasch kamen auch die Festen der Hasenburge, da die Verständigung ausblieb, an die Reihe, erst Chwatierub, dann das Stammschloß des Geschlechtes bei Budin selbst und die festen Sitze im Königgrätzer Kreise.[1] Man setzte den Befestigungen mit Geschütz zu,[2] an dem freilich so wenig Überfluß war wie an Leuten, sie zu bedienen.[3] Bei den stärksten mußte man sich begnügen, sie zu blockieren und womöglich auszuhungern.[4] Auch Herzog Viktorin, der zuerst Schloß Sternberg in Böhmen belagert hatte, gewann Erfolge.[5] Die Barone mußten sich damit begnügen, den königlich Gesinnten ihre Dörfer abzubrennen.

Der Gesamteindruck des Krieges konnte in den ersten Monaten kein anderer sein, als wie ihn der Egerer Erhard Frank hatte: Trotz der Hilfe der Städte war der König allen seinen Gegnern „stark genug und allzustark". So sah die Sache auch der Breslauer Bischof und mit ihm Legat Rudolf an. Um so eifriger suchte Rudolf die geistlichen Waffen zu verwenden, die ihm zugleich mit seiner Ernennung zum apostolischen Legaten für Polen, Böhmen, Preußen, Liefland und Meißen, die Kurie neuerdings in die Hand gelegt.[6] Damit Rudolf seiner Aufgabe, die Vertreibung des Ketzers vom böhmischen Throne durchzuführen, gerecht werden könne, war ihm auch die unbedingte Führung der gesamten katholischen Geistlichkeit in Böhmen, Mähren und Schlesien ohne Rücksicht auf irgend welche exempte Stellung eingeräumt. Alle sollten ihm allein zur Verfügung stehen, alle womöglich am selben Tage die Zensuren gegen die Gebannten verkündigen, das Kreuz gegen ihn

[1] Alles nach dem Briefe J. Jurs nach Eger, Fontes rer. Austriac. XLIV. 628, Nr. 513.

[2] Daß Palackys Bemerkungen betreffs der Verwendung der Geschütze unhaltbar sind, beweist schon die wichtige Rolle, welche das Geschütz bei der Einnahme Münsterbergs und Frankensteins in Schlesien spielte. Pet. Eschenloer, Gesch. II. 34, 37. Vergl. auch Fontes rer. Austriac. XX. 477: Georgius misit ibidem bombardas majores et machinas. XLII. 427: Und habin zu Rawdnicz das gemewer schir gar umbegeschossen.

[3] Des Königs Ansuchen bei den Egerern, ihm ihren Büchsenmeister zu leihen. Fontes XLII. 414.

[4] Von den beweglichen Heeren, die Palacky IV. 2, 438 vermutet, wissen die Quellen zunächst wieder nichts. Das Heer Herzog Heinrichs (Fontes XLII. 428) wurde erst gebildet aus den nach der Einnahme mehrerer Schlösser freiwerdenden Scharen (s. auch Font. rer. Austriac. XLII. 423—425); über die Zusammensetzung des mährischen Heeres giebt Eschenloer II. 37 Aufschluß. Verfügbare Mannschaft hatte der König April—Juni nur noch bei sich in Prag. Fontes XLII. 424.

[5] Er zwang die Hasenburg'schen Schlösser in Ostböhmen zu einem Neutralitätsvertrag.

[6] Script. rer. Siles. IX. 233—236, Nr. 365.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

predigen; dagegen hatten sie jedes Verkehrs mit dem Könige und seinen Anhängern sich zu enthalten. Die Bischöfe waren angewiesen, auf Synoden in gleicher Richtung zu wirken: wer sich widersetzt, unterliegt der unbeschränkten Strafgewalt des Legaten.[1] Der Legat wurde auch ermächtigt, den Zehnten zum Ketzerkriege einzufordern und die gesammelten Gelder an sich zu nehmen;[2] er hatte die sofortige Wahl eines neuen Königs von Böhmen energisch zu betreiben und dabei nach Wunsch der Wähler persönlich anwesend zu sein.[3] Damit endlich niemand im Ungewissen bleibe, wurden nochmals alle Unterthanen des Königs vom Eide der Treue gegen ihn losgesprochen[4] und alle Bündnisse, namentlich des Kaisers, der Herrscher von Ungarn und Polen und der Fürsten des Reiches mit ihm für aufgehoben erklärt;[5] auch der Kaiser wurde als Oberherr der böhmischen Lande gebeten, alle Inwohner des Königreiches von ihrem Treueide gegen den Gebannten zu dispensieren.[6] Man traf Anstalten, daß die Strafurteile gegen Georg überall, auch außerhalb des Reiches, verbreitet würden.[7]

Dabei hielt die Kurie sorgfältig daran fest, daß die Prozesse in erster Richtung allein den König als den persönlich Schuldigen trafen. Wenn dann andere sich zu ihm hielten, waren nicht sie selbst es, die Schuld und Mißgeschick auf sich luden? Den Kirchenstrafen verfiel ja von altersher, wer Ungehorsame gegen den heiligen Stuhl hegte und pflegte. So war auch jetzt wieder verkündigt worden.[8] Für seine Strafgewalt wollte Rom weder in der Unabhängigkeit des weltlichen Fürstentums noch in der Unterthanenpflicht eine Schranke erkennen.

Wichtiger als Bullen und Befehle, zu deren Durchführung der unermüdliche Legat alsbald schritt,[9] mußten für die Parteigänger der Kurie in diesen Zeiten kriegerischer Bedrängnis die Versuche werden, ihnen rasch mächtige materielle Hilfe zuzuführen. Als Lohn dafür bot man die böhmische Königskrone selbst an, und zwar erst dem Könige von Polen.

---

[1] Script. rer. Siles. IX. 228—229, Nr. 360. Die Bemerkungen Markgrafs dazu finde ich durchaus zutreffend.

[2] Ebendort 236—237, Nr. 366 und 367. [3] Ebendort 237—238, Nr. 368.

[4] Ebendort 230—231, Nr. 362. [5] Ebendort 232—233, Nr. 364.

[6] Ebendort 231, Nr. 263.

[7] Bezüglich Frankreichs z. B. vgl. Pastor, Geschichte der Päpste II. 361.

[8] Das bezeugt der Wortlaut der Prozesse. Auch die deutschen Fürsten haben dies sehr wohl in Rechnung gezogen. Höfler, Kais. Buch 142. Für die Auffassung der Sache nach des Königs Tode vgl. nun Font. rer. Austr. XLVI. 147, Nr. 125; auch 158, Nr. 140.

[9] Eschenloer, Gesch. II. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Er war derjenige christliche Fürst, der nach den Grundsätzen der Legitimität als Schwiegersohn König Albrechs II. von (Habsburg-) Böhmen und Schwager Ladislaws ohnehin zunächst — Herzog Wilhelm von Sachsen hatte aus seiner Ehe mit der älteren Tochter Albrechts keine Söhne — in Betracht kam, der auch der Macht und Lage seiner Herrschaft nach im Augenblick dafür am geeignetsten schien. Legat Rudolf erhielt vom Papste die Ermächtigung, dem Polen die Lossprechung von den wegen des Preußenkrieges über ihn verhängten Zensuren und die Bestätigung seines Friedens mit dem Orden anzubieten, falls er, von der Kurie und ihrem Anhange zum Könige von Böhmen berufen, für deren Interessen mit ganzer Macht eintrete, oder, im Falle eigener Ablehnung, einem anderen Könige von Böhmen gegen „Girsik" beistehe.[1]

Der Legat eilte zur Vollziehung seines Auftrages persönlich nach Polen. Doch stand polnische Hilfe, mit der er alsbald die Barone zu trösten suchte,[2] noch in sehr ferner Aussicht, als sich eine gewisse Änderung der Kampfeslage in Böhmen von selbst ergab.

Zwar gelang es Zdenko von Sternberg auch jetzt noch nicht, einen Heerhaufen zum Entsatze seiner Schlösser in das Innere von Böhmen zu bringen oder Johann von Rosenberg, dessen Gegnerschaft ihn außerordentlich behinderte, zum Grünberger Bunde zurückzuführen.[3] Aber wo die äußeren Umstände den Verbündeten günstig lagen, konnten endlich auch ihre Anstrengungen nicht vergeblich bleiben.

In der ersten Hälfte Mai waren die Breslauer und Bischof Jost zum Angriffe an die königlichen Besitzungen in Schlesien geschritten. Hatte der Bischof sich vordem entschieden gegen eine voreilige Eröffnung des Kampfes ausgesprochen: nun nachdem er wirklich begonnen hatte, drängte er, gefördert von der niederen Geistlichkeit und der Kriegslust des großen Haufens, zu energischer That. So rückte denn am 15. Mai ein ansehnlicher Heerhaufen der Breslauer, die am 21. April dem Bunde der Barone und ihres Bischofes förmlich beigetreten waren, ins Feld, vereinigte sich mit den Gerüsteten des Bischofes und begann den Angriff auf Münsterberg, das, durch das Geschütz geschreckt, sich schon am 17. Mai ergab. Die Bürgerschaft that Bischof Jost und der Stadt Breslau Huldigung und stellte eine Abteilung der Ihren ins verbündete Heer.[4]

[1] Scriptor. rer. Siles. IX. 239—240, Nr. 369.

[2] Vgl. Sommersberg, Scriptor. rer. Silesiac. II. 86, a. a.

[3] Fontes. rer. Austriac. XX. 467.

[4] Das Detail bei Eschenloer, Histor. Wrat. 130—131; Gesch. II. 30 ff., 36—37. Vgl. auch Font. rer. Aust. XX. 458, Nr. 394; XLII. 422, 424, 426; XLIV. 629.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ihm übergab nun der Abt des Klosters Kamenz auch dieses und es gelang am 28. Mai, sich des wichtigeren Frankenstein zu bemächtigen.

Größer noch als die militärischen waren die moralischen Folgen der Ereignisse. „Aus diesem Gesiege", schreibt der Breslauer Stadtschreiber, „entstunde groß Gerüchte in Mähren und in den Sechsstädten, große Freude frommen Christen und Erschrecknis den Ketzern. Die gemeine Rede war überall, wie der Bischof und die Stadt Breslau über 20000 Mann im Felde hätten, deren doch nicht viel über 2000 waren. Darumbe die von Brünn auf waren, entsagten Girsiken und umlegten den Spielberg. Die von Olmütz, Znaim, Iglau desgleichen traten von Girsiken, schrieben ihm ihren Gehorsam ab und schlugen und brannten, nahmen und fingen die Ketzer. Desgleichen die Sechsstädte Bautzen, Görlitz u. s. w. Es war ein fröhliches Anheben, den christlichen Bund in Beheim zu sterken und trösten, daß auch in Breslau und sonsten bei viel Leuten kein Zweifel war, Girsik hätte bereits seine letzsten Tage gelebet und die Ketzerei möcht ein Endt haben."[1] In der That fielen endlich in jenen Tagen die Lausitzen bis auf die Mannschaften zum Herrenbunde ab: sie entsagten dem Könige und nahmen Jaroslaw von Sternberg, Zdenkos Ältesten, zum Verweser an,[2] trat das deutsche Bürgertum Mährens in den Kampf ein und gewann Sternberg, auf Iglau und seinen niederösterreichischen Besitz gestützt, seine ersten Erfolge.[3]

„Aber leider, gar schier darnach kam alle diese Freude zu grossen Betrübnissen", klagt gleich darnach Eschenloer. Der König blieb eben auch jetzt den getrennten Gegnern nicht bloß in der Defensive weit überlegen, sondern, wenn er die Gunst seiner Stellung ausnutzte und seine Mittel energisch und geschickt verwertete, selbst stark genug, die Wiedereroberung des Verlorenen erfolgreich zu versuchen. Er ließ es daran nicht fehlen. Den Fortschritten der Schlesier Einhalt zu thun, sandte er, was er in seiner Umgebung an „Hofleuten" zu entbehren vermochte, nach Glatz. Mit ihnen vereinigten sich die Schaaren, welche bisher die Hasenburg'schen Güter in Ostböhmen bedrängt hatten und nun infolge eines Abkommens verfügbar wurden.[4] Selbst aus den westlichen Strichen zog

[1] Eschenloer, Gesch. II. 35.

[2] Ihr Bundesbrief Script. rer. Siles. IX. 242—243; ihre Absage Font. rer. Austriac. XX. 464—465. Bezüglich Sternbergs s. Fontes XLIV. 629. Vgl. auch Schelz 101.

[3] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 468, 487 a. a. Dabei wurde der Besitz Burian Trczkas von Lippa fast ganz verderbt. Über die Teilnahme von Kreuzerscharen an den Unternehmungen Sternbergs s. Eschenloer, Gesch. II. 73.

[4] Font. rer. Austriac. XLIV. 628.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der König Verstärkung heran.[1] Diese gesamte Macht kam vor Frankenstein an, als die Breslauer und Bischöflichen, infolge der unerlaubten Heimkehr vieler kaum noch anderthalbtausend Mann stark, sich nach der Gewinnung des Schlosses eben zum Zuge nach Münsterberg erhoben hatten. Sie kehrten nun rasch nach Frankenstein zurück, das von den Böhmen belagert und durch Waffen und Hunger[2] bald hart bedrängt war. Als die Versuche, ein Entsatzheer vor Frankenstein zu bringen, trotz der Bemühungen des Bischofes, der Breslauer, die in Polen werben ließen, des Legaten, des Herzoges Balthasar von Sagan und der thätigen Hilfe des Herzoges Nikolaus von Oppeln mißglückt waren, als auch Verhandlungen nicht zum Ziele führten, suchte sich am 16. Juni die Besatzung, so gut es gehe, durch die Belagerer Bahn zu brechen. Das glückte denn auch in der Hauptsache. Das Gros der eingeschlossenen Mannen entkam, freilich ohne Geschütz und Heergerät, nach Neiße. Die anderen wurden nach Frankenstein zurückgeworfen und fielen dann mit der Stadt in die Hände der Böhmen. Münsterberg hatten die Schlesier schon zuvor freiwillig geräumt.[3] Eine völlige Wandelung der Dinge war eingetreten. Und das Gerücht übertrieb wieder in der Ferne die Niederlage der Schlesier wie zuvor ihre Erfolge. Auch in Böhmen unterließ der König nicht, durch Schaustellung der errungenen Trophäen die Ausdauer und Siegeszuversicht der Seinen zu erhöhen.[4]

Rasch traten neue Erfolge hinzu. Während Herzog Viktorin, nachdem er die schlesischen Plätze wohlbesetzt hatte, den Hauptteil des Heeres, das vor Frankenstein gesiegt, nach Mähren führte, die Brünner und ihre Verbündeten zu bekämpfen, sammelte der König aus den Truppen die mit der Eroberung einer Anzahl Burgen, namentlich dem Falle von Raudnitz, frei wurden, ein zweites Heer.[5] Dazu stießen Geworbene aus Polen, Preußen,[6] Meißen und Franken,[7] auch wohl wirklich meißnische Hofleute, während die deutschen Fürsten den Ihren streng untersagten, gegen den König zu dienen. Von dem mährischen Heere ward der

[1] Eschenloer, Geschichten der Stadt Breslau II. 37.

[2] Eschenloer, Geschichten II. 42. Font. rer. Austriac. XLII. 426.

[3] Wesentlich nach Eschenloer, Gesch. II. 37—50; Histor. Wrat. 133—134. Vgl. Font. rer. Austr. XLII. 422—426. XLIV. 629. Anführer des böhmischen Heeres war Herzog Viktorin.

[4] Eschenloer, Geschichten II. 45—46.

[5] Fontes rer. Austriac. XLIV. 632, Nr. 517. Vgl. XLII. 423—424.

[6] Font. XLII. 425. XLIV. 631—633 u. besonders 636. Für den Herbst siehe XX. 478.

[7] Eschenloer, Geschichten II. 39: Dann die Meißner hatten vil Leute zu Rosse und Fusse in diesem ketzerischen Here, die uf Sold dahin zu Girsigen komen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Spielberg befreit und den deutschen Städten und Bischof Protas[1] großer Schaden gethan Das böhmische führte Herzog Heinrich, nachdem zufolge eines Vertrages die Belagerung der Hasenburg aufgegeben war, gegen Kaaden,[2] das Miene machte, abzufallen, und besetzte es, und dann nach kurzer Belagerung des festen Rabenstein durch die Pilsner Landschaft gegen Strakonitz und weiter gegen Budweis und Südostböhmen. Dabei ward der Besitz des Bischofes Jost von Breslau, zugleich Großprior von Strakonitz, schwer verderbt,[3] Budweis, das sich erhoben hatte, aufs neue zur Unterwerfung gebracht,[4] und endlich die Belagerung von Neuhaus unternommen, an der sich besonders die Mannen Johanns von Rosenberg zahlreich beteiligten. Es verwischte der Eindruck solcher Siege nicht, wenn Sternberg den Rosenbergischen hie und da eine Schlappe beibrachte, ihre Güter verheerte und auch den Belagerern von Neuhaus mehrfachen Schaden that.[5] Ebensowenig die Nachricht, daß die Herren ungebeugten Mutes und in verstärkter Zahl am 11. August einen neuen Bundesbrief auf dem Schlosse Grünberg untersiegelt hätten.[6] Die Scharen der Lausitzer aber, welche nun, nachdem ihre Lande den Verbündeten so lange „unnütz" geblieben,[7] endlich Ende August in Nordböhmen einbrachen, und ein großes Heer von Kreuzern, das auf der alten Heerstraße von Cham und Furth über Neumarkt durch den Böhmerwald zog, wohl um den Pilsnern die Hand zu bieten, richteten nichts aus und wandten sich rasch wieder rückwärts.[8]

Und solcher Gunst des Kriegsglückes entsprach im ganzen auch die äußere Lage des Königs. War er auch in Nürnberg mit dem Konzilsgedanken

[1] Font. rer. Austriac. XLIV. 631—632, Nr. 516.

[2] Fontes rer. Austriac. XLIV. 632, Nr. 517. Vgl. L. Schlesinger, Die Apologie der Kaadener gegen Georg von Böhmen, Mitteil. des Vereins für Gesch. der Deutschen in Böhmen, 13, 126—143, mit einigen nicht uninteressanten Details.

[3] Font. rer. Austriac. XX. 476, 477. XLIV. 631, Nr. 516.

[4] Font. rer. Austriac. XX. 479. XLIV. 636.

[5] Es traten hinzu Stephan von Lichtenburg und Heinrich d. J. von Plauen. Chmel, Reg. II. 520, Nr. 5134.

[6] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 476—487, bes. 468 u. 487. Über Burian Trczka, gesessen auf Lichtenburg und Deutschbrod, s. oben und Eschenloer, Geschichten II. 73. Von einem mißlungenen Versuche Sternbergs, die Belagerer zu zersprengen, weiß der Brief Nr. 410 in Font. rer. Austriac. XX. 480—481, in dem aber von den „großen Verlusten" Sternbergs, die Palacky IV. 2, 476 herausgelesen hat, nichts steht.

[7] So Bischof Jost am 7. August. Font. rer. Austriac. XX. 479.

[8] Als der Mittelpunkt der von Bayern ausgehenden Versuche, Böhmen mit gewaffneter Hand zu überziehen, erscheint die Ritterschaft vom Einhorn. Über obigen Versuch s. Staří letopisowé čeští (Script. rer. Bohem. III.) 192. Eschenloer, Geschichten II. 77. Pešina, Mars Moraw. 811.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gescheitert, so lag ebenso der Mißerfolg der kaiserlichen und päpstlichen Bemühungen gegen ihn klar zu Tage. Es war unverkennbar, daß die Gesinnungen der vermittelnden deutschen Fürsten eine ihm freundliche war.

Aus Krakau kam die Nachricht von der Abweisung des Legaten durch König Kasimir. Er habe sich, erklärte der Pole, mit dem Könige von Böhmen verschrieben, das wolle er auch halten.[1] Die Breslauer, denen man ihren einstigen Jubel über die Schlacht bei Konitz nicht vergessen, sahen sich von Kasimir geradezu auf ihre Unterthanenpflicht verwiesen.[2]

Noch größeres Selbstvertrauen aber schuf den Böhmen die Ankunft einer Gesandtschaft König Ludwigs von Frankreich, eines „Abtes und eines mächtigen Ritters". War das nicht der Beweis, daß der französische König nach wie vor das Bündnis mit König Georg suche und seiner Zusage getreu[3] in Rom die Vermittelung übernehmen werde? Konnte nicht doch noch die Einberufung eines allgemeinen Konziles folgen?[4]

So war in Prag die Stimmung für große Zugeständnisse zum Zwecke des Friedens keineswegs günstig, als jetzt der sächsische Obermarschall und der Landvogt von Meißen vom Nürnberger Reichstag herüberkamen, dem Könige die Vermittelungsvorschläge der drei Häuser zu unterbreiten. Sie fanden damit umsoweniger Beifall, als die vermittelnden Fürsten zwar harte Mittel, Bannung und Kriegsnot, vermieden wissen wollten, sonst sich aber möglichst auf den Standpunkt der römischen Kurie stellten. Da sollte nach ihren Vorschlägen der König selbst und seine ganze Familie von nun an „seine Lebtage ganz aus" das heil. Sakrament unter beiden Gestalten nicht mehr nehmen, „und sich sonst in anderen Sachen nach Ordnung und Gewohnheit der heil. Kirche halten";[5] er sollte die anderen Beschwerden der Kurie, so die Kommunion der Kinder, die Zulassung nicht rechtmäßig ordinierter Priester und jede Behinderung der vollen Freiheit des katholischen Bekenntnisses

[1] Font. rer. Austr. XLIV. 635, 636. Vgl. auch Font. XX. 479 und 488. Das Schreiben ist, wie ich nun sicher erkenne, ein Zettel zu dem Berichte, den die jüngeren sächsischen Herren nach der Rückkehr Hugolds' von Schleinitz und des von Köckeritz aus Prag absenden. Er stammt daher nicht aus Schweidnitz.

[2] Fontes rer. Austriac. XX. 485.

[3] S. Pažout im Archiv XL. 35 (des Separatabdr.)

[4] Font. rer. Austr. XX. 488—489, Nr. 419. Da die Franzosen zugleich mit den sächsischen Gesandten, die nach Schluß des Nürnberger Tages kamen, anwesend sind, so steht die Zeit ihres Weilens sicher. Der ganze Bericht gehört nicht in den Oktober, sondern Anfang September.

[5] Die Instruktion bezieht sich dabei direkt auf den Eid, den der König einst vor seiner Krönung den ungarischen Bischöfen geschworen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in allen Hinsichten abstellen. Habe er einst in Prag auf dem Landtage erklärt, er halte den Empfang der Eucharistie unter beiden Gestalten als für das Seelenheil notwendig, so sollte er auf dem künftigen Landtage jenem Ausspruche „ein christlich Verständnus und Läuterung geben".[1] Ferner dürfen die geistlichen Zensuren nicht weiter angefochten und soll des Königs Appellation dagegen nicht gebraucht werden. Dafür wird ein päpstlicher Legat im Verein mit dem Kaiser oder dessen Bevollmächtigten und mit den vermittelnden und anderen geistlichen und weltlichen Fürsten, „die dann Seiner Heiligkeit gemeint sind", die Angelegenheiten der Krone auf einem Tage persönlich in Ordnung bringen, namentlich den Krieg mit den Baronen und Bischof Jost, mit den Breslauern und anderen Schlesiern, den Mährern und Lausitzern völlig beilegen, worauf die Aufhebung der Kirchenstrafen und die Wiedereinsetzung des Königs in seine Würde zu folgen habe. Diese Verhandlung soll am 25. November stattfinden. Um all dies vorbereiten und durchführen zu können, ist ein Waffenstillstand in der ganzen Krone bis Georgi 1468 notwendig.

Die Weisungen der Gesandten gingen weiter dahin, dem Könige mitzuteilen, daß, falls er der ganzen Aktion zustimme, am 17. September Gesandte aller vermittelnden Fürsten in Landshut zusammentreten und unmittelbar das Werk der Verständigung zwischem ihm und Kaiser und Papst beginnen würden. Über Mittel und Wege, beides auf Grund der obigen Voraussetzungen zu erreichen, hätte man sich gleichfalls bereits in Nürnberg verständigt.[2]

Die Vorschläge der Fürsten kamen in Prag nicht unerwartet. Wiederholt hatte man in den letzten Jahren eine neue förmliche Verhandlung

[1] „Dann als Herr Girsik uff dem lanttag zu Brag gehalten so offentlich bekannt hat, das er das sacrament under beider gestalt nemen und glauben wolt, das solichs zu der seel hail wolt sey, und das bebstlich urteil wider solichs bekenntnus ergangen: Also ist der fürsten meynung, das sich herr Girsik ytzo verwillig und verpflicht, das er der bekenntnus, so er uff dem gemelten tag gethan hab, uff dem kunfftigen tag ein cristlich verstentnus und leuterung geben wolle, dadurch man verstee, das er die sach nit anders, dan cristlich und dem königreich zu gut getan habe." Das setzt doch für jeden Urteilsfähigen bei den Fürsten die Überzeugung voraus, daß Georg wirklich im Mai 1461 jene Äußerung gethan hat. Die Fürsten geben es ja geradezu auf, die Sache in Abrede zu stellen und verlangen, daß der König widerrufe.

[2] Eine Aufzeichnung über die ganze Aktion, wohl aus gemeinsamer Thätigkeit sächsischer und brandenburgischer Räte hervorgegangen, dann von Martin Mair (den kaiserlichen Räten?) und dem Legaten beeinflußt, bei Höfler, Kais. Buch 135—147. Es läßt sich unschwer erkennen, was davon an den Böhmenkönig und was an den Kaiser gebracht werden sollte, was Abmachung in meritorischer und formeller Beziehung über das Vorgehen der Fürsten ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mit dem römischen Stuhle und die Absendung eines Legaten mit Vollmacht, die Kirche Böhmens mit Rücksicht auf ihre besonderen Verhältnisse einzurichten, begehrt; stets hatte der König seine Rechtgläubigkeit, seinen Gehorsam gegen den heiligen Vater versichert. Indem die deutsche Vermittelung sich jetzt geradezu auf diese Basis stellte, zwang sie den König, zu beweisen, wie ernst es ihm sei mit dem, was er so oft bittend und klagend in Aussicht gestellt. Was man von ihm persönlich verlangte, war nicht mehr, als er vor seiner Krönung eidlich gelobt hatte.

König Georg hat diese Probe nicht bestanden. Wohl gab er erst den sächsischen Räten einen Bescheid, den Kurfürst Ernst für eine Zustimmung nahm. Ernst hat dann am 8. September an die anderen Fürsten die Aufforderung ergehen lassen, nun gleich ihm zur bestimmten Frist ihre Räte mit entsprechenden Vollmachten nach Landshut zu senden.[1] Auch fanden sich hier Vertreter aller Fürstenhäuser zur Verhandlung ein.[2] Als man aber zu näherer Erörterung der böhmischen Antwort schritt, da ergaben sich sehr wesentliche Differenzen zwischen ihr und den früheren Erklärungen des Königs und den Vorschlägen der Fürsten. Da wollte der König nur in eine gütliche „unverbundene" Verhandlung willigen und weder Papst noch Kaiser noch fürstlichen Vermittlern irgend eine Entscheidung zugestehen: das stempelte die ganze Verhandlung im vorhinein zu einem nahezu aussichtslosen Versuche. Georg erklärte ferner unumwunden, daß er an der Forderung der Kompaktaten festhalte, wie sie vom Baseler Konzil den Utraquisten gewährt und unter seinen Vorfahren im Königtume beobachtet worden seien. Aber hatte denn nicht eben deshalb, weil der König einst feierlich den Krönungsbischöfen zugeschworen, die Kompaktaten aufzugeben, und weil er sich hinterher weigerte, diesen Eid zu erfüllen, die Kurie ihre Prozesse gegen ihn begonnen?[3]

Trotzdem ging die Landshuter Versammlung an die undankbare Aufgabe, die Erklärung des Königs in eine annehmbare Form umzugestalten und (Ende Sept., Anf. Oktob.) ihm so neuerdings nach Prag zuzusenden.[4]

---

[1] Font. rer. Austriac. XLIV. 642—643, Nr. 525. Dieselbe Aufforderung wie an Herzog Wilhelm von Sachsen ging selbstverständlich auch an die anderen deutschen Fürsten.

[2] Vgl. die Beglaubigung der brandenburger Räte bei Höfler, Kaiserl. Buch 147—149.

[3] Das sind nur die beiden Hauptpunkte. Die Antwort des Königs liegt selbst (sie muß in den ersten Septembertagen erteilt sein) nicht vor, aber wir erkennen obige Punkte sicher aus des Königs zweiter Erklärung nach Landshut. Vgl. Höfler, Kais. Buch 153—156.

[4] Der Zeitpunkt ergiebt sich aus der Bemerkung, daß der Bote, der die Antwort

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schon aber ergab sich auch mehrfache anderweitige Störung des fürstlichen Unternehmens. Der Kaiser war mit der Art, wie die Fürsten die böhmische Sache anfaßten und der Rolle, die sie ihm dabei zuteilten, keineswegs einverstanden.[1] Während sie über seine Begehren einfach hinweggingen und für die Beleidigungen und Schädigungen, die ihm der König in seinem Österreich zufügte, kein Wort hatten, sollte er, um die Fürsten aus einer unangenehmen Zwangslage zu befreien, nun bei der Kurie für den Frieden mit Böhmen eintreten. Noch eben[2] hatte er da die äußersten Maßregeln gegen den „Girsik" gefordert.

Als ferner jene Verhandlungen über eine Einung zwischen den Häusern Österreich, Bayern, Sachsen und Brandenburg nach langen Beratungen doch nicht vorwärts gingen,[3] während Markgraf Albrecht und Herzog Ludwig unter sich und mit Sachsen auch nicht eins zu werden vermochten, hatte der Kaiser, noch vor der völligen Auflösung des Nürnberger Reichstages,[4] den Fürstenhöfen einen Entwurf mitgeteilt, in dem er die Verwirklichung dessen, um was es ihm vom Anfange an zu thun war, mit gewissen in Nürnberg ausgesprochenen Anschauungen zu verbinden strebte. Nun sollten sich, um den Frieden im Reiche zu sichern und den Türkenkrieg zu ermöglichen, damit namentlich, wie in Nürnberg gefordert sei, „der Donaustrom geöffnet und gesichert" und ein friedlicher Durchzug und freie Zufuhr nach Ungarn eben gegen die Türken möglich sei, Fürsten und Städte im Reiche mit dem Kaiser verbinden und demnächst auf einem Tage in Passau oder Regensburg beschließen:

1. Die Ruhestörer in Österreich (Jorg von Stein, Wilhelm von Puchheim und Stephan von Eizing mit ihren Genossen) mit einem

---

des Königs (vom 24. Oktober) brachte, länger denn drei Wochen und einige Tage aus war. Kais. Buch 156, Nr. 75 und die Angabe ebendort 154, Nr. 74.

[1] Kaiserl. Buch 149, Nr. 70.

[2] Auch noch während des Nürnberger Reichstages und nach demselben. Nach Font. rer. Austriac. XX. 487, Nr. 417 könnte man glauben, daß jetzt der Bischof von Passau nach Rom geeilt sei. Bezüglich des Erfolges vgl. Font. rer. Austriac. XLIV. 643, Nr. 526. Vgl. auch Müller, Reichstagstheat. II. 272 und Fabricius, Sax. illust. VII. 779.

[3] Man vgl. Graf Haugs ungeduldige Antwort auf die immer neuen stets gleichen Mahnungen Markgraf Albrechts bei Höfler, Kais. Buch 133, Nr. 65.

[4] Nach Kadolzburg brachte ihn Graf Haug persönlich (17./18. August). Kais. Buch 127. So sagt auch die Überschrift, Kais. Buch 157; Font. rer. Austriac. XLIV. 56, Nr. 48. Daß es jetzt geschah, beweist Kais. Buch 133, wo bereits von der Verbindung „mit den Herren, dem Strom gelegen" (an der Donau) die Rede ist, auch ebendort 131.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aufgebote zur Ordnung zu bringen und zu strafen, damit „die Straßen und der Strom ihrenhalb frei werden";

2. sich gegenseitig, wenn jemand deswegen von irgend einer Seite bekriegt werde, beizustehen;

namentlich aber 3. jeden Angriff auf den Kaiser oder einen anderen der Verbündeten von Böhmen oder Mähren her je nach Umständen mit ganzer Macht oder mit beschränkter Zahl zurückzuweisen.

Der Kaiser versprach, im Falle der Not auch die anderen Reichsstände, die nicht in dieser Einung seien, „auf das allerhöchst zu ermahnen und mit ihnen zu schaffen und zu befehlen, daß sie auch unverziehenlich zuzögen".[1]

Es war stets zuvor des Kaisers Anschauung gewesen, daß dem Eintritte der alten Gegner, Landshut und Ansbach, in eine Einung mit ihm selbstverständlich eine Ausgleichung derselben untereinander vorangehen sollte, sowie er den Pfalzgrafen und Würzburg in dieselbe nicht aufnehmen wollte, „sie seien dann zuvor mit ihm vertragen".[2] Jetzt war bloß an eine Verbindung des Kaisers mit Österreich-Tirol, München, Landshut, den Bischöfen von Passau, Regensburg und Freising und den Reichsstädten Regensburg, Nürnberg, Ulm und Augsburg gedacht.[3] Der Markgraf sollte außen bleiben wie Pfalz und Würzburg. Aber auch so wollte sich die Sache nicht fügen. Einmal gedachte sich Herzog Ludwig ohne den Pfalzgrafen und Würzburg nicht in eine Einung zu geben.[4] Und dann nahm der Markgraf den neuen Entwurf höchst ungnädig auf. „Wir sehen darin", schreibt er, „den alten Weg, den Meister Martin sucht, daß er den Kaiser und uns (den Markgrafen) von einander trennt." Er fand darin einen Lohn „von den kaiserl. Majestät ihm hie außen (zugeteilt) wie seinem Bruder in der Mark mit dem Land zu Stettin und Pommern", der „jenem ein Land und ihm ein ganz Vertreibnus gelte." Auf das leidenschaftlichste und entschiedenste verwahrte sich Albrecht gegen einen solchen Schritt des Kaisers ohne ihn: „er wolle nun das Süße wie billig mit dem Kaiser essen, als er das Sauere gar geduldiglich ertragen habe".[5]

Es war eine alte Gewöhnung des Ansbacher Markgrafen, sich als Mittelpunkt oder doch wichtiges Glied großer Fürsten-Gruppen und Einungen zu sehen. Er suchte darin vielleicht mehr als nötig Ehre

[1] Der Entwurf bei Höfler, Kaiserl. Buch 157—160. Vgl. auch Font. rer. Austr. XLVI. 56—60, Nr. 48, mit unwesentlichen Abweichungen.

[2] Vgl. Kais. Buch 131. [3] Kais. Buch 132. [4] Ebendort 131.

[5] Kais. Buch 131—132. Das Schreiben ist vom 21. August.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und Sicherheit. So war ihm der neue Einungsgedanke prinzipiell zuwider, umsomehr als er wirklich in letzter Zeit ähnliche Neigung, sich von ihm weg und Bayern näher zu stellen, auch bei den jüngeren sächsischen Herren bemerkt hatte. Waren sie doch, die bisher gleich ihrem Vater im wesentlichen mit ihm dieselben politischen Wege gegangen, nicht einmal zur Erneuerung der Erbeinung mit Brandenburg und Hessen zu bringen gewesen.[1]

Albrechts Widerstand machte Berichterstattung an den Kaiser notwendig.[2] So kam auch diese Sache vor die Landshuter Versammlung.

Der Tag brachte eine Klärung der Sachlage in mehr als einer Hinsicht. Der Weg, „auf dem allein der Kaiser bei dem Papste in der böhmischen Sache zu arbeiten verwilligt" hatte und worüber erst wieder die Gesandten ihre Herren beschicken mußten,[3] ward abgelehnt. Aber auch die fürstliche Vermittelung im böhmischen Streite scheiterte völlig, da der König auf die neue Werbung von Landshut her erst mehrere Wochen schwieg und dann den Fürsten eine durchaus ungenügende Antwort gab.[4] „Es ist auch itzund bei uns des Königs von Polen Botschaft zirlich und kostlich, an uns derselben Sachen halben um gütliche Teidung werbend, darum wir dießmal euer Weisheit nicht wissen ferner Bescheid zu geben", hieß es in dem Schreiben, das sich im übrigen der früheren Ausreden bediente.

Was konnte es unter solchen Umständen fruchten, wenn die sächsischen Herren dennoch darauf bestanden, daß ihre schon vordem für den Besuch des kaiserlichen Hofes und des römischen Stuhles instruierten Boten[5] die Reise dennoch unternahmen[6] und auch Heinz Seybot für den Markgrafen wieder mit ihnen zum Kaiser ritt?[7] Sie wurden vom Kaiser ohne jede Förderung gelassen und richteten auch in Rom nichts aus, obwohl die hier weilenden deutschen Vertreter, nicht bloß Brandenburgs sondern auch Bayern-Landshuts, sie zu unterstützen bemüht waren.[8]

[1] Kurfürst Friedrich war deswegen im Oktober persönlich in Meißen. Kais. Buch 151—152.

[2] „Antwort Doktor Knorren" vom 22. August. 133, Nr. 65.

[3] Kais. Buch 149, Nr. 70.

[4] Antwort des Königs Georg an die in Landshut versammelten Räte. Kaiserl. Buch 153—156, Nr. 74. Vgl. ebendort die gleichzeitige direkte Verständigung der Höfe durch den König 153, Nr. 74, wonach auch das Datum des ersteren Schreibens.

[5] Beglaubigung und Instruktion der Gesandten Herzog Wilhelms in Fontes rer. Austriac. XLII. 432—434, Nr. 322 und 323.

[6] Vgl. die Weisungen an dieselben vom 3. Nov. im Kais. Buch 156—157.

[7] Kais. Buch. 176; auch 146—147.

[8] Genaueres üb. d. Gesandtsch. bei Ermisch, Stud. 53—56, wo auch d. Quellen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Dagegen schien der neue Bündnisantrag trotz allem Boden zu finden. Sehr verschieden eben von der Haltung der sächsischen Herren, die sich in solcher Ausdauer der böhmischen Vermittelung hingaben, war der Weg Herzog Ludwigs. Er zog die Konsequenzen aus dem Verhalten des Böhmenkönigs. Georgs Vorgehen lehrte einem Manne wie Martin Mair jede Hoffnung auf eine Verständigung, auf Frieden aufgeben. Daß man sich da einmal an die Gegner werde anschließen müssen, schien ihm nur eine Frage der Zeit. So riet er dem Herzoge, gleich zu thun, was die eigenen Unterthanen verlangten und womit er Kaiser und Papst verpflichten konnte. Es ward der kaiserlichen Politik der Erfolg zu teil, daß sich während der Landshuter Beredungen Herzog Ludwig zum Fürsprecher des vom Kaiser gewünschten Bündnisses gegen Böhmen machte und Artikel vorlegte, in denen sich die Herren von Sachsen, Bayern und Brandenburg „mit der Kaiser, und ob der Kaiser dies nicht wollte, sie selbst sich zusammen verbinden und in Einung thun sollten wider die Krone von Böhmen".[1] Zugleich verlautete, daß aus der einst beschlossenen Verbindung Herzog Georgs von Landshut mit des Böhmenkönigs jüngerer Tochter nichts werde,[2] und fanden eifrig Verhandlungen statt, die letzten vorhandenen Irrungen zwischen Herzog Ludwig und dem Kaiser zu beseitigen.

Der Eindruck solchen Vorgehens war bei den Fürsten von Sachsen und Brandenburg ein tiefgehender und nachhaltiger. Einmütig stellten sie sich gegen den bayerischen Antrag.[3] Was hatten sie für zwingenden Anlaß zum Kriege gegen Böhmen, jene „einzige große Macht" in Deutschland, „die allbereit unleugbar vorhanden ist und am Tage liegt", wie Markgraf Albrecht bezeichnend sagt, mit dessen Fürsten sie verschwägert, von dem Herzog Albrecht lehensabhängig war? Sollten sie nun gut genug sein, dem Kaiser, der sich eigentlich bereits im Kriege mit Böhmen befand, und Herzog Ludwig, der in längstens zwei Jahren ebenso weit sein mußte, zum Schilde gegen die Hussitten zu dienen? Und dabei wollte Herzog Ludwig „nicht leiden", daß die Einung anders, als schlechthin auf zehn Jahre gegen Böhmen laute, und keinerlei Bestimmung über etwaigen Unfrieden der Bündner untereinander während dieser Zeit aufnehmen! Hieß das nicht, sie jetzt des böhmischen Bündnisses verlustig

[1] Markgraf Albrecht am 5. Oktober 1467. Kais. Buch 150—151, Nr. 71.

[2] Ebendort 151.

[3] Die Meinung Markgraf Albrechts im Kais. Buch 150—151 und 176—177. Äußerung seines Bruders, des Kurfürsten, ebendort 151; der sächsischen Herren ebendort 151—152 und Font. rer. Austr. XLII. 431—432 (auch 427, wo das Datum auf den 11. Oktober zu verbessern ist, und 434 ff.).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

machen, um dann, wenn es zu Unfrieden käme, um so eher mit ihnen fertig zu werden?[1]

Solche Anschauungen bestimmten das Schicksal des Tages von Regensburg, welchen der Kaiser, nachdem am 19. Oktober Herzog Ludwig von Landshut zu Gnaden aufgenommen[2] und zwei Tage darauf mit ihm auch ein Übereinkommen betreffs der Ladislaw'schen Kleinodien getroffen war,[3] den betreffenden Fürsten und Städten zur Vollendung des Bundes gegen Böhmen hoffnungsfreudig, wie es scheint, angesagt hatte.[4] Wirklich ließ der Besuch des Tages wenig zu wünschen übrig. Neben dem Bischof von Passau und Graf Haug von Werdenberg als kaiserlichen Kommissären, denen sich noch andere Räte von Wiener-Neustadt her zugesellten, waren Gesandte von Brandenburg-Ansbach, Sigmunds von Österreich, von Bayern-Landshut, Albrechts und Sigmunds von Bayern-München, der Bischöfe von Regensburg, Augsburg, Salzburg und Freising, der Städte Regensburg, Nürnberg, Nördlingen erschienen. Doch wartete man, Sachsen hatte rundweg abgelehnt, dann auf weitere Boten, wohl von Eichstädt und der Städte Ulm und Augsburg,[5] noch bis zum 14. November, ehe die genannten Kommissäre durch Graf Haugs Bruder, den Coadjutor Johann von Augsburg, die kaiserliche Werbung um ein Bündnis gegen Böhmen vortragen ließen. Rasch folgte völlige Enttäuschung nach. Die erste Beratung der Gesandten ergab, daß kaum einer von ihnen die Vollmachten besaß, um in die vorgeschlagene Einung zu willigen. Was half da das gute Beispiel der Landshuter? Und beobachteten sie nicht gleichfalls trotz vertraulichen Verkehrs mit den Kaiserlichen die nötige Reserve? Martin Mair, unstreitig der gewandteste unter den anwesenden Fürstenräten, fand in deren Weisungen dreierlei Meinung: „etliche wollten hören und nach ihrer Herren Befehl handeln, andere begehrten, des Zettels Abschrift an ihre Herren zu bringen, die Dritten wollten nicht handeln, sondern allein hören und lernen und wieder hinter sich bringen". Und wenn sich zur ersten „Meinung" die Ansbacher zählten, hieß es nicht gerade in ihrer Instruktion: „Und ist endlich und spezialiter unsere Meinung, daß wir uns wider den König

[1] Markgraf Albrecht bei Höfler, Kaiserl. Buch 150—151, 176—177.
[2] Chmel, Reg. II. 527, Nr. 5219. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1209.
[3] Chmel, Reg. II. 528, Nr. 5221. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1210.
[4] Der Tag sollte am 29. Oktober stattfinden, wurde aber zu spät anberaumt und fand erst im November statt. Kais. Buch 161, Nr. 77.
[5] Die zugleich anwesende pfälzer Botschaft hatte andere Verrichtung. Vgl. Kais. Buch 169. Württemberg war geladen, sandte aber nicht, weil es böhmische Lehen hatte. Ebendort 177.

und die Krone von Böhmen in keiner Weise verbinden wollen". Zudem war das Mißtrauen der Botschaften gegen einander so groß, daß sich „keine von der anderen erlernen wolt lassen". Da war so wenig zu machen, daß man am ersten Beratungstage den Kommissären ihren Zettel wiedergab und es ihnen überließ, mit jeder Ständegesandtschaft besonders zu verhandeln. Wohl fanden sie diese Antwort „rauh"; sie begehrten und setzten auch durch, daß man wenigstens eine allgemeine Erörterung des kaiserlichen Vorschlages versuchte. Das Endergebnis war doch nur, daß am 18. November jeder der anwesenden Gesandtschaften eine Abschrift des Entwurfes übergeben wurde, in der sich eingezeichnet fand, wie viel die einzelnen Einungsverwandten gegebenen Falls an Fußvolk und Reitern zu stellen hätten. Darauf sollten Fürsten und Städte bis Montag nach Luciae (14. Dezember) in Regensburg endgültige Antwort thun, damit man weiter beschließen könne.[1]

Diese Beratung wurde von dem Bischofe von Passau „etlicher Bewegnis halber" auf den Reichstag geschoben, der ja schon am 4. Jan. eben hier in Regensburg stattfinden sollte.[2] Zugleich sollte endgiltig über den Türkenkrieg entschieden werden.

Nach fast einjähriger Bemühung des Kaisers um das Reich ward offenbar, daß er in seinem Streite mit dem Könige von Böhmen von hier keine Förderung zu erwarten habe.

Die ganze Ohnmacht des Reichsoberhauptes gegenüber der Eigenwilligkeit der Stände, die ganze Zerfahrenheit und Haltlosigkeit der inneren Einrichtungen des Reiches trat jetzt hervor. Nachdem auf der einen Seite der Kaiser, auf der anderen Seite der mächtigste Fürst des Reiches, der erste der weltlichen Kurfürsten, in scharfer Gegnerschaft zu einander lange Zeit bei den Ständen um Anhang und Förderung geworben hatten, und obwohl und weil immer wieder die Kirche mit ihrer Strafgewalt und ihren Zensuren sich hineinmischte: redeten nun in Regensburg allein noch Selbstsucht und Mißtrauen ihre häßliche Sprache. Darüber versagte die ohnehin so unendlich schwerfällig arbeitende Maschine ihren Dienst völlig. Was an Interesse an den allgemeinen Dingen, was an Rücksicht auf den Kaiser noch vorhanden gewesen, das war aufgebraucht

[1] Die Akten des Tages (nach den Materialien des Plassenburger Archives) bei Höfler, Kais. Buch 161—182. Vgl. K. Th. Gemeiner, Der Regensburgischen Chronik Band III. 246 und Anm.; auch König von Königsthal, Nachlese in den Reichstagsakten II. 29 ff. G. Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg, Stettin 1883, 95 ff.

[2] Fontes rer. Austriac. XLVI. 61—62.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bei den Beratungen im Sommer und Herbst. Nun, da in Regensburg die Entscheidung erfolgen sollte, zog sich jeder Reichsstand von der Streitsache, ja von der Öffentlichkeit scheu auf sich selbst zurück.

„In der Türkensache", schreibt Markgraf Albrecht über den Reichstag an seinen Bruder Friedrich, „ist keines Kurfürsten Botschaft gegen Regensburg kommen, auch sonst gar wenig Leut, und welche dahin kommen sind, sein wieder weg, unverhört und ohne alle Sach', ursachenhalb, daß Papst, Kaiser, Kurfürsten, auch der König von Ungarn niemanden da gehabt haben: allein der Bischof von Passau ist des letzsten dahin gekommen ohne allen Befehl (Instruktion) und hat gewartet (weiterer) Botschaft aus dem kaiserlichen Hof, die ihm noch nicht zukommen ist; und wartet noch allda der Botschaft, aber nicht in dem türkischen Handel, sondern in dem Beheim'schen".[1] Und so verhielt es sich auch.

Der Bericht Graf Haugs über die Regensburger Novemberberatung hatte genügt, dem Kaiser die Hoffnungslosigkeit seiner Werbung auch selbst bei den an Böhmen angrenzenden Reichsständen darzuthun. Da gab er sich keine weitere Mühe. Er behandelte die Stände wie sie ihn, er hielt es nicht einmal für notwendig, ihnen den aufgegebenen Tag auch nur zu widerbieten.

Um so eifriger versuchte der Hof jenes Entgegenkommen zu nützen, das sich allein als Frucht so langer Bemühung ergab: die Freundschaft und womöglich ein enges Bündnis mit Bayern-Landshut fest zu begründen. Aufs eifrigste ward um die Jahreswende und später daran gearbeitet; mit dem ganzen Hause Bayern, auch dem Pfalzgrafen, dessen Neffe Philipp eben um die Tochter Herzog Ludwigs freite, wurde diesmal ein Zusammengehen gesucht.[2] Wieder geriet der Ansbacher Markgraf derart in Aufregung und Sorge, daß er dem Kaiser vier Briefe an einem Tage schrieb, ihn bei der Einung mit Herzog Ludwig nicht „dahinten" zu lassen.[3] Und doch hatte ja der Kaiser auch mit Albrecht,

[1] Brief v. 20. Febr. 1468. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 465—467. Die brandenb. Instruktion für den Tag bei Höfler, Kais. Buch 183—186. Weiteres nun in Font. rer. Austr. XLVI. 62—63; brandenb. Beglaubigung und weiteres über den Tag ebendort 61—62, 63—66. Der zum Tage erscheinende Bote der Breslauer Liga (Font. rer. Austr. XX. 512) verzehrte sein Geld umsonst.

[2] Die bezüglichen Schritte sind zum Teil aus den Meldungen Markg. Albrechts an seinen Bruder, die er freilich als Gerüchte bezeichnet, zu erkennen. Riedel, l. c. 406. Auch die Streitsache Ludwigs mit den Augsburgern suchte der Kaiser zu ordnen. Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 70—72, Nr. 59—60.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 67—69, 72. Riedel, l. c. 467—468.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

da er alte Zusagen und Verpflichtungen weder leugnen konnte noch wollte, unabläßig darüber verhandelt![1]

Aber auch diese letzte Hoffnung trog den Kaiser. Die Landshuter hatten sich wieder besonnen. Was noch vor kurzem allein richtige Erfassung des großen Zuges der Ereignisse schien, bedeutete augenblicklich den Weg zu gefährlicher Exponierung an der Seite des Kaisers. Das waren Herzog Ludwig und Doktor Martin nicht gemeint. Hatte Markgraf Albrecht schon im Januar die Überzeugung, daß Herzog Ludwig „der Sach sehen und wider den König (von Böhmen) als wenig" als er selbst sein wolle,[2] so ward ein gleiches bei der jetzigen Verhandlung bald genug auch dem Kaiser klar. Das Geschäft, die Auslieferung der Kleinode, fand seinen Abschluß.[3] Sonst erfolgte nichts. Der Kaiser blieb in der böhmischen Sache von den Wittelsbachern nicht minder als von allen anderen Fürstenhäusern im Reiche verlassen.

Es war einer der schwierigsten Momente seines sorgenreichen Waltens! Nie wohl wäre ihm ein mächtiger Freund unter den deutschen Fürsten erwünschter gewesen, als eben jetzt. Denn blieb auch der direkte Angriff der böhmischen Hauptmacht aus, so hatte er doch stets böhmische Scharen im Lande, und die Besorgnis vor machtvollem Überzug wuchs, je mehr der König der Gegner im eignen Lande Herr ward. Dazu kam die steigende Friedlosigkeit in den österreichischen Herzogtümern selbst. Trotz aller Bemühungen hatte Graf Wilhelm von Tierstein, den der Kaiser mit der nötigen Vollmacht umkleidet, den Stillstand mit Jorg von Stein und Wilhelm von Puchheim nicht in einen Frieden umzuwandeln vermocht.[4] Auch Stephan Eizinger war wieder gegen den Kaiser,[5] und dazu hatte sich nun auch der junge Starhemberg, unwillig, weil ihm in seinem Streite mit den Mährern nicht ausgiebige Hilfe geworden, für einen Schützling des Königs von Böhmen erklärt. Ganz Oberösterreich stand in Unfrieden. In Niederösterreich herrschte großer Unwille gegen den Kaiser und die Stadt Wien, der Friedrich, um den tief-

[1] Vgl. die Schriftstücke in Font. rer. Austr. XLVI. 62—67.

[2] Font. XLVI. 65, Nr. 52. [3] Kluckhohn, Herzog Ludwig 280.

[4] Vgl. Chmel, Reg. II. 500, Nr. 4920; 519, Nr. 5111, 5127, 5152. Daß im Februar eine Waffenruhe vereinbart wurde, ist so sicher, als der Kaiser den Jorg von Stein in seinem Schreiben vom 3. Juli an Herzog Sigmund von Tirol „unsern abgesagten Feind" nennt. Fontes rer. Austr. II. Abteil. II. (Diplomat. Habsburgense) 207—208. Vgl. ebendort die Erzählung Steins in einem Schreiben an denselben Herzog, 209—211.

[5] Er hatte dem Kaiser das Schloß Dürrenstein abtreten müssen. Vgl. Pažout im Archiv XL.28—29 (Separatabd.), und Font. rer. Austr. XX. 434.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

verschuldeten Bürgern zu helfen, eine Lebensmittelabgabe, die „Tatz", bewilligt hatte, was als Ursache der steigenden Teuerung im ganzen Lande angesehen wurde. Nur mit Mühe wurde hier durch das Zuthun patriotischer Männer offene Fehde verhindert.[1] Weit schlimmeres noch vollzog sich in der Steiermark.

Weil der Kaiser einst auf die Klage der Landstände, „daß mehr denn einem im Land mercklich großer Schaden und Drang mit Raub, Brand und Gefängnis und in ander Weg zugefügt" werde, geantwortet, „daß die Landleute selbst mit einander einig sollten werden, wie sie können und mögen, damit sie sich solcher „Einzüge" und Eingriffe aufhalten und die wehren", hatte sich eine Vereinigung steierischer Herren und Ritter aufgethan, die bald genug weniger auf die Erhaltung von Friede und Ordnung im Lande als auf die Wahrung von Landesrecht und Landesfreiheit ihr Hauptaugenmerk richtete. Damit ward sie aber rasch dem so leicht mißtrauischen Kaiser verdächtig, und als ihm noch die Kunde zukam, der Bund „wolle ihn um etliche seiner Schlösser bringen", ließ er die Herren Jorg Gradner und Ruprecht von Windischgrätz mit dessen Sohn, wohl die Häupter des Bundes, nach Graz vorladen und durch seinen Marschall Jorg von Fuchs in Haft nehmen. Alle Bemühungen der Bundesverwandten, durch Vorstellungen und Verhandlungen die Gefangenen frei zu bringen, waren bei dem Kaiser vergebens. Da traten sie ihm in direkter Feindseligkeit entgegen und wandten sich klagend über die ihnen widerfahrene Gewalt und unter Darlegung des Streites in einem Ausschreiben an die Stände des ganzen Herzogtumes, mit ihnen einzustehen für „Landrecht und Freiheit",[2] dann sogar an die Kurfürsten des Reiches.[3] Woher sollte Friedrich die Mittel nehmen, sie zu bekämpfen, da die Landschaften erschöpft und seine Tasche wie gewöhnlich leer war? Zu all den äußeren Verlegenheiten des Kaisers gesellte sich schweres persönliches Leid. Am 3. September ging seine Gemahlin, die kluge feine Leonor von Portugal, im 32. Jahre aus dem

[1] Anon. chronicon. Austriacum bei Senckenberg, Selecta juris et historiarum V. 340—342. Nur nebenbei sei bemerkt, daß die Erzählung des Anonymus hier bis zum Mai 1468 reicht.

[2] Gedruckt in den Mitteil. aus dem Klosterneuburger Archiv, herausgeg. von H. J. Zeibig, Wien 1853, 1—9.

[3] Das Obige nach Zeibig l. c. und dem Schriftstücke bei Chmel, Mat. II. 292—294, Nr. CCXXXVI in Verbindung mit Angaben im Kais. Buch 168 und bei Riedel, Cod. diplom. III. 1, 465. Danach gehört das bei Chmel erzählte in den Sommer 1467; die Steierer brauchten nach dem Scheitern der Verhandlungen im November 1467 Gewalt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Leben. Nicht der leiseste Schatten trübt das Lichtbild der hohen Frau, der zarten Blume des fernen Südens, voll holdseliger Anmut, von echt fürstlicher Gesinnung, die dem ersten Fürsten der Christenheit vermählt und von ihm in unwandelbarer Treue als sein Kleinod gehegt an seiner Seite ein so reiches Maß von Mißgeschick zu tragen hatte, ohne doch seiner Langmut teilhaftig zu sein. In dem achtjährigen Maximilian lebten die herrlichen Gaben der Mutter fort.[1]

Aber das Jahr 1467 war wie berührt nicht das Jahr der Katastrophen, nicht einmal eine Zeit entscheidender Wendungen. Wie stets fand der Kaiser zunächst an dem Papst Paul einen Förderer. Dem aus Nürnberg unverrichteter Sache scheidenden Legaten, Bischof Laurenz von Ferrara, fiel es neben eifriger Predigt des Kreuzes[2] als eine selbstverständliche Aufgabe zu, überall den Gegnern des gebannten Königs so weit als möglich die Hände für den Ketzerkrieg frei zu machen. Er war es, der Herrn Johann von Rosenberg zum Parteiwechsel, zum innigen Anschlusse an den Herrenbund brachte, und er ward auch zum Vermittler zwischen dem Kaiser und den Aufständischen im Lande ob der Enns. Freilich bedeutete auch dies nur eine kurze Ruhepause. Denn in dem Ende Oktober erfolgenden Spruche des Legaten fand sich Jorg v. Stein „vergewaltigt" und gezwungen, „sich abermals der Nothwehr zu gebrauchen".[3] Doch hatte der Kaiser diese Zwischenzeit wohl benutzt. Mit überlegener Macht gingen nun seine Hauptleute, Ulrich von Grafeneck und der von Tierstein, den Empörern zu Leibe.

Zudem nahmen im Spätherbste 1467 die böhmischen Dinge eine für die Verbündeten und damit für den Kaiser günstigere Wendung.

Der Übertritt Johanns von Rosenberg, den er bereits während des Nürnberger Reichstages den Legaten hoffen ließ[4] und trotz der Gegenbemühungen König Georgs[5] und mehrfachen Schwankens[6] mit dem Linzer Abkommen (9. Oktober) thatsächlich vollzog, gab, so wenig Sternberg sonst mit dem Geschehenen zufrieden war, den Baronen das Über-

[1] E. Birk, Donna Leonor von Portugal. Ein Vortrag, Wien 1858.

[2] Fontes rer. Austriac. XX. 389, Nr. 419.

[3] Vgl. sein Schreiben vom 1. Nov. an Herzog Sigmund von Tirol in Fontes rer. Austr. II. 209—211.

[4] Fontes rer. Austriac. XX. 474.

[5] Vgl. die Korrespondenz König Georgs mit Johann v. Rosenberg im Archiv český IV.

[6] So ließ er den vom Legaten nach Passau anberaumten Tag doch wieder vorübergehen. Fontes rer. Austriac. XX. 481—482, Nr. 412.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gewicht in Südböhmen.[1] Die Aufhebung der Belagerung von Neuhaus seitens der Königlichen war die unmittelbare Folge. In den Lausitzen und ringsherum fachte das Erscheinen eines böhmischen Heerhaufens unter der Anführung des früheren Landvogtes Benesch von Kolowrat den Kampfeseifer gegen die Ketzer erst recht zu hellen Flammen an. Gegen ihn führten die neuen Landvögte, Jaroslaw von Sternberg in der Ober-, Botho von Eulenburg in der Niederlausitz, ihre vereinigten Aufgebote, welchen sich Scharen von Kreuzfahrern aus dem benachbarten Meißen, darunter eine Anzahl Leipziger Studenten, anschlossen. So wurden die Böhmen, obwohl angeblich 6000 Mann stark, zu eiligem Rückzuge gebracht und dann die Belagerung des festen Hoyerswerda begonnen, welches Melchior von Löben für die Schönburge, getreue Anhänger König Georgs, besetzt hielt.[2] Es war die weitere Folge gemeinsamer Anstrengungen und der unablässigen Bemühungen des Legaten Rudolf, daß sich am 18. Oktober zu Forst (bei Landshut) Herzog Heinrich von Glogau-Crossen und die beiden Vögte zu gemeinsamer Abwehr weiterer Angriffe von Böhmen her verbanden, worauf am 1. November in Görlitz eine Reihe mächtiger Landstände, wie die Brüder von Biberstein und der Abt von Dobrilug u. a., dann die Städte Spremberg, Luckau und das Hofgericht zu Kalau ihre Siegel an die Forster Urkunde anhängten.[3] Nun ward die Stellung Herzog Hansens von Sagan, der noch vor kurzem einen Versuch seines Bruders Balthasar, wieder in den Besitz des Fürstentumes zu kommen, mit Erfolg vereitelt hatte,[4] unhaltbar. Von den Gegnern des Königs rings umschlossen, sah er sich am 18. November zu einem Vertrage und „zur Eingabe" von Stadt und Schloß Sagan an Herzog Heinrich und die beiden Vögte genötigt.[5]

In Mähren dauerte ein wechselvoller Kampf zwischen den Parteien bis in den Winter hinein. Dabei kamen zwar die Städte um alle ihre Dörfer, Bischof Prothas um seinen ganzen Besitz, aber auch die Bürger-

[1] Das Abkommen im Archiv český IV. 147. Sonst vgl. zur Sache Fontes rer. Austr. XX. 486—488, Nr. 416; 490—491, Nr. 421. Sc. rer. Hussit. II. 78.

[2] Näheres in Fontes rerum Austriacarum XX. 481—482, dann 483—485 womit man die Angaben in XLIV. 638 vergleiche. Eschenloer, Geschichten II. 74—75. Der Dank Bischof Rudolfs an die Leipziger Studenten vom 20. Februar 1468 in Cod. diplom. Saxon. Regiae II, XI (Urkundenbuch der Stadt Leipzig), 179, Nr. 145.

[3] Font. rer. Austr. XX. 491—494, Nr. 423.

[4] Eschenloer, Geschichten II. 75—77. Johanns Absagebrief an die Oberlausitzer vom 18. Oktober in Font. rer. Austr. XX. 493—495, Nr. 424.

[5] Font. rer. Austr. XX. 495—496, Nr. 425.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

schaften, die Olmützer voran, wehrten sich nachdrücklich und mehrere der königlich gesinnten Herren erlitten den schwersten Schaden oder gerieten sogar in die Gefangenschaft der Städter; von den hussittischen „Landherren" und nicht von den Städten ging das Verlangen nach einem Stillstande aus.[1]

In diplomatischer Hinsicht endlich war die glänzende Seifenblase eines französischen Bündnisses mit dem Hussittenkönige jäh geplatzt und jede Aussicht auf französische Förderung geschwunden. Und stand denn nicht alles, was die Gesandtschaft Ludwigs XI. in Prag sah und erfahren konnte, im grellen Gegensatze zu den hohen Worten des böhmischen Redners in Paris, zu den Prahlereien von des Königs führendem Einflusse bei den deutschen Fürstenhäusern und seinen Verbindungen weit und breit, von der Möglichkeit eines machtvollen Heereszuges der Böhmen bis an und über den Rhein? Und was konnte die mit solcher Genugthuung in Prag begrüßte polnische Gesandtschaft nützen, wenn König Kasimirs Vermittelung allein von dem Gedanken getragen war, aus den böhmischen Dingen jeden möglichen Vorteil zu ziehen, sich aber ja zu nichts zu verpflichten? wenn der Pole der preußischen Dinge wegen selbst noch der Aussöhnung mit der Kurie und der Loslösung von den päpstlichen Zensuren bedürftig war und deswegen die Gunst der Kurie mit rastlosem Eifer suchte?

So hatten im ersten schweren Kampfesjahre (1467) beide Teile auf dem Schlachtfelde und diplomatisch schwere Mißerfolge zu verzeichnen und daneben über den Gegner mehrfache Siege errungen. Beide Parteien hatten ihre Hauptpositionen behauptet, aber ihre mehr isolierten Außenwerke verloren. Der aufsteigenden katholischen Bewegung in den Nebenlanden der Krone und in der Nachbarschaft hielt die Gleichgiltigkeit der Katholiken Böhmens und der wachsende national-religiöse Eifer der utraquistischen Bevölkerung die Wagschale. Im Ganzen waren aber König Georg und seine Gegner ungebeugt. Die Liga dachte vor allem an innigeren Verband aller ihrer Glieder untereinander und an die Erlangung machtvoller fremder Hilfe.

Dahin ging ebenso das Bestreben von Papst und Kaiser. Die vorhandenen Kräfte genügten zur Not, um sich gegen den Ketzerkönig zu behaupten, nicht an dem verhaßten „Girsik" Strafe und Rache zu üben. Es blieb die Frage, ob auch nur die Defensive auf die Dauer möglich sein würde. Offenbar konnten allein neue bedeutende Machtmittel,

[1] Vgl. den Bericht vom 4. Oktober in Font. rer. Austr. XX. 487—488, Nr. 417, und dagegen 489 Nr. 415 (giebt nur Gerüchte wieder).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die man in die Wagschale warf, den Erfolg sichern. Es lag in den allgemeinen Verhältnissen begründet, daß, nachdem das deutsche Reich sich versagt, die Häupter der Christenheit sie jetzt anderwärts suchten.

Außer Brandenburg kam dabei wieder Polen in Betracht, dessen Vorgehen und Erfolge in der preußischen Angelegenheit, so sehr sie im Grunde dem Kaiser und der Kurie zuwider waren, denn doch geschlossenere Macht und höheren Ehrgeiz erkennen ließen. Schon aber treten daneben auch jene Fürsten in den Vordergrund, in deren Staaten die modernen Einrichtungen bereits weit vorgeschritten waren und die neu erwachsenden Kräfte sich bereits in erhöhter Aktionsfähigkeit nach außen geltend machten: Der König von Ungarn im Osten, der Herzog von Burgund im Westen.

Sechstes Kapitel.

Burgund und Ungarn gegenüber dem böhmischen Kriege. Die polnische Vermittelung und der Ligatag zu Breslau. Päpstliche Werbung am brandenburgischen Hofe. Der österreichische Krieg und Matthias von Ungarn.

Es giebt Gedanken, Entwürfe, die, so oft sie auch vergeblich vorgebracht und zu ungünstiger Zeit versucht werden, doch einmal ausgesprochen nicht wieder aus dem Gedächtnisse der Mitwelt verschwinden. Ihre innere Wahrheit und Folgerichtigkeit sichert ihnen den schließlichen Erfolg. Das Projekt einer Verbindung Maximilians von Österreich mit Maria, der Tochter Karls von Burgund, welches einst Markgraf Albrecht dem Kaiser in Zeiten schwerer Bedrängnis vorgeschlagen und an dem auch die Kurie Anteil hatte,[1] gehört dazu. Noch im Sommer 1467 stand der Handel ziemlich ebenso weit im Felde, wie einst 1463. Des Kaisers Söhnlein war acht, die burgundische Prinzessin etwa zehn Jahre alt; von einer Vermählung konnte bei der Art, wie der Kaiser über solche Dinge dachte, keine Rede sein. Burgund war dem böhmischen Kriegsschauplatze weit entlegen; der junge Herzog mit andern Händeln mehr als zur Genüge belastet. Für jene Zeit einen intimeren Verkehr zwischen dem Kaiserhofe und den burgundischen Herzögen anzunehmen, fehlt wenigstens bisher der ausreichende Beweis. Und doch, wenn der Kaiser dem Herzoge Philipp 1465 (30. Oktober) die Aufschiebung der Acht über Holland auf ein Jahr bewilligte,[2] wenn sich die burgundischen Gesandten

[1] Reichsgeschichte I. 371 ff. [2] Chmel, Regesten II. 444, Nr. 4287.

auf dem Martinireichstage 1466 an der Seite der kaiserlichen Räte um Landfrieden und Türkenkrieg Mühe gaben, wies solche Nachsicht und derlei Willfährigkeit nicht, so glaubte man wenigstens, auf ein Einverständnis der Fürsten hin? Daß die Burgunder seit einer Reihe von Jahren beflissen waren, mehr und mehr mit allen mächtigeren Fürstenhäusern des Reiches, sie mochten zu welcher Partei immer zählen, Verbindungen zu knüpfen, wurde dabei leicht übersehen.[1] Im April 1467 erzählte der böhmische Gesandte am Hofe König Ludwig XI. von Frankreich, der Kaiser sei „in Teidingen mit Karlos von Burgundien, eine Heirat mit ihren Kindern zu machen", und beide bemüht, die Eidgenossen zu einem Bündnis mit ihnen zu bewegen.[2] Um dieselbe Zeit verrät Markgraf Albrecht den kaiserlichen Räten, der Pfalzgraf sei am burgundischen Hofe, eine Vermählung seines Mündels Philipp mit Herzog Karls Tochter zuwege zu bringen.[3] Albrecht versah sich offenbar von solcher Mitteilung die stärkste Wirkung auf den Kaiser, wie der Böhme bei König Ludwig. Wie wenig derlei Verhandlungen mit Burgund, vorausgesetzt, daß sie wirklich statthatten, in der That bedeuteten, davon vermochte der Markgraf sich binnen kurzem in der eigenen Familie zu überzeugen.[4] Trotzdem blieb das österreichisch-burgundische Heiratsprojekt lebendig: weit mehr als in romantischer Gesinnung wurzelte es in der Begehrlichkeit, aber auch in der Bedrängnis jener Tage.

Es war der weitreichende Eindruck der segensreichen Herrschaft Philipps des Guten von Burgund, daß seit anderthalb Dezennien und länger in allen Krisen des mitteleuropäischen Staatenkonglomerates die Lösung von dem mächtig emporgestiegenen Burgund erhofft ward. Dieses jugendlich starke Burgund mit dem alten Kaisertume zu verbinden, war das nicht für alle das Reich berührende Fragen die sicherste, die friedlichste Entscheidung?

Aber solche Verbindung stand in der Ferne, ebenso wie ein Eingreifen des Burgunderherzoges in den böhmischen Handel, obwohl man sich bereits auch deswegen um ihn bemühte.[5] Noch war es auch dem

[1] Diese Reichsgesch. I. 599. Pažout im Arch. f. öst. Gesch. XL. 39 (Sep).

[2] Pažout l. c. [3] Font. rer. Austr. LXVI. 45, Nr. 35.

[4] Karl von Burgund knüpfte mit Kurfürst Friedrich wegen Vermählung mit einer Tochter an. Riedel, Cod. diplom. Brandenb. III. 1, 441. Bezüglich der Angaben ebendort 447 denke ich im wesentlichen wie Kluckhohn, Ludwig d. Reiche 281, Anm. ***.

[5] Vgl. Eschenloer, Geschichten II. 53–55. Schreiben der Breslauer an Herzog Philipp in der böhmischen Streitsache. Ebenso wurden im Burgundischen die Strafsentenzen der Kurie gegen König Georg verkündigt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bestorganisierten Staatswesen Europas schwer, über die nächste Nachbarschaft hinaus direkt machtvoll Einfluß zu nehmen. In Böhmen Ordnung zu schaffen, das schien nur von Deutschland, Ungarn oder Polen aus ausführbar.

Man weiß, mit welcher fast ängstlichen Sorgfalt sich der böhmische Hof bei der so ungünstigen Entwickelung der kirchlichen Frage bemüht hatte, mit Ungarn ein freundliches Einvernehmen zu erhalten. Es war einer der Grundsätze Heimburg'scher Politik. Ebenso bei Polen. Schätzte man dort des Königs Einfluß in Rom, daneben seine Macht und Kriegslust, zumal ihm die schwierigen Grenzverhältnisse gegen Mähren leicht den Vorwand zu Feindseligkeiten gaben, so schien Polen gegenüber bei dem lebhaften Bedürfnisse, in so schwerer Zeit jedem neuen Konflikt aus dem Wege zu gehen, kluge Zurückhaltung noch mehr am Platze. Die Absicht der Kurie, mit den Waffen des Jagellonenreiches die böhmische Ketzerei auszurotten, ward ja in Prag bald genug bekannt. Trotzdem hielt man in Prag das Einverständnis mit Ungarn für wichtiger. Um des Königs Matthias und seiner Ratgeber freundliche Gesinnung gaben sich Heimburg und Albrecht Kostka von Postupitz, der gewöhnlich in den ungarischen Dingen gebraucht wurde, dann Prinz Viktorin, damals Landeshauptmann in Mähren, und König Georg selbst[1] Mühe. Durch Heimburg erfuhr der Graner Erzbischof von allen wichtigeren Vorkommnissen in Böhmen, wobei er immer wieder daran erinnert wurde, daß Ungarn allein von den Böhmen Unterstützung gegen die Türken zu erhoffen habe;[2] nur in unendlicher Vorsicht und Demut wagte „der reiche" Kostka an König Matthias zu schreiben.[3] Der böhmische Hof, der es sonst so wohl verstand, bei geeignetem Anlasse trotzig zu fordern und rücksichtslos zu handeln, war 1467 unermüdlich in berechnender Werbung um die ungarische Freundschaft; nach Akten unzweifelhafter Feindseligkeit[4] bot Herzog Viktorin (am 4. Dezember 1467) seinem königlichen Schwager von Ungarn unaufgefordert Hilfe gegen seine Feinde an.[5]

So viel Selbstverleugnung bedurfte es Polen gegenüber nicht.[6] Schon bald nach Beginn des offenen Kampfes mit Rom hatte der König

[1] Man vgl. die umfangreiche Korrespondenz zwischen den genannten Persönlichkeiten, König Matthias von Ungarn und dem Erzbischofe von Gran bei Teleki, Hunyad. Kora XI. 206–342; ferner Archiv für österr. Geschichts-Quellen XII. 340—346. Font. rer. Austr. XX. 468—469, Nr. 404.

[2] Vgl. Arch. XII. 345. [3] Siehe Teleki XI. 238—239.

[4] Vgl. Teleki XI. 279—280.

[5] Eine Schar von 500—1000 Söldnern. Teleki XI. 289—290.

[6] Vgl. darüber im allgem. J. Caro, Gesch. Polens V. 1, 264 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

seinen Sekretär Paul Zitek und Herrn Johann Ficinsky von Zinnenburg nach Petrikau geschickt, sich mit König Kasimir ein freundliches Verständnis zu sichern. Sie warben um die Fürsprache Polens beim Papste[1] und um Förderung der Konzilsidee.[2] Aber obwohl die Boten nichts erhielten als schöne Worte, und Kasimir noch weniger geneigt war, sich des böhmischen Nachbars wegen in Rom bloßzustellen: König Georg hielt sich für berechtigt, in Polen einen befreundeten Staat zu sehen. Kasimirs Erlaubnis, Soldtruppen zu werben, die doch jetzt Polen nach wiederhergestelltem Frieden nur zur Last waren, deutete man in Prag als bereites Entgegenkommen. Nach Polen berichtete Georg über seine Erfolge im Felde und über den Stand der Sachlage überhaupt.[3] Und mit unermüdlicher Geduld übersah man es in Prag, wie der Pole nach beiden Seiten gleichmäßig gute Beziehungen hielt, Hoffnungen erregte und bedingte Zusagen machte, ohne gleichwohl irgendwie über vorsichtige Vermittelung hinauszugehen.

Die Politik des Polenkönigs war ebenso bedenklich, ja in einer Hinsicht gefährlich, wie andererseits wohl erwogen. Sie entsprach in ihrer Zweideutigkeit durchaus der Lage von König und Reich. König Kasimir war entschlossen, sich nach der Beendigung eines langen schweren Krieges nicht wieder in einen zweiten gleich schweren Kampf einzulassen. Dazu mangelten ihm jetzt ohnehin in hohem Grade die äußeren Mittel. Aber ebenso fest hielt er, darin nicht allein den Wünschen und dem Hochmute seiner Gemahlin Elisabeth, Tochter weiland Kaiser Albrechts II., nachgebend, an dem Erbrechte seiner Kinder an die Krone Böhmen fest. Jeder Akt, der dazu dienen konnte, dieses zu fördern oder wenigstens den Zeitgenossen in Erinnerung zu bringen, war ihm erwünscht. Mit hoher Befriedigung vernahm Kasimir die Hilferufe des Herrenbundes; gaben sie doch deutlich zu erkennen, daß bereits ein gewichtiger Teil der böhmischen Landstände sich zu seinem Gunsten auf den Boden der Legitimität in der Königsfrage zu stellen geneigt war. Noch lockender waren die direkten Erbietungen Roms.

Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Polens war kriegsmüde und vor allem durchaus gegen einen Kampf mit Böhmen eingenommen. Aber bei geistlich und weltlich fanden die Pläne des Königspaares auf Vorrückung der Machtsphäre des Piastenreiches über die jetzige Westgrenze hinaus den lebhaftesten Anklang. So jämmerlich

[1] Vgl. oben S. 34.
[2] Fontes rer. Austriac. XX. 460—464, Nr. 396; 474—476, Nr. 406.
[3] Font. rer. Austriac. XX. 476—477, Nr. 407.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der letzte Krieg thatsächlich geführt worden war, so gering Polens offensive Macht: bei der Verwirrung und Zwietracht ringsum schuf sich die bewegliche Phantasie der Polen Ziele, die weit über die Erwerbung Böhmens hinausgingen. Das ganze Erbe von Ladislaus Posthumus, auch Ungarn und die beiden Österreich, überdies aber die an Brandenburg vor kurzem gelangte Neumark, eine willkommene Erweiterung des soeben eroberten Westpreußens,[1] sollten heimgefordert werden; die Donau und die Elbe sollten künftig polnische Ströme sein. So begegnete sich Kasimirs Politik mit den Anschauungen seiner Räte, der Bischöfe und der Häupter des Adels. Es galt, allein die eigenen Pläne zu verfolgen, gleichviel von welcher Seite sich eine Handhabe zu ihrer Verwirklichung bot, und jede Gelegenheit wahrzunehmen, dieser näher zu kommen. Man wollte mit beiden Parteien in Böhmen sich gut stellen, aber Feindschaft und Krieg bis aufs äußerste vermeiden. Ob und wie weit dabei die Abneigung mitspielte, sich als Werkzeug kurialer Politik gebrauchen zu lassen, oder gar die Einsicht oder das Verlangen, Übergriffe der geistlichen Gewalt in die weltlich-staatliche Machtsphäre abzuwehren, ist unbekannt. Jedenfalls ist in jener Zeit am polnischen Hofe von Idealismus sehr wenig zu verspüren.

Nach erfolglosen Bemühungen der Boten von Breslau und der Barone und trotz dringender Briefe des heiligen Vaters hatten auch Bruder Gabriel von Verona und Peter Erklens, der Dechant von Aachen, nichts ausgerichtet.[2] Dann war Ende Juli 1467 Legat Rudolf am polnischen Hoflager erschienen.[3] Aber was dem italienischen Mönche, jenem Manne von genialer Begabung und rücksichtsloser Thatkraft, seit Jahren von weitreichendem noch vielfach rätselhaftem Einflusse auf die mitteleuropäischen und östlichen Dinge, nicht gelingen mochte, erreichte auch der Begründer des Preußenfriedens nicht. Ohne Zustimmung des Reichstages, so erklärte der König am 28. August könne er in ein so schwieriges Unternehmen, wie es der Krieg gegen Böhmen sei, nicht willigen; da aber der Reichstag sich erst im künftigen Jahre ver-

[1] Vgl. Riedel, Cod. diplom. Brandenb. III. 1, 412—413. J. G. Droysen, Berichte der sächs. Gesellsch. der Wissensch. 1857, 151, 187—187.

[2] Font. rer. Austr. LXVI. 631. Nach Eschenloer, Gesch. II. 52—53 waren für die Barone Pater Elias von Neuhaus (auch sonst damals diplomatisch vielfach gebraucht), dann Boten des Bischofes, des Rates und der Bürgerschaft von Breslau bei König Kasimir.

[3] Die Zeit seiner Abreise von Breslau (21. Juli) und Ankunft in Krakau (28. Juli) zeigt Eschenloer, Hist. Wrat. 138, in Verbindung mit Dlugosch 407.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sammele, so sei er bereit, inzwischen eine Gesandtschaft nach Böhmen zu schicken und zu versuchen, ob König Girsik mit der Kirche und dem Herrenbunde ausgesöhnt werden könne. Solchen guten Willen des Königs zu fördern, möge der Legat einstweilen mit der Verkündigung des Interdikts Einhalt thun.[1]

Also nur aus Willfährigkeit gegen die Wünsche des heil. Stuhles und seine Getreuen und weil man augenblicklich in Krakau nicht weiter helfen könne, stellte der Pole, so behauptete er, seine Vermittelung auf. Ihm war aber wohl bekannt, daß man in Prag darin einen Freundschaftsdienst sehen werde, um so wertvoller, wenn mit der Vermittelung die einstweilige Suspendierung der geistlichen Strafen eintrat.

Die Nuntien waren klug genug, die Sachlage zu übersehen.[2] Die Einstellung der Zensuren wurde verweigert. Aber sonst ließ man die Polen gewähren, nicht allein etwa, um die polnischen Aussichten der Liga nicht voreilig aufzugeben, oder weil ihr ein Waffenstillstand diplomatisch und militärisch jetzt nicht unwillkommen sein konnte. Der böhmische Kirchenstreit hatte in Polen, wie die Gesandten wohl beobachten konnten, sein eigentümliches Echo gefunden. War dieses selbst vom Hussitismus durchsetzte Volk, war dieser Klerus danach, um Polen mit dem ketzerischen Böhmen direkt unter einem Könige zu verbinden? War da nicht eher Ausbreitung als Eindämmung und Vernichtung der Seuche zu besorgen?[3] Und ging es an, die Polen nach Böhmen zu bringen und damit jenen begehrlichen Plänen auf Ungarn und Österreich Vorschub zu leisten, gegen welche der Kaiser und König Matthias den schärfsten Widerspruch erheben mußten? War doch schon jetzt von Kaiser Friedrich eine Mahnung an den Legaten eingelaufen, die sich nicht übersehen ließ: „er (Rudolf) möge sich nicht so hoch annehmen, die Krone von Böhmen an den polnischen König zu bringen oder an seinen Sohn, sondern sich

[1] Dlugosch, l. c. Eschenloer, Histor. Wrat. 1140. Rücksichtlich der Abreise der kurialen Unterhändler stimmt die Angabe des Dlugosch besser zu den Thatsachen als jene Eschenloers, der sie schon auf den 29. August ansetzt. Die sich unmittelbar anschließende einheitliche Aktion derselben, die dort auf die Erlangung ungarischer Hilfe, hier auf die Erhebung des Kurfürsten von Brandenburg zum Könige von Böhmen gerichtet war (Riedel, Cod. diplom. Brandenb. III. 1, 448—449) setzt doch eingehende Beratung in Krakau voraus, die kaum vom 28. auf den 29. August abgeschlossen ward.

[2] Daß dies, wenn nicht schon jetzt, so doch sicher während des nachfolgenden Breslauer Tages der Fall war, zeigt eine Bemerkung des Legaten Rudolf in seiner Werbung an den Kurfürsten von Brandenburg. Vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 455.

[3] Eschenloer, Histor. Wratisl. 148.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

fleißig mühen, daß etwa ein mächtiger Fürst in deutschen Landen sich der Krone unterwinde, viel Unrats zu vermeiden, der aus der Vereinigung zweier Königreiche in polnischer Hand entstehen könnte".[1] Es ist bei solcher Lage der Dinge leicht begreiflich, wenn die Kurie und die Liga von vornherein entschlossen waren, die Sendung der Polen gleichfalls ohne jede Rücksicht auf deren ostensiblen Zweck und allein für das eigene Interesse auszunützen.

Immerhin war man mit der nächsten Absicht der Polen, vorerst einen Waffenstillstand zwischen den Parteien aufzurichten, einverstanden, da die Lage einzelner Mitglieder des Herrenbundes schwierig war. Schon stand nicht bloß Johann von Hasenburg in Vertrag mit dem Könige,[2] sondern (seit 22. September) auch Bischof Jost von Breslau, nachdem seine und der Stadt neue Anstrengungen gegen Münsterberg erfolglos geblieben waren und er seine Mittel erschöpft sah.[3] Johann von Hasenburg begab sich selbst mit den polnischen Gesandten, — es waren Stanislaus von Ostroroh, der Palatin von Kalisch, Jakob von Dubno, Starost von Krakau, und der Domherr und Geschichtsschreiber Johannes Dlugosch — nach Prag.

Hier erreichte die Gesandtschaft Kasimirs viel besser ihr eigentliches Ziel. König Georg begrüßte sie auf das freundlichste, nahm ihre Vermittelung durchaus ernst. Wir wissen, wie sehr sie sein Selbstgefühl erhöhte. Er war denn auch bereit, — die feierliche Audienz fand am 30. August 1467 statt —, in eine Waffenruhe mit der Liga zu willigen, nur müsse zuvor die letzte sternbergische Feste im Inneren Böhmens — Konopischt — ihm übergeben werden. Als unbedingt notwendig für das Gelingen der kirchlichen Verhandlungen bezeichnete der König freies Gehör bei dem heil. Vater, das König Kasimir auswirken solle; denn alle Ursache an dem Streite mit der Kurie und an dem Kriege im Lande trügen ja doch nur der Legat und die Breslauer mit ihren falschen Meldungen.[4] Die Entscheidung seiner Streitigkeiten mit den Baronen,

[1] Diese Äußerung, in der späteren Werbung des Legaten an Brandenburg enthalten, paßt nur auf den August 1467. Vgl. Minutoli, Kaiserl. Buch, kurfürstl. Periode, 487. Riedel, Cod. diplom. Brandenb. III. 1, 456 und nochmals bei J. G. Droysen, Abhandl. der sächs. Ges. der Wissensch. 1857, 186 (mit dem sinnstörenden Lesefehler „sein könig" für „sein gnaden").

[2] Eschenloer, Histor. Wrat. 142—144.

[3] Font. rer. Austr. XX. 500. Über Hasenburgs sonstige Verlegenheiten siehe Font. rer. Austr. XLIV. 635, Nr. 520. Eschenloer, Histor. Wrat. 144.

[4] Font. rer. Austr. XX. 501—502. Bericht der polnischen Gesandten an den Legaten vom 28. Nov. Vgl. Eschenloer, Histor. Wrat. 148—151; Geschichten II. 85—89. Des Königs weitläufiger Endbescheid im Archiv český IV. 147—150.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wenn auch eine innere Angelegenheit Böhmens, war König Georg bereit, sowie einst auf den Spruch des Ungarkönigs, so nun auf König Kasimir zu stellen; nur möge der König binnen Jahresfrist entscheiden.[1]

Nachmals fanden die Polen aber mit dem Antrage auf Waffenruhe Schwierigkeiten.

Johann von Hasenburg und dem Breslauer Bischof gegenüber, die dem Stillstande auch deshalb das Wort redeten, weil sich nur so die als dringend notwendig erkannte festere Vereinigung aller Gegner „Girsiks" erreichen ließ,[2] hielt Zdenko von Sternberg daran fest, den Krieg fortzusetzen. Wenigstens erklärte er, als mit den polnischen Gesandten Hasenburg selbst zu ihm nach Iglau kam, er werde Konopischt nie herausgeben, und nehme man ihm die Burg mit Gewalt, so wolle er niemals wieder von Frieden auch nur reden.[3] Auch als die nach Prag zurückgekehrten Polen mildere Bedingungen meldeten, lehnten die Barone ab.[4] Erst als, wieder durch die Gesandten, in Iglau die sichere Nachricht eintraf, der Fall von Konopischt sei täglich zu erwarten, und die alleinige Hoffnung, die Burg zu retten, sei eben nur eine sofortige Waffenruhe, während der mit Zustimmung des Königs an der gegenwärtigen militärischen Lage — auch vor Konopischt — nichts geändert werden solle, stimmte Sternberg zu. So ward ein Friede vereinbart, der vom 29. November bis zum 25. Januar dauern sollte. Konopischt und Hoyerswerda sollen, hieß es im Vertrage, während dieser Zeit unangefochten bleiben und dürfen sich für solange mit dem Nötigen versorgen. Die Belagerung beginnt aber von neuem, falls zwischen den Parteien keine Verständigung erzielt wird;[5] darüber wird am 13. September zwischen Brieg, wo sich nach früherer Vereinbarung und gemeinsamer Beratung die Ligisten, und Glatz, wo böhmische Gesandte sich einfinden sollen, unter polnischer Vermittelung verhandelt.

Dazu gaben alle, nach einigem Bedenken auch die Verbündeten von Forst[6], ihre Zustimmung, ebenso Legat Rudolf „in Meinung und Hoffnung,

[1] Font. rer. Austr. XX. 601—502. Eschenloer, Histor. Wrat. 157—159; Gesch. II. 83—85.

[2] Schon im Sommer hatten sie sich in dieser Richtung ausgesprochen.

[3] Font. l. c. Eschenloer, Geschichten II. 89—90.

[4] Vgl. den zweiten Bescheid des Königs vom 12. November im Archiv český IV. 150—153. Eschenloer, Histor. Wrat. 151—156; Geschichten II. 91—94.

[5] Die Stillstandsurkunde vom 19. November 1467 in Font. rer. Austr. XX. 496—498. Vgl. ebendort 501 ff.

[6] Sie fragten erst den Legaten, der am 2. Dez. antwortete, der Tag sei „mit wider ihn". Font. rer. Austr. XX. 502, Nr. 429.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der edle Herr Zdenko und andere böhmische Herren, die Lausitzer und anderen beständigen frommen Christen würden sich in Brieg also besprechen und einmütiglich Wege vor sich nehmen, die der heiligen christlichen Kirche u. s. w. zu gute und zu Ehren kommen werden."[1]

Der Tag zu Breslau — denn dorthin wurden der in Brieg herrschenden Krankheiten wegen die Beratungen der Liga verlegt — gewann einen ganz anderen Verlauf und Ausgang, als König Georg und die polnischen Gesandten erwarten mochten.

Noch vor seinem Beginn starb Bischof Jost von Breslau (13. Dez. 1467). Nur nach schwerem Seelenkampfe war einst der Rosenberger, ein treuer Sohn seiner Heimat und seines Volkes, in den Streit gegen den König eingetreten, der den Bürgerkrieg zur Folge hatte. Er hatte dann im Kampfe redlich seine Pflicht gethan und sich erst zurückgezogen, als er die Überzeugung gewonnen, auch den Übrigen werde früher oder später nichts anderes übrig bleiben, ein Sieg sei unmöglich.[2] Denn die Pflicht kirchlichen Gehorsams, die ihn in den Konflikt hineingetrieben, sie hatte ihm nicht auch das Vertrauen schaffen können auf einen glücklichen Ausgang des Unternehmens, zumal er die Ungleichheit der Mittel gar wohl erkannte. Jodoks gebrochene Gesundheit mochte dann seine Zaghaftigkeit vermehren: so ging er, ein hartgeprüfter Mann, inmitten schweren Kampfes zwischen Pflicht und Neigung, in dem er trotz aller Opfer weder sich noch den anderen zu genügen verstand, aus dem Leben.

Es waren nicht die Fanatiker der Partei allein, die in dem Hingange eines solchen Mannes eher eine Förderung der Sache als einen Verlust erblickten. Alsbald und einmütig ward Legat Rudolf, die Seele des Ketzerkrieges, als Nachfolger Josts in Aussicht genommen. Auch sonst war der Breslauer Tag, für dessen ruhigen Verlauf — man scheute die so gern tumultuierende Menge — die Bürgerschaft noch besondere Bürgschaften hatte übernehmen müssen, wohl geeignet, das Selbstbewußtsein der Ligisten zu erheben und ihre wachsende Stärke zur Geltung zu bringen.

Schon im äußeren Besuche des Tages trat dies hervor. Neben dem Legaten Rudolf, Bischof von Lavant, und Bruder Gabriel, der aus Ungarn herbeigekommen, waren Bischof Prothas von Olmütz und die

[1] Font. rer. Austr. XX. 502.

[2] Man vgl. sein Schreiben an die Breslauer, das Eschenloer, Histor. Wrat. 143—144 bringt, und ein zweites an Bischof Prothas von Olmütz in Fontes rer. Austr. XLIV. 631—632.

Herzöge Nikolaus und Ludwig von Oppeln, dann Balthasar von Sagan persönlich zugegen, ferner außer den alten Mitgliedern des Herrenbundes, Zdenko von Sternberg an ihrer Spitze, die später gewonnenen Bündner, die Brüder von Lichtenburg und Böttau und Friedrich von Biberstein, Vertreter der Lande und Städte Breslau, Schweidnitz und Jauer, des Herzoges Heinrich von Glogau, der mährischen Kommunen, der Städte Pilsen, Budweis, Beneschau, Elbogen und Eger in Böhmen, die polnischen Gesandten.[1] Noch wichtiger war, daß Bruder Gabriel von durchaus günstigem Erfolge seines Ofener Aufenthaltes zu berichten wußte. Voll Freude vernahm die Versammlung die Kunde, daß der Ungarkönig seine Pflichten gegen Papst und Kirche sehr ernst nehme und sie auf seine machtvolle Unterstützung sicher zählen könne.[2] Der Eindruck solcher Botschaft war so mächtig, daß er in den ersten Tagen, obwohl man auch das Anbringen der Polen entgegennahm, die Versammlung und ihre Beratungen völlig beherrschte. Dies führte am 18. Dez. — am 16. hatte man Bischof Jost feierlich zur ewigen Ruhe geleitet — zu dem Gelöbnisse von „Prälaten, Fürsten, Herren, Rittern, Ritterschaften, Städten und allen auf diesem Tage versammelten", „festzustehen in dem Gehorsam des Papstes und bei den Prozessen, darin sie gegangen seien, bis zu dem Verluste von Leib und Gut".[3] Dem Eifer der Nuntien, dem Hasse Sternbergs gehörte seitdem die Leitung des Tages.

Vor allem wurde beschlossen, die Anlehnung an einen mächtigen christlichen Fürsten zu suchen, den der Bund zu seinem Haupte annehmen möge; eine neue Botschaft sollte bei dem heiligen Stuhle in dieser und anderen Sachen berichten; es galt energischste Unterstützung erbitten, wo immer dies nötig wäre und geschehen könnte.[4]

Man verkannte nicht, daß dies durchzuführen Zeit gewonnen werden müsse und deshalb eine Waffenruhe anzustreben sei. Sie zu erlangen, war wieder die polnische Gesandtschaft gut genug.

---

[1] Vergl. über den Tag den Bericht in Font. rer. Austr. XX. 502—512, wo es aber S. 503, Z. 6 von unten an entscheidender Stelle „amoneret" statt „amoveret" heißen muß; ferner Font. rer. Austr. XLII. 445—446. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 450—452 (Bericht des Legaten vom 25. Dez. an Kurfürst Friedrich von Brandenburg). Eschenloer, Histor. Wrat. 163—173; Geschichten II. 96—105. Dlugosch, lib. XIII. 408 sq. (Klose), Dokum. Geschichte von Breslau III. 1, 501.

[2] Nach den Äußerungen des Königs im April 1468.

[3] Meldung vom 19. Dez. nach Görlitz. Font. rer. Austr. XX. 502—503, Nr. 430.

[4] Font. rer. Austr. XX. 503.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Natürlich mußte man da wenigstens zum Scheine sich auch mit ihrer Werbung beschäftigen und ward nun über die böhmische Kirchenfrage und das Verhältnis König Georgs zum römischen Stuhle verhandelt. Es fehlte noch immer nicht an solchen, welchen die Wahl König Kasimirs oder seines ältesten Sohnes als das geeignetste Mittel erschien, gegen die Ketzer die Oberhand zu erlangen. Über Kasimirs Absichten wollte man sich jetzt Gewißheit verschaffen. Während Pater Gabriel an der Spitze einer dazu besonders gewählten Kommission zugleich mit dem Legaten und den Polen die Artikel formulierte, nach denen hinkünftig das Verhältnis König Georgs zu Papst und Kirche und das böhmische Kirchenwesen eingerichtet werden sollte, nahm man die Gelegenheit wahr, in dringenden Bitten nochmals auf die Notwendigkeit und die Ersprießlichkeit einer polnischen Nachfolge auf dem böhmischen Throne zurückzukommen: Der König möge sich des unschuldig vergossenen Blutes erbarmen und den Böhmen seinen Sohn, dem ja „eigentlich das Anrecht auf jene Länder zustehe", zum Haupte geben; dafür wollten auch sie thun, was ihnen gebühre und dem Könige gefallen würde.[1]

Die Antwort der Gesandten war nur, sie hätten in solcher Sache keine Vollmacht, auch habe ja der König bereits dem Legaten und den anderen Boten seine Meinung geoffenbart. Dafür hielt auch Zdenko Sternberg nicht weiter an sich: Man habe sich an den König von Polen gewendet, weil ihm ein Erbrecht auf die Krone Böhmen eigne; nur deshalb habe man sich um ihn bemüht, sonst hätten sie längst einen anderen Herrn gefunden. „Wenn der König aber", fuhr Sternberg fort, „für seine Rechte nicht einstehen will, so sagt es und zögert nicht zu unserem Verderben; wir gedenken wohl einen katholischen König zu finden, geschickt, uns mit dem Willen Gottes zu schützen".[2]

Auch solchem Ernst gegenüber vermochten die Polen keine Zusage zu thun. Um aber ihre Vertrauensstellung auch zu der römischen Partei zu erhalten, waren sie um so eifriger bemüht, die Verlängerung des Waffenstillstandes zuwege zu bringen.

König Georg hatte seiner Zusage gemäß seinen Sohn Viktorin und Herrn Zdenko Kostka von Postupitz nach Glatz beordert.[3] Mit ihnen oder besser, da sie nicht genügend bevollmächtigt waren, mit König Georg selbst traten die Polen in Verhandlung. Die Bedingungen zeigten das volle Selbstgefühl der kirchlichen Partei.[4] So sollten die päpstlichen

[1] Font. rer. Austr. XX. 507. [2] Font. rer. Austr. XX. 508.
[3] Ergiebt sich aus Riedel, Cod. diplom. Brandenb. III. 1, 450—452.
[4] Das Nähere über die Verhandlungen, Zeit, Ort, Forderung und Gegenforderung

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zensuren während des Stillstandes in Kraft bleiben und alle katholische Geistlichkeit innerhalb und außerhalb der Krone ihnen nachgehen. Jedermann ist berechtigt, sich während dieser Zeit an die Sache der Kirche anzuschließen. Dagegen bleibt den Katholiken der Verkehr mit den Gebannten auch jetzt untersagt, und werden Anhänger des Königs in ihre Städte und Burgen nicht eingelassen. Der König hat alles, was während der jetzigen Waffenruhe oder in Ausführung früherer Urteilssprüche gegen die Bündner geschehen ist, abzustellen und jedermann von der empfangenen Huldigung zu dispensieren. Er soll sich während der ganzen Dauer des Stillstandes, der aber höchstens bis Georgi 1468 währen darf, aller Angriffe auf die im Schutze der Kirche stehenden enthalten, er selbst und die Seinen, innerhalb und außerhalb der Grenzen Böhmens. Konopischt mit allem Zugehör bleibt nach Aufhebung der Belagerung und Auflassung aller deshalb errichteten Angriffswerke in den Händen Sternbergs. Er allein schließt als Haupt der Liga diesen Vertrag mit dem Könige ab.[1]

Es waren Forderungen, wie sie ein Sieger dem wehrlosen um Gnade flehenden Gegner anbieten konnte. Von einer Gleichheit der Kontrahenten war da keine Rede, der völlige Triumph Sternbergs, kam es zu ihrer Annahme, offenbar. Der Widerspruch der Hussitten richtete sich denn auch fast ebenso sehr gegen den Artikel, der Konopischt betraf, wie dagegen, daß König Georg zum Stillsitzen verurteilt werden sollte, während die Gegner in ihrer Aktion ungehindert voranschreiten durften.[2] Aber auch sonst war mit der Wiederherstellung der früheren Bestimmungen hinsichtlich Konopischts, welche die Polen in Breslau durchsetzten, die Sache nicht gethan. In Strehlen, wo die Polen mit den böhmischen Räten zuletzt verhandelten, besaß man zur Annahme des Stillstandes schwerlich die Neigung, gewiß keine Vollmacht, und aus Prag, wohin sich die Vermittler wiederholt schriftlich wendeten[3], war ein Bescheid nicht zu erreichen. Da erboten sich die Vermittler der Breslauer Versammlung, die ihnen „vielen und fleißigen Dank sagte" für ihre Bemühung und reiche Geschenke anbot,[4] selbst nochmals nach Prag zu reiten,

zeigen Font. rer. Austr. XX. 515—518 und Eschenloer, Histor. Wrat. 171—172. Die Polen hatten erst ein Näherkommen der Böhmen, da die Liga nicht in Brieg, sondern in Breslau tage, begehrt, und trafen dann mit ihnen in Münsterberg und Strehlen zusammen.

[1] Eschenloer, Histor. Wrat. 171—172.

[2] Font. rer. Austr. XX. 511.

[3] Font. rer. Austr. XX. 515—517; 517—518, Nr. 433 und 434.

[4] Nach Eschenloer in der Erwartung, sie würden sie nicht annehmen, wie sie solches auch in Strehlen den böhmischen Erbietungen gegenüber gethan.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wo sie wirklich ihre Absicht glücklich erreichten. Nachdem König Georg, von ihnen gedrängt, weitere Verhandlung zu ermöglichen, erst eine Fortdauer des Friedens bis zum Valentinstage zugestanden,[1] gelang, im wesentlichen unter den von der Liga gestellten Bedingungen,[2] auch der Abschluß eines neuen Vertrages, der den Parteien die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bis zum 26. Mai untersagte.[3]

Die Bündner „möchten nicht uneingedenk sein der Wohlthaten, ihnen von dem Könige von Polen erwiesen, und sich so halten, daß ihnen niemals aus dem Herzen schwinde, wie der König und sein Sohn auf das Reich Böhmen und die dazu gehörigen Lande ein natürliches Recht besäßen", so hatte Jakob von Dubno als Sprecher der Gesandtschaft um Abschied gebeten. Als man ihr dies zugesagt, „schied sie in großer Freude".[4] Auch in Prag erwies man den Polen Ehre in Wort und That. Sie mochten sich wirklich schmeicheln, für die Absichten ihres Herrn, Böhmen dereinst auf friedlichem Wege an sein Haus zu bringen, mit Erfolg gearbeitet zu haben.

Wo blieb aber die weitere Friedensverhandlung zwischen den Parteien, welche allein der polnischen Vermittelung auf die Dauer Bedeutung geben konnte? Obwohl der Liga aus der Thätigkeit der Polen wahrlich kein geringer Vorteil erwachsen ist, obwohl ihr der Erzbischof von Gnesen ferner zu Gefallen war, indem er durch eine besondere Gesandtschaft die Wahl des Legaten zum Bischof von Breslau empfahl:[5] in eben jenen Tagen wurde König Kasimir von Breslau aus bei dem Papste verklagt, daß er durch sein Dazwischentreten den Fortgang des Ketzerkrieges gehemmt, ja sogar dem Gebannten direkt einige hundert Reiter zu Hilfe geschickt habe. Und auch König Georg hat keineswegs aus Rücksicht auf den polnischen Nachbar, so sehr er auch auf ein freundliches Einvernehmen mit ihm Gewicht legte, oder gar aus Gutmütigkeit[6] in die Verlängerung der Waffenruhe gewilligt.

[1] Eschenloer, Histor. Wratisl. 177. Daraus erklärt sich das Vorkommen einer bezüglichen Urkunde, das sich Palacky, IV. 2, 491 Anmerkung 318, nicht zu deuten weiß.

[2] Der Legat an Kurf. Friedrich von Brandenburg am 1. Februar. Riedel, Cod. diplom. Brandenb. III. 1, 453—454.

[3] Der Vertrag (Zdenko v. Sternbergs Revers vom 4. Februar) im Archiv český IV. 1, 164. Vgl. Eschenloer, Hist. Wrat. 178; Geschichten II. 107—108. Staří letopisové 186. Dlugosch 414.

[4] Font. rer. Austr. XX. 511—512.

[5] Eschenloer, Histor. Wrat. 175—176.

[6] So Palacky, Gesch. von Böhmen IV. 2, 481. Es ist nach obigem sicher irrig, daß vor allem die Liga auf Verlängerung des Stillstandes hindrängte; er war

Mit vom Hasse geschärften Blicke hatte man in Prag beobachtet, wie sich Kaiser Friedrich seit langen Monaten bemühte, das Reich und wen er mochte gegen Böhmen in die Waffen zu bringen. Daß der König nicht auch hier in kluger Nachgiebigkeit versuchte, sich für den Kampf mit der Kurie und seinen aufrührerischen Unterthanen den Rücken frei zu machen, dafür sorgte der böse Ratgeber an seiner Seite, Gregor Heimburg. Die Mißerfolge des Kaisers gesellten dem Unwillen die Geringschätzung hinzu.[1] So reifte im Spätjahr 1467 in Prag der Entschluß, nachzuholen, was man im Frühling von der Hand gewiesen: in rücksichtslosem Angriffe jenen Feind niederzuwerfen, den man am lautesten des Undankes und Vertragsbruches beschuldigte, und durch schwere Heimsuchung des Hauptes des Reiches, des Kaisers selbst, Schrecken zu tragen in die Schar jener, die es etwa gelüstete, neben ihm mit Böhmen anzubinden. Darum denn schon in Strehlen (28. Nov.) die Erklärung der böhmischen Unterhändler, „daß der König frei sein wolle gegenüber seinen Widersachern in Österreich und sonst außerhalb Böhmens." Und die einzige oder doch wichtigste Änderung, welche der König in der Stillstandsurkunde mit der Liga durchsetzte, sie besagte, „daß jede Partei Jedermann außerhalb des Königreiches Hilfe leisten dürfe der Waffenehre unbeschadet".

Noch weniger sah die weitere Thätigkeit der Breslauer Versammlung nach Frieden aus. Mit ruhelosem Eifer waren die Häupter der Liga bemüht, ihren Bund zu erweitern, ihn durch innere Einheit und Klarstellung der Ziele zu kräftigen, Ansprüche, Rechte und Pflichten eines jeden Mitgliedes festzusetzen und die trotz allem so notwendige fremde Hilfe zu suchen. Die Botschaft nach Rom übernahm wieder Bruder Gabriel von Verona, neben ihm Domdechant Hilarius aus Prag, Administrator des böhmischen Erzbistumes, und ein Ritter aus Mähren.[2] Andere Gesandtschaften gingen zu dem König von Ungarn, zu dem Kaiser und dem Regensburger Tage. Während aber Bischof Prothas von Olmütz, dem die Reise nach Ofen zufiel, den Auftrag hatte, an den

ja die notwendige Basis für weitere polnische Vermittelung. Die Kriegslust der Ligisten bezeugen Eschenloer, Histor. Wrat. 172 und Font. rer. Austr. XX. 509: D. Zdenko dixit: dicant uno verbo, an velint an non servare illas treugas; si non, in nomine domini incipiamus.

[1] Man vergl. Heimburgs Briefe an den Erzbischof von Gran, besonders nach Schluß des Nürnberger Reichstages. Archiv für Kunde österr. Geschichts-Quellen XII. 337, 345 u. a.

[2] Eschenloer, Histor. Wrat. 175—176. Teilweise abweichend Fontes rer. Austr. XX. 512, Nr. 431.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

König Matthias zu werben, der Liga ein mächtiger Schirmer, Helfer und Bündner zu sein, wie er ja bereits verheißen,[1] richtete Legat Rudolf im Namen der Kurie und des Bundes an den Kurfürsten von Brandenburg das direkte Ersuchen, sich eine Wahl zum Könige von Böhmen gefallen zu lassen und mit seiner ganzen Macht für die Zwecke seiner Anhänger in der Krone sich damit zu verpflichten. Vor allem unterzog sich die Versammlung der Ordnung der schlesischen Angelegenheiten mit Eifer und Erfolg. Es war ein Beweis für ihr steigendes Ansehen, daß sich während der Verhandlungen allmählich Botschaften sämtlicher schlesischer Fürsten in Breslau einfanden. Nun ward Balthasar von Sagan, der alte Feind „Girsiks", in den Besitz seines väterlichen Herzogtumes wieder eingewiesen[2], am 20. Januar die Wahl Bischof Rudolfs von Lavant zum Bischofe von Breslau wirklich vollzogen, endlich auch nach langer und schwieriger Verhandlung der Anschluß der Herzogtümer Schweidnitz und Jauer an den Bund zuwege gebracht. Ulrich von Hasenburg, im benachbarten Ostböhmen begütert, erlangte über sie die Hauptmannschaft.[3]

Erkannte schon die Breslauer Versammlung, da sie so mutig voranschritt, den großen Fehler, den damals die böhmische Politik an anderen Orten begangen?

Die Bemühungen des Kaisers um endliche Bewältigung der österreichischen Empörer waren nicht ergebnislos geblieben, zumal der Legat auf seine Bitte den Kreuzern aus Süddeutschland die Ableistung ihres Gelübdes auch im österreichischen Kriege gestattete, was den kaiserlichen Befehlshabern rasch die Mitwirkung mehrerer Tausende sicherte.[4] Nun wurde die Stadt Steier mit Hilfe der Bürgerschaft abermals besetzt, die Burg eingeschlossen, Jorg von Stein mit seinem Bündner Georg Scheck von Wald in der Burg Wald mit großer Übermacht belagert, aller Widerstand in Oberösterreich niedergeschlagen.[5] Auch für Stein gab es nur noch Hilfe bei seinem Schirmherrn, dem Könige von Böhmen.

Sollte seine Hoffnung zu Schanden werden? Der König war das

[1] Vgl. darüber Eschenloer, Geschichten II. 117—118. Auch Font. rer. Austr. XX. 523—524, Nr. 440.

[2] Zu den bezüglichen Verhandlungen mit dem Forster Bunde gehört Fontes rer. Austr. XX. 506, 509—510, 520—521, Nr. 438; vergl. sonst Eschenloer, Hist. Wrat. 178.

[3] Font. rer. Austr. XX. 508, 509, 510, 511. Eschenloer, Histor. Wrat 177—178.

[4] Schon zu Anfang Oktober schätzte man die Kreuzer in Österreich auf mehr als 8000 Mann. Font. rer. Austr. XX. 489; vergl. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 249, Nr. 378.

[5] Script. rer. Siles. IX. 248, Nr. 376. Preuenhuber, Annal. Stir. 122.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nicht gemeint. Er hatte gleich auf Steins erste Hilferufe die Herren Stephan und Oswald Eizinger, „seine Einnehmer in Österreich", aufgefordert, den Belagerten Beistand zu thun, und versprochen, „auch selbst dazu zu thun, soweit als es diese gegenwärtigen Läufe — er hoffte damals auf die polnische Vermittelung — vergönnen, verhängen und erleiden mögen".[1] Der König war dann bemüht, auch seine österreichischen Schützlinge in den Stillstand zu bringen.[2] Und als dies nicht früh genug — die polnische Zwischenhandlung zog sich in die Länge — gelingen wollte und den Eizingern der Wille oder die Macht fehlte, dem Gebote des Königs gemäß zu handeln, so beschloß Podiebrad Jorg von Stein mit Macht „zu retten". Nun ließ er ihm schreiben, guten Mutes zu sein, „sich männlich zu halten und kecklich zu wehren", an der Stelle, die er bezeichnen möge, würde eine böhmische Hilfsschar unverweilt ihm zum Beistande über die Donau gehen; auf keinen Fall werde er verlassen sein. In der That sandte der König einen Heerhaufen, zumeist Fußgänger, in das Mühlviertel;[3] zugleich kam dem kaiserlichen Befehlshaber (Grafeneck) die Kunde von der Ansammlung größerer böhmischer Scharen an der Grenze Südmährens.[4]

Dagegen that auch der Kaiser das Äußerste. Er versicherte sich der Treue derer von Steier und ihrer ferneren kräftigen Mithilfe;[5] er bewog auch die österreichischen Landschaften, wieder in den Krieg einzutreten; er warb bei dem Legaten neuerdings um den Beistand der Kreuzer[6] und verstärkte vor allem die eigenen Feldtruppen, indem er neue Scharen unter Führung des von Trautmannsdorf und der Brüder von Reischach in Sold nahm.[7] So wurde die böhmische Hilfsschar von Grafeneck vernichtet,[8] die heimische Bewegung mit noch größerem Nachdrucke bekämpft. Sollte der Name König Georgs in Österreich nicht in Unehre kommen, so gab es nur ein Mittel, dies zu hindern: offener Angriff auf den Kaiser mit ganzer Macht.

Der König unternahm ihn. Nochmals, von Neu-Serowitz[9] im Süden

[1] Schreiben vom 11. Nov. 1467 in den Script. rer. Siles. IX. 248, Nr. 376.
[2] Ebendort 249, Nr. 277.
[3] Vgl. die Notiz aus Eschenloer in den Script. rer. Siles. IX. 249.
[4] Font. rer. Austr. XX. 518—519, Nr. 435. Script. rer. Siles. IX. 250.
[5] Preuenhuber, Annal. Stir. 122—123. Chmel, Reg. II. 435, Nr. 5290. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1220.
[6] Script. rer. Siles. IX. 249—250, Nr. 378.
[7] Chmel, Reg. II. 532, Nr. 5254 und 5255; 534, Nr. 5270 und 5276.
[8] Script. rer. Siles. IX. 249, Nr. 377, Anm.
[9] Palacky hat das „Newserlicz" der Urkunde für Hosterlitz genommen, wozu

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Mährens aus, ermahnte Herzog Viktorin am 29. Dezember den Kaiser unter dem Hinweise auf die alte Dankesschuld gegen seinen Vater, dem Könige das ausstehende „verschriebene" Geld „mit Kosten und Schaden, bis zu dieser Zeit ergangen", zu bezahlen, ihn im Genusse seiner Einkünfte aus Österreich zu belassen und Jorgen von Stein „sein entwertes Hab und Gut wieder zu schaffen und Schadenersatz zu leisten, alles ohne Verzug und Einrede".

Damals weilte Jost von Einsiedel in vertrauter Sendung bei Markgraf Albrecht in Ansbach.[1] Wir hören aber nichts von Einwendung oder gar Bemühung des Markgrafen gegen des Königs Beginnen.

Ehe noch der Kaiser auf das Schreiben Viktorins Antwort gegeben, sandte dieser am 8. Januar den Fehdebrief an ihn „als Fürsten zu Österreich, Steier, Kärnthen, Krain u. s. w., ohne Berührung des römischen Reiches".[2] Alsbald folgte der Vorbruch böhmischer Heerhaufen gegen beide Österreich nordwärts der Donau.[3]

Nun mehrte wohl der Kaiser neuerdings seine Scharen[4]. Den Krieg im Süden zu beenden, bestand er darauf, daß die belagerten Orte unschlossen blieben, während Grafeneck mit einer Schar und dem Kreuzerheere nach dem Norden eilte, die Böhmen abzuwehren. Auch fielen wirklich Schloß Wald und die Stadt Ips in die Hände der Kaiserlichen, die noch zwei weitere Burgen hart bedrängten. Stephan Eizinger machte abermals Frieden mit dem Kaiser.[5] Aber an der mährischen Grenze stritt Grafeneck nur mit wechselndem Erfolge[6] gegen die überwältigende

jeder Anlaß fehlt. Es ist nach der Lage des Ortes und den Umständen „New Serbicz" = Nové Serovice, 5/8 Meilen südwestlich von Mährisch-Budwitz. Der Brief bei Müller, Reichstagstheatrum II. 313—314 (mit unricht. Datum), Lünig, Cod. dipl. Germ. I. 458—459; Eschenloer, Geschichten II. 110—111 und Script. rer. Siles. IX. 252—253. Ein Rechtfertigungsschreiben Viktorins an Herzog Wilhelm von Sachsen bei Müller Reichstagsth. II. 315—316 und Font. rer. Austr. XLII. 446—447.

[1] Vgl. Kirschner im Arch. für österr. Gesch. XXXIX. 40—41 (des Separatabd.).

[2] Die Absage bei Müller, Reichstagsth. II. 314—315; Lünig, Cod. Germ. diplom. I. 459—462. Eschenloer, Gesch. II. 112—113. Script. rer. Siles. IX. 253—254. Vgl. auch die Mitteil. des Legaten an Kurfürst Friedrich von Brandenburg bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 457, wo freilich aus den „Eyzingern" „Kytzunger" geworden sind und andere Versehen sich finden.

[3] Über die böhm. Stellungen vergl. man Fontes rer. Austr. XX. 518—519, Nr. 435.

[4] Chmel, Reg. II. 436—537, Nr. 5308.

[5] Chmel, Reg. II. 539, Nr. 5314, 5316.

[6] Daß die Böhmen erst Verluste erlitten, bezeugt Font. rer. Austr. XX. 521, Nr. 438, womit man Script. rer. Siles. IX. 261—262, Nr. 389 vergleiche.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Übermacht der Böhmen. Darüber verliefen sich die Kreuzer zum größten Teile, und Schritt auf Schritt mußte der kaiserliche Feldherr den Gegnern Raum geben.[1] Ende März 1468 stand Herzog Viktorin, so wacker auch die Landschaft zu dem Kaiser hielt und obwohl einige Unterstützung seitens des Herrenbundes nicht ausblieb, in Stokerau unweit von Wien. Kam dem Kaiser keine Hilfe, so mochten sich wohl in Österreich die Vorgänge des Jahres 1458 wiederholen, ja konnte Schlimmeres geschehen.

Aber die Hilfe war nahe, viele Hände arbeiteten seit langem daran, sie zu sichern. Der sie brachte war Matthias Corvinus, der waffengewaltige Magyarenherrscher.

Mit vollem Rechte durfte sich hinterher der Ungarkönig rühmen, daß er es gewesen, der 1468 den Kaiser vor der Überwältigung durch die Böhmen bewahrt, den Herrenbund vor der Vernichtung gerettet, die Kirche gegen Schmach und die Demütigung durch die Ketzer gesichert habe. Er war thatsächlich der letzte Rettungsanker, an dem Kurie und Kaiser ihr arg gefährdetes Schifflein festlegten. Auch der Versuch, den Brandenburger gegen Böhmen zu gewinnen, war ja gescheitert.

Kurfürst Friedrich II. hatte sich einst unter den deutschen Nachbarn Böhmens für die Mahnungen der Kirche am empfänglichsten gezeigt[2] und dadurch auch allein ein besseres Verhältnis zu Legat Rudolf zu erhalten vermocht. Freilich gethan hat auch er, wie wir wissen, gegen Böhmen nichts. Er ist ebenso wie sein Bruder Albrecht und die Herren von Bayern[3] und Sachsen[4] mit dem gebannten Könige in stetem freundlichen Verkehre geblieben.[5] Bei der kühlen Zurückhaltung, welche die deutschen Fürsten in der böhmischen Streitsache der Kurie bewiesen, hatte ihm der Legat das nicht übel genommen, zumal er die Ursache in Friedrichs Bruder Albrecht sehen mochte, ja er hatte ihm stets besonderes Vertrauen gezeigt.[6] Im Herbste 1467 ging Rudolf weiter, indem er die Niederlausitz dem Schutze des Kurfürsten empfahl.[7] Und als Friedrich darauf eine wenn auch unbestimmte so doch freundliche Antwort gab, folgte bereits am 16. November 1467 die unumwundene

[1] Eschenloer, Gesch. II. 113—114.

[2] Vgl. seinen Brief vom 24. März 1467 an den Legaten und seine damalige Korrespondenz mit seinem Bruder Albrecht.

[3] Vgl. oben und Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 479.

[4] Siehe Ermisch, Studien l. c.

[5] Riedel, l. c. 440, 441—442, 448—452.

[6] Vgl. ebendort 450—452, 453—454.

[7] Ende Oktober. Vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 439, Nr. 321 zu Beginn. Es hängt dies offenbar mit der Haltung Kasimirs von Polen zusammen

Erklärung des Legaten, es wäre sein und des heiligen Vaters Wunsch, wenn Friedrich dem Girsik absagen und beider Lausitzen und Schlesiens, ja des ganzen Königreiches Böhmen sich annehmen wollte.[1]

Offenbar hat der Kurfürst auch jetzt nichts entboten oder gethan, was die Hoffnungen des Legaten zerstören konnte. Solches wollte auch sein Bruder nicht, zu dem Hans von Schaumburg eilig nach Franken ritt.[2] Der Tag von Breslau gab Rudolf weitere Vollmacht, und so brachten denn um den 10. Februar 1468 Botho von Eulenburg und Hieronymus Beckensloer, der Dechant von Brieg, dem Kurfürsten „in kurzen slechten Worten" den Antrag, die böhmische Königskrone aus der Hand der Kurie und der Liga anzunehmen.[3]

Die Werbung war nicht ohne Geschick gemacht. Sie nahm die Gründe für die Annahme seitens des Kurfürsten beinahe mehr noch aus der bedrohten Lage der Mark, die bei den bekannten Ansprüchen der polnischen Königsfamilie eine Vereinigung Böhmens mit Polen ins unerträgliche steigern müsse, als aus des Kurfürsten pflichtschuldigster Ergebenheit gegen den heil. Stuhl und den Glauben, zu dessen Vorkämpfer er berufen werde. Auch der Mittel zur Durchführung der Aufgabe war gleich gedacht: Mit der Annahme der Krone finde der Kurfürst die sofortige Anerkennung aller, die sich im Umfange des böhmischen Reiches von den Ketzern losgesagt haben; in den weiten Nebenlanden wie in einem Teile des Königreiches selbst mag er sofort als Herrscher walten und sich ihrer Mittel zur Bezwingung des noch von Girsik behaupteten Restes bedienen; darin unterstützen ihn Papst und Kaiser, so weit ihr Vermögen und Einfluß reicht, und wird namentlich dem Kurfürsten sofort zur Beschaffung der nötigen Geldsummen ein Zehent von aller Geistlichkeit im Umfange des deutschen Reiches und der Ertrag eines Ablasses bewilligt.

Der Antrag kam ja an Friedrich II. keineswegs unerwartet. Nun versetzte er ihn doch in nicht geringe Aufregung. Die Darlegungen, die der Legat über die Lage der Mark und das Verhältnis zu Polen

[1] Man vgl. das Schriftstück bei Riedel. l. c. 439—440, Nr. 322.

[2] Vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. 460, Nr. 329, Eingang. Der Markgraf, um den ja eben jetzt auch König Georg wieder warb, wollte offenbar die Sache an sich herankommen lassen; er sah darin wenigstens ein Mittel, sich durch Ablehnung den König neuerdings zu verpflichten.

[3] Die Werbung findet sich vollinhaltlich bei Riedel III. 1, 455—458, freilich nicht ohne Fehler. Noch weniger korrekt ist aber der Abdruck bei Droysen, Abh. der sächs. Gesellsch. der Wissensch. 1857, 486—490. Vgl. auch Minutoli, Kaiserl. Buch 422.

gab, waren vielfach stichhaltig.[1] Es kam dazu die immer noch ungeordnete pommer'sche Streitsache, die dem Kurfürsten je länger desto weniger zu Freude und Vorteil gedieh, das Unverläßliche der alten Bündnisse, selbst mit den sächsischen Herren, die ebenso wie Wittelsbach, schien es, über die Hohenzollern hinausstrebten.[2] War jetzt vielleicht der Moment gegeben, durch einen kühnen Schritt, durch die Verbindung der Marken mit dem böhmischen Königreiche den Wettstreit der Fürstenhäuser mit einem Male zu Gunsten Brandenburgs zu beenden und, indem man das Reich Karls IV. wieder aufrichtete, die überwiegende Größe des Hohenzollernstammes zu begründen? Auch die alte Begehrlichkeit regte sich in Kurfürst Friedrich. Er fand, daß es „eine Sache sei, darauf kein kleiner Nutzen stehe". Es galt ja, neben „der Dezima, die wohl auf zehnmalhunderttausend Gulden tragen werde", das große schöne Schlesien einzunehmen, dazu „Mähren, die Lausitz und Sechsstädte und mehr als das halbe Land in Böhmen und sonst alles (das dazu gehört), Eger, Elbogen, Heideck, Heidingsfeld, Wertheim, Hanau, Schönburg und was an Schlössern in Hessen, Franken, Schwaben, am Rhein u. s. w. und anderswo gelegen ist, und alles das umsonst"! Der Kurfürst rechnete, „sein Vater hätte der keins ausgeschlagen und wäre er noch so alt gewest". Auch die Hilfe von Kaiser und Papst schlugen er und seine Räte nicht gering an, nur wollten sie statt des Ablasses, der „fast gemein geworden ist und wenig Nutzen trägt zu diesen Sachen", und weil gleich zu Beginn Geld nötig sein würde, von ihnen lieber 100000 Dukaten bar nehmen, wofür sie sich dann aus dem Ertrage des Zehnten schadlos halten könnten.[3]

Aber der Kurfürst erwog auch die Schwierigkeiten des Unternehmens. Er fand, daß „kein geringes Verderben folge, wenn es umschlüge". Vor allem war er, der Söhneloſe, nicht gemeint, in eine so schwierige und weittragende Sache ohne Zustimmung und Unterstützung seines Bruders Albrecht als seines natürlichen Erben einzutreten. Darum gab er vorerst wieder unentschiedene Antwort. Aber er betonte doch schon jetzt, daß, falls er dem Rufe Folge leiste trotz „seines Alters und der Schwachheit seines Leibes", er nach allen Seiten die sicherste Gewähr haben müsse, daß die Verheißungen des Legaten auch in vollem

[1] So sagt Friedrich gelegentlich selbst. Vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 461.

[2] Vgl. Droysen, l. c. 150—151, 152.

[3] Nach des Kurfürsten Meldung an seinen Bruder Albrecht bei Riedel, l. c. 460—464, Nr. 3291, die Droysen übersehen zu haben scheint.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Maße erfüllt würden.[1] Abermals eilte Hans von Schaumburg als Botschafter zu Markgraf Albrecht nach Ansbach.

Aber während in Berlin die Boten des Legaten fanden, daß die Bedingungen des Kurfürsten wohl angemessen seien und sie sich eifrig bemühten, seine Wünsche zu befriedigen und seine Bedenken zu entkräften, wo immer sie auf solche trafen, während sie, Friedrich vorwärts zu bringen, den Rat gaben, den von Sternberg und alle, die es direkt anbelange, selbst zu besenden und sich auch mit Papst und Kaiser sofort über das Nötige zu verständigen, fiel draußen in Franken die Entscheidung gegen das Projekt. Markgraf Albrecht ersuchte seinen Bruder, auf die Erbietungen des Legaten ganz einfach mit einem „Nein" zu antworten. Eingehend genug, in der ihm eigenen drastischen Art, wußte er seinen Ratschlag zu begründen. Nie, schrieb Albrecht, könne er es gutheißen, daß Friedrich die Abenteuer, die ein solches Beginnen bringe, „wegen eines königlichen Titels" auf sich nehme. Die Sache sei von den Baronen angestiftet; nun, da der Kaiser und der Polenkönig, nachdem Sigmund von Tirol und die Herren von Bayern und Sachsen sich geweigert hätten, den Girsik, wie sie ihn nennen, zu vertreiben, bringe man die Sache an Brandenburg und lasse ihm damit einen schweren Krieg auf, damit sie im Frieden säßen. Der Krieg würde um so gefährlicher sein, als Polen und die pommer'schen Herzöge ihn gewiß gegen Friedrich benutzen würden. Dazu sei die Dezima nicht gewiß, die Hilfe der Christenheit träg und, wie die Sachen stünden, ebensowenig sicher, und sie „würde sich noch mindern, falls der Kurfürst sich königlichen Namens gebrauche, den Titel annehme und als König sich unterstünde, mit dem Schwerte das Königreich einzubringen". Es würde ihm mit der Hilfe ebenso ergehen, wie dem Könige von Ungarn und anderen christlichen Königen im Kampfe mit den Ungläubigen, in dem sie allein fechten. Aber auch auf die Unterstützung durch die Nebenlande der Krone und die böhmischen Barone giebt Albrecht nicht viel. „Wer will ein Königreich erfechten," schreibt er, „muß haben Macht genug von ihm selbst und gewisse Hilfe von Freunden und der Lande, die an ihn stoßen, und keine Widerwärtigkeit". „Er muß auch haben — genugsam getreue Leute, die wir zu Böhmen nicht finden, sie müßten sich denn ins Gegenteil ändern, denn das gemeine Sprichwort lügt selten: Non est fides in Bohemo". Der neue König, fügt Albrecht bei, müsse auch über große Geldmittel verfügen, denn in Böhmen gelte es, die Krone zu kaufen.

[1] Die Antwort des Kurfürsten etwa vom 20. Februar 1468 bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 458—460, Nr. 328.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zum Schlusse setzte er dem Bruder auseinander, daß er ihn höchstens mit 10000 Gulden jährlich unterstützen könne, — kaum zur Hälfte genug, um Eger und Elbogen zu behüten.[1]

Trotzdem wünschte Albrecht schließlich, daß Lorenz von Schaumburg und Andreas von Rinhofen[2] (Seckendorff), — das waren seine Gesandten in der Mark, — dem Legaten nicht sofort alle Hoffnung auf Erfolg benehmen sollten: sie sollten vielmehr zusehen, ob und inwieweit sich aus der Sache ein reeller Vorteil gewinnen lasse. Als ihm aber Friedrich neuerdings schrieb und auch da wieder verriet, daß er lieber annehmen als ablehnen möchte, kam der Markgraf auf seine ursprüngliche direkte Abweisung zurück. Sein jetziger Bote, Albrecht Stieber, hatte namentlich auf die Erbhuldigung mit Sachsen und Hessen hinzuweisen, um die man sich so lange vergeblich bemüht hatte und die nun endlich vor der Thüre stand. Würden sie, nämlich Sachsen und Hessen, die mit Böhmen in so engen Beziehungen stünden, „den Braten schmecken", „aus der Erbhuldigung jetzt zu Schleitz und der ganzen Erbeinung würde nichts daraus".[3] Schon vor Stiebers Abreise hatte Albrecht eine Botschaft nach Böhmen gefertigt, offenbar um selbst dem Könige über die Verhandlung Bericht zu erstatten.[4] Er sah damals die Sache bereits für erledigt an.

So war es auch. Noch ehe Kurfürst Friedrich den Gesandten des Legaten endgültigen — ungünstigen — Bescheid[5] erteilte, hatten die Vorgänge in Österreich, „die nicht wollten Weiterung leiden", den Kaiser, die Kurie und ihre bewaffnete Gefolgschaft genötigt, sich aufs engste mit dem Könige von Ungarn zu verbinden.

Es war kaum des Ungarn Schuld, daß er nicht bereits im Frühjahre 1467 in den Krieg gegen Böhmen eingetreten war. Nominell freilich galten die großen Rüstungen des Königs dem Türkenkriege, und für diesen ließ er, wie verkündet wurde, eine große Menge von Munition in Deutschland aufkaufen, die dann der Kaiser zollfrei durch Österreich zu führen gestattete. Half doch eben die Furcht vor den Osmanen, die verheerend in Ungarn eingebrochen, dem Könige auf dem Märzlandtage

[1] Die Antwort Albrechts vom 5. (Riedel hat 1.) März bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 470—477. Droysen l. c. 176—186.

[2] Droysen, S. 154 hat „Richthofen".

[3] Die Instruktion für Stieber vom 15. März bei Riedel, l. c. 477—482, Nr. 334.

[4] Vgl. Font. rer. Austr. XLII. 448, Nr. 335.

[5] Noch am 16. März war er nicht erfolgt (Riedel, l. c. 482, Nr. 335), so wie denn Friedrich offenbar erst die Botschaft seines Bruders abwartete.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

1467 zur Erreichung eines zweiten wichtigen Zieles, der Steuerreform, die er wohl längst geplant. Sie ward hochbedeutsam für die Erstarkung der königlichen Gewalt wie für die Kräftigung der Reichsfinanzen.[1] Dann aber fanden sich Schwierigkeiten und Hemmnisse verschiedener Art. Hatte der König noch eben über Stephan Eizinger geklagt, daß er für König Georg von den auf der Donau nach Ungarn gehenden Kriegsvorräten eine Abgabe genommen, so war seit April und länger das Verhalten des Böhmenkönigs gegen Ungarn nicht nur wie wir wissen tadellos, sondern ein immer neues Werben um Freundschaft. Andererseits galt es, den Erfolg des Nürnberger Reichstages abzuwarten, und der war ungünstig. Schließlich ergaben sich in Ungarn selbst aus den Steuerbeschlüssen und der raschen, rücksichtslosen Art, wie der König an ihre Durchführung schritt, vielfach Schwierigkeiten und geradezu Widerstand.[2] So sehr der König beschwichtigend einschritt, wo die Unzufriedenheit berechtigt war, und Übergriffe seiner Beamten nicht duldete, so machte sich doch der schwere Druck der neuen Abgaben allgemein geltend und wuchs die Aufregung. Polnische und wie es scheint doch auch böhmische[3] Einflüsse halfen mit, die Zustände des Nachbarreiches noch mehr zu verwirren und seinen Herrscher damit festzuhalten. So sah sich der Corvine im August 1467 einem offenen Aufstande der Siebenbürger, die über schwere Verletzung ihrer Privilegien klagten, und einer weitverzweigten Verschwörung ungarischer, siebenbürgischer und kroatischer Großer geistlichen wie weltlichen Standes gegenüber.

Rasch aber war Matthias mit einem starken Heere in Siebenbürgen, wo der Woiwode Graf Johann von St. Georgen und Pösing sich geradezu mit Königsplänen trug. Er zersprengte dessen Scharen und brachte dadurch und durch Milde und Strenge am rechten Orte, wie er es so meisterhaft verstand, das Land rasch zur Ruhe. Dann wurden auch die Bewegungen in Oberungarn und Slavonien leicht unterdrückt. Nicht nur in gesamt Ungarn war Ende Oktober die Herrschaft des Königs wieder hergestellt, sondern Matthias auch schon in der Lage, das nach Siebenbürgen geführte Heer zu einer auswärtigen Unternehmung zu ge-

[1] Fraknói, Matthias Corvinus 120. [2] Fraknói 121, Anm. 1.

[3] Wir haben als Beweis dafür nur das Ersuchen des Königs Matthias vom 17. Aug. an König Georg, die Grafen von Pösing nicht in seinen Schutz zu nehmen. Teleki XI. 340. Es könnte aber eine bloße Präventivmaßregel des Corvinen bedeuten, sowie denn eine solche Einmischung keineswegs zu der damaligen Politik des böhmischen Hofes stimmt. Ließe sie sich erweisen, so läge darin ein neuer starker Beweis für des Böhmen alte Neigung zur Intrigue und zu falschem Doppelspiel, die größer war als selbst seine Klugheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

brauchen und den Woiwoden Stephan von der Moldau zu strafen, der den Aufstand in Siebenbürgen unterstützt und — im Einverständnisse mit den Türken — die ungarische Hoheit mit der polnischen vertauscht hatte. In jenen Tagen erhielt Bruder Gabriel auch die günstigen Zusagen hinsichtlich Böhmens.

Aber nun neues Mißgeschick! Der moldauische Feldzug, noch im November unternommen, mißlang trotz aller Umsicht und Energie des Königs und der Tapferkeit der Seinen. In Moldvabanya von den Moldauern zur Nachtzeit überfallen, unterlag der König (13. Dezember). Nach großen Verlusten und selbst zweimal verwundet, mußte er das Land räumen. In Kronstadt erwartete Matthias die Heilung.[1]

Das waren schlimme Ereignisse auch für die Hoffnungen der Liga! Ihr sicherster Freund geschlagen und persönlich kampfunfähig, genötigt, um seine Waffenehre wiederherzustellen, aufs neue den Krieg gegen den hinterlistigen Moldauer im fernen Südosten vorzubereiten! Und that man nicht auch jetzt wieder von Böhmen her alles, um den spröden Nachbar der besten Gesinnungen zu versichern? Hatte man ihm vor kurzem Hilfstruppen angeboten, so erbat sich um Neujahr 1468 Herzog Viktorin von dem königlichen Schwager ein Ehrengeschenk, zu dem ihn dieser einst selbst aufgefordert, dabei in fast überschwenglichen Worten seine unbedingte Ergebenheit beteuernd.[2] Und noch im Februar 1468 sandte König Georg an Matthias ein Glückwunschschreiben anläßlich der völligen Bezwingung des Aufstandes und der Niederwerfung (!) der Wallachen. Er kündigte zugleich wieder die Ankunft eines besonderen Gesandten, Prokops von Rabenstein, an, der Matthias von seinen Gesinnungen weiter unterrichten und Werbung thun werde; sollte Rabenstein, der erkrankt sei, nicht kommen können, so werde sich ein anderer einfinden.[3]

Aber rasch änderten sich dann die Verhältnisse. König Matthias, der einen Landtag nach Großwardein, zunächst der neuen Kriegsrüstung gegen die Wallachen wegen, ausgeschrieben hatte und sich (Januar 1468) persönlich dahin begab, hatte sich der Bereitwilligkeit seiner Großen um so mehr zu erfreuen, als viele derselben kein reines Gewissen besitzen mochten.

---

[1] Über die ungarischen Dinge 1467 vgl. außer Katona XIV. 206 ff. und Teleki III. 252 ff., dann dem wenigen bei Szalay-Wögerer III. 265 ff. jetzt die klare Übersicht bei Huber, Gesch. Österr. III. 211 ff., wo sich auch (bis auf weniges wie Arch. XII. 344—346 = Teleki XI. 294—297 und Mon. Ung. hist., Acta ext. II. 92, 93, 95, 96) das Quellenmaterial verzeichnet findet, und W. Fraknói, Matthias Corvinus 119—120, wo noch neues urkundliches Material beigebracht wird.

[2] Teleki XI. 298—299. [3] Teleki XI. 305—307.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Auch Emmerich von Zápolya, das Haupt der Unzufriedenen in Ungarn, war persönlich erschienen und erlangte unter der Vermittelung seiner Mitstände die Gnade des Königs. Eine Botschaft des Sultans versicherte dessen Geneigtheit, mit dem Könige einen Waffenstillstand zu schließen. Matthias ging unverweilt darauf ein. Gesandte des Woiwoden Stephan von der Moldau, der den Rachezug des Königs abwenden wollte, boten ihm die Unterwerfung an.

So hatte der König den Rücken in dem Augenblicke frei, als der siegreiche Einbruch der böhmischen Scharen in das ihm befreundete Österreich erfolgte und der Gesandte der Liga aus Breslau sich bei ihm einstellte. Bald folgten dringende Bitten des Kaisers und des Papstes nach. Von allen Seiten bestürmt, — denn auch der ungarische Klerus entzog sich der Förderung der kirchlichen Wünsche keineswegs —, voll stolzen Gefühles, der Schild der Christenheit zu werden wie bisher gegen osmanische Wut so gegen das Gift hussittischer Ketzerei, schon auch durch die äußeren Umstände begünstigt, sagte der König ein Unternehmen zu, das ohnehin seinen geheimen Wünschen seit langem entsprach.

Siebentes Kapitel.

Matthias von Ungarn und Georg von Böhmen 1468.

Unstreitig erforderte es das Interesse des Magyarenreiches, daß sein Beherrscher, was die Gesandten der italienischen Staaten bei König Matthias und bei der Kurie wie auch er selbst unablässig wiederholt hatten,[1] seine ganze Kraft gegen die Türken wende, und, statt Böhmen anzugreifen, lieber im Südosten die Grenzen des eigenen Reiches behüte. Wenn der König, dem man praktischen Blick und Energie des Wollens nicht absprechen wird, trotzdem in dieses „schwierige ja beinahe unmögliche"[2] Unternehmen eintrat, so konnte es ihm an tieferen Gründen nicht fehlen.

Gegenüber jenen, welche die Hauptursache für des Königs Eroberungssucht und weitgreifende Ambitionen nach Westen hin vor allem in seinem kühnen Ehrgeize, seiner Thatenlust und seinem trotzigen Kraftbewußtsein erblicken, erscheint zuletzt auch ein höherer, sozusagen europäischer

[1] Mon. Hung. hist., Acta extera II. 99—100, Nr. 64, 65.
[2] Ebendort 99, Nr. 64.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Standpunkt zur Geltung gebracht, wohl geeignet, des Königs Thun nicht nur zu entschuldigen, sondern als vollberechtigt erscheinen zu lassen. „Seitdem auf den Trümmern des griechischen Reiches der mächtige osmanische Stamm seine Herrschaft begründet hatte," war[1] „es zweifellos geworden, daß Ungarn, trotz seines Reichtums an materiellen und moralischen Kräften, zwischen die Kaiserreiche im Osten und Westen eingekeilt, für sich allein nicht bestehen, seine historische Sendung nicht erfüllen könne". Die Wahl eines nationalen Königs hatte Ungarn aus den alten Verbindungen mit dem Reiche, Österreich und Böhmen gelöst. Sowie des Königs scharfes Auge dies erkannte, „keimte in seiner Seele der Entschluß, die Einbuße, welche die Machtstellnng des Reiches erlitt, da es einen König erhielt, der nicht noch ein anderes Land beherrschte, wieder auszugleichen, und es reifte der Plan, die Errungenschaften der zum Siege gelangten nationalen Reaktion durch Befriedigung der Forderung, welche die europäische Lage heischte, zu sichern".[2]

Es ist noch kein Beweis gegen die Richtigkeit obiger Anschauungen, daß sich von ihnen, so oft auch in des Königs Kundgebungen von der Notwendigkeit, im Kampfe gegen den Erbfeind unterstützt zu werden, die Rede ist, nicht die leiseste Spur findet. Damals wie heute pflegt die Diplomatie ja selten ihre letzten Ziele offen zu sagen und thut sie es, so geschieht es in souveränem Kraftgefühle oder, um mit der Wahrheit, die ja niemand glaubt, um so sicherer zu täuschen. Aber auch die Werke des Ungarkönigs und die allgemeinen Thatsachen entsprachen solcher Annahme nicht. Wer mag heute behaupten, daß im 15. Jahrhunderte Ungarn durch das Kaiserreich im Westen, das deutsche Reich, „eingekeilt" war, da doch nach keiner Seite von einem Drucke dieses lockeren Staatenverbandes eine Rede sein kann? Besagten nicht die Erfahrungen der Gegenwart und seit mehr als 100 Jahren, daß Ungarn, wohl geordnet und regiert, den Osmanen allein stark genug sei, daß aber, so oft jenes fehlte, die Hilfe Deutschlands und Europas gegen die Türken wenig bedeutete? Und besaß Matthias nicht ein inniges Verständnis mit dem Kaiser und damit den Rückhalt, den er hier überhaupt finden konnte, bereits vor Beginn des böhmischen Krieges? Es fehlt aber jeder Beweis, daß den König etwa 1468 die Absicht leitete, das Bündnis mit Deutschland nach Wunsch zu gestalten, indem er in dem Kriege gegen Georg Podiebrad selbst an die Spitze der Regierung des Reiches trat und römischer König wurde. Der Kaiser hat später entschieden verneint,

[1] Sagt Fraknói, Matthias Corvinus 111. [2] Ebendort.

jemals und vor allem 1468 dem Könige Hoffnungen auf das Reich gemacht zu haben. Matthias selbst trat an jenen Plan erst 1469, und dies nicht etwa auf kaiserliche Anregung, heran.[1] Und hat dann der König nach 1479, nachdem er weite Landstriche von der böhmischen Krone abgerissen, etwas für die „historische Sendung" Ungarns gethan, oder wenigstens, wenn man die lange Jahre dauernden im Grunde doch armseligen Kämpfe um nieder- und innerösterreichische Städte und Burgen als Entschuldigung gelten lassen will, nach Abschluß der Waffenruhe im Jahre 1487? So bleibt von jenen Gründen höherer, allgemeinerer Bedeutung kaum etwas übrig, und die Behauptung, der Corvine „fühlte in sich die Kraft, dem hinfällig gewordenen Körper des deutschen Reiches neues Leben einzuflößen, und er besaß zugleich den Geist staatsmännischer Mäßigung, dessen er wohl bedurfte im Hinblick auf die von Jahrhunderten her eingewurzelten Vorurteile ꝛc.,"[2] vorläufig ohne Grundlage. Wir unsererseits wundern uns nicht, wenn König Matthias die Befriedigung seines Ergeizes nicht in der Eroberung halbwilder Landschaften und in der Bekämpfung der Türken sah, denen er zeitlebens gewachsen war und gegen das Ende seiner Tage nach der inneren Kräftigung seines Königtumes noch weit mehr als früher ebenbürtig gegenüberstand. Wertvoller war für ihn die Erwerbung des böhmischen Reiches oder gar, wenn es anging, der deutschen Krone. Nicht in der Zivilisierung wallachischer und bulgarischer Distrikte, sondern in der Herrschaft über die gesegneten Striche der March und Oder, der Elbe und mittleren Donau, die, seinem starken Szepter willenlos gehorchend, zugleich der Vorteile fester staatlicher Ordnungen und der Segnungen des Humanismus teilhaftig werden sollten, sah er sein Königsideal. Wenn er dabei fehlte, so lag dies an den Grundanschauungen seiner Zeit, denen er seinen Tribut zollte.

Unablässig und eifrigst mit den Kriegsrüstungen beschäftigt, zog Matthias langsam gegen die Westgrenze seines Reiches. In Erlau eröffnete er den Seinen den gefaßten Entschluß. Johannes Vitéz, der Erzbischof von Gran, unterstützte ihn auf das Energischste. So fand der König Beifall bei vielen, und die anderer Meinung waren, wagten keinen Widerstand. In Tyrnau und Preßburg erfolgten dann Ende März und Anfang April, während die Feldarmee mit vielem Kriegs-

[1] Es ist ein Irrtum Fraknóis, wenn er (S. 129) mit Palacky IV. 2, 505 die deutsche Königswahl unter die Gründe der Entschließungen des Königs im Frühjahre 1468 stellt.

[2] Fraknói, Matthias Corvinus 112.

geräte sich an der Grenze Österreichs sammelte, die letzten Beredungen mit den Gesandten des Kaisers, des Papstes[1] und Bischof Prothas. Es galt, das politische Verhältnis des Königs zu den Kriegführenden und zugleich bezüglich der Einleitung des Feldzuges zu Zdenko von Sternberg, dem Feldhauptmanne der Liga, und dem österreichischen Anführer Ulrich von Grafeneck[2] zu ordnen. Während der König zuließ, daß zur Unterstützung des Kaisers und der zu Göllersdorf tagenden Stände Österreichs ein Heerhaufen von 6000—7000 Mann unverweilt über die March ging, verpflichtete sich Sternberg, der die Führung jener übernahm, „mit seinem Halse und allen denen, die er zu Hilfe haben möge", in den Krieg wieder einzutreten und ebenso die sofortige Waffenerhebung aller Mitglieder des katholischen Bundes bei dem Legaten zu Breslau zu betreiben.[3] Ein Gleiches forderte schon am 14. März der Kaiser,[4] und (am 8. April) auch der Ungarkönig selbst.[5] Nun ergingen des Königs und seiner Anführer Fehdebriefe an Herzog Viktorin.[6] Am 9. April rückte König Matthias mit einem wohlgerüstetem Heere von 16000 Mann mit 2000 Wagen und reichem Heergeräte von Preßburg aus gegen Böhmen ins Feld.[7]

„In Erwägung, daß das rechtgläubige Volk in Böhmen und seinem Zugehör von der ketzerischen Einwohnerschaft aufs schwerste angefeindet wird und gegen Gott und seine heilige Kirche Irrtum und Schlechtigkeit von Tag zu Tag mehr erstarken", habe er, erklärt König Matthias in seinem Manifest vom 8. April 1468, „dazu gemahnt von eben diesen Katholiken selbst sowohl bei anderer Gelegenheit als auch letzthin durch Prothas, den Bischof von Olmütz, der mit hinlänglicher Vollmacht für die Übrigen bei ihm sich einfand, gedrängt auch von dem heil. Vater, dem

[1] Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 531, Nr. 438. Der König ist (nach Teleki XI. 314—315, 316 ff.) am 16. März in Ofen, am 25. in Gran, am 26. in Tyrnau. Vgl. auch Mon. Hung. hist. Acta extera II. 93—95.

[2] Seine Anwesenheit in Tyrnau ist bezeugt durch Teleki XI. 319—320.

[3] Schreiben vom 29. März und 5. April (das Datum ist bei Palacky, wie der Inhalt zeigt, mit Unrecht geändert) an Bischof Rudolf von Breslau und die österreichischen Stände. Font. rer. Austr. XX. 522—523, Nr. 439. Vgl. Eschenloer, Hist. Wrat. 179.

[4] Sriptor. rer. Silesiac. IX. 261—262, Nr. 389.

[5] Ebendort 264, Nr. 390, c.

[6] Der Brief des Königs scheint verloren; vgl. Palacky IV. 2, 509, Anm. 335 und Scriptor. rerum Silesiac. IX. 270; die Absage der Hauptleute bei Teleki XI. 327—329.

[7] Brief des Bischofes Prothas von Olmütz an den Legaten Rudolf v. 9. April in Font. rer. Austr. XX. 523—524, Nr. 440.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in allem zu gehorchen dem christlichen Fürsten ziemt, und häufig ersucht von seinem Legaten", sich entschlossen, trotz so vieler und großer Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, zu thun, was bisher keiner gewagt: in Anbetracht des himmlischen Lohnes, der darauf steht, und des Lobes auf Erden u. s. w. „das erwähnte katholische Volk gegen die Ketzer in seinen Schutz zu nehmen" und alle, die der römischen Kirche angehören, nach ganzen Kräften zu schirmen. Er wolle dies um so mehr, je weniger ihm aus den Zuständen seines Königreiches Ungarn ein Hindernis erwachse „und je reichlicher die Willigkeit anderer" zu gleichem Werke sich finde;[1] „es geschehe nicht aus Begehrlichkeit noch um keines zeitlichen Nutzens wegen." Dem gegenüber stand das Gelöbnis aller Mitglieder des Herrenbundes, dem Könige „bei seinem Unternehmen getreu und nach ganzem Vermögen beizustehen, ihn nicht zu verlassen oder irgend welche Verhandlungen und Verträge mit der Gegenpartei ohne sein Wissen und Willen aufzunehmen", stand die Zusage des Kaisers, neben den Ungarn den Krieg gegen Böhmen mit ganzer Macht zu führen, um so mehr, als es vor allem der Befreiung der eigenen Lande gelte, und vereint mit dem Papste womöglich auch andere, namentlich die deutschen Fürsten, zur Teilnahme am Kampfe zu bewegen, standen endlich Verpflichtungen der österreichischen Landschaft. Gedacht wurde auch wieder an den Polenkönig. In der Bulle vom 4. Februar hatte Papst Paul dem Könige die Bestätigung des Thorner Friedens und andere Bitten versagt, dagegen die Lossprechung von den durch den Preußenkrieg verwirkten Zensuren bewilligt.[2] Der Pole sollte in wichtiger Sache an die Gnade des heil. Stuhles gewiesen bleiben.

Nun bot man Kasimir Gelegenheit, sie durch ein einträchtiges Zusammengehen mit dem Kaiser und dem König von Ungarn gegen Böhmen zu verdienen. Von Tyrnau zog Bischof Prothas von Olmütz zu ihm. Dem Kaiser zu helfen, so lautete seine Werbung, sei König Matthias von Ungarn in den Krieg eingetreten, und nicht für sich, sondern für Kasimirs ältesten Sohn wolle er in Böhmen die Ketzerei ausrotten und das Königreich erobern; der Polenkönig möge sich daher solchem Unternehmen mit ganzer Macht anschließen. Der Bischof überbrachte einen Brief des Kaisers, in dem dieser um die Hand polnischer Prinzessinnen für König Matthias und Erzherzog Maximilian warb. So durch

[1] Scriptor. rer. Siles. IX. 262—263, Nr. 390, A. Vgl. Font. rer. Austr. XLII. 449, Nr. 336 und Eschenloer, Geschichten II. 118—119.
[2] Script. rer. Siles. IX. 259—260, Nr. 386.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

enge Familienbande geeint, mochten die drei Herrscher den Ketzerkrieg mit überlegener Macht zu erwünschtem Ende bringen.

Bei den Königstreuen in Böhmen und Mähren war der Eindruck der ungarischen Fehdeansage ein gewaltiger. Auch König Georg war überrascht, erschüttert. Aber weder seine[1] noch Herzog Viktorins[2] Gegenvorstellungen, weder ein Schreiben Albrecht Kostkas, der auf die friedlichen Zusicherungen und die Bitten des Ungarn im August 1467 hinwies,[3] noch Briefe böhmischer Barone von der Podiebrad'schen Seite an die Stände Ungarns[4] und Gregor Heimburgs an den Erzbischof von Gran[5] hatten einen Erfolg. Auch wurden sie weit überholt von der Flucht der Ereignisse. Schon in der ersten Aprilwoche, ehe noch König Matthias seinen Fuß nach Österreich setzte, flutete die böhmische Invasion vor dem Anpralle der ungarischen Scharen aus Österreich nach Mähren zurück, und Herzog Viktorin, der Stockerau zu halten versuchte und deshalb die Verstärkung seiner Befestigungen befahl, kam geradezu in Gefahr, abgeschnitten zu werden.[6] Den Sohn zu retten und um die Macht des Ungarkönigs aufzuhalten, versammelte König Georg, was er an Truppen aufzubringen vermochte, eiligst an der Südgrenze Mährens um Znaim. Er selbst — es war das erstemal in diesem Kriege — übernahm die Führung des Heeres. Die Verteidigung Böhmens überwies er seiner thatkräftigen Gemahlin Johanna.

Um so größer war der Jubel in Breslau und bei den übrigen Mitgliedern der Liga, vor allem aber in Rom selbst.

Gleich zu Beginn des offenen Krieges hatte Papst Paul seinen Standpunkt dem gebannten Könige gegenüber mit den Worten gekennzeichnet: Von dreien Dingen müsse notwendig eines geschehen, entweder gehe der katholische Glaube zu Grunde, oder Georg werde vertrieben werden, oder er müsse den wahren Glauben annehmen.[7] Man hielt in Rom die böhmische Gefahr für schlimmer, als die von den Osmanen drohte. Nach einem langen Jahre voll bitterer Enttäuschungen, eben wieder auf das Härteste bedrängt von den Botschaften der Liga und des

[1] Drei Briefe König Georgs an Matthias, alle aus dem Anfange April, bei Teleki XI. 329—330; 330—331; 337—339. [2] Ebendort 334—336.

[3] Ebendort 339—340. [4] Ebendort 332—334.

[5] Ebendort 340—341. Teleki (und auch Palacky) irrt, wenn er das Schreiben dem Kostka zuweist; das widerlegt der Inhalt und Archiv XII. 346.

[6] Eschenloer, Geschichten II. 113—114. Die Meldungen des Dlugosch beziehen sich auf die Vorgänge in Oberösterreich, den mißglückten Versuch der Böhmen, bei Steiereck über die Donau zu gehen, um das Schloß von Steier zu entsetzen.

[7] Joh. Rabensteinensis dialogus. Archiv für österr. Gesch. LIV. 382.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaisers, sahen sich nun Papst und Kurie mit einem Male in der Lage, die so oft umsonst gethane tröstliche Zusage von einem mächtigen Schirmer und Helfer,[1] mit der sie außer mit einer bedeutenden Geldsumme soeben wieder die Gesandten der Liga erfreut hatten, unverweilt zu erfüllen. Und dieser Helfer nahm alsbald die ganze Wucht des Ketzerkrieges auf seine Schultern. Er ging, wie er vorgab, in den Kampf allein um des Glaubens und der Ehre willen. Er trat auch den Absichten des Papstes hinsichtlich der Weiterbegebung der böhmischen Krone, sei es an Brandenburg, sei es an Polen, nicht in den Weg und wollte allein der starke Schirmer des Katholizismus im Lande und der thatkräftige Bündner dessen sein, dem das Königreich aus der Hand des Papstes zukam. Erwuchs aber nicht, wie aus der Befreiung Österreichs für den Kaiser, so daraus für Papst Paul II. die doppelte Verpflichtung, dem Magyarenkönige bei seinem Beginnen jede mögliche Förderung zuteil werden zu lassen? Und was bedeuteten daneben die schwachen Stimmen der polnischen und deutschen Vermittler in dem Augenblicke, in dem endlich der Kurie die Aussicht winkte, den verhaßten Gegner niederzuschmettern?[2] Zuviel der Erbitterung hatte sich seit 1462 bei der betrogenen Kurie angesammelt.

Am Gründonnerstage (14. April) wurde die grausige Verfluchung Georgs, seiner Familie, Helfer und Gönner, die der Papst bereits im Vorjahre ausgesprochen, nicht bloß wiederholt sondern verschärft. „Da derselbe Georg von des Satans, seines Vaters, Künsten verführt um so hartnäckiger in seiner verdammten Ketzerei verharrt, in der er geboren und erzogen ist, so daß sie nun noch weiterhin kundig werde, und da er, mit der eigenen Ketzerei nicht zufrieden, unablässig bestrebt ist, auch die Nachbarschaft, besonders aber die Gläubigen der glorreichen deutschen Nation in seine verdammten Irrlehren zu ziehen, ist er aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgeschlossen." Neben dem Könige waren Herzog Viktorin, der Anführer der österreichischen Invasion, und Johann von Rokyzan genannt und verurteilt.[3] Mit der verheißenen[4] Legation wurde wieder der eifrige Laurenz Rovarella, Bischof von Ferrara, von seiner vorjährigen Sendung her diesen Dingen nicht mehr fremd, betraut und ihm erweiterte Vollmacht, namentlich aber das Recht übertragen, alle,

[1] Eschenloer, Gesch. II. 107.

[2] Vgl. Ermisch, Studien 54—56. Auch Beilagen 3—5. S. 113—125.

[3] Script. rer. Siles. IX. 264—265. Vgl. auch H. Markgrafs Anmerkung ebendort 265.

[4] Font. rer. Austr. XX. 521, Nr. 438.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die persönlich oder mittelst Geldspenden am Kriege gegen Böhmen teilnehmen würden, mit Indulgenzen zu belohnen.[1] Wenige Tage darauf wurde auch Rudolf von Rüdesheim, zugleich unter Anerkennung seiner Verdienste und mit Nachsicht der Annaten, als Bischof von Breslau und in seiner Legation bestätigt. Beiden Legaten blieb das ganze mächtige Rüstzeug kirchlicher Strafmittel zur Verfügung gestellt. Daß sie es nur nach dem Willen des Ungarkönigs gebrauchen sollten und würden, lag bei dem Stande der Dinge auf der Hand.

Solches vermehrte den Triumph der Feinde Podiebrads, der ohnehin groß genug war. „Mit welcher Freude und welchem Jauchzen wir alle, die Fürsten, Barone, Ritter und Städte von Schlesien und der Lausitz u. s. w., die wir in der löblichen Vereinigung und Verbindung stehen", schreibt Bischof Rudolf aus Breslau an König Matthias,[2] „den guten Willen und den heiligen Entschluß Eurer Majestät vernommen haben, wie sehr wir dafür Gott und Eurer Hoheit danken wollen, das vermag die Feder nicht auszudrücken, das soll, so Gott giebt, die That erweisen". Er konnte hinzufügen, daß die allgemeine Versammlung der Ligisten jener Länder, die eben jetzt, am 24. April, in Breslau getagt, auf die Meldung des Bischofes von Olmütz und des vom Könige heimkehrenden Botho von Eulenburg einmütig seinem Antrage zugestimmt habe: ohne Verzug mit allen Mitteln zu rüsten und sich dem Könige von Ungarn zur Verfügung zu stellen. Was hier geschah,[3] thaten auch die Barone Böhmens und die Städte Mährens. Überall trat man nach eilfertiger Rüstung über die Bestimmungen der Waffenruhe hinweg in den Kampf ein.

Daß die Meldung von ungarischen Siegen an solcher Bereitwilligkeit und Kriegslust ihren Antheil hatte,[4] ist unzweifelhaft. Aber es zeigte sich doch schon bei diesem ersten Waffengange der beiden Könige, daß die Sache der Ketzer nichts weniger als verloren war.

Etwas später als die leichten ungarischen Reiter, die bereits am 9. April hinter den flüchtenden Böhmen her bei Znaim mährischen Boden betreten und kleine Erfolge erreicht hatten, war das Hauptheer der

[1] Die zwei Bullen vom 20. April in Script. rer. Siles. IX. 265—269. Vgl. Raynaldi Annales ecclesiastici ad ann. 1468, Nr. 2 u. 3. Bruchst. der Vollmacht v. 21. April.

[2] Am 28. April. Script. rer. Siles. IX. 273.

[3] Selbst die Schweidnitzer und Jauerer blieben nicht zurück und belagerten unter ihrem Hauptmanne Ulrich von Hasenburg schon zu Beginn Mai Volkenhain. Vgl. Script. rer. Siles. IX. 273, Nr. 397.

[4] Vgl. den Brief des Bischofes Prothas vom 9. April an den Legaten Rudolf.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ungarn an die Thaya gerückt.[1] War es auch nicht allzu stark, so zählte es dafür nicht weniger als zwei Drittel Reisiger, alle so wohl gerüstet, daß Sternberg, ein erfahrener Kriegsmann, seine freudige Bewunderung nicht zurückhalten konnte: „Hätte ich es nicht selbst gesehen," schreibt er seinen Söhnen, „ich hätte es schwerlich einem anderen geglaubt". Ebenso ausgiebig war das Heer mit Geschütz und einer Wagenburg versehen. Die tausende leichter Reiter zählten weniger für den Feldstreit, als für den raschen Überfall, den Nachrichten- und Vorpostendienst; sie waren in ihrer raschen Beweglichkeit, der Lust zu Raub und Brand bald genug der Schrecken von Freund und Feind. An die Ungarn schloß sich, westwärts bis gegen Znaim, noch ein zweites, kleineres Heer, die kaiserlichen Söldner und das Aufgebot der Österreicher unter Ulrich von Grafeneck, dann Kreuzer, Sternberg'sche und andere ligistische Scharen umfassend, wenigstens 5000 Mann, wahrscheinlich ein erhebliches stärker.[2] So verfügte der Ungarkönig zu Beginn des Feldzuges über eine Gesamtmacht von etwa 21—25000 Mann,[3] die seinen Befehlen unmittelbar gehorchte. Und noch hatte keiner der ungarischen Großen sein Kontingent dem Könige zuführen können, obwohl namentlich die Prälaten dazu bereit waren.[4]

Noch stärker war die Macht des Böhmenkönigs. König Georg führte nicht bloß alle verfügbare geworbene Mannschaft, die in seinem Dienste stand, mit sich an die mährische Grenze, sondern er hatte auch gegen den in die Kronlande eindringenden äußeren Feind den Landesgesetzen gemäß ein allgemeines Aufgebot ergehen lassen. Damit vereinigten sich bei Znaim die Scharen, die in Österreich gekämpft hatten, natürlich außer jenen, welche mit Herzog Viktorin Stockerau hielten. Konnte sich das böhmische Heer an Zahl und Ausrüstung der Reisigen

[1] Die Angaben des Bischofes Prothas vom 9. April: „Et hodie (rex) iter in campos arripuit" steht im Widerspruche mit den Briefen Sternbergs vom 15. und 16. April (Font. rer. Austr. XX. 524—525), die ausdrücklich die Abreise des Königs von Preßburg auf den 13. April setzen. Vielleicht hat man zwischen dem Aufbruche des Heeres und der persönlichen Abreise des Königs zu unterscheiden. Übrigens kann neben Sternbergs Briefe vom 15. aus Mistelbach in Niederösterreich der vom 16. nicht aus Iglau sein. Dies wehrt die Entfernung beider Orte, zwischen denen zudem für Sternberg wegen der Böhmen eine direkte Verbindung nicht möglich war. Es muß wohl statt „Iglaw" heißen „By Law" (bei Laa).

[2] Vgl. vor allem Font. rer. Austr. XX. 522, 524, 525 u. a.

[3] Es sei bemerkt, daß man bei Zahlenangaben nicht vorsichtig genug sein kann und bisher leicht zu hoch gegriffen hat.

[4] Daß sie besonders zum Kriege rieten, wurde gesagt. Vgl. auch Font. rer. Austr. XX. 523, 526, Nr. 440, 443.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

keineswegs mit dem Ungarheere messen und kamen seine Führer, zumeist dem Ritterstande entnommen, der glänzenden Reihe tüchtiger Hauptleute, welche die verbündeten Scharen führten, nicht gleich: so war es doch numerisch beträchtlich überlegen und diese Überzahl, wenn auch zumeist wenig geübter und schlecht gerüsteter Bürger und Bauern, sie vermochte bei der bekannten Kriegstüchtigkeit der Böhmen in jenen Tagen den klugen Ungarkönig um so mehr von kühnem Angriffe zurückzuschrecken, als sie auf eine wenigstens dreimal stärkere Wagenburg sich stützte.[1]

Als die Böhmen in solcher Stärke nahten, wichen die ungarischen leichten Truppen auf Laa zurück, die Vereinigung mit dem Hauptheere zu suchen,[2] und fand sich König Matthias veranlaßt, auch die weiter westwärts stehenden Abteilungen Ulrichs von Grafeneck und Johanns von Sternberg zum Anschlusse aufzufordern, was unmittelbar geschah.[3]

Aber auch jetzt noch beobachtete der Ungarkönig große Vorsicht. Obwohl wiederholt herausgefordert, nahm er die Entscheidungsschlacht nicht an, selbst dann nicht, als es galt, die von den Seinen besetzte Burg Martinitz bei Znaim zu retten. Die Burg, „durch das Feuer von sieben Enden her" erschüttert, fiel, als die Besatzung sich gänzlich verschossen, und der Befehlshaber Franz von Hag, einer der tüchtigsten Anführer des ungarischen Heeres, geriet mit dem Reste der Seinen in böhmische Gefangenschaft.[4]

Mehr als zwei Wochen — bis 4. Mai — standen die Heere einander beinahe unthätig gegenüber. Wiederholt suchte König Georg durch seine gewaltige Wagenburg und sumpfiges Wiesenland, welches sich vor seiner Front bei Tajax ausbreitete, wohl geschützt, den Ungarkönig

[1] Man darf nicht vergessen, daß auch die Scharen der ligistischen Barone und wahrscheinlich auch die Österreicher ihre Wagenburgen hatten. Obige Angaben wesentlich nach Zdenkos von Sternberg Briefen vom 15. und 16. April in Font. rer. Austr. XX. 524—525.

[2] Palacky, der, so sehr seine Darstellung einen wesentlichen Fortschritt gegen früher bedeutet, doch leicht parteiisch wird, macht daraus (IV. 2, 524) den Rückzug des ganzen ungarischen Heeres, da nach Sternbergs Briefe vom 16. April König Matthias und das österreichische Heer damals schon in Znaim gewesen. Sternberg sagt aber, daß er mit König Matthias im Felde liege und mit ihm wider den „Ketzer ziehe, der da bei Znaim sich gelagert hat".

[3] Nach dem Briefe König Georgs an seine Gemahlin vom 21. April. Fontes rer. Aust. XLII. 450—451, Nr. 337.

[4] Quellen für diese Vorgänge sind außer dem erwähnten Briefe König Georgs ein Schreiben aus Brünn, Font. rer. Austriac. XX. 526—527, Nr. 443, und der Bericht Apel Vitzthums an Kaspar Juncker aus Eger vom 22. Mai in Fontes rer. Austr. XLIV. 647—648.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zum Angriffe zu verleiten. Stets vergebens! Aber auch er selbst hütete sich sehr wohl, auf die Gegner loszugehen, welche bei Laa starke Verschanzungen angelegt hatten. So gab es kein Schlagen, keinen Rückzug. Ja es ging sogar plötzlich der Ruf von Frieden. In der That wurde zur Zeit, als man in Nähe und Ferne die Kunde von großen Kriegsthaten erwartete und höchstens der Lärm der kühnen Raubzüge, die Blasius Podmanizky gegen die feindlichen Parteigänger in Südmähren unternahm, und Kämpfe und Überfälle kleiner Streifscharen die Lager beunruhigten, verhandelt.

König Georg war die Waffenerhebung der Ungarn unerwartet gekommen. Er fand dadurch die Sachlage so sehr zu seinen Ungunsten geändert, daß er sich nicht sobald darein zu finden wußte und den Frieden unter ganz außerordentlichen Bedingungen anbot. Nun endlich erklärte er sich bereit, dem Papste unbedingt zu gehorchen, falls ihm der Ungarkönig ein wohlwollendes Gehör auf einem Kongresse, der am besten in Venedig stattfinden könne, erwirke. Zu spät! Nun war, wie begreiflich, der ungarischen Kriegspartei die Sache ganz widerwärtig. Aber wie sie auch den König mit dem Hinweise auf „Girsiks" Hinterhältigkeit, die jeder Zusage zu entrinnen wisse, warnen mochte: was dieser anbot, war jener Punkt, um den sich der ganze Kirchenstreit seit so langen Jahren drehte, das, was die Kirche bisher selbst gefordert und der König trotz der ärgsten Zwangsmittel verweigert hatte. Eine Ablehnung von kurzer Hand ging also nicht an. Aber man entschied sich dahin, so gewichtige Bürgschaften zu fordern, daß Georg, wenn er nicht thatsächlich entschlossen war, sich dem päpstlichen Spruche unbedingt zu unterwerfen, nicht annehmen konnte. Nicht bloß den Spielberg bei Brünn, sondern Prag, die Hauptstadt Böhmens, die Reichsburg Karlstein, wo das Archiv und die Kroninsignien verwahrt wurden, und anderes sollte er sofort den Gegnern in die Hände geben. Das konnte er nicht. Die Verhandlung ward daher abgebrochen.[1]

Aber inzwischen war Herzog Viktorin um das Heer der Gegner herum glücklich zu seinem Vater gelangt. Andererseits wurde den Böhmen der Mangel an Lebensmitteln immer fühlbarer. Darum hob König Georg am 4. Mai sein Lager auf und wandte sich nordwärts, worauf auch die Ungarn ungesäumt vorrückten.[2] Als sie allzu ungestüm nach-

[1] Wir kennen diese Verhandlungen aus den Briefen (des Janus Pannonius) bei Katona XV. 207 und 212; Fontes rerum Austriac. XX. 527, Nr. 444, ferner Eschenloer, Histor. Wrat. 181, Geschichten II. 118—115; Dlugosch 506.

[2] Vgl. Sc. r. Sil. IX. 272—273, Nr. 396 neben Font. r. A. XX. 528, Nr. 445.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

drängten, machten die Böhmen bei Znaim nochmals Halt. Durch die tiefe Thalschlucht, welche die Thaya hier durchfließt, geschieden, ließen die Heere die Geschütze gegen einander spielen, und wieder waren die Böhmen im Vorteile: König Matthias wich hinter die Mauern von Znaim zurück. „Alle Stunde war Schlagen", aber „der reisige Zeug behielt Matthiam vor Verlust".[1] Nun erst setzte König Georg, nur noch von den leichten ungarischen Reitern umschwärmt und geschädigt, den Abmarsch nach Böhmen fort; ja, nachdem er seine Hofleute und Trabanten, etwa 1500 Mann, unter dem Befehle Viktorins als Besatzung in das reiche und wichtige Trebitsch gelegt hatte, löste er sein Heer auf und kehrte nach Prag zurück.[2]

Erst mit dem Abzuge der Böhmen aus Südmähren und noch mehr zufolge der Auflösung ihres Heeres gewann das ganze Unternehmen für sie den Charakter einer Niederlage, und als ebensolche erwiesen es die Folgen. Nach der Einnahme des Znaimer Schlosses, die ohne Mühe gelang, umlagerte König Matthias unverweilt mit großer Übermacht Trebitsch, und schon vier Tage später war die Stadt in seiner Gewalt. Nur das hochragende Benediktinerstift, das schon zuvor zur Festung umgestaltet worden war, ward noch von Herzog Viktorin, mit dem zugleich die getreue Bürgerschaft sich ins Kloster geflüchtet, gehalten. Wie lange vermochten sie sich aber zu behaupten?

Und was brachte König Georg — jetzt und immer wieder — zu so ungleicher, verderblicher Kriegführung? Die Gründe liegen tiefer. In Böhmen wie in Ungarn traf die Pflicht, dem Rufe des Königs zu den Waffen zu folgen, nur dann die große Masse der freien Bevölkerung, wenn es galt, einen fremden Feind von den Landesmarken abzuwehren. Ein jeder Angriffskrieg war, so lange nicht bestimmte Bewilligungen der Landtage dazu erfolgten, gewissermaßen Privatsache der Herrscher, die er mit den regelmäßigen Einkünften der Krone und, wenn er wollte, mit seinen eigenen Mitteln durchzuführen hatte. Die reisigen „Hofleute" und „Diener", die er gegen Sold auf eine bestimmte Zeit in Pflicht genommen, bildeten, da von dem alten Zuzuge der Burggrafen mit ihrem Dienstgefolge kaum weiter etwas übrig war, mit anderen geworbenen Scharen und Mannschaften der Städte und Herren, die dem Könige freiwillig aber auch da gewöhnlich auf seine „Kosten und Schäden" zuzogen, das königliche Kriegsheer. Daß es insgemein wenig zahlreich

[1] Eschenloer, Geschichten II. 115.

[2] Zu obigen Quellen vgl. noch den Brief König Georgs vom 30. Juli 1470. Palacky IV. 2, 527, Anm. 349.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

war, liegt auf der Hand. Der Monatssold eines Reisigen betrug ja gewöhnlich vier Gulden[1] und die Einkünfte der Fürsten in jenen Tagen waren keineswegs groß. Es erschien so schon als eine außerordentliche Leistung des Königs und unerhörte Belastung des Landes, daß König Matthias ein stehendes Heer von etwa 12000 Mann, freilich für jene Tage auch eine gewaltige Kriegsmacht, besoldete.

Auch König Georg, dem doch beträchtliche Einkünfte aus dem reichen Böhmen und namentlich aus den wieder aufblühenden Bergwerken von Kuttenberg zuflossen und der, ein kluger Sammler und Sparer, seit Jahren ein großes Eigenvermögen zusammengebracht hatte, wäre zur Aufstellung eines gleich großen Söldnerheeres, wenigstens eine gewisse Zeit hindurch, befähigt gewesen. Der König hat es aber nie gethan, sein stehendes Heer nie über 4—5000 Mann gebracht. Nicht nur als ein großer Freund[2] des Geldes, sondern wohl in der Überzeugung, daß keiner seiner Söhne ihm als König nachfolgen würde und er deshalb in anderer Weise für deren Zukunft zu sorgen habe, hat er den jahrelangen schweren Krieg nur mit dem Landesvermögen geführt und, als dieses erschöpft war, allein den Landessäckel mit Schuldsummen und Verpfändungen belastet,[3] dagegen seinen eignen Besitz nicht nur erhalten sondern vermehrt.[4] Reichte das stehende Heer nicht zu, so appellierte der König an das Aufgebot des Landes. Der Krieg galt ja einem Gegner, der über die Grenze ins Reich eingedrungen war. Während der Ungarkönig, weil er in der Fremde kriegte, für die Unterhaltung seiner Truppen selbst sorgen mußte, soweit er nicht Bewilligungen des Landtages erreichte und etwa seine Magnaten und Prälaten freiwillig und die feindlichen Bevölkerungen notgedrungen dafür aufkamen, war König Georg in der Lage, bei jedem besonderen Anlasse die gesamte Bevölkerung in die Waffen zu rufen, die dann vier bis sechs Wochen auf ihre eigenen Kosten im Felde blieb. Erst wenn jene Frist verstrichen war, trat für den König die Verpflichtung ein, das Landesaufgebot gleichwie seine eigenen Truppen zu erhalten und zu besolden, was er durch die rechtzeitige Auflösung des Heeres und Heimsendung der Aufgebote zu vermeiden pflegte.

So war es auch jetzt geschehen. Daß aber Georg sich damit selbst

[1] Vgl. Font. rer. Austr. XLII. 281, Nr. 202. Riedel, Cod. dipl. Brand. III. 1, 408. Eschenloer, Geschichten II. 50.
[2] Zeuge ist Gregor Heimburg, Kais. Buch 219.
[3] Über die Schulden des Königs siehe unten.
[4] Gregor Heimburg an der genannten Stelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

des wirksamsten Mittels begab, zum Siege zu gelangen, indem er immer wieder vor einem starken und klugen Feinde, der jeden Vorteil wohl zu benützen verstand, zu entscheidender Zeit aus dem Felde wich, mußte er bald selbst einsehen. Vorerst behielt die Geldliebe die Oberhand. Sie verschuldete den Verlust der Trebitscher Festung.

Herzog Viktorin, von den Ungarn eng umschlossen, war hier rasch in harte Bedrängnis geraten. Zwar wußte er sich der überzähligen Esser zu entledigen, indem er die Bürger und anderen Leute, die sich mit ihm in das weitläufige Kloster geflüchtet hatten, einfach hinauswies und ihrem Schicksale überließ. Aber die Feinde waren damit nicht besiegt. König Georg sandte erst den Prinzen Heinrich ab, den Bruder zu retten, doch wurde Heinrich am 22. Mai bei dem Versuche, durch das ungarische Lager hindurch zu Viktorin vorzudringen, schließlich mit Verlust zurückgeworfen. Darauf erließ der König wieder das Landesaufgebot.[1] Mit einem in der Eile zusammengerafften Heere, zumeist wieder Bürger und Bauern, eilte er selbst auf den Kriegsschauplatz. Doch blieb er in Polna, nahe der Grenze Mährens zurück, da ihm, scheint es, sein körperlicher Zustand die persönliche Leitung des Entsatzversuches nicht gestattete. Das Heer zog unter der Führung der Ritter Hrabanie und Jenik, bisher beinahe unbekannten Hauptleuten, gegen Trebitsch.

Hier hatten inzwischen die Belagerten mit dem Ungarkönige zu verhandeln begonnen. Es kam zu einer persönlichen Zusammenkunft des Königs mit Herzog Viktorin. Da aber der König dabei, wir wissen nicht recht wie, in Gefahr geraten war, schlug er eine zweite Beredung mit dem Prinzen ab, erklärte sich jedoch bereit, mit König Georg selbst zu verhandeln, was angenommen wurde. Die vornehmsten Männer des ungarischen Heeres, der Palatin, der Bischof von Fünfkirchen (Janus Pannonius), der neue Woiwode von Siebenbürgen, Emmerich Zápolya, Erbgraf der Zips, teilten in Gegenwart von Vertretern des Herrenbundes dem Könige in Kamenitz, halbwegs zwischen Trebitsch und Polna, die Bedingungen ihres Herrn mit. Sie hielten sich wesentlich im Umfange der früheren Forderungen, nur daß jetzt der Spielberg für die freie Entlassung der Besatzung von Trebitsch begehrt ward.

Wieder lehnte der Böhme ab. Aber die wiederholten Versuche der Seinen, die Eingeschlossenen frei zu machen, mißlangen vollständig. Doch auch die Hoffnung der Ungarn ging fehl, sich mit der Befestigung zugleich des böhmischen Königssohnes zu bemächtigen. Er brach in der

[1] Dienstag den 24. Mai von Kuttenberg aus. Vergl. Fontes rer. Austriac. XX. 532.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nacht auf den Pfingstsonntag (5. Juni)[1] mit den Seinen aus und es gelang ihm auch mit einer Anzahl seiner Begleiter zu entkommen, während die Hauptmasse unter Wenzel Wiltschek nach schwerem Verluste wieder in das Kloster gedrängt wurde. Am 15. Juni befand sich dieses mitsamt seinen Verteidigern in den Händen der Ungarn, deren Sieg um so größer erschien, als von den Verlusten vor Trebitsch gerade der tüchtigste Teil des böhmischen Heeres am schwersten getroffen war.[2] Das böhmische Landesaufgebot ging noch vor Mitte Juli wieder auseinander.

Diese zweite mit großem Lärm unternommene Offensive, die aber rasch in die Defensive zurückfiel und mit Verlusten endete, wirkte noch entmutigender in den Reihen der königlich Gesinnten, als die erste. Sie ward eine mächtige Förderung für den Ungarkönig, der, so wie er die eigenen Kräfte nach Möglichkeit anspannte, auch die Verbündeten zu größeren Anstrengungen trieb. Schon jetzt begann er mit der ihm eigenen Energie, die Gesamtheit der gegen den Gegner verfügbaren Mittel zu umfassen und zu beherrschen.[3]

Gleich nach dem ersten Rückzuge der Böhmen von Laa und Znaim hatte eine Anzahl der mächtigsten mährischen Stände, bisher treue Stützen der Macht König Georgs, dessen Sache verloren gegeben, darunter sogar Heinrich von Lipa, Oberstlandmarschall von Böhmen und Schwager Herzog Viktorins. Die meisten verschrieben sich, von nun an still zu sitzen und nicht weiter gegen die Ungarn zu helfen. Andere traten direkt zu König Matthias über und führten ihm ihre Scharen zu. Noch erfreulicher war ihm die wachsende Teilnahme der ungarischen Großen. Im Mai stießen zu ihm Johann Giskra, Graf zu Saros, der berühmte Feldherr, Nikolaus Ujlaki und der Erzbischof von Gran mit ihren Mannen.[4] Im

[1] Nocte diem Pontecostes antecedente, quae fuit quinta Junii, sagt Dlugosch 508, was Palacky mit „Nacht vom Pfingstsonntag auf Montag" (5.—6. Juni) übersetzt.

[2] Die Belege für die Vorgänge bei Trebitsch u. s. w. in Script. rer. Siles. IX. 277—278, Nr. 402—403. Font. rer. Austr. XX. 529—539. Eschenloer, Geschichten II. 118—131. Staří letopisové 187—188. Dlugosch 506—508. Die Darstellung Palackys IV. 2, 527—529 ist im Detail vielfach zu verbessern.

[3] Man vgl. gleich die Ausschreiben des Königs noch aus dem Lager bei Laa in Font. rer. Austr. XX. 528, Nr. 445 und Script. rer. Siles. IX. 272—273 Nr. 396. Hier der Satz: Nam ad successum suscepti negotii necesse est, ut quam primum undique in unum et omnium copie conveniant et consilia copulentur. Siehe ferner das Schreiben an den Legaten vom 1. Juni 1468 und die Mahnungen Sternbergs, Script. rer. Siles. IX. 276—278, Nr. 402. Eschenloer, Geschichten II. 124—125.

[4] Fontes rer. Austr. XX. 532.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Juni kam neuer Zuzug aus Ungarn, aus Österreich und sogar aus Böhmen.[1] Noch weiterer Abfall schien sich hier vorzubereiten: Mehrere der sonst dem Könige treu ergebenen Barone hatten das so rasch erfolgte zweite Aufgebot völlig unbeachtet gelassen; ein Teil der bisher Neutralen schickte sich zum Anschlusse an die Liga an.[2]

Solche Verhältnisse glaubte der Ungarkönig sofort nützen zu sollen. Sein Plan ging dahin, mit dem eigenen neu verstärkten Heere die Aufgebote der Barone Südböhmens, dann der Österreicher, Mährer, Schlesier und womöglich auch der Lausitzer[3] und die Söldner des Kaisers zu vereinigen und so mit überwältigender Macht gerade auf die Hauptstadt des Gegners loszugehen. Was von den Lausitzern etwa dem Zuzuge nach Südmähren zu entlegen war, sollte gegen Nordböhmen, Kreuzerscharen und die Barone der Pilsener Gegend sollten mit dem Aufgebote Pilsens vom Westen her gegen Prag ziehen und so die Unternehmung des Hauptheeres unterstützen. Auf die Unternehmung der Schlesier gegen Bolkenhain, die Belagerung von Hoyerswerda durch die Lausitzer gab der König wenig; er hielt beides für unnütze Verzettelung der Kräfte. Damit das aufhöre und der Krieg auch im Osten und Norden nach einmütiger Berechnung fortgesetzt werde, erhielt Legat Rudolf die Aufforderung, sich persönlich im Heerlager des Königs einzufinden.[4]

So richtig auch die Entwürfe des Königs sein mochten, so schwierig erwies sich ihre Durchführung. Nicht bloß mit dem hartnäckigen Widerstande eines trotz allem noch starken Gegners, sondern auch mit der Eigenart der Verbündeten war da zu rechnen. Den Mährern und Schlesiern wie den Lausitzern waren ihre nachbarlichen Gegnerschaften und Aktionen nach wie vor wichtiger, als das große gemeinsame Unternehmen in die Ferne; die Belagerung des Spielbergs bei Brünn und Hradischs, dann von Bolkenhain und Münsterberg in Schlesien, von Hoyerswerda in der Niederlausitz dauerten fort.[5] Auch der Legat hielt jetzt seine Reise in das königliche Lager für unthunlich.[6] Der Kaiser suchte wohl mit Mah-

[1] Fontes rer. Austr. XX. 534.

[2] Font. rer. Austr. XX. 532: Vil behmische Herrn jm (Georg) nicht zihen wellen. Meldung vom 28. Mai.

[3] Vgl. Script. rer. Siles. IX. 282, Nr. 307.

[4] Erhellt aus den bereits angeführten Korrespondenzen.

[5] Darüber haben wir vielfache Nachrichten. Vgl. Scriptor. rer. Silesiac. IX. 273—291; Font. rer. Austr. XX. 528 ff. Eschenloer, Histor. Wrat. 181 sq.; Geschichten II. 125—126, 132—134, 136—138.

[6] Font. rer. Austr. XX. 530, Nr. 448.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nungen und Drohungen einzuschreiten bei Freund und Feind.[1] Aber zur That fehlten ihm, der augenblicklichen Bedrängnis ledig, wie gewöhnlich die Umsicht und Energie, und wohl auch wieder die Mittel. Schon Ende April[2] ward das vermerkt, und daran änderten ebensowenig die Aufforderungen des Königs Matthias wie die Anwesenheit des nach dem Schauplatze seiner Thätigkeit ziehenden Legaten Laurenz in Graz, so sicher er in gleicher Richtung thätig war.[3] So im wesentlichen auf die eignen Kräfte gewiesen, in einem an festen Plätzen reichen Lande immer wieder aufgehalten, kam der König trotz vielfacher kleinerer Erfolge keineswegs so rasch voran, als er gehofft. Ja, obwohl jene Unternehmungen der Bündner schließlich alle glücklich zu Ende gebracht wurden und wirklich wiederholt direkte Angriffe auf die Mitte Böhmens, von denen immer wieder die Rede war,[4] stattfanden, blieb nicht bloß im Osten das Aufgebot der Schlesier, sondern auch im Südosten das Hauptheer unter dem Könige selbst am allerlängsten außer Stande, auch nur die Grenze Böhmens zu überschreiten. Die Lausitzer unternahmen wieder (schon am 19. Mai) einen mächtigen Kriegszug gegen Böhmen, rückten unter siegreichen Gefechten mit den schwächeren Gegnern bis gegen Turnau vor, kehrten aber dann ohne nachhaltigen Erfolg rasch über die Grenze zurück. Ebenso blieb, einige Wochen danach, die Heerfahrt der Barone des Pilsener Kreises und dieser Stadt selbst ohne große Wirkung, obwohl zu gleicher Zeit große Scharen von Kreuzern aus Südwestdeutschland und namentlich aus Bayern und Franken unter der Führung eines Reichsfürsten, des Herzoges Otto von Pfalz-Mosbach, über den Böhmerwald gedrungen waren, und andere Scharen über das Erzgebirge herein zu ihnen stießen. Zwar gelangten einzelne Haufen unter großen Verwüstungen bis in die Nähe Prags. Als aber der König, binnen kurzer Zeit zum dritten Male, ein allgemeines Aufgebot erließ, kehrten sie rasch um und wichen aus dem Lande.[5]

[1] Script. rer. Siles. IX. 279—280, Nr. 404.

[2] Vgl. Fontes rer. Austriac. XX. 527, Nr. 443. Schreiben v. 25. August; ebendort 538, Nr. 457.

[3] Ermisch, Studien 124, Beil. vom 4. Scrip. rer. Siles. IX. 281, Nr. 405. Font. rer. Austriac. XX. 583, Nr. 457.

[4] Vgl. Script. rer. Siles. IX. 287, Nr. 410.

[5] Die Quellen für diese Thatsachen sind Fontes rerum Austriac. XX. 532, 533—434, 544. XLII. 451—453. Script. rer. Siles. IX. v. l. Script. rer. Lusat. (Johann v. Guben), I. 90—91. Eschenloer, Histor. Wrat. 182, 187; Gesch. II. 126—127, 135, 138—139. Dlugosch 508. Was aber letzterer über die Teilnahme Rosenbergischen Kriegsvolkes bei der Abwehr der Kreuzer sagt, ist entweder irrig oder bezieht sich auf die Beschirmung Rosenbergischer Besitzungen; übrigens war Rosenberg

Auch so war die Sachlage mächtig verändert. Der Ketzerkönig war auf allen Seiten in die Defensive geworfen, seine Machtsphäre bedeutend eingeengt, die Zahl seiner Anhänger nicht wenig vermindert, jene der Gegner im Steigen. Man sah Georgs völligen Untergang voraus, ja ihn in der Hauptsache bereits gekommen. „Nun denn, jetzt liegt ihr zu Boden, euer Stolz liegt im Staube", schreibt der Landshuter Kanzler, seiner fruchtlosen Vermittelung eingedenk an den Propst von Zderas in Prag und königlichen Sekretär Paul Zidek; „wenn auch Manche, die eure Freunde waren, euch zu nützen wünschen, so ist dies doch umsonst, da euere Krankheit selbst Rettung mit irgend einem menschlichen Heilmittel ausschließt. Wendet euch an Gott und er wird sich zu euch wenden."[1]

Vor allem übersah der Ungarkönig die günstigere Gestaltung der Sachlage, so wenig er sich verleiten ließ, die Dinge leichter zu nehmen, als sie sich gaben. „Wir erkennen," schreibt er an den Breslauer Rat, „daß jener Ketzer wiederum wegen der Ankunft des neuen apostolischen Legaten und eines Gesandten des Königs von Polen mit den Waffen und anderen Anschlägen etwas gegen uns unternehmen will, daß er mit ganzer Kraft nun das Äußerste versucht und wenn ihn auch diesmal seine Hoffnung täuscht, er notwendig in die äußerste Verzweiflung geraten wird."[2] Und Sternberg mahnt am folgenden Tage den Legaten Rudolf: „die Zeit ist da, das wohl begonnene Werk zu Ende zu führen und sie (die Ketzer) mit Gottes und der Christenmenschen Hilfe auszutilgen."[3]

Wieder begehrte der König, mit Vorsicht und Energie zugleich gegen Georg vorzugehen, ihm selbst aber mit ganzer Kraft schleunigst beizustehen. Damit dies rechtzeitig und von allen Seiten geschehe, entbot er, da ihn dringende Geschäfte für einige Zeit nach Ungarn riefen und in jenen Tagen ohnehin der Bischof von Ferrara mit kaiserlichen Gesandten im ungarischen Heerlager eingetroffen war, abermals den zweiten Legaten und nun auch die wichtigsten Häupter der Liga oder doch deren Vertreter ebendahin. Neben der Erörterung des für den Krieg Notwendigen galt es ja, den Bischof von Olmütz zu hören, der lange schon von seiner polnischen Sendung heimgekehrt war, und auf die Werbung zu antworten,

immer noch mit Sternberg und dem Kaiser nicht völlig eins. Vgl. Fontes rerum Austriac. XX. 557—558.

[1] Brief v. 24. Juni 1468. Font. rer. Austriac. XX. 539—542, Nr. 458.

[2] Script. rer. Siles. IX. 286, Nr. 409. Schreiben v. 11. Juli.

[3] Ebendort 286—287, Nr. 410.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die wieder im Namen des Königs Kasimir die polnischen Gesandten an beide Parteien zu bestellen hatten.

Wir wissen, was Bischof Prothas dem Polenkönige angeboten: Böhmen für seinen ältesten Sohn, die Ehe mit dem Ungarkönig und dem Erben von Österreich für seine Töchter, sodaß, wenn schon Kasimir jetzt auf die anderen Ladislaw'schen Lande verzichtete, wenigstens seine Enkel auch in den Donaulanden zur Herrschaft kommen sollten. Trotzdem vermochte der Bischof seinen Zweck nicht zu erreichen.

Der polnische Hof hatte mit Unmut und großer Bestürzung die Einmischung des Königs von Ungarn in die böhmische Streitsache zur Kenntnis genommen. Der Plan, zuzuwarten, bis beide ziemlich gleich starke Parteien völlig erschöpft sich seiner Entscheidung unterwürfen und er ohne Mühe die Erwerbung Böhmens durchsetzen könnte, war ja damit auf das Empfindlichste gestört. Und dazu dieser wallachische Emporkömmling, der sich in den Besitz des Königreichs Ungarn gesetzt, ohne auch nur im mindesten die Ansprüche des Hauses Polen zu beachten! der noch jüngst den Woiwoden der Moldau, welcher sich bisher als Vasallen Polens bekannt, mit Krieg überzogen und zur Unterwerfung gebracht hatte! Gab es denn in Polen keinen Stolz mehr? Auch glaubte man keinen Augenblick an die Uneigennützigkeit des Ungars, so sehr sie auch immer wieder betont ward; man fürchtete seine rücksichtslose Energie, seine überlegene Macht, die ja im Kriege mit Böhmen rasch genug hervortreten mußte. Um die Waffenbrüderschaft vor allen ihr drohenden Gefahren zu bewahren, schien selbst die Vermählung des Corvinen mit einer polnischen Prinzessin ein allzu schwaches Band.

Augenblicklich blieb aber nichts anderes übrig, als die Empfindlichkeit zurückzustellen, so wenig dies auch völlig gelingen mochte, und, ohne die ungarisch-kaiserlichen Forderungen anzunehmen oder abzuweisen, die Anerbietungen so weit als möglich auszunützen. Selbst leise zu drohen, hielt man für angemessen. Der König, so lautete der Bescheid für Bischof Prothas, habe die ihm vom Papste angebotene Krone Böhmens nicht abgelehnt, sondern sich nur bis zu dem allgemeinen Reichstage, der zu Bartholomäi künftig (25. August) stattfinden werde, Frist bedungen; ohne den Rat der Seinen könne er ja in so wichtigen Sache keinen Entschluß fassen. Sollte sich inzwischen jemand mit Hintansetzung seiner und seiner Söhne Anrechte des Königreiches Böhmen bemächtigen, so stellte er seine Rache auf Gott und auf seine Getreuen: mit aller Macht hoffe er dazu zu thun, daß eine solche Eroberung nicht dauerhaft bleibe. Was die Wiederherstellung freundlicher Beziehungen zwischen

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Polen und Ungarn betreffe, die König Matthias durch vielfache Übergriffe gestört habe, so möge eine Kommission, bestehend aus Räten beider Könige, versuchen, die Streitfragen zu schlichten und die Spannung der Gemüter zu beheben.[1] — Der Bischof von Olmütz versprach bei seinem Scheiden, daß er sich zum August-Reichstage wieder am Hoflager Kasimirs einfinden werde.

Es war für König Kasimir und seine Räte nicht schwer, zu berechnen, daß dem Böhmenkönige nach der Waffenerhebung Ungarns die Freundschaft mit Polen noch wertvoller sein müsse, als zuvor. Das zeigte sich auch sofort. Schon am Tage vor der Abreise des Bischofs von Olmütz traf Herr Albrecht Kostka von Postupitz, wie sein Bruder Zdenko seit langem in den wichtigsten Dingen von König Georg diplomatisch gebraucht, in Krakau ein. Er verklagte die Liga, daß sie den von den Gesandten des Königs vermittelten Waffenstillstand gebrochen; er bat, Kasimir möge die bei dem heil. Vater begonnene Vermittelung und Fürsprache für König Georg fortsetzen: Dafür werde Georg auf dem nächsten böhmischen Landtage den Sohn Kasimirs zum Könige von Böhmen wählen lassen. Kasimir möge ihn aber durch Gesandte beschicken.[2]

Es war unzweifelhaft, daß mit der erfreulichen Erhöhung des Angebotes von beiden Seiten sich doch auch die Situation des Polenkönigs kritischer gestaltete. War nicht zu erkennen, daß eine Entscheidung nötig sei, so oder so? Aber noch hielt Kasimir an der alten Politik fest. Kostka erlangte zwar freundlicheres Gehör als Prothas: die Abordnung einer neuen Gesandschaft nach Böhmen wurde ihm zugesagt; aber nur um die Vermittelung bei dem heil. Stuhle, die ja vor allem notwendig sei, zu betreiben. Sie bestand aus den früheren Boten, nur daß den Krakauer Domherrn Dlugosch, einen heftigen Ketzerfeind, der Ritter Nik. Skop, Kastellan von Auschwitz, ersetzte.

Was die Liga betraf, so konnte sie nach dem Geschehenen die Fortsetzung der Vermittelung nicht im Ernste übelnehmen. Die Polen bemühten sich dafür anfangs Juli bei König Matthias. Sie harrten dann mehrere Wochen in Prag bei König Georg, bis sie auf dem Olmützer Tage die eigentliche Lösung ihrer Aufgabe versuchten.

In Olmütz hatten sich (August 1468) bei König Matthias beide Legaten, Bischof Prothas von Olmütz, Zdenko von Sternberg, Burian von Guttenstein, Heinrich von Plauen, Boten Johanns von Rosenberg, der endlich infolge des Drängens Rovarellas vollständig auf Seite der

[1] Dlugosch 501—502. Eschenloer, Hist. Wrat. 182; Geschichten II. 126.
[2] Dlugosch 503—504.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Liga trat,[1] der Breslauer u. a. eingefunden. Die Gesandten des Kaisers hatten Olmütz zu Beginn des Tages bereits verlassen. Die Energie und praktische Verständigkeit des Königs, der Eifer der Legaten herrschte in der Versammlung: So fand die polnische Vermittelung einen wenig fruchtbaren Boden. Ihre Forderungen und Erbietungen waren ja der Sachlage, wie sie die Liga auffaßte, durchaus nicht angemessen. Wenn sie verlangten, daß vor allem ein allgemeiner Waffenstillstand bis zum 2. Febr. 1470 abgeschlossen werde, damit König Georg, der sich dem Papste zu vollkommenem Gehorsam erbiete, in der Zwischenzeit die Aussöhnung mit der Kirche erreiche, so waren nicht bloß die Legaten, sondern auch die übrigen Anwesenden[2] dagegen. Allen schien Stillstand und weitere Verhandlung unnütz, da der Ketzerkönig keinen Vertrag, keinen Eid, kein Versprechen jemals erfülle.

Trotzdem ging man auf das Detail der polnischen Anträge ein. Sie hatten vorgeschlagen, daß für die Zeit der Waffenruhe jede Eroberung auf beiden Seiten zu getreuen Handen genommen, und in allen nichtkirchlichen Fragen der Polenkönig als Schiedsrichter anerkannt werden sollte: würde dann König Georg den Spruch nicht annehmen oder dem Papste keinen Gehorsam leisten, so sollten sich die Könige von Ungarn und Polen verschreiben, den Ketzer und seine Sekte gemeinsam auszurotten. Klar genug lag die Absicht der polnischen Vermittelung zu Tage: mit der Beendigung der kriegerischen Unternehmungen vor allem die unangenehme Einflußnahme des Ungarkönigs auf den böhmischen Streit nach Möglichkeit zu beschränken.

Aber auch sonst ließ sich gegen den Vorschlag manches und gewichtiges einwenden, und die Legaten fanden keinen Grund, damit zurückzuhalten. Vor allem wiesen sie darauf hin, daß, was König Georg im Kampfe gewonnen, in keinem Falle auf eine Linie zu stellen sei mit den Eroberungen der Gegner, daß die militärische Lage beider Parteien durchaus nicht gleich sei. Erst wenn der König neben den eroberten Burgen auch das Prager Schloß, den Karlstein, Glatz, die Festung Spielberg und die Stadt Hradisch in Mähren abtrete, werde in Anbetracht der langen Reihe von Städten und Burgen, die ihm entrissen seien und nun zurückkämen, das richtige Verhältnis geschaffen. Auf der Abtretung jener Plätze müsse man um so mehr bestehen, als Georg damit zugleich den Beweis liefere, daß es ihm ernstlich um eine Versöhnung zu thun

[1] Font. rer. Austr. XX. 558, Nr. 465; vgl. ebendort 557, Nr. 464 u. 560, Nr. 468 und 469.

[2] Auch der Kaiser. Vgl. Script. rer. Siles. IX. 295, Nr. 422.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sei. — Im übrigen konnten die Polen merken, daß die Liga kein Verlangen trug, die Entscheidung über wichtige Fragen ihrem Herrn zuzuweisen, einem Fürsten, der sich „bisher nicht nur kein Verdienst um die heilige Sache des Glaubens, für die sie mit solcher Anstrengung stritt, erworben habe, sondern dessen Benehmen deutlich zeige, daß er, ohne Opfer bringen zu wollen, die Gunst der Gegenpartei wenigstens ebenso eifrig suche, wie die des Papstes und der Streiter der Kirche".[1] Verwirrt schwiegen sie.[2]

Um nicht das völlige Scheitern ihrer Sendung eingestehen zu müssen, erboten sie sich, die Gegenbedingungen nach Prag zu bringen. Man hatte nichts dagegen.[3]

Die Verhandlung mit den Polen war vom Anfange an Nebensache gewesen. Die Olmützer Beratung galt ja anderen Zielen. König Matthias verhehlte den Anwesenden nicht, daß er von ihnen künftig größere Anstrengungen als bisher für den Krieg begehren werde: Nur Zdenko von Sternberg und die Pilsener hätten gethan, was in ihren Kräften stand; das müsse er von nun an auch von allen anderen fordern. Zugleich sei es unerläßlich, den Krieg nach einem bestimmten Plane, unter einer sicheren Leitung — sie konnte natürlich nur ihm zufallen — zu führen. Das unbedingteste wechselseitige Vertrauen solle herrschen und ein jeder den anderen nach Kräften fördern. Dagegen müßten gewisse Vorkommnisse als durchaus unerträglich aufhören: so könne er nicht dulden, daß ihm bei der Besetzung von befreundeten Städten und Burgen seitens der Eigentümer Schwierigkeiten gemacht würden, wenn es gelte, von da aus die Feinde zu schädigen; ebenso, daß viele Katholiken Böhmens, für die ja der Krieg in erster Linie geführt würde, noch immer völlig teilnahmslos blieben. Der König verlangte, daß der Legat sie mit geistlichen Zensuren zwinge, ihre Pflicht gegen Kirche und Glauben zu thun; falls sie es nicht wollten, müsse ihm das Recht zustehen, mit ihnen zu verfahren wie mit Aufständischen oder mit Feinden.[4]

In Laurenz Rovarella hatte die Kurie den Mann nach dem Norden entsendet, wie er dem Herzen des Ungarkönigs genehm war. Blieb Rudolf von Breslau, gleich dem von Ferrara ein unbedingt treuer Sohn

[1] Über diese Verhandlungen vergleiche Eschenloer, Hist. Wrat. 190—191. Dlugosch l. c. Script. rer. Siles. IX. 291—292; 293—294.

[2] Confusi Poloni obmutuerunt ex legatorum redargutione.

[3] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 560, Nr. 468 und Dlugosch l. c.

[4] Hauptquelle für dies und das Nachfolgende ist Eschenloer, Histor. Wrat. 188—192; Geschichten II. 138 ff. Hierher gehören auch Scriptor. rer. Siles. IX. 291—295, Nr. 417—421. Font. rer. Austr. XX. 560. Nr. 468.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Kirche und seiner Pflicht, stets auch der menschlich fühlende Priester, der fürsorgliche Lenker seiner Heerde, Mitstand der Landschaft Schlesien und Verwalter des Breslauer Kirchengutes, so kannte Rovarella neben dem Gebote des heiligen Vaters und dem Vorteile der kirchlichen Sache keine Rücksicht weiter. Selbst Zdenko von Sternberg übertraf er an ungestümem Eifer, den Kampf gegen die verhaßten Ketzer ja recht anzufachen und wo immer möglich bis zu ihrer völligen Vernichtung fortzusetzen. Ihm fehlten Ernst und Festigkeit nicht.[1] Der Wälsche und der Ungar verbanden sich nun zur Durchführung des böhmischen Krieges.

Rovarella war es gewesen, der den König bei der Verhandlung mit den kaiserlichen Gesandten unterstützte und in Graz die Forderungen, die jetzt des Königs Hofmeister dahin brachte, weiter befürwortete: Gewährung von Geld und Truppen aus den eignen und den Mitteln der österreichischen Landschaften, eine dringende Mahnung an alle im Ketzerkriege säumigen Fürsten unter Handhabung der vollen kaiserlichen Autorität und Strafgewalt. Die Hauptforderungen bei den Landständen Österreichs durchsetzen zu helfen, begab sich Rovarella hinterher selbst in die Herzogtümer.[2]

Nun in Olmütz sagte er dem Ungarkönige nicht bloß bezüglich der böhmischen Katholiken alles Verlangte zu, sondern er bewog auch Herrn Johann von Rosenberg, daß er König Georg sofort den Fehdebrief sandte, seine Absage an den Kaiser widerrief und seine Streitigkeiten mit Zdenko von Sternberg auf den Spruch des Bischofes von Passau stellte.[3] Mit dem mächtigen Rosenberger ward rasch auch das wichtige Budweis Glied der Liga. Hierzu fügte Rovarella das Versprechen, den Kreuzzug zu beleben und die Heere der Pilger nach des Königs Wunsche zu leiten, für die Erhebung und Zuwendung des Zehnten aus Deutschland unverweilt Sorge zu treffen.[4] Auch sonst erprobte Matthias sein aufrichtiges Bemühen, ihn, wo es immer anging, zu fördern.

Aber auch die anderen Anwesenden blieben an Bereitwilligkeit gegen den König nicht zurück. In feierlicher Verschreibung gelobten alle, die Bischöfe von Breslau und Olmütz voran, in Treue und Dankbarkeit der

[1] Jac. Card. Papiens. Epist., edit. Francof. 1614, pag. 675, Nr. 282: Praesul gravis est et fide dignissimus.

[2] Vgl. zu Rovarellas Aufenthalt in Linz Font. rer. Austr. XX. 561, Nr. 471.

[3] Font. rer. Austr. XX. 557—558, 560, 561, Nr. 464, 465, 468, 469, 471, 474. Rosenbergs Abkommen mit den kaiserl. Feldhauptleuten bei Chmel, Mat. II. 305. Die Intimation an die Österreicher bei Chmel, Reg. II. 547, Nr. 3468 und Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1299, 1306.

[4] Es ist offenbar der mit der Bulle vom 16. Mai 1468 bewilligte.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

geleisteten Hilfe und Rettung nicht zu vergessen, in dem Kampfe unerschütterlich an seiner Seite auszuharren und, möge sich was immer begeben, ohne des Königs Wissen und Willen keinerlei Verträge und Abmachungen mit der Gegenpartei einzugehen oder sonst etwas zu thun, was diese Vereinbarung zerstören oder ihr zum Abbruche gereichen könnte.[1]

Im besondern hieß man den ursprünglichen Plan des Königs gut: alle Kräfte auf einem Punkte zu vereinigen, um durch einen mächtigen Kriegszug gegen Prag, als den Hauptsitz der Ketzer, dem Kriege ein Ende zu machen. Fest und klar faßte der König dieses Ziel ins Auge. Indem er darlegte, daß er jetzt nach monatelanger Abwesenheit auf einige Zeit in sein Königreich Ungarn zurückkehren müsse, vor allem zu dem Zwecke, neue Gelder und Truppen zu sammeln, forderte er zugleich, daß auch jedes Mitglied der Liga angebe, welche Mittel es für die Entscheidung aufzubringen vermöge. Er scheute dabei die Erklärung nicht, daß er auf der Erfüllung der gemachten Zusagen unverrückt bestehen, ja sie gegebenen Falls erzwingen werde.

Auch so waren die Erbietungen sehr bedeutend. Die Pilsener und die Barone von Westböhmen versprachen, ein ganzes Heer von 2000 Reitern und 6000 Fußgängern aufzustellen. Der Bischof von Breslau und die Breslauer Gesanden verhießen vereint mit den übrigen Schlesiern ebenso viel, wenn jene auch ausdrücklich betonten, daß sie dazu keine Vollmacht hätten. Zdenko von Sternberg gelobte, trotz der schweren Verluste, die ihn betroffen, 800 Reiter und 1500 Fußgänger dem Heere zuzuführen. Andere anderes. Zugleich wurde abgemacht, daß die Lausitzer wieder Nordböhmen angreifen, die Schlesier mit dem Reste ihrer Macht Glatz belagern, die Kreuzerscharen, welche man womöglich bis dahin festhalten wollte,[2] gleichfalls von verschiedenen Seiten in den Kampf eingreifen sollten.

Übrigens durfte nicht etwa bis zur Rückkehr des Königs gefeiert werden. Man war willens, den Gegner in unablässigen Kämpfen zu bedrängen und zu keiner Ruhe kommen zu lassen.[3] Zu diesem Zwecke ließ der König Herrn Zdenko von Sternberg, den er für die Dauer seiner Abwesenheit zum obersten Hauptmanne an seiner Statt mit unbeschränkter Vollmacht ernannte, 1500 Reisige und die doppelte Anzahl

[1] Scr. rer. Austr. IX. 292—294, Nr. 418. Brief vom 22. August.

[2] Scriptor. rer. Silesiac. IX. 297, Nr. 424.

[3] Eschenloer, Hist. Wrat.: Interea omnes de liga contra hereticos successivis bellis continuare debeant et hostem quietem non dimittere.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von Fußgängern zurück.[1] Kaiser und Papst aber wurden von den gefaßten Beschlüssen verständigt, letzterer durch besondere Botschaften sowohl des Königs wie der Legaten (Gesandter war Bruder Gabriel) neuerdings dringend gebeten, die Verbündeten in dem Siege, den sie beinahe schon errungen, nicht zu verlassen, ihnen jede mögliche Hilfe und Förderung zu gewähren.

Fast schien es, als ob die Wirkung so energischer Beschlüsse schon sichtbar werden wollte, ehe noch irgend wesentliches zu ihrer Ausführung gethan war. Für König Georg begannen mit dem August 1468 schlimme Tage. Der König hatte auf die voreilige Nachricht, der Ungarkönig sei heimgezogen, abermals ein allgemeines Aufgebot erlassen und Kuttenberg zum Versammlungsorte bestimmt. Die Erschienenen, eine tüchtige Heeresmacht von Fußgängern aber nicht volle tausend Reiter,[2] teilte der König in drei Heere, von denen das eine unter Prinz Heinrich den Fortschritten der Schlesier vor Frankenstein Einhalt thun, das zweite den Spielberg bei Brünn, das dritte Hradisch bei Olmütz entsetzen sollte; in Böhmen wollte man mit Konopischt ein Ende machen.

Es war schon sehr schlimm, daß der König auch so nicht einmal den Versuch unternehmen konnte, Hoyerswerda zu retten, das nach langer heldenmütiger Verteidigung am 5. August die Übergabe versprochen hatte, falls binnen zweiundzwanzig Tagen kein Ersatz käme.[3] Am 27. waren die Lausitzer und der von Eulenburg im Besitze von Stadt und Schloß![4] Aber auch sonst traf die Hussitten jetzt Schlag auf Schlag. Am 25. August hatte Zdislav von Sternberg, Zdenkos Jüngster, in Südböhmen ein scharfes Gefecht, das mit schweren Verlusten für die Königlichen endete.[5] Dies und der Fall von Polna, Stadt und Schloß, für König Georg besonders empfindlich, weil es sein Privatbesitz war, erschütterten Georgs Position in Südböhmen vollends. Es war verloren, wie der Westen des Landes. Herzog Heinrich kam in Schlesien zur Rettung von Frankenstein zu spät: am 16. September hielten hier die Breslauer und ihre Verbündeten zum zweiten Male ihren Einzug. An eine Wiedereroberung

[1] Eschenloer, Hist. Wrat. l. c. [2] Eschenloer, Hist. Wrat. 192.
[3] Font. rer. Austr. XX. 554, 556.
[4] Was von der Absicht der sächsischen Herzoge, Hoyerswerda zu retten, damals und später (noch bei Palacky) erzählt wurde, existierte nur in der Phantasie der Berichterstatter. Schon ein Zeitgenosse (Font. rer. Austr. XX. 551) sagt davon: „Ich lasse mich beduncken, es seyn gemolte böse geist, vor den nicht noth thut, creutze vor sich zu machen."
[5] Font. rer. Austriac. XX. 560, Nr. 468.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

war bei der Übermacht der Verbündeten auch da nicht zu denken.[1] Vollends unglücklich aber endeten die Unternehmungen der gegen Mähren gesendeten Abteilungen, deren eine Herzog Viktorin, die andere Zdenko Kostka von Postupitz, Sternbergs Nachfolger im Oberstburggrafenamte, führte. Kostka ließ sich am 1. Oktober von Franz von Hag, der längst wieder ausgewechselt war, bei der Belagerung der Burg Smolle überfallen und erlitt eine solche Niederlage, daß seine gesamte Wagenburg und zahlreiche Gefangene in den Händen der Sieger blieben; er selbst tötlich verwundet, starb am anderen Tage in Hohenstadt.[2] Unmittelbar darauf ereilte Ctibor Tobitschauer von Zinnenburg bei der Verwüstung des Weichbildes von Olmütz und dann auch Herzog Viktorin, als er gegen Brünn zog, ähnliches Mißgeschick: Sie wurden geschlagen und mit dem Verluste vieler Gefangener in die Flucht geworfen.[3] Unterlagen so die Böhmen im offenen Felde, so waren die Gegner überall, wo ihnen kein stärkerer Widerstand geleistet wurde, im Westen und Norden des Königreiches, um so mehr im Übergewicht.

So wie dort die Pilsener im Verein mit den Guttensteinen, Plauen, Schwanbergen, Kolowraten, Riesenbergen die Anhänger Georgs schwer heimsuchten,[4] so gewannen hier die Lausitzer die Roll[5] und die Stadt Gabel;[6] von ihnen wurden, (wie schon im Juni) der von Michelsberg und die von Leipa und Dauba,[7] so jetzt neuerdings diese und die Witwe Johanns von Wartenberg auf Tetschen zu Friedenserbietungen gedrängt.[8] Auch im Norden reichte die Autorität des Königs kaum mehr irgendwo bis an die Landesgrenze.

Und auch persönliches Mißgeschick traf ihn in jenen Unglückswochen.

[1] Eschenloer, Hist. Wrat. 192.

[2] Eschenloer, l. c. 193. Vgl. auch Scriptor. rerum Siles. IX. 296—297, Nr. 424.

[3] Vgl. Eschenloer, Histor. Wratisl. 194 und den Brief Laurenz Rovarellas vom 5. Oktober in Scriptor. rer. Siles. IX. 296—297, Nr. 424. Es sei hier nur nochmals bemerkt, daß Palacky diese Vorfälle wieder vielfach eigenmächtig anordnet. So zeigt z. B. ein Blick auf die Karte, daß Viktorin, der den Spielberg entsetzen sollte, nicht über Kremsier gezogen sein wird.

[4] Eschenloer, Geschichten II. 138—139.

[5] Eschenloer, II. 140. Die Einnahme erfolgte durch 12 Reisige, „es war eine ungeheure ritterliche That".

[6] Fontes rerum Austriacarum XX. 562. Die Stadt wurde Mitte November wieder geräumt.

[7] Font. rer. Austriac. XX. 549.

[8] Ebendort 562. Der Vertrag mit dem von Leipa (aber ohne Tetschen, das dann die Lausitzer zu bezwingen sich anschickten) kam am 10. November zustande. Ebendort 562—553.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Außer Zdenko Kostka, dem persönlichen Freunde und Vertrauten des Königs, holte sich der Michelsberger im Kampfe (gegen die Lausitzer) die Todeswunde. In jenen Tagen gingen Prokop von Rabenstein, seit langen Jahren Kanzler des Königreiches, einst Freund Enea Silvios und hochangesehen weit außerhalb der Grenzen Böhmens, wenn auch kein gebietender Geist, und der reiche Burian Trczka von Lipa aus dem Leben. Immer mehr lichtete sich der Kreis bedeutender Männer, die König Georg in den Glanztagen seines Königtums umgeben hatten.[1] Den Kostka ersetzte in seinem hohen Amte der Mähre Johann von Zinnenburg (Čimburg), als Erbe der Michelbergischen Güter und zufolge königlicher Verleihung erst seit kurzem unter dem hohen Adel des Königreiches in die erste Reihe gestellt. Das Oberstkämmereramt erhielt (nach dem von Michelsberg) Wilhelm von Riesenberg und Rabie der Jüngere, hochgebildet, Katholik, aber ein treuer Freund des Königs und eifriger Verfechter seiner Sache.

So stand es um den verhaßten Podiebrad schlecht genug, und günstige Meldungen aus Ungarn wie aus dem Reiche kamen hinzu, als Kaiser Friedrich den Moment für gekommen erachtete, die längst gelobte Pilgerfahrt zum Grabe der Apostelfürsten zu unternehmen.

Achtes Kapitel.

Kaiser Friedrichs Romfahrt. Der Aufstand in Innerösterreich.

Kaiser Friedrichs Reise nach Italien und Rom zu Ausgang 1468 hat in erster Reihe dadurch Bedeutung, daß sie den beiden Häuptern der Christenheit Gelegenheit bot zu gemeinsamer Erörterung der die Zeit bewegenden großen Fragen und andererseits den ständischen Umsturzbewegungen in den Südostlanden des Reiches Raum schuf zu ihrem gewaltsamen Ausbruche. Der Verlauf und die inneren Gründe, Vorbereitung und Ausgang der Fahrt sind aber auch sonst typisch für des Kaisers persönliche Art, für seine Stellung in den Erblanden, für den Stand der Dinge im Reiche und in Italien überhaupt. Den Zweck der Reise hat der Kaiser selbst dem Papste Paul genannt: Er wolle das Gelübde erfüllen, daß er einst während seiner Bedrängung in der

[1] Welchen Eindruck dies nach außen machte, zeigt Dlugosch und der Brief des Kardinals Jakob von Pavia an Rovarella, Card. Pap. Epist. Nr. 313, pag. 680.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wiener Burg gethan, und an den heiligen Stätten in Rom den Dank wiederholen für seine Befreiung.[1] Es entsprach das des Kaisers aufrichtiger Frömmigkeit, seiner ernsten Schätzung ähnlicher Gnadenmittel, an deren Gewinnung ihn weltliche Interessen nie hinderten. Oder ist er je an Aachen vorübergezogen, ohne seine Heiligtümer zu verehren, dabei unbeirrt auch durch die dringendsten Geschäfte? So hatte er auch an die Durchführung seiner römischen Wallfahrt gedacht, seitdem sich seine Verhältnisse dafür günstiger gestalteten (1465). Zu Beginn 1466[2], dann, durch den Gang der Dinge im Reiche gehindert, wieder im Spätjahr 1467, inmitten des ersten Schmerzes um die vor kurzem heimgegangene Gemahlin, traf er seine Vorbereitungen.[3] Doch noch einmal machte der schwere Krieg mit Böhmen und die Bewältigung des österreichischen Aufstandes in der ersten Hälfte 1468 den Zug unmöglich, bis endlich im Herbste dieses Jahres, als der Ungarkönig bereits der thatkräftige Vorkämpfer gegen Böhmen geworden war und den Hussittenkönig so schwere Schläge trafen, die Sachlage des Kaisers Abwesenheit von seinen Landen während der Wochen der Winterkälte zu gestalten schien. Und nun erfolgte auch die Fahrt.

Die Wallfahrt des Kaisers, zu einer Zeit unternommen, in welcher in der Nachbarschaft so gewaltige Kämpfe tobten, Kämpfe in die er selbst verwickelt war, erregte doppeltes Aufsehen. Am wenigsten mochte man an die wirkliche Veranlassung glauben. Auch kluge Leute knüpften vielmehr daran Vermutungen besonderer Art und verschiedene Meldungen und Gerüchte über die eigentlichen Absichten des Reichsoberhauptes wurden geglaubt, namentlich an den Höfen, die in den schwebenden Angelegenheiten am meisten interessiert waren, dem Prager und in der Umgebung König Kasimirs von Polen. Hatte man doch in Prag schon im Vorjahre auf die Kunde von der beabsichtigten Reise damit die weitgehendsten politischen Pläne, die da Böhmen, Burgund und Frankreich, ja selbst Mailand, Venedig und Rom betrafen, in Verbindung gebracht und sogar eine diplomatische Aktion daran geknüpft. Jetzt wurde hier und anderswo erzählt: Der Kaiser wolle in Italien die Mailänder

[1] Card. Pap. Epist. 310, pag. 679. Comment. 438. Dlugosch 519.

[2] Schreiben Papst Pauls II. an die Florentiner wegen Geleites für den Kaiser, 20. Januar 1466 (ist 1467 nach röm. Aera). Lünig, Cod. Ital. dipl. I. 1131. Chmel, Reg. II. 450, Nr. 4350.

[3] Vgl. Lünig, Cod. Ital. dipl. I. 1131. Pastor, Geschichte der Päpste II. 373. Mon. Hung., Acta extera II. 73. S. auch Chmel, Reg. II. 493, 522, 523, 525, Nr. 4852, 5165, 5176, 5208. Lichnowsky, Reg. zu VII. 1197, 1200, 1202, 1203. Kurz, Österreich unter Kaiser Friedrich IV. II. 99.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Frage ordnen, um vom Herzoge Geld zu erlangen, er ziehe nach dem Süden, um nach dem Tode seiner Gemahlin, der Herrschaft müde, Priester zu werden; er sei entschlossen, Land und Leute, das Kaisertum und seinen Sohn dem Könige Matthias von Ungarn zu empfehlen.[1] Wie es mit letzterem stand, ist noch zu zeigen. An all dem Übrigen ist kein wahres Wort, und gerade betreffs jener Nachricht, die noch am wahrscheinlichsten klingt, der Absichten auf Mailand, — eben jetzt war die Herzogin Blanca Maria, die letzte des Hauses Visconti, gestorben, — wissen wir, daß der Kaiser zunächst auch nicht einmal an Verhandlung mit dem Sforza dachte.[2]

Besorgnisse anderer Art setzten den Polenkönig und seine Umgebung in Bewegung. Man wußte hier sehr wohl, daß, wenn auch nicht in dem Kreise der deutschen Fürstlichkeiten, so doch überall dort im Reiche, wo patriotische Herzen schlugen, der unheilvolle Friede des Deutschordens mit Polen als ein schwerer Schlag empfunden wurde, daß des Königs weitere Pläne auf die Erwerbung Böhmens oder die Wiedereinbringung der Neumark hier keinerlei Förderung zu erwarten hatten. Was lag da näher, als solches Empfinden, zumal nach den Verhandlungen des letzten Frühjahres, auch bei dem Haupte der deutschen Nation zu vermuten? Die bisherige Haltung des Kaisers in der Ordenssache entsprach dem durchaus. Und hatte denn nicht auch der habsburgische Mannesstamm Ansprüche auf die böhmische Krone erworben und 1458 erhoben? Man wollte wirklich hinterher in Krakau wissen, daß der Kaiser die Nichtbestätigung des Preußenfriedens bei Papst Paul II. betrieben habe, so wie daß die Nachfolgerechte seines Sohnes Maximilian auf Böhmen und Ungarn seitens der Kurie anerkannt seien.

Auch da ist eine Widerlegung kaum notwendig. Die Sorge betreffs des Friedens mit dem Orden war wohl lediglich Ausfluß des bösen Gewissens, obwohl der Kaiser gewiß nicht für Kasimir sprach. Eine Anerkennung der habsburgischen Ansprüche auf Ungarn war deshalb nicht nötig, weil sie in der damals und jetzt bestmöglichen Form bereits 1463 seitens Pius II. erfolgt war. Habsburgs Rechte auf Böhmen besonders

[1] Gregor Heimburg aus Prag am 22. und 27. Dez. 1468 an seinen Schwager Laurin Vogt. Höfler, Kaiserl. Buch 198 und 218. Daß auch der zweite Brief in das Jahr 1468 gehört, zeigt sein Inhalt, namentlich auch die weitgehende Übereinstimmung mit jenem vom 22. Dezember. Vgl. ebendort 199 und über die weiteren Gerüchte von der beabsichtigten Abtretung von Reichslanden an den Papst den Dialog. Rabenst. im Archiv XLIV. 387—388.

[2] Diarium Ferrariense ap. Muratori XIV. 215 sq. und Chronicon Eugub. ebendort XXIII. 205.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

hervorzukehren, war der Kaiser jetzt, 1468, sicher so wenig geneigt, als er dies 1467 bei der Absetzung König Georgs und wieder 1471 nach dessen Tode gethan hat.

Trotzdem wird man gern glauben — und es läßt sich erweisen —, daß der Kaiser die „Kirchfahrt", die er nach Rom that,[1] nicht bloß zu eingehenden Erörterungen der schwebenden Zeit- und Streitfragen mit dem Oberhaupte der Kirche benützt hat, sondern auch bemüht war, von ihm in der Türken- wie der böhmischen Frage und namentlich auch für seine Person und sein Haus Vorteile verschiedener Art zu gewinnen. Der kühle berechnende Politiker hat aber von Papst Paul nichts begehrt, was dieser nicht bewilligen konnte oder gar, was in seinen Konsequenzen einen Eingriff in die kaiserliche „Oberkeit" bedeutete. Solches war Friedrich zeitlebens und überall zuwider.

Kaum darf man sich endlich gestatten, noch eines letzten Zweckes zu gedenken, der den Kaiser nach der Behauptung einiger nach Rom geführt haben soll:[2] weil Friedrich III. in dem verbündeten Ungarkönige weniger den freundlich gesinnten Helfer als den übermächtigen heimlichen Gegner erkannt, habe er das Bedürfnis empfunden, mit dem Träger der dreifachen Krone persönlich das innigste Verständnis zu suchen, so der neuen Gefahr zu begegnen. Wie durchaus irrig dies ist, lehren die Thatsachen.

Während neben dem Kontingente der österreichischen Stände der kaiserliche Feldherr Ulrich von Grafeneck an der Spitze einer Truppenschar, die wenigstens dem Kaiser nicht unansehnlich schien,[3] bei dem Könige im Felde war, hatte Friedrich auch sonst, und namentlich als der Eifer des Legaten Laurenz ihn trieb, für seinen Verbündeten gearbeitet. Am 11. Juli war allen Fürsten und Ständen des Reiches anbefohlen worden, den mit der Kreuzpredigt gegen „Girsik und die Seinen" beauftragten Guardian Alexander von St. Leonhard zu Graz in ihren Gebieten frei gewähren zu lassen.[4] In den kaiserlichen Erblanden gingen unter dem Titel von Zehent der Geistlichkeit und als Erlös des Ablasses die Geldsammlungen für den heiligen Krieg rüstig voran.[5] In den Gebieten be-

[1] So nennen sie auch seine Räte in dem Schreiben vom 6. Februar 1469 an den Sekkauer Propst. Vgl. Mitteil. des hist. Vereins für Gesch. Steiermarks XI. 44.

[2] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 554 ff.

[3] Man vgl. sein Ausschreiben vom 24. Mai, auch die oben erwähnten Angaben Zdenkos von Sternbergs.

[4] J. G. Gemeiner, Regensburgische Chronik III. 434.

[5] Rovarella an Rudolf von Breslau: Et caesar mihi scripserat, quod omnino in provincia suo debitum fiet. Scr. rer. Silesiac. IX. 297.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

freundeter deutscher Fürsten hat der Kaiser die Ausführung der bezüglichen Bullen wenigstens empfohlen,[1] auch neue Mahnungen an die schlesischen Fürsten in der böhmischen Sache gerichtet.[2] Genügt freilich hat all dies dem Ungarkönig keineswegs.[3] Die Verlegenheiten, in denen sich der Kaiser infolge des tirolisch-eidgenössischen Konfliktes und des Fortganges der Weiterungen mit den steierischen Unzufriedenen in jenen Tagen befand, konnten ihn dabei entschuldigen, um so mehr, als auch in Österreich noch nicht alles in Ordnung war. Daß die österreichische Landschaft im Sommer die zugesagten Reisigen nur zum geringeren Teile im ungarischen Heere hatte, gesteht der Kaiser selbst.[4]

Aber im August und September war dann in Mähren unter der Vermittelung des Legaten und nach weiteren Verhandlungen in Graz, wohin der Hofmeister des Ungarkönigs mit den zurückkehrenden Gesandten ritt, eine vollkommene Einigung zwischen Kaiser und König erzielt worden. Der Kaiser verschrieb Matthias alle seine Nutzungen und Renten zu Land und zu Wasser aus beiden Erzherzogtümern Österreich, soweit sie nicht verpfändet wären, auf ein volles Jahr, von Michaelis 1468 bis Michaelis 1469, sie zu gebrauchen „wider die Ungehorsamen und die Widerwärtigen der heiligen Kirchen" und seine Feinde zu Böhmen und Mähren.[5] Er versprach, die österreichischen Stände ebenfalls zu entsprechenden Leistungen zu bringen, was auf den sofort angekündigten Landtagen geschehen sollte.[6] Und so wie der Kaiser wieder überallhin in das Reich Briefe sandte, dem Könige von Ungarn als Hauptmann der Christenheit gegen die böhmischen Ketzer Hilfe zu leisten,[7] so bedrohte er neuerdings die schlesischen Fürsten aufs härteste, falls sie nicht binnen

[1] Vgl. das Schreiben an Herzog Sigmund von Tirol vom 13. Juli bei Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1281, 1301 u. 1308, und Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 91. Das Schreiben an Friedrich von Sachsen in Fontes rerum Austriac. XLIV. 648—650, Nr. 533.

[2] Script. rer. Siles. IX. 279—280, Nr. 404.

[3] Man s. seine Beschwerde in Font. rer. Austr. XX. 538, Nr. 457.

[4] Vgl. sein Schreiben vom 10. Aug. 1468 bei Chmel, Reg. II. 547—548, Nr. 5469.

[5] Des Königs Gegenverschreibung vom 3. Nov. bei Kurz, II. 244—245. Vgl. Chmel, Reg. II. 550, Nr. 5505. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1324. Des Kaisers Brief scheint verloren.

[6] Die Einberufung der Stände (vom 10. Sept.) auf den 30. September bei Chmel, Reg. II. 547—548, Nr. 5469.

[7] Gemeiner, Regensburger Chronik III. 436. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1298. Schreiben vom 21. Aug. Ein Ansuchen an die Nürnberger von Ende September in den Ratsbüchern vom Jahre 1467, fol. 163, im Nürnb. Kreisarchiv.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

fünfzehn Tagen, wie der Legat Rudolf und die Breslauer, sich zum Kampfe gegen Podiebrad entschließen würden.[1] Auch in kleineren Dingen ward der Hofmeister nach Wunsch abgefertigt.[2]

Dafür verschrieb sich König Matthias, „seinem lieben Vater, dem Römischen Kaiser", „die Kriege und Beschädigung, so aus Böhmen und Mähren gegen Österreich geschehen", nach seinem „besten Vermögen zu wenden", ohne seine Zustimmung das ganze Jahr aus keinen Frieden noch Anstand mit den Feinden zu machen und, falls es ihm nicht gelinge, die Aufständischen in Österreich mit ihrem Herrn gütlich zu vertragen, und sie etwa auch noch andere Unruhe erregen und „sich an fremde Herrschaft schlagen würden", dazu zu helfen, sie zum Gehorsam zu bringen.[3]

Den Zusagen folgte auch allseitig die Erfüllung. Während der König selbst gleich dem Kaiser sich bemühte, die deutschen Fürsten in die Hilfe gegen Böhmen zu bringen —, der Legat nahm sich vor, deswegen einzelne Höfe in Person zu besuchen —, tagten in Korneuburg und Linz die Stände der österreichischen Erzherzogtümer und wurde auf den Wunsch des Kaisers und unter Mitwirkung des anwesenden Bischofes von Ferrara beschlossen, 1000 Reisige auf ein Jahr, 800 aus Niederösterreich und 200 aus Oberösterreich, dem Ungarkönige zu stellen, ein Beschluß, der hinterher auf den Wunsch des Königs insofern abgeändert wurde, als die Stände sich auch durch die Zahlung von 12 Gulden wöchentlich für je einen Reisigen sollten loskaufen dürfen.[4] Andererseits lieh der ungarische Gesandte dem Kaiser bei den damals stattfindenden Verhandlungen mit den steierischen Unzufriedenen gern seine Unterstützung.[5] So war im Spätherbst 1468 wieder ein völliges Einverständnis zwischen den Herrschern hergestellt. „In ganzem Vertrauen auf den König", so versicherte später der Kaiser selbst, zog er über die Alpen nach dem Süden.

Auch sonst hatte sich endlich die Sachlage im Reiche für den Kaiser freundlicher gestaltet. Der Streit zwischen dem tiroler Vetter und den

---

[1] Eschenloer, Gesch. II. 142—144. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1420.

[2] Schreiben des Kaisers vom 19. September in Scriptor. rer. Siles. IX. 295, Nr. 421. Damals hat er die Bezahlung der Summen angeordnet (10000 Pfund), die für die Abfertigung Wenzel Wilitschkos und die Loskaufung des Franz von Hag ausgesetzt waren. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1307.

[3] Man vgl. des Königs Verschreibung a. a. O.

[4] Ergiebt sich aus Preuenhuber 124 in Verbindung mit Bonfini (edit. Colon. 1690), dec. IV. lib. II. pag. 425.

[5] Erhellt aus Chmel, Mat. II. 510, welches Schriftstück zu diesen Verhandlungen gehört.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schweizern, der bis zu Waffengewalt geführt und einige Wochen den ganzen Südosten des Reiches in Erregung gebracht hatte, war durch die Waldshuter Richtung (27. August) wenigstens vorläufig beigelegt. Kleine Streitsachen, wie der Zank Ludwigs von Landshut mit den Augsburgern, erschienen dem Kaiser kaum als ein wesentliches Hindernis seiner Fahrt, so wie denn auch das Einverständnis mit Herzog Ludwig, trotzdem ihm der Kaiser gegen Augsburg Unrecht gab, keine Störung erlitt. Andererseits dauerten für die Herren von Sachsen und Brandenburg die Schwierigkeiten und Gefahren, die ihnen die böhmische Streitsache gebracht und denen sich jetzt der Kaiser durch das Bündnis mit Ungarn entzogen, ungemindert fort. So wenig freundlich Gesinnung und Haltung des ansbacher Markgrafen und seines Bruders in der Mark damals gegen den Kaiser waren: feindliche Schritte brauchte man doch in Graz von keinem zu besorgen.

Anfangs November hatte der Kaiser auch die besonderen Vorbereitungen zur Romreise vollendet[1] und namentlich die nötigen Geldsummen aufgebracht.[2] Nun erging an Papst Paul die Verständigung, die Fahrt soll binnen acht Tagen angetreten werden. Der Papst ward ersucht, unverweilt von der Lage der Dinge in Italien Kunde zu geben, damit der kaiserliche Pilger, nur zu friedlicher Fahrt gerüstet, danach seinen Weg wähle.[3]

Die Begleitung des Kaisers bestand aus 700 Reitern, sämtlich in braun gekleidet.[4] Denn noch trug der Kaiser halbe Trauer um die vor mehr als Jahresfrist verstorbene Gemahlin. Die Grafen Eberhard

[1] Preuenhuber, Annal. Styr. 124.

[2] Er borgt u. a. von Reimprecht von Wallsee 10000 Gulden auf die Kammergüter Oberösterreichs.

[3] Brief vom 13. Nov. bei Lünig, Cod. Germ. dipl. I. 461—462. Müller, Reichstagsth. II. 319; Chmel, Reg. II. 551, Nr. 5522; Lichnowsky, Regesten zu VII. 1330 und 1332. Das Versehen Chmels, der das Datum 3. statt 13. Nov. bringt, hat bei Lichnowsky noch die Nummer 1323 und die irrige Ortsangabe zu 1330 verschuldet. In Nr. 1332 sind die richtigen Angaben nach Müller gegeben. In Venedig hielt sich damals als kaiserlicher Gesandter der Hauptmann von Portenau, Friedrich von Castelbarco, auf. Vgl. T. Toderini, Ceremoniale i feste in occasione di arrivamenti nelle stati della republ. Veneta di duchi, arcidughi et imperatori, Ven. 1857, Nr. XII. 113.

[4] Sicher im Zuge waren auch Leo von Spauer, nominiert für Brixen (siehe Sinnacher, Beiträge VI. 557), der Kanzler Johannes Rott, später Bischof von Lavant (J. Gottlob, Aus der Camera apostolica des 15. Jahrh., Innsbruck 1889, 315), im ganzen 14 Fürsten und Grafen (Wilw. von Schaumburg 7) und natürlich die angesehensten Räte des Kaisers. Vgl. noch Notizie istorico-critiche della chiesa di Trento (Bonelli), III. 270.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von Württemberg und Leonhard von Görz, Bischof Sigmund von Laibach und sonst manch edler Herr aus den österreichischen Landen, befanden sich im Zuge; auch Johann Hinderpach, einst Gewährsmann Enea Silvios für seine Geschichte des Kaisers, dann dessen Fortsetzer, kaiserlicher Diplomat und Bischof von Trient, der junge Wilwolt von Schaumburg, der später so ruhmreiche Heerführer Erzherzogs Maximilians und Geschichtsschreiber seiner Thaten, Räte des Ungarkönigs mit Gabriel Rongoni als Vertrauensmann der Legaten, die zum Papste gingen, die Beschlüsse der Olmützer Versammlung zu vertreten, u. a.[1] Das nächste Ziel war die alte Besitzung des österreichischen Hauses im italienischen Tieflande, Portenau. Am 16. November erfolgte der Aufbruch dorthin.

Schon am 1. Dezember, vor dem Einlangen der kaiserlichen Meldung, hatte ein Brief aus Venedig die Kunde in die ewige Stadt gebracht.[1] Gewiß waren des Kaisers Gesinnung und die Art seiner Fahrt nicht danach, irgend welche Besorgnisse einzuflößen. Aber das stets wache Mißtrauen der Kurie, das sich schon früher in der Beschränkung des freien Geleites für das kaiserliche Gefolge auf 300, dann 400 Pferde, was der Kaiser beides einfach unbeachtet ließ, gezeigt hatte, regte sich doch wieder. Papst Paul hielt sogar für nötig, die Besatzung Roms zu verstärken. Die oftmalige Verschiebung der Fahrt hatte zudem allmählich die Meinung entstehen lassen, sie werde auch diesmal nicht stattfinden, ja vielleicht für immer unterbleiben. Der Papst schrieb dem Kaiser, daß man durch seine unerwartet schnelle Reise überrascht sei.[2] Aber man trug in Rom den Umständen vollauf Rechnung: „Ganz Italien", so meldete dasselbe Schreiben Pauls II., liege „in sicherm Frieden", die Kurie aber sei über des Kaisers Besuch über die Maßen erfreut[3] und rüste sich, ihn so glänzend und ehrenvoll zu empfangen, als dies nach der Kürze der Zeit möglich sei.

In der That geriet in jenen Wochen der Vatikan in eine gewisse Erregung. Der Papst nahm es ernst mit der schuldigen Rücksicht auf die Würde anderer, so sicher er in hoheitsvollem Auftreten und feiner Sitte ein Merkzeichen und Mittel der weltgebietenden Stellung des Pontifikats sah. Es lag der neue Fall vor, daß ein deutscher Kaiser nach Rom kam, nicht um sich krönen zu lassen, sondern in privatem Anliegen. Kein Zermonienbuch, keine Erinnerung an frühere Beispiele gewährte einen Verweis darauf, wie man ihn in Italien, im Kirchenstaate, an den

[1] Jac. Piccol. card. Papiens. Comment. 436.

[2] Schreiben des Papstes vom 9. Dezember bei Lünig l. c.

[3] Es war damit nicht weit her. Vgl. Pastor, Gesch. der Päpste II. 372.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Thoren Roms begrüßen und empfangen, unter welchen Formen sich Nebeneinanderweilen und Verhandlung zwischen den beiden Oberhäuptern der christlichen Welt vollziehen sollten. In eifrigen Beratungen fand man nun die Regel dafür.[1] Da aber kein Kaiserbesuch in Rom mehr erfolgte, hat sie nur dieses eine Mal wirklich gedient.

Kaiser Friedrich hatte in Portenau die erste Begrüßungsbotschaft der Signorie mit der feierlichen Einladung zum Besuche Venedigs und zum Durchzuge durch das Gebiet des Freistaates empfangen: Man riet ihm — er war unschlüssig — zum Weiterzuge durch die Marken.[2] Ebendorthin sandte der Papst einen Sekretär, das Willkommen der Kurie zu bringen, vor allem aber, um über die Richtung des Zuges und den Verlauf der Fahrt schleunige und häufige Meldung zu erstatten. Es war beschlossen, daß dem Sekretär an die Grenze des päpstlichen Gebietes eine Deputation, bestehend aus vier Bischöfen verschiedener Nationen, zwei Richtern der Rota und zwei Konsistorialadvokaten, nachfolgen sollte, hier den Kaiser zuerst feierlich zu begrüßen. Die zweite Begrüßung sollte zwei Tagereisen vor Rom durch die Kardinäle von Ostia[3] und St. Eustach[4] geschehen, die sich dann wie jene dem Gefolge des Kaisers anzuschließen hatten, die dritte vor den Thoren der Hauptstadt selbst und unter dem Aufgebote all des mannigfachen Pompes, den die Kurie zu entfalten verstand.[5]

Dem Kaiser, der für jetzt den Besuch Venedigs ablehnte, nahte in Padua eine zahlreichere Botschaft der Republik, feierlich und huldigend. Eine andere Gesandschaft schloß sich (in Ferrara) dem kaiserlichen Gefolge an, dem Herrscher zu Ehren, freilich auch, um alles zu sehen, über alles Bericht zu erstatten.[6] In Rovigo (9. Dez.) gab es feierlichen Empfang und Festlichkeiten, da Nikolaus von Este, der Kardinal Rovarella, Bruder des Legaten Laurenz, in dessen Hause der Kaiser Wohnung nahm, und der Abt von Pomposa sich vereinigt hatten, das Reichsoberhaupt zu ehren.

[1] Card. Papiens. Comment. 438.
[2] Pastor, Gesch. der Päpste II. 648.
[3] Wilhelm (d'Estouteville), Erzbischof von Rouen.
[4] Franz (Piccolomini), Erzbischof von Siena.
[5] Card. Pap. Comment. l. c. Epistolae (79, Nr. 310. Descriptio adventus Friderici imperatoris ad Paulum papam II. auth. Augustino Patricio ap. H. Pez. Scriptor. rer. Austr. II. 609 sq. (auch Muratori XXIII. 205—206 und Freher-Struve, Script. III. 19 ff.)
[6] Pastor, Gesch. der Päpste II. 648, Beil. Nr. 90. Brief T. Soderinis nach Florenz vom 29. November. Toderini, Cerem. Nr. XVI. 114—116, 117, 118.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Kardinal erhielt die Würde eines Reichsgrafen.[1] Von da, das Mantuanische vermeidend, dessen Beherrscher, Ludwig von Gonzaga, übrigens sein Land vor kurzem vom Reiche zu Lehen genommen hatte,[2] zog der Kaiser nach Ferrara. Herzog Borsso von Ferrara und Modena empfing den Kaiser persönlich an der Landesgrenze am Po und ehrte ihn während des Weilens in seiner Residenz durch freigebige Bewirtung und Ehrenbezeugungen anderer Art.[3] In Ferrara war es auch, wo die Gesandten Johanns von Bentivoglio, Herrn von Bologna, und Galeazzo Marias Sforza, der seinem Vater Franz am 8. März 1466 in Mailand nachgefolgt war, dem Kaiser mit Geschenken und Werbungen nahten. Einen Moment bedachte sich Friedrich, ob er mit einem Dynasten, der wie Bentivoglio eigentlich einen Teil des Kirchenstaates in seiner Gewalt hielt, verkehren solle. Hinterher[4] nahm er das stattliche Geschenk von Johann an und ehrte ihn mit einer Gegengabe. Dagegen wurden die mailändischen Boten ohne Gehör abgewiesen.[5]

Von Ferrara führte die Reise, immer hart an der Meeresküste gegen Ravenna[6] und an Rimini vorbei, das der dem Papste feindliche Roberto Malatesta inne hatte,[7] über Pesaro, Fano, Sinigaglia und Ancona nach Loreto, dem ersten Ziele des kaiserlichen Pilgers. Es galt sich zu beeilen, wenn der Kaiser, wie es seine Absicht war, den Tag der Geburt des Herrn in der ewigen Stadt begehen wollte. Deshalb erfolgte schon nach kurzem Aufenthalte der beschwerliche Zug quer über die Apenninen auf Foligno und von da über Spoleto nach Terni und Narni. Am 24. Dezember (hl. Abend) kam der Zug nach langer Tagereise, die, um die Ermüdung nicht zu groß werden zu lassen, zum Teile zu Schiffe zurückgelegt worden war, vor Rom an.

Seitdem der Kaiser auf päpstlichem Boden weilte, war er Gast des heil. Vaters und hatte es allerorten an Ehrenbezeugungen nicht gefehlt. Je näher Friedrich der päpstlichen Residenz kam, desto prunkvoller zeigten sich die Veranstaltungen zu seiner Begrüßung. Als er bei untergehender Sonne am sechsten Meilensteine das Schiff verließ, harrten seiner die

[1] Diarium Ferrar. ap. Muratori l. c. 215.

[2] Der Lehenbrief vom 8. Oktober 1467 bei Chmel, Mat. II. 525, Nr. 5209.

[3] Diarium Ferrar. l. c. Annal. Bonnon. ap. Muratori XXIII. 807. Cronica di Bologna ebendort XVIII. 776.

[4] Erst bei der Rückreise. Vgl. Cronica di Bologna, Muratori XVIII. 775.

[5] Die Erzählung des Chronic. Eugub. apud Muratori XXI. 1017 gehört zum Aufenthalte des Kaisers in Rom.

[6] Vgl. Toderini Nr. XIV. 114—116.

[7] Vgl. Pastor, Gesch. der Päpste II. 373.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kardinäle von Ostia und Siena mit reichem Gefolge und einer großen Menge schaulustigen Volkes. Am Ponte Milvio und an der Porta del Populo wiederholten sich die Begrüßungsfeierlichkeiten; zwischen den beiden ältesten Kardinälen, Bessarion und Wilhelm d'Estouteville, unter einem Traghimmel einherschreitend, gefolgt von dem gesamten Kollegium der Kardinäle, den höchsten Behörden der Stadt, den Häuptern der Kurie und der Bürgerschaft, umringt von einer vieltausendköpfigen Volksmenge zog der Kaiser durch die festlich geschmückten Straßen, die von 3000 Fackelträgern erhellt wurden, erst nach San Marco, der gewöhnlichen Residenz Pauls II., und dann nach St. Peter, wo der Kaiser am Grabe des Apostelfürsten seine Andacht verrichtete und die Begegnung mit dem Papste selbst stattfand.[1]

Mit religiösen Übungen, vor allem unter weitgehender Teilnahme an den kirchlichen Feierlichkeiten des Weihnachtsfestes, verbrachte der Kaiser die ersten Tage seines Aufenthaltes in Rom. Dem Zwecke seiner Reise entsprechend fühlte er sich vor allem als Pilger und als gläubiger Christ, der weltliche Ehrung entgegennahm, ohne sie zu suchen. So konnte es geschehen, daß die Kurie wie schon bei der ersten Begegnung von Papst und Kaiser so auch gelegentlich in der nachfolgenden Zeit den Anspruch auf die höhere Würde des Papstes zu äußerlichem drastischem Ausdrucke brachte. War man doch in Rom von der Überzeugung durchdrungen, daß die kirchliche Obergewalt wieder in ihrer alten Größe dastehe, während von der einstigen Macht des Kaisertums kaum mehr als der theoretische Begriff übrig geblieben sei.[2]

Aber auch der Kaiser war empfindlich,[3] und die Kurie berechnete klug, wie viel noch immer der Kaisername bedeute und wie großes an

---

[1] Über die Begrüßung des Kaisers, seinen Einzug in Rom u. s. w. besitzen wir von italienischen Augenzeugen nicht weniger als drei Darstellungen, und zwar die Erzählung des Kardinals von Pavia in seinen Kommentarien (438—439) mit der Bemerkung: ideo a me diligentius annotata, ut sit posteris in hunc casum, quod vel sequi vel adinvenire nolui, habeant; die Beschreibung des Agost. Patrizzi bei Muratori XVIII. 255 und Pez, Scriptor. rer. Austriac. 609 sq. (hier ist auch auf die anderen Drucke verwiesen); endlich den Bericht des Pietro Arrivabene an die Markgräfin Barbara von Mantua vom 26. Dez. bei Pastor, Geschichte der Päpste II. 648—650, Beilage Nr. 91. Dazu kommt der Bericht des gleichfalls persönlich anwesenden Wilwolt von Schaumburg, Geschichten und Thaten, Stuttg. lit. Ver. 50, 7. Andere gelegentliche Meldungen (Pastor 374—376) sind ohne Belang.

[2] A. Patrizzi bei Pez 613. Vgl. übrigens auch Joh. Rabensteinensis dialogus, Archiv für österr. Gesch. LIV. 387—388.

[3] Sein Sitz neben dem Papste mußte erhöht werden. Wilwolt von Schaumburg l. c.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Freundschaft seines Trägers immer noch gelegen sei. Das wurde daneben in mancherlei Ehrungen und Rücksichten für den Kaiser auf schmeichelhafte Weise zum Ausdrucke gebracht. So gab es deshalb keinen ernstlichen Mißklang.

Bald genug gelangte man auch zur Behandlung weltlicher Geschäfte. Seit anderthalb Dezennien hatten Papst und Kaiser in zahllosen Schreiben und Botschaften an einander die Bekämpfung der Türken erörtert. Es war auch sonst Sitte geworden, bei jeder Werbung, sie mochte sich auf das Fernstliegende beziehen, den Türkenkrieg wenigstens zu beweglicher Einführung des eigenen Begehrens oder als gewichtiges Nebenargument zu verwerten. So galten auch jetzt in Rom die ersten Beratungen der Abwehr der Türken. Und außerdem, was lag näher als das Ersuchen des Kaisers an die Kurie, ihn in einer Sache, die an Gefährlichkeit selbst den Türkenkrieg übertreffe, im Kriege gegen Böhmen zu unterstützen, zumal er nur als gehorsamer Sohn der Kirche und in Befolgung ihrer Anregungen in denselben geraten sei?

In dem feierlichen Konsistorium, das der Kaiser forderte und wo neben ihm selbst und seinen vornehmsten Räten auch die Gesandten der Könige von Ungarn und Cypern und die Botschaft von Venedig anwesend waren, fungierte Johannes Rott, nach Rudolf von Rüdesheim zum Bischof von Lavant befördert, als kaiserlicher Redner. Gelte auch die Reise des Kaisers, so führte er aus, zunächst der Erfüllung seines Gelöbnisses, so bleibe doch daneben die Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten bestehen. Der Papst kenne die Schläge, die man von den Türken erlitten, und das Unheil, das jetzt drohe. Da Rat zu schaffen, habe sich der Kaiser mit seinen Fürsten in vielfachen Tagen vergebens bemüht. Er komme nun zu dem Papste, dem an erster Stelle die Sorge für die Christenheit obliege, ihn um seinen Rat und seine Hilfe zu ersuchen: was der Papst vorschlage, sei der Kaiser bereit, aus allen Kräften zu fördern.

Es fiel auf, daß der Papst sofort, ohne sich erst mit den Kardinälen zu beraten, antwortete: In langer Rede erörterte er die Verdienste, welche sich seine Vorfahren auf dem Stuhle Petri um die Bekämpfung der Türken erworben, und noch breiter ließ er sich über das aus, was er selbst bis heute in dieser Sache gethan. Aber auch ihm scheine aller Rat erschöpft. Doch wisse vielleicht der Kaiser ein Mittel anzugeben; er möge es vorbringen.

Obwohl darauf der Kaiser neuerdings bedeuten ließ, er sei gekommen, einen Rat zu empfangen und nicht ihn zu geben, beharrte der Papst

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auf seinem Wunsche. Da trat Friedrich mit seinen Räten und den fremden Gesandtschaften in ein Nebengemach, wo man sich beinahe eine Stunde lang beriet. Dann erfolgte des Kaisers Bescheid: Er wisse keinen anderen Ausweg, als daß ein allgemeiner Fürstenkongreß nach der Stadt Konstanz, die, obwohl in Deutschland gelegen, doch Italien nahe sei, einberufen werde, den sie beide, er und Papst Paul, in Person besuchen und wohin sie auch die anderen Fürsten in gemeinsamer fleißiger Arbeit bringen wollten; schon habe der Gesandte des Königs von Ungarn zugesagt. In Konstanz solle gemeinsam erwogen werden, was im Interesse der ganzen Christenheit vorzunehmen sei.

Die Kurie hatte so manches auf dem Kerbholze, an das gerade in Konstanz, sei es den Deutschen, sei es den Franzosen oder anderen, leicht die Erinnerung kommen konnte. Und voraussichtlich gesellte sich zu dem Verlangen eines europäischen Fürstenkongresses auch wieder der Ruf nach einem allgemeinen Konzil.

Es dazu kommen zu lassen, war Paul II. keineswegs geneigt. Er verwarf den Kongreßgedanken, indem er an dem Ausgange früherer Versammlungen darzuthun versuchte, daß auch eine neue fruchtlos sein werde. Doch versprach er, die Sache näher in Erwägung zu ziehen und dann zu antworten. Damit ging man auseinander. Das Konsistorium hatte stundenlang, vom Mittage bis in die Nacht hinein, gedauert.

Anderen Tages beriet sich der Papst mit den Seinen. Er ward mit ihnen dahin eins, auf den Kongreßvorschlag auf keinen Fall einzugehen. Es war dabei sehr bezeichnend, daß die Kurialen viel weniger die Frage erörterten, wie etwa der kaiserliche Antrag durch einen anderen besseren ersetzt werden könnte, als sie die Frage untersuchten, ob Friedrich selbst oder die Venezianer als die Urheber des Planes anzusehen wären und welche Hintergedanken gegen die Kurie sie beide dabei leiteten. Auch zu dem Entschlusse kam der Papst: die ihm unangenehm gewordene Verhandlung höchstens noch privatim weiter zu führen.

Aber der Kaiser bestand auf seinem Vorschlage und ebenso, daß die Erörterungen darüber auch weiterhin öffentlich stattfinden sollten. Deshalb wurde am 3. Januar ein neues Konsistorium berufen, in dem der Kaiser persönlich das Wort ergriff. In einer längeren Rede, die den Humanisten der Kurie freilich mehr volkstümlich packend als logisch wohlgeordnet erschien, suchte Friedrich die gegen seinen Vorschlag erhobenen Einwendungen zu entkräften. Er mußte sich in der Antwort vom Papste sagen lassen, daß es sich nicht bloß darum handele, Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

schlüsse zu fassen, sondern auch, sie auszuführen; die Deutschen begnügten sich freilich mit ersterem; er, der Papst, bleibe bei seiner Ablehnung des Kongresses, nicht aus Lauheit oder Furcht, sondern nach seiner Erfahrung und Einsicht; er erachte sie für besser begründet, als des Kaisers Darlegungen.

Die Anschauungen der Herrscher blieben einander schroff entgegengesetzt. Schließlich ward ein Ausweg gefunden in dem Projekte, Kaiser und Papst sollten gemeinsam die Fürsten auffordern, zum 1. November des künftigen Jahres (in Rom begann das Jahr am 1. März) ihre Gesandten nach Rom zu schicken, um hier über die Beschützung des Glaubens gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Wer konnte etwas von so weitläufiger Ratschlagung erwarten?

Ebensowenig kam der Kaiser mit dem zweiten Vorschlage zum Ziele, den er in Sachen des Türkenkrieges that, und, soviel sich sehen läßt, mit gewissen Anträgen und Wünschen in der böhmischen Frage. Friedrich verlangte die Abschließung eines Bundes zwischen dem Papste und Venedig, als den zunächst interessierten Mächten der italienischen Halbinsel, gegen die Türken.[1] Es war die Erinnerung an vergangene Verhältnisse, die den Kaiser dazu gebracht. Aber wo besaß er jetzt die reale Macht, ordnend in die Angelegenheiten Italiens einzugreifen? Der Vorschlag ward abgelehnt; wenn die Liga später doch zu stande kam, so geschah dies ohne das Zuthun Friedrichs. Auch in dem Verhalten von Kaiser und Papst in der böhmischen Streitsache nach der Zusammenkunft ist nichts vorhanden, was auf eine direkte Abmachung beider — Meldungen fehlen — zurückschließen ließe.[2]

Und doch trat hier eine Änderung ein. Kaiser Friedrich hat aus Rom die Einsicht mit nach Hause gebracht, daß es ein schwerer Irrtum sei, zu meinen, Türkenkrieg und Hussittenstreit beschäftigten die Kurie immer noch ausschließlich oder doch in hervorragendem Grade.

Die italienischen Verhältnisse, in welche sich Paul II. durch seinen weltlichen Besitz tief verwickelt sah, befanden sich derart in Gärung, daß die Beziehungen zu Mailand und Florenz, zu Venedig und den

[1] Vgl. Mon. Ung. Acta extera II. 122—123.

[2] Daß darüber verhandelt wurde, beweist des Kaisers Brief an Hinderpach. Bonelli, Notizie etc. 270 ff. Quelle für das Erzählte sind sonst die Kommentarien des Kardinals von Pavia, l. c. pag. 438—439. Was Pastor (Gesch. II. 378) diesbezüglich nennt, ist ohne Belang, sein Text, wo nicht alles bereits feststeht, meist ungenügend. Über die Bemühungen der Kurie, den Kaiser in der Türkenfrage im Reiche zu unterstützen, gab er selbst hinterher ein sehr absprechendes Urteil ab. Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 27—29.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kleineren Machthabern am Unterlaufe von Po und Etsch die Staatsmänner der Kurie unausgesetzt in Athem hielten. Der Papst mußte sehen, wie er gegen den unruhigen Malatesta, gegen Neapel, das der falsche Ferrante beherrschte, gegen kleinere Feinde, stets Geld und Truppen bereit halte. In tausendfacher Verkettung zogen diese italienischen Gegnerschaften und Bestrebungen ihre Fäden durch die Kurie selbst, die freilich auch Brennpunkt des national-italienischen Lebens und Werdens, der hier mit so viel Erfolg erblühenden humanistischen Bestrebungen war. Was blieb da von Interesse, von Mitteln für die fernen, die europäischen Dinge übrig? Es nahte für das Papsttum die verderbliche Zeit, in der es sich nur mehr vorübergehend und auch da wesentlich aus politischen Rücksichten den italienischen Dingen zu entziehen und den allgemeinen zu widmen verstand. Das Regiment Pauls II. bedeutet dazu den Übergang, so sehr der Pontifex persönlich immer wieder sich bemühte, seine universale Stellung und Aufgabe zu erfassen und zu erfüllen.

Was war aber mehr geeignet, den Kaiser, der ohnehin von Natur aus zu durchgreifender und nachhaltiger Thätigkeit so wenig beanlagt war, auch in der böhmischen Streitsache zu größerem Gleichmute zu bekehren?

An solcher Einsicht änderte nichts das Entgegenkommen des Papstes in vielen kleineren persönlichen und sozusagen häuslichen Anliegen des Kaisers. Die vor zehn Jahren erfolgte Errichtung eines Bistumes für Krain sowie der zur Bekämpfung der Türken gestiftete neue Ritterorden des heil. Georg zu Milstädt in Kärnthen wurde bestätigt[1], der Prozeß der Heiligsprechung des Markgrafen Leopold III. von Österreich eingeleitet,[2] vor allem dem Wunsche des Kaisers willfahrt, die Pröpste zu St. Stephan in Wien und zu Wiener-Neustadt zu Bischöfen erhoben zu sehen. Freilich geschah dies mit weitgehendster Schonung der Passauer Diöcesangerechtigkeit, und noch hat es lange Menschenalter gedauert, ehe der Gedanke Kaiser Rudolfs I., das Gebiet der Ostmarken ober und unter der Enns einem Bischofe von Wien als Sprengel zuzuweisen, wesentlich verwirklicht ward.[3] Auch der Empfänglichkeit des Kaisers für

[1] Johann Siebenhirter wurde Großmeister des neuen Ordens. S. A. Patrizzi und Raynaldi Annal. eccles. X. 468 ff.

[2] Summarium cannonisationis bei H. Pez, Scriptores I. 593 ff.

[3] Die urkundlichen Belege über die Gründung des Bistums Wien bei Weiß, Geschichtsquellen der Stadt Wien II. (Wien 1879), 168 ff. Hormayr, Urkundenbuch II. 119 ff. Raynaldi Annal. eccles. ad. ann. 1469, X. 469. Vgl. ferner Böheim, Chronik von Wiener-Neustadt I. 158 ff., und Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichtsforschung VII. Jahrg. (1886), 471 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ablaß und Reliquien, seine Leidenschaft für Edelsteine und sonstige Kostbarkeiten, Zierraten und Seltenheiten trug die Kurie klug Rechnung; durch Geschenk und Kauf wuchsen damals der österreichischen Schatzkammer und den österreichischen Büchersammlungen kostbare Erwerbungen zu.[1] Auch des Vetters von Tirol und der Brixner Kirchensache ward nicht vergessen.[2] Die Kosten des kaiserlichen Hofhaltes und die Bewirtung seines ganzen Gefolges nahm ohnehin die päpstliche Kammer auf sich.[3]

Der Kaiser nahm alle diese Gewährungen und Gefälligkeiten entgegen, ohne sich über den Mißerfolg in den großen Fragen weiter verletzt zu zeigen. Ob ihm wohl dabei die Erkenntnis geworden ist, daß er, der so sehr gewöhnt war, äußere Hoheitsrechte zu üben und Verdienste mit papierenen Titeln und leeren Ehrenzeichen zu lohnen, nun von Papst Paul, der zugleich den höheren Rang beanspruchte, ebenso behandelt ward?

Schon am 9. Januar verließ der Kaiser wieder Rom. Sein Aufbruch aus der Stadt zu früher Stunde schädigte die beabsichtigten äußeren Ehrenbezeugungen ebenso sehr, wie vordem sein spätes Kommen die Empfangsfeierlichkeiten. Doch gaben ihm die Kardinäle Capranica und Roderigo Borgia das Geleite bis Viterbo[4] und noch vier Prälaten bis nach Cesena, der damaligen Nordgrenze des Kirchenstaates. Überall war auf Geheiß des Papstes dafür gesorgt, daß das Nötige für Unterkunft und Speisung des Zuges zur Hand war.[5]

Am 1. Februar bestätigte der Kaiser in Ferrara dem Markgrafen Wilhelm von Montferrat seine Privilegien und lieh ihm die Lehen.[6] Am 7. hielt er in Venedig einen prunkvollen Einzug.[7] Mit großen Festlichkeiten, bei denen die Macht und der Reichtum der Republik zur Geltung kam, mit Tänzen und Scherzen, der Besichtigung der Schiffs-

[1] Pez, Scriptor. rer. Austriac. I. 673 ff. Klein, Gesch. des Christentums in Österreich und Steiermark III. (1841), 194 ff., 198.

[2] Sinnacher, Beiträge VI. 534—568.

[3] A. Gottlob, Aus den päpstl. Kammerregistern des 15. Jahrh., Exkurs VII. Auch Patrizzi l. c.

[4] Patrizzi bei Pez 622. Ich möchte des Kaisers Aufbruch zu früher Stunde — er war gewohnt, tief in die Nacht hinein zu arbeiten und morgens zu schlafen, hier wie anderswo als ein Zeichen seines Mißbehagens ansehen.

[5] Jac. Piccol. Comment, 442.

[6] Vgl. Chmel, Mat. II. 552, Nr. 551.

[7] Über des Kaisers Aufenthalt in Venedig s. jetzt P. Ghinzoni, Federico III. a Venezia, 7. bis 19. Februar 1469. Nach den Berichten des Bonaventura del Majno und Michele Colli, Vertreter des ständ. mailändischen Gesandten in Venedig, Gerardo Colli. Arch. Veneto 37, 133—144.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

werfte, des Arsenals und anderen Sehenswürdigkeiten der Stadt, mit dem Ankaufe von Kleinoden und Reliquien,[1] wobei die Erfahrung des Liebhabers den Kaiser vor Übervorteilung durch griechische Kaufleute nicht schützte, vergingen die Tage des Aufenthaltes in der Inselstadt. Aber daneben fehlte es auch nicht an ernsterer Beschäftigung.

Die bereits auch den innerösterreichischen Erblanden unmittelbar drohende Türkengefahr wies Friedrich von vornherein darauf hin, die Gelegenheit zu einer Verständigung mit der im Osten gleichfalls hart bedrängten Republik zu suchen. Zwar hatte auch Venedig, als im Frühjahre 1468 König Matthias die uns bekannten Stillstandsverhandlung mit dem Sultan begann, sich gern zum Beitritte bereit erklärt[2] und auf eine Einladung des türkischen Grenzbefehlshabers wirklich direkte Verhandlung beschossen.[3] Aber der Pascha von Scutari stellte dabei so unannehmbare Forderungen, daß Venedig ablehnen mußte, während der Ungarkönig eine Waffenruhe erlangte, die ihm seinen Krieg gegen Böhmen ermöglichte. Es war die Folge solcher Sachlage, daß der Pascha von Bosnien das ungarische Gebiet sorgsam mied, während er im Hochsommer 1468 die dalmatinischen Gebiete mit 10000 Mann heimsuchte. Das Mißtrauen der Italiener sah hierin sofort den Beweis für ein Abkommen des Königs mit den Osmanen gegen ihr Interesse und auf ihre Kosten.[4] Nun hatte auch der Papst den angesuchten engeren Bund abgelehnt. Wie sehr die Signorie den Frieden mit den Türken suchte und wie gern sie jede Handhabe dazu benutzte, die sich bot:[5] es blieb ihr nichts übrig, als den Krieg fortzusetzen und mit immer neuen Opfern die dalmatinisch-kroatischen Großen zu unterstützen, deren feste Burgen und Plätze den Zugang zu Istrien und selbst Italien deckten. So war Venedig noch mehr als der Kaiser in der Lage, auf ein enges Verständnis zu einander in der Türkensache Wert zu legen.[6]

Die bezüglichen Beredungen hatten offenbar schon früher begonnen. Bereits in Rom vertrat der Kaiser vor dem Papste den Standpunkt der Republik. Jetzt verlautete von der Absicht der Signorie, dem Kaiser Besitzungen, die sie ihm einst in der Nachbarschaft von Triest entrissen, zurückzustellen.[7] Es war wohl nur eine von mehreren Forde-

[1] Ghinzoni 142. [2] Mon. hist. Ungar., Acta extera II. 74 ff., 83.
[3] Ebendort 91—92.
[4] Ebendort 87, vgl. 90—91. Bericht des mailändischen Gesandten aus Venedig vom 16. September.
[5] Ebendort 98, Nr. 63. [6] Ebendort 113.
[7] Ghinzoni 142. La vostra illustre Signoria scrive, ch'io debia havere

rungen, an welche der Kaiser seine Verbindung mit Venedig knüpfte. Da trat die Wendung ein. Schon in den ersten Tagen seines Weilens in Venedig hatte der Kaiser die Nachricht von einem Aufstande in Inner-österreich erhalten. Neue Meldungen ließen die Sache rasch gefährlicher erscheinen, als man wohl anfänglich gemeint, und zwangen zu beschleunigter Verhandlung.

Auch in den habsburgischen Territorien im Südosten des Reiches erlangte im 15. Jahrhunderte die Fürstengewalt mit dem wachsenden Umfange ihrer Verpflichtungen und Aufgaben zugleich jene neuen Rechte und Befugnisse, ohne welche man den vielfachen Forderungen des Einzelnen wie der Gesamtheit auf Schutz und Förderung nicht zu entsprechen vermochte. Aber auch der Anspruch des Landesherrn, für die Kosten der Verwaltung und Verteidigung des Landes immer wieder die Mittel der Regierten in Mitleidenschaft zu ziehen, wurde kaum irgendwo so sehr betont und so oft praktisch genützt, als wie in Österreich. Da fehlte denn rasch die Konkurrenz der Stände mit dem Landesherrn bei der Übung der neuen Befugnisse nicht. Gerade in Österreich war sie so vielgestaltig, langdauernd und bedeutsam, daß ziemlich alle Phasen, die das deutsche Verfassungsleben jener Tage aufweist, hier in klare Erscheinung traten und die österreichischen Zustände typisch geworden sind.

Nun war das 15. Jahrhundert nicht in der Lage, den modernen Gedanken einer naturgemäßen Theilung der Gewalt im Staate aus seiner Auffassung des Staatsgedankens zu entwickeln. Weit mehr zog die ständische Opposition ihre Nahrung aus den Unvollkommenheiten des neuen Herrschaftssystemes, das ja nicht als ein Ganzes, Gegebenes in die Erscheinung trat, sondern nach Maßgabe des praktischen Bedürfnisses und individueller Erfassung geübt und insgemein erst dann theoretisch erkannt und festgestellt wurde, nachdem es in mehreren staatlichen Individualitäten zur Geltung gekommen und erprobt war. Neben einzelnen Neuschöpfungen diente überdies dem Fürsten bei seinen Maßnahmen noch immer jene unbehilfliche ständische Apparat, welcher der überwundenen Zeit angehörte, kein Wunder, daß jetzt feudale Ordnungen und Korporationen nochmals zu Kraft und Ansehen kamen, die ihrem Wesen nach bereits von der neuen Entwicklung überholt schienen. Endlich vermochten in Österreich die Stände den Vorsprung, den die Fürstengewalt hier wie anderswo von Haus aus besaß, indem sie sich naturgemäß, gleichsam bodenständig aus der Staatsidee heraus entwickelte, um so eher wett

bona informazione, que questa Signoria intende restituire el dicto imperatore le terre, che la tene in Triesta etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu machen, als auch ihr Einfluß geschichtlich weiter hinaufreichte als sonstwo. Das Streben des habsburgischen Fürstenhauses, die römische Königskrone zu behaupten, sein Ausgreifen nach neuen Gebieten hatte schon im 14. Jahrhunderte seine Mittel außerordentlich in Anspruch genommen und es nicht bloß veranlaßt, selbst Ausgaben zu machen, welche erst die Zukunft zu decken vermochte, sondern auch genötigt, immer wieder auch an die Taschen der Unterthanen zu appellieren. Die Verwilligungen geschahen nicht, ohne daß die Landschaft den Fürsten auch ihre Wünsche nachdrücklich in Erinnerung brachte; ihre oftmalige Wiederholung rechtfertigte die Kritik der fürstlichen Geldgebahrung, bald auch die Forderung, das Bewilligte nur bestimmten Zwecken zuzuführen, des Verwendungsnachweises, der Anteilnahme an der Verwaltung der eingehobenen Steuersummen, die endlich bis zur Ausschließung der landesfürstlichen Organe dabei gedieh, während die Verteilung und Erhebung der Kontributionsgelder vom Anfange an den Ständen zugewiesen blieb und für sie zwar zur Quelle neuer Mühe, aber auch weiterer Befugnisse wurde. Das hatte wieder die Aufstellung leitender Persönlichkeiten aus der Mitte der Stände, zuletzt die Errichtung bleibender Ständeausschüsse und die Schaffung eines immer weiter sich entwickelnden ständischen Beamtenapparates zur Folge, der die landesfürstlichen Behörden um so mehr zu überflügeln vermochte, als die aus den ständischen Steuern fließenden Mittel einen beträchtlichen, ja bald den Hauptbestandteil des Regierungseinkommens bildeten.

Daneben ward gerade wieder in Österreich eine andere politisch-gesellschaftliche Einrichtung von großer Bedeutung, die, nach ihrem Ursprunge durchaus feudel-mittelalterlich, sich gleichwohl bereits von modernem Geiste durchsetzt zeigte: Der Gedanke engerer Verbindung des in der oder jener Hinsicht Gleichartigen, der Orden, Bünde, Einungen. Seitdem solche Vereinigungen unter dem Drange des frisch pulsirenden öffentlichen Lebens, mit dem ja die Gesetzgebung durchaus nicht gleichen Schritt hielt, in Gebiete hineingriff, die doch als wesentlich in die Sphäre des Regierenden gehörig erkannt würden, hatten die Fürsten sie bekämpft und bekämpfen müssen; solche Befriedigung individuellen Strebens hätte schließlich zur Beseitigung jeder staatlichen Einheit führen müssen.

Aber bei den traurigen Verfassungs- und Rechtsverhältnissen im Reiche blieben die Einungen das Mittel, sich der Übermacht einzelner Mächtiger und gegebenen Falles des eigenen Landesherrn zu erwehren, und sie wurden es besonders in Österreich, wo ein strebsamer Klerus, ein zahlreicher, begabter, unruhiger und selbstbewußter Adel, ein kerniges

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erwerbtüchtiges und doch auch wieder leicht bewegliches Bürgertum sich fanden, in Österreich, das an die von inneren Strömungen durchwühlten oder doch rasch erregbaren böhmisch-mährischen, ungarischen und wälschen Landstriche angrenzte, in denen unruhige Gesellen ebenso leicht für verwegene Wagnis Genossen fanden, wie dort eine Zufluchtsstätte gewannen. Endlich waren die östlichen Marken von jeher die Stätte, an der hochbegabte Emporkömmlinge die Gelegenheit suchten zu Auszeichnung und Erwerb; es fehlte hier selten an Elementen der Unzufriedenheit und des Umsturzes, fraglichen Existenzen voll wilder Leidenschaft und hochmütigen Trotz, stets bereit, dem landesherrlichen Gebote den Eigenwillen, dem öffentlichen Rechte die Selbsthilfe, dem fürstlichen das persönliche und ständische Interesse entgegenzustellen. Wer kennt nicht die Eizinger und Fronauer, die Holzer und Kirchheim, die Wittowetz und Baumkircher, die Grafeneck und Pottendorf und so viele andere?

Aus solchen Wurzeln ist die landständische Bewegung hervorgegangen, welche wie berührt im Frühjahr 1467 sich in der Steiermark zeigte,[1] in die aber rasch auch andere Innerösterreicher, dann Friauler und scheint es küstenländische Edelleute hineingezogen wurden.[2] Die Mitglieder unter siegelten einen Bundesbrief des Inhaltes, daß, wenn einer von ihnen „wider Landesrecht oder die Landesfreiheit gedrungen oder beschädigt werde", „die andern demselben, den man also zu dringen oder zu schädigen unterstund, rathen und helfen sollten, damit er wider Gewalt nicht gedrungen, sondern bei den Landesrechten und der Landesfreiheit gehalten werde."[3]

Wie sehr die Sache dem Kaiser mißfiel und was er auf schlimme Gerüchte hingegen einige der Herren verfügte, wurde gemeldet; ebenso ihre Gegenmaßregeln.[4] Auch mit tirolischen und nach allem selbst salzburgischen und ungarischen Vasallen suchten sie anzuknüpfen.[4]

Aber der Kaiser war weit entfernt, etwa nachzugeben. Er ver-

---

[1] Über die Haltung der Steierer schon 1462 siehe Krones, Zur Geschichte der Steiermark in den Jahren 1462—1471, Beiträge zur Kunde steiermärkischer Geschichtsquellen XI. 31 ff.

[2] Man vgl. ebendort 37, ferner Krones in den Mitteil. des histor. Vereins für Steiermark 17, 79 ff. Mon. Ung., Acta extera II. 112. Unrest bei Hahn, Kollekt. I. 558—559.

[3] Nach dem Schriftstücke bei Chmel, Mat. II. 293—294, das hierher gehört.

[4] Sicher und direkt wissen wir dies von den Tirolern, zu denen Andreas von Greisseneck als Gesandter ging. Diplom. Habsburg. in Fontes rer. Austriac. II. Abteil. II. 150. Die Teilnahme von salzburger und ungarischen Unterthanen erklärt sich aus der Nähe und dem Durcheinander der Besitzungen und Lehenschaften.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ständigte sich mit König Matthias von Ungarn, dem Erzbischof Bernhard von Salzburg und seinem Vetter von Tirol. Sie schickten im April 1468 ihre Gesandten zu ihm nach Graz, wo eben damals auch die Stände der Länder Steiermark, Kärnthen und Krain, soweit sie nicht in der „Einung" waren, tagten. Nach ihrem Rate sprach der Kaiser wegen „der merklichen Kriege", „die aus solchen Einigungen und Bündnissen kürzlich in etlichen umbliegenden Königreichen und Ländern auferstanden"[1] seien, die Auflösung der Gesellschaft aus.[2]

Leider war damit die Sache nicht aus der Welt geschafft. Namentlich in der Steiermark, in der die meisten der Bundesverwandten ansässig waren, gärte es fort, so wie denn selbstverständlich die Sippen und Freunde der in Haft genommenen sich mühten, sie in Freiheit zu bringen. Doch erst, als Kaiser Friedrich die Wallfahrt nach Italien in sichere Aussicht nahm, suchte er mit den Unzufriedenen in Ordnung zu kommen, und wieder waren es Gesandte von Tirol, Salzburg und der eben in Graz anwesende Hofmeister des Königs von Ungarn (September 1468), die zugleich mit den Ständen der drei Landschaften vermittelten und in der That ein vorläufiges Abkommen zu Stande brachten.[3] Die „Vereinten" sollten ihren Bundesbrief den Teidungsherren in die Hand geben und sich verpflichten, deren Schiedsspruch über die Einung, wie er mündlich und schriftlich fallen würde, anzunehmen. Dafür werden die Gefangenen „ohne Entgeltnus Leibs und Guts" ledig, und soll der Kaiser alle Ungnade und allen Unwillen, die er gegen die Einungsverwandten trägt, aufgeben. Die Befreiten geloben den Räten in Wiener-Neustadt als Statthaltern des Kaisers zur Zeit seiner Abwesenheit,[4] dem Marschall Jorg von Fuchs und dem Pfleger in Steyr,[5] der diesem bei der Gefangennehmung Beistand geleistet, nichts nachzutragen; überhaupt soll alles Geschehene vergeben und vergessen sein.

[1] Ist der deutliche Hinweis auf den böhmischen Herrenbund und die ungarische Verschwörung 1459 ff.

[2] Nach der Ankündigung der eben erfolgten Auflösung des Vereins an den kaiserl. Rat Leutold von Stubenberg v. 18. April. Krones, Beiträge XI. 42—43.

[3] Als solches erkenne ich das Bruchstück bei Chmel, Mat. II. 306. Daß es in die erste Hälfte September gehört, zeigt die Situation und namentlich die Anwesenheit des ungarischen Hofmeisters, der von Olmütz zum Kaiser ging und vor dem 19. September wieder abgeschieden ist (Script. rerum Silesiac. IX. 295, Nr. 421). Vgl. die Datierung des Stückes bei Krones, Beiträge XI. 43.

[4] Über die Befugnisse, die ziemlich groß waren, s. Chmel, Regesten II. 552, Nr. 5529.

[5] Ulrich von Graben. Krones, Beiträge XI. 44. Der Marschall ist aber nicht Graf Ulrich von Schaumburg, sondern Georg von Fuchs.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Offenbar hat es aber doch wieder an der Ausführung des Beschlossenen gefehlt.[1] Thatsache ist, daß die Verbindung nicht bloß bestehen blieb, sondern sich, begünstigt durch die Abwesenheit des Kaisers in Italien, weiter organisierte, bis sie weithin alle Elemente des Widerstandes gegen den Landesherrn und seine Getreuen umfaßte. Der Plan, von dem schon im Vorjahre der Kaiser gewisse Kunde erhalten: ihn durch die rasche Besetzung von Städten und Burgen dem Willen der Verbündeten willfährig zu machen, trat neuerdings hervor. Jetzt bot sich auch der rechte Mann zur Ausführung, Andreas Baumkircher, Freiherr von Szalonak, einst für getreue Dienste vom Kaiser hoch geehrt und reich belohnt, nun seit längerer Zeit wegen Begleichung verschiedener Ansprüche mit ihm zerfallen. Schon zu Beginn 1468 stand er mit Herzog Viktorin von Böhmen in verräterischen Verhandlungen; er versprach, ihm Korneuburg und den Übergang über die Donau zu verschaffen.[2] Obwohl bisher kein Glied des Bundes,[3] nützte er jetzt die Gelegenheit, mit dessen und den eigenen Mitteln gegen den Kaiser mit Gewalt vorzugehen und seine Forderungen durchzusetzen. Der Anschlag war so gut vorbereitet, daß die kaiserlichen Statthalter und Pfleger vollkommen überrascht wurden. In der Nacht auf den 2. Februar wurden die Städte und Burgen Hardberg, Fürstenfeld,[4] Marchburg und Wildon den Kaiserlichen „abgeschlichen," kurz darauf auch Windisch-Feistritz, Feldbach und Gonobitz eingenommen.[5] Erst am Tage nach dem Handstreiche erhielten die Räte in Neustadt die (vom 1. Februar datierten) Absagebriefe.

Nun erließen sie freilich unverweilt ein allgemeines Aufgebot;[6] aber es war nicht möglich, das Verlorene wieder zu gewinnen oder auch nur die Bewegung einzudämmen. Sie verbreitete sich vielmehr über das ganze Mürzthal[7] bis gegen Bruck und in andere Teile Ost- und Süd-

[1] Es scheint den Bündnern, die ihre Lage günstig fanden, der gute Wille gefehlt zu haben.

[2] Archiv český VII. 313.

[3] Dies sagt zwar Unrest 558 und 559, er nennt ihn geradezu den Hauptmann; aber Unrest hat wohl zeitlich nicht so genau geschieden. Dies ergiebt sich aus Mon. Hung., Acta extera II. 125. Daß B. dann doch Mittelpunkt der Bewegung wurde, ist bei seiner Art und nach der Sachlage nur natürlich.

[4] Durch Ludwig Hauser. S. Arch. für Kunde österr. Gesch.-Quellen II. 469.

[5] Nur die ersteren Orte nennt die amtliche Meldung bei Krones, Beit. XI. 44—45. Dazu vgl. man Unrest l. c. 559—560.

[6] Krones, Beit. XI. 43, 46, 63. Auch in Oberösterreich und Niederösterreich. Vergl. Wirmsberger, Regesten aus dem Archive der Stadt Freistadt in Oberösterreich, Arch. für österr. Gesch. XXXI. 358. Preuenhuber 125.

[7] Dabei ging Mürzzuschlag in Flammen auf. Krones, Beiträge XI. 47.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

steiermarks und griff selbst in das kaiserliche Ungarn hinüber.[1] Ganz Nieder- und Innerösterreich ward erfüllt von Kriegslärm.

Wenn der Kaiser auf die Meldung von diesem Vorfalle zunächst noch in Venedig blieb, so war seine Langsamkeit im Entschließen nicht allein die Ursache, auch nicht, daß sich die Tragweite des Geschehenen noch nicht übersehen ließ. Neben den Verhandlungen über die Abwehr der Türken bildete die Ausgleichung alter Streitigkeiten mit dem Inselstaate, die Ordnung des Handelsverkehrs von Innerösterreich an die Meeresküste den Gegenstand seiner Sorge. Dazu kamen Angelegenheiten seines Vetters Sigmund von Tirol. Immerhin erging an die Statthalter die Weisung, den Aufständischen nach Kräften zu widerstehen. Die Kärnthner Stände wurden auf den 1. März zu einer Beratung nach Völkermarkt berufen, die befreundeten Fürsten[2] und Reichsstädte[3] in Nah und Fern um Unterstützung angegangen. Der Kaiser selbst betrieb seine Angelegenheiten in Venedig noch ferner. Galt es ja auch, die Haltung der benachbarten Republik der antiösterreichischen Bewegung gegenüber, die sich damals in Portenau[4] und Triest gezeigt hatte, zu regeln, um so mehr, als die verbannten Friauler in Venedig Aufnahme gefunden hatten und da wie dort Unterthanen der Republik beteiligt waren. Jene wurden schließlich ausgewiesen, diese zur Verantwortung gezogen. Erreicht wurde sonst nur, daß die deutschen Kaufleute mit ihren Wägen und Saumtieren hinkünftig wieder wie in früherer Zeit direkt bis Portogruaro ans Meer und zurück ziehen durften, ohne in Gemona wie in letzter Zeit zu der lästigen und kostspieligen Umladung auf italienisches Fuhrwerk genötigt zu sein,[5] dann die Ordnung des Tirolisch-Trienter Streites. Johann Hinderpach, nun endlich mit Herzog Sigmund einig, erlangte in Venedig die Belehnung mit seinem Bistume.[6] Auch mit Leonhard von Görz, noch eben in tiroler Diensten[7] und unter den Wallfahrern nach Rom, verständigte sich der Kaiser betreffs persönlichen Dienstes in dem jetzigen Kriegshandel.[8]

[1] Noch im Februar lagert Baumkircher bei Güns. Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 71.

[2] Bez. Ludwigs von Bayern s. Kluckhohn, Ludwig der Reiche l. c.

[3] Von Nürnberg erbat der Kaiser Pulver, Bogenschützen und Geld. Nürnb. Kreisarchiv, Nürnberger Ratsbücher 1467—1471, fol. 59.

[4] F. r. Austr. XXIV. 316—330. [5] Mon. Hung., Acta extera II. 112.

[6] Vgl. Ughelli, Italia sacra V. 639. Chmel, Reg. II. 552, Nr. 5533. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1341. Auch J. Egger, Geschichte Tirols I. Innsbruck 1872, 596 und Anm. 680.

[7] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1342.

[8] Chmel, Reg. II. 552, Nr. 5534. Vgl. F. rer. Austr. XLII. 467, Nr. 342.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber mit den anderen Fragen kam man, scheint es, nicht recht vorwärts. So sehr die Art und einfache Hoheit des Kaisers den Venezianern gefiel, so sparsam waren sie zu seinem Verdrusse mit Zusagen in wichtigeren Dingen. Dazu kamen neue ungünstige Meldungen über den Fortgang des Aufstandes, vor allem die aufregende Mähr, die abgefallenen Barone und Hauptleute handelten im Einverständnisse mit dem Könige von Böhmen.[1] So reiste der Kaiser vor der bestimmten Frist (schon am 19. Februar) plötzlich von Venedig ab, auch jetzt auf das pomphafteste geleitet und vielfältig geehrt, und schon am 1. März — auch der Aufenthalt an den anderen Orten ward gekürzt[2] — berief er sich in Völkermarkt mit den Kärnthnern persönlich und erlangte von ihnen mäßigen Beistand.[3] Sie stellten die Scharen, welche vereint mit der Mannschaft des Grafen Leonhard von Görz unter dessen Führung rasch nach dem Norden zogen und dort unter Mitwirkung des Aufgebotes der oberen Landschaft unter Hans Ramung den glücklichen Anschlag auf Wenzel Schafran, Baumkirchers Hauptmann in Mürzzuschlag, ausführten, der mit der völligen Niederlage Schafrans und der Vernichtung seiner Schar endete.[4] Auch in Kärnthen selbst wie in Südsteiermark ging man in diesen Tagen der Empörung energisch zu Leibe; eine Reihe fester Orte, namentlich Hans von Stubenberg gehörig, wurde weggenommen.

Doch leichthin gab sich ein Gegner wie Andreas Baumkircher nicht bezwungen. Nach der Niederlage der Seinen in Mürzzuschlag und angesichts der Anstrengungen des Kaisers eilte er nach Böhmen, um Truppen zu werben. Hier galt jeder Feind des Kaisers willkommen. Auch waren gegen Ausgang 1468 im südlichen Böhmen und Mähren bereits wieder jene gewohnheitsmäßigen Überfälle der österreichischen Grenzgebiete aufgenommen worden, welchen das ungarische Heer auf einige Zeit gewehrt.[5] Baumkircher brachte binnen kurzer Zeit einen beträchtlichen Haufen (1500) tüchtiger Krieger zusammen, die er glücklich (in der Nähe der ungarischen Landesgrenze) über die unbewachte Donau und zu seinen steierischen Freunden führte.[6] Daß er dies vermochte, ohne von dem Ungarkönige, dem Bündner des Kaisers, trotz dessen Bitten gehindert zu sein, hatte seinen Grund in der unerwarteten Wendung, welche die böhmischen

[1] Alles nach Ghinzoni 142, 143, 144. [2] Ghinzoni 141.
[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr.
[4] Font. rer. Austriac. XLII. 467—468, Nr. 352. Unrest 561.
[5] Font. rer. Austr. XLII. 455—456, Nr. 343. Preuenhuber 125.
[6] Vgl. verschiedene Meldungen bei Krones, Beitr. XI. 46—48, Nr. 8—11.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Dinge kurz zuvor gefunden und die sich nun auch in den deutschen, ja mitteleuropäischen Verhältnissen in anhaltender Erschütterung bemerkbar machte.

Neuntes Kapitel.

Das Reich und die böhmische Frage 1468—1469. Der Reichstag zu Regensburg (Februar—März 1469). König Matthias vor Wilemow. Der Friede zwischen den Königen und seine Folgen.

Auch der Gang der deutschen Dinge im Jahre 1468 vermag patriotischen Sinn nicht zu befriedigen. So wenig wie zuvor kam das Gefühl zum Durchbruche, daß mit der schweren kriegerischen Heimsuchung Böhmens auch das Gesamtreich, von dem jenes doch ein wichtiges Glied war, in Nachteil kam und daß es Kaiser und Fürsten wenig zur Ehre gereichte, wenn Fremde hier die entscheidenden Rollen zu spielen vermochten, der Ungar mit gewaffneter Hand, der Pole mit diplomatischen Künsten sich des Königreiches zu bemächtigen suchte. Nur Schwäche und Leidenschaft schienen den böhmischen Dingen gegenüber bei der Menge wie an den fürstlichen Höfen lebendig, daneben religiöser Fanatismus, der zum Kreuzzuge über die Grenzwälder trieb, und bange Furcht, es möchten die Tage der früheren Hussittenstürme sich erneuern. Andererseits berechneten die Nachbarn kühl die jeweilige Machtstellung des Königs und seiner Gegner, nach der dann ein jeder seine Haltung einrichtete.

Als nach Beginn des Jahres 1468 der Hussittenkönig mehr und mehr ins Gedränge kam, da war unschwer zu erkennen, wie an den deutschen Fürstenhöfen die Rücksichten für ihn und die Seinen geringer wurden. Nun hatten die Ketzerpredigten und Kreuzbullen größeren Erfolg, nun endlich konnte man hoffen, daß aus den im Reiche eingehenden Zehent- und Ablaßgeldern den Kämpfern für die Sache Roms gewichtigere Unterstützung zufließen werde. Und als dann mit dem Spätsommer 1468 der Stern Podiebrads so tief sank, daß viele seinen Untergang binnen kurzem vorhersagten, und von neuem die Hilferufe von Kaiser und Papst, denen sich nun die Werbung des Ungarkönigs beigesellte, an die Stände des Reiches ergingen, da schien wirklich auch für das deutsche Reich der Moment nahe, in den böhmischen Krieg einzutreten.

Das geringste Verdienst an dieser Wandlung der Dinge kam wieder

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dem Kaiser zu. Nicht allein deswegen, weil er zu entscheidender Zeit auf seiner italienischen Reise abwesend war. Von einer Stellung des Kaisers etwa über die großen Fürstengruppen im Reiche konnte eben auch jetzt keine Rede sein, da er so hilfsbedürftig, sie so selbstsüchtig waren, wie früher. Der Versuch, für die so langdauernde Verbindung mit den Hohenzollern eine enge Allianz mit den Wittelsbachern einzutauschen, war wie berührt wieder ins Stocken geraten. Was sollte, konnte da Friedrich III. für seine Zwecke thun? Er behielt die reservierte wohlwollende Haltung gegen Brandenburg, die vertrauliche, freundschaftliche Politik Bayern-Landshut gegenüber, die er seit dem Frühjahre 1467 befolgte, bei. Im übrigen verlegte er sich auf das gewohnte und bequeme Zuwarten.

Er durfte es auch. Mit der Änderung seiner Beziehungen zu dem Kaiser sah Markgraf Albrecht doch auch das Verhältnis zu seinen früheren Bündnern gefährdet. Nun gingen, während er Ulrich von Württemberg noch durch Bande der Verwandtschaft festhielt, Baden, Sachsen, Hessen, wesentlich selbständig[1] ihre Wege. Ihn selbst band die Furcht vor dem Bündnisse des Kaisers mit Landshut; er war in dieser Sache nachgerade müde geworden. Seinen Bruder lähmte der nach langen Drohungen nun wirklich ausbrechende pommer'sche Krieg.

Andererseits hielt sich Ludwig von Landshut, einst Waffengenosse König Georgs gegen den Markgrafen und den Kaiser, in den böhmischen Dingen möglichst loyal und entgegenkommend. Er stellte freilich deswegen seine Absichten gegen Augsburg keineswegs zurück[2] und war so weit entfernt, seinen engen Bund mit dem Pfalzgrafen aufzugeben, daß er der Verlobung des jungen Philipp, des Neffen von Kurfürst Friedrich, mit seiner Tochter freudig zustimmte.[3] Aber wenn der Kaiser des Einvernehmens mit Landshut wegen auf eine offensive Politik gegen den Pfälzer

[1] Neben Ulrich von Württemberg stand Albrecht nur noch Wilhelm von Sachsen näher. Vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. II. 5, 134, 136. Font.. rer. Austr. XLVI. 106, Nr. 86; 112, Nr. 94 u. 95; 113, Nr. 97 a. a. Betreffs Sachsens vgl. man Fontes rer. Austriac. XLIV. 650, Nr. 534 u. Anm. 1; 664—666, Nr 545. Ermisch, Studien 77—78. Kluckhohn, Herzog Ludwig 282—283.

[2] Vergl. darüber Bamberger Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 60, 61—62. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1321, 1329, 1345, 1346. Burkard Zinks Augsburger Chronik in Deutsche Städtechroniken V. (Augsburger Chronik. II.) 320 ff. Kluckhohn, Ludwig der Reiche.

[3] Bamberger Reichstagsakten V. 61—62. Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 465. Ein besonderes Verdienst um das Zustandekommen erwarb sich Martin Mair, der sich damit den Dank des Pfalzgrafen verdiente. Vgl. K. Menzel, Reg. zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen 439.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

verzichtete,[1] legte nicht auch dem Pfalzgrafen, ohnehin seit langen Jahren mit Sigmund von Österreich befreundet[2] und nun durch die übele Lage seines Bruders, des Erzbischofes Ruprecht von Köln, zum Einschreiten im Erzstifte genötigt,[3] sein enges Bündnis mit Ludwig dem Reichen weitgehende Rücksichten auf das Reichsoberhaupt nahe? Schon gleich nach der Annäherung des kaiserlichen Hofes an Herzog Ludwig, im Frühjahr und Sommer 1467, war dies hervorgetreten.[4]

Am 18. Januar 1468 gelobte Bischof Georg von Bamberg, in den letzten Jahren mit Markgraf Albrecht im besten Einverständnisse, dem Kaiser dafür, daß er ihn auf drei Jahre als Landesherr von Österreich in seinen Schirm genommen habe, die Festen seines Gotteshauses offen zu halten und ihm auch sonst während dieser Zeit allen Beistand zu leisten.[5] Auch der von Würzburg suchte und fand freundliche Beziehungen zu dem Kaiser.[6]

Aber alles dies genügte nicht, um jetzt Friedrich III. einen maßgebenden Einfluß oder auch nur eine kraftvolle Initiative im Reiche zu sichern, um so weniger, als der Aufstand in Innerösterreich seine Mittel vollauf in Anspruch nahm und seinem Ansehen neuen empfindlichen Abbruch that. Es gelang ihm zwar im Herbste 1468, unterstützt von dem Legaten und von ungarischen Mahnschreiben, die deutschen Höfe in Bewegung zu bringen und die böhmische Frage wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Das war aber alles. Auch jetzt blieb jedem das eigene Interesse allein maßgebend: Inmitten all ihrer privaten Händel und Fehden[7] fanden die Fürsten an der Donau wie am Rheine nur deshalb gemeinsame Beratung über die zu beobachtende Haltung angezeigt, weil der Krieg in Böhmen eine andere Wendung nahm und weil man ihrem Klerus und ihren Unterthanen mit Zehent und Ablaß zusetzte, indem „Ausschreiben und Gebote geschahen, nach Inhalt der päpstlichen Bullen die Dezima zu sammeln" und „Stock zu setzen" für den Ablaßpfennig.[8]

[1] Chmel, Reg. II. 542, Nr. 5377. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1254.
[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1343.
[3] Fontes rer. Austr. XLVI. 80, Nr. 71.
[4] Fontes rer. Austr. XLVI. 54, Nr. 47.
[5] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1230, 1231. Vgl. Akt. i. Neuhauser Archiv.
[6] Chmel, Reg. II. 542, Nr. 5383—5387; 544, Nr. 5410.
[7] Man vgl. dafür Riezler, Geschichte Bayerns III. var. loc. Stälin, Geschichte von Wirtemberg III. 563 ff. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, I. 382 ff. Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 365 ff. Rommel, Geschichte von Hessen III. 31 ff. Ennen, Geschichte von Köln III. 446 ff. u. a. W.
[8] Vgl. Fontes rerum Austriac. XLIV. 652, Nr. 557; XLVI. 77, Nr. 68.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

So tagten denn, ehe noch ein von den kaiserlich-päpstlich-ungarischen Bevollmächtigten einberufener Tag in München zusammentrat, deutsche Fürsten in Erfurt und Speyer. Dort beschlossen die Markgrafen und sächsischen Herren, Böhmen gegenüber auch ferner nicht weiter zu gehen, als unumgänglich notwendig, und den Geboten von Papst und Kaiser und jedem Antrage auf einseitiges Handeln einen Appell an die allgemeine Reichsversammlung entgegenstellen.[1] In Speyer erklärte eine Versammlung von rheinischen Fürsten, den Mandaten der Oberhand entsprechend demnächst in den Krieg gegen Böhmen eintreten zu wollen; sie thaten es um so leichteren Herzens, als sie, dem Schauplatze der Begebenheiten fern, damit weder Gefahr noch große Opfer auf sich nahmen.

Ende November beriet sich dann in Landshut — dorthin hatte man den Münchner Tag verlegt — eine ansehnliche Anzahl von Fürsten und Fürstenräten mit einigen Städteboten.[2] In Festhaltung früherer Anschauung waren nur Böhmen näher gesessene oder solche Stände geladen, die als den kaiserlichen Plänen wohlgesinnt gelten konnten. Auch die Wahl des Ortes war von Bedeutung: der in Landshut den Wirt machte, hatte sich schon auf früheren Tagen für den Krieg gegen Böhmen erklärt. In der That schien anfänglich die Haltung der Landshuter Versammlung, auf der die bayerischen und sächsischen Herzoge insgesamt, die Markgrafen Albrecht von Brandenburg und Karl von Baden, Erzherzog Sigmund von Österreich-Tirol, Erzbischof Bernhard von Salzburg, die Grafen Ulrich von Württemberg, von Öttingen und Wilhelm von Henneberg, ein Landgraf von Hessen, der Kardinal von Augsburg, die Erzbischöfe von Mainz und Trier, die Bischöfe von Metz, Straßburg, Worms, Speyer, Eichstädt, Freising, Regensburg, Passau, Bamberg, Würzburg, die Ritterschaft vom St. Georgenschild vertreten waren, den Forderungen der von dem Grafen Haug von Werdenberg und dem Propste von Preßburg[3] vorgebrachten Werbung günstig.[4] Als es aber

Deutsche Städtechroniken X. (Nürnberg IV), 298. Der Stock wurde hier gesetzt am 22. Juli. Nürnberger Ratsbücher I. fol. 157, 169—170, im Nürnberger Kreisarch. Bez. Sachsen s. Ermisch, Studien 77—78 und 128—130, Beil. Nr. 9.

[1] Nach der Haltung der Herren auf den nachfolgenden Tagen. Vgl. Fontes rer. Austr. XLII. 456, Nr. 344 und Ermisch, Studien 76—77. Auch die von Hessen waren vertreten oder traten wenigstens bei. Fontes rerum Austr. XLVI. 77, Nr. 68.

[2] Nach Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1317 war der Tag auf „Montag zu nacht vor Katharinentag" angesagt.

[3] Derselbe weilte seit Oktober 1468 im Reiche. Seine Beglaubigung bei Markgraf Albrecht in Font. rer. Austr. XLVI. 76, Nr. 66.

[4] Ob auch Legat Rovarella zugegen war, ist nicht sicher. Anzunehmen wäre

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

galt, festzustellen, mit welcher Anzahl von Fußvolk und Reisigen ein jeder am Kriege sich beteiligen sollte, und überhaupt bestimmte Beschlüsse zu fassen, da zeigte es sich, daß die wichtigsten Botschaften, wie gleich die sächsischen und die ansbachische, dafür keinerlei Vollmacht besaßen. Die sächsischen Herren waren keineswegs gemeint, auch nur in die Sammlung von Ablaßgeldern und die Erhebung des Zehent „alsbald zu willigen"; sie wollten sich erst noch mit ihrem Vetter Wilhelm und dem Markgrafen Albrecht wegen eines einmütigen Vorgehens beraten, was dann auch wirklich wieder in Erfurt geschah.[1] Bei der Zaghaftigkeit aller Stände genügte solcher Widerstand von einer Seite, um alles in Frage zu stellen. Beschlossen wurde in Landshut nur, worauf die sächsischen Herren von vornherein hingedeutet hatten: Es solle betreffs des Reichskrieges gegen Böhmen das Nötige auf einem allgemeinen Reichstage vereinbart werden.

So wenig dies thatsächlich einen Fortschritt bedeutete: noch hielt ein gewisser Eifer vor. Es dauerte aber bis Ende Januar, ehe der neue Reichstag von dem Legaten und den kaiserlichen und ungarischen Bevollmächtigten für den 17. Februar nach Regensburg ausgeschrieben wurde.[2]

Dafür waren sie dann in der Lage, mit einem vollständigen Entwurfe nicht bloß für die Durchführung einer machtvollen Heerfahrt, sondern auch die Eröffnung einer ständigen kriegerischen Blokade des Königreiches vor die Versammlung zu treten. Alle Kräfte innerhalb und außerhalb der Krone sollten zur Bezwingung der Hussitten aufgewendet werden, mit Böhmen, Mährern, Schlesiern und Lausitzern vereint sollten die Aufgebote aus Bayern, Schwaben, Franken, Sachsen, kurz aus dem ganzen deutschen Reiche, unter sicherer einheitlicher Leitung die Sache zu Ende führen.[3]

Auch in die Bevölkerungen innerhalb und außerhalb des Königes wohl nach Scriptor. rer. Siles. IX. 297, und da er kurz zuvor in Linz weilte. Zum Verzeichnisse der Anwesenden s. Dresdner Hauptstaatsarchiv, Copiale 12. fol.70.

[1] Die Instruktion der sächsischen Gesandten bei Ermisch, Studien 128—130, Nr. 9; ein Bruchstück bei Jordan, das Königtum Georgs von Podiebrad 296—297, Anm. 359. Ihre Beglaubigung in Font. rer. Austr. XLIV. 650, Nr. 534. Vgl. ferner ebendort XLII. 456—457 Nr. 344; XLIV. 652, Nr. 537.

[2] Fontes rerum Austr. XLII. 457, Nr. 344; 458, Nr. 345. XLIV. 653, Nr. 539. XLVI. 76, Nr. 67. Der Ärger des Kurfürsten von Brandenburg, daß man so „leichtfertig" einen Tag „gemacht", ist wohl auf seine Verstimmung wegen der pommer'schen Sache zurückzuführen.

[3] Der Entwurf nach der Egerer Kopie in Font. rer. Austr. XLIV. 654—660, Nr. 541.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

reiches trugen die großen Ereignisse, die sich nach aller Ansicht in Regensburg vorbereiteten, Furcht und Hoffnung. Wohl hatte König Georg im vergangenen Sommer schwere Schläge erlitten und der erwartete Beitritt des Reiches mehrte die Zuversicht der Gegner noch mehr: aber wenigstens gegen Österreich befanden sich die Böhmen bereits im Winter 1468 wieder in der Offensive und auch in Böhmen und Mähren der festen Städte und Burgen besaßen sie genug, um sich noch lange der Gegner erwehren zu können. Eben jetzt hatte der Dompropst vom Wyschehrad, Johann von Rabenstein, Böhmens erster Humanist, einst Schüler und Freund Papst Pius II. und stets ein treuer Sohn seiner Kirche, dies in einem fingierten Zwiegespräche ausgesprochen und, neue größere Verwüstung seines bereits so hart heimgesuchten Vaterlandes voraussehend, die dringende Mahnung zum Frieden daran geknüpft.[1] In jenen Tagen auch wandte sich ein Freund des gebannten Königs, nicht Gregor Heimburg,[2] aber ein Mann, der ihm an Leidenschaftlichkeit gleich und ganz offenbar von seinen Schriften beeinflußt war, an Papst Paul, um unter dem Hinweise auf die Entstehung des Streites mit der Kirche und mit dem Kaiser, auf die Macht und Weisheit des Königs, die natürliche Überlegenheit des Landes den minder reichen Nachbargebieten gegenüber, die von ihm ernährt würden, die inneren und äußeren Mängel der kirchlichen Sache darzulegen und für den König friedliches Gehör zu erbitten.[3] Beides umsonst!

War zur Zeit, als die Versammlung in Regensburg zusammentrat, der Widerwille der Fürsten von Sachsen und Brandenburg gegen einen böhmischen Krieg nicht geringer geworden, so zeigte sich der Eifer des

[1] Johannis Rabensteinsis dialogus, im Arch. für öst. Geschichte LIV. Wien 1876. Vergl. A. Bachmann, Einige Bemerkungen zu Johannis Rabensteinensis dialogus, Programm des deutschen Stadtgymnasiums Prag-Altstadt, 1877.

[2] Einen Satz wie: Sciebat (rex), per disputationes advocatorum et pugnas verborum magis ad subversionem quam ad inventionem perveniri veritatis. Hii sunt enim, qui docuerunt linguas suas loqui mendacium, diserti adversus justitiam, dolis eruditi, sapientes, ut foveant malum, eloquentes, ut malum impugnent", kann man doch Heimburg nicht zuschreiben, so wenig wie die gleich darauf folgenden und andere Ausführungen.

[3] Font. rer. Austr. XX. 647—660. Verfaßt ist die Schrift nicht vor der Ernennung Rovarellas, denn stets ist von „legati" die Rede; nicht, bevor die Folgen des böhmischen Krieges im angrenzenden Sachsen fühlbar wurden (Herbst 1468). Vgl. S. 660: Rursus quando finitimi populi aritudinem annonariam deflent, legati tui recepta pecunia indulgent eis annonam de Bohemia. Andererseits nach dem sonstigen Inhalte kaum nach 1469. Von einer Abfassung schon 1467, wie Palacky, Joachimsohn u. a. glauben, kann keine Rede sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Legaten, des Bevollmächtigten des Ungarkönigs (wieder Propst Georg von Preßburg) und des Kaisers, — neben Graf Haug von Montfort die beiden Brüder von Pappenheim —, geteilt von den geistlichen Fürsten und Fürstenboten, soviele ihrer zugegen waren,[1] und der ganzen Reihe der Wittelsbacher. Sie waren persönlich da oder durch Boten vertreten von dem Pfalzgrafen angefangen bis auf Otto von Mosbach, der schon selbst im Ketzerkriege im Vorjahre mitgethan hatte. Willig folgten auch die Ratsfreunde von Nürnberg, Augsburg und Regensburg auf dem Wege, den Martin Mair wandelte.[2]

Nach Rang und Ketzereifer kam die Leitung der Verhandlungen dem Legaten zu. Sie begannen, nachdem man umsonst des Zuzuges weiterer Besucher des Tages geharrt, am 1. März nach feierlichem Gottesdienste in der Domkirche. Doch darf wenigstens das Fehlen der drei geistlichen Kurfürsten nicht auffallen. Rovarella hatte ihre Zustimmung zur Erhebung des Zehnten abverlangt, es ihnen aber im übrigen freigestellt, ob sie den Tag besuchen wollten oder nicht.

Neben dem Legaten ergriffen auch gleich die kaiserlichen und ungarischen Kommissäre das Wort, den Zug gegen Böhmen zu fordern: Der Krieg gegen die Ketzer sei notwendig und eines jeden Christen Pflicht; schon wären der Kaiser und König Matthias an der That, dem Rufe der Kirche und des Gewissens nachzukommen; dabei Hilfe zu thun, und zwar sofort, sei nun Sache des Reiches, „denn so das geschähe, wären die Ketzer also zugerichtet, daß sie nicht beharren möchten, und würde die Sache geringiglich zu Ende bracht."[3] Dabei war der ungarische Redner wohl bedacht, zu erweisen, wie sein Herr allein „Gott zu Lobe, dem hl. christlichen Glauben zur Stärkung und zu Gehorsam, Papst und Kaiser zu Liebe",[4] nicht aber um etwa das Königreich Böhmen zu gewinnen, gegen die Ketzer vorgehe; denn er hätte „wohl sieben Königreiche, die zu der Krone Ungarn gehören, von denen jedes ebensowohl größer, als an Nutzen besser oder doch ebenso gut wäre, wie das Königreich Böhmen, die ihm leichter einzubringen wären als Beheim. Wollt er nach Erweiterung der Krone zu Ungarn stellen, er stellte viel lieber nach dem seinen, das ihm außenstehet, dann nach einem fremden".[5] Nach den Kommissären kamen auch gleich die Gesandten des Herrenbundes, der Prager Dom-

[1] Bamberger Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 71.
[2] Von der Haltung der gleichfalls anwesenden Botschaft Erzherzog Sigmunds verlautet nichts sicheres.
[3] Nach dem brandenb. Berichte, nun Font. rer. Austr. XLVI. 83, Nr. 72.
[4] Ebendort. [5] Ebendort 84, Nr. 73.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

herr Dr. Johann von Krumau, nun nach Hilarius' Tode Administrator des Erzbistums, und die Ritter Johann von Kotzau und Georg Jannitzer, zu Worte: sie erzählten den Ursprung und Fortgang des Krieges mit dem Könige „und rufften an um Hülfe, die ihnen verheißen wäre von Papst und Kaiser, mit genug kläglichen Worten: sie vermöchten der Hülfe nicht länger zu entrathen, sonst müßten sie ihres Besten gedenken".[1]

Nach Anhörung der Proposition erteilte vorerst im Namen der Versammlung der Bischof von Regensburg die geschäftsmäßige Antwort, daß man das Gehörte erwägen und dann Bescheid geben wolle; schon anderen Tages solle dies geschehen. Doch bewirkte die Meldung von der bevorstehenden Ankunft des Bischofes von Eichstädt, Herzog Albrechts von München und weiterer Landshuter Räte einen Aufschub. Die Zwischenzeit vertrieben sich die Gesandten mit privater Erörterung des kaiserlich-päpstlichen Vorschlages,[2] ferner mit Verhandlungen über die Einhebung der Dezima und der Leistungen der geistlichen Fürsten.[3] Erfreuliche Meldungen aus Mähren gaben der bereits ziemlich unlustigen Schar der Botschafter Regsamkeit und Interesse zurück: Ganz Mähren, hieß es, sei dem Könige von Ungarn zugefallen, vor allem im Süden der von Kreig mit allen seinen Schlössern, im Norden Albrecht Kostka von Postupitz und Georg Tunkl von Asbrunn, so daß nun „der Weg zwischen Mähren und Schlesien ganz sicher und offen sei".[4] König Matthias habe bereits auch Deutschbrod besetzt und sei besser in Rüstung denn je. Dagegen herrsche in Prag „große Rumor"; die Einen wollten „sterben um das heilige Blut, die anderen hätten gern Frieden und sagten, so es zu Heil der Seele genug sei, das Sakrament unter einer Gestalt zu nehmen, warum man dann um den Kelch sterben soll"? Weniger erfreulich lauteten die Meldungen aus Österreich und über den Zug des Kaisers.

Am 6. März fand die entscheidende Beratung über den vorgelegten Antrag statt, und alsbald schieden sich eine kaiserfreundliche und eine gegnerische Partei so schroff, daß jede Aussicht, eine Einigung herbeizuführen, unmöglich ward. Am Abende thaten deshalb die Fürsten und

---

[1] Ebendort 85, Nr. 73. Palacky, der die Anwesenheit Heinrichs von Plauen in Regensburg aus einem Wittingauer Briefe ersah, hielt ihn irrig für den Gesandten des Herrenbundes (IV. 2, 556). Er kam aber in eigener Sache, wie Fontes rer. Austriac. XLIV. 461 zeigt. Ein gleiches gilt von Dobrohost von Ronsperg, den Boten der Schlicke, von Eger, der Elbogner u. s. w.

[2] Ebendort 87—91, Nr. 76.

[3] Ebendort 86—87, Nr. 75.

[4] Ebendort 85, Nr. 73.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Botschaften jede für sich in der Herberge des Legaten den Bescheid: sämtliche Wittelsbacher, der Pfalzgraf voran, und mit ihnen die (9) anwesenden geistlichen Fürsten, dann die Ratsboten von Nürnberg, Augsburg und Regensburg versprachen, „Hülfe zu thun nach ihrem besten Vermögen". Dagegen erklärten Dr. Peter Knorr und der Abt von Heilsbronn im Namen aller Fürsten von Sachsen und der beiden Markgrafen von Brandenburg, sie seien „gesandt zu dem Tag, zu vernehmen und zu hören, was das Fürnehmen sei, und das wieder an ihre gnädigen Herren zu bringen, nicht anders".[1] Sie gingen auch hinterher nicht über die Zusage hinaus, ihre Herren würden mit denen von Hessen am 15. März zu Naumburg „zu Hauffen kommen" und dort eins werden, wie sie Kaiser und Papst einmütige Antwort thun sollten.[2]

Zürnte der päpstliche Legat auf Kurfürst Ernst von Sachsen, der auf dem nach seinem Wunsche berufenen Reichstage eine andere Haltung hatte hoffen lassen, so richtete sich der Zorn der Bischöfe besonders gegen Markgraf Albrecht; ihn vor allem sahen sie als Urheber solcher Politik an.[3]

Aber die geistlichen Herren sollten auf diesem Regensburger Tage noch eine viel schlimmere Überraschung erleben. Während sie alles Widerstandes ungeachtet den Reichskrieg gegen Böhmen betrieben, auch selbst der Erwartung voll, dadurch das gefährdete Schifflein des Böhmenkönigs vollends zum Untersinken zu bringen, fiel mitten hinein in die Beratungen wie ein betäubender Donnerschlag die Nachricht: Der König von Ungarn, von dessen Aufbruch gegen Böhmen und siegreichem Vorrücken bis Kuttenberg noch eben Gerüchte zu sagen wußten,[4] sei von den Ketzern eingeschlossen, zu einem Frieden mit denselben genötigt worden; der Krieg sei zu Ende.[5] Wie war das gekommen?

Der ungarische Reichstag, von König Matthias für den 8. Sept. nach Preßburg ausgeschrieben, war durchaus nach den Wünschen des

[1] Nach dem Berichte des Hans Hausner nach Eger vom 7. März. Font. rer. Austriac. XLII.460—462, Nr. 347.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 77—78, Nr. 68. Instruktion der brandenburg. Gesandten vom 10. (3.) Febr. Vgl. auch Fontes rer. Austr. XLII. 458, Nr. 345, wo es Zeile 17 von unten „Nuemburg" statt „Nuremberg" heißen muß. Diese Antwort war offenbar auf dem zweiten Erfurter Tage (Dezember—Januar 1468—1469) vereinbart, so wie auch, daß man sich von allen weiteren Prozessen der Legaten gegen Böhmen Mitteilung mache.

[3] Font. rer. Austr. XLII. 464, Nr. 348.

[4] Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 68.

[5] Font. rer. Aust. XLVI. 91, Nr. 77. Die Nachricht muß nach den uns vorliegenden Berichten am 8. oder 9. März nach Regensburg gekommen sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Königs verlaufen. Die Erfolge der ungarischen Waffen in Mähren, die Anwesenheit und Bemühungen des Legaten Rovarella, mit dem vereint die geistlichen Mitglieder des Reichstages und mehrere Magnaten für energische Fortsetzung des zum Schutze des Glaubens so glücklich begonnen Krieges sprachen, der Hinweis auf die Art Podiebrads, der sich stets als Feind Ungarns gezeigt, endlich die kluge Haltung des Königs hatten bewirkt, daß ausgiebige Mittel zur Bewahrung der Ruhe im Königreiche sowie zur Fortsetzung des böhmischen Krieges bewilligt wurden. Freilich hatte der König erklärt, daß die jetzt gewährten Gelder ihm durchaus keinen Anspruch auf weitere ähnliche Besteuerung gewähren sollten, wofür geistliche und weltliche Magnaten sich verbürgten. Auch hatte der niedere Adel seine Zustimmung erst gegeben, nachdem ihm der König seine Freiheiten, namentlich die Steuerfreiheit, neuerdings zugesichert und die Insurrektionspflicht auf ein Jahr erlassen hatte.[1]

Zu Beginn des neuen Jahres nach Mähren zurückgekehrt,[2] nahm der König den Krieg sofort mit erhöhtem Eifer und Erfolge auf. Damals gewann in Böhmen Zdenko von Sternberg das Schloß Frauenberg.[3] Dem Anschlusse mächtiger Barone, die sich bisher zu Podiebrad gehalten, folgte der Fall von Städten, Burgen und am 11. Februar auch die Einnahme des Spielberges von Brünn, der sich von Hunger genötigt ergab; die Eroberung Mährens war in der Hauptsache vollendet.[4] Deshalb, und um den moralischen Eindruck solcher Erfolge zu nützen, entschloß sich der König, ohne erst den Zuzug aus dem Reiche zu erwarten, an der Spitze seines trefflich gerüsteten Heeres sofort gegen Böhmen aufzubrechen: die Einnahme, wenn nicht der Hauptstadt Prag, so doch des wichtigen Kuttenberg, war die erste Absicht des Zuges. Schon am 13. Februar waren die Ungarn, höchstens 10000 Mann,[5] auf dem Marsche, während an die verbündeten Barone im Südosten Böhmens

[1] Die Bewilligung bei Kovachich, Supplem. ad vestig. comit. II. 196—208. Katona XV. 358 ff. Vgl. Szalay-Wögerer, Geschichte Ungarns III. 281—282. Fraknói in der Ungar. Revue X. 87; Matthias Corvinus 135.

[2] Font. rer. Austriac. XX. 563, Nr. 473.

[3] Vgl. Johannis Rabensteinensis dialogus im Archiv für öst. Gesch. LIV. 390—391.

[4] So schreibt der König selbst am 14. Februar nach Kaschau. Teleki, Hun. Kora XI. 371—372. Vgl. Katona XV. 369. Dlugosch, 520 genau: Cum jam omnem fere Moraviam suae ditionis fecisset. Eschenloer, Geschichten II. 145.

[5] Die Zahl wurde in der Ferne natürlich wieder übertrieben. Dlugosch 520 nennt 16000 Mann. In Regensburg schätzte man das Heer auf 20000 Mann, „den schönsten zeug, der je gesehen sey bej menschengedenken". Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 71b. Eschenloer, Geschichten II. 147 nennt 9000 Mann.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Befehl erging, sich unterwegs anzuschließen. Am 19. Februar stand das vereinigte Heer bereits bei Chrudim.

Aber man war in Böhmen keineswegs derart entmutigt, um etwa die Hände in den Schoß zu legen. Die Meldungen von der großen Heerfahrt ins Land, welche jetzt in Regensburg ins Werk gesetzt werden sollte,[1] hatte den König veranlaßt, umfassende Vorkehrungen zur Verteidigung zu treffen. Schon zu Beginn Dezember rühmte man sich, allerdings auf dem König befreundeter Seite, der König habe mehr Leute als je, Böhmen selbst sei wohl besetzt und eine starke Heerschar gegen Mähren, eine andere gegen Österreich gezogen; erscheine ein Feind im Lande, so werde sich auf den Ruf des Königs ein zahlreiches Volk in den Waffen erheben.[2] Eine Flugschrift erinnert daran, daß der König noch 46 Städte und 73 Burgen habe, ohne die kleineren zu zählen, genug, um sich in ihnen so lange zu verteidigen, bis der Feind, der um so eher Mangel leiden werde, je übermächtiger er sei, vor Hunger aus dem Lande weichen müsse.[3]

Auch fehlte ja nicht aller Erfolg im Felde. Eben jetzt fiel das so lange und hartnäckig verteidigte Konopischt in die Hände der Königlichen, nachdem alle Versuche Sternbergs, mit den eigenen und ungarischen Truppen die Burg zu retten, mißglückt waren, und wußte man von Erfolgen Wenzel Wiltschkos und Beneschs von Weitmühl in Österreich, denen Prinz Viktorin zugezogen war, zu erzählen.[4]

Als daher jetzt die Ungarn in Böhmen einrückten und rasch, ohne sich mit der Berennung der größeren Orte aufzuhalten, aber unter furchtbarer Verheerung des Landes weit und breit[5], wirklich bis in die Nähe von Kuttenberg vordrangen, da trat auf das Gebot König Georgs die böhmische Landesdefension in Thätigkeit. Binnen wenigen Tagen fand sich in Kuttenberg, das der König den Seinen zum Versammlungsorte bestimmt, ein so zahlreicher Zuzug von allen Seiten ein, daß der König sich stark genug fühlte, nicht nur die Gegner zu erwarten, sondern sogar ihnen entgegenzuziehen. Er vermochte dem Ungarkönige ein weit überlegenes Heer von Fußgängern, gestützt auf eine mächtige Wagenburg,

[1] Vgl. Joh. Rabensteinensis dialogus l. c. 379.

[2] Jungel Thoß an Kaspar Juncker in Eger am 6. Dez. 1468. Fontes rer. Austr. XLII. 455—456, Nr. 343. Gregor Heimburg am 22. Dez. 1468 an seinen Schwager, Höfler, Kais. Buch 198: „dann das land in Behem hat grosse were uff sich genommen".

[3] Dialogus Rabensteinensis l. c. 379—380.

[4] F. r. Austr. XLII. 455—456, Nr. 343. Kais. Buch 198. Preuenhuber 126. Eschenloer, Geschichten II. 147. Dlugosch, 520.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und von einigen tausend Reitern entgegenzustellen.[1] Matthias geriet rasch in Verlegenheit. Ein Angriff auf Chrudim mißlang. Hier stehen zu bleiben, war ebenso gefährlich, wie der Rückzug durch die verheerte Landschaft auf dem Wege, den man gekommen, unmöglich. So bog Matthias erst südwestlich aus; er spähte offenbar nach einer Blöße des Gegners, um ihn zu schlagen oder doch noch zur Aufgebung Kuttenbergs zu bewegen. Am 26. Februar nahm er seine Stellung bei Wilemow. Als aber die Böhmen dahin folgten und große Winterkälte eintrat, wurden die Schwierigkeiten bei der Verpflegung des Heeres in der fremden höhendurchzogenen Landschaft, deren Pfade durch Verhaue zu sperren die Gegner eifrigst bemüht waren, rasch unerträglich. Daher bot König Matthias, der selbst nur wie durch ein Wunder vor Chrudim beim Rekognoszieren der feindlichen Gefangenschaft entgangen war, den Böhmen Verhandlungen an: in persönlicher Zusammenkunft wolle er sich mit König Georg über alle schwebenden Fragen verständigen.[2]

Gewiß haben Georg nicht Mißtrauen in die Gesinnung eines Teiles seines Heeres oder gar, weil er offenen Verrat besorgte,[3] bestimmt, das Anerbieten anzunehmen. Aber der König hatte in herben Geschicken gelernt, sich im Glücke zu mäßigen, sein Begehren stand aufrichtig nach Frieden, er sah wohl auch seine Lage noch keineswegs für so günstig an: Mußte nicht der Kampf mit den ungarischen Kerntruppen, die um Leben und Tod stritten, dem tumultuarischen Aufgebote der Seinen, so tapfer und kriegerisch sie waren, trotz ihrer Uebermacht sehr schwer werden? Und wenn er den Sieg errang, beschwor er nicht damit neue Anstrengungen der in ihrer Kriegerehre getroffenen Ungarn und der Kirche, und wie man allgemein glaubte, den Heereszug der Deutschen herauf? Dagegen stürzte ihn eine Niederlage unrettbar ins Verderben![4]

[1] Auch darüber sind die Angaben sehr differierend, doch stimmen alle darin überein, daß die Böhmen an Fußvolk stärker waren.

[2] Diese Darstellung nach dem Schreiben Josts von Einsidel vom 8. März 1469. Kaiserl. Buch 198, Anm. **. Die anderen Berichte über diese Vorgänge sind entweder aus der Ferne geschrieben (Eschenloer, Geschichten II. 145—147 und noch mehr Dlugosch 520—521), oder im hohen Grade (wie auch jene) parteiisch. Vgl. Staří letopisové čeští 197—198 und die böhmische Rheinchronik in den Script. rer. Bohem. (wo auch die letop.) III. 490—491. Der Unterhändler war Albrecht Kostka v. Postupitz.

[3] So sagt Dlugosch 520—521. Über die Meldung der Staří letopisové und überhaupt das Detail dieser Vorgänge s. meinen Aufsatz: Der Vertrag von Wilemow und seine Bedeutung, in den Mitteil. des Vereins für Gesch. der Deutschen in Böhmen, Jahrg. 32 (1893).

[4] Dlugosch l. c.: Congredi tamen (Georgius), ne una dimicatione conflictus perpetua cum suis omnibus obrueretur clade, non ausus est.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Am Morgen des 28. Februar trafen sich beide Könige in dem Dorfe Auhrow, das freilich wie alle anderen Dörfer ringsum von den ungarischen leichten Truppen ausgeplündert und halb verbrannt war. Nach freundlicher Begrüßung traten sie allein in eine armselige Bauernhütte ein. In eigener Person führte jeder seine Sache.

Was da gesprochen wurde, in welcher Weise die Könige sich verständigten, hat keine Feder authentisch der Nachwelt berichtet. Eine schriftliche Abmachung wurde vermieden, wohl deshalb, weil König Georg den Königstitel nicht missen, Matthias ihn nicht zugestehen konnte.[1] Wenigstens später war es dem Ungarkönige gewiß willkommen, daß solch formelles Bedenken die Aufzeichnung der Vereinbarungen, die er nicht hielt, verhindert hatte. So kündet uns denn keine Urkunde die Bedingungen der vorläufigen Waffenruhe, die sofort eintreten und bis zum 3. April dauern, und keine Aufzeichnung meldet zuverlässig die Art und Weise, in welcher während des Stillstandes der vollständige Friede verhandelt werden sollte. Noch weniger wissen wir unbedingt sicheres, durch Unterschrift und Siegel verbürgtes, — über die Zusagen und Verpflichtungen, welche schon jetzt betreffs des „endlichen Friedens" ausgetauscht wurden —, vor allen über einen, den wichtigsten Punkt, die kirchliche Frage. Hat König Matthias wirklich, wie von einer Seite gemeldet wird, Podiebrad verheißen, daß er ihn mit dem Papste versöhnen werde, und zwar auf Grund der Gutheißung der Kompaktaten für ihn und für die Seinen, so hat er den Gegner getäuscht, da er wohl wußte, daß er zur Erfüllung solchen Versprechens nicht die Macht habe. Hat aber König Georg, wie der Breslauer und Polnische Geschichtschreiber versichern und allerdings ja auch schon im Vorjahre von böhmischer Seite angeboten worden war, gelobt, „den Befehlen der Legaten, die Matthias sofort herbeirufen möge, zu gehorchen und den Vorschriften des Glaubens genüge zu thun", da er „nicht hoffe, ohne den wahren Glauben von dieser Erde zu scheiden", so ist auch diese Zusage unerfüllt geblieben und ihr hinterher ein anderer Sinn untergelegt worden. Nur auf Grund neuer Dokumente wird es vielleicht in Zukunft möglich sein, darüber Sicherheit zu gewinnen.[2]

Dagegen steht fest, daß die Könige in rechter Eintracht mit ihren Abmachungen rasch vorwärts kamen. Zu Mittag war Podiebrad Gast des Ungarn. Und für die Dinge, welche sonst zwischen den Königen

[1] Höfler, Kaiserl. Buch 201.
[2] Dlugosch 521 in Übereinstimmung mit Eschenloer, Geschichten II. 148.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bei Wilemow verhandelt worden sind, entbehren wir nicht mehrerer und im ganzen hinlänglicher Zeugnisse.

Die Hauptsache war die Erlangung der römischen Königskrone von seiten des Ungarkönigs. Böhmische Meldungen[1] stellen den Hergang so dar, als ob Matthias dem Böhmen solchen Plan unterbreitet und mit dem Hinweise darauf, daß ihm Kaiser und Papst bereits in dieser Richtung Zusagen gemacht, auch von König Georg Förderung der Sache begehrt habe; dafür habe er versprochen, Georg mit dem Papste völlig zu versöhnen und ihm alle in der Krone Böhmen eroberten Städte und Schlösser zurückzustellen. Wir wissen, daß an ersterem kein wahres Wort ist; weder Kaiser Friedrich noch Papst Paul hatten je dem Ungarkönig ein solches „gelobt, versprochen und verschrieben". Bei dem Kaiser galten darin die oben[2] erwähnten Gesichtspunkte nach wie vor. Auch Papst Paul trug sich damals bezüglich Böhmens nachweisbar mit ganz anderen Plänen.[3] Ebenso irrig ist die weitere Behauptung von derselben Seite, daß „der Papst den Herzog von Burgund des Römischen Reiches vertröstet" habe, wozu „ihm sollten helfen der Pfalzgraf, der von Trier und Köln und andere bayerische Herren". Herzog Karl von Burgund, seit kurzem seines Vaters Nachfolger, hat weder jetzt noch irgend einmal seitens der Kurie die deutsche Krone angeboten erhalten; ein solches Erbieten zur Zeit, als Paul II. mit dem Kaiser in freundlichstem Einvernehmen stand, widerspräche auch vom Grunde aus des Papstes Art und Absichten. Und gehörte nicht Johann von Trier seit jeher zu des Kaisers treuesten Anhängern, und stand Friedrich III. nicht jetzt mit den Wittelsbachern besser als je? Es paßt endlich durchaus nicht zu der Politik des Ungarkönigs, was weiter gesagt wird: „der König von Frankreich solle vor allem der Sache Helfer sein". König Matthias besaß weder mit Ludwig XI. damals Beziehungen, noch war ihm unbekannt, daß dieser im Reiche ohne Einfluß und mit der Kurie seit langem zerfallen war. Hatte aber nicht andererseits die böhmische Politik seit Jahren immer wieder mit Frankreich angeknüpft?

Das ganze Projekt weist in der That nicht auf ungarischen, sondern auf böhmischen Ursprung hin. Weitaussehend, aber auf schwachen Stützen ruhend, gleicht es jener Reihe großer Pläne, in denen sich der

[1] Es sind die Schriftstücke in Fontes rer. Austriac. XX. 567—569, Nr. 478 und ebendort XLII. 485—488, Nr. 365 und 366. Vgl. damit auch Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 499—501, Nr. 355 (dieses wie das Erstgenannte fehlerhaft, namentlich mit falscher Interpunktion).

[2] Vgl. oben S. 146—147. [3] Vgl. Kaiserl. Buch 215—216.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

böhmische Hof seit Jahren mit immer neuen Hoffnungen und stets vergeblich versuchte. In der ganzen Sache war, soviel sich daran erkennen läßt, der König von Böhmen allein treibend und handelnd. Und so erlernen wir auch den Ursprung: um dem aufstrebenden Ungar ein anderes Ziel seines Ehrgeizes als Böhmen zu zeigen, wies König Georg im Laufe der Beredung auf das Reich hin, das einer starken Hand dringend bedürfe. Georgs bitterer Haß, seine Mißachtung für den Kaiser, dem eben jetzt wieder einmal die eigenen Unterthanen die größten Schwierigkeiten machten, konnte bei König Matthias um so weniger ohne Eindruck bleiben, als auch ihm des Kaisers kühle Art in so wichtigen und gefährlichen Dingen durchaus unverständlich war. Und gewiß hat der Ungar in der ungenügenden Hilfe des Kaisers die Ursache seiner eigenen gegenwärtigen Zwangslage gesehen.

Matthias wies den Gedanken Georgs nicht unbedingt zurück, zumal dieser mit seiner eigenen Stimme, der des ersten weltlichen Kurfürsten, zugleich jene von Sachsen und Brandenburg zu haben versicherte und mächtige Förderung von König Ludwig XI. von Frankreich, mit dem er in alten innigen Beziehungen stehe, ja selbst vom Papste hoffen ließ, der einst auch dem Burgunder — dem ganzen liegt offenbar nichts, als eine Erinnerung Podiebrads an die Verhandlung Pius II. mit Herzog Philipp 1462—1463 zu grunde — die deutsche Krone habe zuwenden wollen! Indem jedoch der Ungar volle Erkenntlichkeit für den Fall des Gelingens verhieß, lehnte er es ab, selbst direkt handelnd einzugreifen. Mochte König Georg sehen, wie weit sich die Dinge nach seinem Entwurfe entwickeln würden. Die Folgen etwaigen Mißlingens blieben ihm allein zugemessen.

Noch vor Wilemow wurde vereinbart, daß sich während der Waffenruhe, die übrigens nach Bedarf auch über den 3. April hinaus verlängert werden konnte, beide Könige zugleich mit den Legaten am 24. März zu Olmütz begegnen sollten. Dann traten die Ungarn den Rückzug nach Mähren an. König Georg zog wieder auf Kuttenberg, wo er bereits am 1. März sein Heer entließ. Nach allen Seiten aber flogen die Boten, den kriegführenden Parteien den Stillstand anzusagen,[1] der staunenden Welt die unerwartete Wendung der Dinge zu verkündigen.

„Die Nachricht von dem bei Wilemow geschlossenen Waffenstillstande

[1] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 564—566. Daß, um die Mitglieder des Herrenbundes zu gewinnen, ihre völlige Restitution in Besitz und Amt, reiche weitere Begabung und Erfüllung ihrer wichtigsten landständischen Forderungen vereinbart wurde, zeigt Font. rer. Austriac. XLII. 459, Nr. 346.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

machte auf alle Zeitgenossen einen um so tieferen Eindruck, je unerwarteter sie kam."[1] Bei den Anhängern König Georgs war die Freude über den Sieg und den bevorstehenden Frieden groß, wenn auch manche bedauern mochten, daß man den verhaßten Ungar aus seiner üblen Lage hatte mit heiler Haut entkommen lassen.[2] Aber auch in der Nachbarschaft Böhmen und fernher regte sich vielfach die Teilnahme für den Hussitenkönig und die Genugthuung über den Erfolg, der seine Ausdauer in dem gewaltigen Kampfe gerade im Momente der schwersten Gefahr belohnt hatte.[3]

Um so größer war der Schrecken, war die Bestürzung überall bei den Gegnern. Man konnte, man wollte die Nachricht nicht gelten lassen. „Wir sehen Brief und Siegel des Königs von Ungarn und Herrn Zdenken", schrieb man aus Zittau nach Görlitz, „und können doch die Sachen schwerlich glauben";[4] und Legat Laurenz knüpfte in Regensburg sorgenvollen Herzens die letzte Hoffnung daran, daß der Brief des Königs, der ihm zugekommen, falsch sei, denn nicht des Königs Bote habe ihn gebracht, „die Schrift sei nicht kanzleiisch" und nie zuvor habe ihm König Matthias in solcher Form geschrieben."[5]

Aber Brief und Botschaft waren echt, neue Meldungen ließen bald nicht länger zweifeln.[6] Da blieb nichts anderes übrig, als auch dem versammelten Reichstage offiziell Mitteilung zu machen. „Item der Legat war gar fast traurig," schreibt der Egerer Bote aus Regensburg nach Hause, „und sagten, er hätte geweint, da er den Brief des Königs von Ungarn gelesen hatte, und ward ganz zerrüttet in seinem Fürnehmen und verirret."[7] Aber rasch gewann Rovarella seine Energie zurück. Nicht bloß, weil es der König von Ungarn begehrte, sondern um mit eigenen Augen den Stand der Dinge zu sehen und um zu verhindern, was ihm daran irgendwie zuwider, erklärte er seine Absicht, unverweilt nach Mähren ins ungarische Heerlager zu reiten.

Und handelte es sich denn nicht in erster Reihe um eine Frage, die den Glauben, Kirche und Papst anging? Und hatte der Ungarkönig

[1] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 566.

[2] Vergl. die bezüglichen zum Teile freilich sehr naiven Ausführungen in den Staří letopisové 198.

[3] Eschenloer, Geschichten II. 148.

[4] Font. rer. Austr. XX. 564—566, Nr. 476.

[5] Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 72; nun gedruckt in Fontes rer. Austr. XLVI. 91, Nr. 77. Den Brief prüfte der von Plauen auf seine Echtheit.

[6] Etwa am 10. März. Vgl. Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 72b.

[7] Font. rer. Austr. XLIV. 659.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nach seinen Verschreibungen und vielfältigen Zusagen der Kurie, dem Kaiser und den übrigen Bündnern gegenüber auch nur das Recht, sich ohne deren Zustimmung vom Kampfe zurückzuziehen?

Aber so sehr es Rovarella drängte, Regensburg zu verlassen und hier „der Sache ein Ende zu schaffen", so mochten doch er und die kaiserlichen Bevollmächtigten auch die hier geleistete Arbeit nicht verloren geben. Noch am 10. März, als der brandenburgische Vertreter bereits den Reichstag verlassen hatte, legte Graf Haug von Montfort der Reichsversammlung den Entwurf „eines künftigen Zuges" gegen Böhmen vor, der nach der Rückkehr des Legaten auf einem neuen Reichstage die Grundlage für die Beschlußfassung abgeben sollte.[1] Darnach sollte Deutschland künftigen Sommer eine ansehnliche Streitmacht, auf das mindeste zwanzig bis vierundzwanzigtausend Fußgänger und sechstausend Reiter, unter Führung „etlicher seiner Kurfürsten und Fürsten," welche Papst und Kaiser zu obersten Hauptleuten ernennen, gegen die Ketzer in Böhmen ins Feld stellen und sie derart mit Waffen und allem Kriegsgerät, auch mit Geld ausrüsten, daß sie bis Martini in Feindesland auszuharren vermögen. Ist Girsick bis dahin nicht bezwungen, so sollen hinlänglich starke Abteilungen des deutschen Heeres, etwa viertausend Mann, auch den Winter über im Königreiche verbleiben und hier in Verbindung mit ungarischem Kriegsvolk und den „christlichen Böhmen, Mährern, Schlesiern und Lausitzern" den Krieg ohne Unterbrechung fortsetzen. Der große Heereszug wird dann im nachfolgenden Jahre wiederholt, und zwar sollen sich die Abteilungen in voller Stärke und unter ihren Hauptleuten zu Georgi 1470 wieder auf dem böhmischen Kriegsschauplatze einfinden. Es wird schon jetzt vereinbart, daß zu Beginn des Feldzuges zwischen allen Heeren, die gegen Böhmen kämpfen, eine genaue Vereinbarung über die Stärke, die militärische Aufgabe der Abteilungen, dann Zeit und Ort des Beginnes der Unternehmungen getroffen und zwischen allen Verbündeten „eine notdürftige Verschreibung" gemacht werde, sich gegenseitig in jeder Weise zu fördern. Kreuzfahrer dürfen nur, wenn sie körperlich tüchtig sind und die nötigen Mittel haben, und auch so nur auf das Zeugnis ihrer Obrigkeit hin, zugelassen werden. Jedem Unterhauptmann wird je ein kaiserlicher und ein päpstlicher Kommissär an die Seite gegeben, um ihn zu unterstützen. Die Kommissäre haben die Aufgabe und das Recht, im Notfalle weiteren Zuzug aus dem Reiche

[1] Vgl. Gemeiner, Regensburger Chronik III. 447 ff., und (nach einer Kopie im Egerer Stadtarchive) Font. rer. Austr. LXIV. 654—660, Nr. 541.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

aufzubieten. Jedem Hauptmann wird ein bestimmtes Ländergebiet zugewiesen; die aus diesem Bereiche sich meldenden Kreuzer stehen unter seinem Befehle. Für die Verpflegung der Truppen und die Sicherung der Straßen, auf denen die Zufuhr von Lebensmitteln geschehen muß, soll entsprechend Sorge getragen werden, u. s. w.

Dem neuen „Anschlage" war die ausdrückliche Erklärung vorangeschickt, daß dadurch die ursprüngliche Proposition der Reichstagspräsidenten, namentlich aber die Zehentforderung des Papstes, nicht berührt werden sollte.[1]

Die Botschaften gaben darauf zunächst die Erklärung ab, daß sie zu irgend einer Bewilligung, wie sie der „Anschlag" begehre, keineswegs ermächtigt seien. Immerhin wurde der Beschluß gefaßt, eine Kommission zu ernennen, welche den Antrag begutachten sollte; das Ergebnis ihrer Beratungen solle aber, auch wenn es den Beifall der Gesamtheit finde, dem Legaten und den kaiserlichen Anwälten „nicht in antwortsweise", sondern nur „zu Erinnerung der Sachen" und „auf ihre Verbesserung zu erkennen" gegeben werden. Diese Deputation, an deren Spitze der Bischof von Eichstädt stand, und der sonst Graf Johann von Werdenberg, Koadjutor von Augsburg, Doktor Martin Mair, Gumprecht Fabri, Vikar von Bamberg, dann Dr. Damberger und der Schultheiß von Regensburg angehörten, fand vieles und erhebliches gegen den Vorschlag des Grafen Haug einzuwenden, was auch den Anwälten „außerhalb der Herren und Städte Beschluß" mitgeteilt wurde.[2] So wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß die „Ansätze" (Kontingente) der einzelnen Reichsstände nur von dem Kaiser oder dem Papste aufgestellt werden könnten, keineswegs aber gebühre es den Kurfürsten oder Fürsten, den anderen Ständen ihre Summen zu benennen. Behufs Abschließung eines Bundes zwischen allen, die zum Kampfe gegen die ketzerischen Böhmen auszögen, sei ein allgemeiner Tag notwendig, den man mit ausreichender Vollmacht besuchen oder beschicken solle; auch ihn auszuschreiben, komme nur dem Kaiser oder dem Papste zu. Falls der Legat jetzt zu dem Könige von Ungarn reise, so wäre es sehr am Platze, wenn er zugleich in Österreich die Aussöhnung des Kaisers mit dem Baumkircher in die Hand nehmen möchte. Vor allem aber sei es in Anbetracht der weitreichenden Wichtigkeit der böhmischen Frage notwendig, daß der Kaiser selbst in das Reich heraufkomme, oder, wenn dies ja nicht möglich sein sollte, doch alles aufbiete, um dem in Aussicht genommenen neuen

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 88, Nr. 76. [2] Ebendort 87—91.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reichstage möglichst zahlreichen Besuch zu sichern.[1] — Alle versprachen, die angezogenen Artikel „sich zu Herzen zu nehmen". Der Legat wollte „ihm die treulich lassen befohlen sein", und der kaiserliche Anwalt sie „mit Fleiß unserm Herrn dem Kaiser furderlich zuschreiben, sich darnach wissen zu richten."[2]

Jetzt war zu weiterer Verhandlung darüber nicht Zeit, auch fehlte der Versammlung betreffs vieler der vorgebrachten Wünsche entschieden die Kompetenz. Beschlossen wurde nur, daß der neue Reichstag bereits künftige Christi Himmelfahrt (11. Mai) zu Nürnberg stattfinden möge; der Kaiser soll allen Reichsständen aufs strengste gebieten, zum Tage zu erscheinen oder doch hinlänglich bevollmächtigte Räte zu schicken; damit auch er selbst persönlich anwesend sein könne, verspricht der Legat, die Baumkircherfehde, sei es gütlich, sei es zu Befehl, beizulegen: dann möge endlich in Nürnberg „ein Anfang gemacht werden mit der Austilgung der Ketzerei des Jorsicken und seines Anhanges".[3] Der Gesandtschaft des Ungarkönigs und der Botschaft des Herrenbundes gab man der Sachlage und den gefaßten Beschlüssen entsprechenden Bescheid. Darauf wurde — noch am 10. März — der Reichstag förmlich geschlossen.[4] Bereit am zweitfolgenden Tage verließ Legat Rovarella Regensburg.[5]

Der Reichstag hatte für eine Anzahl seiner Besucher ein Nachspiel, ähnlich wie dies 1467 in Nürnberg geschehen. Martin Mair mochte den alten Plan, angesichts der Vorgänge in Böhmen die benachbarten Fürstenhäuser Bayern, Sachsen, Brandenburg und Österreich-Tirol zu einem engeren Bunde mit dem Kaiser zu bewegen, nicht aufgeben. Damit sollte der Schritt, den Landshut zu thun willens war, ja zur Hälfte bereits gethan hatte, ein gemeinsamer werden und ihm selbst, dem Urheber des Bundes, bei dem Kaiser und den vereinigten Fürsten großer Dank und die ersehnte weitere Bahn sich öffnen.

Und drängte denn nicht auch die unglaubliche, für unmöglich erachtete

[1] Es scheint notwendig, nochmals ausdrücklich zu bemerken, daß man es hier nicht mit einem Antrage, sondern mit einem Gutachten zu dem Vorschlage der kaiserlichen Räte zu thun hat.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 90.

[3] Font. rer. Austr. XLIV. 658. Vergl. Bamberger Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 72.

[4] Font. rer. Austr. XLVI. 92, Nr. 77.

[5] Über den Tag vgl. man neben den genannten Quellen noch die Instruktion für den Landshuter Kanzler Martin Mair (Kluckhohn, Ludwig der Reiche, Exkurs II. 330—382) und andere Archivalien des Bamberger Kreis- und Münchner k. Reichsarchives. Die bisher vorhandenen Darstellungen sind unzulänglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wandlung der Dinge im Osten, die Verständigung des Ungarkönigs mit dem Ketzer dazu, daß Bayern-Landshut rasch gegen diesen wieder Deckung gewinne? So brachte Mair die Sache an die Räte der Fürsten[1] und nicht umsonst. Doktor P. Knorr und der Marschall von Sachsen versprachen bei ihrem Fortreiten von Regensburg (10. März), die Sache bei ihren Herren anzubringen und zu betreiben, und ein gleiches wollten die pfälzischen und tiroler Räte in Heidelberg und Innsbruck thun. Im letzten Augenblicke, erst nachdem der Legat weggeritten, that Graf Haug von Montfort im Namen des Kaisers einen Schritt in gleicher Richtung. Er versammelte (13. März) die noch anwesenden Vertreter Erzherzog Siegmunds sowie der Kurfürsten und Fürsten der Häuser Bayern, Sachsen und Brandenburg in seiner Herberge und machte ihnen direkt den Vorschlag eines engen Bundes mit dem Kaiser, „um den schweren Läufen im heiligen Reich und den anstossenden Landen, die sich dort täglich begeben und sich leicht weitern und dem heiligen Reich zu unstatten kommen möchten", zuvorzukommen. In formeller Hinsicht ging sein Antrag dahin, daß noch vor dem beschlossenen allgemeinen Reichstage ein besonderer Tag der genannten Fürstenhäuser (am 24. April) zu Regensburg stattfinde, wohin der Kaiser und jeder der Kurfürsten und Fürsten „seine treffenlichen Räte mit voller Gewalt und seinen Siegeln schickt," um hier Beschlüsse „ohne Hintersichbringen" fassen zu können; doch ist alles, was den Kaiser an seiner „Oberkeit und Würde", die Kurfürsten und Fürsten an ihren Verschreibungen und Privilegien „kränken und betrüben" könnte, von vornherein ausgeschlossen. Graf Haug erklärte sich zu dem Versprechen ermächtigt, daß der Kaiser für den Fall des Gelingens der Regensburger Verhandlungen seine Anwesenheit auf dem Reichstage zu Nürnberg, der aber dann auf den vierten Juni hinausgeschoben werden möge, in Aussicht stelle.[2]

Der Gedanke einer Einung zwischen den vier Häusern war wieder lebendig und bis zu einem gewissen Grade aussichtsvoll geworden, weil eine unerwartete Gestaltung der östlichen allgemach die Allgemeinheit in hohem Grade bestimmenden Dinge die Fürsten überraschte und erschreckte. Aber die alten Hemmnisse, die Eifersucht und Verschiedenheit der Ziele bei den Fürsten, die unerträgliche Langsamkeit, in der sich der Gang des politischen Lebens im Reiche bewegte, waren auch jetzt vorhanden. Das

[1] Vgl. den Brief Mairs vom 10. März bei Kluckhohn, Ludwig der Reiche 379—380.

[2] Jetzt gedruckt in Font. rer. Austr. XLVI. 93—94, Nr. 79.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Projekt konnte nur vorwärts gedeihen, wenn noch weitere und womöglich stärkere Impulse von außen hinzutraten. Sie sind ausgeblieben.

Es ergab sich rasch, daß die Wilemower Abmachungen, statt sofort eine gründliche Umwandlung der Sachlage zu bringen, wie so viele und vor allem wohl die beiden Könige selbst gemeint hatten, keinen Frieden, nur eine Ruhepause in dem schweren Konflikte der Parteien und Meinungen, nicht das Beschreiten neuer Bahnen, sondern nur eine Störung der bisherigen Entwicklung bedeuteten. Sowie diese überwunden, kehrte anscheinend die alte Richtung der Dinge, nur mit verstärkter Kraft zurück, und die Gegner standen sich in erhöhter Erbitterung aufs neue gegenüber. Bedeutendere Folgen traten erst später zutage.

Es war nicht das schlimmste, daß sich der Plan, eine Erhebung des Ungarkönigs auf den deutschen Thron gegen den Willen des Kaisers, mit dem er verbündet, und durch die Unterstützung des Hussitenkönigs, der selbst gebannt und abgesetzt war, durchzusetzen, als innerlich hohl und nichtig erwies, sowie man ihm näher trat. Darauf ließ sich eine Interessengemeinschaft der Königreiche Ungarn und Böhmen nicht begründen. Aber auch sonst stellten sich dem beabsichtigten Frieden die schwersten Hindernisse entgegen.

Legat Rudolf hatte von den Erbietungen des „Jirsig" von Anfang an „nichts gehalten, der allmächtige Gott wollte denn ein sonderlich Wunderzeichen beweisen".[1] Hatte ihm und Rovarella der Corvine gleich bei der Berufung zu dem Friedenstag mitgeteilt, daß es ihre Sache sein werde, zu entscheiden, was sich hinsichtlich des „heiligen Glaubens zieme und füge,"[2] so waren sie entschlossen, den Frieden nur um den Preis völliger Unterwerfung König Georgs unter die Gebote Roms und der völligen Befriedigung aller jener zu gewähren, welche für die Erhaltung des Glaubens die Waffen ergriffen hätten. Die Legaten irrten nicht in der Überzeugung, daß die Kurie und die böhmischen und ungarischen Prälaten, daß Sternberg und der Herrenbund sowie der weitaus größte Teil der Katholiken des Königreichs, daß endlich König Matthias selbst dieser Meinung sei. War Unterwerfung solcher Art nach der Sachlage, wie sie sich den Königen vor Wilemow darstellte, von Georg Podiebrad zu erwarten?[3]

[1] Font. rer. Austriac. LXII. 465, Nr. 349. Schreiben vom 15. März.

[2] Ebendort 465—466, Nr. 350. Schreiben des Hieronymus Beckensloer an den Kurfürsten von Brandenburg vom 15. März.

[3] Man vergl. die beleidigende Haltung Sternbergs gegen König Georg gleich vor Wilemow und später in Olmütz. Eschenloer, Geschichten II. 148. Bezüglich der Liga s. Höfler, Kais. Buch 205; Font. rer. Austriac. XX. 582, Nr. 483.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Sache berührte in nicht minder hohem Grade Kaiser Friedrich. Daß König Matthias gegen den Wortlaut der Verträge handelte,[1] wenn er vor Wilemow eine Waffenruhe abschloß, ließ sich kurzweg behaupten; durch sie war er nicht nur bei endgültigem Friedensschlusse an die Zustimmung der Verbündeten gebunden. Und lag nicht die Annahme nahe, daß auch diesbezüglich bereits Abmachungen zwischen den Königen bestänben? Wenn in jenen Tagen, wie bereits berührt, Andreas Baumkircher böhmische, ungarische und polnische Söldner durch Gegenden, welche in der Machtsphäre des Königs Matthias lagen, nach Steiermark in den Krieg gegen den Kaiser führte, bewies das nicht die Wahrheit des Gerüchtes, der Baumkircher handle im geheimen Einverständnisse mit dem Könige?[2] Des Kaisers Sorge und Aufregung über das, was bei Wilemow geschehen, waren deshalb kaum geringer, als bei den anderen Gegnern Podiebrads. Unverweilt ordnete er, seine Rechte und Interessen zu wahren, den Johann Rott, Bischof von Lavant, und den Grafen Alwin von Sulz nach Mähren ab. Wie natürlich nahmen sie ihre Stellung an der Seite der Legaten. Zu ihnen allen gesellte sich wieder der rücksichtslose Gabriel von Verona, von Papst Paul auf die Schreckenskunde eilig nach dem Norden entsendet.[3] So schlossen sich unmittelbar nach dem Wilemower Ereignisse die bisherigen Verbündeten des Ungarkönigs zu einer Phalanx zusammen, deren Vorgehen und Absichten dem Frieden unmöglich günstig sein konnte.

Nicht ohne Interesse ist es, bei solcher zweifelhafter Lage das Verhalten des Königs Kasimir von Polen zu verfolgen. Er blieb neben Podiebrad hier, und Papst und Kaiser dort, der selbstsüchtige Dritte, so wenig er zu handeln wagte. Kasimir hatte sich nach der Einmischung des Ungarkönigs in den böhmischen Streit wieder beruhigt, als Matthias wirklich allein zum Schutze des Glaubens den Kampf zu führen schien und andererseits König Georg auch jetzt seinen Gegnern nicht völlig unterlag. Wenn da der Ungar Böhmen bedrängte und den Haß der Hussiten gegen sich wandte, ohne sie doch bezwingen zu können, wenn die Böhmen keine Aussicht hatten, sich des mächtigen Feindes mit eigenen Mitteln zu entledigen, so blieb ihm immer noch die Hoffnung, zur rechten Zeit

[1] So Mon. Ung., Acta extera II. 125. Bericht des mailändischen Gesandten vom kaiserlichen Hofe.

[2] Font. rer. Austriac. XLII. 487, Nr. 365. Dlugosch 520—521. Gregor Heimburg im Kaiserl. Buch 199. Nr. 94; doch weiß Heimburg, daß Baumkirchers Krieg den König von Ungarn nichts angeht.

[3] Font. rer. Austr. XLII. 467, Nr. 351.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ohne zu große Gefahr die Ansprüche seiner Familie zur Geltung zu bringen.

Nun erfüllte die Meldung von dem Friedensschlusse Kasimir mit dem größten Schrecken. Nicht nur, daß mit der Rückkehr der Waffenruhe jedes Hilfebedürfnis der Parteien wegfiel: da Kasimir sich bisher weder als thatkräftiger Gegner noch als entschlossener Helfer gezeigt, so konnte sich sein Verhältnis zu den beiden Nachbarreichen mit dem Frieden nur ungünstiger gestalten. Auch er hielt nun für dringend geboten, zu handeln. Deshalb sandte er Jakob von Dubno und den Krakauer Domherrn Paul von Glownya an die beiden Könige, nach Böhmen, um Podiebrad von unnötiger Nachgiebigkeit abzuhalten, da ihm polnische Unterstützung in sicherer Aussicht stehe, an König Matthias nach Mähren, um gegebenen Falls die Rechte seiner Kinder an die Krone Böhmen neuerdings anzumelden. Sollte solches fruchtlos sein, so hatten die Gesandten nach Rom weiter zu ziehen und dort im Namen des Königs gegen jede Verletzung der Ansprüche Polens Protest einzulegen. Man begreift leicht, daß Legat Rovarella sich ohne Zögern auch der polnischen Gesandtschaft bediente, als es galt, einen Frieden, der seinen Anschauungen nicht entsprach, zu verhindern.[1]

Zu all dem kam nun der Mißerfolg in der Aktion, das römische Königtum betreffend. Darin irgend etwas gegen oder auch nur wider den Willen des Kaisers zu thun, waren nicht bloß die Herren von Sachsen, sondern auch die Hohenzollern nicht gesonnen Der Böhmenkönig hatte sich eines alten diplomatischen Mittels bedient: nicht selbst, sondern durch einen befreundeten Fürsten, Ludwig von Frankreich, von den deutschen Kurfürsten zu begehren, was er sehnlichst anstrebte. Im März ging ein Geistlicher aus dem Gefolge seiner Gemahlin nach Frankreich, doch mit der Weisung, schon auf dem Hinwege dem Markgrafen Albrecht und den sächsischen Herren die Hauptpunkte des Königsprojektes mitzuteilen. In Kulmbach erfuhr der Bote, der Markgraf sei abwesend. Deshalb entschloß er sich, ihm bloß zu schreiben[2] und das sonst Notwendige dem ansbachischen Hauptmanne „auf dem Gebirge", Heinrich von Aufseß, anzuvertrauen, damit er es an seinen Herrn, dieser wieder an Kurfürst Friedrich bringe. Zu gleicher Zeit hat der Gesandte bei dem Hofe von

[1] Über diese Dinge berichten Font. rer. Austriac. 485—486, Nr. 365 neben Dlugosch 521—522 und Eschenloer, Geschichten II. 152 ff.

[2] Der Brief in Font. rer. Aust. 487—488, Nr. 366; die Werbung ebendort Nr. 365. Beide gehören in die Zeit der Abwesenheit Albrechts auf dem Naumburger Tage (21. März).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Meißen angeklopft.[1] Obwohl König Georg erklärte, er gedenke „hinter den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg" in der Sache „gar nichts" zu thun, so widersprach dem direkt die Reihe von Gründen, mit denen er sie angelegentlich empfahl, und die Sendung an Ludwig XI. Übrigens lehnte Markgraf Albrecht entschieden ab; und die versuchte Einschüchterung des Franzosenkönigs, der das ungarische Projekt unterstützen sollte, weil sonst sein burgundischer Nachbar zum Reiche gelangen würde,[2] mißglückte völlig. „Er glaube nicht," ließ der Markgraf dem Könige sagen, daß der Kaiser „das Reich aufgebe" oder daß die Kurfürsten einen Undeutschen gern zum Römischen König oder Kaiser hätten: ihm zieme „unsers Herrn des Kaisers halber" nicht einmal, die Sache bei seinem Bruder oder denen von Sachsen anzubringen.[3]

Wie erst der Kaiser, dann die geistlichen Fürsten und Herzog Ludwig von Bayern, so begannen in der böhmischen Sache endlich die sächsischen Herzoge dem Drange der Umstände zu weichen. Hatte Sachsen der Verwandtschaft zu König Georg und den freundnachbarlichen Verhältnissen zu Böhmen, von dem es ja materiell in hohem Grade abhängig war, noch auf dem Regensburger Tage Rechnung getragen: jetzt lenkte es ein. Als der Markgraf auf dem Tage zu Naumburg (21. März) die Herzöge aufforderte, sich über ihr Verhalten auf dem künftigen Fürsten-Tage und überhaupt in der böhmischen Sache zu äußern, und meinte, der Erfurter Beschluß, daß man gemeinsam vorgehen und sich über jeden Schritt Kunde und Rechenschaft geben wolle, gelte wohl auch fernerhin, da lehnten sie solche Verpflichtung ab: sie hätten dem Erfurter Abschiede genüge gethan. Das Bündnis der Fürstenhäuser betreffend versprachen sie dem Markgrafen, der wie sein Bruder nichts davon wissen wollte, nur, sie würden sich in Regensburg nicht definitiv verpflichten. Und noch unerwarteter kam Albrecht, was sie bezüglich Böhmens in Aussicht stellten: sie würden den Krieg so lange vermeiden, als es immer möglich sei, „wo es aber auf das härteste käme und Ehre und Gewissens halben nicht anders sein möge," wollten sie sich von Papst, Kaiser, Kurfürsten und andern christlichen Fürsten im Reich nicht setzen. Das klang doch ganz anders als die gewöhnliche Ausflucht, sich „als fromme Fürsten zu halten," falls alles im Reiche einmütig den Krieg wolle. Wohl versicherte der Markgraf, dies sei auch seine und wie er vermute auch seines Bruders Meinung. Albrechts Worte dienten nur dazu,

[1] Font. rer. Austr. XLII. 486, 487. [2] Ebendort 436, 487, 488.
[3] Albrechts Brief an Kurfürst Friedrich vom 23. März bei Riedel, Cod. dipl. l. c. und Font. rer. Austr. XX. 567—569, Nr. 478.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

das Mißtrauen, das ihn so leicht anging, zu verbergen. „Wir halten es dafür," schreibt er seinem Bruder, „daß sich unsere Schwäger weiter vertieft haben um ihres eigenen Nutzens willen, als sie uns vielleicht sagen, oder sie wissen vielleicht, daß der Girsik eine „Richtigung" hat, der wir nit wissen."[1] Er war nicht gemeint, so vorzugehen, „daß sie den Dank gegen ihn allein behielten."

Mit Bedacht und Sorgsamkeit, fast noch scheuer und ängstlicher, als das ohnehin stets der Fall, erwogen in jenen Tagen die deutschen Fürsten jeden ihrer Schritte. Als jetzt König Matthias eine freundschaftliche Annäherung an die Häuser Sachsen und Brandenburg suchte und die Kurfürsten einlud, zu ihm nach Schlesien, wohin er sich begeben wolle, zu reiten, da fehlte es nicht an langen Beratungen an beiden Höfen. Wenn sich Kurfürst Friedrich in der That entschloß, den König, sei es in Liegnitz, sei es in Breslau, zu besuchen, so geschah es in der stillen Hoffnung, Matthias werde sich vielleicht um die Hand seiner Tochter bewerben; dabei war es feste Vereinbarung mit seinem Bruder, sich „betreffs des Reichs" und auch sonst zu nichts zu verpflichten.[2] In Sachsen hatte man vom Anfange an nur daran gedacht, daß Herzog Albrecht, nicht Kurfürst Ernst zu dem Könige nach Schlesien gehe; hinterher begnügte man sich, einige Räte zu schicken. Ihr Kommen, sowie der Besuch Kurfürst Friedrichs von Brandenburg erfolgte zum Überflusse so spät, daß inzwischen in der Hauptfrage die Entscheidung bereits eingetreten war. Größer war der Erfolg, den König Matthias mit seinem gleichzeitigen Annäherungsversuche an die Wittelsbacher erzielte. Aber für das Königsprojekt blieb auch dies ohne Bedeutung.

König Georg war begleitet von seinen Söhnen Viktorin und Heinrich dem Jüngeren, den Herzogen Konrad dem Schwarzen von Öls und Przemko von Teschen und Berka von Nasiedlo, Hauptmann von Troppau, rechtzeitig zu den entscheidenden Friedensverhandlungen in Mähren eingetroffen. Auch die Polen befanden sich in seinem Gefolge. Aber vergebens harrte er in Mährisch-Neustadt und dann in Sternberg als Gast Herrn Albrecht Kostkas bis über den bestimmten Termin hinaus der andern Partei. Es fiel eben König Matthias außerordentlich schwer, sich mit den Legaten und seinen Bundesgenossen über die dem Böhmenkönig

[1] Aus Albrechts Briefe vom 23. März. Vergl. übrigens für das Obige die Korrespondenz Albrechts mit seinem Bruder bei Höfler, Kais. Buch 186 ff. Riedel, Cod. dipl. III. 1, 501 ff. Font. rer. Austr. XLVI. 94—104, Nr. 79—82. Bezüglich Sachsens s. auch Ermisch, Studien 84, Anm. 210, und 86 ff.

[2] Von der Zusammenkunft spricht schon am 15. März Hieronymus Beckensloer in einem Briefe an Kurf. Friedrich. Font. rer. Austr. XLII. 465—466, Nr. 350.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu stellenden Forderungen zu verständigen. War der König aufrichtig zum Frieden geneigt, da er sich damit aus dem unangenehmen böhmischen Kriege herauszog und vielleicht doch geheime ehrgeizige Hoffnungen in sich trug, so blieb der Legat entschlossen, dem Frieden auch nicht das mindeste Opfer zu bringen. Unablässig bearbeitete Rovarella mit dem Gesandten des Kaisers und den anwesenden Häuptern des Herrenbundes, auch den geistlichen und weltlichen Großen Ungarns den König, um ihn durch Vorstellungen und Bitten, durch Beschwerden, ja selbst Drohungen zu ähnlicher Unnachgiebigkeit zu bestimmen. In Olmütz, Brünn und Kremsier fanden deswegen Zusammenkünfte und Beratungen statt. Darüber verging die bestimmte Frist und die Verlängerung der Waffenruhe, erst auf den 24. April, dann den 11. Mai (Christi Himmelfahrt), wurde notwendig. Endlich war man in der Hauptsache einig: die Bemühungen der Bundesgenossen und vielleicht auch, weil Podiebrad keinerlei Ergebnis seiner Bemühungen in der Römischen Königsfrage zu melden hatte, trugen über Matthias Wunsch, den gegebenen friedlichen Versicherungen ganz und voll zu entsprechen, den Sieg davon. Am 4. April ritt er mit den Legaten und fremden Botschaftern, umgeben von ungarischen Großen und den Häuptern des Herrenbundes, in Olmütz ein,[1] wo seiner bereits auch die polnischen Gesandten harrten.[2] Am 7. April begannen die Verhandlungen.

Zehntes Kapitel.

Die Olmützer Friedensverhandlungen. König Matthias von Ungarn wird zum Könige von Böhmen gewählt. Politik des Ungarkönigs. Der Prager Junilandtag. Der Kampf in Innerösterreich. König Matthias verständigt sich wieder mit dem Kaiser. Neue Wandlung der Dinge.

Auf freiem Felde, in einem Dorfe zwischen Sternberg und Olmütz gelegen, begegneten sich die Könige, um bis zum Abende bei einander zu bleiben. Inzwischen erwachte bei den Bündnern, die in der Wohnung Bischof Rudolfs von Breslau zusammentraten, nochmals in voller Stärke die Sorge, der

[1] Font. rer. Austr. XX. 570, Nr. 480. Die Meldung der Scriptor. rer. Siles. XIII. (Politische Korrespondenz Breslaus im Zeitalter des Königs Matthias Corvinus. Erste Abteilung. 1469—1479. Herausgegeben von Dr. B. Kronthal und Dr. H. Wendt), 1, Nr. 1, der König sei am 26. März zu Olmütz gewesen, bezieht sich vielleicht auf einen früheren, vorübergehenden Aufenthalt.

[2] Font. rer. Austr. XX. 570, Nr. 480.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ungarkönig könnte ohne sie einen Frieden mit den Ketzern aufnehmen. Schon jetzt bezeichneten namentlich die städtischen Boten es als das geeignetste Mittel, den König unwiderruflich an ihre Sache zu ketten, wenn man ihn „zum Haupte erwähle."[1] Es bedurfte der berechtigten Einwendung Rovarellas, man möge doch erst den Ausgang der heutigen „Beredung" der Könige abwarten, sonst wäre man sofort zu einer Wahl geschritten.

Die Begrüßung der Könige war wieder sehr freundlich. Wieder traten sie allein seitwärts und beredeten sich ohne Zeugen, blieb der Inhalt der Verhandlung ungeschrieben. Aber was konnten sie anderes bereden, als worin sie einander in Wilemow Zusagen gethan? Und konnte König Georg, er mochte sonst die Sache noch immer vielverheißend finden und auf die Zukunft stellen, betreffs des römischen Königsprojekts anderes berichten, als die Absage Markgraf Albrechts und damit der Häuser Brandenburg und Sachsen?[2] Ebenso mußte König Matthias Georgs völlige Unterwerfung unter die Gebote Roms für unerläßlich bezeichnen, wenn er mit der Kirche Frieden haben wolle.

Darüber hinauszukommen mühte man sich umsonst. König Matthias mochte auf die Vorstellungen Podiebrads, seinen ganzen Einfluß in die Wagschale zu werfen, antworten, daß dies vollauf, aber fruchtlos geschehen sei. Er lud ihn ein, es in direkter Verhandlung mit den Legaten zu versuchen; der König möge in dem Kloster Hradisch, das freilich eine ungarische Besatzung habe, sein Hoflager aufschlagen; dort könne man bequemer zusammenkommen. Georg lehnte ab; aber abends ritten seine beiden Söhne nebst einer Anzahl vornehmer Parteigenossen und zahlreichem Gefolge mit Matthias nach Olmütz, von den Legaten „eine Verhörung" zu begehren. Sie kamen als Gäste des Ungarkönigs.

Der ganze Hergang, die Freundschaft, welche der König den Böhmen erwies — er lud sie abends zu sich —, und ihr Kommen mehrten die Besorgnis und den Verdruß der Bundesgenossen, namentlich der Legaten. Alsbald stellte man in allen Kirchen den Gottesdienst ein und ungehört mußten die Böhmen andern Tags Olmütz verlassen. Doch behielt König Matthias den Albrecht Kostka, den Hofmeister des Königs Peter Kdulinetz

[1] Font. rer. Austriac. XX. 571, wo aber „geistlich haupt" (Zeile 4 v. u.) entschieden verlesen ist.

[2] Der Markgraf hatte darüber dem Könige geschrieben. Vgl. Riedel, Cod. dipl. III. 1, 501. Palacky hat in Font. rer. Austr. XX. 569 diesen Passus weggelassen. Den detaillirten Beweis für die Richtigkeit obiger Darstellung muß ich hier wie so oft zu führen unterlassen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und Benedikt von Weitmühl, Burggrafen von Karlstein, bei sich wegen weiterer Verhandlungen.[1]

Gegen den Willen der Legaten, die es aus Rücksicht auf den König nicht ablehnen konnten, wenigstens zugegen zu sein, im Beisein kaiserlicher Gesandter, mehrerer Verbündeter und ungarischer und böhmischer Prälaten brachten am Montag (10. April) die böhmischen Räte bei König Matthias die Bitte vor, er möge ihrem Herrn freies Gehör bei dem heiligen Vater erwirken. Die Antwort war, solches sei wiederholt gewährt und stets vergeblich gewesen; ohne bestimmte Erbietungen des Königs, auf die man zu fußen vermöge, sei jede Verhandlung überflüssig. Die Böhmen wurden aufgefordert, eine Botschaft, solche Zusagen schriftlich einzuholen, an König Georg nach Sternberg zu schicken, was sie versprachen.[2] Nur so sicherte man die Verhandlung.

Inzwischen fanden in Olmütz mancherlei Beredungen und Beratungen statt. So versuchten die Podiebrad'schen, durch einen Appell an den Patriotismus Zdenkos von Sternberg dessen harten Groll gegen ihren Herrn zu besiegen. Aber die letzten Jahre mit ihren herben Erfahrungen hatten in dem stolzen Manne die Erinnerung an die einstige langjährige Freundschaft mit König Georg vollständig ausgetilgt; er wollte um so weniger von Versöhnlichkeit hören, als er nun sicherer als je auf seinen endlichen völligen Triumph rechnete. Man hörte auch die Werbung der polnischen Räte und gab ihnen nach dem Stande der Dinge Bescheid: war es jetzt inmitten härtesten diplomatischen Kampfes, der rücksichtslos mit den Aussichten und den Mitteln der Gegenwart rechnete, an der Zeit, über alte Rechtsansprüche und Legitimität zu peroriren? Die Polen wurden mit dem Hinweise auf die unentschiedene Haltung ihres Herrn und die Hilfsbedürftigkeit der Liga rundweg abgewiesen. Sie zogen mit ihren Protesten — von den klugen Legaten, die alle Eisen im Feuer hielten, heißt es, ermuntert —, nach Rom weiter.

Von entscheidender Wichtigkeit ward die Beratung aller Bundesgenossen aus dem Umfange der böhmischen Krone, die am 12. April stattfand und sich wieder auf die Wahl des Ungarkönigs zum König von Böhmen bezog. Nun hatte die Angst, der König möchte mit „Girsik" einen einseitigen Frieden eingehen, auch die Legaten und ihren

[1] Alles dieses nach dem Berichte in Font. rer. Austriac. XX. 571—575 und der sehr wichtigen Meldung, die ich im Egerer Stadtarchive fand und Fontes rer. Austr. XLIV. 661—662, Nr. 542 publizierte.

[2] Der Auszug Palackys aus Klose (Font. rer. Austr. XX. 573) ist hier durchaus ungenau. Daß die Dinge so verliefen, wie im Texte dargethan, liegt auf der Hand.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

geistlichen Anhang bekehrt. Als deshalb Sternberg auf die Verhandung vom 7. April zurückkam und neuerdings betonte, für die glückliche Durchführung des Kampfes der Verbündeten sei es vor allem notwendig, daß sie „mit einem Haupte versorget" würden, denn habe sie auch König Matthias in seinen Schirm genommen, so bestehe immer noch die Gefahr, „daß er in sein Königreich wieder heimziehen müßte", es sei aber niemand würdiger und geeigneter, die Krone von Böhmen zu tragen, als er: da stimmte alles zu. Man beschloß, gleich den andern Tag den König um die Annahme der Krone zu bitten. „Es ward geboten bei dem höchsten Banne, das in großer Heimlichkeit zu halten von allen."[1]

König Matthias nahm das Anerbieten mit Freude und Dank auf. Er erklärte aber, daß er sich, ehe eine „endliche Antwort" möglich sei, erst mit den Legaten und seinen Räten besprechen müsse.

Seine Lage hatte sich sehr zu seinen gunsten gestaltet. Und sie ward es nun noch mehr. Am 15. April sandte König Georg seine Erklärung. Sie lautete freundlich, obwohl er bündige Zusagen vermied: er wolle solche, ließ er melden, dem Könige Matthias und dem Bischof von Ferrara in einer Zusammenkunft persönlich geben. Aber Rovarella wußte diese Beredung zu vereiteln. Es ward bloß beschlossen, an Georg Gesandte zu schicken, „die ihn verhorchten", und sehr bezeichnend wurden nur ungarische Große, an ihrer Spitze der Erzbischof von Gran, zu dieser Sendung gebraucht?[2]

Die Absichten des Ungarkönigs liegen klar. Offenbar wollte er die günstige Situation nach allen Seiten und allein nach seinem Interesse ausnützen. Er fuhr fort, mit dem gebannten Könige die vertraulichsten Beziehungen zu pflegen und bei ihm für Versöhnung und Frieden einzutreten. Mit dem gewünschten Erfolg. „Alles Volk", will der Breslauer Ratsschreiber wissen, „in Bekümmernis stunde und vor Augen nichts gewisseres war, denn Freundschaft zwischen Matthiam und dem Ketzer."[3] Der König übte damit den stärksten Druck auf die Legaten wie auf die böhmischen Herren. Bei den Verhandlungen über die Bedingungen der Königswahl zeigten sie sich opferwillig bis über ihre Kräfte hinaus.

Matthias wußte das Angebot aber auch König Georg gegenüber

[1] Fontes rerum Austr. XX. 575—577. In der Rede Sternbergs muß es (S. 576, Zeile 3 v. o.) statt: das ich meine flösser „willig" verloren habe, „völlig" heißen. Für „elsten herren" muß es S. 577 ebenso sicher stets „edlsten" heißen.

[2] Ebendort 578.

[3] Eschenloer, Geschichten II. 156 und Fontes rer. Austr. XLVI.661: Ist ganz zu versehen, das die (könige) nicht ferner zu krieg komen und in fridd bleyben.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu gebrauchen. Daß es mit der Hoffnung auf die deutsche Krone nichts sei, hatte seinem Scharfblick der bisherige Verlauf der Sache gezeigt. Er ließ sie fallen. Aber er stellte jetzt dafür Forderungen, die beweisen, daß er seiner idealen Mission als Schirmer des Glaubens völlig müde sei und für die gebrachten Opfer im böhmischen Kriege materielle Entschädigung suche, wo er sie bereits in der Hand hatte: im Umfange des böhmischen Reiches. Hier gewann er den vollen Beifall Rovarellas.

Bei der Zusammenkunft der Könige, die am 20. April stattfand und an der diesmal neben den ungarischen Bischöfen auch Sternberg und andere böhmische Barone teilnahmen,[1] mühte man sich umsonst um eine Verständigung. Hinterher brachte der Woiwode von Siebenbürgen im Namen seines Herrn folgende Forderungen: 1. König Georg müsse, wolle er anders als König sterben und Frieden in seinem Lande haben, mit seinem ganzen Hause zu dem katholischen Glauben sich bekennen und alles aufgeben, was die heil. Mutter, die Kirche, verwirft. 2. Die böhmischen Kirchengüter zurückgeben und in den früheren Stand bringen, auch, falls etwas davon verpfändet ist, dessen Einlösung bewirken. 3. Der König von Ungarn soll in Prag einen „Erzbischof, Äbte und Pröpste und Diener Gottes" einsetzen, damit so der wahre Kult vermehrt, dagegen die Ketzerei ausgerottet werde. 4. Er soll zugleich mit König Georg sich Mühe geben, das verführte und irrende Volk zu bekehren. 5. Georg wird den Erzketzer Rokyzana ausliefern; wie, darüber hat der Woiwode besondere Weisung. 6. Er nimmt den König von Ungarn, der „innehaben und in seinem Schutze behalten soll", was er in der Krone hat, sofort zu seinem Sohne an und wird ihm alle die Seinen unverzüglich schwören lassen; dagegen soll Georg selbst, so lange er lebt, König bleiben und Titel und Einkünfte genießen. 7. Der Kaiser soll Frieden haben. 8. Die den Katholiken des böhmischen Reiches abgenommenen Güter sind zurückzustellen.[2]

König Georg hätte weder seine Friedensliebe noch die schwerste Notlage je bewegen können, Anträge, die ihm geradezu an die Ehre griffen,[3] anzunehmen. Nachdem er die Hoffnung, jetzt zu Ende zu kommen, aufgegeben, brach er am 22. April von Sternberg nach Mährisch-

[1] Font. rer, Austr. XX. 580.

[2] Ebendort 569—570. Daß es nicht die ursprünglichen Bedingungen sind, sondern wie sie jetzt am Platze waren, zeigt die Darstellung; daß sie in besonderer Sendung von dem Woiwoden von Siebenbürgen überbracht wurden, der Wortlaut von Artikel 5.

[3] So die Auslieferung Rokyzanas. Daß Georg mit der Annahme solcher Bedingungen alle wirkliche Macht verloren hätte, ist klar, auch wenn man die persönliche Art des Ungarkönigs nicht in Rechnung zieht.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Neustadt auf. Zu seinem Gegner sandte er Herrn Albrecht Kostka von Postupitz und Herrn Benesch von Weitmühl mit dem Anerbieten eines Waffenstillstandes bis Pfingsten 1470: Inzwischen müßten aber Bann und Interdikt von Kelchnern und Katholiken, die sich zu Georg hielten, genommen werden, Boten des Königs, um sich zum Papste zu begeben, freies Geleite haben und sollte auch der Ungarkönig dem Papste schreiben, daß er die böhmischen Gesandten gnädig höre, da sich Georg „ganz in Gehorsam geben wollte"; die Gefangenen sind auf beiden Seiten freizugeben.[1]

König Matthias war für die Annahme. Die Waffenruhe allein verlieh ihm die Möglichkeit, die Verhandlungen mit König Georg weiter zu pflegen und anderseits ungestört zu vollenden, was er bereits eingeleitet hatte. Die Legaten freilich sahen in dem Ganzen nur neuen verderblichen Aufschub: nach ihrer Meinung gab es nun nichts anderes anzustreben, als Bestreitung und Vernichtung des Gegners, und zwar sofort und mit allen Mitteln. Sie bezeichneten einige Punkte, die sie nie annehmen könnten. Erst nachdem in Olmütz „darvon wohl vier Tage großer Handel und Zwietracht" gewesen war, willigte alles in eine Waffenruhe schlechthin, allein gegen Freilassung der beiderseitigen Gefangenen, und bis auf künftiges Neujahr (1470). Doch wurden der Kaiser und der Bischof von Passau mit allen ihren Helfern und Unterthanen in den Stillstand eingeschlossen.

Erst als König Matthias erklären ließ, daß „von den Päpstlern" unmöglich mehr zu erlangen sei, daß er nur dann, wenn ein Übereinkommen erzielt werde, in Rom Unterteidiger zu sein vermöge, daß er aber die Kurie trotz allem doch noch zum Frieden mit Böhmen zu bestimmen hoffe, hatte Podiebrad zugestimmt.[2]

Am 1. Mai war alles zu Ende. Eine besondere Urkunde ward wieder nicht ausgestellt.[3]

Die ungarische Politik erwies sich damals kühn und weitaussehend,

[1] Font. rer. Austr. XX. 580. Kais. Buch 201. Die Bedingungen vollinhaltlich in Script. rer. Siles. IX. 304—305, Nr. 435.

[2] Nach Dlugosch 525 (vergl. Kaiserl. Buch 195) fanden die letzten Verhandlungen im Geheimen statt, was der Sachlage wohl entspricht. Vgl. ferner Kais. Buch 199—200 und Fontes rerum Austriac. XX. 580; auch den Brief Jaroslaws von Sternberg vom 19. Mai, ebendort 586, Nr. 484.

[3] Ich begnüge mich mit der Bemerkung, daß Palacky, der einen hierher gehörigen Passus bei Dlugosch 525 auf den Wilemower Vertrag bezogen hat, in seiner Darstellung IV. 2, 573 ff. und Fraknói, Ungarische Revue X. (1890) 89 ff., sowie Matthias Corvinus 136 ff. von obiger Darstellung weit abweichen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

klaren Zielen auf mehreren Wegen zugleich mit aller Entschiedenheit zustrebend, ihres Trägers würdig. Die gegebenen Zusagen bildeten für König Matthias kein unübersteigliches Hindernis; leicht fand sich ja ein anderer Sinn oder eine äußere Ursache, sie zurückzuziehen oder zu umgehen. Was irgend einen Vorteil bot, suchte er ohne Rücksicht und Bedenken sich dienstbar zu machen. Die Interessen anderer standen, sofern sie überhaupt einen Platz fanden, in zweiter und dritter Reihe.

Zunächst ging des Königs Streben dahin, während der Waffenruhe die Verhältnisse derart zu gestalten, daß König Georg sich schließlich — wenigstens in weltlich politischer Hinsicht, zu dem, was er eben dem Woiwoden von Siebenbürgen versagt, bequemen mußte. Rastlos arbeitete die ungarische Diplomatie. War die Verständigung mit König Georg nicht geglückt, so gestand Matthias deshalb noch lange nicht zu, daß er nun durch die Umstände genötigt sei, den Forderungen der Legaten Rechnung zu tragen. Er versicherte den kaiserlichen Gesandten, daß er unbedingt festhalte an dem Bündnisse mit ihrem Herrn: er stehe auch der Sache des Baumkirchers durchaus fern und halte es für seine freundnachbarliche Pflicht, es darin ferner an nichts fehlen zu lassen. Dafür wünschte er neue bündigere Abmachungen gegen Böhmen.[1]

Matthias bot einerseits alles auf, die Mächte rings um Böhmen zu einer Koalition gegen Podiebrad zu vereinigen, und ließ andererseits merken, daß er den Gedanken auf Verständigung mit dem König von Böhmen — was freilich sehr viel auf die Nachgiebigkeit und Friedensliebe König Georgs bauen hieß — nicht aufgebe. So lockte und bedrohte der Corvine nicht nur den Gegner, sondern auch die Bündner. Der Kaiser, die Kurie, die Liga mochten sehen, wie sie ihn mit Zugeständnissen an ihrer Seite festhielten. Er wußte wohl, daß er solches Spiel wagen dürfe.[2]

Was da König Matthias noch gleich in Olmütz zu erreichen vermochte, wurde nicht versäumt. Die erschreckten Anhänger und Bündner thaten die Zusage,[3] ihm bedingungslos mit allen ihren Kräften zu dienen

[1] Fontes rer. Austriac. XX. 579 ff.

[2] Höfler, Kaiserl. Buch 200—201. Font. rer. Austr. XX. 570, 581—582. Vgl. Script. rer. Siles. IX. 302, Nr. 436 und Sigismund Rosicz' bei F. Wachter, Scr. rer. Siles. XII. (Breslau 1883), 84. Eschenloer, Histor. Wrat. 201—202; Gesch. II. 160—162. Dlugosch 522. Chronik des Benedikt Johnsdorf in Script. rer. Siles. XII. 109. Den Rosenberg nahm König Matthias direkt in seinen Dienst. Vgl. Archiv český VII. 378—379, Nr. 328.

[3] Die eidliche Verpflichtung des Königs in Scr. rer. Sil. IX. 306, Nr. 436. Sie entsprach dem Eide König Ladislaws. Font. rer. Austr. XX. 588.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und alles aufzubieten, daß auch das deutsche Reich, sei es mit 200000 Goldgulden, was der König vorzog, sei es mit 12000 Reisigen Beistand leiste.[1] Dann erfolgte am 3. Mai Matthias' formelle Wahl zum König von Böhmen. Die Bischöfe von Breslau und Olmütz, die böhmischen Barone und Städteboten beteiligten sich daran in ganzer Zahl, die Mährer, Schlesier und Lausitzer in entsprechender Vertretung. Der Eid, den der neuerwählte König leistete, band ihn nicht weiter, als alle Inwohner des Königreiches zu Böhmen „bei ihren Ordnungen, Rechten und Freiheiten und allen guten Gewohnheiten" zu behalten und sie zu „beschützen und wahren gegen Jedermann." Trotzdem waren nach der Wahl „Freude, Frohlocken, Herrlichkeiten und Zierheiten" groß. Die Gefahr, daß der König „vielleicht die heiligen angehobenen Sachen nicht nachkommen und vollenden würde," war ja vorüber.[2]

Unverweilt empfing Matthias von Städten und Herren in Mähren die Huldigung. Dann entbot er, angeblich „zu Verrichtung und Entscheidung etlicher Sachen und Zwietracht, die nachgerade in Schlesien und Lausitzerland zwischen etlichen Landleuten seien", zu gleichem Zwecke auch die Fürsten und Stände dieser Länder zu sich nach Breslau.[2] Gar mancher gehorchte nicht ohne Zögern und Bedenken.

Hier in Breslau empfing Matthias auch den Besuch des Kurfürsten Friedrich von Brandenburg, des ersten hervorragenden deutschen Fürsten, mit dem er persönlich in Verkehr trat. Zugleich mit Friedrich stellten sich Räte Ernsts und Albrechts von Sachsen ein.

Und von Breslau aus unternahm der Ungar einen letzten Versuch, mit König Kasimir von Polen ein direktes Einvernehmen zu erzielen. Die Verbindung mit Frankreich weiter zu suchen — auch dies war nicht aufgegeben — blieb Podiebrad überlassen. Dessen Bote ward jetzt (Mai 1469) der in seinen unmittelbaren Dienst eintretende Jorg von Stein.[3]

Die erste große Probe macchiavellischer Politik des Corvinen schloß

[1] Brief des Legaten Rudolf vom 4. Mai an die Sechsstädter in den Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 3, Nr. 3; mit größeren Kürzungen auch in den Fontes rerum Austr. XX. 582—583, Nr. 483. Bericht aus Olmütz an die Breslauer vom selben Tage in den Script. rer. Siles. XIII. 4, Nr. 5.

[2] Sein Schreiben vom 7. Mai an Jaroslaw von Sternberg, Vogt der Oberlausitz, in den Script. rer. Siles. XIII. 5, Nr. 6; im Auszuge auch in den Fontes rer. Austr. XX. 585, Nr. 485. Vgl. Heimburg an seinen Schwager Laurin Vogt, Mai 1469, bei Höfler, Kais. Buch 199. Dlugosch 523. Eschenloer, Gesch. II. 164—195. Am willigsten erwies sich Herzog Friedrich von Liegnitz, der dafür auch von König Matthias gefördert wurde. Vgl. Liegnitzer Chronik in den Scriptor. rer. Silesiac. XII. 104.

[3] Höfler, Kais. Buch 191.

wie natürlich auch ihre großen Schwierigkeiten, ja Gefahren in sich. Bei den Bündnern, der Kurie und dem Kaiser vor allem, wich der ungünstige Eindruck, den des Königs Haltung vom Februar bis Mai hervorgebracht, auch nicht in der nachfolgenden Zeit. Die mährisch-schlesisch-lausitzischen Stände blieben bedenklich. Von rascher und freudiger Huldigung,[1] wie der König sie nach den Olmützer Vorgängen und den Versicherungen der Ligisten hoffen mochte, war auch später nicht viel zu verspüren. Die Verhandlungen mit den deutschen Kurhäusern und mit König Kasimir von Polen brachten wenig Gewinn, der Anschluß an Frankreich scheiterte völlig. All dies schuf moralischen Nachteil zu Hause und in der Fremde.

Der brandenburger Kurfürst, der vom 31. Mai bis 8. Juni bei Matthias in Breslau weilte, vermochte sich rasch zu überzeugen, daß seine auf eine Familienverbindung mit dem Könige gesetzten Hoffnungen eitel seien. Mit Erwerbungen für die Hohenzollern, „die da mitgehen möchten von der Krone, es wäre die Schlesie oder anderes", war es diesmal nichts. Natürlich hütete sich auch der Kurfürst, irgend welche bedeutsamere Verpflichtung dem aufstrebenden Magyarenkönige gegenüber zu übernehmen.

So freundlich die Fürsten mit einander verkehren mochten: was sie vereinbarten und unterschrieben,[2] war völlig bedeutungslos.[3] Die Boten der Meißner — der jüngere Herzog ritt bald darauf lieber zu seinem Oheim, dem Kaiser[4] — hatten wohl überhaupt nur die Aufgabe, des Königs Wünsche entgegenzunehmen.[5]

In Krakau traten kaum eine Woche später Johann von Hasenburg und Dobesch von Czernahora und Boskowitz, ein Böhme und ein Mährer, vor König Kasimir. Sie ließen es an sachlicher und — was Hasenburg betraf —, an persönlicher Entschuldigung der Olmützer Vor-

[1] Man vgl. a. a. Fontes rer. Austr. XX. 587—588, Nr 488.

[2] Vgl. Höfler, Kais. Buch 194.

[3] Vgl. darüber die Korrespondenz der brandenburgischen Brüder bei Höfler, Kais. Buch 189 ff.; Riedel Cod. diplom. III. 1, 507—509. Ermisch, Studien 86, Anm. 214 und 216. Daß man zugleich mit Markgraf Albrecht anzuknüpfen suchte, beweist ein Schreiben Novarellas (Mai 1469, Dresd. Hauptstaatsarchiv), der ihn zu einer Besprechung in den böhmischen Dingen einlädt.

[4] Kais. Buch 195. Mon. Ung., Acta extera II. 131, wo es statt „Savoja" natürlich „Saxonia" heißen muß. Albrecht kam am 14./15. Juli nach Graz.

[5] Eschenloer, Histor. Wrat. 209. Vgl. auch das Schreiben des Ungarkönigs vom 25. Juni 1469 bei Langenn, Albrecht der Beherzte, 515—516. Ermisch, 134, Beil. 13. Übrigens weilte bereits im April 1469 Konrad Metsch beim Könige in Mähren.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kommnisse nicht fehlen. Die Lage der Liga sei derart, daß sie unmöglich auf die Entschließungen König Kasimirs habe warten können; notgedrungen habe man von den Erbrechte König Kasimirs und seiner Kinder auf die böhmische Krone absehen müssen und sei König Matthias gewählt worden. Aber noch könne auch dem Rechte seine Stätte werden. König Matthias erbitte sich die Hand einer Tochter Kasimirs zur Ehe; so werde wenigstens sie und würden später des Polenkönigs Enkel auf den Thron von Böhmen gelangen.

Trotzdem wurden die Werber abgewiesen. Kasimir begnügte sich, Hasenburg die Versicherung zu geben, er gedenke nicht, sich gegenwärtig in die böhmischen Dinge einzumischen und König Matthias „an seinem Fürnehmen zu hindern".[1]

Schon bereitete sich der Umschwung an anderer Stelle vor. König Matthias und Podiebrad waren vor Olmütz im Einvernehmen geschieden; der Stillstand nahm lediglich auf ihr engeres Interesse Rücksicht. Die Sachlage zwingt zur Annahme, daß ebenso, wie Podiebrad im Geheimen des Corvinen feste Zusage erhielt, ihn, auch ohne daß er die Kompaktaten preisgeben müsse, mit Rom auszugleichen, so Podiebrad um solchen Preis dem Ungar die Nachfolge in Böhmen in Aussicht stellte. Auch noch im Mai waren die Könige, wie vor allem die neue Sendung nach Frankreich beweist, einig.[2]

Aber mit der Olmützer Königswahl ging doch Matthias sofort über die Basis, die vereinbart war, hinaus: Was ihm einst als Lohn für gelungene Friedensstiftung und dazu unter besonderen Bedingungen werden sollte, das Königtum, nahm er bereits jetzt ideell und für einen Teil der Krone auch materiell für sich. Und dann die Huldigungen in Olmütz und Breslau, die Verhandlungen mit gerade jenen Fürstenhäusern, die Georg nahestanden! Mit steigender Besorgnis, Entrüstung sah man all dies in Prag.[3] Als dann zu alledem die Überzeugung hinzu kam, König Matthias sei bei dem Widerstande der Legaten gar nicht in der Lage, die Bestätigung des Kelches von dem Papste zu erreichen,[4] da war das Maß voll.[5]

[1] Dlugosch 524—525. Eschenloer, Histor. Wrat. 206; Geschichten II. 169—170. Kais. Buch 203—204. Vgl. auch Caro, Gesch. Polens V. 1, 306 ff.

[2] Vgl. auch Höfler, Kais. Buch 202—203.

[3] Vgl. des Königs Äußerungen über die Wahl bei Höfler, Kais. Buch 202.

[4] Die Meldung bringt Dlugosch, 524. Daß Matthias jetzt selbst eine solche Eröffnung in Prag machte, ist freilich kaum zu glauben. Es lag ja in seinem Interesse, das Einvernehmen mit Böhmen so lange als möglich aufrecht zu erhalten.

[5] In diese Zeit und Situation gehört das Schreiben Gregor Heimburgs an

Im Juni berief der König die Seinen zu einem Landtage nach Prag. Er that es schweren Herzens. Sollten ihm, der nichts verlangte als Frieden und was man an Duldung jahrzehntelang bereits in Böhmen geübt hatte, der Lebensabend in Sturm und Kampf sich zu Ende neigen? „Nie sah ich", schreibt Gregor Heimburg, „einen hochgemuteten Mann lieber Fried haben; doch hat er nun erfahren, daß er sich ihn erkämpfen muß".[1] Der König gedachte seiner Pflicht.

Die Olmützer Wahl und die Vorgänge in Schlesien waren auf die hussittische Bevölkerung nicht ohne Eindruck geblieben. Um so leichter war es dem Könige, sie nach seinem Willen zu leiten, zumal er, freilich mehr, um der geringen ungarischen Münze, welche König Matthias als König von Böhmen schlagen ließ,[2] den Kurs zu entziehen, als wegen früherer Wünsche und Beschlüsse des Landtages, einwilligte, die böhmischen Groschen in dem alten Münzwerte auszuprägen.

Die Hauptaufgabe des Landtages bildete aber die Festsetzung der Thronfolge.

Mit dem Hinweise auf seinen unbehilflichen Körper legte der König den versammelten Landboten den Wunsch vor, ihm einen Nachfolger in dem polnischen Prinzen Wladislaw zu bestellen. Jenes war freilich nur Vorwand für jeden, der wußte, daß des Polenkönigs Ältester erst ein Knabe von dreizehn Jahren sei, während König Georg selbst drei blühende Söhne im mannbaren Alter umgaben. Maßgebend waren eben politische Gründe. Um endlich einen sichern Rückhalt an Polen zu gewinnen und Kasimir geradezu zu zwingen, für die Erhaltung der Herrschaft des eigenen Hauses mit materiellen Mitteln zu streiten, brachte der Hussittenkönig ein Opfer, das ihm als zärtlichem Vater gewiß schwerer fiel als jedes andere: die Verzichtleistung auf die Nachfolge der eigenen Söhne. Aber angesichts des neuen Bruches mit dem mächtigen Ungar schien kein anderes Mittel vorhanden. Es war begreiflich, daß Georg dabei seine Bedingungen stellte, zunächst hinsichtlich der unveränderten Fortdauer seiner Herrschaft bis zu seinem Tode, und in materieller Beziehung: seine Söhne sollten mit Ehren und Einkünften reich ausgestattet werden, namentlich mit weit ausgedehnten Landstrichen in Schlesien, wofür ihr dortiger bedeutender Besitz die geeignete Grundlage darstellte.

König Matthias bei Teleki II. 404—406. Heimburgs Ansehen mußte mit diesem zweiten ungarischen Mißerfolge unrettbar dahin sein. Er trat auch bei Lebzeiten König Georgs nirgends mehr hervor.

[1] Höfler, Kaiserl. Buch 102. [2] Fontes rer. Austr. XX. 592.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Landtag ſtimmte den Anträgen zu; aber man überließ es König Georg, die Verſtändigung mit Polen zu ſuchen, „wie er die Sach für das beſte erkennen und fürnehmen“ würde.[1]

Schon im Monate Juni, als die ungariſch-ligiſtiſchen Geſandten noch in Krakau weilten, drang die Kunde von den wichtigen Prager Beſchlüſſen an den polniſchen Hof. Bald darauf (im Juli) begannen die[2] Königlichen in Böhmen und Mähren heftige Kämpfe gegen alle, welche dem Ungarn als Herrn der Krone gehuldigt, namentlich gegen Johann von Haſenburg, den Matthias bei der Vertheilung der Landesämter[3] zu ſeinem oberſten Kanzler beſtellt hatte. Die Haltung Podiebrads unterlag keinem Zweifel mehr.

Unter ſolchen Umſtänden bedurfte es kaum der bedrohlichen Geſtaltung der Dinge an der türkiſchen Grenze und der Einflußnahme Papſt Pauls II., um König Matthias zu der anſcheinend vollſtändigen Rückkehr an die Seite der Kurie zu bewegen, die er übrigens ſchon ſeit langem vorbereitet und nie aus den Augen verloren.

Matthias hatte in Rom ſeine Erhebung zum Könige von Böhmen angezeigt und aufs neue Subſidien begehrt, um auch „den Reſt der Ketzer“ zu vernichten. Im Frühjahre 1469 begannen nach mehrjähriger Pauſe die Streifzüge der Türken gegen Dalmatien und die Savegegenden aufs neue, um ſo verheerender, je unvermuteter ſie kamen. Zu Pfingſten erſchien dann ganz unerwartet ein anſehnlicher Haufe, angeblich zehntauſend Reiter, bei Mödling in Krain, wo ſie, der Sachlage offenbar nicht trauend, zunächſt acht Tage neben einander lagerten. Als aber kein Feind gegen ſie im Felde erſchien, erhoben ſie ſich in zahlreichen kleinen Schwärmen und plünderten die Landſchaft weit und breit bis an die Thore von Laibach. Märkte und Dörfer wurden verbrannt, die Einwohner niedergemacht oder als Gefangene fortgeſchleppt. Erſt als ein allgemeines Aufgebot wider ſie erging, zu dem jedes Haus einen bewaffneten Mann ſtellen mußte, zogen ſie ſich zurück und wichen über die Grenze, ſo eilig, wie ſie gekommen. Nur etwa vierzehn Tage hatte dieſer erſte Einbruch in inneröſterreichiſches Gebiet gedauert. Aber Krain hatte 24000 Menſchen[4] weniger, und der Schaden an Beſitz und Gut

[1] Fontes rer. Austr. XLII. 475 Nr. 361. Eingang.

[2] Ergiebt ſich aus Font. rer. Austr. XX. 599, 601. Übrigens ſandte bereits im Juli auch Georgs Hauptmann in Troppau nach Öls und Oppeln ſeine Fehdebriefe. Ebendort 602.

[3] Ebendort 601, Nr. 495. Vergl. im Übrigen Font. rer. Austr. XLII. 459, Nr 346.

[4] Dieſe Zahl gaben auf dem Nürnberger Reichstage 1470 die kaiſerlichen Räte

war ungeheuer.[1] Freilich war auch der Eindruck ein großer. Da hatten sich zur Bekämpfung der Türken auch kroatische Scharen erhoben. Und sowie man sich dort bedroht fühlte, so war es in Istrien und Dalmatien der Fall. Der Schreck reichte bis Venedig und Rom. Nun erst traten der Kurie die unglückseligen Folgen jener Politik nahe, die den Ungarkönig, der allein den Türken gewachsen war, gegen die Hussitten gehetzt hatte! Sie sah sich jetzt im Süden ratlos! Und derselbe König griff soeben nach der Krone Böhmens und schuf so ein Wirrsal von neuen Streitfragen und Kämpfen. Denn man wußte gut, daß der Kaiser ebenso dagegen war wie König Kasimir von Polen. Und wenn König Matthias bereits wiederholt Proben von weitgehender Rücksichtslosigkeit und Selbstsucht, auch Rom gegenüber, gegeben hatte, was war von ihm zu erwarten, wenn er noch mächtiger wurde?

So lautete denn der Bescheid Pauls II. an König Matthias fast ungnädig: der Papst sei nicht damit einverstanden, daß sich der König zum König von Böhmen „aufwerfe"; es bestehe vielmehr die Absicht, das Königreich in mehrere Fürstentümer und Grafschaften zu teilen, jede für sich selbständig und nur unter dem Kaiser stehend. Natürlich hielt man in Rom auch mit Subsidien, um welche übrigens auch Zdenko von Sternberg für sich bettelte, zurück,[2] sowie denn Matthias in eben diesen Tagen auch in Venedig wegen einer Geldunterstützung vergebens anklopfte.[3]

Aber der Ungarkönig war nicht mehr dergestalt Herr der Situation, daß er noch zurückkonnte. Matthias überließ es Rovarella, die Kurie für seine Wünsche gefügiger zu stimmen. Er selbst suchte den möglichst innigen Anschluß an das deutsche Reich und Kaiser Friedrich. Dessen Lage in den Erblanden und im Reiche wie Böhmen gegenüber war nicht so günstig, um den alten Bündner, der sich mit freundlicher Erbietung, aber auch kräftiger Mahnung nahte, abweisen zu können.

---

selbst an. Bamb. Archiv, Reichstagsakten V. fol. 126—127. Dlugosch 537 nennt 20000. Andere Angaben steigen bis zu 60000.

[1] Die Hauptquellen für den Einbruch sind neben Unrest bei Hahn 562, Dlugosch 537; Mon. Hung., Acta extera II. 117, 122, 127; Kais. Buch 196; Bamberger Kreisarchiv l. c. Vgl. Iwof, Die Einfälle der Osmanen in Steiermark, Mitteil. des hist. Vereins für die Steiermark X. 222 ff. Huber, Geschichte Österreichs III. 223. Hubers Bemerkung über den vorgenannten Aufsatz wird man beipflichten.

[2] Wesentlich nach den Briefen Gregor Heimburgs bei Höfler, Kaiserl. Buch 215, 216.

[3] Mon. Hung., Acta extera II. 141.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Mit Waffengewalt, mit Gerichtssprüchen und entschiedener Parteinahme, die der Kaiser bei befreundeten Mächten erreichte, war er gegen Baumkircher und seine Genossen aufgetreten. Von den Landschaften unterstützt, hatten die Geworbenen des Kaisers im April neue Erfolge errungen.[1] In Triest und Portenau wurden Unzufriedene, deren Einverständnis mit dem Bunde man vermutete, verhaftet oder zur Flucht gebracht, und auch Venedig vermocht, seine Unterthanen, soweit sie betheiligt waren, in Strafe zu nehmen und die kaiserlichen Hauptleute bei ihren Bemühungen, allenthalben im Süden die Ordnung zu wahren oder herzustellen, zu unterstützen.[2] Gleichwohl behauptete sich Baumkircher immer noch in einer Reihe fester Burgen und Plätze, von denen aus er den Kaiserlichen zum Trotz das Land mit Plünderungszügen heimsuchte. Die Truppen, die er im Mai aus Böhmen herbeigeführt, der gleichzeitige Einbruch der Türken in Krain, der Rückhalt, den Baumkircher an seinen ungarischen Schlössern besaß,[3] wobei König Matthias ihn nur zu lange gewähren ließ, machten die Bezwingung der Empörer immer noch schwierig. Von einem Erfolge der vermittelnden Thätigkeit Rovarellas war nichts zu hören.

In der That führten auch neue Anstrengungen des Kaisers nicht zum Ziele. Während er gegen die Türken die bessere Befestigung der Städte ins Werk setzte,[4] hatte er gegen Baumkircher einen tüchtigen Kriegshauptmann, den Böhmen Holub, bisher im Dienste Herzog Ludwigs von Landshut, gewonnen. Für Rüstungen wurden die neu bewilligten Mittel der kärnthner und steirischen Geistlichkeit verwendet.[5] Ende Mai versammelte sich die Macht des Landesherrn und das Aufgebot der Stände unter der Führung Holubs vor Wildon, dessen Belagerung man begann.[6] Aber die Landherrn dienten ungern unter dem Fremdling. Baumkircher

[1] Martin Mair erzählt in einem Schreiben vom 6. Mai von zwei Niederlagen, welche die Leute Baumkirchers im März und April erlitten. Erstere wird die von Mürzzuschlag sein. Ermisch, Studien 134.

[2] Vgl. Mon. Hung., Acta extera II. 112, 138 a. a.

[3] Vgl. Höfler, Kaiserl. Buch 196.

[4] Mon. Hung., Acta extera II. 131, 138. Vgl. hinsichtlich der Maßregeln des Kaisers zum Schutze des Südens auch Chmel, Reg. II. 560, Nr. 2635 und 5636; 561, Nr. 5656. Lichnowsky, Reg. zu VII. 1348, 1356.

[5] Auf dem einen Landtage zu Völkermarkt, Mitte April, finden wir den Kaiser wieder persönlich zugegen. Chmel, Reg. II. 554, Nr. 5542—5552.

[6] Unrest l. c. Krones, Zur Geschichte der Steiermark 1462—1471, 48 ff. Über Holub s. auch Kluckhohn, Ludwig der Reiche 382. Über die Stärke der Kaiserlichen s. die Äußerung des Kaisers selbst bei Krones l. c. 49; vergl. Markgraf Albrecht im Kais. Buch 196 und Dlugosch 523.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

war stark genug, die Belagerten mit dem Nötigen zu versehen.[1] Die Einnahme der Stadt zog sich lange hinaus, zum schwersten Schaden des Landes. Als es endlich am 19. Juli zwischen größeren Abtheilungen unter der persönlichen Führung Baumkirchers und Holubs bei Fürstenfeld zu einem entscheidenden Treffen kam, errang Baumkircher, der im Laufe des Kampfes Verstärkungen erhielt, über die anfänglich glücklichen Kaiserlichen einen vollständigen Sieg. Holub sah sich nach Aufhebung der Belagerung Wildons genötigt, bis unter die Mauern von Graz zurückzuweichen.[2] Wer sollte nun den unleidlichen Vorgängen ein Ende schaffen, da des Kaisers und der Landschaften Mittel erschöpft und die Hülfeleistungen der befreundeten Reichsstände spärlich flossen? Und als die Türken, nachdem sie Kroatien plündernd durchzogen, Ende Juli zum zweitenmale in den Erblanden erschienen und ihren Raubzug bis vor Radkersburg in der Steiermark ausdehnten,[3] wer sollte helfen und wehren? Dazu galt es, im Norden die Grenze zu verteidigen: Die Hussitten eröffneten gegen den Kaiser und die österreichischen Grenzgebiete wieder den Krieg und griffen zugleich den Bischof von Passau an.[4]

So war nicht bloß jede Frucht des Regensburger Reichstages, sondern waren auch die weiteren Hoffnungen und Entwürfe einer Reichshilfe gegen Böhmen, die man daran geknüpft, infolge der Wilemower Abmachungen zerstört. Zu dem Fürstentage in Regensburg (24. April), auf dem der enge Bund zwischen dem Kaiser, Erzherzog Siegmund und den Häusern Sachsen, Bayern und Brandenburg beschlossen werden sollte, fanden sich neben dem kaiserlichen Rate, dem Grafen Haug von Montfort, nur je ein Bote von Sachsen-Thüringen und der brandenburgischen Brüder ein. Dazu aus Landshut Martin Mair, der sich freilich rühmte, von allen Fürsten des Hauses Wittelsbach und auch dem von Österreich-Tirol gesandt zu sein. Aber diese Gesamtvollmacht lautete „auf ein Hintersichbringen", so gut wie jene der anderen Gesandtschaften. Da begnügte sich Graf Haug, die Erschienenen an des Kaisers Auftrag und „was er der Sachen halb auf dem nächstgehalten Tag habe gehandelt",

[1] Unrest 563. Der Herausgeber liest: „wann der Paumkircher speist sie nicht. Destminder ꝛc.", was die Sätze völlig unverständlich macht (s. Krones, Zeugenverhör über Andreas Baumkirchers Thatenleben und Ende, Zeitschr. für die österr. Gymn., 1871, 524, Anm. 49). Es muß natürlich heißen: „wann der Paumkircher speist sie nichtdestminder". Eine Darstellung dieser Dinge mit Betonung des Wesentlichen bei Huber, Gesch. Österreichs III. 239—241.

[2] Unrest, 563. Kais. Buch 215.

[3] Gregor Heimburg im Kais. Buche 214—215.

[4] Font. rer. Austr. XX. 608, 497. Kais. Buch 203. Preuenhuber 125.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu erinnern. Dann ritt jederman wieder heim. Die Sache war völlig umsonst gewesen.[1]

Von dem Nürnberger Reichstag, der nun nachfolgen sollte, verlautete überhaupt nichts. Erst als der Termin (11. Mai) lange vorüber war,[2] wurde der Tag von dem Legaten Laurenz im Namen von Papst und Kaiser auf den 24. Juni[3] und wieder vom Kaiser selbst auf den 29. September hinausgeschoben.[4]

So hatte der Kaiser vorerst jeden Gedanken an Hülfe vom Reiche aufgegeben, als eine Botschaft des Ungarkönigs und des Legaten Rovarella unter der Führung des Erzbischofs von Gran bei ihm in Graz erschien. Sie brachte die Meldung, daß König Matthias soeben neue Kriegsmittel von den Ständen Mährens und Schlesiens erlangt habe. Zugleich stellte der König unter vielerlei Zusagen dem Kaiser die Alternative, gleichfalls gegen Böhmen Hilfsgelder zu bewilligen oder auf die Beendigung des Krieges bedacht zu sein.[5]

Es war hohe Zeit, daß der König einlenkte. Schon war in Graz die Unzufriedenheit mit König Matthias sehr groß geworden. Und am Prager Hofe ging direkt die Rede, der Kaiser gedenke, zu thun was vor ihm König Matthias gethan: sich mit Böhmen zu verständigen, um der ungarischen „Freundschaft" los zu werden.[6]

Das Verhalten des Königs Matthias in der Baumkircherfehde, an sich widerspruchsvoll und deshalb von Zeitgenossen und späteren verschieden beurtheilt, wird verständlich, wenn man auch hier auf die verschiedenen Ziele der ungarischen Politik zu verschiedenen Zeiten gebührend Rücksicht nimmt. Vor dem Tage von Wilemow gegen den Kaiser bundestreu und daher ein Feind des Aufstandes, hatte der König im Februar dem Baumkircher befohlen, von dem damals kaiserlichen Güns abzulassen. Nach dem Frieden mit Böhmen zeigte er sich dagegen Matthias den Vorgängen in Österreich gegenüber gleichgültig. Ja der Kaiser hatte bald

[1] Die bezüglichen Aktenstücke aus der ansbacher Kanzlei, jetzt im Bamberger Kreisarchiv (die Briefe Markgraf Albrechts an seinen Bruder Friedrich vom 19. April und 8. Mai und die Denkschrift Albrechts an ebendenselben über die allgemeine Lage), habe ich nun Font. rer. Austr. XLVI. 95—104 publiziert.

[2] Die sächsischen Herren z. B. erhielten die Absagen erst am 26. Mai. Vgl. das Schreiben der Herzöge vom 27. Mai nach München bei Ermisch, Studien 135 bis 136, Beil. 16.

[3] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 288.

[4] Der Kaiser am 19. Mai an Kurfürst Ernst von Sachsen. Dresdner Archiv, und Weimarer Archiv, Reg. E fol. 9.

[5] Font. rer. Austr. XX. 600, Nr. 493.

[6] Heimburg am 4. Juli. Höfler, Kais. Buch 202 ff.

mehrfachen Grund, ſich zu beklagen. Der König that nichts, um im Mai Baumkirchers Zug von Mähren nach dem Süden zu verhindern; er überſah es ebenſo, daß ungariſche Unterthanen den Empörern Beiſtand leiſteten.[1] So blieb es, obwohl der Kaiſer nicht unterlaſſen hatte, dem König deswegen durch den Biſchof von Lavant Vorſtellungen zu machen. Ebenſo umſonſt hatte ſich Legat Laurenz auch in dieſer Hinſicht Mühe gegeben.

Solange die politiſche Lage nicht geklärt war, blieben die Verlegenheiten des Kaiſers dem König Nebenſache, ja ſie waren ihm vielleicht ſogar willkommen.

Anders jetzt (Juli-Auguſt). Die Niederwerfung des Aufſtandes ſchien Vorbedingung für die Beſänftigung des kaiſerlichen Hofes wie für ein kräftigeres Vorgehen des Kaiſers gegen Böhmen. Jetzt lag ein Einſchreiten des Königs in Inneröſterreich auch in ſeinem eigenen Intereſſe. Unter der Vermittlung des Erzbiſchofs von Gran wurde daher gleich nach dem Treffen bei Fürſtenfeld ein achttägiger Waffenſtillſtand mit Baumkircher abgeſchloſſen und, weil ſich die Verhandlungen raſch ausſichtsvoll geſtalteten, noch weiter verlängert.[2]

Aber nicht bloß die Bezwingung Baumkirchers mit ſeinen Genoſſen, ſondern deſſen aufrichtige Verſöhnung und die Wiederherſtellung des alten Dienſtverhältniſſes hatten die Unterhändler im Auge. „Baumkircher wird kaiſerlich um Geld und vielleicht Grafenecker ungariſch; alſo ſpielt man in dem Steierland", ſchreibt bald Gregor Heimburg aus Prag, voll Mißbehagen über dieſe Wendung der Dinge.[3] Soweit kam es nun nicht, obwohl, wie es ſcheint, auch die Venezianiſche Botſchaft, die in Graz „Wege vornehmen" ſollte, „dadurch den Türken Widerſtand mag (ge)than und ſolche Einzüge und Kriege, ſo aus dem Königreich Ungarn geſchehen, gewendet werden",[4] mit am Werke half. Immerhin ward die Baumkircherfrage bis in den November hinein zur Ruhe gebracht.[5]

Daneben erfolgte volle Verſtändigung in allen andern Fragen. Seit dem Aufenthalte des Kaiſers in Venedig dauerten mit der Republik betreffs gemeinſamer Abwehr der Türkengefahr Verhandlungen, welche

[1] Mon. Hung., Acta extera II. 125. Bericht des mailändiſchen Geſandten vom 1. Juli. Wenigſtens hinterher hat der Kaiſer direkt behauptet, König Matthias habe Baumkircher mit einer beträchlichen Geldſumme unterſtützt. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 73.

[2] Krones, Zur Geſchichte der Steiermark 65. [3] Kaiſ. Buch 215.

[4] Mon. Hung., Acta extera II. 142. Krones l. c.

[5] Font. rer. Austr. XLVI. 668, Nr. 547.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

besonders die Signorie eifrig betrieb.[1] Nun wurden, was die Venezianer von Anfange an besonders im Auge hatten, auch die ungarischen Räte beigezogen. Das gemeinsame Interesse erschien endlich maßgebend. Man fand für gut, für die Zwecke einer großen Koalition vornehmlich der italienischen Staaten gegen die Türken den Gesandtenkongreß zu benützen, den der Kaiser vergangene Weihnachten mit Papst Paul vereinbart hatte. Am 14. August ging deshalb Johannes Hinderpach, der Bischof von Trient, mit kaiserlichen Befehlen nach Rom.[2] Am 2. September erneuerten dann Kaiser Friedrich und König Matthias von Ungarn ihr Bündnis gegen Georg von Böhmen, in das bereits auch die Herzoge Ludwig von Bayern-Landshut und Albrecht von München eintraten.[3] Die in so langer Gärung liegenden deutschen Dinge schienen endlich zur Ausgestaltung fester Verhältnisse zu führen.

In den Wochen nach Wilemow hatte König Matthias wie mit Sachsen und Brandenburg, so auch mit dem Hause Bayern Fühlung gewonnen, um so leichter, als nach der Parteistellung des Landshuter Hofes seit Beginn 1468 hier freundliches Entgegenkommen sicher war. Bayern-Landshut legte aber auf das Einvernehmen mit dem Kaiser, zu dem es endlich gelangt war, zu viel Gewicht, als daß es einseitig einen Schritt gethan hätte. Auch Herzog Ludwigs Verhältnis zu den sächsischen Herren hatte sich in den letzten Monaten wirklich intim gestaltet.[4] So wollte man in Landshut auch auf Sachsen jede Rücksicht nehmen. Das alles ward ungarischerseits in Ordnung gebracht.

Mit dem Kaiser war Herzog Albrecht von Sachsen, damals am kaiserlichen Hofe weilend, völlig für die Pläne des Oheims und des verbündeten Ungarn gewonnen.[5] Um die Gunst von Albrechts Mutter, der Schwester des Kaisers, bemühte sich König Matthias noch besonders.[6] Schon am 8. Juli hatten die Häuser Sachsen — ohne Wilhelm von Thüringen — und Bayern, auch Friedrich von der Pfalz, ein Defensiv-

[1] Mon. Hung., Acta extera II. 112 ff., 119 ff., 124, 140 ff. Krones, Zur Geschichte der Steiermark 62, Nr. 34.

[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1385. [3] Ebendort Nr. 1390.

[4] Die darüber vorhandenen bezeichnenden Korrespondenzen des sächs. Hauptstaatsarchives veröffentlichte bereits Ermisch, Studien 133—136, Nr. 12—16. Nun auch Script. rer. Siles. XIII. 8—9, Nr. 11. Danach stand eine direkte Teilnahme Sachsens am Kriege gegen Böhmen in Aussicht.

[5] Der Beleg liegt in seiner nachherigen Sendung ins Reich. Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 9.

[6] Vgl. sein Schreiben an die Herzogin-Witwe Margaretha vom 25. Juni 1469 bei Langenn, Albrecht der Beherzte 515—516.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bündnis geschlossen.[1] Die sächsischen Herzoge schieden endgültig aus der Vertrauensstellung zu den Hohenzollern aus und nahmen ihren Platz an der Seite der Wittelsbacher.

Am 17. Juli 1469 sandten die Herzoge Ludwig von Landshut, Albrecht von München und Pfalzgraf Friedrich ihre Botschaften zu König Matthias, wie dieses der König gewünscht hatte. Ihre Anträge waren: Freundliche Einung auf Lebenszeit und Bruch mit „Girsik", doch ohne die Verpflichtung, dem Ungarkönig im gegenwärtigen Kriege mit Böhmen und sonst Hilfe zu leisten; werden sie aber von Girsik überzogen, so nimmt sich König Matthias ihrer an und sollen sie an seiner Seite den Krieg gegen Böhmen durchführen.[2] Die Anträge besagten nicht gar viel. Aber König Matthias half sich. Die Basis für die engere Vereinigung der Wittelsbacher mit Ungarn ward sein böhmischer Königstitel und die Absetzung König Georgs durch den Papst. Als Träger der böhmischen Königskrone vereinbarte König Matthias mit Bayern am 1. September die Aufrechterhaltung der freundnachbarlichen Beziehungen, welche die alte Einung mit Böhmen besagte.[3] So gewann er die Anerkennung seiner neuen Würde. Und daß Landshut und München zu Verpflichtungen darüber hinaus bereit waren, beweist der in jenen Tagen ausgesprochene Gedanke, Herzog Albrecht von München bis zur Entscheidung des Streites der beiden Könige zum Gubernator des Königreiches Böhmen zu erheben.[4]

So gab es endlich im deutschen Reiche eine Partei mächtiger Fürsten, die unter der Führung des Kaisers und des Königs Matthias zum Kampfe gegen Böhmen bereit schien, und war die Vereinigung der mit Böhmen sympathisierenden Häuser Brandenburg und Sachsen (ältere Linie) gelöst. Ja es galt für unmöglich, daß Brandenburg und Thüringen zurückblieben. Schon jetzt wurde in Graz vereinbart: Wer von den Fürsten der Krone Böhmen nahegesessen sei, wie die jüngeren sächsischen Herzoge und Markgraf Albrecht, sollte gegen die Türken helfen, die anderen, wie Herzog Wilhelm von Thüringen und Kurfürst Friedrich von Brandenburg, gegen Böhmen. Dies zu erreichen, übernahm neben dem Grafen

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 664—667, Nr. 545. Bezügl. des Pfälzers siehe Kremer, Urkunden zur Geschichte Friedrich des Siegreichen 398—401. Menzel, Reg. zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen in „Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte" II. 443—445.

[2] Font. rer. Austr. XX. 600—601, Nr. 495.

[3] Die Urkunde bei Kremer, Beil. 401—403, Nr. 145. Vgl. Fontes rerum Austriac. XX. 600—601, 494.

[4] Vgl. Riezler, Geschichte Bayerns III. 438—439.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Haug von Montfort Herzog Albrecht von Sachsen die Mission. Der Kaiser und Albrecht beriefen die betreffenden Fürsten auf den 11. Oktober nach Naumburg. Der Nürnberger Reichstag ward darüber endgültig fallen gelassen.[1]

Der Kaiser übernahm aber auch wieder für den Krieg gegen Böhmen persönliche Verpflichtungen. Für den 4. Oktober wurde ein Landtag des Erzherzogtums Niederösterreich nach Wien einberufen, auf dem auch das Land Ob der Enns vertreten sein sollte. Kaiser und König gedachten, in eigener Person die Stände zu beträchtlicher Anspannung ihrer Kräfte zu vermögen. Bei diesem Besuche des Königs wollte man sich auch sonst in allen Fragen benehmen.[2] Ja es verlautete, daß, um das Verhältnis der beiden Fürsten möglichst innig zu gestalten, der Ungarkönig als Bewerber um die Hand der Kaisertochter Kunigunde, freilich damals noch ein Kind, auftreten wolle.

Seine Dinge gingen, schien es, durchaus nach Wunsch. Gerüchte über Bewegungen in Ungarn gegen König Matthias, die man in Prag gerne glaubte, erwiesen sich als übertrieben. Der König stand dort so fest als jemals, wenn man auch gegen ihn zu schüren suchte. Die Heerfahrt König Kasimirs gegen Siebenbürgen, welche die Polen in ihrer großsprecherischen Weise hatten hoffen lassen, blieb aus sowie der Zuzug böhmischer Truppen.[3] Auch der Versuch König Georgs, der von der gegen ihn eingeleiteten diplomatischen Aktion — vielleicht wieder durch Markgraf Albrecht — Kenntnis gewonnen hatte, eine neue Einung mit den Häusern Brandenburg, Sachsen und Hessen aufzurichten, mißlang, obwohl der König den Bündnern gönnen wollte, „Papst, Kaiser und diesen Krieg, den er jetzund zu schicken habe", auszunehmen.[4]

Aber König Georg blieb aufrecht auch zu dieser Zeit.

Hinter den Einladungen her hatte sich Graf Haug persönlich an die einzelnen Höfe begeben. Trotzdem standen die Aussichten des Tages von Naumburg ungünstig. Markgraf Albrecht, der sich mit anderweitigen Weisungen des Kaisers zu entschuldigen vermochte, war ebenso wie sein Bruder Kurfürst Friedrich entschlossen, fern zu bleiben. Von

[1] Ergiebt sich aus dem Schreiben Albrechts von Brandenburg an Herzog Wilhelm von Sachsen vom 25. Oktober 1469. Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 98. Vgl. auch Kluckhohn, Ludwig der Reiche 289, Anm. ***

[2] Font. rer. Austr. XLIV. 668, Nr. 547. Vgl. Chmel, Reg. II. 565, Nr. 5711. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1393.

[3] Kaiserl. Buch 214, Nr. 108.

[4] Nach den Mitteilungen Markgraf Albrechts an Herzog Wilhelm. Font. rer. Austriac. XLVI. 108, Nr. 89.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den sächsischen Herren war Herzog Wilhelm schon über die Form der Einladung wenig erbaut.[1] Zum Glück teilte man am kaiserlichen Hofe der Naumburger Versammlung bald eine andere, geringere Aufgabe zu: die kaiserlichen Kommissäre sollten nun die Fürsten bloß zu einer persönlichen Zusammenkunft mit dem Kaiser nach Wien bewegen.[2]

Neue Schwierigkeiten, wir wissen nicht ob aus der geforderten Bewilligung der österreichischen Lande oder aus anderen Ursachen entspringend, hatten sich zwischen dem Kaiser und König Matthias ergeben. Die projektierte persönliche Zusammenkunft der Herrscher war verschoben worden.[3]

Aber auch in militärischer Hinsicht hielten sich die Kräfte beider Parteien in der Krone Böhmen die Wagschale. Wieder hatten beide beträchtlichen Gewinn und empfindliche Verluste zu verzeichnen. So wurde Herzog Viktorin am 24. Juli in dem mährischen Städtchen Wesseli von den Ungarn gefangen.[4] Das Ereignis traf König Georg auch persönlich schwer. Aber die Entfernung des oft voreiligen Prinzen, für den Heimburg seine „Kunst des Kriegshandwerkes" vergebens geschrieben, bedeutete für Georgs Sache eher einen Gewinn als einen Verlust. Neue Scharen, die König Matthias noch im Oktober aus Ungarn herbeizog, änderten an der Sachlage nichts mehr, da Podiebrad auch jetzt mit seinen wohlgeschonten Mitteln den Gegnern gewachsen blieb. Einem Versuche der Ungarn, auf Prag zu ziehen, setzte König Georg eben wieder ein allgemeines Aufgebot entgegen, das ihm rasch überlegene Streitkräfte zuführte.[5]

Immer noch war die Erbitterung beider Parteien weit größer, als ihre Ermüdung. Die Vergeblichkeit der bisherigen Anstrengungen,

---

[1] Vgl. darüber Bamb. Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 93 ff.

[2] Ein Teil der bezüglichen Schriftstücke in Fontes rer. Austr. XLVI. 105 ff.

[3] Bamb. Archiv l. c. fol. 105, nun gedruckt Font. rer. Austriac. XLVI. 110, Nr. 92. Ich möchte aber jetzt den Zettel für eine Beilage zu einem Schreiben an Herzog Wilhelm vom Anfang Oktober halten (vor dem Naumburger Tage, 11. Okt., der noch als in Aussicht stehend erscheint, geschrieben). Vgl. ferner den protokollierten Bericht über den Tag im München. kgl. allgem. Reichsarchiv (mitgeteilt von Prof. von Höfler).

[4] Darüber liegen vielfache Nachrichten vor. Vgl. jetzt auch Script. rer. Siles. XIII. 7—8, Nr. 10. Als jene, die Viktorin gefangen nahmen, nennt König Matthias in einer Verleihung vom folgenden Jahre den Ladislaus von Madach und Kaspar von Janossy. Teleki XI. 426—423. Eine eigenartige Apologie Herzog Viktorins bringt der gleichzeitige Philosophendekan der Prager Universität Mag. Wenzel von Chrudim, im Lib. decanorum. Vgl. Mon. Univ. Prag. II. 105—114.

[5] Höfler, Kais. Buch 218.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

das ersehnte Ziel ganz zu erreichen, führte noch nicht dazu, es aufzugeben. Während der Ungarkönig ingrimmig auf die Bündner schalt, daß sie ihre Verpflichtungen nicht erfüllt, und in rücksichtsloser Weise daran ging, sie dazu zu drängen, strebte der Böhmenkönig schon wieder einem in die Ferne reichenden Plane nach, um sich des gefährlichen Gegners zu entledigen. Der Gedanke einer Hereinziehung jener Macht, die er bisher immer zurückgewiesen, in die deutschen Händel, des mächtigen Burgund, war in König Georg lebendig geworden. Freilich zu einer Zeit, in der neue Beziehungen des Hauses Österreich zu Herzog Karl die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn gelenkt hatten. Das führt zur Betrachtung der Dinge im Westen des Reiches.

Elftes Kapitel.

Kaiser Friedrich und die Angelegenheiten des deutschen Südens und Westens. Neue Ziele der Reichspolitik 1470. Der Herzog von Tirol und die Eidgenossen. Burgund und Vorderösterreich. Die Verträge von Saint Omer, ihre Bedeutung und ihre ersten Folgen.

Kaiser Friedrich hatte in langen Regierungsjahren erfahren, daß Wunsch und Gebot des Reichsoberhauptes fast nichts galten, wenn ihnen nicht der Wille oder das Interesse der Reichsstände entgegenkamen. Die Macht aber, sie zu zwingen, fehlte in den meisten Fällen. Des Kaisers Grundsatz war bekanntlich, nüchtern die Thatsachen zu berechnen, das Unabänderliche mit Gleichmut hinzunehmen. War so seine Thätigkeit in den Angelegenheiten des Reiches selten groß, wenn er in seinen Erblanden im Frieden saß, so bedurfte es, ihn in den Tagen von Kampf und Not in Österreich zum Eingreifen in die deutschen Verhältnisse zu vermögen, doppelt starken Antriebes.

Er ist mehrfach in den Jahren 1467—1470 eingetreten. Die Händel, die damals den Norden, Nord- und Südwesten des Reiches erfüllten, — auch Hessen[1] und die Mainlande hatten ihren Antheil —, boten nicht allein ein trauriges Gegenbild zu jenen Friedensverhältnissen, welche das kaiserliche Landfriedenspatent vom 20. August 1467 dem Reiche sichern wollte, sondern berührten zum Teile auch den Kaiser persönlich oder griffen in die Interessensphäre des habsburgischen Hauses.

[1] Chr. Rommel, Gesch. von Hessen III. 1 (Kassel 1827), 37 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Für einen Realpolitiker, wie dies Kaiser Friedrich war und nach der ganzen Lage der Dinge sein mußte, waren das weit mächtigere Beweggründe zum Handeln, als sein Pflichtgefühl als Haupt des Reiches und als Schirmer des Friedens.

Das Vorgehen des Kaisers war dementsprechend in den einzelnen Streitfällen und Fehden sehr verschieden. Wie im Streite um Preußen oder Pommern, so begnügte sich Friedrich, als die Brüder von Hessen heftig aneinander gerieten, seinen und des Reiches Willen kund zu thun[1] und seinen Standpunkt zu wahren. Auch als es zwischen Erzbischof Ruprecht von Köln und seinen Gläubigern der schweren Schuldenlast wegen, welche Ruprecht von seinem Vorgänger und dem Kapitel hatte übernehmen müssen, zu harten Zwistigkeiten gekommen war, zeigte der Kaiser zunächst wenig Interesse für den ärgerlichen Handel. Aber das änderte sich, als (Ende 1468) der Pfalzgraf, dem Friedrich trotz allem niemals hold war, sich in den Handel mischte und als Vermittler, ja auch mit gewaffneter Hand in den Streit eingriff.[2] Höchlich verdroß es den Kaiser, daß sich während seiner Abwesenheit in Italien der Kurfürst als Reichsverweser aufspielte, um in dieser Eigenschaft sein Eingreifen in die Kölner Händel zu rechtfertigen, und mehr als je fühlte er sich seitdem versucht, dem trotzigen Pfälzer bei günstiger Gelegenheit Schranken zu ziehen.[3]

Noch ungleich mehr erschienen aber dem Kaiser die damaligen Vorgänge im Erzstifte Mainz, dann am Bodensee und Oberrhein von Wichtigkeit, wo wieder einmal sein Vetter von Tirol und die Eidgenossen aneinander geraten waren. Hier standen ja Partei- und Hausinteresse auf

---

[1] Bezüglich Heinrichs und Hermanns von Hessen s. Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins IV. (Düsseldorf 1858), 447—449 Nr. 358. Vertr. vom 11. April 1472. Die Teilungsverträge zwischen Ludwig und Heinrich bei Kopp, Bruchst. zur Erläuterung der teutschen Geschichte und Rechte II. 1—82. Vgl. auch die hessische Chronik bei F. Ch. v. Senckenberg, Selecta juris et histor. III. 426—514 und Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 255, Nr. 405, 406. Über den ganzen Streit s. noch den Artikel Heinrich (III.) v. Hessen i. d. allg. deutsch. Biogr. 11, 522—523. Ludw. am 8. Nov. 1471. Über Streitigkeiten im Hildesheimischen s. K. Baur, Geschichte von Hildesheim von dem Anfange bis zur Gegenwart, Hildesheim 1892, 43 ff. Bezügl. der Welfenlande Heinemann u. s. w.

[2] Font. rerum Austriac. XLVI. Nr. 71. Daß sich Friedrich als Reichsvikar (in Abwesenheit des Kaisers in Italien) benahm, zeigt die Urkunde v. 1. Febr. 1469 bei Th. J. Lacomblet, Urkundenb. für die Gesch. des Niederrheins IV. 432—434, Nr. 344.

[3] Vergl. bezügl. L. Ennen, Gesch. v. Köln III. 458 ff. Menzel-Schliephake, Geschichte von Nassau V. 367. Kremer, Gesch. Friedrichs d. Siegr. 413 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dem Spiele. Die Streitigkeiten der Augsburger,[1] Regensburger, Kemptener und selbst der Herren von Baden mit Eberhard von Württemberg, für die Beteiligten gewiß wesentlich und wichtig, erschienen für Friedrich daneben ohne Belang.

Zur Zeit, als Markgraf Albrecht noch an der Spitze der Vereinigung der Häuser Brandenburg, Sachsen, Hessen, Baden, Württemberg und Nassau sich der vollen Zustimmung des Kaisers zu jeder Kräftigung dieses Bundes, auf dem sein Einfluß im Süden und in der Mitte des Reiches beruhte, erfreuen konnte, hatte er den Erzbischof Adolf von (Nassau-)Mainz vermocht, den Grafen Heinrich von Württemberg, jüngeren Sohn Graf Ulrichs, zum Koadjutor anzunehmen.[2] Am 10. August 1465 übernahm Graf Heinrich das gesamte weltliche Regiment im Erzstifte, freilich mit der Verpflichtung, nun auch für die Schuldenlast desselben aufzukommen.

So sehr Kurfürst Adolf dabei zunächst das eigene Wohl und das Interesse des Erzstiftes bedenken mochte:[3] Sicher ist, daß Markgraf Albrecht mit dieser Maßregel mehr noch Kurmainz in dem von ihm geleiteten Fürstenbunde festhalten, als Württemberg gefällig sein wollte. Schon am 13. August 1465 ward eine Einung zwischen ihm, den Grafen Ulrich und Eberhard von Württemberg, Erzbischof Adolf und dem Koadjutor Heinrich unterzeichnet.[4] Aber auch der Pfalzgraf, das Haupt der Gegenpartei am Rhein, erkannte die Bedeutung des Geschehenen. Er sah darin mit Recht einen Schachzug hohenzollernscher Feindschaft gegen sich und seine Bündner. Vom Anfange an war er der entschiedenste Gegner des Koadjutors. Und er ward es um so mehr, je weniger gerade ihm die Zustände in dem benachbarten Kurfürstenthum gleichgültig sein konnte.[5] War doch die kaiserliche Partei in der nachfolgenden Zeit eifrig bemüht, mittelst Schaffung friedlicher Ordnungen, zumal im Um-

[1] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1321, 1329, 1335, 1345, 1346.

[2] Daß der Koadjutor ein Sohn Ulrichs und Bruder Grafen Ulrich des Jüngeren, des Schwiegersohnes des Ansbacher Markgrafen, war, nicht aber ein Bruder des Grafen Eberhard von Aurach, zeigt a. a. Bamb. Kreisarchiv, Reichtagsakten V. fol. 98.

[3] Menzel, Geschichte von Nassau V. 353. Adolf hat damals seine Gunst neben der Fürsorge für die geistliche Reform seiner Kirche besonders der neu erfundenen Kunst Gutenbergs zugewendet, der oft genug bei ihm auf dem Schlosse Eltville weilte. Menzel ebendort 354—355.

[4] Bamberger Kreisarchiv, Reichstagsakten V. fol. 98. Vgl. Joannis, Rerum Moguntin. script. I. 782. Stälin, Wirtemberg. Geschichte III. 552 ff. Menzel, Geschichte von Nassau V. 352 ff.

[5] Vgl. Menzel, Geschichte von Nassau III. 557—558.

fange des alten schwäbischen Herzogthums, ihr Übergewicht auch in den oberen Rheinlanden zu sichern.[1]

Die feindlichen Gesinnungen des Pfälzers traten sofort hervor, als er mit Kurfürst Adolf die Verhandlungen über ein Bündnis zwischen Pfalz und Mainz wieder aufnahm, das beide seit längerer Zeit anstrebten und auch jetzt noch wünschten. Auch Adolf war bereits mit Graf Heinrich wegen seiner unruhigen, gewaltthätigen Art unzufrieden. Als deshalb der Pfalzgraf als Vorbedingung für die Einung die Entfernung des Koadjutors forderte, ward diese am 3. März 1466 prinzipiell zugesagt.[2] Heinrich freilich weigerte sich entschieden, zurückzutreten, und so lange er an der geschlossenen kaiserlichen Partei und an dem Reichsoberhaupte selbst einen Rückhalt besaß, war seine Entfernung unmöglich.

Der Umschwung der Reichspolitik des Kaisers im Frühjahre 1467, seine Annäherung an die Wittelsbacher, wobei Markgraf Karl von Baden mit seinem ganzen Hause die Schwenkung des kaiserlichen Schwagers mitmachte,[3] brachte eine Änderung in die Sachlage. Nun vereinigten sich die alten Gegner um die Mainzer Kirche, Erzbischof Adolf und Diether von Isenburg, Graf Heinrich mit Gewalt aus dem Stifte zu weisen. Im Juli 1467, um die Zeit des Nürnberger Reichstages, wurde er von dem „alten" und dem jetzigen Erzbischofe in Aschaffenburg belagert. Hinter ihnen stand der siegreiche Pfalzgraf, stets zum Handeln bereit. Andererseits rüsteten Markgraf Albrecht von Ansbach und Graf Ulrich für Heinrich. Sie konnten sich aber rasch in Nürnberg überzeugen, daß sich im Ernstfalle die ganze Reihe der wittelsbachischen Bündner gegen sie erheben würde.[4]

Da gaben sie nach. Am 17. August 1467 kam es unter der Vermittelung Karls von Baden als Bündners beider Parteien zur Unterzeichnung eines Vertrages, in dem Graf Heinrich auf die Koadjutorschaft verzichtete und dafür die Stadt Bischofsheim nebst einer Jahresrente (von 2000 Gulden) auf Lebenszeit oder bis zur Erlangung eines Bistums zugewiesen erhielt.[5] Man wußte dafür in Stuttgart dem von

[1] Vgl. diese Reichsgeschichte I. 597 ff.

[2] Kremer, Urkunden 354 ff., Nr. 124 und 125. Gudenus, Cod. diplom. IV., Frankfurt und Leipzig 1758, 395—396, Nr. 185 mit irrigem Jahresdatum. Vgl. Menzel, Geschichte von Nassau V. 358, Anm. **.

[3] Seine Einung mit Pfalz vom 11. Juni 1467 verzeichnet K. Menzel, Reg. 434—435. Vgl. Adolfs Zusage an den Pfalzgrafen bei Gudenus, Cod. diplom. anecdot. IV. 395—397.

[4] Vgl. dazu Font. rer. Austr. XLIV. 633—634, Nr. 518.

[5] Die bezügl. Urkunden bei Gudenus, Cod. diplom. anecd. IV. 402—403

Baden wenig Dank. Das hinderte aber nicht, daß (am 14. November 1467) auch Graf Eberhard der Ältere von Urach sich mit dem Pfalzgrafen in eine Einung begab (zunächst auf fünf Jahre), in der er seinerseits außer Papst und Kaiser nur seine Vettern von der Stuttgarter Linie, die Ritterschaft von St. Georgen Schilde und die Reichsstädte Ulm und Reutlingen ausnahm.[1]

Die Auflösung der großen von Markgraf Albrecht geleiteten Fürstengruppe infolge der Abwendung Kaiser Friedrichs von den Hohenzollern war bis zum Spätjahre 1468 soweit vorgeschritten, daß im Osten nur noch Wilhelm von Thüringen, im Westen Graf Ulrich von Württemberg mit ihm in engerer Fühlung stand. Als dann aber der enge Anschluß der Reichsobergewalt an die Wittelsbacher, so sehr er erwartet wurde, doch nicht erfolgte, blieb auch der Rückschlag nach der anderen Seite nicht aus. Da die alten großen Parteien aufgelöst waren und keine gesunde Neuorganisation nachgefolgt war, trat ein allgemeines politisches Schwanken ein und damit sofort das selbstsüchtige Emporstreben Einzelner, die aus der Gunst der Verhältnisse zu gewinnen strebten. Hierher müssen die Versuche des Pfälzers gerechnet werden, sich durch neue Bündnisse mit einstigen Gegnern zu stärken, auch die Bemühungen Ludwigs von Landshut, Nürnberg zu einem engen Bunde zu bewegen.[2] Dort im Osten leisteten die böhmisch-deutschen Wirren dem Bestreben der jungen sächsischen Herzöge Vorschub, in den Schlicken, Steinbachen u. A. immer weiteren Einfluß auf böhmischem Boden zu gewinnen, während Markgraf Albrecht die Pfandherrschaft über Eger wieder aufgeben mußte.[3] Noch schlimmer aber war es, daß wesentlich der Wandel der allgemeinen Verhältnisse — die letzte Veranlassung war ja geringfügig — die so lange befreundeten Herren von Urach und Baden erst in erbitterten Schriftwechsel,[4] dann in blutige Fehde miteinander brachte, die rasch weitere Kreise zu ziehen drohte.[5]

(Heinrichs Abdankung). Vergleiche ebendort 403—405 (Ermahnung des Papstes an Heinrichs Vater, Grafen Ulrich).

[1] Die Urk. bei Kremer 387—390, Nr. 139; Beibrief 390—391, Nr. 140 vom 16. Nov. Die Einung wurde erneuert (auf zehn Jahre) am 18. Nov. 1469, ebendort 404—406, Nr. 147.

[2] Fontes rer. Austr. XLVI. 104—105, Nr. 83; vgl. ebendort 47, Nr. 39.

[3] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 74—75, Nr. 63. Bezüglich Sachsens ebendort 116—118, Nr. 98 a. a.

[4] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1373.

[5] Sattler, Geschichte Württembergs unter den Grafen IV. 80 ff. Stälin, Wirtembergische Geschichte III. 585 a. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hier griff der Kaiser ein. Der ganze Gang der Dinge im Osten wie im Westen war ihm zuwider und bedenklich. Er beauftragte daher (im Frühjahre 1469) den Markgrafen Albrecht von Brandenburg, später auch seine Räte, die Grafen Haug von Montfort und Hans von Eberstein,[1] in der badisch-württembergischen Streitsache mit der Vermittelung.

Ein Tag zu Gmünd (13. Juli) brachte aber bloß einen Stillstand bis Sonntag nach Michaelis (1. Oktober), während welcher Zeit neue Tage zu Hall und Pforzheim vor dem Markgrafen folgten.[2] Er erwog auch schließlich beide Parteien zu der Zusage, die ihnen übergebenen kaiserlichen Gebotsbriefe und Ladungen zu befolgen.[3] Aber nicht dadurch, sondern durch den Pfalzgrafen, der sich gleichfalls der Sache angenommen, kam es zu einer Beendigung des Streites. Nach schwieriger Verhandlung, die Friedrich zu Beginn Oktober mit den Vertretern beider Häuser zu Maulbronn hatte,[4] wurde am 17. Oktober der Vertrag zu Bretten unterzeichnet, der den streitenden Fürsten den Wiederabschluß einer freundlichen Einung mit einander zur Pflicht machte. Im Übrigen wurde die Freilassung der Gefangenen und die Restituirung Diethers von Gemmingen zugestanden. Alle anderen Streitfragen sollten von dem Kaiser entschieden oder durch einen Spruch des Grafen Jos Nikolaus von Zollern erledigt werden.[5]

Der Kaiser war darüber keineswegs erfreut. Gerade das Verlangen, den ohnehin übermächtigen Pfalzgrafen nicht in Süddeutschland das Schiedsrichteramt ausüben zu lassen, hatte ihn ja bewogen, sich des Handels so sehr anzunehmen und eine Ausgleichung selbst auf Kosten des Naumburger Tages zu betreiben. Mit Rücksicht auf den Pfälzer war offenbar Markgraf Albrecht, der doch Württemberg ungleich näher stand, als der Gegenpartei, zum kaiserlichen Kommissär bestellt worden. An seiner steten Eifersucht gegen den Pfälzer war ja nicht zu zweifeln. Daneben freilich wollte der Kaiser die verwandten und befreundeten Häuser Württemberg und Baden wieder enger an sich ketten. Auch das

[1] Münchn. allgem. Reichsarchiv. Akten des Naumburger Tages.

[2] Albrechts Schreiben an den Kaiser vom 24. September in Font. rer. Austr. XLVI. 107—108, Nr. 88. Jenes an Albrecht von Sachsen vom 22. Sept. ebendort 104—106, Nr. 85; dort auch andere bezügliche Schriftstücke.

[3] Vgl. Albrechts Instruktion für seinen Gesandten an Herzog Wilhelm von Sachsen. Ebendort 109—111, Nr. 91.

[4] Ebendort 109.

[5] Sattler, IV. 83. Menzel, Regesten 443—444. Über diese und andere Fragen sucht man bei R. Feeser, Friedrich der Siegreiche, Neuburg 1880, umsonst Bescheid.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Verhältnis zu seinem Vetter von Tirol hat er in diesen Tagen eifrig gepflegt.[1]

In Naumburg sprach am 11. Oktober zu den Räten von Kursachsen und Brandenburg, Markgraf Albrechts und Herzog Wilhelms Graf Haug von Montfort allein. Von den beiden andern kaiserlichen Kommissären war der Bischof von Augsburg nicht einmal zu der Vorbesprechung nach Regensburg gekommen, Herzog Albrecht von Sachsen dort geblieben und in Naumburg nur durch Räte vertreten. Montfort verlangte von den Anwesenden, sich zu verpflichten, daß ihre Herren sicher zu Dreikönige 1470 bei dem Kaiser in Wien sein würden; viele wichtige Dinge gäbe es da mit den Fürsten zu erörtern, während es doch dem Kaiser unmöglich falle, die Erblande zu verlassen. Es gelang Graf Haug trotz alles Drängens nicht, die Gesandten zu solcher Zusage zu bewegen.[2]

Aber seine Reden beweisen, daß es dem Kaiser in der That sehr ernstlich darum zu thun war, mit den geladenen Reichsfürsten ein Einvernehmen zu gewinnen. Als Ursache wird man vor allem die Besorgnis anzusehen haben, in ein Abhängigkeitsverhältnis dem neu verbündeten Ungarkönig gegenüber zu geraten. Ja es scheint, daß er bei der Rücksichtslosigkeit des Königs ähnliches schon jetzt empfand. Aber ebenso sicher wirkten auch die Lage und die neuen Beziehungen, die sich sein Vetter, Sigmund von Tirol, am Oberrhein geschaffen hatte, auf den Kaiser ein. Weitausgreifende Aussichten für den Kaiser und sein ganzes Haus, bei deren Verwirklichung eine Anteilnahme und Zustimmung der hervorragendsten Fürstenhäuser des Reiches zum mindesten sehr wünschenswert war, standen damit im Zusammenhange.

Der scharfe Gegensatz zwischen den Eidgenossen und dem Hause Österreich trat, wie seit der Entstehung des Schweizerbundes überhaupt, so auch im 15. Jahrhundert hervor und führte immer wieder zu feindseligen Zusammenstößen. Er beruhte vor allem darauf, daß in beiden die großen Prinzipien, welche zur Zeit mit einander im Kampfe lagen, bürgerlich-bäuerische Autonomie und fürstlich-ständischer Absolutismus in besonderer Vollkommenheit vertreten waren. Die Organisation der Schweizer Bauern- und städtischen Gemeinwesen gönnte der Geltung und Bedeutung des Individuums in damals unerhörtem Grade Raum. Indem sie sich somit in sehr früher Zeit zu einer Art Verkörperung des

[1] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1386, 1387, 1398.

[2] Bericht über den Tag in München allgem. Reichsarchive (nach der Darstellung des kurf.-sächs. Gesandten?).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

modernen Staatsgedankens, freilich mit sehr wesentlichen Mängeln, erhoben,[1] besaßen sie, von der Gunst mancherlei anderer Umstände ganz abgesehen, über das stärkste und lange Menschenalter hindurch vorzüglich geleitete Fürstenhaus Deutschlands eine unbestreitbare Überlegenheit, welche die Söhne der Berge in rücksichtslosester Weise auszunützen gewohnt waren. Auch Erzherzog Sigmund von Österreich-Tirol, seit 1439 Erbherr der habsburgischen Vorlande, wußte gleich seinem Vater Friedrich IV. davon genug zu sagen. Wie diesem den Aargau und anderes, so hatten sie ihm selbst den wichtigen Thurgau weggenommen, als er von Papst Pius II. im Verlaufe seines Streites mit N. Cusa, dem Kardinalbischof von Brixen, mit dem Banne der Kirche belegt und als zur Regierung unfähig erklärt worden war. Sigmund hatte schließlich, da seine Mittel versagten, mit den Eidgenossen einen Waffenstillstand eingehen und alles Eroberte in ihren Händen lassen müssen. Aber trotzdem und obwohl Österreich westwärts vom Oberrhein und Bodensee nichts mehr als das Frickthal besaß, hörte die Bedrohung seitens der Eidgenossen nicht auf. Haß und Mißtrauen, und ein wirres Durcheinander alter und neuer Rechtsansprüche häuften Störung auf Störung.[2] Schon 1464 drohte neuer Krieg,[3] und unablässig gab es Händel auch mit dem „grauen Bunde" im Engadin[4] und den Appenzellern, Sigmunds nächsten Nachbarn, die in ihren Bestrebungen gegen Österreich nicht mit Unrecht moralische und selbst materielle Förderung von den Eidgenossen hoffen durften.[5]

Aber der Antrieb zu immer neuen Feindseligkeiten kam auch von

[1] Das Detail darüber liegt nahe, gehört aber nicht hierher. Die durchgreifende Verschiedenheit der helvetischen Freistaaten und der Republiken des Altertumes erhellt bereits unwiderleglich aus der Verschiedenheit des Verfassungsprinzipes und der gesellschaftlichen Organisation.

[2] Vgl. darüber zuletzt A. Huber, Österreichische Geschichte III. 186—187, wo sich auch die sonstige Litteratur genannt findet, und Oechsli, die Beziehungen der schweizerischen Eidgenossenschaft zum Reiche bis zum Schwabenkriege, Polit. Jahrb. der schweiz. Eidgen., herausgeg. von Hilty, V. 1890.

[3] Vergl. K. Schröter, der Anschlag der Berner auf Rheinfelden. Archiv für Schweiz. Gesch. I (1843). G. M. v. K., Die Eidgenossen gegenüber der Gesellschaft vom St. Georgenschild u. s. w. 1464—1465. Anzeiger für Schweiz. Geschichte und Altertumskunde 14 (1868), 109. J. Dierauer, Geschichte der Schweiz. Eidgenossenschaft II. (Gotha 1892), 15. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 891.

[4] Vergl. dazu jetzt auch P. von Planta, Chronik der Familie von Planta, Zürich 1892, S. 73 ff., 80 ff.

[5] Darüber bringen und verzeichnen vielfaches Material Chmel, Mat. II. 283 ff. und Diplomat. Habsb. in Fontes rer. Austr. 2. Abteil. II. 155 ff., 163 ff. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 988, 989, 991, 1019, 1165, 1169.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der andern Seite. So oft und schwer die österreichischen Herzöge die Übermacht der Schweizer gefühlt hatten: zu einem Verzicht auf ihre Rechte und Besitzungen waren sie niemals zu bringen gewesen. Zwischen Österreich und dem Bunde gab es ja wohl öfter langjährigen Stillstand, aber nie einen Frieden mit endgültiger Anerkennung der seit 1309 jenseits des Rheins und Bodensees erwachsenen Rechts- und Besitzverhältnisse. Wenn sich aber das Haus Österreich förmlich von Rechtswegen vorbehielt, zu günstiger Stunde die anderthalbhundertjährige Entwickelung und selbst den Bestand der Eidgenossenschaft zu verneinen, zwang es nicht eben dadurch den Gegner, unablässig für seine Sicherheit besorgt zu sein und namentlich jeden Machtzuwachs Österreichs mit scheelen Augen anzusehen?

Noch weiteres trat hinzu. Die Abneigung des Herzogs von Österreich wurde auf das leidenschaftlichste mitempfunden von der vorderösterreichischen und der verbündeten Ritterschaft, die auf so vielen Schlachtfeldern vor dem Gewalthaufen der Bauern den Kürzeren gezogen hatte und so manche ihrer Besitzungen und Burgen in ihren Händen sah.[1] Auch sie gab sich noch nicht besiegt: In den Bergen wohl, hieß es in ihren Reihen, sei es unmöglich, gegen die Eidgenossen aufzukommen, aber kämen sie nur in die Ebene heraus, so wollte man rasch ihrer Unbesiegbarkeit ein Ende machen. Daß Ritterheere einer Fußtruppe im Kampfe nicht mehr gewachsen seien, war trotz aller Erfahrungen dem stolzen Adel bislang unfaßbar. Um so weniger fand man einen Grund, dort, wo man sich sicher wähnte, den alten Groll zu unterdrücken. Die Ritterschaft des obern Elsaß und im Sundgau wetteiferte förmlich mit jener vom Hegau und Klettgau darin, die Eidgenossen durch Plackereien mancherlei Art zu ärgern und zu schädigen, und dies um so mehr, als wie bemerkt, auch die Schweizer es an immer neuen Übergriffen und Feindseligkeiten nicht fehlen ließen.[2]

So konnten jeden Augenblick neue Kämpfe ausbrechen, zumal es nicht an einem besonderen Anlasse fehlte. Sowie vordem Schaffhausen,

[1] Der schlimmste Gegner, namentlich der Schaffhausener, war der Ritter Pilgrim (Pilgeri, Bilgeri) von Heudorf. Vgl. Th. von Liebenau, Pilgrims von Heudorf Streit mit den Eidgenossen. Anz. f. schweizer. Gesch. IV. (1882) 34. G. v. Wyß, Bilgeri von Heudorf. Allgem. deutsche Biogr. XIII. 502.

[2] Vergl. dazu im allgemeinen jetzt H. Witte, Zur Geschichte der Entstehung der Burgunderkriege. Prog. des Gymnas. zu Hagenau 1885, 2 ff. und Dierauer, Gesch. der Schweiz. Eidgenossen. II. 155 ff., wo auch (zum Teil) die Spezialliteratur. Die bezüglichen Klagen des Herzoges an den Kaiser (gehören in das Frühjahr 1468) bei Chmel, Diplom. Habsb. in Font. rer. Austr. II. 148—151.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

so hatten Anmaßungen der Ritterschaft im Jahre 1466 die seit den Tagen Kaiser Rudolfs freie Reichsstadt Mülhausen i. E., welche von österreichischen Besitzungen rings umschlossen war, in den Bund der Eidgenossen getrieben.[1]

Für die Eidgenossen bedeutete dieses Bündnis einen Erfolg, der nicht hoch genug angeschlagen werden konnte. Mitten im feindlichen Gebiete hatten sie ohne Schwertstreich eine starke Festung, ja geradezu eine dominirende Stellung gewonnen![2]

Nun hatte Herzog Sigmund noch eben (am 29. Mai) unter der Vermittelung Herzog Ludwigs von Bayern-Landshut, Diethers von Isenburg und anderer Fürsten, dann der Boten von Nürnberg, Straßburg, Augsburg, Ulm und Konstanz mit den Schweizern die Waffenruhe erneut.[3] Um so unangenehmer, unerträglicher erschien ihm dieser Verlauf der Mülhäuser Angelegenheit, der neue Vorstoß des Gegners. Vollends ungebärdig zeigte sich die österreichische Ritterschaft. „Den Eidgenossen zu Leid" drohten sie, „diesen Kuhstall" (Mülhausen) zu zerstören, ohne daß die „Kuhmelker" (Spottname der Schweizer) ihm zu Hilfe kommen könnten." Die Stadt hatte von nun an Gewaltthätigkeiten ohne Ende zu ertragen.[4]

Die Eidgenossen, ihrer Kraft sich wohl bewußt, sahen neuen Kampfestagen wohlgemut entgegen. Sie wußten, daß der Herzog zum Kampfe wenig gerüstet und seine Tasche leer sei, daß er ihn weniger aufnehme, weil er auf Wiedererwerbung des Verlorenen rechne, als von der momentanen Notlage dazu gedrängt. Sie selbst glaubten auf Gewinn hoffen zu dürfen. Als nun (1467) auch um Schaffhausen die Unsicherheit so groß geworden war, daß die Bürgerschaft sich kaum mehr vor die Stadtthore wagen konnte,[5] und wirklich der österreichische Vogt und Pfleger von Laufenburg, Pilgeri von Heudorf, im Klettgau als Wegelagerer und Todfeind der Eidgenossen von ihnen ebenso gefürchtet,

---

[2] Durch den sogenannten Plappartkrieg. Vgl. Moosmann, La guerre de six deniers. Bulletin de la societé pour la conserv. des monum. histor. d'Alsace, Ser. II. tom. V. H. Witte, Der Mühlhauser Krieg 1467—1468. Jahrbuch für schweizerisch. Geschichte XI. 259 ff. G. Rettig, Die Beziehungen Mühlhausens zur Schweiz. Eidgenossenschaft bis zu den Burgunderkriegen. Archiv des histor. Vereins des Kantons Bern XII. 163 ff. und separat Bern 1889. H. Hansjakob, Der Waldshuter Krieg im Jahre 1468, Waldshut 1868, 11 ff. Witte, Zur Geschichte der Entstehung der Burgunderkriege, 2—3. Der Vertrag vom 17. (nicht 14.) Juni jetzt bei Moosmann, Mülhauser Urkundenbuch Bd. III., 11 ff.

[2] Witte, ebendort 3. [3] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1044.

[4] Witte l. c. 3. [5] Etterlin, Chronik von der löbl. Eidgenossenschaft 184.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wie die von Regisheim von den Mülhäusern, den Bürgermeister von Schaffhausen, Hans von Stad, auf einem Ritte nach Engen gefangen nahm, begannen die Eidgenossen Österreich zu drohen und zu rüsten.

Nochmals rettete der Bischof von Konstanz, Hermann von Breiten-Landenberg auf einem Tage in seiner Bischofstadt den Frieden. Die Räte des Herzogs verstanden sich dazu, daß ihr Herr das von Hans von Stad erpreßte Lösegeld zurückerstatte und auch sonst für geschehene Friedbrüche Genugthuung leiste. Als aber der Herzog die Richtung nicht annahm, legten die Eidgenossen eine Besatzung nach Schaffhausen und übten zugleich bei Waldshut an österreichischen Unterthanen Gewalt. Der Krieg hatte so eigentlich bereits begonnen. Mahnschreiben mehrerer der damals auf dem Nürnberger Reichstage anwesenden Fürsten[1] und die Verkündigung des kaiserlichen Landfriedens vom 20. August 1467 bewogen aber die Eidgenossen noch einmal, mit der Anwendung kriegerischen Überzuges zurückzuhalten. Beachtet wurde das Friedensgebot sonst hier ebenso wenig wie anderswo, wenigstens nicht von Seiten der Ritter, die fortfuhren, das verhaßte Mülhausen zu bedrängen.[2]

Nun zog der Kaiser die Sache Pilgeris vor sein Kammergericht.[3] Neue Klagen und Rüstungen folgten. Während des Winters machten wieder österreichische Räte den Versuch, nicht bloß die vorhandenen momentanen Streitfragen zu ordnen, sondern auch die Grundlage für einen dauernden Frieden, ja ein Bündnis zu gewinnen. Auch das umsonst. So begann endlich (im Juni 1468) im Sundgau um Mülhausen wie nächst den Waldstädten am Oberrhein der Kampf.

Wir wissen nicht, wie weit der Herzog der eigenen Macht und dem verbündeten Adel vertraute, wie viel er von der Hilfe der verbündeten Fürsten und Reichsstädte, vor allem auch des Kaisers erhoffte. Thatsache ist, daß, als die Schweizer hinter ihren Fehdebriefen her in den Sundgau einrückten, während andere Scharen, die von Schaffhausen voran, den Klettgau angriffen, die Österreicher nicht einmal im Felde erschienen. So wurde hier der Abt von St. Blasien zum Abgedinge genötigt und gelangten die Eidgenossen rasch bis Thiengen, das gleichfalls fiel. Aber ebenso wenig vermochten der Herzog und die Ritter, von keiner

[1] Schreiben Ludwigs von Bayern-Landshut und Ottos von Mosbach, Albrechs von Sachsen und Albrechts von Brandenburg. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1186. Vgl. Riezler, Gesch. Bayerns III. 438.

[2] Hansjakob, Der Waldshuter Krieg 13—15.

[3] Am 1. April 1468. Diplom. Habsburg. in Fontes rerum Austriac. II. 329—330.

Seite unterstützt, im Elsaß und Sundgau nennenswerten Widerstand zu leisten. Das militärische Übergewicht der Eidgenossen trat unwiderleglich hervor. Und nun sank auch der Wahn von ihrer Besiegbarkeit in der Ebene dahin. Als sich ihre vereinigten Aufgebote, 14000 Mann stark, auf dem weiten Plane des Ochsenfeldes im Sundgau lagerten und die Ritter so Gelegenheit hatten, die Gegner im freien Felde zu bekämpfen, da fehlte ihnen dazu die Zahl und der Mut. „Die Boch-Hansen" haben sich „aus dem Staub gemacht und den Schweizer Stier nicht angerührt". „Der Föhn", spotteten die Eidgenossen über die Ritter, „war ihnen in die Hosen gefahren, und trug sie über Stauden und Stöcke hinaus".[1]

Trotzdem nützten die Eidgenossen ihre gewaltige Übermacht nicht dazu, um den österreichischen Sundgau und Oberelsaß zu unterwerfen. Bei den Beratungen vor Basel, wohin das Heer am 15. Juli von dem Ochsenfelde durch den Sundgau hinaufgezogen war, vertraten vielmehr die von Bern und Solothurn die Meinung, nun nach Hause zu ziehen und vorerst auf einer Tagsatzung über weitere Unternehmungen zu beschließen. Die Politik Berns ging offenbar dahin, größere Verwickelungen zu vermeiden; was geschehen war, genügte ja, sich Recht und Ruhe zu schaffen, „einen ganzen und guten Frieden" heimzubringen. Aber gegen die Wünsche der Schaffhausener, die in der Lage ihrer Stadt ihre Begründung fanden und von den Zürichern und Luzernern unterstützt wurden, vermochten die Berner nicht durchzudringen, auch dann nicht, als sie aufbrachen und wirklich heimzogen. Jene wandten sich vielmehr ostwärts zu den in und um Thiengen stehenden Scharen. Dann rückte man gemeinsam auf Waldshut, wohin später Glarner, Zuger, Schwyzer, Appenzellener, St. Gallener und endlich auch mit neuen Scharen aus Zürich die Berner nachfolgten. Waldshut wurde am 22. Juli eingeschlossen und von großer Übermacht belagert. Obwohl hinlänglich bemannt, kam es, vor allem infolge des Mangels an Lebensmitteln, rasch in schwere Bedrängnis.

Herzog Sigmund bot alles auf, um wenigstens Waldshut zu retten. Aber der Erfolg war gering. Denn was half es, wenn der Kaiser die Eidgenossen abmahnte und vor seinen Richterstuhl zitirte? Wenn er den

[1] Diebold Schilling in „Beschreibung der burgundischen Kriege", Bern 1743, 21. Die Neuausgabe Schillings ist mir leider noch nicht zugegangen. Die Chronik Erhards von Appenweiler in Basler Chroniken IV., bearb. von A. Bernoulli, Leipzig 1890, 353—354. Hansjakob, Der Waldshuter Krieg 13—21. Witte, Der Mülhauser Krieg von 1468. Schweizer Jahrbuch für Geschichte 1885, 321 ff.; Zur Geschichte der Entstehung d. B. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ständen des Reiches befahl, dem angegriffenen Herzoge als Mitstand Hilfe zu leisten?[1] Man weiß, wie wenig und wie spät solche Befehle Beachtung fanden. Was frommten Sigmund die dünnen Fähnlein, welche ihm die Bischöfe von Basel und Konstanz, die Markgrafen von Baden und die Ritterschaft vom St. Georgenschilde zusandten? Auch die starke Abteilung tüchtiger böhmischer Krieger,[2] welche Herzog Ludwig von Bayern-Landshut geworben, und das allgemeine Aufgebot in den eigenen Landen vermochten das Gleichgewicht der Kräfte nicht herzustellen, obwohl die Reichsritterschaft vom Sundgau, Breisgau und Bodensee dazu trat. Die Schweizer hatten eben auf die Meldung, daß viel Kriegsvolk heranziehe, auch von den Ihren Verstärkung verlangt und erhalten, darunter allein je zweitausend Mann aus Zürich und Bern. Die beiden Versuche der Österreicher, die Stadt zu speisen, wurden vereitelt, obwohl zahlreiche Haufen an dem Unternehmen teilhatten.

Die Belagerer zählten 18000 Mann, alle frisch und kampflustig, mit allem Nötigen wohl versehen. Kein Wunder, daß es in ihrem Lager „hoch herging", während die Österreicher innerhalb und außerhalb der Stadt Hunger und Mangel litten.[3]

Sigmunds Lage gestaltete sich noch dadurch besonders mißlich, daß die Waldbauern und Waldstädter keineswegs so unwandelbar österreichisch gesinnt waren,[4] wie er wünschen mußte. Der unbändige Freiheitsstolz der Alpenbewohner lebte auch in ihnen. Das Beispiel der Schaffhauser und der freien Landgemeinden an der Aar und Reuß war allzu verlockend. Dazu kamen nun die unwiderleglichen Beweise von der Überlegenheit der Eidgenossen, die übrigens mit Verlockungen nicht

[1] Am 9. August. Vgl. Fontes rerum Austriac. II. Abteil. II. 334—337. Chmel, Reg. II. 540, Nr. 5447. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1293.

[2] So wie in Hessen und sonst überall fehlten sie auch hier nicht. Nach Diebold Schilling pag. 31 waren es 1500 Fußgänger, welche die gewohnte Art der Kriegsführung übten. Die Grafen von Württemberg (Graf Eberhard ward vom Kaiser schon am 18. Juli aufgerufen; Häberlin, Reichshistorie VI. 585; vgl. auch Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1285) thaten scheint es nichts, ebenso der Pfalzgraf. Vergl. das Schreiben Martin Mairs vom 18. Juli bei Lichnowsky, Beilagen I. CCCCLXXI—CCCCLXXIII. Hansjakob 38—39. Dierauer, Geschichte der schweiz. Eidgenossenschaft II. 160—161. Stälin III. 564.

[3] Hansjakob 38, Text und Anm. 1. Zur Belagerung vgl. noch J. Mark, Geschichte der Belagerung der Stadt Waldshut, Freiburg 1828, und in C. Kind, Ein Beitrag zur Waldshuter Fehde, Anzeiger für Schweiz. Geschichte I. (1870) 62 ff.

[4] Man vergl. für die Stimmung des Landvolkes Th. v. Kern, Der Bauernaufstand im Hegau 1460. Zeitschr. der Gesellschaft zur Beförderung der Geschichte u. s. w. in Freiburg, I. 105 ff. Auch Meyer v. Knonau, Jahrbuch für die Litteratur der Schweizergeschichte 1867, 113.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sparten, über die Ritter und Söldner des Herzogs. So begann der offene Abfall, indem zuerst die Bauern im Klettgau zu den Eidgenossen schworen. Andere erwarteten nur den richtigen Augenblick. „Ihr sollt ohne Zweifel sein", schreibt am 31. Juli der Hofmeister Erzherzog Sigmunds an die von Freiburg i. B., „wo ich mit Denen, so bei mir sind, nicht hier wäre, so wäre der ganze „Wald" ohne allen Zweifel schweizerisch .... Wann im Geheim wisset, daß große Suchung an die Leute und Städte ist, sich zu den Eidgenossen zu thun, und wollen sie lassen ein Ort der Eidgenossen sein."

Was hier zur Erscheinung kam, hatte übrigens größere Bedeutung. Die Freiheit und der Kriegsruhm, das Selbstbewußtsein und der materielle Wohlstand der Waldstädte und zugewandten Orte hatten dem eidgenössischen Staatswesen längst auch in fernen Strichen die Aufmerksamkeit der gedrückten Bürger- und Bauerschaften zugewandt. Und nicht bloß jetzt und früher, sondern noch bis tief in das 17. Jahrhundert hinein übte das „Schweizerischwerden" seinen mächtigen Zauber aus auf die Bevölkerungen der Rheinlande, Schwabens, Frankens, ja selbst Bayerns und Österreichs.[1]

Man begreift es, wenn in diesen Tagen Herzog Sigmund von Österreich, an der Möglichkeit erfolgreichen Widerstandes mit den gewöhnlichen Mitteln verzagend, nur noch von außerordentlichen Maßregeln eine Hilfe erhoffte. Damals hat der Landshuter Kanzler Martin Mair den Mut gewonnen, dem Kaiser eine Maßregel gegen die Eidgenossen anzuraten, zu der Friedrich, wie Mair wohl wußte, nur die dringendste Notlage bewegen konnte: Der Kaiser möge, des alten Grolles vergessend, den mächtigen, sieggewohnten Pfalzgrafen, den Sieger von Pfeddersheim und Seckenheim, zum Feldhauptmann des Reiches gegen die Eidgenossen bestellen und alle Reichsstände aufmahnen, sich ihm zur Bekämpfung jener anzuschließen.[2] Der phantasiereiche Heidelberger berechnete dabei für sich mancherlei Gewinn und für seinen Herrn doppelten Vorteil: Auf diese Weise wurde weitere Feindschaft des Kaisers mit dem Pfalzgrafen unmöglich und zugleich die Last des Schweizerkrieges, die Herzog Ludwig trotz seiner „verbrieften" Freundschaft mit

[1] So haben schon Droysen a. a. gelegentlich dargethan. Für alle größeren Kämpfe des 15. und 16. Jahrh., die in die Tiefe der Bevölkerungen griffen, stehen mir bezügliche Zeugnisse zur Verfügung, auch noch für den österreichischen Bauernaufstand 1625 ff. S. auch F. Stieves neues Werk über denselben. Im übrigen vergleiche Hansjakob, der Waldshuter Krieg 29 ff.

[2] Mairs Brief bei Lichnowsky, VII. Beil. 1.

Erzherzog Sigmund unter den Zeitumständen doch drückend war, wesentlich auf andere Schultern übergewälzt.

Dem Kaiser war die Freundschaft des Pfälzers um solchen Preis zu teuer. Der Plan gedieh nicht über die erste Beratung hinaus.

Und kam denn nicht auf diesem Wege, der da neue Befehle des Kaisers an die Fürsten und Städte und eigentlich einen Reichstag voraussetzte, jede Hilfe für den Herzog zu spät? Bis dahin mochten sämtliche habsburgische Vorlande längst in Feindeshand sein.

Herzog Sigmund warb darum um Hilfe auf einer andern Seite. Der mächtige Träger des burgundischen Herzogtsums, der rücksichtslose Bedränger städtischer Autonomie, Herzog Karl der Kühne, nach seiner und seines Vaters ganzer politischer Richtung dem Herzog von Tirol und seinen fürstlichen Freunden durchaus seelenverwandt, wurde zu Hilfe gerufen. Der Herzog unterließ nicht, in der Werbung anzubringen, daß, da ihm Unterstützung unentbehrlich sei, er von Burgund abgewiesen sich an Frankreich wenden müßte. Auch das half nicht.[1] Sich leichthin in einen schweren Krieg mit den Eidgenossen einzulassen, war auch der kühne Herzog weit entfernt. Noch war er eben mit Lüttich nicht in Ordnung.[2] Es blieb so dem Erzherzog nur Verhandlung mit den Gegnern übrig, was um so leichter geschah, als die mächtigeren seiner Helfer, Herzog Ludwig von Bayern voran, vom Anfange an auf friedliche Vermittelung bedacht gewesen waren. Doch mahnte wenigstens Markgraf Karl von Baden zur Festigkeit und zu mutigem Kampfe.

Am 15. August begannen die Beredungen und am 27., nach zwölftägigem schweren Ringen,[3] folgte der Abschluß der sogenannten „Waldshuter Richtung", die unter den obwaltenden Verhältnissen nur günstig für die Eidgenossen sein konnte. Sie behielten bezüglich Mülhausens und Schaffhausens Recht und der Herzog übernahm die Verpflichtung, für die bezüglichen Forderungen den Seinen aus eigener Tasche aufzukommen und jede weitere Plackerei abzustellen. Den Eidgenossen sollen Kosten und Schaden des Krieges, der ihnen aufgenötigt wurde, mit 10000 Gulden rheinisch bis Johanni 1469 (24. Juni) vom Herzog vergütet

[1] Schriftstücke über diese nachweisbar früheste Hilfe-Verhandlung zwischen Sigmund und Karl d. Kühnen bringt die Ausgabe der Baseler Chroniken von Vischer u. s. w., Bd. III. (ed. Ch. Bernoulli), Beil. XXII. 570—571.

[2] Vgl. dazu P. Hernard, Les compagnes de Charles le Téméraire contre les Liégeois (1465—1468). Annal. acad. arch. Belgique 1867, p. 581—678.

[3] Darüber nun die eingehenden Berichte bei A. Ph. Segesser, Eidgenössische Abschiede von 1420—1477, II., Luzern 1863, 380—390 und bei Hansjakob, Beilagen III—XXIV.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

werden. Geschieht das nicht, so sind Waldshut und der Schwarzwald für ihn verloren: Auf Mahnung der Eidgenossen an die Bürger der Stadt und die Einungsmeister und die Gemeinden des Schwarzwaldes haben diese dann binnen eines Monats nach jener Frist in den Gehorsam der Eidgenossen zu treten, sowie sie jetzt in des Herzogs Gehorsam stehen; sie werden dazu sofort eidlich verpflichtet.[1]

Bestand die Hilfe des Kaisers für den Herzog nur in Briefen, so nahm auch der Vertrag auf Kaiser und Reich nur papierne Rücksicht. Der Erzherzog und Herzog Ludwig von Bayern übernahmen ausdrücklich die Verpflichtung, sich bei Papst und Kaiser zu verwenden, daß die Eidgenossen nicht wegen Landfriedensbruch oder Mißachtung der kaiserlichen Mandate und päpstlichen Bullen vom Fiskal behelligt oder mit kirchlichen Zensuren verfolgt würden. Im übrigen sollten alle Ansprüche der Parteien, die sich etwa aus dem vergangenen Kriege herdatierten, und aller Unwille aufgehoben sein und zwischen den beiderseitigen Unterthanen und Gebieten Handel und Wandel friedlich und ungehindert stattfinden. Etwaige ältere Ansprüche einzelner Personen und Gemeinden werden auf einem Tage beseitigt, den Herzog Ludwig zwischen jetzt und Lichtmeß (2. Februar) 1469 abhält; gelingt ihm dies nicht, so bleibt jeder Teil bei dem, was er hat![2]

Schon am 16. September beschied der Herzog von Landshut die Parteien vor sich nach Lauingen,[3] erst auf den Dreikönigstag (6. Januar), dann wieder auf Mittfasten (12. März) 1469[4], und als die Eidgenossen Schwierigkeiten machten,[5] nach Konstanz. Auch an Papst und Kaiser ergingen die versprochenen Fürbitten.[6] Die Dinge schienen wieder in das alte Geleise einzulenken.

Es war nicht möglich. Waren auch die materiellen Opfer, welche der Vertrag dem Erzherzoge auferlegte, nicht allzu groß, so blieben dafür die anderen Folgen geradezu unerträglich. Herzog Sigmund war wie aller Welt offenbar geworden, daß er nicht im stande sei, seine

[1] Die Urkunde ist oft gedruckt. Vergl. Tschudi II. 690. Zellweger, Urkunden II. 1, 319—325. Segesser, Abschiede 900—903, Beil. Nr. 43 und 44. Vergl. auch Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1304 und Dierauer, Geschichte der schweiz. Eidgen. II. 161.

[2] Dies brachte dann den Eidgenossen den Besitz des Städtchens Thiengen.

[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1309. [4] Tschudi II. 698.

[5] Segesser, Abschiede II. 391, 393, Nr. 617, 618.

[6] Vgl. Fontes rer. Austriac. 2, Abteil. II. 341—342. Daß der Kaiser darauf scheinbar einging, ist in der Sachlage begründet. Andererseits erscheint so die oft wiederholte Behauptung, Herz. Sigmund habe nicht eine der Bedingungen erfüllt, irrig.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herrschaft am Oberrhein zu behaupten und seine Unterthanen und Freunde zu beschützen; es bedurfte da nicht des Hinweises der vorländischen Ritterschaft. Und was bedeutete deren kecke Drohung, sich unter so bewandten Umständen nach einem andern Herrn umsehen zu wollen, gegen die bittere Erkenntniß des Erzherzogs,[1] daß seine Gewalt nur noch von den Gnaden der Schweizer bestehe? Hier hieß es Wandel schaffen oder auf schiefer Ebene in Schmach und Schande rettungslos abwärts gleiten.[2]

Sigmund hatte sich in den Waldshuter Vertrag gefügt, weil es im Augenblicke keinen andern Ausweg gab, die Macht der Eidgenossen von sich abzulenken. Aber er dachte wohl kaum jemals daran, in ihm die Grundlage für bleibende Verhältnisse zu suchen. Die Richtung sollte Sigmund Frist schaffen, um seine politische und militärische Lage derart zu bessern, daß seine Herrschaft neben den Eidgenossen wieder aufrecht stand. Das war auch die Meinung seiner Räte und Landvögte, der Ritterschaft im Hegau und im Sundgau.

Wie aber jenes sein Ziel erreichen? Darüber war sich der Erzherzog nicht sofort klar. Offenbar hat er zunächst an eine Zusammenfassung aller den Schweizern feindlichen Elemente um den Bodensee und Oberrhein herum gedacht, an neue engere Bündnisse mit seinen fürstlichen Bundesgenossen, welche ja die der ganzen Nobilität drohende Gefahr bestimmen mußte, ihm im Ernstfalle ausgiebiger zu helfen, auch an die Rechtsmittel und den Beistand seines Vetters, des Kaisers. Schon am 26. August, also dem Tage vor Abschluß der Waldshuter Richtung, hatte der Erzherzog in Villingen „mit dem Hauptmann und der gemeinen Ritterschaft und der Vereinigung St. Georgenschildes“ in Oberschwaben den Bund gegen die Eidgenossen und ihre Anhänger erneuert.[3] Im September folgten zu Neuenburg a. Rh. Verhandlungen mit Rittern und Städten des Breisgaus und Sundgaus über wirksame Verteidigung gegen fremden Überzug. Es konnten nur die Eidgenossen gemeint sein.

[1] Beides behauptet Sigmund selbst in seinem Berichte über seine Reise nach Frankreich und Burgund an den Kaiser. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 131. Über die Sachlage handelt zuerst richtig K. Dändliker, Ursachen und Vorspiel der Burgunderkriege, Zürich 1876, 20 ff. H. Witte, Zur Geschichte der Entstehung d. B. 4, Anmerkung 2, und „Zur Geschichte der burgund. Herrschaft am Oberrhein i. d. Jahren 1469—1473“, Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Neue Folge I. 131 und ebendort Anmerkung 1.

[2] Vgl. zutreffend Dierauer, Geschichte der schweiz. Eidgen. II. 162—163.

[3] Lünig, Cod. German. diplom. II. 574. Du Mont, Corps diplom. III. 391 u. a. Vgl. auch Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1301.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zu Beginn Oktober ward darüber in Freiburg i. B. weiter beraten.[1] Unverholen trat auch sonst bei Regierungshandlungen die feindliche Gesinnung gegen die Schweizer hervor.[2]

Daneben war der Herzog unablässig bemüht, die Fürsten im Westen und oben im Reiche zu Hilfezusagen zu bewegen: nur wenn sie ausgiebig wären und sicher lauteten, könne er sich der Eidgenossen erwehren. An die Kurfürsten von Trier, Mainz und Pfalz, die Häuser Bayern, Baden und Württemberg, die Bischöfe von Straßburg und Metz wurde so geworben. Auf den Tagen, die damals in Speier und Landshut in Sachen des böhmischen Krieges stattfanden, kam auch die tirolisch-eidgenössische Angelegenheit zur Sprache. Man verhieß auch mit saurer Miene, zu helfen; aber es geschah das unter der Voraussetzung, daß Herzog Sigmund auch sonst „tapferlich und weislich sehe, wie es not sei," und sich vor allem befleiße, „noch mehr und weiter Hilfe zu suchen".[3] Der Herzog merkte wohl, daß eben auf letzteres alles ankomme.

Er machte nebenher die traurigsten Erfahrungen. Nur Ulrich von Württemberg, der aber im Kriege selbst nichts gethan, schrieb an den Papst, klagend über den Einbruch der Eidgenossen in das Reich.[4] Der Pfälzer begehrte lieber selbst von Sigmund Unterstützung in eigener Sache.[5] Die andern rührten gegen die Schweizer keinen Finger. Die Vorstellung von der gewaltigen Macht der Eidgenossen, die Furcht vor ihrer Feindschaft, das Verlangen, ihre Freundschaft zu benützen, war überall lebendig und weit größer, als das gemeinsame Standesinteresse und die Rücksicht auf den Tiroler Herrn. So kam es, daß die Bischöfe von Konstanz[6] und Basel[7] mit den Schweizern ein Bündnis eingingen, Herzog Albrecht von Bayern-München mit ihnen unterhandelte,[8] ja selbst Ludwig von Landshut seine Vermittlerrolle benützte, um „gemeinen Eidgenossen" ein „Verständnis" anzubieten.[9] Daß dann Ulrich von Württemberg, noch eben so eifrig in seiner Gegnerschaft, sich bald auf ähnlichem Wege befand, ist nicht zu verwundern.[10] Der Kaiser aber war fern, in Rom, auf seiner Pilgerfahrt abwesend.

[1] Schreiber, Urkundenbuch der Stadt Freiburg i. B., II. 517. 518.
[2] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1326, 1337.
[3] Vgl. seine eigene Darstellung bei Chmel, Mon. Habsb. II. 1, 132.
[4] Am 11. Oktober. Sattler, Geschichte Württembergs unter den Grafen III. Nr. 45. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1316.
[5] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1343.
[6] Segesser, Absch. II. 393, 395 u. a. [7] Ebend. 394 u. Beil. 904—905.
[8] Ebendort 391, Nr. 616. [9] Ebendort 391, Nr. 617.
[10] Segesser, Abschiede II. und Beilagen 906—908.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herzog Sigmund sah sich zu Beginn 1469 genötigt, den Schweizern gegenüber ein zweitesmal einzulenken. Er stimmte nun ebenso wie der St. Georgenbund zu, daß Ludwig von Bayern der Austragung der schwebenden Streitigkeiten mit den Eidgenossen nachgehe.[1] Er gab sich den Anschein, auch sonst der Waldshuter Richtung genügen zu wollen, indem er, wie erwähnt, nun bei Papst und Kaiser um Einstellung der erhobenen Prozesse ersuchte.[2] Um endlich die 10000 Gulden aufzubringen, berief Sigmund die Stände der Vorlande für den 15. März auf einen Tag nach Neuenburg a. Rh., wo nach seinem Wunsche der hundertste Pfennig als allgemeine Landsteuer bewilligt wurde.[3] Sein Entschluß, um jeden Preis aus dieser unerträglichen Lage herauszukommen, stand deswegen so fest wie zuvor.

Aber wurden die Verhältnisse nicht täglich schlimmer? Benahm nicht dem Kaiser der Aufstand in Innerösterreich, der Gang der Dinge im Osten überhaupt, auch nach seiner Rückkehr aus Italien jede Möglichkeit, zu gunsten seines Vetters zu intervenieren? Friedrichs Haß gegen die Eidgenossen genügte dafür nicht. Der Kaiser selbst mußte dies zugestehen, als der Erzherzog den Grafen Hans von Eberstein in seinen Sachen nach Graz sandte. Er wußte Sigmund keinen andern Rat zu erteilen, als sich an den mächtigsten Nachbar im Westen des Reiches, König Ludwig XI. von Frankreich, zu wenden, um gegen die Eidgenossen einen Rückhalt zu gewinnen.[4] Auch wollte es der Kaiser geschehen lassen, daß, um das Bündnis mit Frankreich zu fördern und zu festigen, Verhandlungen über eine dereinstige Vermählung seines einzigen Sohnes, des zehnjährigen Erzherzogs Maximilian, mit einer Prinzessin aus dem französischen Königshause stattfänden. So nämlich glaubte der Erzherzog besser zum Ziele zu kommen, obwohl er mit König Ludwig alte Beziehungen besaß. Der König war ja mit der Schwester von Sigmunds schottischer Gemahlin in freilich sehr unglücklicher Ehe vermählt.[5]

[1] Tschudi II. 701. Du Mont, Corps diplom. III. 1, 281. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1340.

[2] Daß während des Aufenthaltes des Kaisers in Rom darüber verhandelt wurde, sagt der Kaiser selbst. Vgl. Dipl. Habsb. 237—238, auch ebendort 341—342 und Mon. Habsb. I. 2, 132.

[3] Mone, Zeitschr. für Geschichte des Oberrheins 12, 468 ff. Schreiber, Urkundenbuch der Stadt Freiburg II. 519 ff.

[4] Der Termin der Rückkehr des Kaisers aus Italien zeigt, daß Eberstein nicht vor März 1469 bei ihm gewesen sein kann.

[5] Witte, Beziehungen u. s. w. 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber die Sache hatte ihre Schwierigkeiten. Wohl wurde erst eine bezügliche Anfrage, die der Graf von Eberstein an König Ludwig brachte, wie es scheint, nicht unfreundlich aufgenommen. Der Erzherzog erhob sich darauf selbst zum Ritte nach Frankreich. Er hatte den Markgrafen Karl von Baden zum Verweser der Vorlande in seiner Abwesenheit bestellt und ihm in dieser Eigenschaft huldigen lassen.[1]

Auf den Franzosenkönig, zu dessen Hauptcharakterzügen schlaue Berechnung und furchtsame Scheu vor jedem gewagten Unternehmen zählten, hatte aber die Entfaltung der eidgenössischen Macht im letzten Kriege ihren Eindruck gleichfalls nicht verfehlt. Alte Erinnerungen mochten sich hinzugesellen, um seine Abneigung gegen einen Bruch mit den Schweizern, mit denen er seit langem freundliche Beziehungen unterhielt, zu verstärken. Auch lagen ihm anderweitige Aufgaben augenblicklich weit näher.[2] Als Erzherzog Sigmund nach Troyes gelangte, begegnete ihm Eberstein mit einer Abweisung des Königs; er sei, ließ Ludwig sagen, mit den Eidgenossen verbunden und entschlossen, dabei zu beharren. Der König ging in seiner Rücksichtslosigkeit soweit, daß er dem Erzherzoge von Österreich seinen Wunsch aussprechen ließ, er möge überhaupt den beabsichtigten Besuch bei ihm aufgeben.[3] Auch beeilte sich Ludwig, den Schweizern, die in der That wegen der Reise Sigmunds nicht ohne Sorge waren,[4] von seinem Bescheide an diesen Mittheilung zu machen und sie seiner Bundestreue zu versichern.[5]

Die Enttäuschung des Herzogs war so groß, daß er die Meldung kaum glauben mochte. Der verletzenden Haltung des Königs ungeachtet, that er „noch eine fleissige Botschaft" an ihn, „abermals zu erkunden, ob er einicherlei an ihm gehaben möchte". Doch auch sie „schied ohne Ende" von Ludwig. Da faßte Sigmund einen andern Entschluß.[6]

---

[1] Ergiebt sich aus Font. rer. Austr. II. 237—238 und Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1314, die oft mißverstanden wurde; der hier genannte Markgraf kann nur Karl von Baden sein. Schreiber, Urkundenbuch von Freiburg, II. 519.

[2] Vgl. G. Krause, Beziehungen zwischen Habsburg und Burgund bis zum Ausgange der Trierer Zusammenkunft i. Jahre 1473, Graudenz 1876, 22. Was freilich auch hier von Sigmunds Zahlungsunfähigkeit gesagt ist, ist irrig.

[3] Nach des Erzherzoges eigener Schilderung Mon. Habsb. I. 2, 132—133. Damit stimmt Segesser, Eidgen. Absch. II. 395, Nr. 625 u. 400—401, Nr. 637.

[4] Über ihre damaligen Sendungen nach Frankreich und Burgund s. Segesser, Abschiede II. 394, Nr. 624.

[5] Ebendort 395, Nr. 625; vgl. 397, Nr. 631 und 401, Nr. 637. Das Schreiben König Ludwigs v. 31. März 1469 in den Lettres de Louis XI., ed. Vaesen et Charavay, III. (1889) 336.

[6] Chmel, Mon. Habsb. l. c. 133.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Unverrichteter Sache nach Hause zurückzukehren war ihm unmöglich. Das hätte seine Hilflosigkeit erst recht im grellsten Lichte gezeigt und den Rest seines Ansehens vernichtet. „Dann sollten wir", schreibt er selbst, „uns also wenden und nichts redlichs schaffen: so das dann laut wurde, so mochte uns das zu großem Mißrat kommen, wann unser Feinde dadurch Trost und Stärke, und die Unsern Kleinmütigkeit und Erschreckung empfangen möchten".[1] Er beschloß, doch wieder Karl von Burgund anzugehen.

Herzog Karl war der Einzige, der neben dem Franzosenkönig helfen konnte. Er konnte es jetzt eher als im Vorjahre. Inzwischen war Lüttich niedergeworfen, wobei Karl der Triumph zu teil ward, daß auch sein Todfeind, König Ludwig, helfen mußte. Der Erzherzog war selbstverständlich zu Opfern entschlossen, ja bereit, sich den Wünschen Karls so willfährig als möglich zu erweisen, um ihn zu gewinnen. Doch auch Herzog Karl stand in Bündnis und Freundschaft mit den vornehmsten eidgenössischen Kantonen, mit Zürich und Bern, Solothurn und Freiburg.[2] Und die politische Selbstsucht der Fürsten und Staatsmänner jener Tage war ihm im höchsten Grade eigen, so sehr er den Ruf fürstlicher Freigebigkeit und Großmut seinen klugen Vorfahren gleich zu erwerben und zu behaupten bemüht war.

Je unnahbarer sich König Ludwig, feig und hochmütig zugleich, gegen den Herzog von Österreich gezeigt hatte, desto angenehmer berührte diesen der freundliche Empfang, den ihm Herzog Karl am 21. März in Arras bereitete.[3] Doch nicht hier, sondern in St. Omer, wohin Sigmund dem burgundischen Hofe folgte, fanden die folgenreichen Verhandlungen ihren Abschluß.

Seitdem König Johann der Gute von Frankreich im Jahre 1363 das an die Krone heimgefallene Herzogtum Burgund seinem jüngsten Sohne Philipp, genannt der Kühne, verliehen und dieser (1384) als das Erbe seiner Gemahlin Margarethe von Flandern auch die Grafschaften Flandern und Artois, die freie Grafschaft Burgund (La franche comté) und die Herrschaften Nevers und Rhetel erworben hatte, waren die

[1] Mon. Habsb. I. 2, 133.

[2] Seit 20. Mai 1467. Segesser, Abschiede II. 366, Nr. 577 und Beilagen 899, Nr. 42. Vgl. auch ebendort 364—365, Nr. 576.

[3] Die oft vorgebrachte Meinung, der König selbst hätte auf den Herzog an Burgund hingewiesen, findet in Sigmunds Erzählung keine Stütze und widerspricht König Ludwigs Art und seiner Gesinnung gegen Burgund. Vgl. Krause, Beziehungen 23. Mone, Einleitung zur Reimchronik über Peter von Hagenbach. Quellenbeiträge zur bad. Landesgesch. III. 199. Zellweger im Archiv für Schweiz. Geschichte V. 13.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Grundpfeiler aufgerichtet für ein deutsch-französisches Staatswesen, das, wesentlich die Gebiete des alten Lothringen zwischen deutschen Herrschaften und den Eigenlanden des französischen Königs umfassend, dank der Thätigkeit und Tüchtigkeit seiner Fürsten und der bleibenden Gunst der Umstände binnen kaum einem Jahrhundert zur europäischen Großmacht emporwuchs. Schon Johann, der zweite Herzog von Burgund, hatte durch seine Ehe mit Margarethe, der Tochter des söhnelosen Albrecht von Bayern, Grafen von Holland, Seeland, Friesland und dem Hennegau, Ansprüche auf diesen reichen Länderbesitz erworben, der freilich trotz der günstigen Bestimmung des Herzogs Johann, Margarethens Bruder, gegen Jakobäa, die Tochter des Grafen Wilhelm, älteren Sohnes Herzog Albrechts, mit Waffengewalt erworben und behauptet werden mußte.[1]

Aber 1433 war man damit am Ziele, eine Erwerbung, um so wertvoller, als inzwischen (1430) auch die Länder Brabant und Limburg durch Erbschaft gewonnen und damit der territoriale Zusammenhang zwischen den so reichen Besitzungen hergestellt war. Zu ihnen kamen 1435 noch die Pikardie, die Grafschaften Maçon und Auxerre als Preis für den Übertritt Herzog Philipps von Heinrich VI. von England auf Seite des französischen Königs Karls VII., endlich 1443, wie schon früher (1429) die Grafschaft Namur, das wichtige Herzogtum Luxemburg,[2] auf das sich allerdings noch langehin auch andere Ansprecher fanden.[3] Und nicht bloß der Umfang, die natürliche Fruchtbarkeit und dichte Bevölkerung, der durch Handel und Gewerbe mächtig geförderte materielle Wohlstand der burgundischen Lande: auch die innere Einheit, Ordnung und Festigkeit der politischen, finanziellen und richterlichen Verwaltung,[4] welche die Herzöge nach dem Muster ihrer französischen Heimat einzuführen und zu handhaben bestrebt waren, machte sie dem Eigenwillen und Selbstbewußtsein ihrer Bürgerschaften zum Trotz zu den reichsten und mächtigsten Herrschern des damaligen Europa.[5]

[1] F. v. Löher, Jakobäa von Bayern, 2 Bde., Nördlingen 1862—1869.

[2] Fr. Richter, Der Luxemburger Erbfolgestreit in den Jahren 1438—1443. Trier 1889.

[3] R. v. Werveke, Die definitive Erwerbung des luxemburger Landes durch Philipp, Herzog von Burgund, 1458—1462, in „Luxemburger Land", IV (Neue Folge), (Luxemburg 1886), 3 ff. Eine Zusammenstellung dieser Erwerbungen giebt auch Huber, Geschichte Österreichs III. 267—269.

[4] J. Frederichs, Le grand conseil ambulat. des ducs de Bourgogne et des archiducs d'Autriche 1446—1504. Bruxelles 1890 (auch in den Rech. de la commiss. roy. d'histoire 17, 423—499).

[5] P. Frédéricq, Essai sur le rôle polit. et social des ducs de Bourgogne dans les Pays-Bas. Gand 1875.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber all das Errungene[1] war für die Herzöge nur der Antrieb zu weiterem Emporstreben. Zum Theil war dies schon in den Verhältnissen begründet. Ihre reichen Lande waren entweder Lehen der Könige Frankreichs, die sie nur zu oft haßten und bekämpften, oder vom deutschen Reiche, das sie in seiner Unbehilflichkeit gering schätzten. Lag da der Gedanke an die Aufrichtung eines unabhängigen, den beiden Nachbarreichen auch dem Range nach ebenbürtigen Reiches, wie es einst das Reich Lothars I. und seiner Söhne gewesen war, nicht unmittelbar nahe?

Wenigstens für Karl den Kühnen stand die Sache zuletzt so. Seine praktischen Vorfahren hatten, wie ja auch er selbst, da sie der Lehensverband unmöglich drücken konnte, zunächst ein zweites für noch erstrebenswerther angesehen: maßgebenden Einfluß zu üben in den Nachbarreichen. Sie übten ihn zuerst unter Philipp dem Kühnen und seinem Sohne Johann, ja auch noch unter Philipp dem Guten in Frankreich, das, von England bedroht, von selbst dazu einlud; dann, seitdem sich Frankreich unter Karl VII. konsolidiert hatte, auch schon in Deutschland. Und hier schien solches Streben um so aussichtsvoller, als bei der Ohnmacht des Kaisertums und der stets aufs neue schwierigen Lage Friedrichs III. die alte Mißwirtschaft und das Verfassungselend im Reiche immer greller hervortraten und die Sehnsucht nach einem macht- und kraftvollen Verweser des Reiches, sei es neben, sei es gegen den Kaiser, immer wieder in weiten Kreisen lebendig ward. Wer vermochte aber beides in höherem Maße zu sein als der Herrscher von Burgund?

So ist denn auch schon 1445 und 1454, dann neuerdings 1462 und in den letzten Jahren seit 1467, von einer Erhebung, erst Herzog Philipps des Guten, dann Karls selbst, zum römischen Könige neben dem Kaiser die Rede gewesen.[2] Doch war die Sache nach 1445 nicht über Gerüchte und höchstens diplomatische Andeutungen hinausgediehen, obwohl sich, wie es scheint, der Kaiser zuerst und auch 1462[3] nicht in dem Maße, wie ähnlichen Projekten gegenüber, schroff ablehnend ver-

[1] Eben, 1469, war endlich auch Lüttich niedergeworfen, wie vordem Dinant und Gent. Vgl. K. Th. Wenzelburger, Geschichte der Niederlande I (in der Sammlung der Geschichte der europäischen Staaten, h. v. Heeren, Uckert und W. von Giesebrecht), Gotha 1879, 338—342.

[2] Die Materialien über diese Verhandlungen (siehe oben S. 121) bei Chmel, Mat. I. 1, 241—245, und im Österreichischen Geschichtsforscher (mitget. v. E. Birk) I. 231—273.

[3] Daß auch der Kaiser damals wirklich eine Gesandtschaft am burgundischen Hofe hatte, zeigt jetzt Font. rer. Austr. XLVI. 26.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

hielt. Aber immer hatte sich dabei gezeigt, daß der kluge Burgunder ebenso entschieden und ausschließlich sein Interesse im Auge behielt, wie der zähe und mißtrauische Kaiser das deutsche und habsburgische. Herzog Philipp hatte darum auch schon auf anderer Basis zu bauen begonnen. Mittelst Familienverbindungen und Verträgen schuf er sich einen zahlreichen Anhang unter den deutschen Fürstenhäusern im Süden und Westen des Reiches. Er besaß alte innige Beziehungen zu Geldern und zu Cleve am Niederrhein, wie mit Baden, Nassau und Württemberg oben im Reiche.[1] Mittelst des Hauses Baden, das dem Kaiser so enge verwandt war, fanden sich jederzeit auch Berührungen mit Österreich. Noch im Mai 1465 hatte Johann (von Baden), Erzbischof von Trier, sein Bündnis mit Herzog Philipp erneuert.[2]

Nie hatten die Burgunder versäumt, innige Beziehungen zur Kurie zu pflegen.[3] Und wer war denn geeigneter zur Vermittelung auch weltlicher Wünsche an den Kaiser als weiland Papst Pius II.? Aber Freundschaft mit dem Kaiser und den Fürsten seiner Partei allein half, wie die Herzöge rasch erkannten, im Reiche nicht vorwärts, da man dabei stets auf den Widerstand der Gegenpartei stieß. Daher neue Entschlüsse. Die alten Verbindungen wurden gewahrt und sorgsam weiter gepflegt, andererseits doch aber auch mit der großen Sippe der Wittelsbacher angeknüpft, zu der die alte Freundschaft Herzog Philipps mit Ludwig von Landshut von selbst die Brücke bildete. Im Juni 1465 schloß der Graf von Charolais mit dem Pfalzgrafen und Ludwig von Landshut enge Freundschaft, der bald auch sein Vater, Herzog Philipp, beitrat.[4] Dann (1466) begann Karl diplomatischen Verkehr mit dem Kurfürsten von Brandenburg, aus dem die Absicht des verwitweten Grafen, eine Tochter des Kurfürsten zur Ehe zu nehmen, hervorleuchtete.[5] Dazu kam es nun freilich nicht, sowie sich (Frühjahr 1467) auch das Gerücht von einer Vermählung des Erb-Pfalzgrafen Philipp

[1] Vgl. Reichsgeschichte I. 358, 360. Auch neuerdings Font. rer. Austr. LXVI. 13 ff., 26. Auf direkte Beziehungen zum Kaiser im Jahre 1465 (30. Oktober) weist Chmel, Reg. II. 444, Nr. 4286 (Aufschiebung der Acht über einige aus Holland, vom 11. Nov. 1465—11. Nov. 1466).

[2] Vgl. Ph. de Comynes, Memoires edit. par Godefroy et augment. par Lenglet et Fresnoy II. (Paris 1747) 463—466.

[3] Besonders durch ostensive Bereitwilligkeit zum Türkenkriege. Vgl. J. Finot, Projet d'expedition contre les Turcs, préparé par les conseillers du duc de Bourgogne, Philippe le Bon (janvier 1457), Lille 1890.

[4] Comynes bei Lenglet et Fresnoy II. 468—470; 470—474; 488—491; 494—496. Auch K. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen 424.

[5] Vgl. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III. 1, 466, 467.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mit der Tochter Karls von Charolais nicht bewahrheitete.[1] Herzog Karl heiratete (in zweiter Ehe) die Schwester des Königs Eduard IV. von England (10. Juli 1468). Und trotz aller gegenteiligen Gerüchte hielt er sich wie einst sein Vater den deutschen Dingen gegenüber wieder im Hintergrunde. Seine Beziehungen zu Ludwig XI. von Frankreich, die Händel mit Dinant, Lüttich und anderen Städten sind dafür Erklärung genug.[2] Aber dem Gange des politischen Lebens im Reiche war Burgund dennoch ideell und materiell seit dem Tode Herzog Philipps näher getreten. Und als nun jetzt, 1469, von mehreren Seiten zugleich an Karl den Kühnen die Zumutung herantrat, direkt auf die Verhältnisse im Reiche Einfluß zu nehmen, so fand man den Herzog offenbar weder unvorbereitet noch abgeneigt.

Aus besonderem Grunde war aber Herzog Karl gerade jetzt den Erbietungen des Erzherzogs von Österreich geneigt. Karls Machtstellung war dadurch ganz empfindlich beeinträchtigt, daß sein Besitz in zwei getrennten Landmassen, oben am Jura und unten an den Mündungen von Maas, Rhein und Schelde und am Meene lag. Schon längst hatten deshalb der Herzog und seine Räte die Erwerbung eines Zwischenlandes, vor allem Lothringens, ins Auge gefaßt.[3] Aber waren dafür nicht auch die österreichischen Vorlande in hohem Grade wertvoll? Man begreift so, wenn die klugen Burgunder, sei es gleich zu Beginn, sei es im Laufe der Verhandlungen mit Sigmund von Österreich, den Gedanken faßten, den hilfsbedürftigen Herzog in irgend einer Form zur Überweisung dieser Gebiete in burgundische Hände zu vermögen.

Nach allem kam ihnen dabei Erzherzog Sigmund auf halbem Wege entgegen. Er erkannte wohl, daß Einung und Bündnis mit Karl von Burgund, in den gewöhnlichen Formen und Voraussetzungen abgeschlossen, ihm keineswegs hinlängliche Sicherung gegen die Eidgenossen brächten. Er begehrte ein engeres Verhältnis, etwa in der Form, daß ihn Herzog Karl gegen Jedermann und besonders die Eidgenossen mit seiner Person und allen seinen Landen und Leuten in Schutz und Schirm nehme. Er wünschte eine Verpflichtung Karls, ihm, falls die Eidgenossen auf seine Mahnung nicht von ihren Übergriffen abließen, „wider sie und all ihren Anhang Beistand zu thun nach seinem Vermögen. Dagegen war er bereit,

[1] Vgl. Höfler, Kais. Buch 116. Font. rer. Austriac XLVI. 45.

[2] Vgl. darüber außer Comynes v. l. Olivier de la Marche, Memoires ed. Petitot X. 289. Wenzelburger, Geschichte der Niederlande I. 239, 342.

[3] Witte, Herzog Sigmunds von Österreich Beziehungen zu den Eidgenossen u. s. w. 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu geloben, Karl „lieb zu haben, seinen Nutzen und seine Ehre zu betrachten und zu fördern und seinen Schaden zu wenden, und, als oft ihm das gefällig sein würde, zu dienen mit Leib und Gut nach seinem Vermögen, doch soviel er das mit Ehren gethuen" möge.[1]

Was aber dem stolzen Habsburger eine Gegenleistung vom höchsten Werte, die er fast als eine Demütigung empfand, sein mochte, der Diener eines fremden Fürsten zu werden, das war den Burgundern nicht genügend. Sie wünschten das Verhältnis auf eine mehr materielle Basis gestellt. Indem sie deshalb die Versicherung gaben, daß ihr Herr bereit sei, mit Österreich-Tirol ein solches Schutzverhältnis einzugehen und den Herzog als seinen Diener anzunehmen, schlugen sie Sigmund vor, die am meisten durch die Eidgenossen gefährdeten Gebiete, die Grafschaft Pfirt und die Landgrafschaft im Elsaß mit ihren Zugehörungen, als Pfandschaft gegen bestimmten Preis in die Hände Burgunds zu geben: dadurch erst würden die Interessen beider Fürsten völlig identisch und die Möglichkeit geschaffen, daß das Bündnis seinen Zweck vollkommen erfülle.

Man glaubt es gern, wenn Herzog Sigmund dem Kaiser schreibt, „er habe der Sachen halber mit gar wohlbedachtem Mute nachgedacht" und „darin allerhand betrachtet". War denn ein solcher Schritt nicht allzugefährlich für ihn und sein ganzes Haus, das den schönen Besitz vielleicht nie mehr in die Hände bekam? Man wußte ja an vielfältigen Beispielen, wie regelmäßig sich Pfandbesitz in Eigenbesitz verwandelte. Und gesetzt den Fall, Herzog Karl *wollte* einfach keine Rückgabe, wer schien im Stande, ihn dazu zu zwingen?

Aber andererseits mußte sich der Herzog sagen, daß die Lande noch sicherer an die Eidgenossen, seine Todfeinde, verloren seien, wenn der Handel mit Burgund nicht zu Stande kam. Und nicht sie allein, sondern auch noch andere Besitzungen, „nach denen sie dann stellen und trachten" mochten. Sie gaben ja nichts auf Papst und Kaiser; der König von Frankreich war mit ihnen im Bunde; ihm, Sigmund, waren sie unermeßlich überlegen; von den deutschen Fürsten ein Beistand gegen sie „ohne andere mehrere Hilfe" nicht zu erwarten. Auch hatte er die Lande ohnehin verpfändet, ihre Einkünfte in fremde Hand gegeben, ohne daß die Inhaber im Stande waren, ihm, dem Pfandherrn, zu helfen oder

[1] Die Urkunde bei J. K. Zellweger, Urkundliche Beleuchtung der Verpfändung einiger Landschaften des Herzoges Sigmund von Österreich an Herzog Karl von Burgund, im schweizer Museum für historische Wissenschaft II. (1838), 103 ff. Ein Regest bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 5 u. 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

für sich die Lande zu schirmen. So sprach doch wieder manches für die Sache. Aber erst, nachdem der Herzog von dem Burgunder die Versicherung erhalten, daß ihm mit der Verpfändung der Lande ein Bündner werde, willens, nicht bloß von Österreich weiteren Verlust abzuwenden, sondern ihm auch die alte Stellung im Hochgebirge wieder zu schaffen, und als auch die herzoglichen Räte, darunter der wackere Thüring von Hallwill, dann Peter von Regisheim und Heinrich Reich von Reichenstein, sich für die Sache ausgesprochen hatten, willigte der Erzherzog ein. Am 9. Mai, nach langer Verhandlung, wurden in St. Omer die Verträge unterzeichnet.[1]

Durch sie kam die Landgrafschaft im Oberelsaß und die Grafschaft Pfirt mit all dem, was Österreich auf dem linken Rheinufer im Sundgau und Oberelsaß zu eigen besaß, und namentlich mit Thann, kamen ferner Breisach und die Waldstädte Rheinfelden, Waldshut, Lauffenburg und Säckingen, dann das Schloß Hauenstein mit dem österreichischen Schwarzwald in burgundischen Pfandbesitz. Nur Thann und Breisach, freilich sehr wichtige Punkte, befanden sich direkt in Erzherzog Sigismunds Händen; nur für sie ward daher ein Pfandschilling an Sigmund selbst ausbezahlt (40000 Gulden).[2] Betreffs alles übrigen erhält Herzog Karl das Recht, es gegen Erstattung der darauf haftenden Summen, die im Höchstbetrage auf 180000 Gulden angeschlagen wurden, zu seinen Händen zu nehmen. Herzog Sigmund verspricht, die jetzigen Inhaber der genannten Gebiete und Herrschaften zu solcher Übergabe zu bestimmen. Soweit die anwesenden österreichischen Herren solche Pfandschaften besaßen, gaben auch sie sofort ihre Einwilligung. Mit 10000 Gulden endlich löste Herzog Karl von dem Erzherzog seine Hoheitsrechte in den genannten Gebieten an sich. Dieses Geld sollte nach Maßgabe der Waldshuter Richtung den Eidgenossen werden. Alle Unterthanen der Pfandgebiete haben dem Herzog Karl den Eid der Treue zu leisten, doch unter Vorbehalt ihrer Rechte und Freiheiten und nachdem sie Herzog Sigismund von den ihm geleisteten Eiden losgezählt hat. Herzog Sigismund bleibt endlich jederzeit und unbedingt das Recht der Wiederablösung gewahrt. Doch hat er dann dem

[1] Nach Sigmunds Darlegung vor dem Kaiser, Mon. Habsb. I. 2, 133. Über Sigmunds Aufenthalt am burgundischen Hofe vgl. sonst vor allem Extract d'une ancienne chronique bei Lenglet et Fresnoy IV. 354 ff. Eine Zusammenstellung der äußeren Geschehnisse bietet danach K. Rausch, Die burgundische Heirat Maximilians I., Wien 1880, 18 ff.

[2] 10000 für Thann und 30000 für Breisach.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herzog von Burgund nicht bloß für die jetzt gezahlten oder allmählich auszulegenden Summen (50000 und höchstens 180000 Gulden), sondern auch für alle jene Auslagen Ersatz zu leisten, welche im Kriegsfalle aus der voraussichtlich notwendigen Instandsetzung und Erhaltung der festen Plätze des Pfandschaftsgebietes erwachsen würden.

Auch der Schutz- und Schirmbrief und der Dienerschaftsbrief wurden vollzogen. Eine schriftliche Zusage Herzog Karls, die Förderung der Absichten des tiroler Fürsten gegen die Eidgenossen betreffend, ist aber nicht ausgestellt.[1]

Die Übertragung so wichtiger Teile des habsburgischen Hausbesitzes in die wenn auch nur pfandweise Verwaltung eines fremden Fürsten erforderte an sich die Zustimmung des Kaisers als ersten Agnaten. Sie scheint aber auch deshalb von ihm gefordert worden zu sein,[2] weil er Oberhaupt des deutschen Reiches war, zu dem jene Gebiete gehörten. Deshalb ordnete der Erzherzog unmittelbar nach der Unterzeichnung der Verträge, wohl noch in St. Omer,[3] seine Räte Ulrich von Frundsberg und Ludwig von Maasmünster an Kaiser Friedrich ab.[4]

Aber die Gesandten brachten auch noch andere Werbung. Der Glanz der burgundischen Hofhaltung, welche den Reichtum des Landes und die Macht des Herzogs so unverkennbar wiederspiegelte, hatten nicht verfehlt, auf den Erzherzog einen tiefen Eindruck zu machen.[5] Herzog Karl war der letzte seines Hauses, seine einzige Tochter Marie

---

[1] Die Urkunden von Saint Omer bei Zellweger, Jahrbuch des schweizer Museums II. 116—117; 299—391 (bet. Breisachs); 117; 121—122. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 1—8. Diplomat. Habsb. in Font. rer. Austr. II. 223—228; 229 bis 301; 231—236. M. Gachard in seiner Ausgabe von Barante, Histoire des ducs de Bourgogne etc., Bruxelles 1838, II. 706. Vgl. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1349—1355. Sigmunds Bericht an den Kaiser l. c. 134. Über die Geldsummen s. Krause, Exkurs 1 und 2, S. 69—72 und Witte v. l.

[2] Nach der Haltung Karls von Burgund in Trier darf man wohl annehmen, daß er, in Geschäftssachen sehr genau, diese Forderung selbst stellte.

[3] Der Kaiser ist bereits am 24. Mai nicht bloß informirt, sondern auch, was bei ihm viel ist, in der Sache entschlossen.

[4] Wie viel Sigmund daran lag, erkennt man daraus, daß er seine Räte auch bei dem Grafen Rudolf von Sulz und (mit der Weisung, die Briefe nach dem Rate des Grafen Rudolf zu gebrauchen) bei dem Kanzler Bischof Ulrich von Gurk, Graf Haug von Werdenberg und dem Fiskal Dr. Hans Keller beglaubigt. Mon. Habsb. I. 2, 135.

[5] Über Burgund und den burgundischen Hof vgl. u. a. des böhmischen Herrn „Leos von Rožmital Ritter-, Hof- und Pilgerreise durch die Abendlande 1465—1467", Stuttgart 1844, 22 ff. Auch die Berichte in Font. rer. Austriac. XLVI. 13—16, 23—27.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die natürliche Erbin alles dessen, was ihm zu eigen war. Fand Sigismund je eine reichere, glänzendere Braut für seinen Vetter Maximilian, des Kaisers einzigen Sohn, als das Fräulein von Burgund? Und ließ sich, wenn die Ehe zu Stande kam, die einstige Erwerbung des großen burgundischen Besitzes nicht um so sicherer erwarten, als ja der Kaiser mit den Rechten, welche die Lehenshoheit des Reiches über mächtige Teile desselben gewährte, die Ansprüche von Schwiegertochter und Sohn zu unterstützen vermochte? Auch dem leidigen Pfandgeschäfte nahm das Heiratsprojekt ein gut Teil seiner Bitterkeit. Was hatte es selbst im schlimmsten Falle, wenn die verpfändeten Lande an Burgund verloren gingen, zu sagen, wenn sie später ja doch mit all dem andern an des Kaisers Sohn und Enkel gelangten?

So hatte denn der Erzherzog, wie er erzählt, bei Gelegenheit die Heiratssache „hübschlich an sein Lieb Herzog Karl wachsen" lassen, zu sehen, „was ihm darinn zu Sinn sein wollte". Es ward ihm freundliches Entgegenkommen zu teil. Karl versicherte, daß er die Vermählung seiner Tochter mit dem Kaisersohne gern sehen würde.[1]

Die Gesandten des Erzherzogs hatten davon dem Kaiser Mitteilung zu machen. Sigmund ließ erklären, daß er eine Verbindung des Erzhauses mit Burgund für vorteilhafter halte, als mit Frankreich, da sie ihm Aussichten auf Erwerbung von reichen Landen eröffne; er erklärte sich bereit, falls der Kaiser an dem Plane sein Gefallen finde, in der Sache ferner zu verhandeln. Sollte dagegen der Kaiser den Gedanken einer Vermählung seines Sohnes mit einer französischen Prinzessin festhalten, so bitte er, „ihn der Arbeit zu überheben und zu vertragen", da ihm „dieselbe Freundschaft diesmal zu machen nicht gemeint sei, noch ihm fügen wolle".[2]

In wie weit die Gesandtschaft auch schon den Auftrag hatte, ein neues Einschreiten gegen die Eidgenossen wegen Bruches des Landfriedens zu begehren und damit sofort den Angriff gegen sie zu eröffnen, ist unbekannt. Ihre Instruktion enthält davon nichts. Immerhin hatte alles, was von Entschließungen des Kaisers in der vorderösterreichischen Sache aus jener Zeit vorliegt, den Zweck, den Waldshuter Vertrag zu kassieren und die Eidgenossen wegen feindlichen Überzugs zur Verantwortung zu ziehen. Aber genügte dafür nicht des Kaisers persönliche Abneigung, der er, sowie die Lage der Eidgenossen ungünstiger erschien, freien Lauf ließ?

[1] Mon. Habsb. I. 2, 134—135. [2] Ebendort 135.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Bedeutung der Verträge von St. Omer, die Frage nach Gewinn oder Nachteil, die sie den kontrahierenden Teilen brachten, ist viel erörtert. Sie erscheint aber bereits in der Hauptsache gelöst durch die einfach klare, den Thatsachen durchaus angemessene Darstellung des Erzherzogs an den Kaiser, namentlich dort, wo er sagt, wie er in den Handel gegangen. Die Deklamationen über Sigmunds Unvorsichtigkeit, seine vorderen Besitzungen einem Fürsten zu geben, der nie daran denken würde, sie wieder zurückzustellen, und der dafür schon im Vertrage vorgesorgt hätte, von Sigmunds Leichtsinn, um so geringes Geld blühende Lande wegzugeben, um erst wieder andere zu erobern, sind damit bereits nach ihrem Werte gekennzeichnet. Der Erzherzog hat sich fürwahr nicht leichten Herzens, sondern dem Drange bitterer Notwendigkeit weichend, zu dem Pfandgeschäfte entschlossen.

Eine andere nicht minder wichtige Frage ist die, welche Folgen die beiden Fürsten den Verträgen zu geben gedachten, welche Pläne sie daran knüpften? Hier liegt der Schlüssel für das Verständnis dessen, was später geschah. Und da läßt sich dann nicht leugnen, daß bei beiden Herzögen Standpunkt und Auffassung wohl vom Anfange an verschieden waren.

In dem Bündnis mit Karl dem Kühnen sah Sigismund von Österreich nicht bloß den festen Halt, den er haben wollte und haben mußte, sollte er nicht ewig vor den verhaßten Bergbauern, von denen er sich des Schlimmsten versah, zittern, sondern den Ausgangspunkt großer Wandlungen um den Bodensee und Jura herum. Herzog Karl übernahm jetzt die Auszahlung der 10000 Gulden wie die Vermittelung in den vorhandenen Streitigkeiten mit den Eidgenossen. Den Burgunder wie alle anderen Fürsten des Reiches konnte, — was ja auch geschehen ist, — der Kaiser zur Durchführung der Prozesse aufrufen, die er jetzt wegen Friedensbruches gegen jene eröffnete.[1] Da blieb, da nach Sigmunds Erwartung Burgund doch nur sein Interesse vertrat, den Eidgenossen nur zweierlei: Demütigung oder Krieg. Jene war von den stolzen Söhnen der Berge nicht zu erwarten: so gab es denn Kampf. Wenn da die gewaltige burgundische Macht sich gegen die Schweizer erhob und dadurch ermutigt auch die anderen fürstlichen Freunde Österreichs in den Krieg gegen sie eintraten, dann endlich kam der Tag, an dem Sigmund mit den alten Erbfeinden gründlich abrechnete und ihnen wieder nahm, was sie sich gegen das Recht angeeignet und worauf, wie

[1] Vergl. H. Witte, Beziehungen u. s. w. 8—9. Doch scheint mir Witte in mancher Hinsicht zu weit zu gehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erwähnt, Österreich niemals verzichtet.[1] Sigmunds spätere Behauptungen und seine direkten Forderungen an Herzog Karl beweisen, daß er sich zu einer solchen Auffassung der Verträge nach den mündlichen Zusagen seines Parthners für berechtigt hielt.

Was aber diesen betrifft, so erbringen gleich vom Anfange an die Thatsachen ein anderes Zeugnis. Herzog Karl war weit davon entfernt, sich sofort in einen entscheidenden Kampf mit den Eidgenossen, der auch für ihn Gefahren barg, stürzen zu wollen. Ihm handelte es sich vor allem darum, die neu erworbenen Gebiete auch wirklich in seine Hand zu nehmen und in ihnen festen Fuß zu fassen, was bei den zerrütteten Verhältnissen derselben nicht so leicht und rasch möglich war. Die neuen Lande mußten erst in burgundischer Art organisiert und den alten Besitzungen fest eingefügt werden, ehe sie Karls Machtstellung nutzbar wurden. Darum ging sein Streben auf Erhaltung des Friedens hin. Der Herzog hat rechtzeitig, am 23. Juni 1469, in Bern die fälligen 10000 Gulden auszahlen lassen.[2] Er hat sich ernstlich und aufrichtig bemüht, die zwischen den Eidgenossen und Erzherzog Sigmund schwebenden Streitigkeiten auszugleichen. Sorgsam aber hat er dabei — was Sigmund sich anders gedacht hatte — vermieden, die Schweizer etwa durch Drohungen gegen sich selbst herauszufordern.[3]

Dabei fand sich der Herzog mit seiner Verpflichtung gegen Erzherzog Sigmund leicht ab. Hatte Sigmund jetzt nicht thatsächlich an ihm den mächtigen Rückhalt, dessen er bedurfte? Auch dessen weitergehende, auf die Demütigung der Schweizer abzielenden Absichten zu verwirklichen, war ja Karl im Grunde entschlossen; nur mußte ihm, sowie ja seinerzeit die Hauptlast des Krieges auf ihm ruhen würde, auch die Entscheidung darüber, wann der Streit zu beginnen habe, überlassen bleiben. Das war die Bedeutung des Satzes, Herzog Sigmund sollte „die Sachen nach des von Burgund Rat handeln".[4] Und der tiroler Herzog blieb dessen

[1] Über diesen Besitz s. Font. rer. Austr. II. 390—391.

[2] Font. rer. Austriac. II. 356—360. Vgl. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1370.

[3] Über diese Verhältnisse geben die Eidgenössischen Abschiede und die Sitzber. der Wiener Akad. II. 458—491 Aufschluß. Vergl. K. Dändliker, Geschichte, Ursachen und Vorspiel der Burgunderkriege 30 ff. Mandrot, Étude sur les relations de Louis XI., roi de France, avec les cantons Suisses 1461—1481. Jahrbuch des schweizer Museums V. 139. H. Witte, Beziehungen u. s. w. 10—11.

[4] Ein gleiches erhellt aus dem z. T. von Sigmunds burgundischem Aufenthalte abgefaßten Schreiben Karls an den Kaiser, das dann nicht zur Absendung gelangte. Vgl. Witte, Beziehungen 8—9. Doch teile ich, wie oben ersichtlich, nicht dessen Mei-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auch vorerst eingedenk. Bis gegen Ende des Jahres 1469 hat er keine Klagen über seinen Bündner laut werden lassen. Viel weniger gegen Österreich als gegen die Eidgenossen war die burgundische Politik unaufrichtig und hinterhältig.

Anders der Kaiser. Ihn band die Rücksicht auf den Herzog von Burgund keineswegs. Wohl aber nützte er die durch die Verbindung mit ihm geschaffene Gunst der Lage gegen die Schweizer. Er zürnte den hochmütigen Verächtern seiner Gebote persönlich. Auch auf die feindliche Haltung des Papstes dürfte er nicht ohne Einfluß gewesen sein.[1] Nun wurde, — unmittelbar nach Empfang der Meldungen aus Burgund — am 25. Mai, unter Abweisung der Verwendung seines Vetters von Tirol und Herzog Ludwigs von Bayern,[2] der Vertrag von Waldshut für null und nichtig erklärt und am selben Tage auf die Klage des Kammerfiskalprokurators hin die neuerliche Vorladung an die Eidgenossen wegen Bruches des allgemeinen Landfriedens erlassen.[3] Und bereits am 26. Mai konnte der ergangene Spruch den beteiligten Parteien,[4] auch denen von Waldshut und auf dem Schwarzwalde, der ganzen Gemeinde von Schaffhausen und ihrem Bürgermeister Hans von Stad insbesondere, endlich allen Ständen des Reiches mitgeteilt werden, mit der Aufforderung, sich strenge an die kaiserliche Entscheidung zu halten und keinerlei Recht auf Grund des kassierten Vertrages weiter zu begehren oder anzuerkennen. Hinzugefügt war das Gebot an die Reichsstände, auch an Karl von Burgund: dem Herzog Sigmund Beistand zu thun, falls ihn etwa die Eidgenossen wegen Nichtbefolgung der Richtung anfechten würden.[5] Der Prokurator war beauftragt, in dem Verfahren gegen die Eidgenossen ungesäumt weiterzugehen.[6]

Der Kaiser blieb auch fürderhin auf dem gleichen Wege. Nach Ablauf der gesetzten Termine ließ er am 31. August von dem kaiser-

nung, daß Karls Politik vom Anfange an auch gegen Österreich eine „Doppelpolitik" war.

[1] Der Papst wies die Fürsprecher schon am 13. März ab und erklärte, die Sache an den Legaten Rovarella geben zu wollen. Font. r. Austr. II. 341—342.

[2] Diese Abweisung vollständig gedruckt in Font. rer. Austriac. II. 236—242. Vgl. Chmel. Reg. II. 555, Nr. 3577. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1358.

[3] Fontes rerum Austriac. II. 342—346. Chmel, Reg. II. 555, Nr. 5568. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1359.

[4] Font. l. c. 342—343; 350—352. Vgl. Chmel, Regest. II. 555, Nr. 5570 und 5571. Lichnowsky l. c. Nr. 1360 und 1361.

[5] Font. rer. Austriac. II. 346—337; 348—350; 352—354. Chmel, Regesten II. 555, Nr. 5572, 5573, 5574. Lichnowsky l. c. Nr. 1362—1364.

[6] Font. l. c. 354—355.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lichen Kammergerichte in der Sache der Eidgenossen das Urteil sprechen. Sie wurden auf die Klage des Fiskalprokurators „in die Pön und Buße" des fünfjährigen Landfriedens zu Nürnberg, „der goldenen Bulle königlicher Reformation und der geschriebenen Rechte verfallen" erklärt und dem Fiskal sofort „Gebotsbriefe, Schirmer, Exekutoren und notdürftig Prozeß des Rechtens" wider die Verurteilten zuerkannt. Zu Schirmern und Exekutoren bestellte der Kaiser die Kurfürsten, die Fürsten und sämtliche Stände des Reiches, mit dem Befehle, gegen die Eidgenossen als des Reiches Ächter und Aberächter vorzugehen.[1]

Erzherzog Sigmund that nun keinen Schritt weiter, die in der Waldshuter Richtung gemachten Zusagen zu erfüllen, obgleich die Eidgenossen auf Grund eines in Luzern auf der Tagsatzung vom 17. Juli gefaßten Beschlusses daran mahnten.[2]

So ging jeder der Verbündeten von St. Omer sowie der sonst zunächst Interessierte, der Kaiser, den Eidgenossen gegenüber seine eigenen Wege. Trotzdem ward das freundliche Verhältnis zwischen den Herzögen und dem Kaiser zunächst nicht gestört. Im Gegenteil! Am 27. September erlangte Sigmund eine Erklärung der oberen Hand, daß ihn anläßlich des Waldshuter Vertrages keine Schuld treffe, da er ihn aus Not geschlossen.[3] Und auch Herzog Karl trat um dieselbe Zeit in direkten diplomatischen Verkehr mit dem Grazer Hofe. Nachdem der Kaiser schon vordem die Zustimmung zu den Verträgen von St. Omer und wohl auch prinzipiell zu dem Heiratsprojekte ausgesprochen,[4] weilten im September und neuerdings im November 1469 kaiserliche Gesandte — wir kennen den Markgrafen Rudolf von Röteln-Hochberg als mitbeteiligt — am burgundischen Hofe. Gegenstand ihrer Werbung ist sicher das Heiratsprojekt gewesen. Aber Herzog Karl knüpfte Forderungen daran, für welche die kaiserlichen Unterhändler keinerlei Vollmacht besaßen. Sie bezogen sich auf die Erhebung des Herzogs zum Römischen Könige neben dem Kaiser oder doch auf seine Bestellung zum kaiserlichen Vikar über alle deutschen Lande auf dem linken Ufer des Rheins. Der Kaiser, an den die Sache ging, beeilte sich aber mit der schwierigen Entscheidung darüber um so weniger, als sich seit dem Ende des Jahres 1469 seine Stellung im Osten wesentlich und nicht zu seinem Nachteil veränderte.[5]

[1] Ebendort 361—364; 364—368. Chmel, Reg. II. 563, Nr. 5678, 5679.
[2] Sitzber. d. Wien. Akad. II. 489. [3] Chmel, Reg. II. 566, Nr. 5728.
[4] Ergiebt sich aus dem Zusammenhange der Dinge.
[5] Comynes bei Lenglet du Fresnoy III. 242. Darüber, wann dieses Schriftstück verfaßt ist, s. weiter unten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zwölftes Kapitel.

Bedrängte finanzielle Lage des Kaisers und der österreichischen Erblande. Der Böhmenkönig und das deutsche Reich 1470. Annäherung des Kaisers an Böhmen und Polen. Burgund und die deutsche Krone 1470—1471.

Viele drangvolle Zeiten hatten die österreichischen Erblande unter der Verwaltung Kaiser Friedrichs III. bereits gesehen. Das Spätjahr 1469 gehörte zu den schlimmsten von allen. Krieg mit Böhmen im Norden, im Süden Einbrüche der Türken, Spannung und Sorge auch dem verbündeten Ostnachbar Ungarn gegenüber, im deutschen Westen Zustände, als ob es eine Obergewalt des Kaisers und Zugehörigkeit der alten Ostmark kaum mehr gäbe, dazu Gärung, offener Aufstand im Innern: das alles traf zusammen mit der völligen Erschöpfung der kaiserlichen und landständischen Finanzen. Kein Wunder, daß die Folgen dieser traurigen Monate noch lange bemerkbar blieben, sowie andererseits wachsende Erschöpfung den Kaiser zwang, mit größerer Energie neue Hilfsquellen und Stützen zu suchen.

Wie weit die Finanzkünste der Fürsten in diesen Jahrzehnten des scheidenden Mittelalters bereits vorgeschritten waren, davon erhalten wir kaum eine bessere Vorstellung, als bei Betrachtung des Vorgehens der kaiserlichen Kammer 1468—1470 in Österreich. Zu den Erfordernissen des böhmischen Krieges, den der Kaiser nur mit Mühe und unter Mithilfe der Landschaft geführt hatte, waren 1468 die Kosten der Romfahrt gekommen, — auch sie bereits zum Teile, wie wir wissen, durch Borgen und Verpfänden aufgebracht. Dazu kamen im nachfolgenden Jahre die großen Summen, welche für den Baumkircherkrieg, namentlich die Anwerbung, Erhaltung und Abfertigung von Söldnern, notwendig wurden,[1] die Auslagen für die Instandhaltung der Plätze in den südlichen von den Türken bedrohten Gegenden,[2] die Kosten der Abwehr böhmischer Scharen von den Grenzen Ober- und Niederösterreichs,[3] für die Ausgaben der kaiserlichen Hofhaltung.[4] Darüber waren nicht bloß die Taschen

[1] Chmel, Reg. II. 564, 5704; 565, Nr. 5722; 567, Nr. 5744, 5745, 5758 bis 5762 u. s. w. Krones, Zur Geschichte der Steiermark u. s. w. 55, 68 a. a.

[2] Chmel, Regesten II. 660, Nr. 5635, 5636, 5638; 561, Nr. 5656; 566, Nr. 5717 u. a.

[3] Vgl. oben S. 234.

[4] Chmel, Regesten II. 562, Nr. 5667; 563, Nr. 5688; 564, Nr. 5691; 565, Nr. 5798. Krones, Zur Geschichte u. s. w. 54.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

des Kaisers leer geworden, sondern versagten auch die gewöhnlichen Wege zur Geldbeschaffung. Wohl wandte er sich immer wieder an die Landschaften, die ja auch bereits mittelbar und unmittelbar große Summen für den Schutz der Lande aufgewendet[1] und überdies durch Türken, Böhmen, Baumkircherische und auch selbst kaiserliche Söldner großen Schaden gelitten hatten.[2] Binnen kurzer Zeit kamen zu den älteren Abgaben, den „Aufschlägen" auf Salz, Wein u. s. w., ein „Häuseraufschlag" im Fürstentum Steier,[3] eine Abgabe „auf die Leute und Holden" im Krainischen,[4] die allgemeine Steuer auf die „Jüdischheit"[5] und der „Aufschlag" auf die Gotteshäuser in ganz Österreich.[6] Aber schließlich ward das den Landen viel und allzuviel.

Und dabei doch kein Genügen, kein wirksamer Schutz gegen außen, im innern kein festes, umsichtiges Regiment, das die schweren materiellen Wunden heilte! Hieraus vor allem erwuchs die tiefgehende Erregung in den Erzherzogtümern, die nun ein Jahrzehnt lang immer wieder zu gefährlichen Bewegungen gegen das Regiment des Kaisers führte und die ungarische Okkupation der achtziger Jahre vorbereiten half.

Auch in Deutschland bewog die Geldnot den Kaiser zu manchen bedenklichen Schritten, obwohl ihm der Papst durch die Bewilligung eines einmaligen Zehnten für das ganze Reich zu Hilfe kommen wollte.[7] Die Stadtsteuern wurden allseitig eingemahnt und eifriger als je betrieb die Kanzlei das Geschäft, durch Titel- und Privilegienverleihungen und sonst Geld einzubringen. Das war die Zeit, in welcher der jüngere Sforza von Mailand sich mit der Hoffnung trug, denn doch noch um ein gutes Stück Geld die Bestätigung in der herzoglichen Würde zu erlangen,[8] die Zeit, zu der die Frankfurter mit dem Kaiser um das Privileg, von den Reichshilfen befreit zu sein, feilschten, wobei der Kaiser 8000, dann 4000 Gulden verlangte, während sie es wagten, 1300 bis 1500 Gulden anzubieten![9]

[1] Vergl. z. B. betreffs der oberen Steiermark Krones, Zur Geschichte u. s. w. 56 ff., 64.

[2] Vgl. ebendort 47, 62, 65. [3] Chmel, Reg. II. 565, Nr. 5719, 5720.

[4] Ebendort 563, Nr. 5675. [5] Ebendort 567, 5758, 5762. Krones, Beiträge zur Geschichte der Steiermark 64, Nr. 37.

[6] Chmel, Reg. II. 563, Nr. 5682; 565, Nr. 5721. Auch Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 257, Nr. 415.

[7] Chmel, Reg. II. 557, Nr. 5608.

[8] Mehrfache Belege dafür in den Mon. Hung., Acta extera II. Vgl. Gregor Heimburg in Kaiserl. Buch 218.

[9] Janssen, Frankfurts Reichskorrespond. II. 256—257, Nr. 410, 412, 413.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

So war es kein Wunder, daß jetzt auch der Ungarkönig wieder umsonst auf die Erfüllung der ihm im August-September gemachten Zusagen betreffs österreichischer Hilfe gegen Böhmen hoffte.[1] Und doch brauchte er sie um so notwendiger, als er seine eigenen Kräfte zwischen dem Krieg in Böhmen und die Abwehr der Türken teilen mußte.

Trotzdem vermag man die ungemessene Erbitterung, von der sich König Matthias seit November 1469 gegen den Kaiser erfüllt zeigt, und die unbilligen Forderungen, die er nun auf einmal an ihn stellte, schwer zu begreifen.

Die Sachlage leitet auch wirklich zu einer anderen Mutmaßung hin. Der Ungarkönig hat ebenso wie andere von Verhandlungen des Kaisers mit Karl von Burgund erfahren. Sollte ihm da nicht auch von dem besondere Kunde geworden sein, was seit Jahren immer wieder geglaubt wurde und sich ja diesmal wirklich zutrug, von Beredungen betreffs der deutschen Krone?

Hat ihn dies vielleicht zu bestimmten Entschlüssen bewogen?

Nicht lange darauf wollte man in Prag wissen, daß er, der Ungarkönig, selbst jetzt vom Kaiser die Erhebung auf den deutschen Thron begehrt habe und erhört worden sei.[2] Letzteres ist sicher irrig. Aber kaum auch ersteres. Und aus einer solchen Werbung des Königs läßt sich leicht der Entschluß des Kaisers begreifen, jetzt auf einmal die deutschen Fürsten zu wichtiger Beratung an seinen Hof zu rufen. Andererseits war eine Abweisung des Königs wohl geeignet, ihn mit hohem Unwillen zu erfüllen. Hatte er nicht in den letzten Jahren Österreich von der böhmischen Invasion befreit, die Hussitten und Empörer gedemütigt, Kaiser, Reich und Kirche die größten Dienste geleistet? Warum sollte er nun bei Vergebung der Reichskrone vor dem Burgunder, der von all' dem nichts gethan, zurückstehen?

Doch zu den Thatsachen. Die auf den 4. Oktober verabredete Zusammenkunft zwischen dem König und dem Kaiser hatte nicht stattgefunden, obwohl, wie berichtet wird, der König schon in Preßburg weilte und auch der Kaiser sich gerüstet hatte, nach Wien zu kommen. Der Kaiser gab die Reise plötzlich auf, da, so ließ er melden, marodierende Söldner den Weg unsicher machten. Fürchtete er, daß ihn der König persönlich zur Erfüllung seiner Bitte drängen werde? Oder war die Haltung Baum-

[1] So nach den Umständen, den freilich konfusen Angaben bei Bonfini 405 und einer ebenso unklaren Notiz bei Preuenhuber 126.

[2] Schreiben Gregor Heimburgs vom 27. Dezember 1469. Höfler, Kaiserliches Buch 210.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kirchers, an dessen Einverständnis mit König Matthias neuerdings geglaubt wurde, die Ursache?[1]

Dann gelang es zwar dem Legaten Laurenz, den zornigen König, der sechs Tage in Preßburg gewartet hatte, zu beschwichtigen;[2] der Stillstand mit Baumkircher wurde verlängert[3] und eine neue Zusammenkunft der Fürsten in Wien beredet.[4] Aber der Kaiser rührte sich lange nicht von Graz, und ehe er auch nur nach Wiener-Neustadt gekommen war,[5] zwangen Meldungen über einen ganz unerwarteten Einbruch der Türken in Südungarn — sie waren über die in diesem Jahre früh gefrorenen Flüsse erschienen —, den König Matthias, nach seiner Hauptstadt zu eilen und Maßregeln zum Schutze des Königreiches zu treffen.

Nach Wiener-Neustadt sandte der König eine Botschaft seiner Räte unter der Führung des Erzbischofs von Gran. Ihre Forderungen beleuchten grell das persönliche und materielle Verhältnis zwischen beiden Fürsten und die ganze Situation. Der Kaiser sollte, verlangte Matthias, 1. ihm, was in Regensburg versprochen, bisher aber nicht gehalten worden sei, die Zölle und Mauten im Lande Österreich zur Führung des Krieges gegen die Ketzer abtreten oder dafür eine Entschädigung von 80000 Dukaten zahlen; 2. die im Frieden von 1462 an ihn abgetretenen ungarischen Plätze und Festungen zurückgeben; 3. auf den Titel eines Königs von Ungarn verzichten; denn er, Matthias, sei ein „einsitziger, gesalbter und regierender König" und habe die Krone inne; daß aber auch der Kaiser sich König von Ungarn nenne, gereiche ihm zum Hohne; 4. Matthias die Kosten des böhmischen Krieges, in dem er bereits 400000 Gulden allein für Sold ausgegeben habe, wiedererstatten; auch dies sei zu Beginn des Krieges versprochen worden. Andere Punkte bezogen sich auf des Kaisers Verpflichtung, das deutsche Reich im böhmischen Kriege endlich zu ernstlichen Anstrengungen zu bringen, auf die Amnestierung Baumkirchers und der Seinen u. a.[6]

Hier wie dort trat alle Rücksicht auf die Interessen des Kaisers zur Seite. Aber der König scheute sich auch nicht, seinem persönlichen Mißtrauen den stärksten und beleidigendsten Ausdruck zu verleihen:

[1] Mon. Hung., Acta. extera II. 204.
[2] Ebendort 205. Bericht der Mailänder Gesandten vom 24. Jan. 1470.
[3] Font. rer. Austr. XLIV. 668, Nr. 547.
[4] Mon. Hung., Acta extera II. 205. Font. rer. Austr. LXII. 482.
[5] Am 25. Okt. Vgl. Chmel, Reg. II. 569, Nr. 5798, 5799.
[6] So glaube ich die Angaben des mailändischen Gesandten, Mon. Hung., Acta extera II. 206, mit denen des Gesandten der Stadt Eger, Johann Hausner, (Font. rer. Austr. XLII. 481) vereinigen zu dürfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wünsche der Kaiser, so ließ er sagen, noch eine persönliche Zusammenkunft mit ihm, so müßten seinen Leuten zwei Thore der Stadt, in welcher man sich begegne, eingeräumt werden; doch wolle er, Matthias, nur fünfhundert Mann um sich haben, der Rest seines Gefolges könne vor den Thoren lagern.[1]

Fünf Wochen und länger wartete die ungarische Gesandtschaft in Neustadt, ehe der Kaiser auf diese Forderungen auch nur eine Antwort gab. Erst als den Ungarn der Befehl ihres Herrn zuging, abzureisen, und sie sich ernstlich dazu anschickten, erhielten sie kurzen Bescheid. Wolle der König, so ließ ihnen der Kaiser mitteilen, zu ihm kommen, so werde er und die Seinen mit sicherem Geleite ganz nach Notdurft versorgt sein; die Stadt aber, in der man sich treffe, müsse in ihrem früheren Zustande und die Schlüssel der Stadt in des Kaisers Händen bleiben. Über die Forderungen des Königs mögen dann die beiderseitigen Räte verhandeln und alle Schwierigkeiten und offenen Fragen zu gutem Ende führen.[2]

Das war alles, was Legat Laurenz, der in eifriger Vermittelung zwischen Graz und Preßburg, Ofen und Wiener-Neustadt hin und her ritt, zu erreichen vermochte.[3]

Ein verläßlicher Gewährsmann berichtet, daß der Kaiser damals in Wiener-Neustadt eine ungewöhnliche Last von Arbeit und Sorge zu tragen hatte.[4] Bekannt ist auch Friedrichs Unschlüssigkeit und seine Neigung zum Zuwarten gerade bei wichtigen und bedenklichen Fragen. Solcher gab es eben jetzt mehrere. Und eben die entscheidende berührte wieder das Verhältnis zum Ungarkönig.

In jenen Wochen vollzog sich, was man in Prag bereits im Frühsommer erhofft hatte: die Wiederanknüpfung freundlicher Beziehungen zwischen Kaiser Friedrich und König Georg von Böhmen.

Kaiser Friedrich war einst mit ganzem Eifer, soweit dies nach seinem Wesen möglich war, in den Kampf gegen das ketzerische Böhmen eingetreten. Er hatte sich auch später dafür viel bemüht. Seit er aber zu seiner Überraschung in Rom gesehen, wie kühl man jetzt dort die Sache ansah, wie naiv-rücksichtslos die Kurie die Bürde des Krieges jenen

[1] Mon. Hung. l. c. 207. [2] Mon. Hung. l. c. 206.

[3] Vergl. Fontes rerum Austriacarum XLII. 480, 482. Mon. Hung., Acta extera II. 205.

[4] Hans Hausner aus Eger. Font. rer. Austr. XLII. 480, 484. Vgl. auch Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 256, Nr. 412 und Mon. Hung., Acta extera II. 202, Nr 143: „Sua maesta .. sta et e in grandissima occupatione".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

überließ, die sie bei Ehre und Glauben beschworen hatte, den Glaubenskampf auf sich zu nehmen; seitdem im Frühjahre der verbündete Ungarkönig sich bereit gezeigt, aller Ketzerei der Böhmen zum Trotz sich mit dem Hussittenkönige zu verständigen, derselbe Ungarkönig, der ihn jetzt mit Forderungen bedrängte, wie sie ein Sieger nicht verletzender aufstellen konnte: sah der Kaiser die Voraussetzungen seiner böhmischen Politik geändert. Oder ließen sich nicht bereits auch im katholischen Böhmen, wo nun Hans von Kolowrat als Administrator des Erzbistums fungierte, in Breslau, das der Krieg recht mürbe gemacht hatte, ja selbst wieder in Rom Stimmen vernehmen, es bleibe nichts anderes übrig, als den starren Widerstand gegen die Kompaktaten aufzugeben und sich mit den Böhmen der Gegenpartei — unter polnischer Vermittelung — zu verständigen?[1]

Auch die Vorgänge auf dem mährischen Kriegsschauplatze konnten in Rom und in Neustadt nur die Überzeugung festigen, daß es mit einer völligen Bezwingung der Ketzer noch gute Wege habe. Zur Zeit, als König Matthias die Abwehr der Türken leitete (Oktober 1469), hatte König Georg unter seinem Sohne Heinrich eine Heeresabteilung nach Mähren gesandt, das lange belagerte Ungarisch-Hradisch zu speisen. Aber schon war auch der Ungar wieder zur Stelle; die böhmischen Truppen wurden geworfen, der für die Stadt bestimmte Proviant weggenommen. Deshalb beeilte sich König Georg, seinem Sohne an Truppen zuzusenden, was er im Augenblicke aufzubringen vermochte, und nun erlitt König Matthias durch den viel stärkeren Gegner eine Niederlage, deren Folgen sich weithin bemerkbar machten.[2] Die kleine Podiebradsche Partei in Mähren erhob sich mit neuem Mute. In Böhmen zwang die Erschöpfung der Mittel, wie vordem die Hasenburger, so jetzt auch Burian von Guttenstein und andere Mitglieder des Herrenbundes, zu einem vorläufigen Abkommen mit König Georg. Auch Johann von Rosenberg, ja sogar Zdenko von Sternberg soll ins Schwanken gekommen sein.[3] Von Kreuzerscharen war überhaupt nichts mehr vorhanden.[4]

[1] Vgl. Mon. Hung., Acta extera II. 201—202, Nr. 142: Si che qua se sta in expectatione de nove cose; manda etiam dio de presenti la prefata Sanetita uno messer Alexandro de Forlivo dallo re de Polonia per disponerlo contro lo dicto Boemo. Dies im Zusammenhalte mit Nr. 143, S. 202—203, ebendort, und Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 614—616.

[2] Neben den bezüglichen Meldungen des Eschenloer, Dlugosch und der Staří letopisové (200—201) vgl. besonders Font. rer. Austr. XLII. 482.

[3] Font. rer. Austr. XX. 615—616. Vgl. Höfler, Kais. Buch 218 a. a,

[4] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 616—619.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Man ermesse da die Stimmung des zornmütigen Corvinen, der die eigenen Mittel überall unzulänglich fand,[1] während der Gegner trotz aller Schläge finanziell mit ungebrochener Kraft dastand, ja nach jedem Verluste anscheinend gesteigerte Hilfsmittel entfaltete![2]

Und auch sonst ward der Kampf mit stärkstem Nachdruck geführt. König Georg hatte im Laufe des Sommers und Herbstes 1469 unter dem Eindrucke all des Widrigen, das ihm die letzte Zeit gebracht, und wohl erkennend, daß es sich für ihn und seine ganze Familie um Sein und Nichtsein handle, neuerdings zu weithin zielenden Streichen ausgeholt, die zunächst ebensowohl dem Kaiser wie dem Ungarkönige galten. Er suchte mit Polen ins Reine zu kommen, um endlich an dem Ostnachbar den festen Rückhalt zu gewinnen. Mit Zustimmung des Landtages zog eine Gesandtschaft, aus Mitgliedern des Landtages bestehend, von Prag nach Krakau, um König Kasimir nunmehr offiziell die Nachfolge in Böhmen anzutragen und sich dafür seinen Beistand für dessen Bedränger zu erbitten.[3] Wieder umsonst! König Kasimir scheute auch jetzt jede Parteinahme; er hatte nur gute Worte. Schon sah er ja in Rom seine Erbansprüche begünstigt und hoffte er ein gleiches von dem Kaiser, mit dem er, sobald ihm das Einverständnis der beiden Oberhäupter offenbar wurde, gleichfalls Fühlung suchte.

Ihre Haupterfolge erstrebte die böhmische Diplomatie wieder im Westen. Mit dem ungarisch-deutschen Königsprojekte war sie im März-April 1469 gescheitert. Ludwig XI. hat den böhmischen Boten ebenso abgewiesen, wie eben damals in anderer Sache den Herzog von Tirol. Auch war ja des Königs Freundschaft für König Georgs Verhältnis zu Rom nicht viel wert. Mit Papst Paul des Kardinals de la Balue wegen und sonst verfeindet, vermochte König Ludwig bei der Kurie nicht einmal in eigener Sache Gehör zu erlangen.[4] So war noch im Sommer 1469 in Prag der Gedanke eines Einverständnisses mit Herzog Karl von Burgund an die Stelle des französischen Bündnisplanes getreten. Durch Jörg von Stein, der im Juli nach dem Westen zog, hatte sich König Georg dem Herzog Karl erboten, als Kurfürst des Reiches und mit Hilfe seiner anderen kurfürstlichen Freunde die Erhebung des Herzogs auf den römischen Königsthron durchzuführen, wofür ihn Karl mit der

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 482.

[2] Vgl. Gregor Heimburg am 6. Februar 1470. Höfler, Kais. Buch 219.

[3] Font. rer. Austr. XLII. 475—476, Nr. 361. Zur Sache vgl. J. Caro, Geschichte Polens V. 1, 310 ff., 318 ff.

[4] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 618. Pastor, Gesch. der Päpste II. 335 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kirche aussöhnen und gegen den Kaiser und den König von Ungarn beschützen sollte.[1]

Der Gang der öffentlichen Dinge in jenen Tagen und vor allem die Sprünge und Ungeheuerlichkeiten der böhmischen Politik, deren sie sich ja stets fähig gezeigt hatte, lassen uns unser Staunen über diesen unvermittelten Übergang des Königs von alter Gegnerschaft zu Beteuerungen intimer Freundschaft für Burgund mäßigen.

Auch kam der Böhme diesmal wirklich nicht so übel an. Nicht Gefühle, sondern kühlste Berücksichtigung der materiellen Interessen beherrschten die burgundische Politik. Die böhmische Werbung war aber Herzog Karl eben jetzt, wo er mit dem Kaiser um ähnliches feilschte, ganz willkommen. Sie ließ sich für seine deutschen Pläne verwerten; das „wie" konnte bei einem so gearteten Fürsten nur sein eigenstes Interesse bestimmen. Rasch kam mit Stein ein vorläufiger Vertrag zu Stande, in dem sich der Herzog verpflichtete, die deutsche Krone, falls er gewählt würde, anzunehmen; König Georg sollte ihm dafür die Stimmen von Mainz, Sachsen und Brandenburg sichern; des Pfälzers, den zu gewinnen der König sich gleichfalls erboten hatte, glaubte sich Karl ohnehin mächtig. Böhmen erhält für all dies 900000 Gulden.[2]

Es war entscheidend für das Schicksal des ganzen Projektes, daß sich der König die Wahl des Herzogs als einen wuchtigen Schlag gegen den Kaiser dachte, während Herzog Karl darin nur ein diplomatisches Mittel sah. Nur bei der Zustimmung des Kaisers erwartete er einen Erfolg. Karl war hochmütig und zugleich naiv genug, Jörg von Stein bei Herzog Sigmund von Tirol zu beglaubigen, damit Stein den Herzog zur Vermittelung auch in dieser Sache bestimme.[3] So kam sie sofort zur Kenntnis des Kaisers.

Aber die böhmische Intrigue scheiterte auch an dem gesunden Sinne der deutschen Fürsten. Der Pfalzgraf zwar, an den sich König Georg bereits gewendet, soll, wie es heißt, sich günstig geäußert haben. Bei Sachen und Brandenburg warb der König dringend und mit hohen Angebote. „Dieser Handel", sagt Jörg von Stein in einem Schreiben an Markgraf Albrecht, liegt dem König „mehr denn je ein Handel so ernstlich an, daß er in keinem Weg feiert, den zu erlangen; dann er sonst seine Söhne in fürstlichen Ehren, Würden und bei ihren Freiheiten nicht getraut zu behalten, dann durch die Änderung im Reich". Der

[1] Steins Beglaubigung vom 2. Juli 1469 bei Godefroy-Commines IV. 378.
[2] Ebendort 378—381.
[3] Am 3. September. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

König bot Ernst von Sachsen für seine Stimme die Oberlausitz, dem Kurfürsten von Brandenburg die Niederlausitz, „inmassen das vor auf der Bahn gewesen ist", oder das Egerland und die böhmischen Lehen in Franken, oder aber 60000 Gulden bar. Er war, um Burgund von seinem ganzen Ernste zu überzeugen und gleichfalls zu entscheidenden Schritten zu bewegen, entschlossen, Herzog Karl einen seiner Söhne als Geisel zu übergeben.[1]

Aus all dem ward infolge des Widerstandes der Häuser Sachsen und Brandenburg nichts. Aber eine neue böhmische Gesandtschaft zog doch wieder im Herbste 1469 nach Burgund, und die Meldungen von solchen Umtrieben mahnten den Kaiser neuerdings sehr ernstlich, den Böhmenkönig nicht zum äußersten zu treiben.

Es bedurfte daher kaum besonderen Drängens der deutschen Fürsten, die sich Ende 1469 auf des Kaisers Ruf an seinem Hofe eingefunden — es waren sicher eben jetzt Herzog Albrecht von Sachsen und Herzog Otto von Bayern, der das Vergebliche des böhmischen Krieges in Person erprobt, in Österreich — um Friedrich III. für den Gedanken einer Verständigung mit König Georg zu gewinnen.[2] Als dessen Vertrauensmann stellte sich einer der Brüder Vitzthum in Wien ein.

Am 1. Januar 1470 erließ Georg Podiebrad ein Ausschreiben an alle Fürsten und Stände des Reiches, in welchem er nochmals die Entstehung seines Streites mit der Kurie berichtet, besonders hervorhebt, daß die Empörung der böhmischen Barone aus internen Streitigkeiten über landesherrliche und ständische Gerechtsame entstanden sei, die mit dem Glauben nichts zu thun hatten, und endlich seine Mitstände ersucht, für ihn als Glied des Reiches und König von Böhmen freies Gehör

[1] Alles das nach dem Denkzettel Jorgs von Stein in Font. rer. Austr. XX. 616—619, Nr. 508. Daß derselbe noch vor der Anknüpfung des Königs mit dem Kaiser, also wohl im September—Oktober 1469 geschrieben ist, zeigt der Inhalt unwiderleglich. Der Darstellung dieser Dinge bei Palacky u. Droysen (II. 1, 624 ff.) kann ich eine Berechtigung nicht zugestehen.

[2] Über die weiteren Motive des Kaisers schreibt der mailändische Gesandte am 31. Januar 1470 aus Wien sehr richtig (Mon. Hung., Acta extera II. 202, mit schlechter Interpunktion, die zeigt, daß der Herausgeber den Text nicht verstanden): Vero e, como continuamente ho visto Sua Maesta et sta la et e in grandissima occupatione supra lo tractato de lo re d'Ungheria e per lo Turcho, Panchirichier, con li ambassadori de li regi de Polonia e Bohemia e questi signori qua di Austria. E credo, che le dicte cose de Ungheria siano per una parte casone de questa tardita, perche Sua Maesta sapia, como governarse nela dicta investitura, che non havendo loco l'accordo de dicto Ungaro, presto gli bisogneria e dinari et amiei si per defendersi de luj etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bei der Kurie zu erbitten. Sie habe es viel Geringeren nicht verweigert, auch wolle er „sich also fleissen, dadurch männiglich verstehe, daß keiner Billigkeit kein Gebrech an ihm sein werde"; im entgegengesetzten Falle hätten er und sein Land kein Interesse, ferner im Verbande des deutschen Reiches zu bleiben, das ihnen den gebührenden Schutz verweigere.[1]

Das Schreiben ist in sehr vorsichtigen und maßvollen Ausdrücken abgefaßt. Es fällt vor allem sofort auf, daß darin jedes verletzende Wort gegen den Kaiser vermieden ist; nur dort, wo der König von seinen Verdiensten spricht, ist der Befreiung des Kaisers aus der Burg zu Wien gedacht, und als Ursache des Krieges des Königs mit dem Kaiser wird angeführt, daß der König die ihm verschriebene Geldsumme habe einbringen wollen. — Das Manifest war für alle, die es mit des Reiches Einheit und Integrität aufrichtig meinten, eine Mahnung, dem verderblichen Streit in Böhmen, angefacht durch hochmütige Unterthanen und den unversöhnlichen, wenn auch gerechten Zorn der Kurie, ein Ende zu machen. Wollte es von vornherein die Grundlage sein für eine neue Friedensaktion aus dem Reiche, die vor allem der Kaiser in die Hände nahm?

In Wien, wohin der Kaiser seit langen Jahren zum ersten Male wieder gekommen war, von den Bürgern mit lebhaften Freudebezeugungen in die wieder erbaute Burg geleitet,[2] kam es jetzt in der That zwischen ihm und dem böhmischen Gesandten zu einer Verständigung. So wenig wir von dem Vertrage, der, schon mit Rücksicht auf den Ungarkönig, mit dem Schleier des tiefsten Geheimnisses bedeckt war, wissen, die Situation wird schon durch die Thatsache seines Abschlusses klar. Sicher ist, daß der Kaiser nicht bloß versprach, König Georg wieder anzuerkennen, sondern auch mit den deutschen Fürsten vereint für ihn ein entschiedenes Fürwort in Rom einlegte. Die Herzöge Otto von Bayern und Albrecht von Sachen wollten deswegen persönlich nach Rom reiten. Um den Kaiser vor der Rache des Ungarkönigs, von dessen neuen Kriegsrüstungen so viel verlautete, zu bewahren und ihm überhaupt einen mächtigen Rückhalt zu schaffen, unterstützte der Böhmenkönig Friedrichs Annäherung an Polen[3] und auch *seine burgundische Politik*.

Natürlich trat dafür das böhmisch-burgundische Königsprojekt zurück.

[1] Das Ausschreiben in Font. rer. Austr. XX. 610—613.

[2] Daß er ihnen trotzdem das Vergangene noch nicht zu verzeihen vermochte, zeigt Font. rer. Austr. XLII. 482.

[3] Weiteres über die Anknüpfung zwischen dem Kaiser und König Kasimir bei J. Caro, Geschichte Polens V. 318 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wenn jetzt im Februar 1470 derselbe Vitzthum, der in Wien verhandelt hatte, als Gesandter seines Königs und zugleich vom Kaiser beglaubigt, nach Burgund ritt, so konnten seine Aufträge nur im Einklang stehen mit Forderung und Erbietung Kaiser Friedrichs, über die in nächster Zeit unter der Vermittelung des Tiroler Herzoges zwischen ihm und Herzog Karl von Burgund verhandelt wurde.[1]

Karl hatte die Grafschaft Pfirt und was ihm sonst verpfändet war in die Hand genommen und sich sofort auf das eifrigste bemüht, sie in seinem Sinne einzurichten. Die Eidgenossen blieben ruhig, trotzdem Herzog Sigmund den Frieden nicht erfüllte. Freilich hatte auch der Herzog von Burgund nichts gethan, die Acht des Reiches an ihnen zu vollstrecken. Nur seine Amtsleute zeigten sich unfreundlich.[2]

Aber etwa Anfang März 1470, als sich eben der Altschultheiß von Bern, Adrian von Bubenberg,[3] am herzoglichen Hofe zu Brügge aufhielt, um womöglich in den elsässischen Dingen ein besseres Einverständnis mit Karl und seinen Beamten einzuleiten, erschien ebenda eine ansehnliche Gesandtschaft Herzog Sigmunds von Österreich und that bedeutsame Werbung in mehrfacher Hinsicht.[4] Vor allem hob sie die alte Feindschaft der Eidgenossen gegen ihre Herrschaft hervor, woran sie eine Darlegung der Sachlage im gegenwärtigen Augenblicke knüpfte: Für den künftigen Sommer sei ein Angriff der Schweizer auf den tiroler Herzog in sicherer Aussicht. Burgund möge daher rüsten, um seiner Verpflichtung gemäß Österreich beizustehen.

Man sieht, der Tiroler Herr dachte nun, nachdem er beinahe ein Jahr zugewartet, an die weiteren Abmachungen von St. Omer. Es schien ihm an der Zeit, daß Herzog Karl jetzt, nach der Pfandübernahme, an die Demütigung des Gebirgsvolkes schreite. An einem Anlaß zum

[1] Die bezügl. Meldungen nun in den Font. rer. Austr. XLVI. 114—115. Vgl. ferner Höfler, Kais. Buch 219. Mon. Hung., Acta extera II. 207.

[2] H. Witte, Zur Geschichte der burgundischen Herrschaft am Oberrhein. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Neue Folge, I. 132 ff., wo sich auch die weitere Lit. findet.

[3] Über ihn s. jetzt (zu den älteren Arbeiten Hidbers u. B. Hallers) A. Ziegler, Adrian von Bubenberg und sein Eingreifen in die wichtigsten Verhältnisse der damaligen Zeit, Arch. der histor. Ver. v. Bern XII. 1—128, und die (mehr populäre) Darstellung von J. Sterchi, Adrian von Bubenberg. Zürich 1890. Zur Zeit des Aufenthaltes Bubenbergs in Brügge vergl. auch Segesser, Eidgenössische Absch. II. 406, Nr. 646, und Bubenbergs Brief vom 5. März 1470 in „Briefe denkwürdiger Schweizer", Luzern 1875, 7 ff.

[4] Es waren die Grafen Joß von Zollern und Jörg von Werdenberg, die Ritter Peter von Mörsberg und Ludwig von Maßmünster, dann ein Doktor.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kriege fehlte es ja nicht; schon in der kaiserlichen Straffentenz ließ sich ein solcher leicht finden.

Aber die tiroler Gesandten waren auch Träger einer anderen Mission, die sie eigentlich als kaiserliche Boten charakterisierte. Ohne des inzwischen Geschehenen zu gedenken, kam man jetzt auf das Anbringen des Herzogs von Tirol an den Kaiser vom Mai 1469 zurück, die Heiratssache betreffend. Die Gesandtschaft führte aus, daß der Kaiser dem Plane wohl geneigt sei und gern für weitere Verhandlungen eine Konferenz beiderseitiger Räte genehmige; Herzog Karl möge daher ihrem Herrn, dem Erzherzog, der in dieser Sache gern das beste thue, seine Absichten mitteilen.[1]

Die Antwort des burgundischen Herzogs an die Tiroler war — was der Vitzthum ausrichtete, erfahren wir nirgends — aufschiebend: Der Wichtigkeit der Sache wegen bitte er um eine Frist bis zum 1. Mai (1470); er werde dann durch eine eigene Gesandtschaft dem Erzherzoge seinen Willen kund thun.

Sie traf dann auch rechtzeitig in Innsbruck ein und brachte auf alle Punkte eingehenden Bescheid. Herzog Karl versicherte, daß er dem Hause Habsburg in besonderer Liebe ergeben sei und was er nur vermöge, zu dessen Nutzen thun werde. Die Eidgenossen betreffend setzte er auseinander, daß ihm jetzt ein Engagement seiner Kräfte und zumal ein Zug außer Landes nicht füglich sei. Er habe ein Bündnis auf gegenseitige Waffenhilfe mit dem Herzoge von der Bretagne, gegen den jetzt König Ludwig von Frankreich eifrig rüste; er sei ebenso vertragsmäßig verpflichtet, im Notfalle dem Könige von England Hilfe zu leisten, was wegen der großen inneren Bewegungen in England jeden Augenblick der Fall sein könne. Andererseits sei die Gefahr, daß die Eidgenossen den Krieg gegen Österreich beginnen könnten, jetzt nicht so groß, wie Herzog Sigmund glaube, und er, Karl, habe noch andere Mittel, um ihr zu begegnen; die Schuldsumme sei ja den kaiserlichen Geboten zum Trotz bezahlt. Ein Einschreiten des Herzogs gegen die Schweizer auf Grund

[1] Die Instruktion für diese Gesandtschaft fehlt bisher. Über ihre Ankunft und Zusammensetzung berichtet Adrian von Bubenberg am 5. März nach Hause. Vergl. Segesser, Eidgen. Abschiede 406, Nr. 646, Anm. Den Zweck ihrer Sendung sieht man klar aus der burgundischen Gegenwerbung, welche die Aufträge jener wiederholt, Vgl. Lenglet du Fresnoy II. 238—245. Der Herausgeber setzt sie obwohl nicht ohne Bedenken (vgl. ebendort 243, Anm. 1) in das Ende des Jahres 1472. Daß sie aber u 1470 zgehört, zeigten schon Ch. Foster-Kirk, History of Charles the Bold, 2 Bde., London 1863, II. 178 ff., und Segesser l. c. Zusatz 1. Nach Lenglet 241 war diese Gegensendung nach Innsbruck für den Mai 1470 in Aussicht genommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der kaiserlichen Gerichtssprüche hieße das Eintreten in einen Kampf, dessen Ausgang bei der Tapferkeit der Gegner, und da die Macht Burgunds in den Pfandlandschaften noch nicht festgewurzelt sei, keineswegs so sicher wäre. Auch formell sei es Herzog Karl nicht möglich, ohne weiteres feindlich gegen die Eidgenossen vorzugehen, da er noch vor Abschluß des Vertrages mit Österreich mit ihnen eine Verständigung eingegangen sei, über die Briefe vorhanden wären.[1] Vielmehr müßte Herzog Sigmund erst Klage erheben und auf rechtlichen Austrag, sei es vor dem Kaiser als dem obersten Richter des Reiches, zu dem auch die eidgenössischen Gebiete gehören, sei es vor dem Papst oder dem Herzoge von Burgund selbst, antragen. Erst wenn dies verweigert wäre, sei für Burgund der Bündnisfall gegeben und könne es ehrenhalber mit seiner Waffenmacht zum Schutze des Erzherzogs eintreten. Endlich habe Herzog Karl sich ausdrücklich vorbehalten, gegen die Schweizer Gewalt zu brauchen, sobald es ihm Zeit und Verhältnisse gestatten.[2] Da dies jetzt nicht der Fall, so werde er sich Mühe geben, die Streitigkeiten zwischen Tirol und der Eidgenossenschaft auf einem gütlichen Tage zu schlichten.

Durchaus entgegenkommend lautete aber die Botschaft hinsichtlich des Heiratsplanes. Die Gesandten hatten zunächst mitzuteilen, daß von Einigen — es sind keinesfalls Jörg von Stein und der Vitzthum gemeint — ein Plan vorgelegt worden sei, dem zufolge der Kaiser als Gegenleistung für die von ihm gewünschte Vermählung seines Sohnes mit der Erbtochter Herzog Karls diesem die Erlangung der deutschen Königskrone und die Regierung des deutschen Reiches bewilligen sollte; nach dem Tode des Kaisers wird Karl sein Nachfolger, dagegen der Erzherzog Maximilian, sein Schwiegersohn, römischer König, mit dem sich dann auch das Kaisertum im Hause Habsburg fortsetzt.

Herzog Karl ließ den von Tirol bitten, ihm als einem Freund und Bündner über die Absichten des Kaisers und speziell in der römischen Königsfrage weiteren Aufschluß zu geben.

In der Instruktion war auch gleich der Fall vorgesehen, daß der Erzherzog die Geneigtheit des Kaisers erklären würde: Sobald dies geschehen, hatten die Gesandten Karls eine Zusammenkunft hinlänglich bevollmächtigter Räte beider Parteien, sei es in Breisach, sei es an einem

[1] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1. Abteil. 6. Segesser, Eidgen. Abschiede 366, Nr. 580 und 899—900, Beil. 42. Abmachung mit Zürich, Bern, Solothurn und Freiburg.

[2] Regart au temps et à la disposition de ses affaires. Lenglet l. c. 241.

anderen Orte, vorzuschlagen. Doch war auch das Gegenteil bedacht: Würde die Antwort lauten, Sigmund kenne in diesen Dingen die Meinung des Kaisers nicht hinlänglich genau, oder der eine und andere Punkt sei dem Kaiser zuwider, so sollten die Räte nochmals auf die freundschaftliche Ergebenheit ihres Herrn für den Kaiser und das ganze Haus Österreich hinweisen; er wünsche auch die römische Krone, um die er sich bewerbe, nicht aus ehrgeizigem Streben, sondern „um die Zeit seiner Jugend dem Dienste Gottes, der Verteidigung des christlichen Glaubens und der Wiederaufrichtung der Gerechtsame des Kaisertums" zu widmen. Übrigens gedenke Karl auf Verhandlungen über die Heirat nicht einzugehen, wenn der Kaiser nicht zu Beredungen über die deutsche Königswahl geneigt sei. Der Herzog von Tirol möge davon entsprechend Mitteilung machen.

Die Gesandten hatten endlich die Weisung, falls etwa Herzog Sigmund den Kaiser in diesen Dingen sofort besenden wollte, den Erfolg solcher Botschaft in Innsbruck abzuwarten und dann ihr Benehmen danach einzurichten. Obwohl ihnen eingeschärft war, auch den Erzherzog noch besonders aufmerksam machen, daß die Heirat „leicht und schnell" geschehen könne, während die Sache mit der römischen Krone schwieriger sei, denn hier handle es sich im vorhinein um die Feststellung der Kompetenzen des Kaisers und des neuen Königs und um die Zuweisung der Einkünfte aus dem Reiche an diesen oder jenen, so beweisen doch ihre weiteren Aufträge, daß man in Burgund eben auch in der Heiratssache die nötige Vorsicht nicht vergaß. So vieles die Boten über den Wert der burgundischen Heirat und die glänzenden Aussichten des Erzherzogs vorbringen sollten: eigentliche Abmachungen blieben auch da der Zusammenkunft der beiderseitigen Räte vorbehalten. Ein definitiver Vertrag sollte gar erst auf einem zweiten Tage, sei es zu Basel, sei es Breisach oder Besançon aufgerichtet werden.

Der erste Teil der burgundischen Werbung wird den tiroler Herrn enttäuscht und verstimmt haben. Aber der Ernst, mit dem Herzog Karl seine Erhöhung und die Heirat betrieb, bestimmte ihn doch, der Sache seine Unterstützung zu leihen. Aus der innigen Verbindung mit dem Hause Österreich wie aus einer Stellung Karls an der Spitze der Reichsregierung konnte ja doch für den Burgunder nur neue Nötigung erwachsen, endlich auch gegen die Schweizer, die Schädiger Habsburgs und Verächter der Obergewalt, mit Entschiedenheit vorzugehen.

Aber den Gesandten irgendwelche Zusagen zu machen, war Sigmund nicht in der Lage. Dafür erbot er sich, persönlich nach Inner-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

österreich zu dem Kaiser, zu dem er ohnehin erfordert wäre, zu reiten. An Herzog Karl richtete er ein Schreiben, in dem er nochmals auf die seitens der Eidgenossen drohende Gefahr aufmerksam machte, und das Vertrauen auf seinen Schutz und Schirm aussprach.[1] Den Gesandten riet er, da sich seine Rückkehr leicht verzögern konnte, nach einigem Zuwarten heimzukehren; er gedenke ihrem Herrn selbst Meldung zu thun.[2]

In Völkermarkt, Villach und Graz weilten dann die beiden Habsburger wochenlang neben einander. Nicht bloß die burgundischen Beziehungen, sondern wohl auch noch anderes war Gegenstand gemeinsamer Sorge.[3] Ganz abgesehen von der geheimen Annäherung des Kaisers an Böhmen gab es Punkte genug, die reifliche Erwägung forderten.

Da hatte der Ungarkönig für gut befunden, vorerst doch wieder seine schroffe Haltung aufzugeben und unter der Vermittelung des Legaten zu versuchen, wie er in persönlicher Begegnung mit dem Kaiser seine Wünsche erreiche. Nachdem er sicheres Geleite begehrt und erhalten,[4] fand er sich am 10. Februar 1470 mit glänzendem Gefolge bei dem Kaiser in Wien. So sorgsam dieser den Pflichten des Wirtes Rechnung trug, so ehrerbietig nahte sich ihm der König. In seinem Gefolge befanden sich die angesehensten geistlichen und weltlichen Großen des ungarischen Reiches und die Häupter des böhmischen Herrenbundes. Dazu hatte der Kaiser die Stände des Erzherzogtums nach Wien berufen.[5] Sie sollten mit ihm und dem Könige von Ungarn beraten, „wie Land und Leute beider in Gemach gesetzt werden möchten"; es sei dies von ihnen schon auf dem vorigen Landtage begehrt worden, „darin sie gewilligt".[6]

[1] Es ist das Schreiben, das Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 25, Nr. 6 bringt und das in den Mai oder spätestens Juni 1470 gehört.

[2] Dies geschah erst am 3. September 1470 s. unten.

[3] Sigmund selbst spricht davon in dem erwähnten Briefe vom 3. September an Herzog Karl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 11—13. Vergl. ferner Diplomat. Habsb. in Fontes rer. Austriac. II. 369—370, Nr. IL. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 256, Nr. 412.

[4] Die Zusammenkunft stand bereits zu Anfang Januar fest. Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 14—15, Nr. 21 und 22. Des Königs Gegenerklärung vom 9. Febr. aus Bruck a. d. Leitha bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 246. Der Revers der ungarischen Großen vom selben Tage ebendort 247. Vgl. auch Chmel, Reg. II. 578, Nr. 5916 und 5917. Nach Mon. Hung., Acta extera II. 205 hatte Matthias Kenntnis von den Verhandlungen des Kaisers mit Böhmen und Polen und fürchtete isoliert zu werden. Vgl. auch ebendort 207, Nr. 144 (Ende).

[5] Der Landtag war auf den Sonntag nach Lichtmeß berufen. Vergl. Fontes rer. Austriac. XLII. 483, 364.

[6] Chmel, Reg. II. 574, Nr. 5900.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Vor allem die böhmischen Barone, die in letzter Zeit in eine immer drangvollere Lage gerathen waren, hatten das lebhafteste Interesse, daß das Einverständnis zwischen den Fürsten wieder so innig als möglich werde.[1]

Es schien auch so. Die Herrscher verkehrten auf das freundschaftlichste, die Thätigkeit des Legaten, der eben jetzt dem König neue Subsidien des Papstes im Betrage von 15000 Dukaten[2] und eine Besendung des polnischen Hofes im ungarischen Interesse melden konnte,[3] zielte nach derselben Richtung. Auch der König glaubte an keinen Mißerfolg. Er stellte an den Kaiser die Bitte um die Hand seines Töchterchens Kunigunde und erklärte sich neuerdings bereit, mit seinem ganzen Reiche und allem seinem Wollen und Können dem Kaiser zu dienen. Freilich geschah es nicht ohne Hintergedanken. Der König warf, scheint es, nochmals die bei der Lage des Kaisers keineswegs absonderliche Forderung auf, ihm als künftigen Schwiegersohn die deutsche Krone zuzuwenden:[4] Er sei bereit, mit dem Kaiser nach Regensburg zu reiten, sich dort deswegen und betreffs des Türkenzuges persönlich mit dem Fürsten zu bereden.[5]

Die beiden mächtigsten Fürsten des damaligen Europa, die Gebieter der weit fortgeschrittenen, bereits wesentlich im modernen Sinne organisierten Staaten von Ungarn und Burgund, wandten sich im selben Momente mit Bitten und Zusagen an Kaiser Friedrich, von ihm die Zustimmung zu ihrer Nachfolge im Reiche zu erlangen.

Aber niemand wird darin eine Anerkennung, ein Zeugnis für die gebietende Machtstellung des Kaisers etwa auch diesen Herrschern gegenüber erkennen; eher wohl einen neuen Beweis dafür, daß die Herrschaft über das deutsche Reich als Beute dessen erschien, der, sei es im Osten sei es im Westen, über das gewöhnliche Maß damaliger Fürstenmacht hinausgewachsen war. Und wenn es den Kaiser mit Genugthuung erfüllen durfte, daß man sich endlich mit ähnlichen Plänen doch zuerst um seine Zustimmung bewarb, schuf ihm nicht eben solche Werbung auch wieder schwere Verlegenheit?

[1] Mon. Hung. l. c. 201, Nr. 142.

[2] Ebendort 201. Vgl. Fraknói in Mon. Vatic. hist. Ung. ill. I. 6 (König Matthias' Briefe), Einleitung XLIX, Anm. 8.

[3] Mon. Hung. l. c. 201 und Theiner, Mon. hist. Polon. illust. II. 172. Es ging erst Alexander von Forli, dann Fabian von Montepolitiano nach Krakau.

[4] Davon will wenigstens der mailändische Gesandte wissen. Vgl. Mon. Hung., Acta extera II. 204 (.. sa, quanto spira all'imperio al presente ....). So auch Gregor Heimburg, (Kaiserl. Buch 218), so seltsam er sonst die Sache darstellt.

[5] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 624. Mon. Hung., Acta extera II. 166 a. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Denn irgendwie auf sie einzugehen, war er nie gemeint. Kaiser Friedrich, sonst oft genug und nicht in kleinen Dingen allein wenig sorgsam und umsichtig, hat hier doch, wie ziemlich in allen großen Fragen, das wesentliche Moment festgehalten und entscheidend sein lassen. Die deutsche Krone galt dem Kaiser als sein höchstes Juwel und jedes Ungemach, und es war ihm davon soviel zugemessen, daß es ihm beinahe zur Gewohnheit und kaum mehr drückend war, mahnte ihn, sie um so höher zu schätzen. Seinem unverwüstlichen Optimismus erschien sie ja als das allmächtige Mittel, schließlich für ihn und sein Haus alles zum Guten zu wenden.

So wurde der Ungar abgewiesen. Aber wie vorsorglich suchte der Kaiser den rachsüchtigen Nachbar trotzdem bei guter Stimmung zu erhalten! Der König sei ihm, erklärte er, als Schwiegersohn genehm, aber er möge bedenken, daß Kunigunde ein Kind sei, noch vor zehn Jahren nicht im Stande, sich einem Manne zu vermählen. Auch hinsichtlich der deutschen Krone vermöge er, Friedrich, dem Könige noch keinen endgültigen Bescheid zu geben, da die Sache die Kurfürsten und Fürsten des Reiches angehe;[1] wenn es aber jetzt zu einem Bündnis und später zur Heirat komme, werde er den König in jeder Weise fördern, ja ihm alle seine Hauslande erblich zuweisen, falls er und sein Sohn Maximilian kinderlos hinscheiden sollten.[2]

Der König war nicht so leicht irrezuführen. Unwillig über solche Ausflüchte, änderte er sein Betragen völlig. Er verlangte, um Friedrich zu bedrängen, dieselben enormen Geldzahlungen, wie vordem, die Verzichtleistung des Kaisers auf die Früchte des Friedens von 1462, die völlige Amnestie Baumkirchers u. s. w.

Dies war erst recht nicht der Weg, von Kaiser Friedrich wichtige Zugeständnisse zu erlangen. Einflüsterungen der Venezianer kamen hinzu, die, über die Besetzung des dalmatinischen Sign durch die Ungarn erbittert, den Kaiser vor Matthias' Anschlägen auf Triest warnten.[3] Dabei gingen die Beratungen der österreichischen Stände nicht vorwärts: Wie sollte der Kaiser auch im Ernste für den Krieg gegen Böhmen eine Verwilligung thun lassen, wenn er entschlossen war, an selbem nicht weiter

[1] So nehme ich unbedenklich an nach der Antwort, die der Kaiser wenige Wochen später in gleicher Sache dem Herzoge von Burgund gab.

[2] Daß ähnliches schon bei den früheren Verhandlungen mit dem Erzbischofe von Gran erörtert worden war, zeigt das Schreiben Heimburgs vom 27. Dezember 1469 bei K. Höfler, Kais. Buch 218.

[3] Acta extera II. 167.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

teilzunehmen, vielmehr das Einverständnis mit Georg Podiebrad festzuhalten?

Da reiste der Ungarkönig plötzlich und ohne sich vom Kaiser zu verabschieden von Wien ab.[1] Um so mehr schien diesem die Verständigung mit Böhmen notwendig.[2] Friedrich trat jetzt auch in direkte Verhandlung mit König Kasimir von Polen, der eine ansehnliche Gesandtschaft an den kaiserlichen Hof abordnete. Wenn es dem Legaten Laurenz, der sich erschrocken mühte, zwischen Matthias und dem Kaiser wenigstens das äußerste zu verhüten, hinterher doch gelang, neue Verhandlungen anzubahnen, so hat ihm weniger des Königs geänderte Gesinnung als eigene bedrängte Lage vorangeholfen.

Die Spannung mit Ungarn mahnte aber den Kaiser, sich auch anderweitig nach ausgiebiger Hilfe umzusehen. Der tiroler Herzog mochte nun das beste thun, ein möglichst inniges Verhältnis des Hauses Habsburg mit dem burgundischen Hofe anzubahnen. Kaiser Friedrich hat in der entscheidenden Frage auch hier mannhaft festgehalten. „Seine Gnad", meldete Sigmund darüber an Herzog Karl nach Brügge, „hat in die Sachen gesehen, mit Fleiß darin Rat gehalten und mancherlei Ursache gefunden, damit sein kaiserl. Gnad dem heil. Reich und den Kurfürsten und Fürsten des Reichs also verbunden, gewandt und verpflichtet sei, dadurch solichs, so wir des „Reichs" (des Königtums) wegen haben lassen verlauten, nicht möglich sei in einicherlei Wege zu beschehen". So alt, fügte der Herzog hinzu, die Freundschaft der Häuser Burgund und Österreich sei, so gern der Kaiser des Herzogs Wünsche erfüllen möchte, ihm Ehre, Freundschaft und Förderung zu beweisen, „solich Meinung des Reichs halber wäre nicht möglich".[3]

Wie sehr daneben die beiden Habsburger doch der Gedanke eines engen Bündnisses des Kaisers mit Burgund und die Heirat lockte, zeigen ihre Erbietungen an Herzog Karl. Der Kaiser stellte ihm für den Fall,

[1] Zum Tage vgl. Unrest 565. Dlugosch 538—539. Acta extera II. 198 bis 199, 201—202, 202—207. Palacky, IV. 2, 626, Anm. 432. Mit der obigen Darstellung vergl. Feßler III. 82; Fraknói, Österreich. Revue X. 1890, 101 ff.; Matthias Corvinus 159 ff.

[2] J. Caro, Geschichte Polens V. 1, 321.

[3] Des Herzogs Schreiben bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 10—13 und (lat.) 25—28. Die Grundlage dafür, die Antwort, die der Kaiser in Villach erteilte, ebendort 20—22, 23—24. Jene gehören in die Zeit nach der Heimkehr Sigmunds nach Innsbruck, August—September 1470 (von Chmel irrig zu 1473 gestellt), und wurden Dietrich von Rumeland, dem damals am burgundischen Hofe weilenden Vertreter Sigmunds, zugefertigt. Es gehört übrigens auch Mon. Habsb. I. 1, 24, Nr. 5 nicht zu 1473, sondern in den September 1470.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

als die Heirat vorwärts gehe, jede andere Ehrung und Erhöhung des Hauses Burgund, die je in seiner Macht stehe und der Herzog wünsche, in Aussicht. Es geschahen dafür sofort besondere Vorschläge: Der Kaiser wolle Karl zu einem Könige machen, so daß „er sich nach einem seiner Lande, welches ihm selbst dazu gefällig wäre, einen Namen des Königreiches schöpfe", ihm auch alle Lande, die der Herzog vom Reiche innehabe, die ihm rechtlich zugehören und heimgefallen sind, dazu geben, doch so, daß der Herzog davon „seine Regalia vom Reiche empfange und dem Reiche damit gehorsam sei", auch sich verpflichte, mit denselben Landen in einen engen Bund mit dem Kaiser und Herzog Sigmund wider alle ihre Feinde im Reiche und in den österreichischen Erblanden zu treten, „ihnen die gehorsam zu machen" und namentlich die Schweizer und die Stadt Freiburg i. Ü. wieder zu den oberen Landen des Hauses Östereich zu bringen. Dafür wollten auch sie ihm in seinen Anliegen überall Hilfe und Beistand thun. Bezüglich des Heiratsgutes sollte Herzog Sigmund nach dem Willen des Kaisers das weitere vereinbaren: Er hatte die Weisung, sich in keiner Art schwierig zu zeigen.

Wie man sieht, hatte der Kaiser auf das Reich und Haus Österreich nicht vergessen. Das haben die burgundischen Räte sofort erkannt. Die Werbung des Herzogs von Tirol, von ihm unmittelbar nach der Heimkehr aus Innsbruck an den burgundischen Hof gerichtet, blieb vergebens gethan, ja trotz der freundschaftlichsten Versicherungen erhielt er monatelang nicht einmal eine Antwort. Erst als Herzog Karl erkennen mußte, daß von Böhmen her, welches an dem Frieden mit dem Kaiser festhielt, für das Königsprojekt nichts weiter zu hoffen sei, und er sich andererseits neuerdings von der nie rastenden Feindschaft König Ludwigs XI. bedroht und mit schwierigen Aufgaben in der eigenen engeren Interessensphäre belastet sah, erging — am 15. Januar 1471 — der Bescheid an Sigmund von Tirol: Auf das angelegentlichste dankte Karl dem Herzoge für seine Mühe und seinen guten Willen. Der ganze Plan bezüglich des „Reichs" stamme nicht von ihm selbst her, sondern sei von Einigen, die beteuerten, es sei so des Kaisers eigener Wunsch, an ihn gebracht. Nicht leicht habe er sich dafür gewinnen lassen und keinen Vorteil dabei im Auge gehabt. Er könne sich daher auch nicht durch die Antwort des Kaisers beschwert fühlen, die ihm nicht geringe Beunruhigung und Sorge erspare. Nur um sich „dem christlichen Namen, dem Reiche und dem Hause Österreich nicht zu entziehen", stimme er zu, daß Herzog Sigmund noch ferner in der Sache arbeite. Doch müsse er bemerken, daß er in die Vermählung nur dann willigen könne, wenn er

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

römischer König werde und sein Schwiegersohn dereinst König nach ihm. Auch gedenke er nicht, seine Länder zu einem Königreiche erheben und sich zu einem Könige krönen zu lassen, außer es gereiche dies zum allgemeinen Wohle. Betreffs der Schweizer habe der erzherzogliche Vertreter, Dietrich von Rumland, der jetzt heimkehre, weitere Aufträge.[1]

So, anscheinend gelassen, ja völlig unberührt von der Abweisung, zog sich der Burgunder auf sich selbst zurück. Nur die Möglichkeit, in der Sache weiter zu verhandeln, wollte er gewahrt wissen. Dagegen sahen die Habsburger alle ihre Hoffnungen auf das Eintreten burgundischer Politik, burgundischen Geldes und burgundischer Heere für ihre Bedürfnisse und Pläne vorerst gescheitert.

Karl hatte die Wirkung berechnet. Es mochte ihm doch schwer fallen, seinen stolzen Plänen auf einmal zu entsagen. Wenigstens hat er daneben noch einen Vermittelungsversuch — durch den Markgrafen Rudolf von Hochberg, damals sein Statthalter in Luxemburg, — geschehen lassen. „Als von ihm selber", aber in offenbarem Einverständnis mit dem Herzog, wandte sich der Markgraf an Sigmund von Tirol. Nochmals wies er auf die großen Vorteile hin, welche dem Hause Österreich aus der Vermählung Maximilians mit dem Fräulein von Burgund erwachsen würden, „die ein Erbtochter ist", so daß „dergleichen Heirat in der Christenheit nicht mehr ist", und auf das Mißliche, sich mit einem so mächtigen Fürsten wie Karl nicht verständigen zu können. Da der Kaiser vor allem zu befürchten scheine, daß der Herzog dereinst seinem Sohn Maximilian das Reich nicht abtreten werde, wie das ja auch offen gesagt worden sei, so möge man davon absehen, den Herzog zum römischen Könige zu machen. Der Kaiser soll ihm vielmehr einen Titel geben, wie etwa in dem Entwurfe, den der Markgraf vorlegt, „und ob der weiter, höher, löblicher und erlicher wäre, so viel desto besser und förderlicher zu der Sach". Dazu verleiht ihm der Kaiser „alle ansprechige Lande, die der Herzog empfängt vom Reiche wie andere Fürsten und wie das altes Herkommen ist". Römischer König aber wird Herzog Maximilian, sowie er zu seinen Jahren gekommen ist, und Herzog Karl soll ihn darin nicht irren. Über all dies und über die Heirat werden feste Verschreibungen aufgerichtet.[2]

[1] Das (lat.) Schreiben bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 13—14.

[2] Die Werbung des Markgrafen bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 28—30, Nr. 8. Es ist von Chmel zu 1473 gestellt, gehört aber sicher hierher nach seinem Inhalte — er berührt sich zum Teil mit der Antwort des Herzoges, während die Verhandlungen von 1473 auf anderer Basis begannen, und nach seiner Beziehung

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber war es, von allem anderen abgesehen, nicht schon damals allgemein bekannt, wie wenig auch in den feierlichsten Formen abgeschlossene Verträge den Herzog von Burgund in seinem Handeln beengten? Auch der Vorschlag des Markgrafen von Hochberg wurde vom Kaiser abgelehnt.[1] Auf weit über Jahresfrist war damit das österreichisch-burgundische Heiratsprojekt zugleich mit den deutschen Plänen Herzog Karls von der Tagesordnung abgesetzt.

Dreizehntes Kapitel.

Die Befriedung der österreichischen Erblande und das Ende der Baumkircherfehde. Wandlung in der deutschen Politik des Kaisers seit 1470. Kaiser und Pfalzgraf. Der Reichstag zu Nürnberg 1470. Der Kampf um Böhmen und Georg Podiebrads Ausgang.

Kaiser Friedrich hat im Frühjahre und Sommer 1470 die beiden Großmächte an Deutschlands Grenzmarken bei ihren Versuchen, sich zu Herren im Reiche zu machen, zurückgewiesen. Aber wer sollte ihn nun beschirmen in den Gefahren, die ihm von Empörern im Innern und türkischen Horden drohten, vor allem vor dem Zorn und der Rachsucht des stolzen Ungarkönigs? Wohl schuf nach der Weise jener Tage auch jetzt das jähe Emporstreben einzelner Mächte sofort die hastigen Gegenbemühungen anderer. War der Burgunder 1470—1472 tiefer als je verwickelt in böse Händel mit seinem Vetter von Frankreich und in territoriale Streitfragen, so erhob sich im Frühjahre 1470, durch die Meldungen vom Kaiserhofe ermutigt, der Böhmenkönig mit neuem Mute und in verstärkter Waffenrüstung gegen Matthias von Ungarn.[2] Die Anteilnahme Polens am böhmischen Kampfe schien nur eine Frage der Zeit.[3] Sollte König Matthias, ja ohnehin auch mit Venedig in

zu dem Schreiben vom 15. Januar 1471 und dem Bescheide an den von Rumlang. Vgl. S. 28 „geschrifft, so Euch mein gnäd. herr von Burgund thut".

[1] Es war offenbar ein Titel (etwa Reichsvikar), der dem Kaiser mit seiner Würde als Reichsoberhaupt unverträglich erschien. Zu anderen Titeln hatte er sich ja selbst erboten.

[2] Mon. Hung., Acta extera II. 201.

[3] Palacky, Geschichte von Böhmen IV. 2, 627—628. Caro, Gesch. Polens V. 1, 326 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Spannung, auch mit dem Kaiser zu Fehde kommen, so daß sich der Ring der Gegner um ihn schloß?

Andererseits blieb der Ungarkönig auch so ein furchtbarer Gegner, dessen konzentrierte geschlossene Macht bei der Stellung, die er im böhmischen Reiche bereits besaß, bei dem Zaudern und der Schwäche Polens und der Bedrängis Venedigs durch die Türken den Kaiser und die Erblande in die höchste Gefahr bringen konnte. Eben jetzt rüstete Matthias voll Zuversicht zu einem neuen Einbruche in das hussittische Gebiet.[1]

Daher bot auch der Kaiser im Sommer 1470 die Hand zu neuer Verhandlung mit Ungarn, zu der ebenso die Venezianer, kaum erst der Sorge wegen allzu großer Intimität der nördlichen Nachbarn ledig, unablässig mahnten.[2] Wenigstens der Freiherr Baumkircher ging nun endlich des ungarischen Rückhaltes verlustig, schon das für den Kaiser kein geringer Gewinn.

Und ungleich wichtiger als die momentane Beseitigung der Schwierigkeiten mit Ungarn, die ja rasch wiederkehren konnten und auch wiederkehrten, war dem Kaiser die endliche Beruhigung der Erblande und die Neuordnung seines Verhältnisses zu den maßgebenden deutschen Fürsten und Fürstenhäusern.

Die Leiden der Erblande waren so unerträglich geworden, daß je länger desto mehr der altbewährte Patriotismus der Bevölkerung und die Scheu vor der geheiligten Fürstengewalt dahinschwand. Hier schien nur ein rücksichtsloses Vorgehen Aller noch Rettung bringen zu können. Schon im November 1469 hatten sich denn auch die innerösterreichischen Stände über Antrag der Kärnther geeinigt, demnächst zu Voitsberg zu gemeinsamer Beratung zusammentreten. Ein Erlaß des Kaisers untersagte die Versammlung als ohne Befehl des Landesherrn berufen und dessen Rechten zuwider.[3] Das änderte aber die Gesinnungen und Zustände hier so wenig wie anderswo.[4] Schon fehdete der Baumkircher aufs neue.[5] Neues Unheil zu verhüten, waren einschneidendere Maßnahmen des Kaisers notwendig.

Sie erfolgten auch. Die Stände Österreichs, kaum entlassen, wurden für den 1. Mai 1470 neuerdings zusammenberufen, um mit den kaiserlichen Räten zu erwägen, „wie die Eingriffe aus den umliegenden Landen

[1] Mon. Hung., Acta extera II. 170. [2] Ebendort 171—172.
[3] Krones, Zur Geschichte u. s. w. 61, Nr. 32.
[4] Krones ebendort 64—65, Nr. 38. Das Datum ist zu korrigieren (30. Jan. für 28. August). Vgl. Acta extera II. 165.
[5] Unrest 567.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

abgewehrt und das Land in Fried und Gemach gesetzt werden möge".[1] Schon zuvor war ein allgemeiner Landtag der drei Herzogtümer Steiermark, Kärnthen und Krain nach Frisach (auf den 19. März) angesagt worden.[2] Der Kaiser selbst zog, was er seit Monaten beabsichtigte,[3] von Wien aus nach den Südmarken, bis nach Laibach und Triest, um persönlich an den Ständeberatungen Anteil zu nehmen, sich von den Verteidigungsanstalten gegen die Türken zu überzeugen und in unablässiger Verhandlung mit den Venezianern die verletzten Grenzen im Istrischen zu sichern.[4] Damals endlich ward die Laibacher Hochkirche aufgerichtet.[5]

Auf Begehren des Kaisers traten kaiserliche, venezianische und ungarische Gesandte (Blasius Magyar, der tapfere Hauptmann von Sign) zusammen, um eine einheitliche Bekämpfung der türkischen Raubhorden zu verabreden, bis die verbündeten italienischen Staaten in die Waffen treten und das Reich, was der Kaiser von dem neuen Reichstage erhoffte, seine Hilfe senden würde.[6] Friedrich selbst wandte sich nach Völkermarkt in Kärnthen, wohin er wieder die Stände der drei Landschaften beschrieben, und von dort nach Villach.[7] Fürstliche Gäste und fremde Gesandtschaften ehrten den Kaiser mit ihrer Gegenwart und kamen und gingen in verschiedenen Geschäften. Es erschienen der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Seckau, Lavant, Chiemsee, Triest und Laibach, Erzbischof Adolf von Mainz, Herzog Sigmund von Tirol und Graf Leonhard von Görz.[8] In Völkermarkt bewilligten die

[1] Chmel, Regesten II. 582, Nr. 5971.

[2] Das bezügliche Mandat in der Kärnthner Zeitschrift 1818, I. 124. Krones, Zur Geschichte u. s. w. 65, Nr. 39. Chmel, Reg. II. 582, Nr. 5967.

[3] Vgl. Höfler, Kais. Buch 218.

[4] Bericht des mailändischen Gesandten, der sich beim Kaiser befand, v. 9. April 1470. Acta extera II. 171—172. Chmel, Regesten II. 583—585. Friedensstörer war Graf Johann von Veglia, der drei österr. Kastelle weggenommen hatte, sie aber wieder aufgeben mußte. Acta extera II. 208.

[5] Chmel, Regesten II. 587, Nr. 6044.

[6] Mon. Hung. histor., Acta extera II. 174—176, 177; vgl. auch 207 und 208, wo es statt „ut omnes ad eum (dietam) principes imitentur", natürlich „invitentur" heißen muß. Blasius Magyar ist der so oft in den Venezianischen Berichten genannte „Meyer Blas".

[7] Das Itinerar erhellt aus Chmel, Reg. II. 586—592.

[8] Daraus hat man (auch Palacky, Caro) einen Fürstenkongreß in Villach gemacht, von dem besonders Caro viel zu erzählen weiß. Wie die obige Darstellung zeigt, löst sich der vermeintliche Kongreß in eine Reihe von Einzelbesuchen der Fürsten vom April—Dezember 1470 auf. Der Zettel bei Gemeiner, Regensb. Chron. III. 470—471, der an dem Mißverständnis die Schuld trägt, ist die verspätete (um Neujahr 1471 verfaßte) Meldung eines schlecht Unterrichteten. Seine Schlußbemerkung „dem Könige von Ungarn wird man ein Schl— streichen", hat man mit Palacky IV. 2,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Landschaften in bewunderungswürdiger Opferwilligkeit die Summen, um die für die Bekämpfung des Aufstandes geworbenen Söldner abzufertigen,[1] aber gegen eine Verschreibung, daß solche Steuer ihren Freiheiten keinen Eintrag thun sollte.[2] Weitere Mittel gewann der Kaiser wieder aus Darlehen und Verpfändungen.[3] So ward den dringendsten Bedürfnissen abgeholfen. Hier auch gelang am 30. Juni nach langen Bemühungen die Verständigung mit Andreas Baumkircher und seinen Genossen.[4] Baumkircher und seine Bündner gaben dem Kaiser zurück, was sie ihm abgenommen, und traten dafür wieder in den Besitz des Ihren. Nur behielt sich der Kaiser vor, die eroberten Burgen (außer Kapfenberg, das dem von Stubenberg gehörte), so weit es noch nicht bereits geschehen war, zu brechen; sie sollten ohne seine Erlaubnis nicht wieder aufgebaut werden. Hans von Stubenberg trat Radkersburg an den Kaiser ab[5] und Baumkircher verzichtete auf die 500 Pfd. Pfennige, die ihm darauf verschrieben waren, sowie auf alle alten Forderungen. Alle Verschanzungen und Befestigungen der Aufständigen wurden aufgelassen, die Gefangenen frei. Jede Ungnade und Ungunst, aller Unwillen und Anspruch sollte aufhören.[6]

Über eine Reihe privater Forderungen hatte man sich entweder bereits geeinigt oder war ein besonderes Abkommen vorbehalten,[7] so namentlich über Stadt und Schloß Korneuburg, die seit 1463 um 6000 Gulden an Baumkircher verpfändet waren, und über die Ablohnung der Söldner. Bald suchte man auch damit ins Reine zu kommen.[8] Schon jetzt aber kehrten die Städte und Schlösser Hardberg und Fürstenfeld,

646, Anm. 343 stets falsch gelesen. Es heißt nicht eine „Schlinge streichen", sondern „einen Schilling [auf]streichen, d. i. ihn exemplarisch strafen. Vgl. auch Janssen, Frankfurts Reichskorresp. II. 255—257. Font. rer. Austr. II. XLVI. 120—121, Nr. 100.

[1] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 128—129. Unrest 565—569.

[2] Krones, Zur Gesch. u. s. w. 67, Nr. 43. Verschreibung vom 3. Juli 1470.

[3] Vgl. Chmel, Reg. II. 583, Nr. 5978; 584, Nr. 5990, 5994.

[4] Die Urkunde inhaltlich bei Muchar, Geschichte der Steiermark VIII. 65—67. Vgl. Krones, Zur Gesch. 67 Nr. 45.

[5] Die Verzichtleistungsurkunde vom 1. August 1470 bei Krones, Zur Gesch. 67 Nr. 45.

[6] Die Amnestieurkunde vom 2. Juli 1470 bei J. Cäsar, Annales ducatus Styriae III. 538. Vergl. Chmel, Reg. II. 589—590, Nr. 6070. Krones, Zur Geschichte u. s. w. 66—67, Nr. 42. Unrest l. c. Gemeiner, Regensb. Chronik III. 471 u. a.

[7] Dies zeigen, vom Wortlaute der Haupturk. abgesehen, die späteren Ereignisse.

[8] Vergl. Krones, Zur Gesch. u. s. w. 68, Nr. 47, 48, 49. Auch Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 257, Nr. 416.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Marburg und Feistritz, Halbenrain[1] und Tobel[2] in den Besitz des Kaisers zurück.

Die Grundlinien seiner deutschen Politik zog der Kaiser nach den Erfahrungen der letzten Zeit. Er hatte dem ehrgeizigen Streben des Ungars und Burgunders Widerstand leisten können, weil er sich trotz allem der Treue seines Volkes, seiner Fürsten sicher wußte. Aber konnte nicht auch die träge und bunte Menge der Reichsstände durch ausgreifende und geschickte Agitation in gefährliche Bewegung gebracht werden, wenn man sie ungehindert gewähren ließ? Die Thätigkeit des von Böhmen, die Haltung des Pfälzers gab da einen deutlichen Hinweis ab. Kaiser Friedrich erkannte neuerdings, daß die kaum mehr als theoretische Kaisergewalt Inhalt und Bedeutung gewinnen müsse durch persönliche Beziehungen zwischen dem Herrscher und den obersten Kreisen seiner Unterthanen.[3] Sie zu schaffen, wollte er je nach der Sachlage Lock- und Strafmittel nebeneinander verwerten.

Georg von Böhmen zu strafen ging nicht an. Er allein hielt den Ungar im Zaume und gab das wichtige Mittelglied ab für die Allianz mit Polen. Um so mehr schien jetzt die Notwendigkeit vorhanden, den frechen Pfälzer alter Sünden und neuer Übergriffe wegen zu demütigen. Dadurch konnte es auch gelingen, Ruprecht von Köln zum engeren Anschlusse an das Reichsoberhaupt zu bringen. An die anderen Kurfürsten trat der Kaiser mit freundlichen Erbietungen heran, überall, weil durch mancherlei Umstände gefördert, mit erwünschtem Erfolge.

Erzbischof Adolf von Mainz hatte schwer an den finanziellen Folgen zu tragen, die der lange schwere Krieg um das Erzstift mit sich gebracht. Er versagte sich jetzt, trotz kleiner Verdrießlichkeiten doch stets dem Kaiser nahestehend, Friedrichs Werbung nicht. Im Mai 1470 erschien Adolf zu Völkermarkt in Kärnthen, zugleich mit ihm sein Bruder Graf Johann von Nassau. Beide fanden bei dem Kaiser in ihren Wünschen die möglichste Förderung. Der Erzbischof erlangte nun endlich die Belehnung mit den Regalien seines Hochstiftes (19. Mai)[4] und die Bestätigung aller Privilegien der Mainzer Kirche (21. Mai).[5] So oft der Erzbischof bei Hofe wäre, sollte die Leitung des Kammergerichtes und der Reichskanzlei in seiner Hand sein, er aber von den bezüglichen Einkünften

[1] Bei Radkersburg.

[2] Auch Dobel, s. Schmutz, histor.-topograph. Lexikon der Steiermark I. 245.

[3] Vgl. dazu treffliche Bemerkungen bei Schliephake-Menzel, Geschichte von Nassau V. 369.

[4] Chmel, Regesten II. 585, Nr. 6019. [5] Ebendort Nr. 6021.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

jährlich 10000 Gulden, und überdies von jenen Einkünften und Gefällen, die von den kaiserlichen Pönen herrührten, die Hälfte dem Kaiser überlassen.[1] Von der Stadt Mainz war jetzt zwar keine Rede, aber ihr Besitz erscheint stillschweigend Adolf und dem Erzbistum abermals zugestanden.

Auch Graf Johann hat die Fahrt nicht ganz ohne Nutzen gethan. Der sogenannte Wartpfennig, den ihm sein Bruder an den Zöllen von Oberlahnstein und Geresheim bewilligt hatte, wurde vom Kaiser am 23. Mai bestätigt.[2]

Bezeichnend ist, daß Kaiser Friedrich, so eifrig er ein Einvernehmen mit dem Erzbischof suchte, auch jetzt nicht daran dachte, auf jene Zugeständnisse Adolfs vom 21. Oktober 1463 zu verzichten, die er mit Recht als eine Kräftigung der monarchischen Gewalt in Deutschland betrachten durfte.[3] Der Erzbischof übernahm vielmehr am 15. Mai 1470 aufs neue die Verpflichtung, seine alten Zusagen sorgsam zu erfüllen, namentlich jederzeit fest und treu an der Seite seines kaiserlichen Herrn auszuharren, ohne sein Wissen und Willen keinen Kurfürstentag auszuschreiben oder gutzuheißen, endlich dem Kaiser in „Ordnung und Übung und Nutznießung der römischen Kanzlei sein Lebtag keinerlei Irrung noch Eintrag zu thun".[4]

Die Bedeutung des Geschehenen trat sofort hervor. Erzbischof Adolf zeigte sich, wie es heißt, nicht nur entschlossen, auf dem künftigen Reichstage der Sache des Türkenkrieges sich kräftigst anzunehmen und bezügliche Forderungen des Kaisers zu unterstützen, sondern er soll bereits im vorhinein in die Erhebung einer Steuer von Pfaffen und Laien im ganzen Reiche zugestimmt haben, wofür ja auch schon die Einwilligung etlicher anderer Fürsten vorlag.[5] Der Mainzer sah sich dagegen auch in

[1] Chmel, Reg. II. 587, Nr. 6040. Mon. Habsb. I. 1, XXIX—XXXI. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 259, Nr. 419.

[2] Chmel, Reg. II. 585, Nr. 6027; vgl. ebendort 586, Nr. 6037 bet. eventuelle Ansprüche Johanns (nach seiner Hausfrau) auf Jülich.

[3] G. Seeliger, Erzkanzler und Reichskanzleien, Innsbruck 1889, 69.

[4] Chmel, Reg. II. 585, Nr. 6013. Mon. Habsb. I. 1, XXVIII—XXIX. Zur Sache vgl. zu Chmel, Habsburger Chronik in Mon. Habsb. l. c. XXVIII ff. (Text), O. Lorenz, Reichskanzler und Reichskanzlei in Deutschland. Preußische Jahrbücher 29 (1879), 491 ff. K. Menzel, Geschichte von Nassau V. 370 ff., Text und Anm. 371. G. Seeliger, Kanzleistudien, Mitteil. des Instituts f. österr. Geschichtsforschung VIII. (1887), 3 ff. Derf., Erzkanzler und Reichskanzleien 70, wo richtig zwischen den Befugnissen des Kanzleramtes und dem Erzkanzellariat unterschieden und der ganze Vorgang als ein Pachtvertrag dargestellt wird.

[5] Janssen II. 259, Nr. 419.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

das Vertrauen gezogen, als Herzog Sigmund von Tirol die burgundische Heiratssache an den Kaiser brachte. Daß er sich, wie erzählt wurde, mühte, dem Burgunder zu Gefallen zu reden, ist freilich wenig glaublich. Aber möglich bleibt es doch, daß er von dem reichen Herzoge eine Geldsumme zu erlangen wünschte, um die an Diether von Isenburg verpfändeten Städte und Herrschaften wieder einzulösen.[1]

Der Kurfürst kehrte nochmals in seine Kirche zurück, wurde aber bald vom Kaiser zur Übernahme der übertragenen Ämter gemahnt.[2] Seit dem Reichstage von Regensburg 1471 finden wir ihn dann jahrelang als des Kaisers steten Begleiter und Genossen in seinen und des Reiches Sachen.

Um so auffallender bleibt es, daß Adolf sich jetzt durch die kaiserlichen Prozesse gegen Friedrich von der Pfalz in seiner freundlichen Haltung gegen diesen nicht beirren ließ. Schon gleich nach Adolfs Wegreiten ging ja der Kaiser mit neuen strengeren Mandaten gegen den Pfälzer voran. Es lag dem unzweifelhaft eine Verabredung der Fürsten zu Grunde. Mehr Bedeutung hatte der Streit des Kaisers mit der Pfalz für das neu begründete innige Verhältnis des Reichsoberhauptes zu Kurfürst Albrecht von Brandenburg.

Der Kaiser hatte gegen Pfalz seine Gründe. Bei der Einführung neuer Mönche in das St. Peterskloster der freien Reichsstadt Weissenburg i. E. waren die Kommissäre des Pfalzgrafen, der dabei als Oberlandvogt des Elsaß intervenierte, von einer tumultuierenden Volksmenge bedroht worden. Die alten Bewohner des Klosters besaßen eben in der Stadt zahlreichen Anhang. Der stolze Pfalzgraf zog aber deswegen die Stadt selbst zur Verantwortung und da er die verlangte Genugthuung nicht zu erhalten vermochte, schritt er nach mehrfachen Klagen und Weiterungen endlich zur Belagerung Weissenburgs (Winter 1469—1470).[3] So sehr die benachbarten Reichsstädte in dem gewaltthätigen Vorgehen des Pfälzers eine Gefahr für sich selbst erblicken mußten: sie wagten doch nichts mehr als Vermittelung, worin sich auch der Bischof von Speier eifrig erwies.[4] Am 6. Februar 1470 kam es, besonders auf

[1] Janssen l. c. Menzel, Geschichte von Nassau V. 373.

[2] Seeliger, Kanzleistudien I. 4: Text und Anm. 2.

[3] Kremer, Friedrich der Siegreiche, I. 421 ff. L. Häusser, Geschichte der rheinischen Pfalz, I. Heidelberg 1856, 84 ff. K. Menzel, Friedrich der Siegreiche in der Allgemeinen deutschen Biogr. 7, 593—603. Menzels Dissertation über Friedrich, München 1861, reicht nur bis 1464.

[4] Am 9. Dezember 1469 fand bereits ein Tag in Lauterburg statt. Menzel, Regesten zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen 448.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Betreiben derer von Kolmar, Schlettstadt und Oberehenheim, zu einem Vertrage, der die Streitsache vor ein Schiedsgericht wies: so lange dessen Spruch nicht erflossen, sollten die vier Thürme, welche die Pfälzischen vor Weissenburg erbaut, in ihren Händen bleiben.

Nun hatte sich aber der Kaiser entschlossen, die Übergriffe des Pfalzgrafen nicht länger zu dulden, nach fruchtloser Abmahnung am 15. Januar 1470 den Herzog Ludwig den Schwarzen, Grafen von Veldenz, auch jetzt wie so oft mit seinem Vetter, dem Kurfürsten, verfeindet,[1] zum Beschirmer von Weissenburg ernannt und ihm das Reichspanier übertragen.[2] Das änderte die Sachlage. Die Weissenburger traten vom Vertrage zurück.[3] Die Entschuldigungen des Pfalzgrafen wurden vom Kaiser nicht gehört[4] und die Mandate an den Veldenzer nicht zurückgenommen. Ja als an den Hof die Meldung kam, daß der Kurfürst seinen Gegner im eigenen Gebiete angegriffen habe,[5] wiederholte der Kaiser am 8. Juni die Gebote gegen ihn[6] und wurden vier Tage später sämtliche Fürsten und Städte des Reiches aufgerufen, dem Grafen von Veldenz als kaiserlichem Feldhauptmann bei der Beschirmung der Stadt und Abtei Weissenburg Beistand zu leisten.[7] Der Kaiser ließ sich dabei weder durch die Ablehnung des Kurfürsten von Mainz und anderer, noch durch die Vorstellungen der bayerischen Herzöge[8] und auch wieder des Pfalzgrafen selbst,[9] noch endlich dadurch von seinem Beginnen abbringen, daß Kurfürst Friedrich eben in jener Zeit bemüht war, zwischen Herzog Sigmund von Österreich, damals ja mit dem Oberhaupte seines Hauses so enge verbunden, dann den Grafen Eberhard von Württemberg und Hans von Geroldseck betreffs Stadt und Burg Sulz ein Abkommen zu vermitteln.[10] Vielmehr ward die Gewalt des

[1] Vgl. Kremer 431—432.

[2] Ebendort, Urkundenbuch 406—407, Nr. 148. Menzel, Regesten 449.

[3] Menzel, Regesten 449.

[4] Rechtfertigungsschrift vom 2. Februar. Menzel, Regesten 448.

[5] Kremer, Friedrich der Siegreiche I. 433.

[6] Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 332. Lehmann, Speyerische Chron. 881. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1453.

[7] Abhandlung der kgl. bayer. Akad. d. Wissenschaft., 1833, 403. Vgl. Chmel Reg. II. 588, Nr. 6058. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1455. Janssen Frankf. Reichskorr. II. 256.

[8] Vom 9. Juli. Vgl. Kremer 433, Anm. 3. Janssen l. c. 256, Nr. 410.

[9] Ausschreiben an den Kaiser vom 23. Juli 1470 bei Müller, Reichstagsth. II. 335—338. Kremer, Urkundenbuch 410—413. Vgl. Menzel, Reg. 450—451. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1477.

[10] Verhandl. zu Germersheim. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1460 u. 1461.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kaiserlichen Feldhauptmannes auch auf die Bündner und Helfer des Pfalzgrafen ausgedehnt.

Um so mehr behagte solches Vorgehen des Kaisers dem Kurfürsten von Brandenburg. Er war ja seit langem dem Pfälzer feind und jetzt wieder aus besonderem Anlaß.

Der Pfalzgraf hatte im Februar, unmittelbar nach Abschluß des Weissenburger Vergleiches, einen fränkischen Edlen, Georg von Rosenberg, der sich durch Wegelagerei seine Feindschaft zugezogen, gedemütigt. Die Pfälzischen belagerten dabei unter anderen auch das Schloß Boxberg, obwohl es im ansbachischen Fürstensprengel gelegen war. Markgraf Albrecht, in solchen Dingen ungemein heikel, ärgerte sich darüber nicht wenig. Die Wittelsbacher hatten bereits seine geistlichen Nachbarn und das mächtige Nürnberg in ihr Interesse gezogen und Kursachsen widerwillig gemacht, der Pfalzgraf hatte sich mit Mainz, Baden, Österreich-Tirol und Eberhard von Württemberg verständigt: war nicht der alte hohenzollern'sche Bund aufgelöst, er, Albrecht, beinahe isoliert? Und nun griff ihm der Pfälzer gar in seine fürstliche Oberkeit! Sollte dies etwa der Beginn gemeinsamen Kampfes gegen ihn sein, eine Art von Kesseltreiben wie vordem 1461?[1]

Da kam die Meldung von den Prozessen des Kaisers gegen den Pfalzgrafen. Das entlastete Markgraf Albrecht in Franken. Und gar bald vermochte der kluge Rechner in dem Handel noch mehr zu erkennen. Wenn da der Kaiser gegen Pfalz vorging und die Verwendung des mit diesem verbündeten Landshut abwies, war das nicht ein deutliches Zeichen, daß der Kaiser sein langes Werben um ein inniges Verständnis mit dem Hause Wittelsbach aufgab, daß er zurückkehren wollte zur alten hohenzollernfreundlichen Politik vor und bis 1467?

Und so sagte man auch bald. Albrechts eigener Machtbote am kaiserlichen Hofe gab seinem Herrn den Rat, hier ausgiebig nachzuhelfen und Hilfe für den Reichshauptmann gegen den Pfälzer in Aussicht zu stellen, sobald er vor Schaden von Seiten Nürnbergs und der Bayern gesichert sei: „das wär ein Stich, der dem Kaiser durch das Herz ging und (den) sie nicht leichtlich heilten".[2] Freilich wollte der Kaiser so viele von den Wittelsbachern an seine Seite festhalten als er vermochte, vor allem Ludwig von Landshut, und daneben doch den Hohenzoller gewinnen. Er wollte eine Rückkehr zur Freundschaft von Brandenburg, ohne sich allzu sehr

[1] Vgl. Droysen, Gesch. der preußischen Politik II. 1, 258.
[2] Font. rer. Austr. II. Abteil., XLVI. 120—121, Nr. 100.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

für dessen Sonderinteressen zu verpflichten. Auch dafür waren die Verhältnisse günstig.

Zunächst in persönlicher Beziehung. Kurfürst Friedrich II., von dem pommerschen Handel her mit unüberwindlicher Bitterkeit gegen den Kaiser erfüllt, gab eben jetzt, alt und krank, das Kurfürstentum auf, um den kurzen Rest seiner Tage in der Stille des fränkischen Klosters Heilsbronn zu beschließen.[1] Bei seinem Nachfolger, dem kraftvollen energischen Albrecht, behielt jederzeit kluge Erwägung die Oberhand, so warm er empfand. Und hat er je sich wohler gefühlt, als wenn es galt „zu sterben und zu genesen bei kaiserlicher Majestät"?

Auch der mächtige Zug seines Herzens führte ihn so zurück zu Einfluß und Thätigkeit in den Anliegen von Kaiser und Reich. Schon bildete darin das Verhältnis zu Böhmen, einst einer der Hauptgründe der Entfremdung, kein Hindernis mehr. Wenn der Kaiser jetzt mit Polen einig ward und am 10. Oktober 1470 geradezu ein Bündnis mit König Kasimir schloß,[2] so stand auch schon der Kurfürst mit dem Polenkönig in Verhandlung, um die Hand der Prinzessin Sophie für seinen jüngeren Sohn Friedrich zu erlangen. Für den neuen Versuch Albrechts aber, mit Rom ins Reine zu kommen und seinem christlichen Sinn zu genügen,[3] gab es gewiß keine bessere Empfehlung, als das Wiedereinlenken in die Bahnen kaiserlich-päpstlicher Politik. Es war lediglich die unsichere Lage der Dinge in Franken, wenn Kurfürst Albrecht auch noch im Hochsommer 1470 zögerte, dem Wunsche des Kaisers, bei Hofe zu erscheinen, nachzukommen.

Des Kaisers Verständnis mit Böhmen und Brandenburg wirkte trotz aller Selbständigkeit Kurfürst Ernsts um so mehr auf Sachsen zurück, als Ernsts Bruder Albrecht sich neuerdings innig dem kaiserlichen Oheim angeschlossen hatte. Ein gleiches galt im Westen von jeher von Kurfürst Jakob von Trier. Mit der großen Mehrheit seiner Kurfürsten war damit der Kaiser im Einverständnisse. Er konnte seit Herbst 1470 weiteren Versuchen, die bestehenden Ordnungen im Reiche umzugestalten, mit um so größerer Ruhe entgegensehen, als sich den Kurfürsten gegebenenfalls andere Fürsten, namentlich die Herren von Österreich-Tirol, Würt-

[1] Albrecht schreibt darüber schon zu Beginn März 1470 an Herzog Wilhelm von Sachsen. Bamb. Archiv, Reichstagsakten V. fol. 103.

[2] Der Vertrag bei Dogiel, Cod. dipl. Polon. I. 163. Vgl. ferner Chmel, Regest. II. 588, Nr. 6060. Lichnowsky, Regest. zu VII. Nr. 1457. Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 257, Nr. 416, 358. Caro, Geschichte von Polen V. 1, 330 ff.

[3] Vgl. dazu Font. rer. Austr. XLVI. 122, Nr. 102.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

temberg, Baden, Hessen, Nassau und eine größere Anzahl von Bischöfen beigesellen mußten.

Aber die Lage des Kaisers hatte immer noch ihr bedenkliches. Wo es sich ihm etwa darum handelte, besondere Wünsche durchzusetzen, nahmen sich die Dinge wesentlich anders aus.

Des Kaisers schroffes Auftreten gegen einen so mächtigen und thatkräftigen Fürsten, wie es der Pfalzgraf war, hatte weithin Aufsehen erregt. Der Bedrohte, von sonderlicher Nachgiebigkeit weit entfernt, wehrte sich gegen den Kaiser auch seinerseits. Er suchte engeren Anschluß an Burgund. Er erreichte, daß, von den Fürsten von Ober- und Niederbayern ganz abgesehen, mehrere der Reichsfürsten, vor allem solche, die in der Nähe gesessen waren und deshalb für die Reichshilfe vor allem in Betracht kamen, ihre freundlichen Beziehungen zu ihm aufrecht hielten. Andere wollten im Reichskriege neutral bleiben, verhielten jede Hilfeleistung[1] oder versuchten wenigstens, wie z. B. die Frankfurter, ihrer Pflicht mit einer geringen Geldzahlung zu genügen. Da war es denn auch kein Wunder, daß der Reichsfeldherr gegen den mächtigen Feind nicht nur nichts ausrichtete, sondern selbst empfindliche Einbuße erlitt. Noch größer war der Nachtheil, der für das kaiserliche Ansehen innerhalb wie außerhalb des Reiches erwuchs. Wieder war die Mehrheit der Reichsstände taub und fühllos gegenüber den strengen Befehlen und scharfen Bedrohungen des Oberhauptes geblieben —, und trotzdem ihr Ungehorsam ungeahndet. Im Auslande aber sah man in dem unheilvollen Handel den Anfang einer Zertrennung des Reiches, einer Scheidung in ein kaiserliches und pfalzgräfliches, was freilich glücklicherweise nach der Logik damaliger deutscher Dinge nicht richtig war.

Der Weissenburger Streit warf seinen tiefen Schatten auch auf den Nürnberger Reichstag in Sachen des Türkenzugs. Längst in Aussicht genommen und immer wieder verschoben, war er nun endlich auf Mariä Geburt (8. September) ausgeschrieben.[2] Zur Zeit politischer Wandlungen, unter unfertigen Verhältnissen berufen, besaß die neue Reichsversammlung geringe Aussicht des Gelingens. Wirklich erschien keiner der geladenen Reichsfürsten und auch von Fürsten- und Städteboten trotz allen

[1] Dies gilt von den Herren von Württemberg, Baden, dann den Reichsstädten Nürnberg, Colmar, Hagenau, Schlettstadt. Vergl. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 256—259, Nr. 410, 412, 413, 415, 421. Bezüglich der Nürnberger s. Bamb. Archiv, Reichstagsakten V. fol. 136.

[2] Vgl. König v. Königsthal, Nachlese u. s. w. II. 53—54. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 256, Nr. 411. Auch der Papst hatte neuerdings des Türkenkrieges wegen geschrieben. Vgl. Janssen, l. c. 257, Nr. 414. Breve v. 25. August.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zuwartens nur eine bescheidene Zahl. Auf die Wahrnehmung hin, daß kein Fürst in Person anwesend oder auch nur zu erwarten sei, blieb auch der Kardinal von Augsburg, neben Graf Haug von Montfort und dem Reichsmarschall von Pappenheim[1] zum kaiserlichen Kommissär bei dem Reichstage ernannt, fern und sandte eine Botschaft mit einer Entschuldigung. Daneben erschienen die Boten der Kurfürsten von Pfalz, Sachsen, Brandenburg und Trier, der geistlichen Herren von Magdeburg, Straßburg, Hälberstadt, Würzburg und Eichstädt (— der Bischof von Speier fühlte und gab sich bloß als pfälzischer Rat —), der Herren von Bayern-Landshut, Bayern-München, Österreich-Tirol, Ansbach, Sachsen-Thüringen, Bayern-Mosbach und Hessen, dazu etliche Städtegesandtschaften. Es war so doch kaum zutreffend, daß der jetzige Tag an Besuchern „blößer, dann der andern irgend einer sei", wie der von Speier behauptete.

Aber sicher ist, daß keine der anwesenden Botschaften mit dem Auftrage gekommen war, irgend etwas zu bewilligen. Die Verhandlungen des Tages nahmen einen Verlauf, als sei er eigentlich zu dem Zwecke berufen, dem Pfälzer zu schweren Anklagen gegen den kaiserlichen Feldhauptmann, seinen Vetter von Veldenz, und direkt gegen den Kaiser selbst die Gelegenheit zu bieten. Und nicht bloß die Boten der wittelsbachischen Fürsten sahen dem beifällig zu, auch die anderen ließen es geschehen. Die tiefe Entzweiung im Reiche, womit sich eine machtvolle Unternehmung nach außen nicht vertrug, ward vor der Reichsversammlung aufgedeckt und bot allen Anwesenden die erwünschte Handhabe, das eigene Übelwollen mit der Rücksicht auf das Gelingen des gemeinsamen Türkenzuges zu verdecken.

Ehe noch die kaiserlichen Räte angekommen waren und die Verhandlungen des Tages eigentlich begannen, spielte in Nürnberg eine Intrigue, die des Interesses nicht entbehrt. Entstammt sie ja wieder dem listreichen Kanzler des Landshuter Herzogs, Martin Mair, der, zugleich pfälzischer und niederbayerischer Anwalt, die große Gruppe der wittelsbachischen Boten führte. Mair wußte natürlich sehr wohl, wie gespannt das Verhältnis der Brandenburger zum Kaiser in den letzten Jahren gewesen war. Daß der Markgraf nicht zum Kaiser ritt und dieser in vertraulichem Verkehre mit seinem Herrn fortfuhr, mochte Mair Beweis sein, daß die Dinge noch immer ständen, wie früher. Er sah aber auch die bayerischen Herzöge unmutig über den zähen Haß des Kaisers gegen den

[1] Auch Pappenheim und Graf Haug kamen erst am 18. September in Nürnberg an.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Pfalzgrafen. Bot sich nicht jetzt die Grundlage für ein Zusammengehen der Hohenzollern und Wittelsbacher, ja für die Schaffung eines großen, von kaiserlicher Politik unabhängigen Fürstenbundes im Reiche überhaupt, der dann gebietend dastehen mußte nach unten und oben? Und welche Fülle von Einfluß, Gewinn und Ehre mußte daraus für ihn — denn der Kanzler dachte stets auch sofort an sich —, den Gründer und wie natürlich geistigen Leiter des Bundes, erwachsen?

Mair war klug genug, sich nicht mit direktem Antrage bloßzustellen. Aber in den Tagen gemeinsamen Weilens mit den brandenburgischen Räten vor der Ankunft der Kaiserlichen sprach er oft und viel zu ihnen über die Vorteile eines Zusammengehens ihrer Fürsten, über die leichte Möglichkeit, die bestehenden und künftigen Streitfragen friedlich zu erledigen, wie etwa durch die Aufstellung einer Art von Einungshauptmann u. s. w. Sie beeilten sich, ihrem Herrn darüber zu berichten.

Noch vor kurzem hätte ein derartiges bedingungsloses Bündnisangebot seitens Bayerns, das ein Einverständnis in allen die Zeit bewegenden Fragen in Aussicht nahm, für den Markgrafen hohen Wert besessen. Nun, da sich seine Lage so sehr gebessert hatte und er genauer als Mair wußte, wie oben der Wind ging, war seine Neigung dafür gering. Und war nicht der Mann, der die Sache einleiten wollte, der alte Ränkeschmied, den er seit langen Jahren überall auf seinem Wege fand, der ihm stets Schwierigkeiten schuf? Aber es lohnte sich vielleicht doch, zu sehen, wie viel an der Sache sei und wie weit sie zielte. Darum teilte Albrecht seinen Räten die Punkte mit, die zwischen ihm und den einzelnen Gliedern des Wittelsbachischen Bundes streitig seien; freilich sei bereits in den Bestimmungen des Prager Friedens die Möglichkeit, sie zu erledigen, gegeben. Er verbot aber den Seinen, sich in förmliche Verhandlungen einzulassen: „als von sich selbst sollten sie in die Dinge reden", um alles zu erfahren und ihm berichten zu können. Als darauf auch Mair vorsichtig auswich, hat sich der Kurfürst rundweg versagt: So lange er nicht wisse, worauf, leiste er keinen Tag.[1] „Wir bedürfen ihrer Richtigung", schreibt er, „ebensowenig, als sie der unsern". „Wir begehren Friedens; wer Unfriede sucht, dem beschere sein Gott Haus und Hof wol."

Kaiser Friedrich hatte seine Abwesenheit vom Tage mit der drohenden Türkengefahr und, daß er die Sendung besonderer Räte unterlassen, mit der Anwesenheit polnischer Gesandter bei Hofe entschuldigt. Die

[1] Die Belege für das Obige, der brandenb. Reichskorresp. im Bamb. Archive entnommen, habe ich soeben veröffentlicht in Font. rer. Austr. XLVI. 122 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Werbung der kaiserlichen Bevollmächtigten (19. September) ging dahin, das Reich möge unverweilt 3—4000 Mann an die Südostgrenzen Österreichs als des Reiches Mark gegen die Türken senden, „die Berge und Letze helfen verwaren, daß die Türken nicht darüber kommen mögen". Zugleich solle „ein Anschlag" gemacht werden, „daß man mit einem mächtigen Zuge" diesem Feinde endlich nachdrücklich zu Leibe gehe. Die Proposition deutete an, wie sich der Kaiser die Ausführung denke: Die deutschen Mannschaften sollten sich mit dem Aufgebote des Kaisers an den ungarischen Grenzen vereinigen, um von hier aus vorzurücken, die anderen Fürsten und die Freistaaten Europas möchten den Feind zu Wasser und zu Lande bestreiten „an den Enden, da es ihnen gelegen ist".[1]

Schon an diesem Tage erschollen, von der ganzen Partei deutlich unterstützt, die Klagen der Pfälzer, so daß die kaiserlichen Kommissäre abbrachen. Und am nächsten hatten Kurfürsten- und Fürstenräte sich bereits dahin geeinigt, daß, so „löblich das kaiserlich Fürnehmen und der Christenheit eine große Notdurft sei", doch wegen des spärlichen Besuches dieses Tages und weil das Reich des so nötigen inneren Friedens entbehre, für diesmal eine Bewilligung nicht wohl geschehen könne; erst wenn die Ruhe im Inneren hergestellt wäre, und die geeinten Reichsstände mit dem Kaiser zu persönlicher Beratung zusammenträten, lasse sich ein Erfolg erhoffen.

Die bayerische Partei drängte nun weiter auf Schritte zu gunsten des Pfalzgrafen: Die Versammlung möge begehren, daß die Kaiserlichen im Interesse der Befriedung des Reiches den Krieg gegen den Pfalzgrafen sofort abstellten oder doch, falls sie dazu keine Macht besäßen, mittelst einer reichstägigen Gesandtschaft bei dem Kaiser durchsetzten, daß es noch vor dem künftigen Reichstage geschehe.

Dagegen leisteten jedoch die Boten von Brandenburg, Sachsen-Thüringen, Magdeburg, Halberstadt, Straßburg, Eichstädt und des einen von Hessen Widerstand: sie „seien der Türken und nicht dieser Sachen halben" hierher beschieden. Da aber die Mehrheit drängte, hielt schließlich nicht einmal Magdeburg fest, obwohl der Erzbischof des von Veldenz Bruder war. So ward denn einmütig[2] beschlossen, eine Botschaft an den Kaiser zu schicken und ihn zu bitten, im Interesse des beabsichtigten Türkenzuges die gegen Pfalz erlassenen Gebote zu widerrufen „und

[1] Font. rer. Austr. LXVI. 127.

[2] Auch die Städteboten willigten ein, ein Beweis, wie sehr man die Dinge für unverfänglich hielt. Fontes l. c. 132.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wege in der Gütlichkeit zu suchen, damit die Irrung aufgehoben werde", oder doch sich die Rechtgebote des Pfalzgrafen gefallen zu lassen. Solche Botschaft übernahmen die Räte von Bayern und Kursachsen. Markgraf Albrecht verhieß, sie durch seinen bei Hofe weilenden Vertreter unterstützen zu lassen. „Das war der Abschied zu Nürnberg."[1]

Aber der Reichstag blieb wenigstens für den Gang der inneren Politik nicht bedeutungslos. Nun war für Markgraf Albrecht der Moment da, mit dem Ritte zum Kaiser nicht länger zu säumen. Am 29. Oktober[2] erhob er sich zur weiten Fahrt nach Villach. Ludwig von Landshut vermochte seine Verstimmung darüber so wenig zu bemeistern, daß er dem Kurfürsten das verlangte „aufrechte" Geleite durch sein Gebiet verweigerte. Aber der weite Umweg über Schwaben und Tirol und die Vereitelung freundschaftlichen Besuches in München störte weder den Gleichmut Albrechts noch den vollen Erfolg der Fahrt. Überall bei Fürsten und Städten fand er freundlichste, ehrenvollste Aufnahme, vor allem am Hofe des Kaisers selbst. In seiner Gegenwart brachten die Boten von Kursachsen und Bayern-München, zu denen sich aber auch Abgesandte der Herzoge von Tirol und Bayern-Landshut gesellten, die reichstägischen Beschlüsse an den Kaiser. Albrecht selbst hat nun zwar, so versichert er wenigstens, sich „gegen keinen Theil partheiisch merken lassen wollen und schlechtlich zugehört". Aber mißfallen hat es ihm sicherlich nicht, als der Kaiser die Gesandten rundweg abwies, nicht ohne ihnen seinen Unwillen über das Vergehen ihrer Herren auszusprechen, da sie vermitteln wollten, wo es gelte, zu gehorchen. Eingeschüchtert und mit Entschuldigungen zogen sich die Botschaften zurück.[3]

Unmittelbar darauf wurden die kaiserlichen Mandate gegen den Pfalzgrafen aufs neue, nur mit verschärfter Strafandrohung gegen ungehorsame Reichsstände, veröffentlicht und dem Pfalzgrafen auch die Landvogtei im Niederelsaß abgenommen.[4] Für den Reichskrieg warb

[1] Obiges wesentlich nach den Akten des Tages, nun in den Font. rer. Austr. II. Abteil. XLVI. 121—138. Das Verzeichnis der Anwesenden S. 138 ist nicht vollständig, da nach S. 127 auch Herzog Otto von Mosbach, nach S. 130 auch Halberstadt vertreten war.

[2] So meldet Ludwig von Paradies nach Frankfurt. Janssen, Frankfurts Reichskorresp. II. 259, Nr. 420. Den Reichstagsakten des Bamb. Arch., fol. 124, zufolge war die Abreise Albrechts zuerst auf den 22. festgesetzt.

[3] All dies nach des Markgrafen eigener Darstellung, von der ich eine Abschrift im Weimarer Archiv fand. Vergl. Font. rer. Austr. II. Abteil. XLIV. 668—675 Nr. 548.

[4] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 260, Nr. 422—426. Chmel, Reg. II. 599, Nr. 6173—6174. Menzel, Reg. 456.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Kaiser um die Hilfe Burgunds. Ja es war die Absicht vorhanden, deswegen auch die Schweizer anzugehen, die eben wegen der drohenden Haltung des burgundischen Herzoges ziemlich geneigt schienen, eine ewige Richtung mit dem Hause Habsburg einzugehen, allerdings um den Preis des sicheren und rechtmäßigen Besitzes alles dessen, was sie von Österreich besaßen. Zu dem Reichstag aber, der auf Walpurgis (16. Februar) 1471 in Aussicht genommen ward, sollte nicht bloß Friedrich von der Pfalz sondern auch sein Bruder Ruprecht von Köln nicht eingeladen werden, „da sie die Regalien nicht empfangen, der Pfalzgraf mit des Kaisers Hauptmann in Fehde stehe und der Köllner ihm dabei offenkundig Helfer sei". Es sei auch, sagte man bei Hofe, nicht recht, daß einem Geschlechte zwei Kurfürsten angehörten und wohl an der Zeit, daß der Kaiser den Pfalzgrafen belehre, wie nicht ihm, sondern seinem Neffen Philipp die Kurwürde zustehe.[1]

Hier lebte und wuchs eine Verbitterung, die, wie der Markgraf leicht berechnen konnte, dem Kaiser ein aufrichtiges Zusammengehen mit den enge verbündeten Höfen nicht nur von Heidelberg und Köln, sondern auch von Landshut und Mosbach auf lange Zeit unmöglich machen mußte.

Um so mehr war Albrecht zu rechter Zeit gekommen. Das alte Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Kaiser ward, so weit dies nach beider Charakteranlage überhaupt möglich war, wieder hergestellt und über die gegenwärtigen politischen Fragen ein volles Einverständnis erzielt. Vielseitige und wichtige Begnadungen für den Kurfürsten und sein Haus wurden Unterpfand der neuen Freundschaft. Voran steht (26. November) die Ernennung Albrechts und seiner Erben zu Reichsforst- und Jägermeistern auf dem Weißenburger Forste mit dem alleinigen Jagdrechte in demselben.[2] Wichtigeres folgte nach. Am 1. Okt. hatte Kurfürst Friedrich Kurwürde und Erzkämmereramt zugleich mit den Regalien der Mark Brandenburg dem Kaiser aufgesandt.[3] Nun erlangte Albrecht nicht nur die Belehnung damit[4] und dazu eine kaiserliche Erklärung, daß die vor der Belehnung und Übertragung der Kur an Markgraf Albrecht bestandene Gesamtverbindung aller Besitzungen des Hauses der Hohenzollern im Falle des Abganges der ehelichen Leibes-Lehenserben Albrechts wieder in Kraft treten sollte,[5] sondern der Kaiser machte

[1] Fontes rer. Austriac. XLIV. 673—674.
[2] Chmel, Reg. II. 596, Nr. 6139. [3] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1481.
[4] Chmel, Reg. II. 598, Nr. 6159. Die Belehnung fand am 12. Dez. statt.
[5] Erklärung v. 14. Dez. Chmel, Reg. l. c. Nr. 6167.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

jetzt auch, — um was sich Kurfürst Friedrich so lange umsonst gemüht, — die brandenburgische Rechtsanschauung betreffs Pommerns zu der seinen. Am 12. Dezember verlieh der Kaiser die Herzogtümer Stettin, Pommern, der Cassuben und Wenden und das Fürstentum Rügen, „die von der Mark Brandenburg zu Lehen rühren",[1] dem Kurfürsten und bestätigte ihm außerdem den Anfall des „Herzogtumes Mecklenburg, des Fürstentumes zu Wenden, der Grafschaft zu Rügen mitsamt den Landen Stargarden und Rostock" u. s. w.[2] Alle während des Streites um Pommern-Stettin angesetzten Rechtstage und die deswegen ergangenen Ladungs- und Gebotsbriefe hob der Kaiser auf,[3] wofür sich aber Albrecht in einem Reverse anheischig machte, gegen etwaige Ansprüche der Herzöge Erich und Wartislaw von Wolgast und Bart im Notfalle nur das Recht gebrauchen zu wollen.[4] An persönlichen Ehrungen widerfuhr dem Kurfürsten bei Hofe, dergleichen ihm „nie mehr begegnet", auch kaiserliche Freigebigkeit, für die der Gast wohl empfänglich war.[5] „Sein Gnad", schreibt er an König Georg von Böhmen, „hat uns gnädige Verhörung geben und nach allem unserm Willen begnadet, erhört und ausgerichtet ohne allen unsern Schaden und uns in alle Wege mehr denn gnädiglich gehalten, das wir Ew. königl. Liebe uns zu Ehren nicht gern alles schreiben."[6]

Eben auch in der böhmischen Sache hatte der Markgraf für Friede und Versöhnung des Königs mit Papst und Kaiser sein Bestes gethan und sich darin, wie er nach Prag an den König meldete, „gehalten, als wir Euch und Euren Kindern schuldig sind".[7]

Aber so gründlich sich die diplomatischen Beziehungen, die Aussichten und Pläne der um die Krone Böhmen ringenden Parteien um die Jahreswende 1469—1470 geändert hatten: Die militärische Lage war auch 1470 dieselbe geblieben. Keinem der Kämpfer war es gelungen, solche Allianzen zu gewinnen, mittelst derer er neue Machtmittel in die Wagschale zu werfen vermochte. Nach wie vor machte sich die tastende Vorsicht der Nachbarmächte und der ungemein träge Fluß des politischen Lebens geltend. Auch die neue Gruppierung der Fürsten kam so nur

[1] Chmel, Reg. 598, Nr. 6160. [2] Ebendort Nr. 6159.

[3] Am 14. Dez. Chmel, Reg. l. c. Nr. 6168. Der Befehl an die pommerschen Herzoge vom 17. Dezember und die Landstände der streitigen Gebiete ebendort Nr. 6172.

[4] Chmel, Reg. II. 599, Nr. 6176. [5] Font. rer. Austr. XLIV. 675.

[6] Bericht vom 20. März 1471. Fontes rer. Austriac. LXII. 513—514, Nr. 383.

[7] Ebendort 513.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

spät und mühsam in äußeren Thatsachen zur Geltung. Weder vermochte der Ungarkönig auch 1470 Böhmen, das Hauptland der Krone, zu unterwerfen, so vielfache und wichtige Stützpunkte er auch bereits im Lande besaß und obwohl der rücksichtslose Eifer der Legaten endlich auch jene Katholiken Böhmens, die bisher ruhig gesessen, wie die Egerer[1] und Elbogner[2], zwang, an König Georg ihre Fehdebriefe zu senden, noch war Podiebrad, der hinwiederum namentlich noch in Mähren, dann aber auch in Ober- und Westschlesien Städte und Schlösser sein nannte, im Stande, die verlorenen Nebenlande wieder zu gewinnen. Im Felde wechselten wie stets zuvor Erfolg und Mißerfolg.

Dabei geschah es aber doch, daß sich aus mehrfachen Ursachen das Kriegsjahr 1470 für König Georg weit günstiger gestaltete als für die Gegner. Der schwere Krieg, den der Ungarkönig seit Jahren mit einem großen Heere bezahlter Söldner in der Fremde führte, hatte schließlich seine Mittel außerordentlich erschöpft und die neue ungarische Landessteuer, die überdies als harte Bedrückung empfunden wurde, vermochte dem Bedürfnisse nicht zu genügen.[3]

Nun war die Verödung und Verarmung gewiß auch in Böhmen sehr groß und hatte die Teuerung erschrecklich zugenommen, so daß sich vielerorts die Bande des Gehorsams zu lösen drohten.[4] Den Krieg beeinflußte dies nicht. König Georgs eigene Kassen und einige Pfandsummen auf Landesgut hielten doch noch vor.[5] Eben zu Beginn 1470 nahm er sogar neue polnische Scharen in Sold[6] und das allgemeine Aufgebot der Seinen scheint in diesem Jahre dem ungarischen Heere noch mehr als früher überlegen gewesen zu sein, sodaß er wieder auch starke Scharen gegen die Lausitzen und nach Schlesien zu entsenden vermochte, die hier keinen ebenbürtigen Gegner trafen und die Grenzgebiete beider Land-

[1] Bezügl. Egers s. Fontes rer. Austr. XLII. 496—497, Nr. 371; vgl. auch 498—499, Nr. 374. Mit der Stadt sagt auch die Landschaft ab. Ebendort 499, Anmerkung 1.

[2] Vgl. das Schreiben des Matthias Schlick an Kurfürst Ernst von Sachsen im Dresdn. Hpt.-Staats-Archive, Böhm. Sach. III. fol. 150.

[3] Scriptor. rer. Siles. XIII. 14—15, Nr. 21.

[4] Vgl. Staří letopisové čeští 203 ff.

[5] Schreiben Heimburgs vom 6. Februar 1470 bei Höfler, Kaiserliches Buch 218—219. Freilich sind Heimburgs Berichte sehr von der momentanen Stimmung des Schreibers beeinflußt. Wenigstens für das Spätjahr 1470 gilt die Thatsache, daß auch Georg nur mit Mühe mit seinen Mitteln reichte, so wie denn das Land nach seinem Tode eine bedeutende Schuldenlast zu übernehmen hatte. Vgl. Palacky V. 1, 5 ff. und unten.

[6] Heimburg l. c. 219.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

schaften ungestraft verheerten.[1] Tiefe Erschöpfung beider Lande,[2] infolge dessen Abneigung gegen den Krieg und auch schon wirklicher Ungehorsam gegen die Ungarn traten offen hervor. Der Vogt der Sechsstädter, Jaroslaw von Sternberg, der zu Beginn des Jahres vergebens aufs neue die Huldigung gefordert hatte,[3] und Franz von Hag, der treffliche ungarische Hauptmann, dem König Matthias den Schutz Schlesiens anvertraut hatte, vermochten unter solchen Umständen nichts zu schaffen. So tief war das Vertrauen der Barone auf den endlichen Sieg ihrer Sache gesunken, daß Ende 1470 Zdenko von Sternberg wirklich eine Verständigung mit König Georg suchte.[4]

Zu all dem that König Georg den längst notwendigen Schritt, die üblen Folgen seiner Kriegsführung, namentlich der wiederholten Einberufung und vorzeitigen Entlassung des allgemeinen Aufgebotes, zu beseitigen. Mit dem Landtagsbeschlusse vom 14. März 1470 wurde in Böhmen ein stehendes Heer von 6000 Mann ins Leben gerufen. Es sollte aus den genau normirten Kontingenten sämtlicher von dem Könige behaupteten Kreise Böhmens bestehen und unter den Befehl besonderer Kreishauptleute gestellt sein. Die Ausrüstung und Erhaltung der Aufgebote besorgten die einzelnen Kreise selbst. Ihre besondere Aufgabe war, jeden über die Landesgrenze hereinbrechenden Feind und namentlich jeden feindlichen Einbruch in das Kreisgebiet zurückzuweisen. Es ist gewiß, daß dieses Heer zu einer derartigen Aufgabe allein nicht stark genug war. Aber es bildete für die Soldtruppen des Königs innerhalb der Landesgrenze eine sehr beträchtliche Verstärkung, die jederzeit zur Hand war und den König nichts kostete. Auch hatte er ja deswegen keineswegs auf das Recht, auch das allgemeine Aufgebot zu berufen, verzichtet.[5]

So wurden die Ergebnisse des neuen Feldzuges gegen die Hussitten, den der Ungarkönig im April 1470 antrat,[6] keineswegs sehr

[1] Eschenloer, Histor. Wratisl. 222 a. a. Geschichten II. 177, 183, 196. Dlugosch 541. Script. rer. Siles. XIII. 9, Nr. 12; 11, Nr. 14; 13, Nr. 18.

[2] Eschenloer, Histor. Wrat. 223.

[3] Das Tagebuch des Görlitzer Stadtschreibers Johannes Frauenburg 1470—1480, herausgeg. von Sauppe, Neues Lausitzer Magazin 65 (1889), 160—161. Eschenloer, Geschichten II. 196. Scriptor. rer. Siles. XIII. 18—20, Nr. 25—30.

[4] Font. rer. Austr. XLVI. 138—139, Nr. 112—113.

[5] Der Landtagsbeschuß im Archiv český IV. 441—444. Vgl. auch Palacky, im Časopis českého Musea 1828, II. 8 ff. Nur sind hier die Angaben des Dokumentes weit überschätzt, so wie es denn durch nichts bewiesen ist, daß Böhmen damals ein so ganz besonderes Kriegswesen besaß.

[6] Script. rer. Silesiac. XIII. 18, Nr. 25. Danach nahmen die ungarischen Scharen ihren Weg zum Teil durch Niederösterreich.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erfreulich für ihn, um so weniger, als er wieder genötigt war, einen Teil seiner Macht zum Schutze der Südgrenze seines Reiches zu verwenden.

Herzog Heinrich von Münsterberg hatte nach den glücklichen Kämpfen bei Hradisch, von seinem Vater noch weiter verstärkt,[1] sein Heer bis auf ungarisches Gebiet, den Landstrich an der Miawa, vorgeschoben und den Ungarn „mit Brand und Nahme" großen Schaden gethan.[2] Als dann das ungarische Heer im Felde erschien, zogen sich die Böhmen wieder an die Grenze zurück und lagerten sich hinter der March bei Göding, auch da noch bemüht, die Verheerungen im Feindeslande fortzusetzen.[3] König Matthias hatte einen Teil der Seinen gegen Göding entsendet, den anderen befohlen, sich in Brünn zu versammeln. Seine Absicht war, nach Schlesien zu ziehen.[4] Als sich aber die Böhmen an der March hielten, ohne daß die gegenüberstehenden ungarischen Scharen etwas gegen sie auszurichten vermochten, gab der König den Zug auf Breslau auf und nahm eine gesicherte Stellung bei Kremsier. Entschlossen, hier den Zuzug der Schlesier, die er zu sich entboten, sowie die Ankunft neuer Geworbener[5] abzuwarten, begnügte er sich einstweilen, den Gegnern die Zufuhr zu wehren.[6]

Die Kunde von der Ansammlung eines großen ungarischen Heeres bei Kremsier und den Rüstungen in Schlesien brachten aber auch König Georg in Bewegung. Schon zu Beginn Juni hatte er, besorgt um das Schicksal seines Sohnes und der Seinen, in Böhmen zu rüsten begonnen.[7] Als jetzt die Nachricht kam, die mächtigsten geistlichen und weltlichen Großen Ungarns seien ihrem Könige nach Mähren zugezogen und weil die Seinen einzelne Unfälle trafen,[8] erließ der König am 22. Juni ein allgemeines Aufgebot durch Böhmen und eilte selbst in der ersten Juliwoche an der Spitze der gesammelten Scharen nach Mähren.[9] König Matthias,

[1] Font. rer. Austr. XX. 631.

[2] Nach des Herzoges eigenem Berichte vom 2. Oktober 1470. Berlin, Geh. Staatsarchiv. Nicht ohne Fehler bei Palacky, Urkundl. Beitr. 635—637.

[3] Font. rer. Austr. XX. 632; 635. Das Heer des Ungarkönigs wird auf 8000 zu Pferd und 4000 zu Fuß angegeben.

[4] Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 18, Nr. 25, 26.

[5] Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 19, Nr. 28. Die Schlesier wurden durch den Bischof von Olmütz aufgerufen.

[6] Font. rer. Austr. XX. 632, 636. Eschenloer, Histor. Wrat. 226, 227.

[7] So viel wird man aus Script. rer. Siles. XIII. 19—20, Nr. 29 folgern dürfen. Das Aufgebot erließ aber der König erst drei Wochen nachher.

[8] Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 20, Nr. 30. Brief Zdenkos von Sternberg vom 8. Juni.

[9] Font. rer. Austr. XX. 628, Nr. 519.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von zwei Seiten bedroht, verließ darauf die Stellung bei Kremsier und lagerte sich unterhalb des Klosters Kunitz, von hier beide gegnerischen Heere überwachend. Bald fand sich eine Gelegenheit zum Schlagen. Als nämlich König Georg, der dem Ungar umsonst die Feldschlacht angeboten hatte, mit den Seinen gegen Brünn abzog und Prinz Heinrich dorthin folgte, wurde dieser von dem Ungarkönige, der ihm mit den Reisigen eine ganze Nacht hindurch nachgezogen war, bei Kralitz, südlich von Olmütz, überfallen, und nur der glückliche Umstand, daß die Ungarn allein über die Jessankabrücke an die Böhmen heran konnten und der Fluß und Sumpfwiesen[1] sonst die Annäherung unmöglich machten, rettete Heinrich vor gänzlicher Niederlage.[2] Auch so war sein Verlust beträchtlich.[3] Trotzdem gelang die Vereinigung der beiden böhmischen Heere, und nun nützte König Georg seine numerische Überlegenheit. Er sperrte den heranrückenden Schlesiern die Straßen,[4] so daß sie nicht zu König Matthias gelangen konnten, bedrohte Brünn, zu dessen Deckung rasch auch die Ungarn herankamen, und nachdem er vergebens eine Ausgleichung mit König Matthias gesucht[5] und ihn vor Brünn abermals zum Kampfe herausgefordert, zog er vor Hradisch, trieb die Ungarn aus ihren Schanzen rings um die Stadt, versorgte diese und die umliegenden Schlösser seiner Parteigänger mit Lebensmitteln und schob seine leichten Truppen bis über die ungarische Grenze vor.[6]

Als sich Podiebrad aufs neue gegen Matthias wandte, hatte der sich doch mit den Schlesiern vereinigt und bei Olmütz Stellung genommen hatte. Aber auch so scheute der Ungar den Kampf mit der Übermacht. Die schlesischen Kontingente waren weder insgesamt noch in ganzer Stärke erschienen,[7] ebenso unterblieben die von dem Könige befohlenen Angriffe von den Lausitzen und von Südböhmen aus oder

[1] „Gemoße" = Gemoos, das die Herausgeber (Script. rer. Siles. XIII. 22) nicht verstanden haben.

[2] Bericht der Olmützer vom 13. Juli 1470. Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 21—22, Nr. 32.

[3] Er hat 1000 Gefangene, 200 Tode, 200 Wagen verloren. Ebendort.

[4] Script. rer. Siles. XIII. 22, Nr. 33.

[5] Die Erbieterungen König Georgs enthielten drei Punkte: Entscheidung des Streites durch die weltlichen Kurfürsten oder durch einen Zweikampf der beiden Könige oder durch eine Feldschlacht. Vergl. Fontes rer. Austr. XX. 636—637. Archiv český I. 485—492. Script. rer. Siles. XIII. 22—24, Nr. 34—35 mit beachtenswerten Bemerkungen der Herausgeber. Über den Eindruck dieser Verhandlung in der Nachbarschaft s. Fontes rer. Austriac. XX. 629, Nr. 521.

[6] Font. rer. Austr. XX. 636. Eschenloer, Histor. Wrat. 228.

[7] Eschenloer, Histor. Wrat. 227—228 und Font. rer. Austr. XX. 633.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

hatten nicht den gewünschten Erfolg.[1] So groß war der Eindruck dieser Begebenheiten, daß die im böhmischen Lager weilenden Gesandten Kasimirs von Polen den Augenblick für gekommen erachteten, mit den oft abgelehnten Ansprüchen ihres Herrn aufs neue an den Ungarkönig heranzutreten. Sie erhielten nicht einmal das verlangte unbedingte Geleite.[2]

Da gelang es König Matthias, sein militärisches Ansehen wenigstens zum Teile wieder herzustellen. Heftige Regengüsse schwellten die mährischen Flüsse und hemmten die Bewegungen des Fußheeres und der Wagenburg der Böhmen. Darauf baute König Matthias einen seiner kühnen Anschläge. Mit seiner Reiterei, die er in drei starke Scharen teilte, brach er bei Mährisch-Trübau in Böhmen ein und drang über Hohenmaut und Chrudim, das Land in einer Breite von vier Meilen verheerend, westwärts vor bis über Kuttenberg und Kolin hinaus. Wohl rief die Königin Johanna rasch die Landwehr in die Waffen. In Mähren erhoben sich König Georg und Prinz Heinrich, um Hilfe zu bringen. Das hatte König Matthias gewollt. Ohne sich auf größere Kämpfe und auf Belagerungen einzulassen, trat er den Rückzug an und erreichte, aus Rücksichten der Verpflegung unter neuen Verheerungen mehr südwärts ziehend, unbehelligt Iglau in Mähren, wo er den Seinen einige Tage Rast gönnte. In der Ferne wußte man wieder von großen Erfolgen der Ungarn, selbst von der Einnahme Kuttenbergs und zweier Städtchen daneben, zu erzählen.[3] Das böhmische Hauptheer machte bei Hohenmaut Halt, die Ungarn zu beobachten.

Es geschah nichts weiter. König Matthias begnügte sich, die mährischen Städte sowie in Böhmen die Plätze Pilsen, Budweis und Polna durch starke Besatzungen zu sichern. Einzelne Scharen, etwa 2000 Mann, wies er den Herren von Sternberg zu, damit unablässig den kleinen Krieg zu betreiben. Die Schlesier zogen unter der Führung des jungen Herzoges von Liegnitz heim.[4] Den Rest seines Heeres führte der König nach Ungarn zurück.

König Georg hatte einen Teil seines Heeres unter Herzog Heinrich über Nachod gegen Glatz geschickt und die Schlesier mit einer Heimsuchung bedroht. Aber auch diese Unternehmung ward wieder aufgegeben.[5]

Die Hilfsschar der Schlesier betrug danach 2000 Mann gegen 3000 des Anschlages (Eschenloer 227). Betreffs des Breslauer Kontingentes s. Scriptor. rer. Siles. XIII. 21, Nr. 31, Anm.

[1] Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 19—20, Nr. 29 a. a.

[2] Script. rer. Siles. XIII. 24—26, Nr. 36 und 37.

[3] Font. rer. Austr. XX. 633—634. [4] Eschenloer, Geschichten II. 209.

[5] Die Meldungen über diese Vorfälle lauten aus beiden Lagern wieder sehr

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ein solcher Ausgang des Feldzuges, eine solche Frucht der neuerlichen Mühen und Opfer konnte König Matthias nicht befriedigen. Und bot sich ihm ein Ausweg aus seiner schwierigen Lage, eine Beendigung des langwierigen Streites, die ihm wenigstens einigermaßen eine Entschädigung für den Augenblick gewährte und die Erreichung des Zieles für die Zukunft in sichere Aussicht stellte? Man begreift sehr wohl die Stimmung des heftigen Fürsten, der seinem Ingrimme Luft machte, wo sich eine Gelegenheit bot. Da wurde Herr Ulrich von Hasenburg in dem Amte eines Hauptmanns über die Fürstentümer Schweidnitz und Jauer durch den tüchtigeren Franz von Hag ersetzt, ebenso der Vogt der Sechsstädte, Jaroslaw von Sternberg, aus dem Amte entfernt, sei es, weil der König mit seiner Kriegsführung unzufrieden war wie mit den Leistungen Hasenburgs, sei es wegen mehrfacher Zwistigkeiten Sternbergs mit Bischof Rudolf von Breslau und auch dem zweiten Legaten, Laurenz Rovarella. Vogt wurde trotz des Widerspruches der Landschaft und der Gegenbemühungen der Sternberge Herzog Friedrich von Liegnitz, des Königs Kriegsgefährte im letzten Sommer. Zugleich sahen sich die Bündner neue schweren Geldzahlungen zugemutet: nur so könne ihm ihre Unterstützung, erklärte der König, wirklich zustatten kommen.[1]

War ein solches Vergehen aber danach angethan, in den böhmischen Nebenlanden die ungarische Vorherrschaft, deren Druck man ohnehin bereits empfand, populärer zu machen.[2] König Matthias konnte dies so wenig bejahen, als ihm verborgen blieb, was man auch überall in der Nachbarschaft wußte:[3] Daß seine ungarischen Unterthanen, bei denen zu keiner Zeit sonderliche Neigung für den böhmischen Krieg bestanden hatte, im hohen Grade mit seinem Regimente unzufrieden wären. Die Härte, mit der er in Ungarn die Steuergelder eintrieb, mit der er jede Verletzung der Pflicht mit hohen Straffummen belegte,[4] schuf überall im Lande den polnischen Umtrieben bereiten Boden. Der König übe

verschieden; obige Darstellung sucht die Wahrheit in der Mitte unter Berücksichtigung auch der äußeren Umstände. Vgl. Font. rer. Austr. XX. 633—636. Script. rer. Silesiac. XIII. 26, Nr. 30; 30, Nr. 45. Eschenloer, Histor. Wrat. 230. Geschichten II. 208—209. Staří letopisowé 202. Dlugosch, Histor. Polon. 540—541. Památky Mik. Dačického z Heslowa, ed. Rezek, (unbedeutend).

[1] Man vgl. über diese Dinge Font. rer. Austr. XX. 640, 641—642, Nr. 529 und 530. Eschenloer, Histor. Wrat. 238; Geschichten II. 215.

[2] Man vgl. die Klagen Eschenloers, Geschichten II. 209 ff., der hier gewiß nicht parteiisch berichtet. Auch Gregor Heimburg bei Höfler, Kaiserl. Buch 202 ff. (für die vorhergehende Zeit).

[3] Font. rer. Austr. LXII. 511—512.

[4] Man vgl. Teleki XI. 414—416 (gegen Kaschau); ebendort 428—429 a. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

solchen Druck, hieß es, weil er, ein Eindringling, keinen königlichen Sinn, kein Herz für die Seinen habe; geborene Könige Ungarns seien eben allein die Söhne König Kasimirs und der Königin Elisabet von Polen, die Enkel weiland König Albrechts.[1]

Man merkt es den Schritten des Königs Matthias im Herbst und Winter 1470 auf 1471 an, wie sehr er die Notwendigkeit einer Änderung seiner politischen Lage vor Beginn des neuen Feldzuges erkannte. Gleich im September, nach Beendigung der kriegerischen Unternehmungen, wandte er sich wieder an den Kaiser, der ja die Beziehungen zu ihm keineswegs abgebrochen und im Frühjahre nicht nur den ungarischen Truppen den Durchzug durch sein Gebiet, sondern auch den österreichischen Ständen gestattet hatte, gegen Böhmen einigen Beistand zu thun.[2] Der König wünschte neue Vereinbarungen für den weiteren Kampf gegen die Ketzer. Bald ging wieder die Rede, und man glaubte sie auch am kaiserlichen Hofe, der König wolle zugleich mit dem Kaiser den Reichstag zu Regensburg besuchen, die Türkenhülfe des Reiches in Person zu betreiben.[3] Auch an einer neuen Verhandlung mit Kasimir von Polen unter der Vermittelung des Kaisers und an einer Zusammenkunft des Kaisers mit beiden Königen wurde gearbeitet.[4]

Aber Kaiser Friedrich war jetzt noch weniger als zuvor zu neuen Verpflichtungen gegen Böhmen zu vermögen, obwohl es in letzter Zeit auch von daher an Friedseligkeiten gegen Österreich nicht völlig gefehlt hatte und im Sommer Jorg von Stein in Südböhmen unter den Augen König Georgs Anstalten traf, sich seiner oberösterreichischen Pfandherrschaften wieder zu bemächtigen. Die einmal gewonnene Fühlung mit König Georg ward festgehalten. War zu Beginn des Jahres der Ritt Herzog Albrechts von Sachsen und des Pfalzgrafen Otto nach Rom unterblieben — die Fürsten scheuten wohl den Zorn des Ungarkönigs —, so war mit Zustimmung des Kaisers und bald auch unterstützt von

[1] Dlugosch 549.

[2] So läßt sich für Oberösterreich aus Preuenhuber, 126 erweisen. Sonst s. Scriptor. rer. Siles. XIII. 18, Nr. 25. Es geschah offenbar im Einverständnisse mit König Georg.

[3] Markgraf Albrecht an Herzog Wilhelm von Sachsen. Font. rer. Austriac. XLIV. 669.

[4] Bene se dice, che lo Imperatore, lo Re de Ungaria et de Polonia devano far una dieta. Mon. Hung., Acta extera II. 209. Theiner, Mon. Hung. II. 422, Nr. 603. Vgl. Caro, Geschichte Polens V. 1, 333. Daß die erwünschte Verständigung mit dem Kaiser auch wirklich erfolgte, beweist der Glückwunsch des Papstes noch nicht. Raynaldi Annal. eccles. ad ann. 1471. Theiner, Mon. Hung. II. 419, Nr. 597. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1506.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dessen Gesandten bei der Kurie Dr. Thomas von Cilly doch der sächsische Agent Dr. Weißenbach in Rom für König Georg thätig[1] und stand weitere entschiedene Vermittelung des Kaisers für Böhmen zu Ende 1470 in Aussicht.[2] Früher noch hatte der König durch Bernhard Vitzthum neue direkte Verhandlungen mit dem Kaiser begonnen.[3] Boten gingen zwischen Prag und Wien hin und her. Markgraf Albrecht fand hier kaum mehr zu thun, als bereits fertige Verhältnisse zu billigen und ohnehin freundliche Beziehungen um so fester zu knüpfen. Es war daher sehr begreiflich, daß Jorg von Stein bereits im Oktober 1470 von seinem Könige den Befehl erhielt, sich jeder Feindseligkeit gegen den Kaiser zu enthalten. Er hat sie dann, die Sache aufgebend und um seine Ansprüche doch irgendwie nutzbar zu machen, in ihrer Gesamtheit an einen mährischen Baron, Ulrich von Boskowitz, um verhältnismäßig geringen Preis abgetreten.[4]

Wie der Kaiser, so thaten auch die benachbarten deutschen Fürsten in der böhmischen Sache, um so ungescheuter, als sie ja sich niemals von Böhmen ganz losgesagt und keinerlei Verpflichtung gegen den Ungarkönig übernommen hatten.[5] Die Klagen des Königs Matthias konnten daran nichts ändern.[6]

Vor allem aber mußte dem Ungarkönige das Beginnen der Kurie auffallen. Die Breven, die aus jenen Tagen über den böhmischen Streit vorliegen, lassen erkennen, wie sehr man in Rom beflissen war, mit dem Hinweise auf die Türkennot und die Notwendigkeit des Friedens zwischen den christlichen Völkern sich die Grundlage zu schaffen für die Nachgiebigkeit und Versöhnung mit Podiebrad. Wohl blieb Legat Laurenz an der Seite des Ungars nach wie vor unverdrossen thätig, den Ketzerkrieg im Gange zu erhalten und neue Hilfsquellen und neue Verbindungen dafür zu schaffen. Auch dauerten die Mandate gegen die Utraquisten, die Kreuzpredigten und die Geldsammlungen fort. König Matthias selbst erhielt zu Beginn 1471 von Papst Paul den geweihten Hut und Degen,

[1] Ermisch, Studien 95, 96. Daß Weißenbach übrigens nicht erst zu Beginn 1470 nach Rom ging, zeigt das Breve vom 6. Dez. 1469. Weim. Arch. Reg. B. pag. 322, Nr. 28.

[2] Font. rer. Austr. XLIV. 669: „Des Girsiken sach wird gericht, das bit sein lieb in gehaym zu halten'" Vgl. ebendort XLII. 513—514. Ermisch, Studien 104, 105.

[3] Font. rer. Austr. XLII. 513.

[4] Am 30. November 1470. Chmel, Mat. II. 307—308.

[5] Für ihre Haltung erscheint im wesentlichen typisch, was Ermisch, Studien 90 ff. betreffs der sächsischen Fürsten ausführt.

[6] Vgl. Copie im Dresd. Hauptstaatsarchiv, Böhm. Sach. IV. fol. 263—264.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bares Geld und die Zusage weiterer Geldsendung. Aber daneben waren die Vorstellungen des Kaisers, der sächsischen Fürsten und, wie sich die polnischen Gesandten schon im August 1470 rühmten, König Kasimirs von Polen,[1] die Notwendigkeit eines Ausgleiches mit Böhmen betreffend, bei der Kurie keineswegs auf hartnäckigen Widerspruch gestoßen. Hatte die Kurie die Olmützer Wahl vom 3. Mai 1469 nicht bestätigt und sich so die Bahn frei gehalten, so geschahen nun am Hofe König Kasimirs durch den Nuntius Alexander, Bischof von Forli, Erklärungen, die wenigstens in der Art, wie sie vorgebracht wurden, mit der Haltung des Legaten Rovarella durchaus unverträglich waren.[2] Als der Zeitpunkt nahte, zu dem Regensburger Tage einen Vertreter zu entsenden, war man in Rom so weit, allen Ernstes die Bedingungen der Aussöhnung mit Böhmen zu erörtern. Die Beihilfe des Kaisers und der sächsischen Herzöge schien sehr willkommen.[3] Des Friedenswerkes hinsichtlich Böhmens gedachte sich auch Kurfürst Albrecht von Brandenburg in Regensburg mit ganzem Eifer anzunehmen.[4] Wie von selbst geschah es daneben, daß in der Handhabung der Ketzermandate, die ja zu keiner Zeit überall respektiert wurden, eine mildere Praxis Platz griff, und man ohne weitere Schwierigkeit den notleidenden deutschen Nachbargebieten den Verkehr mit Böhmen gestattete.

Auch äußerlich hatte sich die Lage geändert. Die noch vor kurzem so jäh auflodernden Volksleidenschaften waren erstorben, die nationalen und religiösen Antipathien verstummt, das Kreuzerwesen, das ohnehin nur Greuel, Unruhen und Wirren gebracht, hatte aufgehört.[5] Ringsum um Böhmen und hier selbst am meisten sehnte man sich nach Frieden.

Aber dem scharfsichtigen Ungarkönige blieben die geheimen Fäden keineswegs verborgen, die da seit langem zwischen dem Kaiser und Böhmen, Böhmen und der Kurie, zwischen Krakau und Wien, dem Könige Kasimir und den Höfen von Sachsen[6] und Brandenburg gesponnen waren.[7] Mit jähem Griffe fuhr er dazwischen. Zu Beginn 1471 richtete er eine Botschaft an König Georg, die am Prager Hofe um so mehr Bewegung und Befriedigung hervorrufen mußte, als nun der den Frieden

[1] Script. rer. Siles. XIII. 25, Nr. 37.
[2] Vgl. Caro, Geschichte Polens V. 1, 322.
[3] Vgl. a. a. Font. rer. Austr. XLVI. 144, 145, Nr. 122, 123.
[4] Font. rer. Austr. XLII. 513—574.
[5] So Ermisch 89. Vgl. auch Fontes rer. Austriac. XLII. 509 (Fürsprache Markgr. Albrechts für die Egerer).
[6] Vgl. über die bezügl. Verhandlungen Ermisch, Studien 92 ff. und Beil. 18.
[7] Font. rer. Austriac. XLVI. 141—142, Nr. 115, 116.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

anbot, der ihn in der Hand hielt, und dabei den Verhältnissen sorgsam Rechnung getragen war. König Georg, so lautete der ungarische Vorschlag, bleibt König, so lange er lebt, und erst nach seinem Tode fällt das Hauptland Böhmen an König Matthias; sobald aber Matthias in Böhmen nachfolgt, überweist er die Nebenlande an die Söhne Georg Podiebrads, und sie erben nach seinem Tode auch das Königreich. Der Ungarkönig wollte sich zugleich verpflichten, den Frieden zwischen Rom und Böhmen auf Grundlage der Kompaktaten herzustellen.[1]

Das war ebensoviel und mehr, als Podiebrad von König Kasimir für die Nachfolge eines Polen begehrt und erhofft hatte. Seinen Söhnen ward so nicht nur vermehrter Besitz in den Nebenlanden, sondern fielen in absehbarer Zeit diese selbst und schließlich auch das Königtum zu. Und konnte Kasimir eben nur die Hilfe des polnischen Reiches bieten, um einen ehrenvollen Frieden zu erzwingen: Die Werbung des Ungarkönigs bedeutete den Frieden selbst ohne ferneren Kampf.

So wurde jetzt der so lange verfolgte und allseitig angefeindete Hussittenkönig Herr der Situation, der wählen konnte zwischen dem Bündnisse mit dem Kaiser, mit Kasimir von Polen und mit Matthias von Ungarn, zwischen enger Einung, sei es mit dem ungarischen, sei es mit dem polnischen Königshause.

Man war in Prag entschlossen und verstand es wohl, von der Sachlage Vorteil zu ziehen. Die Geneigtheit, sich mit dem Ungarn einzulassen, war nicht groß, so vorteilhaft seine Erbietungen schienen. Dem stand das Mißtrauen in seine Worttreue entgegen, nachdem er sich vor zwei Jahren arglistig allen Verpflichtungen zu entziehen gewußt, dem der bittere Haß, den die Kämpfe und Leiden in den letzten Jahren gegen ihn angefacht hatten. Aber hatte denn nicht auch das Benehmen des Polenkönigs immer aufs neue bewiesen, daß er sein Ziel, die böhmische Krone, für sein Haus erreichen wollte, ohne andere Opfer als Botschaften und schöne Worte zu bringen, daß er in immer neuen Ausflüchten und Vertröstungen jede strikte Verpflichtung zu vermeiden strebte? Da galt es vorsichtig sein. Während in Polna[2] böhmische und ungarische Räte über den Friedensbedingungen saßen und König Georg, offenbar vor allem, um Zeit zu gewinnen, den Ungarn mitteilen ließ, er werde die Vertragsartikel den auf Valentini (14. Februar) in Prag zusammentretenden böhmischen Ständen vorlegen, damit durch ihre Beistimmung der Friede um so sicherer werde, eilte Propst Paul von Zderas, König

[1] Dlugosch 549.

[2] Nahe der mährischen Grenze bei Iglau.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Georgs Geheimsekretär, nach Krakau zu König Kasimir. Es galt, unter offener Darlegung der Sachlage dem Polen eine unzweifelhafte Entscheidung abzufordern.

In der That geriet König Kasimir in die höchste Verlegenheit. Da änderte ein nach allem ganz unerwartetes Ereignis abermals die Sachlage völlig.

König Georg selbst bedachte seine Entschlüsse. Seine Lage gestaltete sich immer günstiger. Während die Friedenssehnsucht der Ungarn gleich groß blieb, wußten die über Prag aus Rom heimkehrenden polnischen Gesandten[1] ebenso wie die Briefe vom sächsischen Hofe,[2] welche die Meldungen Dr. Weißenbachs aus Rom weitergaben, von der aufrichtigen Geneigtheit Papst Pauls, mit Böhmen zum Frieden zu kommen, zu berichten. Allerseits umgaben Podiebrad Freunde oder solche, die es werden wollten. Lag da nicht der Gedanke nahe, weder mit dem Polen noch mit dem Ungar abzuschließen und, der Unterstützung des Kaisers und der deutschen Fürsten sicher, die Aussöhnung mit dem milde gewordenen hl. Vater direkt zu suchen? Zeigte sich nicht so die Möglichkeit, auch das Schlimmste zu vermeiden, das es für König Georg gab, die Verzichtleistung auf die Nachfolge seiner Söhne auf dem böhmischen Throne, um dessen Erhaltung er mit solch' unermeßlichen Mühen und Opfern gekämpft hatte?

So viel steht wenigstens fest, daß Anfang März, noch ehe irgend eine Zusage von König Kasimir eingetroffen, in Prag die Ablehnung des ungarischen Angebots und eine neue Heerfahrt gegen König Matthias beschlossene Sache war. Meldungen über tiefgehende Unzufriedenheit in Ungarn hoben Georgs Siegeszuversicht. Hat „der Hungarisch König", schreibt er selbst am 9. März 1471, „mit uns des Böhmischen Bieres getrunken, wollen wir mit ihm mit der Hilfe Gottes des Hungarischen Weines obgottwill sicherer trinken".[3] Fröhlicher als seit Jahren war in Prag die Fastnacht gefeiert worden, und frisch und gesund fühlte sich auch der König bei Hochzeit und Beilager seines jüngsten Sohnes Hinko.[4] Da erkrankte er und nach wenigen Tagen (am 22. März) machte ein Schlagfluß, wie es scheint, seinem Leben ein Ende.[5] Genau

[1] Vgl. Theiner, Mon. Hung. II. 424, Nr. 606.

[2] Die Berichterstatter waren der Obermarschall Hugold von Schleinitz und Konrad Metsch. Ermisch, Studien 92, 96.

[3] Fontes rer. Austriac. XLII. 511—512, Nr. 382.

[4] Ebendort 510, Nr. 381. Brief des Prinzen Heinrich vom 27. Februar 1471.

[5] So nehme ich gegen Palacky an. Daß der König noch am 27. Februar „frisch und gesund" ist, und auch noch am 9. März, steht mit dem Krankheitsbilde

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

einen Monat zuvor war Johannes von Rockyzan, der Hauptpfarrer am Thein, das Haupt der von Georg verteidigten kirchlichen Richtung, aus dem Leben gegangen.[1]

Mit beiden Männern traten die hervorragendsten Repräsentanten des Altutraquismus, der sich immer noch, wenn auch dunkel, seiner reformatorischen Aufgaben bewußt blieb, vom Schauplatze ab. Was seither Utraquismus hieß, war ein verdorrter Baum, dessen Lebensmark das Brüdertum an sich genommen. Die Söhne König Georgs wandten sich zum Katholizismus zurück.

Vierzehntes Kapitel.

Böhmen nach dem Hingange König Georgs. Die Bewerbung Herzog Albrechts von Sachsen um die böhmische Krone und die Wahl Wladislaws von Polen. Vorgänge in Österreich im Frühjahre 1471.

Jahrelang hatte man sich in Rom mit der Frage beschäftigt, wer König Georg auf dem böhmischen Throne ersetzen oder wie man sonst betreffs des Königreichs disponieren sollte. Als jetzt der König unvermutet aus dem Leben ging, war trotz allem noch immer kein Entschluß gefaßt und nur so viel sicher, daß nun die böhmischen Aufträge des Kardinals Piccolomini, der wenige Tage vor Georgs Tode Rom verlassen hatte,[2] um zum Reichstage nach Regensburg zu gehen, gegenstandslos geworden. Aber die Entscheidung in der wichtigeren Frage, ob mit dem Hinscheiden des Mannes, gegen den man einst wegen persönlicher Verschuldung die kirchlichen Prozesse anhängig gemacht, diese zurückzulegen seien oder ob die von Pius II. verfügte Aufhebung der Kompaktaten gelte und ihre Anhänger nach wie vor als Ungehorsame des heil. Stuhles anzusehen wären, blieb in der Schwebe, sowie denn die Kurie unverkennbar ihr weiteres Verhalten in der böhmischen Sache von der Entwickelung der Verhältnisse abhängig machte.

Palackys zum Teil in unlöslichem Widerspruche. Dagegen verträgt sich mit einem Nierenleiden des Königs sehr wohl sein relatives Wohlbefinden, so wie die erwähnte Art seines Hinganges. Seine Apologie s. Fontes rer. Austr. XX. 647 ff. Vergl. meinen Aufsatz in der Allg. d. Biogr. und Huber, Gesch. Österr. III. 220.

[1] Über ihn s. Fontes rer. Austr. XX. 661 ff. Rokyzana verdient wohl eine eingehende Biographie, die freilich zur Geschichte des Utraquismus von 1424—1471 werden müßte.

[2] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 145, Nr. 121, Beilage.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Auch Kaiser Friedrich fühlte sich nicht stark genug, sofort mit seinen Absichten und Wünschen hervorzutreten. Er besaß ja gewiß als Haupt des Hauses Österreich und als Lehensherr Ansprüche auf Böhmen, das erste weltliche Kurfürstentum des Reiches. Er scheute aber wie 1440 und 1457 die böhmischen Wetter. Beide Häupter der Christenheit verzichteten somit vorerst in der böhmischen Sache auf den führenden Einfluß.

Trotzdem blieb sie wie bisher im Vordergrunde der Ereignisse. Würde der Pole oder der Ungar die Nation für sich gewinnen, oder einer der Söhne des heimgegangenen Königs? Sollte die Entscheidung erfolgen nach den Vorschriften der Legitimität, entsprechend den Anforderungen der Erbmonarchie, oder würde die freie Wahl der Stände den Thron vergeben? Um so lebhafter wandte sich das Interesse in nah und fern diesen Fragen zu, als Böhmen so lange der Herd der Unruhen und Kämpfe gewesen war und hinwiederum, falls das Land zum Frieden kam, seine ansehnliche Macht für die Anliegen der Christenheit von hohem Werte sein konnte.

Böhmen schien aber das Land der Überraschungen bleiben zu wollen. Der erste, welcher als künftiger König von Böhmen genannt wurde, war keiner der Ansprecher, die früher hervorgetreten, sondern ein deutscher Fürst, des verstorbenen Podiebrad Schwiegersohn, Herzog Albrecht von Sachsen.

Wie der erste große Hussittenkrieg der böhmischen Krone ihren gesamten auswärtigen Besitz jenseits des Erzgebirges und Böhmerwalds gekostet hatte, so drohte seit 1467—1468 außer sämtlichen Nebenlanden auch ein guter Teil des deutschen Westböhmen verloren zu gehen. So suchten Eger und Elbogen, zur Absage an König Georg genötigt, an Markgraf Albrecht und an den jungen Herrn von Sachsen um so eifriger einen Rückhalt, als sie weder Bohuslaw von Schwanberg, König Matthias' Hauptmann im Westen Böhmens, noch auch der König selbst gegen ihre Feinde genügend zu schützen vermochte.[1] Ja die Schlicke dachten geradezu an die Vertauschung ihres Besitzes in Böhmen gegen Schlösser und Herrschaften in Meißen oder im Voigtlande.[2] Und Mitte März 1471 ward man darin einig. Am 30. März besetzten sächsische Scharen die Burg von Elbogen und erging an die Bürgerschaft der Stadt die Aufforderung, den Herzögen zu huldigen.[3]

[1] Vgl. Font. rer. Austr. XLII. 501, Nr. 376. Jobst v. Einsiedel im Arch. für österreichische Geschichte XXXIX. 42—43 (des Separatabdr.).

[2] Ebendort XLVI. 141—143, Nr. 117.

[3] Meldung Heinrichs von Plauen vom 29. März an König Matthias von

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wir wissen nicht, in wie weit König Georg von dem ganzen Handel wußte, oder gar ihm zustimmte. Ganz unglaublich ist dies nicht, denn ebenso hatte er 1466 das wichtige Plauen mit der Landschaft an Herzog Ernst von Sachsen gegeben. Elbogen lag bereits außerhalb seiner Machtsphäre und hier den sächsischen Albrecht, seinen Schwiegersohn, zum Pfandherrn einzusetzen, bedeutete einen Erfolg über König Matthias von Ungarn. Um so mehr geriet die Bürgerschaft von Elbogen in Aufregung, am meisten aber Heinrich von Plauen, dem die Meißener Herren so auch in Böhmen gefährliche Nachbarn werden sollten. Ging doch schon gleich die Rede, böhmische und sächsische Scharen würden seine Schlösser Petschau und Hartenstein belagern und die Egerer vor Königswart ziehen. Eilends sandte Plauen seinen Sohn mit einer Anzahl Reisigen gegen Elbogen, wo sie auch Aufnahme in die Stadt fanden (20. März). Wenige Tage darauf folgte eine zweite Schar. Zugleich wandte sich Heinrich an König Matthias mit einer Darstellung der Sachlage und der Bitte um Hilfe. Denn während neue sächsische Abteilungen über das Gebirge nach Böhmen zogen, erhob sich, kaum daß der Tod König Georgs gemeldet war, auch schon das Gerücht, Herzog Albrecht solle König von Böhmen werden.

Sprach es die Wahrheit? Was dem Herzoge als heimlichster Herzenswunsch auf der Seele brannte, was die königlichen und herzoglichen Räte sich noch nicht zuzuflüstern getrauten, das hatte hier angesichts der sächsischen Invasion in Westböhmen Volksstimme als Thatsache verkündet.

Herzog Albrechts Beziehungen zu seinem königlichen Schwiegervater, überhaupt nie ernstlich getrübt, waren namentlich in letzter Zeit wieder innig geworden. Albrecht hatte bei den Wiener Beratungen die Ausgleichung seines kaiserlichen Oheims mit König Georg betrieben, er hatte sich, um auch Papst Paul zu versöhnen, bereit erklärt, in Person nach Rom zu reiten; von ihm wurde erzählt und geglaubt, daß er Podiebrad im Sommer 1470 wenn auch nicht gegen die Ungarn so doch gegen die Schlesier eine Abteilung Reisiger zu Hilfe geschickt habe, und die zahlreichen Meißner, die man in Breslau als Kriegsgefangene einbrachte, konnten diese Annahme wohl bestätigen.[1] Jederzeit dachte man auch an die Verwandtschaft der Fürsten, wenn die sächsischen Herzöge in den letzten Jahren für den Verkehr zwischen ihren Gebieten und Böhmen

Ungarn. Font. rer. Austr. XLII. 517—518. Vgl. auch L. Schlesinger, Chronik der Stadt Elbogen 151 ff.

[1] Ermisch, Studien 97—98.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

immer wieder Erleichterungen anstrebten und gewährten oder trotz des Interdikts und aller ungarischen Mahnungen und Beschwerden Überschreitungen der gegebenen Vorschriften leicht nahmen.[1]

In Prag hatte unmittelbar nach dem Ableben des Königs unter dem Vorsitze des Herzogs Heinrich von Münsterberg, dem infolge der Abwesenheit des gefangenen Viktorin die Vertretung des königlichen Hauses und damit eine einflußreiche Rolle zufiel, eine Beratung der obersten Landesbeamten und der Bürgermeister der Hauptstadt stattgefunden. Auch die Königin-Witwe Johanna, und was an Ständen oder Städteboten sich eben in Prag befand oder sich eilig dahin begeben, wurde zugezogen.[2]

Der Geist König Georgs war in seinem Sohne nicht lebendig: Herzog Heinrich wagte weder jetzt noch später, weder für sich noch für einen seiner Brüder den Versuch, die väterliche Krone zu gewinnen.[3] Die Versammlung einigte sich, treu zusammenzustehen und in Sachen der Erhebung eines neuen Königs keinerlei Zwang zu dulden. Bis diese geschehen, sollte Herzog Heinrich oberster Hauptmann des Königreiches sein; und wurden auch alle Burggrafen und anderen Beamten in ihren Stellungen bestätigt und an ihn gewiesen; sie hatten die königlichen Schlösser noch mehr als bisher in treuer Hut zu halten. Auch die auswärtigen Vasallen der Krone wurden aufgefordert, den allgemeinen Landtag der gesamten Krone, der am 23. April zusammentreten sollte, in Person zu besuchen oder doch zum Schutze der Versammlung bewaffnete Mannschaft zu entsenden. Damit man in ganzer Anzahl und ungehindert über die Wahl eines neuen Königs beraten könnte, wollte man überdies Schritte thun, einen einstweiligen Waffenstillstand in der ganzen Krone zu erzielen.[4]

War aber zu erwarten, daß König Matthias die Wahl je freigeben werde? Der Jubel der katholischen Partei konnte „die Ketzer" belehren: „Freut euch, ihr Himmel, und jauchze, o Erde", schrieb kurz darauf der Magister Stanislaus von Leitmeritz, „denn wenn der durchlauchtigste König (Matthias), wenn die Herren Barone und Ritter und die katholischen Städte zusammenstehen, was bleibt den Ketzern übrig, als bei-

[1] Derselbe 93 ff. [2] Eschenloer, Geschichten II. 216.

[3] Freilich standen ihm und Viktorin die Bemühungen der Stiefmutter, die lieber ihren leiblichen Sohn Hinko zum Könige machen wollte, entgegen. Jedenfalls fehlte es in der königl. Familie an der nötigen Einigkeit. Vergl. Palacky V. 1, 12, Anmerkung 2.

[4] Bericht Gregor Heimburgs v. 27. März 1471. Höfler, Böhmische Studien im Arch. f. Kunde österr. Gesch.-Quellen XII. 347—348.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zugeben und sich dem katholischen Bekenntnisse zuzuwenden, oder, von der Schärfe des Schwertes getroffen, unfehlbar an den Gütern des Körpers und der Seele, zeitlich und ewig, der Vernichtung zu verfallen?“ [1]

Da traf Herzog Albrechts Erbieten in Prag ein, „allen Rat, Hilfe, Förderung und Dienst zu allen Sachen der Krone und des Königreichs“ thun zu wollen und namentlich alle Irrungen zwischen dem Lande und dem heil. Stuhle hinzulegen. Ihn hatte Gregor Heimburg dazu gemahnt, getrieben von altem Dankesgefühle für die Herzöge von Sachsen, wohl auch voll Unmutes, daß der Pole und der Ungar immer weiter in das Reich griffen. „Durch solchen Handel“, hatte er dem Herzoge geschrieben, „möget ihr Dank verdienen und euch einen Eingang machen in das Königreich und, auf welcherlei Weise das geschehe, Regierung, Verwesung ꝛc. erlangen, oder wie das Fug haben mag“[2].

Mit Freuden vernahm man in Prag das Anerbieten. Damit die Königswahl frei bleibe und man von König Matthias „nicht übereilet“ werde, wurde Herzog Albrecht dringend ersucht, „mit Heereskraft auf's stärkste zu Hilfe zu kommen“. „Und gaben ihm“, meldet der Breslauer Stadtschreiber, „guten Trost zu dem Königreiche, nur daß er helfe, daß sich Niemands mit Gewalt eindränge: so es zu einer gemeinen Kure kommen würde, wüßten sie Niemanden zu kiesen denn ihn, der ihres verstorbenen Königs Tochter hätte, und ob er denn nicht würde gekoren, gelobeten sie ihm alle Zerungen, Sold, Schäden auszurichten“.[3]

Albrecht hatte sich umsonst bemüht, die Stadt Elbogen, die er zugleich von außen und von der Burg aus bedrängte,[4] in seine Gewalt zu bringen. Als ihm Heimburgs Botschaft größere Hoffnungen erregte, gab er — 1. April — das Unternehmen auf und begann im Einvernehmen mit seinem Bruder neue umfassendere Rüstungen. Dann, auf die Einladung der böhmischen Stände hin, erhob er sich mit etwa 600 Pferden zu eiligem Zuge nach Prag.[5] Aber zugleich waren seine Werber in Meißen und Thüringen, den Lausitzen, Schlesien und in Böhmen

[1] Script. rer. Siles. XIII. 34—35, Nr. 57. Anderswo erhielten die Boten, die „Jersigks“ Tod meldeten, ein gutes Trinkgeld. S. ebendort 33, Nr. 53, Anm.

[2] L. c. Vgl. auch Heimburgs Briefe an Johann Mergenthal. Archiv XII. 346—347.

[3] Eschenloer, Geschichten II. 216—217.

[4] Das sind die zwei Heere, von denen H. von Plauen redet; auch zwang wohl die Lage der Stadt die Belagerer, sich in zwei Scharen zu scheiden. Font. rer. Austr. XLII. 517—518.

[5] Fontes rerum Austriac. XLII. 519. Eschenloer, Gesch. II. 217.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

selbst geschäftig.[1] Boten gingen an seinen Oheim Wilhelm mit der Bitte um Entschuldigung, daß er nicht erst seinen Rat eingeholt, und um kraftvolle Förderung.[2] Albrecht gab ebenso dem Legaten Laurenz Meldung und Aufklärung über sein Beginnen[3] und sandte nach Regensburg durch seinen Bruder Ernst die Mitteilung, daß er der böhmischen Dinge wegen erst später bei der Reichsversammlung erscheinen könne.[4]

In Prag, wo der Herzog am 24. April eintraf, ward ihm der freudigste Empfang. In großer Versammlung der Stände, in Gegenwart der Königin-Witwe und der Herzöge Heinrich und Hinko wiederholte Albrecht die Versicherung, getreulich dazu helfen zu wollen, „daß die Krone mit einem Haupte versehen werde, das ihr löblich, ehrlich und nützlich sei; wofür ihm grosser Dank gesagt wurde, mit schönen Worten von beiden Teilen, als dazu gehört". Mit Erfolg auch wußte Albrecht, dem natürlich Heimburg mit ganzem Eifer ratend zur Seite stand, Verbindungen mit einzelnen Ständen, namentlich den Baronen Westböhmens, anzuknüpfen.[5] Es kam so weit, daß eine Anzahl derselben sich in nächtlicher Versammlung zur Wahl des Sachsenherzogs verpflichtete und darüber eine Verschreibung gab. Als aber ungünstige Meldungen eintrafen und man sich über die weiteren Schritte nicht zu einigen vermochte, wurde die Schrift wiederrufen und verbrannt.[6] Rasch trat dann der Rückschlag ein.

Es war Albrecht weder gelungen, die Hauptmasse der Katholiken noch auch einen namhaften Teil der Utraquisten für sich zu gewinnen. Sprach für den Ungar der Fanatismus der Katholischen, so wußten andere für den Polen eine nationale Bewegung in Gang zu bringen. Man fand Zettel auf den Plätzen Prags, in denen Albrecht ein „Spieler" und Plünderer der Krone genannt und auf die alten Kämpfe zwischen Sachsen und Böhmen, die strenge Herrschaft der Fürsten seines Hauses hingewiesen war.[7] Überdies traten auch schon die Mitbewerber in Thätigkeit.

König Matthias war auf die erste Nachricht vom Tode seines

---

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 146 ff. Script. rer. Siles. XIII. 35, 36. Vgl. die Briefe des Landrentmeisters J. v. Mergenthal im Weim. Arch.

[2] Font. rer. Austr. XLII. 514—516, Nr. 384. [3] Ebendort 515.

[4] J. Reissermayer, Der große Christentag zu Regensburg, II. Regensburg 1888, 119—121.

[5] Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 15 ff.

[6] Script. rer. Siles. XIII. 34, Nr. 57. [7] Ebendort 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gegners von Ofen[1] nach Mähren geeilt. Hier war er den Dingen nahe, hier weilte der Legat und stand seine Macht am festesten. So unleidlich sich seine Lage gestaltet hatte, so sehr mußte er in dem Hingange König Georgs, von seinem menschlichen Mitempfinden abgesehen, eine Gunst des Schicksals erblicken. Die Einmischung Herzog Albrechts von Sachsen war Matthias in hohem Grade zuwider. Schon am 8. April richtete er deshalb von Znaim aus, wo er auch in der Elbogner Angelegenheit Weisungen gab, eine Abmahnung an Albrecht. Noch entschiedener trat Legat Laurenz auf, indem er ihn mit schweren Kirchenstrafen bedrohte, wenn er König Matthias bei der friedlichen Besitznahme seines böhmischen Königreiches Eintrag thue. Selbst Papst Paul ward zum Einschreiten aufgefordert.[2]

In Brünn, wo den König neben dem Legaten die vornehmsten Häupter seiner Partei umgaben, verhandelte man über die zu ergreifenden Maßnahmen. „Der päpstliche Legat, Bischof von Ferrara, und Bruder Gabriel von Verona, päpstliche Werber", erzählt Peter Eschenloer, der damals selbst mit einer Ratsbotschaft nach Mähren gekommen war, „gaben Matthiä Rate, er solle als ein Vater, als ein gnädiger Herr nach Böhmen ziehen, die Herren seines Widerteiles, auch die Städte besenden oder zu ihnen schicken und mit Gelübden und Sanftmütigkeit zu sich laden, wann Niemand wäre, der Seine Maj. dabei hindern möge noch könne. Dargegen Herr Zdenko von Sternberg und andere Herren des Reichs gaben Matthiä ihren Rat, daß er ehe besser mit aller Macht, die er aufbringen möchte, nach Böhmen und vor Prag zöge und die Stadt und Krone als ein König zu Beheimb sollte fordern; sie kenneten die Behem und besorgeten, sie möchten böse Widerwärtigkeit machen".[3]

Die Friedenssehnsucht mußte groß sein, wenn ein so kluger, energischer Mann wie König Matthias sich nach all' dem Geschehenen wirklich zu freundlicher Bewerbung von Mähren aus entschloß. Einst hatte der deutsche König Albrecht I. Böhmen in Frieden seinem Hause gewonnen, indem er als Lehensherr das Land seinem Sohne Herzog Rudolf von Österreich lieh, zugleich aber selbst mit Herzog Rudolf zur Zeit der Entscheidung mit zwei Herren im Herzen von Böhmen stand. Das unterließ König Matthias und der günstige Moment kam nie wieder.

[1] Vgl. Teleki XI. 440—441. Eschenloer, Geschichten II. 216—217.

[2] Er that dies auch, freilich sehr post festum, am 2. Juli. Müller, Reichstagstheatrum II. 320. Sonst vgl. Eschenloer, Geschichten II. 217.

[3] Geschichten der Stadt Breslau II. 217.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Übrigens hatte es vorerst wohl den Anschein, als ob die geistlichen Herrn recht gut geraten. Die freundlichen Versicherungen des Königs fanden ja überall ganz bereitwillig Gehör. „Alle kamen sie zu ihm, die er besandte, und gaben ihm süße Worte und nahmen seine Ehrungen und Gaben." Albrecht Kostka von Postupitz, der auf des Königs Ersuchen nach Prag gegangen war und dann mit Johann von Pernstein wegen eines allgemeinen Tages der Krone zu Zdenko von Sternberg nach Polna ritt, versicherte diesem wie später dem Könige selbst, alles lasse sich friedlich und glücklich an, die Söhne des verstorbenen Königs seien wohl unschwer zu gewinnen, und die Hoffnung berechtigt, daß die Zusammenkunft der Häupter beider Parteien die Einführung des Königs Matthias in das Königreich anbahnen werde.[1] Der König hatte auch mit Herzog Viktorin, der während seiner Gefangenschaft heimlich zum Katholizismus übergetreten war, bereits angeknüpft und ihn gänzlich für sich gewonnen. Es scheint Wahrheit, wenn berichtet wird, daß Viktorin schon jetzt geradezu als Werber für den König nach Böhmen gehen wollte. Wenigstens hat er zweimal — April und Anfang Mai — sicheres Geleite begehrt; die Reise wurde aber, offenbar wegen des Schwankens des Herzogs Heinrich, wieder aufgegeben.[2] Heinrich, der erst die verlangte Zusammenkunft zusagte, hatte dann für seine Sicherheit solche Forderungen erhoben, daß aus der Beredung, was er offenbar wünschte, nichts wurde. Auch an Albrecht von Sachsen wandte sich jetzt König Matthias um Förderung.[3]

Weit später kam die polnische Bewerbung in Fluß, verzögert vor allem dadurch, daß sich König Kasimir um die Zeit des Ablebens König Georgs fern von den Grenzen Böhmens in Lithauen aufhielt und erst recht spät davon Kenntnis erhielt. Nun mochte es der König freilich sehr bedauern, daß er mit den Utraquisten keinen festen Vertrag geschlossen: die Notwendigkeit, für den gebannten Girsik die Waffen zu ergreifen, war nicht länger vorhanden. Aber er hatte sich wenigstens dem letzten Boten Georgs gegenüber so bereitwillig als möglich gezeigt. Die Gesandten, die er jetzt in höchster Eile nach Böhmen abordnete, hatten die Weisung, im Namen des Königs und seines ältesten Sohnes Wladislaw zwar deren Erbrecht an die Krone zu betonen, daneben aber

[1] Schreiben Heinrichs von Aufseß am 2. Mai 1471 an die Egerer. Font. rer. Austr. XLII. 519.

[2] Script. rer. Siles. XIII. 34—35.

[3] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 150, Nr. 129. Vgl. auch Albrechts Schreiben an die Breslauer vom 30. April ebendort. 147—148, Nr. 125.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Ständen alles nur menschenmögliche zu versprechen, wenn sie Wladislaw als König annehmen oder wählen würden.[1] Sie trafen in den letzten Tagen des April in Böhmen ein,[2] und alsbald machte sich der Erfolg der polnischen Agitation bemerkbar.

Der Georgilandtag in Prag zeigte die Stände geteilt, aber die Anhänger des Polen bereits in der Mehrheit. Statt nach Polna, wo, halbwegs zwischen Deutschbrod, dem Standlager der Böhmen, und dem Hoflager des Königs Matthias in Iglau, mit den Herren beider Parteien auch der König von Ungarn und nach seinem Erfordern die Herzöge Heinrich und Hinko von Münsterberg in Person zusammentreten sollten, kamen die Utraquisten nur nach Deutschbrod. Am 30. April begannen hier die Verhandlungen.[3]

Eine Anteilnahme des Königs war so ausgeschlossen; auch die Herzöge kamen nur bis Kuttenberg. Auch sonst waren die Aussichten des Tages gering: Hofften die Herren der ungarischen Partei die andern zur freiwilligen Annahme des Königs von Ungarn zu bereden, so bestand wieder in Prag die Absicht, jene mit sich in die Hauptstadt zu führen, um einträchtig einen neuen König zu wählen; sollte dies nicht möglich sein, so wollte man „mit Glimpf allein wählen".[4]

Doch zeigten sich beide Parteien in Deutschbrod bereit, im Interesse einer friedlichen Vereinbarung ihre besonderen Wünsche vorerst zurückzustellen. Es wurde beschlossen, am 19. Mai einen „mächtigen Tag" in Kuttenberg abzuhalten, zu dem, um einen möglichst zahlreichen Besuch zu erzielen, allen Ständen des Königreiches „ein rechtes sicheres Geleite" zustehen sollte. Beide Parteien stehen vom 6. Mai, angefangen nach Sonnenuntergang, bis zum 24. Juni in einem „gänzlichen christlichen Stillstand mit einander"; wer den Frieden stört, soll von allen gestraft und zur Ruhe verwiesen werden; kommt in Kuttenberg keine endgültige Verständigung zu wege, so bleibt es jeder Partei unbenommen, den Stillstand mit achttägiger Frist zu kündigen.[5]

---

[1] Dlugosch 552. [2] Font. rer. Austr. XLVI. 147, Nr. 126, Zettel.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 147, Nr. 124.

[4] Herzog Albrecht von Sachsen am 30. April. Font. rer. Austriac. XLVI. 147, Nr. 124. Die Angabe H. Dompnigs, daß auch Albrecht ursprünglich zum Tage von Deutschbrod kommen sollte (Script. rer. Siles. XIII. 36) erscheint nach Fontes XLVI. 146, Nr. 123, irrig.

[5] Schreiben Zdenkos von Sternberg an die Egerer v. 9. Mai. Egerer Stadtarchiv. Schreiben Johanns von Rosenberg bei Palacky V. 1, 20—21. Wenn Caro, Geschichte Polens V. 1, 338 erzählt, in Deutschbrod habe man sich geeinigt, die Wahlen von 1469 als ungenügend anzusehen, das „Legitimitätenprinzip" aus dem

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Zeit bis zum Kuttenberger Landtage kam vor allem der polnischen Bewerbung zu statten. Freilich bewirkten mehr noch als die Versprechungen König Kasimirs und die Gewandtheit seiner Gesandten die Bedenken, die sich der Wahl des ungarischen Mitbewerbers entgegenstellten. Denn er allein kam, wenn auch noch andere Namen daneben gehört wurden,[1] thatsächlich in Betracht. So wie der Ernst sichtbar ward, mit dem der Ungar und der Pole ihre Ansprüche auf die Krone vertraten, schwand ja rasch die Hoffnung einiger, es würde am besten durch die Wahl eines Dritten, des Sachsenfürsten, der Streit beendet. Dafür wurde die Frage aufgeworfen, ob Albrecht im stande sein würde, Böhmen gegen den Ungar oder den Polen oder gar gegen beide Könige des Ostens zu verteidigen? Niemand mochte sie bejahen. Gegen Matthias von Ungarn sprach die gewaltige Erbitterung, die sich gegen ihn, den schlimmsten Bedränger der Utraquisten, in dem vergangenen Kampfesjahren angesammelt. Sollten sie den Corvinen, den sie mit so hartnäckiger Bemühung trotz aller Drangsal bisher abgewehrt, nun selbst zu ihrem Herrn erheben? War nicht seine Härte und Rücksichtslosigkeit gegen die Mährer und Schlesier, gegen seine Verbündeten wie seine Unterthanen hinlänglich bekannt? Was hatten erst die so lange feindlichen hussittischen Böhmen von einem solchen Herrn zu erwarten?

All dies wurde den Wählern und der Bevölkerung nicht allein durch die Polen zum Bewußtsein gebracht. Der König von Ungarn sah ja vor allem in dem Herzoge von Sachsen, dieser in jenem seinen Rivalen, den er bekämpfte.[2] Um so leichter triumphierten die Polen und gewann eine nationale Strömung das Übergewicht: weder ein Deutscher noch ein Ungar sollte König der slavischen Böhmen sein, sondern ein stammverwandter Fürst, wie er sich in Wladislaw von Polen darbot, zugleich der Nachkomme früherer Könige von Böhmen und einem Fürstenhause entstammend, dessen Macht mit der der Hussitten vereint ungleich mehr als jene des sächsischen Herzogs genügen konnte, die Ansprüche des Ungarkönigs zu nichte zu machen.

Daneben wurde Albrecht von Sachsen in seinen Bemühungen durch die Falschheit des Bürgermeisters der Hauptstadt Prag geschädigt. Er

böhmischen Staatsrechte auszuscheiden und die freie Wahl der Stände als das einzige Unterpfand eines rechtmäßigen Königtums anzusehen, so sagt er in runden Worten viel mehr, als die Quellen wissen und die Sachlage — namentlich mit Rücksicht auf die ungarische Partei — gestattet.

[1] Vgl. dazu Dlugosch 551.

[2] Fontes rer. Austr. XLVI. 148, Nr. 125; 150, Nr. 129. Scriptor. rer. Siles. XIII. 34—35, Nr. 57; 36—37, Nr. 59.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

fand über die zweideutige Haltung der einflußreichen Königin Johanna, seiner Schwiegermutter, zu klagen, während ihn seine Schwäger wenigstens nicht ernstlich unterstützten. König Matthias widerfuhr noch Schlimmeres. „Es erhob sich eine unmenschliche Verräterei aus Ungarn, eine ganz unerhörte und wunderliche, aus Anrichtung Kaiser Friedrichs. Der Erzbischof von Gran mit etlichen anderen hungarischen Bischöfen und Herren sandten ihre heimliche Botschaft gen Prag zu den Obersten und ließen den Böhmen sagen, daß sie König Matthias nicht sollten kiesen, der ein Blutvergießer und grausamer Mann wäre; sie wollten ihn hinfür auch in Ungarn nicht mehr zu einem Könige haben: des stünden ihnen bei alle Herren und das ganze Königreich zu Hungarn. Ferner gaben sie Rate den Böhmen und baten sie, daß sie sollten kiesen des Königs von Polen ältesten Sohn Wladislaum; so wollten sie in Ungarn den andern Sohn, Kasimirum, seinen Brudern, zu einem Könige aufwerfen, als sie algereits mit dem König von Polen hätten beschlossen".[1]

Wir wissen nicht, aus welcher Quelle der Breslauer Stadtschreiber diese seine Angaben schöpfte. Aber Thatsache ist, daß Kaiser Friedrich die Erhebung des schroffen und ohnehin übermächtigen Ungarkönigs in Böhmen entschieden nicht wünschte, und daß der Erzbischof von Gran und andere geistliche und weltliche Großen Ungarns, die einige Monate nachher in offener Empörung gegen König Matthias auftraten, ihm bereits jetzt feindlich gesinnt waren. Dem Kaiser und dem Polenkönig schien, heißt es, eher einer der Söhne des verstorbenen Königs als sein Nachfolger erträglich.[2]

Unter solchen Umständen war es auch vergeblich, daß sich jetzt Herzog Viktorin wirklich in Podiebrad bei seinem Bruder Heinrich als Werber des Ungarkönigs einstellte, und König und Legat ihre Bemühungen, Anhänger zu gewinnen, verdoppelten. Noch war der Kuttenberger Landtag nicht versammelt, und man verhandelte in Prag — natürlich in tiefem Geheim vor dem Herzog von Sachsen — nicht mehr über die Person des künftigen Königs, sondern nur noch über die Form,

[1] Eschenloer, Geschichten II. 217—518

[2] Mon. Hung., Acta extera II. 213: De Ungaria non he altro de novo divulgarsi, che per la morte del re de Boemia. Lo Re de Ungaria he facto piu gagliardo in voler sequir la impresa contro lo regno de Boemia, ma che lo Imperatore e lo re de Polano voglino adiutar li figloli del prefato condam re de Boemia; pero che niuno de loro voria, chel Re de Ungaria lor vicino fuse si pottente". Schreiben aus Venedig vom 22. April 1471.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in welcher der polnische Prinz erhoben und seinem Regimente und national-polnischen und dynastischen Einflüssen gegenüber die Rechte und Freiheiten des Landes gewahrt, dessen Bedürfnisse und Wünsche zur Geltung gebracht werden sollten. Eine Wahlkapitulation ward entworfen und dem nun in der Nähe, in Krakau, weilenden Könige Kasimir[1] mitgeteilt.

Die Boten kamen, von einer neuen polnischen Gesandtschaft mit weiteren Instruktionen begleitet, noch rechtzeitig nach Böhmen zurück. In Kuttenberg selbst erschienen die hussittischen Herren und Städteboten in so großer Zahl und mit solch' starker Gefolgschaft, daß sie zusammen ein respektables Heer darstellten, die Freiheit ihrer Entschließungen gesichert war. Die Führung lag in der Hand Ctibor Towatschowskys von Zinnenburg. Neben ihm hatte den größten Einfluß Wilhelm der Jüngere von Riesenberg und Rabie. Beide waren entschiedene Gegner des Ungarkönigs, der auch jetzt noch die meißnische Bewerbung allein für gefährlich erachtete. Matthias' Versuch, mit Albrecht persönlich in Deutschbrod zusammenzutreffen, war mißglückt.[2] Aber auch der Herzog von Sachsen täuschte sich in der Sachlage völlig, wenn er, in Anhoffung seiner Wahl, den hussittischen Ständen nach Kräften zu Willen war. Er hielt ihnen damit nur den Rücken frei bei ihrer Aktion für den Polen. Schon war auch die ganze Familie des verstorbenen Königs, Prinz Viktorin ausgenommen, für Wladislaw gewonnen.[3] Um aber nicht direkt gegen den Schwager auftreten zu müssen, blieb Herzog Heinrich von Kuttenberg fern.

So ungünstig hier die Verhältnisse lagen, so gelang es Zdenko von Sternberg doch, zu Beginn der Verhandlungen die Führung zu gewinnen. Einmütig wurde als die erste Aufgabe des Tages die Herstellung des Friedens im Lande bezeichnet.[4] Aber bei der Beratung darüber traten sofort die polnischen Sympathien so allseitig und unverhüllt hervor, daß auch die besten Freunde des Königs Matthias erschreckt wurden. Namentlich verlangten Ctibor und seine Freunde einen Landtagsbeschluß, dahingehend, daß die Stände durch keinerlei Ansprüche und frühere Handlungen in der freien Verleihung des böhmischen Königtums beeinträchtigt sein sollten. Das schien an sich nicht unbillig: Die

[1] So sagt Eschenloer II. 218 ausdrücklich.

[2] Script. rer. Siles. XIII 36, 37.

[3] Vergl. Herzog Heinrichs Schreiben an die Egerer, Breslauer, Schweidnitzer Font. rer. Austr. XLII. 520—521. Scriptor. rer. Siles. XIII. 38, Nr 63 und Anmerkung dazu.

[4] Brief aus Kuttenberg an den Bischof Rudolf von Breslau. Jordan, Das Königtum Georgs von Podiebrad, Beilagen 518.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auf dem Herbstlandtage 1469 geschehene Wahl des Prinzen Wladislaw wie die Olmützer Erhebung des Ungarkönigs sollten als ungeschehen angesehen werden. Aber die Sache stand da nicht so wie dort. Da der Pole die ihm auferlegten Bedingungen nicht angenommen, war ihm auch keinerlei Gelöbnis seiner Wähler geworden, war überhaupt das ganze Wahlgeschäft nicht zum Abschlusse gekommen. In Olmütz dagegen war der feierlichen Annahme der Krone seitens des Königs der Treueid der Wähler nachgefolgt und später die Huldigung der ganzen Partei hinzutreten. Es war Sternberg und den Seinen unmöglich, dem Antrage Ctibors zuzustimmen. Damit war aber der Zwiespalt schon da. Und rasch wurden auch Bedenken anderer Art laut. Von den Anhängern Albrechts von Sachsen ward bemerkt, daß dieser Fürst keine Gesandten bei dem Tage habe, weil ihm von der Absicht der Stände, sofort zur Königswahl zu schreiten, keinerlei Mitteilung geworden sei. Die Abgesandten der Prager erklärten, nicht Kuttenberg sondern Prag sei der Ort, wo die Könige Böhmens zu wählen seien, eine Wahl an anderem Orte wäre den Privilegien der Hauptstadt abträglich.

Die Meldungen, die am 22. Mai bei König Matthias in Iglau einlangten, lauteten für ihn so ungünstig, daß der König voll Zorn und Unmut unverweilt ein allgemeines Aufgebot an alle seine Anhänger in der Krone erließ.[1] Aber schließlich hatte man sich in Kuttenberg doch dahin geeinigt, vor einer endgültigen Entscheidung erst die Werbungen aller Ansprecher zu vernehmen. Auf die Kunde davon beruhigte sich Matthias in etwas und rüstete sofort seine Botschaft auf den Tag. In Kuttenberg beriet man inzwischen über die Bedürfnisse des Königreiches, namentlich die Ordnung der religiösen Angelegenheiten, die ja den Anlaß zu allen Wirnissen gegeben. „Die Mönche hauen sich redlich um die Kompaktata", sagt ein gleichzeitiger Bericht.

Am 25. Mai waren, wenn auch noch nicht die sächsischen, so doch die ungarischen Bevollmächtigten, der Bischof von Erlau und Nikolaus Czupor, Woiwode von Siebenbürgen, an ihrer Spitze, in Kuttenberg erschienen.[2] Nun begann man die Verhöre der Gesandten, zunächst der Polen. Die Prager waren mit der Versicherung beschwichtigt worden, daß die diesmalige Wahl an anderem Orte den Vorrechten der Hauptstadt keineswegs Abbruch thun sollte.

Die gewandte Rede des polnischen Machtboten, Dobesch Lubelsick, machte vor allem deshalb Eindruck, weil er, des Beifalls der Mehrheit

[1] Script. rer. Siles. XIII. 36.

[2] Mit 400 Pferden. Script. rer. Siles. XIII. 36.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sicher, in runden Worten Thatsachen behauptete und Zusagen machte, ohne sich um deren Wahrheit oder ihre einstige Erfüllung weiter zu kümmern: Die Zahlung der Landesschulden, die der lange Krieg angehäuft, die Aussöhnung der Utraquisten mit Rom, die machtvollste Unterstützung des jungen Wladislaw durch seinen Vater, den Polenkönig, ward in lockende Aussicht gestellt, die Böhmen sahen sich wegen ihrer Treue gegen den dahingeschiedenen König und ihrer sonstigen Tugenden mit volltönenden Lobsprüchen überhäuft.[1]

Der ungarische Redner, der Bischof von Erlau, hatte schon deshalb wenig Erfolg, weil er leise und mit undeutlicher Stimme sprach. Seine Darlegungen, daß allein die Annahme des Königs von Ungarn, der bereits die ganzen Nebenlande der Krone und einen guten Teil des Königreiches selbst innehabe, den Frieden und die Unverletzlichkeit des Reiches sichere, daß Matthias, der bewährte Vorkämpfer der Christenheit gegen die Türken, am ehesten in der Lage sei, für das Land zum Fürsprecher bei dem heil. Stuhle zu werden, blieben bei der mißgestimmten Mehrheit ohne Eindruck. Als dann Zdenko von Sternberg das Wort ergriff, um das Gesagte klarer und vernehmlicher zu wiederholen, unterbrach ihn Murren und Zwischenruf: Die ganze Menge schrie, sie wolle lieber den König von Polen haben. Seine Mühe war umsonst.[2]

In der Stadt herrschte feindselige Stimmung gegen Ungarn und Sachsen, Zügellosigkeit überall. Noch am Abende verließen die ungarischen Boten und die Herren ihre Partei auf die Warnung, man wolle die einen von ihnen bei der Nacht ertränken, die anderen mit dem Schwerte anfallen, Kuttenberg, nicht ohne daß es zu Kampf und Tumult kam. Die Zurückgebliebenen stritten sich den ganzen folgenden Tag herum: Die einen wollten König Kasimir den Vater, die anderen Wladislaw den Sohn wählen, eine dritte Partei den Herzog von Sachsen. Dessen Boten waren endlich auch angekommen, allerdings um zunächst nur den Wunsch ihres Herrn, die Königswahl möge in Prag stattfinden, zu überbringen. Damit abgewiesen, traten sie mit dem offenen Verlangen hervor, Albrecht als König aufzunehmen; natürlich ohne etwas auszurichten. Herzog Heinrich von Münsterberg, der jetzt gleichfalls von

[1] Jordan l. c. 518—519, wo sich auch schon eine Kritik der Rede des Polen findet. Daß übrigens Herr Lubelsick, den Palacky in so behaglicher Breite rühmt, nebenher gelegentlich ein wenig Straßenraub trieb, beweist jetzt Script. rer. Silesiac. XIII. 38, Nr. 60. Die Rede des polnischen Gesandten bei Müller, Reichstagsth. II. 440—441.

[2] Jordan l. c. 519. Scriptor. rerum Siles. XIII. 37; Eschenloer, Geschichten II. 218.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Podiebrad herübergekommen war, that bereits gegebenen Verhältnissen gegenüber erst recht nichts. Auch auf andere als die Anhänger des Ungars und Sachsen machten die Vorgänge des Tages einen ungünstigen Eindruck: Albrecht Kostka von Postupitz und Wilhelm von Pernstein, denen Burian Trczka von Lipa nachfolgte, verließen Kuttenberg. Manche blieben nur deshalb, weil sie sich beobachtet wußten.

Trotzdem so der Landtag zu einem Parteitage zusammengeschrumpft war, gingen die Häupter der polnischen Partei voran. Am Montag den 27. Mai 1471 wurde Prinz Wladislaw zum Könige von Böhmen ausgerufen. Eine Kommission, bestehend aus den vornehmsten Mitgliedern des Tages, übernahm die Aufgabe, dem Gewählten die erfreuliche Botschaft zu überbringen und die Bestätigung der vereinbarten Artikel in der zuletzt in Kuttenberg festgestellten Fassung einzuholen. Bis dahin und bis zur Ankunft und Krönung des neuen Königs wurde Herzog Heinrich als „oberster Hauptmann" des Königreichs bestätigt und ihm der Genuß der Landeseinkünfte zugestanden.[1]

Die Antwort des durch die Kuttenberger Vorgänge auf das tiefste gereizten Ungarkönigs auf Wladislaws Wahl bestand darin, daß er, nun erst recht entschlossen, die böhmische Krone zu behaupten, von Legat Laurenz die ungesäumte Bestätigung der Olmützer Wahl vom 3. Mai 1469 im Namen des Papstes forderte.[2] Gegen die Kurie richtete sich vor allem seine Erbitterung, seitdem er vernommen, es sei in Kuttenberg ein päpstliches Schreiben verlesen worden, das die Zustimmung Pauls II. zur Wahl eines polnischen Königs aussprach oder doch in Aussicht stellte.[3] Selbst Rovarella, an sich über die Wendung der Dinge nicht wenig un-

[1] Für die obige Darstellung vgl. man neben den bereits erwähnten Berichten noch, was Müller, Reichstagsth. II. 437 ff. und Katona XV. 477 ff. zusammengestellt haben. Außerdem Fontes rerum Austriac. XLII. 520—521, Nr. 388. Eschenloer, Histor. Wrat. 239. Dlugosch 552. Stari letopisové 207. Pešina, Mars Moravicus 861—862. Fabricius, Orig. Saxon. lib. 7, pag. 802. Die Korrespondenz Herzog Albrechts im Königl. Hauptstaatsarchiv zu Dresden, wovon ich einen Teil in Fontes rer. Austriac. XLVI. 146 ff. veröffentlichte, und Akten des Weimarer Archives. Endlich Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 26 und Zeitschrift des böhmischen Museums 1847, II. 186—195.

[2] Jordan l. c. 519. Eschenloer, Geschichten II. 219. Theiner, Mon. Hung. II. 420 ff.

[3] Nach dem Berichte bei Jordan 519 (Regest auch Script. rer. Siles. XIII. 38). Der Berichterstatter ist ein Geistlicher, an der Thatsache selbst schwer zu zweifeln. Vgl. übrigens Rayn. Ann. ecc. ad. ann. 1471, XIX. 227, und Script. rer. Siles. XIII. 39.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mutig, wagte nicht zu widerstehen.[1] Ebenso sprach sich der am ungarischen Hoflager anwesende kaiserliche Gesandte, wohl ohne Auftrag, dahin aus, daß der böhmische Thron dem Könige von Ungarn nach so viel Opfern gebühre.[2]

Wichtiger als die feierlichen Akte in der Hauptkirche zu Iglau, wo die päpstliche Konfirmation der Olmützer Wahl des Corvinen zum Könige von Böhmen verkündigt wurde, waren die schweren Kriegsdrohungen der Ungarn. Seine Stellung in Böhmen zu sichern, sandte Matthias sofort neue reisige Scharen nach Budweis und Pilsen. Das allgemeine Aufgebot war ohnehin bereits verkündet, noch früher in Ungarn und dessen Nebenlanden umfassende Rüstung angeordnet.[3] Als dann (am 5. Juni) die Waffenruhe vorüber war, da „huben sich die Kriege wieder an, kläglicher Mord und Brand geschah täglich, wo man nicht abdingete, auf beiden Seiten". Von den ungarischen Besatzungen, die Ulrich von Hasenburg in seine Burgen hatte aufnehmen müssen, von besetzten Schlössern und Kirchen nächst Kuttenberg und Czaslau aus wurden diese Städte,[4] dann Königgrätz, Nimburg, Kolin, ja auch das ferne Prag, dieses aber außerdem von dem oberhalb der Stadt an der Moldau gelegenen Platze Ostromeč (Scharfenschwert), den Sternberg angelegt und stark besetzt hatte, auf das schwerste geschädigt. Ein gleiches geschah den Anhängern des neuen Königs von Pilsen und Budweis aus, während wieder in Mähren die ungarischen Parteigänger durch die Herren von Tobitschau, den Tunkel von Asprunn, der sich aber bald wieder zur ungarischen Sache schlug, die Besatzungen von Göding, Neuhaus u. s. w. vielfachen Schaden erlitten. Bald traten auch die Schlesier und Lausitzer, von den Geboten des Königs vorwärts getrieben, wieder in den Kampf ein.[5]

Kaum minder unmutig als der König von Ungarn ertrug der Sachsenherzog die ihm in Kuttenberg bereitete Enttäuschung: große Mühe und hohe Kosten waren verloren, der Spott seiner Neider ihm sicher.[6] Zudem hatte Raublust und Unduldsamkeit der Böhmen auch die Seinen in Kuttenberg geschädigt, wofür sie freilich ausgiebige Ver-

[1] Daß die Ermächtigung nicht so unbedingt lautete, zeigt Rovarellas Entschuldigungsschreiben an den Papst. Müller, Reichstagsth. II. 437—438.

[2] F. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 111—112.

[3] Vergl. Scriptor. rer. Siles. XIII. 36—37.

[4] Scriptor. rer. Siles. XIII. 40, Nr. 66.

[5] Eschenloer, Geschichten II. 223. Script. rer. Siles. XIII. 39, Nr. 64.

[6] Scriptor. rer. Siles. XIII. 39, Nr. 64. „Mich deucht und andern frommen leuten, er geb vil dorumb, das er nie ken Prag wer komen, und die Prager wurden sein auch gern ledig."

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

geltung übten. Unter solchen Umständen waren die Versuche der polnischen Räte, die von Kuttenberg nach Prag herübergekommen, ihn zu beschwichtigen und mit den Thatsachen auszusöhnen, umsonst, und wenn er sich hinterher doch herbeiließ, nicht bloß noch in Böhmen zu verharren, sondern einen Vermittelungsversuch zwischen den Königen zu unternehmen, so hatte er dabei so sicher vorerst die Absicht, mit König Matthias in Beziehungen zu treten, als die Böhmen und Polen ihre Hintergedanken kaum verbargen. Es lag ihnen ungleich weniger an dem Zorn Albrechts als daran, sich auch noch ferner auf das sächsische Heer stützen zu können, falls etwa jetzt, ehe noch die polnische Hilfe da war, der Ungarkönig einen machtvollen Versuch wagen würde, die Hussitten niederzuwerfen.[1]

Die gemeinsame Erbitterung gegen die Polen und ihre Partei führte König und Herzog rasch zusammen. Die sächsischen Räte, die sich am 5. Juni in Iglau einfanden, wurden zwar von dem Legaten wegen der schlimmen Einmischung ihres Herrn in die böhmischen Dinge „etwas hart gehalten", dann aber doch von dem Könige empfangen und, nachdem eine Waffenruhe auf vier Wochen und länger in Aussicht genommen war, mit den Bedingungen, unter denen Matthias zum Frieden bereit sei, abgefertigt. Die wichtigste war, Papst und Kaiser entscheiden zu lassen, ob die Olmützer oder die Kuttenberger Wahl gültig sei; beide Parteien sollten sich dem Schiedsspruche unterwerfen.[2]

Das wiesen die Böhmen als ihrer Wahlfreiheit widersprechend ab, und damit hatten die sächsische Vermittelung und die Verhandlungen zwischen Polen und Ungarn auch schon ein Ende. Nicht aber ebenso zwischen Herzog Albrecht und König Matthias. Ungarische Räte trafen vielmehr, nachdem am 17. Juni eine neue sächsische Gesandtschaft in Iglau gewesen und der ungarische Versuch, Herzog Heinrich von Münsterberg doch noch zu gewinnen, trotz neuer persönlicher Bemühung Herzog Viktorins vergeblich geblieben, mit dem Herzoge von Sachsen in Kolin zusammen. Er hatte sich am 6. Juni mit allen den Seinen zu Prag erhoben, „zu Felde zu ziehen". In Kolin wurde am 20. Juni ein Vertrag unterzeichnet, der Albrecht und das ganze sächsische Haus zu Freunden des Ungarkönigs machte.

Alles, was zwischen den Fürsten geschehen war, ward für vergeben und vergessen erklärt; doch soll sich Herzog Albrecht nicht weiter um die

[1] Vgl. dazu Font. rer. Austr. XLVI. 152 ff. und Dlugosch 554.
[2] Fontes rerum Austr. XLVI. 159—160, Nr. 141.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

böhmische Krone bewerben.[1] Er wird vielmehr, falls König Matthias von Papst und Kaiser in Böhmen anerkannt wird, ihn auch seinerseits anerkennen und dafür all den gesammten großen Besitz, den er von der Krone Böhmen zu Lehen hat, von König Matthias geliehen erhalten. Der Herzog wird seinen Bruder Ernst bestimmen, den König in die kurfürstliche Einung aufnehmen zu lassen, sobald er als Herrscher von Böhmen anerkannt ist. Er will auch Herrn Matthias Schlick bewegen, sich dem König von Ungarn wieder zu unterwerfen, wogegen Schlick alles bleibt, was er von der Krone Böhmen inne hat.

Eine Woche später finden wir Herzog Albrecht bereits in Dresden, nicht ohne daß sein Heimzug durch mancherlei Gewaltthat gestört worden wäre, was die auf beiden Seiten vorhandene Verstimmung noch vermehrte. Um die Rückerstattung der Kosten mühte er sich dann lange Zeit vergebens.[2]

Es ist nicht zu verwundern, wenn der üble Ausgang der sächsischen Thronbewerbung auf das Geschick ihres ersten Urhebers, Gregor Heimburgs, zurückwirkte. Heimburg, ohnehin längst wegen der Mißerfolge seiner Politik und noch mehr seit 1470 infolge der Anbahnung neuer Beziehungen zu dem Kaiser in den Hintergrund gedrängt, war mit dem Tode König Georgs ohne festen Halt im Lande. Er hatte sich jetzt offenbar zu weit vorgewagt. Seine maßlose Heftigkeit, die auch die Fülle der Jahre nicht gemildert hatte, und seine alte Abneigung gegen die Polen hatten ihn zu Äußerungen fortgerissen, die weitere Thätigkeit, ja selbst sein Verweilen in Prag ausschlossen. Aber die Gegner duldeten nicht einmal seinen Aufenthalt auf dem Landgute, das ihm König Georg geschenkt. Unter der Zusage einer Entschädigung wurde Gregor zwangsweise nach Dresden gebracht. Obwohl man ihm hier verpflichtet war, blieb er doch ohne ferneren Einfluß, da die Herzöge wegen des mit den schwersten kirchlichen Zensuren Behafteten unangenehme Weiterungen mit Rom besorgten. Um so eifriger betrieb man Heimburgs Lossprechung.[3]

[1] Daß Herzog Viktorin bereits Mitte Mai zum ersten Male bei seinem Bruder Heinrich in Podiebrad weilte, zeigen Briefe Herzog Heinrichs und Herzog Albrechts von Sachsen vom 21. Mai. Dresd. Archiv, Böhm. Sach. VI. fol. 29, 30.

[2] Albrecht hatte noch nach Wladislaws Wahl böhmische Herren zu Dienern angenommen. Font. rer. Austriac. XLVI. 154, Nr. 137 und Anm. 1.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 160, Nr. 143. Scriptor. rer. Siles. XIII. 40, Nr. 66. Staří letopisové 207, 497. Müller, Reichstagstheatrum II. 443—445. Eschenloer, Gesch. II. 219. Dlugosch 554. Pešina, Mars Moravicus 862.

[4] Man vgl. dazu ein Schreiben Herzog Albrechts an seinen Bruder v. 11. Aug. 1471 im Dresdn. Arch., Böhm. Sach. IV. fol. 77. Regest in F. r. Austr. XLVI. 164—165, Nr. 150. Ein Bruchst. bei Joachimsohn, Greg. Heimburg 286, Anm. 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Heimburg starb schon 1472. Die rasche Flucht der Ereignisse, vielfache Wechselgeschicke und neues Kampfgetöse tilgten in Böhmen bald die Erinnerung an den deutschen Diplomaten, der König Georg in den Tagen der schwersten Stürme ein wenn auch nicht glücklicher, so doch unwandelbar treuer und unerschrockener Genosse geworden war.

Mitte Juni war die böhmische Gesandtschaft in Krakau erschienen, vom König und Hof auf das freundlichste empfangen. Je mehr Kasimir IV. bisher gezögert hatte, desto mehr beeilte er sich nun, die vom Landtage vorgelegten Krönungsartikel gutzuheißen. Darauf erst kam das Wahlgeschäft zum Abschlusse. Am 16. Juni wurde in glanzvoller Versammlung des polnischen Klerus, der Starosten und Kronbeamten die Annahme der Wahl seitens des Prinzen Wladislaw feierlich verkündet und sein Revers an die böhmischen Städte verlesen. Darin gelobte der Erwählte, daß seine in Kuttenberg erfolgte Erhebung den Rechten der Stadt Prag nicht abträglich sein sollte, daß er die Rechte, Freiheiten, Privilegien und löblichen Gewohnheiten des Königreiches Böhmen und namentlich die einst zwischen dem Basler Konzil und den Ländern Böhmen und Mähren vereinbarten Punkte hinsichtlich des kirchlichen Friedens gleich seinen Vorfahren bestätigen und dafür sorgen werde, daß sie auch der heil. Stuhl bestätige und das Erzbistum Prag wieder aufgerichtet werde. Der neue Erzbischof soll in Böhmen und Mähren Geistliche und Weltliche bei den Kompaktaten halten und schützen. Der neue König will ferner die Lossprechung des dahingeschiedenen Königs und seiner Anhänger von den über sie verhängten Kirchenstrafen bewirken. Er wird den Karlstein und die dort hinterlegten Landesprivilegien ohne den Rat und die Zustimmung der Barone, Ritter und Städte des Königreiches niemandem anvertrauen. In weiteren Punkten erscheint der König verpflichtet, jede Entfremdung von Krongebiet, jede Verschlechterung der Münze zu meiden, die Königin-Witwe in ihrem Withumsgut und ihren sonstigen Rechten zu schirmen, den Söhnen weiland König Georgs ihre Besitzungen, auch was sie im Landesinteresse geborgt, verkauft und verpfändet haben, zu belassen und wieder zu erstatten, Herzog Albrecht für die Kosten seiner Heerfahrt nach Böhmen zu entschädigen, sich für die Brüder Vitzthum bei den sächsischen Herzögen zu verwenden u. s. w.[1]

[1] Das latein. Original habe ich jetzt nach einer Kopie des Vatic. Geh. Archivs in den Font. rer. Austr. XLVI. 156—159, Nr. 140 publiziert. Eine böhmische Übersetzung im Archiv český IV. 451—455, ein deutscher Auszug bei Eschenloer, Gesch. II. 219—221.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Besetzung der obersten Landesämter, die der neue König unverweilt vornahm, gab ihm Gelegenheit, getreue Anhänger zu belohnen und auch die Häupter der sächsischen Partei an sich zu knüpfen. So ward Ctibor von Tobitschau und Zinnenburg, der vertraute Freund des verstorbenen Königs und Gönner des aufstrebenden böhmischen Brüdertums, für die bewiesene Ergebenheit oberster Kanzler des Königreiches, da sich der legitime Inhaber dieses Amtes, der Propst von Wyschehrad, Johannes von Rabenstein, nach wie vor zur Partei des Ungarkönigs hielt. Benedikt von Weitmühl, den sächsischen Herzögen seit Jahren vertraut, tauschte das Amt eines Unterburggrafen von Karlstein mit dem eines Münzmeisters zu Kuttenberg um.[1] Für die Würde eines Erzbischofs von Prag aber war ein polnischer Prälat, kein anderer als der bekannte Geschichtsschreiber Polens, Johannes Dlugosch, Domherr zu Krakau, in Aussicht genommen.[2]

Daneben herrschte am Hofe König Kasimirs militärisch und diplomatisch rege Thätigkeit. Galt es ja nicht bloß den Sohn in entsprechendem Aufzuge in Böhmen einzuführen, sondern auch der von den Ungarn drohenden Gefahr zu begegnen, in Böhmen, Schlesien und sonst den Kampf gegen König Matthias aufzunehmen.[3]

Die unerwarteten und in rascher Folge sich drängenden politischen Vorgänge in Böhmen konnten nicht umhin, auch bedeutsamen Einfluß zu üben auf den Gang der deutschen Dinge, wie denn seit Jahren Böhmen dafür und vor allem für das Vorgehen des Kaisers mitbestimmend geworden war. So lange die böhmische Thronfolgefrage ungelöst war, konnte Kaiser Friedrich nicht daran denken, zum Regensburger Reichstage zu reiten, obwohl der Tag bereits auf den 24. April angesetzt war.[4] Nicht nur, weil es für ihn doch eine Sache hohen Interesses blieb, ob sein Neffe Albrecht von Sachsen, ob der befreundete Pole oder der gefährliche ungarische Nachbar die böhmische Krone aus der Hand der Hussiten erlangte. Auch für die Ruhe der Erblande

[1] Eschenloer, Histor. Wrat. 160. Dlugosch 556. Die Würdenträger auf ungarischer Seite nennt Font. rer. Austr. LXII. 459, Nr, 346.

[2] Eschenloer, Gesch. II. 222. Über die Bedeutung der Schriften Dlugoschs s. jetzt A. Semkowicz, Kriticzny rozbiór dziejów Dlugosza. Krakau (Abh. der Akad. der Wissensch.) 1887.

[3] Vgl. Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 40, 43—44. Caro, Geschichte Polens V. 1, 348.

[4] Das Ausschreiben vom 22. Dez. registriert Chmel, Reg. II. 600, Nr. 6177, mit dem interessanten Verzeichnisse der zum Tage Geladenen. Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorresp. II. 260, Nr. 424. Mon. Hung., Acta extera II. 211.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

war seine Anwesenheit in jenen Tagen durchaus notwendig. Denn auch jetzt fehlte es hier nicht an Zündstoff, der, von außen genährt, wieder zur gefährlichen Flamme werden konnte. Und sogar die Persönlichkeiten waren zum Teile dieselben. Des Kaisers Bemühungen, den Freiherrn Andreas von Baumkircher durch gütliche Verhandlung zur Aufgebung seiner Korneuburger Pfandschaft zu bewegen und sich damit des gewaltthätigen Unterthans überhaupt zu entledigen, waren nicht erfolgreich. In etwas eigentümlicher Weise schuf dann Friedrich ein Ende, indem er am 28. September 1470 Baumkirchers Verschreibungen auf Stadt, Schloß und Herrschaft Korneuburg für nichtig erklärte, da sie der Inhaber „gegen Bezahlung der 6000 Gulden, wofür sie ihm verpfändet seien, abtreten werde".[1] Das Geldgeschäft war also erst noch in Ordnung zu bringen, so wenig die zur Abfertigung der Söldner zugesagten Summen zur Gänze bezahlt waren.

Bis dahin aber verweigerte Baumkircher durchaus die Rückgabe der Pfandherrschaft.

Wie im Dezember[2] 1470, so beriet im Januar 1471[3] die steierische Landschaft ohne Erfolg über die Mittel, die zur Befriedigung Baumkirchers auferlegten 14000 Gulden aufzubringen. Notgedrungen verfügte dann der Kaiser, wie es scheint, für sich die Zahlung des Geldes, indem er von den einzelnen Ständen bestimmte Beiträge forderte.[4] Zu gleicher Zeit erfahren wir aber auch schon von Rüstungen der Österreicher, die auf Befehl des Kaisers gegen Korneuburg ziehen und „die Besetzung der Donau und die unerlaubten Aufschläge abthun" sollten. Aber auch die Verhandlungen mit Baumkircher dauerten ununterbrochen fort, namentlich über dessen Begehren, der Kaiser möge seinem Eidam, Hans von Stubenberg, die abgenommenen Schlösser wiedergeben.

Es war damals eine eigentümliche Bewegung im Adel. Von den Vorgängen in Böhmen abgesehen, standen auch die Herzöge von Oberbayern infolge eines Adelsaufstandes in nicht geringer Bedrängnis, da sich mit Hans von Degenberg, der mit den Herzögen in Fehde geraten war, nicht bloß Sippen und Freunde im Herzogtum, sondern auch eine Anzahl streitbarer Herren und Ritter des benachbarten Böhmen

[1] Krones, Beitr. zur Kunde steiermärk. Geschichtsquellen II. 97—98, Nr. 139. Zur Geschichte der Steiermark ꝛc. 68, Nr. 47.

[2] Krones, Zur Geschichte u. s. w. 68, Nr. 49. [3] Ebendort 68, Nr. 48.

[4] Ebendort 69, Nr. 50. Am 15. März berief der Propst von Sekkau den Klerus seines Archidiakonats nach Knittelfeld wegen Verteilung des ihm auferlegten Beitrages.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und österreichische und salzburgische Edle verbündet hatten, eine Macht, stark genug, die bayerischen Fürsten zu mahnen, „ihr Gejaid und Kurzweil dieser Zeit zu lassen" und „ihre Schlösser, Städte und anderes zur Wehre zuzurichten".[1] Die Herzöge trafen denn auch umfassende Gegenmaßregeln, so daß sie der inneren Bewegung bald Herr wurden und sogar wieder den Argwohn des Markgrafen erregten.[2] Mußte solches Beispiel aus der Nachbarschaft nicht in den österreichischen Gebieten auf das schlimmste nachwirken? Und gab es denn nicht auch wieder Fehde mit dem von Ellerbach jenseits der ungarischen Grenze, auf den Einfluß zu haben der Baumkircher selbst gelegentlich sich rühmte? Bei dem Kaiser lief wirklich „glaublich schriftlich und mündliche Warnung" ein, „daß durch den Baumkircher und andere Seine kais. Majestät und die Seinen hie (zu Graz) zu überfallen und zu ermorden unterstanden sei", anderer Anklagen und Gerüchte nicht zu gedenken.[3] Friedrich kam daher zu dem Entschlusse, noch ehe er ins Reich ziehe, mit Baumkircher und seinen Genossen ein Ende zu machen, so oder so.

Im April 1471 finden wir den Freiherrn bei dem Kaiser in Graz, nicht allein, sondern mit seinem Schwiegersohn Hans von Stubenberg, den Brüdern von Naring, Jakob Schreiber und andern Mitgliedern des Bundes. Denn nicht bloß um eine endgültige Ausgleichung mit Baumkircher, sondern wohl auch um die Durchführung des Rechtsprozesses gegen den Geheimbund, den der Kaiser mit so scharfer Ahndung bedroht und nun in seinen letzten Ausläufern beseitigt wissen wollte, handelte es sich. Die Genannten waren nach Graz berufen, „allda die kaiserlich Majestät vor ihren Rechten etliche Wochen tagleist".[4] Doch scheint es nicht, daß es zur regelrechten Verhandlung eines Rechtshandels kam.[5] Aber auch in der Korneuburger Pfandsache und[6] betreffs

[1] Vgl. Font. rer. Austr. XX. 659—630, Nr. 521; auch 625—626, Nr. 515. Am Kampfe waren sehr mächtige Herren der Podiebrad'schen Partei (Z. B. Rosental) beteiligt. Vgl. Archiv český VIII. 7, Nr. 385, 386.

[2] Riezler, Geschichte Baierns III. 442—443, 471 ff., bringt jetzt darüber sehr genaue und interessante Mitteilungen.

[3] Zeitgenössischer Bericht über Baumkirchers Hinrichtung, mitget. v. P. Joachimsohn, mit einer Schlußbemerkung von F. v. Krones, Beitr. zur Kunde steiermärk. Geschichtsquellen 23 (Graz 1891) 5. Vgl. Melker Annalen, Mon. German. XI. (Scr. IX.) 522: „cesarem Fridericum capere nititur".

[4] Wilwolts von Schaumburg Denkwürdigkeiten 10—11.

[5] Doch ist wohl zu beachten, daß wir, so viele Berichte auch vorliegen, nirgends Angaben von eigentlich offizieller Seite über den Hergang besitzen. Dies galt auch von dem Berichte bei Joachimsohn.

[6] So sagt ausdrücklich die Urkundensammlung von Birk, Archiv für Kunde

der Stubenbergischen Schlösser[1] ließ sich mit Baumkircher keine Verständigung erreichen. Da beschloß der Kaiser, sich als Landesherr mit Gewalt Ruhe zu verschaffen.

Auf seinen Wunsch lud Baumkircher Herrn Andreas von Greisseneck, einst ein hervorragendes Mitglied des Bundes und nun ständischer Einnehmer der zur Bezahlung der Söldner aufgelegten Steuer, von Voitsberg nach Graz. Als Greissenecker am 23. April erschien, wurden er und Baumkircher und sämtliche Bundesglieder, die anwesend waren, von dem kaiserlichen Marschall in Haft genommen und die beiden ersteren noch am selben Abend dem Stadtrichter überwiesen, der sie ohne weiteres Verhör enthaupten ließ. Die übrigen behielt man in sicherem Gewahrsam. Sie erlangten zum Teil erst spät und nur gegen bedeutende Zugeständnisse[2] die Freiheit und kaiserliche Gnade zurück.

In wie weit der Kaiser zu solcher Maßregel formell berechtigt war, läßt sich nicht feststellen; materiell war er es unstreitig. So sicher sich in jenen Tagen anderswo und selbst in Österreich zu Zeiten Unterthanen gleiches und noch schlimmeres als Baumkircher und Greissenecker gegen den Landesherrn erlaubten und dabei ungestraft davonkamen oder sogar Zugeständnisse ertrotzten, so häufig sind, von dem barbarischen Kriegsrechte ganz abgesehen, die Fälle, daß selbst weit geringere Vergehen mit dem Tode geahndet wurden. Der Verrat, den 1467 Baumkircher mit der Übergabe des österreichischen Korneuburg an den böhmischen Heerführer Herzog Viktorin, des Kaisers abgesagten Feind, plante, der Versuch Greissenecks, als Bote des Bundes 1468 auch die Stände von Tirol und Herzog Sigmund selbst zum Vorgehen gegen den Kaiser,[3] dem er auch noch als Erzkämmerer von Kärnthen besonders verpflichtet war,[4] zu bestimmen, genügen an sich vollauf, ein Einschreiten gegen sie zu erklären. Über das Amnestiemandat setzte sich der Kaiser wohl zufolge der Meldungen von neuen Umtrieben hinweg. Thatsächlich ist

österr. Geschichtsquellen X. 102. Vgl. Krones, Zur Geschichte u. s. w. 69, Nr. 51, auch M. Pangerl, St. Lambrechter Totenbuch, Fontes rerum Austriac. XXIX. 99—100. Betreffs der früheren Beziehungen Greissenecks zum Kaiser siehe man Birk, Urkunden-Auszüge X. 121, Nr. 907, 909, 910.

[1] Joachimsohn l. c. 6.

[2] Für die bezügliche Meldung bei W. Lazius, De gentium aliquot migrationibus, Basl. Ausg., 242 sprechen die Verhältnisse durchaus. Vgl. übrigens auch Pratobevera, Regesten Stubenbergischer Urkk., Notizenblatt des Archives für österr. Gesch. 1859, 383 ff.

[3] Vgl. Diplom. Habsb. in Font. rer. Austr. II. Abteil. II. 150.

[4] Deswegen erging gegen ihn noch ein besonderes Urteil. Vgl. Chmel, Regesten II. 617, Nr. 6549. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1552.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ihm von den Zeitgenossen weder jetzt noch hinterher, auch nicht einmal von seinen Gegnern wegen der Hinrichtung des Andreas Baumkircher ein Vorwurf gemacht worden.[1]

Bei uns Spätgeborenen verbindet sich mit der Mißbilligung jeder Gewaltthat die menschliche Anteilnahme an dem traurigen Ausgange eines bedeutenden Mannes, der sich einst durch glänzende Kriegsthaten und Beweise hingebender Treue für seinen kaiserlichen Herrn freudige Bewunderung weithin erworben hatte.[2]

„Durch solche Geschicht", schließt der Augsburger Stadtschreiber seine Meldung an einen geistlichen Fürsten, „ist die kaiserlich Majestät an dem Zuge auf den fürgenommenen Tage gen Regensburg verhindert worden; doch hoffen wir alle, sein k. M. werde sich kürzlichen hie erheben." Diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Vielmehr sprach der Kaiser eben jetzt die Erstreckung des Reichstages bis zum 24. Juni aus.[3] In Deutschland wie in Italien wurde verbreitet, der Kaiser werde zwar keineswegs vom Tage fernbleiben, aber sein Kommen werde „langsam beschehen", jedenfalls nicht vor der Rückkunft der polnischen Gesandten aus Rom.[4] In der That war es die Entwickelung der Dinge in Böhmen, die sich damals noch nicht überblicken ließen, die Sorge vor einem neuen Türkeneinfalle in die Südostlande, die Kriegsrüstung, in die sich dort der König von Ungarn, hier die bayerischen Herzöge warfen, was den Kaiser noch in den Erblanden zurückhielt.[5] Auch war ja zu

[1] Mon. Hung., Acta extera II. 216 sagt ein italienischer Orator: „Ne si trova, che poy lo imperatore haby facto acto si magnanimo ne de tanta importanza"...

[2] Zu den Berichten Wilwolts von Schaumburg und Unrests 569 tritt nun jetzt noch der erwähnte Heinrich Erlbachs, Stadtschreibers von Augsburg, bei Joachimsohn l. c. Auch Erlbach weiß kaum mehr als den äußeren Hergang zu berichten, bietet aber darin neues und wertvolles. Man vgl. ferner neben Dlugosch und Bonfin noch Campanus, Epistolae bei Freher-Struve II. 295, Nr. VI. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 261, Nr. 428 und Mon. Hung., Acta extera II. 216. Über Baumkircher überhaupt: F. Krones, Andreas Baumkircher, Mitteil. des hist. Vereins für Steiermark, Heft 17, Graz 1869. Derselbe: Zeugenverhör über Baumkirchers Thatenleben und Ende. Zeitschr. für die österr. Gymn. 1871, 513 ff. Derselbe: Beitäge zur Gesch. der Steiermark 1463—1471, l. c. 29 ff. Endlich die Notiz Birks in der Vorrede zu den Urkunden-Auszügen im Archiv für Kunde österreich. Gesch.-Quellen X. (1853), S. VI.

[3] Schon am 27. April schrieben dies die Boten von Frankfurt nach Hause. Janssen, l. c. 260—261, Nr. 427, 428.

[4] Ebendort und Mon. Hung., Acta extera II. 211, 214.

[5] Betreffs seiner Erwägungen und Stimmungen in jenen Wachen vergl. man Acta extera II. 209, 211, 212, 213, 214, 216.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

besorgen, daß die Familie und die Genossen der Getödteten und in Haft Gebrachten auch ihrerseits zu Mitteln der Gewalt griffen, um jene zu rächen und diese zu befreien, und galt es, erst das wichtige Kornenburg in Besitz zu nehmen und die unleidliche Auflage, die dort auf den Donauweg gelegt war, zu beseitigen.

Endlich, Ende Mai, war das nötigste gethan und der Kaiser erhob sich zum Zuge ins Reich. Schon drohte sein Zögern, wie immer neue Meldungen besagten, den Besuch des Reichstags zu gefährden und zogen einzelne Besucher, nachdem sie wochenlang in Regensburg geharrt, wieder heimwärts.[1] Aber erst, als sich, Mitte Juni, die Sachlage in Böhmen völlig geklärt hatte und von Ungarn her jede Gefahr beseitigt schien, als die gefürchteten türkischen Raubscharen ausblieben, verließ der Kaiser Oberösterreich und Salzburg, wo er noch zuletzt bei Erzbischof Bernhard verweilt und ritt auf Regensburg.[2]

Fürsten und Herren, Fürstenräte und Städteboten, dazu eine ungeheure Volksmenge strömte Kaiser Friedrich entgegen, als er sich am 16. Juni — es war ein Sonntagsnachmittag — den Thoren der alten Bischofsstadt näherte.[3] Unter großer Feierlichkeit und Gepränge aller Art hielt er seinen Einzug, von Hoch und Niedrig mit ungeheuchelten Beweisen der Freude und Ehrerbietung begrüßt. Es war eine Schaustellung der Macht und Größe des Reiches, der Einigkeit zwischen dem Herrscher und dem glänzenden Kreise seiner Fürsten und Stände, wie man seit Menschengedenken in Deutschland nicht gesehen und erlebt hatte. Sie verfehlte nicht, auf die anwesenden fremden Besucher des Tages einen mächtigen Eindruck zu machen.[4]

[1] Vgl. Janssen, F. R. II. 261, Nr. 430. Campanus bei Freher l. c. 293, Nr. III. Dieses Schreiben ist etwa vom 15. Mai.

[2] Am 25. Mai sandte der Kaiser den Marschall von Pappenheim, den Grafen Haug von Montfort und den Reichsfiskal Hans Keller nach Regensburg voraus, seinen Aufbruch zum Tage und sein sicheres Kommen zu verkünden. Am 6. Juni ist er bereits in Steyer in Oberösterreich. Uber das Itinerar vgl. Chmel, Reg. II. 605, Nr. 6217; auch Janssen, F. R. II. 263, Nr. 431.

[3] Ein Teil der Reichsstädter ritt dem Kaiser bis nach Passau entgegen, das er aber nicht berührte.

[4] Campanus bei Freher II. 295, Nr. VII.: Perscripseram tibi de adventu Caesaris et apparatu eorum, qui Caesarem sequebantur et quae spes esset proposita nobis de amplissimo conventu et quantum nec aetas nostra vidit nec grandissimi natu Germanorum recordantur. Jener Brief ist leider verloren. Vgl. auch Card. Papiens. Epist. CCCLXXV (bei Freher irrig CCCLXV) 718—721.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Fünfzehntes Kapitel.

Der große Christentag in Regensburg und seine Fortsetzung in Nürnberg. (Juni—September 1471).

Seitdem Kaiser Friedrich einstmals in Nürnberg (1444) vergebens versucht hatte, die Reichsversammlung für eine Kraftanstrengung im Interesse des Reiches und seines Hauses zu bewegen und die Fürsten für seine Kirchenpolitik zu gewinnen,[1] waren volle 27 Jahre dahingegangen. Der Kaiser hatte während dieser ganzen Zeit keinen der zahlreichen Tage des Reiches besucht und die Westgrenzen der Erblande nicht wieder überschritten. Damals eben war Friedrich das Wesen der deutschen Ständeversammlungen klar geworden und sein Entschluß gereift, nicht sobald wieder sein königliches Ansehen an die so schwer lösliche Aufgabe zu wagen, die Reichsstände zu ersprießlichem Schaffen für das Gemeinwohl zu vereinigen.

Wenn daher der Kaiser jetzt nach Regensburg kam, um in Person mit seinen Fürsten und Ständen zu tagen, so liegt darin ein Beweis, daß er bedeutsame, hohe Ziele im Auge hatte, für die er kein Opfer — so sah er es an — scheuen durfte. Und so war es auch in der That. Die verheerende Türkenflut, die nun bereits bis in die Erblande hineinwogte, das Verlangen, mit einem weiteren Kreise mächtiger Reichsstände engere persönliche Fühlung zu gewinnen, führten ihn ins Reich. Es galt, mit den Fürsten vereint gegen jene endlich einen mächtigen Damm aufzuführen, aber auch der Begehrlichkeit übermächtiger Nachbarn im Osten und Westen Widerstand zu leisten, der Eigenmächtigkeit unbotmäßiger Reichsstände im innern Deutschlands Schranken zu setzen. Mit zäher Konsequenz und überlegener Klugheit suchte Friedrich nach allen diesen Richtungen zu erreichen, was nur immer möglich war.

Mit Kaiser Friedrichs Persönlichkeit, Politik und Autorität stand es damals doch vielfach anders, als von vielen geglaubt wurde. Hätten sie Recht, so läge schon in dem Gedanken an solche Ziele thörichtes Verkennen der Verhältnisse und eitle Selbstüberschätzung des Kaisers. Sie irren aber. Gerade die Berichte von Fremden, die für sich so wenig Ursache hatten, Friedrich und die deutschen Verhältnisse mit Lobsprüchen zu erheben, welche nie das Behagen missen wollten, die ihrem

[1] Man s. meine Schrift, die deutschen Könige und die kurfürstliche Neutralität 1438—1447, Archiv für österr. Gesch. 75.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

scharfen Auge unverborgenen Makel ans Licht zu ziehen, bezeugen, daß die Gesinnungen, welche sich beim kaiserlichen Einzuge in Regensburg geoffenbart, nicht der flüchtigen Erregung des Augenblickes allein entstammten. „Groß ist das Ansehen des Kaisers", schreibt der kluge Campanus, Bischof von Interammä und Begleiter des Kardinallegaten beim Reichstage, Franz von Siena, „in diesem von Parteien zerrissenen Lande, aber groß freilich in dem Sinne, daß es weiten Schatten wirft und keinen entsprechenden Körperinhalt hat".[1] Und daneben: „Alles liegt an dem Kaiser, und kommt er nicht (nach Regensburg), so wird man die Arbeit umsonst thun. Alle Fürsten blicken auf ihn und alle werden sie zusammenkommen, sowie er da sein wird. Ich sage es Dir noch meiner Überzeugung: Alles kann sich zum Heile der Christenheit erreichen lassen, wenn er will; nichts, falls er dahinten bleiben wird".[2] Ähnliche Anerkennung ward aber oft auch Land und Volk. „Es ist Deutschland", meldet ein anderer Begleiter des Legaten, der bekannte Agostino Patrizzi, nach Hause, „weit mehr, als unsere Landsleute glauben mögen, ein herrliches und schönes Land, lange nicht mehr ähnlich jenem alten Deutschland, dessen Bild Cäsar, Strabo, Tacitus und andere hinsichtlich Lage, Gaben der Natur und Sitten der Bevölkerung entworfen haben. Unter seinen Städten giebt es welche, die an Menge der Bevölkerung, Schönheit der Häuser, Pracht der Kirchen und Glanz bürgerlichen Wesens unsern italienischen nicht weit nachstehen, ja sie manchmal noch übertreffen".[3]

Man darf dabei freilich die Übertreibungen italienischer Humanistenbriefe in jenen Tagen nicht vergessen, ebensowenig ihre Art, auf flüchtige Einsicht hin zu urteilen, ihre Eitelkeit, das Erlebte und Erfahrene dem fernen Genossen und Leser als möglichst interessant und bedeutend zu zeichnen. Bald genug erwachte inmitten des öden Streites der deutschen Stände und der dürftigen Lebensführung in der Donaustadt in der Familie des Kardinals die Sehnsucht nach dem herrlichen Italien und den Annehmlichkeiten seines geselligen Verkehrs. Auch die Urteile über den Kaiser lauten bald vielfach anders: seine Pedanterie war allen neu, seine kühle Haltung Dingen gegenüber, die sie auf das höchste erregten, unverständlich, seine Langsamkeit entsetzlich. Nun war auch

[1] Schreiben an Jacobo degli Amanati, Kardinal von Pavia, aus Regensburg, bei Freher l. c. 293, Nr. V.

[2] Ebend. Nr. IV. Vgl. auch Gregor Heimburg bei Hoefler, Kais. Buch 219.

[3] De Comitiis imperii sub Friderico III. imp. apud Ratisbonam celebratis anno MCCCCLXXI bei Freher-Struve II. 288.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Campanus geneigt, die Richtigkeit eines Wortes zuzugeben, das der Kardinal von Pavia vor ihrer Abreise gesprochen: Der Kaiser sei ein Mann, dessen versteckte Pläne schwer zu ergründen seien; er sei stets bedacht auf seinen eigenen Vorteil und nicht auf das allgemeine Wohl; von ihm sei nichts zu erwarten.[1] Aber war ersteres unter den gegebenen Verhältnissen nicht vielmehr ein Vorzug der kaiserlichen Politik? Und wo hat es damals und je an den fürstlichen Höfen dort, wo die eigenen Mittel den Einsatz bildeten, an Eigennutz gefehlt?

Zur Zeit der Ankunft des Kaisers hatten die Herzöge von Mecklenburg und der Herzog von Sachsen-Lauenburg Regensburg bereits wieder verlassen.[2] Doch war der Tag auch so außerordentlich zahlreich besucht. Die Kurfürsten von Mainz, Trier und Brandenburg, die Herzöge Sigmund von Österreich, Ludwig, Albrecht und Otto von Bayern, zwei Markgrafen von Baden, die Bischöfe von Würzburg, Eichstädt, Speier begrüßten neben Grafen, Herren und Rittern und mehreren Städteboten den Kaiser bereits beim Einreiten. Andern Tages kamen der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Passau, Augsburg, Basel, Trient und Chiemsee, welche alle des Kaisers in Passau geharrt hatten und sich, da er eine andere Straße zog, verspäteten. Zahlreiche und mächtige Reichsstände wurden noch erwartet.[3] Unter den fremden Botschaften — die Vollmacht des Königs von Dänemark trug sein Vetter, Kurfürst Albrecht von Brandenburg, und die Könige von Ungarn und Neapel hatten noch nicht geschickt —, den Boten von Burgund, Savoyen, Mailand, Venedig, Mantua, der Eidgenossen ragte naturgemäß der Gesandte des heil. Vaters, der Kardinal Franz Piccolomini, hervor, den sein Eifer für die gemeinsame Sache der Christenheit, die Erinnerung an seinen Oheim, Papst Pius II., „den deutschen Kardinal", und seine Kenntnis der deutschen Sprache für diese Sendung empfohlen hatte.[4] Aber so sehr die wachsende Türkengefahr den Papst und die

[1] Freher-Struve II. 298. Nr. XIII..

[2] Janssen, F. R. II. 261, Nr. 430. Es sei nur nebenbei angemerkt, daß der Kaiser durch Bayern mit Geleite zog. Vgl. Würzb. Reichstagsakten (Tagebuch der Würzburger Gesandten), fol. 3.

[3] Ein vollständiges Verzeichnis der allmählich in Regensburg sich einfindenden Reichsstände bietet Mone, Quellensammlung zur bad. Landesgesch. I. 506 ff., ferner die Würzburger Reichstagsakten I. fol. 113—114. Von Reichsstädten waren diesmal neben jenen aus dem Süden, Westen und der Mitte des Reiches auch Lübeck, Mühlhausen i. Th., Nordhausen (Janssen F. R. II. 261), Lüneburg, Hameln, Braunschweig, Hildesheim, Göttingen, Eimbeck und Hannover (Gemeiner, Regensburger Chronik III. 474) vertreten.

[4] Patrizzi l. c. 291. Auch Hinderpach hob dies in seiner Rede an die Reichs-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Fürsten Italiens drängte, Deutschland auf dem jetzigen Reichstage mit allen Mitteln zu einer energischen Anstrengung zu vermögen, so wäre, da ja im Reiche bereits zwei Legaten, Rudolf von Breslau und Laurenz von Ferrara, thätig waren, die Legation des Kardinals von Siena, wie Piccolomini genannt wurde, wohl kaum erfolgt, wenn nicht ursprünglich Verhandlungen in der böhmischen Sache, für die sich jene beiden, seit Jahren energische Helfer des Ungarkönigs, nicht eigneten, eine Hauptaufgabe des Kardinals gebildet hätten. Aber das „Excercebunt nos ut cerno Bohemica“,[1] welches der Kardinal von Pavia noch nach der Abreise Piccolominis geschrieben, ging nicht in Erfüllung. Georg Podiebrad war todt, als der Legat am 1. Mai beim Reichstage eintraf, die politische Sachlage in Böhmen geändert. Es fehlte ihr gegenüber in Regensburg an Weisungen der Kurie. Überdies wurde auch bald genug offenbar, daß der 34jährige Kardinal-Legat auch selbst vom deutschen Wesen viel zu wenig verstand, um, trotz bester Absicht, mit Erfolg unter deutschen Ständen thätig sein zu können.

Auch nach der Ankunft des Kaisers in Regensburg begannen die Verhandlungen des Reichstages nicht sofort, obwohl der Kardinal von Siena, der sich zuvor um die Zurückhaltung abreiselustiger Besucher des Tages Mühe gegeben,[2] und noch mehr die Meldung vom Auftauchen türkischer Streifscharen in Krain[3] zur Eile drängten. Aber war nicht auf den vorhergehenden Reichstagen das sicherste Mittel, sich den kaiserlichen Propositionen zu versagen, die Behauptung gewesen, man sei nicht in genügender Anzahl versammelt? Und stand nicht thatsächlich die Ankunft Kurfürst Ernsts und seines Bruders Albrecht von Sachsen — er blieb nach seinem Mißerfolge in Böhmen zu Hause —, Karls von Baden, Eberhards von Württemberg, der Landgrafen von Hessen in Aussicht, während sich Ludwig von Landshut wieder entfernt hatte, nach dem Wunsche des Kaisers seinen Sohn Georg mit nach Regensburg zu bringen?[4] Gerade auf die guten Gesinnungen dieser Fürsten glaubte aber der Kaiser rechnen zu dürfen. Dagegen verdient das in Regensburg verbreitete Gerücht, den Kaiser hätten erst Maßnahmen

versammlung hervor; s. u. und König von Königsthal II. 74. Würzb. Reichstagsakten fol. 10. Vgl. auch Pastor, Gesch. der Päpste II. 38 ff. und Anhang 650 ff.

[1] Freher l. c. II. 292.

[2] Janssen, Frankfurter Reichskorrespondenz II. 261—263, Nr. 430; 263, Nr. 431.

[3] Reissermayer, Der große Christentag zu Regensburg 1471, 8, Anm. 1.

[4] Mone, Quellensammlung I. 501; vergl. ebendort 273. Würzburger Akten fol. 20, 22.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gegen den feindlichen Pfalzgrafen zurückgehalten, keine Widerlegung. Als jene Fürsten eingetroffen waren, trat man — am 24. Juni — unverweilt in die Verhandlungen ein.

Bischof Johann von Trient, der die Eröffnungsrede im Namen des Kaisers hielt, erging sich in breiter Entschuldigung des langen Ausbleibens seines Herrn und einer allgemeinen Charakterisierung der Aufgaben des Tages.[1] Seine (deutsche) Rede wurde der fremden Gesandtschaften wegen von dem Mainzer Kanzler lateinisch wiederholt. Dann ließ sich der Legat hören. Auch er setzte den Zweck seines Kommens auseinander, der dem des Kaisers gleiche; auch er bat die Anwesenden, nach ihrer Pflicht an dem glücklichen Erfolge des Tages mitzuarbeiten.[2] Die Antwort der Stände, die sich nach ihrer Gewohnheit und mit Zustimmung des Kaisers erst kurz berieten, lautete günstig: Habe der Kaiser die Sorge um das Reich auf sich genommen, so fühlten auch sie sich dem Vaterlande mit Leib und Gut verpflichtet; werde er in Person sich zum Türkenzuge erheben, so zögen sie mit ihm, befehle er, bloß ihre Mannschaften zu senden, so seien sie auch dazu bereit.[3] Dafür ließ ihnen der Kaiser danken mit dem Geheiße, sich am Mittwoch (26. Juni) zu weiterer Beratung einzufinden. Nur der Anspruch der Burgunder auf bessere Plätze, der zu langwieriger Erörterung führte, hatte an diesem Tage eine Störung ergeben.

Nur wer mit den Gepflogenheiten deutscher Fürsten und Fürstengesandten auf den Reichstagen nicht vertraut war, konnte sich über den Wert so freundlicher, ja demütiger Erbietung und summarischer Zusagen täuschen. Kaiser Friedrich aber wußte sehr wohl, wie schwer es auch jetzt halten würde, zu erreichen, was seit siebzehn Jahren auf so vielen

[1] König von Königsthal II. 73—74. Würzburger Akten fol. 10. Vergl. Janssen F. R. II. 264, Nr. 432. Campanus, Epistol. lib. VI. Nr. 12 l. c. 295—296. Der kaiserliche Redner entschuldigt den König von Ungarn, der nicht selbst kommen könne, aber seine Räte schicken werde. Würzb. Akten fol. 10b. Reissermayer II. 17 legt diese Worte dem Kardinale in den Mund. Bezüglich der Rede des Campanus (bei Müller II. 360—372) s. Reissermayer 17, Anm. 2. Es ist übrigens zu bemerken, daß es eine Begrüßungsrede an den Kaiser (wohl bei dessen Ankunft in Regensburg) sein sollte.

[2] Würzb. Akten fol. 10—11. Campanus l. c. 296.

[3] Campanus l. c. Würzb. Akten fol. 11b. Redner war nach einem interessanten Intermezzo der Mainzer Kanzler. Die Stelle der Würzb. Akten lautet aber nicht wie bei Reissermayer 17, Anm. 5, sondern richtig: Sagt Herzog Albrecht (von Bayern), wie er nymant weste, der also gut dazu were und könt (antworten), als er, markgraf Albrechte. Daruff antwurt unser her von Meinz: Mit nichten, es steht mir zu, daruff zu antworten, es sol mein kanzler tun. — Also war ein sweigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reichstagen vergebens angestrebt wurde: einen gemeinsamen Kriegszug gegen die Türken mit der gesamten Kraft Deutschlands. Die Erfahrung lehrte, daß beinahe mehr noch die Vorstellung von einem derartigen gewaltigen Unternehmen als die damit wirklich in Aussicht stehenden Lasten und Opfer die Deutschen erschreckte und daß als unerläßliche Vorbedingung auch jetzt Herstellung der Ordnung und des Friedens im Innern, Bestellung und Handhabung von Gericht und Landfrieden begehrt werden würden. Es mußte dazu um so sicherer kommen, je mehr durch Weiterungen, wie sie jetzt mit dem Pfalzgrafen bestanden, der innere Friede thatsächlich gestört war.

Und fanden denn nicht bereits in Regensburg bezügliche Verhandlungen zwischen den Ständen statt, noch ehe der Kaiser überhaupt bei dem Reichstage erschienen war, und verriet nicht eben der Landshuter Hof, mit dem der Kaiser ein inniges Einverständnis auch aus besonderen Gründen eifrig suchte, dafür ein aufrichtiges Interesse? Schon die ersten Beredungen des Kaisers mit Herzog Ludwig hatten ihm dies und das feste Freundschaftsverhältnis verraten, das den Herzog mit Kurfürst Friedrich verband.[1] War von Ludwig und seinem listigen Kanzler nicht zu erwarten, daß, falls eine Verständigung zwischen dem Reichsoberhaupte und dem Pfälzer, der sich eben wieder mit freundlichen Erbietungen nahte, nicht auf dem Wege fürstlicher Vermittelung erzielt werde, er mit Hilfe des Reichstages und unter dem Vorwande der Herstellung des inneren Friedens die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Pfalzgrafen fordern werde? Und welche Verzögerung der Bewilligung mußte aus alle dem erwachsen?

Aus solchen Gründen und weil sich der Kaiser durch die Bereitwilligkeit seiner Stände noch keineswegs zu eitlen Hoffnungen verleiten ließ, ging er nach wie vor mit aller Vorsicht voran. Die Forderungen, welche der Kaiser am 26. Juni durch den Bischof von Eichstädt der Reichsversammlung vortragen ließ, trugen zunächst, wie dies schon auf dem vorhergehenden Nürnberger Tage geschehen war, dem dringenden direkten Bedürfnisse Rechnung. Der Südosten des Reiches, so setzte Bischof Wilhelm auseinander, sei in solcher Notlage, daß vor allem hier Hilfe geleistet werden müsse, ehe man an die Aufbietung der Macht des Reiches zur Rettung gemeinen christlichen Wesens schreite. Die Meinung

[1] Würzb. Akten fol. 5. Es sei bemerkt, daß man es hier mit dem sorgsam geführten Gesandtschaftsprotokolle der Würzburger bischöfl. Bevollmächtigten zu thun hat. Vgl. die Werbung Herzog Ludwigs an den Kaiser vom Mai 1471 bei Reiffermayer, 121—125, Anh. Nr. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

des Kaisers gehe deshalb dahin, sofort 10000 Mann in den deutschen Landen aufzubringen und an die bedrohten Südostgrenzen des Reiches zu entsenden, ferner ein Reservekorps aufzustellen, um jene im Notfalle „zu stärken" und mit ihnen gemeinsam zu operieren, endlich „eine Ordnung und einen Aufschlag" zu vereinbaren, um, auf das stärkste gerüstet, den allgemeinen Zug unternehmen zu können.[1] Für letzteren müsse man sich mit den übrigen christlichen Mächten ins Einvernehmen setzen. Damit aber das Reich zu solchem Unternehmen desto mehr befähigt sei, erkläre sich der Kaiser bereit, die im Innern vorhandenen Übelstände ganz aufzuheben, die Fehden beizulegen, einen allgemeinen Landfrieden auszuschreiben und durch die Bestellung von Recht und Gericht zu sichern. Auch eine neue Ordnung des Kammergerichtes wurde zugesagt.

Indem so der Kaiser bereitwillig den Wünschen und Forderungen entgegen kam, die, wie er wußte, in der Mitte der Stände lebendig waren, wollte er allen störenden Einwendungen von vornherein die Spitze abbrechen. In der That ward ihm der Erfolg, daß bis 1. Juli Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Freie und Herren und nach mehrfachen Winkelzügen und Ausflüchten endlich auch die Städte eine unbedingte Zusage abgaben.[2] Freilich, der Kardinal-Legat war mit der Forderung und Bewilligung der Zehntausend nicht zufrieden gewesen. Offen trat er mit einer Kritik der kaiserlichen Vorlage hervor. Alle Welt erwarte eine großartige Rüstung des Reiches und nun komme man mit der Aufstellung von 10000 Mann! Müsse das nicht den Spott der Feinde erregen? Er sei nicht gegen die Sache, die Sicherung der Grenzen, aber die Reihenfolge der Anforderungen an die Stände müßte geändert: erst müsse man in Deutschland ein Heer ausrüsten, so groß man es nur immer aufzubringen vermöge, und dann davon 10000 Mann und die Reserven an die Grenze schicken. Geschehe es nicht, so würden die deutschen Fürsten, nachdem sie 10000 Streiter zusammengebracht, meinen, sie hätten gethan, was nötig sei.[3]

[1] Würzb. Akten fol. 22. Regensburger Reichstagsakten im Münch. Allgem. Reichsarch., fol. 31, 32. Campanus l. c. 296—297. Müller, Reichstagstheatr. II. 402 ff.

[2] Würzb. Akten fol. 15—20. Regensb. Reichstagsakten 7, 31, 32. König von Königsthal II. 78—80. Betreffs der Städte s. König von Königsthal II. 83. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 263—265, Nr. 432.

[3] Vgl. J. Voigt, Die Gefangennahme Herzog Christophs von Bayern-München, Abhandl. der histor. Klasse der kgl. bayer. Akad. der Wissensch., VII (München 1855) 508 ff. Kluckhohn, Herzog Ludwig 300 ff. Reissermayer 53 ff., wo sich auch (Anh. 132—134) ein Schreiben Wolfgangs vom 30. Juli an den Kaiser findet. Vgl.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Besorgnis, die Beratungen würden den erhofften großen Erfolg nicht haben, sprach deutlich aus des Legaten Rede. Bedurfte es auch zu solcher Bewilligung seiner Reise nach Regensburg? Doch der Kaiser kannte seine Deutschen besser.[1] Er hielt trotz des Beifalles, den der Legat fand, an seiner Absicht fest. Günstiger lauteten die Erklärungen der Burgunder, die freilich mehr über die Bosheit des Königs von Frankreich gegen ihren Herrn als vom Kriege sprachen,[2] der Venezianer, durch Paolo Morosini vortrefflich vertreten,[3] des Königs von Dänemark.[4]

Eine Kommission von 25 Mitgliedern wurde bestellt, die betreffs der Führung, Ausrüstung und Verpflegung der 10000 Mann, der Zeit ihres Erscheinens im Felde u. s. w., namentlich aber auch über die Weise der Aufstellung einer Reservearmee die Detailvorschläge ausarbeiten sollte. Sie begann alsbald mit großem Eifer und Geschick ihre Arbeit.

Ging so bisher alles in der Hauptsache nach Wunsch, so glaubten Kaiser und Fürsten, während die Räte an der Arbeit waren, um so mehr die freie Zeit mit der Schlichtung verschiedener Händel, namentlich der herzoglichen Brüder in München, verbringen zu sollen. Der ältere Albrecht von München hielt da den jüngeren Christof in Gewahrsam, während Herzog Wolfgang Himmel und Erde in Bewegung setzte, um die Freilassung des Gefangenen zu erwirken.[5] Aber bald zeigten sich auch in der Rüstungsfrage Störungen, äußere und innere.

Umsonst hatte der Kaiser versucht, durch die Versicherung, er werde Regensburg nicht verlassen, so lange nicht die nötigen Beschlüsse betreffs des allgemeinen Krieges gegen den Erbfeind gefaßt seien, den Unmut des Legaten zu beschwichtigen. Der und die Seinen wurden des Verdachtes nicht mehr los, daß der Kaiser seit der Bewilligung der Zehntausend in Sachen des großen Zuges viel lässiger sei und seine Absicht dahingehe, „den gegenwärtigen Gefahren abzuhelfen, der künftigen nicht

sonst Lichnowsky), Regesten zu VII. Nr. 1510. Müller, Reichstagstheatrum II. 405 ff., 416. Gemeiner, Regensb. Chronik III. 483—484, 487 ff. Chmel, Dipl. Habsb. in Font. rer. Austr. II. 260—262. Segesser, Abschiede II. 423—424. Riezler, Geschichte Baierns III. 484 ff. (wieder genau und verläßlich).

[1] Campanus l. c. 297. Würzb. Akten fol. 17a.

[2] Auch der mantuanische Gesandte begriff die Politik des Kaisers sehr wohl. Vergl. seinen Bericht vom 9. Juli nach Hause bei Reissermayer, 126, 127, Anhang Nr. 4.

[3] Campanus 296.

[4] Campanus 296—297. Würzburger Akten fol. 17b.

[5] Würzburger Akten fol. 18a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu gedenken".[1] Da der Kardinal dem kaiserlichen Antrage von Anfange an in der Form, wie er vorgebracht wurde, nicht geneigt war, hat er auch keineswegs seinen mächtigen Einfluß, namentlich auf die geistlichen Fürsten, für ihn in die Wagschale geworfen. Und eben sie sind es zumeist gewesen, die sich der bereits im allgemeinen übernommenen Verpflichtung wieder zu entziehen strebten und schließlich jeder Leistung zu entkommen verstanden.

Am 6. Juli, als die Vorkommission bereits ihren Antrag fertig hatte, wurde der häßliche Streit zwischen den Münchner Brüdern vor die Reichsversammlung gezerrt, indem Herzog Wolfgang durch seinen Kanzler Heinrich Erlbach die Streitsache, natürlich in für ihn und Herzog Christof günstigem Lichte, darstellen ließ. Es blieb dem Kaiser, wollte er nicht heftige Szenen mitansehen, nichts anderes übrig, als abzubrechen, da die Rechtgebote ja schriftlich übergeben seien.[2] Doch ging dann am 12. Juli im Namen von Kaiser und Reichstag eine Deputation, bestehend aus Bischof Wilhelm von Eichstädt und Herzog Otto von Mosbach, nach München, von Herzog Albrecht — er hatte des ärgerlichen Handels wegen Regensburg verlassen — die Befreiung Christofs zu erlangen.[3] Gefährlichere Intriguen wurden gesponnen, um namentlich den Kaiser und Herzog Ludwig von Landshut zu entzweien und Martin Mair ins Verderben zu stürzen. Dem Legaten und auch dem Kaiser selbst wurden die Bundbriefe Ludwigs und König Georgs von Böhmen aus dem Jahre 1460, die sich mit der Absetzung des Kaisers beschäftigten, und anderes in die Hände gespielt. Sie kosteten hinterher Heinrich Erlbach den Hals.[4]

Das schlimmste war aber, daß sich der Kaiser jetzt selbst veranlaßt sah, seine Forderungen zum Teile abzuändern. Nachdem die Türken schon im Vorjahre (1470) in wiederholten Raubzügen Ungarn und Siebenbürgen heimgesucht hatten, ohne Deutschland zu beunruhigen,

[1] Campanus l. c. „Unde orta suspicio est nobis, remissiorem eum futurum ad hanc expeditionem, quam sperabamus, et consulere velle presentibus periculis, futura non cogitare. Von diesem Tage an werden die Urteile der Kurialen über den Kaiser ungünstiger. Vergl. gleich Campanus, Epist. VI. 13 (Freher l. c. 298).

[2] Würzb. Akten fol. 20.

[3] Würzb. Akten fol. 23. Font. rer. Austr. XLVI. 161, Nr. 145. Daß auch Herzog Albrecht von Sachsen mitritt, ist irrig; er war gar nicht in Regensburg. Vgl. auch S. Riezler, Geschichte Baierns III. 486.

[4] Kluckhohn, Herzog Ludwig 302 ff. Meine Schrift, Böhmen und seine Nachbarländer 1458—1461, 85—86.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

glaubte man sich hier 1471 um so mehr sicher, als der Sultan gegen Ungarn den Bau einer neuen Festung an der Donau (Schabatz) zwischen Belgrad und Semendria als Stützpunkt für den sicheren Übergang über den Strom befohlen hatte, was die Absicht neuer Einbrüche in ungarisches Gebiet zu verkünden schien. Aber es war nur Schein. Im Frühjahre 1471 ergossen sich türkische Streifscharen von Bosnien her über Dalmatien bis an die Seeküste, und zur Zeit, als der Kaiser nach Regensburg zog, waren sie in die Windische Mark eingedrungen, wurde Krain durchschwärmt, Laibach berannt, schon auch das südliche Steiermärkische berührt.[1] Erst spät, jetzt in Regensburg, erkannte man die ganze Größe des Unheils, namentlich aus der Schilderung eines Augenzeugen. Auch ein Schreiben des Erzbischofs von Gran und der ungarischen Stände mahnte zu schleuniger Hilfeleistung.[2] All dies bewog den Kaiser, an den Reichstag das Ersuchen zu richten, von der bewilligten Mannschaft sofort (bis 8. August) 4000 an die Grenze zu schicken. Es ward zugesagt, freilich von den Städteboten wieder nur mit Bedenken und Zögern. Als aber dann dem Vorschlage des Mainzers gegenüber, jene 4000 sollten aus den zunächst bedrohten Landen Österreich, Bayern, Franken und Schwaben aufgestellt, die übrigen 6000 von den andern Ständen geschickt werden und nachfolgen, der Kaiser die Erklärung abgab, Österreich könne nicht in den Anschlag einbezogen werden, es stehe ja ohnehin im Kampfe und thue nach seinen Kräften, jetzt handle es sich um Hilfe aus dem Reiche für die Erblande: da erhob sich Widerstand auf mehreren Seiten.[3]

---

[1] Mon. Hung., Acta extera II. 219—221, 214. Unrest 574. Müller, Reichstagsth. II. 428 ff. Eschenloer, Histor. Wrat. 241. Dlugosch 564. Vgl. Reissermayer 54—55, 59 ff. A. Huber, Geschichte Österreichs III. 223—224, und F. Ilwof, die Einfälle der Osmanen in die Steiermark. Mitteil. des hist. Vereins für Steiermark, X. 223 ff.

[2] Campanus, Epist. VI. 13 sagt über das Verhalten des Kaisers gegenüber der Sache Herzog Wolfgangs und den Hilferufen aus dem Osten: Caesar et ad contentionem Wolfgangi et ad utrasque literas egregie dormit. Danach hat man immer wieder mit Behagen erzählt, der Kaiser habe bei den Reichsverhandlungen geschlafen, sei in offener Sitzung eingenickt u. s. w. Daß dies ganz mißverstanden ist und Campanus nur sagen will, der Kaiser läßt sich durch diese Dinge den Schlaf nicht verderben, d. i. er bleibt gelassen, bedarf nicht erst des Beweises. Man vgl. nur die gelegentliche Wendung: Post id tempus egregie dormitum est (nach den Verhandlungen des 17. Juli). Übrigens ist die Angabe auch an sich irrig, und nur Ausfluß der wachsenden Verstimmung der Kurialen.

[3] Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 265—267, Nr. 433. Würzb. Akten fol. 24.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gewiß war der Kaiser hier in einer Hinsicht im Rechte, in anderer aber ebenso sicher nicht. Denn es handelte sich ja nicht um Österreich allein, sondern um ganz Deutschland, und Österreich war, wenn man nach den Lasten fragte, doch auch ein Teil davon. Aber war es nicht ebenso ungereimt, wegen der Forderung von 10 000 Mann zu zürnen, weil man ein größeres Heer bewilligt haben wollte, wie bei 4000 Schwierigkeiten zu machen, nachdem bereits 10 000 bewilligt waren? Freilich! vielen handelte es sich überhaupt nicht um Gründe. Die Opposition, die sich lange nur heimlich geregt und im Unmute dagesessen, da es ihr an einer Handhabe fehlte, hervorzutreten, sie hatte nun den Anlaß. Sie wurzelte in jener alten Neigung der deutschen Stände, ja keinen Schritt zu thun, bevor man seine Tragweite nach allen Richtungen übersah und nicht alle andern ihn gethan, sich, sobald es sich um „bestimmte ziffermäßige Verpflichtungen" handelte, zu entziehen und so lange es immer anging, überhaupt nichts zu leisten. Führer des Widerstandes war Erzbischof Bernhard von Salzburg,[1] nach mehrfachen Händeln mit dem Kaiser auch jetzt trotz des Besuches desselben in seiner Hauptstadt nichts weniger als kaiserlich gesinnt.[2] Daß er den Mut zum Widerspruche aber vor allem aus der Haltung des Legaten und seiner Umgebung schöpfte, die dem ins Minimale zusammenschrumpfenden Hilfeprojekte in wachsender Abneigung gegenüberstanden,[3] scheint sehr naheliegend. Erzbischof Bernhard hatte übrigens noch besondere Gründe: Lag nicht ein guter Teil seiner Besitzungen in Innerösterreich, ebenso bedroht wie die kaiserlichen Erblande? Hatte er nicht demnach ähnlich Anspruch, von der Beitragsleistung frei zu bleiben, wie der Kaiser? Es gelang Bernhard, was ohne Zustimmung des Legaten nie möglich gewesen wäre, die geistlichen Fürsten mit sich fortzureißen. Adolf von Mainz warnte umsonst. Und fand man auf Seiten der weltlichen Fürsten eben nur bei Bayern-Landshut einigen Beifall,[4] so war die Unterstützung seitens der Städte um so sicherer. Es kam wirklich so weit, daß sich der Kaiser bestimmt fand, die Forderung der Viertausend aufzugeben.

Dagegen ward nun (18. Juli) auf die Aufstellung der Zehntausend

[1] Würzb. Akten fol. 24, 25.

[2] Der beste Beweis dafür liegt, abgesehen von eben dem Verhalten des Erzbischofes in Regensburg, darin, daß der Kaiser es verschmähte, mit dem Erzbischofe nach Regensburg zu ziehen. Er bestellte ihn nach Passau und ritt dann auf anderem Wege. Vgl. übrigens noch unten.

[3] Vgl. Campanus, Epistol. VI. 14.

[4] Über die Haltung Martin Mairs s. Würzb. Akten fol. 24b.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zurückgegriffen; sie sei auszuführen in der Weise, wie dies von der Kommission in Vorschlag gebracht war.[1]

Nun aber auch hier Widerstand! Nur eine kleine Anzahl Fürsten sagte zu, auch diese zum Teil mit Vorbehalt oder unter Bedingungen. Von den geistlichen allein Mainz und — offenbar aus Furcht vor dem Zorn des Kaisers — Salzburg. Die andern geistlichen Fürsten wandten sich jetzt, in sichtbarem Einverständnisse mit dem Legaten, gegen diese Art von Sendung als für die Not der ganzen Christenheit „nicht fruchtberlich", obwohl ja die Zusage schon erfolgt war. Die Grafen und Herren und natürlich die Städte schlossen sich ihrer Weigerung an. So blieb auch diese Sache stecken. Doch erfolgte, aus guten Gründen, keine Zurückziehung der Vorlage, sowie denn der Kaiser entschlossen war, auch die allgemeine Bewilligung nutzbar zu machen.[2]

Friedrich ließ sich eben nicht abschrecken. Alle Möglichkeiten eines Erfolges wurden erprobt. Der Zug „mit Macht" und die Vorbereitungen, um ihn möglich und ersprießlich zu machen, kamen nun auf die Tagesordnung. Durch die Ankunft des Kurfürsten von Sachsen, des Erzbischofs von Köln, des Legaten Laurenz Rovarella und anderer war die Reichsversammlung noch ansehnlicher geworden. Mit einer Geduld und einem Gleichmut, die Spott und Verwunderung der Italiener zugleich hervorriefen,[3] strebte der Kaiser seinen Zielen entgegen.

Noch am 22. Juli hatte er zwei Gesetzentwürfe unterbreiten lassen, den „gemeinen Frieden" im Reiche und eine allgemeine Reichssteuer betreffend. Ausgehend von dem Grundsatze, daß zu einer Sache, die Jeden angehe, auch ein Jeder nach seinen Kräften beisteuern solle, hatte man einen Anschlag nach „Zinsen und Renten" gemacht, derart, daß von je tausend Gulden Jahreseinkommen je ein Gewappneter und zwei Reisige auf ein Jahr gegen die Türken ins Feld zu stellen waren, was etwa der Abgabe eines zehnten Pfennigs gleichkam. Zu der Steuer sollte, wer nicht durchaus erwerbsunfähig war oder von den Zinsen eines Kapitals lebte, jeder beitragen; selbst Handwerker und Taglöhner waren mit einem gewissen Betrage herangezogen. Es war aber jedem

[1] Vgl. Müller, Reichstagstheat. II. 477 ff. Würzb. Akten fol. 70—73; 94 bis 101; 82—84.

[2] Reissermayer 75, Anm. 1, und sonst bedarf sehr der Richtigstellung.

[3] Campanus an den Kardinal von Ravenna (Ep. lib. VI. 16): Nescio, an unquam accendi (Caesar) possit, is, qui nunquam incalescit. An den von Pavia: Magnis verbis, maioribus ventis res agitur: set Caesar immotus ad omnia. (Freher l. c. 301).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reichsstande freigestellt, statt des Geldes gleich die entsprechende Truppenzahl zu stellen, wobei die Kosten der Erhaltung eines Reiters auf jährlich hundert, die des Fußgängers auf fünfzig Gulden angesetzt wurden. Man berechnete, daß das Heer etwa 60000 Mann stark sein könnte. Es sollte bis Georgi (24. April) 1472 im Felde sein.[1]

Der Kaiser hatte hier die Vorsicht gebraucht, sich im vorhinein der Zustimmung der Kurfürsten und weltlichen Fürsten zu sichern, worauf er auch gleich bei Überreichung der Vorlagen hinweisen ließ.[2] Auch der Legat war endlich, da es ja an die Ausführung eines großen Unternehmens ging, zufriedengestellt. In einer Ansprache gedachte er der ihm neuerdings zugekommenen päpstlichen Mahnung, „ernsten Fleiß anzukehren", daß eine Heerfahrt des Reiches gegen die Türken „kürzlich beschlossen würde". Er versicherte, daß die Kirche mit ihrem weltlichen und geistlichen Gute, mit ihren materiellen Mitteln und mit Ablaß und Indulgenz all das thun werde, das ihr „zu thun möglich und ersprießlich sein mocht".[3] Ebenso unterstützten die Venetianer den Vorschlag: sie zweifelten nicht, auch ihr Herzog werde in seinem Lande eine ähnliche, ja noch stärkere Rüstung anstellen.

Es war von der Reichsversammlung gefordert worden, daß sie, soweit es noch nicht geschehen, eine Zusage thue. Dies geschah seitens der geistlichen Fürsten. Die anderen erbaten Bedenkzeit, die (auf einen Tag) gewährt wurde. Als (23. Juli) Grafen, Herren, Ritter und Städte Schwierigkeiten machten, sahen sie sich vom Kaiser bedroht: man müsse, sollten sie sich länger weigern, dazu sehen, soviel sich gebühren werde.[4] Schließlich kam es aber doch über das Steuerprojekt zu weiteren Verhandlungen. Es ließ sich eben nicht verkennen, daß die Bedenken und Beschwerden, welche die unteren Stände an die Betrachtung des Entwurfes und seiner Durchführungsbestimmungen knüpften, doch zum guten Teile berechtigt waren.

Das schlimmste dabei war, daß die Schwierigkeiten immer größer wurden, je mehr man Scharfsinn und Zeit auf ihre Lösung verwendete. Sie hingen eben mit prinzipiellen und ungelösten Fragen der Verfassung und Verwaltung des Reiches, mit finanziellen und rechtspolitischen

[1] Anschläge „off gelt und nit off person furzunemen" hatte der Kaiser noch in Graz beschlossen. Vgl. Janssen, F. R. II. 263, Nr. 431.

[2] In neunstündiger Beratung war am 19. Juli in der kaiserlichen Herberge über die neue Vorlage gehandelt worden. Reissermayer 134—137, Anh. Nr. 7.

[3] Würzb. Akten fol. 31a.

[4] Ebendort fol. 32b. Regensb. Reichstagsakten fol. 45a. König von Königsthal, Nachlese II. 92.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Momenten zusammen. Denn abgesehen davon, daß in den eingebrachten kaiserlichen Anträgen zwar auf die Rechte und Privilegien der fürstlichen Nobilität, keineswegs aber auf jene der Ritterschaften und Städte Rücksicht genommen war, war eine Ungleichheit auch darin gegeben, daß die niederen Reichsstände in die eigenen Taschen greifen sollten, während die andern die Abgabe auf die Schultern ihrer Unterthanen und Lehensleute überwälzen konnten. Und wie sollte man einen baldigen und klaren Modus für die Einschätzung der Einkommen finden, wenn keinerlei Schlüssel da war, wenn jede Erfahrung abging, wie die große Masse der Reichsunterthanen dafür in sichere Gruppen oder Klassen geschieden werden sollte? Welche Unsumme von Streit mußte bei dem wirren Durcheinander von Feudalität und Unterthanenverband und bei der ganz ungenügenden Scheidung von geistlich-kirchlicher und weltlich-staatlicher Befugnis darüber entstehen, wohin ein jeder steuerpflichtig sei? Und wo waren denn die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine solche Abgabe, die sich zugleich als Kopf- und Vermögenssteuer erwies?

Auch die eifrigsten Freunde des Besteuerungsprojektes und der Kaiser selbst vermochten sich derlei Erwägungen nicht zu verschließen. Deshalb und weil es doch gerade hier sehr wesentlich auf sichere Zusage und guten Willen der Stände ankam, bewilligte der Kaiser hinterher (28. Juli) doch noch, daß die Städte in der Nachbarschaft binnen zwei, die vom Rhein binnen vier, jene im Norden des Reiches innerhalb acht Monaten ihre bezüglichen Erklärungen an ihn gelangen lassen sollten.[1] Ein ähnliches erreichten, scheint es, auch die Grafen, Herren und Ritter.[2] Zugleich wurde befohlen, die Beschlüsse nach Nürnberg zu übermitteln, wohin der Kaiser nach Erledigung der dringendsten Geschäfte und Abfertigung der fremden Gesandtschaften den Reichstag verlegen und selbst ziehen werde. Schon hatten sich ja in Regensburg ob des großen Besuches des Reichstages und der zahlreichen Gefolgschaften fürstlicher Personen Unzulänglichkeit der Unterkunft, ja selbst Mangel an Lebensmitteln ergeben. Viele lagen krank darnieder. Ein Ortswechsel schien dringend geboten.[3]

So rasch freilich ging die Verlegung nicht vor sich. Vorerst mußte

[1] Reissermayer 95—96.

[2] Ihre „Einrede" bei König von Königsthal, Nachlese II. 170.

[3] Campanus am 28. Juli (Freher l. c. 300): Conventus Norimbergam propter rerum inopiam transferetur. Hic coelum paulo gravius est. Aegrotant multi, nec omnia ad conventum tam magnum tam longum suppeditant. Vgl. ebend. 301, und den Bericht des mailänd. Gesandten bei Reissermayer 151—152, Anh. Nr. 15.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

man mit dem Landfrieden zu Ende kommen, an dessen Bestimmungen eine Sechserkommission noch manches zu ändern fand.[1] Dabei machten die Bündner des Pfalzgrafen, die ja in Martin Mair ein kluges und rühriges Element für diplomatische Winkelzüge besaßen, den Versuch, die Verhandlungen über den Landfrieden zu einer Pression auf den Kaiser in Sachen des Reichskrieges gegen den Pfälzer zu benutzen. Kurfürst Ernst von Sachsen trat andererseits auf das allerentschiedenste für die Freilassung Christofs von München ein.[2] Wirklich gelang es Mair, die Grafen und freien Herren zu einer Erklärung zu vermögen, der Frieden könne nicht fruchtbar sein, wenn sich nicht der Kaiser mit dem Pfalzgrafen aussöhne und Herzog Christof ledig werde. Auch die geistlichen Fürsten wurden dahin gebracht, diese Erklärung bei dem Kaiser zu unterstützen.[3]

Als aber die geistlichen Fürsten wegen der Pfälzer Sache sich persönlich an den Kaiser wenden wollten, „da schlief er". Erreicht wurde in dieser Sache nichts. Trotz aller Rücksicht auf Ludwig von Landshut, trotz der Verwendung anderer Fürsten, hielt der Kaiser an seinem Grolle gegen den Pfalzgrafen fest. Alle Vermittelung zerschlug sich. Er teilte keineswegs die Besorgnis jener, daß dadurch die Früchte des Reichstages gefährdet werden könnten;[4] er sah ja klar genug, wie wenig daran zu verderben sei.[5] Aber der Kaiser war doch eifrig bemüht, zu fördern, was in der Pfälzer Sache treu zu ihm hielt, und den Gegner möglichst zu schwächen. Während er in Regensburg weilte, erhielt die Stadt Weißenburg i. E., die auf kaiserlichen Befehl am Reichskriege gegen den Pfalzgrafen eifrig teilgenommen, die Zusicherung, daß sie deswegen von Niemandem zugefügten Schadens halber behelligt werden dürfe.[6] Um der Stadt materiell aufzuhelfen und ihr namentlich den Bau ihrer Straßen und Brücken zu ermöglichen, ward ihr die Einhebung eines

[1] Reissermayer 102 ff. Gutachten der geistlichen Fürsten ebend. 140—143, Anh. Nr. 10. Die Mitglieder der Kommission hat R. freilich nicht zu unterscheiden vermocht. Sie sind: Der von Augsburg, der Propst (Peter Knorr für Brandenburg), Meister Gumprecht (Vikar von Bamberg), Dr. Weißenbach (für Sachsen), Jakob Trapp, Hofmeister Herzog Sigmunds von Tirol, Martin Mair (für Landshut). —

[2] Würzb. Akten fol. 36. [3] Ebendort fol. 35—36.

[4] Campanus l. c. 300.

[5] Ebendort. Causa Palatini ad hunc diem nequidquam diu multumque acta interturbat omnia, et rumor est, coegisse eum quantum nunquam antea exercitum. Is multa petit. Caesar paucissima videtur concessurus, spes tamen est in necessitate Caesaris aliqua. Habet, qui auribus instillent. (Albrecht von Brandenburg?). Vgl. ebendort 301.

[6] Chmel, Regesten II. 614, Nr. 6311.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wegzolles auf zwei Jahre zugestanden.[1] Auch noch weitere Begnadung kam hinzu.[2] Ebenso wußte der Kaiser den Erzbischof Adolf von Mainz, der jetzt die Leitung der Reichskanzlei und des Kammergerichtes thatsächlich übernahm, auf die Dauer an sich zu ketten.[3] Er verpflichtete sich Bischof Rudolf von Würzburg,[4] so offenkundig dessen Verbindungen mit den Wittelsbachern, auch selbst dem Pfalzgrafen, waren, ja sogar Friedrichs Kanzler, den Bischof Matthias (Ramung) von Speier.[5] Erzbischof Ruprecht von Köln, Kurfürst Friedrichs Bruder, fand sich Ende Juli[6] persönlich in Regensburg ein und wurde gnädig aufgenommen. Er erlangte ohne Schwierigkeit die Belehnung mit den Regalien und die Bestätigung der Privilegien seines Hochstiftes.[7] Und gab nicht der Kaiser vor allem Herzog Ludwig von Landshut einen Beweis hoher Mäßigung und Versöhnlichkeit, indem er, so offenkundig die Erlbacher Intrigue des Herzogs verräterische Vereinigung mit Georg von Böhmen 1460 dargethan, doch das Vergangene mit dem Schleier der Vergessenheit bedeckte? Um so eifriger waren Ludwig und noch mehr sein Kanzler bemüht, sich durch neue Dienste die kaiserliche Gnade zu sichern. Es blieb so, obwohl von den Mandaten gegen Friedrich von der Pfalz nichts zurückgenommen wurde, das gute Verhältnis zwischen dem Kaiser und Herzog Ludwig bestehen, zumal sich Friedrich in der Sache des Landfriedens zu einem wichtigen Zugeständnisse für Ludwig herbeiließ.

Am 30. Juli übergaben die Fürsten ihre Bemerkungen zu dem kaiserlichen Friedensentwurf dem Reichsoberhaupte, das sich die Abänderungen gefallen ließ. Auch einige Wünsche der Herren und Städte wurden, scheint es, berücksichtigt. Wenigstens ergab sich, als der Kaiser am 2. August einen neuen Friedebrief vorlegen ließ, auf keiner Seite ein Widerspruch; nur Kurfürst Ernst von Sachsen erklärte getreu dem einmal gegebenen Worte, er wolle den Frieden erst annehmen, wenn Herzog Christof ledig sei.[8] Dem Herzog Ludwig von Bayern und nach allem auch dem Bischofe von Würzburg gab der Kaiser die

[1] Ebendort Nr. 6312. [2] Ebendort Nr. 6313.

[3] Vgl. Seeliger, Kanzleistudien l. c.

[4] Reissermayer 105—106. Vgl. Chmel, Reg. II. 617, Nr. 6344.

[5] Er erhielt am 6. Aug. die Regalien. Würzb. Arch. fol. 39. Chmel, Reg. II. 623, Nr. 6416, 6417. Stälin, Wirtemb. Gesch. III. 567.

[6] Vgl. Würzb. Akten fol. 34.

[7] Chmel, Reg. II. 619, Nr. 6372; 620, Nr. 6374; 621, Nr. 6385; 625 Nr. 6447. Vergl. auch L. Ennen, Gesch. Kölns III. 470. Menzel, Gesch. von Nassau V. 380.

[8] Würzb. Akten fol. 35—37; fol. 39a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zusicherung, daß der angeordnete Frieden ihren Einungen und Bündnissen keinen Eintrag thun sollte.[1] Auch für Herzog Sigmund von Tirol wurde eine Ausnahme geschaffen.[2] Hieß dies nicht, den Frieden sofort wieder zum guten Teile preisgeben?[3]

Damit waren die kaiserlichen Propositionen im wesentlichen erledigt. Mit der Zusage an die Reichsstädte, ihre Beschlüsse hinsichtlich des gemeinen Pfennigs abwarten zu wollen, hatte der Kaiser in die Vertagung dieser Sache gewilligt. Es mußte um so mehr geschehen, als sich auch außerhalb des Kreises der unteren Reichsstände Gegner des Besteuerungsplanes — darunter der einflußreiche Kurfürst von Brandenburg — gefunden hatten.[4] Der Gleichmut des Kaisers ließ sich weder dadurch noch durch den mäßigen Erfolg der beiden andern Anträge erschüttern.

Seine persönliche Autorität im Reiche hatte durch die Entwickelung der Dinge im letzten Jahre doch wieder bedeutend gewonnen; seine neue Reichspolitik war im Voranschreiten. Die Regensburger Verhandlungen hatten die Beziehungen zu Albrecht von Brandenburg noch mehr gefestigt. Neben Adolf von Mainz trat er als Vertrauensmann der Krone und Mittler zwischen ihr und den unteren Ständen hervor. Natürlich blieben solche Dienste nicht verloren.[5] Den Kurkollegen hatte sich auch Johann von Trier zugesellt, des Kaisers Neffe, aber wie Adolf von Mainz eine zeitlang in engeren Beziehungen zu dem Pfalzgrafen. Er erfreute sich dafür in vielen Anliegenheiten gnädiger Berücksichtigung[6], die übrigens auch seinen Brüdern Markgraf Karl (von Baden)[7] und Bischof Georg von Metz nicht versagt ward.[8] Die sächsischen Herren, die sich mit dem böhmischen Unternehmen einigermaßen bloßgestellt hatten, suchten jetzt um so aufrichtiger einen Anschluß an

[1] Vergl. Chmel, Reg. II. 623, Nr. 6407. Menzel, Geschichte von Nassau V. 379.

[2] Chmel Reg. II. 624, Nr. 6422.

[3] Der Kaiserl. Landfriede ist gedruckt in dem Abschiede des Regensburger Tages bei Kulpis, Doc. 205—216 und M. Goldast, R. Satz. I. 187 ff. Darnach bei Müller, Reichstagsth. II. 496—499. Handschriftl. bieten ihn die Würzb. Akten fol. 64—66 ff., die Frankfurter Reichstagsakten V. fol. 44a—46 und die ansbacher Akten (Bamberger Archiv) fol. 90—92. Vgl. auch Reissermayer 105 Text und Anmerkung 1 und *.

[4] Man vgl. vor allem Albrechts Verhalten auf dem Reichstage von 1480.

[5] Vgl. Chmel, Reg. II. 616, Nr. 6356; 619, Nr. 6373; 620, Nr. 6383; 604, Nr. 6428, 6430. Vgl. K. Menzel, Geschichte von Nassau V. 379.

[6] Chmel l. c. 610, Nr. 6272; 611, 6282, 6283, 6284; 632, Nr. 6498, 6499. Vgl. K. Menzel l. c. 380.

[7] Chmel, Reg. II. 612, Nr. 6286. [8] Ebendort II. 616, 6382.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Kaiser, als sie ihm die gewünschten Auskünfte über Albrechts Zug noch schuldeten.[1] Da der König und Kurfürst von Böhmen wie nicht minder der Ungarkönig durch ihre eigene Lage auf ein freundliches Verhältnis zu dem Kaiser angewiesen waren, so durfte dieser, von dem widerhaarigen Pfälzer abgesehen, in wichtigen Angelegenheiten auf die Förderung aller seiner Kurfürsten zählen. Aber daneben standen, wie oben berührt, zahlreiche weltliche und geistliche Fürstenhöfe seinem Einflusse mehr oder weniger offen. Es war so doch ein Widerglanz wirklichen kaiserlichen Ansehens dabei, wenn sich die feierlichen Belehnungen des Erzbischofs von Köln, des Landgrafen von Hessen, des Bischofs von Speier zu prunkvollen Schaustellungen gestalteten, welche auf die Anwesenden mächtigen Eindruck hervorbrachten.[2]

Noch in Regensburg ward aber der Kaiser erinnert, daß er des guten Willens seiner Stände vielleicht recht bald besonders bedürftig sein könnte. Wie die neapolitanische (25. Juli)[3] so war am 29. Juli endlich die so lang erwartete ungarische Gesandtschaft unter der Führung des Bischofs von Vesprim angekommen.[4] Sie wurde am 7. August vom Kaiser empfangen und überbrachte die dringenden Bitten ihres Königs, ihm gegen die Türken ausgiebige Hilfe zu leisten, auch wieder die bekannte Drohung, es könnte, falls die Hilfe ausbliebe, ihr Herr, der so lange allein dem Erbfeinde Widerstand geleistet habe, sich gezwungen sehen, zu thun, was er doch nicht gern thäte: mit den Türken einen Frieden aufzunehmen. Wenige Tage zuvor hatte die Botschaft Ferrantes von Neapel (28. Juli) um ein gleiches gebeten und auf die Bereitwilligkeit Neapels, mitzuhelfen, besonders hingewiesen: Ferdinand sei mit Venedig verbündet und beide Staaten hätten bereits die Kriegsrüstungen gegen die Türken begonnen.[5] Die Neapolitaner waren auf weitere Verhandlung vertröstet worden. Nun erhielten sie (am 7. August) mit

[1] Campanus, Epib. lib. VI. 14 (Freher l. c. 299).

[2] Campanus l. c. 300; 301: multum Caesari auctoritatis et virium est.

[3] Würzb. Akten fol. 33b.

[4] Ebendort fol. 36a. Legat Laurenz Rovarella, der eigentlich auch hierher zu zählen ist, war früher eingetroffen.

[5] Würzb. Akten fol. 34—35. Ihr Bericht über die Gesandtschaft bei Reissermayer 144—145, Anh. Nr. 11. Den Passus darin, der König habe sie nicht etwa deswegen zu dem Kaiser geschickt, weil der Kaiser in diesen Dingen schlafe, auch nicht, „daß er dester mere und baß dartzu lauffen und eilende solt", sie fänden ihn vielmehr „daste lauffende, reitende und wachende", hat R. 101 ganz mißverstanden. Von einer „scharfen, fast unehrerbietigen Sprache" der Neapolitaner kann man da nicht reden. Der Berichterstatter bezeichnet die Rede als „elegantissima et devotissima" (R. 152, Anh. Nr. 15), die dem Kaiser genehm war und für die er durch den Erz-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Ungarn gemeinsamen Bescheid: Indem der Kaiser die Erbietungen der Könige, wie schon bei der Werbung selbst, mit Dank begrüßte, ließ er den Botschaften den Beschluß des Reichstages, sofort 10000 Mann an die Grenze zu schicken, und die Vorlagen betreffend die allgemeine Steuer zur Aufstellung eines großen Reichsheeres und betreffs des Landfriedens mitteilen. Es sei, so wurde erklärt, zu erwarten, daß das Reich nach Kräften seine Pflicht thun werde; die Gesandten möchten auch ihre Herrscher zu ausgiebigen Anstrengungen ermuntern.[1]

Es ist nicht zu leugnen, daß die Antwort rücksichtlich dessen, was vom Reiche zu erhoffen sei, allzu zuversichtlich lautete. Daß der Kaiser eine offenbare Unrichtigkeit mitteilen ließ, kann aber nicht behauptet werden. Wohl waren die Beratungen über die Sendung der Zehntausend im Detail nicht zu Ende geführt, aber eben jetzt verhandelte der Kaiser aufs neue mit den zugewandten Fürsten, daß sie ihm ihre Anzahl nach Maßgabe des Anschlags der Fünfundzwanzig schicken möchten. Ja er drängte wieder Fürsten und Städte zu sofortiger Hilfeleistung, um sogar die viertausend aufzubringen, die noch heuer an die Grenze ziehen sollten.[2] Und war denn nicht der Landfriede auf vier Jahre verkündet, die Flüssigmachung der Reichssteuer, der Zug mit Macht nach wie vor beabsichtigt? Und hatte es überhaupt einen Sinn, dort etwas entstellen oder verbergen zu wollen, wo jeden Augenblick die ganze Wahrheit offenbar werden konnte?[3]

Übrigens gaben sich die Neapolitaner mit dem Bescheide zufrieden. Den Ungarn aber lag offenbar vom Anfange an mehr an ihrem zweiten Auftrage an den Kaiser, Böhmen betreffend. Der Wunsch des Königs Matthias ging naturgemäß dahin, angesichts des neuen Krieges in Böhmen mit dem Papst wie mit dem Kaiser ins Klare zu kommen. War doch seine Lage bei der unverkennbaren Unzufriedenheit in Ungarn

Erzbischof von Mainz danken läßt. Ebendort. Bezüglich des Bundes der beiden Staaten s. Mon. Hung., Acta extera II. 230—237.

[1] Würzb. Akten fol. 40. Reissermayer 108. Der Bischof von „Vesperin" (106, 108) ist natürlich der von „Vesprim".

[2] Ein solcher Befehl an die Frankfurter bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 267, Nr. 434; vgl. ebendort Nr. 436 (Schreiben an die Konstanzer). Reissermayer 155—156 (an die von Basel mit dem Bemerken, es sei ebenso an die Fürsten, Prälaten, Herren und andere Städte geschrieben). Die Matrikel (zus. 3811 Mann) bei Reissermayer 153—155 stimmt mit den Angaben dort völlig überein. Alle Kontingente sollten am 8. September in Kärnthen stehen.

[3] Der Kardinal-Legat bezeichnet selbst gelegentlich den Anteil des Kaisers an den Erfolgen des Tages, indem er die Beschlüsse als „ad grande instantia dell' imperatore" gewonnen erklärt. Mon. Hung., Acta extera II. 238.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

derart, daß er sich sogar mit Polen aufs neue in Verhandlungen einließ. Und ging nicht unter den Leuten mancherlei Rede über des Kaisers feindselige Gesinnung gegen ihn? Der Bischof von Vesprim hatte deshalb schon bei seiner ersten Ansprache auch des böhmischen Krieges gedacht, in den der König auf Ersuchen von Papst und Kaiser eingetreten sei, ohne vom Kaiser, freilich wohl wegen „anliegender merklicher Sachen", die versprochene Unterstützung erhalten zu haben.

Er hatte gebeten, der Kaiser möge jetzt, nach des „Girsiks" Tode Matthias die verheißene Hilfe gewähren, und ihn zu dem Königreiche Böhmen „kommen" lassen; es solle darüber ein neuer Vertrag zwischen Kaiser und König aufgerichtet werden.

Kaiser Friedrich geriet durch dieses Ersuchen in Verlegenheit. Aber so eifrig er mit sich und den sächsischen Brüdern zu Rate gehen mochte, er fand keinen Ausweg. Böhmen wurde daher am 7. August gar nicht erwähnt, wobei der Umstand, daß der Bescheid zugleich denen von Neapel galt, wohl mithelfen sollte.

Aber die Ungarn, die sich darauf einen Tag Bedenkzeit erbaten, brachten am 8. August die böhmische Sache neuerdings und ziemlich energisch zur Sprache: wenigstens „ein glaubliches Wissen" müßten sie haben, daß der Kaiser eine Unterstützung der Ketzer nicht gestatten werde; dafür wären sie bereit, falls man es begehre, weiter Bescheid zu thun.[1] Aber sie erhielten weder an diesem, noch, obwohl der Kaiser dies in Aussicht gestellt, am nachfolgenden Tage (9. August) die erwünschte klare Auskunft und hätten sie trotz ihres Drängens, und obwohl sie die freundliche Haltung des Kaisers als Hauptbedingung für die Beteiligung ihres Herrn am Türkenkriege hingestellt hatten, wohl niemals erlangt, wenn nicht Legat Laurenz mit aller Entschiedenheit die Sache des Königs vertreten hätte. So versprach denn der Kaiser, dem Könige von Polen zu schreiben, daß er gegenwärtig von Waffengewalt absehe und den König von Ungarn nicht belästige. Sobald das deutsche Heer in Ungarn erscheine, sollten der Kaiser und die Fürsten und Hauptleute in offenen Schreiben verheißen, die Ungarn weder öffentlich noch privatim in irgend einer Weise zu schädigen und sie für jede Verletzung durch die Ihren schadlos zu halten; dafür hat der König Sorge zu tragen, daß die durch seine Länder gegen die Türken ziehenden Deutschen unangefochten bleiben, ja freundlich behandelt und gefördert werden. Ein neuer Ver-

[1] Würzb. Akten fol. 41a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

trag des Kaisers mit dem Könige wurde als unnötig bezeichnet, da der alte noch ungeschwächt fortdauere.[1]

Hielt auch der Kaiser, wie so viele, die Sache des Corvinen schon für „besiegt",[2] da er erwartete, der König werde mit solcher Einlösung der alten Hilfezusagen zufrieden sein?

Schon Ende Juli hatten mehrere Reichsstände, darunter Erzbischof Bernhard von Salzburg, Regensburg verlassen, der Kurfürst von Trier und sein Bruder von Baden, dann sämtliche Städteboten waren ihnen (am letzten Juli) gefolgt. Bereits gedachten auch die andern so zu thun „wegen der unerschwinglichen Kosten",[3] als — es war der 21. August[4] herangekommen, — der Kaiser sich erhob, um in Nürnberg mit den Fürsten und Fürstenbotschaften, so viele ihrer noch um ihn weilten, weiter zu tagen.[5] Auch der Kardinal von Siena folgte dorthin. Es handelte sich vor allem um die Aussöhnung des Kaisers mit dem Pfalzgrafen, wobei neben Kurfürst Ernst von Sachsen, Erzherzog Sigmund von Österreich und Herzog Ludwig von Landshut auch der Kardinal als Vermittler intervenierte, um die Freilassung des Herzogs Christof, endlich um weitere Vereinbarungen mit den italienischen Gesandtschaften. Je länger desto mehr hatte sich die Beilegung des Pfälzer Handels als hochwichtig für den Erfolg aller Verhandlungen und Beschlüsse des Reichstages erwiesen. „Kommt es zu solchem Frieden nicht", schreibt der Mailänder Gesandte nach Hause, „so achte ich trotz Auflegung der Reichssteuer und Abschluß des Landfriedens alles für nichts, der Einungen und Bündnisse willen, die damit allenthalben ins Spiel kommen".[6]

[1] Nach dem Berichte des Kardinal-Legaten vom 28. August an den Herzog von Mailand. Reissermayer 150—151, Anh. Nr. 14.

[2] Oratores Ungarie nondum advenerunt, qui pro victis jam habentur Antonio Romagnano am 29. Juli nach Hause (Mailand). Ebendort 152, Nr. 15.

[3] Ebendort 152.

[4] Es war dafür ursprünglich der 30. Juli in Aussicht genommen. Ebendort 151—152.

[5] Während, wie Kluckhohn, Reissermayer u. a., auch schon Gemeiner III. 486 bis 487, den Nürnberger Tag nicht als Reichstag gelten läßt, ist er nach den Berichten des Campanus, Romagnano und des Legaten selbst von den gleichzeitigen als Fortsetzung des Regensburger Reichstages angesehen worden. „Delle cose", schreibt der Kardinal am 28. August, „di questa dieta avisamo per altre nostre per Martino, di quanto era segnito. Vergl. auch Nürnberg an Straßburg am 9. Sept. Deutsche Städtechroniken V. 464, Anm. Math. von Kemnat, Quellen und Forsch. zur bayer. und deutsch. Gesch. II. 67. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 267—268, Nr. 438.

[6] Antonio Romagnano l. c. 152. Vgl. Campanus l. c. 299—301.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber die Aussichten dazu waren ungünstig, und sie wurden täglich geringer trotz des Eifers gerade des Legaten in dieser Sache. Während in der Umgebung des Kaisers der pfalzfeindliche brandenburgische Einfluß dominierte, kamen Tag für Tag Botschaften von neuen Siegen des Pfalzgrafen, der den Mandaten des inmitten seiner Stände weilenden Reichsoberhauptes zum Trotz alles aufbot, seinen Hauptgegner, den Veldenzer, und die mit ihm enge verbundenen Grafen von Leiningen-Hardenburg niederzuwerfen.[1] Ja eben jetzt, als der Pfalzgraf nach Eroberung von Städten und Burgen bis auf eine Meile von Meisenheim, dem Hauptsitz Ludwigs von Veldenz, vorgerückt war, willigte dieser, völlig entmutigt, in einen Frieden (am 2. September), der alles Eroberte in den Händen Kurfürst Friedrichs ließ, und den von Veldenz überdies verpflichtete, sich unverweilt in Heidelberg von Friedrich die Lehen erneuern zu lassen, ihm die Landvogtei Hagenau einzuräumen, alle bezüglichen kaiserlichen Briefe auszuliefern und überdies den Kaiser persönlich zur Zustimmung zu diesem ohne seine Ermächtigung abgeschlossenen Vertrage zu bewegen.[2] Schon am 6. September hat dann die Wiedererneuerung der Belehnung Ludwigs in Heidelberg stattgefunden. War zu erwarten, daß der Kaiser zu einer Ausgleichung, die für ihn eine unerhörte Niederlage bedeutete, die Hand bieten würde?

Aber ebenso wenig geschah in Nürnberg entscheidendes für die Befreiung Herzog Christofs von München oder erfreuten den Kaiser günstige Berichte über die Stellungnahme der Reichsstände zu der allgemeinen Steuer, derentwegen noch in Regensburg ein allgemeiner Städtetag für den 8. September nach Frankfurt a. M. beredet war.[3] Wohl erschienen hier die Ratsboten rechtzeitig und in verhältnismäßig großer Anzahl — neben den fränkischen, schwäbischen, ober- und mittelrheinischen Städten waren auch wieder Nordhausen und Mülhausen in Thüringen, dann Halle, Goslar, Köln, Aachen, Lübeck vertreten —,[4] wohl gelang es der Botschaft des Pfalzgrafen nicht, mit ihren Darlegungen über den Streit

[1] Das Detail des Krieges ist nach Kemnat, der Weißenburger Chronik, dem Poeta Weinspergensis mehrfach dargestellt. Vgl. auch die Nürnberger Jahrbücher des 15. Jahrhunderts in deutsche Städtechroniken X. (Nürnberg 4), 320 ff., wo auch die Anmerkungen zu beachten sind.

[2] Trithemius, Annal. Hirsaug. II. 476. Mone, Speierische Chronik in Quellensammlung I. 503. Menzel, Reg. zur Geschichte Friedrichs des Siegreichen 468—469. Kremer, Geschichte I. 469. Feeser 120 (wie gewöhnlich ungenau).

[3] Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 267—268, Nr. 435, 436, 438 bis 440.

[4] Vgl. König von Königsthal II. 153. Janssen l. c. und 272. Nach

ihres Herrn mit dem Kaiser und über den „dunkeln Landfrieden" einen äußeren Erfolg zu erzielen. Die wie stets vorsichtigen Städter erklärten, die Sache „hinter sich" bringen zu wollen.[1] Aber der gute Wille, den Wünschen des Kaisers nachzukommen, ward dadurch entschieden nicht erhöht. Die Abneigung gegen den zehnten Pfennig war allgemein. Vorgeschützt ward bei der Beratung in erster Reihe „die Armut" der Städte, deren Handel und Wandel zu sehr geschädigt sei, so daß sie „nach ihrer menschlichen Vernunft nicht finden und ermessen mögen, wie solches Geld in den Städten noch von den Ihren mit einigem Fuge zuwegen zu bringen sei". Aber der zweite vielleicht stärkere Beweggrund trat dann in dem Beschlusse hervor: Falls geistliche und weltliche Kurfürsten und Fürsten, Prälaten, Grafen, Herren, Ritter und Knechte zu einem gemeinsamen Zuge auffein und zu den Sachen thun, schicken und ziehen würden, so seien auch sie bereit, „mit Hilfe Gottes nach ihrer Gelegenheit" die Ihren mitzuschicken. Noch mehr verriet sich der Verdruß der Städte über die geringschätzige, ungleiche Behandlung, die sie in Regensburg erfahren, in ihrem Beschlusse den Landfrieden betreffend. Es wurde darauf hingewiesen, daß mehrere Entwürfe zur Vorlage gekommen seien, von denen ihnen nicht Mitteilung gemacht wurde, auch seien noch „Änderungen darein gefallen";[2] so lange die Sache aber nicht authentisch vorläge, könnten sie darüber auch nicht ratschlagen. Der kaiserlichen Befehle, die Kontingente nach dem Anschlage der Viertausend jetzt nach Kärnthen zu senden, beschloß man „sich nicht anzunehmen". Darauf und in Sachen des Landfriedens wollte man überhaupt nur auf Erinnerung Bescheid thun. Die Antwort auf die Steuervorlage zu überbringen, ward aber eine eigene Botschaft nach Österreich abgefertigt und ihr, was sie anzubringen habe, genau vorgeschrieben.[3] Denn noch ehe man (am 11. September) zu den entscheidenden Beschlüssen kam, hatte die Nürnberger Gesandtschaft die Nachricht gebracht, der Kaiser habe den Heimweg in die Erblande angetreten.[4]

268, Nr. 439 war der Kaiser eine Zeitlang geneigt gewesen, selbst zu dem Tage nach Frankfurt zu kommen.

[1] Janssen ebendort 268—269.

[2] Es sind jene in Nürnberg gemachten gemeint, welche die Ausschreiben vom 3. Sept. enthielten. S. unten und Chmel, Reg. II. 629—630, Nr. 6474.

[3] König von Königsthal II. 153—158. Janssen l. c. 268—273. Was die Reichsritterschaft weiter that, ist unbekannt, sie hat aber nichts geleistet. Auch nicht die Eidgenossen (vgl. Ansbacher Akten I. fol. 71 ff. und Segesser, Eidgenöss. Abschiede II. 422—424) und Böhmen mit den Nebenlanden.

[4] Janssen l. c. 267—268, Nr. 438.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

So war es auch. Kaiser Friedrich war in Nürnberg nicht mehr zu einer bedeutenden Thätigkeit gekommen. Gnadenbezeugungen für verschiedene Persönlichkeiten und die Besorgung der gewöhnlichen Regierungsgeschäfte,[1] Vergnügungen und Festlichkeiten, wozu die gastfreie Stadt Nürnberg und Kurfürst Albrecht von Brandenburg einluden, daneben ein Ritt das schöne Regnitzgelände abwärts nach Bamberg zu Bischof Georg und von da weiter nach dem Wallfahrtsorte Vierzehnheiligen bildeten die Hauptbeschäftigung.[2] Auch die Verhandlungen mit den italienischen Botschaften wurden, scheint es, vor allem deshalb geführt, weil sich dazu Zeit und Muße bot. Der Kaiser ließ ihnen nahe legen, daß die Vorbereitungen der italienischen Mächte angesichts der ungeheueren Macht der Türken keinesfalls ausreichend sein würden. Es sei deshalb notwendig, sich um weitere Hilfe, namentlich seitens des Königs von Frankreich und des Herzogs von Burgund, zu bekümmern, in Italien aber einen Konvent der Mächte abzuhalten, den Papst und Kaiser in Person besuchen sollten. Um all dies entsprechend einzuleiten, versprach der Kaiser, seinen Vertreter bei dem heil. Stuhle besonders zu informiren.[3]

Am 9. September kehrte Kaiser Friedrich, von Kurfürst Albrecht, seiner Gemahlin und von dem jungen Markgrafen Friedrich geleitet, von Kadolzburg nach Nürnberg zurück,[4] und noch am selben Abend erhob er sich zur Heimkehr nach Österreich, das er auf der Straße über Kehlheim, Regensburg, Passau ziemlich rasch erreichte.[5] Das gänzlich Nutzlose weiteren Aufenthaltes oben im Reiche, worüber die Meldungen über die pfälzischen Vorgänge keinen Zweifel ließen, Nachrichten über drohende Verwickelungen in Ungarn und in Österreich selbst mögen seine schleunige Abreise verursacht haben,[6] Auch Kurfürst Adolf zog wieder mit dem

[1] Chmel, Reg. II. 626—628. Vgl. in Sachen der Gerichtsbarkeit und des Landfriedens, der neuerdings modifiziert ward, bes. Menzel, Gesch. von Nassau V. 382.

[2] Über den Aufenthalt des Kaisers in Nürnberg s. bes. Deutsche Städtechron., Nürnberg V. 458—467.

[3] Nach dem Schreiben des Kardinals von Siena vom 28. August l. c. ist dies geschehen. Zugleich ließ der Kaiser dem Papste ein ausführliches Memorandum über den Türkenkrieg zustellen. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 431—434.

[4] Janssen II. 268, Nr. 438.

[5] Chmel, Reg. II. 628—629. Gemeiner, Regensb. Chronik III. 493.

[6] Da wir wissen, daß des Kaisers Abreise am 7. September feststand (Janssen II. 268, Nr. 438) als man von einer Absicht des Pfälzers, nach Nürnberg zu kommen, nichts wußte, ferner daß der Pfalzgraf noch am 6. mit Ludwig von Veldenz, der an diesem Tage belehnt wurde, in Heidelberg war, so erweist sich das oft erzählte Histörchen, der Kaiser sei vor dem Pfalzgrafen aus Nürnberg geflohen, als unwahr,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser ostwärts, seines Amtes als Haupt der Deutschen Kanzlei ferner zu walten. Der Kardinal von Siena aber, nach wie vor überzeugt, daß der Handel des Kaisers mit dem Pfalzgrafen die Hauptursache gewesen, weshalb seine Mission nicht den erwünschten glänzenden Erfolg aufzuweisen hatte, zog über Würzburg, wo er länger weilte, nach Heidelberg, zu versuchen, ob er nicht den Pfälzer durch die eigene und des heil. Stuhles Autorität doch noch zur Nachgiebigkeit bestimmen und so einer kraftvollen Offensive des Reiches gegen die Türken wenigstens in der Zukunft die Wege ebnen könnte. Da erhielt er in Heidelberg, den abwesenden Kurfürsten erwartend,[1] die Weisung des neuen Oberhauptes der Kirche, Papst Sixtus IV., nach Italien heimzukehren.

Am 26. Juli 1471 war Papst Paul II., vom Schlage gerührt, plötzlich aus dem Leben gegangen, zu einer Zeit, als auch er sich mit ganzem Eifer der großen Sache des Türkenkrieges zu widmen Miene machte. Der letzte in einer Reihe bedeutender Männer, die ihren Pontifikaten durch begeisterte Hingebung an ihr hohes Amt und Sittenstrenge Ehre machten, leitet er hinüber zu einer neuen Folge von Päpsten, bei denen der Priester hinter dem Haupte des Kirchenstaates zurücktrat. Papst Paul war eben eine geborene Herrschernatur, als Politiker und Staatsmann ungleich bedeutender denn als Theologe. Seine Lieblingsbeschäftigung war die Geschichte, deren Studium ihm, der durch Audienzen und eine große Geschäftslast so sehr in Anspruch genommen war, nach dem Mahle und der gewöhnlichen Tagesarbeit Bedürfnis und Genuß blieb.[2] An Energie und Festigkeit des Willens stand er hoch über dem Vorgänger und Nachfolger.

Pauls II. Nachfolger wurde schon am Morgen des 9. August der Franziskanerordensgeneral und Kardinal von San Pietro in Vincoli, Francesco della Rovere,[3] dessen Pontifikat ebenso freudig begrüßt ward, wie es in hohem Maße Veränderung, Überraschung und Enttäuschung bringen sollte.

wie so viele andere seiner Gattung. Bestand denn, selbst wenn der Kaiser zugleich mit dem Pfälzer in Nürnberg war, für ersteren irgend eine Nötigung, diesen zu sehen?

[1] Dresdn. Archiv, Böhm. Sach. III. fol. 173.

[2] Cannensii Vita Pauli II. in der Biblioth. Angelica zu Rom, Cod. R 7. 18 fol. 67. Die Ausgabe der Vita bei Quirini, Pauli II. Veneti pont. max. vita praemissis ipsius sanctissimi pontificis vindiciis adversus Platinam aliosque obtractatores, Romae 1740, war mir nicht zugänglich. Vergl. noch L. Pastor, Wahl und Charakter Pauls II., Katholik 1889, 47—59.

[3] Pastor, Geschichte der Päpste II. 404; 657—659, Anh. Nr. 107—110.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Sechzehntes Kapitel.

Kaiser und Reich nach dem Regensburger Reichstage. Verhandlung und Krieg zwischen den Königen von Ungarn und Polen. Der ungarische Aufstand und Kaiser Friedrich. Übele Lage des Kaisers in den österreichischen Erblanden und im Reiche.

So zähe der Kaiser an den in Regensburg geschehenen Bewilligungen für den Türkenkrieg festhielt und so sehr er sich Mühe gab, Fürsten und Städte zur Absendung ihrer Kontingente zu veranlassen:[1] Der Erfolg war gering und die Hilfe, die ihm damit zu Teil ward, vollkommen ungenügend. So weit sich erkennen läßt, sandten nur Albrecht von Brandenburg und die jüngeren Herren von Sachsen ihre Scharen nach Österreich.[2] Herzog Ludwig von Bayern-Landshut, der 600 Mann versprochen hatte, redete sich hinterher damit aus, daß der Kaiser sie auch gegen die Aufrührer in Österreich habe verwenden wollen. Er verweigerte ebenso die vom Kaiser gewünschte Verhandlung betreffs gemeinsamen Vorgehens Böhmen gegenüber, da sich ihm der Kaiser in seinen vielfältigen Wünschen und Angelegenheiten nicht entgegenkommend genug finden ließ.[3] Aus der Krone Böhmen, die mit dem Hauptlande „und Merhern, Schlesien, Lausitz, Sechsstädten, Eger und Ellenbogner Kreis" auf 300 zu Roß und 700 zu Fuß angeschlagen war,[4] kam nicht ein Mann, so wenig als aus dem ganzen Norden des Reiches, oder gar aus Savoyen und der Schweiz, Lothringen oder Burgund. Die Reichsstädte aber standen nach mehrfachen Städtetagen und Sendungen an den Kaiser im März 1472 dort, wo sie im September 1471 gewesen: unter entschiedener Ablehnung des gemeinen Pfennigs erklärten sie sich bloß bereit, als fromme Christen nach ihrer „Gelegenheit zu den Dingen zu thun", falls die vorderen Reichsstände zu dem allgemeinen Zuge zuvor, wie dies billig sei, auf sein würden.[5] Und das geschah zu einer Zeit, in welcher der Kaiser, durch dessen südliche Besitzungen die Türken

[1] Erhellt besonders aus verschiedenen Äußerungen, die auf den damaligen Städtetagen fielen. Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 275, 276, 283 u. a.

[2] Vgl. J. C. Burckhardt, Das funfft Merckisch buch, Jena 1857. Auch Bamb. Arch., Reichstagsakten V. fol. 140—142. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 276.

[3] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 303—305. Vgl. Riezler, Gesch. Baierns III. 448.

[4] Müller, Reichstagsth. II. 489.

[5] Schreiben vom 20. März 1472 an den Kaiser bei Janssen, Frankf. Reichsk. II. 282—283, Nr. 445.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nochmals im November 1471 einen verheerenden Streifzug unternommen hatten, auf dem sie bis über den Karst und an den Isonzo gelangten, „neuen Einbruchs ganz gegen Kärnthen und Friaul wartend" war, was nur die Frühjahrsüberschwemmungen verhinderten.[1] Doch wurde kurz darauf das Gebiet um Möttling an der Kulpa ausgeplündert und eine große Menge Menschen erschlagen oder weggeschleppt.[2]

Aber mehr noch als die Türken bedrängten den Kaiser innere Unruhen in den Erblanden, namentlich in Niederösterreich, und die wachsende Spannung mit dem Ostnachbar, König Matthias von Ungarn.

Als die Meldungen aus der Heimat immer bedrohlicher lauteten,[3] hatte König Matthias am 27. Juni (1471) Iglau verlassen, um über Znaim den Grenzen Ungarns zuzuziehen. Zuvor aber fertigte er den Bischof Prothas von Olmütz nach Krakau ab, nochmals zu versuchen, ob sich der Krieg mit Polen vermeiden lasse.[4] Es war die weitestgehende Nachgiebigkeit, entsprechend der schwierigen Lage des Corvinen, die aus der Werbung seines Sendboten (9. Juli) an den Polenkönig sprach: Nach einer Darlegung der Art und Weise, wie König Matthias in den Krieg gegen Böhmen geraten, und der ungeheueren Opfer, welche er bereits dafür gebracht, gab Prothas die Erklärung ab, sein Herr hätte sich des Krieges sicher enthalten, wenn ihm Kasimir einst, als er ihn von Breslau aus besandt, seinen Willen geoffenbart. Nun, da es so weit gekommen, könne König Matthias nicht ohne weiteres zurücktreten; deshalb möge Kasimir sich nicht in die böhmischen Dinge mengen, da schweres Unheil daraus entstehen werde.

Natürlich war diese „schlichte Bitte" umsonst. Der Bischof schlug darauf vor, den Streit um Böhmen durch Papst und Kaiser „mechtiglich und endlich entscheiden zu lassen, oder einzuwilligen, daß König Matthias ganz Böhmen erhalte, dafür aber Kasimirs ältesten Sohn an Sohnesstatt annehme, ihm die Nachfolge in Böhmen zusichere und sich zugleich mit ihm krönen lasse".

Auch diese Erbietungen wurden ebenso wie die andern abgelehnt, obwohl Bischof Prothas bevollmächtigt war, auch die Zustimmung seines Herrn zur Krönung Wladislaws in Böhmen zuzusagen, falls man den

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 177, Nr. 164.

[2] Ebendort 186, Nr. 170. Vgl. auch Janssen F. R. II. 283, Nr. 446. Zu gleicher Zeit wurde die Umgebung von Peterwardein verheert. Script. rer. Siles. XIII. 100, Nr. 132.

[3] Der König hatte namentlich (Scr. rer. Silesiac. XIII. 40—41) einen neuen Anschlag auf die ungarischen Bischöfe gelegt.

[4] Eschenloer, Geschichten II. 223.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schiedsspruch der beiden Häupter der Christenheit annehme und Wladislaw mit höchstens tausend Pferden friedlich nach Böhmen ziehe.[1]

Natürlich konnte nach der Ablehnung von einem zweiten Auftrage des Bischofs, im Falle des Gelingens der Verhandlung zur Befestigung der freundschaftlichen Verhältnisse zwischen beiden Königreichen für König Matthias die Hand der Prinzessin Hedwig zu begehren, nicht erst die Rede sein.[2] Als Prothas mit leiser Drohung bemerkte, der erhaltene Bescheid werde die gerechte Erbitterung seines Herrn hervorrufen, erhielt er die bezeichnende Antwort, es werde eine Zeit kommen und sie sei schon da, wo Matthias weder in Ungarn noch auch in Böhmen etwas haben werde.[3]

„Dem Ungarkönig", schreibt der Breslauer Stadtschreiber, die Unnachgiebigkeit der Polen mit Recht hervorhebend, „blieb weiter nichts abzutreten übrig, als höchstens, daß er dem Erstgeborenen (Kasimirs) das Reich abtreten und geben wollt". König Matthias galt damals in Krakau so gut wie in Regensburg als verloren. Dagegen stand Polen inmitten umfassender Rüstungen für eine doppelte Heerfahrt: den Einbruch in Ungarn und den Zug des ältesten Sohnes des Königs nach Böhmen. Man war der Zustimmung des Kaisers nach beiden Seiten hin sicher. König Kasimir unterhielt Verbindungen mit den angesehensten ungarischen Ständen, die sich im gegebenen Augenblicke für Polen zu erheben gelobten. Er hoffte die böhmischen Nebenlande wenn nicht zum Abfall von Matthias und zum Anschlusse an seinen Sohn, so doch zur Neutralität zu vermögen. Unmittelbar nach der Abreise des ungarischen Botschafters (12. Juli) trat Polen in die Aktion ein.[4]

Der Zug nach Böhmen glückte. Zwar durch Mähren zu reiten, wie die Polen ursprünglich beabsichtigt hatten, erwies sich unmöglich. Zdenko von Sternberg, der soeben die Belagerer von Scharfenschwert siegreich abgetrieben und verwüstend bis vor Prag vorgedrungen war,

[1] Die verschiedenen (lat., czech. und deutschen) Drucke der Werbung verzeichnen jetzt Script. rer. Siles. XIII. 44—45. Den hier gebrachten Bemerkungen gegen Palacky V. 1, Anm. 25 und Szujski, Cod. epistol. saec. XV., II. 336, betreffend die Glaubwürdigkeit Eschenloers u. s. w., kann ich nur vollinhaltlich beipflichten.

[2] Vergl. die lat. Version bei Szujski l. c. 252—253, die ich aber nicht für authentisch halte. Daß Prothas aber doch des Auftrages gelegentlich, und um die Annahme der drei Punkte zu unterstützen, erwähnte, zeigen die Äußerungen der böhmischen Gesandten. Archiv cesky IV. 455—456.

[3] Eschenloer, Gesch. II. 227. Dort 225—227 findet sich auch die Antwort König Kasimirs an den Bischof. Hist. 242 meldet nur das Ergebnis. Über Prothas selbst vgl. H. Markgraf in der Allgem. Deutsch. Biogr. 26, 668—670.

[4] Vgl. Script. rer. Siles. XIII. Nr. 73, 74, 76, 78, 79, 80, 82 u. s. w.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erschien rechtzeitig in Nordmähren und verlegte, vereint mit dem Woiwoden von Siebenbürgen und Franz von Hag, dem Polenheere den Weg. Vor ihrer Übermacht wich König Wladislaw nach Nordwesten aus und erreichte glücklich Glatz, von wo die Straße nach Prag frei war. Die Schlesier, durch die Mahnungen und Lockungen des Polenkönigs schwankend gemacht,[1] hatten nämlich beschlossen,[2] erst über ihre fernere Haltung auf einem Tage zu Breslau zu beraten, und bereiteten daher der Fahrt kein Hindernis.

Am 22. August wurde Wladislaw in Prag von dem Bischofe von Kameniec-Podolski ohne großes Gepränge und allein in Gegenwart der Räte Herzog Albrechts von Sachsen gekrönt.[3] Auch sie kamen mehr, um, unterstützt von Botschaften Kurfürst Ernsts von Sachsen und Albrechts von Brandenburg, die Geldforderungen ihres Herrn an den neuen König zu betreiben, als dem Erwählten zu Ehren.[4] Der neue König ließ „einen gemeinen Frieden" in den von ihm besetzten Teilen der Krone ausrufen; er rief nochmals die Insassen des Königreiches, die sich an Matthias von Ungarn hielten, bis Michaelis (29. September) zu sich, sonst werde er „zu ihnen gedenken als zu seinen Feinden". Aber es war jetzt nicht Zeit, in Böhmen etwas entscheidendes zu unternehmen. Solches sollte in Ungarn geschehen, das in Besitz zu nehmen Wladislaws jüngerer Bruder Kasimir sich mit einem Heere erhoben hatte. Zu ihm fanden sich durch Nordmähren, nicht ohne vielfache blutige Händel mit ihren neuen böhmischen Freunden, auch die polnischen Scharen, welche König Wladislaw nach Prag geleitet hatten.[5]

Neben den schweren Lasten, die König Matthias seinen ungarischen Unterthanen zumutete, hatten auch Gründe persönlicher Natur im Sommer 1471 den lange verhaltenen Unmut bis zu offener Empörung gesteigert. Es waren übrigens wesentlich dieselben Ursachen, die vordem in Österreich die Stände mit dem Kaiser verfeindet und in Böhmen die

[1] Vergl. u. a. Script. rer. Siles. XIII. l. c., dazu Eschenloer, Gesch. II. 228 ff. und die Chronik des Benedikt Johnsdorf in Scr. rer. Siles. XII. 111.

[2] Vgl. Scriptor. rer. Silesiac. XIII. 48—49, Nr. 74; 51, Nr, 79; 58—60, Nr. 83, 84.

[3] Font. rer. Austr. XKVI. 166—167, Nr. 143. Script. rer. Siles. XIII. 61 Nr. 85. Staří letopisové čeští 207. Eschenloer, Geschichten II. 228. Dlugosch 555. Katona, Hist. crit. XV. 493. Palacky, Gesch. v. Böhmen V. 1, 49. Caro, Gesch. Polens V. 1, 349.

[4] Font. rer. Austriac. XLVI. 167 und 168, Nr. 156; 175, Nr. 162, 163. Dlugosch 555—556.

[5] Dlugosch 555—556.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Barone gegen König Georg in die Waffen gebracht hatten. Indem der König den wachsenden Aufgaben seines Herrscheramtes und den Regungen seines Ehrgeizes nachging und die Mittel schuf oder in Anspruch nahm, ohne ängstlich nach dem Herkommen zu fragen, indem er sich dabei des Rates und des Armes jener Männer bediente, die sich ihm geeignet und willfährig erwiesen und nicht, wie hohe kirchliche Würde und der klangvolle Name berühmter Vorfahren zu gebieten schienen: trat auch für Ungarns Entwickelung, ein Wendepunkt ein. Die ständische Gewalt vermochte mit der aufsteigenden Macht des Königtums nicht mehr gleichen Schritt zu halten und trotz des konstitutionellen Apparates war der königliche Absolutismus nahe. Und in welcher Art machte dieser walachische Bojarensohn seine Übermacht geltend! Kaum je besaß ein Herrscher aus altem Königsgeschlechte in dem Maße wie der Corvine das stolze Machtgefühl, das klare Bewußtsein hoher geistiger Überlegenheit über Fürsten, Fürstenräte und Unterthanen! Dazu kam des Königs rücksichtslose Strenge gegen allen Widerstand, sein Undank und Übermut, die ihn Rang, Alter und Verdienste nur so lange schätzen ließen, als er sich neue Dienste versprechen konnte, schließlich auch vielfache Ungunst der Verhältnisse. Es ist gewiß bezeichnend, daß sich der König einstmals, als der Erzbischof Johann von Gran, der alte Freund und Förderer seiner Familie, die willkürliche Verwendung der dem Könige bewilligten Mittel scharf tadelte, so weit vergaß, daß er dem an Jahren weit älteren Kirchenfürsten einen Schlag ins Gesicht versetzte. Und das geschah zur Zeit, als der Boden bereits unter seinen Füßen wankte! Nun waren der Erzbischof und sein Neffe, der Bischof von Fünfkirchen,[1] die Führer der Bewegung gegen den König. Es gab ihrem Unmute gerechte Nahrung und ihrem Vorgehen eine Art patriotischen Hintergrund, wenn sie darauf hinwiesen, daß der König über dem Kampfe gegen Böhmen den Türkenkrieg versäume und die mit schwerstem Drucke gewonnenen Mittel statt zum Kriege gegen den Erbfeind gegen die Ketzer verbrauche; dagegen würde eine Erhebung Kasimirs von Polen, des Enkels König Albrechts II., dem Kriege mit Böhmen ein Ende schaffen und die drei Königreiche des Ostens, in die Hände des Polenkönigs und seiner Söhne gegeben, zu einer großen Einheit zusammenschließen, deren Kräfte für die Bekämpfung der Türken ungehindert zur Verfügung stünden. So wenig glaublich die Meldung klingt, daß von 75 Komitaten des Reiches nur neun, und von den geistlichen und weltlichen

[1] Johannes von Czezinge = Janus Pannonius.

Magnaten nur der Erzbischof von Kalocza und der Palatin dem Könige treublieben,[1] so steht doch fest, daß mit den genannten und andern Prälaten eine sehr bedeutende Anzahl weltlicher Großen direkt mit König Kasimir angeknüpft hatte und eine noch weit größere Anzahl bereit war, die Sache des Corvinen aufzugeben, sowie sein Gegner Fortschritte machte.[2]

Und nicht viel anders als in Ungarn stand es auch in den von Matthias eroberten böhmischen Nebenlanden, vor allem in Schlesien und Breslau, das sich ohnehin durch die polnisch-hussittische Allianz in die Mitte genommen sah und dessen materieller Wohlstand, auf dem freien Verkehr seiner Kaufleute beruhend, im Falle eines Krieges mit Polen dem Ruine verfallen mußte. Auf dem nur schwach besuchten Fürstentage zu Breslau (3. August) erklärten daher schließlich nur Bischof Rudolf und sein Kapitel, sie würden an der Seite des Königs Matthias ausharren. Aber auch sie stimmten bei, daß man den Papst und König Matthias selbst beschicken möge, um sich unter Darlegung der bedrängten Lage des Landes einen Rat zu erbitten, und daß man einstweilen bei König Kasimir einen Stillstand und Aufschub verlange. Auf neue ungünstige Meldungen über die Lage des Ungarkönigs wuchs auch in Breslau der Kleinmut der doch sonst so streitfertigen Geistlichkeit und die Verzagtheit aller ungarisch gesinnten Bürger so sehr, daß alle bereit waren, von Matthias abzufallen, falls etwa eine päpstliche Erklärung den Weg dazu ebnete, und daß die Stadt neben andern Schlesiern sich zu einseitigen Abmachungen mit König Kasimir entschloß.[3] Schon zu Beginn September nahmen in der That die Boten des Bischofs, der Herzöge von Glogau, Öls und Oppeln und der Stadt Breslau in Krakau bestimmte Verpflichtungen auf sich. Der erste Schritt zum Parteiwechsel war geschehen. Schon setzte die polnische Propaganda auch in den Lausitzen und bei den Anhängern des Königs Matthias in Böhmen ein.[4]

[1] So Bonfini l. c. 409. Treu blieben dem Könige doch auch der Bischof von Erlau, der Bischof von Siebenbürgen, der Woiwode von Siebenbürgen und alle hervorragenden Hauptleute des Heeres.

[2] Neben den früher bekannten Meldungen über diese Dinge bei Dlugosch, Bonfini, Eschenloer, Pešina u. a. kommen nun neue in Betracht, so der sehr wichtige Bericht bei Reissermayer, Der große Christentag zu Regensburg 1471, 147—150, Anh. Nr. 13; ferner die Berichte in Font. rer. Austr. XLVI. 168—169, Nr. 157; 169—175, Nr. 159; 160—161. Script. rer. Siles. XIII. 61—63, Nr. 87; 65—66, Nr. 91; 66—67, Nr. 93; 78—79, Nr. 109; 81—85, Nr. 113.

[3] Vgl. Eschenloer, Histor. Wratisl. 243—244, 256. Scriptor. rer. Siles. XIII. 63—65, Nr. 89, wo namentlich auch die Anmerkung 64—65 zu beachten ist; ferner 65—66, Nr. 91; 66—68, Nr. 93—95; 69—72, Nr. 97—102.

[4] Script. rer. Siles. XIII. 69—70. Reissermayer l. c. 148.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber der geniale Corvine besaß ebenso wenig von der Unklarheit und Unbeständigkeit Georg Podiebrads, der erst stürmisch vordrängte und dann weichmutig nachgab, der natürliche Verbündete durch Treulosigkeit zu unversöhnlichen Feinden machte und wieder bei anderen auf Dankbarkeit, Gehorsam und Versöhnlichkeit unermüdlich rechnete, wie von des Kaisers Unentschlossenheit und duldsamem Fatalismus mit ihren ins weite gelegten, wohlberechneten Zielen und ihren kläglichen Mißerfolgen in der Nähe und bei dem Nächsten. Als Matthias, wie es heißt von einem Graner Domherrn gewarnt,[1] aus Mähren nach Ungarn heimgekehrt war, erkannte er rasch die Sachlage und klug fand er die Mittel, sie zu seinen Gunsten zu wenden. „Also hat König Matthias", erzählt der Regensburger Bericht, „mit seinen Hungarn so gütlichen gehandelt und sich mit ihnen so friedlichen vereint, daß sie ihm des jungen Königs von Polen Fürnehmen und Anschlag geoffenbart und desselben Kunigs Brief und Verschreibung . . zeigt und übergeben".[2] Mit kühnem Mute hatte sich der König, noch ehe er seine Scharen aus Böhmen und Mähren nach Ungarn gezogen hatte und in Österreich die Werbung gelang, mit wenig Begleitern auf dem Landtage zu Altenofen in die Mitte der feindlichen Stände gewagt und auf das geschickteste Schmeichelei und Drohung, Verheißung und Einschüchterung und namentlich rechtzeitig einlangende Erklärungen Papst Pauls II. für seine Ansprüche auf den böhmischen Thron verwertet.[3] So gelang es ihm, nicht nur den kleinen Adel, sondern auch die Mehrheit der Prälaten und Magnaten wieder für sich zu gewinnen,[4] ja sogar eine neue Steuer, — direkt für den böhmischen Krieg —, zu erlangen. Dafür gelobte der König, die Stände in dieser Sache nicht weiter zu belasten und den Krieg mit seinen Söldnern zu führen. Ihre verfassungsmäßige Verpflichtung, gegen die Türken und den Sohn des Polenkönigs, der mit gewaffneter Hand über die Reichsgrenze hereingebrochen, zu helfen, erkannten die Ungarn an.

Damit war das schwerste gethan. In Böhmen hielt vor allem der energische Laurenz von Ferrara die Barone an der Seite des Königs

[1] Er selbst erzählt aber, daß ihn die Prälaten und Barone, die das Heer an der Save gegen die Türken befehligten, gerufen. Ausschreiben gegen den Kaiser vom Frühjahre 1472. Vgl. Eschenloer, Geschichten II. 253—257 und Script. rer. Siles. XIII. 81—84, Nr. 113. Doch ist es offenbar Entwurf geblieben, ein Schriftstück mit vielen Verdrehungen, Übertreibungen und direkten Unrichtigkeiten.

[2] Der Berichterstatter ist ein böhmischer Ritter, Zdenko von Ronsperg auf Bischofteinitz, damals Gesandter der ungarisch gesinnten Barone in Ungarn.

[3] Reissermayer 149; Font. rer. Austr. XLVI. 172.

[4] Vgl. Sriptor. rer. Siles. XIII. 79, Nr. 109.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

fest; Mähren, an sich der polnischen Agitation weiter entrückt, war der ungarischen Machtsphäre um so näher; in Schlesien, wo wenigstens die Herzöge Friedrich von Liegnitz und Hans von Sagan neben einigen Edlen an Matthias festgehalten, und in den Lausitzen ward die Gegenaktion gegen die Polen eingeleitet. Den Kaiser beschäftigte nach seiner Heimkehr aus dem Reiche der Aufstand der Eizinger, dem König Matthias so sicher nahestand, als seine Verbindung mit Ulrich von Grafeneck und dem jüngeren Baumkircher offenkundig war. Dem neuen Papste endlich ward die Genesis der böhmischen Dinge in einer Weise dargestellt, daß er — nach einiger Zögerung — nicht umhin konnte, dem Vorgehen des Ungarkönigs weitgehende Berechtigung zuzuerkennen.

Hatte König Kasimir noch im Monate August gemeint, es genüge das Erscheinen seines Sohnes an der Spitze einiger tausend Mann in Ungarn um den Zusammenbruch der Herrschaft des Corvinen herbeizuführen,[1] so erkannte wenige Wochen darauf auch er, daß es zur Gewinnung des Königreiches größerer Anstrengung bedürfen werde. Das ging nun hart, weil es wie stets an den Mitteln fehlte. Auch als am 20. September Prinz Kasimir von Krakau aus sein Kriegsmanifest gegen Matthias, „der sich zum König von Ungarn aufgeworfen und gewaltsam gemacht hat", erließ,[2] waren die polnischen Rüstungen noch lange nicht beendet. Erst um den Beginn November erhob sich Kasimir von der (polnischen) Zips zum Marsche über Kaschau und Erlau auf Ofen.

König Matthias war längst bereit, ihn nach Gebühr zu empfangen, ohne freilich auch jetzt der äußersten Vorsicht zu vergessen. So lange der Pole, welcher die ungarischen Stände für den 8. Dezember zu sich entboten hatte und, verstärkt durch die Scharen aus Böhmen, nun ein Heer von etwa 12000 Mann besaß,[3] im Vorrücken begriffen war und so lange sich der Erfolg der Invasion, die ja weit und breit ungeheueres Aufsehen erregte und nach der allgemeinen Annahme sicheres Gelingen verhieß, nicht überblicken ließ, blieb König Matthias beobachtend in dem festen Lager vor Ofen stehen.[4] Als aber das Land ruhig und der Adel bis

[1] Zdenko von Ronsperg (Reissermayer l. c. 148) meldet die Absicht des Königs, seinen Sohn mit 4000 Mann nach Ungarn zu senden.

[2] Dogiel, Cod. dipl. Poloniae I. 60—61. Höfler, Arch. für Kunde österr. Gesch.-Quellen VII. 50—51. Zeile 9 von unten muß es heißen: regis Polonie, magni ducis Littvanie etc. Script. rer. Siles. XIII. 66, Nr. 92 (Reg.). Es ist eine Kopie des Ausschreibens, die Ctibor von Zinnenburg an Markgraf Albrecht von Brandenburg schickte. Vgl. ebendort 51—55, Nr. 26.

[3] Script. rer. Siles. XIII. 66, Nr. 91.

[4] Quellen und Litteratur des Feldzuges verzeichnet Huber, Geschichte Öster-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auf wenige Prälaten treu blieb, Kasimir aber darüber verblüfft in Hatwan Halt machte, regte sich auch Matthias. Vor ihm wichen die Polen gegen Westen aus, angeblich, um sich der wichtigen Kremnitz zu bemächtigen, vor allem aber wohl, um nicht sofort das Land räumen zu müssen und doch ihrer Rückzugslinie nahe zu sein. Dann eine Wandlung! Auf Befehl des Erzbischofs von Gran, der damals die Neutraer Kirche verwaltete, öffneten Stadt und Burg Neutra dem polnischen Heere die Thore, und der Bischof von Fünfkirchen stellte sich mit 200 Reitern bei Kasimir ein. Wieder flogen großartige Berichte über die Erfolge des Prinzen, den man bereits als Inhaber des ungarischen Reiches bezeichnete, in die Weite.[1]

Aber der hinkende Bote kam rasch nach. Es zeigte sich abermals deutlich, daß nicht berechnende Schlauheit allein, sondern vor allem finanzielle Erschöpfung den Polenkönig in den letzten Jahren veranlaßt hatten, neuem Kriege sorgfältig aus dem Wege zu gehen. Trotz des langen Friedens und der Bewilligungen des Reichstages hatten seine Mittel kaum für das böhmische Unternehmen gereicht. Für Prinz Kasimir blieb allzu wenig. Der Krieg dauerte in Ungarn kaum einige Wochen und schon vermochte Kasimir seine Miettruppen nicht mehr zu bezahlen. Sie waren bisher, da der Prinz ja als Freund ins Land zog, verhalten worden, Besitz und Person sorgsam zu schonen, und sahen jetzt dafür einen übermächtigen Gegner herannahen. Da gab den Dienst im Heere auf, wer es nach seinem Vertrage vermochte.

Aber nicht allein die Söldner, zumeist deutsche, zogen ab, sondern auch einzelne polnische Hofleute. Der Bischof von Fünfkirchen entfernte sich schon nach wenigen Tagen wieder, als er diesen Stand der Dinge sah. Als nun gar König Matthias nach Entlassung des Landesaufgebotes, dessen er nicht mehr bedurfte, und nach Verwüstung der Güter der Bischöfe von Gran und Fünfkirchen, die Verzeihung erbaten und erhielten (19. Dezember), mit seinen alterprobten Kerntruppen vor Neutra anlangte, ward in der Stadt die Mutlosigkeit allgemein. Die polnische Expedition ging rasch vollends in Trümmer. Trotz des Wider-

reichs III. 227, Anm. 1 (es wäre neben den bereits erwähnten Berichten nur noch auf Eschenloer, Histor. Wrat. 247 und Fontes rer. Austriac. XLII. 503—504, Nr. 370, wo aber das Datum zu verbessern ist, zu verweisen); ebenso findet sich dort eine zutreffende Übersicht der Ereignisse (225—227). Dazu vergleiche man auch das Schreiben Kurfürst Albrechts von Brandenburg an seinen Schwiegersohn, Herzog Heinrich von Münsterberg, auch sonst von Interesse, bei Höfler, Fränkische Studien, Archiv XII. 52—55, Nr. 28.

[1] Script. rer. Siles. XIII. 75, Nr. 104 a. a.

spruches angesehener Hauptleute verließ der junge Kasimir Neutra zur Nachtzeit (27. Dezember) und in solcher Eile und Unordnung, daß ein Teil seines Gepäckes, ohne entsprechende Bedeckung gelassen, den Ungarn in die Hände fiel. Die Besatzungen von Neutra und der wenigen Punkte ringsum, deren sich die Polen bemächtigt, sahen sich darauf durch die Ungarn hart bedrängt und geschädigt. Meldete die Fama schon Ende Dezember, daß König Matthias die Polen „aus Ungarn getrieben", so war in der That kurz nachher fast kein ungarischer Platz mehr in polnischen Händen.[1]

Die Folgen der ungarischen Kämpfe wurden rasch nach allen Seiten bemerkbar. Als (Mitte November) der Nuntius Tilemann Schlecht bei König Kasimir erschien, zur Versöhnung mit König Matthias, dessen Ansprüche die Kurie billig finde, zu mahnen und seine Vermittelung anzubieten, hatte sich Kasimir sehr unzugänglich gezeigt: er erwarte nun den Erzbischof von Gran bei sich, um mit ihm die alten Verträge zwischen den Reichen Ungarn und Polen zu erneuern und zu verbessern. Und noch Ende November glaubte der Nuntius an keinen Erfolg seiner Sendung, obwohl der Erzbischof ausgeblieben war und der König viel von seiner Friedensliebe zu reden begann. Da verhalfen die Niederlagen der Polen dem Vermittler rasch zu Ansehen.[2] Als er jedoch mit dem Kastellan von Sandez an König Matthias die Bitte des Polenkönigs um Waffenruhe und Verhandlung überbrachte, da strafte dieser den Hochmut der Polen damit, daß er zwar die Bitte Kasimirs den Nachbarn verkündete,[3] aber den Kastellan fünf Wochen auf einen Bescheid harren ließ. Dann erst willigte Matthias in eine Waffenruhe bis zum 24. Juni 1472, während welcher Zeit zu Olmütz Gesandte der drei Königreiche über den definitiven Frieden beraten sollten.

Als die Schlesier am 4. Oktober zu Breslau eben über die König Kasimir zu erteilende Antwort berieten, stellte sich, sehr zur rechten Zeit, mit den aus Ungarn heimkehrenden Boten der Herzöge Friedrich von Liegnitz und Johann von Sagan, der Graf Johann von St. Georgen als Gesandter des Königs Matthias ein. Von ihnen vernahm man,

[1] Dlugosch 564—565.

[2] Nach dem Schreiben des Nuntius v. 27. Nov. an Bischof Rudolf von Breslau in Scriptor. rer. Siles. XIII. 78—79, Nr. 109.

[3] Wie wenig Matthias versäumte, seine Erfolge auch diplomatisch auszunützen, zeigt u. a. Mon. Hung., Acta extera II. 229, Nr. 166, Eschenloer, Gesch. II. 234 und Scriptor. rer. Siles. XIII. 66—67, Nr. 93. „Und seit ane czweifel, das wir die sachen nicht hinderstellen wollen von wegen des von Polan — und sulden zween von Polan sein." Matthias am 21. September an die Breslauer.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

daß der König mit seinen Ständen wieder völlig eins sei und auch wieder von ihnen eine Hilfezusage gegen Jedermann erhalten habe. Nun lenkte alles ein. Auf dem neuen Landtage (23. Oktober) zu Breslau, der sehr zahlreich, auch von den Lausitzern, besucht war, trat die Ungarn freundliche Stimmung bereits mächtig hervor. Nur hatte man die Klugheit, zu zögern, bis der Waffengang in Oberungarn entschieden war. Sobald dies geschehen, kehrte Schlesien trotz der Gegenbemühungen der Polen zum alten Verhältnisse zu König Matthias zurück.[1]

Ein solches geschah überhaupt seitens der Interessierten, namentlich auch von Papst Sixtus IV.[2] Und König Matthias trug klug den Verhältnissen Rechnung, indem er das Geschehene zu vergessen suchte. Nur dem Kaiser gegenüber, hieß es, gedenke er eine Ausnahme zu machen.

Schon im Hochsommer 1471 wußte ein mailändischer Berichterstatter auf Grund einer Unterredung mit dem Vertreter Ungarns in Venedig von dem tödlichen Hasse des Königs Matthias gegen den Kaiser zu berichten.[3] Die Verhandlungen zu Regensburg haben dies schwerlich gebessert. Als der König in seine schlimme Lage geriet, wurde in Regensburg erzählt, es sei ihm dies „durch Verhängnis und Erfindung des Kaisers zugekommen".[4] Am ungarischen Hofe wollte man im September wissen, Prinz Kasimir rechne bei dem Einbruche in das Königreich auch auf den Zuzug des Kaisers;[5] und der Erzbischof von Gnesen hat den Breslauern noch im November versichert, zu dem Unternehmen Kasimirs sei „unsers heil. Herrn des Papstes, auch des Kaisers Willen genüglich kommen".[6] Nun ist es ja wohl unzweifelhaft, daß Kaiser Friedrich entschlossen war, die freundlichen Beziehungen mit Polen festzuhalten, sowie er offenbar dem polnischen Anschlage auf Ungarn den besten Erfolg wünschte. Er hoffte dadurch des gefährlichen Corvinen entledigt zu werden[7] und mag wohl selbst diesem Wunsche Ausdruck gegeben haben. Aber darüber hinaus ist er nach allem nicht gegangen, sowie

[1] Eschenloer, Histor. Wrat. 247, die hier endet; Gesch. II. 240 ff. Script. rerum Silesiac. XIII. 69—70, Nr. 98; 71, Nr. 101; 76—77, Nr. 105; 79—80, Nr. 110.

[2] Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Böhm. Sachen III. fol. 173—175. Reissermayer, 149—150.

[3] Acta extera II. 229, Nr. 166.

[4] Dresdner Archiv, Böhm. Sach. III. fol. 174.

[5] Reissermayer 148.

[6] Scriptor. rer. Siles. XIII. 75, Nr. 104. Die Glaubwürdigkeit dieses Prälaten ist nicht stets sicher.

[7] Vgl. auch Huber, Geschichte Österreichs III. 246.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

denn die Anklageschrift des Königs gegen den Kaiser keine Thatsachen nennt, sondern nur zu sagen weiß, daß der Kaiser auf des Königs Bitte, ihm kraft alter Verbindung aus dem böhmischen Kriege her gegen die Polen zu helfen,[1] keine Antwort gegeben, vielmehr „seiner Verstörunge wartend und begerend" gewesen sei.[2]

Zufolge all dem zeigte sich König Matthias nach der Besiegung der Polen gegen den kaiserlichen Nachbar von feindseligster Gesinnung erfüllt. Verschiedene Gerüchte wußten, wie vordem von Umtrieben des Kaisers gegen den König, so nun von den Racheplänen dieses gegen jenen zu erzählen: Der König, hieß es, werde sich nie wieder mit dem Kaiser versöhnen, „er werde mit aller seiner Macht kürzlich" wider ihn „gedenken", ja er habe sogar zu dem türkischen Sultan geschickt, der „durch Mittel des Königs von Ungarn des Kaisers Erdreiche, die ihm angeerbet sind, erlangen und behalten werde", u. s. w.[3]

Aber der König gab seinem Racheverlangen, zu dem ja der eigentliche Anlaß fehlte, nicht statt. Jene Ausstreuungen sollten nur dazu dienen, den Kaiser gefügig zu machen. Matthias besaß dafür auch sonst wirksame Hebel. Kaiser Friedrich war nach seiner Heimkehr aus dem Reiche mit einer Anzahl der mächtigsten österreichischen Adeligen, darunter Heinrich von Liechtenstein, Georg von Pottendorf, Veit von Ebersdorf, Sigmund Eizinger und andere, in Streit geraten, da er ihre Übergriffe und vor allem die Abgaben, die sie eigenmächtig auf den Straßen zu Wasser und zu Land erhoben, nicht länger dulden wollte. Sie freilich sahen in des Kaisers Versuchen, die armen Unterthanen von ungehöriger Besteuerung zu befreien und dem Kaufmann die Wege zu öffnen, einen Angriff auf ihre Freiheiten und guten Gewohnheiten. Auch der Freiherr Ulrich von Grafeneck, bisher kaiserlicher Feldhauptmann, schloß sich den Unzufriedenen an, da er sich mit dem Kaiser über die Begleichung seiner Forderungen nicht zu einigen vermochte.[4] Mit allen hatte König Matthias, gleich „nachdem das polnische Heer von Neutra aufgebrochen" war, einen Vertrag geschlossen, der ihn im Falle der Not zu ihrer Beschirmung verpflichtete.[5]

[1] Muß im Juli-August 1471 geschehen sein. [2] Scr. r. S. XIII. 84—85.

[3] Dresd. Staatsarchiv l. c. Vgl. Gerhard Roo, Annales belli domique etc. 312. Siehe übrigens auch Chmel, Mat. II. 311, wo der König die Zahlung der dem Könige von Polen versprochenen 32 000 Gulden (mittelst einer Landesumlage in Österreich) als Unterstützung seines Hauptfeindes erklärt.

[4] Huber, Geschichte Österreichs III. 246—247, wo auch die Quellen genannt sind.

[5] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 71, Nr. 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

König Matthias hatte gut gerechnet. Als der Nuntius Tilemann Schlecht nach Abschluß des Stillstandes zwischen Ungarn und Polen mit gewissen Forderungen des Königs von Ungarn bei dem Kaiser erschien, zeigte sich der Kaiser bereitwillig. Nach Verhandlungen,[1] an denen neben Schlecht auch der Legat Laurenz und vor allem Gabriel von Verona Anteil hatten, kam es zu einem geheimen Vertrage, in welchem der Kaiser versprach, Matthias hinkünftig König von Böhmen zu nennen und die frühere Freundschaft mit ihm zu erneuern, falls der König des Kaisers „wedersessige Landleute strafen" und sich überhaupt allseitig seiner annehmen würde.[2]

Aber der König hielt sein Wort nicht. Als der Kaiser nach der Verständigung mit Ungarn den Unzufriedenen, die sich eigenmächtig zu Göllersdorf versammelten, mit Ernst zu Leibe ging[3] und sie hinwiederum den König Matthias drängten, die versprochene Hilfe zu leisten, entschloß sich der König wirklich dazu und erklärte am 13. Juni die österreichischen Empörer öffentlich als seine Diener.[4] Nach Wiener-Neustadt hatte er den Bruder Gabriel mit der Werbung geschickt, „der König wer willig, den Sachen also nachzugehen, aber er wäre im Zweifel, daß ihm der Titel des Königreichs Beheim nicht geben werde von der Freundschaft wegen, so zwischen der kaiserl. Majestät und dem König von Polen wäre." Die Absicht des Königs war offenbar, dadurch, daß er sich mißtrauisch stellte, den Kaiser zu einer beleidigenden Antwort zu reizen, die sein Zurücktreten vom Vertrage rechtfertigen konnte.[5] Aber der

[1] Zu Tyrnau und Preßburg, Wien und Wiener-Neustadt. Nach Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1597, begannen die Verhandlungen in der zweiten Hälfte des Febr. 1472.

[2] Mon. Habsb. I. 2, 72. Der Vertrag kam etwa im März 1472 zu stande. Vgl. die nachfolg. Anm.

[3] Wie schon im Vorjahre. So war (24. März 1471) ein allgemeines Aufgebot gegen die Unruhestifter erlassen worden. Chmel, Reg. II. 603, Nr. 6203. Vergl. Mon. Habsb. I. 2, 72. Mit der Witwe Baumkirchers hat sich aber der Kaiser am 8. Mai versöhnt. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1611.

[4] Sein Ausschreiben Mon. Habsb. I. 2, 3—5. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1617. Vgl. auch ebendort Nr. 1627 und Anhang Nr. III., wo sich der König den Anschein giebt, als ob er erst jetzt, Anfang September 1472, die Österreicher in seinen Schirm genommen.

[5] Noch kläglicher klingen spätere Entschuldigungen des Königs (Mon. Habsb. I. 2, 59—60): . . . Sy den kunig strenglich anhieltten, das er sy in seinen scherm nam, damit sy sich zum kayser hieltten. Do forcht der kunig, das sy sich nicht auss fürsarg zu den Pollacken fluegen, daraus der kunig zu bayder seiten mit peinten bezwungen wurd, nicht in dem fursatz, das er des kayserz undertan von im wenden wollt oder im Unrecht thet, sundern er ward durch eigner not darzu gezwungen, und mer, daß er sie dem kayser erhielt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser erklärte, er „sei des berürten Titels halben gegen männiglich frei und ledig und dem König von Polen noch andern damit nichts verbunden". Er begehrte die Ausführung des Vertrages.[1] Trotzdem hielt Matthias die Verbindung mit den Aufständigen fest, ja er sandte ihnen wirklich Söldnerscharen unter der Anführung des Johann Zeleny zu Hilfe, die in Niederösterreich Befestigungen errichteten „und ihre gewohnten Räubereien begannen".[2]

Die Versuche des Kaisers, mit Hilfe der österreichischen Landstände auch so die Ordnung im Lande herzustellen, scheinen nicht zum Ziele geführt zu haben.[3] König Matthias hatte auf alle Ersuchen, dem Vertrage nachzukommen, nur die Ausrede, er wolle die Empörer gütlich zum Gehorsam bringen. Schon drohte größerer Streit, als es den unablässigen Bemühungen der päpstlichen Legaten, zu denen sich kurz zuvor der Patriarch von Aquileja, Marcus Marci, gesellt hatte, gelang, den Frieden in neuen Verhandlungen zu sichern. Zwar der Gesandte des Königs, Propst Georg von Fünfkirchen, der (20. August) zum Kaiser kam, hatte neben andern Forderungen seines Herrn eine überbracht, die unausführbar war: es solle die Auszahlung der Mitgift an die Königin Elisabeth von Polen noch ferner verschoben werden. Gerade der aufs neue drohende Konflikt mit Ungarn hatte den Kaiser zur Zusage an den Polenkönig bewogen, die versprochene Summe zu übersenden.[4] Trotzdem wurde über die andern Punkte weiter verhandelt und, nachdem der Propst mehrmals zwischen Preßburg und Wiener-Neustadt hin und her geritten war, wirklich zu Beginn September eine Verständigung erzielt. Der König brach (am 9. September) seine Verbindung mit den unzufriedenen Österreichern ab. Der Kaiser sagte dagegen zu, sie wieder zu Gnaden aufzunehmen. Auch versprach Matthias, die Söldnerbanden aus dem Lande Österreich zu schaffen und auch den Seinen in Mähren und Böhmen zu gebieten, Österreich nicht zu schädigen. Die Form all der bezüglichen schriftlichen Erklärungen des Königs war am kaiserlichen Hofe vereinbart worden, ebenso wie jene einer Gegenverschreibung des

[1] Mon. Habsb. I. 2, 72.

[2] Huber, Gesch. Österreichs III. 247, wo auch die Quellen (Dlugosch XIII. 487. Eschenloer II. 271. Annales Mellicenses in Mon. Germ Scr. IX. 522) verzeichnet sind.

[3] Vergl. Chmel, Regest. II. 640, Nr. 6591. Lichnowsky, Regest. zu VII. Nr. 1620.

[4] Dessen und der Königin Quittung vom 12. August 1472 verzeichnet Chmel, Reg. II. 640, Nr. 6595, 6596. Vielleicht ist es aber doch nur der Entwurf einer solchen, denn nach späteren Angaben ist die Schuld nicht bezahlt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaisers, Matthias bis zum 8. November öffentlich als König von Böhmen anzuerkennen, jedoch unter der Bedingung, daß bis dahin alle Zusagen des Königs von Ungarn erfüllt seien. Des apostolischen Stuhles halber und aus vielen andern Ursachen sollte Matthias die kaiserliche Anerkennung seines böhmischen Königtums nicht publizieren, solange nicht der in Aussicht stehende Vertrag zwischen ihm und dem Könige von Polen, den der Kardinal von San Marco vermittle, abgeschlossen sei.[1] Dann erst wird Legat Laurenz, der indessen die Verschreibungen des Kaisers und des Königs zu getreuen Händen übernimmt, die des Königs dem Kaiser und umgekehrt übergeben. Legat Laurenz sandte darüber dem Kaiser seinen Revers.[2]

Die Verständigung schien diesmal ernst gemeint auf beiden Seiten. Zwar klagte der Kaiser gleich in seinem Antwortschreiben an den Legaten (Anfang Oktober), daß der Zeleny noch in Österreich sei und sein Unwesen treibe, ja daß er neue Genossen werbe und neue Befestigungen errichte, und dieselben Bitten und Beschwerden brachte er auch bei König Matthias vor.[3] Aber so wie vordem die Eizinger, so kamen zu Anfang Dezember die Grafeneck, Liechtenstein, Pottendorf und Genossen wirklich wieder bei dem Kaiser zu Gnaden.

Eine zeitlang gab sich König Matthias ernstliche Mühe, auch die anderen Bedingungen zur That zu machen. Wenigstens liegt eine Einladung des Propstes von Fünfkirchen, der nach wie vor in der Sache gebraucht ward, an den Kaiser vor, einen Kommissär zu bestimmen, der sich überzeugen sollte, daß die Feinde aus Österreich und den kaiserlichen Landen und Herrschaften überhaupt vertrieben seien, und um zuzusehen, wie alle Befestigungen in den Erblanden abgebrochen und so zugerichtet würden,[4] daß sie nicht mehr schaden könnten. Der Kaiser möge nur für Wägen sorgen, die Insassen jener Werke mit ihrer Habe fortzubringen, oder sie ihnen um einen angemessenen Preis abkaufen. Sollte der Kaiser aber darauf bestehen, daß ihm die Befestigungen ausgeliefert würden,

[1] Die Bedingungen und Gegenbedingungen, die Entwürfe für die gegenseitigen Verschreibungen, sowie die Erklärungen der beiden Fürsten über alle Vereinbarungen bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 5—22.

[2] Seine Verschreibung vom 27. September ebendort 23—25.

[3] Ebendort 25—28. Als neue Genossen nennt der Kaiser den Ulrich Pösnitzer und Wolfgang Zebinger. Daß aber letzterer eine Privatfehde führte, zeigt Chmel, Reg. II. 641, Nr. 6604: er sagt am 9. September ab.

[4] Secundo videat, municiones omnes in Austria et terris imperialis majsue nuper per hostes factas et erectas demoliri et adeo destrui, ut offensioni non sunt apte.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

um sie selbst zu zerstören, so sei der Propst zwar nicht dazu bevollmächtigt, aber er wolle auch solches verfügen. Dafür möge der Kaiser einwilligen, daß der Legat die Briefe übergebe, und hinkünftig „ein guter Vater" des Königs sein, sowie dieser ein guter Sohn zu sein verheiße.[1] Wirklich erschien eine kaiserliche Gesandtschaft, bestehend aus den Baronen Rüdiger von Starhemberg, Georg von Volkensdorff und dem Doktor Joh. Rehwein bei dem Legaten, und letzterer erklärte sich ermächtigt, sobald die Sache, die Befestigungen belangend, in Ordnung gebracht sei, in die Auslieferung der Briefe zu willigen: unzweifelhaft werde der Kaiser darauf auch die Investitur mit Böhmen erteilen und sich sonst dem König gütig und väterlich bezeugen.[2]

Da stellte der König plötzlich die neue Bedingung, es solle jetzt gleich Ort und Zeit für die Belehnung mit Böhmen bestimmt werden.[3] Das wies der kaiserliche Bevollmächtigte und wies hinterher auch der Kaiser selbst zurück, da solches nicht vereinbart sei. Und war nicht außerdem zu besorgen, daß der Corvine, sobald sich der Kaiser durch die Belehnung mit Böhmen die Feindschaft des Königs von Polen und seines Sohnes in Böhmen zugezogen, hinterher neue Gründe finden würde, sein Wort nicht zu halten?

Dafür behielt auch der König die Befestigungen der Söldner, die er durch Geld zum Abzuge bewogen hatte, in der eigenen Hand. Nach wie vor hatten die Unzufriedenen und Empörer in Österreich an ihm einen Rückhalt. Der Kaiser mußte froh sein, daß es ihm gelang, wenigstens direkte Feindseligkeiten des Königs gegen die Erblande zu verhüten.[4] Und so hart ihn die Übermacht des rücksichtslosen Nachbars schon jetzt drückte: was war zu besorgen, wenn ein Friede zwischen dem Ungar und den Jagellonen jenem den Rücken frei machte?

Des Kaisers Lage war so schon jetzt nicht unähnlich jener, in der sich 1468 sein Vetter Sigmund von Tirol befunden hatte. Friedrichs Verlangen, sie zu ändern, zu bessern, erscheint daher sehr begreiflich. Aber hatte nicht die jüngste Vergangenheit gezeigt, daß die finanzielle und kriegerische Kraft seines Bündners, des Polenkönigs, keineswegs bedeutend sei? Und

[1] Das Anbringen des Propstes an den Kaiser in Graz, wohin der Hof im Oktober übersiedelte, etwa Ende Oktober 1472 vorgetragen, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 5—7.

[2] Mon. Habsb. I. 2, 28. Mitteil. des Legaten an den König.

[3] Ebendort 31: Responsum legati presente domino J. Rehwein (Rehbein).

[4] Daß ein Stillstand abgeschlossen wurde, zeigt ein Schreiben Markgraf Albrechts vom 7. Februar an seinen Schwiegersohn Herzog Heinrich von Münsterberg. Bamberger Archiv, Reichstagsakten V. fol. 143.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

welche Erfahrungen hatte der Kaiser mit dem deutschen Reiche gemacht, eben auch in der letzten Zeit?

Da hatte der Pfälzer, über die beabsichtigte Entziehung der Reichsvogtei im Elsaß auf das äußerste gereizt, die Kühnheit, offen zu erklären, daß er dem Kaiser nicht gehorchen werde.[1] Damit wurden die Vermittelungsversuche noch aussichtsloser als früher, aber auch die Stellung des Kaisers zu den andern Wittelsbachern wieder schwieriger. Und konnte der Kaiser etwa daran denken, Gewalt zu gebrauchen, nachdem im Vorjahre sein Feldhauptmann völlig unterlegen war? War doch auch selbst der Stadt Weißenburg im Elsaß nichts anderes übrig geblieben, als sich unter der Vermittelung der Bischöfe von Worms und Speier sowie der Straßburger mit Kurfürst Friedrich zu vergleichen.[2] Sie wie Ludwig von Veldenz gaben die Reichsvogtei auf, die nun der Kaiser für ledig erklärte.[3]

Da hatte der Kaiser, wie dem Herzoge von Landshut und Sigmund von Tirol,[4] hinterher auf vielfältige Verhandlung hin auch den Erzbischöfen von Köln[5] und Magdeburg,[6] den Brüdern von Bayern-München[7] und von Sachsen, letzteren hinsichtlich ihres Verhältnisses zu Bischof Rudolf von Würzburg, ja auch den Städten Nürnberg, Windsheim, Dinkelsbühl und Weißenburg i. F. in Sachen des Landfriedens Ausnahmen gewährt.[8]

Andererseits brachte eine Abordnung der Städte ihren Bescheid betreffs Reichssteuer und Truppensendung: er bedeutete die thatsächliche Nichtanerkennung der Reichsmatrikel und der in Regensburg mit Majorität gefaßten Beschlüsse überhaupt.[9] Was sollte der Kaiser thun, um jene, die der Bewilligung nicht zugestimmt, zu einer Leistung zu bringen, wenn Kurfürsten und Fürsten trotz ihrer Zusagen so lässig blieben?

Wenn freilich bei den Kommunen so recht der gute Wille fehlte, sich des Reiches nach Kräften anzunehmen, so waren die Verhältnisse in den fürstlichen Territorien wieder vielfach derart, daß der Kaiser

[1] Vgl. seine Erfärung vom 23. März 1472. Müller, Reichstagsth. II. 526. Kremer, Friedrich der Siegreiche, Urkunden 462. Chmel, Reg. II. 635, Nr. 6538.
[2] Feeser, Kurfürst Friedrich 120. [3] Chmel, Reg. II. 635, Nr. 6533.
[4] S. Font. rer. Austr. II. 269—270.
[5] Chmel, Reg. II. 627, Nr. 6448. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1576.
[6] Lünig, Reichsarchiv XX. 270. Lichnowsky l. c. Nr. 1595.
[7] Chmel, Reg. II. 633, Nr. 6518.
[8] Ebendort Nr. 6474. Lichnowsky, l. c. Nr. 1581.
[9] Janssen, Frankfurter Reichskorresp. II. 273—276, 276—283; Nr. 442, 444—445.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nicht viel hoffen konnte, auch wenn er jetzt mit neuen Bitten kam und die Fürsten wohlgesinnt waren. Da war Oberbayern noch immer gespalten durch den Bruderzwist[1] und, zugleich mit Landshut, in Atem gehalten durch die Degenberger und ihre Bündner, die hinter dem Böhmerwalde herüber drohten und fehdeten: noch am 19. Juli 1472, zu einer Zeit, als Albrecht von München durch Bündnisse mit Kasimir von Polen und Wladislaw von Böhmen sich gegen die Raublust der Böhmen zu sichern suchte, forderte Herzog Ludwig gegen diese von Herzog Sigmund von Tirol die einungsmäßige Waffenhilfe.[2] Kurfürst Albrecht von Brandenburg hatte sich 1471 in die Mark begeben, und steckte dort trotz der Gunst des Kaisers tief in inneren und äußeren Schwierigkeiten. Der Streit um Pommern-Stettin, heftige Weiterungen über die Grenzen landesherrlicher und ständischer Gerechtigkeit mit seiner Landschaft nahmen ihn vollauf in Anspruch.[3] Sachsen hatte noch das unglückliche böhmische Unternehmen nicht verschmerzt.

Es kam dazu, daß der neue Kampf um die Krone Böhmen wie den Kaiser so auch die drei östlichen Fürstenhäuser des Reiches wieder lebhafter beschäftigte und erregte. Herzog Albrecht weiß während seines Aufenthaltes in Prag 1471 nichts von irgend welcher Förderung zu erzählen, die ihm durch den brandenburgischen Kurfürsten oder sein damals in Prag weilenden Gesandten zu Teil geworden wäre.[4] Als sich Brandenburg, wie schon im Juni 1471 Ernst und Albrecht von Sachsen, der ungarischen Partei zuwandte, war allein Herzog Wilhelm von Thüringen, seit Jahren mit seinen Neffen in Spannung, an seiner Seite.[5] Zu jener Zeit schloß sich wieder Bayern-München den Jagellonen an. Es kann so nicht auffallen, wenn ein nach allem bereits auf dem Regensburger Reichstage vereinbarter Tag der drei Häuser, der zu Michaelis 1471 zu Nürnberg wegen Abschluß einer engeren Vereinigung beschlossen worden war, nicht zu Stande kam.[6] Ähnlich unerfreulich lagen die Dinge im Westen und Norden des Reiches, letztere freilich wie insgemein so auch jetzt für Förderung und Hemmung der

[1] Vgl. S. Riezler, Geschichte Baierns III. 487.

[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1621.

[3] Man vergl. die Aktenstücke bei Burkhardt, Das funfft Merckisch buch des Churfürsten Albrecht Achilles, Jena 1857; auch Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1, 273 ff.

[4] Dr. Johann Spet, dann Hans von Sparneck und einer von Wallenrode. Font. rer. Austr, XLII. 516, Nr. 385. XLVI. 144, Nr. 121.

[5] Berliner Hausarchiv, K. 67 P.

[6] Ebendort. Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 167, Nr. 155.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reichspolitik ohne Bedeutung. Um so schwerer empfand es aber der Kaiser, daß Herzog Sigmund von Österreich, seit beinahe einem Jahrzehnt in innigstem Einverständnisse mit seinem kaiserlichen Vetter, in unbehaglicherer Lage war, als seit 1469, da sich mit seiner finanziellen Erschöpfung, mit Streitigkeiten in Graubündten und Schwaben und mit unangenehmen Händeln mit beiden Linien von Württemberg, um deren Behebung Johann von Augsburg vergeblich bemüht war,[1] die bittere Erkenntnis vereinte, trotz der gebrachten außerordentlichen Opfer von Burgund hintergangen zu sein. Und doch ließ ihm die harte Selbstsucht der Eidgenossen keine Möglichkeit offen, sich ohne neue schwere Opfer den Verpflichtungen gegen Herzog Karl zu entziehen und vor seiner Rache zu bewahren.

Die Erfolge der kaiserlichen Politik 1470 und 1471 bedeuteten, wie das Jahr 1472 lehrte, für Friedrich eine starke Deckung in der Defensive, eine Deckung, wenn es galt, etwa Störungen der Reichsangelegenheiten zu verhindern. Aber die Einigkeit und Freundschaft mit seinen Kurfürsten und Fürsten behütete den Kaiser noch nicht vor Nachteil in seinen engeren, den erbländischen Angelegenheiten. Noch weniger befähigten sie ihn, positive Ziele nach außen zu verfolgen.

Wird man sich da wundern, daß Kaiser Friedrich, bedrängt von der ungarischen Großmacht im Osten, den Bund suchte mit dem jener allein ebenbürtigen Staate des burgundischen Herzogs im Westen?

Siebzehntes Kapitel.

Sigmund von Tirol und Karl von Burgund 1470—1473. Die Pläne, die burgundische Heirat und das „Königreich" Burgund betreffend. Kaiser Friedrich auf dem Reichstage zu Augsburg 1473. Österreich und die Eidgenossen. Vorgeschichte der Fürstenbegegnung zu Trier.

Die pfandweise Erwerbung der österreichischen Herrschaften am Oberrhein steigerte die Macht des burgundischen Reiches um ein bedeutendes. Und was die Hauptsache war: die Verbindung der nördlichen mit den südlichen Landschaften war ohne große Opfer erkauft. Jahrelang genügten

[1] Chmel, Reg. II. 634, Nr, 6528. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1564, 1586, 1596. In Schwaben suchte der Kaiser durch Sigmunds Bestellung zum Reichshauptmann (10. Nov. 1472) zu helfen. Vgl. v. Stälin, Wirtemb. Gesch. III. 567.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die klugen Schachzüge der burgundischen Politik, um dem Herzoge den Besitz der Pfandherrschaften zu sichern, während der eigentliche Preis dafür, die Demütigung der Eidgenossen zum Vorteile Österreichs, vorenthalten blieb.

Aber auch die Gegenbestrebungen des alten Feindes Karls, Ludwigs XI. von Frankreich, blieben nicht aus, und ein neuer, noch gefährlicherer Gegner erwuchs ihm eben aus dem Handel von St. Omer, die Eidgenossenschaft. So wenig ihr die Abmachungen der Herzoge bekannt sein konnten: Daß sich Karl überhaupt mit dem Besiegten von Waldshut eingelassen, konnte schon das Mißtrauen der Eidgenossen gegen ihn lenken. Sie waren es, die im Frühjahre 1469 bei König Ludwig wegen Abschlusses eines engeren Bündnisses Schritte thaten und freundlich aufgenommen wurden.[1] Doch wagte sich der furchtsame Ludwig noch nicht zu weit vor.

Aber der Bestand der burgundischen Herrschaft, die so rasch Wurzel zu fassen schien, am Oberrhein und die wachsende Macht Herzog Karls, in dem Benehmen seines Statthalters in den Pfandherrschaften, des Freiherrn Peter von Hagenbach, so drastisch zum Ausdruck gebracht, genügte durchaus, Frankreich und die Eidgenossen zu engerer Vereinigung zu drängen.[2] Nun (1470) war es König Ludwig, der zu den Eidgenossen von feindlichen Absichten des Herzogs von Burgund sprechen ließ;[3] und die Meldungen über die damaligen Verhandlungen zwischen Tirol und Burgund und das Vorgehen Hagenbachs gegen die von Mülhausen bestätigten dies. Darüber wuchsen Aufregung und Besorgnis in den Thälern der Aar und Reuß, und trotz der Friedensbeteuerungen Burgunds[4] und der Bemühungen einiger Freunde, die es noch unter den Eidgenossen hatte und die für fernere Neutralität sprachen, erreichte Bern (Anfang Juli 1470), daß eine Gesandtschaft an König Ludwig XI. abging, die der König freudig aufnahm und erwiederte. Mit seinen Räten,

[1] Segesser, Eidgenössische Abschiede II. 397, Nr. 631; 400, Nr. 637; vgl. auch 402, Nr. 639. Die Abmachungen von St. Omer hatte ja Ludwig (am 31. März 1469, s. o) den Eidgenossen mitgeteilt. Joh. Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgenossen II. 163, 173.

[2] Daß dies nicht auf französisches Geld zurückzuführen ist, zeigt gegen Hidber, die Ursachen der Burgunder- und Schwabenkriege 5, schon K. Rausch, die burgundische Heirat 28.

[3] Vgl. Segesser, Abschiede II. 406, Nr. 646, Zusatz 2. Zugleich gab ihnen Ludwig Geldgeschenke, für sie ein sehr gewichtiges Argument. Sie selbst verboten den Ihren, burgundischen Kriegsdienst zu nehmen. Dierauer II. 174.

[4] Segesser a. a. O. und 409, 410, Nr. 650, 652.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ludwig von Saintville und Johann Brigonnet, wurden die Gewaltboten von Bern und aller (8) alten Orte schon am 13. August einig. Stellte man auch vorsichtig die Verpflichtung für beide Teile nicht weiter, als „dem Herzog von Burgund, falls zwischen einem der Kontrahenten und ihm" ein Krieg entsteht, „in keiner Weise Hilfe oder Vorschub zu leisten", so war wenigstens auf Seite der Schweizer die Absicht vorhanden, im Bündnisfalle sofort mit ganzem Ernste gegen den Burgunder vorzugehen.[1]

Die Früchte der Einigung pflückte aber König Ludwig, der nun den Mut gewann, den Vertrag von Peronne für erzwungen und alle französischen Besitzungen des Herzogs von Burgund für beschlagnahmt zu erklären.[2] Da der Herzog darauf umfassende Rüstungen, nicht nur in den Niederlanden, besonders in Flandern, sondern auch in Burgund und im Elsaß begann, fanden sich auch die Eidgenossen bedroht und dachten an Gegenmaßregeln.[3] Nun beschränkten Herzog Karl und seine Verbündeten freilich ihre Feindseligkeiten auf König Ludwig, der ja entschieden der Angreifer war. Aber der Schutzvertrag Herzog Karls mit Jolanthe, der Witwe des Herzogs Amadeus von Savoyen, gab der französischen Diplomatie neue Gelegenheit, auf die Eidgenossen einzuwirken, die von Burgund immer enger umstrickt würden. Und die Verlobung der Tochter Karls mit dem Herzoge von Guyenne sicherte Karl wohl dessen Bundesgenossenschaft gegen König Ludwig, sie ward aber in Innsbruck als eine neue burgundische Rücksichtslosigkeit bitter empfunden. Oder hatte nicht schließlich die Hoffnung auf eine Familienverbindung dem Herzoge von Tirol die außerordentlichen Opfer erträglich gemacht, die er in St. Omer für das Bündnis mit Burgund gebracht?

Der Schirm des Burgunders hatte auch nicht eine seiner Erwartungen erfüllt. Ja er war durch die Preisgebung der linksrheinischen Besitzungen schwächer, die Eidgenossenschaft durch das Abkommen mit dem oberen „grauen Bunde und mit den eilf Gerichten in Kurwalen" (März 1471) stärker geworden. Sie hatten gelobt, sich zu helfen, so

[1] Über die bezüglichen Verhandlungen und die Strömungen auch innerhalb der Eidgenossen s. Segesser, Absch. II. 412—413, Nr. 656—658. Vgl. auch B. de Mandrot, Relations de Charles VII. et de Louis XI., rois de France, avec les cantons suisses (1444—1461, 1461—1483). Paris 1881.

[2] Receuil des traitèz de Paix I. 108—112.

[3] M. Kervyn de Lettenhove, Historire de Flandre, IV (Bruges 1854), 138 ff., wo besonders der Einfluß der englischen Dinge hervorgehoben ist. Vergleiche Rausch, Burgundische Heirat 29. Wenzelburger, Geschichte der Niederlande I. (Gotha 1879) 342—343.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lange „Grund und Grat" steht.[1] Und wie vielfach waren nicht die Interessen der Engadiner mit jenen der Waldleute identisch?

Es war so durchaus zeitgemäß, wenn König Ludwig die Eidgenossen mahnte, jetzt mit Herzog Sigmund eine Verständigung zu suchen und ihn zu bewegen, die Pfandschaft zurückzunehmen. Als (Mai 1471)[2] der alte Vermittler zwischen Österreich und den Schweizern, Bischof Hermann von Konstanz, bei dem Herzoge und dann[3] bei Bern und andern sondiren ließ, ob man zu einer Richtung bereit sei, wurde er nirgends abgewiesen. Freilich war der Zorn des Burgunders zu befürchten. Nur im eigenen Namen willigte daher der Abt von Georgenberg, Herzog Sigmunds Sendbote, in die Abhaltung eines Tages zu Einsiedel, und strenge Geheimhaltung ward von Tirol aus gefordert und gelobt.[4]

In Einsiedel war man rasch in einem, gewiß sehr wichtigen, Punkte einig (13. Oktober): daß das Ende der burgundischen Pfandherrschaft am Oberrhein für beide Teile wünschenswert sei.[5] Aber im Übrigen vermochten die Unterhändler vorerst kaum viel mehr, als festzustellen, wie viel Nachgiebigkeit auf beiden Seiten noch nötig sein werde, um zu einer Verständigung zu gelangen. Noch immer befand man sich ja die Besitzfrage betreffend in prinzipiellem Widerspruch: während die Eidgenossen verlangten, der Herzog von Österreich solle für sich und seine Erben auf die Lande, Schlösser und Städte, welche sie innehätten, auf immer verzichten, erhob Sigmund die Forderung, daß die Eidgenossen die Herzöge von Österreich „für ihre gnädigen Herrn und Fürsten haben", daß „alle ihre Städte und Schlösser sollten sein und heißen der Herrschaft von Österreich offen Schloß, zu allen ihren Notdurften darin und daraus zu werben", daß die Lösung von Pfandschaften innerhalb der eidgenössischen Gebiete „den Fürsten alleweg" nach Laut der Briefe darüber gestattet sein sollte u. s. w.[6] Wie weit waren doch die Eid-

[1] Segesser, Abschiede II. 418—419, Nr. 669.

[2] Dies beweist das „Memorial", der Bericht des Herzogs Sigmund an den Kaiser. Diplomat. Habsb. in Font. rer. Austr. II. Abteil. II. 395.

[3] Der Herzog sandte auf die Botschaft Hermanns den Abt von Georgenberg zu ihm, der Hermann während des Tages der Eidgenossen zu Baden (6. Juni) traf. Ebendort und 381—382.

[4] Vgl. Fontes rer. Austr. II. 391, Nr. 6. Witte, Zur Geschichte der Entstehung der Burgunderkriege 12.

[5] Dipl. Habsb. 383: Item das fundament des friden ist gesaczt, das mein g. h. die land Elsaß, Sundgow widerumb zu sinen handen pringen soll; denn wa mein herr das nit tät, so wolten sy auch nicht in die bericht geen.

[6] Diplomat. Habsb. 381—383.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

genossen entfernt, solches zu bewilligen! Sie gaben denn auch ihre Zustimmung zu neuen Verhandlungen erst, als der Abt versprochen hatte, daß jene Hauptbedingung des Herzogs in den förmlichen Abschied des Tages nicht aufgenommen werden sollte.

Auch hinterher schien die Sache je länger desto aussichtsloser. Von Anfange an war ja die burgundische Partei unter den Eidgenossen gegen Verhandlung mit Österreich.[1] Der Abschied von Einsiedel wurde daher nur von Bern, Zürich, Luzern und Zug ohne Vorbehalt angenommen; Uri und Glarus wollten thun, was die Mehrheit thäte; Schwyz und Unterwalden waren dagegen. Die alte Abneigung gegen Österreich und die Bemühungen der Freunde Burgunds, welche namentlich auf neue friedliche Erklärungen Herzog Karls (vom Juli 1411) hinwiesen, wirkten zusammen.[2]

Aber auch in Bozen, wo Herzog Sigmund mit seinen Räten die Sache verhandelte, fand sie keine Förderung. Hier wieder war man darüber einig, aus der „ewigen Richtung" mit den Schweizern müsse doch eine Art österreichischer Herrschaft über die Eidgenossen wieder aufleben. Nach allen Richtungen wurden die Forderungen Österreichs erhöht.[3]

Um die Zeit der Einsiedler Verhandlungen befanden sich Graf Haug von Montfort und der Bischof von Chur als kaiserliche Botschaft bei den Eidgenossen, um sie nach Maßgabe der Regensburger Reichstagsbeschlüsse zur Stellung ihres Kontingentes — natürlich erfolglos — zu bewegen.[4] Herzog Sigmund mochte annehmen, daß der Kaiser durch sie von den geheimen Verhandlungen zwischen ihm und den Eidgenossen Kenntnis erlangt. Auch war ja, da die Schweizer einen Verzicht auch von Sigmunds Erben, das ist von dem Kaiser und seinem Sohne, forderten, die Mitwissenschaft und Zustimmung des habsburgischen Familienhauptes nicht zu entbehren. Die Grafen Jorg von Eberstein und Wilhelm von

[1] Daß überhaupt nur ein Teil an den Beredungen zu Basel und Einsiedel teilgenommen (Witte 15, Anm. 2, 21), erscheint mit Rücksicht auf Diplom. Habsb. 387 und 388, dann Segesser II. 420 irrig.

[2] Witte, Zur Geschichte 21. [3] Chmel, Dipl. Habsb. 388—390.

[4] Ihr Bericht darüber an Herzog Sigmund ebendort 383—384. Bericht der Eidgenossen an den Bischof von Konstanz ebendort 386—388. Vgl. Segesser, Abschiede II. 426, Nr. 680, wo das Datum „Oktober" stehen muß. Die Ausrede der Eidgenossen ist übrigens bezeichnend: „hand die sach abgeslagen und wöllent dem kayser weder lüt noch gelt schicken, wan sy meynent, daz u. h. der kayser von Gottes gnaden sich an lüten und sunder an gut wol sovil vermag, daz er dem Türken mitsampt des reichs fürsten, herren und stetten, an denen enden gesessen, wol ein widerstandt tun mag ane unser hilff".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Sargans gingen deswegen nach Wien.[1] Sie hatten übrigens neben der Eidgenossensache noch vieles andere an den Kaiser zu werben.

Des Kaisers langsame Art und scheue Vorsicht konnte nur Zögerung und Hemmung in den Handel bringen. Und bestand denn auch für ihn gleich wie für den Tiroler Vetter die schwere Nötigung, sich mit den Eidgenossen um so hohen Preis zu verständigen? Gewiß nicht, und sein Egoismus war stärker, als die Rücksicht auf den Herzog. Eine Anteilnahme an Verhandlungen, welche im Grunde genommen doch gegen Karl von Burgund, mit dem er eben jetzt eine enge Verbindung suchte, gerichtet waren, konnte ihm nur unwillkommen sein. Fehlen auch weitere Meldungen: es entsprach Friedrichs Art, von dem Herzog zu fordern, daß er die Regelung der Hausangelegenheiten zu Burgund ihm überlasse, also seine Interessen zurückstelle. Vor allem verweigerte der Kaiser entschieden jede Anteilnahme an den Verhandlungen über „die Richtung". So war ein volles Gelingen derselben aus vielen Gründen unmöglich.

Trotz aller Vorsicht mag damals auch schon dem Herzoge von Burgund die Kunde zugegangen sein, daß zwischen Österreich, den Eidgenossen und Frankreich etwas im Zuge sei. Auf dem Tage zu Konstanz (Anfang August 1472) erschien auch Karls Botschaft mit dem Landvogt Peter von Hagenbach an der Spitze. Karl hatte noch eben jetzt, um so selbst im Frieden zu bleiben, den Herzog von Tirol ermahnt, seine Streitigkeiten mit den Eidgenossen auszugleichen; er hatte damit dem Herzoge neuerdings nahe gelegt, von ihm nichts zu hoffen.[2] Jetzt sprach Hagenbach in Konstanz so, als ob der Krieg unmittelbar bevorstünde. Verschiedene militärischen Fragen, die sich aus einem Zusammenwirken der Burgunder und Österreicher gegen die Eidgenossen ergeben mußten, wurden zur Sprache gebracht: daß Herzog Karl im Kriegsfalle seinen Verpflichtungen gegen Österreich-Tirol unbedingt und voll genügen werde, schien außer aller Diskussion.[3]

[1] Ihr Bericht und ihre Werbung im Dipl. Habsb. 395—405. Betreffs ihrer anderen Verrichtungen s. ebendort 405—406.

[2] Es war die Antwort auf eine neue Werbung Sigmunds in Brüssel zu Beginn 1472, in der Sigmund, offenbar bereits, um Karl auf die Probe zu stellen, die wachsende Wahrscheinlichkeit eines Krieges mit den Schweizern betonte und um Anstalten zur Abwehr ersuchte. Ergiebt sich aus Mon. Habsb. I. 1, 14 n. F, Eingang, nicht aber aus I. 1, 25, Nr. 6, wie Rauſch 56 meint. Letzteres Stück gehört in den Sommer 1470.

[3] „Puntnus Österreich mit Burgund contra Schweizer", vom 10. August, bei Zellweger, Versuch, die wahren Gründe des burgundischen Krieges darzustellen u. s. w.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Karl empfand offenbar die Nötigung, sich seinen Tiroler Bündner nicht allzu sehr zu entfremden und würde wohl noch weiter entgegengekommen sein, wenn nicht die geplante Verständigung mit dem Kaiser, als Haupt des Hauses Österreich, die ja die Ordnung der Pfandschaftsangelegenheit von selbst in sich schloß, in Aussicht gewesen wäre.

Übrigens behandelte jetzt Sigmund von Tirol den Burgunder Herzog nicht anders, als dieser ihn. Er ließ sich die Verabredung militärischer Maßnahmen gefallen, um so mehr, als eben auch die jetzige Verhandlung mit den Eidgenossen zu keinem Ziele führte. Aber er vergaß daneben nicht, ohne Rücksicht auf Herzog Karl seinem Interesse nachzugehen. Während alle Bemühungen der Vermittler, des Bischofs Hermann von Konstanz und des Grafen von Eberstein, verloren blieb, da die Eidgenossen jede Art von Anerkennung der Rechte des Hauses Österreich in ihren Gebieten und eigentlich jedes Opfer für die Aussöhnung mit dem alten Feinde ablehnten[1] — hatten sie wirklich keine Ahnung von den gegnerischen Umtrieben gegen sie[2] oder trauten sie auch jetzt Herzog Karl nicht die Absicht zu, sie anzugreifen? —, ging Herzog Sigmund in der Elsäßer Pfandschaftssache eifrig voran. Schon jetzt, in Konstanz, beauftragte er den Ritter Hermann von Eptingen, sich bei den Städten Basel und Straßburg zu erkundigen, ob wohl bei ihnen das Geld für die Bezahlung der Pfandsummen zu haben wäre. Die Eidgenossen thaten freilich nur soviel, daß Eptingen den Städten erklären durfte, sie sähen die Sache gern.[3]

Im übrigen wurden in Konstanz die Artikel Bischof Hermanns „in Ruhe" gestellt. Da aber Sigmunds Entschluß, wieder in den Besitz der verpfändeten Lande zu kommen, feststand und neben Basel und Straßburg auch Kolmar und Schlettstadt sich bereit zeigten, ihm zu

Arch. f. schweiz. Gesch. V., Urk. X. Dipl. Habsb. 417—419. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1623.

[1] Die Vorschläge der Eidgenossen bei Chmel, Dipl. Habsb. 407—410, jene des Herzogs von Tirol ebend. 410—413; neue Vorschläge Sigmunds ebendort 413 bis 417. Ein Vermittelungvorschlag des Bischofs ebendort 420—425. Zellweger, Archiv V. Nr. VIII. Segesser, Abschiede II. 435—437, Nr. 692. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1626. Eine Art Geschäftsordnung für den Tag (Vorschlag des Bischofes) Dipl. Habsb. 406—407.

[2] So meint Witte, Zur Geschichte u. s. w. 31.

[3] So viel wird man aus dem unklaren Berichte H.s von Eptingen vor dem Dreizehner Rate in Basel, Jan. 1473, herauslesen dürfen. Ochs, Gesch. v. Basel IV. 212. Vgl. Witte, Zur Geschichte u. s. w 31, Text und Anm. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

diesem Zwecke Geld vorzustrecken, so war früher oder später neue Verhandlung zu erwarten. Oder konnte Herzog Sigmund nach Elsaß und Sundgau greifen, ohne an den Eidgenossen einen Rückhalt zu haben? Auch für diese Dinge hatte die Annäherung zwischen Kaiser Friedrich und Herzog Karl ihre weitreichende Bedeutung.

Das habsburg-burgundische Heiratsprojekt, erst durchaus aussichtslos, da beide Teile ohne die Lage und Art des andern genügend zu kennen oder zu würdigen, lediglich den eigenen Vorteil im Auge hatten, trat im Jahre 1472 in ein neues, günstigeres Stadium. Gemeinsame Interessen des Kaisers und Herzogs schufen ihm jetzt eine breitere Grundlage. Sehnte Friedrich III. den Anschluß an die berühmte Waffenmacht des Burgunders herbei, um den Fährlichkeiten in den Erblanden, im Reiche, seitens Ungarns zu gebieten, so hoffte Herzog Karl der nie ruhenden Feindschaft des Franzosenkönigs, der Eifersucht der Eidgenossen, dem Unmute und den Besorgnissen des Herzogs von Tirol und der deutschen und wälschen Nachbarn zum Trotz durch den engen Bund mit dem Reichsoberhaupte um so höher zu steigen und über alle um so sicherer zu triumphieren.

Eröffnet wurde, scheint es, die neue Verhandlung vom Kaiser. Seine Notlage war größer, als die des Herzogs. Der Tod des Herzogs von Guyenne (28. Mai 1472), des Verlobten des Fräuleins von Burgund, beseitigte das für den Augenblick größte Hindernis. Trotzdem kam man nicht so rasch vorwärts. Als der Abt von Kasanowa, der Überbringer eines kaiserlichen Schreibens an Herzog Karl in Sachen der Verheiratung der beiderseitigen Kinder und zu weiterer Verhandlung mit diesem beglaubigt,[1] sich am burgundischen Hofe einstellte,[2] fand er den Herzog in einem erbitterten Kampfe mit König Ludwig XI., der sich der Besitzungen des Herzogs von Guyenne unmittelbar nach dessen Tode bemächtigt hatte.[3] Noch wichtiger war, daß Herzog Karl damals bereits seine Tochter von neuem, mit dem Herzoge Nikolaus von Kalabrien-Lothringen, verlobt hatte.[4] Es sollte Lothringen in den Kreis der

[1] Die Beglaubigung (s. d.) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 16, Nr. 2.

[2] Es mag im Juli 1472 gewesen sein, wenn man den Tod des Herzogs von Guyenne, die Entfernungen und des Kaisers Bedächtigkeit in Rechnung stellt. Die Sendung erfolgte offenbar, ehe dem Kaiser die neue Verlobung Marias mit dem Herzoge Nikolaus von Calabrien (13. Juni 1472) bekannt war.

[3] Rauschen, Die burg. Heirat 62—63. Daß der Herz. schon vor dem Tode Guyennes den Frieden gebrochen, zeigt Lenglet du Fresnoy in den Bemerk. zu Comynes I. 175.

[4] Verlöbnisbrief und Bündnis bei Comynes ed. Lenglet du Fresnoy IV. 381—386; 386—388, 388.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

burgundischen Gebiete eingefügt und so eine neue breitere Landbrücke zwischen den nördlichen und südlichen Provinzen Karls hergestellt werden.

Doch wurde der Abt deswegen nicht etwa einfach abgewiesen. Sowie das Verlöbnis ein Werk der Politik war, so konnte die Politik auch wieder die Auflösung desselben bringen. Immerhin gab Herzog Karl dem Kaiser nur vorläufige Antwort. Er versprach aber, seinerzeit den Abt mit vollkommen ausreichenden Vollmachten an den kaiserlichen Hof zurückzusenden. Als Ursache der Verzögerung bezeichnete er „mannigfache und schwere Sorgen", aus großen Kriegen, mit denen er belastet sei, und sonstigen Schwierigkeiten entspringend. Karls damalige Absicht war, einerseits das lothringische Bündnis für den Krieg gegen Frankreich auszunützen, andererseits die Entwickelung der Dinge zwischen Österreich-Tirol und den Eidgenossen abzuwarten. Auch der Kaiser, augenblicklich mit Ungarn im Reinen, hielt wieder zurück. Doch gaben jetzt die Verhandlungen mit dem Papste, mit Venedig und Aragon über den Türkenfeldzug den Fürsten Anlaß zu diplomatischem Verkehre. Ende November 1472 finden wir Gesandte des Kaisers und der genannten italienischen Mächte am Hofe Karls von Burgund zu Abbeville.[1]

Der Bund Burgunds mit Lothringen versagte, so getreu Herzog Nikolaus seinen Verpflichtungen nachkam. Der Krieg mit Frankreich lastete schwer auf den burgundischen Landen und mehrte die ohnehin weitverbreitete Unzufriedenheit.[2] Dafür wuchs die Spannung Karls mit den Eidgenossen wie mit Tirol, und wies ihn der neue Vertrag mit Geldern (7. Dezember 1472), durch den er dieses Land mit Züphten von Herzog Arnold kaufte, an die Geneigtheit des Kaisers als Gelderns Lehensherrn.[3] Da schloß der Herzog einen Waffenstillstand mit Ludwig von Frankreich und ward in friedlicher Vereinbarung die Verlobung seiner Tochter mit Herzog Nikolaus gelöst, während das Bündnis bestehen blieb. Am 14. Dezember 1472 ging dann auch der Abt von Kasanowa, mit den in Aussicht gestellten Weisungen versehen, an Kaiser Friedrich ab.

Mit gesteigertem Interesse folgt man den Verhandlungen des Kaisers mit Herzog Karl von Burgund, die, so seltsam es klingt, da es sich

[1] Extract d'une ancienne chronique bei Godefroy-Commines III. 371.

[2] Gachard, Collection des documents inedits I. 225. Notices de Arch. de Gand etc. bei Comynes v. l. In der Nacht vom 7. auf den 8. August 1472 flüchtete Ph. de Comynes vom Hofe Karls nach Frankreich. Vgl. Memoires, ed. Lenglet I. 184. Zermelo, Cur Caroli Temerarii consilia Ludovico XI. obstante non successerint, Diss. Berlin, o. J., 8.

[3] Extrait d'une ancienne chronique l. c. 372.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ja um die Heirat ihrer Kinder handelte, mit beispielloser Energie und Zähigkeit jahrelang in diplomatischem und militärischem Wettkampf sich maßen, indem eben einer des andern sich für seine Zwecke zu bedienen strebte. Freilich ist ein schärferer Gegensatz als zwischen diesen beiden Fürsten schwer denkbar. Hier der jugendlich kraftvolle Herzog, im Besitze einer geschlossenen, militärisch organisierten Macht, die auf breiter materieller Basis ruhte, ehrgeizig, so daß ihm kein Ziel zu hoch gestellt war, kühn bis zur Waghalsigkeit und doch in diplomatischen Winkelzügen, für die ihm Gehülfen aus trefflicher Schule zur Seite standen, wohlbewandert: aber rücksichtslos, so daß ihm kaum der Ungarkönig gleichkam, ohne Treue und Glauben, mehr schlau als verständig, zu rasch, zu hochfahrend und erfolgssicher, als daß er stets die Mittel sorgsam erwogen und alle Möglichkeiten politischer und kriegerischer Aktion ermessen hätte, vor allem unfähig, die höheren sittlichen Kräfte zu erkennen und zu verwerten. Dort der Kaiser, bereits in reiferen Jahren Jahren stehend, Träger der ersten Würde der Christenheit und Haupt des größten, volkreichsten Staates des Erdteils, aber weder mächtig durch militärische Mittel und reichliche Einkünfte aus demselben, noch im Stande, auch nur die natürliche Kraft seiner schwer heimgesuchten Erblande nach außen zu kehren, langsam im Entschlusse, unbeholfen im Vollbringen, an Mißerfolge gewöhnt: dafür wahrhaft religiös, voll Vertrauen auf das Recht, das nicht untergehen könne, unerschütterlich in allem, was seine Würde und seine Herrscheraufgaben betraf, und unerschöpflich in Versuchen, aus seiner theoretisch allgewaltigen Stellung moralische und materielle Stützen zu gewinnen, in großen politischen Gängen der weitblickendste, kühlste Rechner und der zäheste Partner, im letzten Grunde der gewiegteste Realpolitiker und darin, so sehr er in den Anschauungen des Alten stand, doch der siegreiche Repräsentant der neuen Zeit. Der tiroler Herzog mit seinem fröhlichen Vertrauen und seinen schlimmen Enttäuschungen, seiner schweren Last öffentlicher Sorgen und seinen privaten Freuden, die Eidgenossen, die ihren wuchtigen Gewalthaufen und ihre egoistische Bürgerpolitik und Bauernschlauheit gleich gut zu gebrauchen verstehen, der Franzosenkönig Ludwig XI., äußerlich glatt und kalt trotz des heißen Strebens im Innern, falsch vom Scheitel bis zur Zehe, ein feiger Ränkeschmied, der schnell zurückweicht vor festem Widerstand und so gerne im Trüben fischt: sie sind im Schachspiele die Nebenfiguren. Nur nach einer Seite, aber hier zutreffend, kennzeichnet der Briefwechsel zwischen dem Kaiser und Herzog Karl zu Beginn des Neußer Feldzuges die Art und Gesinnung beider. „Wer da will", ant-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wortet der Kaiser auf die verlogenen Ausreden und wirren Beschuldigungen des Burgunderherzogs, „daß ihm oder Andern die Seinen gehorsam sind, der soll seinen Obern auch gehorsam sein und ihre Gebote nicht verachten, als Du thust". Und weiter: „Wir sind nicht geneigt, ohne Grund die Leute zu schmähen, und wären sein auf das mindest auch billig entlästigt von Dir, nachdem Du uns und dem heiligen Reich Eid und Pflicht halben verwandt bist; und wollen uns auf dasmal mit Schriften nicht weiter einflechten, sondern nach Rat und zuvorderst mit Gottes Hilf des Reiches Sach als ein frommer Kaiser getreulich handeln".[1]

Auf die Werbung des Abtes von Kasanowa gab wieder der Kaiser — entsprechend seiner jetzigen Lage — keine ausführliche Antwort.[2] Dafür erschien der kaiserliche Rat, Graf Alwin von Sulz, bei dem Landvogt Peter von Hagenbach (Januar 1473) und übermittelte ihm für Herzog Karl die folgende Erklärung: Es sei des Kaisers Verlangen, seinen Sohn mit der Tochter des Herzogs vermählt zu sehen, aber es müsse ein anderes Mittel zur Verständigung gefunden werden, als der Herzog vorschlage: von einer Aufgebung des Reiches oder der kaiserlichen Würde seitens des Kaisers könne keine Rede sein; dagegen sei dieser bereit, alle anderen Wünsche des Herzogs nach Möglichkeit zu erfüllen.[3]

Herzog Karl mochte nicht wenig überrascht sein, den Kontrahenten nun (Beginn 1473) genau auf demselben Flecke zu finden wie 1469. Aber hatte nicht der Kaiser die Verhandlung begonnen, und war nicht daraus zu verstehen, daß er Grund habe, dem Herzoge entgegenzukommen? Auch machten die Erklärungen des Grafen von Sulz auf Karl den Eindruck, als ob seine Absichten und Wünsche nicht genau an den Kaiser gebracht seien. Er entschloß sich daher, Hagenbach selbst mit möglichst genauer Instruktion nach Graz zu entsenden. Der Abt von Kasanowa, der, wie es scheint, noch dort weilte, sollte der Verhandlung beigezogen werden.[4]

---

[1] Das Schreiben bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 122—125.

[2] Sie ist uns inhaltlich nicht bekannt, bewegte sich aber nach dem, was die nachfolgende Verhandlung erkennen läßt, im Geleise der früheren Forderungen Herz. Karls.

[3] Die Meldung des Grafen Sulz erscheint in der Gegenwerbung Peter Hagenbachs an den Kaiser wiederholt. Die Unterredung ist auf Ende Januar oder Anfang Februar 1473 zu setzen.

[4] Vgl. Faber, Peter Hagenbach 22. Für die Zeit des Aufenthaltes Hagenbachs am kaiserlichen Hofe (Ende Februar 1473) giebt vielleicht Chmel, Regest. II. 646, Nr. 6665 einen Anhaltspunkt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hagenbach brachte vor: Daß der Kaiser seine Würde aufgebe, sei auch sein Herr weit entfernt zu wünschen; der Kaiser solle sie vielmehr sein Leben lang unbeschränkt besitzen. Der Herzog wünsche für sich nur das römische Königtum; die kaiserliche Würde solle ihm erst nach Friedrich III. Hingang zu Teil werden und so, daß ihm sofort des Kaisers Sohn Maximilian als römischer König an die Seite trete. Wieder wurden die glänzenden Aussichten, die sich dem Hause Österreich mit der Heirat eröffneten, und die allseitige Unterstützung und Förderung, deren sich der Kaiser in allen seinen Anliegen von Herzog Karl als römischem König zu versehen hätte, lockend vorgeführt.[1]

Aber alle Mühe war verloren, wenn Hagenbach nicht irgend anderes vorzuschlagen wußte.

Er konnte es: Der Kaiser möge den Herzog für dessen Zustimmung zur Vermählung auf Lebenszeit zum Generalvikar der linksrheinischen Gebiete des Reiches ernennen und ihm durch die deutschen Kurfürsten die Nachfolge im Reiche nach seinem Tode zusichern lassen; Karls Nachfolger solle dann Erzherzog Maximilian sein. Hagenbach hatte die Weisung, gleich selbst darauf aufmerksam zu machen, daß der zweite Vorschlag „schwierig und von großer Länge" sei, dagegen jener „mit dem Römischen Königtum leicht und kurz";[2] ebenso sollte er, falls weitere Verhandlung gewünscht würde und der Kaiser etwa dafür einen Tag nach Aachen ansagen wollte, die Zustimmung des Herzoges kundgeben.

Mit ganzem Ernste setzte der burgundische Unterhändler auch bei den kaiserlichen Räten an, namentlich bei dem Grafen von Sulz. Er hatte Vollmacht, dem Grafen ein beliebiges Amt in den Erblanden oder im Reiche und dazu 10000 Gulden bar zu versprechen, und nach des Sulzers Rate auch andere einflußreiche Männer in des Kaisers Umgebungen in ähnlicher Weise zu gewinnen.

Soeben am 19. Februar hatte der Kaiser Fürsten und Städte des Reiches aufgefordert, zu Lätare (28. März 1473) ihre vollmächtigen Botschaften an seinen Hof zu entsenden, da er mit ihnen „merkliche Sachen" zu verhandeln habe.[3] Nun änderte er seinen Plan: Ein allgemeiner Reichstag ward schon auf den 21. März nach Augsburg an-

[1] Die Instruktion für Hagenbach, französisch (Originaltext) und deutsch (keineswegs genaue Übersetzung), bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 32—37.

[2] Dieser Passus wurde gewöhnlich mißverstanden und im ersten Teile auf die Heirat bezogen.

[3] Das Schreiben an die Frankfurter bei Janssen, Frankfurts Reichskorr. II. 283, Nr. 448.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gesagt, und der Kaiser versprach, ihn in Person zu besuchen.[1] Besondere Boten mahnten auch die angesehensten Reichsfürsten dazu.[2] Von Augsburg aus verhieß Friedrich Hagenbach genaueren Bescheid. Auch eine Begegnung mit Herzog Karl war seit Hagenbachs Werbung beschlossene Sache.[3]

Der Kaiser selbst wandte sich erst noch nach Kärnthen, offenbar von den Anstalten für die Verteidigung der Südgrenze gegen die türkischen Raubscharen sich persönlich zu unterrichten, da er ja auf längere Zeit aus den Erblanden schied. Doch finden wir ihn in den ersten Tagen des April bereits unterwegs nach Augsburg[4] zu den Reichstagsverhandlungen.

Kaiser Friedrichs unvermutetes Kommen ins Reich im Frühjahre 1473 und noch mehr sein Zug nach Westen zum burgundischen Herzoge erzeugte mächtigere Erregung im Reiche, ja in ganz Mittel- und Westeuropa, als irgend ein Ereignis seit langen Jahren. Zwei Fürsten, von denen der eine die höchsten Ehren und Gerechtsame, der andere die größten Machtmittel sein eigen nannte, traten in hochwichtiger Angelegenheit in persönliche Berührung. Und, so träge die habsburgisch-burgundischen Beziehungen sich bisher entwickelt hatten, war es nicht doch möglich, daß die stürmisch vordrängende Art des jüngeren Fürsten die Bedächtigkeit des Älteren überwand? Was er bot, war ja wertvoll genug, und was er forderte, kam zuletzt doch wieder dem Kaisersohne zu Gute, den er zum Schwiegersohn und Nachfolger annahm.[5]

Und viel mehr noch als die Geschichtsschreiber und die Liebhaber „neuer Mähren", nahmen die politischen Kreise mit lebhaftem Interesse von Verhandlung und Parteiung, von Zug und Gegenzug Kenntnis. An die Fürstenzusammenkunft in Trier schloß sich eine Aktion an, welche die europäischen Mächte von Dänemark bis Neapel und von Ungarn bis Schottland in ihre Kreise zog. Entscheidenden Thaten auf dem Schlachtfelde tritt feintastende Diplomatenarbeit an die Seite, wie sie

[1] Müller, Reichstagstheatr. II. 534, 536.

[2] Müller a. a. O. Bei Ernst von Sachsen erschien Dr. Martin Heyden.

[3] Vgl. Chmel, Reg. II. 647—648.

[4] Am 21. April verläßt der Kaiser Salzburg. Diese Angabe Metzkers, Hist. Salisb. lib. IV. p. 501 ist gegen Fugger-Birken, Spiegel der Ehren u. s. w. 766, der den 23. April giebt, schon mit Rücksicht auf die Entfernung Salzburgs von Augsburg festzuhalten. Hier traf der Kaiser sicher am 24. April ein.

[5] Vgl. auch Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1, 285; nur ist wie gewöhnlich die Bedeutung der brandenburgischen Parteistellung überschätzt. Auch Rausch, Die burgundische Heirat 70.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nicht dem Mittelalter mit seinen engeren Kreisen und staatlichen Interessen, sondern nur noch der europäischen Neuzeit eignet.

Solchen Zug freilich bekamen die Dinge erst spät. Jetzt, im Frühjahre 1473, hielt immer noch jeder der Beteiligten zwei und drei Eisen im Feuer. Auch jetzt wandte sich der Kaiser mit seinen Anliegen doch zuerst an das Reich. Lag in seiner Verhandlung mit Herzog Karl für die Reichsstände eine Art Drohung, daß er sich dem mächtigen Nachbar in die Arme werfen und auf immer von ihrer Unterstützung, aber auch von ihren Interessen, unabhängig machen werde, so bedeutete die Einberufung des Reichstages hinwieder die Mahnung an den Herzog, in seinen Forderungen nicht allzu unbescheiden zu sein. Der Kaiser zeigte sich nochmals als Haupt des Reiches, inmitten und an der Spitze seiner Fürsten und Stände, ehe er dem Herzoge entgegenzog. Er war trotz aller Bedrängnis durch Türken und Ungarn Herrscher über eine große Nation, kein Schutzflehender.

Aber ebenso setzte Herzog Karl die Verhandlungen mit Savoyen und dem Herzog von Lothringen auch jetzt fort. Er blieb in freundlichen Beziehungen zu dem Pfalzgrafen und zu König Matthias, obwohl er den Anschluß an Österreich so ernstlich zu wünschen schien[1] und der Kaiser beide bitter haßte. Es galt als ein Erfolg ungarischer Politik, den Herzog von Burgund eben jetzt als Schiedsrichter im Streite um Böhmen durchgesetzt zu haben.

Je weniger aber jeder der beiden Fürsten zugestand, daß er nach seinen Verhältnissen zu einem Abkommen mit dem andern genötigt sei, je besser beide ehrgeiziges Verlangen oder Gewinnsucht zu verbergen verstanden, desto eher fehlte dem Franzosenkönige, den Eidgenossen, dem Herzog von Tirol und andern die Handhabe zu störender Zwischenhandlung. An Neigung dazu mangelte es ihnen wahrlich nicht. Die Eidgenossen gedachten Österreich-Tirol festzuhalten, ohne es zu befriedigen, und selbst für die so wichtige Auslösung der verpfändeten Landschaften keinerlei Opfer zu bringen; sie wollten es versuchen, zugleich den Kaiser zu gewinnen und dadurch und durch den Bund mit Frankreich Burgund unschädlich zu machen. Der Herzog von Tirol ließ sich den Versuch des kaiserlichen Vetters, eine Verständigung mit Burgund auch in seinen Interessen anzubahnen, gefallen, aber er war weit entfernt, sie deswegen nicht selbständig im Auge zu behalten oder auf die begonnene Unterhandlung mit den Eidgenossen zu verzichten, hinter denen Frankreich

[1] Comynes ed. Lenglet III. 255—257. Vgl. K. Lindner, Die Zusammenkunft Kaiser Friedrichs III. mit Karl von Burgund zu Trier 1473, Cöslin 1876, 42.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

stand. Der Franzosenkönig selbst sah seinen Vorteil allein in der Entzweiung, nicht in der Vereinigung seiner Nachbarn gewahrt; vor allem ein burgundisch-habsburgischer Familienvertrag war ihm von Anfange an ein Dorn im Auge, und er hat mit allen Mitteln danach gestrebt, sein Zustandekommen zu vereiteln. Und fand etwa das burgundische Projekt bei den deutschen Fürsten freundliche Aufnahme oder gar lebhafte Förderung, von jener kleinen Zahl abgesehen, die wie die Brüder von Baden, dem Kaiser persönlich und politisch nahe standen? Mit sehr gemischten Gefühlen nahmen Albrecht von Brandenburg und Ernst von Sachsen, mit berechtigter Sorge der Pfalzgraf des Kaisers Fahrt zum Burgunderherzoge und die Kunde von den weitgehenden Plänen auf, die da ihre Verwirklichung finden sollten. Sie bedeuteten ja ein übermächtiges Kaisertum, das die Vereinigung Habsburgs mit Burgund zu bringen versprach, ebenso die höchste Wohlthat für die Verteidigung und Befriedung des Reiches, wie die größte Gefahr für die ungehinderte Weiterentwickelung seiner Stände und Territorien.

Am 9. April waren die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und Herzog Wilhelm von Sachsen in Augsburg eingetroffen. Da sie hier nur den Grafen Haug von Montfort fanden, meldeten sie ihre Ankunft dem Kaiser. Es war eine Mahnung, nicht allzu lange zu säumen. Bald stellte sich Kurfürst Adolf von Mainz mit der Kanzlei,[1] dann Herzog Ludwig der Schwarze von Veldenz ein. Am 25. April kam der Kaiser selbst mit seinem Sohne, dem 14jährigen Maximilian, um ihn die Herzöge Albrecht, Christof und Wolfgang von Bayern-München, Markgraf Karl von Baden, Graf Eberhard d. J. von Württemberg und Calixt Osman, Halbbruder Sultan Mohamed II., der seit 1469, des Kaisers Romfahrt, an seinem Hofe weilte.[2] Die Brüder Kurfürst Jakob von Trier und Bischof Georg von Metz folgten nach. Das war aber auch neben einer Anzahl von Grafen und Herren, den Boten oder Bevollmächtigten, von 38 Reichsstädten und selbstverständlich Bischof Johann von Augsburg die ganze Reichsversammlung.[3] Der Propst von Fünfkirchen, der während der Beratungen aus Ungarn eintraf, kam in besonderer Sendung an den Kaiser.[4]

[1] Über seinen Zug siehe Menzel, Geschichte von Nassau II. 385; Seeliger, Kanzleistudien 6. Da Erzbischof Adolf dem Kaiser beim Empfange entgegenreitet, muß er doch früher angekommen sein. Müller, Reichstagsth. II. 537.

[2] Vgl. über ihn u. a. Cuspinian, De Caesaribus et imperatoribus, 449.

[3] Obige Angaben nach Müller, Reichstagsth. II. 535 ff.; Lehmann, Speierische Chronik 891; Janssen, F. R. II. 287, 288.

[4] S. unten S. 408.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Da der Reichstag wieder in Sachen des Türkenzuges angekündigt war, so könnte die Abwesenheit eines Vertreters der Kurie auffallen. Angeblich hat der Kardinal von Siena, Legat auf dem Regensburger Tage, im Konsistorium abgemahnt, da er sicher so wie alle früheren unfruchtbar bleiben werde; mit der Nichtbeschickung meide man die Anteilnahme an dem Mißerfolg und die vergeblichen Kosten.[1] Der Hauptgrund war aber offenbar ein anderer. Die Kurie war durch ihre Legaten und Nuntien sehr wohl davon unterrichtet, daß weniger die Türkengefahr als die Spannung mit dem Ungarkönig den Kaiser nach Augsburg geführt habe. König Matthias aber blieb trotz allem, freilich von eigener Notlage gedrängt, der entschiedene, siegreiche Vorkämpfer des christlichen Europa gegen die Osmanen. Ihn konnte man nicht lassen.[2] Die Freundschaft mit dem Haupte der deutschen Nation schien dem Papste ebenso unentbehrlich. Welche Rolle sollte da sein Vertreter in Augsburg spielen, wenn der Kaiser mit Beschwerden gegen den König vor die Reichsversammlung trat? So begnügte man sich diesmal in Rom mit der schriftlichen Zusage an den Kaiser, alles, was in Augsburg für die allgemeine Sache geschehe, nach Kräften fördern und namentlich einen allgemeinen Ablaß als Beitrag für die Kosten des Zuges verkündigen zu wollen.[3]

Vier Wochen und länger weilte der Kaiser bereits in Augsburg, und noch hatte, von der herkömmlichen Eröffnung des Tages abgesehen, keine öffentliche gemeinsame Sitzung stattgefunden. Und von dem, was der Kaiser und die Fürsten im geheimen unter sich verhandelten, bekam kein Uneingeweihter, selbst nicht die Gesamtheit der Städteboten, irgend eine Kunde.

Auch wir erfahren nicht direkt, was die Fürsten dem Kaiser auf seine

---

[1] Müller, Reichstagsth. II. 534.

[2] Vgl. auch die Breven Sixtus IV. v. 7. März 1472 im Interesse des Königs Matthias an die böhmischen Stände im vatik. Geh. Archiv, lib. legat. Sixti IV. 680, fol. 63—64, 66—67; vom 7. Mai 1472 an König Kasimir und auch den Kaiser ebendort fol. 67—68, 68—69; endlich ebendort die Bullen vom 14. Mai 1472, 8. Juni und 9. September 1473 fol. 70—71, 71—72, 72—73. Vergleiche ferner Raynaldus, Annal. eccles. XIX. ad. ann. 1473, und auch Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 25—27.

[3] Zusammenstellung bei Chmel, Habsb. Chronik in Mon. Habs. I. 1, XIX, XXI. Vgl. auch ebendort I. 3, 431—434, — dieses Schriftstück gehört hierher, obwohl der Reichstag noch nicht erwähnt ist, er wurde eben sehr rasch beschlossen —, und I. 326—328. Von Augsburg aus (am 5. Mai) richtete der Kaiser eine Bitte an den Papst im Interesse seines Sohnes (ebendort I. 1, 324—335). Daneben gab es doch wohl auch eine politische Korrespondenz zwischen beiden.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Darlegungen antworteten. Doch beweist der Erfolg, daß sie nicht soweit entgegenkamen, um ihm fernere Verhandlung mit dem Herzoge von Burgund überflüssig erscheinen zu lassen. Und mancherlei äußere Umstände erzählen uns die Ursachen des Mißerfolges.

Sowie in einer Hinsicht die Haltung und die Stellung der Kurfürsten zu König Matthias jener des Papstes zu Ungarn glich, so war auch ihre Geneigtheit, für den Kaiser gegen Matthias aufzutreten, sehr gering. Der mächtigste und persönlich bedeutendste von ihnen, Albrecht von Brandenburg, ging trotz seiner gewiß aufrichtigen Ergebenheit für den Kaiser wie stets so auch jetzt seinen Zielen nach. Sie galten, seitdem die Auflösung der böhmischen Krone Fortschritte machte, der Erwerbung von Land und Leuten in Schlesien. Schon saß Albrechts Tochter Barbara, mit Herzog Heinrich von Glogau-Crossen vermählt, als Herzogin-Gemahlin und, den Vereinbarungen mit Herzog Heinrich gemäß, als künftige Erbherrin im Lande.[1] War aber, um den Anfall zu sichern und noch weitere Erwerbungen zu machen, wonach die Hohenzollern gleich den andern Fürsten jener Tage so lüstern waren, nicht vor allem die gute Gesinnung des Königs von Ungarn notwendig? Der Markgraf hatte soeben längere Zeit in der von seinem Bruder ererbten Mark zugebracht, nicht ohne mannigfache Schwierigkeiten bei ihrer Einrichtung zu finden.[2] Er konnte sich rühmen, nun alle Nachbarn, „alsferrn Glaub in der Welt soll sein", „in ein gut beständig Wesen gesetzt zu haben", ohne sich gleichwohl zu mehr zu verpflichten, als ihm geziemend gewesen.[3] Er hatte auch eben in Halle den nahe befreundeten Wilhelm von Thüringen mit seinen Neffen versöhnt, von beiden Teilen zum Schiedsrichter erkoren.[4] Es waren damit die Häuser Sachsen, Brandenburg und Hessen einander aufs neue näher gerückt, sowie Albrechts Beziehungen, wie früher zu Pfalzgraf Otto von Mosbach, so jetzt zu Albrecht von Bayern-München, geradezu innig waren.[5] Zugleich mit

[1] Die bezüglichen Schriftstücke im Berliner Geh. Hausarchive, zum Teil gedruckt bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. V. (auch Raumer, Cod. diplom. Brandenb. contin. II.) und bei C. Höfler, Barbara, Markgräfin von Brandenburg u. s. w., Prag 1867. Andere bezügliche Stücke im Dresdner Hauptstaatsarchive. Vergl. auch H. Markgraf, Annales Glogovienses bis z. J. 1493, mit urk. Beil., Script. rer. Siles. X. (1877), 91 ff.

[2] Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1. 273 ff. Priebatsch, Die Hohenzollern und die Städte der Mark im 15. Jahrh., Berlin 1892, 133 ff.

[3] Das funfft Merckisch buch 232 und 258. Briefe Albrechts vom 29. Nov. 1472 und 12. Januar 1473.

[4] Ebendort 259.

[5] Bamberger Reichstagsakten V. fol. 146—149. Vgl. Font. rer. Austr. XLVI.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wilhelm von Thüringen hatte er endlich die bereits 1470 mit Ungarn begonnenen Verhandlungen über ein Bündnis dem Abschlusse nahe gebracht.[1]

Sollte er, in solcher Machtstellung, eben nur wieder seine schlesischen Interessen dem Kaiser opfern? Eher glaubte er neuen Grund zur Unzufriedenheit mit ihm zu haben, da der Kaiser weder in der Stettinischen Sache noch in den Händeln in Franken mit dem Eifer und der Entschiedenheit, die Albrecht erwartete, für ihn eintrat.[2] Und war denn dem Kaiser überhaupt zu helfen?[3]

Erwerbungen in Schlesien bildeten auch einen Lieblingsgedanken der sächsischen Brüder, dem sie lange nachhingen. Soeben schien ein wichtiger Schritt zu seiner Verwirklichung geschehen, da ihnen am 19. Dezember 1472 Herzog Johann von Sagan seine Anrechte auf dieses Gebiet mit Kaufvertrag überlassen.[4] Aber stand es nicht auch da durchaus bei König Matthias, ob sie das Herzogtum in Besitz nehmen sollten oder nicht? Und hatte der König nicht ebenso verstanden, seine Beziehungen zu Pfalz, Landshut und München, also zum ganzen Hause von Bayern, stets freundschaftlicher zu gestalten?[5]

Damit war aber die Haltung des Kurfürstenkollegiums schon entschieden. Die Unzufriedenheit des Pfalzgrafen war landkundig,[6] der Kölner war dessen Bruder und außerdem gelähmt durch schweren Zwist mit seinem Domkapitel, Adolf von Mainz war arm, Jakob von Trier durchaus in der Machtsphäre des Herzogs von Burgund gesessen, beider Kurlande zudem dem Kaiser für den Streit mit Ungarn weit entlegen. Nach den Kurfürsten richtete sich aber wie gewöhnlich auch die Fürstenbank, obwohl einige der Herren, wie die von Baden und Württemberg,

197—198. Das funfft Merckisch buch 3. Albrecht stand gut mit Braunschweig, Mecklenburg, Magdeburg (d. funfft Merckisch buch 9—10), ja sogar mit dem Pfalzgrafen, gegen den er im Weißenburger Kriege keinen Finger gerührt, nicht schlecht. Vgl. ebendort 19 und Müller, Reichstagsth. II. 526.

[1] Archiv für österreichische Geschichte VII. 55 ff.

[2] Vergl. Albrechts Brief vom 24. Sept. 1472 an Kurfürst Adolf von Mainz, das funfft Merckisch buch 210—211.

[3] Berichte an Albrecht von seinem Agenten am Kaiserhofe, Anshelm von Eyb, das funfft Merckisch buch 70, 97, 119, 151, 152. Vgl. Berl. Geh. Hausarch.

[4] Markgraf-Grünhagen, Besitz- und Lehensurkunden Schlesiens II. 211 bis 216. Müller, Reichstagstheatrum unter Maximilian I. I. 268—270. Vergl. auch Script. rer. Siles. X. (Annal. Glogov. ed. H. Markgraf) 94—95, mit vielen anderen bezüglichen Schriftstücken.

[5] Vergl. Arch. VII. 63, Nr. 44, mit Meldung über einen Tag zu Passau im März 1472.

[6] Äußerung Markgraf Albrechs am 7. Februar 1473 an seinen Schwiegersohn, Herzog Heinrich von Münsterberg. Bamb. Arch., Reichstagsakt V. fol. 143.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Johann von Augsburg und auch Albrecht von München und seine Brüder, sich dem Kaiser sehr willfährig zeigten. Alles was der Kaiser für seinen Streit mit Ungarn in Augsburg erreichte, war, daß die Kurfürsten versprachen, gemeinsam mit ihm den König Matthias zu besenden, diesen zur Aufrechterhaltung des Friedens mit dem Reiche zu mahnen, da sonst die Kurfürsten sein feindliches Vorgehen nicht gleichmütig ansehen könnten.

Der Propst von Fünfkirchen hatte eben nur neuerdings verlangt, der Kaiser möge Zeit und Ort für die Belehnung seines Herrn mit der böhmischen Kur bestimmen, da der früher vereinbarte Termin (Georgi 1473) bereits verstrichen. Die Antwort des Kaisers lautete kurz dahin, er und die Kurfürsten würden demnächst zum Könige besondere Gesandten schicken.[1]

Damit war aber auch schon die Hauptaufgabe, die sich der Kaiser für seinen Augsburger Aufenthalt gestellt, gethan. Was weiter auf dem Reichstage folgte, geschah, um der Form zu genügen, und war in zwei Tagen zu Ende.

In Sachen des Türkenkrieges hatte sich der Kaiser damit begnügt, den Kurfürsten und Fürsten die Regensburger Anschläge auf eilige Hilfe und den Ratschlag auf Erhebung einer allgemeinen Reichssteuer aufs neue zu unterbreiten. Jene wurden leicht erledigt, da die einen ihnen ja bereits entsprochen hatten, die andern wie es scheint solches zusagten. Aber betreffs der allgemeinen Steuer fand man, daß der jetzige Tag nicht zahlreich genug besucht sei, um für das Reich Beschlüsse zu fassen, und der Plan eines großen Heerzuges wurde verschoben, da ja die Deutschen ohne die Mitwirkung der andern Nationen den Türken keinesfalls ersprießlichen Widerstand leisten könnten.[2]

Darüber stand man noch in Beratung, als der Kaiser (am 26. Mai) die Regensburger Beschlüsse endlich auch den Machtboten der freien und Reichsstädte vorlegen ließ. Sie wurden ersucht, tausend reisige Pferde bis zu Jakobi (25. Juli) 1473 den kaiserlichen Hauptleuten an die türkische Grenze zuzusenden; man würde mit solchem Begehren nicht

[1] Vergleiche Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 67, Nr. 25, bisher völlig übersehen. Vorläufig ging Mag. Thomas von Cilly, soeben aus Rom zurückgekehrt, zu König Matthias. Ebendort 40, 41. Seine Instruktion bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2. 31—35 (ebenfalls bisher unbenützt). Von dieser Abordnung ist die nach Österreich am 28. Mai gehende Gesandtschaft zu unterscheiden.

[2] Ergiebt sich aus Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 284, 285, 286. Der Vorschlag auf Stellung von 10000 Mann wurde aufs neue redigiert. Vgl. Müller, Reichstagsh. II. 539—540.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kommen, wenn ihrerseits dem Regensburger Anschlag Folge geschehen und dadurch merklicher Schaden vermieden worden wäre. So hart man aber in Regensburg (1471) in die Städte in dieser Sache gedrungen: jetzt erlangten sie ohne Verzug und Schwierigkeit, die kaiserliche Forderung erst an ihre Freunde bringen zu dürfen.[1]

Und ebensowenig bestand man auf einem zweiten Begehren, dessentwegen die Städte gleich wieder am 27. Mai vor den Kaiser beschieden wurden. „Seine kaiserl. Majestät werde berichtet", teilte ihnen Graf Haug von Werdenberg mit, „daß der Herzog von Burgundien in merklichem Aufgebote und Rüstung stehen solle, vielleicht das Herzogtum Geldern, nachdem der Herzog daselbst mit Tod abgegangen ware,[2] unter sich zu bringen. Seine kaiserl. Majestät vernehme auch, daß in dem Herzogtum Lothringen Sammlung und Rüstung sein solle. Auch werde gesagt, daß der König von Frankreich in Werbung und Aufgebote stehe und vielleicht etliche Ende deutscher Nation zu überziehen in Meinung sein möchte, und daß aus Lamparten ein mercklich Volk in deutsche Land kommen were. Es rüsten und empören sich auch Etliche in Deutscher Nation". Haugs Begehren im Namen des Kaisers war, daß die Reichsstädte solchen Gefahren gegenüber in Rüstung treten und namentlich gewärtig sein sollten, dem Kaiser mit tausend Pferden beizustehen; sie sollten das auf sich nehmen ohne die Hanse-, Seestädte und die Eidgenossen, die vom Kaiser besonders „ermahnt und angelegt" würden.

Wieder wurde die Antwort der Städteboten, auch dies „an ihre Freunde zu bringen", ohne jede weitere Einrede oder Ermahnung „in Gnaden von ihnen empfangen".[3] Es war offenbar die ganze Werbung nur ein Versuch, die Gesinnung der Städte in solchen Dingen zu erforschen und zugleich die Zeitereignisse zum Gegenstande der reichstägigen Diskussion zu machen. Ein Wink für Karl von Burgund wie für andere! Und augenscheinlich legte der Kaiser ein besonderes Gewicht darauf, sein volles Einvernehmen, auch mit den Städten, nach außen zu zeigen, sowie er die Kurfürsten trotz des ungarischen Handels keinerlei Verdruß merken ließ. Vielmehr suchte er durch neue Verleihungen und Bewilligungen den einen und den andern der Fürsten, namentlich Erz-

[1] Janssen a. a. O. 284—285, Nr. 449.

[2] Arnold von Geldern starb am 23. Februar 1473.

[3] Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 285—287, Nr. 450. Becker, Teilnahme der Städte an den Reichsversammlungen 69 (nicht ganz genau).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bischof Adolf von Mainz,[1] Albrecht von Bayern,[2] Ulrich von Württemberg[3] und Albrecht von Brandenburg,[4] der die Führung über seine fürstlichen Genossen übernommen, sich enger zu verbinden. Die Kurfürsten wieder gaben ihre Willebriefe zur Bestätigung der österreichischen Freiheitsbriefe.[5] Und sogar die Vermittelung zwischen ihm und dem Pfalzgrafen gestattete jetzt der Kaiser dem Herzoge Ludwig von Bayern-Landshut, der in jenen Tagen krankheitshalber in dem Wildbade Deinach bei Kalw weilte. Es schien alles im Reiche in möglichster Eintracht und Harmonie, und so wollte es der Kaiser für das Unternehmen, zu dem er sich von Augsburg aus erhob.

Er hatte nämlich dem Herzoge von Burgund geschrieben, daß er bereit sei, mit ihm am 1. August persönlich zu Trier zusammenzutreffen, und der Herzog hatte zugestimmt und rechtzeitiges Erscheinen gelobt.[6] Aber Friedrich gab erst, als die Stände wie er selbst bereits Augsburg verlassen (Mitte Juni),[7] den befreundeten Kurfürsten und Fürsten von der beabsichtigten Begegnung Kenntnis. Er lud sie ein, ihn nach Trier zu begleiten.[8] Offenbar wollte der Kaiser vorzeitige Erörterungen mit den Kurfürsten über die Fahrt vermeiden, besonders so lange sie

[1] Vgl. Chmel, Reg. II. 649, Nr. 6699, 6704.

[2] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1691, 1693.

[3] Chmel, Reg. II. 652, Nr. 6725, 6732.

[4] Ebendort 650—651, Nr. 6709, 6719, 6724. Auch 652, Nr. 6726 (Begnadung für Christian von Dänemark, mit dem Albrecht so nahe befreundet war) ist hierher zu stellen.

[5] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 397—390 (Mainz, Sachsen, Brandenburg). Regesten II. 654, Nr. 6747 (Köln).

[6] Brief des Kaisers vom 23. Juni an Herzog Albrecht von Sachsen. Wiener Archiv. Dagegen kann ich (gegen Witte, Zusammenbruch der burgundischen Herrschaft am Oberrhein, Zeitsch. für Geschichte des Oberrheins NF. II. 1, 9, Anm. 1 und andere) nicht glauben, daß Hagenbach wieder in Augsburg gewesen oder gar mit dem Kaiser nach Baden gezogen sei. Es scheint dies eine Verwechselung mit Hagenbachs Aufenhalt beim Kaiser im Juli; damals war der Kaiser lange nicht mehr in Augsburg. Des Kaisers Brief v. 23. Juni weiß in Sachen der bevorstehenden Zusammenkunft nur von einem Schreiben Herzog Karls aus dieser Zeit.

[7] Das Datum 14. Juni (Chmel, Habsburg. Chronik XLIX. und Menzel, Geschichte von Nassau V. 386) beruht nur auf Chmel, Reg. II. 654, Nr. 6741.

[8] Die Einladung an Herzog Albrecht von Sachsen vom 23. Juni im Weim. Archiv. Orig. Nr. 103. Betreffs Albrechts von Brandenburg liegt die Mitteilung vor, der Termin der Zusammenkunft sei geändert (17. Juli) (Bamb. Archiv, Reichstagsakten V. fol. 133), eine frühere Einladung ist dabei vorauszusetzen. Bezüglich Ludwigs von Bayern s. Jos. Baader, Die Zusammenkunft Kaiser Friedrichs III. mit Herzog Karl dem Kühnen von Burgund zu Trier, Anz. für Kunde der deutsch. Vorzeit, N. F. XI. (1864) 202. Vgl. auch Font. rer. Austriac. LXVI. 197.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nicht unbedingt feststand. Auch hatte er noch von Augsburg aus, da ja seine Abwesenheit von Österreich sich in die Länge ziehen konnte und die Nachrichten von dort, wie gewöhnlich seit Jahren, ungünstig lauteten, sich an die österreichische Landschaft gewendet und sie ersucht, zugleich mit seinen Räten, die er von Augsburg sende, für die innere Ruhe und äußere Sicherheit des Landes Sorge zu tragen. Darüber sollte auf einem eigenen Landtage zu Wien verhandelt werden.[1] Endlich war in Augsburg vereinbart worden, daß ein neuer „grosser Tag" zu Mariä Geburt, und zwar wieder in Augsburg, stattfinden sollte.[2]

Die Dinge nahmen dann doch einen langsameren Gang. Schon am 9. Juli teilte der Kaiser dem Kurfürsten von Brandenburg, und zu gleicher Zeit offenbar auch den andern Fürsten, mit, daß der Tag zu Trier auf den 12. August erstreckt sei.[3] Dann erschien in den ersten Augusttagen Peter von Hagenbach mit dem Dr. Joh. von Hesbach bei dem Kaiser zu Baden, um mit der Versicherung, der Herzog freue sich ungemein, mit dem Kaiser persönlich zusammenzutreffen, und werde trotz des Krieges, der ihn schwer belaste, nicht ausbleiben, doch mitzuteilen, daß sich Karls Ankunft in Trier neun bis zehn Tage verzögern könnte.[4] Bald darauf wurde aber die Zusammenkunft abermals, bis Michaelis 1473, erstreckt und als Ort der Zusammenkunft Metz bestimmt. Eine Hinausschiebung des Augsburger Reichstages bis auf den 12. Oktober war die notwendige Folge.

Was den Herzog zurückhielt, war der geldrische Krieg, den er vor der Begegnung mit dem Kaiser nach Wunsch beendigen wollte. Aber mit der Erstreckung gewann auch der Kaiser Muße, sich vorerst noch den eigenen Obliegenheiten zu widmen, und gelangen den Burgund feindlichen Mächten weitere Fortschritte.

Anfangs August ward in Baden die Gesandtschaft des Reiches, Boten von Mainz, Trier, Brandenburg und Herzog Albrechts von Bayern,

[1] Die Regesten Nr. 6729 und 6730 bei Chmel II. 652 geben kombiniert diese Thatsachen.

[2] Ergiebt sich aus Font. rer. Austriac. XLVI. 196, Nr. 108.

[3] Berl. Geh. Hausarch. Regest jetzt Font. rer. Austr. XLVI. 198, Nr. 186.

[4] Die Werbung Hagenbachs französisch und deutsch (diese wieder gekürzt) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 37—39; französisch auch bei Lichnowsky, Regest. zu VII. Anhang IV. Für Hagenbach vgl. Chmel, Reg. II. 654, Nr. 6758: Kaiserl. Erlaubnis vom 16. Juli, das Schultheißenamt zu Mülhausen von der Stadt lösen zu dürfen. Danach und da der Kaiser am 17. Juli den Reichstag auf den 21. Sept. erstreckt (vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 202, Nr. 191) möchte ich diese Gesandtschaft auf die Mitte Juli ansetzen. Der Kanzleivermerk zur Instruktion: „30 juillet" soll woll „30 juin" heißen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

an König Matthias von Ungarn abgefertigt. Sie brachte ihm die Mitteilung, daß in Augsburg in der Türkensache ein neuer Reichstag zu Matthäi (21. September) stattfinden werde, und die dringende Aufforderung, den Tag in Person zu besuchen; wenn dies aber durchaus unmöglich wäre, möge der König wenigstens vollmächtige Gesandte schicken. In Augsburg gedenke ja der Kaiser unter Mitwirkung eines Legaten und von Kurfürsten und Fürsten auch die Irrungen mit dem König, Böhmen betreffend, beheben, damit daraus für den Türkenkrieg keine Störung erwachse. Dafür möge der König nach Maßgabe seiner früheren Zusagen mitwirken, daß Ordnung und Sicherheit in Niederösterreich wiederkehrten. Die Fürsten seien dem Kaiser „gewandt" und könnten ihn „nicht lassen", „so er also von Tag zu Tag vergewaltigt und bekriegt würde". Doch hatten die Räte Auftrag, „die Drohworte zu verziehen auf das längst".[1] Die besonderen Forderungen des Kaisers vertrat daneben seine eigene Botschaft.[2]

So wenig die Eidgenossen auch nach dem Konstanzer Tage geneigt waren, selbst zur Beseitigung der burgundischen Nachbarschaft opferwillig beizutragen, und obwohl sich Herzog Sigmund bald gehemmt sah durch die Aktion des kaiserlichen Vetters: Der Gedanke, die burgundische Pfandherrschaft zu Ende zu bringen, erwies sich doch als ein überaus glücklicher und fand vor allem in den gleichfalls durch Burgund bedrohten oberen Reichsstädten fruchtbaren Boden. Bis zum März 1473 hatten sich Straßburg, Kolmar, Schlettstadt, Basel, der Graf von Lupfen, und die Herren von Rapoltstein zu solchem Zwecke zusammengeschlossen. Österreich und die Eidgenossen hielten ihnen den Rücken. Es „waren die Anfänge der Niederen-Vereinigung, die soviel Ruhm und Ehre zur Zeit der Burgunderkriege über das Elsaß gebracht hat".[3] Rasch fand sich dann Herzog Sigmund bestimmt, mit ihr ohne weitere Rücksicht auf den Kaiser gemeinsame Sache zu machen.

Als der Abt von Kasanowa im Dezember 1472 zum Kaiser ging, hatte er seinen Weg durch das Gebiet der Eidgenossen genommen und sie mit der Erklärung zu beruhigen getrachtet, daß die Verhandlungen des Herzogs mit dem Kaiser keineswegs Feindseligkeiten gegen sie zum

[1] Instruktion für die Fürstenbotschaften Mon. Habsb. I. 2, 29—31.

[2] Ihre Instruktion ebendort 31—35. Vgl. auch die bezügliche Korrespondenz des Kurfürsten Albrecht von Brandenburg und des Erzbischofs Adolf von Mainz in Font. rer. Austr. XLVI. 196—199, und die besondere Weisung des ersteren an seine nach Ungarn reitenden Räte vom 17. Juli. Ebendort 202, Nr. 190.

[3] So Witte, Beziehungen u. s. w. 32.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ziel haben sollten.[1] Zu Beginn 1473 verübte der Ritter Pilgeri von Heudorf wieder einen seiner Raubanfälle und die Eidgenossen bedrohten den Herzog von Österreich mit der Forderung von Schadenersatz, im Weigerungsfalle mit Waffengewalt. Erschreckt wandte sich der Herzog an den Kaiser und an Herzog Karl. Während aber der Kaiser den Bischof von Konstanz mit der Vermittelung betraute[2] und dieser einen Tag nach Konstanz berief (auf den 25. April), um die Parteien zu bestimmen, die Austragung des Streites dem Kaiser zu übertragen, war zwei Tage zuvor eine burgundische Gesandtschaft in Bern erschienen, auch in der Absicht, die Eidgenossen von Gewalt gegen Tirol zurückzuhalten, aber zugleich, um zu versichern, Herzog Karl werde für Österreich keineswegs Krieg gegen sie führen; er wolle vielmehr die alten Bündnisse halten und erneuern.[3]

Was bedeutet es da, wenn gleichzeitig in Konstanz Landvogt Hagenbach gewaltig mit dem Säbel rasselte und die Verpflichtung des Herzoges von Burgund für den von Tirol als Karls Schutzbefohlenen und Diener dröhnend hervorgekehrt ward?[4] Die Schweizer brauchten darüber um so weniger zu erschrecken, als sich zwar der Herzog von Burgund auf dem nachfolgenden Luzerner Tage (5. Mai) auf seinen engen Bund mit Österreich berief, aber nur, um zu verlangen, die Eidgenossen möchten ihre Streitigkeiten mit Österreich zu rechtlicher oder gütiger Entscheidung auf ihn stellen. Damit rundweg abgewiesen,[5] sandte Karl den Abt von Kasanowa wieder nach Luzern, den Eidgenossen in Sachen des Streites mit Herzog Sigmund einiges „zu berichten und zu raten" (Juli 1473). Der Abt brachte ihnen aber nur die Zusage, der Herzog von Burgund denke jetzt an einen Krieg gegen sie so wenig, wie zu Ende 1472.[6]

Die Folge von all dem war einmal, daß die Eidgenossen Sigmund schärfer als zuvor bedrohten (20. Mai), falls er für Heudorfs That nicht entsprechend Genugthung leiste: sie verlangten Antwort bei demselben Boten.[7] Andererseits wurden sie aber gerade durch die aufdringliche Freundschaft Burgunds beunruhigt. Sprachen seine Gesandte

[1] Segesser, Abschiede II. 453, Nr. 717.
[2] Seine Vollmacht vom 23. März 1473 bei Chmel, Reg. II. 647, Nr. 6678.
[3] Witte, Beziehungen u. s. w. 34, Anm. 1.
[4] Segesser, Abschiede II. 445, Nr. 706. [5] Ebend. 446—447, Nr. 708.
[6] Ebendort 452, 453, Nr. 716, Anm. zu b, und 718. Die Vollmacht für den Abt ist schon vom 1. Juni 1473.
[7] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1671 (mit falschem Datum). Segesser, Abschiede II. 449, Nr. 710.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

oder der Landvogt die Wahrheit? War überhaupt je der Politik des Herzogs zu trauen? Konnte aus seiner Verbindung mit dem Kaiser für die Eidgenossen irgend Gutes hervorgehen? Darum traten sie jetzt der niederen Vereinigung ernstlich nahe (19. Mai, Tag zu Luzern),[1] warben um die alte Freundschaft Frankreichs und begannen selbst zu rüsten. Wichtig erschien aber vor allem, daß man, offenbar auf Veranlassung König Ludwigs XI., wieder freundschaftlichen Verkehr mit Herzog Sigmund von Tirol anbahnte.

Der Herzog war über die drohende Haltung der Eidgenossen ernstlich in Sorge geraten. Er hatte sich an den Sforza von Mailand gewendet und die Zusage seiner Unterstützung im Falle eines Schweizerkrieges erlangt;[2] er teilte den Sachverhalt dem Kaiser, der zu neuer Vermittelung bereit war, und vor allem dem von Burgund mit. Im Falle eines Angriffes der Eidgenossen war ja unbedingt der Bündnisfall gegeben. Um so mehr wird der Herzog gestaunt haben, als die Antwort Karls — Hagenbach brachte sie persönlich nach Innsbruck — ablehnend lautete. Daß die Politik Karls von Burgund doppelzüngig sei und er von ihr nichts zu erwarten habe, war nun Herzog Sigmund unwiderleglich klar. Mitteilungen der Eidgenossen, die Sigmund beschwichtigte, indem er über das Vorgehen Heudorfs sein Mißfallen aussprach, konnten dies nur bekräftigen.

Aber Sigmund hatte der Tagsatzung zugleich mitgeteilt, daß seine bei dem Kaiser in Augsburg weilenden Räte diesen um eine gütliche Vereinbarung mit ihnen ersuchen würden,[3] sowie ja auch Ludwig von Bayern sich um eine Ausgleichung bemühte.[4] Noch wichtiger ward, daß der Kaiser selbst endlich die Schaffhauser aus der Acht des Reiches ließ und dies den Eidgenossen in einem freundlichen Schreiben anzeigte.[5] Hatte sich auch sein alter Groll verzogen?

So schien es in der That. Bald wußte Adrian von Bubenberg vom kaiserlichen Hofe aus Niederbaden zu melden, daß der Kaiser „in

[1] Segesser, Abschiede II. 448, Nr. 709.

[2] Anzeiger für Schweizer Geschichte II. 114. Vgl. auch Font. rer. Austr. II. 173—275.

[3] Witte, Beziehungen u. s. w. 35. Über die bezügl. Verhandlung, die schon am 28. Mai in Baden stattfand, s. Font. rer. Austr. II. 165. Vgl. auch Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 41—42 (Bericht der herzogl. Gesandten).

[4] Segesser, Abschiede II. 452, Nr. 716; 455, Nr. 717.

[5] Segesser a. a. O. 451, Nr. 714. Da die Eidgenossen dem Kaiser am 5. Juli danken, ist die Zeit der kaiserlichen Entschließung leicht zu erkennen. Vergleiche auch Chmel, Reg. II. 655, Nr. 6756.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

guter vorgesetzter Meinung sei, freundliche Mittel zu suchen, dadurch das Haus Österreich mit ihnen allen" und sie mit ihm „zu ewigem oder längerem Frieden kommen möchten".[1] Darauf wurde auf dem Tage zu Luzern (28. Juli) beschlossen, auf die von dem Kaiser vorgeschlagene Verhandlung zu Basel einzugehen und ihm, der in Person kommen wollte, eine Gesandtschaft bis Straßburg entgegenzuschicken.[2]

Noch gab auch Karl von Burgund die Bewerbung um die Freundschaft der Eidgenossen nicht auf. Auf dem Tage von Zug (3. August) hatte eine burgundische Gesandtschaft neuerdings den Gedanken, die Zwistigkeiten der Eidgenossen mit Österreich für immer oder auf eine Reihe von Jahren beizulegen, vorzutragen, und dazu Befehl, ihnen dafür lockende Aussichten zu eröffnen. Der Herzog sinne, dem Beispiele seines verstorbenen Vaters folgend, ernstlich auf einen Zug gegen die Türken, und habe sich deshalb bereits mit dem König von Neapel und den Venedigern verbunden. Nur vom Herzoge von Mailand besorge er Schwierigkeiten und da rechne er auf sie, die Schweizer. „Nun bekannte er wohl, daß wir", so schreiben die Züricher, „die Macht an den Leuten gar wohl hätten, uns aber vielleicht Geld gebreche; da wollte sein Gnad uns allen ein groß merklich Summe Gelds zur Ausrüstung geben und uns allen darzu noch mehr geben und thun, daß sich unser Kinder des freuen möchten".[3]

Es war umsonst. Auf demselben Tage fand sich als Gesandter König Ludwigs von Frankreich der Propst von Münster im Aargau ein mit der Botschaft: Der König sei bereit, den Herzog von Tirol, der jetzt seine Gesandtschaft bei ihm gehabt, „zu seinem Rat und Diener aufzunehmen und ihm ein Dienstgeld zu geben, das einem Fürsten gebühre"; doch müsse der Herzog die Pfandlande zurücknehmen, da ja Aussicht sei, das „Geld zuwege zu bringen", und sich „mit den Eidgenossen richten, in maß, als zu Kostnitz davon gerathschlagt sei".[4] Das eröffnete Sigmund und den Schweizern andere Aussichten. Und war denn nicht die „Niedere-Vereinigung" im Aufsteigen begriffen, der Eifer der Bündner im Wachsen?

[1] Nach der Meldung Bubenbergs v. 22. Juli nach Bern. Segesser II. 452, Nr. 716.

[2] Ebendort 452, Nr. 716.

[3] Segesser, Abschiede II. 454, Nr. 717.

[4] Ebendort. Dem Herzoge von Österreich machte der König daneben die Zusage, falls ihn ein Artikel der Richtung besonders beschwere, denselben umzuändern. Mon. Habsb. I. 1, 262. H. Witte, Zur Geschichte der Burgunderkriege: Die Konstanzer Richtung und das Kriegsjahr 1474, Zeitschrift f. Gesch. des Oberrh. II. 1. 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ende August nahte auch der Kaiser zur Verhandlung mit den Eidgenossen.[1] nachdem er zuletzt in Straßburg geweilt. Der ganze burgundische Plan war nämlich, was die Eidgenossen freilich nicht wußten, eine zeitlang zweifelhaft gewesen. Trotzdem der am 23. Februar 1473 gestorbene Herzog Arnold von Geldern einen Sohn, Adolf, hinterlassen, griff Karl von Burgund nach dem Herzogtum. Adolf war freilich einst (1465) wegen Ungehorsams gegen seinen Vater in die Censuren von Papst und Kaiser gefallen und (1470) von Karl von Burgund gefangen gesetzt worden. Nun ward Adolf von einem Kapitel des Ordens vom goldenen Vließ, das Herzog Karl unmittelbar nach Arnolds Tode berief, zu ewiger Gefangenschaft verurteilt. Aber beraubte all dies Adolf der ererbten Rechte auf die geldrischen Lande? Trotzdem nahm der Burgunder, welcher durch eine Geldsumme die Herzöge Gerhard und seinen Sohn Wilhelm von Jülich zur Aufgebung ihrer Ansprüche vermocht hatte, Geldern in Besitz, wobei ihm nur Nimwegen ernstlichen aber zuletzt erfolglosen Widerstand leistete. Die Härte, ja Grausamkeit, welche Karl dabei zeigte,[2] erregte Unwillen weit und breit. Der Kaiser mußte es noch mehr übel nehmen, daß Herzog Karl seine und des Reiches Rechte an Geldern erst hinterher in Frage zog. Auch kam noch eins dazu.

Am 27. Juli war Herzog Nikolaus von Lothringen gestorben, mit ihm der lothringische Zweig des Hauses Anjou erloschen. Der nächstberechtigte Erbe war der junge Graf Reinhard (René) von Vaudemont, Enkel Isabellas von Lothringen, die einst das Herzogtum an ihren Gemahl, König René von Neapel, gebracht. Aber auch der jüngere Markgraf von Baden, Neffe des Kaisers, erhob als Gemahl der zweiten Tochter weiland Herzog Karls II. von Lothringen Ansprüche, und Frankreich stand lauernd im Hintergrunde.[3] Auch hier wandte man sich nicht an den Lehensherrn, den Kaiser, sondern an Karl von Burgund. Ihm erbot sich angeblich Reinhard, „ihm alle seine Städte und Schlösser zu öffnen und ein Aufsehen auf ihn zu haben", wenn er ihm Schutz und

[1] Sie ist von Adrian von Bubenberg Mitte Juli unter der Vermittelung des Markgrafen Karl von Baden eingeleitet. Vgl. S. 414, das Ausschreiben der Berner vom 22. Juli bei Segesser, Abschiede II. 452, Nr. 716, dann den Bericht der Räte Herzog Sigmunds an diesen, Mon. Habsb. I. 1, 43.

[2] Vergl. jetzt auch Font. rer. Austr. XLVI. 206—207, Nr. 195. Karl ließ sich von Gerh. v. Jülich und Berg seine Rechte auf Geldern und Züphten abtreten und trat mit ihm (21. Juni 1473) in einen Bund. S. Lacomblet, Urkundenbuch f. Gesch. des Niederrh. IV. 460—462, Nr. 367. Vgl. ebendort 462—463, Nr. 370.

[3] Vgl. Lothringen und Burgund v. H. Witte. Jahrbuch der Gesellschaft für lothring. Geschichte und Altertumskunde II. (Metz 1890) 23 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bündnis gewähre. Es geschah natürlich gern. Und war Karl nicht auch schon Schiedsrichter im Streite um Köln, wo beide Parteien, Erzbischof Ruprecht und Hermann von Hessen als Vertreter von Kapitel und Landschaft, durch „ihre treffenliche Räte" um ihn warben, und beide von ihm abhängig blieben, da der Herzog trotz seiner offenbaren Hinneigung zur Sache des Pfalzgrafen beide hoffen ließ?[1]

Kaiser Friedrich konnte all dies nur lebhaft beunruhigen. Etwas von der Aufregung über die gewaltig ansteigende Macht des Herzogs, wegen der die deutschen Fürsten besorgten, daß er „Herren und Knechte zu Haufen jagen werde", von der Sorge, welche die Nachbarn ergriff, teilte sich auch ihm mit. Graf Alwin von Sulz und der Fiskal Dr. Hans Keller gingen jetzt (am 10. August) zu Herzog Karl. Es bezeichnet offenbar den wesentlichsten Gegenstand ihrer Sendung, wenn bald darauf die Rede ging, Herzog Karl solle gelegentlich der Fürstenbegegnung mit Geldern belehnt werden.

Der Burgunder lenkte ein. Peter Hagenbach erschien bei dem Kaiser in Straßburg (am 20. August) mit Erklärungen Karls, die Friedrich beschwichtigten. Doch ward statt Metz, wo es „fast sehr sterbe", wieder Trier zum Orte der Begegnung gewählt. Auch sollte sie bereits am 5. September stattfinden.[2]

Und hatte sich etwa die Lage des Kaisers derart gebessert, daß ihn eine Verständigung mit dem Herzoge von Burgund nicht mehr notwendig dünkte? Eben während seines Weilens in Straßburg erschienen Abgeordnete der Reichsstädte, ihm auf die Augsburger Werbung die Antwort zu bringen, die sie in vielfachen Beratungen gefunden.[3] Sie wagten es, dem Kaiser, der tausend Pferde gefordert, im Namen von 19 Frei- und Reichsstädten fünfzig Pferde anzubieten, und noch dazu, „sofern anders" die Sendung der übrigen Reichsstände „auch Fürgang gewinne". Mit Recht empfand der Kaiser ein solches Angebot als eine Beleidigung und ließ die Boten hart an.[4] In Straßburg war es auch, wo die Sache des Pfalzgrafen Friedrich wieder zur Erörterung kam. Es war dem Kaiser schon unangenehm gewesen, daß neben Ludwig von Landshut noch eine ganze Reihe anderer Fürsten, die Bischöfe von

[1] Brief aus dem burgundischen Lager in Geldern (August 1473), Weim. Arch. Fascikel: Reichstag zu Augsburg 1473.

[2] Bericht der brandenb. Räte an ihren Herrn.

[3] Über die Städtetage zu Frankfurt und Eßlingen siehe Janssen, Frankfurts Reichskorresp. II. 290—293, Nr. 451; 294—297, Nr. 454; 597—289, 456. Vgl. auch den Bericht der brandenb. Gesandten.

[4] Vgl. Jos. Baader, Zusammenkunft u. s. w. 205.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Speier, Worms und Eichstädt und beide Grafen von Württemberg, durch eifrige Teilnahme an der Vermittelung ihre Freundschaft für den Pfälzer an den Tag legten. Noch mehr verdroß ihn, daß die vereinbarten Bedingungen einer Aussöhnung der beleidigten Majestät so wenig Rechnung trugen. Die Artikel wurden abgelehnt und den Vermittlern eine Antwort zu Teil, wie sie der Kaiser für Fürsten selten hatte: Er müsse, hieß es, wider seinen Willen glauben, daß sie diejenigen, welche dem Reich Schaden zufügen und kaiserliche Majestät zu verletzen begehren, mit einem nassen Fuchsschwanz abzustrafen gesonnen seien; es wäre besser, sie hätten sich ihm nicht verpflichtet, „weil sie also abgeneigt wären, die Gerechtigkeit ihm im Reiche erhalten zu helfen".[1] Und gab sich die Entwöhnung vom pflichtschuldigen Gehorsam, jene Entfremdung auch der Bürgerschaft des einst so gut kaiserlich und habsburgisch gesinnten Straßburg, die auch sonst in der kleinbürgerlich bornierten Beurteilung der kaiserlichen Stellung und Politik seitens der oberdeutschen Chronisten hervortritt, nicht auch darin kund, daß die Reichsstadt die von Friedrich als Kaiser geforderte neue Huldigung verweigerte?[2]

Dazu kamen nun des Kaisers Erfahrungen in den Verhandlungen mit den Eidgenossen zu Basel, wo er (3. September) in Begleitung Kurfürst Adolfs von Mainz, seines Vetters Herzog Sigmund von Tirol, der Herzöge Albrecht und Christof von Bayern, des Markgrafen Karl von Baden und mehrerer anderer Fürsten über Freiburg i. B. anlangte. Die gewaltige Hitze und Trockenheit dieses Sommers hatte wohl der Ernte nicht geschadet, erwies sich aber um so verderblicher für Leben und Gesundheit der Menschen, namentlich in den eng gebauten Städten. Eine ruhrartige Krankheit verheerte damals die Striche am Oberrhein. Vor und hinter dem Zuge des Kaisers herrschte in den Ortschaften „der Sterb" und er griff auch in das kaiserliche Gefolge. Doch schützte sich Friedrich selbst durch altgewohnte Mäßigkeit.[3]

---

[1] Fugger-Birken, Spiegel der Ehren u. s. w. 769.

[2] Vergl. Code historique et diplomatique de la ville de Strassbourg I. (Straßburg 1843) 2, 206—208. Chmel, Habsb. Chronik in Mon. Habsb. l. c. LII bis LIV. Die vielfachen albernen Anklagen der städtischen Chronisten jener Tage bekunden zwar vor allem, daß es ihnen an weiterem Blick und Objektivität völlig mangelte, sie sind aber doch symptomatisch.

[3] Nachrichten darüber finden sich überall. Ich nenne für Ostdeutschland nur Eschenloer, Gesch. II. 299, für den Oberrhein Basler Chroniken II. 16; IV. 357. Vgl. hier auch Anm. 2 und dazu den Bericht der brandenburg. Gesandten. Österreich war zugleich von Heuschrecken heimgesucht. Annal. Mellic. in Mon. Germ. Sc. IX. 522.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hatte der Kaiser gemeint, die Eidgenossen unter dem Eindrucke der bevorstehenden innigen Verbindung mit dem Burgunderherzog weichmütiger zu finden, so irrte er. Er hat in Basel von den vollzählig erschienenen Boten der Eidgenossen erst geradezu die Rückgabe aller dem Hause Österreich entrissenen Besitzungen gefordert. Sie waren davon so weit entfernt, daß sie erklären ließen, sie könnten ein solches Begehren nicht einmal an ihre Landschaften bringen. Nun kam zwar Friedrich einigermaßen ihrem Standpunkte, der ja so sehr den Thatsachen entsprach, entgegen: Er schlug die Überlassung dessen, was die Schweizer durch Eroberung oder als Pfand von Österreich gewonnen, in ihr Eigentum vor, doch so, daß die Rechte Österreichs Dritten gegenüber gewahrt bleiben und sich die Eidgenossen für die Verzichtleistung mit Heeresdienst für gewisse Zeit und in bestimmtem Umfange erkenntlich zeigen sollten; darüber möchten die Gewaltboten mit ihren Landschaften beraten und dem Kaiser auf dem künftigen Reichstage zu Augsburg Bescheid geben. Sie versprachen, solches den Ihren zu unterbreiten.[1]

Die Kunde von des Kaisers Fahrt die Lande hinauf zu den Eidgenossen hatte wieder Herzog Karl von Burgund in großes Unbehagen versetzt. Sein Statthalter Hagenbach erschien daher am 8. September in Basel mit der Weisung, soviel als möglich daran zu sein, daß der Kaiser seinen Aufenthalt abkürze. Es mochte Hagenbach ein Triumph sein, als er bei seiner Ankunft die Verhandlung resultatlos sah.[2] Um so mehr ließ er seinem Hochmute und der alten Abneigung gegen die Schweizer freien Lauf. Er gewahrte nicht oder ließ es unbeachtet, daß der Kaiser sich trotz der Sprödigkeit der Eidgenossen ungewöhnlich zuvorkommend gegen sie zeigte, selbst auch in der Mülhausener Sache, und daß Herzog Sigmund, der auch von den letzten Erbietungen seines burgundischen Schutzherrn an die Züricher Kenntnis erhielt,[3] sich bereits mit ihnen verständigt hatte, „daß die Lande und Pfandschaften, die der Herzog von Burgund hätte, wieder zu dem Haus Österreich bracht werden".[4]

[1] Segesser, Abschiede II. 455, Nr. 719. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 43. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 249—302, Nr. 459. Basler Ratsbücher in Basler Chroniken IV., bearbeitet von A. Bernoulli, 69—78; vergl. ebendort 358—359 (Chronik Ehrhardts von Appenweiler, Forts.). Vgl. Chmel, Habsb. Chronik l. c. LVII. Rodt, Feldzüge Karls des Kühnen von Burgund I. 170—171. Witte, Beziehungen u. s. w. 37. Vergleiche auch Kaiser Friedrich III. in Basel, Bolletino storico della Swizzera staliana, ed. E. Motta, XI. (1889) 151 ff.

[2] Brandenburg. Bericht und Janssen l. c. 302. Herr Peter eylt ser mit der kayserlichen mayestet hinzureiten.

[3] Nach Janssen l. c. 299 wußten dies auch Private.

[4] Ebendort 301.

Hagenbach hatte zugleich mit dem von Herzog Karl zurückkehrenden Fiskal Hans Keller — der Graf von Sulz war wohl schon früher wieder bei dem Kaiser eingetroffen[1] —, an diesen das dringende Ersuchen des Herzogs gebracht, nicht länger mit der Zusammenkunft zu zögern: Karl sei bereits in Luxemburg eingetroffen und ziehe von da unverzüglich auf Metz oder Diessenhofen.[2] Nach Metz erhob sich auch gleich den 9. September Kaiser Friedrich. Am 16. traf Friedrich vor der festen Reichsstadt ein.[3] Doch nicht der Herzog von Burgund, obwohl er am 10. da zu sein versprochen hatte, sondern blos sein Halbbruder, der Bischof Daniel von Utrecht, dann der Kanzler von Burgund und der Statthalter Hagenbach, der vorausgeeilt war, begrüßten den Kaiser beim Einzuge.

Von Luxemburg mit zahlreichem Kriegsvolke heranziehend, hatte Karl von der Stadt Metz, die sich ihm demütig erbot, nicht blos die Aufnahme mit 1800 Pferden, sondern zugleich die Überlassung eines Stadtthores verlangt, angeblich, um sich gegen Anschläge des Königs von Frankreich und der Lütticher zu sichern. Offenbar handelte es sich Karl weniger noch um den Besitz des wichtigen Metz an sich, als um die mächtige Stellung, die er damit gegen Lothringen und das seit 27. August mit Herzog Reinhard verbündete Frankreich gewann. Gegen die im Luxemburgischen angehäuften Scharen der Burgunder hatte freilich auch König Ludwig die Zusammenziehung von Kriegsvolk an den Grenzen Lothringens und der Champagne angeordnet.[4] Aber die Metzer, durch einen Anschlag gewarnt, den der verstorbene Herzog von Lothringen vor kurzem auf die Stadt gemacht hatte, erklärten, Karl nur mit höchstens 500 Pferden in ihre Mauern aufnehmen zu können, und wiesen die andere Forderung rundwig ab. Der Herzog entrüstete sich über die ihm beigemessene Absicht nicht wenig: Wolle er die Stadt, so habe er den richtigen Schlüssel zur Hand, sein Heer.

Sein Kanzler[5] hatte jetzt dem Kaiser zu erklären, daß der Herzog

[1] Ich nehme (gegen Baader l. c. 206) diese Vermutung Vischers, Basler Chroniken II. (Leipzig 1880) 4—5. Anm. unbedenklich an.

[2] Baader 206.

[3] Über den Aufenthalt des Kaisers zu Basel siehe Hans Knebels Tagebuch in Basler Chroniken II. 3 ff., wo auch die sonstigen Quellen und die Litteratur verzeichnet ist. Vergl. außerdem Ochs, Geschichte von Basel IV. (Basel 1819) 216 ff. Boos, Geschichte der Stadt Basel I. 285 ff.

[4] H. Witte, Lothringen und Burgund 26 ff.

[5] Zu dem Versuche des Lothringers auf Metz vgl. jetzt auch die Fortsetzung zu Erh. Appenweilers Chronik in Basler Chroniken IV. 357. Die Angabe, Karl sei

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sich nicht entschließen könne, Metz zu betreten. Auch den Vorschlag des Kaisers, etwa auf einem der Schlösser in der Umgebung von Metz zusammenzutreffen, lehnte Karl ab.[1] So ward denn wieder Trier zum Verhandlungsorte bestimmt, dem Kaiser genehm wie Metz selbst. Seine Tasche, an sich nicht voll, war durch die lange Fahrt durch das Reich und ein zahlreiches Gefolge bereits bedenklich in Anspruch genommen. Nun konnte er in Trier Gast seines Neffen, des Kurfürsten Jakob, sein, wie ihm in Metz die Gastfreundschaft des Bischofs Georg nicht gefehlt hätte.[2]

Achtzehntes Kapitel.

Kaiser Friedrich und Herzog Karl von Burgund in Trier. Burgund und Tirol. Der Streit im Erzstifte Köln. Sachlage zu Beginn 1474.

Am 28. September traf Kaiser Friedrich in der alten Moselstadt ein, feierlich eingeholt und ehrfurchtsvoll begrüßt von Kurfürst und Klerus, Rat und Bürgerschaft, um ihn ein glänzendes Gefolge von Fürsten und Herren und Fürstengesandten, hinter ihm ein förmliches Heer von Begleitschaften, gegen 4000 Köpfe stark. Und doch konnte sich das Reichsoberhaupt keineswegs messen mit dem Herzoge von Burgund, der zwei Tage später ankam. Der Kaiser selbst und sein Sohn und die deutschen Fürsten alle um ihn ritten Karl entgegen. Es waren die

selbst zu dem Kaiser nach Metz gekommen, ist irrig, obwohl sie auch Knebel 13 hat und a. a. Huguenin, Histoire de la guerre de Lorraine, Metz 1837, 17 wiederholt. Vgl. Vischer, in Basler Chroniken II. 13, Anm. 2.

[1] Der Grund war wohl, weil Herzog Karl sich auch einer gewissen Wirkung von seinem Prunke und seiner glanzvollen Hofhaltung versprach, die er an beschränktem nicht entfalten konnte.

[2] Über die Vorgänge in Metz s. H. Michelant, Gedenkbuch des Metzer Bürgers Philippe de Vigneulles a. d. Jahren 1471—1522. Stuttgart 1852 (Publ. des litterarischen Vereins) 6 ff. Ferner die Bemerkungen der tiroler Räte in dem Gefolge des Kaisers bei Chmel, Mon. Habsb. I. 43—44. R. Agricola in seiner Bearbeitung des Briefes des Arnold de Lalaing, Propstes zu Brügge, bei Freher-Struve II. 302, bei Comynes ed. Lenglet III. (Preuves) 258—262, dann Gachard, Collection de documents inedits concern. l'hist. de Belgique (Bruxelles 1833) I. 232—237. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 59—62. Vergl. Krause, Beziehungen zwischen Habsburg und Burgund bis zum Ausgange der Trierer Zusammenkunft i. J. 1473, Graudenz 1873, 44—46. Krause zeigt im allgemeinen einen weiteren Blick als seine Vorgänger, aber die Zahl auch seiner Irrtümer und schiefen Urteile ist sehr groß.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kurfürsten Adolf von Mainz und Jakob von Trier, die Herzöge Albrecht von Bayern und Ludwig von Pfalz-Veldenz, die Bischöfe von Metz und Eichstädt und Herzog Stefan von Bayern, Dompropst zu Köln, Markgraf Karl von Baden und seine Söhne Albrecht und Christof, Bajesid Osman, die Grafen Eberhard von Württemberg, Engelbert, Adolf und Philipp von Nassau, sie alle mit geschmückten Hofleuten in guter Menge, hinter ihnen Grafen und Edle in großer Zahl und eine beinahe unübersehbare Menge Volkes.[1] Der Glanz des reich gerüsteten Adels aus

[1] Die Zusammenstellung und Kritik der Quellen für den Aufenthalt des Kaisers in Trier bei F. Lindner, die Zusammenkunft Kaiser Friedrichs III. mit Karl dem Kühnen von Burgund im Jahre 1473 zu Trier, Cöslin 1876, 3—30 bedarf sehr der Ergänzung und Berichtigung. Berichte des Kaisers oder Herzogs selbst fehlen freilich noch jetzt und werden wohl immer fehlen. Dafür liegen die Berichte der brandenburgischen Räte an ihren Herrn vor, nun gedruckt in Fontes rerum Austriacarum XLVI. 221 ff. (Bruchstücke bei Baader, Anzeiger für Kunde d. deutschen Vorzeit II. 206 ff., 232 ff., und Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 106 ff., Exkurs III.), wozu der im wesentlichen darauf basierte Bericht des Markgrafen an Herzog Wilhelm von Sachsen vom 13. Nov. 1473 bei Müller, Reichstagstheatrum II. 597 ff. und Riedel, Cod. diplom. Brandenb. II. 5, 201 ff. zu stellen ist. Dazu kommt das Reisejournal der tiroler Räte (des Hofmeisters Jakob Trapp u. s. w.) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 44, 45—48, 49—51, wobei der Verlust der (S. 48 erwähnten) vier Berichte an Herzog Sigmund sehr zu bedauern ist. Hierher gehört auch, was die Räte Sigmunds später in Besançon ausführten, ebendort 82—92, und der Bericht eines adeligen Österreichers, der mit dem Kaiser in Trier war, aber erst von Wien aus einem seiner Landsleute darüber Meldung thut, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1. 53—54, auch ein zweiter Bericht eines Österreichers, ebenfalls aus des Kaisers Gefolge (von dem vorigen?) ebendort 51—53 (bei Chmel irrig „Burgund, Nov. 1473"). Der B. ist vom 25. November. Ferner: Die fünf Berichte der eidgen. Gesandten beim Trierer Tage bei Segesser, Abschiede II. 459—462 und Zellweger, Archiv für schweizer Geschichte V. 27—30. Der Bericht der Ulmer Boten bei dem Tage (Bürgermeister Ehinger und Ratsherr Leonh. Bitterlein) nach Hause bei Mone, Quellensammlung I. 508—510 (wenig Politika). Ein zweiter Bericht eines Reichsstädters aus Trier bei Förstemann, Neue Mitteilungen aus dem Gebiete histor.-antiquar. Forschungen II. (1836) 78—84, Nr. 5, und bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 54—59. Ein Bericht in niederdeutscher Sprache im Archiv für Geschichte und Altertumskunde Westfalens I. (1826), 126 ff. Ein Brief des Balthasar Cesner an Meister Golthaus in Frankfurt in der deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft IV. (1891) 81—83, ed. K. Schellhaß, endlich der „Libellus de magnificentia ducis Burgundiae in Treveris visa conscriptus" in Basler Chroniken III. 332—364, im Auszug bei Mone, Quellensammlung II. 150. Von burgundischer und anderer Seite der oben erwähnte Bericht des Antonio de Lalaing, Propst zu Brügge, und die Bearbeitung desselben von Agricola; die Aufzeichnungen des burgundischen Maitre d'hotel, die so reich sind an Meldungen über äußerliches und den Verlauf der Begegnung, bei Commynes-Lenglet II. 208—209. Ein holländisches, wesentlich gleichzeitiges Gedicht über die Zusammenkunft in der Bibliothek van Middelnederlandsche Letterkunde, red. von H. E. Moltzer und Jan te Winkel I. (Groningen 1893) 9—29. Die auf Re-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dem Reiche und den Erblanden erblich aber vor der unerhörten Pracht, in der Herzog Karl und sein Hof, der burgundische Hochadel um ihn und die Herzöge von Cleve, die Bischöfe von Utrecht und Lüttich, die Ritter des goldenen Vließes einherritten, und ihnen folgte eine ganze Armada von Reitern und Fußgängern, mit Heergerät und Büchsen, Gezelten und der Wagenburg, alles zu wirksamster Schaustellung hergerichtet und angeordnet. Auf das feierlichste und höfischste verliefen Begegnung und Begrüßung. Mit gesuchter Demut erwies der stolze Herzog dem Reichsoberhaupte die Ehre; der Kaiser hinwieder achtete ihn beinahe wie seines Gleichen. „Und des Gepränges währte alslang, daß sie mit Lichtern vorreiten mußten; da kam ein grosser Regen und wusch sie gar wohl". Der Kaiser hatte in der Stadt Wohnung genommen, der Herzog war willens, in der Abtei von St. Maximin bei Trier zu bleiben, die sich unter seinem Schutze (als derzeitigem Herzog von Luxemburg) befand. Trotzdem bestand Karl darauf, den Kaiser in die Stadt zu begleiten. Bis ins kleinste hatte, scheint es, sein Zeremonienmeister das vorgesehen. Voran kam „der reisige Zeug" des Kaisers, dann folgten der Kaiser selbst mit dem Herzoge, vor ihnen sechs Bogenschützen, hinter ihnen 25 Trompeter und Pfeifer, alle gekleidet in Damast, weiß und blau, und 15 Herolde, auch in des Herzogs Farben. „Und das

lationen aus Trier beruhenden Aufzeichnungen von Diebold-Schilling 87—90 und Knebel 26—35. Gelegentliche Mitteilungen und Notizen in vielen zeitgenössischen Briefschaften, zuletzt in Hanserecesse von 1431—1476, VII. (Leipzig 1892) 150, 151. Von den zahlreichen deutschen, niederländischen und anderen chronikalschen Meldungen aus späterer Zeit seien nur erwähnt: Jak. Mayer, Annales Flandrenses (Frankfurt 1580), XVII. 410 ff. Adrian Houvellingen, Penningh-Booch ofte Wechwyser der Chronike, Rotterdam 1827. Pont. Heuterus, Opera Historica, Löwen 1652, rer. Burgund. lib. V. 136 u. a. Speziell mit der Begegnung haben sich beschäftigt N. Arenst, Über die Zusammenkunft des deutschen Kaisers Friedrich III. mit dem Herzoge Karl dem Kühnen von Burgund zu Trier 1473, Trier 1852. F. Lindner und G. Krause in den erwähnten Arbeiten. Eingehender referieren darüber (neben den französischen und niederländischen Werken von Duclos, Martin, Zeller und Luchaire (Louis XI., Paris 1890), von Kervyn de Lettenhove (Histoire de Flandre III.), Wenzelburger u. v. a.: F. Münch, Maria von Burgund nebst dem Leben ihrer Stiefmutter Margaretha von York I. Leipzig 1852, 43, 85. E. von Rodt, Die Feldzüge Karls des Kühnen I. 173 ff. J. Chmel, Habsb. Chronik in Mon. Habsb. I. 1, LX—LXXVII. K. E. H. Müller, Die deutschfeindliche Politik Karls des Kühnen von Burgund, Prenzlau 1874, 14 ff., K. Rausch, Die burgundische Heirat Maximilians I., 86 ff.; was die politischen Vorgänge betrifft am zutreffendsten K. Menzel, Gesch. von Nassau V. 388 ff. und noch mehr A. Huber, Geschichte Österreichs III. 275—276. Schon aus räumlichen Ursachen außer Stande für die eigene so vielfach abweichende Darstellung die maßgebenden Gründe beizubringen, muß ich mich mit der Versicherung begnügen, daß sie thatsächlich vorhanden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Pferd, darauf der Herzog saß, war ganz mit Golde bedecket", und er hatte einen Harnisch, besetzt mit Perlen und Edelsteinen, 100000 Gulden wert. Hinter ihnen ritten die Kurfürsten von Mainz und Trier und danach die anderen Fürsten.

Ähnlich wie die Ankunft des Herzogs wurden auch Besuch und Gegenbesuch der Fürsten, Gastereien, Rennen und Festlichkeiten anderer Art zu stets willkommenem Anlasse, Prunk und Reichtum und höfische Sitte zu zeigen. Namentlich am 7. Oktober war dies der Fall, als Kaiser Friedrich der Einladung des Herzogs nach St. Maximin zu Tische folgte. Für diesen Tag hatte Herzog Karl eigens sein Tafelgeschirr in kunstvoller Arbeit und aus Edelmetall aus Antwerpen kommen lassen, und die Fülle der Tafelfreuden, die musikalischen Genüsse, welche des Herzogs Musikkapelle den Gästen bereitete, wurden fast noch übertroffen durch all das, was das Auge freute, den nie erschauten Reichtum in Kleidung und Schmuck des Herzogs und des niederländischen Adels, durch den Glanz der burgundischen Hofhaltung mit ihrer reichen Gliederung und ihrem wohlerwogenem Zeremoniell. Die Thore Triers blieben Tag und Nacht offen, den Gästen die freieste Bewegung, Deutschen, Wälschen in und aus der Stadt steten Wechselverkehr nach Belieben zu sichern, auch wohl die Zuführung all des zum Leben Notwendigen für so viele Tausende in ungestörtem Zuge zu erhalten.

Unstreitig blieb, sowie ja auch in Trier Würde und Weisheit, Macht und Reichtum für Kaiser und Herzog zugleich Mittel zur Erreichung ihrer politischen Ziele darstellten, all dies nicht ohne eine gewisse Wirkung. Die burgundischen Herren fanden, daß der Kaiser ein ungewöhnlich schöner Mann sei, ebenso ausgezeichnet durch kraftvolle Gestalt wie durch die gütige Art seines Benehmens. Und der jugendliche Erzherzog, dessen blühende Gestalt mit Recht aller Blicke auf sich lenkte, mag mit der ganzen Genußfreudigkeit seines frischen Wesens, was er nie erdacht, geschaut und in dem Gedanken geschwelgt haben, einst der Herr solcher Schätze und der mächtige Gebieter dieser stolzen Ritterschaft zu werden.

Aber nicht die leichten Gebilde einer beweglichen Phantasie oder die sanften Regungen des Herzens gaben in Trier den Ausschlag, sondern die scharfen Waffen des Geistes. Die Frage war, ob die diplomatische Feinheit der Burgunder, die da „fast weise waren", ob die Verschlagenheit und Rücksichtslosigkeit des Herzogs, oder die zähe Klugheit „der kaiserlichen Majestät, die nach ihrer Gelegenheit langsam handelt, sich nicht übereilen läßt und die Dinge mit der Zeit bewegt", ob Friedrichs III. Vorsicht und Festigkeit den Sieg davontragen würde.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Den vorteilhaften Eindrücken, die auch der Kaiser von des Herzogs gewaltiger Macht und dem Reichtum seiner Lande erhielt, stellten sich bald, weniger noch kleinliche Regungen von Eifersucht und Mißgunst, die selten auf sein Handeln Einfluß gewannen, als ernste Erwägungen und frische Erfahrung entgegen. Hatte Karl nicht, trotzdem ihn der Kaiser eben in der geldrischen und lothringischen Sache zur Rede gestellt, auf dem Zuge nach dem Süden die Reichsstadt Aachen auf das schwerste bedroht, weil sie einst die Lütticher und jetzt die Nimwegener gegen ihn unterstützt hätte? Hatte er nicht durch ein drohendes Ausschreiben gegen die Fürsten wegen der kölnischen Rheinzölle bewiesen, daß er auch angesichts der bevorstehenden Begegnung mit dem Reichsoberhaupte nicht im Stande sei, sich von Übergriffen gegen das Reich zu enthalten? Und wie hatte er Nikolaus von Lothringen behandelt, wie verfuhr er mit dem Herzoge von Tirol? Die Reichsstände, die weltlichen Kurfürsten voran, die Eidgenossen und Frankreich, Ungarn und die italienischen Machthaber, sie alle blickten mit Besorgnis auf die Eventualität einer Verbindung des Kaisers mit Burgund. That aber dabei nicht Vorsicht doppelt not? Was stand zu besorgen, wenn sich der Kaiser dem Herzoge willfährig erwies und zum Teilnehmer seiner Entwürfe machte, wenn er seinerseits Karl noch höher steigen ließ an Ansehen und Macht, falls dann der Herzog etwa Anlaß und Mittel fand, sich hinterher den übernommenen Pflichten gegen Habsburg wieder zu entziehen und es die Zeche zahlen zu lassen? Hier hieß es die Augen offen halten trotz Huldigung und Schmeichelei, inmitten blendenden Glanzes und lockendster Versprechungen.

Schon am 2. Oktober bewilligte Kaiser Friedrich dem Herzoge von Burgund eine Audienz. Der Kanzler von Burgund „that eine lange schöne Rede", mit „wie grosser Begierde" sein Herr „begehrt habe," seine kaiserliche Majestät zu sehen, und über seinem Zuge hierher sogar versäumt habe, das gewonnene Geldern nach Notdurft zu besetzen und das Land Frisia seines Ungehorsams wegen zu strafen; nun sei er da, dem Kaiser gehorsam zu sein und ihm zu dienen „mit allen seinen Landen, Leib und Gut". Die Antwort erteilte für den Kaiser der Erzbischof von Mainz. Mit großem Dank nahm er die Erbietungen des Herzogs an; sie seien hochwillkommen, da das Reich und die kaiserlichen Erblande von den Türken schwer bedrängt seien; dabei möge der Herzog nach Kräften Hilfe leisten.

Das wurde mit aller Bereitwilligkeit zugesichert. Nur ließ Karl bemerken, daß die Kräfte seines Reiches so lange nicht frei verfügbar seien, als ihn König Ludwigs XI. stete Feindschaft verfolge.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Kaiser versprach hier vermittelnd einzuschreiten.

Damit waren die Verhandlungen formell eröffnet: Es galt, den Herzog von Burgund mit dem König von Frankreich auszugleichen, ihm so die Unterstützung des Reiches gegen die Türken zu ermöglichen, über all dies nähere Vereinbarungen zu treffen. Mit diesen Aufgaben wurden die deutschen Fürsten und Fürstenräte betraut und zugleich beschlossen, daß „seine Majestät etliche dazu ordne", desgleichen „Herzog Karl auch thun wollte, solche Sache gemeinsam zu erwägen und davon rathzuschlagen". Damit wollte der Kaiser die deutschen Fürsten beschäftigen und sie mit der Thatsache versöhnen, daß ihnen die Teilnahme an den wichtigeren Verhandlungen verwehrt blieb, welche der Kaiser, allein von den Räten Haug von Werdenberg, Haug von Montfort, Alwin von Sulz, Dr. Hans Rehwein und dem Kammerfiskal unterstützt, am 10. Oktober mit Herzog Karl und einigen seiner Vertrauten begann.

Es fehlen über diese geheimen Verhandlungen die authentischen Berichte. Kaiser und Herzog haben sich darüber nicht geäußert, die Räte waren offenbar zu strengster Geheimhaltung verpflichtet, ein Protokoll wurde, scheint es, nicht geführt, zu schriftlichen Abmachungen ist es nicht gekommen. Aber der Ausgangspunkt von Forderung und Gegenangebot ergiebt sich aus dem schließlichen Stande der früheren Verhandlungen. Und bald, seit dem 23. Oktober, sah sich der Kaiser veranlaßt, von den Beredungen über die Heirat abgesehen, die er nach wie vor als Privatsache behandelte, alles, was er mit dem Herzoge unternahm, den deutschen Fürsten und Gesandtschaften mitzuteilen und so zur öffentlichen Sache zu machen. Über den weiteren Verlauf sowie über einzelne Momente der früheren Beredungen bieten dann mehrfache Berichte erwünschten Aufschluß.

Hagenbachs Werbung (im Februar 1473), auf die der Kaiser thatsächlich noch keine Antwort erteilt,[1] hatte ein römisches König- und Kaisertum Karls zwischen beiden Habsburgern in Aussicht genommen: Dafür sollte Maximilian die Hand des Fräuleins von Burgund und die Nachfolge Karls und sollte dem Kaiser im Reiche kraftvollster Bei-

[1] Im Sommer 1473 und überhaupt, seitdem der Kaiser sich entschlossen, mit dem Herzog in Person zusammenzutreffen, war über das Meritorische der Sache nicht mehr verhandelt worden. Das scheint in der Natur der Sache gelegen und wird auch indirekt bezeugt durch Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 37—39 (Instruktion für Hagenbach aus dem Juli, die nur formelle Dinge behandelt). Vergl. dagegen Menzel, Gesch. Nassaus V. 392 und Huber, Gesch. Österreichs III. 274.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

stand gegen alle seine Gegner, dem Reiche Schutz gegen die Türken zu teil werden. Indem jetzt der Herzog in Trier des Kaisers Bescheid darauf begehrte, mochte er sich wohl um so eher einen Erfolg versprechen, als er nun hier an der Stelle der glänzenden Schilderungen von früher die thatsächlichen Beweise seiner Macht und Mittel dem Kaiser vor die Augen brachte.

Über das Ergebnis wissen wir soviel, daß der Kaiser ablehnte. Da dieser sein Entschluß von vorhinein und unabänderlich feststand, — er soll sich darüber schon in Augsburg zu den Kurfürsten ganz unzweideutig geäußert haben[1] — so blieben alle in den drei ersten Verhandlungstagen gemachten Vermittelungsvorschläge vergeblich. Einer davon ging darauf hinaus, die Erhebung des Herzogs auf den deutschen Thron mit seiner Ernennung zum Kurfürsten vorzubereiten, derart, daß ihm etwa die streitige böhmische Stimme übertragen werde.[2] Daß dieser Plan von burgundischer Seite herkam, ist so sicher, wie daß der Kaiser ihm noch weniger näher treten mochte, als Karls direkter Wahl zum römischen Könige.[3]

Die Pause, die nun eintrat, sei es weil die Parteien sich Bedenkzeit erbeten hatten oder neue Vorschläge finden wollten, kam der öffentlichen Verhandlung, dem Türkenzug und Franzosenfrieden zu gute. Ähnlich geschah es neuerdings, als nach einigen Tagen Kaiser und Herzog in langen Beredungen keine Einigung zu erzielen vermochten.

Es ist begreiflich, daß die Rolle, welche die Fürsten spielten, ihnen wenig zusagte, um so weniger, als deren eigentliche Bedeutung nicht verborgen blieb. Daß der Kaiser von Woche zu Woche „einen gemeinen Rat hielt", wobei er mit vielen hübschen Worten zu den Fürsten und Gesandten über den Türkenkrieg, die Belehnung des Herzogs mit Geldern, die Vermittelung zwischen ihm und Frankreich reden ließ, konnte die Neugierde und den Unmut nicht stillen. Es bedeuchte sie, „es sei mehr Glaubens und Wissens zwischen Kaiser und Herzog gemacht, denn ihre Meinung war, noch zur Zeit die Leute wissen sollen". Was aber die ihnen vorgelegten Fragen betraf, so verhehlten sie ihre Meinung auch vor dem Kaiser nicht, daß ihnen „nit Not gewest sei, ihr Haupt darum nicht zu zerbrechen". Einige, Wilhelm von Eichstädt und Herzog

[1] Es müßte freilich unabhängig von dem Projekte einer Begegnung geschehen sein, von dem wie erwähnt in Augsburg keine Rede war.

[2] Davon weiß der Bericht bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 51.

[3] Der äußere Gang der Verhandlungen nach den Extrait d'une ancienne chronique l. c. 382, kombinirt mit den anderen Berichten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Albrecht von Bayern-München, der freilich schon seit Beginn Juli bei Hofe weilte, rüsteten sich auch bald zur Abreise, und hat „die kaiserlich Majestät ihnen den Urlaub nicht versagt und sich erzeigt, als ob er es wohl geleiden möge". In der That verließ Herzog Albrecht Trier am 18. Oktober.[1]

Je mehr aber für den Kaiser die Aussicht schwand, sich mit Herzog Karl zu verständigen, desto mehr hatte er auch Grund, seine Fürsten nicht allzu sehr vor den Kopf zu stoßen. Allmählich trat er daher ihnen gegenüber mehr aus seiner Zurückhaltung heraus, und als die Verhandlungen zum zweiten Male unverrichteter Sache ruhten, da legte der Kaiser geradezu die Karten offen auf den Tisch.

Schon war es beinahe zu spät. Auch in die Öffentlichkeit war bereits die Kunde gedrungen, daß die Fürsten uneins seien; man versah sich, daß sie „ihrer Sache ohne Ende abscheiden werden".[2] Aber man erfuhr doch auch gleich, „daß etliche ihrer Räte sie wieder zusammen gebracht" hätten.

Und so war es auch, nur daß an den neuen Beredungen Kaiser und Herzog zunächst nicht mehr persönlich teilnahmen.

Nach allem wurde jetzt von der Kommission der Versuch gemacht, eine Richtung und Verbindung zwischen Burgund und dem Reiche ohne Rücksicht auf Heiratsprojekt und Königtum zu gewinnen. Der Herzog ließ fordern, der Kaiser möge ihn in ruhigem Besitze des Landes Geldern lassen, das er gekauft und bezahlt und überdies mit Gewalt der Waffen gewonnen habe, dann, daß er Karl gönne, das Herzogtum Savoyen als Lehen vom Reiche zu empfangen, da er der savoyischen Kinder Vormund sei; der Kaiser möge etliche in Holland, die dem Herzog zugehörig und gehorsam seien, aus seiner Acht thun und den Pfalzgrafen als einen Kurfürsten regieren lassen, „angesehen dessen gutes Regiment"; der Pfalzgraf, dafür verbürge sich der Herzog, wolle dafür dem Kaiser ein getreuer und gehorsamer Fürst sein u. s. w. Die burgundischn Gegenerbietungen an Kaiser und Reich sind unbekannt: sie mochten wesentlich in Versprechungen für den Türkenkrieg bestehen.

Die Höhe der Forderungen offenbart die Gesinnung des Herzogs, nicht minder sein Benehmen gegenüber den Tiroler Räten, die schon am 2. Oktober in besonderer Werbung die Anliegen und Wünsche ihres Herrn vorgebracht. Sie verlangten Woche für Woche umsonst Bescheid. Nun waren in den letzten Tagen jene Räte Karls eingetroffen, die

[1] Segesser, Abschiede II. 460. [2] Ebendort 459, 460.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Bund mit Lothringen verhandelt: ihr Werk war vollständig gelungen (11. Oktober).[1] Ein Bote des Ungarkönigs hatte sich eingestellt und brachte die Versicherungen der freundschaftlichen Gesinnung seines Herrn und vielleicht auch Warnung vor dem Kaiser. Die Pfälzer hielten sich an Karls Seite. Auch die Eroberung Gelderns, seine Waffenrüstung mußte ihn mit hoher Zuversucht erfüllen. Und meldeten nicht die ungarischen Ankömmlinge, daß die Türken soeben wieder des Kaisers Lande mit schwerer Verwüstung heimgesucht?[2] Kam nicht während der neuen Verhandlung (am 26. Oktober) dem Herzog befreundete Botschaft auch vom Herzog von der Bretagne?

Man sieht: auch die Gunst der Umstände fehlte nicht, während Herzog Karl mit allen Mitteln, die ihm seine Macht und seine Verbindungen gewährten, auf den Kaiser zu wirken und ein Ende nach seinem Willen zu erlangen suchte.

Aber der Kaiser verlor Besonnenheit und Festigkeit nicht. Auch er hatte seinen Rückhalt, wenn er ihn auch nicht dem Herzoge prahlerisch vor die Augen stellte. Aus den Mitteilungen des Kurfürsten von Brandenburg ersah er, daß die Könige von Böhmen und Polen zu einem engen Bündnisse mit ihm, an dem auch der Kurfürst Anteil nehmen wollte, bereit und ihre Gesandtschaften bereits zu ihm ins Reich aufgebrochen seien.[3] Die Gesinnungen der Schweizer, Frankreichs, die Maßnahmen seines Vetters von Tirol und der niederen Vereinigung waren ihm wohlbekannt. Und durfte er nicht auf den vollen Beistand seiner deutschen Fürsten, der abwesenden und der in Person gegenwärtigen, rechnen, wenn es galt, unziemlichen Zumutungen des Burgunders zu widerstehen? Längst war doch unverkennbar, wie sie mit schlecht verhehlter Besorgnis den Bündnisverhandlungen zwischen ihm und dem Herzoge folgten!

Diesmal berief der Kaiser aber auch sämtliche deutschen Fürsten und Fürstengesandten, ihnen die Anträge des Herzogs zu unterbreiten. Er fand sie, scheint es, nicht völlig abgeneigt, darauf einzugehen und

[1] Witte. Lothringen und Burgund 29. Ein Bündnis Karls von Burgund mit Bischof Georg von Metz vom 29. September war vorhergegangen. Ebend. 28. Neben Wittes objektiver und auf neues urkundliches Material gestützter Darstellung kommen die Ausführungen von Huguenin, Calmet und Digot kaum in Betracht.

[2] Segesser l. c. 460. Übrigens kam dem Kaiser auch direkte Botschaft. Vgl. Chmel, in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie, phil.-hist. Klasse V. (1850) 632—633 u. a.

[3] Die bezüglichen Schriftstücke habe ich jetzt aus den Bamberger Reichstagsakten publiziert in Font. rer. Austr. XLVI. 209 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sah sich daher veranlaßt, den Dingen die Form zu geben, in der er sie erleiden mochte. Darnach sollten König Ludwig und Herzog Karl mit einander einen ewigen Frieden machen, beide sollten sich mit ihm, dem dem Kaiser, „zu Haufen verbinden", die Vereinigung soll gefestigt und dauernd werden, indem sich der Sohn des Kaisers mit des Herzogs Tochter, und die Tochter des Kaisers (Kunigunde) mit dem Dauphin von Frankreich vermählt. So vereint „zwingen" die Fürsten „Christen und Heiden".[1]

Es entsprach sehr wenig den Verhältnissen, wenn der Kaiser dem Herzoge, dessen Ansprüche gewachsen waren, nun für die Heirat weniger bot: Zugeständnisse betreffs Savoyens und Gelderns und den Franzosenfrieden. Karl hat denn auch abgelehnt. Er drohte mit der Abreise. Der Tag schien zu Ende.

Es war in Trier auch sonst unbehaglich geworden. Kaiserliche Gefolgsleute und Städter, seit längeren Tagen in Händeln, weil jene sich „verzehrt" hatten, gerieten in offenem Kampfe an einander. Die Burgunder zeigten sich je länger um so anmaßender gegen beide. Leute, die man als im Dienste Ludwigs von Frankreich stehend bezeichnete, ließ der Herzog eigenmächtig greifen und als Spione behandeln; einer wurde gehängt, ein anderer, ein Priester, ertränkt. Der Gesundheitszustand in Stadt und Umgebung war schlecht.

Am 31. Oktober schickte der Herzog „seine Wägen und all ander sein Geräthe von dannen", und ließ „aufblasen"; „die Seinen waren auch alle zu reiten geschickt und hielt der merer Theil auf den Pferden".[2] Da kam der Kaiser, ohne den Fürsten davon Mitteilung gemacht zu haben, nach St. Maximin hinaus und begann, während der Herzog Messe hörte, mit dessen Räten neue Verhandlungen.

Herzog Karl hatte in den letzten Tagen, den ungarischen Gesandten zur Seite, mit den Räten des Pfalzgrafen und Erzbischof Ruprechts von Köln in großer Heimlichkeit „merklich Handlung gehabt", so daß nicht der Kaiser allein besorgte, „daß es zu großem Aufruhr kommen werde". Man wußte auch von Abmachungen zwischen Karl und den beiden andern Wittelsbachern, dem Herzoge von Pfalz-Veldenz und Bischof Ruprecht von Straßburg zu erzählen: es hieß, Ludwig sei des Herzogs von Burgund Diener geworden, und alle Städte und Schlösser des Stiftes Straßburg sollten Herzog Karl offen stehen.[3] Wie schroff

[1] Segesser l. c. 400. [2] Font. rer. Austr. XLVI. 222.

[3] Ludwig der Schwarze reiste am 31. Oktober von Trier ab. Segesser l. c. 461.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

behandelte andererseits der Burgunder die Räte Herzog Sigmunds von Tirol!

Kaiser Friedrich hat in Trier das wälsche Gepränge und Geprahle schwerlich überschätzt. Aber daß er es bei Herzog Karl mit einem Fürsten zu thun habe, der als Freund ebenso bedeutend zu nützen wie als Gegner zu schaden vermochte, das ließ sich doch nicht verkennen. Er war daher entschlossen, die letzte Möglichkeit einer Verständigung zu suchen, und dem Herzoge entgegenzukommen, so weit dies möglich war: bezüglich der welschen Reichslehen und der persönlichen Ehrung Karls.

Mit des Herzogs Zustimmung — auch Karl blieb, scheint es, nicht ungern länger — wurden noch am selben Tage die Beredungen „wie vor durch kleinen Rathe“ [1] und mehrere Tage „ohne Beiwesen der Fürsten fortgesetzt. Bereits am 2. November war in allen wesentlichen Punkten und namentlich betreffs Gelderns die Verständigung erzielt und hatte der Kaiser „durch Rat der Fürsten zugesagt“, dem Herzoge das Land Geldern „zu leihen“ „mit Übergehung der Gerechtigkeit, so der Herzog von Jülich daran gehabt, der das von Kaiser Sigmunden empfangen und zu Recht erstanden hat“.[2] Friedrich selbst ritt (am 2. November) nachmittags auf den Marktplatz von Trier, den Ort „zu besichtigen, seinen Stuhl zu machen“.[3] Schon wurde auch die gegen mehrere Bewohner von Holland, Friesland und Seland vom Kammergerichte ausgesprochene Reichsacht auf drei Jahre suspendiert.[4]

Nun aber zeigten sich neue Schwierigkeiten, da Herzog Karl nicht blos die Sphäre seines neuen Königreichs Burgund so weit als möglich auszudehnen, sondern dazu auch die Zustimmung der deutschen Kurfürsten, zunächst scheint es, wenigstens der anwesenden verlangte. Er kam deswegen am 4. November früh zu dem Kaiser und (hat) „sich erzeigt, als ob er nicht länger bleiben möge und hoch ersucht und gebeten, ihm die Lehen desselben Tages zu leihen; und sind der Kaiser und Herzog denselben Tag bis in die Nacht umb sieben Uhr „ungegessen“ bei einander bliben“. Trotzdem der Kaiser versicherte, die Erhöhung des Herzogs sei allein Ausfluß seiner kaiserlichen Machtvollkommenheit und bedürfe keiner kurfürstlichen Willebriefe, gab er schließlich nach und ver-

[1] Das ist: unter Beziehung von nur wenigen Räten von beiden Seiten.

[2] Nach dem Berichte der brandenburgischen Räte. Daß übrigens wenigstens der Kurerzkanzler gelegentlich schon bei den Verhandlungen beigezogen wurde, behaupten die eidgenössischen Sendboten. Segesser l. c. 461.

[3] Segesser, Abschiede 461.

[4] Chmel, Regesten II. 660, Nr. 6810. Mandat vom 3. November.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sprach, andern Tags die Sache an die Kurfürsten zu bringen. Die Belehnung ward nun für den 6. November festgesetzt.[1]

Am 5. November wurde den beiden Kurfürsten von Mainz und Trier und den brandenburgischen Räten, Ludwig von Eyb dem Älteren, und Herntid vom Stein, Dechant zu Bamberg, „mit viel zierlichen Worten und Umständen die Sache" entdeckt: Der Herzog sei willig, Hilfe gegen die Türken zu thun, falls er Frieden mit dem König von Frankreich erlange, „und auf daß man verstehe, daß er sich mit all den Seinen zu dem Reiche thun wolle, so wolle er itzo zum ersten das Herzogtum zu Geldern empfangen und dem Reich dadurch verwandt werden", und bitte er weiter, „ihn zu einem Könige von Burgundien zu krönen und die Lande alle, so er hat, dem einzuverleiben, auch ihm zu inkorporieren die Regalien der Bistümer Lüttich, Utrecht, Toul und Verdun, auch die Herzogtümer Lothringen, Savoyen und Cleve, daß er diese Fürstentümer alle zu verleihen hätte". Der Herzog wolle dieses sein ganzes Königreich vom Reiche zu Lehen nehmen und nach ihm seine Erben, Söhne und Töchter, und damit dem Reiche treu und gewärtig sein; namentlich werde er, „so die Richtigung bei dem König von Frank- erlangt werdet, für die der Kaiser seiner mächtig sein soll, 10000 Mann auf seine Kosten führen; wo aber die Richtigung nicht erlangt würde, dessen er sich nicht versehe, wolle er doch Fleiß haben, alles, das er aus den inkorporierten Landen zu Hilfe wider die Türken aufbringen möge, der kaiserl. Majestät zu schicken".[2] „Und hat der Kaiser darauf Rat begehrt, was er thun soll."[3]

Obwohl die Gefragten merkten, „der Rat sei vor erdacht", der Kaiser bereits entschlossen, gaben sie doch Bescheid: „Die Sache sei groß", es wäre am besten, sie bis zu dem bevorstehenden Reichstage zu Augsburg, wohin der Kaiser und die Kurfürsten kommen werden, aufzuschieben. Als aber der Kaiser dies für unmöglich erklärte, da der Herzog der Richtung mit Frankreich wegen Antwort begehre, und seine Frage wiederholte, erbaten sie sich Bedenkzeit bis zum andern Tag. Aber auch da waren sie zu keiner Äußerung zu bewegen: Johann von Trier wies zum Verdrusse des Kaisers auf die Kurfürsteninung hin, welche einseitige Schritte einzelner Kurfürsten untersage, die Brandenburger auf den Mangel jeder Vollmacht zu solchen Dingen. Da hat der Kaiser „sich eröffnet":

[1] Ergiebt sich aus dem Berichte der brandenburgischen Räte, l. c. 222 u. 224.
[2] Ebendort 222—223.
[3] Der Kaiser begehrt aber auch jetzt nicht ihre Zustimmung, da sie nach seiner Überzeugung nicht notwendig war.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wollten sie ihm nicht raten, so sehe er sich in Anbetracht der Notlage des Reiches doch veranlaßt, auf die Erbietungen des Herzogs einzugehen, wozu er ja auch wohlberechtigt sei, doch möchten sie „sunst mit ihm bei den Dingen sein". „Haben sich die Fürsten bedacht und geantwortet, sie haben nicht Beschwerde, dabei zu sein, so er ihn (den Herzog) kröne und ihm leihen werde, und empfange er das, so er inne hat und vom Reiche gehe, als ein König oder als ein Fürst, beschwere sie nicht." „Hat der Kaiser davon ein Genügen gehabt, wenn auch der Herzog, der zuletzt bei der Verhandlung zugegen war, ein Verdruß daran hatte." Noch am selben Tage ward Herzog Karl mit dem Herzogtum Geldern und der Grafschaft Züphten belehnt.[1] Hagenbach wurde dabei zum Bannerherrn erhoben, eine Anzahl burgundischer Erben zu Rittern geschlagen, andere anders begnadet.[2]

Natürlich waren damals Kaiser und Herzog im wesentlichen auch bezüglich aller andern Punkte eins, namentlich bezüglich der Heirat ihrer Kinder, wenn auch von dieser Sache wieder nichts in Gegenwart der Fürsten verhandelt wurde. Die brandenburgischen Räte meldeten darüber am 7. November ihrem Herrn, man habe sie nur deshalb verborgen, damit der Kaiser um so unverdächtiger zwischen Frankreich und Burgund teidigen könne.[3] Dagegen ward schon am 6. November in Gegenwart der Kurfürsten von Mainz und Trier und der Räte Markgraf Albrechts „der Zettel, so vormals im heimlichen Rate die Aufrichtung des Königreichs (Burgund betreffend) begriffen war", gelesen, und „saget der Kaiser dem Herzogen zu, ihn nach Inhalt des Zettels zu krönen und ihm zu leihen und Briefe nach Gewohnheit des Reichs darüber zu geben, und ward erlassen, am 7. von beiden Teilen darzu zu schicken, die Briefe zu begreifen und des Tags der Krönung einig zu werden. Das der Herzog zu Dank aufnahm mit höflichem Erbieten dagegen."[4] Betreffs der Richtung zwischen Kaiser und Pfalzgraf hatte Graf Haug von Werdenberg den Kurfürsten schon am Abend des 5. November mitgeteilt, der Kaiser sei nun zu einer Versöhnung bereit, damit das Reich

[1] Der Kaiser bestätigte zunächst auch am 6. November das Übereinkommen Herzog Karls mit denen von Jülich (bei Müller, Reichstagstheatr. II. 585—586). Lünig, Reichsarch. VII. 115. Chmel, Reg. II. 660, Nr. 6815. Die Belehnungsurkunde bei Müller, Reichstagstheatrum II. 587—589. Th. Basin, Histoire de Charles VII. et de Louis XI. bei J. Quicherat (4 Bde., Paris 1854—59), II. 323—324. Auch Rausch l. c. 91 meint noch, die Belehnung habe schon am 4. Nov. stattgefunden.

[2] Segesser l. c. 461. Chmel, Reg. II. 660, Nr. 6805 u. 6809; 6811—6814.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 226. [4] Ebendort 226.

gegen die Türken und in anderen Sachen einig sei. Er habe deshalb dem Bischofe von Worms, der ihn wiederholt um eine endgültige Erklärung gebeten, versprochen, Friedrich von der Pfalz zu Gnaden aufzunehmen, ja ihm auch das Kurfürstentum zu leihen, falls Friedrichs Mündel, der junge Pfalzgraf Philipp, mit seinen Freunden ihn darum ersuche und Friedrich sonst „sich mit den andern der Sachen Verwandten vorher vortrage". Dafür müsse der Kurfürst die Mortenau und die Landvogtei im Elsatz, für die ihm der Kaiser die Pfandsumme von 24000 Gulden erstatten werde, herausgeben und dem Kaiser Sicherheit leisten, daß er sich fortan gegen das Reichsoberhaupt nach Gebühr halte.[1]

Andererseits hatte Herzog Karl dem Kaiser versprochen, die österreichischen Pfandherrschaften zurückzugeben,[2] das Bündnis, das er mit Ungarn zu schließen im Begriffe sei, „abzuschreiben," und sich als Vermittler (gemäß dem inzwischen zwischen Ungarn und Polen-Böhmen aufgerichteten Vertrage) nur zum Schein zu beweisen. Freilich hatte sich auch der Kaiser herbeigelassen, bei den Verhandlungen zwischen Frankreich und Burgund sich nach des Herzoges Wunsche zu halten: Karl wollte aber im Grunde nicht Frieden, sondern mit vermehrten Kräften die Demütigung Frankreichs versuchen.[3] Andere Wünsche des Herzoges, der darin scheint es unerschöpflich war, hatte der Kaiser „einsteils mit gutem und einsteils mit ungutem abschlagen müssen".[4]

Der Herzog war es, der zuerst das Beschlossene bereute: wenigstens was ihm zugestanden war, sollte von jeder anderweitigen Beirrung frei bleiben. Schon am Abende des 7. Novembers begehrte Karl von den beiden Kurfürsten und den Räten von Brandenburg, die man zu Hofe befohlen hatte, nochmals in Gegenwart des Kaisers, sie sollten „mit vernehmlichen Worten willigen in die Aufrichtung des Königreichs Burgundien; er meine, es wäre seine Notdurft". Und obwohl der Kaiser „solche Ansuchung" abschlug, da es „nicht not" sei und er „von seiner

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 228. Die Versicherung sollte, scheint es, in dem Erlage von 32000 Gulden bestehen, die verfallen, sobald der Kaiser wieder gerechte Ursache zur Klage hat. Von einer solchen Summe spricht wenigstens der Pfalzgraf in seinem Ausschreiben vom 27. Jan. 1474. Vgl. unten.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 226.

[3] Solches meldet nur Markgraf Albrecht von Brandenburg in seinem Briefe vom 13. Nov. an Herzog Wilhelm von Sachsen. Da er sich dabei wesentlich auf die eben eingelaufenen Berichte seiner Räte aus Trier stützt, die aber davon nichts enthalten, so gab es neben den Zetteln derselben mit Nachrichten, die sich erhalten haben, noch weitere, die bisher verloren sind.

[4] Font. rer. Austr. XLVI. 226.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gewalt nicht disputieren lassen wolle", so bestand der Herzog doch darauf, der Kurfürsten Meinung zu hören. Und schließlich „vergönnte" es ihm der Kaiser, doch entfernte er sich.

Der Herzog wiederholte nun, da er in des Reiches „Herkommen und Übung" nicht genug unterrichtet sei, dringend die Frage, ob die Zustimmung des Kaisers allein zur Errichtung eines Königreiches Burgund genüge, oder nicht. Die Kurfürsten erbaten sich darauf Bedenkzeit bis zum anderen Tage (8. Nov.), aber nur um dann zu erklären, „daß man nicht wohl zu rathen wisse, worauf er genüglich versorgt sei, oder nicht, dann der kaiserlichen Majestät Gewalt zu erörtern nehmen sie sich nicht heraus".[1]

Was weiter geschah, ist uns zunächst nicht berichtet. Unsere vorzüglichste Quelle, die Briefe der brandenburgischen Gesandten, versagt hier, da einer der Boten, Hertnid von Stein, in Person zu dem Kurfürsten ging. Aber sicher ist, daß Herzog Karl die Antwort der Kurfürsten, die ihn nicht befriedigte, zum Anlaß nahm, um nun seinerseits neue Forderungen an den Kaiser zu stellen. War nach der Meinung der Kurfürsten, wie Karl wenigstens ihr Verhalten auslegte, die Leistung des Kaisers keine ganze und blieb es ihm, dem Herzoge, überlassen, in Augsburg und sonst noch um die Zustimmung der Kurfürsten, vielleicht sogar mit Opfern, zu werben, war es da nicht billig, daß auch in der Gegenleistung des Herzoges eine Ermäßigung eintrat, vor allem in der Truppenzahl, mit welcher der Herzog dem Kaiser jederzeit gewärtig sein sollte?[2]

Diese Forderung und ihre Begründung waren dem Kaiser gleich widerwärtig. Die prinzipielle Leugnung oder doch Anzweifelung seiner kaiserlichen Vollgewalt traf ihn an der empfindlichsten Stelle. Und welche Aussichten eröffnete ein solches Verhalten des Herzoges sonst? Der Kaiser war entschlossen, den sicheren Mißmut seiner deutschen Fürsten über die Erhöhung des Herzoges zu mißachten, wenn ein enger Bund mit dem Herzoge zu Stande kam; dessen Macht brach ja jeden Widerstand. Die Sache stand aber völlig anders, wenn er und Karl ohne ganze Verständigung vor die Fürsten traten: Da konnte der Widerstand

[1] S. noch Fontes rer. Austr. XLVI. 225 in Verbindung mit ebendort 223 und 237.

[2] Diese Thatsache ergiebt sich aus der Aufzeichnung der tiroler Räte, so schlecht sie auch (bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 50) überliefert erscheint. Daß der Herzog auch noch andere Forderungen erhob, zeigt Font. rer. Austriac. XLVI. 237: „Nachdem und sein Gnad (der Kaiser) sünd bej dem hertzogen manicherlej eintrag und irrung, anders, dann die in der betaydigung und der übergeben zettel innen helt" u. s. w.

der Kurfürsten, den der Burgunder schon jetzt zu nützen trachtete, für ihn ebenso Anlaß sein, noch weniger oder gar nichts zu thun. Oder war Karl der Mann, der sich durch Zusagen und Verträge binden ließ, waren nicht sein Hochmut, seine Selbstsucht, seine Rücksichtslosigkeit bekannt?

Der Kaiser verlangte daher, daß man bei der Abmachung, wie sie „der Zettel besage", stehen bleibe. Auch begehrte er angesichts solcher Haltung des Herzoges, daß er „gemelter Abrede und Handlung wol versorgt" werde; er müsse sich „und dem Reiche genug thun" und wolle der „Nachrede entladen bleiben".[1] Da beide Fürsten an ihren Forderungen unverrückt festhielten, so mühte man sich um eine Vereinbarung vom 9.—11. November vergebens. Die Ankunft lotbringischer Gesandter, die von Herzog Karl auf das ehrenvollste empfangen wurden, bot den willkommenen Anlaß zu einer Pause in den Verhandlungen. Bei dem Kaiser fanden sich gleichzeitig Gesandte König Christians von Dänemark ein.[2] Aber auch nach Wiederbeginn der Beredungen war alle Mühe verloren. Nachdem Herzog Karl in der Zeit vom 19.—22. November die deutschen Fürsten durch Veranstaltungen glänzender Festlichkeiten geehrt, kam es am 23. Abends zur Ausfertigung eines Abschiedes: die Sache sollte, sowie sie am 6. November „abgeredet und verzettelt wäre", „ruhen bis auf den ersten Tag des Monats Februar, da sie (Kaiser und Herzog) wieder zusammenkommen sollten gen Bisuntz,[3] Basel oder Köln". Nur so viel gestand, scheint es, der Kaiser zu, daß er nichts dagegen habe, wenn der Herzog bis dahin auch die Zustimmung der Kurfürsten, die Friedrich nach wie vor nicht für notwendig hielt, erwerbe und Karl mit Zustimmung der Fürsten eine Ermäßigung in der Hilfeleistung an das Reich gewährt werde.[4] Zugleich that er aber seine Absicht kund, am Morgen des 25. abzureisen. Nochmals am 24., in tiefer Nacht, als sich der Kaiser mit sämtlichen Fürsten und Fürstenräten beriet und ihrer Zustimmung zu seiner Haltung vergewisserte, versuchten burgundische Räte eben auf Grund jener letzten Erklärungen des Kaisers doch noch in Trier ein Ende zu finden, indem sie die Fürsten um eine sofortige Erklärung in der Krönungssache und um ihren Ausspruch betreffs der geringeren Hilfeleistung angingen. Umsonst! Vielleicht hätte der Herzog, dem die Krönung doch gewaltig am Herzen lag, noch im letzten Momente nachgegeben, aber es kam keine Gelegenheit mehr dazu.

Der Kaiser war „des Morgens Katharinä mit dem Tag auf und

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 237, Nr. 220. [2] Ebendort 238.
[3] Besançon. [4] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 50.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

fügte sich zu Schiff und schiffet eilends". War auch seine Geduld erschöpft oder gedachte er der Weise, wie Karl an König Ludwig in Peronne gehandelt? Der Herzog kam zum Abschiednehmen zu spät. Eilends sandte er Hagenbach nach: der Kaiser möge warten, er wolle freundlichen Abschied von ihm nehmen, auch allerlei ferner mit ihm reden. Wohl fuhr der Kaiser auf diese Botschaft eine zeitlang langsam. Als aber Hagenbach sich entfernte, den Herzog zu rascherem Kommen zu mahnen, „und nicht mehr gesehen ward, ließ der Kaiser die Ruder einwerfen und fuhr von statten", „wolzufrieden", daß er „mit gütlichem Abschiede von dem Herzoge gekommen".

Viel schwerer trug Herzog Karl die Vereitelung manch stolzer Hoffnung. Und empfand nicht auch er, welch bösen Schein des Kaisers eilige Abreise auf ihn warf?[1] Noch am selben Tage zog er mit den Seinen durch Trier in der Richtung auf Diedenhofen ab.

Wie die ganze Trierer Begegnung, so regte auch der eilige Abschluß der Beredungen zu allerlei Vermutungen an. Eine ganze Reihe von „Mähren" über die Ursachen und den Verlauf des Zwistes kam in Umlauf. So soll der Herzog auf eine Fürbitte des Kaisers für den Grafen von Mörs diesen schroff abgewiesen haben, da auch er für den Pfalzgrafen umsonst gebeten. Wir wissen, wie irrig letzteres ist. Viel mehr verbreitet und noch bis in unsere Zeit immer wieder geglaubt war die Meinung, die Verhandlungen hätten sich zerschlagen, weil der Kaiser zuerst die Heirat, der Herzog zuvörderst seine Erhebung zum Könige von Burgund vollzogen wissen wollte,[2] und daß der König von Frankreich durch seine Einflüsterungen den Argwohn des Kaisers genährt habe.

Die oben gebrachte Darlegung zeigt, daß in Trier sehr viel von der sofortigen Königskrönung die Rede war, ja daß sie einige Tage direkt für den 10. oder 11. November in Aussicht genommen wurde.[3] Aber wir finden keine Spur davon, daß man für jetzt auch schon an die Vollziehung der Heirat gedacht habe. Es erscheint vielmehr als steter fester Entschluß des Kaisers, seinen einzigen Sohn, die Hoffnung des Hauses Österreich, vor seinen mannbaren Jahren nicht zu vermählen. Und Erzherzog Maximilian war damals vierzehn Jahre alt! Auch von

[1] Fontes rer. Austr. LXVI. 238: Und er soll geredt haben, er wolt ein stat dafür geben, die ettwas mercklichs were, das sie vil reden nach nicht so eylends von eynander abgeschieden weren.

[2] Auch schon Agricola bei Comynes-Lenglet l. c. 262.

[3] Item es ist in dem munster zu Trier zue der krönung gestület in dem chor worden, und da ein zit gestanden, auch die bruhin an dem platz, sind aber die k. m. und der herzog nit ains worden. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 48.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

burgundischer Seite war eine sofortige Verbindung des jungen Paares nicht in Aussicht genommen; die Herzogin Margaretha hatte sogar immer noch ihre besonderen Pläne. Einflüsterungen des Königs von Frankreich, um Kaiser Friedrich gegen Karl mißtrauisch zu machen, waren zum mindesten nicht notwendig; des Kaisers Meinung war ohnedies „ganz nicht, sich durch den Herzogen mit „Gebröge" oder anderem einführen zu lassen".[1]

Dagegen ahnte Herzog Karl von Burgund nicht, zu welchen weiteren Schritten die Abweisung der tiroler Gesandten ihren Herrn bewegen würde. Als Karl Ende Oktober im Begriffe war, Trier zu verlassen, hatten endlich auch die Tiroler Bescheid erlangt. Der Herzog ließ erklären: Sowie er sich bisher durch Gesandte alle mögliche Mühe gegeben habe, Herzog Sigmund mit den Eidgenossen zu vergleichen, so wolle er dies demnächst in Person thun, da er nach den oberen Landen und der Grafschaft Pfirt zu kommen gedenke. Auch der Verhandlung Sigmunds mit König Ludwig von Frankreich wurde gedacht. Die tiroler Räte konnten ersehen, daß man neue Beredung mit Ludwig als Treu- und Vertragsbruch ansehen würde. Andererseits wurde jede Aussicht auf Waffenhilfe gegen die Eidgenossen rundweg abgeschnitten.

Als sich dann zu Beginn November die Dinge günstiger gestalteten, hatten die Räte wieder gehofft, und am 16. ihren Herrn ersucht, ihrer Heimkunft zu harren und sich bis dahin „in allen Sachen ganz still zu halten". Am 24. Nov. erhielten sie auf ihr Abschiedserbieten, alles thun zu wollen, damit die Freundschaft zwischen Österreich und Burgund doch noch zu Stande komme, die Antwort: Der Herzog vernehme, daß ihr Herr die Grafschaft Pfirt mit anderen Gebieten, die er unter der Zusage, sie niemand anderem zu geben, an Burgund verpfändet habe und für die er, Herzog Karl, große Summen ausgegeben habe, ohne davon einen Ertrag zu genießen, nun doch in andere Hände gelangen lassen wolle. Er, Herzog Karl, sei bereit, wie er so oft versichert habe, seine Zusagen zu halten; er hoffe, daß auch Herzog Sigmund den Vertrag nicht verletzen werde, sonst könnte er nicht ruhig zusehen; das möchten sie ihrem Herrn getreulich berichten.

Diese Antwort schriftlich zu geben, wie die Räte begehrten, lehnte der Herzog von Burgund unter nichtigem Vorwande ab.[2]

[1] = Sich durch Vorspiegelungen täuschen zu lassen. Font. rer. Austr. XLVI. 237, Nr. 220. Bei „Gebröge" hat man bei Ludwig von Eyb, dem Verfasser des Berichtes, wohl nur an eine dialektische Wiedergabe von „Gepränge" zu denken.

[2] Das Konzept der Räte für ihren Bericht bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser Friedrichs nächstes Ziel war Köln, wo in der letzten Zeit die beiden Parteien geradezu mit Waffengewalt aneinander geraten waren. Alle Fürsten, mit Ausnahme Markgraf Karls von Baden, folgten ihm auch dahin.[1] Friedrichs Absicht war, zwischen Erzbischof Ruprecht und dem Stiftsverweser Hermann von Hessen, der im März d. J. vom Kapitel zum Beschützer erwählt war,[2] Frieden zu machen, oder doch wenigstens die Entscheidung an sich zu nehmen, „damit die von einicher Parthei nit an den Herzog von Burgund kommen". Von dem Kurfürsten von Brandenburg, bei dem in Kadolzburg polnisch-böhmische Botschaften seit Wochen auf die Eröffnung des Augsburger Reichstags harrten, unablässig gedrängt, bald zu kommen, gedachte der Kaiser sobald als möglich rheinaufwärts zu ziehen. Noch am 1. Dezember kündigte er den wiederholt verschobenen Reichstag für nahe Frist, bereits auf den 6. Jan. 1474, an.[3]

Aber die Sache, um die sich im Vorjahre Erzbischof Hieronymus von Kreta als päpstlicher Legat[4] und eben jetzt in gleicher Eigenschaft der Bischof von Fossombrone umsonst bemüht, wurde auch durch den Kaiser nicht so leicht beigelegt. Noch während des Trierer Tages war ein Vertrag zwischen Erzbischof Ruprecht und Karl von Burgund zu Stande gekommen. Als daher der Kaiser zu Ruprecht, der sich in Brühl aufhielt, eine Gesandtschaft schickte, ihn zu einem Vergleiche zu bewegen, antwortete Ruprecht hochmütig: wie das Kapitel sich einen Schirmherrn erwählt, so habe er nun auch einen, den Herzog von Burgund, „wie die zwei überein kämen, so wolle er sie gewähren lassen".

In der That ließ Herzog Karl noch im Dezember im Kölnischen verkündigen, daß er den Erzbischof in seinen Schutz genommen.

Der große politische Wettstreit, der in Trier zwischen dem Kaiser und dem Herzog von Burgund begonnen, tritt mit dem Fortgange des Kölner Streites in eine neue Phase ein. Nach dem Scheitern freund-

49—50. An der entscheidenden Stelle, S. 49, Zeile 3 von unten, muß es aber heißen: ad manus aliorum quorundam cum aliis terris, pro quibus etc.

[1] Font. rer. Austriac. XLIV. 239, Nr. 220.

[2] Vergl. Lacomblet, Urkundenbuch für Geschichte des Niederrheins IV. 453, Nr. 363.

[3] Ebendort 239, Nr. 221. Schreiben an Kurfürst Friedrich von Brandenburg. Zu des Kaisers Aufenthalt in Köln vgl. außer den dort weiter folgenden Berichten (S. 243—245, 253, 254—257) noch Deutsche Städtechroniken 14 (Köln, Bd. 3) 825 ff.; L. Ennen, Geschichte d. Stadt Köln III. 385 ff.; Menzel, Geschichte von Nassau V. 396 ff.

[4] Seine Instruktion vom 13. Juli 1472 im Vat. Geh. Archiv zu Rom, lib. var. pol. LV. fol. 59—60.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lichen Einvernehmens in Trier, versucht der Herzog trotz des in Aussicht genommenen neuen Tages durch die Förderung der Gegnerschaften gegen den Kaiser diesen zu übermeistern. Schon erhoben ja auch wieder die Wittelsbacher, die sich durch die beabsichtigten Trierer Abmachungen vor allem bedroht gesehen, stolz das Haupt. Die Hochzeit zwischen dem Pfalzgrafen Philipp und der Tochter Ludwigs von Landshut ward auf Fastnacht 1474 festgesetzt. Der Pfälzer-Kurfürst versprach, zwischen Landshut und Albrecht von München „Tage zu machen, sie gütlich zu vereinigen". Sogar eine völlige Ausgleichung der alten Gegner Albrecht von Brandenburg und Herzog Ludwig war in Aussicht genommen, wobei Sachsen und Eichstädt vermitteln sollten. So wollte man „zwischen den Häusern allen Willen und Einigkeit" machen,[1] um einer Bedrohung durch die kaiserliche Politik zu begegnen.

Aber auch Kaiser Friedrich verstand auf die Art zu kämpfen, der jetzt Karl von Burgund den Vorzug gab. Nachdem der Herzog und andere sich in die Kölnische Sache „stoßen wollten und darein gegrüppelt hatten", hielt er es für unmöglich, die Sache „in solcher Irrung und Fehde stehen zu lassen".[2] Die Forderung Ruprechts, ihm alles wieder zu erstatten und auch den Schaden zu ersetzen, war unannehmbar. Andererseits erboten sich Landgraf Hermann und das Kapitel dem Kaiser und Legaten „zu beständigem Frieden, gütlicher Teidung oder Austrag des Rechten".[3] So gab es für eine Parteinahme des Kaisers rasch keine Wahl. Auch der Legat, der anfänglich mehr dem Erzbischofe zugeneigt und dadurch der anderen Partei verdächtig war, konnte sich nicht ausschließen. Vereint mit ihm, stellte der Kaiser folgende Vertragspunkte auf: Das Absetzungsdekret Ruprechts wird annulliert und Ruprecht wieder in den Besitz des Erzbistums eingesetzt; er erhält auch das Schloß zu Poppelsdorf und den erzbischöflichen Hof zu Köln wieder, den man ihm genommen hat; Landgraf Hermann tritt von der Verweserschaft zurück. Ruprecht soll aber dafür auch das Domkapitel im ungestörten Besitze seines Anteiles an dem Zolle zu Bonn lassen. Die Annahme dieser Punkte, die für Ruprecht, eben um ihn aus der burgundischen Genossenschaft zu lösen und die Sache zu Ende zu bringen, gewiß außerordentlich günstig lauteten, wurde beiden Parteien einfach geboten.

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 243, Nr. 225.

[2] Ebendort 253, Nr. 232. Schreiben des Kaisers vom 5. Januar an Markgraf Albrecht.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 242—243, Nr. 225.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Doch „aus Anweisung der burgundischen Räte und fremder Gäste" weigerte sich der Erzbischof, auf diese Bedingungen einzugehen.[1] Einen Augenblick dachte der Kaiser auch so, da inzwischen der Januar 1474 herangekommen war, an Abreise nach Augsburg.[2] Dann, am 3. Januar ließ er sich von Hermann von Hessen versprechen, ihm und dem Reiche, falls er durch seine Gnade das Erzbistum erlange, stets treu und gehorsam zu sein, und überdies 10000 Gulden zu zahlen. Dafür erhielt Hermann am folgenden Tage einen Brief mit der Gegenzusage, der Kaiser werde ihn bei der Erlangung der Kölner Kirche nach Kräften fördern, falls selbe, sei es durch Ableben oder Verzichtleistung oder Absetzung des jetzigen Inhabers, ledig gehe und er vom Kapitel erwählet oder vom Papste zum Erzbischof ernannt werde.[3] So hielt der Kaiser die eine Partei fest. Daneben drohten er und der Legat dem Erzbischofe, gegen ihn als Ungehorsamen zu prozessieren, falls er den vorgeschlagenen Vertrag nicht annehme. Als aber Ruprecht daraufhin auffaß und wegritt: wie „seine Räte zu erkennen gaben, zu dem Herzogen von Burgundi" (5. Januar), kam es doch wieder zu Verhandlungen und verschob der Kaiser die Abreise. Ein gleiches geschah am 14. Januar, obwohl nach vergeblicher Bemühung die Fahrt bereits beschlossen und die Schiffe beladen waren. Auf die Meldung, es kämen Räte des Erzbischofes mit Vollmacht, „den Sachen, was vordem davon geredet wäre, Folge zu thun", und zufolge einer Drohung mit dem burgundischen Bündnis blieb der Kaiser nochmals einige Tage. Doch der Erzbischof zeigte sich auch jetzt nicht entgegenkommender. Daher erfolgte am 17. zwischen dem Kaiser und dem Domkapitel die Unterzeichnung eines Vertrages, der dieses in des Reiches besonderen Schutz und Schirm stellte und als seinen Verfechter den Landgrafen Hermann von Hessen bezeichnete.[4] Nochmals ward Ruprecht umsonst eine Bedenkzeit von 24 Stunden gegeben. Dann reiste der Kaiser thatsächlich ab (am 18. Januar).[5]

[1] Font. rer. Austr. XLVI.. 255, Nr. 233. [2] Ebendort 253, Nr. 232.

[3] Die Urkunde v. 3. Jan. bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 390—392; die vom 4. bei Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins IV. 466—467.

[4] Am 14. Januar. Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrh. IV. 468, Nr. 374.

[5] Die Darstellung wesentlich nach Fontes rerum Austr. XLVI. 242—243, 251—257. Vergl. dazu Ennen, Gesch. von Köln III. 487. Menzel, Geschichte von Nassau V. 397—398. Über Hermann von Hessen vgl. auch Allgem. deutsche Biographie 12, 131—135 (Ennen) und H. Brunner, in „Hessenland" III. (1889, 1890) 127 ff., 142 ff., 158 ff. u. IV. Der Kaiser zog über Frankfurt, wo ihm ein festlicher Empfang zu teil ward. S. H. Grotefend, Quellen zur Frankfurter Gesch. I. (Frankfurt 1884), 198—200.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser Friedrich hatte bisher jede offene Erklärung gegen Burgund sorgsam vermieden. Aber er hatte gegen Karls Schützling Partei genommen. Und so wie hier, trug er auch kein Bedenken, anderswo dem Herzoge und seinen politischen Freunden entgegenzuarbeiten.

In Aachen, dessen Heiltümer Friedrich im Dezember besuchte,[1] hatte sich bei ihm eine eidgenössische Botschaft, an ihrer Spitze Adrian von Bubenberg, eingefunden. Der Kaiser nahm die Gelegenheit wahr, Bubenberg zu versichern, nicht bloß seine Zustimmung, sondern auch seine Mitwirkung werde nicht ausbleiben, wenn man die Ausgleichung seines tiroler Vetters mit den Eidgenossen weiter verfolgen wolle.[2]

Des Kaisers Verkehr mit Frankreich, in Trier eingeleitet und, je mehr Karl von Burgund in deutschfeindliches Fahrwasser einlenkte, vom Kaiser um so mehr festgehalten, gewann ein neues Band in der engeren Verbindung Herzog Sigmunds mit Ludwig XI.: Die gemeinsame Aktion des Herzoges, der Niederen Vereinigung, der Eidgenossen und Frankreichs zum Zwecke der Wiedereinlösung der Pfandlandschaften durfte der Kaiser als wesentlich auch in seinem Interesse gelegen ansehen. Und das Auftreten des Herzoges Karl im Elsaß, dann die Maßnahmen Hagenbachs gegen Mülhausen, das aber tapfer widerstand, brachten hier einen raschen Zug in die Entwickelung der Dinge. An der Tagsatzung zu Basel, welche am 10. Januar 1474 wegen der Auslösung der verpfändeten Lande gehalten wurde, nahmen nicht bloß Herzog Sigmund und die Reichsstädte, sondern auch die Eidgenossen, die Bischöfe von Straßburg und Basel, Markgraf Karl von Baden, ja selbst der Pfalzgraf als Oberlandvogt teil. Es erwuchs hier dem vordringenden Burgund eine weitreichende, mächtige Gegnerschaft. Und der Kaiser war entschlossen, sich ihrer gegebenen Falles ebenso zu bedienen, wie der Jagellonenreiche im Osten gegen Ungarn und des Dänenkönigs, was wenigstens die Erbietungen seiner Gesandten in Trier hoffen ließen,[3] zur Verteidigung des Reiches gegen die Türken.

[1] Er zog am 19. Dezember von Köln fort und traf am 24. wieder dort ein. Font. rer. Austr. XLVI. 246, Nr. 227 u. 256, Nr. 234. Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 302, Nr. 461.

[2] Vgl. Rodt, Feldzüge Karls des Kühnen von Burgund I. 182—183.

[3] Bericht der brandenb. Räte (L.s von Eyb) aus Trier (28. Nov.): Der (von Eichstädt) saget mir, wie sie (die dänischen Gesandten) werbung hetten an den keiser on credentz, wie sich der konig grosser hilf wider den Türken erbiet, mit sein selbs leyb zu ziehen mit grosser macht, die er nu vermög, nachdem im seime reich alle williglich in gehorsam ergeben haben. Font. rer. Austriac. XLVI. 238.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Neunzehntes Kapitel.

Der böhmisch-ungarische Thronstreit von 1471 bis 1474. Christian I. von Dänemark und Kaiser Friedrich. Der Reichstag zu Augsburg 1474. Der Zusammenbruch der burgundischen Herrschaft am Oberrhein. Karls von Burgund Einfall in das Reich.

Nach der Bewältigung des heimischen Aufruhres und der Besiegung der polnischen Invasion stand das Königtum des Corvinen in Ungarn fester gegründet als je zuvor. Der König konnte es hinterher wagen, gegen seine Zusage den Erzbischof von Gran, der aufs neue verdächtig geworden sein soll, und seinen Neffen, den Bischof von Fünfkirchen, doch empfindlich zu strafen. Beide gingen bald darauf aus dem Leben.[1] Auch sonst standen Matthias' Verhältnisse günstig. Der Kaiser war in Schach gehalten durch die Türken und die eignen Unterthanen. Der neue Papst erhob sich, nach dem Beispiele seiner Vorgänger jene zu bekämpfen und die ganze christliche Welt in die Waffen zu rufen.[2] Wer war dafür wichtiger als König Matthias? Legte dies nicht der Kurie aufs neue die Notwendigkeit auf, auf das Ende des Streites um Böhmen, das Matthias so sehr ersehnte, hinzuarbeiten? Und konnte diese Vermittlung bei solcher Sachlage anders als für ihn günstig sein?

Noch ehe der neue Kardinallegat des Ostens für den Türkenkrieg, der Patriarch von Venedig, am ungarischen Hofe eingetroffen war, hatte denn auch die Kurie in den Bullen vom 1. und 7. März die Böhmen neuerdings an König Mattias als rechten Herrn gewiesen. Der Kaiser wurde ermahnt, den König, der sich einst seiner in der Bedrängnis angenommen, nicht zu verlassen. Alle Widerstrebenden sahen sich mit Strafen bedroht, namentlich König Kasimir von Polen und sein Ältester, falls sie nicht von Böhmen lassen würden.[3]

Matthias hoffte wohl rasch voran zu kommen, wenn er gleich zu dem böhmischen Fastenlandtage 1472 einen seiner Bischöfe mit neuen Erbietungen nach Prag fertigte. Auch Herzog Viktorin, längst Katholik

[1] Dlugosch 565—566, 571. Fraknói, Matthias Corvinus 168.

[2] Vatik. Geh. Arch., Consistor. Akten, Arm. XXXI., tom. 52, fol. 44b, 45b. Pastor, Gesch. der Päpste II. 416 ff.

[3] Die Bullen bei Theiner, Mon. diplom. sac. Hung. hist. illustrantia II. 431—434. Vgl. Vatik. Geh. Archiv, lib. leg. Sixti IV. 680, fol. 63—64, 66—67, 68—69. Font. rer. Austr. LXVI. 188 ff. Eine sonderbare Ansicht von dem Vorgehen der Kurie gegen Polen hat Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 62, Anm. vorgetragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und wie erwähnt ungarischer Parteigänger, erschien zu gleicher Zeit in Böhmen, um persönlich seine Lösung aus ungarischer Gefangenschaft mit Landesmitteln zu betreiben;[1] er hat sich offenbar in des Königs Interesse bemüht. Der Landtag lehnte aber ab und auch Viktorin erreichte seinen Zweck nicht. Doch war es eine Erweiterung der ungarischen Machtsphäre, als jetzt Viktorin infolge Auseinandersetzung mit seinem Bruder Heinrich das Herzogtum Troppau, und in Böhmen die Herrschaften Ratai und Kolin erhielt.[2] Auch Herzog Heinrich, ohnehin mit König Wladislaw in Geld- und Besitzstreitigkeiten, ward durch Viktorin auf die ungarische Seite hinübergelenkt.[3] Dann machte die Friedensaktion endlich Fortschritte. Am 21. Februar 1472 kam zu Ofalu an der ungarisch-polnischen Grenze ein Vertrag zu stande, demzufolge zwischen den Königreichen Polen und Ungarn „ewiger Friede", unbeirrt auch durch den Kampf um Böhmen, herrschen sollte.[4] Am 31. März trat ein besonderes Abkommen Böhmen betreffend dazu.[5]

Die Kurie, erschreckt durch die anscheinend verläßliche Meldung, König Matthias unterhandele mit dem türkischen Sultan über Frieden und Bündnis und seine Gesandten seien bereits am 15. April nahe bei Belgrad über die Donau, um nach Konstantinopel zu ziehen,[6] gewährte am 14. Mai 1472 abermals die feierliche Bestätigung der „einhelligen" Wahl des Königs Matthias zum Könige von Böhmen, nicht etwa auf Drängen des Königs oder anderer hin, sondern zufolge freiwilligen Entschlusses des Papstes und mit Zustimmung des Kardinalskollegiums.[7] Jetzt brachte der Patriarch von Aquileja weitgehende Vollmachten, so betreffs der böhmischen Kirchengüter, betreffs der Bestätigung des Preußenfriedens für König Kasimir von Polen, um ihm die Verzichtleistung auf Böhmen zu erleichtern, u. s. w. nach Ofen.[8]

Aber der Einfluß der Kurie auf die böhmischen Dinge war nicht

[1] Vergl. Mon. Univ. Pragensis II. 122. Henelius de Hennenfeld bei Sommersberg, Script. rer. Siles. II. 352.

[2] Archiv český I. 300. Vgl. Biermann, Gesch. der Herzogtümer Troppau und Jägerndorf, Teschen 1874, 234—235.

[3] Zum Ganzen s. Dobner, Mon. histor. Bohem. II. 431—435; vor allem Palacky, Gesch. v. Böhmen V. 1, 62—64 und Tomek, Dějepis města Prahy VII. (Prag 1886) 328 ff. Im allgemeinen bietet Tomek wenig neues.

[4] Caro, Gesch. Polens V. 1, 386.

[5] Font. rer. Austr. XLVI. 178—179, Nr. 165.

[6] Vergl. das Breve an Rovarella im vatik. Geh. Archiv, arm. XXXIX. fol. 17.

[7] Vatik. Geh. Archiv, lib. legat. Sixti IV. 680, fol. 74—75.

[8] Ebend. fol. 69—70, 70—71, 71—72.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

allzu groß. Die Entwickelung der Dinge gestaltete sich anders, als sie und König Matthias wollte. Die Nachgiebigkeit Roms und die Indulte der Legaten erleichterten wohl den Katholiken Böhmens ein Entgegenkommen gegen die Utraquisten. Aber solches geschah nicht im Interesse des Königs von Ungarn, sondern zum Zwecke der Befriedung des Landes, dessen grauenvolle Heimsuchung durch den langjährigen Krieg längst allen Patrioten zu Herzen ging.

So brachte der Tag zu Deutschbrod (31. Mai—10. Juni) nur einen allgemeinen Stillstand zwischen den Parteien im Lande bis 1. Mai 1473, ein Ergebnis, das Böhmen zu hoher Wohlthat gereichte, dem Ungarkönig aber schon deshalb mißfiel, weil während des Stillstandes seine Rechte über die eigenen Anhänger beschränkt waren.[1]

Auch bei König Kasimir traten die Neigungen zum Frieden, so sehr der Kardinal von San Marco, der zugleich mit Legat Laurenz und Bruder Gabriel an den Hof gekommen war,[2] und obwohl noch eindringlicher der Geldmangel drängte,[3] immer wieder zurück vor den gewichtigen dynastischen Interessen, die auf dem Spiele standen. Bis in den November blieb der Kardinal in Polen. Die anderen waren scheint es nach kurzer Zeit nach Ungarn zurückgekehrt. Aber seine Mühe war umsonst. Erst als auch der Kaiser (August 1472) die Hand bot zur Verständigung mit Ungarn,[4] willigte König Kasimir in die Abhaltung eines Friedenskongresses zu Neisse, der für Michaelis (29. Sept. 1472) in Aussicht genommen ward. Doch mußte sich der Kardinallegat verpflichten, im Frieden das Königreich Böhmen oder wenigstens einen Teil der Krone Kasimirs Erstgeborenen zu sichern und auch die Zustimmung der Kurie zu schaffen. Andere Bedingungen und Zusagen, namentlich betreffs des Preußenfriedens, gingen nebenher.[5] Die Art, wie die Kurie in ihren neuen Weisungen an den Kardinal das Bestätigungsrecht des Preußenfriedens zu verwerten suchte, war ein diplomatisches Meisterstück. Freilich lieferte damit Sixtus IV. auch den Beweis, daß er überall weltlich-politischen Rücksichten den weitgehendsten Einfluß auf seine Entschließungen zugestehe.[6]

Aber König Matthias war jetzt nicht zu haben. Sein Friede mit

[1] Die Beschlüsse des Tages, vom 10. Juni, im Archiv český IV. 456—460. Jetzt auch deutsch in Script. rer. Siles. XIII. 91—96.

[2] Script. rer. Siles. XIII. 97. [3] Vgl. Dlugosch 565—566; 572.

[4] Siehe oben S. 408, 411—412.

[5] Vgl. jetzt Font. rer. Austr. XLVI. 188, Nr. 172. Dlugosch 571—572.

[6] Die neuen Instruktionen habe ich inhaltlich mitgeteilt in Font. rer. Austr. XLVI. 187—188, Nr. 171.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dem Kaiser auf Grund der Anerkennung seiner böhmischen Königswürde stand in Aussicht. Die klägliche Mittellosigkeit des Königs Wladislaw in Böhmen war aus den Verhandlungen über die Befreiung Herzog Viktorins zu ersehen. Und zu gleicher Zeit bedrängten die sächsischen Herzoge Wladislaw mit ihren Ersatzforderungen.[1] Wie Viktorin, so war jetzt in Mähren Wilhelm von Pernstein auf die ungarische Seite getreten. Kolin in Böhmen erhielt damals eine zeitlang ungarische Besatzung.[2]

Als sich jedoch die Hoffnungen, die Matthias auf den Vertrag mit dem Kaiser gebaut, nicht erfüllten, gab er seine Zustimmung zur Friedensverhandlung unter der Vermittlung des Kardinallegaten, die dieser aus eigener Machtvollkommenheit auf den 2. Februar 1473 nach Breslau anberaumte.[3] Doch wurde der Tag sofort bis 13. März erstreckt[4] und wieder Neisse Verhandlungsort.

In Neisse erschienen zur bestimmten Frist seitens des Königs Matthias „treffliche Prälaten und mächtige Herren", an ihrer Spitze der Erzbischof von Kalocza und die Bischöfe von Vesparim und Siebenbürgen.[5] Auch die polnische Gesandtschaft, die sich einige Tage darauf einstellte,[6] war recht stattlich.[7] Aber aus Böhmen, wo man eben in Prag und Beneschau getagt und den inneren Frieden gefestigt hatte, kam bloß Benedikt von Weitmühl, die Beschlüsse des Tages zu vernehmen und deren weitere Beratung seitens eines Landtages der gesamten böhmischen Krone zu begehren. Ein Endergebnis war somit von vornherein ausgeschlossen. Doch hörte man wenigstens die Forderungen und Erbietungen der Parteien. Sie gingen weit auseinander. Aber den Bemühungen des Legaten gelang es, die Fortsetzung des Friedenswerkes auf neuen Tagen und in bestimmten Formen zu sichern.[8] Es wurden

[1] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 175—176, Nr. 162, 163. Das Heer, das Herzog Albrecht 1471 in Böhmen gehabt, erscheint hier auf 3000 reisige Pferd, 4000 Fußgänger und acht Schock Wagen angeschlagen.

[2] Pešina, Mars Moravicus 869. Dlugosch 579.

[3] Dlugosch 572, 574. Vgl. sonst Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 79, Text und Anm. 49.

[4] Ergiebt sich aus Script. rer. Siles. XIII. 104, Nr. 141.

[5] Ebendort. Brief des Legaten Rudolf an die Görlitzer.

[6] Ebendort 105—106, Nr. 143.

[7] Über ihre Zusammensetzung s. ebendort und Nr. 150 und 155. Vgl. auch H. v. Zeißberg, Die polnische Geschichtschreibung des Mittelalters 246.

[8] Über den Tag kannte Palacky nur, was Eschenloer, Geschichten II. 284—289, und Dlugosch 578—580 bringen und er selbst, Archiv český IV. 465—469, publizierte. Daß seine Darstellung unsicher ist, sagt er selbst; dazu kommen nun die Berichte (aus dem Egerer Archive) in Fontes rerum Austriacarum XLVI. 191—194,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

28 Schiedsrichter ernannt, je acht Ungarn und Polen, und aus den Böhmen je sechs von beiden Parteien, die, ausgestattet mit Vollmachten, deren Umfang genau normiert ward, am 25. August d. J. in Troppau zusammentreten und alle Dinge, besonders aber den Streit um das Königreich Böhmen, binnen vierzig Tagen entscheiden sollten. Doch sollten die spezifisch ungarisch-polnischen Streitsachen bloß von den Bevollmächtigten aus diesen Königreichen behandelt werden. Alles, was die 28 oder 16 in der genannten Frist nicht zu entscheiden vermögen, unterliegt dem Ausspruche eines obersten Schiedsrichters. Als solchen schlagen die Könige von Böhmen und Polen den Herzog Karl von Burgund oder den Kurfürsten Albrecht von Brandenburg vor. Der Ungarkönig hat innerhalb der ersten acht Tage des Mai einen von ihnen zu benennen und dies dem Legaten, dem Hauptmanne und Bürgermeister von Krakau und dem Bürgermeister von Prag zu verkündigen. Stirbt der erkorene Schiedsrichter, so tritt der König von Frankreich an seine Stelle u. s. w.

Den Frieden in Böhmen bis zur Austragung der Königsfrage zu sichern, wurde weiter vereinbart, daß bereits am kommenden 12. Mai abermals ein allgemeiner Landtag in Beneschau gehalten werden sollte. Andere Bestimmungen sicherten auch den Nebenlanden die Segnungen des Stillstandes, den der Legat gebot.[1] Alle Parteien gelobten, die Aussprüche, die zu Troppau oder hinterher seitens des obersten Schiedsrichters gethan würden, unbedingt anzuerkennen.

Noch machte die Friedenstendenz Fortschritte. Der Ungarkönig genehmigte die Neisser Beschlüsse und ernannte auch schon den Herzog Karl von Burgund zum Schiedsrichter.[2] Darauf kam auch der Beneschauer Landtag zu stande und ward sehr zahlreich besucht. Die Parteien bewährten die Versöhnlichkeit, die sie schon in Deutschbrod bewiesen, auch hier. In patriotischem Zusammenwirken stellte man die verlangten Formeln für die Troppauer Verhandlungen fest. Die Waffenruhe im Lande ward bis zum 28. September 1474 erstreckt; was sich an den

Nr. 174—176, und (des Stadtarchives zu Breslau, aus Scultetus, Collectanea und dem Dresd. Hauptstaatsarchiv) in Script. rer. Siles. XIII. 104 ff., Nr. 141, 143, 146, 149, 151, 152, 154. Ebendort ist der Abschied des Tages (deutsch) mitgeteilt Seite 115—120; eine andere Kopie besitzt das Dresd. Hauptstaatsarchiv, Böhm. Sach. II. fol. 37—40.

[1] Was Palacky V. 1, 88 über das Benehmen des Legaten sagt, erscheint nach den besseren Berichten nicht begründet

[2] Seine Erklärung bei Eschenloer, Geschichten II. 289—291. Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 128—131.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Deutschbroder Beschlüssen ungenügend oder mangelhaft erwiesen, wurde ergänzt und verbessert und Herzog Heinrich von Münsterberg zum einstweiligen Landesverweser bestellt. Eine gleiche Ordnung sollte, so beschloß man, auch in Mähren, Schlesien, den Lausitzen und den Landen Elbogen und Eger eintreten. Schon auch beschäftigte man sich mit der Aussöhnung mit der Kirche, derentwegen der Kardinallegat Fürsprecher sein sollte, und wurden die Wünsche diskutiert, die man dem künftigen Träger der Krone zur Genehmigung unterbreiten wollte. Denn darin war alles einig, daß das Reich nicht geteilt, sondern überall nur ein König gebieten sollte, der eine vollkommene Amnestie erlassen und die Rechte und Freiheiten aller bestätigen müsse.[1]

So bedenklich dem Könige Wladislaw einiges in den Beschlüssen sein mochte, so fügte er sich doch. In Mähren trat dann wirklich eine neue Landesverweſung in Kraft. (Landtag vom 24. Juni 1473).[2]

Aber bald änderten sich die Verhältnisse. In Prag und Krakau empfand man rasch steigendes Mißbehagen über die momentane Sachlage. Die Wahl des Schiedsrichters war entschieden für König Matthias günstig. Sicher kam es bis auf seinen Spruch. Nun wollten die Lande ungeteilt bleiben: waren da die Jagellonen nicht in Gefahr, so viel Mühe und Kosten schließlich ganz umsonst aufgewendet zu haben?

Man suchte sich zu decken. Jetzt kam es, da eben Wladislaw völlig nachgab, zu „einem ganzen vollkommelichen" Vertrage mit Herzog Heinrich von Münsterberg betreffs der hinterlassenen Schulden seines Vaters.[3] Damit erreichte der König nicht nur, daß sich Heinrich, seine Mutter, die Königin-Witwe, und sein Bruder Hinko „von neuem zu ihm thaten",[4] sondern sicherte er sich in Heinrich zugleich den besten Mittelsmann für den beabsichtigten engen Bund mit dessen Schwiegervater, dem

[1] Die Beschlüsse des Beneschauer Tages liegen jetzt in deutscher Fassung gedruckt vor in Script. rer. Siles. XIII. 123—128, Nr. 161 (nach Sculletus); eine andere gleichfalls deutsche Übersetzung des latein. Originals findet sich im Dresdner Hauptstaatsarchiv, Böhm. Sachen IV. fol. 294—296. Einen deutschen Auszug bringt Eschenloer, Geschichten II. 285—289, eine (verkürzte) czechische Übersetzung Palacky im Archiv český IV. 465—469. Vergl. noch Fontes rer. Austr. XLVI. 199 ff. Eine (wie gewöhnlich einseitige) Darstellung der Dinge giebt Palacky, Geschichte von Böhmen V. 1, 90—91. Was Frakuói, Matthias Corvinus 169—170, sagt, ist ebenfalls unzulänglich.

[2] Archiv český V. 369—372. Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 128, Nr. 161, Anmerkung.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 195—196, Nr. 179. Schreiben Herz. Heinrichs an Markgraf Albrecht vom 21. Juni.

[4] Ebend. 200, Nr. 189. Schreiben Markg. Albrechts an den Kaiser v. 16. Juli.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kurfürsten von Brandenburg. In Böhmen wurde damals eine Anzahl Städte vermocht, hinterher gegen die Neisser Vereinbarungen zu protestieren. Selbst Sternberg und andere aus der ungarischen Herrenpartei sahen sich derart umworben, daß sie kaum auszuweichen vermochten und wirklich dem Könige Matthias verdächtig wurden.[1]

Die Sendung des Geheimsekretärs Jobst von Einsiedel[2] im Namen beider Könige an den Kurfürsten von Brandenburg nach Ansbach hatte vollkommenen Erfolg. Sowie Herzog Albrecht von München, damals mit dem Ansbacher Hofe in bester Freundschaft, um die Hand einer Tochter König Kasimirs warb,[3] so hatte Kurfürst Albrecht Achilles am polnischen Hofe durch den Dänenkönig, dem Gemahle seiner Nichte, für seinen zweiten Sohn Friedrich werben lassen.[4] Nun war Albrecht nicht bloß gern bereit, selbst in ein enges Bündnis mit den beiden Königreichen zu treten, sondern auch „eine beständige hülfliche Einung" derselben mit dem Kaiser zu vermitteln. Ja Albrecht lieh Wladislaw seinen Beistand und Rat, um dem gefährlichen schiedsrichterlichen Ausspruche des Herzoges von Burgund zu entgehen: wiederholt und nachdrücklich mahnte er den Kaiser, bei der bevorstehenden (Trierer) Zusammenkunft von dem burgundischen Herzoge die Ablehnung des Schiedsrichteramtes zu erreichen; der Kaiser möge die Sache an sich selbst und das Kollegium der Kurfürsten ziehen".[5]

König Kasimir war ohnehin in stetem freundlichem Verkehre mit dem Kaiser geblieben und hatte eben wieder (Juni 1473) den Dechant von Posen ins Reich mit der Meldung gefertigt, der König denke gar nicht an eine Verständigung mit Ungarn, er wolle vielmehr demnächst Matthias von drei Seiten angreifen und erwarte, der Kaiser werde dies von der vierten Seite thun.[6]

Unter solchen Umständen war auch für die Könige von Böhmen und Polen der Verlauf und Erfolg der kaiserlichen und deutschen

[1] Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 92.

[2] Seine Beglaubigung vom 29. Juni 1473, Pürglitz in Böhmen, im Bamb. Archiv, Reichstagsakten V. fol. 143.

[3] König Wladislaw unterhielt auch besonders freundliche Beziehungen mit dem Weimarer und Landshuter Hofe. Vgl. zu obigem und dazu Oefele, Scriptor. rer. Boic. VI. 251. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 313, Anmerk. ***. Archiv für österr. Gesch. VII. 69. Bamb. Archiv, Reichstagsakten V. fol. 143.

[4] Dlugosch 576.

[5] Über die Sendung und Verrichtung Jobsts von Einsiedel und dessen Bemühungen bei dem Kaiser im Juli 1473 s. Font. rer. Austriac. XLVI. 199—206, Nr. 189, 192, 193, 194.

[6] Dlugosch, Hist. Polon. 583—584.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gesandtschaft, die im August 1473 zu König Matthias von Ungarn ging, von Bedeutung.

Als die kaiserlichen und kurfürstlichen Gesandten (um den 18. bis 20. August) die zuletzt in Baden vereinbarte Werbung bei dem Könige vorbrachten,[1] da war zwar Matthias eifrig bemüht, seine Haltung vor den Kurfürstlichen zu entschuldigen, aber von einem Entgegenkommen war keine Rede. Die Kaiserlichen vertraten weitläufig und mit Geschick die Sache ihres Herrn. Umsonst! Der König weigerte sich ebenso, die Seinen aus den befestigten Lagern in Österreich zu ziehen und diese dem Kaiser zur Zerstörung zu überantworten, wie er darauf bestand, von dem Kaiser als König von Böhmen anerkannt zu werden. Er ging bezüglich der „Räuber" nicht weiter, als daß er den deutschen Boten versicherte, falls der Kaiser und ihre Fürsten „Hand an sie legen würden", sollte auch „seine Lauterkeit erscheinen"; er werde ihnen „keine Gunst erweisen". Auf den künftigen Reichstag zu Augsburg zu kommen, erklärte sich Matthias bereit; aber er wolle wissen, ob er als König von Ungarn oder als König von Böhmen und Kurfürst des Reiches erscheinen solle; jenes könne und werde er nur, wenn andere unabhängige Könige und Fürsten, wie die von Frankreich, Hispanien oder Burgund, zugegen wären; lade man ihn aber als König von Böhmen, „das doch etwas dem Reiche gewandt" sei, so komme er gern und wolle sich halten nach Gebühr. Es war das im Grunde wieder eine Ablehnung. Auch bezüglich Ulrichs von Grafeneck, der sich nach Ungarn geflüchtet hatte, versprach der König nur soviel, daß er den von Grafeneck warnen und dem Kaiser seine Antwort verkünden wolle. Das Anerbieten des Königs, sich die Vermittelung der deutschen Fürsten in seinem Streite mit dem Kaiser gerne gefallen lassen zu wollen, war bedeutungslos, da der König ja die Grundlage solcher Vermittelung verworfen hatte.[2]

Die Kurfürsten zogen sich aus der ihnen gegen ihre Neigung zugewiesenen Rolle Ungarn gegenüber ebenso rasch wieder völlig zurück, als sie diese zögernd übernommen hatten.

Erst einige Wochen nach der anberaumten Frist (15. August) fanden sich in Troppau bei dem Kardinallegaten von San Marco die Räte von Böhmen und Polen ein, neben ihnen Boten aus den böhmischen Nebenlanden und auch die Vertreter der polnischen Partei in Böhmen.

[1] Vgl. oben S. 411—412 und Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 37—41.

[2] Die bezüglichen Aktenstücke, Werbung der kurfürstlichen und kaiserlichen Räte, Antwort des Königs, Replik und Duplik nebst Endbescheid, einiges lateinisch und deutsch, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 28—74.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

König Matthias hatte aber die Schiedsleute aus seinen böhmischen Parteigängern mit einem besonderen Eide verpflichten wollen, auf jeden Fall an ihm festzuhalten. Da blieben sie lieber gänzlich fern. Andererseits wollten die „Oratores König Kasimirs und seines Sohnes" keine Vollmacht „furbrengen, noch copias davon geben".

Da die Parteien auch sonst mancherlei gegen einander zu klagen hatten, führte der Tag nur zu Zänkereien und größerer Verbitterung. Selbst mit dem Legaten hatten die Polen und ihre böhmischen Anhänger heftigen Zank, da er sich in mehreren Streitigkeiten — mit Recht — auf die Seite der Ungarn stellte, und weil er von der Notwendigkeit der Herstellung des reinen Glaubens in Böhmen sprach. Und doch hatte man noch eben in Beneschau ähnliches selbst beschlossen! Zuletzt erklärten die Polen kurzweg die Neisser Abmachungen für null und nichtig, worauf die Ungarn mit einem energischen Protest antworteten, der den Abbruch der Verhandlungen lediglich den Gegnern zur Last legte.

Wenn der Breslauer Geschichtsschreiber erzählt, daß die Polen einen Stillstand „begereten, den sie ein Jahr gelobeten zu halten (bis 28. September 1474), den sie doch nicht vierzehn Tage hielten", so verkündete er die Wahrheit mit diesem und jenem.[1] Die Räubereien, die an der ungarisch-polnischen Grenze schon zuvor von Seite der Polen begonnen und gefördert worden waren, dauerten fort, und wurden demnächst von der anderen Partei nachdrücklichst vergolten. Schon am 14. September aber — die Troppauer Beredungen hatten kaum begonnen — beglaubigte König Kasimir in Krakau jene Botschaft, die im Vereine mit Räten seines Sohnes, des Königs Wladislaw, zu Markgraf Albrecht von Brandenburg nach Ansbach, und von da weiter zum Kaiser ziehen und auf dem neuen Reichstage mit ihm ein enges Waffenbündnis aufrichten sollte: das nächste Ziel war die gemeinsame Bekämpfung des Königs von Ungarn.[2]

Auch noch andere Gäste des brandenburgischen Kurfürsten erwarteten in Kadolzburg die Ankunft des Kaisers.

[1] Außer Eschenloer, Geschichten II. 289, 291, 292—299, der von Palacky so oft der Parteilichkeit geziehen wird, daran aber weniger leidet als Dlugosch 584 bis 588, dem Palacky folgt, standen mir die Korrespondenzen in den Bamb. Reichstagsakten V., nun Fontes rerum Austr. XLVI. 209—210, Nr. 198, 211—217, Nr. 201, 203, 205, und in den eben erschienenen Scriptor. rerum Silesiac. XIII. 132—133, Nr. 165 und 166, 134—135, Nr. 168 (Protest der Ungarn vom 23. Sept.) zur Verfügung.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 210, Nr. 199.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Eben jetzt hatte König Christian von Dänemark den Zeitpunkt für geeignet gefunden, an die Verwirklichung alter Pläne zu schreiten.[1] Sie entsprachen durchaus der Art des Mannes. So wenig als die geistige Frucht jener Tage, Humanismus und überhaupt bessere Bildung, so wenig eignete dem nordischen Könige eine tiefere Einsicht in das eigentliche politische Werden seiner Tage, eine Erkenntnis dessen, was der moderne Staat wollte und bedeutete. Aber eine gewisse Verständigkeit, mit einer bedeutenden Dosis Alltagsschlauheit gepaart, läßt sich an dem Könige, dessen hohe stattliche Gestalt und würdige Art selbst Sixtus IV. und seine Kardinäle bewunderten, nicht verkennen. Christians Ehrgeiz und Thatkraft erlaubten ihm nicht, die Hände zu einer Zeit in den Schoß zu legen, die reich an Zündstoff und Gärung und ungezügelten Kräften, kühnem Wagnis und weiten Entwürfen Gelingen verhieß.

Die fürstliche Gewalt zu stärken mit Rechten und Besitzungen, das war die Losung, mit der Christian an allen Höfen zu siegen hoffte. Im besonderen wünschte der König Verminderung des Rechtes der adeligen Landschaft, die im Falle von Widersetzlichkeit mit den strengsten Mitteln niedergehalten werden muß; Schmälerung der Macht und Autonomie der Städte, sodaß nun Zoll, Steuern und Rechtspflege allein Sache der Fürsten sind; Vernichtung der weltlichen Macht der Erzbischöfe und Bischöfe, die auf ein bescheidenes Einkommen gesetzt werden; Einziehung alles übrigen Kirchengutes zu gunsten der fürstlichen Kammer. Der König hoffte, daß sich zur Durchführung solcher Entwürfe die Fürsten Europas unter dem Beitritte des Kaisers zu einem festen und großen Bunde zusammenthun würden: wer dabei seitens seiner Unterthanen Widersetzlichkeit erfährt, wird von allen anderen unterstützt, als handele es sich um die eigene Sache.

König Christian war gleich selbst in solcher Lage: Schweden gegenüber. Es sollte für seinen Ungehorsam fürchterlich gestraft werden; hinter Kirchenbann und Reichsacht her sollten die Könige von Dänemark, Schottland, Polen und der Großfürst von Moskau in das Land einbrechen, die Hauptstadt zerstören, die Gebiete unter sich aufteilen, das Land zu dauerndem Gehorsam bringen, indem die Hauptschuldigen hingerichtet, die minder Gravierten ausgetrieben und an ihrer Stelle treue Bevölkerungen in die Städte und Schlösser eingesetzt würden. Schweden sollte aufhören ein Reich, die schwedische eine Nation zu sein![2]

[1] Vgl. oben Seite 49.

[2] Vgl. Droysen, Gesch. d. preuß. Politik II. 1, 283—284. Betreffs der Ver-

Der Dänenkönig stand in alter freundschaftlicher Verbindung mit dem Hohenzollernhause. Er hatte seinen Bund mit Schottland und (seit 1466) wenigstens ein Defensiv- und Handelsbündnis mit Herzog Karl von Burgund. Er war mit Polen und seit nahezu Jahresfrist unter der Vermittelung des Kurfürsten Albrecht Achilles auch mit dem Kaiser in Verbindung: in den kaiserlichen Urkunden vom 2. und 28. Mai 1473 (Augsburg), die freilich der Geschichte und den öffentlichen Verhältnissen Schleswig-Holsteins wenig Rechnung trugen, erhielt König Christian unverkennbare Beweise kaiserlichen Entgegenkommens für seine Pläne, die auch der Gesinnung des Kurfürsten Albrecht Achilles durchaus entsprachen. Jetzt diente ihm eine Pilgerfahrt nach Rom, angeblich zur Erfüllung eines frommen Gelübdes unternommen, zum Anlaß, ins Reich zu kommen. Am 7. Februar[1] 1474 traf er mit Kaiser Friedrich, der jetzt endlich von Köln heraufkam, zu Rothenburg an der Tauber zusammen, und verweilte hier bei ihm die nächsten Tage. Die böhmisch-polnischen Gesandten, die trotz allen Drohens, demnächst aus den triftigsten Gründen abreisen zu müssen, doch immer wieder geblieben waren, wurden vom Kaiser nach Nürnberg gewiesen.[2]

Christian fand wirklich mit seinen Bundesplänen wenigstens im allgemeinen die Billigung des Kaisers. Um ihm eine rasche Zusammenkunft an gelegenem Orte mit König Ludwig XI. von Frankreich zu sichern, da der Däne bis zum Augsburger Reichstage diese und die Fahrt nach Rom hinter sich haben wollte, schrieb Friedrich III. selbst an Ludwig.[3] Mit Ludwigs Schwägerin, Jolanthe von Savoyen, gedachte nämlich Christian seinen ältesten Sohn Hans zu vermählen. Ihre zweite Schwester war die Herzogin von Mailand. Dem Kaiser kam der Besuch deshalb genehm, weil er angesichts der Haltung Herzog

handlungen mit Schweden 1473 und 1474 s. jetzt auch Hanserecesse I. Abteil. VII. (1892), 154—155, Nr. 74.

[1] Der König hatte bereits am 8. Januar die Reise angetreten. Die Litteratur über die Romfahrt verzeichnet P. Hasse, Zu Christian I. Reise im Jahre 1474. Zeitschrift für Schleswig-Holstein-Lauenburgische. Geschichte VII. 91 ff. Davon ist am wertvollsten F. Krogh, Christian den Forstes Römerreise, Kjöbenhavn 1872, und Paludan-Müller, De förste Konger of den Oldenborgske slaegt, Kjöbenhavn 1874, doch irrt P., wenn er meint, die Urkunden von 1473 seien der kaiserlichen Initiative entsprungen, um Christian von Burgund zu trennen. Sonst vergl. noch Hanserecesse I. Abteil. VI. 593, Anm. 3; VII. 151, 386—390, 420 Anm. Ferner R. Chalybaeus, Gesch. Ditmarschens bis 1559, Kiel und Leipzig 1888, 157—161.

[2] Man vergl. dafür die so reichhaltigen Korrespondenzen in Font. rer. Austr. XLVI. 215 ff.

[3] Höfler, Archiv f. Kunde österr. Gesch.-Quellen VII. 79—80.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Karls von Burgund nur wünschen konnte, mit dessen Hauptgegner Ludwig XI. nähere Beziehungen zu gewinnen.[1]

Auch sonst war der Kaiser dem Könige zu willen. Am 13. Febr. erging ein neues kaiserliches Schreiben an das Land „Dietmars, so von uns und dem heil. Reich zu Lehen rührt", des Inhaltes, der Kaiser habe es dem Lande Holstein einkorperiert und dem Könige Christian als Herzoge dieses Landes verliehen.[2] In der That wurde am folgenden Tage die Grafschaft Holstein mit Stormarn und dem Distrikte Ditmarsen zu einem Herzogtume erhoben und dieses Land dem Könige Christian und seinen Nachfolgern verliehen.[3] Am 15. Februar ward Christian damit feierlich belehnt.[4]

Noch feierte der Kaiser die Fastnacht bei dem Kurfürsten von Brandenburg in Ansbach. Dann wandte er sich nach Nürnberg zur Verhandlung mit den östlichen Gesandtschaften, während die Reichskanzlei und das Reichskammergericht bereits Ende Februar nach Augsburg übersiedelten.[5] Trotzdem dauerte es noch bis tief in den März hinein, ehe die Vereinbarung mit Polen und Böhmen gelang. Am 11. und 13. März wurden vom Kaiser wichtige Urkundenentwürfe gutgeheißen: Da der König von Ungarn die Länder des Kaisers und der Könige von Polen und Böhmen verheere, ihre Unterthanen gegen sie in Schutz nehme, ja selbst den Türken den Weg dahin zeige, so wird der König gemeinsam mit Krieg überzogen und die Fürsten wollen mit ihren Heeren am 21. Juni im Felde sein: König Kasimir für sich an geeignetem Orte, König Wladislaw aber in Österreich, wohin er dem Kaiser zuzieht. Sollte der Kaiser verhindert sein, so kann auch ein Feldhauptmann an seiner Statt den Befehl führen. Dafür erkennt der Kaiser Wladislaw als König von Böhmen an, wenn auch die Belehnung vorerst unterbleibt; der Kaiser behält sich vor, dafür den Zeitpunkt zu bestimmen.[6]

[1] Was Paludan-Müller sonst als wahrscheinliche Gegenstände der Beredungen zu Rothenburg bezeichnet, gründet sich doch nur auf leere Möglichkeit. Die Beredungen gingen nach mehreren Anzeichen freilich über akademische Erörterungen hinaus.

[2] Höfler, Archiv VII. 78—79.

[3] H. v. Michelsen, Urkundenbuch zur Geschichte des Landes Ditmarschen, Altona 1834, S. 67. Höfler a. a. O. 79. Hasse a. a. O. 298. Anm.

[4] Höfler, Archiv VII. 68. Vgl. Chalybäus, Gesch. Ditm. 158, wo aber über den Kaiser nur alte irrige Anschauungen vorgetragen sind.

[5] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 314—315, Nr. 465.

[6] Die Drucke der Verträge nennt Palacky, Geschichte von Böhmen V. 1 103—104, Anmerkung 68. Der Brief, betreffend die Feldhauptmannschaft, auch bei F. Kurz, Österr. unter K. Friedrich IV., II. 247—249, Beil. Nr. 39, und Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 495—496.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Weitere Wünsche der Böhmen, wie z. B. die baldige Einsetzung eines Erzbischofes in Prag, worüber Kurfürst Albrecht dem Kaiser schon nach Trier geschrieben,[1] blieben unerledigt. Dagegen gestanden sie hinterher auf Wunsch des Kaisers zu, daß die Verträge ungültig sein sollten, falls etwa bis zu ihrer Heimkunft die Lage des Königreiches so geändert sei, daß sie den Voraussetzungen nicht mehr entspreche;[2] ebenso, daß ihr Herr gegebenen Falles auch schon vier Wochen früher die Heerfahrt und zwar vorerst nach Oberösterreich antrete, daß er angesehene Männer des Königreiches mit ins Feld bringen, die kaiserlichen Erblande beim Zuge nach Möglichkeit schonen werde, u. s. w.[3]

In Nürnberg war es auch, wo sich der Kardinallegat von San Marco bei dem Kaiser einfand. Er kam, nachdem er lange fruchtlose Mühe für die Friedensstiftung im Osten aufgewendet, um hier Zeuge zu sein, wie der neue Krieg gegen Ungarn von den Königreichen und dem Kaiser vertragsmäßig beschlossen ward.

Kleinere Händel und Grenzfehden hatten ohnehin niemals aufgehört.[4] Auch in Österreich hatte der Kardinal umsonst versucht, die kaiserlichen Räte bei der Befriedung des Landes mit seinen geistlichen Waffen zu unterstützen.[5] Freilich änderte selbst der jetzt in Nürnberg geschlossene Waffenbund der Landesherren an jenen traurigen Zuständen[6] nichts. Es war so schlimm, daß der Kaiser einen Augenblick darauf sann, den dringenden Bitten seiner Stände folgend statt nach Augsburg über Regensburg die Donau hinab zu ziehen.[7]

Aber noch bedrohlicher schienen doch die Dinge in den Westlanden des Reiches. Alles war hier seit Monaten in wachsender Gärung und Bewegung, nicht zum Geringsten zufolge des Zuges des Kaisers nach Trier. Schon war wie der Herzog von Burgund so auch die Eidgenossenschaft in Rüstung; in Köln dauerte der Streit fort; am Oberrhein

[1] Bamb. Arch., Reichstagsakten V. fol. 188. Brief vom 7. November.

[2] Es geht dies offenbar auf die damaligen Stillstandsverhandlungen zu Altorf. Vgl. Fontes rerum Austr. XLVI. 268—277, Nr. 254—256. Caro, Geschichte Polens V. 1, 387.

[3] Das Schriftstück im Arch. f. Kunde österr. Gesch.-Quellen VII. 103—104, Nr. 90 gehört hierher.

[4] Vgl. Eschenloer, Geschichten II. 301. Font. rer. Austr. XLVI. 233, 246, 251 a. a. Scriptor. rer. Siles. XIII. 139, Nr. 174; 140—141, Nr. 175 (besonders wichtig) u. s. w.

[5] Man s. Chmel, Mat. II. 319.

[6] Über diese Dinge siehe vor allem Preuenhuber, Annal. Styr. 128—129. Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 117—119.

[7] Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 314, Nr. 465.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mußte nach dem, was der tiroler Herzog und die „niedere-Vereinigung" zu thun bereits fest entschlossen waren, demnächst der offene Kampf in furchtbarer Heftigkeit entbrennen. Da gab es wohl Bedenken, aber bald keine Bedächtigkeit mehr. Der rasche Zug nach Augsburg wurde beschlossen.

Der Reichstag, zuletzt wie berührt auf den 6. Januar angesagt, war vom Kaiser weder widerboten noch erstreckt worden. So kam es, daß sich in der ersten Hälfte des Januar thatsächlich eine Anzahl von Reichsboten in Augsburg einfand, die alle wochenlang vergeblich harrten.[1] Solches kam unter Friedrich III. mehr als einmal vor. Den zu Trier beschlossenen Tag mit Burgund hatte der Kaiser fallen lassen, da zufolge der Entwickelung der westlichen Dinge keinerlei Aussicht auf Verständigung vorhanden war.

Auch von einer Richtung mit dem Pfalzgrafen war keine Rede. Seitdem man sich in Trier nicht gefunden, spielte der Pfalzgraf in Herzog Karls Entwürfen gegen Kaiser und Reich eine ebenso bedeutsame Rolle, wie sein Bruder in Köln oder der Ungarkönig im Osten. Der Kurfürst hatte, im offenbaren Einverständnisse mit Karl von Burgund, das kaiserliche Friedensangebot vor seine Landstände gebracht und nach deren Rate in offenem Ausschreiben abgelehnt.

Jetzt hatten Kaiser und Legat die Stände neuerdings auf den 17. April nach Augsburg beschieden und ihr eigenes Kommen in sichere Aussicht gestellt.[2] Aber gemahnt durch den stürmischen Gang der Dinge im Westen war der Kaiser bereits am 5. April am Platze, mit ihm sein Sohn Erzherzog Maximilian, die Kurfürsten von Mainz und andere Fürsten. Allmählich fanden sich dann die Bischöfe von Eichstädt, Chur, Freisingen, Trient, Brixen, die Herzöge Albrecht und Wolfgang von München, Markgraf Albrecht von Baden, viele Grafen, Herren und Fürstengesandte und die Boten von 46 Reichsstädten — die Ratsfreunde einiger waren bereits wieder abgereist, — spät auch Gesandte Karls von Burgund und auch wieder (14. Mai) des Königs von Böhmen ein.[3]

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 603—604.

[2] Der Kaiser am 18. März, der Legat am 25. März an die Frankfurter Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 315, Nr. 466—467.

[3] Das Verzeichnis der Anwesenden bei Lehmann, Speyersche Chronik 901 bis 902. Müller, Reichstagsth. II. 617 Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 316 ff. Das Beste über den Tag bietet bisher Menzel, Geschichte von Nassau V. 1, 400 ff. Vgl. auch Chmel, Habsburg. Chronik a. a. O. LXXXI—LXXXIII. Kluckhohn, Ludwig der Reiche 306 ff. P. Schweizer, Vorgeschichte und Gründung des schwäbischen Bundes, Zürich 1876, 5. Rausch, Burgundische Heirat 150, Anmerkung 1. Zu den Verhandlungen mit Böhmen und dem Könige von Dänemark s. außer Janssen noch Höfler im Archiv VII. 96 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Für Kaiser Friedrich und seine Fürsten bedeuteten in Augsburg die Vorgänge im Westen des Reiches und die Pläne des Dänenkönigs, die so viel verlockendes besaßen, eine ungleich wichtigere Sache, als der Türkenkrieg und die Vorstellungen des Legaten, der unablässig zur Eröffnung der Verhandlungen darüber drängte. Aber bot nicht gegebenen Falles gerade die Beratung über die Türkenhilfe auch die Handhabe zu Maßregeln gegen die Städte, die immer wieder durch ihre Hinterhältigkeit das schwerste Hemmnis für alle Beschlüsse darstellten?[1] Und hieß gegen den Pfalzgrafen prozedieren nicht zugleich den Störefried unter den Reichsständen, den persönlichen Feind des Kaisers und den Anhänger des Herzoges von Burgund bedrängen?

Auch die Fürsten waren, wenigstens zu Beginn, damit einverstanden. Neben der Sympathie für ein Vorgehen gegen die Kommunen wirkte wohl doch auch immer noch die Besorgnis nach, der Kaiser möchte sich, von ihnen im Stiche gelassen, zu neuen gefährlichen Wendungen seiner auswärtigen Politik entschließen. Schon am 10. Mai sagten sie dem Kaiser in allen seinen Forderungen zu: den Regensburger Landfrieden aufs neue zu verkündigen, 4000 Mann zum Schutze der erbländischen Grenzen gegen den Einbruch kleiner türkischer Raubscharen sofort zu entsenden, eine Waffenrüstung mit ganzer Macht zum allgemeinen Kriegszuge auf sich zu nehmen und für die Aufbringung, Rüstung und Erhaltung des deutschen Heeres den gemeinen Pfennig zu entrichten. Doch hielt man mit den letzteren Forderungen noch zurück.

Erst galt es, die Städte mürbe zu machen. Bereits früher hatten sie merken können, wie der Wind ging. „Unser Herr der Kaiser ist fast hart und will den Städten nichts zusagen oder konfirmieren lassen, sunder zuvor sehen, wie sie sich gegen seine Gnaden halten," meldeten die Frankfurter Boten nach Hause,[2] und eher schon war die Rede erschollen, wer, nachdem die kaiserlichen Briefe ausweisen, mit voller Gewalt zu erscheinen und ohne weiteres Hintersichbringen zu beschließen, von den Städteboten „nit mit vollem Gewalt gefertigt sei", „gegen denselben solle mit den Pönen, in den kaiserlichen Briefen bestimmt, als wider einen Ungehorsamen procediert werden".[3] In ihrer Eigenschaft als

[1] Die Bewegung der fürstlichen Nobilität gegen die Kommunen wurde bald nicht bloß in den Plänen des Dänenkönigs und auf dem Augsburger Tage sichtbar. Vgl. Knebel in Basler Chroniken II. v. l. und Segesser, Abschiede II. 607 a. a. Am 22. Mai hielt Graf Haug von Werdenberg den Städten dies direkt vor. Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 326.

[2] Am 10. Mai. Janssen 316, Nr. 472.

[3] Dieselben schon am 5. Mai. Ebendort 316, Nr. 471.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Stände des Reiches sahen sich die Reichsstädte diesmal noch mehr zurückgesetzt, als irgend einmal.[1] Nicht nur, daß sie an den Vorberatungen keinen Anteil gewannen, so wurden sie jetzt, als Kaiser und Fürsten über die Verlängerung des Landfriedens eins waren, nicht etwa um ihre Zustimmung gefragt (13. Mai), sondern nur, wie „diese Erstreckung am besten auszuführen" sei. Eingeschüchtert gedachten die Städteboten bloß um Berücksichtigung ihrer bereits zu Regensburg 1471 vorgebrachten Wünsche und Bedenken zu bitten. Aber ehe sie noch überhaupt eine Antwort erteilt,[2] wurde (am 14. Mai) vom kaiserlichen Lehenstuhle aus der Landfriede auf weitere sechs Jahre verkündigt,[3] worauf sofort auch der Legat „ein lateinisch Konfirmation und Befestigung desselben Friedens" öffentlich vermelden ließ.[4]

Zugleich war die Aktion gegen den Pfalzgrafen eröffnet worden. Er war auf den 9. Mai nach Augsburg zur Verantwortung eingeladen und am selben Tage hielt auch der Kaiser in der Sache Gericht, an seiner Seite sein Sohn Maximilian, neben ihm auf der Urteilerbank der Kurfürst von Brandenburg als Richter, die Fürsten Erzbischof Adolf von Mainz, Bischof Wilhelm von Eichstädt, Johann von Augsburg, Sixtus von Freisingen, der Abt von Kempten, Herzog Albrecht von Bayern-München und Graf Otto von Henneberg als Beisitzer. Die Anklage vertrat der Fiskal Meister Hans Keller. Sie ging auf Arrogation des Kurfürstentums, Wegelagerei, Gewaltthat gegen die von Weißenburg und Hagenau.

Der Prozeß ward bezeichnend in mehr als einer Hinsicht. Die pfälzischen Bevollmächtigten, an ihrer Spitze der Ritter Götz von Adelsheim, baten zuerst, noch an ihren Herrn berichten zu dürfen, was abgelehnt ward. Sie erlangten mit Mühe Frist bis zum folgenden Tag. Da sprachen sie gegen die Form des Gerichtes: daß die Beisitzer in der Ladung nicht benannt wären, und namentlich gegen den Markgrafen, „der kein ordentlicher, sondern ein gesetzter Richter" sei. Sei es, daß der Markgraf ihnen Recht gab oder ihm die ganze Sache unheimlich wurde: er bat den Kaiser, ihn des Amtes zu entheben. Darauf nahm

[1] Vergl. W. Becker, Die Teilnahme der Städte an den Reichsversammlungen u. s. w. 71 a. a.

[2] Anders sagt Menzel a. a. O. 401, doch spricht für die obige Darstellung direkt Janssen II. 320—321. Die bezüglichen Angaben Beckers a. a. O. 70 sind ebenfalls nicht genau.

[3] Bei Müller, Reichstagstheatr. II. 620—625. Vgl. Janssen, F. R. II. 332, Nr. 475.

[4] Janssen a. a. O. 332, Nr. 476.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Kaiser den Richterstab selbst in die Hand und hieß die Fürsten ihm beisitzen. Die Pfälzer versuchten noch die Einwendung: nun sei das Gericht „ein anderes" geworden. Sie wurden abgewiesen und gingen fort. Ohne sie ward der Prozeß in ganz förmlicher Weise weitergeführt. Nach Verlauf von acht Tagen, die man den pfälzischen Boten für ihr Wiedererscheinen gegeben, und neuen acht Tagen, die Richter und Beisitzer erbaten, „sich der Urteile zu bedenken", saß Kaiser Friedrich mit dem bloßen Schwerte und dem Scepter zu Gericht und nachdem man bis zum Untergange der Sonne des Beklagten oder seiner Anwälte geharrt, wurde das Urteil ausgebracht (27. Mai): Herzog Friedrich von Bayern, Pfalzgraf bei Rhein, sei des kurfürstlichen Titels unwürdig erkannt und entsetzt, und werde als verfallen in die Pönen der goldenen Bulle, der königlichen Reformation gemeiner geschriebenen Rechten (von 1442) und des fünf- und vierjährigen Landfriedens, dann der Verletzung der kaiserlichen Majestät in des Reiches Acht und Aberacht erklärt.[1]

Damit war dem Rechte formell Genüge gethan. An eine Exekution der Gerichtssprüche war freilich im gegenwärtigen Augenblicke am wenigsten zu denken. Bald willigte auch der Kaiser in die von Ludwig von Landshut und anders woher erbetene Vermittelung.[2]

Schon zuvor, am 21. Mai, hatte Friedrich III. dem Reichstage seine Anträge, den Türkenzug betreffend, vorlegen lassen. Diesmal erklärte er sich gern bereit, den auf seine Erblande entfallenden Teil auf sich zu nehmen, ebenso wurde im vorhinein versichert, daß man nicht daran denke, es solle „Geld oder Gut gegeben werden", sondern, daß „Leute aufgebracht und bestellt würden". Die Proposition sprach die Überzeugung aus, daß „sich solichs Anschlags Niemand beschweren sollte, denn der so gleichlich angesehen sei, daß der Mindeste und der Meiste darin nach Ziemlichkeit verfasset würde". Nach Vorlage der kaiserlichen Werbung suchte auch wieder der Legat in wohlgemeinter Ansprache zur Opferwilligkeit anzuspornen.[3] Die Stände thaten nicht nur sofort und ausnahmslos die allgemeine Zusage, „sie wollten sich nach Gebühr halten," sondern sie erbaten sich die Proposition schriftlich aus und die Fürsten

[1] Das Urteil samt Prozeßverfahren vollinhaltlich bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 395—412. Vergl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 316—317 und 330—332, Nr. 474; 337—338, Nr. 479. Vergl. damit die Darstellung des Pfalzgrafen in seinem Ausschreiben vom 12. Juni 1474. Kremer, Urkunden Nr. 191. Menzel, Gesch. von Nassau V. 401.

[2] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 308.

[3] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 321—324.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

stimmten rasch auch dem detaillierten Antrage selbst zu, der offenbar im Einvernehmen mit ihnen gestellt war.

Mit den Städten verhandelte Graf Haug von Werdenberg. Er setzte ihnen scharf genug zu. Da wurde auf die Folgen etwaigen Versagens hingewiesen, auch angedeutet, daß der Kaiser ihnen vor allem deshalb zürne, weil ihm ihr Verkehr mit gewissen Leuten nicht verborgen geblieben sei. Es ging auf die Frankfurter Verhandlung mit dem Pfalzgrafen. Die Ratsboten ließen darauf im wesentlichen geschehen, was des Kaisers und der Fürsten Wille war.[1]

Aber schon verzichteten auch diese gern auf weitere Feindseligkeiten gegen die Kommunen. Immer bedrohlicher und aufregender lauteten ja die Meldungen, die vom Ober- und Niederrhein nach Augsburg gelangten.

So verletzend der Burgunderherzog gegen Sigmund von Tirol sich benommen, so hart ertrugen die verpfändeten Lande Walten und Art Herzog Karls und der Seinen, namentlich aber des allmächtigen Statthalters Peter von Hagenbach.[2] Alles auch deutete auf die Absicht dauernder Besitzergreifung. Zwar hatte, nachdem eine Kommission, bestehend aus Männern des Kriegs, der Finanzen und des Rechts, die Regierung in die Hand genommen, die Einlösung der weiter verpfändeten Städte und Herrschaften noch (bis 1474) nicht völlig durchgeführt werden können, da der sparsame Herzog nur wenig Geld in das Elsaß fließen lassen wollte, aber hinsichtlich der Verwaltung und der Rechtspflege war doch alles anders geworden. Beides war durchaus in dem Regierungskollegium zu Ensisheim konzentriert, da es der feste Wille des Herzogs war, wie jede Gewalt so namentlich jede mit seiner landesherrlichen Gerichtsbarkeit konkurrierende Rechtspflege geistlicher und

[1] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 325 ff.; 335—337, Nr. 478.

[2] Seit 1. Nov. 1469. Vergl. Witte, Zur Geschichte der burgund. Herrschaft am Oberrhein in den Jahren 1469 bis Anfang 1473. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Neue Folge I. (1886) 140, wonach im wesentlichen das Folgende. Wenig Wert hat daneben C. W. Faber, Peter von Hagenbach, der burgundische Landvogt am Oberrhein, Mühlhausen 1885, 15 ff. Eine Art von Ehrenrettung Hagenbachs versucht (wie schon Foster Kirk II. 410 ff.) Ch. Nerlinger, Pierre de Hagenbach et la domination Bourgignonne en Alsace (1469—1474), Nancy 1890 (Extrait des Annales de l'Est). Sonst vgl. man H. Schreiber, Peter v. Hagenbach und das Gericht der Geschworenen zu Breisach. Taschenbuch für Geschichte und Altertum Süddeutschlands II. (1840) 1 ff.. und namentlich jetzt C. Ch. Bernoulli, Der Landvogt Peter von Hagenbach. Basler Beiträge zur vaterländ. Gesch. XIII. (Neue F. III.) 313 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

weltlicher Herren zu beseitigen.[1] Durch strenge Gebote und eine noch strammere Handhabung derselben hatte der Statthalter die Sicherheit der Straßen, des Handels und Verkehrs hergestellt, mittelst einer allgemeinen Entwaffnung, auch des Adels, sich und den Herzog zum unbedingten Alleinherrn im Lande gemacht, durch die Befriedung des Landes dem Bauer, durch Einführung einer Art von Handelssperre gegen die Reichsstädte dem materiellen Interesse der herzoglichen Städte Vorschub geleistet. In mehr als einer Hinsicht trug so die burgundische Herrschaft in Vorderösterreich kein unvorteilhaftes Gepräge und der Landvogt konnte sich unzweifelhaft großer Erfolge rühmen. „Das Land, dessen Unsicherheit früher sprichwörtlich war, hatte er zu dem befriedetsten in ganz Deutschland gemacht, die Regierung seines Herrn hatte er festbegründet, das Elsaß sicher und unvermerkt in die neuen Verhältnisse übergeleitet und seine Maßregeln getroffen, daß, wenn die Verhältnisse nicht eine gewaltsame Unterbrechung erfahren hätten, auch dieses Land vielleicht dem deutschen Reich und deutschem Wesen entfremdet und in das neue burgundische Reich aufgegangen wäre."[2]

Aber auch hier bewährte sich die alte Wahrheit, daß der Mensch sich selbst zu dem, was ihm frommt, nur ungern zwingen läßt, und die beste Neuerung leicht mißfällt, wenn sie gegen altbeliebte Gewohnheit verstößt und in gehässiger oder auch nur in neuartiger Form auftritt. Auch waren ja die berührten Einrichtungen nicht ohne empfindliche Einschränkung und Kränkung von Adel und Bürgerschaft zu erreichen! Es war notwendig geworden, um die Kosten mancher Neueinrichtung zu bestreiten, eine Landsteuer, den „bösen" Pfennig auf jede Maß Wein, die getrunken wurde, aufzulegen. Der Landvogt, so sehr man einen guten Teil seines stolzen Übermutes auf Rechnung wohlangewendeter Einschüchterungspolitik setzen darf, war doch im Grunde eine rohe gewaltthätige Natur, die sich oft dort gehen ließ, wo Zügel und Zaum am Platze waren. Gegen ihn und das von ihm repräsentierte Regiment waren die in- und umsitzenden Reichsstädte, waren die Landbischöfe, der zu Basel und der zu Straßburg, wie die Eidgenossen, war der alte Landesherr, Sigmund von Tirol, und in weitaus überwiegender Zahl die Unterthanenschaft. Über die besorglichen Tage von Trier hinaus und über den Besuch Herzog Karls weg, der von Trier durch Lothringen

[1] Als Oberhof wurde noch gegen Ende der burgundischen Herrschaft der Hof zu Mecheln bestimmt, dem für die Franche Comté das Gericht zu Dôle, für Hochburgund jenes zu Dijon untergestellt war. Witte a. a. O. 143.

[2] Witte, Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins I. 160.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

herauf kam und zu Breisach glänzend Hof hielt, war alles in dem heißen Wunsch nach Wiederkehr der alten österreichischen Herrschaft einig.[1]

Nochmals wurden Verhandlungen versucht. Der päpstliche Legat zog, sei es aus eigenem Antrieb, sei es mit Zustimmung des Kaisers, von Köln zu Karl rheinaufwärts. Gesandte von Baden, Pfalz, ja selbst von Venedig weilten bei ihm in Breisach. Man versuchte die Schwierigkeiten mit Tirol und mit dem Reich überhaupt wegzuräumen. Aber bei Karls Unnachgiebigkeit alles ohne Erfolg. Dafür waren, kaum daß der Herzog den Oberrhein wieder verlassen, alle Interessierten geschäftig, der verhaßten und gefährlichen Feinde in ihrer Mitte ledig zu werden. Nicht leichtfertig that der Tiroler-Herzog den bedeutungsvollen Schritt, für den ihm zudem der kaiserliche Vetter vom Anfange an die volle Verantwortung zuschob. Zu Dijon, wohin sich Herzog Karl aus dem Sundgau begeben, traten (Anfang März) die tiroler Gesandten vor ihn. Nach weitläufiger Darlegung kamen sie auf die jetzigen Verhandlungen ihres Herrn zu sprechen. Es war keine Unwahrheit,[2] wenn sie versicherten, daß sich der König von Frankreich darin zum Vermittler angeboten, und unumwunden ward zugestanden, ihr Herr habe dem Könige auch gestattet, weiter nachzuforschen und zu erwägen, wie er (Sigmund) mit den Eidgenossen zu Eintracht komme, wie sie gesinnt seien, welches ihre Forderungen wären. Aber mit Nachdruck ward versichert: Noch stehe die Hoffnung Herzog Sigmunds auf Burgund, nur möge Herzog Karl erklären, was er bisher zur Erfüllung seiner Zusagen gethan, und „Fleiß und Arbeit, Rat und Hilfe" gewähren, damit ihr Herr mit den Seinen jetzt und hinkünftig seitens der Eidgenossen Ruhe hätte. Klagen über die mehrfachen Übergriffe Hagenbachs, namentlich sein Verhalten gegen Neuenburg und seine Versuche, in den Breisgau hinüberzugreifen, waren angeschlossen.

Dem Burgunderherzog entging der eigentliche Sinn der Werbung nicht. Um so mehr griff er fehl in der Art, wie er sie beantwortete. Spott und Hohn und schlecht verhehlte Drohung waren seine Argumente. Er wisse wohl, warum ihr Herr nicht in Person gekommen sei:

[1] E. v. Rodt, Die Feldzüge Karls des Kühnen I. 185 ff., vielfach berichtigt durch Heinrich Witte, Der Zusammenbruch der burgundischen Herrschaft am Oberrhein. Zeitschr. für Gesch. des Oberrh., Neue Folge II. 21 ff.

[2] Witte, Beziehungen u. s. w. 40 urteilt hier zu hart, wenn er von „baren Lügen" spricht. Dies gestattet weder der Bericht (Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 82—87) noch die Sachlage. Wen hätten die tiroler Räte belügen wollen, da sie von Trier her wußten, daß Herzog Karl über die Beziehungen ihres Herrn zu Frankreich Kunde hatte?

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er müsse ja bei dem Kaiser die Zustimmung zu der Rücklösung der Pfandschaft suchen und die Räte des Königs von Frankreich empfangen und selbst seine Gesandtschaft an ihn schicken. Auf das entschiedenste ward diese Verhandlung verurteilt, der Bitte der tiroler Räte gegenüber nur zugesagt, Herzog Karl wolle ihren Herrn gegen die Eidgenossen schützen und halten wie bisher. Auf die Gegenbemerkung: es werbe aber Burgund seinerseits bei den Eidgenossen um Friede, hatte der Herzog nur ein spöttisches Lächeln. Daneben wurde in kleineren Beschwerden Abhilfe geschafft oder doch zugesagt; aber die Übergriffe in den Breisgau abzustellen, weigerte sich Karl.[1]

So hatte die Gesandtschaft in ihrem Anbringen entschiedenen Mißerfolg. Aber eines war klar, und auch das war im Augenblicke von Bedeutung: Herzog Sigmund wußte, daß sein Bündner von St. Omer auch in Hinkunft seine Zusagen nicht erfüllen wolle. Nun besann er sich nicht weiter.[2]

Auf die Mitteilung, daß Herzog Sigmund von Österreich bereit sei, auf Grund der Konstanzer Bedingungen vom Vorjahre Frieden zu machen und sich König Ludwig XI. als Vermittler gefallen zu lassen,[3] waren die Eidgenossen (4. Februar) in Luzern zusammengetreten. Der Burgunder hatte gerade in letzter Zeit den Eidgenossen viel Entgegenkommen gezeigt. So war deren Meinung geteilt und nur eine Mehrheit sprach sich für den Frieden mit Österreich und den Bund mit der niederen Vereinigung aus.[4] Aber auch das genügte. Wenige Wochen später versprachen die Städte Basel, Kolmar, Schlettstadt und Straßburg, die Ablösungssumme von 80000 Gulden in Basel zu hinterlegen, und noch Ende Februar trafen sich die Räte Herzogs Sigmunds und die Machtboten der Schweizerkantone in Konstanz, eine endliche Richtung zu finden.

Nikolaus von Dießbach, der alte Anhänger Frankreichs, und Jost von Silinen, Propst des Luzerner Chorherrenstiftes Beromünster, mühten sich da als eifrige Vermittler.[5] Aber die Hindernisse für eine Ver-

[1] Die Antwort des Herzoges bei Chmel, Mon. Habsb. I. a. a. O.

[2] Witte, Beziehungen u. s. w. 43.

[3] Die Mitteilung erfolgte in Luzern am 21. Januar. Segesser, Absch. II. 470, Nr. 731. Vgl. Mandrot, Jahrbuch für Schweizer Geschichte V. 164. Witte, Zur Geschichte der Burgunderkriege, Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins VI. 7. Erklärung Sigmunds vom 24. Februar.

[4] Segesser, Abschiede II. 471, Nr. 732.

[5] In Konstanz speziell neben dem Propste der kgl. Rat Graf Hans von Eberstein. Vgl. dafür und für das Folgende Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgenossenschaft II. 177 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ständigung waren trotz der Geneigtheit des Herzogs, nach Möglichkeit nachzugeben, sehr groß. Es fehlte eben auch jetzt alles Entgegenkommen auf Seiten der Eidgenossen. Schließlich wurde eine vorläufige Verständigung nur dadurch erreicht, daß Herzog Sigmund im Vertrauen auf alte Zusagen König Ludwigs in allen Punkten zurückwich (30. März). Die endgültige Formulierung der „ewigen Richtung" hatte ja gemäß der Erklärungen zu erfolgen, die der König von Frankreich thun sollte.

Herzog Sigmund bedrängten eben jetzt aufregende Meldungen aus den Pfandlandschaften. Seit Ende Februar[1] hatte man hier angefangen, dem Übermute des Statthalters und seiner Beamten Trotz zu bieten. Bald war die Empörung allgemein. Mitte März besaß die burgundische Herrschaft auf dem rechten Rheinufer, von Breisach abgesehen, bereits keinen Halt mehr. Der Landvogt eilte freilich zu Herzog Karl nach Burgund, zu berichten und bewaffnete Hilfe zu erbitten: er erhielt sie nur in ungenügendem Maße.[1] Karl war es eben undenkbar, daß man gegen ihn Gewalt anwenden werde; er wollte an die Gefährlichkeit der Sache nicht glauben. Als Hagenbach heimkehrte, ohne Geld und zunächst auch ohne Truppen, fand er auch schon den Sundgau und die Landgrafschaft im Aufstande. Den wälschen Söldnerscharen, die folgten, verschlossen Tann und Ensisheim die Thore. Und zähneknirschend war Hagenbach nicht im Stande, sie zu züchtigen.

Was aber stand den Abgefallenen bevor, wenn der Konstanzer Tag ohne Ergebnis blieb, welcher Rache hatten sie sich von Karl und seinem Statthalter zu versehen?

In der ewigen Richtung war endlich die Anerkennung des beiderseitigen Besitzstandes ohne Rückhalt ausgesprochen. Die alte Feindschaft, die zwischen Österreich und den Waldstätten geherrscht, seitdem letztere den Anspruch auf freie Gemeinwesen erhoben hatten, war zu Ende. Die Richtung wurde denn auch in den Alpenthälern mit lebhafter Freude aufgenommen.[2] „Aber in dem Augenblicke, in welchem die Eidgenossen die Früchte ihrer unverdrossenen Anstrengungen in Frieden zu genießen hoffen durften, sahen sie sich durch verhängnisvolle äußere Verwickelungen auf eine neue Bahn gedrängt. Sie wurden in die großen politischen Gegensätze und kriegerischen Bewegungen hineingerissen, die

[1] Witte, a. a. O. 57. Dierauer, Gesch. II. 191.

[2] Zum Konstanzer Tage und seinen Beschlüssen s. Segesser, Abschiede II. 473 ff. und Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 173—174. Vgl. Witte, Zur Gesch. der Burgunderkriege a. a. O. 12. Dierauer II. 180—183.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

aus den Tendenzen der burgundischen Macht und des französischen Königtums entsprangen."[1]

„Dabei durchbrach die Eidgenossenschaft die bis dahin mit einer gewissen Selbstbeschränkung gezogenen Grenzen ihrer Politik und wagte sich auf einen ausgedehnteren Plan. Als ein Gemeinwesen von freier Kraft und kernhafter Lebensfülle begann sie eine selbständige und entscheidende Stellung im europäischen Staatensystem einzunehmen."[2]

Am Tage, nachdem die „ewige Richtung" gelungen, ward auch ein Defensivbündnis der Eidgenossen mit der „niederen Vereinigung", zu der nun außer den genannten Reichsstädten und Herren die Bischöfe von Basel und Konstanz gehörten, auf zehn Jahre abgeschlossen[3] und am 4. April Herzog Sigmund in die Vereinigung aufgenommen.[4] Die Sühnung des Streites zwischen dem Herzog von Österreich und dem Grafen Ulrich von Sonnenberg, in dem man so lange Zeit den Anlaß neuen Krieges zwischen Tirol und den Eidgenossen zu sehen gewohnt war, verstand sich nun von selbst.[5] So am Oberrhein!

In eben jenen Tagen, unmittelbar nach Hagenbachs Berichterstattung, hatte der Herzog von Burgund (27. März) den Vertrag unterzeichnet, in dem er dem Erzbischofe Ruprecht von Köln, freilich gegen bedeutende Gegenleistungen, seine Unterstützung zusagte.[6] Stellte sich des Kaisers Vetter, der Herzog von Tirol, mit einer Reihe anderer Reichsstände in schroffen Gegensatz zu Burgund, ohne daß die noch schwebenden Verhandlungen mit dem Reichsoberhaupte dies hinderten, so war der Herzog dafür entschlossen, mit dem Kölner Bündnisse dem Reiche nicht minder rücksichtslos mitzuspielen. Es folgte dem Schlage der Gegenschlag. Die burgundische Gesandtschaft, die in jenen Tagen nach Augsburg

[1] Dierauer, Geschichte der schweiz. Eidgenossenschaft II. 185. Vergl. darüber sonst auch Michelet, Louis XI. et Charles Temeraire, Paris 1853. Th. Sickel, Frankreich und Burgund um die Mitte des 15. Jahrh., Wien 1858.

[2] So zutreffend Dierauer, Geschichte der schweizerischen Eidgenossen II. 185.

[3] Die Urkunde bei Segesser II. Beil. 49—50.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 175—179.

[5] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 91. Der Schiedsspruch vom 31. August ebendort 179—180. Vergl. Sander, Die Erwerbung der Vorarlbergischen Grafschaft Sonnenberg durch Österreich, Innsbruck 1888. Ferner Witte, Zusammenbruch der burgund. Herrschaft am Oberrhein 52 ff.

[6] Der Erzbischof versprach 200000 Gulden zu zahlen, den Besitz von Uerdingen, Brilon und Volkmarsen als Pfand, die Offenhaltung seiner Städte und Schlösser. Lacomblet, Urkundenb. 468—470, Nr. 375. Rodt, Feldzüge I. 209 ff. Ennen, Geschichte von Köln III. 493. Menzel, Geschichte von Nassau V. 400. K. Tücking, Geschichte der Stadt Neuß, Düsseldorf und Neuß 1891, 64—65.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gefertigt wurde, hat wohl den Gesinnungen Karls unzweifelhaften Ausdruck gegeben. Um aber das Ergebnis abwarten und rüsten zu können, trat Karl in der Kölnischen Sache vorerst noch als Vermittler auf und benannte, als das angenommen war, den Parteien einen Tag nach Mastricht.[1]

Andererseits kündigte Herzog Sigmund schon am 6. April dem von Burgund die Dienstpflicht. Der Schutz- und Schirmbrief wurde Karl durch einen Herold zurückgeschickt, zugleich mitgeteilt, daß der Herzog von Österreich sich binnen kürzester Zeit in die verpfändeten Lande begeben werde, um die Regierung wieder zu übernehmen; das Pfandgeld sei in Basel hinterlegt.[2] Der Herold hatte schwören müssen, die Urkunden, die ihm in Gegenwart von Notar und Zeugen und unter Ausfertigung eines besonderen Instrumentes übergeben waren, dem Herzoge von Burgund persönlich und öffentlich zu überreichen.

Auf die Elsäßer und Sundgauer Bevölkerung wirkte die Kunde von Herzog Sigmunds Beginnen noch mächtiger, als die Meldung über die „ewige Richtung". Ohne genaue Kenntnis des Rechtsgeschäftes und außer stande zu beurteilen, in wie weit das Vorgehen des Herzogs zulässig sei oder nicht, nahm sie seine Absicht für die Thatsache hin: vor ihr war seitdem die Herrschaft Burgunds rechtlich beseitigt, die Österreichs wieder hergestellt. Am Abende des Ostertags (10. April) wurde Hagenbach in Breisach, das sich fast allein noch zu ihm hielt und wohin er sich mit den ihm zugesandten Scharen, Lombarden und Pikarden, zurückgezogen, von einer tumultuierenden Menge genötigt, die wälschen Truppen aus der Stadt zu entfernen, dann selbst gefangen genommen. Die deutschen Söldner, lange schon von dem Statthalter durch Argwohn verletzt, hatten sich der Bevölkerung angeschlossen. Noch freilich machte Breisach auch jetzt Miene, Herzog Karl treu zu bleiben. Eine Gesandtschaft wurde an ihn abgeschickt und ihm der Schwur der Treue erneuert. Als aber Herzog Sigmund nach Basel kam, hier wie vordem beim Ritte durch die eidgenössischen Gebiete mit lauter ungeheuchelter Freude empfangen, als er den Ritter Hermann von Eptingen zum Statthalter in den oberen Landen ernannte, da verlor die burgundische Herrschaft rasch die letzten Haltpunkte. Am 29. April ging auch Breisach über. Am 1. Mai 1474 durfte der Tirolerherzog „Österreichs Rosengarten, das schöne Gebiet am Oberrhein", wieder sein nennen.[3] Und

[1] Davon spricht Karl in dem Schreiben vom 16. April 1474 an Erzbischof Ruprecht aus Luxemburg. Lacomblet, Urkundenbuch IV. 470—471, Nr. 376.

[2] Notariatsakt und Briefe bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 92—99.

[3] Neben Rodt, Feldzüge I. 212 ff. und Rausch, Die burg. Heirat 97 ff. siehe

am 9. Mai abends ward der Freiherr von Hagenbach, nachdem eine aus Vertretern der Städte der Landgrafschaft, der „niederen Vereinigung" und des Breisgaus zusammengesetzte Gerichtskommission sein Vorgehen geprüft und ihn schwerer Vergehen schuldig erkannt, in Breisach enthauptet.[1]

Was bedeutete es solchen Thatsachen und der allgemeinen stürmischen Abneigung, die sich am Oberrhein gegen Burgund kundgab, gegenüber, daß Herzog Karl am 22. April, ebenfalls in durchaus feierlicher Form, dem Wappenherolde Österreichs in Luxemburg, wo er eben weilte, zwei Briefe übergeben ließ, in deren einem er die Kündigung des Dienstes durch den Herzog von Tirol für unthunlich und ungültig erklärte, weil dies ja nicht einseitig geschehen könne, und im zweiten auch die Lösung der Pfandschaft verweigerte, denn in Besançon, nicht in Basel sei die Zahlung zu leisten, und auch die Kosten der burgundischen Verwaltung müßten ersetzt werden. Nur aus dem burgundischen Schirme wurde Herzog Sigmund entlassen, dagegen gefordert, daß er die Landschaften, die er eigenmächtig und voreilig in seinen Besitz genommen, wieder zurückstelle.[2]

Und was wollte es besagen, daß wenigstens die letztere Behauptung formell richtig war? Freilich konnte Herzog Sigmund mit Rücksicht auf die Abmachungen von St. Omer mancherlei dagegen vorbringen. Entgegen der Zusage Karls, die Lande in ihrem früheren Zustande zu lassen, waren in Verfassung und Verwaltung derselben die weitgehendsten Änderungen vorgenommen worden und zwar ohne seine und der Unterthanen Zustimmung und zu deren Bedrückung. Herzog Karl hatte auch sonst seine Verpflichtungen keineswegs erfüllt, und namentlich das Versprechen, dem Hause Österreich wieder einzubringen, was es vordem an die Eidgenossen verloren, nicht erfüllt. Er hatte vielmehr hinter dem Rücken Herzog Sigmunds mit den Eidgenossen Verbindungen angeknüpft und sich ihnen sogar zur Einräumung gewisser Städte und Schlösser der Pfandlandschaften erboten; so habe die Gefahr für das Besitztum seines Hauses und die Sorge um die Seinen ihn, Sigmund, zum Handeln genötigt, u. s. w.

bes. Witte, Der Zusammenbruch u. s. w. 207 ff., 217 ff. Nerlinger a. a. O. 110 ff., 114 ff. Vgl. auch Dierauer, Gesch. II. 190.

[1] Vergl. Witte und Nerlinger a. a. O. Ferner H. Schreiber, Peter von Hagenbach und das Gericht der Geschworenen zu Breisach. Taschenbuch für Geschichte und Altertum in Süddeutschland II. (1840) 1 ff. Zu Hagenbach überhaupt s. C. Chr. Bernoulli, Basler Beitr. zur vaterländ. Geschichte XIII. 313 ff. (reicht bis 1472).

[2] Die Briefe bei Chmel, Mont. Habsb. I. 1, 99—108.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Was freilich die Hinrichtung Peter Hagenbachs anbelangt, so ist gewiß richtig, was schon im Gericht behauptet wurde: Der Herzog von Burgund war allein dessen Herr und rechtmäßiger Richter. Und ebenso wird man gelten lassen, was sein unerschrockener Verteidiger, Hans Irmy von Basel, erklärte: Rechtlicher Weise könne gegen Hagenbach nichts vorgenommen werden, so lange nicht der Kaiser und der Herzog von Burgund sich über die demselben erteilte Vollmacht ausgesprochen; was Hagenbach gestanden, sei ihm durch die Folter erpreßt; die ihm vorgeworfenen Handlungen gegen der Lande Recht und Herkommen seien ihm durch Befehle seines Herrn aufgetragen worden; die zu Tann ohne richterliches Urteil geschehenen Hinrichtungen seien die Folge der dortigen Empörung gewesen, zu deren Bestrafung der Landvogt hinlängliche Vollmachten besessen und wobei es einer Untersuchung nicht bedurfte, da das Vergehen zu Tage lag. Aber Hagenbachs Tod erschien als die Sühne für die grausame Härte, den Übermut und die Sittenlosigkeit, mit der er sein Regiment geführt, und letztere wird angesichts authentischer Zeugnisse von Zeitgenossen[1] kein Verteidiger aus der Welt schaffen können. Und wann hat sich je der Herzog von Burgund durch Kompetenzbedenken abhalten lassen, als Richter und Vergelter denen gegenüber aufzutreten, die einmal in seiner Gewalt waren?

Einen furchtbaren Losbruch des stolzen zornmütigen Fürsten gegen alle, die ihm in der Pfandschaftssache so hart mitgespielt, „den Ausbruch eines großen Kampfes, an dem die Schweizer den entscheidenden Anteil nehmen sollten", hatte man erwartet.[2] Und nun kamen aus Burgund an Herzog Sigmund Briefe, Mahnungen, Vorwürfe! Das hatte seinen Grund.

Die elsässischen Vorgänge hatten Herzog Karl aufs tiefste getroffen. Aber auch jetzt leitete ihn nicht so sehr blinde Leidenschaft als kaltblütige Berechnung. Er wollte sich rächen, gewiß, und vollwichtig dazu; aber war jetzt ein Heereszug gegen den Elsaß das, was er unternehmen sollte?

Mit der Konstituierung des burgundischen obersten Gerichtshofes zu Mecheln (3. Januar 1474), dem Karl auch die Gerichte der französischen Lehen Artois und Französisch-Flandern unterordnete, die bisher an

[1] Man vergleiche Knebel in Basler Chroniken II. 59, 61 und den Breisacher Reimchronisten bei Mone, Quellensammlung III. 323.

[2] Dändliker, Ursachen u. s. w. 61. Dierauer, St. Gallens Anteil an den Burgunderkriegen 4. Dierauer, Gesch. II. 191.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

das Parlament zu Paris appelliert, hatte Karl aufs neue König Ludwig XI. herausgefordert. So wie ihm der Abschluß der ewigen Richtung und der Anteil König Ludwigs daran bekannt war, so wußte Karl auch bereits, daß der Propst von Beromünster den Eidgenossen neue lockende Anerbietungen betreffs eines Bündnisses mit Frankreich überbracht.[1] Er konnte daraus entnehmen, daß ein Kriegszug an den Oberrhein zur Wiedergewinnung der Pfandlandschaften den Ausbruch eines Kampfes bedeute, in dem er neben den Waffen des Herzogs von Tirol und der „niederen Vereinigung" auch den König von Frankreich und den gefürchteten Gewalthaufen der Eidgenossen zu bestehen haben werde. War er dazu hinlänglich gerüstet? Konnte er einen solchen Krieg unternehmen, ehe daß das Bündnis mit England fertig war, das ihm gegen Frankreich den Rücken decken sollte? Nein.

Schien es so dem Herzoge unthunlich, den Rachezug gegen Sigmund von Österreich allsogleich zu unternehmen, so trat sehr bald die Erwägung dazu, auf anderem Wege sicherer und leichter dieses sein Ziel und seine anderen Absichten erreichen zu können.[2] Er hatte ohnehin zugesagt, die Pfandgebiete zurückzustellen, falls er sich mit dem Kaiser über die Errichtung des Königreiches Burgund verständige. Diese Verständigung zu erreichen, zu erzwingen, gedachte er jetzt andere Mittel als in Trier zu gebrauchen, Mittel, die er sich in der letzten Zeit zurecht gelegt: neben seinem Barschatze und seinem Heere den Bund mit Köln, der ihm den Weg ins Reich bahnte.[3] Um so vieles größer der Preis war, der sich erreichen ließ, wenn er statt das Elsaß anzugreifen, vom Kölnischen Erzstifte aus den mächtigsten Druck ausübte auf Kaiser und Reich, um so vieles geringer erschienen die Gefahren eines solchen Unternehmens. Oder war von diesem bedächtigen unkriegerischen Kaiser, von diesem Konglomerate größerer und kleinerer Herrschaften, die das Reich darstellte, überhaupt ein nachhaltiger Widerstand zu befürchten?

[1] Eine Besendung der Kantone durch burgund. Gesandte im Laufe des Monats März (Comynes-Lenglet III. 347, danach Segesser, Absch. II. 482, Nr. 736) ist freilich irrig. Vgl. Vischer in Basler Chroniken III. 369. Sonst s. Dierauer, Gesch. II. 179—180, Anm. 3, und zur obigen Darstellung 193

[2] Daß Karl die Königspläne festhielt, zeigt, abgesehen von der Zentralisirung der alten Gebiete, die Verhandlung mit König René von Sizilien die Provence betreffend (Rausch, Burgundische Heirat 105); für den Februar 1474 vgl. die Rede Karls über die Herrlichkeit des alten Königreiches Burgund vor den Ständen Burgunds in Dijon. Lothring. Jahrb. II. 31.

[3] Bund Karls mit Erzbischof Ruprecht vom 27. März 1474 bei Lacomblet, Urkundenbuch IV. 468—470, Nr. 375.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Und war bei der Selbstsucht jener Zeiten zu besorgen, daß die Eidgenossen dem Reiche, gegen das sie jederzeit die kühlste Zurückhaltung zeigten, beistehen würden? Karl glaubte es nicht. War er aber Sieger über das Reich, vielleicht römischer König, dann standen ihm auch gegen den Herzog von Tirol, die Eidgenossen und Frankreich noch andere moralische und materielle Mittel zur Verfügung, als jetzt.

Das Kölner Unternehmen ward in so festem Vertrauen auf sicheres Gelingen beschlossen, daß sich Karl nicht scheute, eben jetzt die Zahl seiner Gegnerschaften im Reiche zu vermehren.

Am 6. Mai wurde der jüngere Graf Heinrich von Württemberg, als er eben „etlich versprochen Wallfahrt“ [1] (nach Aachen?) thun wollte, bei Granges in Hochburgund von herzoglichen Dienstleuten aufgehoben. Statt den Gefangenen sofort ehrenvoll zu entlassen und zu entschädigen, suchte sich Karl seiner zur Gewinnung des Schlosses Montbeliard (Mömpelgard) zu bedienen, was aber an dem Widerstande der Familie Heinrichs scheiterte. Montbeliard wäre freilich für Karls defensive Pläne in den oberen Landen hochwichtig gewesen. Aber es war nutzlose Gewaltthat, wenn er sich nun der zu dem Schlosse gehörigen Herrschaften bemächtigte und den Grafen in hartem Gewahrsam behielt. Im übrigen begnügte sich Karl, an der elsässischen und eidgenössischen Grenze Kriegsvolk anzusammeln (seit Mai 1474), das er unter den Befehl Heinrichs von Neufchatel, Sire de Blamont, und Stefans von Hagenbach, Bruder des ehemaligen Statthalters, stellte. Beide waren aber erst im August stark genug, den elsässischen Grenzgebieten empfindlicheren Schaden zu thun.[2]

Eine andere Bedeutung hatte die Sendung von 500 Lanzen und eines trefflichen Artillerieparkes zu Erzbischof Ruprecht in das Kölnische, ihm gegen seine Widersacher beizustehen (Juni 1474).[3] Sie bildeten den Vortrab des mächtigen burgundischen Heeres, das mit Muße auszurüsten, Karl die erfolglosen Verhandlungen zu Mastricht ermöglichten. An dessen Spitze stellte sich dann der Herzog selbst (Juli 1474).

Sein Einbruch in das Reich bezeichnet einen gefahrvollen Moment

[1] Schreiben Graf Ulrichs, des Vaters Heinrichs, an Kurfürst Albrecht von Brandenburg vom 13. Mai 1474. Minutoli, Friedrich I. Kurfürst von Brandenburg, Berlin 1850, II. 28—29.

[2] Rodt, Feldzüge I. 231 ff. 240. Dierauer, Geschichte II. 192.

[3] Karl bewilligt sie am 23. April. Lacomblet, Urkundenbuch IV. 472, Nr. 377. Sie kamen nicht vor dem 20. Juni. Vergl. Karls Ausschreiben an diesem Tage aus Luxemburg. Weim. Ges. Archiv.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

deutscher Geschichte, zugleich die entscheidende Wendung in Karls eigener Herrscherlaufbahn.

Kaiser Friedrich behandelte die Gänge im Westen des Reiches mit jener kühlen Ruhe, die sie verdienten und die so sehr seinem Naturell entsprach. Als um die Wende des Jahres der Kölner Erzbischof bei den Verhandlungen mit der Gegenpartei und dem Kaiser selbst so ungeberdig mit der Hilfe des Herzogs von Burgund drohte, dessen Scharen in der Nähe stünden, als von anderer Seite die Kunde kam vom Frieden zwischen den Königen von Frankreich und Aragon und der Aussöhnung Ludwigs XI. mit dem Herzoge von der Bretagne: da standen der Kaiser und seine Räte einen Augenblick unter dem Eindrucke, die höchste Gefahr drohe dem Reiche seitens des siegreich vordringenden Wälschtums; es brauche sich der Herzog von Burgund nur seiner Abstammung zu erinnern und mit seinem königlichen Vetter gemeinsame Sache zu machen, und um die westlichen Außengebiete des Reiches, Köln, Trier „und anderes deutsches Erdreich" sei es geschehen.[1]

Diese Gefahr bestand nun nicht. Der Haß zwischen Herzog Karl und König Ludwig war zu festgewurzelt. Und bald genug erfuhr der Kaiser aus Briefen, von dem Herzoge Stefan von Bayern, Dompropst zu Köln, der in diesen Tagen zu König Ludwig ritt, dann auch durch den König von Dänemark, der Franzosenkönig denke nur daran, dem Herzoge von Burgund zu schaden und Verlegenheiten zu bereiten.[2]

Aber war Karls Macht nicht allein furchtbar genug, um Kaiser und Reich die schwersten Gefahren zu bereiten? Es war so nicht die vielbesprochene Langmut oder gar Unempfindlichkeit des Kaisers allein, noch weniger die Absicht, auch jetzt noch trotz der feindseligen Haltung Karls gegen das Reich zu versuchen, wie er mit ihm über die geplante Familienverbindung eins werde, was ihn bestimmte, so lange es nur immer möglich war, den offenen Bruch mit Burgund zu vermeiden. Und schien nicht auch Herzog Karl selbst zu einer Verständigung über die Pfandschaftssache geneigt, wenn er, statt zu den Waffen zu greifen, und trotz Hagenbachs Hinrichtung noch am 22. April Herzog Sigmund aufforderte, seine Räte nach Besançon zu schicken zu gegenseitiger Verhandlung? Und bewies nicht die Sendung burgundischer Räte zum Reichstage nach Augsburg offenbar ein Gleiches?

Aber je länger, desto mehr wurde es für den Kaiser schwierig,

[1] Alles nach den Berichten der brandenb. Gesandten vom 17. Dez. 1473 und vom 14. und 17. Januar 1474 aus dem kaiserlichen Hofe.

[2] Vgl. unten und Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 389, Nr. 480.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zurückzuhalten. Die Württemberger wandten sich klagend an ihn wegen der an Graf Heinrich verübten Gewaltthat; der Kaiser sah sich genötigt, an Herzog Karl eine Abmahnung zu erlassen.[1] Am 2. Mai schrieben auch schon die Kölner nach Augsburg: es solle im Werke sein, zum Abbruch und Nachteil des heil. Reiches diese Lande und Städte mit Gewalt zu überfallen.[2] Und als in der That burgundisches Kriegsvolk in das Erzbistum einrückte, ersuchte der Kaiser neuerdings Herzog und Erzbischof, die von ihm geschaffene Ordnung und den Reichsfrieden nicht anzutasten.[3] Auch das Vorgehen des Reichsoberhauptes gegen den Pfalzgrafen Friedrich in Augsburg, auf dessen Freundschaft eben jetzt der Burgunder wieder mehr Rücksicht zu nehmen hatte, mehrte gewiß die Freundschaft zwischen Kaiser und Herzog nicht.

So standen die Dinge zu Beginn Juni 1474, als der König von Dänemark, von seiner Romfahrt heimkehrend, nach Augsburg kam, bereits drohend genug.[4] Daher willigte der Kaiser auf des Legaten und der Fürsten und Fürstenbotschaften Bitten gern in einen Aufschub der Exekution gegen den Pfalzgrafen. Ja er sandte den Grafen Haug von Werdenberg selbst zu Herzog Ludwig von Landshut, „der pfalzgrafischen Sache ihm Unterrichtung zu thun".[5] Mit Martin Mair, der dann nach Augsburg herüberkam, ward neue Verhandlung vereinbart,[6] und zugleich ermächtigte der Kaiser den Kardinallegaten von San Marco, mit dem Bischof von Eichstädt und den burgundischen Räten nochmals in Person auf einem Tage zu Speier zu versuchen, den Pfalzgrafen mit ihm „zu richten".[7]

---

[1] Man vgl. E. v. Rodt, Feldzüge Karls des Kühnen I. 233. Stälin, Wirtemberg. Gesch. III. 575, Anm. 3. Ulrich von Württemberg stellte den Anschlag auf Mömpelgart, wohin er sofort Truppen sandte, direkt als Bedrohung Österreichs (=Tirols) hin. Vgl. das Schreiben Graf Ulrichs an Markgraf Albrecht v. 13. Mai im Bamb. Archiv, Burgund. Kriegssachen. Rodt, Feldzüge I. 247—248.

[2] Ennen, Geschichte von Köln III. 496.

[3] Man vgl. dazu H. Markgraf, De bello Burgundico a Carolo Audace contra archiepiscopatum Coloniensem suscepto a. 1474, Berlin 1861, Seite 7, Text und Anm. 6.

[4] Die Meldung des Königs über die Bemühungen der Burgunder in Venedig um Hilfe gegen das Reich vom 18. März bei Minutoli, Friedrich I., II. Abt. 33.

[5] Janssen, F. R. II. 339, Nr. 480.

[6] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 308 ff. Es war die Rede, daß auch Herzog Ludwig selbst und der jüngere Pfalzgraf (Philipp) nach Augsburg kommen würden. Janssen a. a. O, Nr. 481.

[7] Janssen a. a. O. und 340; Müller, Reichstagsth. II. 655. Vergl. auch Chmel, Reg. II. 668, Nr. 6886 (Artikel am 12. Juni).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Burgund gegenüber aber übte der Kaiser das gleiche wie der Herzog selbst: Schon auf dem Zuge nach Augsburg, in Aschaffenburg, hatte er den tapferen Landgrafen Heinrich von Hessen ermahnt, das Amt eines Schirmers des Erzstiftes Köln gegen Ruprecht und seine Helfer zu übernehmen.[1] Diese Aufforderung ward jetzt erneuert und Heinrich zugesagt, daß ihn der Kurfürst von Brandenburg mit vierhundert Pferden unterstützen werde.[2] Als Heinrich angesichts des Kampfes mit dem gefürchteten Herrscher von Burgund immer noch zögerte, andererseits neue Hilferufe der Kölner, neue Meldungen über die Maßregeln Ruprechts kamen, der sich des festen Linz und anderer Orte oberhalb Bonns bemächtigte, gebot der Kaiser am 29. Juni Heinrich abermals, die Getreuen der Kölner Erzdiözese mit ihren Bundesgenossen von des heil. Reichs wegen gegen alles Unrecht mit ganzer Kraft zu schützen, und wurde auch schon eine Anzahl von Kurfürsten, Fürsten, Grafen, Herren, Rittern und Städten aufgefordert, dem Landgrafen nach Kräften Beistand zu leisten.[3] Schon hatte auch die Kurie den Herzog von Burgund ermahnt, nicht für den Erzbischof einzutreten,[4] da sie dem Kaiser die Schlichtung des Streites in der Kölner Erzdiözese aufgetragen.

König Christian von Dänemark war seinen ursprünglichen Absichten gemäß weniger in Rom als anderswo zu finden gewesen.[5] Nicht um das fromme Sehnen seines Innern zu stillen, sondern an der Verwirklichung großer Entwürfe in Person mitzuarbeiten, war er ja nach dem Süden gezogen.[6] Über seine Erfolge, über das, was er weiter wünschte und zu thun gedachte, gab er dem Kaiser, mit dem Christian direkt und durch den Kurfürsten von Brandenburg in steter Verbindung geblieben war, Meldung. Der Kaiser nahm sich aus des Königs weitreichendem Plane, der Bildung einer großen Liga gegen Burgund und

[1] Ennen, Gesch. v. Köln III. 506.

[2] Janssen, Frankf. Reichskorrespondenz II. 339, Nr. 481.

[3] Lichnowsky, Reg. zu VII. 1788, 1789. Archiv für Kunde österr. Gesch. VII. 96—97 (aus den Beredungen des Kaisers mit dem Dänenkönige). Ennen, Geschichte von Köln III. 506. Der angebliche Vorschlag des Kurfürsten v. Brandenburg vom 26. April 1474 für den burgundisch. Krieg, bei Minutoli, Kais. Buch 626—628, ist falsch datiert und gehört in den November 1474.

[4] A. Ulrich, Akten zum Neußer Kriege 1472—1475, in den Annalen des histor. Vereins für den Niederrhein, Heft 49 (Köln 1889), 9, Nr. 5.

[5] Über seinen Aufenthalt in Rom siehe zuletzt Pastor, Geschichte der Päpste II. 440 ff.

[6] Vgl. oben und Höfler, Fränkische Studien I. im Archiv für österr. Gesch.-Quellen VII. 96—98. Minutoli, Kurfürst Friedrich I., II. Abteilung 16—18; 30—36.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

England, an der das Reich und er selbst, Frankreich, Italien (Mailand-Savoyen) und Schottland Anteil nehmen sollten, was ihm gefiel. Er war bereit „zu einer Einung" mit den Königen von Dänemark und Schottland unter der Verpflichtung „ziemlicher Hilfe gegen die, so das heilige Reich oder die Könige beleidigen" wollten, und noch mehr wünschte er, sich mit König Ludwig von Frankreich „in eine ewige hilfliche Verständigung zu begeben". Wenn aber Christian ohne genügende Kenntnis der Verhältnisse schon während seiner Reise Vorschläge an den Kaiser bringen ließ, wie über die Erhebung des Sforza von Mailand zum Könige gegen die Zahlung von 200000 Dukaten, da doch der Herzog noch nicht einmal die Anerkennung als solcher erlangt hatte, so konnte er sich nur eine runde Abweisung holen. „Es sind vier Kronen im Reich", sagte der Kaiser zu dem Kurfürsten von Brandenburg, der sich ersichtlich ungern in der Sache zum Vermittler machte, „in deutschen und in wälschen Landen; die erste ist in Aachen, die andere zu Arelat, die dritte zu Mailand in der Lombardei, die vierte zu Rom, die (alle) allein auf mein Haupt gehören; und nachdem ich ein Mehrer des Reiches genannt werde und bin, so will ich das nicht mindern und meine Würde einem Andern geben, denn ich es meines Wesens halb nicht leiden noch thun mag in einigem Wege."[1]

Doch vergönnte der Kaiser dem Könige, daß er wenigstens über die Investitur mit Mailand mit dem Herzoge verhandle, sowie er jetzt in Augsburg zustimmte, daß König Christian vorerst zwischen Karl von Burgund und dem Reiche eine Vermittelung versuche.[2] Noch konnte ja vielleicht der große Krieg vermieden werden. Auch fand der König den Kaiser gnädig und behilflich in mehrfachen Anliegen das Herzogtum Holstein betreffend und ward Christian das Schutz- und Schirmrecht über die Friesen, doch „dem heiligen Reich an aller Obrigkeit unschädlich, zugestanden", u. s. w.[3]

[1] Minutoli, Friedrich I., Abteilung II. 32—33. Archiv für Kunde österr. Gesch.-Quellen VII. 89—90, Nr. 75, 76. Die Worte sind indirekt gegeben.

[2] Vergl. Ulrich, Akten zum Neußer Kriege 9, Nr. 7. Von dem Bündnisse, das der Herzog von Mailand im Frühjahre 1473 mit König Matthias von Ungarn abgeschlossen (ungar. Unterhändler war Johann von Rabenstein, Propst von Wyschehrad), hatte der Kaiser offenbar keine Ahnung. Vgl. Acta extera II. 251—258.

[3] Höfler im Archiv VII. 99—101. Dagegen gehört 98—99, Nr. 86, König Christians politische Pläne betreffend, in den Februar 1474. Vgl. Minutoli, Kurfürst Friedrich I. a. a. O. 31—36. Chmel, Reg. 669, Nr. 6890, 6893, 6895. Verhandlungen mit den Räten, die Christian in Augsburg zurückließ, dauerten noch bis 9. Juli.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Ankunft des Dänenkönigs, dann der Botschaften Böhmens,[1] Mailands[2] und Mantuas, das Eintreffen des Grafen von Veldenz mit seinem Bruder, der aus Frankreich heimkam,[3] hatte noch zuletzt dem Augsburger Reichstage erhöhte Bedeutung gebracht. Aber schon waren auch viele abgereist, andere drängten dazu. Der Ritt des Kardinallegaten an den Rhein gab dann (14. Juni) den Anlaß zum formellen Schluß des Reichstages. Nochmals erinnerte der Kardinal an die Absendung der 4000 Mann zum Schutze der Grenzen und die sonst in der Sache des Türkenzuges gefaßten Beschlüsse, für deren Durchführung er seine vollmächtigen Stellvertreter zurücklasse. Nur möchten Kommissäre und Exekutoren zur genauen Durchführung des Anschlages für die einzelnen Gebiete und die Städte des Reiches ernannt werden und sich jeder der Reichsstände nach seiner Pflicht halten.

Dies sagten die anwesenden Fürsten für sich selbst zu, und sie versprachen, die Beschlüsse auch dem abwesenden durch ihre Boten zu empfehlen in der Erwartung, auch sie würden ihre Schuldigkeit thun. Nur die Städter verleugneten ihre Gepflogenheiten auch jetzt nicht. Obwohl die Ratsboten der Frankfurter und anderer Städte Macht besaßen, sofort endgültige Zusage zu thun, so gaben sie doch schließlich den übrigen Recht, daß man sich erst noch „in grosser Still und guter Geheim" auf einem Tage zu Speier (2. August) beraten möge.[4] In der Reichsversammlung aber erklärte Jakob Ehinger aus Ulm im Namen Aller, daß die Städte „solches Vorhalten und den verlesenen Anschlag, so ihnen der gegeben werde, an ihre Freunde bringen wollten", „in Hoffnung, dieselben ihre Freunde würden sich darin mitsamt Kurfürsten, Fürsten, Herren und anderen den Dingen Verwandten halten als fromme Christen".[5] Und damit gaben sich jetzt, so sehr hatte sich die Sachlage seit Beginn des Reichstages geändert, Kaiser und Legat zufrieden.[6]

[1] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 320, 324.

[2] Ihre Beglaubigung bei Markgraf Albrecht v. 25. Mai bei Höfler, Archiv VII. 90. Minutoli, Friedrich I. 36.

[3] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 339, Nr. 480.

[4] Die Akten bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 340—346, Nr. 482.

[5] Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 344.

[6] Ebendort 345.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zwanzigstes Kapitel.

Der burgundische Einbruch in das Reich. Kaiser Friedrich gegen Karl den Kühnen. Die Belagerung von Neuß. Der Reichskrieg gegen Burgund bis zur Neußer Richtung.

Auch nach Beendigung des Reichstages weilte der Kaiser noch lange Wochen in Augsburg, nun auch wieder mehr mit den östlichen Dingen beschäftigt.[1] Erst standen die Dinge dort günstiger. Der Ungarkönig hatte erleben müssen, daß trotz der Verhandlungen zu Schramowitz und Altdorf[2] die Jagellonischen Könige sich gegen ihn mit dem Kaiser verbanden. Die Südgrenzen seines Reiches waren bedrohter als je. Da schrieb er freundschaftlich: Mit dem Hinweise auf den Feldzug Usun Hassans, des Turkmenenherrschers, gegen die Türken lud er den Kaiser und den König von Polen ein, den Moment, in welchem die türkische Hauptmacht am Euphrat stehe, zu benutzen; er selbst habe bereits mehrere tausend Mann an die türkische Grenze beordert und gedenke sich demnächst in Person dahin zu begeben.[3]

Auf der anderen Seite war der Kaiser mit seinen Bündnern nicht in Ordnung. Wohl war Burian von Guttenstein in Augsburg erschienen und hatte die Bestätigung des Nürnberger Bündnisses durch König Wladislaw gebracht; aber des polnischen Boten harrte man noch immer umsonst. Der Kaiser war nicht in der Lage, selbst gegen Ungarn ins Feld zu ziehen oder auch nur ein Heer gegen Matthias zu rüsten. Es mußte ihm so nur willkommen sein, daß die Verpflichtung, die der Vertrag normirte, nicht wirklich eintrat, am 27. Juni den Krieg gegen Ungarn zu eröffnen.

Aber der Kaiser wußte nur zu gut, wessen er sich von König Matthias zu versehen habe. Sollte er jetzt, mit den Königen von Polen und Böhmen verbündet, den Kurfürsten von Brandenburg zur Seite, nicht doch die Gelegenheit wahrnehmen, den verhaßten Emporkömmling zu demütigen? Unschlüssig ging er mit Albrecht von Brandenburg zu Rate. Der Markgraf berechnete, daß man im stande sei, 80000 Mann aufzubringen und mit vier Heeren, einem polnischen, böhmischen, öster-

[1] Daneben wurden aber Komissäre für den Türkenzug ernannt. Siehe König von Königsthal II. 173—175. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 349, Nr. 484.

[2] Vgl. nun Fontes rer. Austric. XLVI. 268—274.

[3] Schreiben vom 6. Juni. Mon. Hung. Histor., Acta extera II. 259—260.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

reichischen und einem vierten, aus den Scharen aufständischer Ungarn gebildet, den Corvinen aus dem Lande zu treiben.[1]

Aber wußte man denn, wie die Dinge sich im Westen des Reiches anlassen würden? Und aus Österreich kamen bald wieder schlimme Botschaften. Wenn auch nur 8000 Mann stark drangen die Türken anfangs Juli 1474 durch Kroatien einerseits bis auf die Murinsel in Ungarn und andererseits bis Pettau in der Steiermark vor, die durchzogenen Striche nach ihrer Gewohnheit greulich verwüstend, worauf sie mit großer Beute an Gefangenen und fahrender Habe das Weite suchten.[2] Der Kaiser fand seine Lage so, daß er weder im stande war, dem Gegner in Ungarn viel zu schaden, noch den verbündeten Königen wesentlich zu nützen, Grund genug zur Besorgnis, „zwischen zwei Stühlen niederzusitzen und Freund und Feind zum Widerteil zu gewinnen".[3] Immerhin dachte er wieder daran, in die Erblande hinabzuziehen (Ende Juli), um selbst nach den Dingen zu sehen.[4] Denn die Grenzfehden mit böhmischen Edler dauerten trotz des Einvernehmens mit König Wladislaw fort[5] und abermals zeigten sich österreichische Landstände ungehorsam.[6] Da kam die Kunde von dem Zuge des burgundischen Heeres auf Neuß.

In den Tagen vom 25. bis 28. Juli hatten Herzog Karl von Burgund und König Eduard IV. von England eine Reihe von Verträgen unterzeichnet,[7] in welchen sich beide Fürsten, so besagte wenigstens der Wortlaut, zu nichts weniger, als zur Eroberung von ganz Frank-

[1] Höfler, Fränk. Studien I. im Arch. für Kunde österr. Gesch.-Quellen VII. 101, Nr. 89. Schreiben v. 18. August. Ein wesentlich gleichbedeutendes nur viel längeres Schreiben vom 16. bei Minutoli, Kaiserl. Buch 341—342. Einen Maßstab für Markgraf Albrechts Weise, die Dinge hier und da recht sanguinisch anzusehen, bietet sein Schreiben vom 17. August an Graf Ulrich von Württemberg. Er nimmt darin das Unternehmen gegen Ungarn, gegen das 100000 Mann aufgeboten würden, für sicher an. Was Dogiel, Cod. dipl. Polon. I. 166 als Bündnis zwischen dem Kaiser und Polen bringt, ist wohl nur ein in Augsburg zwischen dem Kaiser und den böhm. Gesandten B. von Guttenstein und Jost von Einsiedel vereinbarter Entwurf eines solchen, der wenn ja, erst im August oder September 1474 ratificirt wurde.

[2] Schreiben Stefans von Frangipani von 18. Juli. Mon. Hung., Acta extera II. 260—262.

[3] Archiv VII. 103.

[4] Vgl. Janssen, F. R. II. 351, Nr. 489.

[5] Kurz, Österreich unter K. Friedrich IV. II. 120. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1796.

[6] Zwischen dem 24. Juni und 1. Juli 1474. Vergl. Lichnowsky, a. a. O. Nr. 1775.

[7] Vgl. Rodt, Feldzüge I. 243 ff., wo auch zum Theile die Quellen. R. Pauli, Geschichte von England (in der Sammlung der Geschichte der europäischen Staaten von Heeren und Uckert), V., Gotha 1858, 426.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

reich verpflichteten. Im Grunde lag der eigentliche Zweck des Abkommens doch darin, daß Eduard das Herzogtum Normandie und womöglich auch Guyenne gewinnen wollte, während Herzog Karl außer territorialen Vorteilen, die ihm der Vertrag vom 26. Juli zusicherte, mit den Waffen der Engländer und seiner anderen westlichen Bündnea, besonders des Herzoges von der Bretagne, während des Kampfes gegen das deutsche Reich den König von Frankreich festhalten wollte. Denn diesem einen Ziele galten seine großen Rüstungen seit April,[1] seine Werbungen bei Venedig, Mailand, Savoyen, Ungarn, dem Herrn der Provençe. Dazu sollte die Verbindung mit den Herzögen von Jülich und Kleve und die Freundschaft mit dem Pfalzgrafen und Ruprecht von Köln dienen; er wollte so das weitverzweigte wittelsbachische Haus von den übrigen Ständen des Reiches scheiden, sobald es sich gegen ihn erhob.

Der Burgunderherzog hat bei seinem Streben nach dem Reiche ziemlich den gleichen Weg eingeschlagen, wie alle früheren Bewerber zur Zeit Kaiser Friedrichs III.: nach glänzenden Versprechungen und freundlicher Bemühung sollte Gewalt voran helfen. Aber war die Gefahr für das Reich je so groß wie jetzt?

Es konnte für Herzog Karl kaum eine Störung bedeuten, wenn der Engländer erklärte, nicht vor dem 1. Juni 1475 gegen Frankreich im Felde erscheinen zu können. Ward ihm damit nicht für jetzt auch die vertragsmäßige Aufstellung eines Armeekorps an der Nordgrenze Frankreichs erspart? Er selbst hatte ja noch eben (13. Juni) die Waffenruhe mit Frankreich bis zum 1. Mai 1475 verlängert. Auch wußte Karl, daß König Ludwig sich durch Zusagen und Verträge so wenig binden werde, wie er selbst. Aber er hoffte wohl mit dem Reiche fertig zu sein, ehe sich der scheue Franzosenkönig zum Handeln aufraffte. Nach großen Erfolgen war dies überhaupt nicht zu fürchten. Und ebenso bei den Eidgenossen.[2]

Nachdem die Verhandlungen zu Mastricht abgebrochen waren,[3] verfügte sich Herzog Karl am 21. Juli, von seiner Gemahlin begleitet, zu der Armee. Am 29. Juli standen die Burgunder bei der Abtei Notre Dame vor den Thoren von Neuß, das für ein von Norden und Nord-

[1] Die Bemerkungen des Magnum cronicum Belgicum (vgl. dazu K. H. Müller, das Magn. chron. Belgic. und die in demselben enthalt. Quellen, Berlin 1888) sind zutreffend. Chmel, Habsb. Chronik CXXI. hat sie freilich mißverstanden.

[2] Man beachte die freundliche Aufnahme seiner Gesandten auch noch im September 1474.

[3] Vgl. Ennen, Gesch. v. Köln III. 493—494.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

westen heranrückendes Heer den Schlüssel zum Erzstifte Köln darstellte. Bereits am 19. Juli hatten sich hier die Vortruppen Karls gezeigt.[1]

Neuß, damals näher am Rhein und dort gelegen, wo das Flüßchen Erft in einen linken Seitenarm des Rheins mündet, war durch Natur und Kunst wohlbefestigt. Eine zahlreiche, mutige und im Waffenhandwerk wohlerfahrene Besatzung schirmte die Stadt. Als Heinrich von Hessen im Verein mit seinem Bruder Hermann daran ging, nach den Geboten von Kaiser und Reich sich des Erzbistums zu versichern, dabei vor allem gefördert durch das große Köln, das sich in starke Rüstung warf, da hatte man vor allem auf Neuß nicht vergessen.[2] Ja Landgraf Hermann war mit einer beträchtlichen Anzahl vornehmer Vasallen, mit einer Abteilung hessischer Reiter und stiftischen Fußvolks persönlich in Neuß eingetroffen, die Kämpfe und Geschicke der Bürgerschaft zu teilen. Mit Schlachtvieh und Getreide, mit Bier und Wein und Honig hatte man sich auf lange Monate versorgt.

Aber auch die Neusser blieben nicht frei von Schrecken, als das große burgundische Heer heraufzog und sich um ihre Stadt ausbreitete. Und von hier flog die furchtbare Kunde weithin durch die Lande. Da „flüchtete alles aus den Dörfern in die Städte und diese trafen Vorsichtsmaßregeln: Köln, Münster, Straßburg, ja selbst Hamburg und Lübeck brannten ihre nahegelegenen Lusthäuser und Forste, ja auch Klöster ab, damit sich der Feind nicht in denselben verbergen und be-

[1] Dafür und für das Nachfolgende s. Extrait d'une ancienne chronique l. c. Kölhoff'sche Chronik in Städtechroniken (Köln) III. 830. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 351, Nr. 490. Das sonstige Quellenmaterial deutschen und niederländisch-französischen Ursprunges nennt Ulrich in der Einleitung zur Ausgabe der Chronik Wierstraats, Deutsche Städtechroniken XXII. (Dortmund, Neuß 1) 482 ff. (vgl. vor allem Olivier de la Marche, Molinet, Comynes; das Magnum chronicon Belgicum, Knebel u. s. w.). Sonst siehe H. Markgraf, De bello Burgundico 7 ff. Ennen, Geschichte der Stadt Köln III. 517 ff. Allgemeine deutsche Biographie (Hermann von Hessen) 12, 131—135 (Ennen). Menzel, Geschichte von Nassau V. 407 ff. Rausch, Burgundische Heirat 116. Türking, Geschichte der Stadt Neuß, 66 ff.

[2] Über die Kriegsgerüchte und die Vorbereitungen zum Kriege seit Monat Juli vgl. bes. Ulrich, Akten zum Neußer Kriege 9, Nr. 6, 7, u. das Ausschreiben Herzog Karls von Luxemburg aus vom 20. Juni. Weim. Archiv. S. auch Ennen, Gesch. von Köln III. 496—515. Markgraf, De bello Burgundico, 6—7. Dagegen gehören die Nummern 1, 2, 3 bei E. Wülcker, Urkunden und Akten der Stadt Neuß 1474—1475, Neujahrsblatt des Ver. für Geschichte und Altertum Frankfurts a. M. 1877, S. 18 nicht hierher (wie auch W. in der Anerkennung für möglich hält), sondern in den August oder September. Man vgl. nur den Satz: „die von Neuß halten noch har[t], gott gebe lange", was man im Juni unmöglich schreiben konnte.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

festigen könne".[1] Wie die „niedere Vereinigung" an die Eidgenossen[2] und die in Speier versammelten Reichsstädte,[3] wendeten sich die von Neuß nach Köln, die Kölner an ihre freundlich gesinnten Nachbarn, und vor allem nach Augsburg an den Kaiser um Hilfe. „Wir schreiben aus betrübtem Herzen, wie wir in Sorgen sind, binnen kurzer Tage mit grosser Macht überfallen zu werden," erklärten sie; sie baten dringend, der Kaiser möge als von Gott gesetzter Vogt der Kirche und Schirmer der Christenheit ihnen beistehen.[4] In Köln hielt man wohl selbst Neuß nicht für stark genug, den Burgundern lange Widerstand zu leisten.[5] Und es mehrte die Sorgen des Kaisers, als gleich darauf die Meldung einlief, daß burgundische Scharen verwüstend in das Elsaß eingefallen seien. Legte so nicht der zürnende Herzog an zwei Enden machtvoll die Hebel an, um das lose Gefüge des deutschen Reiches über den Haufen zu werfen?

Der Burgunderherzog versah sich vor Neuß keines namhaften Aufenthaltes. Binnen drei Tagen, so soll ihm sein Schützling Erzbischof Ruprecht versichert haben, würden die Schlüssel der Stadt in seinen Händen sein.[6] Aber obwohl das um Neuß versammelte Heer am 30. Juli bis auf 12000 Mann anwuchs, war von Verzagtheit in der Stadt oder gar Ergebung nichts zu bemerken. Vielmehr fanden die Burgunder bei den ausgedehnten Belagerungsarbeiten, die sie alsbald begannen, seitens der Besatzung den hartnäckigsten Widerstand. Der Herzog merkte rasch, daß von einer Bezwingung der Stadt oder auch nur einer wirksamen Einschließung erst dann die Rede sein könne, wenn es ihm gelinge, die Stadt auch von der Flußseite zu bedrängen und namentlich durch die Besetzung der dort vorliegenden Rheininsel ihre Verbindung mit Köln und Bonn zu unterbrechen.[7] Unter seinen Augen rückte ja eben von dorther Verstärkung in die Festung ein. Um die Insel ward nun heiß und blutig gestritten. Ein Ausfall der Neusser in den

[1] Rausch, Burgundische Heirat 116—117.

[2] Dändliker, Ursachen u. s. w. 63.

[3] Vgl. Mone, Quellensammlung I. 512—514.

[4] Ulrich, Akten 10, Nr. 11. Brief vom 16. Juli. Vergl. über ihre sonstige bezügliche Korrespondenz ebendort 162—164, Nr. 198, 199.

[5] Köln hatte aber schon am 24. Juli beschlossen, Neuß Hilfe zu leisten. Ulrich, Akten 164, Nr. 200.

[6] Vgl. Janssen, F. R. II. 351, Nr. 490.

[7] Schilderungen der Stadt nach ihrer Lage, Befestigung und Besatzung bei Markgraf, De bello Burg. 8—9; 10. Ennen, Geschichte von Köln III. 519. Tücking, zum Teil von Markgraf abweichend, Gesch. v. Neuß 67 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ersten Augusttagen fiel dazwischen nach anfänglichem Gelingen schließlich sehr unglücklich aus. Am 11. August war die Rheininsel in den Händen der Feinde und damit die Cernierung der Stadt vollendet. Von allen Seiten konnten nun die Vorkehrungen zu wirksamer Beschießung und zur Bestürmung getroffen werden.

Bald auch hatte das Geschütz seine Arbeit gethan und waren das Rheinthor und Niederthor mit den anstoßenden Thürmen in Trümmer gesunken. Zugleich rückten die Burgunder mit ihren Laufgräben und Werken bis unmittelbar an die Stadt heran. Dann erfolgte am 10. September der erste siebenstündige Hauptsturm auf die Breschen, und als dieser mißlungen war, am selben Tage gegen Abend ein zweiter Gewaltangriff auf das Oberthor, der aber nach verzweifelten Anstrengungen wieder scheiterte. Ausfallende hessische Reiter zwangen sogar die Burgunder, mit Preisgebung ihrer Sturmmaschinen zurückzuweichen und auch ihre Toten im Stiche zu lassen.

Ungeheuer war darüber die Enttäuschung, die Erbitterung Herzog Karls. Schon seiner Waffenehre wegen hielt er es nun für unmöglich, von der Stadt abzulassen. Man setzte also die Belagerung mit erhöhter Anstrengung fort, um Neuß wenigstens vor dem Beginn des Winters zu bezwingen. Karl selbst zeigte sich unermüdlich und gleichgültig gegen jede Gefahr. Und sobald die Wirkungen seiner Geschütze, der Fortschritt der sonstigen Arbeiten einige Aussicht auf Erfolg verhießen,[1] folgte wiederum Sturm auf Sturm. Daneben war Karl unablässig bemüht, seine Scharen vor der Stadt zu vermehren und von seinen Landschaften neue Opfer für den Krieg zu fordern. Sein ganzes Benehmen bewies die Wahrheit der Worte, die man ihm in den Mund legte: „Er werde die Stadt mit Gewalt nehmen, oder sie müsse sich ergeben; entweder der Kaiser treibe ihn ab, oder er selbst bleibe hier erschlagen".[2]

Aber Landgraf Hermann und seine Ritter waren entschlossen, den letzten Hauch und den letzten Blutstropfen an die Verteidigung zu setzen. Die kampflustige Bürgerschaft blieb an Mut und zäher Ausdauer hinter der kriegsgeschulten Besatzung nicht zurück. Städter und Soldtruppen teilten sich einträchtig in den anstrengenden Dienst auf den Thoren, Thürmen und Mauern. Bei harter Arbeit mit Karst und Schaufel erwiesen sich alle so unverdrossen wie im blutigen Ringen mit den

[1] So ließ Karl Wall und Graben rings um die ganze Süd-, Südwest-, West- und Nordwestseite der Stadt ziehen. Er versuchte es, den ganzen an die Stadt angrenzenden Rheinarm trocken zu legen, baute große Belagerungsmaschinen u. s. w.

[2] Vgl. Markgraf, De bello Burgund. 27, 28.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Waffen in der Hand. Auch die Frauen nahmen mutig Anteil an der Verteidigung der Bollwerke und an den Erdarbeiten.

Ja bald schien man der harten Zeit gewöhnt. Mit manch fröhlichem Gelingen hob sich auch das Vertrauen in die eigene Kraft, welche die Eintracht verdoppelte. Musik und heitere Lieder tönten hinein in die furchtbare Arbeit des Krieges und der Zerstörung und die ganze Einwohnerschaft nahm an den öffentlichen Festen und Lustbarkeiten so lebhaften Anteil, als ob Stadt und Umgebung des tiefsten Friedens genössen. Je zornmütiger die Gegner alles daran setzten, den verhaßten Platz zu bezwingen, desto hoffnungsreicher kehrten die Verteidiger von jedem gelungenen Ausfall, von jedem glücklich abgewehrten Sturme zu den Ihren zurück.

Allmählich aber bedurfte man solchen Trostes und ward die Lage von Neuß denn doch in hohem Grade bedenklich. Wohl kamen immer neue Trostschreiben und Zusagen sicherer Hilfe und Entsetzung. Aber so oft und sehr die Neusser Kaiser und Reich ermahnten und drängten, ja nicht länger zu zögern und Ernst zu machen: der Winter kam und über die Ansammlung einzelner deutscher Scharen weit oben bei Koblenz gingen die Anstalten zum Entsatze nicht hinaus. Und wie lange Wochen sollte es dann noch dauern, ehe endlich der Kaiser mit den Kontingenten des Reiches sich in fühlbarer Nähe zeigte?

Der Gründe so gefährlicher Zögerung gab es mannigfache. Gleich auf die Meldungen vom bevorstehenden Anzuge des Herzogs von Burgund mit ganzer Macht hatte der Kaiser am 28. Juli nach Köln geschrieben: Wir wollen als römischer Kaiser fürder in den Sachen handeln, dadurch solchem Fürnehmen Widerstand beschehe und ihr bei uns und dem heiligem Reich behalten werdet.[1] So dachten auch die meisten Kurfürsten.[2] Noch am selben 28. Juli wandte sich der Kaiser an die mächtigsten Reichsstände, darunter die Herzöge Ernst, Albrecht[3] und Wilhelm von Sachsen[4] und Graf Eberhard von Württemberg,[5] mit der dringenden Aufforderung, zu raten und nach allen Kräften zu helfen,

[1] Ulrich, Akten 15, Nr. 21. Dadurch und durch das Nachfolgende berichtigt sich, was Ulrich in der Einleitung zu Wierstraat a. a. O. S. 491 hervorhebt.

[2] Vgl. Trier an Köln v. 25. Juli bei Ulrich, Urkunden und Akten 13, Nr. 17. Antw. v. 27. Juli im Koblenzer Arch.

[3] Schreiben im Weim. Arch. [4] Bei Müller, Reichstagsth. II. 661.

[5] Bei Sattler, Geschichte Württembergs unter den Grafen IV. Nr. 64. Vgl. auch Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1789; dann über des Kaisers Verhandlungen mit Württemberg den Brief Markgraf Albrechts an Graf Ulrich vom 17. August. Bamb. Arch., Burg. Kriegssachen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wie angesichts des gefährlichen Unternehmens des Burgunders er und das Reich „der schweren Lasten entladen" und „das Stift von Köln als ein Kurfürstentum und ein merklich Glied des heiligen Reiches" für Deutschland erhalten bleibe.[1]

Da vorauszusehen war, daß bei der Schwerfälligkeit der Kriegsverfassung des Reiches eine allgemeine Hilfeleistung nur langsam werde zu Wege gebracht werden, so gebot der Kaiser, der sich in so harter Zeit außer mit Adolf von Mainz, der ja an seinem Hofe weilte, besonders mit dem kriegserfahrenen und einflußreichen Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg beriet, zunächst einer Anzahl mit Stift Köln benachbarter Reichsstände, den Kölnern und Neussern nach Kräften mit Reisigen beizustehen.[2] Köln selbst warb bei seinen Freunden in nah und fern.[3] Johann von Trier, der selbst in die Stadt eilte, warf sich in starke Rüstung.[4] Zugleich machte man neue und diesmal sehr ernstliche Anstrengungen, den Streit mit dem Pfalzgrafen aus der Welt zu schaffen, damit er und mit ihm das Haus Bayern sich der allgemeinen Sache nicht entziehe.

Rasch folgten weitere Maßregeln. Da es, schon der Kürze der Zeit wegen, unthunlich erschien, einen neuen Reichstag zu berufen und von einem solchen eben auch nicht mehr zu erwarten war, als von kaiserlichen Mandaten, so wählte der Kaiser den letzteren Weg. Die Kurfürsten von Mainz und Brandenburg übernahmen es, einen Entwurf für eine Heerfahrt mit der Macht des ganzen Reiches gegen die feindliche Invasion auszuarbeiten. Um einstweilen nach Kräften zu helfen, erließ der Kaiser einen sogenannten „kleinen Anschlag": allen Reichsständen wurde befohlen, bis 21. September eine bestimmte Anzahl von Fußvolk und Reisigen, mit dem Nötigen wohl versehen, bei Koblenz im Felde zu haben.[5] Aber nicht blos am Rhein, sondern auch gegen Hoch-

[1] Siehe noch das Schreiben des Kaisers an Köln vom 22. August bei Ulrich, Akten 22, Nr. 37 und Wülcker, Urkunden und Akten 21, Nr. 14.

[2] Auftrag an die Frankfurter vom 13. Aug. bei Wülcker 19, Nr. 7, 8, 9.

[3] Werbung Kölns an Trier vom 22. Juli. Bitten um 1000—1200 Mann. Koblenzer Archiv. Neue Bitten v. 25. Juli und 1. August. Ebendort und Ulrich, Akten 13, Nr. 17.

[4] Wülcker, Urkunden und Akten 21, Nr. 14; vgl. 22, Nr. 18.

[5] Der „kleine Anschlag" ist nun gedruckt in Font. rerum Austriac. XLVI. 275—276, Nr. 258. Der Befehl an die Augsburger bei Müller, Reichstagsth. II. 649—650. An die Frankfurter bei Wülker, Urkunden und Akten 23, Nr. 39. An Ernst von Sachsen im Weim. Archiv. Betreffs des Aufgebotes Brandenburgs vgl. man Fontes rer. Austr. XLVI. 277—278, Nr. 261; vgl. 280. Vgl. auch Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1792.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

burgund und sonst sollte damit Hilfe geschehen. Die im burgundischen Heer dienenden Reichsangehörigen wurden abgerufen.[1]

Eine ganz ungewöhnliche patriotische Begeisterung, ein hohes Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit des Reiches und ein fester Glaube an den guten Willen aller Reichsstände, nach Kräften zur Züchtigung des kecken Eindringlings beizutragen, spricht aus dem großen Plane einer Mobilisierung des ganzen Reiches, den jetzt Albrecht Achilles — ihm kam offenbar der Hauptanteil zu — und mit ihm Erzbischof Adolf dem Kaiser unterbreiteten. Das gesamte Reich von den Alpen bis an die Nordmeere und alle mit ihm verbündeten Könige des Nordens und Ostens, der Schotte, der Däne wie der Pole, sollten mit dem ganzen Aufgebote der Ihren zusammenwirken, eine Truppenmasse von 130000 Mann sollte damit aufgebracht und, in fünf Heere geteilt, ebenso im Osten die Türken und den Ungarkönig in Schach halten, wie im Westen die Burgunder zur Räumung des Reichsbodens zwingen. Für erstere Aufgabe wurden die Kontingente von Böhmen, Österreich, Salzburg, Bayern und der schwäbischen Herren bestimmt. Die Dänen, Schotten und Friesen hatten den Burgunder zur See zu bekämpfen, die übrigen 90000 Mann, eine überwältigende Übermacht, dem Herzoge von Burgund zu Lande zu Leibe zu gehen.

Auch das weitere war bedacht. Der Kaiser verfügt so großartige Rüstungen von Frankfurt aus, wohin er sich eilends begeben soll. Von hier, gleichsam des Reiches Hauptstadt, aus wird er handeln „den alten Fußstapfen seiner Vorfahren nach: wo sich ein Schaden erhebt, dem zu begegnen". Nach seinem Gehote sollen Herzog Sigmund von Österreich, seine Bündner und die Eidgenossen 20000 Mann bereit halten. Die Kurfürsten von Mainz, Trier, die pfalzgräflichen Lande und was sich von Kurköln zum Teile Hermanns von Hessen hält, stellen ebenfalls 20000 Mann. Weitere 20000 Streiter werden Kurbrandenburg, Sachsen, Hessen und die Städte in Franken auf einem Tage zusagen, den Kurfürst Adolf mit kaiserlicher Vollmacht am 28. August in Bamberg halten soll. Desgleichen gebieten der Erzbischof von Magdeburg, Markgraf Johann von Brandenburg und Herzog Heinrich von Mecklenburg den Fürsten und Städten von Niederdeutschland im Namen des Kaisers die Stellung von Truppen, die, mit ihren Aufgeboten vereint, neue 20000 Mann zählen. Württemberg, Baden und alle Herren und Städte in Schwaben, die nicht im Bunde mit Herzog Sigmund sind,

[1] Ulrich, Akten 23, Nr. 29. Aufforderung vom 29. August.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

stellen 10000 Mann. Die Armee von 30000 Mann, die im Osten operieren sollte, hatte sich aus 10000 Böhmen, 10000 Österreichern, Salzburgern, Görzern u. s. w., endlich 10000 aus Bayern, der Oberpfalz und den bayerischen Bistümern zu formieren.

Hinsichtlich der Durchführung des Feldzuges war von den Fürsten vorgeschlagen: Die Aufgebote des Herzogs von Österreich-Tirol und seiner Bündner, dann der rheinischen Fürsten haben sofort „anzugreifen" und die Städte und Schlösser des Reichs gegen Burgund „zu verwahren", bis die übrigen Heeresmassen herangekommen sind. Allen, die am Kriege teilnehmen, wird feierlich zugesichert, „kaiserliche Majestät, Kurfürsten, Fürsten und das ganze Reich würden sie nicht verlassen", sie möchten nur „hart halten und thun als Biederleut". In unverbrüchlicher Eintracht und gleicher Opferwilligkeit sollten alle dieselben Lasten auf sich nehmen. Den Oberbefehl über die Gesamtmacht, die gegen Westen zieht, übernimmt der Kaiser. Unter ihm werden die vier Heere von je einem Fürsten von Österreich, Sachsen, Bayern und einem der geistlichen Kurfürsten kommandiert.[1] Endlich hatte man auch auf die ersten Kosten des Unternehmens gedacht und sie auf 100000 Gulden angeschlagen. Die ganze Hälfte dieser Summe legte man auf die Kölner, derentwegen ja zum guten Teile der ganze gewaltige Zug ins Werk gesetzt wurde. Die andern 50000 Gulden hoffte man aus den Zöllen im Stifte Köln zu gewinnen, deren Ertrag — er mochte zustehen wem immer — auf zwei Jahre in Anspruch genommen ward. Was etwa hier über 50000 Gulden einginge, sollte der Stadt Köln zugewiesen werden.[2]

Dem Ratschlage der Kurfürsten gemäß ergingen sofort nach allen Seiten die Weisungen und Werbungen. Zugleich ritt Stefan von Bayern, Dompropst zu Köln, neuerdings nach Frankreich, den Abschluß eines Bündnisses mit König Ludwig einzuleiten, wie die Fürsten nun für gut hielten. Dem Erzbischofe Ruprecht, ja selbst dem Herzoge von Burgund brachte ein kaiserlicher Ritter entschieden gehaltene Abmachungsschreiben.[3]

[1] Der Markgraf von Brandenburg ist wohl nur deshalb nicht genannt, weil Albrecht Achilles sich von vornherein seinen Platz als Stellvertreter des Kaisers an der Spitze der Operationsarmee dachte.

[2] Der große Anschlag vollständig gedruckt bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 419—427. Ein Bruchstück auch bei Wülcker, Urkunden und Akten Nr. 84—85. Abschriften erliegen auch im Bamb. Arch. (Burgund. Kriegssachen) und Weimar. Arch.

[3] Vgl. Janssen, F. R. 351, Nr. 490 im Zusammenhalte mit Wülcker, Urkunden und Akten 74—75. woraus sich der Zeitpunkt genau erkennen läßt. Auf ein früheres Schreiben an Ruprecht deutet Janssen a. a. O. 351, Nr. 488.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Den Kölnern ward wieder und wieder vom Kaiser Hilfe zugeschrieben, „sie großlich damit zu trösten".[1]

In der That begannen an vielen Orten die Rüstungen, besonders dort, wo man sich selbst mitbedroht sah. Es zeigte sich in Köln bei den Vorbereitungen zur Abwehr die freudige Hingebung aller, und unermüdlich war man bereit, Geld aufzuwenden. Erzbischof Johann von Trier warb, soweit es in seinen Kräften stand. Gute Gesinnung erschien auch anderswo, so im Brandenburgischen, während zugleich Markgraf Albrecht statt Adolfs von Mainz, der der Rüstungen wegen erst in sein eigenes Stift sich begab, die fränkischen Stände in Bamberg für den Krieg zu gewinnen strebte, in Hessen, einer Anzahl von Reichsstädten[2] und namentlich am Oberrhein. Freilich begannen hier (seit August) die Hauptleute Karls von Hochburgund aus mit Brand und Verwüstung den Rachekampf gegen die österreichischen Pfandgebiete, ihren Herrn und dessen Verbündete.[3] Doch hatte Basel schon am 22. April dem Herzoge von Burgund abgesagt. Herzog Sigmund, die Glieder der „niederen Vereinigung" rüsteten mit Macht. Die Eidgenossen, zu denen der Kaiser wegen „des Herzogen von Burgundi Fürnehmen" am 17. September den Grafen Rudolf von Sulz in besonderem Auftrag abordnete,[4] geboten, daß jeder der Ihren am 7. September zu Luzern „mit vollem Gewalt" sei, alsdann die Sachen von des Heerzugs und Kriegs wegen zu beschließen.[5] An der Vollendung der „ewigen Richtung", dem Abschlusse eines neuen Bündnisses zwischen den Eidgenossen und Frankreich, der Erweiterung der „niederen Vereinigung"[6] ward da und dort eifrig gearbeitet; alle Differenzen von minderem Belang wurden zurückgestellt.

Aber bald traten auch von allen Seiten Schwierigkeiten und Störungen an den Kaiser heran. Zwar eine Einwendung ist unseres Wissens nicht mit Nachdruck erhoben worden: daß ihm etwa ohne

[1] Janssen a. a. O. 351—352, Nr. 490—491. Schreiben v. 23. u. 27. April aus Köln. Man vgl. auch „Zur Geschichte der Belagerung von Neuß 1474—1475, Mitteilungen aus dem Stadtarchive zu Köln, Heft 8, a. m. St.

[2] Vergl. vor allem K. Menzel, Geschichte von Nassau V. 408 ff., wo auch die Quellen.

[3] Vgl. Basler Chroniken II. 103 ff.; III. 392—404. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 161. Segesser, Abschiede II. 496 a. a.

[4] Segesser, Abschiede II. 501, Nr. 756. Beisatz 1.

[5] Ebendort 495, Nr. 753. Beschluß vom 25. August; 499.

[6] Segesser, Abschiede II. 493 ff., Nr. 750 a. a. Vgl. Mitteil. des Stadtarch. zu Köln, Heft 8, S. 4 (Separatabdr.), den Fürstentag zu Straßburg betreffend, und Wülcker, Urkunden und Akten 20, Nr. 13 (Tag zu Feldkirch, 23. August).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Zustimmung der Stände wenigstens nach dem Herkommen nicht wohl zustehe, durch einfache Mandate oder auf dem Wege partieller Versammlungen dem Reiche so weitgehende Verpflichtungen aufzuerlegen. Es trat ein, was nach der Art, wie sich das Reichstagswesen seit mehr als einem Menschenalter unter Friedrich III. entwickelt hatte, kaum ausbleiben konnte: diese Art ständischer Vertretungen, die, unzähligemale versammelt, seit langen Jahrzehnten stets unfruchtbar geblieben waren, deren Beschlüsse noch viel mehr daran scheiterten, weil man bei den unklaren Kompetenzen der Reichstagsglieder jedes Präjudiz für die Zukunft scheute, als weil man überhaupt nichts bewilligen wollte, wurde von den eigenen Interessenten im selben Momente bei Seite gestellt, indem es sich um wirkliche und dringend notwendige Opfer handelte.[1]

Diese Erkenntnis hinderte freilich nicht, daß all die Mängel der politischen und Kriegsverfassung des Reiches, daneben die Selbstsucht, Hinterhältigkeit und zähe Unlust, daß Ungehorsam und Mißtrauen der Stände und der Mangel an wahrer Macht und an stolzem kaiserlichem Selbstgefühl bei dem Oberhaupte des Reiches hervortrat. Wenn je einmal, ist aber jetzt Kaiser Friedrichs Gelassenheit und unerschöpfliche Geduld zur Tugend geworden, und wo jeder rascher empfindende, energischere Fürst sich in fruchtlosen Versuchen erschöpft hätte, da hat seine zähe Energie, sein allein auf das letzte Ziel gerichteter unbeugsamer Wille das Werk vollbracht und einen unerwarteten Erfolg errungen.

Die Verständigung mit Friedrich von der Pfalz gelang auch diesmal nicht.[2] Das war nicht zu verwundern. Die Vorschläge, die ihm der Kaiser hatte machen lassen, gingen zwar — es war ein Ähnliches ja schon in Trier geschehen — in der Hauptsache dahin, dem Kurfürsten die Anerkennung in seiner Würde und die Belehnung mit dem Kurfürstentum in Aussicht zu stellen, aber die sonst daran geknüpften Bedingungen waren auch jetzt so hart, daß der Pfalzgraf keine Neigung verspürte, sie anzunehmen. Denn abgesehen von Zugeständnissen an das Reich — die Rückgabe der Mortenau und der Landvogtei —, an den Kurfürsten von Mainz, den Grafen von Veldenz, den Markgrafen von Baden und Graf Ulrich von Württemberg, wofür aber eine Entschädigung von 70000 Gulden verheißen war, sollte Kurfürst Friedrich

[1] Vergl. auch Dewitz, Reichstage und Reichsverfassung unter Friedrich III., Kaiser von Deutschland. 1880.

[2] Vergleiche dazu auch Allgemeine deutsche Biographie, Friedrich der Siegreiche (K. Menzel) 7, 593—603.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sich verpflichten, die Beschlüsse der Reichstage von Regensburg und Augsburg anzunehmen und namentlich dem Kaiser die Errichtung einer festen Jahresrente von 100000 Gulden aus dem Reiche und kriegerischen Bestand mit Macht in allen den Fällen zu bewilligen, in welchen ein äußerer Feind in das Reich einbreche oder Ehre und Stand der kaiserlichen Majestät in Gefahr sei.[1] Die Landstände des Kurfürstentums, denen diese Bedingungen vorgelegt wurden, fanden sie zu hart. Die Anerbietungen, welche dann der Kurfürst dem Kaiser machte, waren verhältnismäßig so gering, daß sie fast wie ein Spott erschienen. Von einer Annahme war so keine Rede.[2] Der mächtige Pfälzer that aber nun nicht bloß nichts für den Reichskrieg, sondern er bereitete den dem Kaiser zuziehenden Kontingenten mancherlei Hemmnisse und Schwierigkeiten.[3] Und wie er hielt sich mit Ausnahme der Veldenzer das ganze Haus Bayern, auch Ludwig von Landshut, auf den, scheint es, namentlich die Neusser und Landgraf Hermann rechneten.[4] Sie wiesen jede Förderung eines Unternehmens zurück, das gegen den Bündner und Schirmherrn eines der Ihren, des Erzbischofs Ruprecht, gerichtet war.[5]

Noch ärgerlicher, weil ganz unerwartet, kam dem Kaiser die ablehnende Haltung der Sachsenherzöge. Auf die kaiserliche Aufforderung vom 20. Juli hatten die Herzöge kurz geantwortet, es sei schwer, sich in den Dingen schriftlich zu äußern; auch werde der Kaiser wohl schon wissen und mit sich einig sein, was zu thun sei; sie würden sich darnach halten.[6] Dem Kaiser war diese Art von Ablehnung zu lange bekannt, um sich durch die ehrerbietige Form täuschen zu lassen. Auch waren ihm die Gründe nicht verborgen: Streitigkeiten mit dem Bischofe von Würzburg, dann aber Verhandlungen mit König Matthias von Ungarn, der ihnen weitere Erwerbungen in Schlesien in Aussicht stellte.

Neue Schreiben, nicht nur des Kaisers,[7] sondern auch des Erzbischofs Adolf von Mainz[8] und des Kurfürsten von Brandenburg,[9]

[1] Kremer, Urkunden 497—500, Nr. 182. Artikel vom 24. August.

[2] Kremer, Urkunden 501—503, Nr. 183.

[3] Vergl. jetzt Fontes rer. Austr. XLVI. 295, Nr. 279; 304, Nr. 289; 305, Nr. 291 und Bamb. Archiv, Burgund. Kriegssachen.

[4] Mitteil. aus dem Stadtarchiv Köln, 8. Heft, 5. Zwei Schreiben v. 1. Aug.

[5] Menzel, Gesch. v. Nassau V. 409—410.

[6] Brief an den Kaiser vom 14. August. Weim. Ges. Archiv.

[7] Vgl. den Bericht der Herzoge vom 25. August über Pappenheims Werbung an ihren Vetter. Weim. Archiv.

[8] Ebendort. Schreiben vom 15. Aug. Auch Heinrich von Hessen wendete sich wie an Kurbrandenburg so an Sachsen.

[9] Von Verhandlungen mit Albrecht von Brandenburg redet der Brief der jün-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

blieben erfolglos wie die Sendung des Sendung des Reichsmarschalls von Pappenheim, der die Herzöge zu einem Fürstentage für den 14. September nach Schweinfurt lud.[1] Und doch hatte der Kaiser versprochen, sie mit dem Bischofe von Würzburg zu vergleichen, und Friedrich war willens, sich selbst nach Würzburg zu verfügen, wohin verschiedene Fürsten und Städte geladen wurden.[2] Die jüngeren Herzöge redeten sich dahin aus, sie müßten sich vorerst mit ihrem Vetter in Thüringen verständigen.[3] Und als es mit Würzburg in eben jenen Tagen zu einem Ausgleiche kam,[4] so blieben sie trotzdem entschlossen, am 19.—20. September, wie ihre Räte vereinbart hatten, in Breslau mit König Matthias von Ungarn zusammenzutreffen.

Es kamen in jenen Tagen von befreundeter Seite aus dem Osten, Norden und dem Westen Meldungen, die den Kaiser in schwere Sorge, ja Bestürzung versetzen konnten. Da lief, nachdem nun doch endlich ein polnischer Bischof als Gesandter König Kasimirs die Bestätigung der Nürnberger Beredungen nach Augsburg überbracht[5] und die Kunde von mächtigen Rüstungen in Böhmen und Polen gegen Ungarn durch die Lande erschollen,[6] ein Schreiben des Königs Wladislaw von Böhmen ein mit Andeutungen über Absichten seines Vaters, die der Kaiser den Verträgen „nicht ganz gemäß und fast widerwärtig" fand. Alsbald sandte Friedrich den Fiskal Dr. Hans Keller nach Böhmen, bei den Königen „allen Fleiß anzukehren", daß sie mit dem Könige von Ungarn keinen Frieden eingehen, sondern den Nürnberger Abmachungen nachkommen sollten.[7] Seine Sendung zu unterstützen ging der Kaiser soweit (17. September), nun die böhmischen Herren von der Seite des Ungarkönigs aufzufordern, „Wladislaw fürbaß als Kunig zu Beheim" anzuerkennen.[8] So gab er das Beispiel: Indem er Wladislaw seinerseits als rechtmäßigen König nominierte, stellte er sich entschieden den ungarischen Ansprüchen entgegen.

geren Herzoge an Herzog Wilhelm v. 2. Sept. Vergl. Font. rer. Austr. XLVI. 276—277, Nr. 260.

[1] Vgl. Anm. 6 und Font. rer. Austr. XLVI. 277, Nr. 260.

[2] Müller, Reichstagsth. II. 661. Vgl. dazu Wülcker, Urkunden und Akten 25, Nr. 25. Markgraf, De bello Burgund. 15.

[3] Font. rer. Austr. 277, Nr. 260.

[4] Ebendort 279, Nr. 261. Doch zeigt 277 (vom selben Datum), daß noch manches zu bereden war, was auf einem neuen Tage in Erfurt geschehen sollte.

[5] Font. rer. Austr. XLVI. 281, Nr. 264.

[6] Ebendort 280, Nr. 262 (betr. die Böhmen) und 274, Nr. 257 (betr. die Polen). Vgl. ebendort 281.

[7] Instrukt. v. 14. Sept. ebend. 281—282, Nr. 264. [8] Ebend. 283, Nr. 262.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Vom Rhein her kam (Mitte August) die Kunde, Herzog Sigmund, die Eidgenossen und die „niedere Vereinigung" wollten nicht kämpfen, sondern Frieden haben.[1] Herzog Sigmund war zu bitter enttäuscht, als er ersah, daß König Ludwig von Frankreich in der definitiven Fassung der „ewigen Richtung" (Senlis, 11. Juni) allein den Wünschen und Interessen der Eidgenossen Rechnung trug.[2] Dazu schuf ihm auch der Kaiser Schwierigkeiten, da er sich weigerte, die Richtung formell gutzuheißen, wie es doch eigentlich in Konstanz zugesagt war.[3] Auch die Eidgenossen zögerten immer wieder, sich mit Sigmund und der „niederen Vereinigung" für den Krieg mit Burgund in eine Reihe zu stellen.[4] Der Dänenkönig endlich war so weit entfernt, an ein gewaltsames Vorgehen gegen Burgund zu denken, daß er sich vielmehr Herzog Karls Fürsprache bei den Ditmarschen gefallen ließ[5] und nahe daran war, sich durch die Vorspiegelung einer Vermählung des Fräuleins von Burgund mit einem seiner Söhne, so abgebraucht dies Mittel war, für Karl ködern zu lassen.[6] An Christian ging darauf eine Botschaft des Kaisers mit der Aufforderung, sich nach seinen Versprechungen und als ein Fürst des Reiches zu halten, und eine Mahnung des verwandten Kurfürsten Albrecht Achilles obendrein, die Heiratssache „als ein Trügnis" anzusehen.

Zu all dem zeigten sich die Herzöge von Jülich und Kleve mehr burgundisch als deutsch.[7] Andere Reichsstände blieben gleichgültig und unlustig, wieder andere mit ihren privaten, oft sehr umfänglichen Fehden beschäftigt.[8] Um so bitterer mußte all dies für den Kaiser sein,

[1] Markgraf Albrecht am 17. August an Peter Knorr (in Augsburg). Bamb. Arch., Burgund. Kriegssachen. Herzog Sigmund hatte damals die Gelegenheit für günstig erachtet, die Wiedererrichtung des Herzogtumes Schwaben vom Kaiser zu verlangen: Es sollte ihm verliehen und die Grundlage für die Ausgestaltung eines geschlossenen habsburgischen Territoriums sein. Chmel, Mat. II. 325—326. Der Kaiser widerstand aus guten Gründen, die aber nach allem der Erzherzog nicht anerkannte.

[2] Dierauer, Gesch. der Schweizer. Eidgenossenschaft II. 182—183, wo (183 Anm. 1) auch die Quellen verzeichnet sind.

[3] Der Herzog „und seine Erben" heißt es in der Richtung. Das waren der Kaiser und sein einziger Sohn Maximilian.

[4] Segesser, Abschiede II. v. l.

[5] Schreiben Karls an die Ditmarschen v. 25. Juli. Bamb. Arch.

[6] Font. rer. Austriac. XLVI. 286—288, 269.

[7] Mitteil. aus dem Stadtarchiv zu Köln, Heft 8, 5 ff. Kaiserliche Erforderung an die von Kleve, Jülich und Berg vom 5. Sept. bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, CXXXV (Habsb. Chronik).

[8] Man vgl. den Kampf zwischen dem Bischof von Münster und Gerhard von

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

als die Kölner und Neusser unablässig drängten und flehten,[1] er selbst aber mit den Seinen sich in Augsburg so ausgegeben hatte, daß er nicht im stande war, die Handwerker zu bezahlen. Schon schrieb man aus Köln, daß Fürsten und Herren, Städte und Gemeinden, sonst wohlgesinnt, sich aus Furcht vor dem Herzoge von Burgund nicht getrauten, der Pflicht gegen das Reich und die eigene Freiheit zu entsprechen und in Rüstung zu treten.[2]

Unter solchen Umständen war es kein Wunder, daß mit dem „kleinen" Aufgebot gar nichts erreicht ward. Im Gegenteil! Als man sich angesichts der vielfältigen Hemmnisse in Augsburg entschloß, das Aufgebot wieder und zwar auf den 10. Oktober nach Köln zu erstrecken, da waren manche Kontingente längst nach Koblenz abgerückt.[3] Hier blieben sie nun unverwendet und ohne Verstärkung stehen. Große Summen wurden nutzlos aufgebraucht und, weil damit das Vertrauen schwand, auch der „Zug mit Macht" schwer geschädigt.[4]

Der Kaiser war am 24. September von Augsburg nach Würzburg aufgebrochen, nicht ohne beschämende Fährlichkeiten wegen Nichtbezahlung von Kost und Lieferungen bei Gastwirten und Handwerkern zu haben, bis die Kölner Gesandten das Nötige vorstreckten.[5] Nun bewog er in Würzburg,[6] von Markgraf Albrecht kräftigst unterstützt, die Fürsten von Sachsen zu ausgiebiger Teilnahme am Reichskriege. Kurfürst Ernst war wirklich vor wenig Tagen in Breslau bei König Matthias von Ungarn gewesen. Er hatte freundliche Aufnahme gefunden, aber bezüglich der Ölser Lande ein Übereinkommen mit Konrad dem Weißen, das er erhofft, nicht erzielt. Nun mühte er sich, sehr zum Verdrusse des Kaisers, als Vermittler zwischen den Königen des Ostens, wieder ohne

Oldenburg. Detmar, Lübeckische Chroniken II. 359. Vgl. auch Fontes rer, Austr. LXVI. 287, Nr. 269.

[1] Zahlreiche Belege in den Mitteil. aus dem Stadtarch. zu Köln S. 5 ff. (Von nun an als Mitteilungen zitiert). Vergl. auch Font. rer. Austr. XLVI. 288—289, Nr. 272.

[2] Vgl. Ad. Ulrich, Akten 19—22, Nr. 36; 34, Nr. 41. Mitteil. 8, S. 6, 7. Wülcker, 24. Diebold Schilling, Burgund. Kriege 153—154. Ennen, Gesch. v. Köln III. 513.

[3] So erhielt Johann von Trier die kaiserliche Verständigung erst am 20. Sept. Vgl. seinen Brief an die Kölner v. 21. Sept. im Koblenzer Archiv.

[4] Vgl. Markgraf, De bello Burgund. 21.

[5] Wie weit Gassari Scriptor. ap. Mencke, Scriptor. rer. Saxonicarum I. verläßlich sind, bleibt dahingestellt.

[6] Er zog über Aalen und Rothenburg. Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 289, Nr. 273, 274.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

etwas zu erreichen[1]. Um so mehr begreift man sein Begehren, zu dem alten Verständnis mit dem Kaiser zurückzukehren, und seine Bereitwilligkeit, neben Brandenburg, Mainz und Trier Räte zu entsenden, die entsprechend den Abmachungen des Grafen Emicho von Leiningen am französischen Hofe am 18. Oktober zu Frankfurt a. M. zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich beginnen sollten.

Endlich kamen dem Kaiser auch günstige und wichtige Meldungen von anderer Seite zu. Ende August hatten französische Räte mit der formell ausgefertigten Urkunde der ewigen Richtung zugleich ein neues Bündnisangebot König Ludwigs an die Eidgenossen gebracht, in dem der König weit über seine früheren Erbietungen hinausging und namentlich der Geldliebe der Schweizer in vollem Maße Rechnung trug. Schon am 17. September erklärte sich darauf die Mehrheit derselben unter der Führung Berns mit dem französischen Bündnisse einverstanden. Um zugleich mit Herzog Sigmund zu Ende zu kommen, ward ein Tag nach Feldkirch angesagt (2. Oktober), wo der Vertrag zwischen den Eidgenossen und Frankreich in seinen Einzelheiten festgestellt und zugleich die ewige Richtung vollendet werden sollte. Beides gelang. Herzog Sigmund, infolge der burgundischen Angriffe auf seine Vorlande hilfsbedürftiger als je, mußte der Entscheidung des Königs von Frankreich zustimmen. Wie schwer es ihm ward, erhellt am besten daraus, daß er es nicht wagte, dem Kaiser sofort den vollen Sachverhalt mitzuteilen.[2] Die Gewaltboten der Schweizer Kantone, in Luzern versammelt, gaben den Bernern die Vollmacht, im Namen Aller mit König Ludwig das Bündnis abzuschließen (21. Oktober). Und am selben Tage erlangte der leitende Ort auch die Zustimmung aller Boten, dem Herzoge von Burgund abzusagen. Wirklich ging schon am 25. Oktober die Kriegserklärung in das burgundische Lager vor Neuß ab, und zugleich an Herzog Sigmund von Österreich die Meldung, die Eidgenossenschaft wolle den Geboten des Kaisers gehorsam an der Seite von Kaiser und Reich und ihrer Verbündeten in den Krieg gegen den Herzog von Burgund eintreten.[3] Herzog Sigmund erlangte für sich einen Schirmbrief des

[1] Vgl. seine Berichte u. s. w. in Font. rer. Austr. XLVI. 289 ff. Auch Scr. rer. Siles. XIII. 150 ff., dann die Korresp. mit Herzog Wilhelm im Weim. Arch.

[2] Vgl. übrigens die Verwahrung des Herzoges betr. seine Erben bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 259 und die Antwort des Kaisers v. 28. Oktober bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 159.

[3] Vergl. nun Dierauer, Gesch. der Schweiz. Eidgenossenschaft II. 193 ff., wo auch die Quellen und Litteratnr. Vergl. namentlich S. 193, Anm. 3 und S. 195, Anmerk. 1. Damals waren (wegen Mömpelgart) auch schon die Württembergischen

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Königs von Frankreich und eine Jahrespension von 10000 Franken.[1] Doch ritten seine Räte Graf Hans von Eberstein und Meister Bernard Stürtzel doch gleich wieder zu König Ludwig XI., um noch hinterher durch die Fürsprache des Königs einige Zugeständnisse von den Schweizern und namentlich auch ein festes Bündnis mit Mailand zu erlangen, wodurch Tirol gegen das mit Burgund einige Venedig gedeckt werden sollte. Auch die Aufnahme des Herzogs von Lothringen in den Bund gegen Burgund ward begehrt; denn schon hatte Herzog Reinhard deswegen bei Sigmund von Tirol anklopfen lassen.[2]

Es war fröhliche Kunde, was da der Kaiser in Würzburg durch Meister Thomas von Cilly, Dompropst zu Konstanz, den er, scheint es, zu seinem Vetter entsendet, vernahm: die Eidgenossen würden binnen vierzehn Tagen mit 16000 Mann gegen Hochburgund ziehen, Herzog Sigmund und die niedere Vereinigung ihre Streitkräfte ebendorthin und zwar gegen Mömpelgard ins Feld stellen und der König von Frankreich durch gewaffneten Angriff und durch reiche Geldzahlungen an die Eidgenossen gleichfalls das Unternehmen fördern.[3] Aus dem Osten hörte man, daß König Matthias von Ungarn von weit überlegenen Heeren der Könige von Polen und Böhmen zugleich bedroht sei.[4] Über Neuß aber sandten die Kölner endlich bessere Nachricht: Fürsten und Volk am Niederrhein und in dem Lande der Westfalen seien von mächtiger Erregung ergriffen, alles, „was Stangen und Stab tragen könne", werde sich erheben, sobald der Kaiser mit dem Reichsheere heranrücke, Neuß zu helfen. Es kam auch wichtige Botschaft über das Heer der Burgunder vor Neuß, das noch lange nicht so furchtbar sei, als man vorhin geglaubt, über die Unzufriedenheit in des Herzogs Landen, über dessen schwindende Siegeszuversicht.[5] Und nun erwachte an der heldenmütigen Haltung der Neusser Bürgerschaft endlich auch weithin die patriotische Begeisterung, das alte Gefühl von des Reiches Ehre und Größe und Kraft. Sogar der rücksichtslose Pfalzgraf wich davor zurück. Er

Grafen mit den Eidgenossen im Bunde. Vgl. Zellweger, Schweizer Archiv V. (1847), 125—126; 127.

[1] Zellweger, Schweizer Arch. V. 131. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 258.

[2] Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 248—256. Die Bevollmächtigung der Gesandten ebendort 260. Über ihre Verrichtung s. ebendort 261—270. Lichnowsky VII. Beil. V. S. 480—488.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 310—311, Nr. 297.

[4] Vergl. ebendort 312 a. a.

[5] Vergl. ebendort 313—319, Nr. 307. Vergl. Basler Chroniken II. 134 bis 137 u. m. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

könne zwar, schrieb er an Markgraf Albrecht, nicht gegen den eigenen Bruder Beistand im Felde thun, aber er sei nicht gemeint, der Heerfahrt der deutschen Nation widerwärtig zu sein, da er darin geboren sei und in ihr „hinkommen" wolle.[1] Auf 60000 Mann berechnete der Brandenburger schon jetzt die Heeresmacht, die dem Kaiser rheinabwärts folgen würde.[2]

Kaiser Friedrich, „ganz entzündet von Kriegslust", setzte nun noch schärfer ein. Auf die Meldung, die Burgunder hätten mehrer Städte des Kölner Erzstiftes, die sich zu Ruprecht hielten, wie Linz, Sinzig und Remagen, besetzt, beauftragte er am 11. November die Erzbischöfe von Trier, Mainz und die Stadt Köln, sie, sei es mit Güte, sei es mit Gewalt, zum Gehorsam gegen das Reich zurückzubringen und so die Straße nach Köln offen zu halten.[3] Den Frankfurtern war befohlen, drei Reichsbanner herzurichten und eines davon sofort dem Erzbischofe von Mainz zu übergeben. An Adolf, an Kurfürst Albrecht Achilles und Landgraf Heinrich von Hessen wurden die Kontingente gewiesen, die sich jetzt trotz Wintersturm und Regengüssen auf bösen Wegen, aber erfüllt von gutem Geiste und ernster Kriegslust, zahlreich gegen Koblenz in Marsch setzten.[4] Da, als nun doch nach unendlicher Mühe das Reich in angemessene Waffenrüstung trat, schien aber auch schon wieder, noch ehe der Kaiser (23. November)[5] mit seinem Sohne Maximilian Würzburg verlassen, der Friede nicht nur möglich, sondern sogar nahe.

„In einer Samtschaube" war der Kaiser von Würzburg ausgeritten gegen Frankfurt, wohin er auch die Fürsten des Reiches entboten hatte.[6] Als ihn die Seinen fragten, „ob seine Gnad nicht den Harnisch führen wollte und wie sie sich in das Feld rüsten sollten", hatte er geantwortet, „es bedürfe nicht Fechtens".[7] Die Schreiben, welche damals die Herzogin Jolanthe von Savoyen mit dem Erbieten friedlicher Vermittelung an ihn und einige seiner Fürsten richtete,[8] werden es nicht gethan haben. Auch kaum die gleichen Anträge Christians I. von Dänemark, der bereits

[1] Ebendort 305, Nr. 291. Brief v, 23. Okt. [2] Ebendort 315, Nr. 304.
[3] Vgl. Chmel, Reg. II. 673, Nr. 6033. Markgraf, De bello Burg. 21.
[4] Vgl. Menzel, Geschichte von Nassau V. 411—412 Fontes rerum Austr. XLVI. 319—320.
[5] Font. rer. Austriac. XLVI. 320, Nr. 308.
[6] Vgl. sein Schreiben vom 10. September an Diether von Isenburg. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, CXXXV. Vgl. ebendort 416.
[7] Font. rer. Austr. 320, Nr. 308.
[8] Sie schrieb außer an den Kaiser auch an Albrecht von Brandenburg und an Albrecht von Sachsen. Der Kaiser gab ihr scheint es keine Antwort. Die Korrespondenz mit Albrecht von Sachsen bei Müller, Reichstagsth. II. 674.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu Beginn Oktober deshalb eine neue Gesandtschaft an Herzog Karl abgefertigt hatte,[1] oder etwa die Hoffnung auf eine päpstliche Vermittelung. Wichtiger war, daß der Bote, welchen der Kaiser ins Klevische geschickt, das Thun der Dänen zu überwachen, von einem Mißerfolge Herzog Karls vor Neuß, von anscheinend friedlichen Versicherungen desselben gegenüber den dänischen Räten und weiter berichtete, daß der Herzog „zu diesem mal aller Arbeit gegen die von Neuß müssig wäre".[2] Und stimmte damit nicht des Burgunderherzogs schlimme Lage, und was er sonst that?

In ohnmächtigem Grimm sah Karl immer wieder seine Sturmkolonnen an den Mauern von Neuß zerschellen, seine Mittel schwinden, seine Lande in Unzufriedenheit, ja dem Aufruhr nahe, seine Bündner alle unthätig, seine Kombinationen vergeblich. Oder war es ihm gelungen, Mailand und Neapel[3] zu gewinnen? Rührte sich für ihn der König von Ungarn oder die Sippe des Pfalzgrafen? War er nicht mit seiner eidgenössischen Politik völlig gescheitert? Und nun erhob sich dank der rastlosen Bemühungen des Kaisers das große deutsche Reich denn doch mit unheimlicher Entschiedenheit gegen ihn, der ruhmlos sich vor Neuß festgehalten sah! Und welche mächtige Wetterwolke bedrohte seine oberen Lande von Osten, Süden und, wie er leicht ermessen konnte, auch von Frankreich her! Man begreift es so, wenn jetzt der Absagebrief der gefürchteten Eidgenossen auf Karl den tiefsten Eindruck machte. Die schwersten Besorgnisse, aber auch den Abgrund unbegrenzter Erbitterung gegen die Berner rief diese Fehdeansage in dem leidenschaftlichen Fürsten wach.

Am 1. November erließ Herzog Karl ein Schreiben an Erzbischof Adolf von Mainz: Er halte es für unwürdig, auf die Gerüchte zu antworten, die der Kaiser, neidisch auf seine Macht und sein Glück, über ihn verbreite. Weit entfernt, einen Teil des Reiches, wie man ihn, Karl, beschuldige, mit gewaffneter Hand losreißen zu wollen, thue er vielmehr, was da begonnen sei, für Deutschlands Wohl. Wie alles so stamme der elende Zustand der deutschen Kirche von den Übergriffen der weltlichen Macht her, und so stehe auch das Erzstift Köln, zerrüttet durch die Unbotmäßigkeit des Kapitels und seines Vormannes, Hermann von

[1] Sie sind vor Neuß bereits am 18. Oktober. Vgl. Godefroy-Commines 395. Font. rer. Austr. XLVI. 321. Markkgraf, De bello Burgund. 29.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 321, 322.

[3] Bezügl. Neapels s. Rymer, Acta publica V. II. 45. Vollmacht der englischen Gesandten zum Abschlusse eines Vertrages (neben Burgund) mit Fernando von Neapel.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hessen, gegen seinen rechtmäßigen Herren. Nur jene wolle er strafen, und er habe dazu um so mehr Anlaß, als sie sich gegen ihn auch in Verbindungen mit seinem Hauptfeinde, dem Könige von Frankreich, eingelassen hätten.[1]

Wollte der Burgunder im Reiche die Fürsten gegen den Kaiser, Geistlich gegen Weltlich ausspielen? Wollte er damit und mittelst der Verhandlungen, die er wirklich am 17. November mit Christian von Dänemark begann, nur Zeit gewinnen, um das allgemeine Aufgebot seiner Lande, das er angesichts der Rüstungen im Reiche erlassen hatte und auf 40000 Mann schätzte, herankommen zu lassen? Denn so ehrenvoll der Herzog den Dänenkönig, der mit seinem Bruder, Graf Gerhard von Oldenburg, mit Herzog Johann von Lauenburg, einem von Mecklenburg und zahlreichem reisigen Gefolge in Person an den Niederrhein herübergekommen war, begrüßte, als sie sich, vorerst auf einem Rheinschiffe des Herzogs von Jülich, trafen:[2] Karls Bedingungen entsprachen den thatsächlichen Verhältnissen sowenig, daß von ihrer Annahme keine Rede sein konnte.

Aber bald war des Kaisers friedliche Stimmung einem erhöhten Kriegseifer gewichen. Die Verhandlungen mit Frankreich schritten voran und versprachen glückliches Gelingen. Auch fand er die Westlande des Reiches in kriegerischer Bewegung und Rüstung[3] gegen den Reichsfeind. Vor allem erregte ihn wohl die Meldung von dem glänzenden Siege, den die Eidgenossen schon am 13. November im Verein mit starken Scharen aus den österreichischen Vorlanden, den schwäbischen Reichsstädten und Mannschaften, welche die niedere Vereinigung gesandt, über die Burgunder bei Héricourt an der Lisaine erfochten hatten.[4] Nun war das Elsaß befreit und ließ sich die in den oberen Landen stehende verbündete Macht direkt gegen den Herzog von Burgund wenden. Wie konnte er da widerstehen?

Des Herzogs Schreiben an Adolf von Mainz beantwortete der Kaiser selbst. In würdiger Weise stellte er die Thatsachen richtig und

[1] Das Schreiben schon bei Aeneas Silvius, De Friderico III. ed. Boecler, Docum. 58—60 und Schilter (=Kulpis, Argentor. 1702), Rer. German. Script. 57—58; etwas abweichend bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1. 120—122.

[2] Vgl. den Bericht in Font. rer. Austr. XLVI. 313—315, Nr. 303. Daß der Kaiser den König bevollmächtigt hatte, macht die Angabe ebendort 322 Nr. 309, Ende, wenigstens wahrscheinlich, ebenso des Kaisers friedliche Gesinnung zu jener Zeit.

[3] Vgl. Menzel, Gesch. von Nassau V. 412—413.

[4] Vgl. nun darüber Dierauer, Geschichte der Schweiz. Eidgen. II. 196—197, wo auch die Quellen und die maßgebende Litteratur.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ward der hochfahrende Gegner zurechtgewiesen. Aus Übermut habe sich der Herzog in die Angelegenheiten des Reiches eingemischt und selbes geschädigt; da gebe es nichts zu beneiden. Sei er taub gewesen gegen alle freundlichen Abmachungen, so daß er sich sogar geweigert, die Botschaft des Kaisers und Papstes zu empfangen, so möge er sich nun nicht wundern, wenn Kaiser und Fürsten gegen ihn zusammenstehen. Nicht in Schriften werde der Kaiser fürder mit ihm streiten, sondern „nach Rat und zuvörderst mit Gottes Hilfe in des Reiches Sachen handeln".[1]

In und um Andernach, wohin der Kaiser im Dezember von Frankfurt hinabgezogen,[2] konzentrierte sich nach und nach das deutsche Heer. Auch von Herzog Sigmund und seinen Verbündeten ward dorthin der Zuzug begehrt. Am 31. Dezember geschah in Mainz, wohin die Verhandlungen verlegt worden, eine Feststellung zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten von Mainz, Trier, Sachsen und Brandenburg einerseits und Ludwig XI. von Frankreich andererseits, doch mit Vorbehalt der Bestätigung durch den König. Jeder Teil verpflichtete sich, 30000 Mann gegen Burgund ins Feld zu stellen. Das Eroberte wird nach Maßgabe seiner einstigen Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Frankreich geteilt, der Krieg auch über den Entsatz von Neuß hinaus fortgesetzt, Friedensverhandlung nur im beiderseitigen Einverständnisse begonnen. Weitere Vereinbarungen, so die Bestätigung der alten Traktate zwischen Deutschland und Frankreich, dann das Bündnis zwischen Frankreich und den Eidgenossen betreffend, das der neuen Vereinigung des Königs mit Kaiser und Reich nicht nachteilig sein dürfe, endlich über ein Ehebündnis zwischen dem Dauphin (späteren Karl VIII.) und des Kaisers Töchterlein Kunigunde gingen daneben her![3]

Dagegen wurden am folgenden Tage (1. Januar 1475) die burgundischen Anträge, welche die dänischen Räte überbracht, verworfen und

[1] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 122—125. Das Schriftst. gehört nach Chmel, Reg. II. Nr. 6937 auf den 3. Dezember 1474. Vgl. auch Rausch, Burgundische Heirat 119, Anm. 2.

[2] Am 16. Dezember hatte der Kaiser Frankfurt verlassen. Quellen zur Frankfurter Geschichte, herausgeg. von H. Grotefend, I. 25; vgl. ebendort 200.

[3] Man vergl. über diese Verhandlungen die Instruktion des Kaisers für Graf Schaffrid von Leiningen und Dr. Martin Heyden bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 300—303. Die Verträge vom 31. Dez., von König Ludwig am 17. April ratifiziert, bei Chmel Mon. Habsb. I. 1, 271—279; 295. Zum Teile auch bei Müller, Reichstagsth. II. 676. Du Mont, Corps dipl. univ. III. 520. Lünig, Spec. I. Abteil. I. 87. Vergl. auch Comynes-Lenglet III. 462. Chmel, Reg. II. 674, Nr. 6940. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1221.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Dänen, die sich zu weiterer Vermittelung erboten, aufgefordert, in Köln auf den Kaiser zu warten.[1] Nachdem ein Bote die päpstliche Bannbulle (vom 13. November) gegen Karl von Burgund nach Andernach überbracht,[2] erklärte (7. Januar) der Kaiser auch formell an Karl von Burgund den Krieg und erging neuerdings ein Aufgebot durch das ganze Reich.[3] Schon Tages zuvor hatte der Kaiser in Gegenwart vieler Fürsten, Grafen und Herren die drei Banner an Kurfürst Albrecht von Brandenburg, Landgraf Heinrich von Hessen und Herzog Albrecht von Sachsen — Erzbischof Adolf, scheint es, kränkelte bereits — gegeben.

Der Vormarsch gegen den Feind begann am 7. Januar, indem Heinrich von Hessen auf dem rechten, der Kurfürst von Brandenburg, dem am 9. Herzog Albrecht von Sachsen folgte, auf dem linken Rheinufer vorrückte. Neben ihnen zog auf der linken Flanke Erzbischof Johann von Trier.[4] Auch Graf Eberhard von Württemberg, der sich noch immer um eine Versöhnung des Kaisers mit dem Pfalzgrafen mühte,[5] führte ein besonderes Kommando. Der Kaiser selbst war Oberbefehlshaber, blieb aber noch in Andernach. Graf Ulrich der Ältere von Württemberg, Markgraf Christof von Baden und viele andere Grafen und Herren befanden sich um ihn.[6] Die Gesamtmacht, die zum Angriff auf die von den Burgundern besetzten Plätze südlich von Köln vorging, zählte noch nicht 20000 Mann.[7]

Der Herzog von Burgund hatte den Seinen noch rechtzeitig nach den

[1] Müller, Reichstagsth. II. 677—678.

[2] Die Bulle bei Comynes-Lenglet III. 262. Zur Sache siehe noch E. Gingins la Sarra, Depêches des ambassateurs Milanais sur les campagnes de Charles — le — Hardi, duc de Bourgogne, 1474—1477. 2 Teile, Paris und Genf 1858, I. 3—4. Einzelne Nummern auch von Chmel im Notizenblatt der Wiener Akademie VI., dann bei E. v. Rodt, Feldzüge Karls des Kühnen II. Anhang und bei Ochsenbein, Die Urkunden der Belagerung und Schlacht bei Murten, Freiburg 1876 (deutsch).

[3] Wülcker, Urkunden 41, Nr. 100. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 359, Nr. 502. Schreiben des Kaisers an Erzb. Joh. v. Trier vom 6. Jan., Koblenzer Archiv, auch Ulrich, Akten 46, Nr. 73, und v. 8. Jan., Kobl. Archiv und Ulrich, Akten 46—47, Nr. 74.

[4] Vgl. Stälin, Wirtembergische Gesch. III. 577.

[5] Vgl. Mone, Quellensammlung I. 518—519.

[6] Markgraf, De bello Burgund. 32—34. Ebendort 34, Anm. 2 erscheint die Gesammtstärke größer angenommen, aber die Kontingente blieben wohl durchwegs, und zum Teil sehr stark hinter der Sollstärke zurück. Der Mainzer waren z. B. statt 3000 jetzt nur erst 1400. Bez. Brandenburgs und Triers s. Font. rer. Austriac. XLVI. 315—316, Nr. 305; 323, Nr. 311; 353, Nr. 354, Anm. 2.

[7] Ulrich, Akten 46, Nr. 73, 74.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zunächst bedrohten Orten Remagen, Sinzig und Linz Verstärkungen zugesandt,[1] so daß die bereits seitens der Bürgerschaften mit dem Kaiser eingeleiteten Verhandlungen erfolglos blieben. Aber auch so hatte das Reichsheer vorerst Erfolge aufzuweisen. Am 15. Januar fiel nach viertägiger Belagerung Remagen in Markgraf Albrechts Hände. Sinzig nahm Johann von Trier. Jenseits des Stromes begann Landgraf Heinrich nach Besetzung kleiner Orte am 18. Januar die Belagerung von Linz.

Dann trat eine Stockung ein. Bürgerschaft und Besatzung von Linz widerstanden tapfer und machten den Reichstruppen viel zu schaffen. Ohnehin war, scheint es, ein Teil namentlich der reichsstädtischen Kontingente weder sehr kriegslustig noch gut gerüstet und tüchtig, und die Januarkälte und schlechte Verpflegung setzte Allen hart zu. Auch machte sich die zu weite Entfernung des kaiserlichen Hauptquartieres, die geringe Feldherrnerfahrung des Landgrafen Heinrich, endlich eine nicht unbedenkliche Erkrankung des Kurfürsten von Brandenburg sehr unangenehm bemerklich. Da die deutschen Fürsten überdies nicht einheitlich genug vorgingen, konnte es geschehen, daß am 15. und 16. Februar der Graf von Aremberg und der burgundische Hauptmann Olivier de la Marche, der berühmte Gewährsmann dieser Dinge, mit 2000 Reisigen die Verschanzungen der Deutschen am linken Rheinufer gegenüber Linz erstürmten, worauf die Stadt gespeist und mit neuen Truppen versehen wurde.[2]

Der Kaiser suchte zu helfen, so gut es ging. Um die Operationen zu beschleunigen, war er bereit, selbst vor Linz zu ziehen und die Eroberung zu versuchen, während die anderen Abteilungen gegen Köln weiter rücken sollten. Aber man fand, daß die vorhandenen Streitkräfte dazu zu schwach seien. Darum ergingen neue dringende Aufgebote, namentlich an die Reichsstädter: Alle sollten bis 5. März in stärkster Zahl und

[1] Darüber vgl. Angaben in d. Koelhoff'schen Chronik 837 ff.; bei Wülcker, Urk. 85 ff.; Ulrich, Akten 52 ff.; in d. Mitteil. 14—18; Font. rer. Austr. XLVI. 345 ff.; im Kobl. Arch. und Bamb. Arch., Burg. Kriegsachen. S. auch die Berichte der thüringischen Hauptleute v. 12. und 25. Februar, 8. und 12. März im Weim. Ges.-Arch. Vgl. sonst Ennen, Gesch. von Köln III. 523. Markgraf, De bello Burg. 34 ff. Rodt, Die Feldzüge Karls des Kühnen, I. 387 ff.

[2] Vgl. Lünig, Reichsarchiv VI. 85. Müller, Reichstagsth. II. 682—683. S. Bircken-Fugger, Spiegel der Ehren u. s. w. 809. Deutsche Städtechroniken, Nürnberg IV. 429. Wülcker, Urkunden 46, Nr 116—117. Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 360, Nr. 503. Chmel, Reg. II. 674, Nr. 6946—6947. Lichnowsky Reg. zu VII. Nr. 1828—1829. Ulrich, Akten, 51, Nr. 82.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wohlgerüstet im Felde sein.[1] An Herzog Sigmund und seine Verbündeten, welche den Zuzug an den Niederrhein vermeiden wollten, sandte der Kaiser die strikteſten Weisungen, schleunigst wenigstens 10000 bis 12000 Mann zu senden. Der König von Frankreich wurde gemahnt, den Mainzer Vertrag zu vollziehen und wie der Kaiser unverweilt persönlich im Felde zu erscheinen. Die Aufnahme des Herzogs Reinhard von Lothringen in das Bündnis gegen Burgund wurde jetzt auch vom Kaiser angeregt.

Auch zu Verhandlungen kam es in dieser Zeit wieder. Der Vermittler war der König von Dänemark, der noch immer in Köln weilte. Zwar vermochte er in persönlicher Anwesenheit bei dem Kaiser in Andernach (ca. 20. Januar) vorerst nichts zu erreichen, da die kaiserlichen Räte und wohl auch der Kaiser selbst damals noch rasche Waffenerfolge erhofften. Als sich aber Linz gegen Erwarten hielt, da fand der Kaiser neue Versuche, den Abzug der Burgunder vom Reichsboden auf friedlichem Wege zu erzielen, nützlich, sei es auch nur, um die neuen Aufgebote inzwischen ihre Wirkung thun zu lassen. Immerhin trugen die Forderungen des Kaisers, welche König Christian (am 25. Januar) an Herzog Karl zu bringen übernahm, den Interessen des Reiches vollauf Rechnung. So sollte Herzog Karl vor allen Dingen von Neuß wegziehen, den Titel „Vogt der Kirche zu Köln und anderer Stifte, die dem heiligen Reich zustehen, abstellen", zustimmen, „daß die Kölnische Sache vollmächtiglich auf Papst und Kaiser gestellt werde", und alle Verschreibung, die er von dem Erzbischofe von Köln habe, zu des Kaisers Handen herausgeben. Der von Württemberg und alle Gefangenen von beiden Seiten sollten frei, die Streitsache des Herzogs Sigmund von Österreich und was etwa sonst an Zwietracht zwischen dem Herzoge und dem deutschen Reiche vorhanden, sollte friedlich beigelegt werden, „das Reich und des Herzogen Land gegen einander" für Handel und Wandel offen sein u. s. w.[2]

Noch war Herzog Karl nicht so weit, sich solche Bedingungen gefallen zu lassen.[3] Aber seine Lage wurde bald schlimmer.

Während Neuß sich trotz der verzweifeltsten Anstrengungen der Belagerer hielt, ging es anfangs März mit Linz zu Ende. Schon dachte

[1] Menzel, Gesch. v. Nassau V. 418—419, wo auch die Quellen.

[2] Vgl. Müller, Reichstagsth. II. 678—679 und mit einigen Abweichungen Font. rer. Austr. XLVI. 362—363, Nr. 362; vgl. ebendort Nr. 363, 364.

[3] Sein Kanzler verhandelt zu Anfang Februar mit Christian I. in Düsseldorf. Ulrich, Akten 54, Nr. 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Kurfürst von Brandenburg, der sich zum Glück von seiner Krankheit wieder völlig erholt hatte, an Sturm, als sich am 7. März die Stadt ergab.[1] Der Weg nach Köln, ja bis nach Neuß, war frei. Und rasch wurde dies den Neussern und ihren Bedrängern fühlbar.

Bald nach Beginn der Belagerung von Neuß hatten die Kölner gegenüber der Stadt auf dem rechten Rheinufer einen steilen Hügel, „die Steine“ genannt, besetzt.[2] Von hier aus pflegten sie nicht bloß mit Geschützfeuer den Burgundern jenseits des Stromes Schaden zu thun und die mit Kriegsvorräten für den Herzog bestimmten Schiffe zu nehmen oder zu zerstören, sondern wurde immer wieder auch versucht, Vorräte und Mannschaften, wenn auch in geringerer Menge, in die bedrohte Festung zu schaffen. Als sich das kaiserliche Heer vor Linz vorerst ohne Hoffnung auf Erfolg festgehalten sah (Februar), hatte der Kaiser den Kölnern befohlen, „mit aller Macht zu Roß und zu Fuß mit Wägen und andern Notdurften“ auf „die Steine“ zu rücken, um dort unter einem kaiserlichen Hauptmann vereint mit Truppen, die er senden werde, den Neussern wenigstens einstweilen beizustehen, so weit dies möglich sei.[3] Nach und nach sammelte sich wirklich ein ansehnlicher Heerhaufe auf den Steinen an, obwohl der Herzog von Jülich, statt selbst nach dem Befehle des Kaisers zugleich mit westfälischen Mannschaften dorthin zu ziehen, in Köln durch eine Botschaft den Abzug des kaiserlichen Heeres fordern ließ,[4] was natürlich nicht geschah. Nach dem Falle von Linz ordnete Kaiser Friedrich neuen Zuzug zu den Steinen an. Schon jene ersten Verstärkungen hatten die Belagerten derart ermutigt, daß sie noch am selben Tage aus den Thoren hervorbrachen und die Burgunder mit Glück angriffen. Nun wuchs ihre Zuversicht noch mehr. Und das Geschützfeuer von den Steinen aus erwies sich bald so wirksam, daß Herzog Karl geradezu einem Teil seiner Truppen andere Lagerplätze anweisen mußte.[5]

[1] Man vgl. dazu Font. rer. Austr. XLVI. 355—359. Wülcker, Urkunden 85 ff. Ulrich, Akten 68, Nr. 108. Mitteil. 18.

[2] Ennen, Gesch. v. Köln III. 523.

[3] Befehl v. 4. Februar an die von Köln. Ulrich, Akten 54, Nr. 88. Mitteilungen 14.

[4] Ulrich, Akten 66, Nr. 102. Es soll statt 15. natürlich 25. Februar heißen. Vgl. ebendort Nr. 103. Schon am 24. Februar sprechen die Kölner geradezu von ihrem „Heer“ auf den Steinen. Ulrich, Akten 64, Nr. 100.

[5] Der Kaiser sandte thatsächlich den Reichsmarschall von Pappenheim mit einer Anzahl Reisigen. Vgl. Ulrich, Akten 65, Nr. 101. Ennen, Gesch. von Köln III. 531, wo aber die Chronologie nicht genau ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber wie kam es, daß der Kaiser mit der gesammelten Macht seiner Fürsten und Städte auch nach dem Falle von Linz nicht zur Rettung von Neuß herbeieilte? Welches waren die Ursachen, daß es neue volle vierzehn Tage dauerte, ehe er (21. März) endlich mit den Erzbischöfen von Mainz und Trier in Köln eintraf? Und warum kam dann das Reichsheer neun lange Wochen nicht über das Weichbild von Köln hinaus?

Noch heute erfaßt uns, wenn wir den Gang dieser Dinge verfolgen, etwas von jener angstvollen Ungeduld, mit der die tapferen Verteidiger von Neuß, nach monatelangem Ringen schließlich mürbe geworden, nach den kaiserlichen Feldzeichen ausblickten. Aber die Gründe liegen klar und sie sind nicht in der Gesinnung und dem Thun des Reichsoberhauptes zu suchen. Deutschland war nun einmal in jenen Tagen nicht in der Verfassung und Ordnung, daß ein Wille und ein, wenn auch dringendes, Interesse die Unsumme der Übelstände und Hemmisse, die sich jeder politischen Aktion im Innern und nach Außen entgegenstellten, auch nur auf kurze Frist zu überwältigen vermochten. Das Charaktertier für das heilige römische Reich deutscher Nation ist schon in jenen Zeiten nicht der kühn vorwärts strebende Adler, sondern die Schnecke, die in Krümmungen und Windungen und unerträglicher Langsamkeit sich weiter müht, da sie auch den Strohhalm nur mit großer Anstrengung und in vieler Zeit zu überwinden vermag.

Vorerst war einfach die Heeresmacht nicht vorhanden, die zum Entsatze von Neuß notwendig schien. Als (ca. 20. Februar) die Meldung kam, die Burgunder nahten etwa 10000 Mann stark zum Entsatze von Linz heran, da rechnete der Kurfürst von Brandenburg aus, daß nach Besetzung der wichtigen Plätze nur etwa 8000 Mann übrig blieben, um dem Entsatzheere eine Schlacht anzubieten;[1] man könne also mit Aussicht auf Erfolg nur schlagen, wenn die erwarteten 4000 Mann Verstärkungen auch wirklich einträfen. Es war keiner von den Fürsten, auch die Kurfürsten nicht ausgenommen, dem kaiserlichen Anschlage völlig nachgekommen. Viele hatten sich gänzlich versagt. Ebenso zögerten und feilschten reiche Kommunen mit ihrem „Anschlag", so lange es anging, und jede suchte hinter ihrer Pflicht zu bleiben, wo es nur möglich war. Was da endlich mit den Waffen in der Hand den Rhein herabzog, war nicht mehr das Altbürgertum der Städte, das einst in siegreicher Kraft seine Kämpfe mit der Nobilität ausgefochten, sondern waren geworbene

[1] Vgl. sein Schreiben vom 20. Februar an den Kaiser. Fontes rerum Austr. XLVI. 352—353, Nr. 345.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Truppen, und manche Reichsstädte schienen „das untauglichste und schlechteste Gesindel, das sie auftreiben konnten, zu dem kaiserlichen Hauptheere geschickt zu haben".[1] Es kam dazu, daß nur wenige rechtzeitig, viele weit später, als der Termin besagte, und erst nach wiederholten Mahnungen im Felde anlangten, was nicht nur die Versammlung eines größeren Heeres verzögerte, sondern ganz zu vereiteln drohte. Denn ehe die späteren kamen, fanden die anderen, daß ihre Dienstzeit vorüber war, und begehrten heimzuziehen. Auch waren die Mittel und Kräfte der Mannschaften durch den Felddienst in so harter Jahreszeit vielfach erschöpft.[2] Schon Beginn Februar zeigten sich die thüringischen Hauptleute willens, mit ihrem Aufgebote das Heer zu verlassen und heimzukehren. Der Kaiser möge sich, äußerten sie kühl, mit dem Herzoge von Burgund richten, da die Gelegenheit dazu nicht fehle. Mit den schärfsten Worten wies sie Herzog Wilhelm, obwohl damals zugleich mit seinem Vetter auf den Kaiser schlecht zu sprechen, da er die Ihren besonders ins Feld gemahnt hatte, zurück. Sie sollten sich nicht in den Sinn kommen lassen, „das Werk, dem Herzogen (von Burgund) zu widerstehen, zu hindern".[3] Nach der Einnahme von Linz gab es im Heere Zügellosigkeiten mancher Art. Der Kaiser mußte neuerdings mit Mahnungen und Drohungen dazwischen treten, um den Abzug einzelner Scharen zu verhindern.[4]

So gewann nicht bloß die vermittelnde Thätigkeit des Dänenkönigs neuen Boden, sondern ihm gesellten sich auch die Herzöge von Jülich zu, die ihrer schweren Zwangslage, in die sie zufolge ihrer früheren Verbindung mit dem Herzoge von Burgund und der ernstesten Mahnugen des Kaisers, ihrer Verpflichtung gegen das Reich zu genügen, gekommen waren, durch einen raschen Friedensschluß zu entkommen strebten.[5] Auch der neue päpstliche Legat, der Bischof von Forli, der sich schon in Andernach bei dem Kaiser aufgehalten (Februar) und dann in das bur-

[1] Menzel, Geschicht von Nassau V. 417. Viele Städte thaten freilich redlich ihre Pflicht. Man s. nur Köln, Frankfurt u. a. Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 333—335, Nr. 325. Betreffs Nürnbergs (Windsheims und Weißenburgs i. F.) s. deutsche Städtechroniken X. (Nürnberg 4), Anhang III. 411—440.

[2] Dafür zahlreiche Belege bei Ulrich, in den Mitteil., in Fontes rer. Austr. XLVI., bei Wülcker und im Bamb. Archive, Burgundische Kriegssachen.

[3] Brief Wilhelms vom 14. Februar im Weim. Ges. Arch. Vgl. Markgraf, De bello Burgund. 41 ff.

[4] Vgl. a. a. Fout rer. Austr. XLVI. 358—359.

[5] Vgl. die Schreiben der sächsischen Hauptleute und des Asmus von Eberstein an Herzog Wilhelm von Sachsen v. 12. März und 12. April im Weimarer Archiv. Auch Font. rer. Austr.XLVI. 357—358, Nr. 355; 363—366, Nr. 363.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gundische Lager geritten war,[1] kam nun am 26. April zum Behufe der Friedensstiftung nach Köln.[2] Natürlich war das Hauptargument, mit dem er die kriegführenden Parteien zur Verständigung mahnte, wieder der Türkenkrieg.

Aber auch burgundische Arglist hatte, wie ein zweites so noch ein drittesmal den Versuch wagen können, die wichtigsten Kriegshäupter neben dem Kaiser von diesem und dem Unternehmen abzuziehen. Schon im Februar hatte sich Herzog Karl an den Kurfürsten Albrecht Achilles gewendet und ihm durch Albrecht Klitzing, einst in brandenburgischen, nun in dänischen Diensten, die verlockendsten Anerbietungen gemacht, wenn er von dem Kriege zurücktreten wolle,[3] der ja durchaus nicht eine Okkupation deutschen Gebietes und überhaupt eine Schädigung des Reiches bezwecke. Selbst mit dem Angebot der deutschen Krone, wobei Burgund, Pfalz und Köln mit allen Mitteln helfen sollten, versuchte der Herzog den Kurfürsten zu locken. Natürlich umsonst. Die Sache ward für den Markgraf bloß zur willkommenen Gelegenheit, seine alte Ergebenheit dem Reichsoberhaupte vor die Augen zu stellen.[4] Nicht besseren Erfolg hatte Karl bei Herzog Albrecht von Sachsen. Gleichwohl knüpfte er an die Entlassung eines Teiles des sächsischen Kontingentes und an des Herzogs offenbare Unzufriedenheit und längst bekannten Entschluß, selbst nach Hause zu ziehen, neue Hoffnungen.[5]

Dem Kaiser war inmitten all seiner Versuche, durch Bitten und Mahnungen um Zuzug das Reichsheer endlich zum Entsatzversuche fähig zu machen, solches Verhalten Herzog Albrechts höchst ungelegen. Als er aber dem Herzoge, der Geld verlangte, 6000 Gulden bot und dieser auf der Zahlung von 10000 bestand, falls er noch bleiben sollte, fertigte er ihn endlich verdienterweise durch den Thürsteher ab: Wer nicht bleiben wolle, könne gehen; er, der Kaiser, könne ihn nicht halten.[6] Schließlich schämte sich Herzog Albrecht doch, zu solcher Zeit die Heimfahrt anzutreten und blieb.[7]

[1] Seine Instrukt. im vat. Geh. Arch. u. Raynaldi Annal. ecclesiast. X. 559.

[2] Vergl. das Schreiben des Ritters Kunz Schott vom 25. Februar im Weim. Ges.-Archiv.

[3] Schreiben Klitzings v. 10. Februar an Albrecht im Weim. Ges.-Archiv.

[4] Markgraf, De bello Burgund. 41—42.

[5] Ebendort 43. Man vergl. des Herzoges von Burgund Schreiben an Albrecht noch vom 20. März und den Brief Ebersteins an Herzog Wilhelm von Sachsen v. 29. März im Weim. Ges. Arch.

[6] Vgl. Müller, Rchstgsth. II. 685. Markgraf, De bello Burg. 35—36.

[7] Brief A. von Ebersteins an Herzog Wilhelm von Sachsen v. 29. März im

Trotz aller Schwierigkeiten bestand Kaiser Friedrich auf der Durchführung des Feldzuges. Er setzte, durch die wachsende Gefahr für Neuß in nächster Nähe unablässig gemahnt, während seines Kölner Aufenthaltes alle Hebel dafür in Bewegung. Wieder und wieder wurde mächtig aufgeboten, und namentlich starker Zuzug aus den unteren Landen erwartet, so daß man „ein stattliches Volk", bis auf 40000 Mann, zusammenzubringen hoffte. Mit vier oder fünf Heeren wollte man gegen Neuß vorrücken. Inzwischen erhielten die auf den „Steinen" neue Verstärkung. Dem Bischofe von Münster war schon im Februar befohlen worden, das im November 1473 in Trier an Herzog Karl von Burgund geliehene Züphten, Stadt und Schloß, als durch des Herzogs Bannung und Ächtung heimgefallen, wieder zu des Reiches Handen zu nehmen.[1] Die nach Frankreich mit einer Vollmacht ziehenden Gesandten erhielten die Weisung, von allen Städten und Festungen im Luxemburgischen, die sich zu Kaiser und Reich schlagen wollten, Eide und Gelübde abzunehmen.[2] Auch kam nun endlich der Vertrag mit Frankreich zum Vollzuge und ging des Kaisers Wunsch betreffs des Anschlusses Lothringens in Erfüllung.

König Ludwig hatte in altbewährter Schlauheit und Vorsicht langezeit Bedenken gezeigt, die Mainzer Abmachungen zu bestätigen, und neue Wünsche daran geknüpft, die, während Dr. Heyden bei ihm blieb, Graf Leiningen zum Kaiser brachte.[3] Allein sein Interesse im Auge, wollte er, ohnehin dem Burgunder bis 1. Mai 1475 zum Stillstande verpflichtet, vor allem sehen, wie das Reich gegen Herzog Karl bestehe. Immer wieder schien ihm auch Gefahr da, daß der Kaiser für sich allein eine Richtung eingehe, und so die Macht des Burgunders Frankreich aufgehalst werde. Selbst ohne Treue und Glauben traute eben der König anderen ungescheut ein gleiches zu. Dazu kamen die geringen Fortschritte des deutschen Heeres seit 18. Januar. Schon verhandelte König Ludwig, obwohl man sich auf deutscher Seite schließlich zur Abänderung der Mainzer Verträge bereit finden ließ, auch mit Herzog Karl von Burgund über eine Verlängerung des Waffenstillstandes.[4] Als aber

Weim. Ges. Arch. Nun „dankte" ihm auch wieder der Kaiser, indem er zugleich jene Ausschreiben als den Rechten seines Bruders und Vetters unschädlich erklärte.

[1] Chmel, Reg. II. 674, Nr. 6948. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1831.

[2] Chmel, Reg. II. 675, Nr. 6958. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1844.

[3] Vgl. die Instruktion beider bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 300—303 und den Brief Heydens an Markgraf Albrecht vom 14. Februar 1475. Bamb. Archiv, Burgund. Kriegssachen. Regest in Fontes rerum Austriac. XLVI. 351, Nr. 340.

[4] Vgl. E. v. Rodt, Feldzüge Karls des Kühnen I. 409 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Herzog Karl — mit Rücksicht auf seinen Vertrag mit Eduard IV. von England — den Stillstand verweigerte, willigte der König in die Ratifizierung der inzwischen fertig gestellten neuen Verträge[1] mit dem Kaiser und den Kurfürsten (17. April). Die Hilfsarmee des Königs wurde darin auf 20000 Mann herabgesetzt. Ludwig versprach, sie bis 23. April gegen das Luxemburgische zu dirigieren.[2]

Viel ernstlicher freilich war es ihm auch jetzt um Eroberungen an seiner Nordgrenze zu thun. Als daher der Stillstand abgelaufen, rückte de la Tremouille mit starken Scharen über die Grenze von Artois,[3] während der Kaiser im Osten der französischen Diversion umsonst entgegensah. Dafür gewann man den Herzog von Lothringen.

Es entsprach dem Wunsche König Ludwigs, die Koalition gegen Burgund immer mehr zu verstärken, „die für ihn kämpfen sollte, während er die Vorteile davon erntete".[4] Nachdem sich bereits Mitte Februar Dr. Heyden mit französischen Räten zu Herzog Reinhard begeben,[5] und noch früher eine Gesandtschaft der niederen Vereinigung den Herzog zum Beitritt zu ihrem Bunde zu bestimmen versucht hatte,[6] wurde jetzt der Antrag erneuert, und mit Erfolg. Am 18. April war Herzog Reinhard in die niedere Vereinigung aufgenommen[7] worden und auf ewig hatte sich der Herzog an den König von Frankreich angeschlossen. Nun, in den Vertrag zwischen Deutschland und König Ludwig XI. von Frankreich (17. Mai) eingeschlossen[8] versprach der Herzog, sich mit seiner ganzen Macht am Kriege gegen Karl von Burgund zu beteiligen, wofür ihm der Kaiser und die Kurfürsten sowie vordem König Ludwig XI. auch ihrerseits treuen Beistand und seine Einbeziehung in jede Richtung

---

[1] Am 25. März ratifizierte der Kaiser mit den vier Kurfürsten. Der Entwurf dazu bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 284 und Bamb. Archiv, Burgund. Kriegssachen. Vgl. Du Mont, Corps dipl. III. 1, 498. Müller Reichstagstheatrum II. 698—699. Comynes-Lenglet III. 464 und Chmel, Regest. II. 675, Nr. 6957.

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 287—291. Comynes-Lenglet III. 467—471.

[3] Rodt, Feldzüge I. 410.

[4] Vgl. H. Witte, Lothringen und Burgund, Jahrbuch für lothringische Geschichte und Altertumskunde II. 32.

[5] Font. rer. Austr. XLVI. 351, Nr. 340.

[6] Vgl. Segesser, Abschiede II. 520, Nr. 769. Witte, a. a. O., der aber die Ereignisse der Jahre 1474 und 1475 hier einigermaßen durcheinander bringt.

[7] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 199.

[8] Die Erklärung des Kaisers vom 17. Mai bei Du Mont, II. 1, 608. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. II. 676, 6972. Calmet, Histoire de Lorraine etc. II. 1013 u. 1015. Wie wenig A. Digot, Histoire de Lorraine etc., III., Nancy 1883, verläßlich ist, beweist der Umstand, daß er diesen Vertrag in das Jahr 1474 setzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

verhießen, die sie mit Burgund eingehen würden. Auch eine Art von Schutzverhältnis zu den Städten Metz, Toul und Verdun, die schon längst die Begehrlichkeit der Herzöge von Lothringen gereizt hatten, wurde vom Reich zugestanden. So kühl der Herzog von Burgund äußerlich die Herausforderung des Lothringers zum Zweikampf und dann dessen Absage aufnahm:[1] daß der junge Fürst, dessen er sich unbedingt mächtig glaubte, sich gegen ihn erhob, verwundete Karls Stolz kaum minder, als zuvor die Absage der Berner. Auch Herzog Reinhard mag er schon jetzt wie den Eidgenossen blutige Vergeltung zugeschworen haben.

Zunächst fehlten ihm dazu durchaus die Mittel. Wohl stand er gut mit Mailand und Savoyen und eben jetzt unterstützten auch Gesandte von England, der Bretagne, des Pfalzgrafen wie des Herzogs von Jülich seine Bemühungen um einen engeren Bund bei Venedig und Aragon-Neapel.[2] Karl erwartete im Lager vor Neuß die Ankunft des Prinzen von Tarent, des zweiten Sohnes des neapolitanischen Königs, der sich als Freier um die Hand seiner Tochter angemeldet hatte. Er hatte auch seit November 1474 sein Bündnis mit Ungarn fertig, das König Matthias zum Angriffe mit 7000 Mann auf die Lande des Kaisers verpflichtete.[3] Man sieht, nach und nach ward halb Europa in den Streit hineingezogen, den die neue europäische Großmacht, Burgund, mit der ältesten des Erdteiles, Deutschland, auszufechten hatte.

Aber die kaiserliche Politik erwies sich der burgundischen überlegen trotz der Nieten, die sie mit dem Dänenkönig und, wie sich herausstellte, auch mit dem Franzosen gezogen hatte. Des Herzogs Rechnung ging eben noch öfter und an wichtigeren Enden fehl. Da hatten König Eduard von England und die Herzogin Jolanthe von Savoyen, die richtige Schwester ihres Bruders, versucht, auch mit dem Kaiser auf gutem Fuße zu bleiben. Sie sahen sich abgewiesen.[4] Die Herzogin von Savoyen war aber auch durch Bern, dessen Politik Nikolaus von Diesbach nach wie vor in französischem Sinne lenkte, mehr als in Schach gehalten. Der Herzog von Mailand äußerte gelegentlich auf die Auf-

[1] Witte, Lothringen und Burgund 42.

[2] Vgl. Markgraf, De bello Burgund. 40.

[3] Gingins la Sarra, Depêches des ambassadeurs Milanais sur les campagnes de Charles le Hardi I. 6, Nr. 3. Mit den Herzögen Gerhard und Wilhelm von Jülich und Berg hat Herzog Karl noch am 31. Dezember 1475 ein neues Bündnis geschlossen. Lacomblet, Urkundenbuch IV. 473—474, Nr. 379.

[4] Vollmacht f. d. engl. Botschaft bei Rymer, Acta publica (tom. VII., Londres 1816—1869), V. 2, 52 und 53. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1817.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

forderung der Herzogin, ihr gegen die Eidgenossen Beistand zu leisten, er sei der gute Freund der Berner gerade so wie der König von Frankreich.[1] Der Sforza scheute aber auch die Gegnerschaft König Ludwig XI. wegen der Ansprüche, die dessen Vetter von Orléans als Nachkomme der Visconti auf Mailand erheben mochte.[2] Was bedeutete so das neue Bündnis, das der Herzog von Mailand am 30. Januar 1475 mit Karl von Burgund geschlossen?[3]

Gegen Friedrich von der Pfalz hatte der Kaiser in Mainz und Andernach gleichfalls ein Bündnis mit Frankreich unterhandeln lassen und in der That seinen Zweck erreicht.[4] Von König Matthias von Ungarn aber wurde in dem Frieden, den er nach kurzem Waffengange mit den Königen von Polen und Böhmen zu Breslau abgeschlossen, zugestanden, daß dem Kaiser als Bündner der Könige der Beitritt offen blieb.[5] So sehr den Kaiser die Form verletzte, in der dies ausgesprochen war,[6] so wenig dabei sonst sein Interesse Ungarn gegenüber genügend gewahrt war: der Corvine blieb, so lange nichts direkt gegen die Breslauer Abmachungen vorlag, dadurch doch genötigt, die kaiserlichen Erblande in Frieden zu lassen und sich jeder Kooperation mit Burgund zu enthalten.

Und auch aus Österreich kamen endlich günstigere Meldungen. Am 4. Februar hatte Graf Haug von Werdenberg, den der Kaiser dazu abgeordnet, im Verein mit einer Anzahl getreuer Landstände einen Vertrag mit den unzufriedenen Adeligen zu Stande gebracht und sie zur Niederlegung der Waffen vermocht. Sie kamen wieder zu Gnaden und ihre gerechten Forderungen sollten erhört werden.[7]

So im Rücken gesichert konnte der Kaiser in größerer Ruhe seine Aufmerksamkeit den westlichen Angelegenheiten zuwenden, in deren Mitte er sich selbst gestellt.

Aber immer noch verrann Woche auf Woche, und das Reichsheer

[1] Vgl. über diese Dinge jetzt bes. Witte, Zur Geschichte der Burgunderkriege. Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins, Neue Folge VII. 414 ff., vornehmlich nach Gingins und Segesser.

[2] Ebendort 423. [3] Du Mont, Corps diplomat. III. 1, 496.

[4] Der Vertrag bei Du Mont, Corps diplom. III. 1, 528. Vgl. Chmel, Regesten II. 675, Nr. 6965 und (mit falschem Datum) 680, Nr. 7041. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1851—1852.

[5] Vgl. unten.

[6] Seine eigenhändigen Aufzeichnungen in den Mon. Habsb. I. 2, 74—75, mit denen Chmel freilich nichts anzufangen wußte, sind da sehr bezeichnend.

[7] Chmel, Mat. II. 326. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1832.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ward nicht stark genug, um zum Entsatze von Neuß vorzugehen. Denn daß diese militärische Notwendigkeit bestand, ersah man aus den vergeblichen Bemühungen der Unterhändler, besonders des päpstlichen Legaten, worüber dieser Ende April dem Kaiser in Köln berichtete. Freilich hatte auch er, sowie die Herzöge von Jülich und Berg, dem Herzoge Karl keine anderen Bedingungen zu bieten vermocht, als vordem schon der König von Dänemark.[1]

Die Gefahr und Sorge um Neuß wuchs jetzt ins unerträgliche!

Denn die kleine Schar, die seit acht Monaten die Stadt gegen den übermächtigen Gegner hielt und trotz aller Vertröstung von Woche zu Woche umsonst nach Ersatz ausblickte, war mit ihrer Widerstandsfähigkeit allmählich zu Ende. Nicht nur, daß der zornentbrannte Burgunder alles aufbot, sich des Platzes doch noch zu bemächtigen, — fast war man ja des Ringens auf Leben und Tod gewöhnt und unverdrossen setzte die Besatzung auch jetzt dem Sturmangriffe den kühnen Ausfall, dem Geschütze, den Maschinen und Minenarbeiten der Gegner neue Bollwerke und Gräben, die man geschickt und unermüdlich baute und zog, entgegen, — aber innerhalb der Mauern war ein zweiter Feind emporgekommen, gegen den keine Tapferkeit half und der ins Verderben führen mußte, wenn nicht endlich von außen Rettung kam, der Hunger. Seit Weihnachten besaß man in der Stadt kein Fleisch mehr. Bald auch, gerade als von den „Steinen" einige neue Mannschaft glücklich nach Neuß hinübergedrungen war, ging das Brot zur Neige. Man lebte nun von Erbsen und Honig.[2] Auch gab es schon empfindlichen Mangel an einer anderen wichtigen Sache, an Pulver.[3] Nur zu trinken, Wein und Bier, hatte man noch die Fülle.

Da kam endlich doch die Rettung. Anfangs Mai waren die Kontingente, auf die man für den entscheidenden Zug gehofft hatte, beisammen, darunter wenigstens einige Scharen auch des Herzogs von Österreich und der niederen Vereinigung.[4] Anderer war man in den nächsten Tagen sicher wartend. Aus Frankreich kam die Kunde, König Ludwig sei in Artois und die Pikardie eingebrochen. Die Schweizer hatten fast ganz Hochburgund in ihrer Gewalt und sperrten etwaigem

[1] Sie finden sich nun Font. rer. Austriac. LXVI. 363—366, Nr. 363.

[2] Die Angaben Knebels a. a. O. 266 decken sich teilweise nicht mit anderen Meldungen.

[3] Über die Details zuletzt Tücking, Geschichte der Stadt Neuß 69—76.

[4] Dies zeigt Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 203. Betreffs eidgenössischer Hilfe s. Segesser, Abschiede II. 529, 530.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zuzug aus Savoyen und Mailand die Straße. Als nun aus Neuß und von den Steinen die Botschaft anlangte, die Lage der Stadt sei zum Erbarmen,[1] da erhob sich der Kaiser (am 7. Mai) mit dem Heere zum Entsatze. Schon einige Tage zuvor hatte der von Arberg einen Streifzug bis gegen Lüttich gewagt, um Schrecken in das Land der Gegner zu tragen, wohl auch, um von dem Nahen der Franzosen genauere Kunde zu erlangen.[2]

Das deutsche Heer ward von dem Kurfürsten von Brandenburg geführt, dem Rudolf von Pappenheim als Feldmarschall zur Seite stand. Es war in zwei Korps geteilt, unter zwei Reichsbannern, deren eines Herzog Albrecht von Sachsen, das andere die Reichsstädte führten. Man zählte beim Ausmarsche aus Köln 2300 Reisige und etwa 13000 Fußgänger. Aber noch war Erzbischof Johann von Trier, gleich einigen anderen befreundeten Fürsten und Städten, vor allem Köln, nun doppelt und dreifach im Aufgebote, im Anzuge, ebenso der Bischof von Münster, der aus seinem Bistum und ganz Westfalen, aus dem Bremischen und Magdeburgischen ein ganzes Heer heranführte.[3] So wuchs das Heer bereits bis 10. Mai auf etwa 24000 Mann, darunter 4000 Reisige.[4] Und es betrug am 21. Mai vor Zons, wo der Kaiser ein Lager bezogen hatte, mit den Kontingenten von Reichsstädten, mit neuen Scharen von Hessen, den Badensern, die unter dem jungen Markgrafen herankamen, Leuten von Schaffhausen, Sangallen und anderen 32000 Mann.[5]

Nun war man wenigstens numerisch den Burgundern leidlich gewachsen.[6] Denn angesichts des heranrückenden Reichsheeres hatte auch Herzog Karl vor Neuß an Truppen versammelt, was er nur aufzubringen vermochte. Im kaiserlichen Heere hielt man dafür, daß er namentlich an Reisigen überlegen sei.[7] Als deshalb am 13. Mai die Nachricht

[1] Walther von Schwarzenberg an Arnold von Holzhausen bei Wülcker, Urk. 60—61, Nr. 166. Anfang Mai.

[2] Ebendort 61, 62, 63, Nr. 168, 169, 170.

[3] Dazu und zum folgenden s. Mone, Quellensammlung I. 518. Segesser, Abschiede II. 545—548. Koelhoff'sche Chronik 838 ff. Knebel 260—263. Ulrich, Akten 108, Nr. 151; 112, Nr. 155—156; 115, Nr. 161; 116, Nr. 163; 147—153, Nr. 193—194. Wülcker, Urkunden 62, Nr. 169; 64, Nr. 175. Mitteilungen 8, 29—31.

[4] Janssen, F. R. 363—364, Nr. 507.

[5] Wülcker, Urkunden 92—93, Nr. XXI. Brief v. 21. Mai.

[6] Im Heere sagte man freilich, die Burgunder seien stärker. Wülcker, l. c. 93.

[7] Wülcker a. a. O. 93, 94.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ins Lager vor Zons kam, der Herzog wolle die noch in der Sammlung begriffenen Deutschen mit ganzer Macht überfallen, entstand im Heere keine geringe Bestürzung. In dringenden Schreiben entbot der Kaiser eiligst zu sich, was noch an Kriegsvolk in Köln stand oder eben in der Nähe eintraf; ja er verlangte sogar, daß auch das Heer auf den Steinen seinen wichtigen Posten aufgebe und sich mit dem Hauptheere vereinige,[1] es feldfähig zu machen. Und noch am 21. Mai gebot der Kaiser in ganz Deutschland, ihm gegen den Reichsfeind zu Hilfe zu kommen.[2] Man wußte sehr wohl, daß Herzog Karl die von Jülich und Cleve abermals in ein Bündnis zu ziehen suchte.[3] Deshalb und wegen eines wüsten Tumultes zwischen westfälischen und Straßburger Knechten, wobei Frankfurter, Ulmer, Augsburger, Nürnberger, Wormser letzteren zu Hilfe eilten, vielleicht auch, weil „die Fränkischen" so „langsam kamen",[4] wurde nochmals der Vormarsch verzögert. Als aber der Kaiser selbst Frieden geboten und ins Heer die Kunde kam, daß die von Neuß auf „die Steine" einen Brief geschossen, des Inhalts, sie könnten sich nicht mehr länger als drei Tage halten,[5] da erfolgte am 22. Mai der Aufbruch. Nach kurzem Marsche ($1^1/_4$ Meile) stand das Reichsheer vor Neuß und alsbald maßen sich einzelne Scharen aus beiden Heeren mit einander.[6] Der Herzog von Burgund entwickelte dem Entsatzheere gegenüber sehr beträchtliche Streitkräfte und behielt auch in kecker Offensive an diesem Tage im ganzen die Oberhand, während er „die von Neuß gleichwohl belagert" hielt.[7] Erst andern Tags nahmen die Deutschen eine Stellung, die sie gegen plötzliche Überfälle sicherte. „Aber alle Stunden, Tag und Nacht, hatte man mit den Feinden Händel und Scharmützel".[8]

So ging es einige Tage fort. Es kam die Nachricht von dem Anrücken der Franzosen: Am 26. Mai ging Wilhelm von Arberg ab,

[1] Ulrich, Akten 108—109; 112; 115, Nr. 152; 155; 156; 159; 161.

[2] Mitteilungen 31.

[3] Ulrich, Akten 88—92, Nr. 100—102; 105—106, Nr. 131, 132, 133, 142, 148.

[4] Der Kaiser, der eben einen Brief König Ludwigs erhalten (vom 30. April), sandte am 10. Mai von Zons den Heinrich Geisbusch zu ihm ab. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 296—297. Ulrich, Akten 107, Nr. 149. Rausch, Burg. Heirat 172.

[5] Wülcker; Urkunden 92—93, Nr. XXI.

[6] Ebendort 94, Nr. XXII. Brief vom 25. Mai.

[7] Vgl. außer Wülcker, Urkunden a. a. O. auch Ulrich, Akten 144, 151.

[8] Ebendort mit der Bemerkung: Die synnde sin fast stark mit vielen luden — als man sagt — got fuge alle ding zum besten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sie zu suchen.[1] Am 28. Mai wurden plötzlich zwischen beiden Heeren Zelte aufgeschlagen und traten die deutschen Fürsten mit burgundischen Räten zu einer Versammlung zusammen: Der Legat hatte schon am 28. einen zweitägigen Stillstand geboten. Und am 29. morgens, nachdem man noch am Vorabend im burgundischen Lager verhandelt, flog die Kunde durch das Heer, und sie fand von da mit Windeseile den Weg durch das ganze Reich und weiterhin: der Friede ist da, Neuß die Stadt übernehmen Kaiser und Papst in ihre Gewalt, der Herzog von Burgund räumt den Rheinwerder und zieht am 30. und 31. Mai ab, Erzbischof Ruprecht von Köln begiebt sich des Bistums, das Hermann von Hessen erhält.[2]

Das war so gekommen.

Während sich auch wieder die Herzöge von Jülich und Berg, „wo sie nicht zu klein seien", „zu gütlicher Richtung" erboten,[3] war der Legat schon vor dem Abmarsche des Reichsheeres von Zons wieder zu Herzog Karl gekommen und in den folgenden Tagen „in den Sachen hin und her, aus einem Heere in das andere geritten".[4]

Aber mehr noch als sein beredter Mund hatte die beiderseitige Zwangslage den Parteien Ausgleichung und Versöhnung nahegelegt.

Wohl erfüllte es den Kaiser mit Stolz und Hochgefühl, sich an der Spitze eines Heeres zu sehen, wie er es im Leben niemals geführt, und „das sich grösserte, je länger je mehr". Auch im Heerlager empfand man zu Zeiten ähnliches. „Ich bitte euch", schrieb der jüngere Walther von Schwarzenberg nach Frankfurt, „ihr wollt herab kommen; werdet ihr sehen an unserem Heere, das ihr euer Lebtage nimmer sehen mögt oder gesehen habt".[5] Der Kaiser war denn auch entschlossen, das äußerste zu wagen, wenn der Gegner trotzig blieb. Aber die Franzosen zeigten sich nach wie vor nicht. Er wußte auch sonst sehr genau, daß, um den Burgunder aus dem Reiche zu treiben, doch nur allein das Heer da war, an dessen Spitze er eben stand und das er mit unsäglicher Mühe zusammengebracht.[6] War es stark genug, damit jenen raschen, vollständigen Erfolg zu erringen, der zur Rettung der Belagerten notwendig schien?

[1] Ulrich. Akten 117, Nr. 165. Mitteil. 31—32.

[2] Brief Walthers von Schwarzenberg nach Frankfurt am 30. Mai. Wülcker, Urkunden 95, Nr. XXIII.

[3] Janssen, F. R. II. 363, Nr. 506. Bezüglich Kleves siehe auch Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 552.

[4] Ebendort 364, Nr. 507 und Wülcker, Urkunden v. l.

[5] Am 1. Juni. Wülcker, Urkunden 95—96, Nr. XXIV.

[6] Vgl. auch K. Menzel, Gesch. v. Nassau V. 427.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Als Friedrich vor Zons zur Musterung durch das Heer ritt, die Abteilungen eine nach der andern belobend und ermunternd,[1] da hatte er viele tüchtige, wohlgerüstete Mannschaften sehen können, die ernstlich zu schlagen begehrten. Aber andere waren bereits unlustig und entmutigt und dachten nur an Aufbruch und Heimkehr. Manchen Abteilungen fehlte es bereits an Sold und Zehrung und großen Abteilungen an Geschütz und Wägen.[2] Auch bestand das Reichsheer aus zu vielen und zu kleinen Kontingenten, die unter sich nicht nur an Ausrüstung sehr ungleich, sondern auch vielfach uneins und eifersüchtig waren. Das Ganze war unbehilflich und schwerfällig und Führer und Mannschaften konnten sich an Abhärtung und Disziplin, an Kriegserfahrung und Ausdauer mit den in rastlosen Kämpfen gestählten und erprobten burgundischen Hauptleuten und Kriegsvölkern nicht messen. So hatten sächsische und brandenburgische Reisige im Verein mit kölnischem Kriegsvolk am 8. April[3] und wieder andere Abteilungen in der Pfingstwoche (23.—28. Mai) nur mit Mühe und nicht ohne Verlust den Burgundern zu widerstehen vermocht.[4] Es fehlte sogar nicht an Ausreißern und Überläufern![5]

Aber auch der Gegner war nicht in der Lage, es zum äußersten kommen zu lassen. So ungebeugt Herzog Karl bisher trotz aller Unfälle und Schwierigkeiten schien, so kühn er den Kampf mit dem deutschen Heere aufgenommen hatte: von mächtigen Feinden im Halbkreise umschlossen, fast möchte man sagen umhegt wie ein wildes Tier, durch den Verlust weiter Länderstrecken zum Teile seiner Hilfsquellen beraubt, mit dezimiertem Heer nun von einer an Zahl stetig wachsenden Feldarmee des Kaisers bedroht, sah er sich außer stande, den Krieg gegen das Reich fortzusetzen. Wenn er später, als neues unerhörtes Mißgeschick den Sieggewohnten innerlich gebrochen und seinen Blick getrübt hatte, immer wieder gegen die Schweizer anstürmte, um zuletzt in ungleichem Kampfe vor Nancy zu verbluten, so waren dies die Maßnahmen eines Verzweifelten. Jetzt beugte er sich vor der Erwägung, Nachgiebigkeit sei für den Augenblick geboten, zumal sie noch nicht bedeutete, die Hoffnungen für die Zukunft aufzugeben. Denn davon war er weit entfernt. Der momentanen Notlage entronnen, glaubte Karl wohl rasch wieder das treulos gewordene Glück an sich ketten zu können!

[1] Janssen l. c. 364. [2] Ulrich, Akt. 104—105.
[3] Wülcker, Urkunden 57, Nr. 157.
[4] Wülcker, Urkunden 94, Nr. XXII. Müller, Reichstagsth. II. 704 (Albrecht von Sachsen an seinen Bruder Ernst).
[5] Wülcker, Urkunden 101, 105.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

So war es denn Friede und man hatte ihn vor allem denen auf den „Steinen" verkündigt, „damit sie nichts schaffen noch vornehmen und den Herzog ohne alle Beschädigung ziehen lassen sollten".[1] Alles war mit der Wendung der Dinge, so schien es, wohl zufrieden. Während die Fürsten und des Herzogs Räte unter steter Vermittelung des Legaten über die Beilegung der besonderen Streitfragen zwischen Burgund und Kaiser und Reich teidigten, „mengten" sich die Heere durcheinander. Jeder war begierig, das Heer der Gegner, namentlich aber Neuß mit seinen Bollwerken und die Arbeiten der Burgunder gegen die Stadt zu besichtigen. Da konnte sich denn mancher der lauten Bewunderung der tapferen Verteidiger nicht enthalten. „Wir haben zu Frankfurt eine feste Stadt, gegen Neuß anzusehen, hätt' gemeint, es wäre viel fester", schreibt wieder der junge Schwarzenberg. Er hatte sich auch „des Herzogen Heere um Neuß wohl besehen" und fand nun, daß „der Teufel nicht also häßlich sei, als man ihn macht"; wohl gebe es da „der Büchsen eine redliche Zahl", aber mit der burgundischen Wagenburg sehe es windig genug aus.[2]

Die Freude über den Frieden dauerte nicht allzu lange. Ursache war der Herzog, dessen Stolz sich gegen den Abzug aufbäumte. Indem er „die Abrede nach seinem Gefallen deutete",[3] erhob er sich zwar (31. Mai) von seinem Lager, zog aber kaum einen Armbrustschuß weiter weg und lagerte dann drei Tage an der Erft, den Deutschen gegenüber. Alle Bemühungen, in langwierigen Verhandlungen ein Einverständnis herzustellen, waren umsonst. Nun hörte auch wieder der freundschaftliche Verkehr zwischen beiden Heeren auf. Man fing wieder an, „sich zu befestigen und zu bauen und dermaßen zu stellen, sich ganz zum Kriege wieder zu begeben".[4] Aber was sollte mit Neuß geschehen, das noch immer nicht gespeist war? Auch hatten sie sich von den Burgundern „wohl sehen und erlernen lassen". „Schlüge es um", schreibt unser Frankfurter Gewährsmann am 2. Juni, „es wär ihr Verderben".[5]

Zum Glücke ward man aber am 4. nachts wenigstens betreffs Neuß einig und am Morgen des 5. Juni nahmen der Legat, der Bischof von

[1] Wülcker, Urkunden 95.

[2] Schreiben vom 1. Juni 1475. Wülcker, Urkunden 95—96, Nr. XXIV. Vgl. ebendort 97, Nr. XXVI.

[3] Brief Albrechts v. Sachsen vom 20. Juni an seinen Oheim Herzog Wilhelm. Weim. Ges.-Archiv.

[4] Brief Walthers von Schwarzenberg vom 4. Juni. Wülcker, Urkunden 97, Nr. XXVI.

[5] Ebendort 96, Nr. XXV.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Eichstädt und die Grafen Haug von Werdenberg und Haug von Montfort die Stadt im Namen von Papst und Kaiser in Besitz und für beide die Bürgerschaft in Eid und Pflicht. Die Besatzung unter Hermann von Hessen zog aus der Stadt. Andern Tags begann deren Speisung und der allmähliche Aufbruch des burgundischen Heeres. Aber obwohl es am 9. und 10. Juni wirklich den Anschein hatte, als ob die Burgunder endlich abziehen wollten, so kam es doch wieder nur zu ganz unbedeutender Verschiebung des herzoglichen Heeres, das sich auch in der neuen Stellung alsbald verschanzte.[1]

Deshalb erschienen auf Geheiß des Kaisers am 11. Juni Kurfürst Albrecht von Brandenburg und Herzog Albrecht von Sachsen mit mehreren kaiserlichen Räten an der Erftbrücke vor dem burgundischen Lager, anzufragen, „warum der Herzog also liegen bliebe und nicht furter wolle". Der Herzog, der in Person erschien, ließ antworten, er habe der Abrede nach gehandelt, hätte aber gehofft, daß in der Zwischenzeit auch der Kaiser aufbrechen würde, was nicht geschehen sei. Auch sonst ward von ihm in die Abmachungen „mißtrauende Einrede furgeworffen", so daß die Sachen schlimmer standen, als je.[2] Wirklich ließ der Kaiser andern Tags verbieten, den Burgundischen Proviant zu verkaufen, und kam es nicht blos darüber zu Schlägereien, sondern um den Rheinwerder, den die Burgunder wieder zu besetzen suchten, zu einem ernstlichen Gefechte, wobei die auf den Steinen mit ihrem Geschützfeuer den Kaiserlichen wacker mithalfen. Die Herzoglichen wurden geworfen. Am selben Tage auch nahmen die von den Steinen den Burgundern neun Schiffe mit einem Teile des herzoglichen Geschützes weg, im Wert von 60000 Gulden.[3] Darüber große Erbitterung des Herzogs und heftige Forderung sofortiger Wiedergabe. Als der Kaiser sich nur dann dazu bereit erklärte, falls der Herzog hinweg ziehe, brach dieser alle Verhandlung ab. Schon ward auch im kaiserlichen Heere ausgerufen (13. Juni), „daß der Friede ab und aus sein solle zu Untergang der Sonnen", als noch abends der Legat im kaiserlichen Heere erschien und

[1] Wülcker, Urkunden 97—100, Nr. XXVI—XXX. Briefe aus dem kaiserl. Lager an die Frankfurter v. 5.—10. Juni.

[2] Wülcker 100—102, Nr. XXX und XXXI. Briefe v. 10. und 12. Juni. Vgl. dazu den Brief Herz. Albrechts an Herz. Wilhelm von Sachsen vom 20. Juni im Weimarer Archiv.

[3] Brief nach Frankfurt vom 14. Juni. Wülcker, Urkunden 102—103 Nr. XXXII. Ulrich, Akten 124—125. Nach dem Berichte Albrechts v. Sachsen waren es 11 Schiffe, nach dem der Koblenzer (Ulrich, Akten 146), der sonst sehr genau ist, 10.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wieder eine Verlängerung des Stillstandes und neue Verhandlungen zu wege brachte. Nochmals versprach der Herzog, am 16. Juni aufzubrechen und vier Meilen von Neuß wegzuziehen, worauf ihm der Kaiser die genommenen Schiffe wieder geben sollte. Aber am selben Tage entspann sich zwischen der burgundischen Feldwache und deutschen Knechten, die „über mannigfaltig Verbieten unordentlich aus der Wagenburg in das Feld liefen" und sich mit den Burgundischen „zankten" und auf sie schossen, ein Gefecht, in dem die Burgunder schließlich bedeutende Kräfte entwickelten, während die Deutschen nur wenig Hilfe erhielten, da sie eben gegen den Willen der Führer den Kampf hervorgerufen. Ja man sperrte ihnen sogar die Wagenburg. So wurden sie geschlagen und unter großen Verlusten bis an und in den Rhein und zu der westfälischen Wagenburg verfolgt.[1] Das schuf neue Störung und ebensolche verursachte die Weigerung der Kölner, die burgundischen Schiffe mit ihrer reichen Ladung herauszugeben. Erst als Kaiser und Legat auf das ernstlichste drohten, lieferten sie am 26. Juni ihre Beute aus. Und nun endlich erfolgte am 27. Juni der Abzug der Burgunder von Neuß, worauf der Verabredung gemäß auch der Kaiser am 28. mit dem deutschen Heere sich erhob und den Rückmarsch gegen Zons antrat.[2]

Im übrigen hatte der Herzog auf des Legaten Geheiß schon zu Beginn der Verhandlungen gelobt, sich der Vogtei und aller Ansprüche an das Stift Köln zu begeben und in dessen Angelegenheiten nicht weiter einzumischen. Er hatte sich „für sich selbst erboten, nimmer in das Reich zu ziehen oder wider Kaiser, Kurfürsten oder Fürsten zu thun", dem Pfalzgrafen und seinen Zugewandten keinerlei Förderung zu gewähren, „dem König von Ungarn keine Beilegung zu thun", den, welchen der Kaiser zum Erzbischof von Köln ernenne, als solchen anzuerkennen, vor allem Hermann von Köln, da er sich das Erzbistum „ritterlich und teuer" erworben habe, überhaupt dem Reich wieder männiglich Hilfe und Beistand zu thun und sich „zu halten als ein gehorsamer Sohn der kaiserlichen Majestät und ein getreuer Bruder der Kurfürsten". Dagegen hatte der Kaiser dem Herzoge freundliche Vermittelung in seinen

[1] Wülcker, Urkunden 103—104, Nr. XXXIII. Ulrich, Akten 129, Nr. 183 und 146, Nr. 193 (Ber. der Koblenzer). Aus dem Kampfe machte der Herzog einen großen Sieg. Vergleiche sein Schreiben vom 17. Juni an den Magistrat von Lille, Gachard, Docum. inéd. pour l'histoire de Belgique I. 243—246, und des Sieur de la Roche an die Herzogin von Burgund vom 20. Juni ebendort, 247—248.

[2] Wülcker, Urkunden 108—109, Nr. XXXVII—XXXVIII. Brief vom 27. Juni und 1. Juli. Über die Verhandlungen s. auch Font. rer. Austr. XLVI. 367—368, Nr. 365, Brief etwa vom 20. Juni.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zwistigkeiten mit Frankreich und mit Herzog Sigmund von Österreich zugesagt.[1]

Zuerst mag der Herzog auch, — wenn ja die spätere Versicherung Kaiser Maximilians, der ja fern zu Dillingen in Schwaben als Gast bei dem Bischofe von Augsburg weilte, nicht auf einem Irrtume beruht —, dem Kaiser die Zusage betreffs der Vermählung der beiderseitigen Kinder gegeben haben.[2] Aber im Verlaufe der nachfolgenden Zettelungen und Mißverständnisse, die ja nahezu vier Wochen andauerten, ist die entgegenkommende Haltung und Gesinnung des Herzogs für den Kaiser kaum erhalten geblieben. Kaiser und Herzog haben sich, soweit sich ersehen läßt, in dieser ganzen Zeit nie persönlich besprochen. Und der Präliminarfriede vor Neuß brachte schließlich dem Kaiser nur einen Teil jener Zusagen, zu denen Herzog Karl ursprünglich bereit zu sein schien.[3] Waren ja doch die immer wieder angekündigten Franzosen nicht gekommen[4] und die Burgunder den Deutschen im Felde vor Neuß zum mindesten ebenbürtig. Es wird Herzog Karl Ende Juni schwerlich geneigt gewesen sein, dem Kaiser mehr zu bewilligen, als uns faktisch bekannt ist.[5]

Fast gewinnt man den Eindruck, als ob Kaiser Friedrich auf jene bekannten Vorgänge zu Trier hin Freund und Feind vor Neuß beweisen wollte, daß er allein des Reiches zu Recht mächtig sei und über Krieg und Frieden zu gebieten habe. Nur der päpstliche Legat hatte anfänglich an den Verhandlungen mit Herzog Karl Anteil. Und als dann die deutschen Fürsten die Beredungen in die Hand nahmen, so geschah es eben, soweit sie der Kaiser das hieß. Daneben hat er nach wie vor seine Räte verwendet. Auch geschah betreffs Neuß und der Kölner Frage nur, was

[1] Fontes rerum Austriacarum XLVI. 368—369, Nr. 366. Dieses Schriftstück gehört nach allem auf den 30.—31. Mai.

[2] Die bezüglichen Meldungen verzeichnet Rausch, Die burgundische Heirat 141, Anm. 1, allerdings unzutreffend geordnet. Dazu kommt noch die Bemerkung in der von Teschenmacher benutzten Kleveschen Geschichte des 16. Jahrh. bei Ulrich, Akten 155. Aber eben die Hauptstelle (Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 136) kann sich ebenso gut auf die Verhandlungen vor Nancy beziehen, ja dies erscheint mir nach allem viel wahrscheinlicher. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 135. Die näheren Gründe sollten unten dargelegt werden.

[3] Vgl. zu obigem Fontes rerum Austr. XLVI. 370, Nr. 367, wo nach dem ganzen Tenor des Schriftstückes nichts wesentliches vergessen sein wird.

[4] Vgl. Wülcker, Urk. 96, 99, 106 a. a. und den Brief Herzog Albrechts v. Sachsen vom 20. Juni.

[5] Man vgl. mit obigem Ulrich, Akten 134—137, Nr. 191—192. Aufzeichnungen über die Verhandlungen am 24. und 25. Juni.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu deren Lösung augenblicklich erfolgen mußte. Alles übrige blieb der definitiven Verhandlung vorbehalten, an der alle Bündner, vor allem der König von Frankreich, teilnehmen sollten. Die Fürsten nahmen das auch soviel man sieht nicht übel. Anders war es aber drinnen im Reich. Je mehr man gespannt gewesen war auf den Ausgang des großen Streites, je schwerere Opfer viele, die Kölner voran, wirklich gebracht hatten, um die Gefahr zu beschwören, desto größer war die Enttäuschung,[1] als die Heere nun ohne große Schläge auseinander gingen, und noch größer der Unmut, daß man nicht einmal zu erfahren vermochte, was zwischen den Fürsten vereinbart war. Denn was man da geschehen sah, was als Erfolg der kaiserlichen Heerfahrt verkündigt wurde: Der Kaiser habe alles erreicht, weswegen er ins Feld gezogen sei, „er habe den Rheinstrom geöffnet und achtzehn Schlösser und Städte gewonnen, damit er geruhet hat mögen ziehen zum Herzogen von Burgund, er habe Neuß entsetzt, er habe den Bischof von Köln zum Gehorsam gebracht", — man glaubte dem nicht oder[2] war damit nicht zufrieden. Und so vielfältig Zeugnisse vorliegen, daß man auch im deutschen Heere keineswegs so siegessicher gewesen und mit herzlichem Danke gegen die Fügung des Geschickes die Meldung vom Frieden empfing,[3] so fand man doch hinterher und in der Entfernung, daß die Gegner zu leichten Kaufs davongekommen seien. Karls Abzug beweise, daß ihn die Deutschen in der Hand gehabt;[4] wenn Kaiser und Fürsten ihn geschont, so sei dies aus selbstsüchtigen Gründen geschehen; ein solches Vorgehen der Oberhäupter sei so viel wie ein Verrat am Reiche. Bald wußte man auch genau und je länger desto offener ward es gesagt und wiederholt: Der Kaiser und die Fürsten hätten von Herzog Karl Geld genommen.[5] Und die Summen wuchsen bald ins Große, ja bis ins Unglaubliche: Da sollte der Anteil Kaiser Friedrichs allein zwei Tonnen Gold betragen haben.[6]

[1] Vgl. schon den Catologus archiep. et episcop. Bremensium bei Mencke Scriptor. III. 810. Diebold-Schilling 158—161 (Schreiben der Kölner an die von Basel). Wülcker, Urkunden 108, Nr. XXXVII. Ulrich, Akten 130—132, Nr. 185.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 370, Nr. 367.

[3] Vgl. Wülcker, Urkunden 94, 97, 102, 104, 107,

[4] So schon Köln in dem erwähnten Briefe bei Diebold-Schilling 158—161. Vgl. auch A. Ursinus(-Bäring) bei Mencke, Script. III. 1344.

[5] Vgl. Koelhoff'sche Chronik a. a. O. 841. Chroniken der deutschen Städte (Nürnberg 4) X. 313, 320. Detmar, Lüb. Chronik II. 368. Liliencron, Die historischen Volkslieder der Deutschen II. Nr. 134.

[6] Vgl. Knebel a. a. O. 279. Zur Sache: Markgraf, De bello Burgund.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zieht man billig von dem, was da geschehen war, die Summe, so wird kaum eine große Meinungsverschiedenheit darüber bestehen, daß sich nach der Lage des Kaisers schwerlich anders handeln, größeres erreichen ließ. Was konnte der Kaiser, da die militärische Überlegenheit der Deutschen nichts weniger als sicher war, anderes fordern, als was ihm der Herzog wirklich bewilligt hat? Und selbst wenn eine Schlacht geliefert ward und das Reichsheer siegte, darf man bei der Zusammensetzung der Reichsarmee glauben, daß sich daran weitreichende äußere Folgen, wie etwa die Eroberung auch nur eines Teiles des burgundischen Reiches geknüpft hätte? Gewiß nicht. Vor der ersten festen burgundischen oder mit Burgund verbündeten Stadt wären die Deutschen ebenso sicher stecken geblieben, wie jetzt Herzog Karl vor Neuß. Man denke nur an Linz! Und selbst wenn man erobernd vordrang, was ward damit gewonnen? Ein neuer Reichsfürst, fern vom Centrum des Reiches, demselben etwa so viel nütze, als der Herzog von Lothringen, oder doch nicht mehr, als die von Jülich und Kleve.

So war es wohl richtiger, wenn der Kaiser und die Fürsten entgegen der populären Stimmung das Bewußtsein des Siegers hatten und sich des Erfolges rühmten.[1] Und auch für die Zukunft versah sich der Kaiser von der Abtreibung der Burgunder wichtiger Frucht. Er war entschlossen, die Fürsten und Städte des Nordens und Nordwestens Deutschlands, namentlich Kurtrier, Jülich, Köln, Lübeck und die anderen Hansestädte, wohl nach dem Muster der niederen Vereinigung, zu einer engeren Waffengenossenschaft zu verbinden; sie sollten sich verteidigen und waren vorerst dazu stark genug, falls ein auswärtiger Feind sie angriff; daß er dann in den Tagen der Not an der Spitze des Reiches nicht fehlen werde, dafür sprach zu seiner stolzen Genugthuung der gegenwärtige Fall.[2] Es war das drittemal, daß der Kaiser den Versuch machte, durch eine engere Vereinigung einer Anzahl von Reichsständen für einen bestimmten Zweck die mangelhafte Reichsverfassung wenigstens lokal und

60—62. Menzel, Gesch. von Nassau V. 429. Rausch, Burg. Heirat 142—143. Betreffs der Anschuldigungen gegen Kurf. Albrecht von Brandenburg s. Font. rer. Austriac. XLVI. 371—377, Nr. 369 und 370 und die Korrespondenz zwischen Herz. Albrecht von Sachsen und Wilhelm von der Mark, Herr zu Arberg, u. s. w. vom 16. 18. und 22. Oktober und 13. Nov. im Weim. Ges. Archiv.

[1] Betreffs Albrechts von Brandenburg s. Font. rer. Austr. XLVI. 373; vgl. ebendort 370. S. auch das Schreiben an die Frankfurter bei Kulpis 611. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 365, Nr. 511. Chmel, Reg. II. 678, Nr. 7009.

[2] Vgl. das Schreiben aus Köln v. 10. Sept. bei Janssen, Frankf. Reichsk. II. 365, Nr. 510.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auf Zeit zu korrigieren. Es ist ihm schließlich nur mit dem schwäbischen Bunde geglückt.

Nachdem jetzt das Nötigste geschehen, zog Kaiser Friedrich dankerfüllten Herzens nach Aachen, nach glücklich beendeter Heerfahrt bei den Heiltümern des Domes seine Andacht zu verrichten.[1] Und sowie er jedem Dank wußte, der bei dem gefahrvollen Werke mitgeholfen, insbesondere dem wackeren Hermann von Hessen und denen von Köln,[2] — so empfand er vor allem das Bedürfnis, den Todesmut der wackeren Bürgerschaft von Neuß durch die Verleihung von zum Teile wichtigen Freiheiten und Rechten zu belohnen.[3]

Aber auch den Kaiser rühmte noch durch Jahrhunderte ein ehernes Standbild, auf festem Steinfundament inmitten des Marktplatzes von Neuß errichtet, den kommenden Geschlechtern als Befreier aus höchster Not und burgundischer Bedrängnis.

---

[1] Vgl. Janssen, Frankfurts Reichskorrespondenz II. 365, Nr. 510. Chmel, Reg. II. 678, Nr. 7003.

[2] Bezügl. des Landgrafen s. unten. Über Köln s. Ennen, Gesch. von Köln III. 551. Daß aber die Kölner auch später die sie betreffenden Abmachungen nicht genau erfahren hätten (außer Erklärungen der Bischöfe von Trier und Eichstädt hatten sie gleich auch burgundische Versicherungen erhalten, wie Ulrich, Akten 180—182, Nr. 213 beweist), widerlegt die kaiserliche Erklärung v. 25. Sept. bei Lünig, Reichsarchiv XIII. 365. Es fehlt dafür auch jeder vernünftige Grund.

[3] Die Privilegien u. s. w. aufgezählt bei Tücking, Gesch. von Neuß 78—80. Vgl. auch Lacomblet, Urkundenbuch IV. 474, Nr. 380.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zweite Abteilung 1474/7—1486.

Das deutsche Reich im Gegensatze zu Ungarn. Die römische Königswahl Maximilians I.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Einundzwanzigstes Kapitel.

Die Sachlage nach der Neußer Richtung. Der Kaiser und der Osten.

Zu den Schwierigkeiten, die sich einer Verständigung vor Neuß entgegen stellten, gehörte das Verhältnis des Kaisers zu König Ludwig von Frankreich. Denn so wenig der König seine Zusagen, die Sendung eines Hilfsheeres zur Reichsarmee betreffend, erfüllt hatte, so sehr war der Kaiser dennoch gemeint, den Bund mit ihm festzuhalten, und auch, falls zwischen Frankreich und Herzog Karl der Krieg fortdauerte, die vertragsmäßige Hilfe zu leisten.[1] Der Burgunder hatte vor Neuß einwilligen müssen, daß solche Unterstützung die Verhandlungen über den definitiven Frieden mit dem Reiche nicht beirren sollte.[2] Freilich wollte sich der Kaiser die Vermittelung eines Friedens angelegen sein lassen, wodurch eventuell die Hilfe wegfiel.

Andererseits besaß Karl von Burgund nach wie vor das Mittel, das Reichsoberhaupt, dessen Macht und Bedeutung der Feldzug vor Neuß denn doch in anderem Lichte zeigte, gänzlich auf seine Seite zu ziehen. War nicht Ludwig XI. gelähmt durch die Engländer, die kurz nach der bestimmten Frist auf dem Festlande gelandet waren, und durch den Abfall des Connetable, des Grafen von Saint Pol? Der Herzog meinte sogar zu Zeiten, den Kaiser weniger beachten,[3] den König nicht fürchten zu müssen. Er war nicht geneigt, seine großen Ent-

---

[1] So ist bereits vor Neuß zu Anfang Juni beabsichtigt. Vgl. Wülcker, Urkunden 99—100, Nr. XXIX, vom 7. Juni. Vgl. auch die Meldung bei Knebel, Basl. Chroniken II. 268, über des Kaisers beabsichtigten Zug gegen Metz, um mit König Ludwig XI. zu kooperieren.

[2] Ebendort 109, Nr. XXXVIII. Brief vom 1. Juli.

[3] Die Verhandlung in Lille, von der Markgraf, De bello Burgundico 62, (und nach ihm Droysen, Geschichte der preuß. Politik II. 1, 302 und Rausch, Die burgund. Heirat) erzählt, gehört, wie eine Analyse des zu Grunde liegenden Berichtes im Dresdner Archive zeigt, in das Jahr 1478 (die pfalzgräflichen Räte sprechen von der Geburt eines Sohnes des Herzoges von Burgund; es ist Philipp der Schöne, Sohn Maximilians I. geb. im Juni 1478).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

würfe aufzugeben: zwar nicht das burgundisch-deutsche Kaisertum, wohl aber das Königreich Burgund, wie man es sich in Trier gedacht, sollte zur That werden. Dafür sollte, während Karl den Kaiser durch die Friedensverhandlung festhielt und Frankreich unschädlich war, Lothringen erobert und so das wichtige Zwischenland zwischen den nördlichen und südlichen Landschaften des Herzogs von Burgund gewonnen werden. So ward der erste der Gegner für den Abfall gezüchtigt. Während der Herzog den Engländern, die seit April die Vereinigung der niederländischen Truppen mit ihrem Heere forderten,[1] auch nach dem Abzuge von Neuß sich versagte, da er sein Heer erst ergänzen[2] und ausruhen lassen müsse, wurde die lombardische Kompagnie des Grafen Campobasso sofort abgesandt, um den Gouverneur von Luxemburg, Claude de Neufchatel, gegen die feindseligen Lothringer beizustehen. Es war die Einleitung zur Eroberung des Landes.[3]

Aber die diplomatische Kunst eines Ludwig XI. erwies sich der burgundischen nicht nur gewachsen, sondern überlegen. Bei dem Kaiser wie bei König Eduard von England lief sie ihr den Rang ab.

König Eduard IV. war des beschwerlichen Lagerlebens bald überdrüssig geworden. Daß Herzog Karl seine Zusagen nicht erfüllte und auch der Connetable sich standhaft weigerte, das besetzte St. Quentin in Eduards Hände zu geben,[4] mehrte seinen Unwillen. Endlich bedrängte ihn ebenso wie seinen Gegner, den französischen König, die Kurie mit ihren Geboten, Frieden zu schließen.[5] Unter solchen Umständen trugen die unablässigen freundlichen Erbietungen des französischen Königs bei Eduard den Sieg davon.

Am 29. August schloß er mit König Ludwig in persönlicher Begegnung an der Sommebrücke bei Peguigny einen Waffenstillstand auf sieben Jahre, dessen Hauptbedingung die Vermählung des Dauphins mit einer der Töchter Eduard IV. und damit geradezu den Übertritt des englischen Königs zu dem französischen System aussprach. Von

[1] König Eduards Schwager, Lord Rivers aus dem Hause Woodville (Green, Geschichte Englands I. 342), war im burgund. Heere vor Neuß. Extrait d'une ancienne chronique l. c. 395.

[2] Man vergleiche über seine Verhandlungen mit den Räten von Flandern am 12. Juli Gachard, Documents inédits II. 249—266.

[3] Vergleiche Gingins, Depêches I. 194. Rodt, Feldzüge I. 420 bis 423. Witte, Lothringen und Burgund a. a. O. 48 ff., 53.

[4] Vgl. M. Duclos, Histoire de Louis XI. II. (Amsterdam 1746), 179.

[5] Vergl. das Breve Sixtus IV. v. 17. Juni an Ludwig XI., Chmel, Mon. Habsb. I. 3. 437, und ebendort an alle Fürsten, 437—438.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

englischer Seite wurde Burgund, von französischer die Eidgenossenschaft und die niedere Vereinigung, falls sie selbst es wollte, in die Waffenruhe einbezogen.[4]

Nun eilte wohl Karl von Burgund auf die Kunde von dem Geschehenen herbei. Er bot alles auf, die Versöhnung der Könige rückgängig zu machen; denn nur wenn Englands Heer die Kräfte Frankreichs band, glaubte er die Durchführung seiner Pläne hoffen zu dürfen. Umsonst. Karls Erbitterung war grenzenlos. Er wies jetzt auch Eduards Anerbieten zurück, ihm gleichfalls eine Verständigung mit Frankreich zu verschaffen. Der Herzog konnte es um so eher, als er bereits die Vermittelung des Kaisers besaß. Eben war der Propst von Xanten, Georg Heßler, in der Begleitung des Legaten[1] von Aachen, wohin sie mit dem Kaiser gegangen (31. August), zu Karl herübergekommen. Aber eine Verständigung Burgunds mit Frankreich war unabweislich. Es kam dazu schon am 13. September in Soleuvre, einem Schlosse im Luxemburgischen, wo französische und burgundische Räte mit den Vermittlern zusammentraten.

Demgemäß sollten die Waffen zwischen dem Königreiche und dem Herzogtum durch neun Jahre ruhen und die beiderseitigen Verbündeten bis zum 1. Januar 1476 das Recht besitzen, dem Stillstande beizutreten.

Soweit die offenen Artikel. Daneben aber war in geheimen Abmachungen, von denen vor allem auch die Vermittler nichts erfahren durften, festgesetzt, daß Herzog Karl dem Könige bei der Wiedergewinnung von St. Quentin, König Ludwig dem Herzoge bei der Eroberung von Pfirt und der anderen Pfandherrschaften Hilfe leisten, und ihm gegen die niedere Vereinigung, die Eidgenossen und den Herzog von Lothringen freie Hand lassen werde.[2] Beide Fürsten gaben damit ihre Verbündeten,

[1] Comynes-Lenglet II. 216. Über die Einzelvorgänge des englischen Feldzuges und während der Verhandlungen s. den sehr interessanten Detailbericht, offenbar nach den Meldungen eines Augenzeugen, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 210—215. Vergleiche E. v. Rodt, Feldzüge I. 470—471 und R. Pauli, Geschichte Englands (in der Sammlung der Geschichte der europäischen Staaten von Heeren, Uckert und Giesebrecht) IV., 426—431, wo mit Unrecht die Schuld an dem Vorgehen Eduards IV. dem Herzoge Karl beigemessen wird.

[2] Des Bischofes von Forli. Vgl. Janssen, F. R. II. 365, Nr. 510. Extrait d'une ancienne chronique l. c. 398.

[3] Comynes-Lenglet III. 410—411. Dumont, Corps diplom. III. 509. Segesser, Abschiede II. 561—562, Nr. 810. Extrait d'une ancienne chronique 398 läßt erkennen, daß die Vermittler zu einer Zeit eingriffen, als man bereits einig war. Die richtige Interpretation des Vertrages bietet Witte, Lothringen und Burgund 56—58.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

— vom Kaiser war überhaupt keine Rede —, einfach preis! Die Treulosigkeit des Königs von Frankreich gegen Lothringen war um so größer, als Ludwig bisher den Herzog Reinhard nicht nur im Kriege gegen Burgund ermuntert, sondern ihn geradezu zum königlichen Statthalter mit unbeschränkter militärischer Vollmacht in den Gebieten von Langres, Sens, Brie und in der Champagne ernannt hatte.[1]

Aber übte der König seine Arglist nicht auch an dem neuen Freunde? Merkte Herzog Karl nicht, daß ihn der König mit der Pfandschaftssache aufs neue in den Krieg mit dem Reiche hineintreiben wollte? Daß er ihn durch das lothringische Unternehmen zum mindesten einstweilen beschäftigte? War Karl unbekannt, daß sich sein königlicher Vetter durch keinen Vertrag in seinen Maßnahmen beirren ließ?

In der That berechnete König Ludwig, daß er aus den burgundischen Entwürfen Vorteil ziehen würde, so oder so! Blieb der Herzog über Lothringen Sieger, so mußte dies Karls Mut derart steigern, daß der Krieg gegen das Reich oder die Eidgenossen nachfolgte. Der eine war für Karl so gefährlich wie der zweite und Ludwig war entschlossen, das Seine zu thun, daß diese Gefahr sich nicht verminderte. Unterlag Karl gegen Lothringen wie jetzt vor Neuß, so war von ihm eben auch für Frankreich weniger zu fürchten.

Wirklich benützte der Herzog die freie Hand, die er durch den Vertrag von Soleuvre gewonnen, um trotz der Unzufriedenheit seiner Unterthanen und ihrer Abneigung gegen einen neuen Krieg seine Absichten auf Lothringen zu verwirklichen. Dem Kaiser aber, der ja die geheimen Artikel nicht kannte, war der Vertrag willkommen, da er ihn der unangenehmen Hilfeleistung für Frankreich entband.

In Lothringen hatte schon die Kunde von den Stillstandsverhandlungen zu Soleuvre Aufregung und Bestürzung hervorgebracht. Man versah sich mit Recht von Burgund das schlimmste.[2] Aber eine Gesandtschaft, die Herzog Reinhard noch während des Tages an König Ludwig abordnete, erhielt von diesem den tröstlichen Bescheid, er habe dem Andringen Burgunds, Lothringen vom Frieden auszuschließen, mannhaft widerstanden und werde ihren Herrn nicht verlassen.[3] Bald

[1] Digot, Histoire de Lorraine III. (2. Aufl., Nancy 1880), 250.

[2] Schon am 24. Juni hatte Herzog Karl aus dem Lager von Neuß an seinen Grandbaillif zu Hennegau den Befehl gesandt, alles Eigentum des Herzoges von Lothringen innerhalb seines Gebietes zu konfiszieren. Gachard, Analectes Belg. I. 146. Weitere Akte der Feindseligkeit seitens Burgunds waren nachgefolgt.

[3] Witte, Lothringen und Burgund 64—65.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

jedoch schreckte die Anhäufung burgundischer Scharen im Luxemburgischen und im Hennegau den lothringischen Hof neuerdings aus seiner Sicherheit auf, um so mehr, als man auch von militärischen Bewegungen des Bastards von Burgund an der Südgrenze Lothringens Kunde bekam. Reinhard begann nun mit Eifer zu rüsten. In Nah und Fern, bei wem man sich guter Gesinnung versah, wurde um Hilfe gebeten. Zu König Ludwig ritt der Herzog persönlich. Aber schon war es zu spät. Die ganze Hilfe, welche der König gewährte, bestand in 800 Lanzen und sie hatten den Befehl, nichts gegen die Burgunder zu thun. Diese waren in entschiedener Übermacht, obwohl beträchtliche Haufen deutscher Knechte, besonders aus den Städten der niederen Vereinigung, den Lothringen zugezogen waren. Denn der Kaiser, und auch — vor dem Vertrage von Soleuvre — der König von Frankreich, hatten die Reichsstädte aufgemahnt, den Lothringern gegen die Burgunder, welche seit Ende August die Offensive ergriffen hatten, beizustehen. Das ganze Reich wegen Lothringens, das man freilich am Oberrhein als mächtige Vormauer Deutschlands[1] ansah, in die Waffen zu bringen, wie sich vor allem Herzog Sigmund von Österreich mühte,[2] war wenig Aussicht da.

Dafür war schon die Flucht der Ereignisse viel zu eilig. Nach Verkündigung des Stillstandes von Soleuvre, der ja auch der niedern Vereinigung Ruhe seitens Burgunds in Aussicht stellte, zogen die Deutschen ihre Truppen aus Lothringen zurück. Andererseits beging Herzog Reinhard, zum offenen Kampfe zu schwach, den schweren Fehler, kleinere Plätze halten zu wollen. Damit ward seine Waffenmacht allzusehr verzettelt und war das Schicksal des Landes eigentlich schon entschieden, ehe der Gewaltangriff der Burgunder begann.

Am Tage des Stillstandes von Soleuvre hatte Herzog Karl das Lehensaufgebot für das Herzogtum Luxemburg in die Waffen gerufen. Unmittelbar darauf brach er selbst mit seiner Hauptmacht von Norden her in Lothringen ein, während sein Halbbruder die Südgrenze überschritt. Nun ward auch der brennendste Wunsch König Ludwigs XI. erfüllt und ihm der verhaßte Connetable von den Burgundern in die Hände geliefert. Die französische Hilfsschar, welche Herzog Reinhard

[1] Ebenso in der Schweiz. Vgl. Segesser, Abschiede II. 627.

[2] Vgl. das Schreiben Herzog Sigmunds an Kurf. Albrecht von Brandenburg, etwa Beginn September 1475 im Bamb. Archiv, Burgund. Kriegssachen 385: Auch der Kaiser habe gegen Burgund Hilfe und Beistand zugesagt; er und die niedere Vereinigung seien dazu fest entschlossen, „damit das fürnehmen des Herzogs zur Zerstörung des heil. Reichs und ganzer deutscher Nation etlichermaß aufgehalten werde".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

persönlich herbeigeholt hatte, versagte jede Anstrengung. Reinhard selbst zog sich in sein festes Schloß Joinville zurück, statt mit allen Streitkräften seine feste Hauptstadt Nancy zu halten. Ungehindert konnten die Burgunder Platz auf Platz bezwingen und am 24. Oktober auch schon die Belagerung der Hauptstadt versuchen. Am 26. November war sie in den Händen Karls von Burgund, der am 30. seinen feierlichen Einzug hielt.[1] Lothringen war eine Provinz des burgundischen Reiches geworden, die nördliche und südliche Ländermasse Herzog Karls zu einer Einheit zusammengeschlossen, der wichtigste Schritt zur territorialen Begründung des Königreiches Burgund, so schien es, geschehen.

Und noch größeres glaubte die burgundische Staatskunst erreicht zu haben. Wenige Tage vor dem Falle Nancys, im Heerlager Karls vor dieser Stadt, hatte er einen Vertrag mit dem deutschen Kaiser geschlossen, der ihm den Frieden mit dem Reiche und wenigstens indirekt die Anerkennug der Einverleibung Lothringens in seine Lande, dazu die innige Verbindung mit der Familie des Reichsoberhauptes brachte. Lag darin nicht die Gewähr für die Erfüllung seiner auf die Königskrone gerichteten Wünsche? Ward nicht König Ludwig dennoch zu Schanden?

Nach dem Abzuge der Burgunder von Neuß und der vorläufigen Richtung mit Herzog Karl hatte sich der Kaiser in Köln zunächst als Herr der Sachlage hinsichtlich des Streites um das Erzstift gefühlt. Wenn er mit der Entscheidung auch jetzt zögerte, so geschah es doch vor allem, um zu versuchen, ob sich nicht zugleich auch mit den Fürsten des wittelbachischen Hauses eine endgültige Auseinandersetzung erzielen lasse. Aber soviel wir sehen, trat nur Ludwig von Landshut dem Reichsoberhaupte näher: bereits Anfang September stand fest, daß der Kaiser persönlich an der Hochzeitsfeier Herzog Georgs, Ludwigs Erben, mit Hedwig von Polen teilnehmen werde.[2] Um dieselbe Zeit erfolgte die vorläufige Ordnung der Kölner Streitsache. Hermann von Hessen, der wackere Verteidiger von Neuß, wurde für solange zum Verweser des Erzstiftes ernannt (12. September), als nicht Papst und Kaiser anders verfügen würden. Für die Regierung des Kölner Kurfürstentums wurde dem Landgrafen ein kleiner und ein großer Rat, gebildet aus Mitgliedern der erzbischöflichen Ständeschaft, des Domkapitels und der Stadt

[1] So im wesentlichen Witte, Lothringen und Burgund 72—97, wo gegen Calmet, Histoire de Lorraine etc. V. 403 ff. und Ch. Digot, Histoire de Lorraine III. 245 ff. mit Recht namentlich die zeitgenössischen Meldungen selbst verwertet sind.

[2] Vgl. Janssen F. R. II. 365.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Köln, an die Seite gegeben.[1] Die Stadt und der Verweser erhielten neue Beweise der kaiserlichen Gnade. Aber auch seinen Vorteil wußte Friedrich zu wahren: Landgraf Hermann verpflichtete sich, ihm alljährlich aus dem neubewilligten Rheinzoll zu Linz 8000 Gulden zu geben.[2]

Dafür schufen die Gänge der großen Politik und die Ereignisse in den Westlanden des Reiches Kaiser Friedrich rasch neue Sorge. Noch hatte ihn die Meldung vom Abkommen zwischen Frankreich und Burgund nicht erfreut, als die Nachricht von dem Ausbruche des Krieges gegen Lothringen einlangte. Kaiser Friedrich, der nach allem an dem Gedanken festhielt, die Beziehungen mit Burgund möglichst innig zu knüpfen und die Familienverbindung zu erreichen, geriet aufs neue in eine unangenehme Zwangslage. War er verpflichtet, sollte er Lothringen gegen Burgund beistehen und sich Herzog Karl noch mehr entfremden?

Es war vor Neuß des Kaisers Absicht gewesen, „mit allen denen, die zum Reich gehören", zum Frieden mit Burgund zu kommen. Auch in der „Richtung" hatte er dies festgehalten. Nach dem Abzuge der Burgunder von Neuß war daher der „Friede" nicht bloß im Reiche, der niederen Vereinigung und dem Herzoge von Tirol, sondern auch den Eidgenossen und vielleicht auch dem Herzoge von Lothringen verkündet worden. Vielleicht,[3] denn das Verhältnis des Herzogs von Lothringen zum Reiche war ein anderes, als jenes der niederen Vereinigung oder selbst der Eidgenossen. Seit langem galt er nur für einzelne Teile seines Besitzes für lehenspflichtig von Deutschland.[4] An der Entwickelung der deutschen Dinge nahm das Herzogtum seit langen Menschenaltern so gut wie gar keinen Anteil. In den Bund mit dem Reiche war Herzog Reinhard formell durch französische Vermittelung, als wäre

[1] Die Urkunde schon bei W. Günther, Codex diplom. Rheno-Mosellanus, 5 T., Koblenz 1822—1826, IV. 631; dann bei Lacomblet, Urkundenbuch des Niederrheins IV. 381 und Anm. Hermanns Revers vom 14. Sept. bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 448—449.

[2] Chmel, Regest. II. 678, Nr. 7012. Hermanns Revers bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 450.

[3] Die Möglichkeit ja Wahrscheinlichkeit eines Zuges des Herzoges von Burgund gegen Lothringen besprach man schon im kaiserlichen Lager vor Neuß. Vergleiche Wülcker, Urkunden 100, Nr. XXX. Brief vom 10. Juli.

[4] Vgl. darüber jetzt S. Fitte, Das staatsrechtl. Verhältnis des H. Lothringen zum deutschen Reiche seit 1542. Beitr. zur Völkerkunde von Elsaß-Lothr., XIV. Heft. Straßburg 1891. (Nimmt auch auf die früheren Verhältnisse Rücksicht, unterscheidet aber die Rechtsverhältnisse nicht scharf genug.) Daß man Lothringen nach Bedarf auch einfach zum Reiche zählte, zeigt a. a. Segesser, Abschiede II. 627.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er ein fremder Souverain, getreten. Er hatte nichts gethan, um die Entscheidung vor Neuß zu gunsten des Reiches herbeiführen zu helfen. Mit Recht fühlte sich der Kaiser demnach seit der Neusser Richtung Herzog Karl nicht zu mehr verpflichtet, als etwa Ludwig XI. selbst.

Das empfand auch der Tirolerherzog, als er den Angriff Burgunds auf Lothringen als eine immense Gefahr für das Reich darstellte und eine allgemeine Waffenerhebung, wie vordem zur Befreiung des Kölner Erzstiftes, verlangte. So gefährlich wurde die Sache doch erst, wenn etwa Herzog Karl nach der Bezwingung Lothringens das Elsaß angriff, was freilich geschehen konnte. Herzog Sigmund wandte sich, da der Kaiser sich „vielleicht ungern zu einem Aufgebote des ganzen Reiches wegen Lothringens entschließen möchte", lieber gleich an die Fürsten.[1]

Wirklich begnügte sich Friedrich, eine Anzahl der westlichen Reichsstände aufzumahnen, bei Verlust ihrer Freiheiten dem Herzoge von Lothringen „oder denen, die also (von Burgund) überzogen" würden, Beistand zu thun".[2] Er that es vielleicht sogar mehr dem drängenden Vetter von Tirol zu Gefallen, als weil er die Verpflichtung zu helfen empfand.

Aber war es nicht auch angezeigt, dem Burgunderherzoge nahe zu legen, daß Kaiser und Reich an den Angelegenheiten Lothringens ein Interesse hatten und sich nicht bei Seite schieben ließen? Der Herzog hatte sich seit seinem Abzuge von Neuß so wenig freundlich gegen das Reich gezeigt, daß das Gerücht entstehen konnte, der Kaiser bleibe auf Betreiben der Kölner in ihrer Stadt, da sie neuen Angriff des Herzogs oder gar eine Belagerung besorgten.[3] Karl hatte sich der kaiserlichen

[1] Vergl. seinen oben angeführten Brief an Kurf. Albrecht von Brandenburg im Bamb. Archiv. Über das Verhalten des Herzoges und der niederen Vereinigung vgl. man insbesondere Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 203—207, welches Schriftstück in den Beginn November 1475 gehört. Statt „Nauſe" muß es natürlich S. 205 stets „Nanſe" (Nancy) heißen.

[2] Das Schreiben an die Frankfurter vom 23. September schon bei Kulpis 236. Vgl. Chmel, Regesten II. 678 Nr. 7009. Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 1886. Janſſen, F. R. II. 365, Nr. 511. Vergl. ebendort auch 366—369, Nr. 514—518, die Maßnahmen der aufgebotenen Städte, die noch mehr von dem Herzoge von Tirol und der niederen Vereinigung gedrängt wurden, betreffend.

[3] Vgl. Knebel in Basler Chroniken II. 282; auch des Kaisers Erklärung zu Gunsten Kölns vom 25. September 1475 bei Lünig, Reichsarchiv XIII. 365. Ein Schreiben des Grafen von Zollern an Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg würde freilich anderes beweisen, wenn die Datierung Minutolis vom 15. August (Friedrich I., Kurf. v. Brandenburg, II. 19—20) richtig wäre. Aber der Inhalt, (er deckt sich mit den Abmachungen vor Nancy) beweist nicht minder als die sonst bekannten Umstände, daß „uff unſer lieben Frauen" vom 8. Dezember zu verstehen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gesandtschaft zur formellen Vermittelung des Vertrages von Soleuvre bedient und sie wie den Legaten trotz der dem Reiche feindlichen geheimen Artikel an seiner Seite festgehalten. Aber zu einer ernstlichen Verhandlung zwischen Burgund und dem Reiche willigte er, scheint es, doch erst, als der Krieg um Lothringen vor Nancy zum Stehen kam und die Eroberung des Herzogtums so gut wie vollendet war.

Die Erfolge seiner Waffen hatten den Stolz und das Selbstvertrauen des Herzogs wieder zur alten Höhe emporgehoben. In seinem Heerlager vor der lothringischen Hauptstadt sah man neben den Abgesandten des Papstes und Kaisers die Boten König Ludwigs XI., Vertreter Venedigs, Mailands, Aragon-Neapels, des Pfalzgrafen, des Herzogs von Jülich u. a.[1] Kein Wunder, daß Karl zum Friedensschlusse mit dem Reiche erst schritt, als er neue Beweise der alten hinterlistigen Gegnerschaft seines Vetters von Frankreich empfangen hatte, und daß auch dann noch der Vertrag keinen Gewinn für das Reich bedeutete.

Die Meldung von der Neusser Richtung und dem angeblich bevorstehenden „endlichen" Frieden zwischen Burgund und dem Reiche hatte man am Hofe des Ungarkönigs mit kaum geringerem Mißbehagen aufgenommen, als in Frankreich. Es war beiden Mächten gleich unangenehm, daß damit der Kaiser gegen Ungarn, der Herzog gegen seinen alten Feind, Ludwig XI., freie Hand bekam. Da wie dort machte man denn auch die ernstlichsten Anstrengungen, den Definitivfrieden zu hintertreiben.

Aber während sich König Matthias und der in seinen Diensten stehende alte Ränkeschmied Georg von Stein begnügen mußten, das Mißtrauen des Herzogs gegen den Kaiser zu erwecken, da der Kaiser sich noch mit Niemanden zu Freundschaft verbunden, den er nicht getäuscht hätte, während sie beflissen waren, das Projekt einer Vermählung der Erbtochter Karls mit dem Sohne König Ferdinands von Neapel zu fördern und dadurch ebenso die burgundischen Heiratspläne des Kaisers zu vereiteln wie den Herzog zur innigen Verbindung mit der Mächtegruppe Ungarn, Papst Sixtus IV. und Neapel-Aragon zu bestimmen:[2] griff König Ludwig zu extremen, wirksameren Mitteln. Er gab einer-

Außerdem muß es S. 19, Z. 1 v. u. heißen: „der kaisser mit all den, so zum reich kerrend, desgleich der herzog mit all den, so zu im keren". Ferner S. 20, Zeile 6 von oben: „und ob idwederm teil jemand darbey unkorsam wer" statt: „und ob idwedern teil jemand dar sei un korsam wer".

[1] Extrait d'une ancienne chronique bei Comynes-Lenglet II. 398—399.

[2] Nach einer Anzahl Schriftstücke, dem September 1475 bis etwa Beginn 1476 angehörig, die sich inhaltlich als „Extracta ex scriptis repertis apud nuntium ex

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

seits dem Vertrage von Soleuvre den Charakter vollster Intimität, indem er Herzog Karl in dem geheimen Artikel geradezu Hilfe auch gegen das Reich und das Haus Österreich zusagte. Er ermutigte damit den Herzog zur Verfolgung seiner Pläne, die ihn in einen Krieg mit dem Reiche und den Eidgenossen, und wie Ludwig hoffte, ins Verderben stürzen sollten. Aber zugleich wahrte er dem Kaiser gegenüber nicht nur den Schein vollster Bündnistreue, sondern er ging jetzt mit ihm geradezu über eine Ordnung der allgemeinen Angelegenheiten der Christenheit, namentlich der kirchlichen Dinge, zu Rate, deren Zustand damals den Kaiser aus bestimmtem Grunde ernstlich erregte.

Die Art und Führung Papst Sixtus IV. war scheint es dem Kaiser nie sympathisch gewesen: sprach man doch, worin der Kaiser sehr peinlich war, von symonistischen Künsten, durch die zumeist der Kardinal Rovere seine Erhebung erreicht. Friedrich war, namentlich seit Pius II., gewohnt, bei seinen Wünschen in Rom das bereitwilligste Entgegenkommen zu finden. Sixtus IV. aber behandelte die Machthaber je nach dem Interesse der Kirche. So wie in den eigenen, so hatte der Kaiser seit Jahren in den öffentlichen Angelegenheiten bei der Kurie nur wenig erreicht; nicht einmal ein Kardinalat war nach dem Tode Peters von Augsburg für einen Deutschen zu haben gewesen.[1] Und nun, als mit dem Ableben Erzbischof Adolfs von Mainz (6. September 1475) der Kaiser die Gelegenheit gekommen sah, durch die Erhebung eines befreundeten Prälaten auf den Stuhl des Erzkanzlers sich die Mehrheit und Führung im Kurkollegium dauernd zu sichern, sah er die Kurie Wege gehen, die ihn nur mit schwerster Entrüstung erfüllen konnten.[2]

Schon während des Kölner Aufenthaltes des Kaisers hatte ihm König Ludwig, wie beinahe stets so auch jetzt wieder mit Sixtus IV. in Spannung, den Antrag machen lassen, gemeinsam auf die Einberufung eines allgemeinen Konziles hinzuarbeiten und bei diesem Anlasse vor allem anderen dem Papste selbst zu Leibe zu gehen. Nun teilte Friedrich dem Könige mit, daß er dazu durchaus bereit sei; und so wie er hoffe, daß einige der Kurfürsten ihm dabei zur Seite sein würden, so mahne er auch den König, andere Mächte zu gleichem Vorgehen zu bestimmen;

Hungaria" im Dresdner Hauptarchive befinden. Sie enthüllen uns vor allem die Absichten und Bestrebungen des ungarischen Hofes.

[1] Die Instruktion für den Bischof von Sebenico, etwa aus dem Februar 1476, läßt uns einen Blick thun in alle zwischen Rom und dem Kaiserhofe schwebenden Differenzen. Vatik. Geh. Archiv zu Rom, Sixti IV. lib. legat. 122, fol. 65—66.

[2] Vgl. darüber noch unten Kapitel 26 und speziell Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 441.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

vorerst möge die Sache aber noch Geheimnis bleiben. Es existiert ein Schriftstück, in dem sich Kaiser Friedrich wirklich um Unterstützung des Konzilsprojektes bewirbt: es solle die Versammlung zum Nutzen der ganzen Christenheit tagen, er und der König wollten in Person zugegen sein, die Zustände der Kirche im allgemeinen und an ihrem Haupte insbesondere zu bessern, dem Übermute und der Unbesonnenheit des Herzoges von Burgund, der in böswilligster Weise den Frieden Deutschlands und Frankreichs störe, Schranken zu setzen. Es ist wenig glaublich, daß der Kaiser solches geschrieben.[1] Möglich ist es aber doch, daß er sich in seinem frischen Ärger wegen Mainz bis zu einem gewissen Grade (Oktober-November 1475) von Ludwig XI. einfädeln ließ.

Die Verhandlungen vor Nancy schufen dem freilich ein frühes Ende. Bei diesen Beredungen erfuhr nämlich der kaiserliche Gesandte Heßler, daß der König von Frankreich sich „auswendig des Wissens" des Kaisers mit Burgund befriedet und ihm sogar Hilfe gegen das Reich zugesagt. Von ähnlich „freundschaftlicher" Gesinnung des Königs gegen den Herzog hat bei intimerer Verhandlung mit dem Hinweise auf das Konzilsprojekt auch Georg Heßler zu berichten gewußt. Seitdem gingen die Wege Kaiser Friedrichs und Ludwigs XI. auseinander.[2] Des Kaisers Frieden mit Papst Sixtus vermittelte unlange darauf in Rom derselbe Prälat, der jetzt Gehülfe und Zeuge der Vorgänge vor Nancy war.

Unter dem Eindrucke des jüngst Erlebten, der raschen und glücklichen Eroberung des Landes Lothringen durch Herzog Karl und gegenüber der Eröffnung, daß der Herzog bei einem neuen Angriffe auf das

[1] Es widerspricht doch durchaus seiner kirchlichen Gesinnung einerseits, wie seiner Bedächtigkeit und Vorsicht andererseits; auch weisen die beleidigenden Worte für Herzog Karl zu sehr auf die Absicht des Schreibens hin, den Kaiser mit dem Herzog zu verfeinden. Die Schriftstücke in den Script. rer. Siles. XIII. 179—180, Nr. 220, gehören in das Spätjahr 1475. Die „res illa conficienda" betrifft den Plan, dem kaiserl.-französischen Konzilsprojekte mit einem ungarisch-burgundischen und womöglich auch zugleich neapolitanisch-ungarischen zuvorzukommen. Zur Sache vgl. K. Menzel, Geschichte von Nassau V. 424, Anm. *, wo den Schriftstücken noch nicht einmal so viel Bedeutung beigelegt wird. Vergl. sonst Markgraf, De bello Burgund. 57. Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. I. 430—431. Rausch, Die burg. Heirat 149 ff. Segesser, Matthias Corvinus und die Eidgenossen 72 ff. Pastor, Geschichte der Päpste II. 987—988.

[2] Am 11. Jan. 1476 klagt bereits der Kaiser in einem Briefe an den Kurfürsten Ernst von Sachsen über die Treulosigkeit des Königs. Weimar. Archiv. Bis dahin reicht etwa auch die Korrespondenz der beiden Herrscher, der wir aber schon in der letzten Zeit Thatsächliches nicht zu entnehmen vermögen. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 299—305. Auch warnt schon am 17. Juli 1475 der König von Frankreich Bern vor Kaiser Friedrich. Der schweiz. Geschichtsforsch. 12, 124.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reich sogar auf französische Hilfe rechnen dürfe, so wie auch sein Bündnis mit Ungarn fortbestand, willigte der kaiserliche Gesandte unter der Vermittelung des Legaten und des Bischofes von Caputagno, Botschafters Ferdinands von Neapel, am 17. November für den Kaiser in einen Frieden mit Karl von Burgund unter folgenden Hauptbedingungen: Kaiser und Herzog geloben sich in Anbetracht der alten Freundschaft zwischen ihren Familien hinkünftig jegliche Gunst und Förderung. Im Falle eines fremden Angriffes auf ihre Lande und Herrschaften leisten sie sich Beistand mit ganzer Macht, der Ruhestörer sei wer immer. Streitigkeiten zwischen den beiderseitigen Untergebenen können dieses Bündnis in keiner Weise berühren oder gar aufheben, sondern werden auf dem Wege Rechtens durch die kompetenten Richter beigelegt. Zwischen den Angehörigen beider Reiche findet freier und sicherer Verkehr zu Wasser und zu Lande statt, so wie dies vor dem letzten Kriege der Fall gewesen ist. Die dem Reiche gewandten Fürsten sind in dem Frieden mitinbegriffen; wer das nicht will, soll es in einem besonderen Briefe binnen vier Monaten dem Herzoge von Burgund verkünden. Der Friede wird bis Neujahr 1476 von beiden Teilen bestätigt und im Reiche mit gebührender Feierlichkeit bekannt gemacht, ja man will auch den heil. Vater gemeinsam eingehen, die vereinbarten Bedingungen mit seinem Segen zu bekräftigen und allenthalben zu verkündigen.

Die bedeutsamsten Forderungen und Zugeständnisse fanden aber in Beibriefen ihren Ausdruck, wobei ebenso beachtenswert war, was sie stipulierten, als was sie offen ließen. Da sicherten sich beide Parteien zu, daß dieser Friede dem Bündnisse des Kaisers mit dem Könige von Frankreich sowie jenem des Herzoges mit Ungarn nicht nachteilig sein solle. Was den Streit des Herzoges von Burgund mit Sigmund von Österreich betreffe, so nimmt es der Kaiser auf sich, dem Herzog Karl binnen sechs Monaten in der Pfandschaftssache Entschädigung und Befriedigung zu erwirken; gelingt ihm dies nicht, so wolle man die Sache so ansehen, als ob eine solche Vermittelung niemals stattgefunden, und steht beiden Teilen, Burgund und Tirol, das Recht zu, ihr Interesse nach Gutdünken weiter zu verfolgen, ohne daß der jetzige Hauptvertrag zwischen dem Reiche und Burgund berührt wird. Von Lothringen, auch den Eidgenossen ist nirgends die Rede. Dafür erhielt aber der Legat eine schriftliche Erklärung des Herzoges von Burgund, „einen Zettel", in welchem Karl versprach, seine Tochter Marie mit Erzherzog Maximilian von Österreich, des Kaisers Sohne, zu ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

loben.[1] Ja der Herzog bekräftigte seine Zusage sofort durch einen Eidschwur.[2]

Sieht man von diesem Zugeständnisse des burgundischen Herrschers, das allerdings bei dem Kaiser außerordentlich schwer wog, ab, so war der Frieden von Nancy für das Reich und den Kaiser weder vorteilhaft noch ehrenvoll. Man braucht da nicht erst auf die Eidgenossen zu verweisen, die der Kaiser übrigens als Glieder des Reiches betrachtete und hinterher auch zum Beitritte zum Frieden zu bewegen strebte. Sie selbst hatten sich ja vom Beginne des großen burgundischen Krieges an weder als Unterthanen des Reiches benommen noch als solche gegeben. Sie hatten stets betont, daß sie nur als Bündner des Herzoges von Österreich und nicht „in eigener Sache" in den Krieg mit Burgund geraten seien,[3] und ihn jederzeit so geführt, wie es eben ihrem Interesse entsprach. Keine schriftliche oder mündliche Erforderung des Kaisers, wie solche nacheinander Graf Haug von Werdenberg,[4] Ritter Trudbert von Staufen,[5] dann Herr Hans von Toggenburg[6] der Tagsatzung überbracht, hatte sie vermocht, diese Haltung aufzugeben. Nur um wenigstens den Schein völligen Ungehorsams zu vermeiden und andererseits den Kaiser für die Bestätigung der Freiheiten der Kantone günstig zu stimmen, hatte schließlich Bern in die Absendung einer Hilfsschar in das Reichsheer vor Neuß gewilligt. Auch in des Kaisers Bund mit Frankreich waren die Schweizer nie eingetreten, so sehr er ihnen gefiel. Sollte da jetzt der Kaiser für die Eidgenossen Burgund gegenüber Bürgschaften eingehen, die zu erwidern ihnen niemals einfiel? Hatten sie sich auch wieder in letzter Zeit um seinen Vorteil oder um seine Gunst gekümmert?[7] Und welchen Erfolg endlich konnte ein Versuch des Kaisers, sich ihrer ganz und gar zu mächtigen, bei Gemeinwesen haben, „die weder dem Kaiser gehorchen", noch die Geldzahlungen des Königs von Frankreich, des Herzoges Sigmund von Österreich und der rheinischen Städte entbehren wollten?[8]

---

[1] Der Vertrag samt Zusatzartikeln (ohne den „Zettel", der noch nicht gefunden ist) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 125—133. Vergl. auch Comynes-Lenglet III. 446 ff.

[2] Nach dem Bestätigungsbriefe des Herzoges vom 6. Mai 1476 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 334—335.

[3] H. Delbrück, Die Perser- und Burgunderkriege, Berlin 1887, 175.

[4] Am 5. März. Segesser, Abschiede II. 527, Nr. 779.

[5] Am 10. März. Ebendort 529, Nr. 780.

[6] Am 22. April. Ebendort 538, Nr. 788.

[7] Vgl. Rausch, Burg. Heirat 137. [8] Knebel in Basl. Chron. II. 272.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ähnlich aber doch auch wieder wesentlich anders verhielt sich die Sache mit Herzog Sigmund von Tirol.

Auch er hatte, obgleich ihm nach der Neusser Richtung der Stillstand angesagt war, den so aussichtsvollen Krieg gegen Hochburgund fortgesetzt und dabei seitens der Eidgenossen, Bern voran, Unterstützung gefunden. Kaiser Friedrich war berechtigt, dem Herzoge von Tirol die Verantwortung für diese seine Eigenmächtigkeit — das war das Benehmen des Herzogs wenigstens bis zum Aufgebote für Lothringen — ebenso zu überlassen, wie er es begreiflich finden mußte, daß Karl von Burgund den Angreifern Widerstand leistete. Aber entschuldigte Herzog Sigmund nicht doch bis zu einem gewissen Grade sein Verhältnis zu den Eidgenossen und die Unklarheit der ganzen Sachlage nach dem Abzuge der Heere von Neuß? Und kriegte er seit Mitte September für Lothringen nicht auf Geheiß von Kaiser und Reich?

Man kann also nicht sagen, daß in dem Vertrage auf die Integrität des Reiches, auch selbst im engeren Sinne, und auf Herzog Sigmund gebührend Rücksicht genommen war. Die Aussicht, daß der Kaiser binnen sechs Monaten in der Pfandschaftssache einen billigen Ausgleich vermitteln werde, war doch sehr gering. Man bedenke nur, daß Karl die Beseitigung seiner Herrschaft am Oberrhein als „Raub" bezeichnete,[1] daß sein Grimm gegen Herzog Sigmund womöglich noch größer war, als gegen den Lothringer. War da an billige Bedingungen seinerseits zu denken? Gelang aber die Vermittelung nicht, so traten „beide Parteien wieder in ihre Rechte ein und konnten sie gebrauchen nach Gutdünken", dem Frieden zwischen Burgund und dem Reiche unbeschadet: Das heißt, der Burgunder konnte gegen den Herzog von Österreich vorgehen nach Belieben und der Kaiser durfte, hielt er den Frieden, Sigmund nicht einmal unterstützen. Der ganze Zusatz, Tirol und die Pfandschaften betreffend, besagt im Grunde nichts anderes, als einen Stillstand in dieser Sache auf sechs Monate, lang genug, um Herzog Karl, wie er hoffte, die Bezwingung der Eidgenossen zu ermöglichen, denen weder der Kaiser noch auch ihr engerer Verbündeter, Herzog Sigmund, helfen durfte. Inzwischen hatte sich der Kaiser in Vermittelung mit Tirol zu versuchen. Gedieh sie nicht, dann mußte auch Herzog Sigmund um so sicherer der Rache des schwer beleidigten Burgunders verfallen.

[1] Der Beibrief von Nancy bezeichnet Sigmund und seine Verbündeten als Herzog Karls „in protenso spolio adversarii".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Auch der Kaiser mochte sehen, ob ihm denn jener Erfolg, den er wie auch die Unterhändler höher schätzte, als alle widrigen Zugeständnisse seinerseits, der Zusage der Hand der Erbtochter Karls für seinen Sohn, trotz Karls schriftlicher Zustimmung und eidlicher Versicherung zu Teil werde. Waren dies Bande, mit denen ein Machthaber wie Karl von Burgund sich unlöslich binden ließ? Und trat Karl jetzt etwa zum kaiserlichen System über? Hielt er nicht vielmehr am Bündnisse mit Ungarn fest und wahrte er nicht so sorgsam das Geheimnis seiner Zusage, daß der neapolitanische Bewerber nach wie vor sich mit Hoffnungen trug?[1] Es mußten noch ganz andere, ungleich gewichtigere Momente für Österreich in die Wagschale fallen, ehe Karl sich entschloß, der Verwirklichung des Heiratsprojektes ernstlich nahe zu treten. Vorerst sah er diese Nötigung nicht vorhanden und beherrschte ihn allein der Gedanke, die Aufrichtung des burgundischen Königreiches nicht in freundschaftlicher Vereinbarung mit dem Reichsoberhaupte, so sicher sie ihm werden konnte, wenn er nur wirklich den Preis, die Heirat, bewilligte, sondern mittelst Überwindung seiner Gegner zu versuchen, die seine Rache nach einander vernichtend traf. Karl blieb auf den Pfaden seines Todfeindes, Ludwig XI., dessen Berechnungen er bewußt oder unbewußt zur Wahrheit machte, die ihn seinem dunklen Verhängnis entgegentrieben.[2]

Kaiser Friedrich hatte in der Nähe, in Frankfurt, Hof gehalten,[3] so lange das Schicksal Lothringens zweifelhaft war. Als Herzog Karls Sieg entschieden, war für das Reich auf bessere Bedingungen nicht länger zu hoffen. Nun gab Friedrich seinem Gesandten vor Nancy die Erlaubnis abzuschließen.[4] Er selbst wandte sich ostwärts, in die Erblande, wo er so lange nicht geweilt, heimzukehren. Schon war hier seine Anwesenheit dringend notwendig.

[1] Auch mit Ludwig XI. hatten ja Beredungen wegen einer Vermählung des Dauphins mit Maria von Burgund stattgefunden und immer noch blieb Marias Hand ihres Vaters gewichtigstes diplomatisches Argument.

[2] Vgl. schon Müller, Reichstagsth. II. 719.

[3] Vgl. Chmel, Reg. II. 679. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr, 1894—1895. Er ist in Frankfurt, nachdem er am 29. September Köln verlassen (Janssen, Frankfurts Reichskorr. II. 365, Nr. 512), bis gegen Ende Oktober. Am 5. November ist er in Nördlingen, am 16. in Dingelfingen (Kanzlei), am 23. November in Passau, vom 4.—16. Dezember in Linz, am 17. in Enns, zu Weihnachten offenbar bereits in Wien.

[4] Da der Kaiser bereits am 18. November Heßler mit dem fertigen Vertrage sicher erwartete (Janssen, F. R. II. 366, Nr. 514), müssen wir obiges annehmen. Der Abschluß vor Nancy muß sich also aus irgend welchen Gründen verzögert haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Mit Burgund gab es vorerst keine Störung weiter. Wie der Herzog,[1] so nahm auch der Kaiser den Frieden von Nancy an. Und zugleich erging an Kurfürsten und Fürsten die Aufforderung des Kaisers, dem Frieden beizutreten, ihn in ihren Landen verkünden zu lassen und ihre Räte „an ein gelegen End in dem heil. Reich zu bestimmen", im Namen des Reiches mit dem Herzoge und „seinen erblichen Landen eine ewige Einung anzunehmen".[2] Das Bündnis mit Frankreich war dagegen aufgegeben.[3] Offenbar hatten noch im letzten Moment Herzog Karl und der kaiserliche Gesandte diese letzten Punkte vereinbart. Sie machten den Triumph der burgundischen Diplomatie noch vollständiger.

Allzu lange hatte sich der Kaiser bereits den östlichen Dingen entziehen müssen. Nun, nachdem er in die Erblande zurückgekehrt, nahmen sie ihn dafür nahezu vollständig in Anspruch.

König Matthias hatte sein Vorhaben, im Sommer 1474 einen mächtigen Kriegszug gegen die Türken zu unternehmen, so wenig ausgeführt, als er dabei auf die Unterstützung der Fürsten rechnen konnte, denen er seine Absicht ostensiv kundgab. Eifrig bemüht, den innigen Anschluß an Neapel zu gewinnen[4] und die alten Beziehungen zu Burgund auf feste Abmachungen zu stützen,[5] sah er sich andererseits durch die jagellonischen Könige in mehr als einer Hinsicht überholt oder doch in Schach gehalten. Sie hatten das Offensivbündnis mit dem Kaiser gewonnen, und soviel Bedenken hinterher auftauchen mochten, auch König Kasimir hatte es schließlich (6. Juli 1474) gutgeheißen. Zu ihnen stand der mächtige Kurfürst von Brandenburg; zu ihnen dessen alter Gegner, Ludwig von Bayern-Landshut, beide entschlossen, durch die Vermählung ihrer Söhne mit Töchtern König Kasimirs die Freundschaft zu dem aufsteigenden Königshause des Ostens dauerhaft zu machen.[6] Es hielt dem nicht die Wagschale, daß König Matthias die jüngeren sächsischen Herzöge, die man gleichfalls von Prag aus umwarb,[7] mit der Aussicht auf Erwerbungen in Schlesien an sich lockte.

[1] Am 31. Jan. 1476. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 133—134.

[2] Müller, Reichstagsth. II. 717—718. Brief an Kurfürst Ernst v. Sachsen. Orig. im Weim. Arch.

[3] Zur Einung wollten die sächsischen Fürsten, wenigstens vorerst, nicht raten. Müller, Reichstagsth. II. 718.

[4] Vgl. Szalay-Wögerer III. 1, 313.

[5] Darüber neues interess. Material in Script. rer. Sil. XIII. 144, 146—147.

[6] Zu diesen Dingen siehe Dogiel, Cod. dipl. I. 412, Nr. 2. Riedel, Cod. dipl. III. 101. Font. rer. Austr. XLVI. 209. Dlugosch a. a. 618. Caro, Gesch. v. Polen V. 1, 379—380.

[7] Script. rer. Siles. XIII. 145, Nr. 181.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Noch ungünstiger hatte sich für König Matthias insbesondere die böhmische Frage gestaltet. Zwar der Landtag, der zu Beginn 1474 in Beneschau tagte, kam zu keinen entscheidenden Beschlüssen. Aber die Einheit der Stände aller Parteien in Sachen der Befriedung des Landes trat doch wieder hervor und mehr als je schwand die Aussicht dahin, daß die von Sternberg geführte ungarische Partei sich auch hinfort unbedingt dem Willen des Königs Matthias unterordnen werde.[1] Kein Wunder, daß Matthias, der damals die letzten polnischen Parteigänger aus Oberungarn entfernt hatte oder für die eigenen Dienste gewann,[2] nun bestrebt war, sich wenigstens Mährens ganz zu bemächtigen und die Verbindung mit dem gleichfalls gewonnenen Schlesien zu sichern. Darüber kam es zu mannigfachen Kämpfen.[3] Die böhmisch-polnischen Parteigänger erlitten harte Verluste. Dies und weil König Wladislaw von Böhmen, der faktischen Gewalt im Lande noch immer entkleidet, den Hilferufen der Seinen gegenüber an den guten Willen der Verweser des Königreiches gewiesen war, brachte den Polenkönig nach langen Drohungen doch endlich zu einer großen Waffenrüstung gegen Ungarn, gegen Erwarten, wie es scheint, des Corvinen, der eben damals mit den sächsischen Herzögen eine persönliche Begegnung in Breslau vereinbaren ließ. Und zugleich mit dem zahlreichen Heere, das König Kasimir nach Schlesien führte, erschien unter Wladislaw eine bedeutende böhmische Heeresmacht im Glatzischen.

König Matthias, von der Unzufriedenheit der durch den langen Kriegszustand hart mitgenommenen Schlesier wohl unterrichtet[4] und auch der Treue seiner ungarischen Großen nicht unbedingt sicher, sah es beim Anzuge König Kasimirs nicht ungern, daß Zdenko von Sternberg zu diesem ritt, um Verhandlungen zuwege zu bringen. Der Polenkönig lehnte aber mit der Ausrede ab, daß er ohne seinen Sohn nichts thun könne. Noch hatten eben die Heere sich nicht vereinigt. Als dies aber geschehen war, schien ihre Übermacht dem kleinen ungarischen Korps gegenüber, das König Matthias bei Breslau in guter Stellung, und an diese große und feste Stadt gelehnt, sorgsam zusammenhielt, so gewaltig, daß kaum

[1] Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 104—105.

[2] Dlugosch 603—604. Szalay-Wögerer III. 1, 313. Fraknói, Matth. Corvinus, übergeht alle diese Verhältnisse mit Stillschweigen.

[3] Eschenloer, Gesch. II. 302. Script. rer. Siles. XIII. 140 ff. 146—148.

[4] Besonders Schweidnitz und Jauer schienen verdächtig. Vgl. Fontes rerum Austr. XLVI. 307, Nr. 293. Über die allgemeine Unlust zum Kriege s. Scriptor. rer. Siles. XIII. 151, Nr. 190.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ein Zweifel an ihrem Siege übrig blieb. An den übertriebenen Forderungen der Polen und Böhmen scheiterten denn auch die Friedensversuche sächsischer Räte, die Kurfürst Ernst zu solchem Zwecke zurückgelassen. Seine Erwartungen betreffs des Ölser Landes hatten sich nicht erfüllt.[1] Von dem Widerwillen des Kaisers gegen jede einseitige Friedensstiftung zwischen den Königen unterrichtet, sah es Ernst nicht ungern, daß die Seinen sich wieder zurückzogen.

Bald aber fühlte sich König Matthias sicherer und mit der Gunst der Verhältnisse schwand seine Nachgiebigkeit rasch dahin. Die Hoffnung auf Frieden schien weniger gerechtfertigt als zuvor.

Aber es sollte doch ganz unerwartet dazu kommen. Das tumultuarische Aufgebot der Polen, Litthauer, Masovier, Russen und Tataren, in fünf Heere geteilt,[2] erwies sich nicht kriegstüchtiger als vordem bei den Feldzügen gegen Preußen oder Ungarn. Nicht nur, daß man nicht wagte, das kleine aber treffliche und kriegserfahrene Heer des Ungarkönigs vor Breslau und diese wichtigste Stadt Schlesiens selbst anzugreifen: es gelang den Polen und Böhmen nicht einmal, das belagerte Oppeln zu nehmen. Die Verpflegung der zahlreichen Truppenteile, ohnehin schwierig, weil für keinerlei Zufuhr aus der Ferne gesorgt war, ward bald infolge der unsinnigen Verheerung des Landes, worin Polen und Böhmen wetteiferten, ganz unmöglich. Man lebte nun meist von Kraut und Rüben. Die Folge waren Krankheiten, namentlich die rote Ruhr. Zum Hunger gesellte sich Frost und Regenwetter. Strategische Fehler endlich, welche der rücksichtslosen Energie eines genialen Gegners in die Hände arbeiteten, verschlimmerten rasch die Lage der verbündeten Heere aufs äußerste.

König Matthias hatte kaum die Ausrüstung und Art der Gegner erkannt, als er sich zum Gegenschlage erhob. Allenthalben sahen sich die Polen und Böhmen von den Ungarn bekämpft und geschädigt. Als dann König Kasimir auf das linke Oderufer hinüberging, um seinem Sohne die Hand zu bieten, sandte Matthias den Stefan Zapolya mit einer starken Schar in das feindliche Gebiet, das nun bis gegen Posen hin schwer verheert wurde. Zur Zeit, als man in der Lausitz einen Einfall des böhmisch-polnischen Heeres zu fürchten begann, war dessen Zustand so traurig, daß den Königen nichts anderes übrig blieb,

[1] Vgl. jetzt darüber Font. rer. Austr. XLVI. 296—297, Nr. 280. Scriptor. rer. Siles. XIII. 157, Nr. 201 und ebendort 163, Nr. 213; 164, Nr. 214.

[2] Script. rer. Siles. XIII. 150—151, Nr. 190; 153, Nr. 193.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

als nun ihrerseits die böhmischen Barone im ungarischen Heer um die Vermittelung eines Friedens zu ersuchen.

Der Ungarkönig legte den Jagellonen, die ihn wiederholt durch ihren Hochmut verletzt hatten, die Verpflichtung auf, sich mit der Bitte um Einleitung von Verhandlungen direkt an ihn zu wenden. Er bestand ebenso darauf, daß sie in persönlicher Begegnung (15. und 16. November) ihm als ihresgleichen die Ehre gaben. Im übrigen gestattete er entgegenkommend schon während der Beratung des Friedens die Verpflegung der feindlichen Truppen und wahrte er seine Besonnenheit auch bei seinen Forderungen. Aber es blieb König Kasimir nicht erspart, daß sein Sohn in dem am 8. Dezember unterzeichneten Vertrage zwischen Böhmen und Ungarn nicht als König von Böhmen, sondern blos als sein Erstgeborener bezeichnet wurde. Der Vertrag besagte: Zwischen König Matthias von Ungarn und Wladislaw mit ihrem ganzen Anhange herrscht Waffenruhe bis zum Pfingsttage (25. Mai) 1477. Alle Gefangenen sind frei.[1] Das während des letzten Feldzuges von beiden Seiten Gewonnene wird zurückgegeben. Was aber König Matthias sonst seit dem letzten Frieden in Mähren und Schlesien in seine Hände gebracht, darüber wird er vor den Regierern in Böhmen und Mähren zu Recht kommen. Dabei bleiben jedoch jene ausgeschlossen, „welche solche Schlosser und Festen umbs Haupt oder (um) Gefängnis gegeben oder zu Pfande gesetzt haben, und sonderlich ausgenommen Hans von Jägerndorf, der ein anderes Vornehmen hat". Die Unterthanen beider Parteien in Böhmen geloben mit ihren Briefen und Siegeln, den Frieden zu halten. Die im letzten Kriege von beiden Seiten Abgefallenen haben zu erklären, bei welcher Partei sie im Frieden stehen wollen. König Kasimir von Polen tritt dem Stillstande bedingungslos und als Gleichberechtigter bei.[2]

Aber König Wladislaw hatte seiner Bundespflicht gemäß ein gleiches auch für Kaiser Friedrich begehrt, König Matthias dies schroff zurückgewiesen. Erst als Matthias erkannte, daß es Wladislaw damit voller Ernst sei und er eher den Krieg fortsetzen als den Kaiser im Frieden bei Seite lassen wolle, zeigte er sich nachgiebiger.[3] Auch so waren seine

[1] Mit Ausnahme des Niklas Strela.

[2] Im übrigen erscheinen wesentlich die Neisser Abmachungen, soweit es die veränderten Verhältnisse gestatteten, wiederholt. König Kasimir hatte ja sonst mit Ungarn seinen Altdorfer Vertrag.

[3] Am 27. Nov. schreibt Heinrich von Miltitz an die sächsischen Herzöge, daß sich die Teiding deswegen „ganz gestossen habe" und der Krieg wieder angehe. Scr. rer. Siles. XIII. 162, Nr. 211.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

diesbezüglichen Forderungen so, daß selbst ein Georg von Stein meinte, der Kaiser werde sie nimmer annehmen,[1] da seiner in den Teidigen „liederlich und mit schimpflichen Worten gedacht sei". Andere Schwierigkeiten hatten sich ergeben, als „die Räte von Böhmen und Polen etliche schlesische Fürsten und Schloßherren", die wider König Matthias „gethan", in den Frieden „ziehen wollten".[2] Schließlich vertrug man sich in dem wie in jenem. Denn so wie König Matthias ernstlich den Stillstand wünschte, so war er für die Könige unabweisbares Bedürfnis. „Die Behem ziehen eilends heim, und ist (doch) der Friede noch nicht geschlossen", schreibt Jörg von Stein; „die Polen sein also geduldig worden, daß sie mit einer Maus aus einer Nußschale trinken möchten", „sterben fere an der Pestilenz und an der roten Ruhr". Der Ungar hatte seinen Willen: Wenn der Kaiser dem beschlossenen Stillstande, hieß es in der Urkunde, vollinhaltlich beitreten will, so mag er dies binnen dreizehn Wochen in seinem offenen Briefe, sei es dem Könige von Ungarn sei es dem Rate der Stadt Preßburg, verkünden; wird er das nicht, so bleibt nichtsdestoweniger der gegenwärtige Friede zwischen den Königen von Ungarn und von Polen und dessen Erstgeborenen, ihren Reichen und Unterthanen aufrecht. Immer aber ist die Einbeziehung des Kaisers in den Stillstand an die Bedingung geknüpft, daß alle jene Barone und Edlen in seinen Gebieten, die unter ungarischem Schutze sind oder sich dazu bekennen, in den gegenwärtigen Frieden eingeschlossen stehen und daß für Kaufleute und andere offener und freier Eintritt, Austritt und Durchgang zu Wasser und zu Land zwischen den kaiserlichen Erblanden und dem Königreiche Ungarn aufrecht bleiben.

Die Könige hatten schlesische Fürsten und Herren, die König Matthias für die Seinen ansah, neben sich in den Frieden gezogen. Aber auch ihnen schuf der Ungar mit der Reihe seiner Bündner schlimme Überraschungen. Nicht nur ließ er Briefe verlesen, in welchen sich einige der als Anhänger Wladislaws Bezeichneten für ihn bekannten, sondern unter seinen Genossen befand sich neben Karl von Burgund und Bischof Ulrich von Passau auch Nikolaus (von Thüngen), Bischof von Ermeland, der alte energische Gegner des Polenkönigs. Kasimir mochte daraus ersehen, daß der Ungarkönig geneigt und im stande war, auch den alten preußischen Handel gegen Polen zu verwerten.[3]

[1] Ebendort 165, Nr 215; vgl. 164, Nr. 214.

[2] Ebendort 166, Nr. 216.

[3] Für das Obige außer den von Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 114 bis 122 (nach ihm erzählt Fraknói, Matthias Corvinus 173—175, zitiert aber hier

Wir wissen, wie schwer der Kaiser diese Richtung empfand nach Form und Gehalt. „Achten nit, daß mein Botschaft Meister Hans (Keller) da war, schreiben da nur verächtlich: ob ich wollt in solcher Richtung sein, das möcht ich thun", so hat er darüber mit eigener Hand geschrieben. Dem Ungarkönige waren seine Verbindungen mit den österreichischen Landständen vorbehalten, der Besitzungen und Anhänger des Kaisers in Ungarn ist nirgends gedacht.[1]

Aber was ließ sich thun? Der Kaiser stand damals mit dem Reichsheere fern am Niederrhein, beladen mit dem burgundischen Kriege. Sollte er dem Ungar, der nun völlig freie Hand besaß und ohnehin Burgund nahe stand, die Handhabe bieten, ihm in den Rücken zu fallen? Ein Schreiben des Königs Matthias, in dem er das Vorgehen des Kaisers gegen Ungarn rücksichtslos geißelte, verriet dessen Entschluß, jede weitere Feindseligkeit sehr ernst zu nehmen. Aber es klang in der Erinnerung an die alte Freundschaft doch wieder versöhnlich aus.[2] So bestätigte Friedrich in Köln den Stillstand in der gewünschten Form und befahl auch den Österreichern im Lande Ob und Unter der Enns, „den Frieden vestiglich zu halten, dawider nichts zu thun und auch nicht zu thun gestatten".[3] Ja der Kaiser war bereit, trotz allem was geschehen war, mit den Boten der jagellonischen Könige von seiner „Tochter Heirat und sonst von aller Freundschaft zu reden". Um so mehr verdroß es ihn, als sie ablehnten, da es „ihnen nicht befohlen" sei, und als er erfuhr, König Wladislaw habe, aus Furcht vor dem Unwillen des Ungarkönigs, in Böhmen geradezu verboten, ihm „zu Dienst zu reiten".[4]

Zur Befriedung der Erzherzogtümer, dessen Stände sich unter der Führung der vornehmsten Barone wie Heinrichs von Liechtenstein, Ulrichs

wie öfter immer noch IV. 2) und Caro, Geschichte Polens V. 1. 409 ff. verwerteten Materialien nun noch die sich ergänzenden Korrespondenzen in Fontes rer. Austr. XLVI. 281—283, Nr. 264—266; 289—293, Nr. 275; 294—298, Nr. 277, 278, 280; 299—309, Nr. 284—288, 290, 292—294; 312, Nr. 301; 325—327, Nr. 314; 328—329, Nr. 318 und in Script. rer. Silesiac. XIII. 150—151, Nr. 189, 190; 153—175, Nr. 193—215. Die gelegentlich gebrachten Anmerkungen der Herausgeber (Dr. B. Kronthal und Dr. H. Wendt) sind dankenswert.

[1] Vgl. Mon. Habsb. I. 2, 74—75. Die Aufzeichnungen gehören in die ersten Monate 1475. Für „und geben ain sloß und Marhern von stund" muß es wohl heißen: „und geben ain Slesie und Marhern von stund",

[2] Es ist das Schreiben bei Müller, Reichstagsth. II. 693—696, das in den Januar-Februar 1475 gehört.

[3] Sein Schreiben vom 9. Febr. 1475 an die Wiener. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 680—681.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 75.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von Grafeneck, Georgs von Pottendorf in großer Zahl wegen Verschlechterung der Münze, der neuen Aufschläge, ungenügender Rechtspflege und anderer Beschwerung, einzelne wie Grafeneck auch wegen persönlicher Forderungen, gegen ihren Landesherrn erhoben und die kaiserliche Ungnade zugezogen hatten, war schon zuvor Graf Haug von Werdenberg vom Hofe entsendet worden. Um dem Breslauer Stillstande das Gefährliche zu benehmen, zeigte sich der Kaiser gern bereit, den gerechten Beschwerden der Stände abzuhelfen und auch sonst nach Thunlichkeit die Abmachungen gutzuheißen, welche Graf Haug, Graf Michel von Hardegg, Abt Matthias von den Schotten, Propst Johann von Klosterneuburg mit einer Anzahl angesehener Barone und im Namen der Bürger von Wien, Krems, Stein und Korneuburg mit den Unzufriedenen getroffen hatten.[1] In wie weit eine Besserung geschah, läßt sich nicht übersehen. Ganz zum Frieden kam das Land jedenfalls nicht. Söhnte sich auch im Sommer der Rest der Unzufriedenen, auf denen längst zugleich geistliche Censuren lasteten,[2] mit dem Landesherrn aus,[3] so dauerten die Grenzfehden gegen Mähren und Böhmen in ungeschwächter Heftigkeit fort. In beiden Österreich kam es deshalb 1475 und 1476 zu wiederholten Aufgeboten.[4] Mehrmals auch erfolgten Verhandlungen und Waffenstillstände.[5] Daneben wurden 1475 die inneren Lande von den Türken hart heimgesucht. Und wenn der Friede mit Ungarn erhalten blieb, so geschah es vor allem, weil König Matthias seiner Braut Beatrix, der Tochter König Ferdinands von Neapel, den Weg durch die kaiserlichen Lande nicht verschließen wollte.[6] Es entsprach dem Prunke, den der ungarische Hof anläßlich des glänzenden Hochzeitsfestes entfaltete, daß der Kaiser zu selbem geladen war.[7] Nachdem aber die junge Königin, bereits am 15. September 1475 zu Neapel mit König Matthias vertretungsweise getraut, durch die zum Teil von den Türken

[1] Die bezüglichen Aktenstücke (Januar—Februar 1475) bei Chmel, Mat. II. 326—332.

[2] Vergl. Chmel, Mat. II. 313—320. Der Kardinal von San Marco hatte sie im Herbst-Winter 1873—1874 ausgesprochen.

[3] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 662, Nr. 104. I. 2, 224, 231—232, 251, 254—255. Chmel, Reg. II. 679, Nr. 7015, 7017. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1856, 1892—1893.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 662, Nr. 103. Vgl. Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 121. Preuenhuber, Annal. Styr. 129. Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 142.

[5] Chmel, Mat. II. 332. Mon. Habsb. I. 1, 505 ff. a. a.

[6] Vgl. die oben erwähnten Papiere des Dresdner Hauptstaatsarchives.

[7] Fraknói, Matthias Corvinus 183 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

verwüsteten österreichischen Südlande glücklich Ungarn erreicht hatte, folgte am 12. Sept. die festliche Krönung in Stuhlweissenburg nach.

Daran nahm der Kaiser natürlich keinen Anteil. Aber auf der Fahrt aus dem Reiche in die Erblande hatte er (November 1475) in Landshut neben zahlreichen anderen fürstlichen Gästen die Vermählung des jungen Herzog Georg mit Hedwig von Polen verherrlichen helfen. Die freundschaftlichen Beziehungen des Reichsoberhauptes zu dem einflußreichen Landshuter Hofe wurden derart trotz der unversöhnlichen Gegnerschaft zu dem Pfälzer Kurfürsten vor aller Welt offenbar. Die Bemühungen des Kaisers, die Mißhelligkeiten zwischen München und Landshut zu beseitigen,[1] galten dem Zwecke, auch den thatkräftigen Albrecht IV. wieder zu gewinnen. Immerhin ziemte solche Bemühung dem Kaiser, dem der Ausgang des burgundischen Feldzuge erhöhtes Ansehen verlieh, am allermeisten.[2]

Aber friedliche Herrscherthätigkeit that vor allem den Erblanden selbst not. Graf Michel von Hardegg, Burggraf von Magdeburg, der sich um die Befriedung des Landes besonders eifrig bemühte, wurde zum Landmarschall von Niederösterreich ernannt[3] und zugleich für die entsprechende Besetzung des Landrechtes Sorge getragen.[4] Es begann unverweilt seine Thätigkeit.[5] Zugleich traf man Vorbereitungen zur Verbesserung der Münze.[6] Der Kaiser kam dem getreuen Adel des Landes freundlich entgegen, indem er ihm Mauthfreiheit und Aufschlagsfreiheit bei der Ausfuhr von einem gewissen Quantum Wein bewilligte.[7] Die Städte Krems und Stein, die sich wie stets durch treue Ergebenheit hervorgethan, erhielten eine neue Polizeiordnung und sonstige Begünstigung.[8] Durch Privilegiumsbestätigung und Erteilung von Lehnbriefen, die Genehmigung von Vermächtnissen und Urteilssprüchen, Vergleichen und Käufen man-

[1] Vergl. dazu Chmel, Mon Habsb. I. 3, 565. Kaiserl. Mandat an Bischof Wilhelm von Eichstädt.

[2] Kluckhohn, Ludwig der Reiche 318 ff.

[3] Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 229—233—234; wieder ernannt am 8. Febr. 1476. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 663. Eid ebendort 664.

[4] Mitteil. an den Landmarschall vom 8. Februar 1476. Ebendort I. 3, 663. Eid ebendort 664.

[5] Vergl. die Mon. Habsb. I. 2, 229, 233—234 erwähnten Fälle. Betreffs Züchtigung einer Räuberschar, die in der Donau ertränkt wurde, s. ebend. den kais. Befehl an die von Krems I. 2, 262.

[6] Mon. Habsb. I. 2, 517.

[7] Ebendort I. 2, 236—237. Das Maß ist bei den einzelnen verschieden.

[8] Vergleiche Mon. Habsb. I. 2, 226—228 (auch I. 3, 662—663); 237—238; 247—248.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

cherlei Art wurden die vielfach zerrütteten oder schwankenden Rechtsverhältnisse im Lande befestigt.[1] Mit den unzufriedenen Herren dauerten die Verhandlungen fort.

Die Hauptsache blieb aber doch die äußere Befriedung des Landes, die Auszahlung bedungenen Lohnes an die Söldnerscharen, damit sie nicht zur Selbsthilfe griffen, die Beilegung der Grenzfehden gegen Mähren und Böhmen, die Sicherung friedlicher Beziehungen zu den Nachbarreichen, namentlich zu Ungarn. Für ersteres ward eine Umlage eingehoben.[2] Die räuberischen Herren und Ritter Südböhmens erhoben nach schweren Verlusten, die sie im Frühjahre 1476 bei Grein durch das vereinigte Aufgebot der Nieder- und Oberösterreicher erlitten hatten,[3] weiter keine Schwierigkeiten, als im Juli der Kaiser und König Wladislaw „wegen der Friedbrüche, die sich nach dem friedlichen Anstande zu Breslau gemacht," Verhandlungen über die endgültige Regelung der Grenzverhältnisse begannen.[4] Mit den mährischen Gegnern war schon am 12. Mai 1476 ein Stillstand abgeschlossen worden.[5]

Aber der Böhmenkönig war der Seinen zu wenig mächtig, als daß man hätte zum erwünschten Ziele kommen können. Nach langer Verhandlung ward mit den böhmischen Feinden nur ein Stillstand erreicht.[6] Ob aber die Ruhe gegen Mähren aufrecht erhalten und, was noch viel wichtiger war, endlich Georg von Pottendorf, Ulrich von Grafeneck und andere mächtige Landstände befriedigt würden, hing von dem Ungarkönig ab, in dessen Schirm sie alle standen, der sie ebenso wie die Dinge in Südmähren lenkte. Mit dem Ungar aber wurden die Beziehungen je länger desto unerfreulicher. Heftige Klagen beiderseits, die Absage der mächtigsten österreichischen Parteigänger des Corvinen an den Kaiser,[7] die Einführung von Söldnerscharen, die in dessen Dienst standen,[8] folgte im Spätjahre 1476 aufeinander. Und das war doch nur die Vorbereitung für direkte Feindseligkeiten des Ostnachbars selbst.

[1] Darüber findet sich manches Belegstück bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 246 bis 247; I. 3, 615—630 ff., 655, 657 u. a. Reg. II. 679 ff. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1905 ff. (passim).

[2] Vergleiche Chmel, Reg. II. 680, Nr. 7031. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1905, 1906. 1912, 1939.

[3] Preuenhuber, a. a. O. Palacky, Gesch. v. Böhmen V. 1, 142.

[4] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 497—498. Kais. Vollmacht v. 10. Juli.

[5] Chmel, Mat. II. 332—333. [6] Mon. Habsb. I. 1, 505—506.

[7] Georg von Pottendorf neben Ulrich von Grafeneck schon am 26. Nov. 1476. Vgl. Chmel, Mat. II. 333.

[8] Erhellt aus demselben Schriftstücke; s. a. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Zu gleicher Zeit erhoben sich in Böhmen und den Nebenlanden, soweit sie auf Seiten König Wladislaws standen, über die Nichterfüllung des Breslauer Friedens durch den Ungarkönig vielfältige Klagen. Es regte sich in Prag die Hoffnung, mit Hilfe des Kaisers, der ja jetzt selbst im Osten weilte, vielleicht doch auch die Nebenlande zu gewinnen. Ertrugen sie ja die schwere Herrschaft der Ungarn bereits allzu mißmutig! Deshalb traten Kaiser und Böhmenkönig neuerdings zum Bunde gegen Ungarn zusammen. Auch im Osten stieg ein drohendes Kriegsgewitter auf zur Zeit, als unerwartete Entscheidung im Westen alles weithin in heftigste Erregung versetzte.

Zweiundzwanzigstes Kapitel.

Karl d. Kühne und die Eidgenossen. Die Schlacht bei Grandson. Kaiser und Herzog. Die Schlacht bei Murten. Der Aufstand in Lothringen und Herzog Karls Tod. Die burgundische Heirat.

Die geheimen Erklärungen König Ludwig XI. in Soleuvre und später in Soissons gingen noch mehr gegen die Eidgenossen als gegen Kaiser und Reich. Nicht nur hatte der König versprochen, ihnen, falls sie Burgund angreifen würden, keine Hilfe zu leisten, sondern geradezu in Aussicht gestellt, daß er gegen die Schweizer vorgehen werde, wenn sie etwa als Bundesgenossen des Herzogs von Österreich mit Karl wegen der Grafschaft Pfirt und des Elsaßes in Krieg geräthen.[1]

Aber neben dem persönlichen Grolle des Herzogs gegen die Schweizer, namentlich gegen Bern, neben den perfiden Einflüsterungen des Königs von Frankreich, dem Drängen endlich einer schmeichelnden Umgebung, die dem Herzog nichts als Sieg und Glück verkündete,[2] trieben Karl auch Erwägungen politischer Art zum Vorgehen gegen die Eidgenossen.

Im Vollgefühle seines militärischen Übergewichtes hatte Bern bereits im Herbste 1474 auch nach savoyischem Besitz gegriffen, so sehr die Herzogin-Witwe Jolanthe, Regentin für den unmündigen Philibert, sich

[1] Olivier de la Marche, Mémoires III. 214—234. Segesser, Abschiede II. 561, Nr. 810. Mandrot, Étude etc. 216—217. Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidg. II. 205. Wenn Dierauer auch wieder von einer „Treulosigkeit" des Kaisers spricht, erscheint dies mit dem obigen wohl illustriert.

[2] Rodt, Feldzüge I. 576.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bemühte, zwischen den kriegführenden Mächten eine neutrale Stellung festzuhalten. Neue Schädigung in dem Momente, in welchem die von Dießbach geleiteten Schweizer gebieterisch den Eintritt Savoyens in die Reihe der Gegner Burgunds forderten, bewies der Herzogin, daß sie auch ein Waffenbund nicht gegen Vergewaltigung der Übermütigen schützen werde. So vollzog sie ihre Schwenkung zu Burgund, zugleich mit ihr die übrigen savoyischen Fürsten, Ludwig, Bischof von Genf, und Jakob von Romont, Graf der Waadt, der zudem persönlich in burgundischem Dienste stand.[1] Ebenso erhoffte sie eine Stütze an Herzog Galeazzo Maria von Mailand zu gewinnen, der seit 30. Januar 1475 mit Karl dem Kühnen im Bunde war. Durch ihr Gebiet zogen die lombardischen Geworbenen Karls nach dem Norden.

Die Folge war ein Bündnis der Berner mit Walther auf der Flüe, dem mächtigen, energischen Bischofe des Walliserlandes, und der Ausbruch eines verheerenden Krieges in den savoyischen Grenzgebieten, wobei der Bischof von Genf und mehrere savoyische Vasallen schwere Verluste erlitten und der Graf von Romont die ganze Waadt verlor, geradezu „landräumig" ward. Selbst Genf vermochte nur durch Zahlung einer bedeutenden Geldsumme (26000 Schildthaler) den Anmarsch der vereinigten Berner, Züricher, Freiburger und anderer eidgenössischer Scharen zu verhindern.[2] Vertrug es sich mit der Reputation eines so mächtigen Fürsten wie Karl von Burgund, seine Bündner ungestraft seinetwegen das Ihre verlieren zu lassen? Und waren es nicht zum Teil *seine* Vasallen oder doch Waffengefährten und Kriegsleute, die jetzt und im Juli 1475, also noch nach der Neusser Richtung, ihre Burgen und Städte an die Eidgenossen verloren hatten?

Da Herzog Karl nicht annehmen konnte, daß die Eidgenossen freiwillig ihre Eroberungen herausgeben würden, so war der Krieg früher oder später unvermeidlich. Schien es da nicht am besten, ihn sofort zu unternehmen, da das Glück sich wieder ihm zugeneigt und die lothringischen Siege sein Heer begeisterten, zu einer Zeit, in der er von der Vermittelung des Kaisers die Neutralität des Herzogs von Tirol und wohl auch der niederen Vereinigung erhoffen mochte?

---

[1] Zuletzt Dierauer, Geschichte der schweizer. Eidgenossenschaft II. 193 ff., wo auch die Quellen. Dierauer bringt aber (man vgl. 198—199 und 201—202) die Dinge zeitlich einigermaßen durcheinander. Noch im Juli 1475 bemüht sich die Herzogin um eine Richtung zwischen Burgund und den sechs Orten. Segesser, Abschiede II. 555, Nr. 802; 559, Nr. 808.

[2] Dierauer, Gesch. II. 202—203.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Weitere Erwägungen konnten solchen Entschluß nur unterstützen. Wiewohl mittelst französischen Goldes immer aufs neue in der Gegnerschaft zu Burgund festgehalten, hatte das mächtige Bern die Verbindung mit Frankreich doch auch aus größeren Gesichtspunkten gebilligt, ja gesucht. War der Eidgenossenschaft schon die burgundische Pfandherrschaft am Oberrhein unerträglich gewesen, so lag es ja noch ungleich mehr in ihrem Interesse, — ebenso wie in jenem Ludwigs XI. —, daß jetzt die burgundische Großmacht nicht um ihre Nord- und Westgrenze Wurzel fasse.[1] Aber solchen Erwägungen blieb doch auch wieder ein Teil der Kantone, die Waldstätte voran, ziemlich ferne, und sie wollten um so weniger die Notwendigkeit eines neuen Krieges gegen Burgund gelten lassen, als die wälschen Eroberungen der Berner Hauptursache davon waren. Die alte Eifersucht gegen Bern, der alte burgundische Anhang, der sich noch in den Kantonen erhalten, regte sich.[2] War da nicht zu erwarten, daß Bern, von Kaiser und Reich im Stiche gelassen, auch einen Teil der engeren Bundesgenossen vergeblich an seiner Seite suchte? Schon hatte ja die Uneinigkeit innerhalb der Eidgenossenschaft bewirkt, daß trotz des Andrängens des Herzogs von Österreich und der niederen Vereinigung der Herzog von Lothringen auch dann noch ohne Hilfe blieb, als bereits für den 14. November eine Beratung sämtlicher eidgenössischer Boten über den Entsatz von Nancy angesetzt war.[3] Ja es scheint, daß diese Tagsatzung nicht einmal zu stande kam. Konnte nicht ähnliches wieder geschehen?

Hatte aber Herzog Karl einmal die Berner niedergeworfen, wer setzte ihm dann noch Schranken?[4]

Trotzdem hatte die Vermittelung, um die sich damals Markgraf Rudolf von Röteln, Bürger zu Bern und burgundischer Vasall, bemühte, größere Bedeutung, als man ihr wohl zuzumessen pflegt. Sie wollte mehr, als dem Herzog von Burgund und seinen Verbündeten für ihre kriegerischen Vorbereitungen Zeit schaffen. Da der Markgraf, nachdem der Stillstand von Soleuvre durch Herolde von Frankreich und Burgund feierlich verkündet worden war, „auf Ansinnen der Herren von Bern" eingriff,[5] so ist nicht zu bezweifeln, daß sie neben Frankreich in den Frieden

[1] Delbrück, Perser- und Burgunderkriege, Berlin 1887, 176, 178 ff.

[2] Vergl. Segesser, Abschiede II. 550—551, Nr. 798; 555, Nr. 803; 563, Nr. 811 a. a.

[3] Segesser, Eidgen. Abschiede II. 569—570, Nr. 818.

[4] Delbrück, Perser- und Burgunderkriege 177.

[5] Segesser, Abschiede 555, Nr. 802; 559, Nr. 808; 569, Nr. 817.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kommen und vorerst den Krieg vermeiden wollten. Dem Herzoge hinwiederum handelte es sich bei diesen Verhandlungen, die am 29. November in dem Schlosse von Neuenburg stattfanden, um nichts geringeres als den Versuch, die Eidgenossen von ihren Verbündeten zu trennen. Sein Bevollmächtigter widersprach entschieden, als die Schweizer Boten zugleich im Namen Herzog Sigmunds und der niederen Vereinigung zu verhandeln begehrten. Den Eidgenossen aber wolle man allein auch eine längere Waffenruhe (bis 1. April) bewilligen.

Aber diese waren durch den Gang der Dinge zur Vorsicht gemahnt. Sollten nun auch sie, wie dies bei Lothringen thatsächlich geschehen, von ihren anderen Bundesgenossen sich scheiden lassen, um dann vor oder nach diesen um so sicherer der Rache des Herzogs zu erliegen? Mit aller Entschiedenheit wiesen sie die Zumutung des Burgunders zurück, und dieser, obwohl dazu nicht ermächtigt, gab nach. Es wäre sonst in Neuenburg überhaupt zu keiner Verhandlung gekommen![1] Ihr Ergebnis war die Ansetzung einer Waffenruhe bis 1. Januar 1476, in die neben den Eidgenossen nicht nur der Herzog von Österreich und die niedere Vereinigung, sondern auch Lothringen, Mömpelgard, ja auch der Bischof von Wallis inbgriffen waren. Falls es Herzog Karl und die Tagsatzung gut heißen würden, konnte der Stillstand bis 1. April verlängert werden. Inzwischen mochte sich der Markgraf von Hochberg um die Anberaumung der Verhandlungen über einen endgültigen Friedensschluß bemühen.[2]

Die Berner hatten in voller Erkenntnis der Sachlage gehandelt. Anders die Tagsatzung, die am 20. Dezember in Luzern zusammentrat. Einen Augenblick, im Juli 1475, als es mit Herzog Karl ganz anders stand, hatte auch die Opposition gegen Bern die Dinge genommen wie sie lagen: Zürich, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Glarus hatten damals angebracht, wie man „itztmalen in einem tödtlichen Kriege mit dem Herzoge von Burgund wäre".[3] Jetzt wollte man wie der Strauß, der den Kopf im Sande birgt, die Gefahr nicht sehen: Man sei nicht „Hauptsächer", sondern nur Helfer im Kriege, zwischen Burgund und der Eidgenossenschaft bestehe eigentlich kein Kriegszustand, sondern was geschehen sei, habe sich aus ihrem Bündnisse mit Herzog Sigmund ergeben. Der Beschluß ging dahin, „die Sache zu dem Fürsten von Österreich" als dem Hauptsächer zu setzen, „ob er den Stillstand zu-

[1] E. v. Rodt, Feldzüge I. 574.
[2] Segesser, Eidgenössische Abschiede II. 574, Nr. 825.
[3] Ebendort 555, Nr. 802. Luzern, 4. Juli 1475.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sage oder nicht".[1] Es geschah, obwohl die Berner bereits Meldung hatten (durch den Markgrafen von Hochberg), daß der Herzog von Burgund in die freie Grafschaft eingerückt sei und „durch das Land des Grafen von Romont mit Macht auf die Schweizer ziehen" wolle.[2]

Wirklich hatte der Herzog dem Ritter Simon von Cleron, Rat des Markgrafen von Hochberg, der ihm die Beschlüsse des Neuenburger Tages überbracht, eine abweisende Antwort gegeben, aber doch zugleich Bedingungen genannt, unter denen er Frieden halten wolle. Sie lauteten auf Zurückgabe der Pfandherrschaften seitens Österreichs, Rückstellung des durch die Eidgenossen Eroberten, Entschädigung und Genugthuung für alles; wolle man solches einleiten, so sei er geneigt, noch eine Waffenruhe bis Lichtmeß (2. Februar) zu bewilligen und am 6. Januar 1476 an neuen Verhandlungen in Neuenburg teilzunehmen.[3]

Die weitere Vermittelung — Markgraf Rudolf eilte am 2. Januar persönlich nach Bern — bewies nur, daß der Herzog ebensowenig geneigt war, das geringste von seinen Forderungen nachzulassen, wie die Gegner, darauf einzugehen. Mitten hinein fiel bereits der Überfall von Grandson und Yverdon seitens burgundisch-savoyischer Scharen. Bald war der offene Krieg im Gange.[4]

Herzog Karl hatte am 11. Januar 1476 Nancy verlassen und sich über Besançon gegen die Jurahöhen gewendet. Aber erst am 8. Februar begann der Zug durch die Gebirgspässe, nicht gegen Neuenburg, da die Klause bei Verrieres gesperrt war,[5] sondern weiter östlich über St. Croix und Jougne. Statt auf Bern, richtete der Herzog seinen Marsch nach dem Waadtlande. Er willfahrte so der Herzogin von Savoyen und ihren Schwägern, die ihn deswegen unablässig bestürmten. So auch wahrte er die Vertragspflicht gegen den Kaiser und das deutsche Reich, dessen Boden vorerst unberührt blieb, und ward den alten Kantonen Anlaß zu neuen Bedenken. Würden sie, deren Gesinnungen er kannte, sich mit

[1] Ebendort 874, Nr. 825. [2] Ebendort 874 c.

[3] Vgl. Segesser 576—577, Nr. 826. Herzog Sigmund von Österreich hatte nicht nur der Waffenruhe bis 1. Januar zugestimmt, sondern auch die Formel ausgefertigt, nach der, im Falle des Fortganges der weiteren Vermittlung, er und seine Bündner den neuen Stillstand bis 1. April gutheißen wollten. Natürlich kam sie zu keiner Verwendung. Vgl. Zellweger, Appenzeller Urkunden Nr. 477. Diebold-Schilling 258. Knebel, Basler Chroniken II. 322, 332. Wurstisen, Basler Chronik 477. Ochs, Basler Geschichte IV. 310. Rodt, Feldzüge I. 575. Ferner zu Gingins, Depech. Milan. I. 383, II. 63, auch noch Dierauer, Gesch. II. 206, Anmerk. 2.

[4] Segesser, Absch. II. 579, Nr. 830. E. v. Rodt, Feldzüge I. 577—589.

[5] Dierauer, Gesch. II. 206—207.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ganzer Macht gegen den gewaltigen Herzog zum Beistande Berns erheben, da es sich blos um Eroberungen des eigenwilligen Vorortes handelte, die man ohnehin nur mit geteiltem Herzen guthieß?[1] Nicht gering auch schützte Herzog Karl die Verbindung und das Zusammenwirken mit den genfischen und savoyischen Aufgeboten. Sein Heer wuchs dadurch bis auf etwa 20000 Mann, während andere Scharen unter dem Bastard Anton Hochburgund gegen etwaige Einfälle deckten.

Am 15. Februar rückte das burgundische Heer von Jougne weiter vor. Savoyische Scharen griffen zugleich die im Vorjahre an die Walliser verlorenen Gebiete an. Die bernische Herrschaft im Waadtlande brach jetzt so rasch zusammen, wie sie vor kurzem entstanden war. Was half es, wenn Bern, den Fehler des Herzogs von Lothringen vermeidend, die kleineren Plätze sämtlich räumte und allein das wichtige Grandson am Neuenburger See zu halten versuchte? Schon nach zweitägiger Beschießung nahm der Herzog am 21. Februar auch dieses, und wenn auch die Besatzung auf dem Kastell noch eine volle Woche Stand hielt: die Berner, damals noch auf die eigenen Kräfte allein angewiesen und nicht halb so stark als die Gegner, konnten an Entsatz nicht denken. Am 29. Februar ergab sich die Besatzung des Schlosses von Grandson auf Gnade und Ungnade. Sie wurde im See ertränkt oder gehängt. Es werde, so hieß es, allen Schweizern, die in des grimmigen Herzogs Hände fallen würden, ebenso ergehen.[2]

Wenn Herzog Karl damit Schrecken verbreiten wollte, so erreichte er das Gegenteil, zumal da sich das Gerücht verbreitete, er habe sein Wort gebrochen und erst der Besatzung freien Abzug verheißen. Ein wilder Ruf nach Rache zitterte durch die Alpenthäler. Schon zuvor aber hatte das Gemeingefühl den Sieg über lokale Neigungen und Bestrebungen davongetragen.

Der Herzog hatte, so entsetzlich es war, nur gethan, was die Berner im Vorjahre an den Besatzungen Waadtländischer Städte und Burgen, — man denke nur an Estavayer — verübt und was damals öfter geschah. Aber man ließ es nicht gelten. Am 1. März zeigte sich das Aufgebot der Kantone, — sie waren alle gekommen und die Mannschaften der niederen Vereinigung und des Herzogs von Österreich zu Roß und zu Fuß mit ihnen — bei Neuenburg. Die Schweizer waren an Zahl den Burgundern gleich, aber sie stellten noch nicht die Gesamt-

[1] Der Herzog hatte noch Ende Februar bezügliche Meldungen. Vgl. Gingins, Dep. Milan. I. 301—302.

[2] Vergl. Panicharola, Gesandter des Herzoges von Mailand, an diesen aus Orbe, 29. Febr., bei Gingins I. 301.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

macht dar, welche die Eidgenossen aufzubringen vermochten.[1] Rasch kam es zum entscheidenden Zusammenstoße.

Waren die Aufgebote der Eidgenossen in jenen Tagen mit Recht berühmt durch die kühne Entschlossenheit ihrer Führer, die Beweglichkeit, Marschtüchtigkeit und Mannszucht ihrer Abteilungen, ruhte ihr Schwerpunkt in der furchtbaren Wucht des zu Fuß streitenden Gewalthaufens, so trat ihnen hier ein Gegner gegenüber, der gleichfalls mit Recht in mehr als einer Hinsicht den Sieg erhoffte. Die burgundischen Gendarmen bildeten die erste Reiterei der Welt. Karls Artillerie war nach allgemeiner Ansicht ebenso unübertroffen.

Eben das ward das Verderben für die Burgunder. Der Herzog war des Erfolges so sicher, daß er den am Nordufer des Neuenburger Sees nahenden Gegner nicht einmal in günstiger Stellung, etwa der Ebene vor Grandson, erwartete, wo sein Geschütz so recht zur Geltung kommen konnte. Er ging auf die Kunde vom Anmarsche der Eidgenossen (2. März) ihnen entgegen, nachdem das Schloß Vaumarcus zur Sicherung des Weges besetzt war. Schon strebten aber auch die Schweizer heran. Die Vortruppen stießen unvermutet unterwegs aufeinander, und rasch trat die Entscheidung ein. So lange die beiderseitigen Hauptkorps nicht da waren, hatten die voran ziehenden Schweizerscharen gegen die überlegene Zahl der feindlichen Schützen einen harten Stand. Doch wiesen sie einen Angriff der Gendarmen mit Erfolg ab. Noch war auf keiner Seite wesentliches erreicht oder verdorben. Nun aber nahte der Gewalthaufen der Schweizer, eine mächtige geschlossene Masse von etwa 10000 schwerbewaffneten Männern, in tosender Eile, unter dem Klange der Hörner entwickelte er sich. Und auch ein Zufall unterstützte sie. Als der Herzog daran dachte, die Reihen der Gegner durch seine Geschütze zu erschüttern, und deshalb eine Anzahl derselben eine Rückwärtsbewegung, wohl um einen erhöhten Posten zu gewinnen, ausführen ließ, worauf die Reiterei neuerdings ins Gefecht treten sollte, begannen plötzlich einzelne Abteilungen seines Heeres von panischem Schrecken erfüllt zu fliehen. Und so oft auch Karl versuchen mochte, die Schlachtreihe wieder herzustellen, es war vergebens. Zuletzt in sein Lager bei Grandson gedrängt, verlor er auch dieses. Er selbst wandte sich gegen den Jougnepaß. Mit ihm ein Teil seines Heeres. Die Hauptmasse der Geschlagenen aber floh geradeswegs südwestlich bis nach Lausanne und Genf.[2]

[1] So Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgen. II. 206—210, zum Teil die Angaben Delbrücks 150 berichtigend.

[2] Ich folge im wesentlichen Delbrück, Perserkriege und Burgunderkriege 183 bis

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nicht einmal tausend Mann vom burgundischen Heere waren tot, verwundet oder gefangen, tot vielleicht nicht viel mehr als 200. Dafür war der Verlust in den Abteilungen der Sieger erheblich.[1] Auch die Verfolgung, ohnehin gehemmt durch den großen Mangel an Reisigen, hatte schon etwa zwei Meilen westlich von Grandson aufgehört. Und hinterher waren die eidgenössischen Abteilungen trotz der Mahnung von Bern, dem mehrere Anführer beistimmten, nicht zu bewegen, hinter dem geflüchteten Gegner nach Burgund oder doch in die Waadt vorzudringen, was er keineswegs zu hindern vermocht hätte. Nachdem sich Herzog Karl von der Sachlage überzeugt hatte, begab auch er sich nach Lausanne, das rasch der Mittelpunkt neuer ausgedehnter Rüstungen wurde.[2]

Um so gewaltiger waren die moralischen und politischen Folgen des Grandsoner Schlachttages. All die Doppelzüngigkeit und frivole Selbstsucht, welche die Politik jener Tage charakterisieren, worin aber der Herzog von Burgund bisher Meister gewesen war, hatte nun er selbst zu erfahren: Den berechtigten Jubel seiner Feinde, die allenthalben kühn das Haupt emporhoben, die versteckte Thätigkeit der Neider und Rivalen, obwohl sie sich auch jetzt nicht hervorwagten, die Fahnenflucht falscher Freunde, die Anmaßung jener, die noch an seiner Seite sich hielten und für ihn stritten.

Am thätigsten war natürlich Ludwig XI. von Frankreich. Im entscheidenden Momente, zu Anfang 1476, hatte er den Schweizern unter Vermittelung des Propstes von Münster 4000 Franken ausbezahlt.[3] Es sollte der bündige Beweis sein, daß der König von Frankreich sie nicht im Stiche lassen wolle. Als dann der Feldzug begann, eilte der König nach Lyon, um den Ereignissen nahe zu sein und je nach dem Ausgange der Dinge seine Entschlüsse zu fassen. Er hielt sich nicht einen, sondern mehrere Wege offen. Denn lange schon bedrängte er den alten König René, Herrn der Provence, wegen seines burgundischen Abkommens. Im Einverständnisse mit ihm hatte er noch vor Beginn des Feldzuges der Burgunder einen Getreuen nach Savoyen geschickt, sich mit Truppen zu umgeben und dann kurzweg der Grafschaft Provence zu bemächtigen. Nach der Niederlage Karls brachte es jetzt König

184. Vgl. zur Sagenbildung ebend. 232—233. S. auch E. v. Rodt, Feldzüge II. 73 ff., wo das ältere Quellenmaterial verzeichnet ist, und Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgen. 208—214, mit wichtigen neuen Belegen und Verweisungen.

[1] Vgl. Dierauer, Gesch. II. 213—214.

[2] Ebendort 214—217.

[3] Bern quittiert am 1. Januar 1576 im Namen aller. Segesser, Absch. II. 577, Nr. 828.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ludwig dahin, daß König René, geängstigt durch die Anklage auf Mitschuld an dem Verrate des Connetable von St. Pol, am 7. April auf dem Rathause zu Aix den Vertrag mit Burgund feierlich für aufgehoben erklärte und die Grafschaft seinem Neffen, dem Herzoge von Anjou, zuwies.[1] In Lothringen hatte Graf Simon Wecker von Bitsch bisher jede Huldigung für Burgund standhaft verweigert. Die Niederlage Herzog Karls vor Grandson stählte nicht nur ihm und allen getreuen Anhängern Herzog Renés den Mut, sondern weckte rasch überall im Herzogtume die Lust, die burgundische Herrschaft wieder abzuschütteln. Und dabei sah sich Karl genötigt, alle verfügbaren Truppen ins Heerlager vor Lausanne zu berufen! Das Elsaß, ganz Vorderösterreich, die oberrheinischen Lande atmeten auf! Als, von ihnen gefördert, Graf Wecker sich anschickte, den Krieg für Renatus in das deutsche Lothringen hineinzutragen und die Grafschaft Vaudemont gewonnen war, fehlte auch französische Hilfe nicht.[2] Dabei ward König Ludwig die Genugthuung, daß sich ihm Herzog Karl nach Grandson zu nähern suchte, daß Karl nun seinerseits um die Aufrechthaltung des Friedens ersuchte, nachdem er bisher des Königs Wunsch nach Abschließung eines endgültigen Vertrages unbeachtet gelassen hatte.[3]

Mit der französischen Politik wetteiferte die mailändische in Verschlagenheit. Da hatte Galeazzo Maria schon vor der Schlacht bei Grandson mit den Eidgenossen angeknüpft.[4] Nach dem Siege der Schweizer erbot er sich geradezu zur Kooperation, wenn auch nicht gegen Burgund, so doch gegen Savoyen: er wolle bei Besetzung des Thales von Aosta behilflich sein. Die Tagsatzung erklärte sich für die Annahme von Mailänder Geld.[5] Im tiefsten Geheim war der treulose Italiener auch schon mit Ludwig XI. in Verbindung getreten, ohne trotz allem die Maske des ersten, opferwilligsten Freundes des Herzogs von Burgund abzulegen.[6] Mit dem Hinweise auf das Drängen des Papstes zum Türkenkriege und die Italien vom Osten drohende Gefahr wußte er dabei jede materielle Unterstützung Karls zu vermeiden. Andererseits war er aber unermüdlich, durch wirklich gut gemeinte Ratschläge dessen

[1] Witte, Lothringen und Burgund 242 ff.

[2] Rodt, Feldzüge II. 178. Witte a. a. O. Gingins, Dep. II. 192.

[3] Witte, Lothringen und Burgund 239.

[4] Vergleiche die Tagsatzung v. 9. Febr. 1476. Segesser, Abschiede II. 579, Nr. 830.

[5] Ebendort 588, 589.

[6] Dafür vielfache Beweise in der Depeschensammlung bei Gingins, bs. II. 201—204.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Sache zu fördern. In seinem Interesse lag es ja, sich den Anschluß nach allen Seiten offen zu halten, aber auch keinen der Nachbarn allzu mächtig werden zu lassen. Karls Untergang schien ihm so bedenklich, wie sein voller Sieg.[1]

Und versuchten nicht bereits auch die savoyischen Fürsten ein gleiches, obwohl die Herzogin Jolanthe selbst zu Karl nach Lausanne kam? Nach den harten Schlägen, welche sie neuerdings im April erlitten,[2] konnte es ihnen Herzog Karl kaum verargen, wenn sie gegen die Eidgenossen einzulenken suchten.[3] Aber sie gingen weiter. Ihr Interesse glich so ziemlich dem Mailands, nur waren sie in ungleich gefährdeterer Lage. Im tiefsten Geheim suchten sie sich daher für den Fall vorzusehen, daß auch der neue Feldzug der Burgunder unglücklich ausfalle: durch innigen Anschluß an den Herzog von Mailand, dessen Ratschläge für Herzog Karl ihnen aus dem Herzen kamen, und auch schon durch Beziehungen zu Ludwig von Frankreich.[4] Möglich, daß der Herzog die Regentin von Savoyen blos ermutigen wollte, als er sie zu sich nach Lausanne einlud, um ihr sein neu formiertes und ausgerüstetes Heer zu zeigen. Vielleicht bewog ihn aber Mißtrauen dazu: als er sich erhob, ins Feld zu ziehen, war er rücksichtslos genug, die Herzogin unter sichere Aufsicht zu stellen.

Zu solchen Erfahrungen, die Karl im Lager vor Lausanne machte, kam Verdruß und Aufregung mancherlei Art aus nächster Nähe. Seine Lande zeigten sich neuen Anstrengungen gegenüber mißmutig. Zu größeren Werbungen in der Fremde wollten die Mittel nicht recht langen. In der Wadt ward die Verpflegung schwerer und schwerer. Im Heere mehrten sich die Anzeichen gelockerter Disziplin, die Karl trotz aller Strenge nicht in den alten Stand zu bringen vermochte. Der gemeine Mann hatte die Kampfeslust, der Anführer das Siegesvertrauen zum Teile eingebüßt. Der Herzog selbst war ein anderer geworden. All sein Denken und Thun schien auf den einen Zweck gerichtet, die Schmach

[1] Uber die Haltung von Mailand siehe auch B. Buser, Die Beziehungen der Medizäer zu Frankreich während der Jahre 1445—1494, in ihrem Zusammenhang mit den allgemeinen Verhältnissen, Leipzig 1879, 173 ff. H. Fr. Delaborde, L'expedition de Charles VIII en Italie, Paris 1888, 100.

[2] Dierauer, Gesch. II. 219—220.

[3] E. v. Rodt, Feldzüge II. 143 ff., 156. Vergl. auch Segesser, Absch. II. 581, Nr. 832. Daß sie dabei aber viel weiter ging und geradezu von Bern Beistand verlangte gegen Karl von Burgund, der Savoyen annektiren wolle, wußte dieser freilich nicht. Vergl. aber den Brief Berns an König Ludwig von Frankreich bei Schilling, Burgunderkriege 321.

[4] Vgl. Gingins, Depêches II. 176—180; 200—204 a. a.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von Grandson auszutilgen; nichts hatte daneben Berechtigung; bis dahin mutete er sich die unerhörtesten Anstrengungen zu, versagte er sich jede Freude, jeden Genuß. Gewiß, der Herzog von Burgund war aus gar hartem und zähem Metall, nichts weniger als ein gefühlsseliger Schwächling. Und doch mag man sich weniger verwundern, wenn der leidenschaftlich reizbare, so lang und schwer heimgesuchte Fürst in der zweiten Hälfte des April schwer erkrankte, als darüber, daß er körperlich nicht völlig unterlag.

Zu solcher Zeit war es, daß sich der kaiserliche Rat Dr. Georg Heßler in Lausanne einstellte, um dem Herzog die Bestätigung des Nancyer Friedens mit dem deutschen Reiche und die Briefe des Kaisers und von Kurfürsten und Fürsten darüber zu bringen. Zugleich kündigte Heßler die Vermittelung von Kaiser und Reich in dem Streite Burgunds mit den Eidgenossen an und that er unter freundlichen Erbietungen das Ersuchen, der Herzog möchte nun auch betreffs der Heirat seiner Tochter mit dem Sohne des Kaisers die weiteren Schritte geschehen lassen.

War solche Werbung nicht auch für einen Mann wie Herzog Karl ein Lichtblick in trüber sturmvoller Zeit? Zur Zeit, als alles sich von ihm abwandte oder sein Mißtrauen erregte, hielt der Kaiser fest an Zusage und Vertrag: ihm, dem Sieger von Neuß, war der geschlagene Herzog noch immer als Bündner willkommen. Und wem sollte der Herzog im Momente, in dem er einer abermaligen unsicheren Entscheidung, einem Kampf auf Leben und Tod, entgegenging, das Schicksal seines Kindes, seiner Lande lieber anvertrauen, als dem habsburgischen Kaiserhause? Im Bunde mit dem Kaiser ließ sich sogar auch die Ausführung der alten ehrgeizigen Pläne noch hoffen.

Der kaiserliche Gesandte kam noch mit weiteren Meldungen und Zusagen: An mehrere der westlichen Reichsstände sei der Befehl ergangen, nichts gegen Burgund zu thun, da das Reich mit ihm im Frieden stehe, ja der Kaiser selbst sei im Notfalle bereit, nach Lausanne zu kommen, um alle Irrung zwischen dem Herzoge und dem Reiche, Vorderösterreich und die Eidgenossen nicht ausgeschlossen, zu beseitigen.[1] Heßler forderte deshalb eine Verlängerung des Termins von sechs Monaten, der im Frieden von Nancy für die Ordnung der Pfandschaftssache angesetzt war: dafür werde Erzherzog Sigmund den Eidgenossen keinerlei Hilfe leisten. Er machte endlich die Mitteilung, daß Graf

[1] Der mailändische Gesandte Panicharola aus Karls Lager an seinen Herrn am 15. April. Gingins, Depêches II. 56—64.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Heinrich von Rechberg im Auftrage des Kaisers an die Tagsatzung abgegangen sei, um zur Niederlegung der Waffen aufzufordern und um auf einem nach Basel einberufenen Friedenstage den Streit zwischen Burgund und den Eidgenossen zu schlichten.

Auch Herzogin Jolanthe erhielt durch Heßler freundliche Vertröstung: der Kaiser werde in die Verschiebung der Belehnung ihres Sohnes willigen, für die Rückgabe des an die Eidgenossen Verlorenen eintreten u. s. w. Sie bat daraufhin den Kaiser noch besonders um Schutz und Schirm.[1]

Am 14. April hatte der kaiserliche Gesandte, neben dem sich der neu ernannte Legat für das Reich und Burgund, Bischof Lucas von Sebenico, für die Herstellung des Friedens bemühte, von Rechberg Nachricht.[2] In Luzern, wo am 6. April getagt wurde, hatte zwar Bern erreicht, daß man die sofortige Verhandlung in Basel unter kaiserlicher Vermittelung verweigerte: man wisse nichts vom Frieden und sei derart von Burgund bedroht, daß man der Gegenwehr gebrauchen müsse. Aber die Tagsatzung erbot sich doch, falls die Burgundischen einen Frieden machen und auf gütlichem Tage darüber verhandeln wollten, gebührende Antwort zu geben.[3] Zugleich erhielten die Berner auf das Ansuchen, ihnen im Kampfe um die Wadt beizustehen, keinen besseren Bescheid als zuvor: „Ob sie an ihrer Stadt oder in dem Ihren belagert würden", wollte man sie nicht verlassen;[5] Murten hätten sie aber lieber nicht halten sollen; da sie es aber einmal gethan, wolle man dies heimbringen.[5] Rechberg meldete weiter, die Schweizer hätten eine Tagsatzung in Basel beschlossen, um, nachdem sie von den Absichten des Kaisers unterrichtet, sich da zu beraten; sie hätten ihn aufgefordert, den Verhandlungen beizuwohnen und er gehe auch hin; man möge ihm Weisungen betreffs der Absichten Herzog Karls geben. Zugleich ersuchten aber auch die Berner um den guten Rat des kaiserlichen Gesandten in Lausanne.[6] Waren auch sie ins Wanken gekommen?

[1] Schreiben der Herzogin vom 18. April 1476. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 309—310. Promemoria vom selben Tage ebendort 310—312.

[2] Seine Instruktion im Vatik. Geh. Arch. Sixti IV. lib. var. legat. 122, fol. 65—66, Febr. 1476. Damals hatte also die Kurie bereits wieder eingelenkt.

[3] Segesser, Abschiede II. 584, Nr. 836. Vergleiche auch Tillier, Hist. de Berne II. 285 (hat das Datum „5. April").

[4] Tagsatzung vom 18. März Segesser, Abschiede II. 582, Nr. 833. Luzern.

[5] Ebendort II. 583, Nr. 836. In dem Satze: „wie von ihnen bereits in „Schwyz" geraten", muß es in „Luzern" heißen.

[6] Gingins, Depêches II. 58, 60—61.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Herzog von Burgund, immer noch mit Krankheit beschwert,[1] ward den Wünschen des Kaisers zu Willen. Am 14. April, nachdem die bezüglichen Briefe längst gefertigt, ließ er den Frieden zwischen Burgund und dem Reiche, dem Kaiser und seinem Sohn Maximilian und ihren Erben nochmals feierlich verkündigen. Das ganze Haus Österreich und namentlich der Herzog von Tirol sollte mitinbegriffen sein.[2] Am 6. Mai bestätigte der Herzog das Ehegelöbnis zwischen seiner Tochter und Erzherzog Maximilian von Österreich, wie er bereits vor Nancy verheißen. Er gelobte eidlich, zu Martini (11. November) des Jahres in Person mit seiner Tochter nach Köln zu kommen, wo dann die Vermählung stattfinden sollte.[3] Des Herzogs neuerwachte Hoffnungen, — auch sein Gesundheitszustand besserte sich wieder — traten bei der glänzenden Heerschau, die am Tage der Friedensproklamation in Gegenwart des kaiserlichen Gesandten, des Legaten, des Prinzen von Tarent, der Gesandten von Mailand und Neapel stattfand und in der wohlberechneten Ansprache des Herrn Wilhelm von Rochefort hervor. Er mahnte Offiziere und Soldaten in schmeichelhaften Worten an ihren früheren Kriegsruhm; ihre Gegner seien doch nichts als windige Gesellen, Rebellen gegen das Reich, alte Feinde aller Fürsten; nun von Kaiser und namentlich vom Herzog von Österreich verlassen, müßten sie unzweifelhaft unterliegen.[4]

Verhandlungen, auch zwischen dem kaiserlichen Gesandten und dem Boten des Herzogs von Mailand, folgten nach.

Heßler, obwohl schwerlich dafür ausreichend bevollmächtgt, versprach trotz früherer Beredungen (im Lager vor Nancy), daß der Kaiser mit Rücksicht auf den Herzog von Burgund dem von Mailand die Investitur leihen und die Privilegien des Herzogtums erneuern wolle. Die Summe, die dafür zu entrichten wäre, sollte Karl von Burgund bestimmen.[5] Dafür wird Galeazzo Maria in dem Bunde des Kaisers mit Herzog Karl Platz finden und, falls es nicht zu einer Richtung komme, seine

[1] Sie hatte am 11. April mit schlechtem Aussehen, Abgeschlagenheit und Fieber begonnen. Gingins a. a. O. 60.

[2] Dem sonst sorgsamen Dierauer (II. 218) scheint das Verhältniß dieser Zermonie zu dem Frieden von Nancy, dessen er überhaupt nicht gedenkt, und zur Neusser Richtung unklar geblieben zu sein. Das Detail bei Gingins a. a. O. 59—60.

[3] Urkunden bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 134—135.

[4] Gingins, Depêches II. 60.

[5] Panicharola an seinen Herrn vom 10. Mai. Chmel, Notizenblatt VI. 159—160; vergleiche auch 176—178. Dieses sehr wichtige Schreiben fehlt bei Gingins.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Waffen mit denen des Herzogs von Burgund, Savoyens und des Kaisers gegen die Eidgenossen vereinigen.[1]

Heßler war beauftragt, nach Erledigung seiner burgundischen Mission nach Rom weiter zu gehen, um so manches zwischen Kaiser und Papst in Ordnung zu bringen. Er war zugleich bereits bei Sixtus IV. vom Kaiser und seinem Sohne für das verheißene deutsche Kardinalat empfohlen. Nun erhielt er auch die Befürwortungen der Herzöge von Burgund und Mailand.[2] Am 10. Mai 1476 ließ Herzog Karl den gefangenen Heinrich von Württemberg frei.[3]

Die Meldung von dem in Lausanne Geschehenen fand in Nähe und Ferne sehr verschiedene Aufnahme. Der Ungarkönig geriet so sehr in Erregung, daß er in seinem Schreiben an Herzog Karl beinahe vergaß, zu welch mächtigem, selbstbewußtem Fürsten er spreche: Er könne sich nicht genug wundern, hieß es da, daß der Herzog sich so handgreiflich von dem Kaiser täuschen und, obwohl ihm daraus Schande und Schaden zu Teil geworden, sich nun in das Labyrinth des Schweizerkrieges hineinführen lasse, aus dem es schwer oder gar nicht einen Ausweg gebe.[4] Ebensowenig freundlicher Art werden die Empfindungen und Gedanken des Franzosenkönigs gewesen sein, der noch immer mit Kriegsvolk in Lyon lag, sich aber nicht rührte. Er war, scheint es, entschlossen, auch der Eidgenossenschaft entgegenzutreten, wenn sie etwa nach neuen Siegen allzu sehr emporwachsen und den Bestand Savoyens gefährden würde.[5] Der Prinz von Tarent aber, in seinen Hoffnungen auf die Hand der burgundischen Erbtochter getäuscht, und Lord Rivers, der sich mit ähnlichen Plänen getragen zu haben scheint, verließen Herzog Karls Heer. Aufrichtig und vollbegründet war allein die Genugthuung des Kaisers.

Aber der Gang der Dinge war zu rasch und zu stürmisch, als daß die neuen Verbündeten des Herzogs von Burgund, den guten Willen

[1] Erklärung Herzog Karls v. 26. Mai 1476. Chmel, Notizenblatt VI. 181, vom 26. Die vorhergehende Nummer ist offenbar ein Konzept für denselben Bericht.

[2] Panicharola a. a. O. Die Empfehlung Erzherzog Maximilians bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 362.

[3] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 568—569. Schreiben Graf Ulrichs an die Eidgenossen vom 31. Mai 1476 im Anz. für schweiz. Gesch. 5a, 33.

[4] Der Brief (v. 7. Mai 1476) ist sehr oft gedruckt, so bei E. v. Rodt, Feldzüge II. 612. Chmel, Notizenblatt VI. 158—159. Gingins, Dep. II. 125 (vgl. ebendort 364—365).

[5] Ochsenbein im Sonntagsblatt des Bund 1875, 403, Nr. 51. Man vgl. das Verhalten des Königs gegenüber dem Vormarsche der Schweizer nach der Schlacht bei Murten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

des Herzogs von Mailand vorausgesetzt, für ihn hätten auf den Plan treten können. Auch der Warnungsbrief des Königs von Ungarn an Karl kam zu spät, noch mehr sein Bote Jörg von Stein, den der König nach dem Schreiben mit Werbung abgefertigt hatte.[1] Herzog Karl, durch die neuen Bündnisse ermutigt und wieder an der Spitze eines zahlreichen Heeres, wollte auf die Wiederherstellung seiner kriegerischen Reputation und die Sättigung seiner Rache nur verzichten, wenn ihm und Savoyen zugleich mit genugsamer Entschuldigung und Entschädigung all das Entrissene wieder würde. So blieb die kaiserliche Vermittelung auch jetzt fruchtlos.[2] Doch hielten sich auf Befehl des Kaisers die Deutschen wenigstens von der Unterstützung des Herzogs von Lothringen zurück, der unter französischem Geleite mitten durch sein Land nach Straßburg gekommen war.[3] Obwohl durch den Tod seiner Großmutter eben in den Besitz bedeutender Geldmittel gelangt und deshalb im stande, rüstig zu werben, blieb Herzog Reinhard nichts anderes übrig, als seine Sache auf die Eidgenossen zu stellen. Schon hatte sich die Nachricht von dem Wiederausbruche des Krieges verbreitet. Mit reisigem Gefolge, von dem getreuen Grafen Wecker und anderen begleitet, kam der Herzog nach Bern, zu rechter Zeit, um an der Entscheidung im Felde Anteil zu gewinnen.[4]

Dagegen hatte die kaiserliche Mahnung und Friedenswerbung in die Einung und Kriegsrüstung der Eidgenossen selbst neue Störung getragen. Der schwerverhaltene Unmut gegen Bern stieg höher und höher. Trotz aller Bitten des Vorortes schob die Tagsatzung ihre Entscheidung immer wieder hinaus, und am 15. Mai war man der Meinung, „den Zug zu dieser Zeit abzustellen",[5] freilich wieder mit der Versicherung, sollte Bern oder das Seine überzogen und beschädigt werden, so wolle man Leib und Gut zu ihnen setzen. So geschah es auch noch am

[1] Vgl. oben die Aufträge eines niedergeworfenen ungarischen Boten im Dresd. Archiv, auch Gingins 128 und betreffs der Korrespondenz Steins mit dem burg. Sekretär Joh. Coulon nun die sehr dankenswerten Mitteilungen in den Script. rer. Siles. XIII. 197—200, Nr. 249—252, namentlich betreffs der Gesinnungen Herzog Karls gegen den Kaiser Nr. 252.

[2] Heßler hatte am 11. Mai Lausanne verlassen, um nach Mailand und von da nach Rom zu gehen. Ein Gesandter Herzog Karls folgte ihm. Chmel, im Notizenblatt VI. 178.

[3] Witte, Lothringen und Burgund 247 ff.

[4] Panicharola am 12. Juni bei Gingins, Dep. II. 226 ff. E. v. Rodt, Feldzüge II. 212 ff. Witte, Lothringen und Burgund 251—252.

[5] Segesser, Abschiede II. 590 sagt freilich das Gegenteil; „anzustellen", daß dies aber irrig ist, zeigt gleich der nachfolgende Satz und der Beschluß v. 3. Juni.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

5. Juni zu Luzern: man versprach nur, die Sache heimzubringen und dann am 15. Juni Antwort zu geben.[1] Dagegen hatten schon Mitte März, ohne sich um den Frieden des Reiches zu kümmern, Straßburg, Basel, Kolmar und Schlettstadt erklärt, „als Bündnerleute Leib und Gut getreulich" zu den Eidgenossen „zu setzen", ebenso Graf Oswald von Thierstein, der österreichische Landvogt in den Vorlanden, Ritter Wilhelm von Herter und die anderen daselbst anwesenden Räte Herzog Sigmunds.[2] Es waren so im wesentlichen trotz aller Geschäftigkeit der Diplomaten doch wieder die Gegner von Grandson, die sich im Juni 1476 zum zweitenmal auf offenem Schlachtfelde maßen.

Am 28. Mai begann der Vormarsch des vollständig neu organisierten[3] burgundischen Heeres gegen Murten, den äußersten Platz, den Bern im Waadtlande noch hielt. Es deckte die eine Straße nach Bern selbst, während die andere über Freiburg geführt hätte. Herzog Karl war von den Zerwürfnissen innerhalb der Eidgenossenschaft unterrichtet. Er schlug sie sogar allzu hoch an. So mied er den Angriff auf Freiburg als Bundesgebiet, um nicht die ganze Macht der Gegner auf sich zu ziehen, und führte das Heer gegen Murten, das noch auf Berns erobertem Gebiete gelegen war. Es berührte so der Zug allein dessen Interessen. Aber der Herzog suchte doch, nachdem er am 8. Juni Murten, das Adrian von Bubenberg wacker verteidigte, umschlossen, bald auch der Saanebrücke bei Laupen auf bernischem Boden Herr zu werden, damit die nur drei Stunden entfernte Hauptstadt unmittelbar bedrohend.[4] Und nun endlich fanden sich etwas eilfertiger als bisher die eidgenössischen Scharen, die Aufgebote der niederen Vereinigung und Österreichs zum Entsatze Murtens zusammen.

Karl hatte das Lager und die Rückzugslinie durch Befestigungen gedeckt. Am 22. Juni aber wurden die Burgunder in dem Augenblicke von dem gesamten eidgenössischen Heere, über das an diesem Tage der österreichische Ritter Wilhelm von Herter den Oberbefehl führte,[5] angegriffen,

[1] Segesser, Abschiede II. 595, Nr. 839.

[2] Segesser, Abschiede II. 582—583, Nr. 835. Daß Sigmund am 1. Jan. einen dreimonatlichen Waffenstillstand geschlossen, ist irrig. Er wollte und konnte seine Sache von der der Eidgenossen nicht trennen.

[3] Es war in vier Korps mit je zwei Treffen und ein Reservekorps geteilt. Vgl. Gingins, Dep. II. 152 ff. 176.

[4] Vgl. Segesser, Abschiede II. 596. Rodt, Feldzüge II. 226 ff. Delbrück, Perserkriege und Burgunderkriege 195. Adrian von Bubenberg und die Belagerung von Murten in „Die Schweiz", Neufchatel 1839, 4. Jahrg. 1 (mehr populär).

[5] J. J. Amiet, Wilhelm Herter, der Held von Murten. Sonntagsblatt des „Bund", 1876.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

als sie nach sechsstündigem Harren auf den Feind, dessen Nahen man gemeldet, in strömendem Regen, ermüdet und hungrig aus der Gefechtsstellung in das Lager zurückkehrten. Ihre zu weit ausgedehnten Verschanzungen wurden nach mißlungenem Frontangriff von den Verbündeten umgangen und genommen, alle einzelnen Abteilungen, die der Herzog nach einander in das Treffen brachte, über den Haufen geworfen und zersprengt und der Rest gegen Avenches in die Flucht getrieben. Zugleich erreichten südlich von Murten eidgenössische Scharen das Ufer des Sees und schnitten jenen Truppen, welche auch während des Kampfes Murten umschlossen gehalten, den Rückzug ab. Sie wurden insgesamt niedergehauen oder in den See gedrängt. Dagegen gelang es dem Grafen von Romont, der Murten mit einer starken Abteilung vom Nordosten her belagert und überhaupt an der Schlacht nicht teilgenommen hatte, hinter den südwestlich vordringenden Eidgenossen herum gegen die Saane zu entkommen.[1]

Der Sieg der Eidgenossen war ein vollständiger. Er kostete dem Herzog von Burgund nicht blos seinen Ruhm und seine Schätze, sondern auch den Kern seiner alterprobten Mannschaften. Dem Verluste der Burgunder von etwa 8000 bis 10000 Mann[2] stand auf schweizerischer Seite der Tod von wenig Hunderten gegenüber und eine entsprechende Anzahl war verwundet. Die Sieger waren in der Schlacht um einige tausend Mann stärker gewesen, etwa 25000 gegen 22000; von letzteren kamen zudem kaum 15000 ins Gefecht. Der Herzog von Lothringen, vor der Schlacht von Graf Oswald von Thierstein zum Ritter geschlagen, hatte tapfer in den Reihen der Verbündeten mitgekämpft.

Mit vereinter Kraft war vor Murten einer der glänzendsten Siege errungen worden, wohl geeignet und wert, die zeitgenössischen Dichter zu

[1] Wesentlich nach Delbrück, Perserkriege und Burgunderkriege 194 ff. wie auch 208 ff. Zur Analyse und Kritik der Quellen zur Schlacht vergl. trotz der Recension Ochsenbeins auch K. Hoch, Murten und Karl d. Kühne, Basel 1876; Meister, Betrachtungen über das Entstehen der Burgunderkriege und den Verlauf des Tages von Murten, Zürich 1877. Auch Wattelet, Die Schlacht bei Murten. Bericht an den freiburgischen Offiziersverein. Murten 1888. Zuletzt Dierauer, Geschichte der schweizer. Eidgen. II. 225 ff., mit umfassenden Angaben über die Quellen und die sonstige Litteratur.

[2] So sagt auch der Bericht Appianos an den Herzog von Mailand bei Gingins, Dep. II. 299. Über den Herzog von Lothringen s. jetzt Witte, Lothringen und Burgund 252—283. Berichte aus der Schlacht bei Murten im Anz. für Schweiz. Gesch. 1855, 30 und Geschichtsforsch. 11, 413. Bericht der Freiburger Hauptleute aus der Zeit der Belagerung Murtens im Anz. für Schweiz. Geschichte 1865, 51: 1866, 51.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

begeistern[1] und die nachkommenden Geschlechter mit stolzer Genugthuung ob der Thaten der Vorvordern zu erfüllen. Die verbündeten Länder wiederhallten denn auch von vollberechtigtem Jubel.[2]

Die geschlagenen burgundischen Scharen hatten sich weithin, teils durch den Joignepaß nach Hochburgund, zum Teile mehr südwestlich durch die Waadt gegen den Genfer See geflüchtet. Bei letzteren befand sich auch Herzog Karl.

Wer vermag den Sinn des besiegten Fürsten zu schildern, wer den Abgrund der Scham und Bestürzung, des ohnmächtigen Grimmes und der Verzweiflung zu ermessen, die auf der schimpflichen eiligen Flucht Karls Denken und Empfinden gefangen hielt? Aber wir kennen die Entschlüsse, zu denen der Unglückliche gelangte. Ein Mann wie der Burgunderherzog besaß nicht die Weite des Blickes und den beweglichen Sinn, vor allem nicht den Verstand und die moralische Kraft, um die tiefer liegenden Gründe seines Unglückes zu erkennen und, mit starker Hand den Verhältnissen Rechnung tragend, das Gefüge seiner Macht neu und besser zu begründen. Seit dem Tage von Grandson hatte in der burgundischen Politik finstere Leidenschaft das Übergewicht über die staatsmännische Erwägung. Bei Karl dem Kühnen gab es keine Umkehr; der Herzog mußte voran auf dem betretenen Wege, zu Sieg oder zu Untergang, so sehr auch der letztere näher stand.

In Gex, wo Karl die Herzogin von Savoyen traf, sprach er nur von neuem Kampfe gegen die Feinde: nicht ihre Waffen, sondern das Glück habe gegen ihn entschieden; er hoffe sie demnächst um so sicherer zu überwinden.[3] Das mochte erst nur Vorstellung sein, zu der ihn die äußere Not zwang: Karl mußte trachten, wenigstens das Haus Savoyen an seiner Seite festzuhalten, und um dies zu erreichen, scheute er auch vor Gewalt nicht zurück.[4] Übrigens nützten die Schweizer ihren Sieg auch diesmal keineswegs energisch aus. Vielmehr trat bei ihnen wie bei ihren Verbündeten nach der gewaltigen Anspannung eine Art Erschlaffung und Ruhebedürfnis hervor. Der Mailänder Herzog und seine Räte zeigten auch jetzt die beste Gesinnung. Botschaften aus Ungarn,[5] ja

[1] Vgl. R. Liliencron, Volkslieder u. s. w., Nr. 143 und 144.

[2] Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgenossensch. II. 232.

[3] Gingins, Dep. II. 298, 299 a. a.

[4] Über die neuerliche Internierung der Herzogin und den Versuch, sich des Erbprinzen Philibert zu versichern, s. Knebel in Basler Chroniken III. 22, 25. Vgl. Rodt, Feldzüge II. 299—300.

[5] Vgl. Witte, Lothringen und Burgund 254—255.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

selbst aus Frankreich[1] ließen gutes hoffen. So gewann Herzog Karl in der That einen Teil des alten Hochmutes, der alten Rücksichtslosigkeit zurück. Nicht nur andere, auch sich selbst suchte er zu überzeugen, daß es nur der Neubildung eines Heeres bedürfe, eines Heeres, das auch „wirklich fechte und nicht blos fliehe", um im Felde Erfolge zu erzielen.[2] Karl begann deshalb neue Rüstungen, und er hatte wenigstens die Genugthuung, daß die Hochburgunder, freilich von den Gegnern am nächsten bedroht, mit loyalen Versicherungen, denen aber die thatkräftige Hingebung fehlte, nicht zurückhielten.[3]

Auch anderes kam ihm zu statten. Mehr noch als der lebendige Eifer des Kaisers, dem ferneren Kampfe der Eidgenossen und ihrer deutschen Bündner gegen Burgund ein Ende zu machen, begünstigten die inneren Verhältnisse in den Kantonen die Absichten des Burgunderherzogs. Selbst über den Tag von Murten hinaus wirkte der Widerspruch der bernischen und der Politik der übrigen Eidgenossen nach. Die Führung Berns wurde jetzt so wenig anerkannt, als früher, ja der mächtige Vorort eben jetzt geradezu „unter die Vormundschaft der übrigen Kantone gestellt":[4] Briefe aus Frankreich sollte er nurmehr unerbrochen an gemeine Eidgenossen zu bringen das Recht haben. Am selben Tage (am 12. Juli zu Luzern) sprachen sich die Urkantone bezüglich des Bündnisses mit Lothringen dahin aus: „Seine Gnade ist uns ungelegen und wir können nunzumal keine Einung mit ihm machen, denn uns bedünkt, nachdem er mit den Fürsten und Städten der Vereinigung in Bündnis steht und diese mit uns, daß daran genug sei."[5]

Es war schon viel, daß man Herzog Reinhards Bitte um einen Teil des bei Murten eroberten Geschützes, ohnehin zum Teil lothringischer Herkunft, billig fand. Aber nur deshalb und dann des Bündnisses wegen wollte man auf dem Freiburger Tage, der behufs einer Verständigung mit dem Hause Savoyen zu Jakobi gehalten werden

[1] Es machte besonders Eindruck, daß Ludwig XI., bevor er die Niederlage von Murten erfahren, die Eidgenossen von jeder feindlichen Unternehmung gegen Savoyen und Burgund abgemahnt hatte. Gingins, Dep. II. 304.

[2] Vergl. besonders seine prahlerische Äußerung zu dem Mailänder Gesandten Panicharola bei Gingins, Dep. II. 342.

[3] La Bourgogne montra peu d'empressement à l'aider. M. Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. (Bruges 1854), 180.

[4] Delbrück, Perserkriege und Burgunderkriege 179.

[5] Segesser, Eidgenössische Abschiede II. 598, Nr. 842. Witte, Lothringen und Burgund 254.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sollte, endlichen Bescheid zu geben.[1] Gegen Burgund wurden seitens der Schweizer kriegerische Maßnahmen überhaupt erst dann wieder beschlossen, als (im August) die Meldung kam, daß der Herzog in der Nähe liege und mächtig rüste.[2]

Die Haltung Burgunds wirkte auch auf den König von Frankreich zurück. Obwohl Ludwig XI. den Aufstand in Lothringen schürte, obwohl er die Schweizer zu neuem Kampfe gegen Herzog Karl antrieb und mit dessen letzten Freunden, Savoyen, Mailand, ja auch Neapel,[3] in engere Verbindung trat, so war er auch jetzt noch viel zu furchtsam und vorsichtig, um etwa über den Stillstand von Soleuvre offenkundig zur Tagesordnung überzugehen und Burgund direkt zu bekriegen. So kam es, daß auf dem Freiburger Tage die Forderungen Burgunds jenen glichen, die es einst vor dem Tage von Grandson gestellt: Rückgabe der österreichischen Pfandlande oder der Pfandsumme mit Ersatz von Kosten und Schäden, Rückstellung aller Eroberungen, Ausschließung Frankreichs und des Herzogs von Lothringen vom Frieden.[4]

Aber trotz alledem vollzog sich der Zusammenbruch der burgundischen Großmacht und der Zerfall des politischen Systems Herzog Karls mit der Sicherheit und Folgerichtigkeit eines Naturereignisses. Seine Bedeutung war begründet gewesen auf dem Waffenruhm und der Tüchtigkeit eines zahlreichen Heeres, der Fülle der materiellen Mittel, der Klugheit, Einheit und Energie von Burgunds Diplomatie. Da der Erfolg versagte, fielen die Bündner ab: keine tiefer gehende Interessengemeinschaft oder gar persönliche Ergebenheit banden sie ja an Burgund und dessen Herrscher. Am 9. August machte der Sforza von Mailand seinen Vertrag mit Frankreich.[5] Es ist bezeichnend für das gesunkene Ansehen Herzog Karls, daß Galeazzo Maria selbst jetzt noch der falsche Freund zu bleiben versuchte, der er schon vor Murten gewesen. Savoyen folgte: Seitdem unter der Vermittelung des Herzogs von Lothringen und des österreichischen Feldhauptmanns Wilhelm von Herter das Haus Savoyen zu Lausanne einen Waffenstillstand mit den Eidgenossen erlangt (29. Juni),

[1] Betreffs späterer Zusagen s. Segesser a. a. O. 621, 631 u. a. Der Vertrag ist vom 7. Oktober. Ebendort Beilagen Nr. 57, S. 922—923.

[2] Knebel, Basler Chroniken III. 52. Segesser, Absch. II. 604, Nr. 844.

[3] Vgl. Gingins, Dep. II. 291.

[4] Über den Tag von Freiburg siehe Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 218—223. Segesser, Eidgen. Abschiede II. 608 ff. Ochsenbein, Urkunden 373 ff. Schilling 353—363. Basler Chroniken III. 435—476. Zum Tage s. Witte, Lothringen und Burgund 264 ff. Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgen. II. 234 ff.

[5] Recueil des traitez de paix I. 189—197.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bewarben sich die Herzogin Jolanthe und ihr hinterlistiger Schwager, der Bischof von Genf, wetteifernd um die Gunst des Königs von Frankreich; bald scheute Savoyen selbst offene Feindseligkeit gegen Burgund nicht mehr.[1] Der Aufstand in Lothringen machte Fortschritte, wenn auch nicht gleich in dem Maße, wie man dies Ende Juni in der Umgebung Herzog Reinhards erwartet haben mochte.[2] Der Kriegsruhm der Eidgenossen wirkte endlich auf die Fürsten und Städte des deutschen Reiches derart überwältigend, daß die Bemühungen des Kaisers im burgundischen Interesse wenig Erfolg versprachen.

Wie stellten doch diese Bauernaufgebote und Bürgerschaften vor Grandson und Murten durch unerhörte Waffenthaten weit in den Schatten, was das ganze deutsche Reich seit Menschenaltern an kriegerischen Lorbeeren gepflückt! Und wie tief beschämend waren solche Erfolge für das deutsche Fürstentum, das trotz alten Glanzes und hoher Ansprüche und Entwürfe, trotz aller Titel und Förmlichkeiten sich in endlosen kleinlichen lokalen und territorialen Fragen und Händeln meist ohne greifbaren Gewinnn mühte und stritt! Welch reiche Kräfte blieben da brach liegen für die innere Entwickelung des Vaterlandes wie für dessen äußeres Ansehen!

Doch derlei Erwägung kam jenem Geschlechte, scheint es, nur selten. Jetzt beeilte sich alles, die Gunst der Sieger zu erwerben, nicht etwa blos der neue Kurfürst von Mainz, Diether von Isenburg, sondern neben ihm auch Erzbischof Johann von Trier, ja selbst der Schützling und der Bündner Karls von Burgund, Ruprecht von Köln und der Pfalzgraf. Sie alle wollten „schweizerisch" werden und verlangten Aufnahme in die Vereinigung.[3] Wie sie, that der reiche Herzog von Landshut trotz der fast ein Menschenalter dauernden Freundschaft mit Herzog Karl und seinem Vater Philipp.[4] Das ganze Haus Wittelsbach wandte sich von Burgund ab. Wohl lehnten die Eidgenossen, in diesen Tagen nicht auf der Höhe ihrer kriegerischen Erfolge, aber einer nüchternen Verstandespolitik auch jetzt nachgehend, alle Bündnisse ab, die sie in neue Situationen bringen konnten und für die augenblickliche Lage ohne großen Wert erschienen. Aber auch so hatte Karl von Burgund oft-

[1] Segesser, Abschiede II. 608—613, Nr. 846. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 218—223. Witte, Lothringen und Burgund 264 ff.

[2] Witte, Lothringen und Burgund 256 ff.

[3] Segesser, Eidgen. Abschiede II. 598, 604. Vgl. Knebel in Basl. Chron. III. 30, 62.

[4] Segesser, Eidgen. Abschiede II. 600.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wärts der Vogesen keinen Freund mehr. Ja auch nicht mehr jenseits der March und Leitha! Seitdem der Ungarkönig erfahren, daß Karl entschlossen sei, den Bund mit dem habsburgischen Hause festzuhalten, schwand, zumal bei der militärischen Sachlage im Sommer 1476, seine Freundschaft mit Burgund rasch dahin. Binnen kurzem wandte sich auch der Corvine der sieghaft leuchtenden eidgenössischen Sonne zu.[1]

Unruhen in den eigenen Landen Herzog Karls machten das Maß des Mißgeschickes für ihn voll. Auf seinen Befehl an die von Holland, Seeland, Brabant, Flandern und Geldern, den dritten Groschen zum Kriege beizusteuern und den dritten Mann ins Feld zu stellen, erhoben sich die hart gedrückten Landschaften in schwerem Unmute: sie wagten die Erklärung, nicht mehr leisten zu können und zu wollen, als sie vordem ihrem Herrn geleistet hätten. Es war freilich übertrieben, wenn es hieß, die Holländer, Harlem voran, seien in offenem Aufstande, oder die deutschen Seestädte, Lübeck, Rostock und noch zweinndsiebenzig andere, seien mit den unzufriedenen Friesen in Verbindung und bereit, mit den Holländern gemeinsame Sache zu machen.[2] Aber wenn die Stände Flanderns, von Karl wegen ihrer Opposition als Rebellen gescholten und mit der schrecklichsten Rache bedroht, sich in diesem Momente bewegen ließen, dem Herzoge Kriegsvolk, Geld und Proviant zuzusenden, so geschah es in der ausgesprochenen Absicht, nicht ihn zu weiteren Eroberungsplänen zu ermutigen, sondern seine Rückkehr nach Brabant oder den Hennegau zu ermöglichen.[3] Denn schon war infolge des glücklichen Fortganges des lothringischen Aufstandes die direkte Verbindung zwischen den burgundischen Hochlanden und den Nordprovinzen unterbrochen, das Heer des Herzogs aber infolge Geldmangels und vielfacher Fahnenflucht so schwach, daß er noch Ende Juli kaum 3000 Mann um sich hatte.[4] Die Lage Karls erregte damals selbst bei geschworenen Feinden eine Art von Mitgefühl: Jener unglückseligste Herzog von Burgund, schreibt der Basler Chronist, ist wie von Wänden umschlossen, von dem König von Frankreich im Süden, dem Herzog von Lothringen im Westen, den Verbündeten am Rhein im Norden, den Schweizern im Osten; wohl möchte er gern in seine niederen Lande sich zurückziehen, aber er kann

[1] Vgl. A. Ph. von Segesser, Die Beziehungen der Schweizer zu Matthias Corvinus, König von Ungarn, in den Jahren 1476—1490, Luzern 1860, 15—16.

[2] Vergl. Knebel in Basler Chroniken III. 28, 30, 49, 66. Olivier de la Marche, Memoires III. 213 a. a.

[3] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 180—181.

[4] Vgl. a. a. Witte, Lothringen und Burgund 263.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

es nicht, und nun stürmen alle von den vier Seiten auf ihn ein, willens, ihn mit Gottes Hilfe zu überwältigen.[1]

Zur Zeit, als Herzog Karl Abfall und Untreue in reichstem Maße erlebte, — und es blieb ihm auch Verräterei in seiner nächsten Nähe und ein Anschlag auf sein Leben und seine Freiheit nicht erspart —[2] stand ein Fürst in unerschütterlicher Vertragstreue zu ihm, der Kaiser.

Schon gleich nach dem Murtener Schlage hatte Kaiser Friedrich an seinen Vetter von Tirol und die niedere Vereinigung eine neue Mahnung gerichtet, nun die Waffen gegen Burgund ruhen zu lassen. Er hatte Bischof Otto von Konstanz an die Eidgenossen gesendet mit der Meldung, er wolle sich die Ausgleichung der Streitigkeiten angelegen sein lassen.[3] Aber obwohl sich auch der päpstliche Legat, der Bischof von Forli, im Namen Sixtus IV. zu gleichem erbot und Jörg von Stein, der von dem Ungarkönig an Karl von Burgund geschickt war, bei solcher Wandlung der Sachlage es vorzog, sich den Unterhändlern anzuschließen, so war die Vermittelung wenig aussichtsvoll. Der Herzog von Tirol und die niedere Vereinigung wollten sich von den Eidgenossen nicht trennen. Und wenn sie den in Aussicht genommenen Zug nach Hochburgund aufgaben, so geschah dies weniger aus Rücksicht auf den Kaiser, als weil viele der Fortsetzung der Offensive widerstrebten.[4]

Um wenigstens die Form zu wahren, wurde von Bern eine Gesandtschaft an den Kaiser abgeordnet. Der Herzog von Burgund strebte ja in direkter Verhandlung Teilnahme an dem Freiburger Tage und einen Frieden mit den Eidgenossen zu erreichen.[5] Das Beginnen des Kaisers stand übrigens auch im Widerspruch zu dem nationalen Zuge, den der Kampf gegen Burgund im Westen des Reiches, namentlich bei den Reichsstädtern, gewonnen. Man bejubelte die Tage von Grandson und Murten als Siege der Deutschen[6] über die Wälschen. Der Kaiser vermochte das umsoweniger zu ändern, als er, nie bei den Städten beliebt, ihnen eben jetzt wieder als Teilnehmer gewisser Pläne der fürstlichen Nobilität

[1] Basler Chroniken III. 64—66.

[2] Darüber Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 181—182. Witte, Lothringen und Burgund 275 ff.

[3] Dies zeigt schon Segesser, Abschiede II. 600, 601; vgl. die spätere Entwickelung der Sache.

[4] Vgl. Dierauer II. 237.

[5] Vgl. Segesser, Eidgen. Abschiede II. 601. Knebel in Basl. Chron. III. 29—30, 56. Witte, Lothringen und Burgund 283, 285,—286.

[6] So fassen es übrigens auch die mailändischen Botschafter auf, welche die Sieger regelmäßig als „li Alamani" bezeichnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

galt, die sich gegen Freiheit und Besitz der Kommunen richteten.[1] Wie zuvor das stolze reiche Köln im Norden, so stand jetzt im Süden das waffenstarke Straßburg im Vordergrunde, zu rücksichtsloser Bekämpfung des Burgunders entschlossen.[2] Es konnte endlich der Vermittelung keineswegs förderlich sein, wenn Papst und Kaiser sich noch soeben in dem Konstanzer Bischofsstreite, der noch immer nicht entschieden war, gemessen hatten und wenn sich der dritte Unterhändler, der Ungar, von entschiedener Feindseligkeit gegen den Kaiser erfüllt zeigte und aus seiner Thätigkeit eben nur wieder politisches Kapital gegen diesen und für seinen König zu schlagen versuchte. Auch der Kaiser ließ bei der Verhandlung seinen Sonderzweck deutlich durchleuchten: er wollte sich den Herzog von Burgund aufs neue verpflichten und die ersehnte Familienverbindung um so sicherer erreichen.

Zuletzt erzielte der Kaiser, der mit ganzem Ernste einsetzte, anscheinend doch einen Erfolg. Herzog Sigmund erklärte sich für den Frieden, und sein Bevollmächtigter, der hochangesehene Wilhelm von Herter, machte sich auf dem Luzerner Tage (28. September) zum Vermittler der Wünsche auch von Papst und Kaiser. Dazu versprach Graf Ulrich von Württemberg, wie es scheint, auf Andringen des Kaisers, gegen Rückerstattung des Seinen aus dem Kriege mit Burgund auszuscheiden.[3]

Aber dieselbe Luzerner Tagsatzung, welche den Beschluß faßte, mit dem Herzoge von Burgund unter der Vermittelung der kaiserlichen und päpstlichen Bevollmächtigten einen Tag zu halten, beschloß eine freundschaftliche Verbindung mit dem Herzoge von Lothringen,[4] und dieser Beschluß ward am 7. Oktober erneuert und erweitert.[5] Wie ungern die Schweizer an die Zwischenhandlung gingen, zeigte der Bescheid an Jorg von Stein, bei dem man kaum äußere Rücksicht zu wahren hatte:

---

[1] Das harte Urteil Knebels (a. a. O. 53) erweist sich aber zum Teile thatsächlich unbegründet, zum Teile war es wohl nicht unbeeinflußt von den Ausstreuungen Jorgs von Stein, der damals in Basel weilte und wie es scheint auch mit Knebel (vgl. 55—56) verkehrte. Daß Knebel nicht viel auf Stein hielt, hindert dies nicht, da die Abneigung gegen den Kaiser beiden gemeinsam war; jedenfalls deckt sich ein Teil seiner Beschuldigungen des Kaisers mit jenen, die man bei dem Ungar zu vernehmen gewohnt ist.

[2] Vgl. Knebel in Basl. Chron. III. 63 a. a.

[3] Vgl. dazu u. a. Segesser, Eidgen. Absch. II. 620.

[4] Ebendort 617—620. Vgl. Knebel in Basl. Chron. III. 56—59. Witte, Lothringen und Burgund

[5] Segesser, Abschiede II. 621.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

man wolle sich die Sache bedenken. Stein fand dies so deutlich, daß er abreiste. Und die Friedensaussichten besserten sich nicht, obwohl nun auch die Stände von Hochburgund, angeblich mit Gutheißung des Herzogs, sich mit den Bernern in Verbindung setzten und die ernstlichste Friedenssehnsucht bethätigten.[1] Georg Heßler, nach seiner Rückkehr aus Rom[2] vom Kaiser alsbald wieder in den wichtigen burgundischen Angelegenheiten gebraucht, vermochte sich in persönlicher Beredung mit Herzog Karl zu überzeugen, daß er, wenn auf alles andere, so nie auf den Besitz Lothringens verzichten werde. War aber daran zu denken, daß man ihm, dem Besiegten, solche Machterweiterung zugestehen werde? Da der Bischof von Forli nicht im stande war, von Karl auch nur genügende Vollmacht für den Tag zu Basel zu erhalten, so suchte Heßler, unterstützt von Bischof Georg von Metz, wenigstens mit der Heiratssache ans Ziel zu gelangen, und das glückte.

Am Allerheiligentage fehlte zu Basel der kaiserliche Gesandte und der päpstliche Legat. Jener schrieb, er wolle in Saarwerden oder Bockenheim mit einer Botschaft gemeiner Eidgenossen zusammentreten, um ihre Aufträge auszurichten.[3] Der Bischof von Forli kam zwar eilig nach Basel, er konnte aber nur durch eilige Boten dem Herzoge von Burgund empfehlen, „sein Gemüth zu gunsten des Herzogs von Lothringen zu neigen, sintemal daß die Herrschaft Lothringen unter dem Kaisertum ist". Die Eidgenossen hatten eben als Grundlage jeder Friedensberedung mit Burgund gefordert, daß Herzog Karl Lothringen räume, sich in seine Lande zurückziehe und die Verbündeten in Ruhe lasse. Davon konnte, obwohl sich der Legat auch ferner um den Frieden Mühe gab, bei dem Herzoge keine Rede sein.

Dafür sandte Karl am 4. November dem kaiserlichen Gesandten, der mit Bischof Georg von Metz als Karls Bündner und Bevollmächtigten in Straßburg[4] die Ehesache verhandelte, ein Schreiben für den Kaiser zu, in dem er seine Zustimmung zu der beschlossenen Verehelichung ihrer Kinder wiederholte und zugleich meldete, er habe die Botschafter, den Bischof von Metz und den Protonotar Heßler, an seine Tochter gefertigt, sie von seinem Entschlusse in Kenntnis zu setzen; der Kaiser

[1] Segesser, Abschiede II. 622. Hierher gehört auch Knebel a. a. O. 29, wo auch Anm. 2 zu vergleichen und zum Teil zu berichtigen ist.

[2] Im Juli 1476 ist er noch in Rom. Vgl. unten.

[3] Segesser, Eidgen. Abschiede II. 625, Nr. 853.

[4] Die Straßburger blickten auf diese Verhandlung des Kaisers mit dem Herzoge zu einer Zeit, als Karl mit einem Teile des Reiches in schwerem Kriege lag, mit begreiflichem Unwillen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

möge mit seinem Sohne unverweilt nach Köln oder Aachen kommen, wo auch er sich mit seiner Tochter einfinden werde, damit die Vermählung beide vor sich gehe".[1]

Die junge Fürstin war gern bereit.[2] Sie und ihre Umgebung „empfingen diese Nachricht mit großer Freude und dieselbe wurde sofort bekannt gemacht. Es wurden infolge derselben auch allenthalben Feste gefeiert und Maria nahm persönlich an ihnen Teil".[3] Mit ihrem Verlobten trat sie in Briefwechsel.[4] Am 7. Dezember gab auch schon der am burgundischen Hofe weilende Legat, der Bischof von Sebenico, seine Dispens zur Vermählung wegen naher Verwandtschaft und am 16. Dezember erhoben sich „fröhlich" die kaiserlichen Gesandten, ihrem Herrn persönlich Bericht zu erstatten.[5]

Aber der Herzog von Burgund feierte keine friedlichen Feste mehr. Ehe ihn auch nur eine Gegenerklärung des Kaisers erreichte, erfüllte sich sein Geschick.

Während Karl von Burgund länger als sechs Wochen in La Rivière verweilte,[6] damit beschäftigt, sein Heer zu reorganisieren, aus seinen Landen neue Mittel zur Durchführung seiner Pläne zu gewinnen, vor allem wohl auch die Maßnahmen seiner gefährlichsten Gegner, der Eidgenossen, zu überwachen, war Lothringen bis auf Nancy in die Hände seines rechtmäßigen Herrn zurückgelangt. Noch um die Mitte August hatte allein das Gerücht von Karls Nahen die Lothringer bewogen, von der belagerten Hauptstadt schleunigst abzulassen.[7] Als Karl sich jetzt endlich zu ihrem Entsatze erhob, war es zu spät. Am 7. Oktober hatte Herzog Reinhard, freudig eingeholt von der treuen Bürgerschaft, seinen Einzug in Nancy gehalten.[8]

Allerdings wurden die Lothringer von dem heranrückenden burgundischen Heere rasch wieder feldräumig. Nach der müheloſen Ein-

[1] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 136, Nr. 33.

[2] Schreiben an Maximilian vom 26. November 1476. Chmel, Mon. Habsb. I. 137, Nr. 34.

[3] Delepierre, Chronique des faits et gestes de Maximilian I., durant son mariage avec Marie de Bourgogne, 1839, 14 ff.

[4] Vgl. Rausch, Burgundische Heirat 161.

[5] Vgl. Font. rer. Austriac. XLVI. 391—393, Nr. 396. Segesser, Eidgen. Abschiede II. 636—637, Nr. 860. S. Ljubić, Dispacci di Luca de Tollentis vescovo di Sebenico e di Lionello Cheregato vescovo di Traù, nunzi apost. in Borgogna 1472—1488, Zagrabia 1876.

[6] Ende Juli bis 22. September 1446. Burgund. Hauschronik bei Lenglet-Comynes II. 220.

[7] Witte, Lothringen und Burgund 272—273. [8] Ebendort 291.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nahme von Pont-à-Mousson und der Vereinigung seiner getrennten Streitkräfte sah sich Karl an der Spitze eines beträchtlichen Heeres, und unverweilt beschloß er trotz der Abmahnungen seiner Anführer, die ebenso die schlimme Jahreszeit wie die Erschöpfung eines großen Teiles des Heeres geltend machten, den Angriff auf Nancy (22. Oktober).[1] Wirklich erklärten die Eidgenossen, an die sich Herzog Reinhard persönlich gewendet hatte, auf der Tagsatzung zu Luzern (4. Dezember), es sei Reinhards Bitte um Hilfe „in Betracht der Härte und Kälte der Jahreszeit" „mit den besten und glimpflichsten Worten abzuschlagen".[2] Aber schon die Erlaubnis freier Werbung, die unbändige Kriegslust des gemeinen Mannes, das feste Vertrauen auf neue Siege reichte hin, um ihm binnen wenigen Tagen die Anwerbung von 8000 Schweizern zu ermöglichen. Mit ihnen, den Lothringern, einigen Truppen des Herzogs Sigmund von Österreich und der niederen Vereinigung griff René am 5. Januar 1477 das kaum halb so starke burgundische Heer vor Nancy an und schlug es vollständig. Herzog Karl verschwand in der Schlacht. Erst zwei Tage später fand man seinen Körper, „halb eingefroren und furchtbar entstellt von Wunden",[3] bereits von Wölfen oder Hunden benagt. Er hatte, „die Pflichten des tapferen Soldaten und umsichtigen Feldherrn" in gleichem Maße erfüllend, einen ehrenvollen Tod gefunden.[4] Nun ward seinem Streben das Ende.

Sollte wirklich, erst nach nahezu drei Wochen, die Meldung von der Katastrophe vor Nancy, die sich doch mit Blitzesschnelle verbreitete, den Kaiserhof erreicht haben? Noch am 24. Januar schrieb der Kaiser an Herzog Karl, damals längst tot und bestattet, daß die beiderseitigen Bevollmächtigten, der Bischof von Metz und Georg Heßler, Propst von Xanten, wegen der Vermählung ihrer Kinder alles verabredet hätten,[5] und am selben Tage zeigte der Erzherzog seiner Braut und ihrem Vater an, daß er zur Ehe entschlossen sei.[6] Fast scheint es,

[1] Witte, Lothringen und Burgund, Jahrbuch der Gesellschaft für lothringische Geschichte und Altertumskunde 1892, 74 ff., 82—83.

[2] Segesser, Abschiede II. 922.

[3] Witte, Lothringen und Burgund (1892) 135.

[4] Ebendort 127. Vgl. über die Schlacht zuletzt Dierauer, Gesch. d. schweiz. Eidgen. II. 239—241, wo auch die bedeutenderen Quellen und die Litteratur. Vgl. noch den Bericht eines Zeitgenossen über die Schlacht bei Nancy und den Tod Herzog Karls in Birlingers Alemannia 10, 137.

[5] Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 2006.

[6] Ebendort Reg. zu VII. Nr. 2004 und 2005. Man darf freilich nicht vergessen, daß die Gemahlin und Tochter des Erschlagenen noch am 15. ja am 23. Jan.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

es, als ob der Kaiser, bedächtig wie immer, und darum von der Nachricht von dem Tode des Herzogs überrascht, erst daraufhin eilig zu solcher Erklärung geschritten sei, um womöglich noch fertige Verhältnisse zu schaffen. Auf dem Tage zu Basel (7.—12. Februar 1477) war dann neben dem Bischof von Forli auch Georg Heßler eifrig bemüht, den Frieden zwischen Burgund und den Eidgenossen mit ihren Bündnern herzustellen.[1] Erst Heßlers Bericht gab, scheint es, von Basel aus dem Kaiser die nötige Kenntnis der Sachlage und nun erhob sich Friedrich, zur Brautfahrt seines Sohnes zu rüsten und die Besitzergreifung der burgundischen Lande vorzubereiten.

In besonderem Ausschreiben (vom 12. Februar) wurde allen Unterthanen des erschlagenen Fürsten das kaiserliche Beileid zu dem schweren Unglücke, dem Tode des Herzogs, ausgesprochen, ihnen treues Festhalten an seiner Erbin, der Herzogin Marie, und an ihrem Verlobten, Erzherzog Maximilian, geboten und des Kaisers und seines Sohnes Ankunft in den burgundischen Landen in Aussicht gestellt.[2] Andern Tags schrieb der Kaiser an König Ludwig von Frankreich: er solle die burgundischen Lande unangefochten lassen; habe er Ansprüche darauf, so wollten der Kaiser und sein Sohn deswegen mit ihm verhandeln und sich gütlich vergleichen.[3] An die Sieger von Nancy, die übrigens bereits im Januar mit der Grafschaft Burgund einen Waffenstillstand abgeschlossen hatten,[4] erging die Weisung, die Feindseligkeiten gegen die Lande weiland Herzog Karls einzustellen.[5] Zu den Eidgenossen, deren Verhalten mit Recht für besonders wichtig angesehen ward, sandte der Kaiser an Stelle des Dr. Heßler wieder den Bischof Otto von Konstanz.[6] Denn jenem gewandten Unterhändler hatte der Kaiser zugleich mit Bischof Georg von Metz die wichtige Aufgabe anvertraut (15. Februar), unverweilt nach den Niederlanden selbst abzugehen, um die Ansprüche und Interessen des Reiches und des Kaisers wirksam zu vertreten.[7] Außer stande, sie dazu mit den

die Hoffnung, Karl habe sich gerettet, nicht aufgaben. K. de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 186, Anm. 1.

[1] Segesser, Abschiede II. 648, Nr. 870.

[2] Das Schreiben an Adolf von Ravestein, Hauptmann in der Pikardie, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 137—138, Nr. 35. Die anderen Adressaten ebendort Seite 138.

[3] Segesser, Eidgen. Absch. II. 650, Nr. 871.

[4] Segesser, Eidgen. Absch. II. 646.

[5] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 156, vgl. I. 3, 594 (Sendung des Dr. Martin Heyden an Herzog Reinhard von Lothringen).

[6] Segesser, Eidgen. Absch. II. 650, Nr. 871.

[7] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 139, Nr. 36.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nötigen Geldmitteln auszustatten, mahnte Friedrich Fürsten und Städte im Reiche, sei es Schulden, sei es fällige Steuern, an diese seine Bevollmächtigten zu entrichten, oder ihnen auf seine Rechnung Darlehen zu gewähren.[1] Namentlich war er bemüht, für die Ausrüstung seines Sohnes zur Brautfahrt nach den Niederlanden die Gelder und ein stattliches Geleite zusammen zu bringen. Aber der Besitzergreifung der reichen burgundischen Lande durch das Haus Habsburg stellten sich neben dem Mangel an Geld noch andere mächtige Hindernisse entgegen.

Nach Herzog Karls Tode hatte der staatliche Neubau, den die burgundischen Valois zwischen Deutschland und Frankreich aufgerichtet, die schwerste Probe seiner Existenzberechtigung zu bestehen. Hart mitgenommen durch die immer neuen Opfer, die Karl den Landen zugemutet, standen sie eben in ernstester Erwägung, wie dem verderblichen Gange der Dinge Wandel zu schaffen sei, als die Nachricht von dem Hingange ihres Herrn eintraf. Sie half den schärfsten Tadlern, den gründlichsten Reformern obenan. Nun dachte jede Provinz vor allem daran, sich gegen die Wiederkehr ähnlicher Verhältnisse wie unter Karl zu sichern. Die Rücksicht auf das Gesamtvaterland und die Rechte der jungen Erbtochter Karls vermochten erst nicht wohl zur Geltung zu kommen. Am 16. Februar beschwor Maria in Gent die neuen Ordnungen.[2] Aber schon Mitte Januar hatte sich das Geschrei erhoben, König Ludwig XI. habe die Absicht, sich Burgunds zu bemächtigen und versammle auch eine Armee an den Ufern der Oise, die Nordprovinzen zu bedrohen.[3] Und so war es in der That. Ohne die Bestätigung der Meldung vom Tode Karls abzuwarten, hatte König Ludwig schon am 9. Januar an seinen Hauptmann im Osten, den Herrn von Craon, den Befehl gesandt, sich im Verein mit Karl von Amboise, dem Statthalter der Champagne, falls die Kunde von dem Ableben des Herzogs von Burgund richtig sei, des Herzogtum dieses Namens als heimgefallenen Lehens der französischen Krone zu bemächtigen.[4] Bald hatte Amboise den Eidgenossen zu melden, daß der König auch hinsichtlich der Franche Comté zu gleichem entschlossen sei.[5] Nach dem Norden gingen der Großadmiral von Frank-

[1] Die bezüglichen Schriftstücke (Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 590—596) verzeichnet Rausch, Burgundische Heirat 166—167.

[2] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 186—193. Für die bezüglichen Bestrebungen der Holländer, Seeländer u. s. w. weist Rausch, Burgund. Heirat 162 das wichtigste Quellenmaterial nach.

[3] Ebendort 193.

[4] Molinet II. 2. Vgl. Rodt, Feldzüge II. 426. Rausch, Burg. Heir. 162.

[5] Segesser, Abschiede II. 647. Vergl. Basler Chroniken III. 113, 125, 138.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

reich, Ludwig von Bourbon, und der berühmte Geschichtsschreiber Comynes der genaue Kenner niederländischer Dinge. Sie sollten alles, was französisches Lehen war und zugleich die verpfändete Pikardie heimfordern. Der König selbst folgte nach. Während er ein Schreiben der Herzoginnen (vom 18. Januar) länger als zwei Wochen unbeantwortet ließ,[1] waren er und seine Bevollmächtigten bemüht, inmitten der allgemeinen Verwirrung und Ratlosigkeit durch Überredung und Klugheit, durch Bestechung und Waffengewalt zum Ziele zu kommen.

Trotzdem beschäftigten sich die Provinzen auch jetzt noch vorwiegend mit ihren eigenen Angelegenheiten. Sie hatten höchstens ungehörige Mahnungen, die Vermählung der Erbherzogin betreffend.[2] Die Versuche der Herzogin-Witwe Margaretha, Hilfe von ihrem Bruder, König Eduard IV., zu erlangen, blieben vergeblich, da Eduard die französischen Jahrgelder nicht missen wollte. So geriet die junge Erbin rasch in die größte Verlegenheit. Es blieb nichts anderes übrig, als sich neuerdings an den König zu wenden. Eine feierliche Gesandtschaft, an deren Spitze die Bischöfe von Arras und Tournay standen, beschwor den König, an dem Vertrage von Soleuvre festzuhalten; die Herzogin wolle ihm alle Territorien zurückstellen, die er in den Verträgen von Arras, Conflans, und Peronne abgetreten, und die Gerichtshoheit des Parlaments von Paris anerkennen.[3] Aber Ludwigs Wünsche gingen weiter. Er begehrte auch die Stadt Arras, die Grafschaft Boulogne, die Öffnung aller großen Städte und festen Plätze der Grafschaft Artois, am liebsten den ganzen Besitz Mariens mittelst einer Verbindung derselben mit seinem Dauphin, dem mißgestalteten und minderjährigen Karl VIII. Mit allen Mitteln der Überredung und Schmeichelei suchte er die Abgesandten dazu zu bestimmen. In der That erreichte Ludwig, daß der Bischof von Lüttich nicht aufhörte, der jungen Herzogin die Verbindung mit dem Dauphin anzuraten, und Förderung bei dem Grafen d'Hombercourt und dem Kanzler Hugonet: mit ihrer Beihilfe gewann der König die Citadelle von Arras durch freiwillige Ergebung. Auch Marie und ihre Mutter zeigten sich, — vielleicht nur um Zeit zu gewinnen —, durch einige Zeit der französischen Heirat geneigt. Nur die Flandrer blieben fest; sie nahmen die Erklärungen des Königs nur entgegen, um darüber an die Ihren zu berichten. Dafür vermochten sie auch mit

[1] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 196.

[2] Z. B. die Genter, die Herzog Adolf von Kleve in Vorschlag brachten.

[3] Dafür und für das Nachfolgende s. bes. Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 200 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

einer zweiten Gesandtschaft vom Könige keinen Vertrag zu erreichen. Immer bereit, sich um den Preis der Heirat mit den Niederlanden zu verständigen, in welchem Falle er „ihnen nicht blos all das Ihre bewilligen und geben, sondern auch von dem Seinen noch reichlich dazuthun wolle", war Ludwig rastlos thätig, Verhältnisse zu schaffen, die es ihm ermöglichten, im Notfalle die Lande auch ohne ihren Willen, sei es ganz, sei es doch zum großen Teile, zu erhalten. Er bot Eduard IV. von England, der an eine Vermählung Mariens von Burgund mit dem Herzoge von Clarence oder seinem Schwager Lord Woodville dachte, die Länder Flandern und Brabant an; um diesen Preis sollte Eduard nicht nicht nur seine Heiratspläne aufgeben, sondern auch eine Armee auf das Festland schicken. Im selben Augenblicke machte er den rheinischen Fürsten den Antrag, die brabantischen Städte zu besetzen, sowie er den flandrischen Ständen mitgeteilt hatte, er wolle ihnen die deutschen Lande Karls geben; so hoffte er den Zwist mit Deutschland zu vermeiden oder doch den Zorn des Kaisers unschädlich zu machen. Um die Mitte März fühlte sich Ludwig XI. so sehr als Herr der reichen niederländischen Provinzen, daß er sich in seiner Umgebung nach den Männern umsah, denen er dort, um ihren Eifer in seinem Dienste zu belohnen, die wichtigsten Ämter anvertrauen könnte.[1]

Aber die Sachlage änderte sich rasch. Schon nach der ersten fruchtlosen Gesandtschaft hatten die Generalstaaten an die Bürgerschaften von Valenciennes, Quesnoy u. a. geschrieben und sie gemahnt, den Franzosen tapfer zu widerstehen, bis man ihnen zu Hilfe komme.[2] Sowie die eigentlichen Absichten des Königs nach und nach klar wurden, bemächtigte sich eine unglaubliche Erbitterung gegen die Franzosen der niederländischen Bevölkerung. Ihr fielen trotz der Verwendung der Herzoginnen neben andern auch der Sire de Humbercourt und der Kanzler Hugonet zum Opfer. Schon bewies der Widerstand der tapferen Bürger von Arras dem Könige, wie weit er noch immer von seinem Ziele entfernt sei.

Unzweifelhaft that auch schon das Vorgehen des Kaisers seine Wirkung.[3] Friedrichs Schreiben waren endlich eingelangt, die Kunde

[1] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 203—204. Vergleiche A. J. Paris, Louis XI. et la ville d'Arras (1477—1488). Étude historique. Arras 1868.

[2] Ebendort 199—200.

[3] Dies sagt Herzogin Marie, indem sie die Verdienste des Boten Maximilians, Johann Bayer, rühmt. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 140.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von seinen Absichten verbreitete sich im Lande. Mit welch banger Hast griff da die junge Herzogin nach der rettenden Hand, deren sie in Not und Gefahr so lange geharrt![1] Wie dringend bat sie den Verlobten, nicht länger zu säumen: „Ihr dürft auch keine Zweifel haben", schreibt sie Maximilian am 26. März, „ich will dem nachgehen, was mein Vater und Herr angeordnet und beschlossen hat, und Euch eine getreue Gemahlin sein und habe keinen Zweifel, daß Ihr desgleichen auch thun werdet ... Und ich bitte Euch, daß Ihr nicht ausbleibet, da Ihr Trost und Hilfe meinen Landen werdet, wenn Ihr kommet. Und kommet Ihr nicht, so werden meine Lande keine Hilfe nach Beisteuer von Euch weiter erwarten, wodurch ich vielleicht gezwungen würde, Sachen zu thun, die ich nimmer thue, ich wäre dann dazu gedrungen und von Euch verlassen".[2]

Noch war Marie nicht im stande, mit eigenen Mitteln ein Heer zur Verteidigung des Ihren aufzustellen, noch dauerten die Bewegungen im Innern, namentlich in Flandern, fort! Da endlich erfolgte, mitten in sie hinein, am 18. April die Ankunft der Gesandtschaft des Kaisers, an ihrer Spitze neben Georg von Metz und Georg Heßler der Erzbischof Johann von Trier und Herzog Ludwig der Schwarze von Veldenz.[3]

Sie fanden in Brügge, wo der Hof eben weilte, die Sachlage günstig. Aber noch notwendiger schien die schleunige Ankunft des Erzherzogs. „So bitt ich Euer Gnaden um Gottes Willen", schrieb Heßler an ihn, „Euer Gnaden Ehre, grossen Nutzen und ewige Erhöhung des Fürstentum Österreich anzusehen und fürderlich ohne Säumnis Euch zu erheben".[4] Und wieder, am 20. April, ging die Mahnung der Gesandten an den Kaiser selbst, ja keine neue Zögerung eintreten zu lassen, denn käme der junge Herr nicht fürderlich, so würde „der edlen Jungfrau ihr Trost ganz entfallen", die Lande würden unwillig und sie selbst wären ihres Leibes und Lebens quitt; „alles ist für Österreich, auf den Straßen rufen die Kinder: Kaiser, Kaiser und nach ihrem Prinz Maximilian, und wo

[1] Von einer „heimlichen" Botschaft der burgundischen Frauen an ihn — aus dem Februar-März 1477 — spricht Maximilian in einem Briefe an Herzog Sigmund von Tirol. Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Anhang IX.

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 140—141, Nr. 37. Vergl. auch Fontes rer. Austr. XLVI. 415, Nr. 411.

[3] Daß der Bischof von Metz und Georg Heßler von Mecheln vorausgeeilt wären, widerlegt sich durch ihr Schreiben vom 14. April aus Mecheln nach Köln. Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 465—466, Nr. 173 und Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 227.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 141—142.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

man einen findet, der französisch ist, der muß sterben".[1] Im übrigen genügte schon die Anwesenheit der kaiserlichen Gesandtschaft, um in Brügge die Volksleidenschaften zurückzudrängen,[2] und gleich am 21. April ward Herzogin Marie mit Herzog Ludwig von Bayern, der Erzherzog Maximilians Stelle einnahm, getraut.

Aber noch dauerte es einen vollen Monat, ehe der Erzherzog auch nur von der Seite des Vaters sich zur Brautfahrt nach Burgund erheben konnte (21. Mai).

Des Kaisers Ausschreiben an Kurfürsten, Fürsten und Städte des Reiches, sei es die Fahrt seines Sohnes nach Westen zur Erwerbung der burgundischen Lande durch Zugesellung „einer Anzahl Gewappneter zu Roß" zu seinem Gefolge zu fördern, sei es sich mit den Ihren zu Roß und zu Fuß zu richten, um Maximilian die Lande „bei dem heiligen Reiche helfen zu behalten", hatte ein sehr schwaches Echo gefunden.[3] Umsonst hob der Kaiser hervor, daß es sich nicht bloß um die Mehrung und Erhöhung des Hauses Österreich, sondern auch um ein gewichtiges Interesse des ganzen Reiches handele.[4] Fast nur die verwandten Fürstenhäuser, Baden voran, dann jene, welche wie Heinrich von Hessen auf die neuen Aussichten des Kaiserhauses besondere Hoffnungen bauten, erwiesen sich willig. Um so mehr regten sich allenthalben Mißgunst und Begehrlichkeit.

So gedachten die bayerischen Wittelsbacher, allen voran der aufstrebende Albrecht von München, daß einst Holland, Seeland, Friesland und Hennegau Fürsten ihres Hauses gehorcht und ihnen noch Ansprüche auf dieses Land zustünden. Sie getrauten sich, das Schreiben des Kaisers mit der Ankündigung zu beantworten, daß sie[5] „ihre Räthe und Botschaft in dieselben Land schicken und von der Landschaft Huldigung und Gehorsam wie sich dann gebührt fordern wollten".[6] Der König von Böhmen, noch lange nicht Herr im eigenen Hause, aber durch ein

[1] Schreiben ebendort 147—149, Nr. 42. Vgl. vom selben Tage das Schreiben an Maximilian ebendort 149—151, Nr. 42.

[2] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 228.

[3] Dieser Inhalt ergiebt sich aus dem Antwortschreiben der bayerischen Herzoge vom 30. März.

[4] Eine Reihe Ausschreiben vom 15. Febr. verzeichnet Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 139, Nr. 36. Vergl. ebendort 459, Nr. 168 (Schreiben an Graf Ulrich von Württemberg) und Segesser, Abschiede II. 650, Nr. 871 (Schreiben an den Bischof von Basel), endlich (an die von Toul) bei Münch, Maria von Burgund u. s. w., II. 447—448.

[5] Ludwig von Landshut und Albrecht von München.

[6] Am 30. März. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 463—464, Nr. 171.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Anbringen einiger Stände des Herzogtums Luxemburg verlockt, entschloß sich, seine Ansprüche an dieses Land geltend zu machen und bereitete eine Gesandtschaft dahin vor, während Ausschreiben „an alle Kurfürsten und viele Fürsten und Herren" des Reiches diesen Schritt ankündigen und begründen sollten.[1] Es war freilich gefehlt, wenn Wladislaw dabei namentlich auf den Rat und wohl auch die „Förderung der Herren von Meißen" rechnete:[2] sie besaßen ja selbst alte Rechte an Luxemburg, die sie jetzt zur Geltung zu bringen strebten.[3] Der alte Albrecht von Brandenburg vermochte seinen Neid kaum vor dem Kaiser selbst zu verbergen: auch von ihm war wenig zu erwarten.[4] Und sogar von dem tiroler Vetter, Herzog Sigmund! Seitdem der Kaiser, kühl und nüchtern wie immer, einst den Wünschen des Herzoges von Tirol betreffs der Wiederherstellung des Herzogtums Schwaben sich versagt und andererseits 1472 und später die berechtigten Interessen Sigmunds bei den Beziehungen zu Burgund vor den eigenen Plänen in den Hintergrund gestellt, waren die beinahe ein Jahrzehnt dauernden innigen Beziehungen zwischen den beiden Habsburgern immer mehr erkaltet. Nur sehr zögernd und unvollkommen war der Herzog seit seinem Eintritt in die niedere Vereinigung und namentlich seit der Richtung von Neuß den Wünschen des Kaisers nachgekommen. Und er hatte von den geheimen Artikeln des Friedens von Nancy noch nicht einmal Kenntnis! Jetzt da Friedrich und seinem Sohne so reiche Lande werden sollten, hielt es Sigmund für angemessen, daß auch er nicht „dahinten bleibe": er begehrte wiederholt von dem Kaiser die Belehnung mit Burgund und Mailand, und als ihm keine günstige Antwort fiel, wandte er sich, unbekümmert um die freundlichen Bemühungen seines jungen Vetters Maximilian, der zu dem Erbonkel ein möglichst inniges Verhältnis zu erreichen strebte, an König Ludwig XI. Natürlich ward er bereitwilligst aufgenommen und gehört.[5]

So ging es mit der Hilfe aus dem Reiche recht langsam voran, obwol der Kaiser (am 2. April) neuerdings die Stände mahnte, „ihm und dem Reiche zu Ehren und seinem Sohne zu Nutzen", sei es bis

[1] Nach einem Berichte vom 25. März aus Prag. Vergl. F. r. A. XLVI. 413.

[2] Ebendort.

[3] Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 151—153, Nr. 44, wo auch der böhm. Werbung, ferner Ludwigs XI. und „anderer" gedacht ist.

[4] Vergl. seine Äußerungen in Font. rer. Austr. XLVI. 450—451, Nr. 438.

[5] Vergl. Chmel, Regest. II. 685, Nr. 7113. Mon. Habsb. I. 1, 304—305; 305—306. Ferner Maximilians Schreiben an Sigmund vom 21. April 1477 ebendort 153—155, Nr. 45 und die nachfolgenden Werbungen an diesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zu Pfingsten zu Augsburg, sei es acht Tage später zu Frankfurt Gerüstete bereit zu halten oder persönlich da zu sein, Maximilian nach den Niederlanden zu begleiten,[1] und obwohl nun der junge Erzherzog selbst bat, ihm zu helfen, „die Fürstenthum und Lande, so weiland der hochgeborne Fürst Herzog Karl von Burgund hinter sein belassen hat", „zu seiner kaiserlichen Gnaden und des heiligen Reichs Handen zu bringen".[2]

Aber endlich waren doch alle Schwierigkeiten überwunden, und als Maximilian im August 1477 die Grenzen der Niederlande mit zahlreichem glänzendem Geleite deutscher Fürsten und starkem kriegsgerüstetem Gefolge überschritt, da hatte auch schon die kaiserliche Politik Verdienste um die neue Herrschaft seines Sohnes zu verzeichnen. Der österreichische Marschall Marquart von Schellenberg hatte auf der Tagsatzung zu Luzern (10. April) die Frage der Besitzergreifung der Grafschaft Burgund von seiten der Eidgenossen, welche ein Teil derselben, namentlich die Berner, eine Zeitlang sehr ernstlich erwogen hatte, beseitigt und Verhandlungen über eine Geldzahlung an Stelle derselben in den Gang gebracht. Schon im Mai hatten dann burgundische Gesandte die Mehrheit der Eidgenossen für die Belassung der Franche Comté bei den Erben Karls des Kühnen gewonnen.[3] Die Schweizer traten infolge diplomatischer und militärischer Fehler, die sich Ludwig XI. zu Schulden kommen ließ, um die Zeit der Vermählung Erzherzogs Maximilian völlig zu Österreich über.

Aber auch sonst hatte des Kaisers Auftreten dazu beigetragen, den Bewegungen im Innern zu steuern,[4] den feigen Franzosenkönig in die Defensive zu drängen.

Am 18. August gegen 11 Uhr nachts war der junge Herzog von Österreich in Gent eingetroffen und schon morgens 6 Uhr des 19. fand die Vermählung statt. Maximilian beschwor darauf die Aufrechthaltung der Privilegien der Genter. In einer Reihe glänzender Festlichkeiten feierte man in den nächsten Tagen das bedeutsame Ereignis.

---

[1] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 142—144, Nr. 39 (mit dem Verzeichnis derer, an die geschrieben wurde).

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 462—463, Nr. 172. Vgl. auch Maximilians Schreiben an den Herzog Johann von Kleve vom 5. April in Font. rer. Austriac. XLVI. 415, Nr. 411.

[3] Dierauer, Gesch. der schweiz. Eidgen. II. 243—244. Betreffs einer späteren Gesandtschaft Burgunds an die Schweizer 1477 s. A. Büchi im Anz. für schweizer Gesch., 22. Jahrg. (1891), 257—264.

[4] Vergleiche das Schreiben der Luxemburger an ihn vom 21. April 1477, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 151—153, Nr. 44.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Maximilian von Österreich hatte damals das 18. Lebensjahr wenig überschritten. Der volle Glanz der Jugend lag auf der hohen Gestalt des fürstlichen Jünglings mit dem scharfgezeichneten Antlitz, dessen Strenge aber der gütige Blick der Augen milderte und das in zarten Farben doch das Gepränge vollster Gesundheit trug, mit dem langen blonden Haar, dem liebenswürdig offenen und doch selbstbewußten Benehmen. Nun bemühte er sich in dem heiteren Gemische frohester Lebensfreudigkeit und fürstlichem Ernste, der neuen doppelten Würde des Ehemanns und gebietenden Fürsten zu entsprechen. Kaiser Friedrich hatte dafür gesorgt, daß kein Schatten den glücklichen Jugendtraum des einzigen Sohnes und Erben störe; er hatte gesorgt, daß seine reichen Geistesgaben allseitigste Entwickelung fanden und Max doch gesund und kräftig blieb, daß er ebenso befähigt ward, zu entbehren wie zu genießen, daß er sich ebenso gewöhnt hatte, vertraut zu werden und zu bleiben mit den idealen Gütern des Lebens, wie mit unermüdlicher Liebe und Thätigkeit praktischen Dingen die vollste Sorgfalt zuzuwenden. Natürlich hat der vielerfahrene Fürst nicht unterlassen, dem Sohne seine Anschauungen von Fürstentum und Regierung mitzuteilen und ihn noch selbst in die Art der Geschäftsführung einzuweihen. Versichert doch solches Maximilian selbst.[1] Aber im wesentlichen war vorerst bei dem jungen Fürsten zu dem meisten nur der Grund gelegt, nur die Anlage da. Wie Maximilian an den schweren Aufgaben, die ihm gestellt, sich erproben, ob er an ihnen sich weiter erziehen und heranwachsen würde, ob die Lust zur Arbeit oder zu frohem Lebensgenuß, zu dem der gesunde Körper, die heitere Anlage, das vielseitigste Interesse hindrängten, in ihm siegen würden, lag noch im Schoße der Zukunft.[2]

Die neuvermählte, um etwas ältere Erzherzogin schildert uns Maximilian in einem Briefe an einen Vertrauten selbst. Maria war ebenso schön, wie klug, so treu wie charakterfest, wohl bewandert in den Beschäftigungen fürstlicher Frauen jener Tage und doch eine treffliche Hausfrau und Mutter, im ganzen, sagt der junge Fürst, „ein schöns frommstugendhafftigs Weib, dessen ich mich benugen laß und Gott dank".[3]

[1] Im „Weißkunig" 70 (Ausg. v. Alw. Schultz, Wien 1888). Obwol Maximilian die Dinge hinterher sehr nach Belieben anordnet, so gehen die zahlreichen Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten doch mehr als auf die Thatsachen auf deren Reihenfolge und Beziehung zu einander. Ich handele darüber demnächst besonders.

[2] Aus ganz verkehrtem Gesichtswinkel beurteilt den jugendlichen Maximilian Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 248—249.

[3] Maximilian an Sigmund Prüschenk, Freiherrn von Stettenberg am 8. Dez.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Für ihn, der aus fast kindlicher Unerfahrenheit und Zurückgezogenheit zur Thätigkeit des gereiften Mannes, der aus weiter Fremde zur Regierung ausgedehnter Landschaften, deren Sprache, Sitten, deren Art und Bestrebungen ihm bisher durchaus unbekannt geblieben, berufen war, blieb sie die kluge Teilhaberin seiner Entschlüsse, das wichtige Bindeglied und die treue Vermittlerin zwischen dem Fürsten und den neuen Unterthanen.

Es war dem jungen Ehepaare nicht gegönnt, sich in Muße seines Glückes zu freuen. In die Hochzeitsfestlichkeiten hinein tönte der Lärm des französischen Krieges. Da galt es zu handeln. Noch ehe die deutschen Fürsten und Fürstengesandtschaften den Hof verlassen und die Heimfahrt angetreten, begannen die Sendungen von Kriegsvolk an die Grenze. Mit den Aufgeboten der niederländischen Landschaften vereint, stritten deutsche Scharen unter der Führung Heinrichs von Hessen und anderer gegen den gemeinsamen Feind.[1] Der Erzherzog fand Gelegenheit, zu beweisen, daß das Erbe Karls des Kühnen den rechten Schirmer und Bewahrer gewonnen hatte; soviel man von dem Achtzehnjährigen erwarten konnte, ließ er es an dem besten Willen und leidlichem Können nicht fehlen. Aber den mächtigen Rückhalt, den die Niederlande mit der Berufung des Kaisersohnes an dem Reichsoberhaupte und an dem Reiche selbst zu gewinnen gehofft, hatten sie doch nicht gefunden. Eben damals war die Lage der Dinge an den Südostgrenzen des Reiches überhaupt für den den Kaiser besonders schwierig. Und gefährliche Händel, in die er besonders mit dem König von Ungarn geraten war, machten ihm die persönliche Fahrt nach dem burgundischen Westen und selbst irgendwie nennenswerte Hilfeleistung dorthin zur Unmöglichkeit.

1477 bei V. v. Kraus, Maximilians I. vertraulicher Briefwechsel mit S. P. u. s. w. Innsbruck 1875, 28.

[1] Darüber und über die Vorgänge bei der Hochzeit s. E. Münch, Maria von Burgund, I. (Leipzig 1832), 184 ff. und K. Rausch. Die burgundische Heirat 180 ff., wo auch die wichtigsten Quellen genannt sind. Daß nicht bloß Albrecht von Sachsen, sondern das ganze wettinische Haus vertreten war, zeigt der Bericht Dr. Prewßers bei Langenn, Albrecht der Beherzte 529—538, Beil. Nr. 11.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Dreiundzwanzigstes Kapitel.

Der Kaiser und Matthias Corvinus 1475—1477. Der neue Bund zwischen Böhmen und dem Kaiser. Des Kaisers Krieg mit Ungarn und seine Folgen. Ungarn und das böhmisch-polnische Haus. Der Olmützer Friede.

Mit Burgund hatten sich Kaiser und Reich auseinandergesetzt: militärisch und diplomatisch waren sie mit Ehren und Erfolg bestanden und die Erwerbung der burgundischen Lande durch das habsburgische Haus krönte die langjährigen Bemühungen Friedrichs III. Indem sich so das führende deutsche Königsgeschlecht zu höherer Machtstellung aufschwang, gewann doch auch das Königtum selbst, dessen Bedeutung ja vor allem auf der Hausmacht seiner Träger ruhte. Dazu waren längst fremd gewordene, ja echt französische Gebiete dem rivalisierenden Frankreich entzogen und wieder an ein deutsches Fürstengeschlecht gebracht. Dem seit Menschenaltern andauernden Prozesse der Erwerbung deutscher Außenlande durch die Könige von Frankreich war ein Halt geboten, ja vom Reiche aus ein Gegenschlag erfolgt, den die Franzosen im Grunde nicht wieder wett zu machen wußten bis heutzutage. Oder gestaltete sich nicht eben unter den Herzögen aus dem Hause Habsburg in dem Lande um die Schelde, Maas und den Zuidersee jenes eigenartig nationale, in sich abgeschlossene Sonderleben aus, das sie auf die Dauer vor der Französirung bewahrt hat?

Aber auch mit dem Ungarkönig konnte die Auseinandersetzung nicht ausbleiben. Schon hatte König Matthias, der in seinem Reiche moderne Ordnungen geschaffen und über dessen Kräfte freier verfügte, als je ein Magyarenkönig seit langen Menschenaltern, nach der böhmischen Krone, doch auch ein Teil des Reiches, gegriffen! Und das lose Gefüge Deutschlands schien nicht darnach, seinem unruhigen Ehrgeize Schranken zu setzen. Immer schärfer trat der Gegensatz zwischen der Art und den Bestrebungen des Kaisers und des Corvinen hervor; der gegenseitigen Beschwerden, der Anlässe zu wechselnder Schädigung ward kein Ende mehr.

Aber so verschieden maßgebend bei den Verwickelungen des Reiches mit Burgund und Ungarn des Kaisers persönliche Haltung war, so ganz anders war auch der Ausgang hier wie dort. Dort erhob sich, allerdings infolge außerordentlicher und fortgesetzter Bemühungen des Kaisers ein großer Teil des Reiches zu siegreicher Abwehr, indem viele den eigenen Herd und die eigene Freiheit verteidigten und der Übermut und

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Unbesonnenheit des Gegners zur Erweckung des deutschen Gemeingefühls lebhaft beitrug. Hier hatte der Kaiser die eigenen Erblande gegen die Ungarn zu beschützen und König Matthias verstand es immer wieder, seine Feindseligkeiten gegen Österreich als lediglich durch Friedrichs III. persönliches Verschulden herbeigeführt und gegen ihn allein gerichtet darzustellen. Und hatte der Kaiser die Früchte des burgundischen Feldzuges nicht allein gepflückt, während er es den Bündnern überließ, sich gegen Herzog Karls weitere Unternehmungen zu verteidigen? Und war der König von Ungarn, ebenso energisch und schlau wie mächtig, nicht für die deutschen Fürstenhäuser des Ostens ein gefährlicherer Gegner, nicht seine Rache noch mehr zu fürchten, als einst der Zorn des Herzogs von Burgund? Immer aber blieb es in weiten Kreisen unverständlich, daß eine Heerfahrt des Reiches nach dem Osten woran man seit Menschenaltern arbeitete, nicht gegen die Türken, sondern gegen den König von Ungarn, den verdienten Vorkämpfer der Christenheit, gerichtet sein sollte.

Die Verhältnisse zwischen dem Kaiser und König Matthias hatten sich vom Wilemower Vertrage bis 1475 allmählich derart gestaltet, daß jeder von ihnen bei Mißgeschick mit Recht oder Unrecht den andern im Spiele wähnte, und überall dort von dem Nachbar Feindseligkeiten besorgte, wo er sich ohnehin in Verlegenheit sah. Als der Ungarkönig im Sommer 1475 in mächtige Rüstung trat,[1] um in Verbindung mit dem Woiwoden Stefan von der Moldau und dem Turkmenenherrscher Usun Hassan das in den letzten Jahren gegen die Türken versäumte wieder einzubringen, da beschuldigte er den Kaiser bei der Kurie geradezu verräterischer Umtriebe, namentlich am polnischen Hofe. Er bat um Abhilfe: nur wenn er den Rücken gedeckt habe, könne er mit ganzer Kraft gegen die Türken auftreten. Obwohl damals mit dem Kaiser der Besetzung des Mainzer Erzstiftes wegen in Hader, entzog sich Sixtus IV. doch der Bitte des Königs nicht und ließ den Kaiser wenigstens indirekt durch Herzog Sigmund von Tirol abmahnen.[2] Ja er schickte kurz darauf den Bischof von Reate in besonderer Mission an den Kaiser und den König,[3] um eine gründliche Verständigung zwischen ihnen herbei-

[1] Vergleiche dazu Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 78—79. Fraknói, Matthias Corvinus 175—177.

[2] Breve vom 5. Dezember 1475 bei Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1904. Nun ein Facsimile nach dem Original des Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchives (aber mit unrichtiger Adresse) bei Fraknói, Matthias Corvinus 179.

[3] Seine Instrukt. (v. 15. Dez. 1475) nun in F. r. Austr. XLVI. 377—378, Nr. 378. Vgl. auch vat. Geh. Arch., lib. leg. Sixti IV. ann. IV—VIII. tom. I. fol. 17.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zuführen und bemühte sich in gleicher Richtung bei dem Gesandten des Kaisers in Rom, Dr. Thomas von Cilly, und dem Bischof von Vesprim, der eben in Geschäften des Königs an der Kurie weilte.[1] Auch der Nuntius bei dem Kaiser, der Bischof von Forli, erhielt angemessene Weisungen. Allein statt daß der Bischof von Reate etwas ausrichtete, denunzierte gleich darauf der König den Kaiser bei der Kurie wieder wegen seines Bündnisses mit Frankreich, wegen Konzilsabsichten, ja sogar, er plane die Absetzung des Papstes, natürlich mit dem Erbieten, „alle seine Kräfte einzusetzten gegen Jedermann und daran sein zu wollen, daß nicht ein solches schmähliches Unterfangen, welches zum Verderben der ganzen Christenheit führen müßte, Fortgang gewinne".[2]

Die Kurie war klug genug, darauf mit einer Gunstbezeigung für den Kaiser zu antworten[3] und die drohenden Gefahren durch Nachgiebigkeit zu beschwören.

Der geheime Krieg zwischen dem Kaiser und dem König dauerte fort, obwohl sich Matthias nach der Eroberung von Schabacz[4] im Frühjahre 1476 neuerdings zur Bekämpfung der Türken anschickte. Während er mit der Belagerung von Schabacz beschäftigt war, hatte der Erzbischof Johann (Beckensloer) von Gran Ungarn verlassen, angeblich um unter kaiserlichem Geleite[5] eine Wallfahrt zu den Heiltümern von Aachen zu unternehmen. Der ehrgeizige Prälat, gleich seinem Bruder Hieronymus, Dechant zu Brieg, vordem von König Matthias vielfach in diplomatischen Geschäften gebraucht[6] und von ihm gehoben, kehrte nicht mehr nach Ungarn zurück, sondern blieb in Österreich, wo er, mit bedeutenden Geldmitteln versehen, sich dem stets bedürftigen Kaiser bald wert zu machen verstand. Wohl nahm König Matthias die Entfernung dieses Mannes, dessen Eifersucht auf den damals einflußreichen Erzbischof Gabriel (Rongoni) von Kalocza ihm lästig, dessen Dienste ihm nun entbehrlich sein mochten, vorerst nicht geradezu ungnädig auf.[7] An-

[1] Fontes rer. Austr. LXVI. 373. Vergl. auch Epist. ad pontif. 109 und 121, Nr. 95.

[2] Vgl. sein Schreiben v. 15. März 1476 in den Epist. ad pontif. 112—113.

[3] Chmel, Reg. II. 610, Nr. 7037. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 1935.

[4] Fraknói, Matthias Corvinus 178—179.

[5] Vgl. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr 1926.

[6] Fontes rer. Austr. XLII. 465—467, Nr. 350—351. Hieronymus nennt sich hier selbst: „Beckensloer".

[7] Einen Teil der darüber immer wieder vorgebrachten irrigen Meinungen widerlegt schon F. M. Mayer im Archiv für österreich. Geschichte 55, 179—1823, welche Arbeit Fraknói übersehen zu haben scheint.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

scheinend allein mit Zurüstungen zu seiner Vermählung mit Beatrix von Neapel beschäftigt, zu der er im Mai 1476 die Einladungen an die befreundeten und benachbarten Fürsten, vor allem auch an den Kaiser erließ,[1] hielten damals die westlichen Dinge, schien es, seine ganze Aufmerksamkeit gefangen. Zwietracht zu streuen zwischen dem Kaiser und Karl von Burgund, die Kurie mit den längst aufgegebenen und in dieser Form nie vorhandenen feindlichen Plänen König Ludwigs XI. und Kaiser Friedrichs aufzuhetzen,[2] mit den Schweizern anzuknüpfen und anderseits doch wieder im Verein mit deren Todfeinde, dem Herzog von Burgund, und mit Ferdinand von Neapel, als einer Phalanx von Fürsten, die Sixtus IV. getreu umgaben, ihn zur Einberufung eines Konzils nach seinem Herzen zu bestimmen: das sind nur einige Züge der corvinianischen Politik in jenen Tagen, als deren gewandtes Werkzeug sich Georg von Stein erweist.[3] Daneben geschah gegen die Türken nichts weiter,[4] obwohl sie bereits wieder in die ungarischen Grenzlande einfielen, selbst dann nicht, als der Woiwode Stefan von der Moldau, Matthias' Bündner vom Vorjahre, am 26. Juli 1476 von den Türken völlig geschlagen und getötet und seine Lande sich vom Schicksale Bosniens und der Walachei bedroht sahen. Als die Türken darauf, unter Vermeidung ungarischen Gebietes, die kaiserlichen Südmarken grauenvoll verwüsteten, entstand das Gerücht, der Ungarkönig habe seinen Vertrag mit ihnen, die Heimsuchung der kaiserlichen Erblande sei sein Werk.

Natürlich blieb auch der Kaiser nicht unthätig. Seine Abneigung gegen Matthias, die Pflicht der Verteidigung brachten ihn dazu. Aber neue Händel mit unzufriedenen Unterthanen, namentlich den Grafeneckern und ihren Gesellen, und die fortdauernden Grenzfehden mit

[1] Vgl. Acta extera II. 310. Eschenloer, Geschichte II. 340. Fraknói, Matthias Corvinus 183.

[2] Vergl. oben. Im übrigen hatte schon der am 15. Februgr 1476 ins Reich und nach Burgund entsandte Bischof von Sebenico der Auftrag, auf eine etwaige Konzilsforderung u, s. w. zu antworten, erst müßte der Friede in Deutschland und Italien, dann zwischen Polen und Ungarn wieder hergestellt werden. Vat. Geh. Arch., lib. legat. Sixti IV. 122, fol. 65—66.

[3] Vgl. oben. Daß der Ungar natürlich auch mit dem Pfälzer in Verbindung stand, erhellt aus Du Mont, Corps diplomat. III. (1) 528. Vgl. Chmel, Reg. II. 680, Nr. 7041. Über Matthias und die Eidgenossen s. Ph. Segesser, Die Beziehungen der Schweizer zu Matthias Corvinus, König von Ungarn 1476—1490, 69. Daß er auch noch mit Sigmund von Österreich anknüpfte, zeigen nun u. a. Script. rer. Siles. XIII. 185, Nr. 228.

[4] Von Vorbereitungen zum Kriege wurde immer gesprochen. Vgl. a. a. Script. rer. Siles. XIII. 190—191, Nr. 238; 192—193, Nr. 242—243.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mährischen und böhmischen Edlen[1] verwehrten es ihm durchaus, etwa an ein Vorgehen gegen den König mit eigenen Mitteln zu denken. Um so lieber sah es Friedrich, als sich wegen Ausführung des Breslauer Friedens rasch wieder Schwierigkeiten zwischen Ungarn und Böhmen ergaben und der Versuch des Kurfürsten Albrecht von Brandenburg, seiner Tochter Barbara, Witwe nach Herzog Heinrich von Crossen, dieses Land als Erbe ihres Gemahles zu sichern, auch zu feindseligem Zusammenstoße des Hohenzollernhauses mit dem König von Ungarn zu führen drohte.

Die beiderseitige Haltung und Gesinnung von Kaiser und König konnte nicht verborgen bleiben. Schon im September 1476 kam es zwischen ihnen zu diplomatischer Auseinandersetzung.

Als nämlich König Matthias vernahm, daß er am österreichischen Hofe direkt des Einverständnisses mit den Türken geziehen werde, sandte er den Mährer Jaroslaw von Czernahora und Boskowitz, Vetter des Bischofs Prothas von Olmütz, zu dem Kaiser, deswegen Beschwerde zu führen. Der Gesandte hatte dabei besonders zu betonen, daß, wenn ja den Türken nicht genugsam Widerstand geschehe, der Kaiser es eben an sich selbst fehlen lasse.

Kaiser Friedrich antwortete sehr entschieden: die Beschwerde sei ganz ungerecht; an seinem Hofe kämen Leute aus aller Welt zusammen und er könne doch nicht für all das einstehen, was da gesprochen werde; er gebe übrigens die Versicherung, daß er selbst solches von dem Könige nicht glaube. Wenn der König auf die ungenügende Verteidigung der Erblande gegen die Türken hinweise, so möge er sich doch erinnern, daß er selbst dabei Schwierigkeiten schaffe, indem er ungehorsamen österreichischen Unterthanen den Rücken halte; auch stehe fest, daß die Türken über ungarisches Gebiet her den Weg nach Innerösterreich nähmen. Wie reime sich damit die Behauptung des Königs zusammen, daß er sein Gebiet leicht gegen die Türken schützen könnte, wenn er nur einen sicheren Vertrag mit dem Kaiser hätte? Und was habe ihm der Kaiser gethan, daß er in solcher Weise die Vergießung christlichen Blutes gestatte? Auch die Mahnung des Königs an die kaiserlichen Zusagen, Hilfe aus dem Reiche betreffend, die niemals in Erfüllung gegangen seien, wies der Kaiser ab: Die Bewilligungen seien auf dem Reichstage wesentlich daran gescheitert, daß des Königs Bevollmächtigte forderten,

[1] Vgl. dazu nun auch Fontes rerum Austriac. XLVI. 386—387. Nr. 391. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 121. Vgl. auch oben.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

derten, Geld und Truppen aus dem Reiche müßten ihrem Herrn zu unbeschränkter Verfügung zugewiesen werden u. s. w.[1]

Diese Antwort war nicht darnach, den heißblütigen Corvinen zu befriedigen. Bald genug erschien der Herr von Boskowitz in neuem Auftrage: Solche Reden über des Königs Verbindung mit den Türken seien nicht etwa nur gelegentlich am kaiserlichen Hofe geführt worden, sondern man habe sie in seiner nächsten Umgebung und aus dem Munde seiner Räte gehört. Der König wundere sich, daß der Kaiser jetzt, wo die Türken geschlagen (?) und entmutigt (!) seien, gegen den König neue Vorwürfe erhebe, statt nach seiner Pflicht als Haupt der Christenheit und des deutschen Reiches die Gunst des Augenblickes zu benützen und sich mit aller Macht auf sie zu werfen. Indem der König auch die sonstigen Beschwerden des Kaisers heftig zurückwies, schloß er mit der direkten Forderung, der Kaiser möge das gegen die aufständigen Österreicher gesammelte Heer zurückhalten und nicht gestatten, daß die einst von dem Kardinallegaten von San Marco gegen sie ausgesprochenen kirchlichen Censuren gehandhabt würden: Die Unzufriedenen stünden in seinem Schutze und der Kaiser habe sich in dem Breslauer Vertrage verpflichtet, dieses Verhältnis zu achten; habe er aber Klagen gegen sie, so möge er einen Tag benennen und sie dort vorbringen; dagegen wäre er, der König, falls man gegen die verbündeten Barone Gewalt brauche, zu seinem Bedauern genötigt, ihnen Hilfe zu leisten.[2] Am 24. Oktober forderte der König die Barone auf, an ihren Forderungen an den Kaiser festzuhalten.

Kaiser Friedrich verwahrte sich in seinem Bescheide vor allem entschieden gegen den Ton der königlichen Botschaft: würde es weiter so gehalten, so wäre er nicht in der Lage, die Verhandlungen fortzusetzen. Daneben beharrte er mit aller Entschiedenheit auf den früheren Anschauungen.[3] So stand der offene Bruch unmittelbar bevor.

Da lenkte König Matthias unerwartet ein. Indem er in einer neuen Werbung Einwendungen gegen die letzten Bemerkungen des Kaisers vermied, erinnerte er nur wieder daran, daß er den Unzufriedenen verpflichtet sei; er bat, wenigstens während der Zeit der Waffenruhe nicht mit Gewalt gegen sie vorzugehen; betreffs der Unterstützung aus dem

[1] Die bezüglichen Aktenstücke vom 3. und 12. Sept. 1476 bei Lichnowsky, VII. Anhang CCCCLXXXVIII—CCCCLXXXIX. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 79—81.

[2] Die Sendung gehört in die zweite Hälfte September oder die erste Hälfte des Oktober 1476. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 81—85.

[3] Der Bescheid spät (vom 10. Nov.) bei Chmel, Mon. Habs. I. 2, 85—88.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Reiche im Türkenkriege erbot er sich nun, selbst an die Kurfürsten und Fürsten heranzutreten, damit der deswegen von dem Kaiser beabsichtigte Reichstag besser gelänge.[1]

Schon aber war es zu spät. Der Kaiser hatte bereits am 13. November ein Ausschreiben gegen den von Grafeneck und seine Genossen erlassen. Ebenso wiederholte der päpstliche Legat, der Bischof von Forli, die geistlichen Censuren gegen sie.[2] Sofort kam es zu Waffengewalt. Da löste auch König Matthias sein Wort ein. Auf sein Geheiß übersandten mehrere Söldnerführer, wie Johann Zeleny von Schönau und Wilhelm von Tettau, als Helfer der angegriffenen Barone dem Kaiser die Fehdebriefe.[3]

Was bewog den König, noch eben so trotzig, im letzten Augenblicke einigermaßen zurückzuweichen, und bestimmte den Kaiser zu solcher Festigkeit? Es waren, abgesehen von dem Wunsche des Königs, sein Beilager mit der Prinzessin Beatrix von Neapel im Frieden zu begehen und abgesehen von den Kämpfen mit den Türken, gegen die der König im Spätjahre 1476 zwei Truppenkorps im Felde hatte,[4] vor allem die schlesisch-böhmischen Dinge.

So sehr König Matthias, entsprechend seiner alten Politik den deutschen Fürstenhäusern gegenüber, bereit gewesen war, das Haus Brandenburg in dem Streite um das Crossen'sche Gebiet zu schonen und obgleich er in Markgraf Albrecht den alten Vermittler zwischen dem Kaiser und Polen-Böhmen kannte: ein Konflikt erwies sich hier als unvermeidlich.[5] Und eben daher erwuchs auch eine Verschärfung der Zerwürfnisse des Corvinen mit Böhmen. Denn noch inmitten der Verhandlungen mit den ungarischen Bevollmächtigten hatte sich der Brandenburger Kurfürst an König Wladislaw von Böhmen gewendet, der kein

[1] Die Werbung (bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 89—90) gehört in die Mitte November 1476. Eine Meldung von diesem beabsichtigten Reichstage findet sich noch.

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 517. Mater. II. 335—336.

[3] Die Absage Jorgs von Pottendorf v. 29. Nov. und die Joh. Zelenys ist gedruckt bei Chmel, Mat, II. 333, 334.

[4] Man vgl. des Königs Brief vom 8. Dez. 1476 an Papst Sixtus IV. Epist. ad pontif. 123—124.

[5] Darüber nun weiteres urkundliches Material in Font. rer. Austr. XLVI. 379—384, Nr. 373—377. Vgl. Annales Glogovienses in den Script. rer. Siles. X. Breslau 1877, 106 ff. Riedel, Cod. dipl. Brandenb. V. 287 ff.; 274; ferner Brandenb. II. 220—227 a. a. Raumer, Cod. dipl. Brandenb. contin. II. 69. Vgl. C. Höfler, Markgräfin Barbara von Brandenburg u. s. w., Prag 1876, 17 ff. (Abhandl. der böhm. Gesellsch. der Wissenschaften); zuletzt Fraknói, Matth. Corv. 192 und Anm. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bedenken trug, der Herzogin-Witwe von Crossen ihre Gerechtigkeit auf die vererbten Lande zu bestätigen (Prag, 27. Juni).[1] Lag darin doch eine Anerkennung und Handhabung seiner lehensherrlichen Rechte über Schlesien! Aber der Ungarkönig sah darin einen Eingriff in seine Rechte und einen Bruch des Breslauer Friedens. Und die Sache ward ihm vollends unerträglich, als sich die Witwe von Crossen mit dem Könige von Böhmen verlobte (April 1476, Berlin)[2] und zugleich zwischen Brandenburg und den böhmischen Unterhändlern, Herzog Heinrich von Münsterberg, Herrn Christof Vitzthum und denen von Talhemberg und Ruppa, ein Vertrag vereinbart ward, dem zufolge die Herzogin Barbara das Land Crossen ihrem Gemahl König Wladislaw in die Ehe mitbringen und dieser sie dafür nach Landessitte als Königin von Böhmen mit den entsprechenden Einkünften versorgen sollte.[3] „Er könne ihn nicht hindern", schrieb damals König Matthias an den Kurfürsten von Brandenburg, „seine Tochter mit dem Erstgeborenen des Polenkönigs zu vermählen, aber er müsse gegen die Vereinbarung protestieren, die hinsichtlich Crossens getroffen, und könne nicht zugeben, daß die Lande dadurch an Wladislaw fielen".[4] Übrigens sprachen sich schon jetzt böhmische Barone beider Parteien gegen die geplante Vermählung aus.[5]

Kurz darauf kündigte der König von Ungarn in Prag den Breslauer Frieden: Man beachte den Frieden auch an ihm nicht und Wladislaw habe nach seiner Gemahlin ein Land eingenommen, das sich vordem zu Ungarn gehalten.[6]

Zunächst kam es aber hier nur zu mannigfachen kleinen Kämpfen und Handelsstörungen zwischen den Angehörigen beider Parteien in Böhmen und seinen Nebenlanden.[7] Der Ungarkönig hielt sein Beilager. Mit Brandenburg trat er nochmals in Verhandlung.[8] Die Fehde mit dem Kaiser führte er aus zweiter Hand. Der Kaiser aber und König Wladislaw, welche schon im September über ein Bündnis gegen Ungarn

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 385, Nr. 387.

[2] Ebendort 425—426, Nr 418.

[3] Vergl. Font. rer. Austr. XLVI. 385—386, Nr. 388; wird sonst mehrmals in den nachfolgenden Streitigkeiten erwähnt. Der Vertrag bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb.

[4] Schreiben v. 1. Oktober 1476. Font. rer. Austr. XLVI. 386, Nr. 389.

[5] Ebendort 387, Nr. 391. Sigmund Steger am 8. Oktober an die Egerer.

[6] Ebendort 388, Nr. 392. Meldung aus Prag nach Eger am 21. Oktober.

[7] Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 202—203, Nr. 256 a. a.

[8] Annales Glogovienses, ed. H. Markgraf a. a. O. 108, Nr. 52; 119, Nr. 69.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in Verhandlung getreten waren,[1] benützten die Frist, um trotz vielfältiger Hindernisse einig zu werden. Auch den Polenkönig suchte man wieder zur Mitwirkung zu bestimmen.[2]

In einer Reihe von Abmachungen (vom 5.—9. Dezember) übernahm Benedikt von Weitmühl für seinen König zunächst die Verpflichtung, dem Kaiser längstens binnen vier Wochen drei- bis viertausend Mann zuzuführen. Zu Mittfasten (16. März) 1477 sollte aber Wladislaw persönlich mit 10000 Mann zu Roß und zu Fuß nach Österreich ziehen und zwar an den Ort, den der Kaiser bestimmt, und für solange, als es not thut. Zur selben Zeit wird der Kaiser gleichfalls persönlich mit 10000 Mann im Felde erscheinen, wohlgerüstet und namentlich mit Geschütz und anderem Belagerungsgeräte versehen, um die festen Plätze der Gegner erobern zu können. Es gilt nur den unzufriedenen Unterthanen des Kaisers. Sollten aber die Beziehungen des Kaisers zu Ungarn zum offenen Kriege führen, so wird der König von Böhmen auch daran teilnehmen. Dafür versprach der Kaiser unter anderem,[3] dem König Wladislaw binnen acht Tagen nach Überschreitung der österreichischen Grenze die Regalien des Königreichs Böhmen zu leihen.[4]

Schon längst hatte Kaiser Friedrich allen Ernstes die Niederwerfung der Unzufriedenen begonnen und auch, noch ehe die böhmische Hilfe, geführt von Burian von Guttenstein, eingetroffen war, namhafte Erfolge erzielt. Doch ließen sich die österreichischen Wirren nicht mehr beilegen, ohne daß die großen politischen Gegnerschaften zur Geltung kamen. König Matthias nahm auch jetzt den Krieg gegen den Kaiser noch nicht mit ganzer Macht auf. Aber er suchte seinen Schützlingen außer mit bewaffnetem Zuschub durch neue Verhandlungen zu Hilfe zu kommen, um die sich besonders Zdenko von Sternberg, noch eben selbst mit dem Kaiser und dem Lande Österreich in Fehde, bemühte.[5] Sah sich doch Matthias durch die Unnachgiebigkeit des Kurfürsten von Brandenburg

[1] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 387, Nr. 391; vgl. ebendort 386, Nr. 390.

[2] Font. rer. Austr. XLVI. 386, Nr. 390.

[3] Es war am 9. Dezember auch eine Geldzahlung (von 3000 Gulden) auf die 32000 Gulden von dem Heiratsgute der Königin Elisabeth zugesagt. Vergl. Mon. Habsb. I. 3, 630.

[4] Die Abmachungen vom 5. Dez. bei Chmel, Mater. II. 334 mit der kaiserlichen Versicherung bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 499—500 vom selben Tage. Das Bündnis vom 8. Dez. bei Kurz, Österreich unter Friedrich IV., II. 249—252, Beil. Nr. XL.; vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 500—502. Der Revers Weitmühls vom 9. Dezember bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 503—504.

[5] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 386—387, Nr. 390.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bereits Ende Dezember 1476 genötigt, denselben wenigstens durch Herzog Johann von Sagan, der gleichfalls Ansprüche auf die Crossen'schen Lande besaß und dem er sich verschrieben, bekriegen zu lassen.[1] Matthias, noch mit der Sicherung der Südgrenze gegen die Türken beschäftigt, besorgte, die Häuser Böhmen, Polen, Brandenburg und den Kaiser gemeinsam gegen sich in die Waffen zu bringen.

Die Verhandlungen versprachen nochmals Erfolg. Ein Spruch Sternbergs verfügte die Auflösung der beiderseitigen Aufgebote binnen zehn Tagen und die Wiedererstattung alles bisher im Kampfe Gewonnenen, doch so, daß die aufständischen Landherren die „neuen Aufschläge, die sie hielten", bis zum 15. Tage nach Matthiä (10. März 1477) abthun sollten. Inzwischen würden am 2. Februar Abgesandte der streitenden Fürsten, je zwei für den Kaiser, für König Kasimir von Polen und für König Wladislaw, mit sechs ungarischen Bevollmächtigten unter dem Vorsitze eines Kardinallegaten oder eines Nuntius, den der Kaiser und König Matthias gemeinsam vom Papst erbitten sollten, in Haimburg zur Ausgleichung aller Streitigkeiten zusammentreten.[2]

In wie weit man diesem Ausspruche thatsächlich nachkam, ist uns unbekannt. Doch scheint wenigstens eine längere Waffenruhe (bis Georgi 1477) gehalten worden zu sein.[3] Auch führte der Vorstoß des Herzogs Johann von Sagan gegen Barbara von Brandenburg auf Crossen und ihren Bruder und Beschirmer, Markgraf Hans, rasch wieder zu einem Stillstand: nachdem Herzog Hans, unterstützt von ungarischen, schlesischen und lausitzischen Scharen sich eines Teiles des Crossen'schen Gebietes bemächtigt hatte, übernahm der Abt von Sagan (zu Beginn Januar 1477) die Vermittelung: am 12. Januar kam es zu einem Vertrage, der jeden Teil im Besitze dessen ließ, was er augenblicklich besaß, und eine allgemeine Waffenruhe bis zum 24. April gebot; inzwischen sollte Herzog Albrecht von Sachsen die beiderseitigen Ansprüche auf Sagan prüfen und einen gütlichen Ausspruch thun.[4]

Damals hatten Kaiser und König Grund, die Vertagung des Streites zu wünschen, der König wegen der Beschirmung seiner Südgrenzen,

[1] Script. rer. Siles. X. 108, Nr. 52, 53.

[2] Nach dem Schriftstücke bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 93—96, das jedoch nicht in das Ende Dezember, sondern in die letzte Zeit des November gehört. Der kaiserl. und ungar. Bote an den Papst sollten sich schon am 6. Dez. in Villach treffen.

[3] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 409, Nr. 408.

[4] Script. rer. Siles. X. 169—170, Nr. 55. Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 393, Nr. 397.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Kaiser, um die Brautfahrt seines Sohnes zu rüsten und Österreich zu beruhigen.

Vom Kaiser mit Waffengewalt und dem Legaten mit kirchlichen Strafmitteln[1] bedrängt, wurden Ulrich und Wolf von Grafeneck und die von Pottendorf und Puchheim wirklich mürbe. Sie gaben nun den Vorstellungen des Erzbischofs Johann von Gran nach und am 2. März gelang es, sie mit dem Kaiser auszusöhnen. Ulrich von Grafeneck trat alles, was er aus dem Besitze des Georg Scheck von Wald und überhaupt in Österreich zu eigen hatte, gegen eine Entschädigung von 50000 Dukaten an den Kaiser ab. In allen übrigen Streitpunkten sollte der Erzbischof von Gran Schiedsrichter sein,[2] ebenso in dem, was Jörg von Pottendorf und Heinrich von Puchheim gegen den Kaiser zu klagen hatten und umgekehrt.[3]

Der Kaiser hatte Eile, die verhaßten Grafenecker auszuzahlen und aus dem Lande zu bringen. Dazu borgte er sich 37000 Dukaten von dem Unterhändler, dem von Gran, der dafür Stadt und Herrschaft Steier und die kaiserlichen Ämter, Nutzungen und Renten in Korneuburg, soweit sie nicht bereits nach Greifenstein verschrieben waren, zu Pfand erhielt,[4] und wurde in Niederösterreich und anderswo eine besondere Abgabe eingehoben.[5] Trotzdem war Grafeneck wieder unter denen, welche sich am 23. April von Enzersdorf aus bei dem Bischofe von Passau über die Fortdauer der geistlichen Censuren beklagten.[6] Die Verständigung mit Pottendorf und den anderen Herren, namentlich wegen Beseitigung ihrer Befestigungen bei Ebersdorf unterhalb Wien, gelang nicht. Anfangs Mai 1477 vernehmen wir schon wieder von Absagen an den Kaiser, erst des Heinrich und Christof von Liechtenstein,[7] dann einer An-

[1] Chmel, Mater. II. 338.

[2] Chmel, Mater. II. 439—441. Vergl. auch Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 2023. Zusatzabmachung vom 17. März. Bezüglich Grafenecks s. auch Chmel, Urkundliches zur Geschichte K. Friedrichs IV. im Archiv für Kunde österr. Gesch.-Quellen IV. 80.

[3] Verzeichnis der Forderungen und Gegenforderungen bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 286—308.

[4] Der Erzbischof von Gran hatte erst die Grafeneck'schen Güter übernommen, die er aber dem Kaiser zurückgab (Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 270). Der Pfandbrief über Steier u. s. w., der in den März-April 1477 gehört, ebendort 264—266, wo auch der Revers Grafenecks 270—273.

[5] Vgl. F. M. Mayer im Archiv für österr. Gesch. 55, 177.

[6] Chmel, Mater. II. 341—342.

[7] Vom 3. Mai. Chmel, Mater. II. 338. Lichnowsky, Regest. zu VII. Nr. 2044. Mon. Habsb. I. 2, 280.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zahl ihrer Genossen.[1] Bald war auch wieder ein Bote des Ungarkönigs am kaiserlichen Hofe, mit Beschwerden über Unterdrückung der in Matthias Schutze stehenden Österreicher.[2] Sie waren in solcher Form gehalten, daß der Kaiser wirklich erklärte, weitere Schriftstücke des Königs nicht annehmen zu können. Er hoffte wohl, der König werde wie im Vorjahre das äußerste vermeiden.[3] Verstärkt durch böhmische Scharen waren die Seinen bemüht, sich Ebersdorfs mit Gewalt zu bemächtigen. Und die Ankunft des Königs von Böhmen stand endlich in Aussicht.[4] Da trat im Juni eine dem Kaiser unerwartete Wendung ein.

Die Lage des Ungarkönigs den Nord- und Westnachbarn gegenüber war bald nach Beginn 1477 eine wesentlich andere, als kurz vorher. Er hatte es verstanden, durch sein Eingreifen in den Crossen'schen Streit eine rasche Wandlung in den brandenburgisch-böhmischen Beziehungen herbeizuführen. Die Abneigung der Böhmen gegen die brandenburgische Heirat des Königs unterstützte ihn. „Der König hätte sich wohl höher und besser verheiraten mögen", sagten die Einen; nun mit den verschwägerten Brandenburgern zur Seite vermöge er den Utraquisten erst recht Abbruch zu thun, besorgten die Andern.[5] Mancherlei Störung, namentlich aber der Verlust eines Teiles des Crossen'schen Gebietes an Hans von Sagan, verwandelte den Sinn des Königs selbst. Ihm war die Ehe mit Herzogin Barbara wertvoll gewesen, so lange sich damit für ihn die Aussicht verband, an der Oder festen Fuß zu fassen und einen Teil Schlesiens zu gewinnen. Sich aber einen bloßen Rechtstitel auf die Lande zu erwerben, den er ohnehin besaß, und Crossen selbst erst im Kampfe mit Ungarn erobern, war er nicht gemeint.

Nachdem eine Anzahl der auf Lichtmeß 1477 nach Prag zur Hochzeit geladenen Gäste abgesagt hatte, benutzte Wladislaw die Meldung, daß auch sein Schwiegervater samt Gemahlin und Markgraf Hans nicht würden kommen können, um das Fest zu verschieben. Zugleich ward dem Kurfürsten angedeutet, daß, weil ein Teil der Lande weiland Herzog

[1] Lichnowsky a. a. O. Nr. 2046. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 280—281.

[2] Nach des Königs Schreiben an die sächsischen Herzoge. Dresd. Arch. Vergl. auch Fraknói, Matthias Corvinus 192.

[3] Man s. des Königs Ausschreiben gegen den Kaiser vom 12. und die Antwort des Kaisers v. 24. Juni.

[4] Huber, Gesch. Österreichs III. 250. Daß die Böhmen erst Mitte März 1477 dem Kaiser zuerst zu Hilfe kamen, schreibt dieser am 7. Aug. selbst an Markgraf Albrecht, sowie, daß sie so gut wie nichts leisteten und nur „das Land verdarben". Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 470—473.

[5] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 387, Nr. 391.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Heinrichs sich in den Händen Johanns von Sagan befände, die böhmischen Herren gegen eine Verschreibung des Wittumsgutes an die künftige Königin Einsprache erhoben hätten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kamen noch weitere Beschwerden des Königs zum Vorschein. Er hatte nichts gethan, um der angetrauten[1] Gattin ihre Lande zu erhalten, und nahm es nun doch übel, daß sie in ihrer Bedrängnis ohne seine Zustimmung mit Herzog Johann von Sagan eine vorläufige Vereinbarung eingegangen. Wladislaw hatte ferner gewünscht und auch eine Zusage erlangt, daß ihn ein sächsischer und ein brandenburgischer Heerhaufe auf seinem Kriegszuge zu dem Kaiser begleite. Aber obwohl er dem Kurfürst Albrecht die Heerfahrt nach Österreich so spät ansagte, daß ihm dieser schrieb: wäre er ein Vogel und könnte er mit dem Heere fliegen, so wäre es ihm möglich zu kommen, sonst nicht, so nahm der König doch die Absage gewaltig übel. Noch mehr zürnte er, als der Kurfürst auch die weitere Forderung ablehnte, wenigstens 400 bis 500 Pferde zu dem reisigen Haufen stoßen zu lassen, den Wladislaw in Böhmen zurückließ, in seiner Abwesenheit das Land zu beschützen.[2] Übrigens hatte der König erst Mitte März die Kronvasallen zum Zuge nach Österreich aufgemahnt und noch später, auf dem nachfolgenden Prager Landtage, nicht ohne Schwierigkeiten die Stände vermocht, auch ihrerseits die Teilnahme zuzusagen.[4] Erst zu Beginn Juni, als der Kaiser längst im Felde war und sich bereits ausgegeben („verzehrt") hatte, ja als ein Teil der kaiserlichen Söldner geradezu von dem König von Ungarn „abgedingt" war,[5] erschien der König von Böhmen, trotz beträchtlicher Anstrengungen seiner Stände immer noch mit nur 8000 Mann, in Österreich.

Die Änderung in der Sachlage erkannte niemand besser als König Matthias. Von der großen Koalition, die ihn noch vor kurzem bedroht, war keine Rede mehr. Der Polenkönig rührte sich nicht, Brandenburg war mit Böhmen in Spannung. Matthias hatte am 8. März seine Rechte

[1] Die Ehe war bereits durch Prokuration vollzogen.

[2] Die Belege dafür in den Aktenstücken und Ausführungen bei Höfler l. c. und den Korresponden, die ich soeben in den Font. rer. Austr. XLVI. 388 ff. veröffentlicht habe. Vgl. ebendort 388—390, 390—391. 396, 416—417, 419, Nr. 394 bis 395, 401, 412, 413.

[3] Font. rer. Austr. XLVI. 409—410, Nr. 409; betreffs der bezüglichen Verhandlungen s. ebendort 416, 419, 420.

[4] Man vgl. über diesen Landtag nun den Bericht in den Fontes rer. Austr. XLVI. 410—415, Nr. 410.

[5] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 471.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auf das Glogauer Fürstentum an Herzog Johann von Sagan übertragen und ihn angewiesen, die Witwe auszutreiben.[1] Mit Leichtem konnte er die Hohenzollern derart in Atem halten, daß sie weder Böhmen noch dem Kaiser irgendwie helfen mochten.[2] So blieben nur der schwache Kaiser und das von König Wladislaw herangeführte böhmische Heer. Gar rasch zeigte sich, daß es durchaus keinen furchtbaren Gegner abgab.

Der Kaiser beeilte sich, den König von Böhmen durch Erfüllung der gemachten Zusagen möglichst fest an sich zu knüpfen. Am 10. Juni wiederholte er in Wien die Anerkennung Wladislaws und lieh ihm die Regalien des Königreiches.[3] Davon wurden unverweilt auch die böhmischen Nebenlande verständigt (14. Juni), zugleich mit der Aufforderung, nun gleichfalls Wladislaw zu huldigen.[4] Die Privilegien Böhmens wurden kurz darauf nochmals bestätigt, den Prager Städten gestattet, den kaiserlichen Adler im Wappen zu führen.[5]

Schon am 12. Juni, unmittelbar auf die Kunde von dem Einmarsche des böhmischen Heeres in Österreich, hatte der Ungarkönig dem Kaiser abgesagt.[6] Während der Böhmenkönig mit den Seinen selbst vor Ebersdorf rückte, ging der Kaiser daran, in einem weitläufigen Ausschreiben an die ungarischen Stände die Anklagen des Königs Matthias zu entkräften.[7] Natürlich ohne Erfolg! Aber auch der Böhmenkönig richtete nichts aus. Seine Geldmittel waren rasch versiegt, und dies und der Mangel an Lebensmitteln rief unter den Seinen „solche Unzufriedenheit hervor, daß der größte Teil entweder in der Umgegend

[1] Raumer, Cod. dipl. Brandenb. II. 69. Reg. in den Scr. rer. Siles. X. 111, Nr. 58. Den Anlaß zu neuem Streite gaben übrigens nach Scr. rer. Sil. X. 110—111, Nr. 56 die Märkischen.

[2] Font. rer. Austr. LXVI. 420—421, Nr. 414 a. a. Auch geistliche Waffen hielt der König gegen sie bereit. Vgl. Script. rer. Siles. X. 112, Nr. 60.

[3] Gedruckt schon bei M. Goldast, Boh. II. 304, Append. Nr. 65. Lünig, P. spec. V. 13. Du Mont, Corps diplomat. III. 2, 1.

[4] Die Aufforderung an die Breslauer bei Eschenloer, Geschichten II. 358. Wie sehr in Böhmen besonders darauf Rücksicht genommen wurde, zeigt Font. rer. Austr. XLVI. 411. Über die Versuche der Böhmen, daraus Kapital zu schlagen s. Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 163—164.

[5] Lünig, Reichsarchiv VII. 88. Betreffs der Prager s. Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 158.

[6] Der Fehdebrief war öfter und stets fehlerhaft gedruckt, zuletzt (deutsch) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 96—98. Ich gab ihn korrekter nach einer Mantuaner Kopie in den Fontes rer. Austr. LXVI. 422—424, Nr. 416.

[7] Am 24. Juni. Pray, Annales IV. 109. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 98—108 (lat. und deutsch).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

plündernd umherstreifte oder nach Hause zog".[1] So war es auch nicht möglich, die ungarischen Scharen des Zelený zu vertreiben, die das Land bis an den Wienerwald und Semmering weit und breit verheerten. Wie erst, wenn das größere Heer herankam, das König Matthias selbst zum Einbruche in Österreich bei Raab sammelte! Schon mußte am 18. Juli die Belagerung von Ebersdorf aufgegeben werden. Wenige Tage darauf war der Böhmenkönig mit dem Reste seines Heeres auf dem Heimzuge. Ein Teil der Seinen war schon voraus, ein anderer geradezu in ungarische Dienste getreten.[2] Der Kaiser stand allein.

Wohl machte er, über diesen Gang der Dinge nicht wenig erschrocken, die ernstlichsten Versuche, die Böhmen zum Bleiben zu bewegen.[3] Als dies nicht zu erreichen war, suchte er wenigstens von König Wladislaw einen Teil seiner Reisigen zu erlangen. Auch dies mißlang. Ja selbst einen böhmischen Hauptmann mit nur 200 Reisigen in Österreich zurückzuhalten war unmöglich, obwohl der Kaiser den Sold für sie im vorhinein nach Drosendorf geschickt hatte.[4]

Der Böhmenkönig gebrauchte die Ausrede, daß die Ungarn in Böhmen selbst den Kampf gegen ihn eröffnet hätten. Daneben duldete aber König Matthias in Mähren, den Lausitzen und in Schlesien mit Ausnahme des Glogauischen die Fortsetzung der Waffenruhe.[5] Zugleich suchte er in Manifesten, nicht nur an die deutschen Reichsstände,[6] sondern

[1] Huber, Geschichte Österreichs III. 250.

[2] Die Quellen nennt Huber, a. a. O. 250, 251. Von Bedeutung sind besonders die Berichte der mailändischen Gesandten nach Hause in Mon. Hung., Acta extera (Mátyás kir. karabol) II. 351, 352, 354, 357—358. Wladislaw verließ Wien am 21. Juli (ebendort 358) „con assai mala voglia et dispiacere de la sua Maesta Imperiale". Sehr interessante Details finden sich jetzt über diese Dinge im Berichte des Jak. Warraus an die Breslauer in Script. rer. Siles. XIII. 217 bis 219, Nr. 274.

[3] Mon. Hung. l. c. 357.

[4] So erzählt der Kaiser selbst, freilich sehr summarisch, den brandenb. Gesandten. Nürnb. Kreisarch., Herrschaftl. Buch 49, fol. 96.

[5] Daß er es freilich nicht gern that, namentlich das Abkommen (v. 12. Aug.) der Schlesier, ausgenommen Herzog Johanns v. Sagan, mit den Böhmen zu Braunau in „fast schweren Briefen" rügte (Script. rer. Siles. XIII. 221—225), beweist auch Scr. rer. Siles. X. 115, Nr. 64. Matthias hatte nicht unterlassen, rechtzeitig neue Truppen nach Schlesien zu schicken. Vgl. ebendort VIII. 206—207, Nr. 259. Der Sonderfrieden der Schweidnitzer und Jauerer mit den Böhmen bei Eschenloer, Geschichten II. 352—355 und nochmals (genau) Script. rer. Siles. XIII. 210—212. Nr. 266.

[6] Vgl. Script. rer. Siles. XIII. 215—216, Nr. 272.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

„an alle geistlichen und weltlichen Fürsten", sein Vorgehen gegen den Kaiser zu rechtfertigen.[1]

Trotzdem kam es, bevor noch das ungarische Hauptheer den Boden Österreichs betrat, wieder zu friedlicher Verhandlung. Auf das Anbringen des päpstlichen Legaten, des Bischofs von Forli, eines Mannes von großer „affabilita e discrezza",[2] dann des als Gesandten des Königs von Neapel am ungarischen Hofe weilenden Erzbischofs von Bari und des venetianischen Orators, des Bischofs von Brescia, willigte der Kaiser in seiner bedrängten Lage gern in den Vorschlag des Königs, am 3. August ihre Räte in Krems des Friedens wegen zusammentreten zu lassen.

Die Forderungen der Ungarn, des Bischofs von Großwardein und Nikolaus von Banffi, bewiesen sofort klar, daß der König entschlossen sei, einen, wie er berechnete, gefahrlosen Feldzug auf jeden Fall durchzuführen, und wie wie wenig ernst es ihm jetzt, als es zur That kam, mit der so oft wiederholten Beteuerung sei, er wünsche doch viel lieber als den Kaiser und andere Fürsten die Türken zu bekriegen und am liebsten mit dem Kaiser ein inniges Verhältnis zu erlangen.[3] Sie waren so ungeheuerlich, die Rechtstitel, auf welche seine Gesandten sie zu stützen suchten, so lächerlich und nichtig, daß dem Kaiser eben nichts anderes übrig blieb, als abzulehnen.[4]

Gewiß mit schwerem Herzen! Seine eiligen Werbungen in der letzten Zeit, ohnehin behindert durch Geldmangel, hatten die Ungleichheit der Kräfte nicht zu beseitigen vermocht. König Matthias erschien, umgeben von seinem Hofe und begleitet von seiner jungen Gemahlin, die offenbar Zeugin seiner Triumphe sein sollte, etwa 10. August mit solcher Übermacht in Österreich, daß der Kaiser nicht das Feld zu halten vermochte. Nur hie und da stellte sich eine geworbene Schar dem Feinde entgegen. Binnen weniger als zehn Wochen gewannen so die Ungarn „mehr als hundert Burgen und mehr als dreißig große Städte",[5] das ist den größeren Teil des Landes unter der Enns.

[1] Teleki, Hunyadiak kora XI. 47 ff. Vgl. das Manifest des Königs an die Schweizer bei Segesser, Beziehungen 75—76.

[2] Monum. Hung. l. c.

[3] Man vergl. dazu neben den älteren Schriftstücken des Königs Manifeste im Juni und neuerlich das Schreiben des Bischofes Gabriel von Erlau in Mon. Hung., Acta extera II. 361.

[4] Das Verzeichnis der ungarischen Forderungen bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 110—115.

[5] Mon. Hung., Acta extera II. 360—361, Nr. 248.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Dem Kaiser war, da er sich nicht in einer Stadt einschließen und dort belagern lassen wollte, schon Ende Juli nichts anderes übrig geblieben, als sich von Wien gegen Westen zu wenden. Er sich zog allmählich, so wie die Ungarn vordrängten, über Krems nach Ips, Steier, Linz und zuletzt nach Gmunden zurück.[1] Er mußte mitansehen, wie die Städte im Osten des Landes (außer Haimburg), wie schließlich auch Tulln und Korneuburg „volkshalben" verloren gingen, wie bald selbst das wichtige Wien und das treue Krems in Bedrängnis kamen.[2] Wohl noch härter traf ihn der Abfall der Seinen. Denn nicht nur seine alten Gegner unter dem österreichischen Adel hielten zu dem Ungarkönig, der ja, wie behauptet ward, vor allem ihretwegen den Krieg unternommen, sondern „Tag für Tag", — so schreibt der Erzbischof von Erlau, — „wenden sich Barone und Ritter des Landes unserem Herrn, dem Könige, zu und wenige sind, die Widerstand leisten".[3]

Dazu kam dem Kaiser Nachricht aus Venedig, daß die Türken auf und an dreien Orten in sein Gebiet eingebrochen seien.[4] Unlange darauf, im Oktober, erschienen sie im Einverständnisse mit dem Frangipanis und anderen kroatischen Herren in Krain und streiften andererseits über den Isonzo bis gegen Udine.[5] So war von den Innerösterreichern keine Hilfe zu erwarten, um so mehr als Graf Jörg von Sagorien, der Sohn des Johannes Wittowetz, und Ulrich Pesnitzer, Herr auf St. Gotthart und Rechnitz in Ungarn, die steirischen Grenzgebiete verheerten.[6] Umsonst auch erschollen die Hilferufe des Kaisers in Prag[7] und Krakau,[8] bei dem Kurfürsten von Brandenburg und an den anderen deutschen Höfen.[9] Von den 4000 Mann, welche der polnische Landtag (im April 1477), dem Kaiser zu Hilfe bewilligt hatte, war nichts zu sehen.

[1] Mon. Hung., Acta extera II. 362.

[2] Hierher (zum 22, Sept.) gehört die Meldung bei Chmel, Mat. II. 339 und nicht zum 26. Feber. Andere Nachrichten über diese Belagerungen bieten Chmel, Mater. II. 330; Regesten II. 686, Nr. 7147, 7148, 7153—7156. Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 2087, 2090, 2091, 2094—297 u. s. w. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 665, 666—670, 671, 674—675. Urkundl. zur Geschichte Friedrichs IV. 91—92. Sonst vgl. Huber, Gesch. Österreichs III. 252, Anm. 2.

[3] Mon. Huug., Acta extera II. 360—361, Nr. 248.

[4] Ebendort 358. Auf neue Meldungen der Venezianer bezieht sich ebend. 359, Nr. 245, der Bericht der mailändischen Gesandten vom 24. Juli 1477.

[5] Eschenloer, Geschichten II. 372. Andere Belege bei Szalay-Wögerer III. 331.

[6] Szalay-Wögerer, III. 331. Huber, Gesch. Östereichs III. 252.

[7] Vgl. Fontes rer. Austriac. XLVI. 430.

[8] Mon. Hung., Acta extera. II. 362. Vgl. Caro, Gesch. Polens V. 1, 461.

[9] Font. rer. Austr. XLVI. 432, 434, Nr. 422, 426.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

König Kasimir begnügte sich hinterher mit einer geringfügigen Geldsendung.[1]

Der Einbruch der Ungarn in Österreich verfehlte aber doch nicht, Aufregung und Sorge in Deutschland und in Italien hervorzurufen. Hier noch mehr als dort, da man mit Recht meinte, durch solche Kämpfe der christlichen Fürsten könnte die ohnehin stetig wachsende Türkengefahr nur gesteigert werden. Obwohl bereits mehrere päpstliche Legaten und Nuntien in Deutschland und den östlichen Landen wirkten, sandte daher Papst Sixtus IV. auch noch den Bischof von Aleria mit besonderen Vollmachten ab, den Frieden zwischen dem Kaiser und König Matthias zu vermitteln. Er war zunächst an den Kaiser gewiesen: Unter dem Hinweis auf die verderblichen Folgen solcher Kämpfe sollte der Bischof den Kaiser bestimmen, unter glimpflichen Bedingungen einen Frieden oder Stillstand anzunehmen; wäre dies nicht möglich, so wolle der heil. Vater den Streit zu Recht entscheiden.[2] Aber ehe der von Aleria an der Donau eingetroffen war, hatte sich Alexander von Forli zu König Matthias begeben[3] und mit Erfolg Verhandlungen zwischen den Parteien angeregt.

König Matthias hatte erreicht, was er wollte. Der Kaiser hatte die Schwere seines Zornes gefühlt und sich von der Überlegenheit der ungarischen Waffen überzeugen können. An Eroberungen in Österreich dachte der König vom Anfange an nicht. Auch fehlte es ja seinen Waffen nicht an Mißerfolgen. Haimburg war nicht einzunehmen. Wien, das Graf Haug von Werdenberg, und Krems, das Jörg von Eckartsau und Sigmund Eizinger mit Umsicht und Tapferkeit verteidigten, eben so wenig. Da wie dort erlitten die Ungarn beträchtliche Verluste.[4] In

[1] Caro, Geschichte Polens a. a. O.

[2] Seine Beglaubigung vom 16. September bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 379—380. Die Instruktion vom 20. Sept. — er ist also bald nach der Meldung vom Einbruche der Ungarn abgeschickt — im vat. Geh. Arch., Pontif. var. instruct. CXXII. fol. 17—21. Vergleiche Chmel, Reg. II. 685—686, Nr. 7145. Ferner Schreiben des Papstes an den Kaiser wegen der Belehnung Wladislaws v. 19. Sept. in Script. rer. Siles. XIII. 229—231, Nr. 284; andere päpstliche Schreiben nach Böhmen (vom 22. und 27. Sept. 1477) ebendort 233—234, Nr. 286, 287. Aus allem, auch aus einzelnen Punkten der Instruktion (z. B. betreffs des Erzbischofes Johann von Gran), geht hervor, wie sehr Sixtus IV. auf König Matthias Rücksicht nahm.

[3] Mon. Hung., Acta extera II. 362—363, Nr. 249.

[4] Vgl. Huber, Geschichte Österreichs III. 252—253. Zu den dort gebrachten Nachweisen kommen nun noch Font. rer. Aust. XLVI. 432—435 und namentlich Scriptor. rerum Siles. XIII. 220—221, Nr. 276; 225—227, Nr. 280, 281; 229, Nr. 283; 231—232; Nr. 285; 237—238, Nr. 290.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Südlanden des Königs heerten die Türken nicht minder wie im Kaiserlichen und Venetianischen. So bot Matthias die Hand zum Frieden. Er sandte dazu die vornehmsten Männer seines Reiches, den Erzbischof Gabriel von Verona, zugleich mit der Würde eines päpstlichen Legaten bekleidet, den Bischof von Großwardein, den Erbgrafen der Zips, Emmerich Zapolya u. a. Aber er war entschlossen, seinen Sieg vollständig auszunützen. Seine Forderungen bezogen sich auf alle wesentlichen politischen Fragen der Zeit, sie bezweckten den vollständigen Übertritt des Kaisers in das ungarisch-päpstlich-neapolitanische System: Friedrich sollte das Bündnis mit den Königen des jagellonischen Hauses aufgeben, im Streite um Böhmen sich entschieden auf die Seite der Ungarn stellen, in die Erhöhung des Hauses Aragon in Italien auf Kosten der Familie Sforza, die freilich niemals vom Reiche im Besitze von Mailand anerkannt war, und überdies in eine Familienverbindung mit König Ferdinand willigen.

Wer da weiß, wie sehr der Kaiser in solchen Dingen empfindlich, wie sehr ihm andererseits der Ungar im Grunde des Herzens zuwider war, vermag auch zu ermessen, wie hoch Friedrich die an ihn gebrachten Forderungen anschlug.

Aber gab es einen Ausweg? War nicht allzu deutlich, daß Österreich von seinen Freunden allenthalben verlassen sei?[1] Klangen nicht die Meldungen der wackeren Behüter von Wien und Krems stets ungünstiger, wurden ihre Bitten um Hilfe nicht dringender, ohne daß Hilfe zur Hand war?[2] Denn der Ungarkönig unterließ nicht, bei den Friedensverhandlungen die militärische Sachlage als stärkstes Pressionsmittel zu verwerten: erst spät, am 10. November, und auch da noch unter ungünstigen Bedingungen, willigte er in eine Waffenruhe.[3]

So blieb dem Kaiser nichts anderes übrig, als (Ende November) nachzugeben. Er versprach, gegen die Inhaber des Herzogtums Mailand, die Witwe Bona des am 26. Dezember 1476 ermordeten Galeazzo Maria Sforza und ihren Sohn Galeazzo, die Prozesse des Reiches wegen widerrechtlicher Besitznahme von Reichsgut zu eröffnen und sie bis zu ihrer Verurteilung durchzuführen. Ist dies geschehen, so wird

[1] So sagt der Kaiser selbst zu den burgundischen Gesandten. Font. rer. Austr. XLVI. 434.

[2] Betreffs Wiens s. noch Bonfini IV. 4. Linck, Annales Claravallenses II. 250 und Tichtel in Font. rer. Austr. I. Abteil. I. (ed. Karajan) 4—6.

[3] Der Vertrag vom 10. November bei Rauch, Script. rer. Siles. III. 296. Vgl. auch Lichnowsky, Regesten zu VII. Nr. 2112.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

binnen bestimmter Frist Fürst Friedrich, Sohn König Ferdinands von Neapel, mit dem Rechtsvikariate über Mailand belehnt und dort investiert. Darauf findet in Wien oder wo der kaiserliche Hof sich eben aufhält, ein Kongreß von Bevollmächtigten des Kaisers und der Könige von Ungarn und Neapel statt, zu dem auch Castilien und Burgund eingeladen werden; es gilt, gemeinsam die Grundzüge für die weiter zu befolgende Politik der genannten Höfe festzustellen. Das Verhältnis mit dem Hause Aragon-Neapel möglichst innig zu gestalten verspricht der Kaiser schon jetzt, spätestens binnen drei Jahren seine Tochter Kunigunde mit Fürst Friedrich, nachdem er Mailand erlangt hat, zu vermählen. Geschieht dies und wird überhaupt König Ferdinand diese Verträge annehmen, so ist König Matthias erbötig, die für die Räumung Österreichs bedungenen Geldsummen dem Kaiser zu erlassen.[1]

In dem engeren Friedensvertrage wurde hervorgehoben, daß in Hinkunft ein „aufrichtiger und beständiger Friede" zwischen dem Kaiser und dem Hause Österreich einerseits und König Matthias und den künftigen Königen von Ungarn andererseits herrschen solle; wie Vater und Sohn mögen die Fürsten in gegenseitiger Neigung und Förderung zusammenstehen und Freunde und Feinde gemeinsam haben. Alle Bündnisse, die dem irgendwie entgegenstehen, sind aufgehoben, ausgenommen des Königs Verständnis mit dem heil. Stuhle und König Ferdinand von Neapel. Kaiser und König nehmen hinfort nicht mehr Unterthanen des andern in ihren Schutz; aber auch jedes solche bisher bestehende Verhältnis hört sofort auf; der Kaiser verspricht, alle, die bei dem Ungarkönige bisher Schirm genossen haben, zu Gnaden kommen zu lassen und sie dessen mit seinen Briefen zu versichern. Der Kaiser erteilt dem Könige die Lehenbriefe über Böhmen in derselben Form, in welcher er eben auch Wladislaw, den Erstgeborenen des Königs von Polen, belehnt hat; die persönliche Lehennahme erfolgt bei der ersten Zusammenkunft der Fürsten. Sollte der Kaiser deswegen von Polen oder Böhmen her mit Krieg überzogen werden, so wird der König von Ungarn persönlich mit ganzer Macht für ihn eintreten. Sofort nach Übergabe der Lehenbriefe wird Österreich von den Ungarn geräumt; für die Rückgabe des Verlorenen zahlt der Kaiser 100000 Gulden, auf welche sich die Stände von Ober- und Niederösterreich zu verschreiben haben; dafür wird ein Landtag nach Krems auf den 6. Januar 1478 zusammenberufen, zu dem allen Ständen sicheres Geleite erteilt

[1] Der Vertrag zuletzt bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 117—119.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wird. Das Geld wird in zwei Hälften, je zu Martini 1477 und 1478 ausgezahlt.[1]

König Matthias wollte sich nach allen Seiten sichern, den Kaiser unauflöslich an sich und die verschwägerten Aragonesen ketten, seinen maßgebenden Einfluß im Osten wie in der Mitte Europas und in Italien fest begründen. Eben jetzt hatte er ja auch die lange begehrte Einung mit den Eidgenossen erreicht.[2]

Die Vereinbarungen zu erfüllen, erteilte der Kaiser die Lehenbriefe und wies die Stände Böhmens und der Nebenlande, geistlich und weltlich, an, Matthias, König von Böhmen, der rechtmäßig „erwählet und gekoren", von ihm mit dem Erzschenkenamte und Kurfürstentum des heiligen Reiches und der Markgrafschaft Mähren und anderen Landen belehnt sei.[3] Dafür übersandte König Matthias dem Kaiser den Huldigungsrevers und leistete ihm in früher vereinbarter Form den Lehenseid.[4]

Unmittelbar darauf hörten auch alle Feindseligkeiten der Ungarn gegen die Österreicher auf und beide Fürsten trugen für die Zusammenberufung des Kremser Landtages Sorge.[5] Freilich mußte man, da sich die Ausfertigung der ungarischen Urkunden hingezogen hatte, den Landtag gleich auf den 22. Januar 1478 verschieben.[6] Er kam erst am 19. Februar zu stande und war nur spärlich besucht.

Die Anwesenden stellten der Forderung des Kaisers, die 100000 Gulden betreffend, bewegliche Schilderungen ihres Unvermögens und der Not des Landes entgegen. Als sich schließlich die hervorragendsten der Prälaten, Barone und Edlen mit den Städten Wien, Krems und Stein, Linz, Klosterneuburg, Korneuburg, Eggenburg, Freistadt, Wels und Haimburg dennoch verpflichteten, für die geforderte Summe Bürge zu sein, so

[1] Der Vertrag bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 119—122. Verschreibung des Königs Matthias vom 1. Dezember. Die des Kaisers bei Teleki H. K. XII. 37 ff. Daß der König noch besondere Zusagen machte, den Anliegen des Kaisers entgegenzukommen, zeigen ebendort I. 2, 561—562 und Mon. Hung., Acta extera II. 368. Vergl. sonst Lichnowsky, Reg. zu VII. Nr. 2117. Archiv für österr. Gesch. (Urkundliches u. s. w.) IV. 98.

[2] Segesser, Beziehungen u. s. w. 18 ff.

[3] Am 2. Dez. aus Gmunden. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 123—124. Font. rer. Austr. XLVI. 435, Nr. 224 (Schreiben an einen böhmischen Geistlichen). Eschenloer, Geschichten II. 367—368 (Schreiben an die Stadt Breslau, korrekter wiederholt in Scriptor. rer. Siles. XIII. 238—239, Nr. 292). Vgl. ebendort 240, Nr. 294 und 241, Nr. 296.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 124—125. Man vgl. damit den Eid König Georgs v. 31. Juli 1459 in Font. rer. Austr. XLII. 284, Nr. 205.

[5] Mon. Habsb. l. c. 126—127; 127—128; ebendort I. 3, 518.

[6] Vgl. Chmel, Urkundliches u. s. w. a. a. O. 96, 105, 114.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

geschah dies nur gegen das Versprechen des kaiserlichen Kommissärs, des Grafen Haug von Werdenberg, auch ihre Wünsche betreffs Besserung von Münze und Gewicht, der Änderung der „Aufschläge" u. s. w. an den Kaiser bringen zu wollen.[1] Der Kaiser nahm das Erbieten der Stände gnädig auf[2] und versprach auch, den Wünschen der Landschaft nach Möglichkeit zu entsprechen.

Die Ungarn wünschten aber, scheint es, nicht nur die Bürgschaft der Stände, sondern eine direkte Zahlungsverpflichtung. Es blieb daher nichts anderes übrig, als die Stände beider Landschaften neuerdings auf den 7. April nach Wien zu bescheiden.[4] Auch die ungarischen Räte wurden eingeladen, zu solcher Zeit hinzukommen.[5]

Man kam in Wien trotz aller Bemühungen wieder nicht zu Ende.[6] Daß die Oberösterreicher nicht ausreichend bevollmächtigt waren, blieb dabei das kleinste Hindernis.[7] Die Hilfsbedürftigkeit des Kaisers, der eben nicht allein zur Bezahlung des Ungarn, sondern auch der Söldner und zur Unterstützung seines Sohnes in Burgund dringend Geld brauchte, stand in zu grellem Gegensatz zu der Leistungsfähigkeit der Landschaften. So sehr Friedrich das Geld nahm, wo er es fand, und auch wieder die Innerösterreicher, denen doch der Türke fast alles genommen hatte und ständig auf dem Halse saß, heranzog, namentlich die Geistlichkeit,[8] obwohl

[1] Die Akten des Tages in den Mon. Habsb. I. 3, 549—555; vgl. ebendort 524—525. Am 28. Februar hatte übrigens König Matthias endlich die eroberten österreichischen Städte ihres Eides entbunden und sie an den Kaiser zurückgestellt, und um dieselbe Zeit wiederholte der Kaiser seine Erklärung betreffend die Zahlung des Geldes. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 313, 314—315.

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 664—665. Sein Schuldbrief an die Stände vom 8. Apil ebendort 670—671. Vgl. auch ebendort 686, 687.

[3] Neben Bischof Gabriel von Erlau erscheint in diesen Dingen besonders der Propst von Preßburg verwendet.

[4] Die Einladung zum Tage bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 664—665.

[5] Schreiben des Kaisers vom 10. März 1478 an den Propst von Preßburg. Mon. Habsb. I. 3, 328. Wer gleich dem Verf. so vielfach Chmels Mon. Habsb. benützte, wird, wie er, Chmel dankbar sein für die Fülle des Materiales, aber mit ihm weniger die vielfachen Versehen im Texte und in den chronol. Angaben, als die geradezu chaotische Anordnung, besser Unordnung in Bd. II. und namentlich III. zu beklagen haben, die zu immer neuer Durcharbeitung zwingt und doch das Übersehen wichtiger Meldungen fast notwendig mit sich bringt.

[6] Die Akten des Wiener Tages bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 552 ff.

[7] Ihre Gegenwart erhellt aus ebendort I. 2, 554. Hinterher beriet man auch in Linz. Vgl. ebendort 666—667.

[8] Ebendort 763, 732—733.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er die landesherrlichen Kassen leeren ließ bis auf den letzten Pfennig[1] und auch die Niederösterreicher sich immer wieder nach Möglichkeit „Aufschläge, Anschläge, Steuern und anderes Geld" abfordern ließen,[2] es reichte alles nicht. Und als dann die österreichischen Stände neben einem allgemeinen Anschlage auch ein Anlehen, wie sie hofften, bei Herzog Ludwig von Niederbayern in Aussicht hatten,[3] so stand man doch auch so nur vor der Alternative, entweder die Söldner oder den König von Ungarn nicht zu bezahlen. Es ist bezeichnend, daß sich der Kaiser für ersteres erklärte, „da es gegen sie noch immer leichter zu kriegen wäre als gegen den König".[4]

Denn anscheinend hatte man mit dem Könige nichts als Liebe und Freundschaft. „Gegenwärtig", lautet ein Schreiben vom 14. Mai an den Markgrafen von Montferrat, „herrscht wahrer Friede und Eintracht zwischen der kaiserlichen Majestät und dem Könige von Ungarn, ein aufrichtiges, friedliches Einvernehmen wie zwischen Vater und Sohn".[5] Der König zeigte sich in den österreichischen Dingen unerwartet geduldig, wenn auch seine Räte gelegentlich Schwierigkeiten machten.[6] Ja, dem Kaiser in einer Herzensangelegenheit entgegen zu kommen, hatte er ihm auch Förderung seines Sohnes, des Herzogs von Burgund, versprochen und sich verpflichtet, eventuell sogar an König Ludwig von Frankreich den Krieg zu erklären.[7]

Der Friede erregte auch anderswo aufrichtige Freude, ausgenommen etwa an den Höfen von Böhmen und Polen und bei dem Kurfürsten von Brandenburg, der vom Kaiser in seinem Frieden versorgt sein wollte, nachdem er nicht das mindeste für dessen Krieg gethan.[8]

Von dem Dogen von Venedig lief ein Glückwunschschreiben ein.[9] Noch größer war die Freude bei Papst und Kardinälen. Am 10. Dezember 1477 wurden unter anderen die Empfohlenen beider Fürsten zu Kardinälen der römischen Kirche ernannt: der Protonotar Georg Heßler,

[1] Betreffs Judensteuer, Kriegssteuer, Kassensturz s. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 763, 929, 933—935; 786—787; 755—756.

[2] Mon. Habsb. I. 2, 572—573. [3] Vgl. Mon. Habs. l. c. 366.

[4] Ebendort I. 3, 304.

[5] Mon. Hung., Acta extera II. 368—369, Nr. 355.

[6] Vergleiche das Schreiben des Kaisers vom 17. April in Mon. Habsburg. I. 2, 546—247.

[7] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 561—562. Mon. Hung., Acta extera II. 368.

[8] Font. rer. Austr. XLVI. 434—435, 435—436, Nr. 423, 425.

[9] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 311.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

seit April 1477 wieder im Reiche und in Burgund für Erzherzog Maximilian thätig, und Gabriel von Verona, Bischof von Erlau, damals König Matthias' rechte Hand und der gewichtigste der geistlichen Unterhändler des Kremser Friedens.[1]

Im übrigen machten sich aber die Folgen der Ereignisse des Vorjahres bei Sieger und Besiegten in verschiedenartigster Weise geltend. Der Kaiser war gelähmt. Im Norden ließen sich die Grenzhändel zwischen österreichischen, mährischen und besonders böhmischen Edlen trotz der vermittelnden Thätigkeit des Erzbischofs Johann von Gran nicht völlig beilegen.[2] Die Schwierigkeiten wegen Beschaffung des Geldes zur Bezahlung des Ungarkönigs nahmen kein Ende; wieder (am 21. Oktober) berieten darüber die Niederösterreicher zu Wien. Umsonst war auch das Bestreben des Kaisers, durch Besetzung des Landrechtes, Bestellung von Hauptleuten über die vier Viertel der Herzogtümer ob und unter der Enns, die Handhabung der öffentlichen Ordnung und die Überwachung der Abgaben[3] der allgemeinen Not und der wachsenden Unzufriedenheit zu steuern. Und ähnlich sah es in Innerösterreich aus. Kein Wunder, daß in Kärnthen, wo noch ein trotziges Kraftgefühl lebte, die Bauernschaften zu dem Entschlusse kamen, ihrer trostlosen Lage, wenn es sein müsse, auch mit Gewalt ein Ende zu schaffen. Ein Bund von Gesinnungsgenossen wurde organisiert, Waffen wurden gekauft, der Entschluß gefaßt, die Abgaben, die man, um Schutz und Verteidigung der Landschaft zu ermöglichen, bisher umsonst an die Obrigkeit entrichtet habe, nicht weiter zu zahlen und lieber zu versuchen, wie man mit eigener Kraft den heimischen Boden gegen die türkischen Streifscharen behaupte.[4] Daneben war der Kaiser wegen seines völligen Geldmangels weder im stande, selbst irgend bedeutendes für seinen Sohn zu thun, noch auch eine Rüstung des Reiches für den burgundisch-französischen Krieg zuwege zu bringen. Und die böhmischen und polnischen Angelegenheiten schienen seinem Einflusse noch mehr entrückt als die deutschen. Damals zeigte sich selbst Papst Sixtus widerspenstig, als der Kaiser, obwohl von dem Ungarkönige veranlaßt, die Einziehung von Mailand an das Reich versuchte.[5]

[1] Konsist.-Akten im vat. Geh. Arch. zu Rom, arm. XXXI. tom. 52, fol. 53.

[2] Über die in der Sache am 15. Juni und 13. Oktober in Linz gehaltenen Tage s. die Aufzeichnungen bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 668, 671, 675—667.

[3] Vgl. dazu viels. Mater. bei Chmel, Mon. Habsb. I. 632—633, 689 u. a.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 866—867, 872, 876—877, 878, 881. Vgl. Huber, Gesch. Österreichs III. 255.

[5] Vgl. die Beschwerde des Kaisers über die Haltung des Papstes in dieser

Dagegen stand der Ungarkönig dem Zenithe seiner Macht nahe, und glänzender noch als je trat seine Kunst hervor, die errungenen Erfolge zum Ausgangspunkte neuer größerer Entwürfe zu machen. Unmittelbar nach der Niederwerfung des Kaisers sehen wir ihn allseitig am Werke, auch mit Polen und Böhmen zu einem Frieden nach seinem Wunsche zu kommen, und ebenso den Kurfürsten von Brandenburg einzuschüchtern und von sich abhängig zu machen, ohne ihn durch zu schwere Demütigung für die Dauer zu entfremden.

Mit Recht aber erkannte der geniale Corvine als die Grundlage für erfolgreiche Durchführung dieser seiner Absichten die Bereitstellung neuer, ausreichender materieller Mittel und ein festes Einverständnis mit den eigenen Unterthanen. Auf dem Ofener Landtage forderten seine Kommissäre (14. Februar 1478) auf fünf Jahre die Bewilligung von je einem Dukaten von jeder unterthänigen Hausstelle. Aber sie fügten auch die Versicherung hinzu, daß der König die verlangten Gelder vorzugsweise für den Türkenkrieg verwenden wolle, daß er dieser Steuerleistung gegenüber allen Inwohnern des Reiches während dieser fünf Jahre die Kriegspflicht, einige bestimmte Fälle ausgenommen, erlasse und für die Verteidigung des Landes allein Sorge tragen werde. Auch gewissen Klagen der Komitate über die unbeschränkte Gerichtsbarkeit, die der König seit der Reform von 1464 übte, gab Matthias statt, ohne freilich die geschaffenen Ordnungen im Wesen zu gefährden. Am 27. März waren König und Reichstag einig,[1] und unmittelbar darauf ergingen angemessene Forderungen[2] an die Fürsten und Stände Schlesiens und nach allem ebenso an die anderen Unterthanen des Königs Matthias innerhalb der böhmischen Krone.[3] Auch hier, scheint es, mit Erfolg.

Nach Ablauf des Breslauer Stillstandes (Pfingsten 1477) war der Krieg zwischen Ungarn und Böhmen nicht sofort im großen Maßstabe wieder aufgenommen worden, wenn sich auch die beiden erwählten Könige

Sache bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 382. Die bezügliche Behauptung Mayers im Archiv für österr. Gesch. Bd. 55, 196 (auch die Meinung Hubers, österr. Gesch. III. 254) ist demnach irrig. Gegen obiges Zeugnis kommt die Meldung des Diarium Parmense bei Muratori XXII. 272 nicht in Betracht.

[1] Vgl. Szalay-Wögerer, Ungarische Geschichte III. 324—335, wo auch die Quellen genannt sind.

[2] Vgl. das Schreiben des Bischofes Rudolf von Breslau (Ende März 1478) in den Script. rer. Siles. XIII. 255, Nr. 302.

[3] Bezüglich der Schlesier vgl. man Fontes rerum Austriac. XLVI. 438 und 439, Nr. 427, 429. Über die Steuer vergl. man Eschenloer, Geschichten II. 385 und Kloß, Oberlausitzer Hussittenkrieg II. 3,394a. Darnach sollte Breslau allein 6000 Gulden zahlen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in Österreich feindlich gegenüber traten. So siegreich und übermächtig König Matthias an der Donau aufgetreten war: es zeigte sich doch eben damals, daß seine Macht und Mittel nicht ausreichten, zugleich hier und in der böhmischen Krone den Meister zu spielen. Die Mannschaften, die er (Sommer 1477) zur Sicherung Schlesiens abgesandt hatte, waren weder zahlreich genug noch regelmäßig bezahlt. Bald verweigerte ein Teil den Dienst. Fürsten, Städte und Adel, längst nach Frieden begehrend und dessen in hohem Grade bedürftig, suchten, statt sich mit eigenen Kräften zu schützen, Abgedinge mit den Gegnern, wobei man es auch mit der Titulatur des „Prager Königs" nicht so genau nahm.[1]

In Böhmen, wo ohnehin die früher getroffenen Landfriedens-Ordnungen nachwirkten und den Anhängern beider Parteien eine gewisse Unabhängigkeit sicherten, belagerten im Herbste 1477 Bohuslaw von Schwanberg, des Königs Hauptmann, und Zdeslaw von Sternberg im Verein mit den vornehmsten Anhängern der ungarischen Partei, aber auch in offenbarem Einverständnisse mit König Wladislaw, den Racek von Kotzau, einen der kühnsten Anhänger der Sache des Königs Matthias, auf dem Schlosse Horaschdiowitz, so sehr der König solches auch übel nehmen mochte.[2] Nun schritt freilich Matthias gegen Schwanberg ein, zumal er ihn auch im Verdacht hatte, während des vorjährigen Krieges nicht energisch genug böhmischen Zuzug zu dem Kaiser gehindert zu haben. Am 30. Januar (1478) wurde Schwanberg in Budweis gefangen genommen, dann nach Brünn abgeführt. Dieser rasche Schritt war aber, so sehr er des Königs Art entsprach, nicht darnach, in Böhmen die Neigung für die ungarische Herrschaft zu vergrößern. Der Sohn und der Bruder des Gefangenen traten zu König Wladislaw über und die Auflösung der ganzen ungarischen Partei, des Restes des alten Herrenbundes, schien in Kürze nachfolgen zu sollen.

Aber andererseits setzte König Matthias den Jagellonenkönigen mit dem Schwergewichte seiner militärischen und beinahe noch mehr seiner politischen Maßregeln doch ungleich härter zu. Schon im September 1477 hatte der Papst, Protest erhebend gegen die Belehnung Wladislaws mit Böhmen durch den Kaiser,[3] Katholiken[4] und Utraquisten[5]

[1] Eschenloer, Geschichten II. 352—355 (Abkommen v. 1. Mai), 356.
[2] Vgl. Palacky, Geschichte von Böhmen V. 1, 171, 172.
[3] Vgl. sein Schreiben an den Kaiser vom 19. September 1477 in den Script. rer. Siles. XIII. 229—231, Nr. 284.
[4] Ebendort 233, Nr. 286. Schreiben vom 22. September.
[5] Ebendort 233—234, Nr. 287. Schreiben vom 27. September.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nochmals an König Matthias gewiesen. Die Hohenzollern waren nach wie vor von Johann von Sagan beschäftigt, der, am 8. Dezember 1477 direkt mit Glogau belehnt,[1] nun von dem Könige ausgiebiger unterstützt werden konnte.[2] Ohnehin dauerte zwischen Brandenburg und Böhmen der Streit wegen des Ehegelöbnisses fort.[3] Gegen Polen hatte Matthias die alte Verbindung mit dem Bischof von Ermeland festgehalten und selbst ein Einverständnis mit dem Deutschherrnorden hinzugefügt, der natürlich die Gelegenheit begierig ergriff, sich der tötlichen Umklammerung durch das polnische Reich mit ungarischer Hilfe wieder zu entwinden. Seit Beginn 1477 nannte sich Matthias Schutzherr des Ordens; entschieden wurde seine Verpflichtung betont, den Hochmeister gegen jeden Feind zu schützen.

Schon verlautete auch von Vereinbarungen über den Krieg, den man demnächst gemeinsam gegen König Kasimir führen wollte, schon verweigerte das neugewählte Ordenshaupt Martin Truchseß, 1477 selbst Mitglied der Ordensgesandtschaft am ungarischen Hofe, dem Könige die vertragsmäßige Huldigung.[4] Was konnte das geld- und waffenschwache Polen thun? Und war nicht König Matthias der treugehorsame Sohn der Kirche, der auch darin vor allem nach den Intentionen des heil. Stuhles handelte? Die Kurie hatte trotz aller Schwankungen ihrer Politik ihre Verpflichtung, dem Orden gegen Polen beizustehen, doch niemals leugnen können. Jetzt war wenigstens ein päpstlicher Sendbote, Balthasar von Piscia, der in Breslau „auf König Matthiä Zerung lag", ohne weiteres bereit, auch wieder im Namen der Kirche gegen Kasimir einzuschreiten. „Er bannte den König von Polen mit allen seinen Herren, auch seinen Erstgeborenen und alle ihre Helfer, die wider Matthiam waren, sandte viel Prozesse aus überall, alsfern er mochte, und allezeit auf den Jahresmärkten zu Breslau ließ er vor den Polen und Böhmen die Kirchen zuschließen und legete das Singen alle Jahrmärkte ganz aus."[5]

Bald verlautete von noch weiteren ungarischen Plänen: Der König wolle Herzog Konrad den Weißen von Öls bewegen, sein Land dem

[1] Script. rer. Siles. X. 119, Nr. 70.

[2] Darauf bezügliche Materialien in den Scriptor. rerum Siles. X. 119—120, Nr. 71; Font. rer. Austr. XLVI. 431—432, Nr. 422, 435, Nr. 423.

[3] Vgl. jetzt darüber noch Font. rer. Austr. XLVI. 455—460; 461, Nr. 441, 442, 443; weiteres Material im Nürnberg. Kreisarchiv, Herrschaftliche Bücher 49.

[4] Caro, Geschichte Polens V. 1, 439 ff.

[5] Eschenloer, Gesch. II. 373. Script. rer. Siles. XIII. 241—243, Nr. 297. Breslau am 15. Januar 1478.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

deutschen Orden abzutreten; er sei entschlossen, die Neumark einzulösen und gleichfalls an den Orden zu geben, dagegen den Markgrafen ihr Geld in Breslau auszahlen zu lassen; der Orden solle so auch im Westen Polens eine starke Stellung und die direkte Verbindung mit dem König von Ungarn gewinnen, der ihm „der Mutter Gottes zu Ehren" gegen Polen Beistand thun werde.[1]

Angesichts solcher Maßregeln des Corvinen ging man zu Beginn 1478 am polnischen Hof ernstlich zu Rate, wie etwa der Streit mit ihm auszugleichen wäre. König Kasimir selbst war, scheint es, geneigt, Matthias nun als Erbkönig von Ungarn anzuerkennen, falls dieser seinerseits auf Böhmen verzichte. Dagegen stand jedoch das Bedenken, daß damit die bisher mit solcher Zähigkeit festgehaltene Rechtsbasis der polnischen Ansprüche prinzipiell aufgegeben werde. Auch war trotz aller Ohnmacht der Hochmut der polnischen Großen noch nicht gedämpft genug, als daß sie nicht gegen den Plan des Hofes Widerspruch erhoben hätten.[2]

König Kasimir war eben damit beschäftigt, auf einem anderen Wege eine Annäherung an Ungarn zu suchen, als der entscheidende Schritt von Böhmen aus geschah.

Im Februar-März 1478 verhandelten in Brünn böhmische und ungarische Räte über die Verlängerung und Ausdehnung der Waffenruhe zwischen den Angehörigen[3] beider Parteien zunächst in Mähren. Da überraschte sie Ctibor Tobitschauer von Zinnenburg, einst mit Zustimmung aller Stände zum Hauptmann in Mähren bestellt, mit der Eröffnung, daß er von König Wladislaw zum Abschlusse eines „endlichen" Friedens vollkommene Vollmacht erhalten habe; die Ungarn möchten nur ihre Forderungen stellen. Einst hatte ein Generallandtag in Prag (Februar 1477) als geeignetes Mittel, der Krone den Frieden wiederzugeben, die Anerkennung der thatsächlichen Besitzverhältnisse beider Parteien in Anregung gebracht. Auf ähnlicher Anschauung fußt der Vertrag, über den man sich jetzt in Brünn verhältnismäßig rasch (28. März) einigte. Weil es zwei erwählte Könige von Böhmen gab, so wurde wie einst im Streite um Ungarn (1462) der Widerstreit der Interessen mit der Bestimmung beseitigt, daß Matthias in seiner Eigenschaft als König

[1] Brief des Abtes Martin von Sagan an die Herzoge von Sachsen v. 2. Mai 1478 in Fontes rer. Austr. XLVI. 437—438, Nr. 428.

[2] Caro, Geschichte Polens V. 1, 464.

[3] Er war auf den 22. Februar einberufen. Vgl. Lukas Eisenreich an die Breslauer am 13. Febr. 1478. Scriptor. rer. Siles. XIII. 244—245, Nr. 299.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von Böhmen Wladislaw von Polen zum Sohne annehme und ihn mit dem Königreiche Böhmen ausstatte; er soll ihn als König von Böhmen anerkennen und auch so nennen, wobei es Matthias als Vater anheimgestellt bleibe, ob auch er sich König von Böhmen schreiben wolle. Matthias erhält als Ersatz für Mähren, Schlesien und die Lausitzen und die Teile Böhmens, die er jetzt inne hat, 400000 Dukaten, die ihm als Pfandsumme auf diese Gebiete verschrieben werden. Betreffs der Auszahlung der Summe und der Überweisung der Lande an König Wladislaw wurden genaue Bestimmungen getroffen. Beide Könige sollten übrigens am 24. Juni d. J. in Person in Olmütz zusammentreten, um alle noch übrigen Fragen, namentlich den Kirchenstreit in Böhmen, von dem ja das langjährige Kriegsunheil sich herschreibe, in Ordnung zu bringen. Dort möge auch die Ausgleichung des Königs Matthias mit König Kasimir gesucht und vor allem rechte Eintracht und Brüderlichkeit zwischen Matthias und Wladislaw hergestellt werden.[1]

Noch war der Jubel, der sich des unerwarteten Friedens wegen allenthalben in den böhmischen Landen erhob, verfrüht.[2]

König Matthias scheint weniger über den materiellen Inhalt des Vertrages unzufrieden gewesen zu sein, als wegen der Form, in der ihm die eroberten Gebiete verbleiben sollten. Möglich auch, daß der große Sieg, welchen in jenen Tagen sein Hauptmann in Pilsen, Johann Plankner von Kinsberg, in der Nähe von Pilsen gewann, seine Kriegslust aufs neue anfachte.[3] Auch Polen gegenüber nahm er seine Pläne wieder auf.[4]

Aber die erwarteten, weitgreifenden Folgen des Sieges Plankners wollten sich nicht zeigen. Bald kam es deshalb zum Abschlusse einer neuen Waffenruhe (bis zum 1. Juni 1478), die dann gelegentlich einer Zusammenkunft, welche Herzog Hinko von Podiebrad auf Geheiß des Königs mit Johann von Tobitschau und Zinnenburg zu Podiebrad hatte, bis Jakobi (25. Juli) und neuerdings bis zum 29. September d. J.

[1] Der sehr weitläufige Vertrag vom 28. März bereits (deutsch) bei Eschenloer, Gesch. II. 373—383 und nochmals jetzt (genau) nach der „Cedula" in Eschenloers Manuskript in den Scriptor. rer. Siles. XIII. 245—254, Nr. 301. Der czechische Text im Archiv český IV. 481—487. Vgl. auch Markgraf-Grünhagen, Besitz- und Lehensurkunden Schlesiens I. 29.

[2] Palacky, Gesch. von Böhmen V. 1, 176—177.

[3] Vgl. Eschenloer, Gesch. II. 383—384. Nun auch Script. rer. Siles. XIII. 256—257, Nr. 204. Danach versuchte Wladislaw womöglich vor Beginn der Waffenruhe noch rasch Pilsen zu gewinnen.

[4] Font. rer. Austr. XLVI. 438.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

verlängert ward.[1] In der Zwischenzeit erschien eine ungarische Gesandtschaft bei König Wladislaw, um mit ihm „den ewigen Frieden ganz und gar zu beschließen, so wie ihn ihr Herr leiden könnte".[2] Auch sie gelangte noch zu keinem Ziele, hatte aber wieder die Sendung Benedikts von Weitmühl an den ungarischen Hof zur Folge. König Wladislaws Friedenssehnsucht war in stetem Wachsen begriffen. Immer mehr machte sich auch ihm gegenüber bei den böhmischen Ständen die Unbotmäßigkeit geltend, an die sie in den langen Kriegswirren und Schwankungen sich gewöhnt hatten. Und noch bedrohlicher schien die steigende Unzufriedenheit der Utraquisten, geistlich und weltlich, welche eben jetzt am Laurentiuslandtage (10. August) sich verabredetermaßen in großer Anzahl eingefunden und ihre religiösen Forderungen mit verletzendem Ungestüm vorgetragen hatten.[3]

So kam es, daß Weitmühl mit dem für König Matthias Jaroslaw von Boskowitz und Czernahora verhandelte, sich zu weitgehender Nachgiebigkeit bevollmächtigt erwies. Aber erst, nachdem er den gesteigerten Forderungen der Ungarn gegenüber persönlich neue Weisungen in Prag eingeholt hatte (Mitte August),[4] gelang nach schwieriger Verhandlung Ende September die Verständigung wenigstens in den Hauptpunkten.[5] Es dauerte dann noch bis zum 27. Oktober, ehe die lange Reihe der Nebenfragen geordnet und das ganze in Vertragsform gebracht war.[6]

Darnach sollten nun beide, Matthias und Wladislaw, erbliche Könige von Böhmen sein und einander als solche anerkennen. Matthias tritt an Wladislaw ab, was er in Böhmen, dieser an Matthias, was er in den Nebenlanden inne hat. Diese Lande gelten auch jetzt als Pfandbesitz der ungarischen Krone, deren Einlösung um 400000 Dukaten erfolgen kann; aber eine solche findet bei Matthias' Lebzeiten nicht statt, es sei denn,

[1] Eschenloer, Geschichten II. 384. Vgl. auch das Schreiben König Wladislaws an die Egerer vom 29. Mai 1478 in Fontes rer. Austr. XLVI. 438—440, Nr. 430.

[2] Font. rer. Austr. l. c. 440.

[3] Man vgl. den gleichzeitigen Bericht aus Prag an Hugold von Schleinitz in Font. rer. Austriac. LXVI. 440—442, Nr. 431.

[4] So nach Fontes rerum Austr. XLVI. 442.

[5] Dies zeigt jenes Schreiben an Bohuslaw von Schwanberg, das Palacky V. 1, 195 teilweise mitteilt.

[6] Das Original des Ofener Vertrages findet sich in Wien. Derselbe ist öfter gedruckt, so bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 226—235 (inseriert in der Olmützer Vereinbarung vom 7. Dez.) und ebendort 252—258 (inseriert in der Olmützer Urkunde vom 25. Juli 1479); czechisch im Archiv český IV. 488—495.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

daß König Wladislaw stürbe und Matthias im ganzen Königreiche Böhmen als alleiniger Herrscher anerkannt würde, in welchem Falle die Nebenlande sofort und ohne Pfandschilling an die böhmische Krone heimfallen. Auch jetzt wurde vereinbart, daß behufs einer Verständigung in einer Reihe besonderer Angelegenheiten, namentlich aber wegen der Einrichtung des böhmischen Kirchenwesens, dessenwegen sich beide Könige Mühe geben sollen, und behufs der Aussöhnung des Königs Matthias mit König Kasimir von Polen gleich am nachfolgenden Katharinentage (25. November) eine Beratung beiderseitiger Räte in Olmütz und dann zu Lichtmeß 1479 eine persönliche Zusammenkunft der beiden Könige nahe bei diesem Orte stattfinde.

Es zeigten sich zwischen Ungarn und Böhmen keine wesentlichen Schwierigkeiten mehr. König Matthias selbst gab am 6. November dem bisherigen Gegner Nachricht von der glücklichen Beendigung der Verhandlungen: Er sei hocherfreut über den Frieden, den er immer von Herzen gewünscht habe und der gewiß der ganzen Christenheit Freude bereite. Die gleiche Gesinnung dürfe er wohl auch bei Wladislaw voraussetzen. Auf Aufforderung des türkischen Kaisers sollen Friedensverhandlungen auch mit den Türken begonnen werden; dies teile er Wladislaw, der sich dessen freuen werde, zuerst mit.[2]

Die Zusammenkunft der Räte zu Olmütz fand statt.[3] Aber betreffs persönlichen Begegnung der beiden Könige konnten sie nur feststellen, daß der Termin dafür zu kurz sei und die Zusammenkunft auf künftige Mittfasten, und falls König Matthias verhindert wäre, auf noch spätere Zeit verschoben werden müsse.[4] Der Hauptgrund solcher Störung lag in der spröden Haltung König Kasimirs. Und dessen Hoffnungen beruhten wieder vor allem auf dem Kriege zwischen Ungarn und Kurbrandenburg, der neuerdings entbrannt war und immer weitere Kreise zu ziehen schien.

Obwohl „durch Meister Thoman von Cilli außerhalb des Friedens" des Kaisers gelassen, fand Kurfürst Albrecht die Sachlage nicht so ungünstig, daß er sich hätte entschließen können, mit einer Friedensbewerbung

[1] Es war vereinbart, daß sich polnische Räte im Gefolge Wladislaws und von Matthias noch besonders mit Geleite versorgt an der Zusammenkunft beteiligen sollten. Vgl. auch Mon. Hung., Acta extera II. 369, Nr. 255. Was Fraknói, Matthias Corvinus 179, sagt, ist ungenau.

[2] Kopie im Hauptstaatsarchiv zu Dresden, Böhm. Sachen II. fol. 31.

[3] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 225 ff.

[4] Es war dafür der 2. Mai in Aussicht genommen, doch erwies sich auch dieser Termin als zu früh.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bei Ungarn sich als den Besiegten zu bekennen. Die sichtliche Neigung des Ungarkönigs, sich mit ihm zu verständigen, mochte auf ihn nicht ohne Einfluß sein. In der That versuchte Georg von Stein, königlicher Anwalt in Schlesien und den Lausitzen, auf einem Tage zu Guben (15. Mai) in dem Kriege zwischen Markgraf Johann und Herzog Hans von Sagan seinen Herrn als unparteiisch hinzustellen.[1] Er erreichte auch mit Zustimmung beider Parteien, daß die Entscheidung des Streites dem Könige Matthias zugewiesen wurde. Die Hohenzollern konnten merken, daß der König in der Sache Meister sein wollte, ohne nur ernstlich zu kriegen. Sie brachten es nicht über sich, den Gubener Handel auch wirklich vorwärts gehen zu lassen. Markgraf Johann rüstete eifriger als je, den Süden der Mark gegen Hans von Sagan und die ungarischen Scharen zu sichern. Im Juni erschien der alte Markgraf selbst aus Franken an der Oder. Man spannte alle Kräfte an, sich des Hochmuts der Ungarn zu erwehren.

Aber es war nun, nachdem der Kaiser, allein gelassen, unterlegen war und Böhmen die Waffen niedergelegt hatte, zu spät. Der Corvine war auch einem Albrecht Achilles diplomatisch gewachsen, Ungarn an materiellen Mitteln der Mark weit überlegen. Am 12. August erklärte König Matthias den Brandenburgern den Krieg.[2] Während die Markgräflichen sich gegen Schlesien und die Lausitz zu nachdrücklichem Kampfe vorbereiteten, fiel aber im Norden Herzog Wartislaw von Pommern-Wolgast ohne Absage in ihr Land. Sein Neffe, Herzog Bogislaus, folgte nach, beide seit langem im Einverständnisse mit Ungarn.[3] Als sich Markgraf Hans gegen sie wandte, kam er sofort im Süden zu Schaden.[4] Auch die Hansastädte Mecklenburg, Magdeburg,[5] zeigten sich feindlich, unfreundlich selbst die Herzöge Ernst und Albrecht von Sachsen, die Jörg von Stein enger in das ungarische Interesse hineinzuziehen und unablässig gegen Brandenburg zu hetzen suchte.[6]

Es war da kein großer Gewinn, daß der alte Markgraf wenigstens

[1] Vergl. Script. rer. Siles. X. 122, Nr. 77. Daß die Verhandlungen einige Wochen früher begannen, zeigt Font. rer. Austr. XLVI. 450, Nr. 437.

[2] Eschenloer, Geschichten II. 386.

[3] Vgl. Font. rer. Austr. XLVI. 416, Nr. 412.

[4] Ebendort 439, Nr. 428, Zettel. Droysen macht aus dem Böhmen Jakubko (von Wřesowec) der hier die Sagan'schen anführt, einen „Jan Kuf".

[5] Droysen, Gesch. der preuß. Politik, II. 1, 317.

[6] Man s. jetzt dazu außer Script. rer. Siles. X. 120 ff. noch Fontes rerum Austr. XLVI. 393—394, Nr. 398; 395, Nr. 400.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gegen Pommern entscheidende Erfolge errang. In der Mark selbst zeigte sich Unlust und Verzagtheit.[1]

So konnten auch die Hoffnungen König Kasimirs nicht in Erfüllung gehen. Zur Zeit, als der Krieg in der Mark von neuem entbrannte (Ende Juni 1478), stand er selbst in Waffen gegen den unbotmäßigen Ordensmeister und waren alle Errungenschaften des langen schweren preußischen Krieges wieder in Frage gestellt. Als das Polenreich dann seine Kräfte zusammenfaßte und die Expedition gegen Ermeland (September 1478) ins Werk gesetzt ward, da kam auch die verläßliche Kunde, der König von Ungarn werde seiner Verpflichtung als Schirmherr des Ordens vollauf genügen und der im österreichischen Kriege bewährte Feldhauptmann Johann Zeleny von Schönau sei bestimmt, ein ungarisches Hilfsheer nach Preußen zu führen. Es schienen einen kurzen Augenblick dem Osten Europas noch größere Stürme zu drohen, als in den letzten Jahrzehnten. Aber mit dem Trotze der Polen war es rasch vorüber: schon betrieb ja der Ungarkönig bei Papst Sixtus IV. die Ausbringung einer Bulle, welche die Preußen von jeder Verpflichtung, die sie irgendwie gegen Polen eingegangen, lossprechen sollte.[2] Dann erschien im November ein Krakauer Domherr, der Geschichtsschreiber Johann Dlugosch, am ungarischen Hofe zu Ofen und schon am 21. November wurde zwischen Ungarn und Polen ein Waffenstillstand unterzeichnet, dem am 2. April 1479 der Definitivfriede folgte.[3]

Matthias hatte erreicht, was er wollte. Der harte Sinn des Polenkönigs war erweicht; wie früher militärisch mitten im Kriege, so opferte der Ungar nun im Frieden das Interesse Ermelands und des Ordens. Bischof und Hochmeister haben dann, der erstere bereits auf dem nachfolgenden Reichstage zu Piotrkow (Juli 1479), der andere am 9. Oktober 1479 König Kasimir den Eid der Treue geleistet.[4] Das Schicksal Westpreußens war damit auf Jahrhunderte entschieden.

Auch Brandenburg gegenüber kam König Matthias ans Ziel. Der Kurfürst hatte ebenso wie der Kaiser voll Verdruß mit ansehen müssen,

[1] Droysen, Gesch. der preuß. Politik II. 1, 317.

[2] Epistolae ad pontifices 127 Nr. CII. Schreiben des Königs v. 28. Oktober. Obigen Sinn verlangt die Sachlage. Die Worte lauten: Prout sanctitati vestre jam sepius supplicavi, ita supplico et nunc devotissime et instanter, ut sanctitas vestra in facto Prutenorum iam tandem finem facere et bullas absolutionis eorum absque ulteriori procrastinatione expediri committere dignetur.

[3] Dogiel, Cod. dipl. Polon. I. 77. Zum Ganzen vgl. Caro, Gesch. Polens V. 1, 468 ff.

[4] Caro, Gesch. Polens V. 1, 471 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wie nach dem Polenfrieden der Friedenstag der Könige von Ungarn und Böhmen (Juli 1479) zu stande kam und der Ungar dabei einen Prunk und eine Freigebigkeit entfaltete, die alles, was man ähnliches in deutschen Landen damals wußte, in den Schatten stellten. Er hatte lange zuvor Kenntnis, daß wittelsbachische Fürsten, nicht etwa nur der länderlose Christof von München, sondern auch Pfalzgraf Otto von Moosbach, und Herzog Albrecht von Sachsen[1] den Olmützer Tag besuchen würden. Da hatte auch er nachgegeben und Gesandte geschickt. Mit ihnen bemühten sich die Herren von Bayern und Sachsen zu Olmütz um die Schlichtung des Glogauer Handels und der Markgraf ließ sich die Sache gefallen. Am 11. August, kurz nach Beendigung des Tages, kam es denn auch zu einer Richtung, in welcher der Kurfürst auf seine Crossen'schen Ansprüche für 50000 Gulden verzichtete.[2]

Im engen Bunde mit dem Papste, der ihm 1478 angeblich wieder 80000 Dukaten für den Türkenkrieg gespendet hatte,[3] ohne natürlich die Verwendung überwachen zu können, im Frieden mit Polen und Böhmen, dessen Freundschaft nun Matthias eifrig suchte, befreundet und befriedet mit den mächtigsten deutschen Fürstenhäusern, ging der große Corvine seiner europäischen Politik nach. Ihm schien gelingen zu müssen, woran einst Karl von Burgund durch seine Unbesonnenheit gescheitert war: dem vielzerrissenen Deutschland den Fuß auf den Nacken zu setzen.

Matthias hatte Widerstand nur noch von einer Seite zu erwarten, von dem alten zähen Kaiser. Aber war Friedrich nicht schon beim ersten Waffengange (1477) völlig unterlegen? Bedrängten ihn nicht zugleich die Türkennot und die Erschöpfung und Unzufriedenheit der Erblande, die Spaltungen im Reiche und die schweren Verlegenheiten seines Sohnes im Westen?

Der König mochte guten Mutes sein.

---

[1] Sein Bericht über die Festlichkeiten nun in den Fontes rer. Austr. LXVI. 453—455, Nr. 440. Die ergänzenden Meldungen des Bischofes von Meißen scheinen leider verloren zu sein.

[2] Droysen, Gesch. der preuß. Politik II. 1, 319 ff. Seine Lobeserhebungen für den Markgrafen sind zum Teile verdient. Vgl. auch Fraknói, Matthias Corvinus 199, 201.

[3] So sagt Sixtus IV. selbst in einer Instruktion für den Protonotar de Agnellis. Vatik. Geh. Archiv, libri var. instruct. CXXII., fol. 41.

Vierundzwanzigstes Kapitel.

Die Aufrichtung der habsburgischen Herrschaft in den Niederlanden. Deutschland und Österreich in der Türkennot 1477—1479. Wiederausbruch des Streites zwischen dem Kaiser und Ungarn.

Gleich jene erste Epoche deutscher Geschichte, in welcher das Haus Habsburg, bisher mit seinem Eigenbesitze im Südosten und im Süden des Reiches wurzelnd, zufolge der Vermählung Erzherzog Maximilians weite Lande im Nordwesten und Westen Deutschlands und damit eine europäische Stellung gewann, ist typisch geworden für die äußeren Geschicke des deutschen Reiches in den nachfolgenden drei Jahrhunderten. Sowie die österreichischen Herrscher bis zur Auflösung des alten Reiches, nachdem dessen einheitlich-moderner Ausbau in den Tagen Maximilians mißglückt war, Deutschlands Freiheit und Bestand im Westen gegen die Franzosen und im Südosten gegen die Türken unablässig wesentlich mit den Kräften ihrer Erblande zu wahren hatten, wofür freilich deren Interesse jenen des Reiches immer wieder und nach der Sachlage mit vollem Rechte vorangestellt ward, so hatten gleich in den letzten siebenziger und achtziger Jahren des 15. Jahrhunderts der Kaiser und sein Sohn im Osten die ehrgeizigen Bestrebungen des Ungarkönigs und den Andrang der Türken abzuwehren und im Westen mit der Erhaltung des burgundischen Reiches zugleich die nun wieder weit vorgerückten Westgrenzen Deutschlands gegen das Franzosentum zu schützen. Auch sie handelten zufolge eigener Notlage, wesentlich für eigenen Gewinn!

Noch aber besaß die neue europäische Großmacht Österreich für ihre Aufgaben und Ziele nicht den ausreichend weiten Länderbesitz, der ihm dann im 16. Jahrhundert zufiel. Kein Wunder, daß es der schweren Doppelaufgabe nur mit außerordentlicher Anstrengung und nicht ohne vielfachen Nachteil für sich und das deutsche Interesse zu genügen vermochte. Da klammerte man sich denn so gut es ging an das Reich. Neben kriegerischen und diplomatischen Aktionen nach außen gingen immer neue Versuche des Kaisers einher, mit den geringen, verfassungsmäßigen Mitteln und durch besondere Einflüsse die Reichsstände zu Anstrengungen, sei es gegen Frankreich, sei es gegen Ungarn, zu bewegen. Diese Versuche hatten zufolge verschiedenartiger Störungen und Österreich gegnerischer Strömungen innerhalb der zahlreichen Reichsstände namentlich bei den mächtigeren Häusern insgemein nur geringen oder gar keinen Erfolg.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Dabei kann man für jetzt, 1477, und für die nachfolgenden Jahre nicht einmal sagen, daß sich die Stellung des Kaisers im Reiche und zu den bedeutenderen Fürstenhäusern etwa verschlimmert hätte. Nur die Zusammensetzung der hohen kirchlichen Nobilität war seit 1475 für die kaiserliche Politik ungünstiger als zuvor, sowie denn Friedrich III. sein Verhältnis zu Papst Sixtus IV. selbst unbefriedigend fand. Dagegen war Böhmen ein wenn auch schwacher Freund des Kaisers geworden und überhaupt in eine völlig andere, weit bescheidenere Stellung Kaiser und Reich gegenüber eingerückt, als zu weiland König Georgs Zeiten. Der Pfalzgraf, der alte Hauptfeind im Westen, war tot. Die Verständigung des Kaisers mit Landshut strebte seit der Hochzeit Herzog Georgs der alten Innigkeit entgegen, während die Herzöge von München noch zu jung waren, um eine Rolle zu spielen. Der alte Kurfürst von Brandenburg ertrug des Kaisers Haltung in der Glogauischen Sache schon deshalb, weil er an des Kaisers Stelle selbst nicht anders gehandelt hätte und weil die ärgerliche Heiratsgeschichte seiner Tochter Barbara ihn an die Unterstützung des Kaisers wies. Die jüngeren sächsischen Herren endlich, seit langem mit Brandenburg und auch wieder mit dem eigenen Oheim von Thüringen nur mehr äußerlich im Einvernehmen, gingen abseits Erwerbungen in Schlesien nach, ohne viel zu erreichen.

Dagegen war zufolge der endlichen Ausgleichung Herzog Sigmunds von Tirol mit den Eidgenossen ein böser Schaden, der so lange an der Kraft des territorialen Österreich gezehrt, endlich beseitigt. Der Neusser Krieg und die glückliche Vermählung des Erzherzogs Maximilian übten weithin bei Fürsten und Bevölkerungen ihren gewichtigen Einfluß aus auf die Vorstellung von der Macht des Kaisers und der Bedeutung des Hauses Habsburg. Und so sehr auch für den burgundischen Hof die Tage strahlenden Glückes und sieghaften Aufsteigens unter den Herzögen Philipp und Karl vorüber waren, immer noch winkte in den reichen Landen des Erzherzogs die Aussicht auf Ehren und Gewinn, welche ihre Anziehungskraft auf deutsche Herren- und Fürstensöhne nicht versagte und den Erzherzog und sein Haus mit Glanz und Ruhm umgab.

Daneben wurden aber eben jetzt die Folgen der rücksichtslosen Territorialpolitik, die der Kaiser — es blieb ihm sonst nur Aufgebung seiner Pläne übrig — seit vierzig Jahren festhielt, und wurden im allgemeinen die Anzeichen langen Verfalles und tief eingewurzelter Übel in Deutschland erst recht sichtbar. Noch weniger als in den früheren Jahrzehnten Friedrichs III. begegnen wir jetzt im Reiche lebhaftem Interesse und aufrichtiger Liebe und Opferwilligkeit für das allgemeine

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wohl und noch seltener als selbst vor kurzem erscheinen in den politischen Kreisen patriotisches Streben und deutsches Selbstgefühl. Auf den Reichsversammlungen dieser Zeit wagt sich nackter Eigenwille und ungestümes Sonderstreben heraus. Dabei gilt nur eins sicher für alle Stände: von vornherein jede Verpflichtung und Leistung nach jeder Richtung soviel als möglich abzuwehren. Schon wird es Gewohnheit, wenn es irgend angeht, auch die Rechtsbasis der reichstägigen Bewilligungen zu bemängeln und anzuzweifeln.

So konnte es nicht ausbleiben, daß der Kaiser in den burgundischen und ungarischen Händeln aufs neue seine trüben Erfahrungen machte.

Auch nach der Einnahme von Arras (4. Mai 1477) suchte der französische König in der alten Weise und mit den früheren Mitteln den Krieg gegen Burgund fortzusetzen. Aber eine Sendung nach Gent, um zu sehen, in wie weit der Verlust von Artois, der Pikardie und der oberen burgundischen Lande etwa die Stände und Machthaber zur Nachgiebigkeit gestimmt habe, hatte keinen Erfolg. Die am 21. April erfolgte Trauung der Herzogin Marie mit Maximilians Stellvertreter hatte die Hoffnung auf Hilfe von Kaiser und Reich geweckt und zudem kamen jetzt aus beiden Burgund unerwartet günstige Nachrichten.

Da aber die Hilfe allzu lange ausblieb, gewann Ludwig XI. neue Erfolge. Tournay, dann auch die Reichsstadt Cambray, ein wichtiger Handelsplatz an der Schelde, fielen durch Verrat. Dann ward Hennegau angegriffen, bald auch Flandern: nach einem Siege der Franzosen über die Flandrer unter Adolf von Geldern, der diesem selbst das Leben kostete, ging wirklich ein Teil des Landes verloren. Auch sogar Gent, Brügge, ja Brüssel schienen bedroht; nur die Vorsicht des Franzosenkönigs, der erst die festen Plätze in seinem Rücken sein nennen wollte, wandte die Gefahr ab. Darüber ging die gefährlichste Zeit vorüber und während sich die Franzosen umsonst an St. Omer versuchten, nahte endlich auch der Erzherzog und mit ihm deutsches Kriegsvolk. Für König Ludwig war damit die Aussicht auf neue große Erfolge vorbei, wenngleich er eben jetzt die niederländischen Städte mit einer Flotte zu bedrängen begann. Die Scharen deutscher Knechte, die Heinrich von Hessen an die Grenze führte, reichten hin, das Gleichgewicht der Kräfte leidlich herzustellen.[1] Der König eilte nun nach Paris, neue energische Rüstungen zu betreiben.

[1] E. von Rodt, Feldzüge II. 474 ff. Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 250.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nach Beendigung der Hochzeitsfestlichkeiten begab sich der Kaisersohn selbst ins Heerlager. Er hatte, natürlich vergebens, an König Ludwig ein Manifest gerichtet, in dem er Klage führte über die Verletzung der Verträge und die Überziehung der Staaten seiner Gemahlin gegen alles Recht und ohne jeden Anlaß.[1]

Er kriegte gewiß mit schwerem Herzen. Viel lieber hätte er sich seines schönen jungen Weibes gefreut, die Herrlichkeiten seines neuen Fürstenstandes genossen in Spiel und Festlichkeit, burgundische Art und Hofsitte, für die er das regste Interesse besaß, erkannt und geübt. Und wie viele große Städte und starke Burgen, was alles an Eigentümlichem zu Wasser und zu Land, an Sitten und Trachten, an Kostbarkeiten und Seltenheiten, an neuen Waffen und fremdem Wissen gab es in diesen Landen zu sehen! Je mehr ihn der Vater, in fürstlicher Weise zwar, aber doch zurückgezogen, einfach und nüchtern gehalten und allein um die Bewahrung seiner geistigen und körperlichen Gesundheit und die zweckmäßige Entwickelung seiner reichen Gaben gesorgt, desto mehr stand Maximilian der Sinn weit offen für alles dies; er begehrte ihn zu sättigen in unbegrenzter Genußfähigkeit. Und wie rasch gefiel ihm, der unter den Augen des sparsamen, strengen, wortkargen Vaters die Jugendjahre verbracht, der neue Prunk des fürstlichen Haushaltes, der Überfluß und die Bequemlichkeit feinerer Lebensführung, die auf den österreichischen Burgen unbekannt waren, die treue Hingebung seiner klugen stolzen Gemahlin, deren Stütze er sein sollte, ja selbst die mütterliche Liebe, die ihm die Schwiegermutter, die Herzogin-Witwe entgegenbrachte, „eine feine schöne Frau", wie er selbst sie nennt!

Übrigens dauerte der erste Waffengang nur sehr kurz. Nach einigen Gefechten, die den Burgundern kleine Vorteile brachten, bot König Ludwig Unterhandlungen und eine Waffenruhe an (vorerst auf zehn Tage), was am 18. September 1477 zu Lens zum Abschlusse eines Vertrages führte. König Ludwig gab De Quesnay, Bouchain und vor allem die Reichsstadt Cambray an Maximilian zurück. Dafür willigte der Erzherzog ein, daß die beiden Burgund vom Stillstande ausgeschlossen wurden. Die Waffenruhe sollte unbeschränkte Dauer haben gegen jederzeitige viertägige Kündigung.[2] Max that es, weil schwerer Geldmangel sich eingestellt und so Werbungen im Reiche, auf die er gerechnet, unmöglich waren;

[1] Histoire de Flandre IV. 249.

[2] E. v. Rodt, Feldzüge II. 476—477. Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 251.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dazu kamen die trostlosen Meldungen aus Österreich, wo die Ungarn hausten.

Andererseits sah sich König Ludwig von den Schweizern verlassen, von dem Könige von Aragon mit einer Invasion in Languedoc bedroht, beunruhigt durch die Intriguen des Herzogs von Clarence, der Eduard IV. anklagte, Karl den Kühnen verraten zu haben, und in England Kriegsvolk sammelte, um die Interessen der Tochter Karls zu verteidigen, auch nur wenig gefördert durch die Maßregeln seiner französischen Stände selbst.[1] Während der Erzherzog eine Gesandtschaft nach Österreich absandte, um seinem Vater die Sachlage in den Niederlanden darzulegen und ihn um rasche und ausgiebige Hilfe zu ersuchen,[2] ergriff König Ludwig neue Maßregeln. Vor allem war er aber bemüht, Burgund zu bezwingen. Es war dem Könige (19. Januar 1477) rasch gelungen, erst das Herzogtum Burgund, dann auch die freie Grafschaft zu einer bedingten Erklärung für Frankreich zu bewegen. Mittelst einer Truppenmacht, die er ins Land schickte, und reicher Versprechungen hatte er die Stände dazu gebracht, zumal sich die Grafschaft auch von Lothringen und von den Schweizern angegriffen sah.[3] Aber eben in der Hand der letzteren, der Sieger in den großen Schlachten, lag das Schicksal der freien Grafschaft und sie entschieden sich, wie berührt, im Hochsommer für Österreich.[4] Schon brach auch (Ende Februar) in beiden Landen ein Aufstand los. Den Städten, die zuerst gegen Frankreich zu den Waffen griffen, schloß sich der größere Teil des Adels an. Die französischen Truppen wurden nach schweren Verlusten genötigt, einen großen Teil des Landes wieder zu räumen.

Das sollte nun anders werden. Den Eidgenossen bot König Ludwig 40000 Gulden mehr als die Burgunder. Gegen die Aufständischen rückten ausgiebige Verstärkungen ab. Aber dann trat den Bestrebungen des Königs vor allem wieder der Kaiser entgegen. Auf sein Geheiß erschienen Bischof Otto von Konstanz und Graf Haug von Montfort, jener für ihn, dieser für Erzherzog Maximilian beglaubigt, am 16. Oktober auf dem Tage zu Zürich, den die Eidgenossen mit der „niederen Ver-

[1] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre l. c.

[2] Vgl. V. v. Kraus, Maximilians I. vertraulicher Briefwechsel mit Sigmund Prüschenk, Freiherrn zu Stettenberg, Innsbruck 1875, 26.

[3] Rodt, Feldzüge II. 435 ff. Vgl. jetzt über diese Dinge (bet. der Franche Comté) Rud. Maag, Die Freigrafschaft Burgund und ihre Beziehungen zur Schweizerischen Eidgenossenschaft 1477—1678. Zürich 1891.

[4] Maag, Die Freigrafschaft u. s. w. 4, 6, 14, 18.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

einigung" und den Boten der schwäbischen Reichsstädte hielten. Hier wurden die Gesandten Frankreichs „ernstlich" ermahnt", in den Stillstand zwischen dem Erzherzog und Frankreich auch beide Burgund aufzunehmen, die Anerbietungen König Ludwigs dagegen abermals abgelehnt.[1] Warme Freunde Burgunds, der wackere Adrian von Bubenberg voran, gewannen nun und behaupteten die Führung bei den Eidgenossen. Neue Fehler Frankreichs kamen dazu. So erfolgte am 24. Januar 1478 der Friedensschluß zwischen dem burgundischen Herzogspaar und den Eidgenossen (außer Luzern), der diesen für ihre Ansprüche auf die Freigrafschaft die Zahlung von 150000 Gulden zusicherte, ihnen aber neuerdings die Verpflichtung auferlegte, sich bei Frankreich für die Aufgebung seiner Versuche auf die Franche Comté zu verwenden.[2] Dem war bereits am 13. Oktober 1477 eine neue Vereinigung zwischen Zürich, Bern, Luzern, Uri, Solothurn und Herzog Sigmund von Österreich-Tirol vorausgegangen.[3] Wohl deckte sich der Herzog damit in erster Reihe den Rücken gegen Eberhard im Bart von Württemberg, der ihm in seiner schwäbischen Territorialpolitik mit einem großen Bunde süd- und westdeutscher Fürsten entgegentrat.[4] Aber der Herzog förderte damit doch auch Burgund. Unter eidgenössischer Vermittelung gelang bald auch die Verständigung Maximilians mit Herzog Reinhard von Lothringen.[5]

Es war auch dringend notwendig. In beweglichen Worten schildert der Erzherzog am 18. Oktober (1477) dem Vertrauten seines Vaters, dem Freiherrn Sigmund Prüschenk von Stettenberg, seine Not,[6] besonders den Mangel an Geld, den er und seine Gemahlin nur durch Versetzen lieber Schmuckstücke für den Augenblick zu beschwören vermocht hätten. „Wohl bin ich", schreibt er, „ein großmächtiger Herr und habe große Land und viel Städte, aber ich muß auf den Sommer hinaus

[1] Der Tag war auf den 5. Oktober anberaumt. Vgl. Knebel, Basl. Chron. III. 166. Die Werbung der kaiserl. und burg. Gesandten ebendort 170 ff. Vergleiche ebendort Beilagen XVI[b], S. 518—520. Maag, Die Freigrafschaft u. s. w. 18—20. Daß der Kaiser sich früher nicht gekümmert habe, wie nun wieder Maag 19 behauptet, widerlegt sich aus dem oben erzählten und ist irrig nach Segesser, Abschiede II. 361, 663, 691, ferner Chmel, Urkundliches zur Geschichte Kaiser Friedrichs IV. 86.

[2] Vgl. Rodt, Feldzüge II. 491. Maag, Die Freigrafschaft u. s. w. 23—24. Die 150000 Gulden sollten in drei Raten, je am 24. Juni 1478, 1479, 1480 bezahlt werden.

[3] Segesser, Abschiede II. 701, Nr. 916.

[4] Vgl. Knebel, in Basler Chroniken III. 169.

[5] Rodt, Feldzüge II. 492. [6] Kraus, Briefwechsel u. s. w. 26—27.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mit Sorgen denken,[1] wenn sich die Wärme anfängt; so mir von seinen Gnaden (dem Kaiser) nicht Hilfe geschieht, so bin ich in 10 oder 14 Tagen aller meiner Land wieder beraubt". Prüschenk hatte am 21. September gemeldet, der Kaiser wolle Maximilian persönlich zu Hilfe kommen.[2] Auch waren Aufgebote durch das deutsche Reich ergangen, sich wohlgerüstet zu bestimmter Zeit in Frankfurt einzustellen, um mit dem Kaiser vereint den König von Frankreich anzugreifen.[3] Daran klammerte sich jetzt der Erzherzog: Nur sein Vater, der Kaiser, könne ihm noch helfen; aber er müsse rascher sein als bisher; heuer habe ihm des Vaters Zögern einen Schaden von 600000 Gulden verursacht. Komme aber der Kaiser auch nur zu Ostern (1478) nach Frankfurt, dann sei der Friede da; dann fliehe der König von Frankreich „hinter Paris hinweg", denn „ein größerer, verzagter Bösewicht ist in aller Welt nicht, als er ist". Und neuerdings mahnt der junge Fürst am 4. Februar 1478, seiner nicht zu vergessen: „Kommt der Kaiser zu rechter Zeit, so bin ich im Himmel; verzieht sein Gnad nur 14 Tag hinüber, so ist zu besorgen, es schlagen sich ein Land oder zwei abermals von mir, die dann nicht zu bezwingen sind, oder vielleicht alle miteinander".[4]

Inzwischen half er sich selbst, so gut es ging, vielfach gefördert durch die innere Kraft und das Selbstgefühl seiner Landschaften, die der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit gern Opfer brachten, aber von ihnen auch oft mit Unrecht getadelt und über Gebühr beargwöhnt.[5] Die volle Leistung eines erfahrenen, in den Gängen der Zeit und den Besonderheiten der Provinzen vollkundigen Fürsten forderte man von dem neunzehnjährigen Maximilian, der, noch eben den Sinn erfüllt von den Beschäftigungen der Knabenzeit und romantischen Spielereien, die fremde Welt noch immer mehr erkundete als leitete.[6] Daß er aber that, was

[1] So verstehe ich die Worte des Briefes: „doch auf den sommer hinaus pas (= auspassen, warten), wo sich die wärm anfacht".

[2] Kraus stellt den Brief (S. 39—40) in das Jahr 1479. Dem widerspricht schon der Umstand, daß Heßler darin noch einfach Doktor genannt wird (er ist seit Dez. 1477 Kardinal) und der sonstige Inhalt des Schreibens, der wieder durchaus zum Jahre 1477 stimmt.

[3] Ergiebt sich aus den Eingangssätzen in dem Schreiben des Kaisers v. 28. April 1478 an den Kurfürsten von Brandenburg (Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 359), in dem der Kaiser von der jetzigen Absicht, nach Burgund zu ziehen, seinen früheren gleichen Vorsatz unterscheidet. Auch wenn sich dies auf ein Schreiben vom Februar-März 1878 beziehen sollte, bleibt Kraus, Briefwechsel 26—27 und 39—40.

[4] Kraus, Briefwechsel 31—32.

[5] Zeugnisse in der Histoire de Flandre v. l. und sonst.

[6] Man vgl. nur die oft so naiven Schilderungen in seinem vertrauten Briefwechsel.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er vermochte, zeigt seine Klage dem fernen Vertrauten des Vaters gegenüber: „Ich aber bin der ärmste Mensch, da ich nicht essen, schlafen, spazieren, stechen mag von übrigen Geschäften".[1]

Wir wissen, wie wenig damals der Kaiser in der Lage war, dem Sohne thatkräftig beizuspringen. Aber mit erfahrenem Rate und, was sich mit kaiserlichen Machtbriefen und weitgreifender diplomatischer Vermittelung aus so weiter Ferne her thun ließ, war Friedrich unablässig bemüht. Bei dem Könige von Dänemark und bei Papst Sixtus,[3] bei den Eidgenossen und den Fürsten und Städten im Reiche, ja selbst dem eben noch feindlichen Ungarkönige[4] suchte er Förderung seines Sohnes. Und als sich im Frühjahre 1478 wegen der Zustände in den Erblanden und der ungarisch-böhmisch-brandenburgischen Verwickelungen seine Reise nach dem Westen wieder unmöglich erwies, so sandte er wenigstens den neuen Kardinal Georg Heßler und den Reichsfiskalprokurator Dr. Hans Keller mit den ausgedehntesten Vollmachten nach Burgund ab, namentlich aber, um den Reichskrieg gegen Frankreich in Person mit allen Kräften einzuleiten und zu betreiben.

Wie einst gegen Burgund, so ward nun auch gegen Frankreich einstweilen „zu Eil der Sachen ein kleiner Anschlag" ausgeschrieben, und wurden die bedeutenderen Fürsten und Städte gemahnt, dem Könige von Frankreich ihre Fehdebriefe zu senden, wie es auch der Kaiser thue, und ihre Kontingente zu rüsten und ins Feld zu schicken.[5] Dem Könige Ludwig hielt der Kaiser die Einnahme der Reichsstadt Verdun, die Plünderung dieser Stadt und die Beschimpfung des Reichsadlers, die Gefangennahme des Bischofs von Verdun und die Besetzung seiner festen Plätze vor, in erster Reihe natürlich die Angriffe auf die Reichslehen, die Erzherzog Maximilian nach Herzog Karl von Burgund erlangt, und schließlich alles Unrecht, das je seine Vorfahren dem Reiche gethan:[6] schaffe er da nicht in jeder Hinsicht Wandel, so sehe sich der

[1] Schreiben an Prüschenk v. 8. Dez. 1477 bei Kraus, Briefwechsel 27—28.

[2] Mon. Habsb. I. 2, 312.

[3] Vgl. darüber a. a. Fontes rer. Austr. XLVI. 443 ff., Nr. 434, 435, 436.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 562. Vergl. oben. Matthias wollte übrigens gegen Frankreich auch mit einer Anzahl Kriegsvolk Hilfe thun.

[5] Man vgl. das Schreiben vom 28. April an Markgraf Albrecht von Brandenburg bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 359. Über die Entsendung Heßlers vgl. a. a. noch ebendort 547.

[6] Kardinal Heßler überbrachte eben jetzt für Maximilian und seine Gemahlin die Lehensbriefe (auch über Geldern) und hatte auch Vollmacht, anstatt des Kaisers den Huldigungseid entgegenzunehmen. Mon. Habsb. I. 2, 391—401. Die Belehnung geschah am 20. August. Ebendort 421.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser genötigt, für die Unverletzlichkeit des Reichsbodens mit Krieg und Waffengewalt gegen ihn vorzugehen.[1]

Ähnlich bedrohte, zwar nicht die Gesamtheit der Kurfürsten, wie es der Kaiser wünschte, so doch eine ganze Reihe mächtiger Reichsstände, der Kurfürst von Brandenburg voran, den Franzosenkönig mit Zusendung ihrer Absagen.[2] Wohl hatte der listige Franzose, die Feindschaft zwischen Österreich-Tirol und Eberhard von Württemberg schlau benützend, Tirol in sein Interesse gezogen und Lothringen wieder an sich geknüpft. Auch fehlte ja den drohenden Worten der Deutschen nur allzu sehr die That. Aber ohne Einfluß blieb die Haltung des Reiches auf König Ludwig keineswegs: vor seinen Augen mochte die mächtige Rüstung des Reiches, der einst Herzog Karl vor Neuß hatte weichen müssen, drohend emporsteigen. Aber es kam doch vor allem darauf an, ob sich die Niederländer seinen neuen Vorbereitungen gegenüber als würdige Gegner erweisen würden.[3]

Der Erzherzog hatte sich überzeugen müssen, daß es stets am besten sei, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen. Mehr und mehr gewann er auch bessere Einsicht in die Art und Gepflogenheiten seiner neuen Unterthanen: „Sie nehmen alle Tage einen neuen Herrn auf; alsbald ichs übersehe, daß eine hupfet, so hupfen die andern alle nach".[4] Davon war freilich nur soviel richtig, daß hier böses Beispiel leicht schlimme Nachahmung erzeugte. Sonst hielten alle Lande, von Geldern — freilich das jüngste Glied am burgundischen Staatskörper — allein abgesehen, an dem jungen Herrscherpaare fest. Dieses fand bei einer Rundreise durch die Provinzen die freundlichste Aufnahme, und ward allseitig in seinen Bedrängnissen mit einem Mute und einer Ausdauer und Opferwilligkeit unterstützt, die der vollsten Anerkennung würdig ist.

Maximilian hatte mitten im Winter außer den Abteilungen, welche die festen Plätze schirmten, 4000 Wallonen und 4000 Deutsche in den Waffen. Er selbst zog schon im Februar 1478 in das Feld, um dem Feinde, mit dem nie ganzer Friede war, die Verbindungen abzuschneiden und die Verpflegung zu wehren.[5] Als dann Ende April König Ludwig

[1] Schreiben vom 16. April 1478. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 317—318.

[2] Die Schreiben von Brandenburg, der Herzöge Ludwig und Albrecht von Bayern, Wilhelm und Albrecht von Sachsen, der Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Eichstädt, Speier, Freising in den Mon. Habsb. I. 2, 321—328.

[3] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 252—254.

[4] Maximilian am 4. Februar 1478 an Prüschenk. Kraus, Vertraulicher Briefwechsel 33.

[5] Kraus, ebendort 31—34.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nach Kündigung der Waffenruhe von Quesnoy aus, das er nicht abgetreten hatte, den Krieg mit der Belagerung von Condé im großen Stile aufnahm,[1] da gewann er zwar mit der Einnahme dieses Platzes vorerst einen Vorsprung, dann aber trat ihm Maximilian mit einer so starken und vortrefflich gerüsteten Armee von Niederländern und Deutschen entgegen, daß der König an den Rückzug denken mußte. Man erwartete nun, daß der Erzherzog, der bis gegen Arras vorgerückt war, einen vernichtenden Schlag gegen die dort eingeschlossenen Franzosen führen werde. Aber auf die Vorstellungen des päpstlichen Legaten, des Bischofs von Modena, und des englischen Gesandten bewilligte er unerwartet am 16. Juni in Douay eine Waffenruhe. Die Übermacht der Burgunder, die Sorge vor der Eröffnung eines Reichskrieges, auch wohl die freilich nicht besonders energischen Mahnungen der Eidgenossen, die freie Grafschaft zu räumen, hatten des Königs Bitte um Waffenruhe und Verhandlungen veranlaßt. In dieser opferte Ludwig alles, was zum deutschen Reiche gehörte und er noch von Hochburgund besaß. Außerdem versprach er, die besetzten Teile des Hennegau und Tournay zu räumen.

Während des Stillstandes, der auch für das deutsche Reich galt und vom 16. Juli angefangen ein ganzes Jahr und vierzig Tage dauerte, sollten alle Streitigkeiten zwischen Frankreich und Burgund geordnet werden: Die Verhandlungen darüber beginnen sofort; wer die Waffenruhe bricht, verfällt in die Acht des Reiches und den Bann der Kirche, und der König von England wird gegen ihn zu Wasser und zu Land mit ganzer Macht vorgehen.[2]

Der Vertrag war für Maximilian nicht so ungünstig, wie er gewöhnlich dargestellt wird. Wenn er sich nur die Gewißheit verschafft hätte, daß ihn der Franzosenkönig auch getreu erfüllen werde. Dies ist nicht geschehen. Selbst in Burgund, wo der König doch die Schweizer zu scheuen hatte, begnügte sich Ludwig XI. mit dem Befehle an seinen siegreich vordringenden Feldherrn Amboise, stehen zu bleiben, wurden die besetzten Plätze nicht geräumt.[3]

Immerhin zog Maximilian aus der langen Ruhepause im Kampfe

[1] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 256—257.

[2] Der Vertrag vom 11. Juli bei Comynes-Lenglet III. (Preuves) 540 bis 546. Die erste Waffenruhe ebendort 539—540, und Münch, Maria von Burgund II. 250—260. Vgl. auch Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 256—262.

[3] Maag, Die Freigrafschaft Burgund 1477—1678, 25.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mit seinem Hauptfeinde, worin ja doch für jetzt keinerlei Unterstützung vom Reiche oder von den Schweizern zu erwarten war, vielfachen Nutzen in anderer Hinsicht. Mit Unrecht nahmen die ernsten Niederländer in hohem Grade Anstoß daran, daß sich das junge Blut des Herzogs, seine Freude an Jagd und Kurzweil aller Art nicht verleugnete, und ihm Tanzen und Rennen und Büchsenschießen so viel zu schaffen machten.[1] Seine Arbeit als Fürst und Landesherr hat Maximilian dabei so gut geleistet, daß er Kriege und Feldzüge bereits zu den Vergnügungen rechnete.[2] Militärisch und politisch hat er die Waffenruhe im ganzen sehr wohl zu nützen verstanden. In dieser Zeit hat er den alten Zwist mit Holland niedergelegt und Utrecht gedemütigt, die Geldrer, welche nach dem Tode Herzog Adolfs vor Tournay zum Teile dessen Sohn Karl als Erbherrn anerkannt hatten, anderenteils den Bischof von Münster zum Herrn begehrten, wurden wieder unterworfen,[3] ebenso den Luxemburger Bundesherren, deren Umtriebe bis nach Ungarn reichten, das Handwerk gelegt. Die Geburt seines Sohnes Philipp (23. Juni 1478) begrüßte Maximilian frohgemut als die Ankunft eines „Gesellen" im Ringen um seine Machtstellung. Fester als große Siege knüpfte dieses glückliche Ereignis die vereinigten Provinzen an das Haus Österreich.

Daneben bedeutete das Abkommen mit den Herzögen von Jülich[4] und Kleve,[5] das Schutzbündnis Maximilians mit Kurfürst Hermann von Köln,[6] seine Freundschaft mit den Brüdern von Kurtrier und Metz, endlich das Verhältnis zu Eduard IV. von England, dessen Gunst ihm freilich der listige Franzosenkönig durch große Opfer und vorerst auch mit Erfolg streitig zu machen wußte,[7] die Anfänge eines politischen Systems, das in den thatsächlichen Verhältnissen begründet war und deshalb auch für die Dauer sich bewährte. Auch sonst finden wir den neuen Herrn der Niederlande vielfach auf Bahnen, die seine Vorfahren

[1] Dafür Belege bei Kraus, Vertraul. Briefwechsel u. s. w. 32—33, 35, 36.

[2] Kraus a. a. O. 36.

[3] Kraus, Vertraulicher Briefwechsel 36. Schreiben v. 14. September 1478. Rodt, Feldzüge II. 500.

[4] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 413.

[5] Der Herzog von Kleve leistet bereits im Sommer 1479 im geldrischen Kriege dem Erzherzoge Waffenhilfe. Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 412 und I. 3, 176—178. Über die Gegenbemühungen Frankreichs s. Münch, Maria v. Burgund II. 284—289.

[6] Das Bündnis vom 19. August 1478 erneuert am 15. Nov. 1478. Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 417—421.

[7] Die bezüglichen Aktenstücke bei Comynes ed. Lenglet-Fresnoy IV. 549, 560 ff., 584 ff. und Münch, Maria von Burgund II. 289 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

im wohlverstandenen eigenen Interesse gewandelt. So wußte Maximilian die Fürsten und Herren im Westen des Reiches immer mehr in sein Interesse zu ziehen. Der junge Graf Adolf von Nassau[1] ward sein Marschall und mit Herzog Sigmund von Tirol suchte er das innigste Einverständnis. Es waren der langjährige Unwille gegen den Kaiser[2] und Sigmunds unzeitgemäßes Streben nach Erhöhung und eigenem Gewinn[3] allein Ursache, wenn Maximilian seine Absicht nicht erreichte, obwohl er und seine Gemahlin bereitwillig auf alle Ansprüche aus der ehemaligen Verpfändung von Vorderösterreich her Verzicht geleistet hatten.

So war der Kaisersohn auch politisch bereits auf dem Wege zur Selbständigkeit und stand er militärisch und territorial auf eigenen Füßen, als er sich im Spätjahre 1478, weil alle Verhandlung mit Frankreich vergebens gewesen war, neuerdings bemühte, seinen Vater, den Kaiser, zum Zuge nach dem Westen und zu persönlichem Einschreiten gegen König Ludwig zu vermögen.[4]

Noch weniger als in den letzten Monaten war der Kaiser jetzt in der Lage, dies zu thun. Es war, als ob bei ihm die eine Bedrängnis nur überwunden werde, um einer zweiten Platz zu machen. Ende Juli 1478 fiel neuerdings ein türkisches Streifkorps in Kärnthen ein, gerade als sich 3000 Bauern in der Nähe von Tarvis versammelt hatten, um gegen den Kaiser und sein Regiment Beschlüsse zu fassen. Die Bauern wurden zersprengt und nun Städte, Märkte und Dörfer der Südsteiermark und des kaiserlichen und salzburgischen Kärnthen von den Türken durch mehrere Wochen greulich verheert und ausgeplündert.[5] Erst auf der Heimkehr fanden die Türken ebenbürtige Gegner an den Ungarn, die sie

[1] Vgl. K. Menzel, Geschichte von Nassau V. 442.

[2] Wie sehr sich der Kaiser mit Recht nach wie vor gegen Sigmunds territoriale Bestrebungen in Schwaben ablehnend verhielt, konnte dem Erzherzoge der gegen ihn jetzt entstandene große Fürstenbund lehren. Vgl. auch Mon. Habsb. I. 2, 502 bis 503. Übrigens erhielt Sigmund im Dezember 1477 den Erzherzogtitel. Vergl. Mon. Habsb. I. 2, 214—215.

[3] Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 193 a. a. Der Hauptpunkt der Forderungen Sigmunds war ein Zusammenwerfen auch der neuen Erwerbungen des Hauses mit dem alten Besitze zum Zwecke gemeinsamer Herrschaft. Vgl. auch Arch. für österreichische Geschichte 75, 573, Anm. 3.

[4] Sendung des Reichsfiskalprokurators Dr. Hans Keller an den Kaiser im Oktober 1478. Kraus, Vertraulicher Briefwechsel 37.

[5] Huber, Geschichte Österreichs III. 255, wo auch Anm. 1 die Quellen und die Litteratur über die Türkeneinfälle in die Erblande. Vgl. noch Haselbach, Die Türkennot des 15. Jahrhunderts mit besonderer Berücksichtigung der Zustände Österreichs (wenig wertvoll), Wien 1864.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bei Jayce schlugen und ihnen die Beute wieder abnahmen. Erschreckt traten darauf (September 1478) der Erzbischof von Salzburg, die Herzöge von Bayern und andere Herren aus dem Süden und Südosten Deutschlands in Landshut zusammen, während der Kaiser mit den Innerösterreichern einen Landtag hielt und die Mittel zur Abwehr beriet.[1] Auf seine Einladung[2] erschienen dann im Oktober mit dem Erzbischofe Bernhard von Salzburg Abgesandte des Herzogs Ludwig von Landshut am kaiserlichen Hofe zu Graz, als eben auch wieder venetianische Gesandte des gemeinsamen Türkenkrieges wegen Vorschläge machten. Wir wissen aus den Verhandlungen, daß man sich über die Aufbringung der Mittel zur Besoldung von 2000 Mann beriet, welche die in die kaiserlichen Erblande führenden Pässe unausgesetzt bewachen sollten. Die Venetianer waren gern zu beträchtlicher Beitragsleistung bereit, falls man auch die kroatischen Pässe besetze, damit zugleich Italien gedeckt sei, und die Sache schien um so aussichtsvoller, als man betreffs des Königs von Ungarn erfuhr, daß er nicht blos keinen Vertrag mit den Türken habe, sondern sich ganz Bosniens zu bemächtigen gedenke, wodurch Deutschland und Italien, Dalmatien, Kroatien und Albanien und andere christliche Gebiete gesichert würden.[3]

Aber König Matthias zeigte wenig Ernst in diesen seinen Rüstungen. Er hat sich im Jahre 1478 viel weniger um die Türken als um die nordischen Dinge gekümmert. Noch war er ja damals mit Böhmen, Polen und Brandenburg nicht in Ordnung. Er that aber auch 1479 an der Südgrenze erst fast nichts und ebensowenig hatten die Beratungen zu Landshut und zu Graz greifbare Folgen. Da endlich in Italien die Zerwürfnisse zwischen den Mächten, namentlich zwischen dem Papste und Florenz, nach wie vor andauerten und auch von daher keine energische Bekämpfung der Türken zu erwarten war und Venedig von der Pest heimgesucht wurde,[4] so konnte sich eigentlich niemand wundern, als sich die überraschende und erschreckende Kunde durch die christlichen Lande verbreitete, die Venetianer hätten am 25. Januar 1479 mit den Türken einen Frieden geschlossen. So war es auch in der That: der Inselstaat, der sich auf allen Seiten verlassen, ja mehrfach sogar von den christ-

[1] Müller, Reichstagsth. II. 723—724. Zanner, Salzburger Chronik III. 156. Vergl. auch Mon. Hung., Acta extera II. 371—372. Es ward für Innerösterreich wieder eine besondere Türkensteuer beschlossen.

[2] Die Einladung des Kaisers (vom 28. August) an die genannten Fürsten und Graf Leonhard von Görz bei Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 379—380.

[3] Mon. Hung., Acta extera II. 372—373.

[4] Pastor, Gesch. der Päpste II. 494—495.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lichen Nachbarn, auch Ungarn, angefochten sah,[1] war in Konstantinopel als Friedenswerber aufgetreten und da er zu bedeutenden Opfern bereit war, auch mit Erfolg. Gegen wichtige Handelsvorteile gaben die Venetianer Albanien, das die Türken im Jahre 1478 bis auf Skutari und Antivari erobert hatten,[2] und überdies Euboea, Lemnos und die jonische Insel Leucadia an die Pforte.[3]

So bedeutend die Nachwirkungen dieses Friedensschlusses für die anderen Nachbarn der Osmanen sein mußten, — die Türken erschienen denn auch im August 1479 wieder in Südsteiermark, wo sie ungehindert Luttenberg ausbrannten[4] — so war doch von einer Vereinigung derselben zu gemeinsamer Abwehr keine Rede. Italien zerfleischte sich selbst in inneren Kriegen, und war das Verhältnis des Kaisers zu König Matthias unklar, so schwankte es nach wie vor höchstens zwischen offener und versteckter Feindschaft.

Betreffs der Schuldsumme von 100000 Gulden trat 1479 eine Änderung zum schlimmeren ein. Der Propst von Preßburg ward im Januar dieses Jahres der Überbringer einer Botschaft des Inhalts, daß König Matthias, weil er an der Zustimmung Ferdinands von Neapel zu der vereinbarten Heirat seines Sohnes Friedrich mit der Kaisertochter nicht glaube, dem Kaiser die bezüglichen Zusagen erlasse, dafür aber nun um die Bezahlung des bedungenen Geldes ersuche, um ihre Angelegenheiten rasch definitiv zu ordnen; übrigens bedürfe er des Geldes auch zur Befriedigung seiner Söldner.[5]

Der König, der sich bisher,[6] da ja die Zahlung, falls die Heirat zu stande kam, unterbleiben sollte, zurückgehalten, gewährte zwar auf die schon 1478 fällige Rate noch einige Frist, zeigte sich aber dann mehr und mehr als sehr ungestümer Mahner. Aber erst als ein neuer Angriff

[1] Man vergl. über die vielfachen Streitigkeiten zwischen beiden Staaten Mon. Hung., Acta extera II. 369—370, 374—375, 376 ff., 407, 410, 411. Über die italienischen Wirren s. unten und B. Buser, Die Beziehungen der Mediceer zu Frankreich während der Jahre 1434—1493 in ihrem Zusammenhange mit den allgemeinen Verhältnissen, Leipzig 1878. Ferner, Lorenzo von Medici als italienischer Staatsmann, Leipzig 1879.

[2] Hertzberg, Geschichte des byzantinischen und osmanischen Reiches bis gegen Ende des 16. Jahrhunderts, Berlin 1883 (Onckens Weltgeschichte), 630.

[3] Man s. noch die Mitteilungen des Dogen von Venedig vom 25. Febr. 1479 auch an das Reich. Müller, Reichstagstheatrum II. 727—729.

[4] Huber, Gesch. Österreichs III. 255.

[5] Der Beglaubigungsbrief des Königs vom 12. Januar 1479 und der Bericht über die Sendung des Propstes bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 633—634.

[6] Vgl. Mon. Hung., Acta extera II. 373.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Ungarn auf die kaiserlichen Lande zu besorgen war, brachten die Stände von Ober- und Niederösterreich — besonders erstere hatten Schwierigkeiten gemacht —[1] bedeutendere Summen auf[2] und so konnte wenigstens ein großer Teil der Schuld bezahlt werden.

Da ergab sich neuer, heftiger Streit wegen des geflüchteten Erzbischofs Johann von Gran. Johann hatte nach seiner Kirche sehr bald Sehnsucht bekommen und gegenüber den Maßnahmen des Königs Schritte gethan, seine Rückkehr zu ermöglichen. Während der Friedensverhandlungen im November 1477 hatte er sich dem König mit freundlicher Erbietung und Geschenken zu nähern gesucht[3] und in der That war bei den Gmundener Friedensverhandlungen von seiner Restitution die Rede. Aber obwohl der König versichern ließ, er habe persönlich gegen Erzbischof Johann nichts:[4] Thatsache bleibt, daß er Johann bereits beim Papste wegen eigenmächtiger Entfernung aus der Diözese und wohl aus anderen Gründen verklagt und der zur Friedensstiftung (im September) nach Österreich entsandte Bischof von Aleria die päpstliche Weisung hatte, Johann von Gran deswegen zur Verantwortung zu ziehen.[5]

Die Art, in der sich Erzbischof Johann dem Kaiser und dem Lande Österreich in vielerlei Geschäften[6] nützlich zu machen bestrebte, konnte ihm bei König Matthias unmöglich günstig sein. Der Spruch des Bischofs von Aleria lautete, offenbar der Gesinnung des Königs gemäß, auf Absetzung.[7] Freilich bedurfte er noch der Bestätigung des Papstes.

[1] Vergl. die Äußerung der Niederösterreicher an den Kaiser bei Chmel, Mon Habsb. I. 3, 368—372. Sie hatten noch immer unter der böhmischen Grenzfehde zu leiden. Vgl. ebendort 284—288, 304—307, 329—330.

[2] Die Niederösterreicher verhandeln im April 1479 (Mon. Habsb. I. 3, 333 bis 334) und nochmals im Sommer, nachdem die erste Rate (unter Vermittelung Heinrichs von Lichtenstein) nahezu bezahlt war; vgl. ebendort 368—372. Für die zweite Rate, fällig zu Martini 1479, kamen dann die von den Oberösterreichern, die im Januar 1479 (Mon. Habsb. I. 3, 301—302) und wieder im März (ebendort 304—305) und nochmals im Mai (?) des Jahres (ebendort 326—328) zu Linz berieten, bewilligten 42000 Gulden, falls sie auch wirklich eingingen, in Betracht. Ist das Datum (Mai, nach Mon. Habsb. I. 3, 327) richtig, so mag freilich auch schon oberösterreichisches Geld zur ersten Rate gekommen sein.

[3] Er schickt ihm Fische. Vgl. Chmel, Urkundliches u. s. w. 93, Nr. 35.

[4] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3. 346. [5] Vgl. dessen Instruktion l. c.

[6] Auch wieder bei der Verhandlung im März mit den Oberösterreichern wegen ihres Beitrages zu den 100000 Gulden.

[7] F. M. Mayer, (Archiv für österreichische Geschichte 55, 182) ist freilich der Ansicht, daß der König wirklich vorerst die Entfernung Johanns gleichgültig hinnahm. Aber der ganze Charakter des Königs — seine persönliche, durchgreifende Art, die so vielfach an Friedrich II. von Preußen erinnert, spricht dagegen, und wenn sich in den Beschwerden des Königs vom Herbst 1476 nichts gegen Johann findet, so vergißt

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Und als im Sommer 1478 der Kardinalbischof von Erlau (Bruder Gabriel) eine Zusammenkunft des Kaisers mit König Matthias des letzteren Belehnung mit Böhmen und anderer Angelegenheiten wegen betrieb, so wurde die Ordnung der Graner Angelegenheit nur in der Form in Aussicht genommen, daß Erzbischof Johann auf seine Kirche verzichte und sie dem König zu freier Verfügung zurückgebe, wofür dieser eine Entschädigung für die Zehentengelder, die er ihm schuldete,[1] zu leisten habe. Daneben nahm freilich auch Bischof Gabriel an, daß der König gegen die schon jetzt beabsichtigte Erhebung Johanns von Gran auf den erzbischöflichen Stuhl von Salzburg keine Einwendung erheben werde. Den bisherigen Erzbischof, Bernhard von Ror, gedachte der Kaiser mit dem Bistum von Wien und wohl auch sonst zu entschädigen.[2]

Aber des Königs Groll saß tiefer. Vielleicht gerade dieses salzburgischen Planes wegen mochte er von einer Verständigung mit Johann überhaupt nichts wissen. Auch die Zusammenkunft mit dem Kaiser, zu jener Zeit[3] doch nur wegen des gespannten Verhältnisses mit Böhmen für König Matthias erwünscht, kam nicht zu stande. Mit Böhmen wurde er bald darauf einig. Dafür hat Matthias bereits im Oktober 1478 Papst Sixtus gedrängt, dem Streite um die Graner Kirche ein Ende zu machen und die Absetzung Erzbischof Johanns zu bestätigen.[4]

Aber auch der Kaiser hatte schon vordem mit aller Entschiedenheit versucht, ein Einschreiten des römischen Stuhles in seinem Sinne herbeizuführen.[5] Als nun die Kurie auch da sich zweideutig gab und nach günstigem Bescheide an den Kaiser doch thatsächlich nach dem Willen

Mayer, daß der König bis dahin gegen den Kaiser — um ihn handelt es sich — in der Angelegenheit Erzbischof Johanns nichts zu klagen hatte. Und schon für die Verhandlungen von Krems-Gmunden sagen die Acta extera II. 373: La maesta Imperiale volia, che le reverd^mo. monsign. lo archivescovo di Strigonia fosse restituto nel suo archiepiscopato quale nel reame d'Ungheria; rex non admittebat, quia habebat ipsum archiepiscopum rebellem. Die weiteren Belege s. im Texte, wobei nur hinzuzufügen ist, daß den Ausgleichsverhandlungen im August 1478 zufolge König Matthias sofort nach Johanns Entfernung dessen Einkünfte mit Beschlag belegt hatte. Vgl. Acta extera II. 373 und Mon. Habsb. I. 3, 247.

[1] Es scheint dies eine der Hauptursachen des Streites Johanns mit dem König gewesen zu sein.

[2] Mon. Hung., Acta extera II. 373.

[3] Die Verhandlungen fanden im August 1478 statt, wie der Zusammenhang der Thatsachen und auch der Dokumente selbst lehrt. Acta extera II. 373.

[4] Epistol. ad. pontif. 127, Nr. CII. Brief des Königs vom 28. Oktober.

[5] Die bezüglichen Schriften sind wohl verloren. Aber der Kaiser erklärt 1479 dem Papste, Johann sei vom Könige ungerecht spolirt und er selbst habe vielfach in Briefen und durch Gesandtschaften seine Wiedereinsetzung betrieben.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

des Ungarkönigs vorzugehen Miene machte, da konnte der lange drohende Konflikt zwischen dem langmütigen Kaiser und dem politisierenden Papste nicht mehr vermieden werden. Mit einer Rücksichtslosigkeit und Energie, die man bei Friedrich III. selten findet und nur aus seiner ungewöhnlichen Erbitterung begreift, hat er die Kurie zur rückhaltlosen Anerkennung seiner Ansprüche gezwungen. Allerdings zu einer Zeit, in der Papst Sixtus IV. am wenigsten im stande war, sich nachhaltig zu widersetzen.

Fünfundzwanzigstes Kapitel.

Das deutsche Reich und die Kirche vom zweiten Hussitenkriege bis zum Streite um das Erzbistum Salzburg. Kaiser Friedrich III. u. Sixtus IV. Der Streit um die Kirchen von Konstanz, Mainz, Köln, Passau und Salzburg.

Das Geistesleben des deutschen Volkes im ausgehenden 15. Jahrhundert bildet verglichen mit seinen religiösen und kirchlichen Zuständen, so sehr der Schein dagegen spricht, noch keinen Beweis dafür, daß sittliche Vertiefung und wissenschaftliches Bestreben ohne den unwiderstehlichen Antrieb und die innere Belebung der Gefühlswelt überhaupt und des religiösen Gefühls insbesondere bestehen können. Im Gegenteile. Letzteres bleibt bei der enormen Kulturarbeit dieser Tage ebenso selbstthätig, wie überall, wo die bisherigen Formen religiöser Übung versagten, naturgemäß das Wesen um so mehr hervortrat. Gewiß paart sich in eben jenen Jahrzehnten frische Schaffenslust und energisches Vorwärtsdrängen auf geistigem Gebiete mit weit verbreiteter Gleichgültigkeit, ja Abneigung gegen religiöse Dinge, mit sittlicher Erschlaffung. Wenn man nicht vergessen darf, daß aller Verfall kirchlicher Dinge der großen, freilich stummen Gemeinde den echt frommen, gläubigen Sinn nicht genommen hatte, so war andererseits die Gemeinde der Wissenden und Arbeitenden, die jenes Bedürfnis empfand und ihm Rechnung trug, doch immer verhältnismäßig wenig zahlreich und kaum dazu geschaffen, mit ihrer wissenschaftlichen, künstlerischen und technischen Arbeit auf die große Masse der deutschen Bevölkerung tieferen Einfluß zu gewinnen. Und überall wirkte der klägliche Verlauf und Ausgang des letzten Konzils nach. Das Wiener Konkordat war eben durchaus geeignet, nach allen Seiten Täuschungen zu erzeugen: bei der Nation, indem es ihr an-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

scheinend bewilligte, was an kirchlicher Reform notwendig war, und sie doch dieser beraubte, bei der Kirche, indem es ihr den Vorwand gab, sich zum unermeßlichen eigenen Schaden mit dem Hinweise auf die gemachten Zugeständnisse einer vollkommenen Reform der deutschen Kirche für die Zukunft zu begeben.

So gingen die Dinge ihren Weg. Das religiöse Leben des deutschen Volkes, soweit der eigentlich politische Teil desselben, der denkende Mittelstand, in Betracht kommt, gewann keine ausreichende Erneuerung und die immer wieder erschallenden Rufe nach Besserung der kirchlichen Zustände und die Anläufe zur Reform in einzelnen, engeren Kreisen blieben für das Ganze ergebnislos. Andererseits wurde die Kirche je länger, desto mehr italianisiert. Wenn ihre Liturgie längst begonnen hatte, in Deutschland dem Auge fremd und den Herzen unverständlich zu werden, so wurden es nun selbst ihre Worte, da die Durchschnittsbildung der Geistlichkeit kaum mehr bis zur Kenntnis des Latein hinaufreichte. Zur Zeit, als weitgehendes Mißtrauen gegen den entarteten Klerus in der Bevölkerung vorhanden war, ward das Dogma der Kirche, ohnehin ja für den Verstand unfaßbar, erst recht Sache unbedingter Gläubigkeit, die das volle Vertrauen in die geistlichen Lehrer voraussetzte.[1] Dazu kam, daß sich das neue Fürstentum rasch in noch schärferem Gegensatze, als der Staat des Mittelalters, zu den Ansprüchen des Papsttums und der hohen hierarchischen Kreise sah, und diese ungleich öfter und nicht ohne Gewaltthat auf ihr besonderes, kirchliches Gebiet verwiesen wurden. Andererseits thaten wieder die modernen Päpste, zugleich geistige Oberhäupter der Kirche und Inhaber eines ausgedehnten, italienischen Herrschaftsgebietes vielfach politische Schritte, die zwar dem Zuge der Zeit und ja wohl auch den neuen staatlichen Prinzipien entsprechen mochten, dabei aber doch in hohem Grade mit der Stellung des kirchlichen Oberhirten der katholischen Welt unvereinbar und seinem Ansehen abträglich waren.

Es fällt nicht schwer, für das Gesagte den vollwichtigen Beweis zu erbringen. Hatten schon die besonderen Vorkommnisse des Jubeljahres 1450 der staunenden abendländischen Welt gezeigt,[2] wie sehr trotz allem

[1] Vergl. V. Hasak, Der christliche Glaube des deutschen Volkes am Schlusse des Mittelalters (1470—1520). Regensburg 1868. K. Hagen, Deutschlands litterarische und religiöse Verhältnisse im Reformationszeitalter. 3 Bde. 2. Aufl. Frankfurt 1868. E. Gothein, Politische und religiöse Volksbewegungen vor der Reformation. Breslau 1878. B. Gebhardt, Gravamina s. unten.

[2] G. Voigt, Enea Silvio de Piccolomini als Papst Pius II. I. 430.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

religiöser Sinn in den Massen vorhanden war, so trat ähnliches immer wieder, wenn auch natürlich minder intensiv, in den nachfolgenden Zeiten hervor. Schon die Beichtspiegellitteratur allein genügt für den Nachweis, daß die Menge des stillen Verlangens und Strebens nach geistiger Reinheit nicht entbehrte.[1] An Sonn- und Feiertagen füllte auch jetzt eine betende Menge die Kirchen, und waren die Predigt- und Beichtstühle von Andächtigen und Bußfertigen umdrängt.[2] Der Besuch stieg ins Massenhafte an hohen kirchlichen Festen und Gedenktagen und Gnadenorte und Wunderstätten blieben das fromme Ziel der Wanderung Tausender. Und daran hatte äußerlich Hoch und Niedrig ziemlich gleichmäßig Anteil. Es war durchaus nicht vereinzelt, wenn Kaiser Friedrich nie an Aachen vorüberzog, ohne zu dessen Heiltümern zu wallfahrten, und wenn sein Dankgefühl gegen Gott ihn bewog, selbst unter bedenklichen Verhältnissen die gelobte Pilgerfahrt nach Rom (1468) nicht aufzugeben. Von Herzog Ludwig dem Reichen von Landshut, Herzog Sigmund von Österreich,[3] ja selbst dem stolzen Pfalzgrafen und klugen brandenburgischen Kurfürsten Albrecht Achilles[4] haben wir die sichern Beweise, daß sie trotz praktischen Sinnes und weltlicher Führung die Gnaden der Kirche nicht missen mochten.[5] Die Prozessionen an den Frohnleichnamstagen pflegten ziemlich alle Schichten der Bevölkerung zu religiöser Übung zu vereinen. In Prag wurden in den Kampfesjahren und zuvor (besonders 1461, 1462, 1464) diese Umzüge für Utraquisten und Katholiken förmliche Schaustellungen der religiösen Überzeugung, an welchen die hervorragendsten Mitglieder beider Parteien nicht fehlen mochten. Die Abläße fanden stets und überall eifrige Abnehmer.

Und an alldem änderte nichts, daß man sich gelegentlich nach der

[1] G. von Buchwald, Deutsches Gesellschaftsleben im endenden Mittelalter, I. 144.

[2] G. Schmitz, Der Empfang der hl. Sakramente gegen Ende des Mittelalters. Stimmen von Maria Laach, 39, 30 ff. Vgl. J. Janssen, Deutsche Geschichte im Reformationszeitalter I. 24 ff., 32 ff. G. v. Buchwald, Deutsches Gesellschaftsleben im Mittelalter I. 121 ff.

[3] Er läßt sich am 26. Juni 1478 in Rom in die Brüderschaft vom hl. Geist aufnehmen. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 499—500; vgl. ebendort 480—481.

[4] Auch zur Zeit, als er (der böhmischen Heirat wegen) im Banne war, hat er nie versäumt, (gegen Dispens) die hl. Sakramente zu empfangen.

[5] Berthold von Henneberg, Erzbischof von Mainz (seit 1484) wird der Begründer einer eigenen (adeligen) Brüderschaft, im herkömmlichen Sinne auf die erhöhte Pracht und Feier des Gottesdienstes einzuwirken. H. Ulmann, Kaiser Maximilian I., Stuttgart 1884, 296.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

rücksichtslos freimütigen, ja lästerhaften Art jener Tage, die ja zur Zeit Luthers noch weit mehr hervortrat, auf das schärfste gegen Mißbräuche und Übertreibungen auch in kirchlichen Gebräuchen und Anschauungen äußerte und im Kampfeseifer öfter geradezu bis zu Mißachtung und Spott sich hinreißen ließ. So heftig und gehässig aber gelegentlich Männer wie Gregor Heimburg, Matthias Döring und manch anderer gegen Papst und Kirche in ihrem Leben aufgetreten sind: der Gedanke einer Lossagung von der kirchlichen Gemeinschaft blieb ihnen doch stets unfaßbar und spätestens am Lebensabende haben sie mit der Kirche ihren Frieden gemacht oder zu machen gesucht.

Es bleibt gewiß beachtenswert, daß vor allem Deutschland in dieser ganzen Periode das Land war, aus dem Zehente, Zwanzigste, Dreißigste, Ablaßgelder, Bußen und Opfergaben nach wie vor in unvermindertem Strome in die Taschen der Geistlichen und über die Alpen nach Rom flossen. So klagt 1465 der Kölner Chronist: „Große Summen Geldes, manch 100000 Gulden gehen jährlich aus Deutschland nach Rom, so daß es ein Wunder ist, daß man in Deutschland noch bares Geld findet; freilich wird Tag für Tag größerer Mangel an Gold und Silber fühlbar".[1] Es mag dies Übertreibung sein, aber ein gut Teil davon ist doch war, denn ähnliches wird auch von anderer Seite berichtet. Matthias Döring nennt diese Art kirchlicher Besteuerung des Reiches eine Aussaugung Deutschlands, das dadurch zum nicht geringen Teile von seiner einstigen Macht heruntergekommen sei; das Reich lasse sich solches eben nur in seiner Dummheit gefallen.[2] Kaum minder deutlich lautet ein Bericht zum Jahre 1482.[3]

Man darf noch auf ein weiteres hinweisen. Zu Zeiten religiöser Indolenz mag ja wohl der Volksaberglauben, einem unklaren Bedürfnisse der unwissenden Menge entspringend, eine breite Stätte finden. Es hat dessen im 15. Jahrhundert wie jederzeit genug gegeben. Aber solche Zeiten sind nicht der Boden, auf dem neue Lehrmeinungen erwachsen und der natürlichen Anfechtung zum Trotz Wurzel fassen könnten. Solches ist aber in Deutschland in unseren Jahrzehnten der Fall. Sogar auf altdeutschem Boden entstehen neue Religionsgemeinden und ältere Vereinigungen erhalten sich. Aber auch solche, die fremder Erde ent-

[1] Koelhoff'sche Chronik in „Deutsche Städtechroniken" (Köln) XIV. 810.

[2] Chronicon ap. Mencke, Scriptor. rer. Germanic. praecique Saxonicarum III. 25. Vgl. auch Riedel, Cod. dipl. Brandenb. IV. 1, 44.

[3] Die Meißner Chronik bei Mencke, Scriptor. rer. Saxon. II. 366.

[4] F. Jostes, Volksaberglauben im 15. Jahrhundert. Z V f G 47, 85 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

sprossen sind, finden leicht und weithin in Deutschland Verbreitung. Trotz Bann und Interdikt, trotz der Scheiterhaufen von Konstanz und verheerender Kriege, ja trotz allen nationalen und Ketzerhasses haben sich hussitische Anschauungen nicht nur nach Polen, wo sie außerordentliche Verbreitung fanden,[1] und Oberungarn, sondern auch nach Schlesien, Österreich, Süd-, Mittel- und Westdeutschland hin verbreitet.[2] Weil der Utraquismus in äußeren Kämpfen und inneren Streitigkeiten schließlich den reformatorischen Gedanken verloren hatte, wandte sich das in Böhmen so kraftvoll erweckte religiöse Leben dem Brüdertume zu, das nach und nach nicht blos die Blüte der tschechischen Nation in sich vereinigte, sondern gleichfalls seine Kreise weit über die Grenzen des Geburtslandes hinaustrug.[3] Neue Propheten und neue Heiltumsstätten kamen auf und fanden Zulauf. In Westböhmen und der angrenzenden Oberpfalz erhob sich die Irrlehre der Wirsperger,[4] in Mecklenburg ward Nikolaus Rutze von Rostock zum Vorläufer Luthers,[5] in Ungarn[6] und am Rhein klagte man über die Ausbreitung von Irrtümern und Ketzereien.[7] So kam denn auch Papst Sixtus IV. noch gegen das Ende seines Pontifikates dazu, Glaubensinquisitoren für Deutschland und Ungarn zu ernennen, damit, weil sich so vielfach Heresien und Aberglaube ausbreiteten, das reine Wort Gottes dagegen geschützt werde.[8] Und wiederum

[1] Vgl. das oben zum Jahre 1467—1468 Berichtete.

[2] Vgl. H. Haupt, Hussitische Propaganda in Deutschlands. Histor. Taschenbuch, Sechste Folge, 7, 233 ff. Vgl. auch die Ausführungen Riezlers, Gesch. Baierns III. 805—806.

[3] Vgl. Palacky IV. 1, 464 ff.. IV. 2, 494 fl. J. Goll, Quellen und Untersuchungen zur Geschichte der böhm. Brüder, 2 Hefte. Prag 1878, 1882. A. Wolf, Geschichtliche Bilder aus Österreich, I. (Wien 1878). A. Huber, Geschichte Österreichs IV. 107 ff., wo auch die weitere Litteratur. S. Riezler, Geschichte Baierns 804 ff., 827—844 (eingehend und interessant).

[4] H. Gradl, Die Irrlehre der Wirsperger. Mitteil. des Vereins für Geschichte der Deutschen in Böhmen XIX. 370 ff.

[5] B. Lesker, Mag. Nikolaus Rutze von Rostock, ein Vorläufer Luthers. Katholik 1887, II. 93—108.

[6] Vgl. Ep. ad. pont. 112, 159—160; 217—218 a. a.

[7] Erzbischof Diether von Mainz zwang 1479 den Wormser Prediger Johann Wessalius zum Widerruf seiner Lehre, daß die Schrift nur aus sich selbst erklärt werden könne. Seine Bücher wurden verbrannt. Diethers Nachfolger Berthold ordnet Kommissäre zur Aufsuchung und Bestrafung von Ketzern. Von Ketzerei (1473) und dem Auftreten zweier falscher Propheten in Österreich (1478) melden auch die Annal. Mellicenses in Script. rer. Germ. IX. 521, 523. Sonst vgl. G. H. V. Delprat, Die Brüderschaft des gemeinsamen Lebens. Deutsch von G. Mohnike (Bearbeitung). Leipzig 1840.

[8] Am 28. Oktober 1483. Vatik. Geh. Archiv. Regist. Sixti IV. 677, fol.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in Prag bewog, freilich neben politischen Gründen, die Sorge um die Erhaltung des utraquistischen Bekenntnisses, die calixtinische Bürgerschaft, sich in wütendem Auflaufe der Führerschaft der katholischen Ratspartei zu entledigen.[1]

So waren in der Bevölkerung die Grundlagen für eine Besserung der religiösen Zustände gewiß gegeben. Aber um sie durchzuführen, fehlte es in erster Reihe an der Kurie selbst.

Seitdem das große deutsche Kaiserreich aufgehört hatte, in seiner gewaltigen Machtstellung vom deutschen Meere bis nach Unteritalien und von Lothringen bis Polen und Ungarn Bürge des Friedens und Vormacht in Europa zu sein, hatten sich nicht blos die Westnachbarn emanzipiert und sogar auf Kosten des Reiches vergrößert und die einst deutschen Lehensstaaten des Ostens an Unabhängigkeit wesentlich gewonnen, sondern war im engeren Kreise der Reichsstände ein bedeutsamer Umschwung eingetreten. Nun schien für die im Norden und Süden der Alpen emporgewachsenen territorialen Herrschaften mit der Kaisergewalt der feste Pol in Frage gestellt oder geradezu verloren, um den sich trotz aller Gegensätzlichkeit alle gruppiert und der in ihren vielverschlungenen Verhältnissen das einheitliche und zusammenfassende Element bedeutet hatte. Aber dabei war die Entwickelung im eigentlichen Deutschland und bei den Staaten der Apenninenhalbinsel immer noch wesentlich verschieden. So wenig als in Italien, besaß ja der Kaiser bereits in Deutschland die Macht, die heftigen Kämpfe zwischen Fürstentum und Kommunen mit Gewalt zu stillen und überhaupt die mächtigeren Stände nach Wunsch zu leiten. Immerhin blieb er doch als Territorialherr in der Mitte der Kämpfenden und die Fülle theoretischer Gerechtsame, die er sein nannte, kam doch stets wieder zur Geltung, sobald die aktiven Kräfte erlahmten. Im günstigen Momente gelang es dem Träger der Krone doch immer wieder, bedeutenden Einfluß zu üben und dafür zu sorgen, daß die alte Ordnung im wesentlichen erhalten blieb. Ward doch die unruhige Begehrlichkeit Aller zum Hindernisse für Jeden und sah sich auch der Einzelne immer rasch gehemmt durch die mannigfachen Schwierigkeiten, unter denen sich seine Gewalt in dem eigenen Territorium eben jetzt allmählich über die konkurrierenden Stände, Prälaten, Adel und Städte, zu erheben suchte.

327—328, 325—326. Für Tirol, wo besonders das Hexenwesen bekämpft werden soll, s. J. Egger, Handbuch der Geschichte Tirols I. 606—607.

[1] Zur Geschichte des Aufstandes der Prager im September 1483. Mitteil. des Ver. für Geschichte der Deutschen in Böhmen XIX. 241 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Ganz anders war die Auseinandersetzung der italienischen Mächte unter einander. Der Einfluß der Kaiser auf Reichsitalien hatte unter den gegebenen Verhältnissen schon aus äußeren Gründen so gut wie ganz aufgehört. Im Gegensatze zu den deutschen Fürstentümern mit ihrem Durcheinander von feudalen Einrichtungen, ihrem schwankenden Recht und schwachen Einkünften hatten sich hier volkreiche, geldmächtige, in vielfachem Kampf und Umsturz endlich zu festen staatlichen Ordnungen emporgediehene Republiken oder durch Klugheit und Waffengewalt begründete Reiche absolut gebietender Dynastengeschlechter neben einander konstituiert, die, durch keine Macht gezügelt, ihren besonderen Zielen nachstrebten. Verstand und Glück, persönliche Tüchtigkeit und ererbter Reichtum schufen in engeren und weiteren Kreisen Schicksalsläufe, von denen man im öffentlichen Leben des deutschen Reiches nichts wußte. Die Halbinsel war erfüllt von unablässigen Bewegungen und Kämpfen, von Allianzen und Gegnerschaften, die stetig wechselten, je nachdem hier Mißgeschick, dort Waffenerfolge, Hoffnungen oder Besorgnisse in Nähe und Ferne wach riefen. So ward Italien der Boden, auf dem das neue Prinzip des europäischen Gleichgewichtes sich zuerst im engeren Kreise erproben sollte; wo der Versuch unternommen werden mußte, ein allgemeines Verhältnis zu schaffen, das den Bestand aller staatlichen Gemeinwesen der Halbinsel neben einander ermöglichte, und zugleich doch den Grundsatz zu verwirklichen, fremde Mächte von ihrem Boden fern zu halten. Die Kirche aber sah sich als Inhaberin des Patrimoniums Sankti Petri in diese Händel verwickelt und umsomehr zur Anteilnahme an allen diesen Bewegungen und Bestrebungen gezwungen, als sie sich im eigenen Gebiete gegen die Freiheitslust der Kommunen und die Selbstherrlichkeit der Adelsgeschlechter zu verteidigen, als sie, mitten hineingestellt zwischen Florenz, Mailand, Venedig, Neapel, ihre staatliche Unabhängigkeit und Bedeutung zu wahren und überdies mit der Ausschließung jeder anderen europäischen Macht vom Boden Italiens die Sicherung der eigenen europäischen Stellung in Einklang zu bringen hatte.

Ließ sich aber die Stellung des Papstes als Haupt der ganzen Christenheit trennen von seiner Thätigkeit als Herr eines mittelitalischen Territoriums, der, mit List und Gewalt angefochten von innen und von

[1] Man vergleiche oben im zweiten Kapitel die parallelen Ausführungen über das Kaisertum und die Reichsgebiete des Nordens. Außerdem betreffs der kirchlichen Verhältnisse des Nordens und des allmählichen Verfalles der katholischen Kirche in Dänemark, Schweden und Norwegen, namentlich durch die Schuld der Könige und des Adels, Histor. politische Blätter 106 (1890), 344—357, 431—443, 508—520, 659—680.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

außen, nur dann seine Zwecke erreichte, wenn er gleiches mit gleichem vergalt, zumal er ja all der Vorteile und Kräfte entbehrte, welche die erbliche Nachfolge in der Herrschaft für das Fürstentum auch in jenen Tagen bedeutete? Nein. Aber ebensowenig vermochte auch wieder der Papst zu verhindern, daß alle Übelstände und Unfälle, die wie ja überall so auch seiner Verwaltung des Kirchenstaates nicht erspart blieben, zugleich sein Ansehen als das geistliche Haupt der Kirche schädigten. Und immer wieder war für die Päpste die Versuchung vorhanden, Verbindungen, Rechte und Mittel, die ihnen allein zufolge ihres höchsten kirchlichen Amtes zustanden, eben im Interesse des Kirchenstaates zu verwerten.

Denn stets lag die weitere Gefahr nahe, daß Sixtus IV. über den schweren Sorgen für die Erhaltung seines territorialen Besitzes und seiner italienischen Machtstellung die weit höheren Pflichten gegen die gesamte Christenheit aus den Augen verlor oder doch in den Hintergrund stellte. Dazu kamen in jenen Tagen vielfach noch geringere, wenn auch sonst an sich nicht unbedeutende Übel: der steigende Nepotismus der Kurie, die notwendige Rücksichtnahme der Päpste auf die Wünsche der italienischen Fürsten und Staaten, besonders bei der Verteilung der Kardinalate, der Legationen, der kirchlichen Würden und Einkünfte, damit im Grunde die allmähliche Änderung ihrer gesamten Stellung. Notgedrungen traten jetzt auch neue Bedingungen und Forderungen bei den Papstwahlen hervor. Da nur ein genauer Kenner der italienischen Dinge die neuen besonderen Aufgaben des Papsttums zu erfüllen vermochte, so mußte er nahezu mit Notwendigkeit Italiener sein. Die Italianisierung der Kurie machte nun immer weitere Fortschritte. Die naturgemäße Folge davon war aber eine weitgehende Entfremdung dieser mehr italienisch-nationalen als universalen Kirche von dem geistigen Leben und Weben, dem eigentlichen Thun und Treiben der ultramontanen Nationen.

Noch weniger als in den vorhergehenden Menschenaltern war die Kirche eines Sixtus IV. und Innocenz VIII. befähigt, was sie Jahrhunderte hindurch in wunderbarer Beweglichkeit und Kraft vermocht: sich der bedeutenden Ideen aller Zeiten, und jedes stärkeren Impulses im Völkerleben zu bemächtigen und sie der abendländischen Welt selbst zu übermitteln. Damit hatte sie sich einst die geistige Führung der christlichen Nationen gesichert. Wie stand es jetzt damit?

Nicht als ob das außerordentliche Verdienst, welches sich gerade das Papsttum und die hohen hierarchischen Kreise Italiens und der

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

anderen Länder um die Entfaltung des Humanismus erwarben, nicht auch für die Kirche von Wert gewesen wäre, sowie ja jenes Mäcenatentum der Wissenschaft außerordentlich zu gute kam. Die Verdienste eines Nikolaus V. und Pius II., eines Bessarion und Capranica und der langen Reihe der sonstigen Gönner der Altertumswissenschaft und ihrer modernen Schüler in allen Ehren! Aber eine ernstere, tiefere Anregung, und vor allem die Verwertung dessen, was die Litteratur der Alten für die Bestrebungen der Gegenwart an staatlichen und gesellschaftlichen Ideen zu bieten vermochte, blieb doch im ganzen für die hierarchischen Kreise neben dem Vorteile, welchen Historiker und Philosophen, Philologen und Rhetoren, welchen behagliche heitere Lebensführung und Sinn und Geschmack für Schönheit und äußeren Prunk aus solchen Studien zu ziehen vermochten, verloren. So wenig gewann der Gott der Christen aus der Beschäftigung seiner ersten Diener mit den Werken des heidnischen Altertums und gelangte er etwa aus der Betrachtung der langen Entwickelungsreihe religiöser und göttlicher Vorstellungen, welche die Altertumswissenschaft nun vermittelte, zu um so innigerer und idealerer Erfassung seines Wesens, daß er sich in ihren Werken und Gedanken, in Scherz und Ernst weit eher in die Einzelwesen des griechisch-römischen Götterkreises aufzulösen schien. War dies aber bei den bedeutendsten Geistern der Fall, so darf es nicht Wunder nehmen, wenn beschränktere Köpfe in den Reihen des hohen Klerus nicht nur Italiens sondern aller christlichen Völker den Humanismus auch selbst eben des heidnischen Geistes wegen, der aus seinen Werken wehte, zurückwiesen.

So kam zur Zeit, als die Kirche, wollte sie die doch von ihr selbst als notwendig anerkannten und nur allzu lange aufgeschobenen Reformen durchführen, der gerechtesten und weisesten, der selbstlosesten und energischsten Päpste, erwählt aus den erleuchtetsten Männern der ganzen Christenheit bedurfte, die Reihe der sogenannten politischen Päpste aus italienischem Geblüte zur Herrschaft, die sich niemals von den Traditionen ihrer engeren Heimat loszumachen wußten und, so sehr man ihren guten Eigenschaften Gerechtigkeit widerfahren lassen wird, vielfach den Strömungen des Augenblickes sich unterwerfend, die kleinen Künste der Diplomatik oft genug für Weisheit ansahen, statt des Wohles der ganzen Kirche noch häufiger jenes Italiens, des Kirchenstaates, ihrer eigenen Familie im Auge behielten.

Und doch hatte man gerade von der Wahl des Franziskanerordensgenerals und Kardinals von San Pietro in Vincoli, Francesco della Rovere (Sixtus IV.), eine Besserung der Verhältnisse auch schon gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Zeiten Pauls II. erhofft! Ausgezeichnet als Redner und Lehrer, als Prediger wie als Gelehrter auf den Gebieten der Theologie und Philosophie hatte er dem Kardinalskollegium, wie es heißt, vor allem deshalb seine Erhebung zu verdanken, weil er politisch bisher gar keine Position besaß, es wäre denn ein freundliches Einvernehmen mit dem Herzoge von Mailand. Er hatte so, schien es, durchaus freie Hand, mit allen italienischen Mächten erwünscht freundliche Beziehungen anzuknüpfen und that es auch. Aber ihre Erhaltung war ihm zufolge seiner Sonderinteressen nur kurze Zeit möglich. Eben daß Sixtus IV. bis zu seiner Thronbesteigung in politischen Dingen, was sich gerade in den italienischen Angelegenheiten geltend machte, unerfahren war, gab ihn den politischen Einflüssen preis, die sich an ihn drängten, und ließen auch ihn im diplomatischen Verkehre die Grundsätze annehmen, die man damals bereits allgemein in Italien übte. Die wachsende Rücksichtnahme auf die Nepoten kam dazu, um Papst Sixtus allmählich tief in die Intriguen der Halbinsel zu verstricken.[1] Und was er hier übte, trat auch bald in der Politik des heil. Stuhles den außeritalischen Mächten gegenüber, ja sogar in Sachen des Glaubens und der Christenheit hervor.[2] Immer ausschließlicher wurden unter Sixtus IV. für die Erhebung zum Kardinalate weltliche Beziehungen maßgebend und mehrte sich innerhalb des heil. Kollegiums weltlicher Geist und Glanz und Üppigkeit.[3] Und immer wieder hat er sich der Waffen der Kirche bedient, wo es sich lange nicht um den Glauben, sondern um sehr reale Dinge handelte, und wurden dann die ausgesprochenen geistlichen Censuren zurückgenommen, weil die geänderten politischen Verhältnisse dies anrieten. Nicht blos die italienische, auch die Geschichte der deutschen Kirche jener Tage liefert dafür unwiderlegliche Beweise. Gewiß hat Sixtus IV., indem er an der Verschwörung der Pazzi in Florenz gegen Lorenzo Medici Anteil nahm, die Mittel, deren sich die Verschworenen zur Ausführung ihres Vorhabens bedienten, gemißbilligt. Aber blieb es für das Ansehen des Oberhauptes der Kirche nicht an sich in hohem Grade bedenklich, daß er irgendwie dem ganzen Unternehmen nahe gestanden?

[1] Vgl. E. Frantz, Sixtus IV. und die Republik Florenz, Regensburg 1880. A. v. Reumont, Lorenzo de Medici il Magnifico. 2 Bde., 2. Aufl. Leipzig 1883.

[2] Man denke nur an die Art, wie Sixtus das Recht der Bestätigung des Preußenfriedens Polen und dem Orden gegenüber jahrelang als diplomatisches Werkzeug handhabte.

[3] Pastor, Geschichte der Päpste II. 551—552.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Und was der Papst übte, übten, soweit die Macht und die Mittel reichten, die Kardinäle und in und außer Italien Erzbischöfe und Bischöfe, Äbte und Domherren. Was alles konnten in jenen Tagen die Deutschen an ihren Oberhirten sehen! Unter ihnen gab es tüchtige Kriegsmänner[1] und Liebhaber des Jagdsportes,[2] Tänzer[3] und Zecher[4] wie gelehrte Theologen und Prediger, Mäßige und Enthaltsame. Und bei den wenigsten war die Eignung für das geistliche Amt Hauptursache ihrer Erwählung gewesen. Die Kanonikate der Kathedralkirchen waren meist Sinekuren geworden, bestimmt, Mitglieder des Adels und fürstliche Räte mit Einkünften zu versehen. Sie lagen jetzt zum guten Teile in der Hand jener Sorte juristisch geschulter Staats- und Kanzleimänner, die, weit entfernt geistliches Wesen zu verraten, selbst unter ihren weltlichen Genossen sich der schlimmsten Umtriebe beschuldigt sahen. Und wie sollte ein solcher Prälat, oft zugleich Domherr an drei und vier Hochkirchen, überdies dort Pfarrer oder Propst, hier Offizial und Archidiakon, seinen verschiedenen Obliegenheiten nachkommen? Und war es nicht allbekannt, daß er seine Wahl oder Ernennung insgemein bestimmtem fürstlichen Einflusse zu verdanken hatte, den er nun im Schoße des Kapitels vertrat? Im Jahre 1479 hat Kaiser Friedrich es als politische Notwendigkeit für sich und seinen Sohn, den Herzog von Burgund, bezeichnet, daß Papst Sixtus eine gewisse Ernennung für das Domkapitel von Straßburg vollziehe, sie hätten bisher in demselben keinen treu ergebenen Mann.[5]

Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Übelstände auch in den Reihen der niederen Säkulargeistlichkeit, in der Würdigkeit und dem Wandel der Pfarrer und Kapläne, und in Schwinden von Zucht und Ordnung innerhalb der Konvente zum Ausdrucke gelangten. Waren die Prälaten durch Geburt und Besitz und oft auch ihre besondere amtliche Thätigkeit und persönlichen Neigungen dem Verkehr der ihrer Oberleitung untergestellten Herde meist entrückt und schon dadurch auf sie ohne größeren Einfluß, so darbte der niedere Klerus in Unwissenheit. Ohne sittliche Erhebung vollbrachte er die heiligen Handlungen, die ihm zur Tagesgewohnheit geworden, sprach er die Gebete der Liturgie, ohne auf ihren Sinn zu achten, auch wohl oft, ohne sie zu verstehen, für die Gemeinde ohne Erbauung. Je mehr aber der mindere Geistliche in Bildung und Lebensführung seinen Kirchkindern glich, desto mehr schwand die

[1] Z. B. Bernhard von Münster, Ruprecht und Hermann von Köln u. v. and. [2] Ruprecht v. Straßburg. [3] Johann v. Augsburg. [4] Jodok v. Breslau.
[5] Vat. Geh. Archiv lib. var. instruct. LV. fol. 38—44.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Scheu vor dem Heiligen, das seine Hände täglich vollbrachten, und desto weniger war er im stande, all der Fülle dessen, was vom alten germanischen Heidentum noch im Volke lebendig geblieben war oder von fremdländischem Aberglauben in dasselbe Eingang gefunden, mit Erfolg entgegenzutreten. Im Gegenteile. So wenig der niedere Klerus sich dem Wunderkultus des 15. Jahrhunderts entgegenstellte — in vielen Fällen hat er ihn aus Gewinnsucht geradezu gefördert — so sehr stand auch er unter dem Einflusse der Überzeugung, daß Gott und seine Kirche, die Welt und der einzelne Mensch verfolgt seien von Dämonen und ihnen dienenden Menschen, gegen die man sich wehren müsse mit den äußersten Mitteln. Bald genug fanden es die Beichtspiegel für notwendig, ausdrücklich zu erklären, daß es bei Aberglauben und Zauberei keine Entschuldigung sei, wenn ein Mönch sie gelehrt.[1] Es genügt, statt langer Darlegungen daran zu erinnern, daß die Urheber des schrecklichen Hexenhammer, des „malleus maleficarum", die Dominikaner Sprenger und Gremper waren und daß ihn Papst Innocenz VIII. in der Bulle „Summis desiderantes affectibus" billigte. Deutschland hat dann vom Ende des 15. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, die Kirche von Hexen und Zauberern zu befreien, „mehr Menschen gemordet als einst Italien zur Zeit der Christenverfolgung".

Bei solcher Sachlage ist es trotz allem, was oben berührt wurde, begreiflich, daß auch der Unwürdigste vielfachen Beifalles sicher war, wenn er gegen Kirche und Geistlichkeit loszog, wenn er Besserung in der Verwaltung weltlichen Gutes durch die Kirche, die Aufgebung der Pfründenhäufung, Reform des Lebens des Klerus und vor allem in den Einrichtungen der Kurie selbst begehrte. Die Schäden lagen eben offen vor aller Welt zutage, und mochte die Kirche, mochten ihre hervorragendsten Würdenträger mit noch soviel Anspruch und Recht gegen Beleidiger und Schädiger auftreten, leicht fand dieser Waffen und Genossen, mit denen er sich schützte, ja dem Angreifer hart zusetzte. Vor allem aber hatte sich die Kirche wie anderwärts so in Deutschland mit der emporstrebenden Staatsgewalt auseinanderzusetzen. Gewiß war hier ihre Stellung weit günstiger als etwa in Frankreich oder England, wo dem hohen Klerus damals kaum etwas anderes übrig blieb, als sich unter den Schutz der Krone zu begeben. Die stolzen Kirchenfürsten Deutschlands waren ja selbst gleich ihren weltlichen Kollegen mächtige Territorialherren geworden und die Stellung des Kaisertums eine wesent-

[1] G. v. Buchwald, Deutsches Gesellschaftsleben im endenden Mittelalter I. 128—129.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lich schwierigere als die der Könige des Westens. Aber allenthalben erwuchsen den Prälaten doch auch hier Einbußen und Gefahren. So wie es undenkbar war, daß man fernerhin eine weltliche Strafgewalt der Kirche auch über den Laien dulden werde, so ergab es sich von selbst, daß in den fürstlichen Territorien an den Diözesangerechtigkeiten der Nachbarbischöfe und an den weitreichenden Privilegien der insitzenden Geistlichkeit ebenso wie an den Sonderrechten anderer Klassen und Stände gerüttelt wurde. In Sachen der Straf- und Ehegesetzgebung, hinsichtlich der gesamten Rechtspflege, der Polizei und der Finanzen erwuchsen Ansprüche des Staates, die der bisherigen Übung wenig entsprachen. Allenthalben ist damals in Deutschland seitens der stärkeren Fürstenhäuser, der Kaiser voran, der Versuch gemacht worden, den unmittelbaren Klerus ihrer Territorien nicht nur zu beschränken, sondern womöglich zur Landsässigkeit hinabzudrücken.

Nun läßt sich ja nicht leugnen, daß, sowenig als das Verlangen nach Reform des kirchlichen Wesens in Deutschland auch nach 1448 je aufgehört hatte, die Reformthätigkeit auch jemals völlig zum Stillstand gekommen war! Der mächtige Anlauf, den Papst Nikolaus V. genommen und dessen Seele und Werkzeug Kardinal Cusa gewesen war, ist freilich in der späteren Zeit nicht wiederholt worden.[1] Griff die Kurie ja hie und da reformierend ein, so geschah es aus ganz besonderen Anlässen und mit großer Zurückhaltung.[2] Aber wenigstens einzelne deutsche Bischöfe und Äbte nahmen es mit der Verpflichtung ernst, entsprechend den Beschlüssen der großen Konzilien mittelst Provinzialsynoden und durch die Entsendung von Kommissären mit ausreichenden Vollmachten die kirchlichen Zustände ihrer Diözesen und Stifter nach Möglichkeit zu bessern.[3] Und hatten sich einst schon Cusa die größten Schwierigkeiten

[1] Vgl. Gebhardt, Gravamina der deutschen Nation, Breslau 1881, 3 ff.

[2] Man vgl., um nur einiges anzuführen, Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 33—34, 63—95 (Kloster Klingenthal betreffs). Fontes rerum Austriac. XLVI. 421—422, Nr. 415 (St. Emmeran in Regensburg und Ottobeuern betreffend).

[3] Im Allgemeinen s. A. J. Binterim, Pragmatische Geschichte der deutschen National-Provinzial- und vorzüglichsten Diözesankonzilien vom 4. Jahrh. bis zum Konzil von Trient. Bd. 7, Mainz 1848. O. Braunsberger, Konzilienleben im 15. und beginnenden 16. Jahrh. Stimmen aus Maria Laach 1888, 2. Heft. Zur Reformation im Mainzischen s. Gudenus IV. 405—408. Im Kölnischen unter Erzbischof Hermann den Aufsatz von R. Ernsing: Zu dem Leben und Wirken Dietrich Köldes, Histor. Jahrbuch 12 (1891), 56—68. Im Württembergischen: Knebel in Basl. Chron. III. 213. Im Hildesheimischen unter Bischof Magnus: Dr. A. Bauer, Geschichte von Hildesheim, Hildesheim 1892, 43—46. Vgl. auch O. Grillenberger,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

entgegengestellt und erschienen schon zu seiner Zeit die Bande der kirchlichen Disziplin so unheilbar gelockert, daß selbst dort, wo unter dem Drucke seiner persönlichen Einflußnahme die Reformen eingeführt und lebendig geworden waren, kurz nach seiner Entfernung die alten Zustände gewöhnlich zurückkehrten, so kam nun die Unfähigkeit oder Unwürdigkeit mancher Reformer dazu. Oder wie sollte es z. B. Erzbischof Hermann von Köln gelingen, den sittlichen Wandel seines Klerus zu bessern, wenn die Kurie es noch unmittelbar vor seiner Bestätigung in der erzbischöflichen Würde nicht hatte vermeiden können, auf schwere Anklage hin wegen seiner eigenen sittlichen Haltung Erhebungen einzuleiten.[1]

Die Reform ward auch nicht etwa deswegen mit Nachdruck durchgesetzt, weil die Bestimmungen des Wiener Konkordates dies forderten oder weil auch die Laienwelt in Streitschriften und gelegentlich auf Reichstagen und Fürstenversammlungen sie laut, ja drohend verlangte. Das Konkordat vom Jahre 1448 wurde stets nur in Streitfällen und dann hervorgeholt, wenn es dem Unterliegenden zur Waffe dienen sollte. Im übrigen kümmerten sich um seine Beobachtung der Kaiser und die Kurfürsten so wenig, als der Papst und das Kardinalskollegium. Der Kaiser hat in seinen Ansuchen an den Papst wiederholt ausdrücklich betont, daß die Abmachungen von 1448 in diesem Falle nicht hinderlich sein sollten. Und als der Klerus der Trierer Diözese 1482 sich bei Erzbischof Johann II. beklagte, daß der Kaiser die Kompaktaten verletze, antwortete der Kurfürst, es sei dies zwar wahr und das Vorgehen des Kaisers eine Neuerung, aber die Zeitläufe verböten, sich dagegen zu stemmen.[2] So oft wir eben seit 1452 geistliche und weltliche Fürstenvereinigungen Deutschlands den Ruf nach Reform erheben sehen: stets verfolgten sie dabei Zwecke, die mit Religion und Kirche wenig oder nichts zu thun hatten.[3] Waren diese Ziele erreicht oder überwunden, so verstummte jederzeit sofort das Reformgeschrei.

Auch mit dem Verlangen nach Berufung eines ökumenischen Konzils, mit dem man seit den Tagen von Konstanz in Deutschland wie anderswo den Papst zu schrecken pflegte, hatte es kein anderes Bewandtnis. Längst (1461) hatte übrigens ein findiger Kuriale das Mittel gefunden,

Zur Reformgeschichte des Benediktinerordens, Studien und Mitteil. des Bened. und Cisterz. Ordens 10, 1—17 (für Niederaltaich).

[1] Font. rer. Austr. XLVI. 449.

[2] Vgl. B. Gebhardt, Gravamina der deutschen Nation 51—52.

[3] Die Beweise für 1452—1467 in meiner Abhandlung: Die ersten Versuche zu einer römischen Königswahl unter Kaiser Friedrich III. Forschungen Bd. XVII. und in Band I. dieser Reichsgeschichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

mit der Drohung, die Kurie würde die Exekution etwaiger Konzilsbeschlüsse, die sie keineswegs scheue, den weltlichen Fürsten zuweisen, die Reformrufer im Reiche auf lange Jahre still zu machen.[1] Erst im Herbste 1476 hieß es, der Kaiser würde im Verein mit dem Könige von Frankreich die Abhaltung einer allgemeinen Kirchenversammlung ins Werk setzen, die rücksichtslos gegen alle Übelstände bei der Geistlichkeit und der Kurie, ja gegen den Papst selbst vorgehen sollte. Wir wissen, welchem besonderem Anlasse jenes Projekt entsprang und wie kurzlebig es war. Und mit seiner Aufgebung schwand auch die Konzilssehnsucht der Könige von Ungarn und Neapel. Ihr Konzilsbegehren war ja nur ein Schachzug gegen das Beginnen des Kaisers und König Ludwigs von Frankreich gewesen. Der stürmische Gang der Dinge im Westen des Reiches 1476 und die rasche Entzweiung der Herrscher von Deutschland und Frankreich, sobald es sich um das Erbe Herzog Karls von Burgund handelte, benahm dann trotz neuen Zwistes des Kaisers mit dem Papste dem französisch-deutschen Konzilsprojekte jede weitere Zukunft. Härter bedrängt sah sich Papst Sixtus damals und noch länger durch eine italienische Bewegung für die Einberufung eines Konzils, zu der übrigens schon Papst Paul II. 1471 hatte Stellung nehmen müssen.[2] Seitdem es zwischen Sixtus und Lorenzo von Medici mit seinen Bündnern zu unheilvoller Entzweiung und endlich zum offenen Kriege gekommen, drangen Florentiner, Mailänder, Venetianer, ja neben dem mit Florenz verbündeten König von Frankreich auch der König von Ungarn ungestüm genug auf die Abhaltung eines ökumenischen Konzils. Und sowie jene versuchten, dabei auch an dem Kaiser und dem Herzoge von Burgund, seinem Sohne, Förderung zu finden, wandte sich der Papst wiederholt an das Oberhaupt des deutschen Reiches, es in dieser Frage zu einer Stellungnahme nach seinen Wünschen zu vermögen.

Kaiser Friedrich III. sah aber diese Sache allein vom weltlich-politischen Standpunkt an. Die Konzilsfrage war ihm ein Faktor in seinen Berechnungen für und wider, weiter nichts. Und so war es auch noch 1482, als sein einstiger Orator an der Kurie, der Erzbischof Andreas von der Kraina, in Basel jenen abenteuerlichen Versuch, eine Kirchenversammlung zuwege zu bringen, machte, von dem noch zu berichten sein wird.

[1] Höfler, Fränkische Studien VIII. im Archiv für Kunde österr. Geschichts-Quellen XII. 351. Vgl. K. Menzel, Diether von Isenburg, Erzbischof v. Mainz 1459—1463, 135, Anm. 12.

[2] Vgl. Pastor, Geschichte der Päpste 392 (Text und Anm. 3), 393.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die Reihe der vergeblichen Bemühungen um kirchliche Reform wäre nicht vollständig, würden wir die Anläufe übersehen, die aus dem unteren Klerus selbst hervorgingen. Damit auch wird erst deutlich, daß doch eigentlich die ganze denkende Nation, die gebildete Laienwelt und die Geistlichkeit hoch und niedrig, in eine Bewegung eingetreten war, deren Naturnotwendigkeit man allseits empfand, deren Erfolglosigkeit dann so verhängnisvoll sein sollte.

Gewiß war die Anteilnahme der Diözesangeistlichkeit an der Reformbewegung nicht derart, daß sie etwa deren Prinzipien in sich aufnahm und sie in eigener Thätigkeit verwirklichte. Dazu fehlten doch wesentlich die Vorbedingungen. Es war mehr der Koalitionsgeist jener Tage, welcher sie veranlaßte, gemeinsam gegen Übergriffe geistlicher und weltlicher Oberen aufzutreten, was ja in kirchlichen Dingen von vornherein kaum ein Gelingen verhieß. Hierher gehören die Zusammenkünfte des Klerus der Erzstifte Mainz, Köln und Trier (1472) zum Zwecke der Ablehnung des ihm auf dem vorhergehenden Regensburger Reichstage auferlegten Zehnten. Man schritt zur Abfassung eines Vertragsinstrumentes, welches auch insofern interessant ist, als es die Verbindlichkeit gegenüber den Beschlüssen des Reichstages abzulehnen wagte: falls die vier europäischen Nationen — man erinnerte sich wohl an die Scheidung auf den großen Konzilien — eine Bewilligung für den Türkenkrieg thun würden, so wollten auch sie sich dazu bequemen; sonst müßten sie gemeinsam jede Leistung und zwar mit allen erlaubten Mitteln abwehren.[1] Da es dem Reiche an jedem Organe fehlte, derlei Auflehnung gegen eine seiner wichtigsten verfassungsmäßigen Einrichtungen niederzuhalten, so blieb das Vorgehen der rheinischen Geistlichkeit ungebüßt. Im Januar 1473 ließ sich auch der Klerus der Wormser Diözese in die Union aufnehmen.[2] Vom Zehnten wurde hier, scheint es, in der That wenig oder nichts gewonnen. Die Rücksichtslosigkeit des Kaisers und die Willkür der Kurie wurde dann namentlich in den Jahren 1474—1479 der deutschen Geistlichkeit immer empfindlicher. Deshalb kam es im Jahre 1479 in Koblenz zu einer neuen Versammlung der Diözesangeistlichkeit von Mainz, Köln und Trier. Zahlreiche Klagen und Beschwerden der gesamten Nation und des geistlichen Standes insbesondere wurden hier gegen Papst und Kaiser vorgebracht und 26 Artikel zusammengestellt, welche die schwersten Mißstände schilderten.

[1] Gedr. b. Leibnitz, Cod. jur. Germ. dipl. I. 439—440. Lünig, Rchsarch. XV. 354. Georgi, Gravaminum collectio 294. Vgl. Gebhardt, Gravamina 53—55.
[2] Würdtwein, Subsidia diplom. XIII. 192 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Papst, damals vielseitig, namentlich aber durch seine italienischen Gegnerschaften bedrängt, scheint in der That eingelenkt zu haben. Um diese Zeit mag die Aufhebung aller Reservationen innerhalb der deutschen Nation erfolgt sein, von der wir gelegentlich erfahren.[1] Anders nahm aber der Kaiser die Sache auf. Unmittelbar darauf ließ er durch seinen Gesandten in Rom anbringen, wie sehr ihm solche Zusammenkünfte gewisser Geistlichen in den rheinischen Erzdiözesen zuwider seien; ihre Bestrebungen seien gegen den heil. Stuhl gerichtet; seine Meinung wäre daher, die Teilnehmer zu zitieren und zu bestrafen, damit ihre Vermessenheit ihren Lohn finde.[2]

Solches Vorgehen des Kaisers entspricht durchaus dem Wesen seiner kirchlichen und staatlichen Politik. Nicht nur den Untergebenen nicht, auch nicht einmal den fürstlichen Nachbarn gestand er jemals das Recht zu, das er selbst unter Umständen ungescheut übte: sich von Verpflichtungen zu dispensieren, wenn dies die Lage der Umstände zu fordern schien, dagegen unter allen Verhältnissen die eigenen Ansprüche oder gar berechtigten Forderungen festzuhalten. Der Kaiser that dies vor allem auch der deutschen Kirche und den Päpsten gegenüber.

Durch die Verhandlungen Papst Eugen IV. hatte sich Friedrich III., wie bekannt, vollberechtigten Einfluß auf die Verleihung von sechs Bistümern innerhalb des Umkreises und in der Nachbarschaft der österreichischen Erblande verschafft. Es erinnert in gewisser Hinsicht an die Tage Ottos des Großen, wenn Kaiser Friedrich gegenüber dem übermächtigen weltlichen Fürstentum überhaupt eine Stütze in den geistlichen Fürsten des Reiches zu finden suchte und deshalb namentlich oben im Reiche nur durchaus ergebene Männer in den Besitz der Hochkirchen gelangen lassen wollte. So war es das geringste, daß der Kaiser mit aller Entschiedenheit danach strebte, die ihm betreffs jener sechs Bistümer zugestandenen Rechte auch auf die neuerrichteten Bischofssitze von Wien, Wiener-Neustadt und Laibach auszudehnen. Am 5. Juni 1469 hat Papst Paul II. darin dem Wunsche des Kaisers willfahrt.

Dessen Pläne gingen aber weiter. Abgesehen von der wichtigen Wahl auf die drei Erzstühle des Reiches, mit denen die Kurwürde verbunden war, blieb namentlich die Besetzung der Sitze von Salzburg, Passau, Augsburg, Konstanz, Bamberg mit treu ergebenen Prälaten

[1] Vgl. die Bemerkung des Kaisers in der Instruktion für den Protonotar De Agnellis, den er mit Aufträgen an die Kurie zurücksendet. Vatik. Geh. Archiv, lib. var. instruct. LV. fol. 38—44.

[2] Ebendort fol. 43.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Gegenstand unausgesetzter Wachsamkeit der kaiserlichen Politik. Ganz selbstverständlich war dies der Fall bei den salzburgischen Suffraganstühlen, welche ja für die Gestaltung der erbländischen Dinge immer wieder in Betracht kamen.

Seitdem einst der Kaiser, die Verhältnisse klug zu Rate ziehend, unter eigenartigen Bedingnissen die Obedienz der deutschen Kirche für den römischen Stuhl herbeigeführt und dann in Rom die Kaiserkrone erworben hatte, sah er sich mit Recht als den Verbündeten, ja den Gönner des heil. Stuhles an. Und sowie Friedrich jederzeit bereit war, für die Interessen der Kirche einzutreten, rechnete er auch in seinen Anliegen auf die Ergebenheit und guten Dienste der Päpste. Daß ihm, nachdem die ersten verhängnisvollen Schritte an der Seite Roms geschehen waren, seit 1452 die Selbstsucht der Kurfürsten und die Unlauterkeit der Reformer kaum mehr eine andere Wahl ließen, als sich möglichst innig an das in vieler Hinsicht in ähnlicher Lage sich befindende Papsttum anzuschließen, ist bekannt. Die Zeiten Pius II., seines einstigen Sekretärs, Pauls II., dem er in den böhmischen Dingen so sehr zu Willen gewesen war, hatten Friedrichs Ansprüche auf den Dank der Kurie gesteigert. So trat er Sixtus IV. gegenüber.

Von Haus aus konnte zufolge der eigenartigen Politik dieses Papstes, die ja überall der herrschenden Windrichtung geschickt Rechnung zu tragen strebte, der Konflikt mit dem Kaiser, der dagegen feste und zwar freundschaftliche Beziehungen zur Kurie sicher voraussetzte und unbedingt forderte, nicht lange ausbleiben.

Es mochte dem Kaiser schon zuwider sein, daß es bis zum 8. April 1472 dauerte, ehe ihm der Papst der alten Verpflichtung gemäß die im Wiener Konkordate zugestandenen Vorrechte neu bestätigte. Sie wurden dann freilich im Umfange der Bulle Papst Pauls vom 5. Juni 1469 gewährt.[1] Eine lange Reihe von Wünschen, betreffend die Unterstützung des Kaisers bei der Wiedereinbringung heimgefallener Reichslehen — gemeint war vor allem das Herzogtum Mailand — eine gegnerische Haltung der Kurie gegen den widerharigen Pfalzgrafen, sowie den König von Ungarn, „der in vielen Dingen dem Kaiser widerstrebe", Empfehlungen des Königs von Bosnien, des Bischofes von Brixen, des Grafen Johann von Nassau, betreffs der Kirche von Wien, der Bamberger Benefizien, der Kirchen von Mödling und Bertholdsdorf, vor allem aber rücksichtlich der Zahlung der noch ausstehenden 52000 Du-

[1] Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 316—318.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

katen aus der alten Schuld der Kurie an den Kaiser mit einer Empfehlung des Georg Heßler, Propst von Xanten und kaiserlichen Rat, für die Kardinalswürde erschollen binnen kürzester Zeit an das Ohr des Papstes. Sie fanden hier vielfach um so weniger bereitwillige Erledigung, als Papst Sixtus IV. von seiner Stellung und seiner Verpflichtungen Kaiser Friedrich gegenüber eine durchaus andere Meinung hatte, als der Kaiser. Er stellte sein Verhältnis zum Reichsoberhaupte nicht höher als seine Verbindlichkeiten anderen Fürsten gegenüber. Und besaß die Kurie schwerlich eine Kenntnis von der Verschreibung Heßlers an den Kaiser, ihm im Falle seiner Ernennung „ganz dankbar, getreu und hold zu sein" und „am Hofe zu Rom oder an allen anderen Enden der deutschen Nation getreulich zu dienen",[1] so verstand sie um so besser, daß alle die vorgebrachten Wünsche lediglich dem Privatinteresse des Kaisers entsprachen und es darin der wichtigen Punkte mehrere gab, deren Erfüllung die Kurie zur Verleugnung des eigenen oder zu scharfem Vorangehen gegen den Vorteil dritter genötigt hätte. So blieb der Kaiser in vielem unbefriedigt.[2] Etwa im Frühjahre 1473 hielt sein Orator dem Papste auf Grund einer scharfen Instruktion, zu der der Kaiser mit eigener Hand seine Zusätze gemacht, ein langes Sündenregister vor: Sixtus habe in Sachen Böhmens und betreffs der Bestätigung des Königs von Ungarn gegen seine Zusagen gehandelt, obgleich ihn der Kaiser in einer Denkschrift habe unterrichten lassen; er habe gegen den Willen des Kaisers gehandelt hinsichtlich mehrerer deutschen Kirchen, der Sendung von Legaten u. s. w.[3] Wieder ward eine lange Reihe von Wünschen und Forderungen angebracht.

Nun hat ja Papst Sixtus manches davon gewährt, aber offenbar viel zu langsam und zu spärlich und vor allem nicht das, woran dem

[1] Die Verschreibung Heßlers v. 8. März 1874 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 329—330.

[2] Gewisse Zugeständnisse, die der Papst machte (z. B. betreffs der Reliquien, 8. Jan. 1474, Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 328—329) genügten dem Kaiser nicht; die Forderungen wurden wiederholt.

[3] Das Schriftstück bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 326—328 datiere ich deshalb wie oben, weil von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Kaisers und der Fürsten mit dem König von Frankreich (Vermittler ist im April 1474 Stephan von Bayern), und andererseits von den Beschlüssen des Augsburger Tages die Rede ist. Als Erfolg der kaiserlichen Mahnung wird man die Bullen vom 20. April 1474 (Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 339—232, 333—334, betr. des Trienter und Mainzer Domkapitels) und noch sicherer v. 11. Juni 1475 und 20. September 1474 (Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 343—346, betr. der Wiener Kirche; 335—338, betr. des Klosters Maria-Brunn bei Landstraß in der Windischen Mark) ansehen dürfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser besonders gelegen war. Dessen Verstimmung wuchs so stetig. In offenen Streit vor aller Welt gerieten die beiden Häupter der Christenheit jedoch erst wegen der Besetzung des Bischofsstuhles von Konstanz.

Die Kirche von Konstanz hatte im Laufe der Zeiten eine besondere politische Bedeutung nicht nur für die engere Nachbarschaft, die Eidgenossen und den Herzog von Österreich, sondern geradezu für Kaiser und Reich selbst erlangt. In den stets wieder ausbrechenden Kämpfen jener waren die Konstanzer Bischöfe (neben ihren Brüdern auf dem Basler Sitze) die geborenen Vermittler und wir wissen, mit welchem Eifer noch eben Bischof Hermann sich um die ewige Richtung bemüht hatte. Und außerdem: hielt der von Konstanz treu zu Kaiser und Reich, so war dem „Schweizerischwerden" an den Ufern des schwäbischen Meeres der stärkste Riegel vorgeschoben.

Nun hatte nach dem Tode Bischof Hermanns (20. September 1474) Graf Otto von Sonnenberg seitens des Kapitel die Wahl erlangt und bereits begonnen, die bischöflichen Besitzungen in seine Hand zu nehmen, als sich Ludwig von Freiberg, vordem vom Papste zum Koadjutor mit dem Rechte der Nachfolge ernannt, in der Nachbarschaft (in Basel) einstellte und die Überlassung des Bistums forderte.[1] Beide Bewerber hatten ihre Anhänger in der Diözese, wenn auch die Partei Sonnenbergs weitaus im Übergewichte war, und beide fanden auswärtige Förderung: Sonnenberg bei den Eidgenossen,[2] Ludwig von Freiburg bei dem Herzoge von Österreich, dessen Rat er war.[3] Doch hielt sich der Streit noch erst in engeren Grenzen und die Gewalthaber erhitzten sich keineswegs. Der Herzog empfahl wohl „den Bestätigten von Konstanz" bei der Tagsatzung, aber er fügte hinzu, daß er nicht daran denke, ihn etwa mit Gewalt in das Erzstift einzuführen.[4] Die Eidgenossen waren selbst anfangs geteilt gewesen und hatten sich erst später mit überwiegender Mehrheit für Bischof Otto ausgesprochen. Zudem hatten beide, der

[1] Walchner, Otto von Sonnenberg und Ludwig von Freiberg. Karlsruhe 1830. Das urkundliche Material über den Bischofsstreit ist später gesammelt bei J. E. Kopp, Der Bischofsstreit zu Konstanz 1474—1481, Schweiz. Geschichtsblätter II. Luzern 1856, 51 ff.

[2] Segesser, Abschiede II. 520—521. Luzern am 19. Dezember 1474. Vgl. Knebel in Basler Chroniken II. 250.

[3] Vgl. Knebel in Basler Chroniken II. 250. Segesser, Eidgen. Absch. II. 521, Nr. 770, Anm.

[4] Eidgen. Absch. II. 523—524, Nr. 772. Die Eidgenossen hatten ihn übrigens vor kurzem mit dem Grafen von Sonnenberg ausgesöhnt. Ebendort II. 495, 498.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Erwählte und der Provisionierte, und auch der Herzog von Österreich sich neuerdings an die Kurie gewendet.[1]

Da griff der Kaiser in den Streit ein. Am 8. April 1475 befahl er Heinrich von Randeck, die Güter des Bistums Konstanz für Otto von Sonnenberg gegen den vom Papste begünstigten Ludwig von Freiberg zu behüten, und am selben Tage ergingen Mandate an die Eidgenossen, die Ritterschaft im Hegau, Graf Ulrich von Württemberg, die Stadt Konstanz und die ganze Diözese, Otto anzuerkennen und dagegen lautende päpstliche Briefe nicht weiter zu beachten.[3] Inzwischen hatte aber die Kurie auf die Fürsprache des Herzogs Sigmund von Tirol hin sich entschlossen, Freiberg zu bestätigen.[4] Und es blieb bei ihrer Entscheidung trotz der Appellation Bischof Ottos und obwohl der Kaiser, der damals an der Spitze der Reichsarmee vor Neuß den Burgundern gegenüberstand, sich darüber nicht wenig erbittert zeigte.[5] Wohl aber suchte sich der Papst zu rechtfertigen. Er wies darauf hin, daß Ludwig bei dem Herzoge Sigmund und etlichen anderen Fürsten in Gunst stehe, daß ihn schon weiland Bischof Hermann bei der Kurie empfohlen, ja der Kaiser selbst sich gelegentlich günstig über ihn geäußert habe.[6] Es war umsonst. Nach Beendigung des burgundischen Krieges ging der Kaiser in der Konstanzer Sache nur noch energischer voran. Indem er die päpstliche Verfügung neuerdings für ungültig erklärte, verlieh er (im Oktober 1475) Bischof Otto die Regalien des Hochstiftes; alle Angehörigen des Reiches wurden aufgefordert, dem Belehnten beizustehen, kurz darauf auch (im Dezember von Nördlingen aus) die Geistlichkeit der Konstanzer Diözese gemahnt, unverweilt Otto die Obedienz zu leisten.[7]

Damals hatte sich bereits diesem einen Konflikte des Kaisers mit der Kurie ein zweiter noch schärferer hinzugesellt: wegen der Besetzung des Kurstuhles von Mainz. Es liegt sehr nahe, anzunehmen, daß der schwere Unwille des Kaisers über die Haltung, die der Papst darin beobachtete, ihn vor allem veranlaßte, auch in der Konstanzer Stiftfehde so entschieden aufzutreten.

[1] Geh. Archiv des Vatikans zu Rom, Sixti IV. lib. var. instruct. CXXII. fol. 69. Segesser, Abschiede II. 524, Nr. 772.

[2] Für Otto von Sonnenberg s. Knebel, Basler Chroniken II. 325.

[3] Die Mandate bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 338—339; 339—342.

[4] Vgl. Segesser, Eidgen. Absch. II. 541.

[5] Man vgl. die kaiserlichen Mandate vom 19. Juni 1475 aus dem Lager vor Neuß bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 347—348; 348—349.

[6] Vat. Geh. Arch. a. a. O. [7] Vgl. Knebel in Basl. Chron. II. 325, 328.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nach dem Tode Erzbischof Adolfs (6. September 1475), der solange am kaiserlichen Hofe als Kanzler und Kammerrichter geweilt und mancherlei Ehren und Vorteil genossen hatte, erwählte das Mainzer Domkapitel Diether von Isenburg, einst schon Inhaber der Mainzer Kirche, dann von Kurfürst Adolf gegen Entschädigung mit einem Teile des Erzstiftes zum Rücktritte genötigt.[1] So forderte es die Finanzlage der Mainzer Kirche und Adolf selbst hatte, so heißt es, sterbend die Wahl Diethers empfohlen, die getrennten Stiftslande wieder in eine Hand zu bringen.[2] Kaiser Friedrich hegte gegen den Isenburger bitteren Groll noch aus den Tagen seines früheren Episkopates. Gerade jetzt, nachdem er die aus den Kölner Wirren erwachsene Gefahr glücklich abgewehrt, war ihm der Gedanke unerträglich, als Nachfolger Adolfs, in dem mehr der gefällige Hofmann als der stolze, unabhängige Kurerzkanzler zur Geltung gekommen war, den trotzigen Diether auf dem Mainzer Stuhle zu wissen. Der Kaiser hatte daher auf die Meldung von dem Hingange Erzbischof Adolfs durch seinen Botschafter bei der Kurie, den Bischof von Brixen, gefordert, der Papst möge sofort dem Kapitel von Mainz schreiben lassen, sich in keiner Weise zur Wahl Diethers von Isenburg zu verstehen.[3] Wirklich hatte der Papst ein solches Verbot erlassen;[4] aber dieses, wenn auch bereits am 23. September ausgefertigt, kam erst am 13. Dezember nach Mainz. Damals war Diether längst gewählt.[5] War nun der Kaiser schon darüber ungehalten, da er in der verzögerten Beförderung der Breves eine Hinterlist der Kurie erblickte, so steigerte sich seine Erbitterung ins Ungemessene, als in nicht zu langer Frist[6] die Meldung kam, der Papst habe die Erhebung Diethers auch bestätigt. Wirklich war solches, allerdings auf vielfaches Andringen des Erwählten und seiner Wähler, am 7. April 1476 geschehen. Der

[1] Vgl. Joannis, Rer. Moguntin. Script. 782 ff. Grotefend, Quellen zur Frankfurter Geschichte I. (Frankfurt a. M. 1884) 22.

[2] Vgl. Joannis, a. a. O. 787, 788. K. Menzel, Geschichte v. Nassau V. 432—433.

[3] Nach dem späteren Entschuldigungsschreiben des Papstes bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 441—442.

[4] Bei Gudenus, Cod. diplom. anecdot. IV. 415—416.

[5] Vgl. das Schreiben des Kapitels v. 31. Dez. an den Papst bei Gudenus a. a. O. IV. 416—417.

[6] Der Papst sagt freilich, er habe mit der Bestätigung „sechs Monate und länger" gewartet. Da das Schreiben des Kapitels (v. 31. Dezember 1475) im günstigsten Falle etwa in der zweiten Hälfte Januar 1476 in Rom sein konnte und die Bestätigung schon am 7. April erfolgte, so betrug die Wartefrist noch lange nicht ein Vierteljahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

kaiserliche Prokurator, der, obwohl seit Monaten in dieser Sache ohne weitere Aufträge seines Herrn, alles aufgeboten hatte, die Bestätigung zu verhindern, war unterlegen, ja man hatte ihm schließlich im Konsistorium das bereits zugesagte Gehör verweigert.[1]

Papst Sixtus hat sich viel später damit entschuldigt, daß die Bestätigung des Mainzers recht, billig und notwendig gewesen und anderes gar nicht hätte geschehen können, wenn der heil. Stuhl in Ehren bestehen wollte; auch entspreche sie den Kompaktaten der deutschen Nation. Wir wissen aber, daß eben damals die Kurie, offenbar von dem ungarischen Könige, über die Konzilspläne des Kaisers und König Ludwigs von Frankreich unterrichtet worden war. Das Vorgehen des Papstes, gewiß gegen den Bischof von Brixen noch weit rücksichtsloser, als Sixtus selbst eingestand, war die Folge davon und der Hilfserbietungen des Ungars und seiner Freunde! Wollte der Kaiser wegen der Konstanzer und Mainzer Sache und aus anderen Gründen sich erheben, dem Papste seinen Zorn fühlen zu lassen, so bewies ihm jetzt die Kurie mit der raschen Bestätigung Diethers, daß sie den Konflikt mit ihm nicht scheue und auch ihrerseits gefährlich treffen könne.

Daneben ist freilich Sixtus IV. in gewohnter Weise verfahren. Er nahm sich Diethers von Mainz auch noch ferner an,[2] aber er hat doch auch in Wien einzulenken gesucht und sich durch seinen Gesandten, den Bischof von Forli, und mit mancherlei Bewilligung dem Kaiser genähert. Andererseits ließ der Kaiser, wie wir wissen, das Konzilsprojekt rasch wieder fallen. Im Juni 1476 ist der Protonotar Georg Heßler in seinem Auftrage und mit Briefen und Empfehlungen Herzog Karls von Burgund bei der Kurie[3] und nun ward wenigstens äußerlich das Einvernehmen der beiden Häupter wieder hergestellt.[4]

Der Mainzer war im Besitze seiner Kirche geblieben, wenn auch der Kaiser in der Sache noch lange nachgrollte. Um so weniger war Friedrich geneigt, in der Konstanzer Sache Zugeständnisse zu machen, betreffs

[1] Ergiebt sich aus des Papstes eigenen Worten bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 442.

[2] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 324—325. Auch der Zorn des Kaisers bleibt noch lange wach. Vgl. die bereits erwähnte Instruktion für De Agnellis im vatik. Geh. Archiv.

[3] Vgl. oben und Chmel, Mon. Habsb. I. 3. 446—447; auch I. 1, 362, Nr. 126.

[4] Heßler hatte späterer Meldung zur Folge den Auftrag, dem Papste (zugleich mit Neapel) ein Bündnis anzubieten. Er richtete damit nichts aus. Später kam die Kurie ihrerseits, und nun ohne Erfolg, auf die Sache zurück.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

welcher Heßler gleichfals Aufträge nach Rom mitbrachte. Da Bischof Otto an der kleinen freibergischen Partei, die aber in Herzog Sigmund einen Rückhalt besaß, immer noch Widerstand fand, hatte der Kaiser im Juni 1476 den Reichsmarschall Rudolf von Pappenheim an den Bodensee geschickt, um die Anerkennung Sonnenbergs, der auch schon mit der gewaltsamen Bezwingung der Gegner beschäftigt war, in allen Teilen der Diözöse durchzusetzen.[1] Vielfache Mandate unterstützten diese Bemühungen.

Zugleich hatte Heßler die Weisung, nun von der Kurie geradezu die Bestätigung Ottos zu erwirken.[2]

So leicht und rasch verlief aber die Sache noch lange nicht. Der Papst hatte, noch eben auch hier in der Offensive gegen den Kaiser, einen Legaten an den Tiroler Herzog geschickt, um mit ihm für den von Freiberg zu wirken.[3] Die Kurie war so, auch wenn sie größere Geneigtheit zu einem Entgegenkommen besessen hätte, außer stande, ohne weiteres den Forderungen des Kaisers betreffs der Konstanzer Kirche zu entsprechen. Dazu hatte sich in einer Hinsicht die Sachlage geändert. Die Eidgenossen, damals nach der Schlacht bei Murten in gebietender Machtstellung nach allen Seiten, hatten sich auf Begehren Herzog Sigmunds, ihres Waffengenossen in den Burgunderkriegen, wenigstens insoweit des Streites angenommen, als sie die Einstellung der Feindseligkeiten seitens des Reichsmarschalls gegen Freiberg und die Seinen forderten und beiden Parteien eine Tagfahrt nach Zürich ansetzten, wo sie vermitteln wollten.

Obwohl Otto von Sonnenberg die Verhandlung ablehnte, da er seine Sache bereits auf den Kaiser gestellt habe,[4] so blieb selbst auch diesem angesichts der Haltung der Kurie und der Schweizer nichts anderes übrig, als sich vorerst mit einem halben Erfolge zu begnügen. Friedrich schloß mit dem päpstlichen Legaten, der auf die Weisung der Kurie zu ihm von Innsbruck herübergekommen war, eine provisorische Vereinbarung (29. September 1476), der zu Folge der Streit um das Bistum während eines ganzen Jahres ruhen, die Anhänger

[1] Segesser, Eidgenössische Abschiede II. 600. Knebel in Basler Chroniken III. 39; vgl. auch 20, 22, 30, 35—36.

[2] Es war ihm nach Rom Dr. Thomas von Cilly gefolgt, hier längst als Sachwalter des Kaisers vertraut, der ihm scheint es weitere Weisungen brachte. Vergl. Knebel in Basler Chroniken III. 45.

[3] Knebel, Basler Chroniken III. 40. Der hier und öfter genannte Thomas von Tilia ist Meister Thomas (Thoman) von Cilly.

[4] Knebel in Basler Chroniken III. 50, 51.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

beider Parteien unbehelligt bleiben, für diese Zeit die weltlichen und geistlichen Geschäfte des Bischofs getreuen Männern überwiesen, die Einkünfte zur Schuldentilgung des Bistums verwendet werden sollten.[1]

Die zähe Energie des Kaisers und die Klugheit Bischof Ottos, der am 12. Januar 1477 eine neue feste Vereinigung mit den fünf Orten einging,[2] trugen aber schließlich den Sieg davon. Nachdem bereits im September 1477 der Bischof von Aleria auch bezüglich des Konstanzer Streites Weisungen erhalten hatte,[3] entschloß sich der Papst nach Ablauf des Friedensjahres den Bischof Prosper von Catania an den Kaiser zu schicken. Prosper sollte, falls der Kaiser in der Konstanzer Sache nicht bereits Mittel und Wege zu einer Verständigung gefunden habe, erst auf alle Weise versuchen, Ludwig von Freiberg in den Besitz des Bistumes zu bringen; würden aber alle seine Bemühungen vergeblich sein, so sollte er auch einer Ordnung der Angelegenheit in der Form zustimmen, daß Otto im Frieden Bischof werde und Ludwig zurücktrete, jedoch gegen eine angemessene Entschädigung, wobei an die Benefizien Ottos und anderes zu denken sei, und unter Einwilligung Ludwigs.[4]

Aber die Sache scheiterte, da Bischof Ludwig sich hartnäckig weigerte, für die Entscheidung seines Streites die Kompetenz des Kaisers anzuerkennen. Dafür sah er sich von Friedrich weiter bedrängt. Sowohl durch nachdrückliche Verwendung für Otto bei den Eidgenossen[5] und anderswo,[6] als auch namentlich durch neue Bemühungen bei dem römischen Stuhle selbst wollte der Kaiser seinen Willen durchsetzen.[7]

In der Instruktion, welche der Erzbischof von Kraina als Gesandter des Kaisers zu Beginn 1478 nach Rom mitbekam, war gegen die Kurie offen die Beschuldigung ausgesprochen, daß wesentlich ihre Haltung die Ursache der Hartnäckigkeit Freibergs sei: würde derselbe von ihr nicht weiter unterstützt, so müßte er sich auch leichter fügen; übrigens sei der Kaiser noch immer bereit, auch ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wenn er darum ersuche. Die Kurie, damals wegen

[1] Knebel in Basler Chroniken III. 70, 71—72.

[2] Vgl. Schweizerische Geschichtsblätter I. 366.

[3] Vgl. dessen Instruktion im vat. Geh. Arch. a. a. O.

[4] Die Instruktion aus dem Ende des Jahres 1477 im vatik. Geh. Archive, Sixti IV. lib. var. instruct. CXXII. fol. 69—70.

[5] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 344—347.

[6] Ebendort 381—382. Mandat vom 4. Oktober 1478.

[7] Instruktion für den kaiserlichen Gesandten, den Erzbischof Andreas von der Kraina im vat. Geh. Archiv, lib. var. instruct. LIV. fol. 60—66. Über die Zeit (Anfang 1478) s. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 448, Nr. 18.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

der Gestaltung der italienischen Dinge in viel ungünstigerer Lage als 1475 oder gar 1476, willigte schließlich ohne weitere Bedingung in die Absichten des Kaisers.[1] Kraft päpstlicher und kaiserlicher Obergewalt beschied Kaiser Friedrich beide Parteien vor sich. Nach langer und schwieriger Verhandlung wurde Bischof Otto das Bistum zugesprochen, während Ludwig von Freiberg eine Entschädigung erhielt (24. November 1479)[2]. Freilich waren weder Ludwig noch sein Beschützer, der Herzog von Tirol,[3] völlig zufriedengestellt, und noch am 1. August 1480 sah sich der Kaiser genötigt, gegen die Freiberger wegen Ungehorsams mit Strafmandaten vorzugehen.

Der Erfolg des Kaisers hatte seine tieferen Ursachen.

Um die Zeit, zu welcher die Kurie betreffs Konstanz nachgab, hatte sie sich genötigt gesehen, wegen des schweren Unfalles eines deutschen Prälaten, der scheint es in Rom ganz ungewöhnliche Aufregung hervorrief und als ein höchst gefährliches Präjudiz gegen den geistlichen Stand angesehen wurde, die Unterstützung des Kaisers zu suchen.

Nach Abtreibung der Burgunder von Neuß hatten im Hochsommer 1475 der Kaiser und der päpstliche Legat eine Entscheidung auch in Sachen des Erzstiftes Köln in Aussicht genommen. Wir wissen, daß selbe nicht gelang und der Kaiser, ehe er ins Reich hinaufzog, eben nur eine einseitige Vereinbarung mit Hermann von Hessen abschloß.

Erzbischof Ruprecht war weit entfernt, die kaiserliche Verfügung, die Verwesung des Erzbistums durch Hermann von Hessen betreffend, anzuerkennen.[4] Ebenso stand die Stadt Köln nach wie vor mit ihm und auch der burgundischen Regierung in Weiterungen, obwohl die Neusser Richtung und dann zumal der Friede von Nancy hätten zur Geltung kommen sollen. Gelegentlich einer Verhandlung mit den Kölnern (Februar 1476) hatte Herzog Karl von Burgund solche Forderungen an die Stadt gestellt, daß sich der Kaiser, so ungern er es damals that, ihrer mit Entschiedenheit annahm.[5] Auch mit seinen übrigen Gegnern war Ruprecht ungesühnt. Aus alldem erwuchsen neue Wirren

[1] Antwort der Kurie an den Erzbischof von der Kraina (aus dem März 1478), vatik. Geh. Arch. a. a. O. fol. 197—199. Vgl. ebendort lib. var. instruct. CXXII. fol. 30—31.

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 22—27.

[3] Am 27. Dezember benennt Sigmund dem Kaiser die Bedingungen, unter denen er dem Urteile vom 24. November zustimmen könnte. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 193—197.

[4] Ennen, Geschichte von Köln III. 563.

[5] Ennen, Geschichte von Köln III. 566, 569.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und Kämpfe, die das ohnehin materiell schwer darniederliegende Erzstift noch mehr zerrütteten und auch längst schon die Nachbargebiete in Mitleidenschaft zogen. Alle Bemühungen aber, Hilfe zu schaffen, auch der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den Parteien unter der Vermittlung der Kurfürsten von Mainz, Trier und Pfalz und des Herzogs von Berg (11. Juli 1476) und neue Mandate des Kaisers, die geistlich und weltlich im Reiche geboten, von Ruprecht keinerlei Verpfändung anzunehmen und überhaupt Hermann von Hessen als rechtmäßigen Gubernator der kölner Kirche anzusehen,[1] blieben erfolglos. Erst als 1477 das Übergewicht Hermanns in neuem Kampfe zur entscheidenden Geltung gekommen war, gelang am 26. Juli 1477 ein Vergleich, durch den Erzbischof Ruprecht endgültig die Regierung des Stiftes an den Administrator übergab, zugleich mit der Verpflichtung, dies selbst dem Reichsoberhaupte zur Anzeige zu bringen; dafür sollten ihm lebenslänglich der Titel eines Erzbischofs und gewisse Einkünfte verbleiben.[2] Zwar wurde der Friede nochmals ernstlich bedroht, da ein Teil der Anhänger Ruprechts (in Westfalen) sich nicht fügen wollte und Unterstützung bei dem Herzoge von Kleve fand. Als aber Ruprecht bei einem Zuge gegen Hessen (März 1478) von Landgraf Heinrich überfallen und gefangen wurde,[3] war es endlich mit den Kriegsstürmen vorbei.

Die Frage der Nachfolge auf dem Erzstuhl war damals noch lange nicht geordnet. Während der Kaiser, weil mit dem Administrator Hermann unzufrieden, da er die übernommenen Zahlungen nicht pünktlich leistete, an die Besetzung des Erzbistums seine eigenen Pläne knüpfte, vorerst aber den Dingen nach seiner Gewohnheit ruhig zusah, fand sich der Papst schon vom Gesichtspunkte der geistlichen Immunität aus veranlaßt, sofort einzugreifen. Zuerst galt es, die Befreiung des gefangenen Erzbischofes zu bewirken. Er ließ deshalb durch die beiden eben am kaiserlichen Hofe weilenden Legaten, die Bischöfe von Aleria und Forli, dem Kaiser mitteilen, daß er und das Kardinalskollegium entschlossen seien, alles zu thun, den gefangenen Erzbischof frei zu bringen, und dabei auf die Unterstützung des Kaisers als des Vogtes der Kirche und natürlichen Beschützers der geistlichen Personen sicher rechneten.

---

[1] Archiv für Geschichte u. s. w. I. 276—278.

[2] Lacomblet, Niederrhein. Urkundenbuch IV. 292 ff. Archiv für Geschichte u. s. w. I. 169—177.

[3] Daß die Gefangennahme Ruprechts spätestens Anfang März und nicht „um Pfingsten" 1878 erfolgte, wie Ennen (III. 582) sagt, beweist das Datum der päpstlichen Breven in Sachen des Gefangenen (17., 18. April 1478).

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Man erwarte dies um so mehr, als es sich um einen Kurfürsten handle, die Gefangennahme gegen die Bestimmungen des in Regensburg erlassenen und in Augsburg neu bestätigten Landfriedens erfolgt sei und ja der Kaiser die Schlichtung des Streites bereits in die eigene Hand genommen.[1] In einem besonderen Breve vom 17. April legte der Papst seine Wünsche dem Kaiser ans Herz,[2] während er sich zugleich in zahlreichen Ausschreiben an den Landgrafen von Hessen, an die Kurfürsten von Mainz und Trier, an Hermann von Köln und andere Beteiligte wandte, um ihre Mithilfe zu erreichen. Besonders der Administrator Hermann wurde angeeifert, bei seinem Bruder auf die Freilassung des gefangenen Ruprecht zu dringen: man wisse in Rom wohl, daß er bei Heinrich alles auszurichten vermöge; er dürfe nicht vergessen, was er von der Gnade und dem Wohlwollen des heil. Stuhles erhoffe.[3] Eben jetzt war in Rom eine dringende Vorstellung und Bitte des Kölner Domkapitels und der Landstände der Erzdiözese (vom 14. März 1478) eingelaufen, zur Vermeidung weiteren Unheils und Krieges — der Aufstand in Westfalen war eben glücklich zu Ende gebracht — die Kölner Kirche dem Administrator Hermann zu verleihen, da Erzbischof Ruprecht darauf in aller Form Rechtens Verzicht geleistet.[4]

Thatsächlich nötigten noch weit mehr die für Ruprecht durchaus verzweifelten Verhältnisse im Erzstifte als die Bemühungen des päpstlichen Stuhles den Erzbischof zur letzten Ausgleichung mit dem Gegner. Unter Vermittelung seines Neffen, des Pfalzgrafen Philipp, schloß er am 6. Juli 1478 mit dem Administrator Hermann einen neuen Vertrag, in dem er gegen eine Jahresrente von 4000 Gulden nun auch auf den erzbischöflichen Titel und die ihm zugewiesenen Besitzungen verzichtete.[5] Beide Parteien sandten an Papst und Kaiser, die Gutheißung des Abkommens und die Nachfolge Hermanns auf dem erzbischöflichen Stuhle zu erbitten. In Rom muß solches auch rasch von Erfolg gewesen sein, denn schon am 29. September leistete Ruprecht in Gegen-

[1] Instructiones pro Foroliviensi et Aleriensi episcopis de his, que acturi sint pro liberacione rev^mi. Roberti archiepiscopi Coloniensis. Vat. Geh. Arch., Sixti IV. lib. var. instuct. CXXII. fol. 63—65. Die Intimierung bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 449, Nr. 20.

[2] Breve vom 17. April 1478. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 319—320.

[3] Die Breven vom 18. April angeführt bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 449 bis 451, Nr. 21—34.

[4] Ennen, Geschichte von Köln III. 581.

[5] Lacomblet, Niederrheinisches Urkundenbuch IV. 396. Vgl. auch Archiv für Geschichte u. s. w. I. 256—263.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wart eines Nuntius feierlich auf das Erzbistum, Besitz und Namen, Verzicht, und Ende des Jahres sandte auch schon der Nachfolger Hermann die Konfirmationskosten nach Rom; er glaubte seinen Zweck um so sicherer zu erreichen, als er das Geld erst von seinem Bruder Heinrich geborgt hatte.[1]

Kaiser Friedrich hatte im Sommer auf Andringen seines Sohnes Maximilian diesem und dem Kardinal Heßler die Vollmacht erteilt, mit dem Pfalzgrafen, dem man die Verleihung der Kurwürde und des rechtlichen Zugehörs in Aussicht stellte, und mit dem Administrator Hermann von Köln Verhandlungen einzuleiten. Es handelte sich dem neuen Burgunderherzoge darum, mit beiden rheinischen Fürsten ein innigeres Verhältnis zu gewinnen. Das hatte aber noch lange nicht die Bedeutung, daß ebenso der Kaiser auf seine besondere Rechnung mit Hermann zu verzichten und ihn mit der Kölner Kurwürde zu belehnen entschlossen war. Im Gegenteil. Der Kaiser weigerte sich nicht nur, Landgraf Hermann anzuerkennen und zu belehnen, sondern er erhob auch in Rom Einsprache gegen seine Bestätigung, und zwar mit dem Hinweise auf die bedenkliche sittliche Haltung Hermanns. Auch handelte es sich Friedrich nicht etwa blos um einen Akt der Mißstimmung für den Augenblick oder einen Versuch, den Landgrafen zur Erfüllung seiner materiellen Verpflichtungen gegen ihn zu drängen: er forderte in Rom geradezu, die Kölner Kirche dem Kardinal Heßler zu überweisen,[2] für dessen Ausstattung mit einem deutschen Bistum er seit seiner Erhebung überall, auch bei der Kurie, sich bemühte.

Zu sehr bedenklicher Zeit sah sich der Papst in Gefahr, in der Kölner Frage mit dem Kaiser ebenso heftig zusammen zu geraten, wie einst in der Mainzer. Noch war ja die nicht vergessen! Er gab daher nach Möglichkeit nach: er hielt die formelle Anerkennung Hermanns, wenn auch schon bündig zugesagt, zurück, „da man von seinen schlimmen Sitten gehört", und versicherte dem kaiserlichen Botschafter, er sei zufrieden, wie immer der Kaiser den Streit zwischen Ruprecht und Hermann erledige. Bezeichnend war auch der Bescheid betreffs der Ernennung Heßlers: Die Kölner Kirche sei ja nicht erledigt, da man die Resignation Ruprechts nicht bestätigt habe; sei dies geschehen, so möge sich der

[1] Ennen, Geschichte von Köln III. 583. Es liegt eine Erklärung des Papstes vom 16. Mai 1479 vor, dahin gehend, daß er mit den Abmachungen der bisherigen Gegner zufrieden sei. Ist dies ein Schritt nach rückwärts?

[2] Zweite Sendung des Erzbischofes von der Kraina vom Spätjahre 1478. Instruktion bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 56—60.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kaiser um die Wahl Heßlers bemühen; die Kurie werde ihn lieber als irgend einen anderen als Erzbischof sehen. Daß hinter solcher Ausflucht die Absicht lauerte, eben nur Zeit zu gewinnen und Hermann die bereits zugesagte Bestätigung doch noch zu erteilen, zeigte sich rasch genug.[1] Es war aber die natürliche Folge des Vorgehens von Papst und Kaiser, daß der gefangene Ruprecht die Freiheit nicht erlangte: die hessischen Brüder gaben trotz des Bannes der Kirche,[2] welcher die an der Gefangennahme und Haft Beteiligten traf, das einzige Unterpfand des friedlichen Besitzes der Kölner Kirche nicht heraus. Und als die Kurie Miene machte, sich der Sache ernstlicher anzunehmen, fuhr neuerdings der Kaiser dazwischen (etwa April 1479): Die Kurie möge in dieser Sache ja nichts ohne sein Wissen und seinen Willen thun, damit es hier nicht gehe, wie mit der Mainzer Kirche; vor allem könne, da ja Ruprecht noch Erzbischof sei, Landgraf Hermann nicht bestätigt werden.[3] Der Papst suchte sich damit zu entschuldigen, daß er bisher nichts verfügt und nur einigen Äbten und Kommissären den Auftrag gegeben habe, Ruprecht zu besuchen und sich zu überzeugen, ob er freiwillig resigniert habe oder nicht; er habe den Nuntien aber ausdrücklich befohlen, nichts zu thun, ohne vom Kaiser Weisung erhalten zu haben, und werde es auch künftig so halten.[4]

Aus der ganzen Art, wie die erwähnten Konflikte des Kaisers mit der Kurie, von zahlreichen anderen minder wichtigen abgesehen, verliefen, erhellt leicht, warum Kaiser Friedrich trotz vielfacher Nachgiebigkeit des Papstes mit dessen Haltung unzufrieden blieb, während die Kurie sich der Besorgnis vor gegnerischen Maßnahmen des Kaisers nicht zu entschlagen vermochte. Als der Wiener Hof im Frühjahre 1477 die Einberufung eines Reichstages plante, um Hilfe gegen die Türken und vielleicht auch schon gegen König Matthias von Ungarn zu begehren, beeilte sich der Papst, seinen Legaten am Kaiserhofe, den Bischof von Forli, zu beauftragen, dem Reichstage beizuwohnen und fleißig darauf zu achten, daß nichts geschehe, was etwa gegen die Ehre des heil. Stuhles sein könnte.[5] Der Ungarkrieg vereitelte die Absicht Kaiser Friedrichs. Aber im Frühjahre 1478 schrieb er deswegen dem Papste neuerdings

[1] Zweiter Bescheid an den Erzbischof von der Kraina, nun gedruckt in den Font. rer. Austr. XLVI. 445—450, Nr. 436.

[2] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 460, Nr. 60.

[3] In der Instrukt. für den Protonotar des Agnellis, a. a. O. LV. fol. 38—44.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 442.

[5] Breven des Papstes v. 30. Mai 1477 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 447, Nr. 15. Eine andere Nachricht von dem beabsichtigten Reichstage haben wir nicht.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und regte zugleich die Bestellung des neu ernannten Kardinals Heßler zum Bevollmächtigten der Kurie bei der Reichsversammlung an. Aber das Mißtrauen des Papstes war größer als die Rücksicht auf das neu ernannte Mitglied des heil. Kollegiums und den Wunsch des Kaisers. So sehr es auffallen mußte: Sixtus lehnte es ab, Heßler mit seiner Vertretung beim Reichstage zu betrauen, und bestimmte dazu die Bischöfe von Aleria und Forli.[1] Ebenso geriet die Kurie in nicht gewöhnliche Aufregung, als die Nachricht kam, daß der Kaiser infolge des furchtbaren Türkeneinfalles im August 1478 eine Fürstenversammlung nach Graz berufen werde. In einem Breve an den Kurfürsten Ernst von Sachsen — ähnliche ergingen ohne Zweifel an andere Kurfürsten und Fürsten — sprach Sixtus IV. die Erwartung aus, Ernst werde sich „so gegen den heil. Stuhl zu halten wissen, wie seine Ergebenheit es ihm zur Pflicht mache und der Papst dies voraussetze".[2]

Daneben arbeiteten die Legaten am Kaiserhofe unablässig für ein besseres Einverständnis ihres Herrn mit dem Kaiser. Und diese Bemühungen wurden eifriger, als im Juli 1478 der Krieg zwischen dem Papst und Neapel einerseits und den Florentinern, Venedig und Mailand andererseits zum Ausbruche kam und der Papst besorgen mußte, daß, sowie König Ludwig von Frankreich für die Gegner Partei nahm, auch der Kaiser von ihnen gewonnen würde. Anknüpfend an die Kämpfe um die burgundische Erbschaft suchte nun Sixtus IV. den Kaiser und die deutschen Fürsten zu entschiedener Stellungnahme gegen Ludwig XI. zu bewegen.[3] Aber wie sollten diese Bemühungen gelingen, wenn die Kurie eben jetzt durch ihr Verhalten in der Kölner Streitfrage den Kaiser neuerdings vor den Kopf stieß?

Im Dezember 1478 entschloß sich der Papst zur Sendung neuer Nuntien, des Protonotars De Agnellis und des Auditors Antonio de Grassis. Nun wäre ihm das einst vom Kaiser angebotene Bündnis sehr genehm gewesen und zeigte man endlich auch dem „Bruder" Heßler ein freundliches Gesicht. Mit vielen Schmeicheleien und Zusagen und unter weitläufiger Auseinandersetzung über die italienischen Streitigkeiten, in denen der heil. Stuhl soviel Undank erfahre, suchte Sixtus IV. den Kaiser zu bestimmen, sich als Vogt der römischen Kirche pflichtschuldig

[1] Breve des Papstes vom 4. Juli 1478. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 451, Nr. 36.

[2] Breve vom 27. September 1478. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 552—553.

[3] Vgl. die Breven v. 23. Mai und 6. August 1478. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 451—452, Nr. 35 und 37.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

zum Anwalt derselben zu machen und namentlich den König von Frankreich, der sich mehr anmaße, als ihm zukomme, „durch heftige und nachdrückliche Schreiben" zu belehren, daß es nicht seine Sache sei, Konzilien zu berufen. Die Nuntien hatten zugleich Weisung, mit höchster Vorsicht, Klugheit und Geschicklichkeit zu erreichen, daß der Kaiser sich mit einem Konzil in Lateran begnüge. Auch da sollten sie wieder an die Gegnerschaft des Hauses Habsburg gegen Frankreich anknüpfen: es gelte namentlich, über die Ehre und den Vorteil des Herzogs von Burgund zu beraten, und sei einmal das Konzil versammelt, so werde man sehen, wer — mit deutlichem Hinweise auf Ludwig von Frankreich wäre dies zu bemerken — am meisten besserungsbedürftig sei; man kenne Mancher Leben und Herrscherart hinlänglich.[1]

Kaiser Friedrich war klug genug, die Sachlage, die sehr dazu einlud, an dem Papste Rache zu nehmen, lieber zur Erreichung seiner vielfachen Wünsche zu benützen. Er sandte daher den Protonotar de Agnellis mit eingehender Instruktion an die Kurie zurück. Neben energischer Wiederholung früherer Wünsche und Beschwerden wurde der Kaiser vor allem nicht müde, für den Kardinal von Santa Lucia (Heßler) die eindringlichsten Fürbitten anzubringen. Die Kurie möge dem Kardinal die erste ledige Kirche in Deutschland verleihen und sich nicht durch die Kompaktaten abhalten lassen, die solches nicht verböten, sondern nur die Verleihung der Kirchen an einen Würdigen verlangten. Der Papst solle sich auch nicht vor Verwickelungen fürchten, da der Kaiser dem Kardinal nach ganzem Vermögen bei der Besitzergreifung der verliehenen Kirche behilflich sein werde. Heßler wurde in einem Atem für die Propsteien von Prüm, Salzburg, Straßburg und Bonn und als Verweser der Erzdiözese Salzburg und der Propstei von Naumburg in Vorschlag gebracht und seine demnächstige Ankunft in Rom gemeldet. Für den bevorstehenden Reichstag erklärte der Kaiser die Sendung eines besonderen legatus de latere für überflüssig. Es genüge, die beiden Bischöfe, die an seinem Hofe weilten, zu beglaubigen.

Die Kurie war unstreitig geneigt, im jetzigen Augenblicke das möglichste zu thun, dem Kaiser zu genügen. Da zwang sie wieder der übermächtige Einfluß des Ungarkönigs zu neuen Winkelzügen, und zwar in einer Sache, die dem Kaiser mehr am Herzen lag als alle übrigen, im Streite um das Erzbistum Salzburg.

In seinem Streben, Einfluß auf die oberdeutschen Kirchen zu ge-

[1] Die Instruktion v. 1. Dezember 1478 im Vat. Geh. Archiv, Sixti IV. libror. var. instruct. CXXII. fol. 39—44.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

winnen, hatte der Kaiser vor allem mit dem Erzbischofe von Salzburg als Metropoliten der meisten österreichischen Bischöfe zu rechnen, zumal derselbe (seit 1466 Bernhard von Ror) seinerseits bemüht war, die Suffragane in enger Verbindung mit der Mutterkirche zu erhalten.

Schon gleich nach seiner Erhebung hatte Erzbischof Bernhard sich von Paul II. das Recht der Ernennung für die Sitze von Gurk, Lavant, Seckau und Chiemsee bestätigen lassen (4. Mai 1466). So kam es bei jeder Erledigung zwischen ihm und dem Kaiser zum Konflikte. Aber sowohl in Lavant wie in Gurk trug der Kaiser den Sieg davon und als Bernhard, darüber verstimmt, an Abdankung dachte, bewog der Kaiser in persönlicher Verhandlung 1470 auch ihn selbst zu dem Versprechen, das Erzbistum nur dem übergeben zu wollen, den der Kaiser vorschlage. Bernhard gab darüber sogar eine Verschreibung. Aus dieser Verhandlung muß ein Stachel zurückgeblieben sein. Bernhard stand auf dem Regensburger Reichstage 1471, obgleich der Kaiser auf dem Ritte nach Regensburg bei ihm in Salzburg eingekehrt war, in scharfer Opposition. Andererseits zeigte dann auch der Kaiser für ihn wenig Freundschaft und Rücksicht.

Immerhin suchte Bernhard wieder entgegenzukommen. Als 1477 Seckau ledig ward, ernannte er einen Prälaten, der sich beflissen zeigte, mit der Dankbarkeit gegen den Erzbischof treue Ergebenheit gegen den Kaiser zu verbinden. Bernhard selbst leistete, ohne Schwierigkeiten zu machen, von seinen inneröfterreichischen Besitzungen alles, was landtäglich auf sie gelegt ward. Er schien auch willig zu den Kosten der Verteidigung der Lande gegen die Türken noch besonders beizutragen.

Eben damals nun, als Bernhard der Türkeneinfälle wegen (Oktober 1478) beim Kaiser weilte, kam es zu entscheidenden Verhandlungen über seine Stellung. Bernhard hatte durch sein Entgegenkommen den Kaiser nicht zum Freunde gewonnen und durch den Wiederstand gegen die Einrichtung eines Bistums zu Wiener-Neustadt neuen Unwillen erregt. Die Besitzungen der Salzburger Kirche, zahlreich und weit ausgedehnt in ganz Inneröfterreich, waren für die innere Ordnung der Herzogtümer und für ihre Sicherung, sei es gegen die Türken sei es gegen den König von Ungarn, von der höchsten Bedeutung. Man begreift, daß der Kaiser sehr wünschte, sie in den Händen eines treu ergebenen und verläßlichen Mannes zu wissen. Der Erzbischof stak zudem in mancherlei anderen Streitigkeiten, namentlich mit seinem Dompropste Kaspar von Stubenberg, der ihn sogar bei dem Kaiser als Vogt der Salzburger Kirche verklagt und (April 1478) seine Vorladung bewirkt hatte.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nun gelang es dem Kaiser, unter der Zusage entsprechender Entschädigung und angemessener friedlicher Versorgung Bernhard zu dem Entschlusse zu bestimmen, von der Salzburger Kirche zurückzutreten. Auch darüber gab er dem Kaiser Brief und Siegel. Unverweilt sandte Friedrich die Meldung von dem Geschehenen an die Kurie, zugleich mit dem Ersuchen, die Abdankung Bernhards gut zu heißen und die erledigte Kirche dem Erzbischofe Johann von Gran zu verleihen.

Da nun mehrfache Schwierigkeiten. Gleich die Räte, welche Bernhard um sich in Graz hatte, billigten seinen Entschluß nicht. Um vorzeitige Aufregung zu vermeiden, vereinbarte deshalb der Erzbischof mit dem Kaiser, daß die Sache unbeschadet seiner persönlichen Verpflichtung an die Salzburger Landschaft gebracht werde: indem man sie formell um ihre Zustimmung angehe, gewännen er und der Kaiser die erwünschte Möglichkeit, sie für den Personenwechsel zu verpflichten. Wenn nur Bernhard charakterfest genug gewesen wäre, um angesichts des vielfältigen Widerstandes, dem sein Vorhaben namentlich bei dem Kapitel begegnete, seiner Zusage treu zu bleiben!

Statt aber vereint mit den kaiserlichen Gesandten, Kardinal Heßler an der Spitze, auf dem Salzburger Landtage (10. Januar 1479) alles aufzubieten, die Sache der Grazer Abmachung gemäß in Frieden zu ordnen, erklärte schließlich auch er, seine Resignation könne nur gültig sein, falls die Stände des Erzstiftes zustimmten. In einem Schreiben an den Kaiser wurde ausgeführt, daß Bernhard dem Wunsche seines Kapitels folgend und nach eigenem Nachdenken sich entschlossen habe, in seiner Stelle „noch länger zu bleiben und das Erzbistum nicht zu übergeben oder deß abzustehen". Wenn nicht der ungarischen so war Erzbischof Bernhard damals jedenfalls der bayerischen Unterstützung sicher, da die Herzöge das „bayerische Erzbistum" nicht völlig unter den Einfluß des Kaisers gelangen lassen wollten. In dem neu gewählten Dompropste Christof Ebran von Wildenberg besaßen sie auch bereits einen energischen und einflußreichen Parteigänger.[1] Grund genug, daß der Kaiser in Rom gegen Ebrans Bestätigung auftrat und die Salzburger Propstei für Heßler in Anspruch nahm.

Aber auch sonst wurde — gelegentlich der Sendung des Protonotars de Agnellis — die Förderung des Papstes in der Salzburger Angelegenheit begehrt. Unter Darlegung des Beginnes und Verlaufes des Streites hob der Kaiser hervor, daß er bei allem, was er

[1] F. M. Mayer im Archiv für österr. Gesch. 55, 181, 182 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

hier unternommen, natürlich die Zustimmung und Bestätigung des Papstes vorausgesetzt habe; er bitte nun um die Bestätigung Johanns von Gran auf dem Salzburger Stuhle. Damit aber die Kirche von Salzburg nicht allzu schwer geschädigt werde, möge inzwischen der Kardinal von Santa Lucia mit der Regierung von Salzburg beauftragt werden, und zwar in der Form, wie der gegenwärtige Bote berichten werde. Der Kaiser betonte, wie viel ihm an einer günstigen Entscheidung dieser Sache liege; er werde sie ansehen, als betreffe sie seine eigene Person.

Sixtus IV. war wirklich vorerst willig. Er wolle, schrieb er seinen Vertretern am Kaiserhofe, dem Wunsche des Kaisers willfahren, wenn er es nach Recht und Gewissen thun könne; sie sollten sich daher genau unterrichten, warum und wie der Erzbischof dem Kaiser seine Resignation zugesagt, und zugleich Bernhard ermahnen, das, was er versprochen, auch getreu zu erfüllen.[1] Dann aber, auf Andrängen des Ungarkönigs, änderte der Papst plötzlich seine Meinung und Haltung. Um aber formell seinen Gesinnungswechsel kund zu thun, sandte er eilig, obwohl bereits vier Nuntien in den deutsch-österreichischen Dingen thätig waren, den Kardinal Anxias (Montis Regalis) an den Kaiserhof, angeblich vor allem des bevorstehenden Reichstages wegen, thatsächlich aber wegen der Salzburger Sache. Anxias hatte den Auftrag, unter Vermeidung jedes Zugeständnisses an eine der Parteien die Entscheidung der Sache an sich zu ziehen.[2] Zugleich wurde Dompropst Ebran anerkannt[3] und fielen dem Kaiser unliebe Entschlüsse in der Kölner Sache.[4]

Da entbrannte der Kaiser im heftigsten Zorn gegen die doppelzüngige Politik des heil. Vaters. Ein Schreiben ging nach Rom, wie es die Kurie wohl selten erhalten. Unter Abweisung aller Begehren des Papstes wurde ihm ein langes Sündenregister vorgehalten und an seiner ganzen Haltung unbarmherzige Kritik geübt. Der Papst dränge, hieß es, unter mancherlei Erbietung zum Türkenkriege. Darauf antwortete er, der Kaiser, daß er diesen Felsblock schon seit Jahren umsonst zu wälzen versucht und dabei weder bei den Fürsten noch vom heil. Stuhle

[1] Breve vom 7. April 1479. Mon. Habsb. I. 3, 457—458.

[2] Die Designation zur Legation erfolgt schon am 21. April. Vat. Geh. Arch., Konsistor. Akten arm. XXXIX. 11, fol. 57b. Die Empfehlung des Kardinals vom 8. Mai an den Bischof von Forli bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 458. Eine Reihe von Vollmachten für ihn und seine Genossen im Vat. Geh. Arch. Sixti IV. Reg. 680, fol. 137—138, 141—142, 142—143, 143—150.

[3] Der Papst hat sich deswegen besonders entschuldigt.

[4] S. die Bulle vom 16. Mai 1479.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

irgendwelche Unterstützung verspürt habe. Auch was sie jetzt biete, bedeute nichts: der Zehnte vom Klerus in ganz Deutschland gebe eben keinen Ertrag, und ein Konzil in Lateran sei nicht die Stelle, um den Türkenzug vorzubereiten; denn da würden doch nur wenige oder gar kein Fürst persönlich hinkommen. Um so mehr sei im jetzigen Augenblick der italienische Krieg zu beklagen. Wenn der Papst dem Kaiser die Aufgabe eines Vertreters und Schirmers der Kirche zuweise, so wisse der Kaiser wohl, daß er es sei, aber er habe bisher niemals zu erkennen vermocht, daß seine Heiligkeit ihn dafür ansehe. So habe der Papst seinen Nachbar, einen mächtigen König,[1] mit den Geldern der Kirche gegen ihn unterstützt, wodurch er und seine Erblande schweren Schaden genommen hätten. Er habe dem Erzbischof von Mainz, einst wegen seiner Unbotmäßigkeit vom heil. Stuhle selbst abgesetzt, gegen den Willen des Kaisers bestätigt, ja sich mit ihm noch besonders gegen das Reichsoberhaupt verbunden. Er habe unlängst auf die Einladung des Kaisers, ihm zur Wiedergewinnung von Mailand behilflich zu sein, vielmehr seine Gesandten hingeschickt, um für die Sache des Johannes Galeazzo Sforza zu arbeiten: nun sehe und empfinde Sixtus, was er für einen Lohn davon habe. Aus all dem erkenne der Kaiser deutlich genug, daß seine Heiligkeit eher geneigt sei, seine und des Reiches Macht zu verringern, als ihn als Vogt der Kirche gebührend gelten zu lassen und als natürlichen Beschützer zu schätzen. Auch sei es eine Schmach für das Reich, daß die Kurie, obwohl sich der Kaiser in den italienischen Händeln zum Vermittler erboten, sich lieber an die Könige von Frankreich und England gewendet habe. Wenn sie jetzt, da dies nichts gefruchtet, zuletzt an ihn denke, so möge sie erwägen, daß er, nachdem ihm die Türken und Ungarn soviel geschadet und Türken und Franzosen auch jetzt feindlich gegenüberstünden, nicht auch noch die Gegner der Kirche in Italien angreifen und alles auf sich laden könne, nun hinterher doch wieder vom heil. Vater im Stiche gelassen zu werden. Wolle daher der Papst den Frieden mit seinen Gegnern unter Beihilfe des Kaisers, so möge er ihm geeignete Mittel kund thun. Der Kaiser werde sich mit den Kurfürsten beraten, deren Rat und Hilfe dabei nötig sei und sich nach seiner Pflicht als Vogt der Kirche halten.[2]

[1] Es ist Matthias von Ungarn. Vergl. die oben erwähnte Zusendung von 80000 Dukaten im Jahre 1478 an den König. Das „knuit" bei Chmel, Mon. Habsb. I. 1, 381, Zeile 2 von unten, muß natürlich „juvit" heißen.

[2] Das Schreiben, von Chmel a. a. O. in das Jahr 1477 gesetzt, gehört in das Jahr 1479, ca. 20.—25. Mai. Die Antwort bildet das Breve des Papstes an den Kaiser vom 25. Juni 1479.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Das Schreiben kam in Rom zu einer Zeit an, als der Papst, durch den Übermut seiner Feinde bei den letzten Verhandlungen in die größte Verlegenheit gebracht, sich eben neuerdings bittend an den Kaiser (4. Juni) gewendet hatte: er habe den Kaiser als den obersten und ersten der Fürsten und seinen Sohn Herzog Maximilian zu Schiedsrichtern in den Streitsachen Italiens vorgeschlagen; die Botschafter hätten dies nur deshalb nicht angenommen, weil sie einstweilen von ihren Herren keine Vollmacht dazu hatten.[1] Die Kurie vermochte nun aus den energischen Auslassungen des Kaisers zu erkennen, daß man, wollte sie sich nicht auch den Kaiser zum Feinde machen, ihm endlich auch in wichtigen Dingen zu Willen sein müsse. Sah sie doch auch schon den Ungarkönig, sonst so freigebig in Beteuerungen seiner unbedingten Ergebenheit, auf dem Wege, mit Rücksicht auf den König von Frankreich sich der Konzilsforderung anzuschließen und sie mit Friedensmahnungen zu bedrängen.[2] Schon stieg auch der feindliche Einfluß Venedigs bei der mächtigen Eidgenossenschaft täglich höher.[3] Und war denn der König von Neapel ein Freund, dessen man unter allen Umständen sicher war?

So sandte denn Sixtus IV. vorerst ein Schreiben voll Beteuerungen seiner Ergebenheit und seiner Unschuld in allen beregten Fragen an den Kaiser. Wichtiger war, daß der kaiserliche Orator, der Bischof Andreas von der Kraina, eine Reihe weitgehender Zusagen an den Kaiser zu überbringen vermochte.[4] Jetzt gab Sixtus nach in der Konstanzer wie in der Kölner Sache.[5] Damit aber ein ähnliches wie bei der Wahl des Mainzers überhaupt nicht wieder vorkomme, wurde eine Bulle vollzogen, die der Kaiser schon im Vorjahre mit Entschiedenheit begehrt hatte: An die Kapitel von 17 Bistümern und Erzbistümern des Reiches erging

[1] Breve vom 4. Juni 1479 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 458—459, Nr. 57.

[2] Vergl. die Werbung einer ungarischen Gesandtschaft bei der Kurie (aus dem Ende 1478 oder Anfang 1879) im Vatik. Geh. Archiv lib. var. polit. VII. fol. 358—379.

[3] Albert von Aucha an Albrecht von Bonstetten am 15. Juni 1479 in Quellen zur Schweizer Gesch. XIII. (1893), 84—85, Nr. 65. Vgl. ebendort 90—92, Nr. 71.

[4] Am 15. Juni 1479. Vergl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 441—444. Der Inhalt ist in vieler Hinsicht von Interesse.

[5] Am 24. Juni sagt der Papst in einem Breve an den Legaten und seine Nuntien am Kaiserhofe, Andreas sei „jam discessurus et istuc venturus, qui instructiones oportunas secum deferet". Mon. Habsb. I. 3, 459.

[6] Vgl. die zweite Antwort des Papstes an den Erzbischof von der Kraina (gehört nach Mon. Habsb. I. 3, 459 in den Juni 1479) in Font. rer. Austr. LXVI. 445—450.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

die Weisung, im Falle der Erledigung der betreffenden Sitze zu keiner Wahl, Postulation, Nomination oder Provision zu schreiten oder etwas darauf bezügliches zu unternehmen, solange sie nicht von dem Kaiser dazu aufgefordert würden. Sollte es dennoch geschehen, so sei es von vornherein ungültig und aufgehoben.[1] Zahlreiche Bewilligungen und Vertröstungen für den Kaiser und seinen Sohn gingen nebenher.

Die Kurie hatte aus den Berichten der Nuntien erkannt, daß auch für Kardinal Heßler etwas geschehen müsse. Hatte er doch eben jetzt, als die Erbitterung des Kaisers am höchsten zu sein schien, mit freundlicher Erbietung angedeutet, daß der Weg zu einer Verständigung nicht verschlossen sei.[2] Nun erklärte sich der Papst wiederholt bereit, ihn entsprechend mit Einkünften zu versorgen. Und er bestand auch nicht weiter auf dem Gebote,[3] daß dem Kardinal aus den Geschäften des Kaisers hinweg sich bei der Kurie einfinde: falls es Heßler jetzt seine Gesundheit nicht erlaube, so möge er nur erst zu Beginn des Winters kommen; man sehe ihn stets gern und werde ihn ehrenvoll behandeln.

Papst Sixtus wußte sehr wohl, wie weit er mit den Zugeständnissen an den Kaiser, die der Erzbischof von der Kraina überbrachte, gegangen sei: „Wir befehlen dir, Erzbischof der Kraina, als Träger des Gegenwärtigen", heißt es am Schlusse der Instruktion, „bei Strafe der excommunicatio latae sententiae, von der niemand als wir selbst lossprechen kann, daß du solche Schrift, sobald du sie des Kaisers Majestät vorgelesen hast, bei dir behältst und nach Beseitung unseres Siegels uns wieder schickst, sobald du dies sicher und durch einen treuen Boten zu thun vermagst, und daß du sie niemandem außer dem Kaiser vorlesest oder zeigst zur Vermeidung von Skandalen, die aus ihrem Bekanntwerden entspringen könnten."[4]

Am 21. Januar 1480 traf Kardinal Heßler selbst in Rom ein.

---

[1] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 386—388. Die Bulle war bereits am 1. Juli 1478 (in der vom Kaiser dafür vorgelegten Form) ausgefertigt, wurde aber erst jetzt (anläßlich der Erledigung des Bistums Utrecht) vollzogen und an dieses und die Kapitel von Mainz, Köln, Trier, Salzburg, Lausanne, Passau, Freising, Regensburg, Eichstätt, Bamberg, Würzburg, Speier, Straßburg, Münster, Lüttich und Cambray gesendet.

[2] Vergl. das Breve vom 24. Juni an den Bischof von Forli und die Nuntien De Agnellis und De Grassis a. a. O.

[3] Von diesem ist nichts weiter bekannt. Aber auch ein solcher Befehl war sehr darnach gewesen, den Kaiser gegen die Kurie aufzubringen.

[4] Font. rer. Austr. XLVI. 450.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Er blieb bis zum 31. Mai.[1] Seine eigenen Angelegenheiten, wie die seines Herrn wurden in der Zwischenzeit von ihm auf das eifrigste wahrgenommen. Es hatte die deutsche Kirche nichts gewonnen zur Zeit, als die beiden Häupter der Christenheit ihretwegen sich vielfach in den Haaren lagen. Nun, da sie anscheinend für immer sich zu gemeinsamem Handeln vereinigten, kam sie vollends zu kurz. Als Grundlage des neuen Verhältnisses hatte Kardinal Heßler einen allgemeinen Freundschaftsvertrag zwischen Papst und Kaiser zu stande gebracht: In allen Angelegenheiten und Sachen, die sich auf die Herrschaft, Stand und Ansehen und deren Erhaltung und Verteidigung beziehen, sollen beide Häupter sich gegenseitig ihren Willen und ihre Wünsche offen mitteilen und eines dem andern darin mit ehrlichem Wohlwollen entgegenkommen. Es soll eben eine wahre, reine, feste, unverletzliche und beständige Vereinbarung zwischen Papst und Kaiser bestehen. Der Feind des einen ist auch der Feind des andern und die Herrscher unterstützen sich, so oft es gefordert wird. Namentlich wird, wer das heilige Reich oder den Kaiser oder seine Erblande schädigt, vom Papste ermahnt, Frieden zu halten, und wenn er sich weigert, mit Kirchenstrafen oder anderen geeigneten Mitteln bedroht; ebenso jeder, der sich im Reiche dem kaiserlichen Regiment widersetzt, okkupiertes Reichsgut nicht herausgeben will oder dessen Zugehörigkeit zum Reiche in Abrede stellt. Der Papst wird den Kaiser von allen etwaigen Anschlägen gegen ihn in Kenntnis setzen, keinerlei weltliche Dinge und überhaupt nichts, was dem Ansehen und den Rechten des Kaisertums nachteilig sein könnte, vor sein Forum ziehen, vielmehr die deutschen Bischöfe ermahnen, hinsichtlich der Temporalien, in denen sie vom Reiche abhängen, treu zum Kaiser zu stehen; er wird vor allem keinen Bischof ohne Zustimmung des Kaisers ernennen. Alle Privilegien und Indulte, die dem Kaiser aus irgend welchem Anlasse von dem Papste oder dessen Vorgängern verliehen sind, werden genau beobachtet und gegebenenfalls erneuert. Für all dies gelobt der Kaiser, seinem Amte als Vogt der Kirche getreu nachzukommen und namentlich dafür zu sorgen, daß das heilige römische Reich und die deutsche Nation in geziemender Ergebenheit und Treue zu dem heiligen Stuhle bleibe.[2]

Es bedeutete der Vertrag, wie leicht zu erkennen, die vollständige

[1] Nach den Konsistorial-Akten des vat. Geh. Archives a. a. O. fol. 59.

[2] Nach dem (von Chmel natürlich wieder nicht erkannten) Entwurfe in den Mon. Habsb. I. 1, 27—29. Es ist die (vom Kaiser) korrigierte Minute, deren Hauptpunkte mehrfach durch nachfolgende päpstliche Bullen noch besonders bestätigt erscheinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kapitulation des Papsttums vor der kaiserlichen Gewalt, allerdings nur für die Tage Sixtus' IV. und Friedrichs III., und allein erklärlich aus der trostlosen Lage der Kurie zu Beginn 1480![1]

Und gleich daneben ging ein Zugeständnis von nicht minderer Bedeutung für das Kaisertum überhaupt, wie für die Fürstengewalt in Österreich und das Haus Habsburg insbesondere einher. Eine Bulle vom 15. März bestätigte dem Kaiser neuerdings das Nominationsrecht für die sechs Kirchen, dann für die zu Laibach, Wien und Wiener-Neustadt, welch letztere zu Kathedralen erhoben wurden, und verlieh dieselben Rechte auch dem Erzherzoge Maximilian auf Lebenszeit.[2] Das war die Hauptsache. War nicht so die beinahe sichere Aussicht gewonnen, daß auch die nachfolgenden Habsburger der gleichen Rechte sich erfreuen würden? Schon zuvor hatte Sixtus die Bulle wegen der 300 kaiserlichen Pfründen im Reiche erneuert, wie der Kaiser dies wiederholt verlangt,[3] aber statt Diethers von Mainz und des erkrankten Bischofs von Wien zu Konservatoren den Bischof Johann von Augsburg und den Propst von Wien bestellt.[4] Nun ordnete der Kaiser wie zu Konstanz so auch zu Köln die Dinge nach seinem Willen. Obwohl Hermann sich noch 1478 mit dem Kaisersohne Maximilian auf das innigste verbunden, obwohl er nach Ruprechts Tode am 11. August 1480 einmütig zum Erzbischofe erwählt ward und Kapitel und Stadt Köln sich für ihn bei dem Reichsoberhaupte verwendeten, so hielt Friedrich III. an seiner Weigerung fest, Hermann anzuerkennen und zu bestätigen. Erst mußte dieser seinen materiellen Forderungen völlig genügen. Beides geschah kurz vor Ausgang des Jahres 1480.[5]

Der Unterhändler solcher Verträge ging natürlich nicht leer aus. Heßler hatte sich auf die Kirchen von Lüttich, Speier, Köln, Utrecht Hoffnung gemacht und um die Propsteien von Koblenz, Kloster Prüm, Bonn, Straßburg, Naumburg und Salzburg sich beworben. Seinetwegen hatte der Kaiser eine Pfründenjagd geduldet oder direkt gefördert, die, bezeichnend für die Zustände jener Tage, ganz darnach angethan war, die letzten Beweise für die volle Verweltlichung des geistlichen Amtes zu erbringen und Kurie und Kaisertum moralisch neu zu schädigen. Nun

[1] Eben damals wurde Sixtus auch bereits von Neapel im Stiche gelassen.

[2] Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 30—32.

[3] Vgl. die Instruktionen für den Erzbischof von der Kraina und de Agnellis.

[4] Chmel, Mon. Habsb. I. 3. 376—377.

[5] Urkunden v. 18. und 19. Dezember 1480, Wien. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 134—139. Vgl. Ennen, Gesch. der Stadt Köln III. 583—584.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erhielt der deutsche Kardinal die erledigte Passauer Kirche. Aber der ungestüme Streber sollte durchaus niemals zu ruhigem Besitze kommen. Obwohl nach dem Wunsche des Papstes von dem Kaiser sofort mit den Regalien belehnt, fand er am Passauer Kapitel hartnäckigen Widerstand. Es hatte Dr. Friedrich Mauerkircher gewählt, den Herzog Georg von Bayern-Landshut und auf dessen Bitten auch der König von Ungarn unterstützte. Dies und weil das Passauer Kapitel mit Klagen über Heßler kam, der sich „über alles Recht mit Gewalt und wider der deutschen Nation, auch des Stifts Gewohnheit" in die Passauer Kirche einzudrängen vermeine, bewirkte, daß Papst Sixtus, nie charakterfest und energisch, die Passauer Sache trotz des Kaisers doch wieder nicht vertragsmäßig in Ordnung brachte.[1]

Und so war es auch in dem Salzburger Streite, dessentwegen im Spätherbste 1479 ein neuer Nuntius nach Graz gesendet ward. Mit den süßesten Worten — aus Rücksicht auf den König von Ungarn — sollte der Nuntius den Kaiser bestimmen, den Weg der That zu verlassen und, was er bereits gethan, zu widerrufen. Zwar sei dem Papste nichts genehmer, als daß diese Sache nach dem Wunsche des Kaisers geordnet werde, aber sowie er für Erzbischof Bernhard nichts thue, der seit acht Monaten klage, so sei es ihm jetzt unmöglich, angesichts des Unwillens geistlicher und weltlicher Fürsten, wie deren Briefe bezeugen, dem Kaiser zu willfahren. Besonders heftig beklage sich aber der König von Ungarn, und leicht könnte ein neuer Krieg entstehen, wenn man ihn übersehe. Übrigens habe der Nuntius den Erzbischof wegen seines Benehmens gegen den Kaiser streng zur Rechenschaft zu ziehen und ihn anzuweisen, als Fürst des deutschen Reiches in der geziemenden Ehrerbietung und Unterthänigkeit gegen den Kaiser zu beharren.[2]

So versagte eigentlich der neue Bund beider Häupter bereits, ehe er völlig zu stande gebracht war. Was versprach die Diplomatie der Kurie für die Zukunft, zumal wenn ihre Lage sich wieder besserte? Und genügte es da, wenn der Kaiser bis 1482 einen Vertrag aufrecht zu halten suchte, der wesentlich ihm Vorteile brachte?[3]

[1] Der Papst hat es solange nicht gewagt, die Appellation des Kapitels gegen Heßlers Ernennung abzuweisen, bis es zu spät war. Sonst s. Chmel, Mater. II. 355, Nr. CCLXXXVI. A. Erhard, Geschichte von Passau, I. Passau 1862, v. l.

[2] Der Nuntius ist unbekannt.

[3] Die Sendung erfolgt etwa im September 1479. Die Instruktion in der Biblioth. Corsin. zu Rom, Cod. 818, fol. 87—92.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Der Kaiser und der König von Ungarn im Salzburger Kirchenstreite 1479—1480. Burgund und Frankreich. Die Reichstage von 1479 und 1480.

Das Jahr 1479 fand die Konflikte jener Zeit, den Kampf des Reiches gegen die neuen Staaten des Ostens und Westens, auf der Tagesordnung: dort galt es Frankreich, gegen das nun durch günstige Fügung Burgund zum Vorkämpfer geworden war, hier Ungarn, wo der Salzburger Handel zu neuen Gewaltthätigkeiten gegen den Kaiser den Anlaß gab. Im Hintergrunde stand die Türkennot, jetzt fast noch größer als je einmal.

Die Verbindung des Erzbischofs Bernhard von Salzburg mit König Matthias von Ungarn stammte schon aus der Zeit, in welcher sich der König bei den deutschen Fürsten um Hilfe im böhmischen Kriege bemühte (1468). Als sich dann der Corvine mit seinen hohen Plänen, die Erlangung der deutschen Krone betreffend, trug, da hatte er gern dem Ansuchen Bernhards entsprochen, während der Händel in Innerösterrich (Baumkircherfehde) die dortigen salzburgischen Besitzungen in seinen Schutz zu nehmen, und ein gleiches war 1472 geschehen, als sich, wie erwähnt, ein Teil des österreichischen Adels gegen den Kaiser erhob.[1] Es lag daher sehr nahe, daß der Erzbischof, der wegen seines Wortbruches den schweren Zorn des Kaisers zu fürchten hatte, sich zu Beginn 1479 an den König von Ungarn um Unterstützung wandte, zumal er ja die alte Gegnerschaft des Königs gegen den Kaiser kannte und gewiß auch wußte, wie sehr sein präsumtiver Nachfolger dem Könige zuwider war. In der That nahm der König den Erzbischof „entsprechend ihrem alten Bündnis und Verständnis", wie er selbst sagt, in seinen Schutz.[2]

Nachdem der Kaiser eine Zeit lang zugewartet, ging er gegen Salzburg mit strengen Maßregeln vor. Am 9. März 1479 erließ er ein Ausschreiben an die Bischöfe von Lavant, Seckau, Chiemsee, den Abt von St. Peter in Salzburg sowie die gesamte salzburgische Landschaft, worin er den Hergang der Sache darlegte und schließlich er-

[1] Vgl. F. M. Mayer in dem mehrerwähnten Aufsatze „Über die Abdankung des Erzbischofes Bernhard von Salzburg und den Ausbruch des dritten Krieges zwischen Kaiser Friedrich und König Matthias von Ungarn (1477—1481)." Archiv für österr. Geschichte Band 55 (Wien 1877), 238—240, Beil. Nr. 17 und 18.

[2] Epistol. ad pontifices 133.

mahnte, Bernhard nach seiner Zusage zur Niederlegung seiner Würde zu bewegen und ihm, falls er sich weigere, keinen Beistand zu leisten.[1] Es gelang dem Kaiser, einen Teil der salzburgischen Landschaft, ja auch des Kapitels und vor allem die Hauptstadt Salzburg auf seine Seite zu bringen.[2] Auf seinen Wunsch intervenierte auch Herzog Sigmund von Tirol im Sinne des Grazer Vertrags bei Bernhard,[3] und die Herzöge von Bayern, wo am 17. Januar Ludwig der Reiche von Landshut gestorben war, gaben es wenigstens auf, die Gegner der Abdankung irgendwie weiter zu unterstützen.[4]

Da griff der König von Ungarn ein. Eine Botschaft der österreichischen Stände, welche (Februar—März 1479) die Bitte brachte, sich in der Auszahlung der Schuldsumme von 1477 noch weiterhin zu gedulden, wurde nicht bloß abgewiesen,[5] sondern die Ständeschaft auch sonst hart angelassen. Dabei stand in der langen Reihe von Beschwerden und Klagen des Königs gegen den Kaiser die obenan, daß der Erzbischof von Gran, der doch schon an dem Kriege von 1477 zum guten Teile schuld gewesen sei, nun mit dem Erzbistum Salzburg ausgestattet werden solle, das „dann hat Schlösser und Städte an den Grenzen des Königreiches Ungarn". Er sei, erklärte der König, nicht gemeint, diesem Manne, der ohne Ursache aus Ungarn entflohen sei, der viel Kirchen dort beraubt habe und mit ihm noch nicht versöhnt wäre, als Nachbar zu dulden. Thue der Kaiser dieses dennoch, so „verstehe er es nicht anders", als daß man „seinen Feind dahin setze". Der König mahnte, die Stände möchten den Kaiser gleichfalls bitten, von seinem Vorhaben betreffs des von Gran, solange er mit dem Könige nicht gerichtet wäre, zu lassen.[6] Es war bedeutsam, daß der König schon jetzt die Neigung verriet, die in Innerösterreich gelegenen salzburgischen Städte und Burgen wie einstmals zu besetzen.[7]

Nun konnte ja wohl der Kaiser den Ständen entgegnen: was der

[1] Mon. Habsb. I. 3, 7—10. [2] F. M. Mayer im Archiv 55, 189 ff.

[3] Mon. Habsb. I. 3, 9—12; vgl. ebendort 19—20.

[4] F. M. Mayer im Archiv 55 a. a. O.

[5] Man sieht, daß der Kaiser, was ja auch in den Abmachungen von 1477 begründet war, die Zahlung zurückhielt. Die Stände versprachen, 50 000 Gulden jetzt zu Laurenzi (10. August), die anderen zu Martini (11. Nov.) 1479 zu zahlen. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 237.

[6] Die Instruktion für den königlichen Boten, der solchen Bescheid (im März 1479) an die Stände von Österreich brachte, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 236 bis 239.

[7] Ergiebt sich aus des Kaisers Antwort auf die Beschwerden des Königs bei Chmel, a. a. O. 241.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

König da vorgebracht habe, betreffe seine Privatstreitigkeiten mit Erzbischof Johann, die ihn, den Kaiser, nichts angingen. Auch habe sich der von Gran genugsam zu Recht erboten. Der König habe sich in das, was er in Sachen des salzburger Erzstiftes, das ohne Mittel zum Reiche gehöre, thue, nicht einzumischen und noch weniger sei es notwendig, daß der König „auf desselben Stiftes Schlösser Fürsorge habe", denn soweit sie „in seiner kaiserlichen Majestät Landen gelegen seien, wisse sie der Kaiser als Herr und Landesfürst wohl vorzusehen, daß dem König noch dem Königreich zu Hungarn kein Schaden daraus beschehe".[1] Mit Worten war hier, auch wenn sie noch so treffend waren, nichts mehr zu richten. Auch konnte es die Sache nur verschlimmern, daß der Kaiser eine ganze Reihe von Punkten namhaft machte, deretwegen er gegen den König zu klagen hätte, und den Ständen befahl, auch das an den König zu bringen. Kein Wunder, daß Heinrich von Lichtenstein, der bisher als Botschafter gedient hatte, sich weigerte, nun wieder nach Ungarn zu gehen.[2] Zur Zeit, als König Matthias den Papst brieflich und dann[3] durch keinen geringeren, als den Kardinalbischof von Erlau, zur Widerrufung seiner früheren Weisungen und zur Sendung des Kardinals Anxias vermochte (April—Mai 1479), schritt der Kaiser zur That, indem er den Seinen befahl, sich der innerhalb der Erblande gelegenen salzburgischen Güter und aller Einkünfte des Erzbischofes zu bemächtigen. Alle Unterthanen Bernhards wurden von ihm abberufen; sie sollten sich dabei um keinerlei Gegengebote von welcher Seite immer kümmern. Da sich Christoph von Seckau an der Seite Erzbischof Bernhards hielt, so widerfuhr ihm rasch ein gleiches.

Diese Maßregeln hatten nicht bloß neue Klagen der Betroffenen und des Königs von Ungarn[4] bei dem Papste zur Folge, sondern brachten die beiden Bischöfe dazu, sich dem Ungarkönige vollends in die Arme zu werfen. Gegen die Verpflichtung des Königs (am 20. Sept. 1479), den Erzbischof gegen die Türken und „andere ungerechte Feinde" zu verteidigen, unterzeichnete Bernhard am 3. Oktober einen Vertrag, der seine Festen in ungarische Hände gab, worauf am 19. November

[1] Des Kaisers Bescheid auf die ungarischen Klagen, die wie früher durch die österr. Stände, so nun direkt durch die kaiserlichen Räte, welchen sie der König zugesandt, an ihn gelangt waren, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 240—243. Das Schriftstück gehört in den April—Mai 1479.

[2] F. M. Mayer im Archiv 55, 205.

[3] Bischof Gabriel kam etwa im August nach Rom. Epistol. ad pontifices 133—134. Vgl. auch Mon. Hung., Acta extera II.

[4] Epist. ad pontific. 133—134. Der Brief gehört etwa in den August 1479.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bischof Christoph betreffs vier seckauischer Schlösser ein gleiches versprach.[1] Der König hatte schon vordem den Kaiser ermahnt, von seinem Vorhaben, Erzbischof Bernhard zu verdrängen, abzustehen: so wie er Bernhard mit dem Versprechen, ihm zu helfen, von der Abdankung abgehalten habe, so fühle er sich verpflichtet, jetzt für ihn einzutreten, falls der Erzbischof durch seine Weigerung in Gefahr gerate.[2] Der Papst bat und mahnte den Kaiser durch seinen neuen Nuntius, den Weg der That zu verlassen. Alles umsonst![3]

Aber trotzdem und obwohl König Matthias damals mit den Eidgenossen abschloß[4] und in den nächsten Wochen der christlichen Welt einen glänzenden Sieg melden konnte, den die Seinen in Siebenbürgen über türkische Streifscharen errungen hatten, so blieb der gefürchtete Zusammenstoß zwischen dem Kaiser und dem König noch vermieden. Die Bitten des Papstes, der beiden Fürsten gegenüber durch den Konflikt in die ärgste Zwangslage geraten wäre,[5] des Königs gespanntes Verhältnis zu Venedig, und daß nach dem Frieden der Venetianer die Türkengefahr für Ungarn, wie die wütenden Anfälle auf dessen Grenzgebiete bewiesen, außerordentlich gewachsen war, bewogen König Matthias,[6] den Wünschen seiner Gemahlin Beatrix zu entsprechen und den aus Rom heimgekehrten Cardinal von Erlau wegen einer Verständigung zu dem Kaiser zu schicken.[7] Mochte auch der König im Geheimen in Rom versichern, er sei überzeugt und die Thatsachen bewiesen es, daß wie die Venetianer so auch der Kaiser sich mit den Türken verständigt und sie ihm auf den Hals gehetzt hätte:[8] vor der Welt ging er nun daran, gemeinsam mit Friedrich auf dem Nürnberger Reichstage endlich einen Zug mit ganzer Macht gegen die Türken zuwege zu bringen.

Während nämlich der Konvent der süddeutschen zunächst von der

[1] E. M. Mayer im Archiv 55, 205—206, wo auch die Druckorte der Verschreib. genannt sind.

[2] Schreiben vom 8. Oktober 1879. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 244—246.

[3] Vgl. oben. Sendung vom September 1479.

[4] Segesser, Bezieh. 30—31 und Beil. IX. Vgl. Mon. Habsb. I. 3, 167.

[5] Vgl. die Werbungen des Nuntius und Epist. ad pontific, 133 ff., 135 ff.

[6] Vielleicht wirkte doch auch hier die Meldung von der Schlacht bei Guinegate zurück. Übrigens war Matthias damals ziemlich isoliert, da er den neapolitanischen Bündner wie den verbündeten Papst zu verlieren im Begriffe stand, der Vertrag mit den Eidgenossen (Sept. 1479) nichts bedeutete und seine Beziehungen zu Böhmen und Polen zu neu waren.

[7] Chmel, Mon. Habsb. I. 2, 329. Beglaubigung des Kardinals durch die Königin Beatrix vom 25. September.

[8] Epistol. ad pontific. 135—137. Brief vom 22. Oktober.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Türkengefahr bedrohten Fürsten, den der Kaiser im März 1479 nach Freising ausgeschrieben hatte,[1] beriet, hatte der Kaiser auf den 7. Juni 1479 auch einen Reichstag nach Nürnberg angesagt, zu dem er womöglich in Person zu kommen versprach.[2] Aber zum angegebenen Termin — es war die Zeit des Konfliktes mit Rom und Ungarn — war weder der Kaiser noch sein Anwalt da; die wenigen Reichsboten, die erschienen waren, reisten wieder ab. Daß aber, trotzdem dann für Kaiser und Papst sich die Kardinäle Heßler und Anxias im August 1479[3] in Nürnberg einfanden, der Beginn der Beratungen noch bis in den Oktober auf sich warten ließ, bewirkten wie die östlichen, so in gewisser Hinsicht auch die westlichen Dinge.

Erzherzog Maximilian hatte trotz des offiziellen Stillstandes mit Ludwig XI. im Winter 1478—1479 mit dem von Frankreich unterstützten Geldern, mit dem kleinen Grenzkriege in Artois und sonst genug zu thun gehabt.[4] Trotzdem stand er bereits vor Ausgang der Waffenruhe (24. Juni 1479) an der Spitze eines stattlichen Heeres unmittelbar an der Grenzlinie des von den Franzosen besetzten Gebietes von St. Omer. Er befehligte nicht weniger als 27000 Mann. Seine Reiterei stand freilich der französischen an Zahl und Tüchtigkeit bedeutend nach und sein Fußvolk bildeten größtenteils ungeübte Milizen. Aber ihre opferwillige Hingabe an die gemeinsame Sache des Vaterlandes vermochte die mangelnde Kriegserfahrung hinlänglich zu ersetzen. Um den Herzog befand sich, was nach den mörderischen Schweizerschlachten von dem glänzenden burgundischen Adel noch übrig war; neben der erlesenen Schar flämischer und und wallonischer Kriegsmänner und Feldhauptleute sah man eine Anzahl trefflicher Anführer deutscher und spanischer Abstammung. Doch war es vor allem das Verdienst des Erzherzoges, daß der burgundische Kriegsrat den kühnen Entschuß faßte, dem Feinde entgegenzugehen und die Schlacht anzunehmen, als während der vergeblichen Belagerung des festen Therouenne das französische Hauptheer kampfbereit nahte. So kam es am 7. August 1479 zu der großen Schlacht bei Guinegate, die trotz der anfänglichen Niederlage der beiden burgundischen Flügel, Reiterei gegen Reiterei, mit einem glänzenden

[1] Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 726—729.

[2] Vgl. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 382—383, Nr. 544, 545.

[3] In ihrem Ausschreiben vom 15. September sagen sie, daß sie „viel Tag allda (in Nürnberg) sein gelegen". Müller, Reichstagsth. II. 731. Zu Anxias gesellte sich der Erzbischof der Kraina. Janssen a. a. O. 385.

[4] Diese Dinge erzählt er selbst seinem Vater in dem Schreiben vom 8. Juni 1479 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 176—179.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Siege Maximilians endigte. Wieder war es der Erzherzog selbst, der sich als Oberbefehlshaber mit den ersten Männern seines Heeres im Centrum in die wankenden Reihen seines Fußvolkes stellte und nach gewaltigem Ringen mit der mutig anstürmenden, freilich numerisch schwächeren gegnerischen Infanterie diese über den Haufen warf. Als die siegreichen Reiterscharen der Franzosen von der Verfolgung der Burgunder zurückkehrten, war der Tag bereits verloren; nach schweren Verlusten mußten auch sie sich der allgemeinen Flucht anschließen.[1] Leider war es dem Erzherzog nicht beschieden, den gewonnenen Sieg allseitig auszunützen. Nicht nur, daß dazu dem zwanzigjährigen Fürsten als Heerführer die nötige Umsicht und Ausdauer fehlte:[2] wesentlicher war, daß auch sein Heer große Verluste erlitten hatte, daß er gezwungen war, die flandrischen Milizen nach Ablauf ihrer Dienstzeit nach Hause zu entlassen, und daß das Geld fehlte, die geschwächten Reihen durch neue Werbungen ausgiebig zu ergänzen.

Immerhin zog Maximilian aus Geldern, wo sich die Sachlage zu seinen Gunsten gebessert hatte,[3] und aus dem Luxemburgischen, trotzdem es Karl von Amboise von der Grafschaft Burgund her bedrohte, Verstärkungen an sich, und gelang es, das Geld für die Anwerbung nicht bloß von Flämen und Brabantern, sondern auch von Pikarden, Deutschen und Engländern zusammenzubringen. So zog er im Oktober 1479, als die Meldung kam, König Ludwig habe auch aus Hochburgund und der Champagne alle seine Streitkräfte herabgefordet, um ihn zu bestreiten, mit bedeutender Macht neuerdings ins Feld.[4] Die Nachricht erwies sich jedoch als irrig und es kam zu dieser Jahreszeit zu nichts bedeutendem mehr. Die Eroberung von Hochburgund zu unternehmen, konnte aber Maximilian um so weniger wagen, als eben (September) ein völliger Umschwung

[1] Die Vorgänge zu Beginn des Feldzuges, vor und in der Schlacht nach H. Klaje, (Die Schlacht bei Guinegate vom 7. August 1479, Greifswald 1890, bes. 37—72), der die vielfach irrigen Darstellungen Rodts (II. 518 ff.), Schels, Des Erzherzogs Maximilian Feldzug gegen Frankreich, Österr. militär. Zeitschrift VII. Jahrg. 1839, Münchs (ist wesentlich Wiedergabe von Molinet) und Kervyns de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 268 ff. berichtigt. Bei Klaje auch die Quellen, doch ist der freilich falsch datierte Bericht bei Kraus 38—39 (besonders über die Rüstungen nach der Schlacht) nicht beachtet.

[2] Es hat hier Molinet 217 Recht gegen Kervyn de Lettenhove und auch Klaje 72, wie Kraus 38—39 beweist.

[3] Am 14. September 1478 schreibt der Erzherzog, daß er das Land Geldern nun ganz habe. Kraus 36. Es waren dann neue Störungen eingetreten. Vgl. ebendort 38, Brief vom 26. Sept. 1479.

[4] Brief vom 26. September 1479.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

in der eidgenössischen Politik eingetreten war und sie sich wie dort im Osten mit dem Feinde des Kaisers, dem König von Ungarn, so hier mit König Ludwig von Frankreich, dem Hauptfeinde Maximilians, verbündet hatten. Da nämlich Burgund die bedungenen Zahlungen nicht hatte leisten können, überwiesen die geldgierigen Schweizer (9. Sept.) ihre Ansprüche auf die Freigrafschaft dem Franzosenkönige und sicherten ihm die einst in Aussicht gestellte Waffenhilfe mit 6000 Mann zu, wofür er die Zahlung von 150000 Gulden auf sich nahm.[1] Der Abmahnung des Kaisers von solchem Schritte[2] stellten die Schweizer bei Maximilian den drohenden Hinweis auf ihre Verpflichtung gegen den Franzosenkönig entgegen.

So war es gekommen, daß der Erzherzog, obwohl der Nürnberger Reichstag auch des burgundisch-französischen Krieges wegen berufen war, denselben nicht einmal beschicken konnte.[3] Seine Vollmacht führte Kardinal Heßler. Auch sonst war der Besuch des Tages, für den die Kardinäle nochmals eine besondere Aufforderung erlassen hatten,[4] gering.[5] In gar keinem Falle stand die Zahl der Anwesenden in richtigem Verhältnisse zu den weittragenden Beschlüssen, die der Reichstag fassen sollte „zuerst der Türken halben, um ihnen zu widerstehen", „zum andern unserem heil. Vater, dem Papst, und der römischen Kirche Hilfe zu leisten", „zum dritten des Königs von Frankreich Fürnehmen gegen deutsche Nation zu widerstehen".[6] Speziell den Türkenkrieg betreffend, begründete Kardinal Heßler die Forderung des Kaisers, der in Person nicht kommen könne, da die Türken, nahe der Grenze Krains an der Kulpa gelagert, mit neuem Einbruche drohten, daß 6000—7000 Mann an die Grenze von Krain und Kroatien gelegt würden, um die Gebirgspässe[7] zu hüten und die Einzüge der Raubscharen zu wehren; der Kaiser wolle dazu 2000 Mann stellen.

---

[1] E. von Rodt, Feldzüge II. 541—542. R. Maag, Die Freigrafschaft Burgund seit 1477 u. s. w., 32, 35, 36.

[2] Vgl. Ph. Segesser, Eidgen. Abschiede III. 164, 165.

[3] Vgl. sein Schreiben an seinen Vater vom 8. Juni 1479 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 176 ff.

[4] Am 15. September. Müller, Reichstagsth. II. 731.

[5] Vgl. außer Müller noch Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 384, Nr. 559. Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 54. Becker, Die Anteilnahme der Reichsstädte 59, 77 (ohne Belang).

[6] Die Instruktion der kaiserlichen Räte bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 112 bis 114. Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 55, sieht darin irrig die Instruktion der burgundischen Räte für den nachfolgenden Nürnberger Tag. Vergleiche Janssen, Frankfurter Reichskorr. II. 383, Nr. 549 (aus der Antwort der Fürsten).

[7] Es war also vor allem an Krain gedacht.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

In der Sache seines Sohnes hatte sich Friedrich schon lange zuvor an einzelne Reichsfürsten besonders gewendet.[1] Aber weder in der einen noch in der anderen Hinsicht war vom Reichstage etwas zu erreichen. Kurfürsten und Fürstenräte beriefen sich auf ihre geringe Anzahl, derentwegen sie „die Größe der Sachen" angesehen „keinen Anschlag dermaßen thun oder vurnehmen mögen"; man könne da Ersprießliches nur erzielen, wenn der Kaiser die Stände des Reiches auf einen neuen Reichstag vollzählig erfordere und dem Tage persönlich anwohne; sie wollten dies dem Kaiser durch eine besondere Gesandtschaft vortragen lassen. Noch weniger wollte der Reichstag von einer Hilfeleistung für den Papst etwas wissen; wenn aber der Kaiser zum Zwecke einer Vermittelung den Papst „und seine Widerwärtigen" besenden wolle, so sei man, falls auch die anderen Fürsten vom Kaiser dazu erfordert würden, bereit, mitzuschicken.[2] Die Boten der Reichsstädte kamen gar zu solchen Beschlüssen erst, nachdem sie die Forderungen des Kaisers und die Antwort der Fürsten hinter sich gebracht und darüber beraten hatten.[3] Für den neuen Reichstag war, scheint es, gleich im Oktober Nürnberg in Aussicht genommen worden.[4]

Mit Eifer ging Graf Haug von Werdenberg, der an Stelle des nach Rom ziehenden Kardinals Heßler als kaiserlicher Anwalt ins Reich geschickt war und mehrere Fürstenhöfe in Person besuchte, daran, eine zahlreiche Beteiligung der neuen Reichstagsverhandlungen zu bewirken.[5] Auch die Botschaft des Königs von Ungarn, der Bischof von Siebenbürgen und Graf Sigmund von St. Georgen, sandte den Reichsständen Aufforderungen ähnlichen Inhalts.[6] Trotzdem fanden sich auch im Dezember nur die Gesandten der Kurfürsten von der Pfalz, Brandenburg und Sachsen mit einer kleinen Anzahl von Fürstenräten und den Ratsboten

[1] Vgl. die Bewerbung bei Brandenburg in den Fontes rerum Austr. XLVI. 450—451, Nr. 438. Die Instruktion für die Vertreter Maximilians bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 114—116. Sie verlangt eine Waffenhilfe seitens der westlichen Reichsstände.

[2] Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 116—118. Janssen, Frankf. Reichskorresp. II. 383—385, Nr. 549. Antwort vom 14. Oktober.

[3] Janssen, Frankf. Reichsk. II. 385—386, Nr. 550 und Beilage. Müller, Reichstagsth. II. 736.

[4] So sagte am 26. Nov. wenigstens Graf Haug von Werdenberg. Janssen Frankf. Reichskorr. II. 386, Nr. 551. Die Angabe aus Salzburg, Archiv f. österr. Geschichte. 56, 389, scheint also irrig zu sein.

[5] Über ihn s. noch Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 54—55.

[6] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 386, Nr. 551.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

von sechs Reichsstädten in Nürnberg ein.[1] Da mochte nun Graf Haug immerhin darlegen, „wie kläglich und erbärmlich das heilige, römische Reich, das christenliche Volk, der kaiserlichen Majestät Erblande und andere Fürstentümer und Länder durch den grausamlichen türkischen Kaiser etliche Jahre bedrückt worden und noch täglich angefochten und bedrängt werden", es mochte der Bischof von Siebenbürgen, zurückgreifend bis zum Ursprung des Osmanenreiches, die furchtbare Bedrohung der Christenheit in beweglichen Worten darthun:[2] eine Bewilligung zu erreichen war diesmal sowenig möglich als zuvor, einerlei, ob man sie für den Türkenkrieg oder gegen Frankreich wünschte, dessen Bekriegung Graf Haug forderte. Die Stände wiesen einfach in ihrer Antwort (schon am 17. Dezember) darauf hin, daß man dieser Sachen wegen den Kaiser beschickt und darauf noch keinen Bescheid erlangt habe; ehe solches geschehen, könne man füglich keine neuen Beschlüsse fassen, „da nur eines dem anderen Verhinderung bringen möchte". Sie scheuten sich auch nicht, in Anbetracht ihrer geringen Anzahl eben wieder die Ausschreibung eines neuen Reichstages bis spätestens Mittfasten (12. März) 1480 nach Nürnberg zu beantragen, den der Kaiser persönlich besuchen sollte.[3] Ebenso thaten die Städteboten trotz des Unwillens des kaiserlichen Anwalts wieder wie vergangenen Oktober.

Es war nichts zu machen. Daß aber die Verhandlungen des Tages trotzdem am Schlusse noch ein gewisses Interesse gewannen, dafür sorgten die Ungarn. Gab sich Graf Haug, in den deutschen Dingen erfahren und gegen Mißerfolge abgehärtet, zufrieden, so waren dies die ungarischen Gesandten keineswegs. Sie folgten dabei offenbar einer besonderen Weisung ihres Königs. Umgeben von Notar und Zeugen verlangten sie in der Reichsversammlung, zu beschließen, daß der neue Reichstag spätestens bis Ende Januar 1480 stattfinde und daß jeder der Anwesenden sich wenigstens für sich zum Besuche des neuen Tages verpflichte; widrigenfalls würden sie in einem rechtkräftig beglaubigten Ausschreiben an alle Reichsglieder, dessen Entwurf sie vorlegten, vor aller Welt erklären, daß ihr Herr nie mehr einen Reichstag besuchen werde, sich jeder Verpflichtung gegen das Reich ledig zähle und „selbst nach seinem Vermögen ratschlagen werde, wie er seinen Dingen möchte vorstehen".[4] So sachlich berechtigt eine solche Forderung, aus welcher das

[1] Das Verzeichnis nach der Aufzeichnung im Frankf. Archive bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 387, Nr. 452.

[2] Vgl. Müller, Reichstagsth. II. 733—736. [3] Janssen, F. R. II. 394.

[4] Janssen a. a. O. 391—392. Müller, Reichstagsth. II. 736.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Selbstgefühl des Ungarkönigs hervorleuchtet, war, so leicht hatten es die Stände, zu erwidern, daß sie keine Vollmacht besäßen, ihre Herren in solcher Weise zu verpflichten. Auch der kaiserliche Anwalt, für den die Sache ohnehin ihr Beschämendes hatte, konnte nicht umhin, den Ungarn zu bedeuten, daß ihr Vorgehen ein ganz ungewöhnliches, ihre Forderung nicht wohl zu erfüllen sei.[1]

Eine weitere Folge hatte der Vorfall vorerst nicht. Die Schwankungen in der ungarischen Politik dauerten vom Spätjahre 1479 in das Jahr 1480 hinein.

Während des ungarischen Königs Verhandlung mit den Eidgenossen[2] wie mit Frankreich zu keinen wesentlichen Abmachungen führte, konnte er merken, wie der Papst sich dem Kaiser und seinem Sohne allenthalben willfährig zeigte.[3] Unterhandelte Ferdinand von Neapel im Geheimen vor der Kurie mit Florenz, so sah Matthias sich im Spätjahre 1479 veranlaßt, in Mailand beruhigende Erklärungen über seine Absichten zu geben und ein gegnerisches Einverständnis mit dem Papste sowie mit Neapel in Abrede zu stellen.[4] Venedig endlich, solange im Türkenkriege an der Seite Ungarns, hatte nicht nur seinen Frieden gemacht, sondern allmählich eine feindliche Haltung angenommen. Freilich trug die Schuld daran der König, der nicht aufhörte, die Venetianer in der Türkenfrage zu verdächtigen und sie auch direkt zu schädigen.[5] Die Republik, welche im Juli 1479 endlich ihren Orator vom ungarischen Hofe abberufen hatte,[6] versah sich unlange darauf geradezu feindseliger Absichten des Königs und gab ihren Kommandierenden die nötigen Befehle.[7] Kein Wunder, daß die Signorie, als der König wie am kaiserlichen Hofe so auch bei ihr um die Erlaubnis ansuchte, seine zur Abwehr der türkischen Raubscharen an den südlichen Grenzen liegenden Truppen durch ihre Gebiete dirigieren oder doch von da aus mit Lebensmitteln versehen zu dürfen, dies entschieden versagte, da ihr Gebiet in jenen Strichen unfruchtbar und nicht einmal im Stande sei, die eigene Bevölkerung zu ernähren.[8]

---

[1] Lehmann, Speierische Chronik 906—907. Janssen a. a. O. 392—393.

[2] Vgl. Segesser, Beziehungen u. s. w. 25 ff

[3] Epistol. ad pontific. 128—129, Nr. CIII. beweist, wie Sixtus IV. dabei auch sein Verhältnis zu dem Könige zu wahren suchte.

[4] Acta extera II. 396—397.

[5] Besonders im Streite um Veglia. Vgl. Acta extra extera II. 406—417.

[6] Acta extera II. 389—390.

[7] Ebendort 397—398, Vgl. Epist. ad pontif. 135, Nr. CVIII.

[8] Acta extera II. 398—404; vgl. 404—405, Nr. 270 und 271. Die Bitte

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Kaiser, der in den Ungarn einen Ersatz für die verweigerte Reichshilfe sehen mochte und damals offenbar von den Abmachungen zwischen Ungarn und Salzburg-Freising noch nichts wußte, gab arglos seine Zustimmung. Es mochte ihm vielleicht gar erwünscht sein, daß die ungarischen Besatzungen sich vor allem in salzburgischen (Leibnitz, Pettau u. a.) und seckauischen Plätzen niederließen.[1] Auch hatte es der König dabei zunächst, freilich nicht ohne Hintergedanken, offenbar wirklich auf die Türken abgesehen.

So wahnwitzig war er doch nicht, angesichts der Türkengefahr und in seiner Isolierung mit den beiden Nachbarn, Venedig und dem Kaiser, anbinden zu wollen. Seine Entrüstung über die Weigerung der Venetianer scheint ungeheuchelt. Und nochmals suchte er sich auch mit dem Kaiser über alle schwebenden Fragen, auch über die Salzburger, zu verständigen. Denn auch unter den ungarischen Baronen fanden sich manche, welche mit der Privation des Graners nicht einverstanden waren.[2]

Kaiser Friedrich war zu einer Verständigung gern bereit. Er habe, erklärte er dem Propste von Preßburg, dem Bevollmächtigten des Königs,[3] bereits mit dem Erzbischof Johann, der sich dem Könige willfährig zeige, gesprochen, und wolle gern weiteren „Fleiß ankehren, damit sie gütlich mit einander vertragen würden". Ebenso zeigte er sich bereit, der Bitte des Königs zu willfahren und einen neuen Reichstag auszuschreiben und dem Könige rechtzeitig anzusagen, damit er ihn beschicken könne; der Reichstag werde etwa auf Pfingsten einberufen werden. Nur möchten die ungarischen Gesandten sich ähnlicher ungebräuchlicher Schritte und Begehren wie eben jetzt in Nürnberg enthalten. Die Gesandten sollten auch allein des Türkenzuges wegen gefertigt werden, dagegen „andere fremde Sachen, die mehr zu ihrer beider Unfreundschaft dienen, unterwegen lassen". Ebenso lehnte der Kaiser das Ersuchen des Königs, ihm für den Angriff auf Venedig den Durchzug durch österreichisches Gebiet zu

wurde erst durch den königlichen Gesandten, den Propst zu Preßburg, und dann noch besonders durch den Kardinal von Erlau in Venedig angebracht.

[1] Dies ergiebt sich daraus, das der Kaiser im Januar 1480 nicht etwa deren Räumung fordert, sondern sich bloß über die von dort aus verübten Schädigungen der Seinen beklagt. Chmel, Mon. Habsb. I. 3. 269—271; auch ebendort 294. Bezügl. des Datums s. Mayer im Archiv 55, 208, der auch sonst die Irrthümer früherer mehrfach berichtigt.

[2] So behauptet wenigstens der mailändische Gesandte in einem Schreiben vom 16. Oktober 1479 aus Venedig. Acta extera II. 392.

[3] Dessen Werbung scheint verloren, ist aber aus der Antwort des Kaisers im wesentlichen zu ersehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gestatten, ab und wurde das Begehren wiederholt, die in den Erblanden stehenden königlichen Truppen möchten die Unterthanen des Kaisers nicht beschweren.[1]

Die Verhandlungen dauerten fort. Die Kriegspläne gegen Venedig gab der König auf, wenn er auch nicht abließ, die verhaßten (mit jenen verbündeten) Frangipani zu schädigen und das venetianische Dalmatien zu bedrohen.[2] Der Propst von Preßburg teilte in neuer Sendung des Königs dem Kaiser auch mit, der König „wolle sich der Venediger enthalten und nichts feindliches gegen sie thun". Für die Zusage, einen Reichstag zu berufen, brachte der Propst den Dank seines Herrn; er fügte aber hinzu, das Reich möge ja eine Unterstützung beschließen, da sonst König Matthias, weil allzusehr von den Türken bedroht, seinen Frieden mit ihnen machen müßte. Nicht undeutlich ließ der Propst dabei merken, daß es die Überzeugung seines Herrn sei, die Sache hinge wesentlich von dem Kaiser ab; wenn er wolle, würden auch die deutschen Fürsten am Reichstage teilnehmen und Hilfe zusagen. In diesem Falle werde der König eine Truppenmacht, stärker als das deutsche Heer, gegen Belgrad dirigieren, um dort allen Einfällen der Türken zu steuern. Die Klagen des Kaisers über Übergriffe seiner in den Erblanden stehenden Truppen — es ist auch jetzt noch von keiner Abberufung derselben die Rede — ließ der König nicht gelten, da es den Seinen von seiten der kaiserlichen Unterthanen noch schlimmer ergehe.[3] Den Erzbischof von Gran und die Ausgleichung der übrigen Differenzen betreffend gab der König neuerdings seine Geneigtheit zur Verständigung zu erkennen.

Während er sich aber selbst mit einer allgemeinen Versicherung begnügte, stellte er schließlich die Forderung, der Kaiser möge 28 Lastschiffen die freie Fahrt auf der Donau durch Österreich mit der Ladung, die sie für ihn aus Deutschland brächten, gewähren; es sollten diese Kriegsvorräte nur gegen die Türken Verwendung finden.[4]

Der Kaiser, wenn auch durch des Königs Erbietungen gewiß nicht befriedigt, verhielt sich, scheint es, doch nicht entschieden ablehnend. Der Propst ging zum Könige zurück. Da änderte sich die Sachlage. Aus Innerösterreich kam die Meldung, daß die Ungarn von den besetzten

[1] Der Bescheid des Kaisers, etwa aus dem Januar 1480, bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 269—271.

[2] Acta extera II. 407—416.

[3] Über einen Einfall der Österreicher in Ungarn hat Müller, Reichstagstheatrum II. 750 eine Nachricht.

[4] Die neue Werbung des Königs (Ende Januar oder Anfang Februar 1480) bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 272—274.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

bischöflichen Plätzen aus dem Kaiser „Städte und Schlösser belagerten und Land und Leute schädigten". Friedrich fing nun an, zu besorgen, daß der König seine Truppen in Innerösterreich belassen wolle.[1] Sein Unmut steigerte sich, als ihm jetzt seitens der jüngeren sächsischen Herzöge Briefe des Königs zukamen, in denen sich Matthias über die Nichtbezahlung der 1477 bedungenen Entschädigungssumme seitens des Kaisers beklagte und ihn sogar beschuldigte, seine Unterthanen, die das Geld gern zahlen wollten, unter Androhung der kaiserlichen Acht daran verhindert zu haben.[2] Als deshalb Propst Georg zum drittenmal (etwa Beginn März) „mit einem guten, freundlichen Schreiben vom König" am kaiserlichen Hofe erschien, so erhob der Kaiser wegen jener Schreiben bittere Beschwerde. In der That war ein Teil der 100000 Gulden bereits bezahlt und dauerte die Begleichung des Restes, wenn auch in kleinen Raten, fort. Der Kaiser ließ nun aber auch durch seine Räte ernstlich fordern, „daß der König sein Volk aus der kaiserl. Majestät Land führe und die Beschwerung abthue". Geschehe dies, so sei der Kaiser bereit, durch seine Räte weiter zu verhandeln; wenn nicht, so müsse er „Gott und das Recht bevornehmen und sich mit Rat und That seiner Freunde und Unterthanen des Königs Übelthaten und Unrechts aufhalten".[3]

Man stand wieder vor dem offenen Bruche. Auch der Propst von Preßburg erkannte das. Er bat um eine gnädigere Antwort, die ihm auch nach einigem Zögern zuteil ward. Der Kaiser erklärte sich unter Aufrechthaltung seiner Forderungen bedingungslos zu weiterer Beredung über alle vorliegenden Streitigkeiten bereit; am liebsten möge der König wieder den Propst dazu bestimmen, eventuell ihm andere Räte beiordnen.[4]

Das hinderte nicht, daß eine kaiserliche Gesandtschaft nach Venedig ging, um mitzuteilen, was der Kaiser jüngst für die Republik gethan habe: es sei leicht möglich, daß der König sich dafür an dem Kaiser zu rächen gedenke. Aber die Signorie wollte nichts verstehen. Unter den eifrigsten Dankesbezeugungen für die gute Gesinnung des Kaisers ließ sie erklären, daß sie mit dem König von Ungarn guten Frieden zu haben vermeine. Doch versprach sie gelegentlich der schwebenden Verhand-

[1] Vgl. die Darstellung, die der Kaiser dem Könige von Böhmen gab. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 294.

[2] Schreiben vom 9. Januar 1480 bei Müller, Reichstagsth. II. 748—749.

[3] Bescheid vom 14. März 1480 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 268—269.

[4] Neuer Bescheid vom 20. März in Mon. Habsb. I. 3, 269—270.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

lungen mit dem König in den kroatischen Angelegenheiten darauf zu achten, wie man auch dem Kaiser genehm und nützlich werden könne. Die auch bei diesem Anlasse geforderte Herausgabe zweier, einst Triestiner Plätze, wurde kurzweg abgeschlagen.[1] Daneben beantwortete und widerlegte der Kaiser den lügenhaften Brief des Ungarkönigs ins Reich in einem Ausschreiben an alle deutschen Reichsstände. Abschriften des Gelöbnisses, das Matthias einst als böhmischer Kurfürst dem Kaiser geleistet, sollten zeigen, wie sehr das Verhalten des Königs mit seiner Pflicht im Widerspruch stünde.[2] Darauf schrieb wieder der Ungarkönig nicht bloß an die deutschen Fürsten und Stände, sondern auch an andere Mächte. Er suchte unter Mitteilung des Wortlautes des Korneuburger Vertrages, die 100000 Gulden betreffend, darzuthun, daß der Kaiser den Vertrag nicht erfüllt habe.[3]

Aber obwohl Matthias gleichzeitig seinen Hauptleuten den Befehl erteilt hatte, in Niederösterreich und Kärnthen vorzurücken, und in der That der Krieg rasch in Gang kam, begannen doch wieder Verhandlungen. Während nämlich die niederösterreichischen Stände bei dem Kaiser, und zu gleicher Zeit die Steierer und Kärnthner versammelt waren,[4] um nach ihrem Vermögen Bewilligungen zu thun, während die Hilfegesuche des Kaisers an die Kurfürsten unterwegs waren,[5] erschien (30. April) noch einmal ein Gesandter des Ungarkönigs bei Hofe: der König sei, namentlich angesichts der großen Kosten, die ihm der Krieg verursache, bereit, sich auszugleichen und habe ihn dazu bevollmächtigt. Aber die kaiserlichen Räte fanden bei näherer Prüfung, daß die Vollmacht ungenügend sei. Nun beantragte der Gesandte, den König von Frankreich zum Schiedsrichter zu wählen. Der Kaiser konnte darin kaum etwas anderes als bösen Hohn des Ungars erblicken: Ludwig XI. war seines Hauses gefährlicher Gegner seit Jahren. Doch erbot er sich dem Könige Matthias zu Recht vor Kurfürsten und Fürsten des Reiches,

[1] Acta extera II. 418—419.

[2] Das Schreiben an Albrecht von Sachsen vom 20. März 1480 bei Müller, Reichstagsth. II. 749 und Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 274—277. Schreiben vom 23. März an andere Reichsstände und eine Kopie des Eides ebendort 277—280.

[3] Das Schreiben an Albrecht von Sachsen vom 6. April bei Oefele, Script. rer. Boic. I. 319 und das an die Eidgenossensch. bei Segesser, Beziehungen u. s. w. 83—84. Beil. Nr. 15.

[4] Vgl. Müller, Reichstagsth. II. 750. Das Anbringen an die Kärnthner bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 393—397; an die Steierer ebendort I. 3, 380 ff.

[5] Müller a. a. O. 751. Das Anbringen bei Böhmen in den Mon. Habsb. I. 3. 292—295.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

obwohl es gegen seine kaiserliche Würde sei; doch müsse der König zuvor die innerhalb der Erblande geschehenen Besetzungen aufheben und sein Kriegsvolk auf ungarischen Boden zurückführen, was wieder der Ungar ablehnte.[1] So schied er.

Und noch ein letzter Sühnversuch wurde unternommen. Herzog Georg der Reiche von Bayern-Landshut, der im Mai 1480 nach Wien gekommen war, um nach dem Tode seines Vaters Ludwig die Regalien zu empfangen, versuchte die Beziehungen, welche er aus dem Passauer Kirchenstreite her mit König Matthias besaß, zu benützen, um ihn mit dem Kaiser zu versöhnen. Aber obwohl er sich persönlich an das ungarische Hoflager nach Preßburg begab, die Königin Beatrix wie es heißt sich wieder um den Frieden bemühte und auch der Papst es nach wie vor an Friedensmahnungen nicht fehlen ließ,[2] so blieben doch Georgs Bemühungen fruchtlos. Freilich stand der Landshuter Herzog in der Salzburger wie in der Passauer Frage in der Reihe der Gegner des Kaisers; er war schwerlich ein geeigneter Vermittler.

Kaiser Friedrich hatte in seinem Ausschreiben an die deutschen Stände (März 1480) zugleich um thätige Unterstützung gegen den in die Erblande einbrechenden Feind ersucht[3] und namentlich den Reichsstädten bei seiner Ungnade und den schwersten Strafen befohlen, bis Pfingsten (21. Mai) mit den Ihren zu Roß und zu Fuß bei Linz im Felde zu sein.[4] Aber der Erfolg war beinahe Null. Gerade die mächtigsten Reichsstände blieben gleichgültig oder scheuten, wie die Herzöge von Sachsen[5] und Bayern oder die Markgrafen, den Zorn des Ungarkönigs. Von Seiten der Reichsstädte erschienen nur etwa 300 Schützen, die Kontingente von Ulm, Augsburg und Nördlingen, in Österreich. Sie traten vereint mit den Österreichern den Ungarn, welche nach der Besetzung von Friesach, Gmünd, Sachsenburg und anderer salzburgischer

[1] Müller, Reichstagsth. II. 751 nach Papieren des Weim. Arch. Man vgl. auch die Akten vom Nürnb. Reichst. 1480 im Würzb. Kreisarch. fol. 20a.

[2] Über diesen Vermittelungsversuch s. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 143 und 723. Deutsche Städtechroniken X. 362. Unrest 650. Würzburger Reichstagsakten von 1480 (ist das Tagebuch der Gesandten des Bischofs Rudolf [von Scherenberg], des Dompropstes Kilian von Bibra und des Ritters Konrad von Hutten), fol. 6b. Vgl. Freiberg, Sammlung hist. Schriften und Urkunden I. 158. F. M. Mayer im Archiv 55, 211 und Anm.

[3] Schreiben an Albrecht von Sachsen a. a. O. und im Weim. Arch.

[4] Das Ausschreiben an die Ulmer v. 24. März 1480 bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 395, Nr. 559.

[5] Vgl. das Schreiben Herz. Albrechts von Sachsen an den Kaiser v. 11. Mai im Wiener Archiv.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schlösser sich im Kaiserlichen auszubreiten versuchten,[1] vor Fürstenfeld entgegen, wurden aber fast sämtlich gefangen. Doch entließ sie der König mit der Beteuerung, daß er gegen Österreich, nicht aber gegen das deutsche Reich Krieg führe, ohne Lösegeld.[2] Für sich allein war aber der Kaiser, da die böhmische Grenzfehde noch immer einen Teil der Kräfte Österreichs in Anspruch nahm, um so weniger im Stande, die Ungarn aus seinen Gebieten zu treiben, als der König schon in der Fastenzeit 1480 auch aus Mähren und Schlesien Kriegsvolk dorthin entsandt hatte und zugleich die Türken abgewehrt werden mußten. Beinahe ungehindert zogen sie im August 1480 unter den gewohnten Greueln nahezu durch ganz Innerösterreich.[3] Eben damals lag der Kaiser infolge einer Erkältung schwer krank darnieder.

Im Frühjahre 1480 hatte sich auch die Lage des jüngeren Habsburgers in Burgund wieder ungünstiger gestaltet, da die Eidgenossen den Erzherzog ernstlich bedrohten falls er nicht ablasse, ihrem Verbündeten, König Ludwig von Frankreich, von den Niederlanden und dem Luxemburgischen aus zuzusetzen.[4] Aus allen diesen Gründen entschloß sich der Kaiser nach langem Zögern, endlich den neuen Reichstag auf Jakobi (25. Juli) nach Nürnberg auszuschreiben. Nicht bloß gegen Türken und Franzosen, sondern auch schon gegen den König von Ungarn sollten die deutschen Stände zu gemeinsamen Anstrengungen vermocht werden.

Siebenundzwanzigstes Kapitel.

Die Nürnberger Reichstage von 1480 und 1481. Waffenruhe zwischen Frankreich und Burgund. Burgundische Pläne. Fortgang des Streites um Salzburg und des Krieges des Kaisers gegen Ungarn.

Der Nürnberger Reichstag von 1480 war stattlicher besucht als eine lange Reihe seiner Vorgänger. Freilich dauerte es, nachdem sich auch der kaiserliche Anwalt, wieder Graf Haug von Werdenberg, erst Ende August eingefunden hatte, dann noch bis zum 22. Oktober, ehe die Be-

[1] Huber, Gesch. Österr. III. 258. [2] Müller, Reichstagsth. II. 751.

[3] Huber, Gesch. Österreichs III. 258—359, wo auch die (gedruckten) Quellen. Weitere Meldungen enthält das Tagebuch der Würzburger Gesandten am Nürnberger Reichstage 1480.

[4] Vgl. u. a. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 203—205.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ratungen eröffnet wurden. Von Kurfürsten war zunächst der Pfalzgraf da. Er befand sich aber mit dem Kaiser des Empfanges seiner Regalien wegen in Uneinigkeit, die sich auch in neuerlicher Verhandlung mit Graf Haug nicht hatte beheben lassen.[1] So blieb er nur widerwillig. Noch kam Kurfürst Albrecht von Brandenburg und später[2] Hermann von Köln. Ernst von Sachsen ließ sich durch seinen Bruder Albrecht vertreten. Auf der Fürstenbank sah man die Herzöge Georg von Bayern-Landshut und Otto von Pfalz-Mosbach, Markgraf Friedrich von Brandenburg, Graf Eberhard von Württemberg, die Bischöfe von Bamberg, Augsburg, Eichstädt, Freising und Speier neben Räten von Würzburg und Konstanz, von Tirol, Sachsen-Thüringen, Bayern-München, Jülich und Berg, dann Heinrichs von Hessen, Eberhard des Jüngeren von Württemberg und des Deutschmeisters. Hiezu kamen noch Städteboten.[3]

Der kaiserliche Anwalt durfte voraussetzen, daß die Stimmung im ganzen nicht ungünstig sei. Waren ja Albrecht von Sachsen und Hermann von Köln dem Kaiser und seinem Sohne verwandt und vertraut, der Bischof von Augsburg, Graf Haugs leiblicher Bruder, er wie die anderen Bischöfe oben im Reiche und die Fürsten von Bayern und Tirol auch selbst schon von den Türken bedroht. Haug erwartete Förderung auch bei dem angesehensten Manne auf dem Reichstage, dem alten Kurfürsten Albrecht Achilles von Brandenburg. Hatte doch der Kaiser soeben durch eine besondere Gesandtschaft in Prag die Bemühungen des Markgrafen unterstützt,[4] endlich in der Heiratssache seiner Tochter Barbara zu einem Einverständnisse mit König Wladislaw von Böhmen zu gelangen. Wirklich gefiel sich der Kurfürst zunächst in der Rolle

[1] Es handelte sich um den Empfang der Reichslehen und Regalien im alten Umfange (mit der dem „bösen Fritz" abgesprochenen Landvogtei im Elsaß und der Ortenau), was der Kaiser verweigerte.

[2] Er hatte sich erst jetzt mit dem Kaiser völlig geeinigt.

[3] Über den Tag s. K. Küffner, Der Reichstag von Nürnberg anno 1480, Würzburg 1892, dem ich aber, gestützt auf die vor allem maßgebenden Würzburger Reichstagsakten, in vielem nicht beistimmen kann. Neben ihnen ist die Hauptquelle der Bericht des Grafen Haug von Werdenberg an den Kaiser bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 139—150. Der Anschlag ist gedruckt bei Lehmann, Speyer. Chron. 908 ff. und Müller, Reichstagsth. II. 740—743, mit Verbesserungen bei Chmel, a. a. O. 150—152. Vgl. auch Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 397—401. Die Anwesenden nach den Würzburger Akten. Vgl. außer Küffner auch Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 61 ff., und Becker, Die Teilnahme der Städte an den Reichsversammlungen 67 ff. Die Ankunft Graf Haugs setzt Wiedemann irrig, Küffner (9, Anm. 1) wohl etwas zu spät an. Haug hat offenbar erst gewartet, ehe er die Säumigen (29. Aug.) mahnte.

[4] Vgl. F. r. Austr. XLVI. 455—460, Nr. 441 und ebendort 460, Nr. 442.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

des Vertrauten des kaiserlichen Kommissärs.[1] Im Herzen war und blieb er aber seit dem Gmundener Frieden (1477) dem Kaiser entfremdet.

Die bewegliche Schilderung der Türkengreuel, womit der Graf von Werdenberg die kaiserliche Proposition begründete, und namentlich auch der Hinweis darauf, daß sie bereits bis auf zwei Tagereisen von der Grenze Bayerns vorgedrungen seien,[2] blieb nicht ohne tiefen Eindruck auf die Versammlung. Man trat dem Gedanken einer Bewilligung gegen die Türken diesmal ernstlich nahe. Anders stand es aber mit der kaiserlichen Werbung gegen den Ungarkönig.

Graf Haug hatte das bereits erfahren, als er, noch vor Eröffnung des Tages, Gelegenheit suchte und fand, über des Ungarkönigs heimtückische Art dem Kaiser gegenüber und die Mißhandlung der österreichischen Erblande Klage zu führen. Nicht daß man ihm etwa darin nicht glaubte. Der Ungarkönig war aber vielen als Reichsfeind noch ungleich gefährlicher als der türkische Kaiser. Und lag denn nicht die Gefahr nahe, daß die gewünschte Rüstung des Reiches zuerst dem Ungarn und dann dem Sultan gelte? Als deshalb Graf Haug der Proposition wegen der Türkenhilfe schwere Klagen gegen König Matthias beifügte und vor allem neuerdings die Gelegenheit wahrnahm, die Anschuldigungen des Königs gegen den Kaiser eingehend und kräftig zu widerlegen und auch den Salzburger Handel in seinem eigentlichen Verlaufe zu schildern,[3] da meinten wohl einige der Reichsstände, das Vorgehen des Königs störe die Verteidigung der kaiserlichen Erblande mehr, als alles übrige: „wer dem Türken zulege, ihm Hilfe und Beistand thue oder den Widerstand gegen die Türken verhindere, der sei auch ein Türke". Aber die Mehrheit schreckte vor dem Gedanken eines Krieges gegen Ungarn zurück, und der alte Markgraf von Brandenburg fuhr schon jetzt mit seinen geheimen Absichten heraus, das Reich sollte zwischen dem Kaiser und dem König von Ungarn eine Vermittlung versuchen.[4] Er sah freilich rasch, daß er sich übereilt habe, und suchte einzulenken: es sei eben nur ein augenblicklicher Einfall gewesen. Am 26. Oktober gaben dann Kurfürsten und Fürsten auf die kaiserliche Werbung durch den Hofmeister des Pfalzgrafen einhellige Antwort: Man sei bereit,

[1] Würzburger Akten fol. 18a.

[2] Thatsächlich bis Rottenmann in Obersteier.

[3] Chmel, Mon Habsb. I. 3, 140—141. Würzburger Reichstagsprotokoll fol. 18—20.

[4] Würzburger Akten fol. 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gegen die Türken zu helfen und auch hinsichtlich des Ungarkönigs sich nach Gebühr zu halten. Wisse Graf Haug, wie zu erwarten, betreffs des Türkenzuges „treffliche Wege", so möge er sie den Ständen mitteilen.[1]

Es hatte, von dem Markgrafen von Brandenburg ganz abgesehen, einige Mühe gekostet, ehe die vorderen Stände sich zu solcher allgemeiner Bewilligung herbeiließen, und manche thaten es erst auf die Trostworte des Markgrafen hin, daß eine solche ja „unverbindlich" sei.[2] Aus den anwesenden Städteboten traten allein die Nürnberger bei.[3]

Graf Haug wußte nur zu gut, daß die Schwierigkeiten erst dort begannen, wo es sich um die Durchführung des gefaßten allgemeinen Beschlusses handelte, und daß man gewohnt war, die vom Kaiser vorgeschlagenen Durchführungsbestimmungen unpraktisch zu finden, um damit hinterher die geschehene Bewilligung im Stiche zu lassen. Er ging deshalb mit der größten Vorsicht voran: Detailvorschläge zu machen, sei er nicht beauftragt; der Kaiser begehre, wie er es stets gehalten habe, den Rat der Kurfürsten und Fürsten und nicht, ihnen seine Meinung aufzuerlegen; auch habe man ja Beschlüsse von früheren Reichstagen her, an die man sich halten könne; er könne nur sagen „klar und lauter, daß der Kaiser keinerlei Geld oder irgend eine Auflegung auf jemand zu setzen, zu geben oder zu nehmen begehre, auch selbst nichts einnehmen, sondern ganz deß ledig stehen wolle". Darauf wurde nach Beseitigung von mancherlei Schwierigkeiten[4] beschlossen, daß „der Kurfürsten und Fürstenräte eine kleine Zahl "zusammen mit dem Grafen Haug die Einzelheiten der Hilfeleistung vorberaten solle.[5]

Es wirkt wohlthuend und erfrischend wie ein reiner Lufthauch in drückend schwüler Atmosphäre, wenn man sieht, wie jetzt in Nürnberg Männer voll patriotischen Sinnes und wirklich zu Opfern bereit den kaiserlichen Anwalt nachhaltig unterstützen und dieser mit Thatkraft und Geschick seinem Ziele entgegenstrebt. Dabei konnten lebhafte Konflikte mit den Repräsentanten jener Art von Reichsständen, die gewohnt war, ebenso mit scheinheiligen Beteuerungen ihrer Geneigtheit zu helfen freigebig zu sein, wie so wenig als möglich oder gar nichts zu be-

[1] Würzburger Akten fol. 24. [2] Würzburger Akten fol. 26.

[3] Ebendort fol. 31—32. Sie retteten damit wenigstens für sich die Erlaubnis, bei den Verhandlungen zugegen zu sein. Die Städte merkten nicht, daß die Entwickelung ihrer Reichsstandschaft infolge ihrer steten Hinterhältigkeit aufs empfindlichste geschädigt zu werden drohte und schon geschädigt war.

[4] Aufzeichnung der Würzburger Gesandten vom 27., 29. und 31. Oktober.

[5] Bericht Graf Haugs an den Kaiser bei Chmel a. a. O. 142.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

willigen und zu leisten, nicht ausbleiben. Führer dieser konservativen Partei war in Nürnberg kein geringerer, als der alte feine Markgraf von Brandenburg, der, hervorragend durch Klugheit und Erfahrung, Alter und Verdienste, geradezu den Vorsitz an des Kaisers Statt führte. Zwischen ihm, dessen scharfe Art und Empfindlichkeit die langen Jahre nicht gemindert hatten, und den jüngeren geistlichen und weltlichen Fürsten, die ehrlich für eine ausgiebige Bewilligung eintraten und den Heuchlern die Maske unbarmherzig vom Gesichte zogen, kam es wiederholt zu stürmisch erregten Szenen. Aber den Markgrafen unterstützten der Egoismus und die Lauheit der Mehrheit der Reichsstände, die alte, süße Gewohnheit, sich ernsten Pflichten wohlfeil mit schönen Erbietungen zu entschlagen. Albrechts Ansehen war so groß, wie sein Beispiel verlockend und zugleich rechtfertigend. So hat der Brandenburger Kurfürst und seine Partei in Nürnberg den Sieg davongetragen. Er hat sich aber nicht begnügt, dafür zu sorgen, daß die Hilfe-Anschläge und Leistungen des Reiches in den alten Bahnen sich hielten, sondern daneben durchgesetzt, daß die Nürnberger Beschlüsse nach Inhalt und Form Neuerungen bedeuteten, die für die Weiterentwickelung des deutschen Verfassungs- und politischen Lebens von nicht geringer Bedeutung werden konnten. Und so entbehrt auch sein Bestreben, so sehr es eine Besserung des Reichskriegswesens und eine angemessene Kraftentfaltung des Reiches für jetzt hinderte, andererseits nicht eines gewissen Interesses.[1]

Die Vorkommission lehnte den Plan eines Zuges mit Macht, etwa auf Semendria, ab, da er „schwer und langsam aufzubringen, was die kaiserl. Majestät und ihre Lande nicht erleiden möge".[2] Um so besser gelang es mit dem Antrage auf eine Truppensendung „zur täglichen Wehre". Hier erfreute sich eben Graf Haug der energischen Unterstützung des sächsischen Obermarschalls Hugold von Schleinitz, der aus eigener Erfahrung über Ort und Gelegenheit gründlich Bescheid und Rat zu geben wußte.[3] Man beschloß einmütig, das Reich solle unter einem „auf der kaiserl. Majestät" Rat ernannten Hauptmann ein tüchtigen Heerhaufen, etwa 5000 Mann zu Roß und 10000 zu Fuß, an die Grenzen der kaiserlichen Erblande legen und auch der Decima, zu Regensburg vor-

[1] Daß bei dem Markgrafen und seinem Anhang der Ausgang des Reichskrieges im Westen 1474—1475 nachwirkte und der Kaiser ihrer Absicht gemäß nicht wieder auch im Osten die eventuellen Früchte der Anstrengungen für sich ernten sollte, ist mir völlig klar.

[2] Bericht Graf Haugs an den Kaiser a. a. O.

[3] Ebendort 142—143. Würzburger Akten fol. 34, 35.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

genommen, nachgehen, die Mittel für die Erhaltung dieser Scharen zu gewinnen, die ja Jahre lang an den Grenzpässen stehen bleiben müßten. Einen „Anschlag" auf die Reichsstände fand dagegen die Kommission „zu einem so großen und langen Fürnehmen" ungenügend, auch an sich unbillig, denn die materielle Lage der Stände ändere sich, „der eine werde arm, der andere reich".[1]

Sie stand mit ihrer Meinung nicht allein. Die Bischöfe von Augsburg und Freising, die gelegentlich bei den Beratungen zugegen waren, zeigten sich durchaus einverstanden, namentlich aber Herzog Albrecht von Sachsen. Graf Haug hatte nur noch den Wunsch, „daß die Kurfürsten und Fürsten auch mit dem König von Ungarn Handel" hätten, „daß er den Kaiser bei seinen Erblanden unbedingt lasse". Auch dazu war man geneigt: eine Gesandtschaft des Reiches sollte zu dem König gehen, ihn zur Begleichung seines Zwistes mit dem Kaiser zu mahnen. Um die Hilfeleistung allseitig zweckentsprechend in Gang zu bringen und dauernd zu sichern, sollten der Kaiser und die Reichsstände demnächst in möglichst großer Zahl zusammentreten.[2]

Schon war in der Kommission (am 31. Oktober) beschlossen, die Formeln für „den Anschlag auf Volk" und für die Decima zu entwerfen, als eine unvermutete Störung dazwischentrat: Mehrere Fürsten, Pfalz, Brandenburg und Bayern-Landshut, ließen sagen, sie seien mit der Erhebung eines Pfennigs nicht einverstanden und begehrten einen Anschlag: man möge die Sache vor die Vollversammlung bringen.[3]

Graf Haug und die beigeordneten Räte verstanden die Bedeutung dieser Botschaft sofort. Der sächsische Marschall und vor allem der kaiserliche Anwalt selbst machten ihrem Unwillen unverhohlen Luft: man gebe gute Worte, die man lange gegeben habe; nun sei es Not, an der That, da der Kaiser in seinen Erblanden bedrängt werde; leerer Versprechungen wegen seien sie gewiß nicht da. Aber die Praktiken seien zu klar: Einige Fürsten wollten den Anschlag auf die 15000 Mann, um die Taxe von Leuten zu nehmen, die doch nicht unter sie gehörten; andere wollten die Sache überhaupt verhindern, um damit dem Könige von Ungarn zu Gefallen zu sein.[4]

Beides zielte auf den Kurfürsten von Brandenburg; wie sich später erwies, mit gewissem Rechte.

[1] Bericht Graf Haugs a. a. O. 143—144.
[2] Ebendort 144—145. Würzburger Akten fol. 36 ff.
[3] Mon. Habsb. I. 3. 144—145. Würzburger Akten fol. 44.
[4] Würzburger Akten fol. 44b.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Der Widerstand, welchen Graf Haug in der Sitzung vom 2. November gegen die Abänderungsvorschläge Markgraf Albrechts erhob, fand bei Albrecht von Sachsen und einigen anderen Fürsten nachhaltige Unterstützung.[1] In langer Rede, die sich zu einer Geschichte „aller Tage im Reich, der Türkensache wegen gehalten", gestaltete, suchte der Brandenburger Kurfürst nachzuweisen, daß die Beschlüsse der Kommission nicht glücklich seien. Seine Vorschläge gingen dahin, gegen die Türken den kleinen Anschlag des Regensburger Reichstages von 1471 anzunehmen und ihn auf 15000 Mann zu erhöhen. Des größeren Zuges wegen solle ein neuer Reichstag auf Reminiscere 1481 nach Regensburg ausgeschrieben werden, wo man auch „dem Fürnehmen betreffend die Decima nachgehen" möge. Der Kaiser und der Papst, der König von Ungarn, der König von Frankreich und Erzherzog Maximilian sollten von Reichs wegen beschickt und ihnen in ihren Streitsachen die Vermittelung der Stände angeboten werden.[2]

Am 30. Oktober hatte nämlich auch ein Gesandter des burgundischen Herzogs an den Reichstag geworben, seinem Herrn gegen Frankreich zu helfen, damit er dann um so besser gegen Türken und Ungarn für das Reich einzutreten vermöge.[3]

Gegen Markgraf Albrecht sprach Hugold von Schleinitz „meisterlich und tapferlich". Er wies nach, daß man nur mit Geld sicher ans Ziel komme. Gegen ihn hielt der Markgraf eine zweite lange Rede. Nun mischten sich die Bischöfe hinein. Johann von Augsburg und Sixtus von Freising gerieten hart mit dem Kurfürsten zusammen. Scharfe Worte fielen. Man wisse, rief ihm der von Augsburg zu, weshalb es ihm so sehr um die Aufbringung des Volkes durch die Stände zu thun sei: er greife eben damit auf Prälaten, Geistliche und andere und komme so seiner Sache desto näher.[4] Alles half nichts, „es ward Herzog Albrecht von Sachsen und seine Partei in der Kurfürsten, auch in der Fürsten Rat überschrien".[5]

Damit war die Sache freilich nicht abgethan. Der Markgraf hatte noch schwere Kämpfe zu bestehen, ehe er ans Ziel kam. Der kaiserliche Kommissär[6] und eine Gruppe geistlicher und weltlicher Stände, Herzog Albrecht von Sachsen an ihrer Spitze,[7] — man darf sie füglich die

[1] Bericht Graf Haugs a. a. O. 145—146.
[2] Graf Haug a. a. O. 146. Würzburger Akten fol. 41.
[3] Würzburger Akten fol. 42. [4] Würzburger Akten a. a. O.
[5] Bericht Graf Haugs an den Kaiser, 146.
[6] Man vgl. seinen Bericht 146—147.
[7] Über ihn s. die Würzburger Akten fol. 48—49.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Fortschrittspartei nennen, wichen nur Schritt für Schritt zurück. Gleich am 4. November fand der Obermarschall von Schleinitz nochmals Gelegenheit, auf die Vermögenssteuer zurückzukommen. In hochbedeutsamer, wirklich staatsmännischer Rede wies er auf das Beispiel des Königs von Ungarn, König Ludwigs von Frankreich und der „Herrschaften in den welschen Landen" hin, um darzuthun, daß, wenn man schon im Reiche „etwas rechtes schaffen wolle, unbedingt zur Aufstellung eines stehenden Heeres und, um es zu erhalten, zur Auflegung einer Vermögenssteuer geschritten werden müsse". Schleinitz erzielte damit sogar eine neue Abstimmung, allerdings nur über die Frage, ob etwa die alten Matrikularbeiträge in eine Geldsteuer umgewandelt werden sollten. Aber der Markgraf hatte auch diesmal die Mehrheit für sich.[1]

Andere Schwierigkeiten ergaben sich, als es sich um die Verteilung der Kontingente auf Grund des Regensburger Anschlages handelte. Wer da meinte, für 10000 Mann leicht 15000 zu gewinnen, wenn er einfach jeden Anschlag um die Hälfte erhöhte, wurde rasch eines anderen belehrt. Graf Haug und die Gesinnungsgenossen Albrechts von Sachsen übten, es war freilich sehr spät, an dem Regensburger Anschlage unbarmherzig Kritik. Sie zeigten, wie man auf Böhmen, verarmt und verwüstet, nicht rechnen könne, ebensowenig auf die Eidgenossen. Der Kaiser und Erzherzog Maximilian, beide hoch genug angeschlagen, kämen nicht in Betracht, denn sie seien es ja, welche die Hilfe forderten. Manche der kleinen Stände würden ihrer Armut halber nichts schicken oder seien von den benachbarten Fürsten auf Grund von Lehens- und Vogteiverhältnissen bereits in ihren Anschlag mitgerechnet. So kämen mit der Erhöhung vielleicht 10000, wahrscheinlich aber kaum 4000 Mann heraus. Denn auch darauf müsse Rücksicht genommen werden, daß manche der Abwesenden erklären würden, sie hätten an den Beschlüssen keinen Anteil und fühlten sich auch zu keiner Leistung verpflichtet.[2]

Derlei Ausführungen entsprechen so sehr den Thatsachen, daß der Kurfürst von Brandenburg an diesem Tage wirklich eine Niederlage erlitt. Der Entwurf, welchen er durch den Dechant von Bamberg (Hertnid von Stein), „seinen alten Kanzler", eingebracht hatte und in welchem zwar alle Fürsten höher angeschlagen, ihnen aber dafür ihre Äbte und Grafen zugeteilt waren, wurde abgelehnt.[3] Dafür beschloß

[1] Würzburger Akten fol. 54.

[2] Vergl. Graf Haugs Bericht bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 146. Würzb. Akten fol. 50, 51.

[3] Würzburger Akten fol. 52—53.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

man, die früher eingesetzte Kommission auch mit der Umarbeitung der Regensburger Artikel zu betrauen. Sie einigte sich unter Mitwirkung Graf Haugs nach dem Vorschlage des hessischen Kanzlers Jorg von Absberg über die angemessene Erhöhung der Einzelbeiträge. Prälaten, Grafen und freie Herren wurden dabei besonders angeschlagen, wogegen freilich wieder Sachsen-Thüringen auf Grund einer kaiserlichen Zusage vom Jahre 1474 und einige andere Fürsten lebhaft Einsprache erhoben.[1]

Noch viel bedeutsamer waren die Verhandlungen bezüglich der Stellungnahme zu dem Papste und den Königen von Frankreich und Ungarn. Gegen Besendung der Kurie sprach sich Graf Haug aus. Schon daß zum jetzigen Reichstage ausnahmsweise kein Vertreter des Papstes erschienen war, hatte seine guten Gründe. Für die Pläne des Kaisers, die ja ebenso auf eine Bewilligung für den Krieg gegen Ungarn wie gegen die Türken gingen, konnte eben ein päpstlicher Gesandter mit seinen selbstverständlichen Mahnungen zum Frieden mit Ungarn nur ein Hinderniß sein. Der Papst mußte aber dabei in die größte Verlegenheit kommen, da er bei eventuellen kriegerischen Beschlüssen des Reichstags gezwungen war, sich für eine oder die andere der Parteien zu erklären. Wie diesmal, so wollte der Kaiser auch auf dem nächsten Tage keinen Legaten oder Nuntius haben.[2]

Gegen den Vorschlag, an den König von Frankreich zu schicken, wendete Graf Haug ein, daß es „nit fruchtbar, sondern schimpflich sei, einen solchen mächtigen König mit Worten zu bedrängen oder zu Bericht zu bewegen, wann nit daneben ein tröstlicher Widerstand werde vorgenommen".[3] Und noch entschiedener widersetzte er sich, und die ganze Reformpartei mit ihm, der Abordnung einer Vermittelungsbotschaft an den König von Ungarn. Die Absichten des Markgrafen waren hier unschwer zu erkennen. Nicht allein, daß er als Grenznachbar den Krieg mit Ungarn scheute und sich seiner eventuellen Verpflichtung als Reichsstand mit diplomatischen Künsten zu entwinden strebte. Er tritt hier als der Verfechter eines neuen Prinzips hervor: dem Kaiser stellte er seine Fürsten, dem monarchischen Gedanken, auf welchen wenigstens theoretisch das Reich bisher gegründet erschien, setzte er den ständisch-republikanischen entgegen. Nicht als Unterthanen, sondern als Bündner des Kaisers wollten er und seine Gesinnungsgenossen in der ungarischen Frage Stellung nehmen. Bewilligte hier das Reich eine Leistung oder

[1] Graf Haugs Bericht a. a. O. 146. Würzburger Akten fol. 52—53.
[2] Küffner, Der Nürnberger Reichstag 1480, 11.
[3] Graf Haugs Bericht a. a. O. 146.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

führte es gar Krieg, so sollten die Fürsten nicht blos das Recht haben, in all das hineinzureden, woraus er entstand und worüber er entschied, berechtigt sein zu diplomatischer Verhandlung wie zur Verwendung der vom Reiche bewilligten Gelder und Truppen, sondern auch über das verfügen, was man etwa im Kriege gewann. Der Kaiser sollte nicht wie im Westen wieder mit den Mitteln des Reiches kriegen und dann die Früchte der Erfolge für sich allein pflücken!

Der Markgraf übersah, daß man sich damit thatsächlich auf den Standpunkt des Königs von Ungarn stellte, der immer behauptete, mit dem Reiche Frieden zu haben, während er den Kaiser in seinen Erblanden aufs ärgste bedrängte. In der That ward jede Bewilligung in solcher Form eine Negierung des Kaisertums: sie geschah nicht dem Herrn, sondern dem Bündner, nicht dem Haupte der Nation, sondern dem Herzoge von Österreich. Und nicht irgend ein Pflichtgefühl, sondern politische und militärische Gründe blieben dann entscheidend: Half man Österreich, so geschah es aus Besorgnis, daß der Ungar nach Überwältigung des Kaisers ebenso Bayern im Süden wie Brandenburg und Sachsen im Norden unmittelbar bedrohte.[1]

Der kaiserliche Anwalt hat in Nürnberg die Sachlage wohl erkannt und mit Schärfe gekennzeichnet. „Wenn sie", rief er den Fürsten der brandenburgischen Partei zu, „solchen Krieg hätten und die Ihren um Hilfe ersuchten, wie würde es Ihnen gefallen, falls diese erst zu den Feinden um Teiding schicken wollten? Wäre der König geneigt, von seinem ungerechten Krieg und Füenehmen zu lassen oder sich mit einem gleichen und ziemlichen Austrag zu begnügen, so habe Herzog Georg von Landshut wohl genug Fleiß und Arbeit darauf gelegt und doch nur Schimpf geerntet, wie auch der Kaiser selbst".[2] Der von Schleinitz wies nach, „was Hoffahrts und Hochmuts der König aus diesen Dingen werde empfangen; denn er kenne ihn".[3] Herzog Albrecht von Sachsen kam „zu hohen Worten" gegen den Kurfürsten von Brandenburg; so auch der Gesandte des Herzogs von Berg, vor allem Kurfürst Hermann von Köln. Man sei dem Kaiser zu helfen schuldig, erklärte dieser, „denn sollte der Lauf in dem heiligen Reich aufstehen, daß, wenn einer dem andern schuldig wäre, zu helfen, er zuvor zu dem Feinde schicken und teidigen wollte, würde ein schwerer Lauf im Reich". Er wolle, schloß

[1] Vgl. meine Schrift, die Wahl Maximilians I. zum deutschen Könige, Archiv für österr. Gesch. LXXVI, Wien 1890, 577—578.

[2] Sein Bericht an den Kaiser a. a. O. 147. [3] Ebendort 148.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hermann, „gern nach seinem Vermögen thun, was man ihm auferlege".[1] Es waren treffliche Worte, deren tiefe Wahrheit der Gang der deutschen Dinge noch in ferner Zukunft rechtfertigen sollte. Für jetzt freilich blieben sie wirkungslos.

Der Markgraf, Philipp von der Pfalz,[2] Georg von Bayern[3] und die Mehrheit um sie waren und blieben unzugänglich. Ja, man stellte sich verwundert, daß der kaiserliche Kommissär erst Hilfe gegen die Türken verlange und nun erkläre, es handle sich um einen Krieg gegen den König von Ungarn. Es war umsonst, wenn Graf Haug ausdrücklich hervorhob, das eine könne eben ohne das andere nicht sein, da der König dem Kaiser seine Städte und Schlösser abgedrungen habe.[4] Haug erkannte bald, er müsse sich fügen, „man wollt dann ohne alles Ende sein abgeschieden". Doch wurde der ursprüngliche Antrag dahin gemildert, „daß die Botschaft das sollte handeln nach des Kaisers Befehl, ob sie zu dem König von Ungarn ziehen möchte oder nicht", und daß man „nichts desto minder die Hilfe aufbringen sollte."[5]

Dieser Erfolg scheint den Markgrafen zu weiterer Aktion ermuntert zu haben. Ohne daß irgendwie noch das Detail der Beschlüsse festgestellt war oder nur eine Äußerung der Fürstenbank, von den Städten gar nicht zu reden, vorlag, legte er dem Reichstage einen Ratschlag, freilich nominell als von den Kurfürsten ausgehend, vor, der die früher vorgebrachten Anschauungen wiederholte, daneben aber auch eine Polemik gegen die Fortschrittspartei und gegen die Städte, und selbst ganz neue Vorschläge enthielt: man müsse auch den König von Polen besenden, eine Vermittelung des Reiches zwischen dem Papste und dem König Ferdinand von Neapel versuchen u. a.[6]

Als die Fürsten Mittwoch, den 8. Sept., nachdem sich der Pfalzgraf bereits Tags vorher von Nürnberg entfernt hatte, dagegen eine Reihe von Abänderungsvorschlägen machten, zeigte sich der Markgraf sehr ungehalten. Er wies sie an, ihre Bemerkungen den Kurfürstenräten

[1] Bericht Graf Haugs a. a. O. 147. Die bayerischen Herrn zeigten Hermann beleidigende Nichtachtung, wogegen Albrecht von Brandenburg sich ihm klug näherte. Würzburger Akten fol. 54.

[2] Daß der Pfälzer unwillig war, weil er betreffs der Regalien nicht seinen Willen hatte, wurde gesagt. Vgl. Würzburger Akten fol. 7—10.

[3] Er war noch mit König Matthias in freundschaftlichen Beziehungen. Eben jetzt (6. Nov. 1480) schrieb ihm der König, der mit ihm in der Passauer Sache Hand in Hand ging. Vgl. Epistol. ad pontif. 152—153, Nr. CXVII und 162, Nr. CXXIII.

[4] Würzburger Akten fol. 41. [5] Graf Haugs Bericht a. a. O. 148.

[6] Würzburger Akten fol. 100^a—102^b.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

vorzutragen und dort zu begründen: solches sei altes Herkommen, da Beschlüsse zu fassen allein den Kurfürsten und dem kaiserlichen Anwalt zuständen.[1] Dieser Bescheid ist nicht für das Selbstbewußtsein Albrechts Achilles allein bezeichnend: der nächste Schritt, den die Reichsverfassung auf dem Wege zur oligarchischen Republik zu machen hatte, war hier als vollendete Thatsache hingestellt. Während aber die Fürsten sich über solchen Anspruch des Kurkollegiums nicht wenig befremdet zeigten, suchte ihn Graf Haug zu verwerten, um rascher zu Beschlüssen zu gelangen.

Auch wegen der Besendung des Papstes, an welcher der Vorsitzende hartnäckig festhielt, geriet Albrecht mit den Fürsten in Streit. Er wagte den Vorwurf, sie seien „dieser löblichen Sache nicht so geneigt wie die Kurfürsten".[2] Nur mit äußerster Mühe gelang es hier Graf Haug, schließlich dennoch seinen Willen durchzusetzen.

Hinterher suchte der Markgraf, der rasch erkannte, daß er zu weit gegangen sei, allseitig wieder einzulenken. Nun erklärte er in offener Reichsversammlung, daß die Fürsten in den Sachen so eifrig seien wie die Kurfürsten; es bleibe nur nötig, daß man einig vorgehe.[3] Nachdem ihm im ganzen der Wille geschehen, schien er auch voll Eifers für den Türkenkrieg, ja geneigt, selbst mit dem König von Ungarn anzubinden. Überlaut rief er in der Sitzung vom 10. November den Fürsten zu: Ob sie denn, wenn der König von Ungarn nicht nachgebe, während sich der Kaiser auf die Kurfürsten und Fürsten erbiete, etwa dann dem Kaiser nicht helfen wollten? Als freilich Graf Haug darauf hin einen günstigen Beschluß in Sachen des Ungarkriegs erzielen wollte, ließ ihn der Markgraf sofort im Stiche. Mit solcher Haltung ließ sich der Schein nicht lange aufrecht halten. Man begreift es wohl, wenn der alte Fürst, der solange dem Kaiser in den Händeln des Reiches als hochangesehener Berater und Helfer zur Seite gestanden, sich hinterher bewogen fand, in einem besonderem Schreiben an Friedrich III. sein Verhalten in Nürnberg in ein besseres Licht zu rücken.[4]

Am 23. November war man mit der Erledigung auch der vielfältigen Formalitäten, die nach dem Stande der Dinge keine geringe Mühe gemacht hatten, fertig. Die Gesandtschaft an den Kaiser und Ungarn übernahm Wilhelm von Eichstädt mit je einem Rat von Hessen und Pfalz. Sie überbrachten Kaiser Friedrich die Beschlüsse des Tages, vor allem den Anschlag auf 15000 Mann nach dem um zwei Drittel

[1] Würzburger Akten fol. 60. [2] Ebendort fol. 63.
[3] Würzburger Akten fol. 65.
[4] Minutoli, Kaiserl. Buch, kurfürstl. Periode, 14—15, Nr. 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

erhöhten kleinen Regensburger Anschlag, „aus merklichen Ursachen und zur Förderung der Sach auf Truppen gestellt". Ein Verzeichnis derer, die sich bereits „unwidersprechendlich" auf den Abschied verpflichtet, lag bei. Die andern sollte der Kaiser verhalten, auch Folge zu thun. Von dem Projekte einer Vermögenssteuer wurde einfach Mitteilung gemacht mit dem Beifügen, die kaiserliche Majestät möge die Sache noch in Erwägung ziehen. Die Botschaft war nach Maßgabe des gefaßten Beschlusses für die ungarische Vermittelung beglaubigt.[1]

Die Kosten für diese Gesandtschaft sowie jener nach Frankreich und zu Erzherzog Maximilian, welche der Bischof von Augsburg mit dem Grafen Jost von Zollern (Tirol?) und dem Ritter Bernhard von Bach (Pfalz)übernahm, wurden auf die Stände gelegt.[2] Die Gesandten hatten den Königen von Ungarn und Frankreich und dem Herzoge von Burgund von der Bewilligung des Reichs für den Türkenkrieg Mitteilung zu machen und sie zu ersuchen, sich gleichfalls am Kampfe zu beteiligen; es möge daher König Matthias mit dem Kaiser und König Ludwig mit dem Erzherzoge zum Frieden zu kommen trachten; sie, die Gesandten, seien geneigt und bevollmächtigt, dabei die Vermittelung zu übernehmen. Der Ungarkönig wurde außerdem ersucht, dem deutschen Heere in seinem Lande freie Zufuhr und freien Kauf zu gewähren.[3] Dem Reichstagsbeschlusse gemäß beglaubigte der Kaiser seine eben nach Rom ziehende Botschaft, wieder den Erzbischof von der Kraina und den Protonotar de Agnellis, bei der Kurie auch als Reichsbotschaft: Man sei in Deutschland wohl geneigt, gegen die Türken zu helfen, falls die anderen Nationen am Kriege Teil nähmen; ein Hindernis sei nur der Ungarkönig. Die Gesandten sollten gegen ihn schwere Klage erheben.[4]

Unter denen, die sich bereits in Nürnberg für die Hilfe verpflichtet hatten, werden außer Nürnberg noch die Reichsstädte Augsburg, Regensburg und Ulm aufgeführt. Freilich waren sie blos jener allgemeinen „unverbindlichen" Zusage beigetreten. Aber man kümmerte sich in Nürnberg überhaupt nicht weiter um die Städte. Der Abschied des Tages

---

[1] Der Abschied des Nürnberger Reichstages in den Aufzeichnungen der Würzburger Gesandten fol. 118—122; vgl. fol. 70ª—72ᵇ. Vgl. Müller, Reichstagsth. 740—743 neben Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 123—128 (bisher gewöhnlich übersehen) und ebendort 150—152.

[2] Würzburger Akten fol. 65.

[3] Die Instruktion für die Gesandtschaften in den Würzb. Akten fol. 106—107.

[4] Ihre Instruktion bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 50—53, vom 12. Oktober, nimmt auch bereits auf das Reich Rücksicht. Ihre Abreise nach Rom verzögerte sich.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

wurde ohne sie vereinbart[1] und ihnen am 13. November zugleich mit den Zahlungsquoten für beide Reichsgesandtschaften einfach zur Darnachachtung mitgeteilt. Unmittelbar darauf verkündigte Graf Haug sämtlichen Anwesenden die Beschlüsse des Tages.[2] Die Städte wagten weder die Rechtmäßigkeit des Abschiedes in Zweifel zu stellen, noch auch die Zahlung als ungerecht zu bezeichnen. Auch auf dem nachfolgenden Städtetag zu Eßlingen (5. Februar 1481) hat, scheint es, nicht der Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Auflagen, sondern die alte Unlust und Hinterhältigkeit dazu geführt, daß nur ein Teil der Kommunen sich für die Hilfeleistung nach Österreich aussprach und alle die Zahlung ihres Anteiles an den Gesandtschaftskosten verweigerten. Regensburg wenigstens hat, um seine Ablehnung zu begründen, sich lediglich auf ein altes Privileg berufen.[3]

Der Nürnberger Tag war sehr darnach angethan, den Städten die Augen zu öffnen über die Gefahren, denen ihre Reichsstandschaft entgegen ging, falls sie ihre hinterhältige Politik nicht änderten. Wieder hatten ihnen andere ihre Leistungen zugeteilt, weil sie in ihrem Selbstgefühl jede freiwillige Übernahme scheuten. Schon sahen sie darin selbst die Regel, das Recht. Wie lange würde man sie überhaupt noch berufen? Und nahte nicht eine Zeit, in welcher ein Angriff auf ihre Rechte und Stellung in den modernen Prinzipien vom Staate die ernsteste Begründung fand? Es geschah fürwahr nicht durch das Verdienst der Städte, daß sie trotzdem auch dann, wenigstens in der Mehrzahl, ihre Freiheit und Unmittelbarkeit behaupteten, um sie später zur vollen Reichsstandschaft auszubilden. Im deutschen Reiche kam es eben zu keiner Lösung prinzipieller Fragen. Eine jede Verfassungsordnung im monarchischen Sinne hätte sonst diesen Minimalstaaten zum Vorteile des Ganzen ein Ende bereiten müssen. Was in Deutschland einmal politisches Dasein gewonnen, das vermochte sich unschwer zu fristen. Warum also nicht auch die Städte mit ihren immerhin beträchtlichen geistigen und materiellen Kräften?

In gewisser Beziehung haben übrigens noch gleich in Nürnberg die vorderen Reichsstände den Städten gegenüber zum Teil gut gemacht,

[1] Becker, Die Reichsstandschaft der Städte 68, hält dies zwar noch für zweifelhaft, aber gewiß mit Unrecht. Dort, wo man geneigt war, sogar die Rechte der Fürstenbank zu schmälern, gab es naturgemäß keine Rücksicht auf die Städte.

[2] Das Schreiben vom 14. November an die Frankfurter bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 396—397. Nr. 564.

[3] Gemeiner, Regensburger Chronik III. 387. Becker, Die Reichsstandschaft der Städte 75, Text und Anm. 5.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

was man ihnen während des Reichstages angethan. In einem Schreiben vom 15. November teilten die Kurfürsten und Fürsten den Städten die in Nürnberg „von der ganzen Nation wegen" geschehene Bewilligung mit und mahnten sie, daß jede ihre Anzahl stellen und den neuen Reichstag beschicken solle, wie sie der kaiserliche Anwalt noch erfordern werde.[1]

Der Grund war freilich nur der, daß man den Städten die Stellung eines beträchtlichen Teiles des Reichsheeres zugedacht hatte. Es war beschlossen, „um den Anschlag ohne alles Verziehen zusammenzubringen", Kommissäre zu ordnen „an die Enden, da die Fürsten nicht zu gebieten haben, sondern wo dies der kaiserlichen Majestä zusteht". Also, abgesehen von den Eidgenossen und Friesland und von den Grafen und Herren vor allem für die Reichs- und freien Städte. Nach Ablehnung des Vorschlags Graf Haugs, das Reich dafür in vier Kreise einzuteilen, waren für Niedersachsen bis an die See und für die Hansestädte die sächsischen Herzöge, der Erzbischof von Magdeburg und der Markgraf Johann von Brandenburg, für den Niederrhein der Kurfürst von Köln und Landgraf Heinrich von Hessen, für die deutschen Westlande die Bischöfe von Trier und Metz, für den Oberrhein mit Straßburg der Pfalzgraf, für Schwaben oberhalb des Schwarzwaldes Herzog Sigmund von Österreich, unterhalb die Grafen von Württemberg, für Franken Markgraf Albrecht und die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, endlich für die schwäbischen Städte von Augsburg bis Konstanz Graf Haug von Werdenberg selbst bevollmächtigt worden.[2]

Traurige Meldungen über die Fortschritte der Türken waren während der Sitzungen des Tages eingelangt, wohl geeignet, den Versammelten den vollen Ernst der Sachlage vor die Seele zu führen. Da hatte sich ein Rhodiserritter eingestellt, „ein gar wohlgestalter Mann", der mit einer lebendigen Schilderung der furchtbaren Belagerung, welche die Inselstadt im vergangenen Sommer durchgemacht, auch die Gleichgültigen und Lässigen in eine gewisse Aufregung brachte: Nur wie durch ein Wunder, so schloß der Ritter, sei die Inselstadt gerettet worden; aber ungeheuere Rüstungen fänden im ganzen türkischen Reiche statt und man möge fürderhin Rhodus ja nicht ohne Trost und Hilfe lassen.[3]

[1] Müller, Reichstagstheatrum II. 756.

[2] Haugs Bericht an den Kaiser bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 149—150.

[3] Würzburger Akten fol. 57. Vgl. die Schreiben der Rhodiser an den Kaiser und die päpstlichen Breven (vom 9. August und 31. Oktober) bei Raynald, Annal. eccl. ad 1480. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches II. 454. Die Quellen und Litteratur verzeichnet sonst Pastor, Geschichte der Päpste II. 495.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Noch mächtigeren Eindruck machte die Meldung von dem schrecklichen Schicksale Otrantos. Erst ein unbestimmtes Gerücht, fand sie rasch vielseitige Beglaubigung. Zur Zeit der Belagerung von Rhodus hatte der Großvezier Kedük-Ahmed Pascha eine Heeresabteilung an der apulischen Küste ans Land gesetzt, Otranto (das alte Hydruntum) eingenommen und aufs grausamste gegen die unglückliche Bewohnerschaft gewütet.[1] Ganz Italien zitterte vor der Wiederholung solchen Überfalls, der nur zu wahrscheinlich war. Schon sah König Ferdinand von Neapel den Halbmond vor den Thoren seiner Hauptstadt und dachte Sixtus IV. an Flucht über die Seealpen.

Dazu kam es freilich nicht, da der Feind rasch abzog,. Aber noch immer von Schrecken erfüllt, wandte sich der Papst[2] an den Kaiser und sämtliche christlichen Herrscher Europas, auch an die Kurfürsten des Reiches, und berief sie zur Beratung gemeinsamer Maßregeln gegen die Türken zu einem Generalkonvente nach Rom.[3] Da der Termin (1. November) zu kurz angesetzt war, und dem Kaiser ohnehin die besondere Berufung seiner Fürsten mißfiel, so begnügte er sich, seine eben nach Rom ziehenden Oratoren auch für diese Versammlung zu beglaubigen.[4]

Im Reiche schritt Graf Haug von Werdenberg, dem der Kaiser unverweilt die nötigen Vollmachten erteilt hatte, mit aller Energie an die Durchführung der Nürnberger Beschlüsse. Schon am 2. Dezember erließ er ein allgemeines Ausschreiben an sämtliche Reichsstände, in welchem er Wien als den Sammelpunkt der deutschen Kriegsvölker bezeichnete, von da „vurder an die Grenz und Ort, da es die Notdurft wird erfordern, ausgeteilt und gebraucht" zu werden; die Stände möchten zuverlässig bis 1. Mai ihre Kontingente schicken und auf keinen Fall die Beschickung des Reichstages zu Reminiscere (18. März) unterlassen.[5]

[1] Vgl. die Ausführungen des Papstes in Font. rer. Austr. XLVI. 463, 467, Nr. 444, 445. Zinkeisen, Geschichte des osmanischen Reiches II. 454. Pastor, Geschichte der Päpste II. 496, wo auch die Quellen. Vgl. noch Küffner, Der Nürnberger Reichstag anno 1480, 57—58.

[2] Über seine Maßnahmen seit Juli 1480 s. Pastor, Geschichte der Päpste II. 497—498.

[3] Pastor, Geschichte der Päpste 497, Anm. 6. Schreiben an König Matthias von Ungarn und die küstenländischen Bischöfe in den Epistol. ad pontif. 146—147. Aus 152 Nr. CXVII. ebendort ergiebt sich, daß der Termin auch dem Ungarkönige zu spät angekündigt wurde. Ebenso hat der Papst später die Wiedereroberung von Otranto allenthalben verkündet. Pastor, Gesch. der Päpste II. 669, Beil. Nr. 130.

[4] Es war wie berührt Erzbischof Andreas von der Kraina, der übrigens in dieser Zeit zwischen Rom und Wien hin und her geht, dann De Agnellis.

[5] Das Ausschreiben an die sächsischen Herzöge bei Müller, Reichstags-

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Aber der Erfolg entsprach solchen Bemühungen nicht. Wohl beschlossen einige der Fürsten sofort zu rüsten, so die Herzöge von Sachsen und der Pfalzgraf, deren Scharen schon im Januar 1481 in Niederösterreich eintrafen.[1] Auch Markgraf Albrecht begann bald nach Schluß des Reichstages die Vorbereitungen. Er geriet jedoch bei dem Versuche, auch die unter den Bischöfen von Bamberg und Würzburg stehende Geistlichkeit seiner fränkischen Fürstentümer für seinen Anschlag heranzuziehen, in ärgerliche Weiterungen erst mit beiden Bischöfen, dann auch mit dem Papste, der sich ihrer annahm, und dem Bevollmächtigten des Kaisers. Der Streit spitzte sich zu einem Wettstreit zwischen geistlichem Sonderrecht und staatlicher Autorität zu, der nicht so rasch zur Entscheidung kam.[2] Die Leistungen so ziemlich aus ganz Franken blieben darüber dahinten.[3] Auf dem Eslinger Städtetage (5. Februar 1481) lehnte dann auch ein Teil der Städte ab, Hilfe zu thun und zu zahlen.[4] Andere Reichsstände rührten sich überhaupt nicht, darunter der König von Böhmen. Obwohl mitsamt seiner Landschaft im August 1479 von dem Kaiser besonders beschickt,[5] leistete Wladislaw nichts; aber er war wenigstens bereit, bei der Abstellung der Grenzfehden mit dem Kaiser zusammenzugehen.[6]

Der Kaiser, so wesentlich auf seine eigenen Kräfte angewiesen, that das Mögliche, seine Erblande gegen türkische und böhmische Raubscharen zu behüten und die ungarischen Besatzungen wieder über die Grenze zu drängen. Noch weniger als sonst gilt von seinen Bemühungen als

theatrum II. 755. Da die Bewilligung bereits erfolgt war und es sich auf dem neuen Reichstage nur um die bessere und raschere Ausführung des Beschlossenen handelte, so war Graf Haug dazu völlig berechtigt. Es wird dies auch dadurch erwiesen, daß manche Stände (s. oben) sofort zur Rüstung schritten. Küffner S. 75 irrt, wenn er darin einen Übergriff Graf Haugs sieht.

[1] Müller, Reichstagstheatr. II. 756. Diese Scharen weigerten sich aber, ohne besonderen Befehl ihrer Herren gegen Ungarn zu dienen; da das „Reich" betreffs Ungarns bisher nur eine Vermittelung beschlossen, mit Recht. Der „Sittig von Zebig" bei Müller a. a. O. und „Sittig von Jedtwitz" bei Fraknói, Matthias Corvinus 205, ist natürlich S. von Zedtwitz.

[2] Droysen, Geschichte der preußischen Politik II. 1, 327 ff. W. Böhm, Die Pfaffensteuer von 1480—1481 in den fränkischen Gebieten des Markgrafen Albrecht Achilles, Berlin 1882.

[3] Daß Albrecht jetzt, Beginn 1481, Niemanden schickte, zeigt Minutoli, Kais. Buch 20, Nr. 13.

[4] „Da solches ein neuer Angang" im Reiche sei. Janssen, Frankf. Reichskorr. 399, 404—405, Nr. 567, 575.

[5] Die Werbung bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 291, 292—295.

[6] Ebendort 295—298. Man vgl. auch das Exekutionsmandat des Kaisers gegen Böhmen vom 14. Jan. 1482 bei Chmel, Regesten II. 706, Nr. 7527.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Landesherr in den Jahren 1478 bis 1481 die alte Sage von seiner Gleichgültigkeit und Unthätigkeit.[1] Aber seine Mittel blieben beschränkt trotz aller Abgaben und Pfandsummen, die er aufzubringen verstand,[2] und die Landschaft, die sich noch lange nicht von den früheren Heimsuchungen erholt hatte, blutete aus neuen Wunden. Neben dem Zeleny hauste bereits eine zweite ungarische Bande in Niederösterreich, von den Salzburgischen, Sekkauischen und gewonnenen kaiserlichen Plätzen aus verheerten die Besatzungen des Königs Kärnthen und die östliche Steiermark, wieder schlossen sich den Landesfeinden marodierende kaiserliche Söldner an, die, weil unbezahlt, sich an den unglücklichen Landen schadlos hielten.[3] So begreift man es, wenn sich der Kaiser die deutsche Vermittelung gern gefallen ließ, obwohl auch er fand, daß das Reich ihm, dem Kaiser, als seinem rechten Herrn, Hilfe und Beistand zu thun schuldig gewesen wäre und noch sei. Schon lange zuvor hatte sich ja auch ein anderer Mahner zum Frieden eingefunden, wieder Papst Sixtus IV.

Noch mehr als vordem mußte zur Zeit, als der Schreck über die Katastrophe von Otranto zu eiligen Bemühungen für einen Kampf der gesamten Christenheit gegen den Halbmond anspornte, dem Papste Streit zwischen dem Kaiser und dem Ungarkönig, der alles störte, unerträglich erscheinen. Hier verband denn auch Sixtus mit der sonstigen Hilfemahnung und Einladung zum Fürstenkonvente in Rom die Mitteilung, zur Behebung dieser Zwistigkeiten werde demnächst ein besonderer Kardinallegat an beide Höfe entsendet werden; schon jetzt sei der Nuntius, Bischof Prosper von Ascoli, von der Kurie mit der Friedensvermittelung betraut.[4] Aber der schlichte Prälat brachte für seine schwere Aufgabe, scheint es, nicht viel mehr mit, als den besten Willen. Er war vor allem der Diplomatie des Ungarkönigs nicht gewachsen. „Wenn er etwas schärfer wäre und die Sache mit größerem Mute anfassen würde", schreibt der König selbst neben schönen Lobsprüchen über Prosper an

[1] Die vielfachen Bemühungen um die Befestigung der österreichischen Plätze, Geld zusammenzubringen u. s. w. kennzeichnet K. Schober, Eroberung Niederösterreichs durch Matthias Corvinus in den Jahren 1482—1490. Blätter des Vereins für Landeskunde Niederösterreichs, Neue Folge 1879, 7—16. Vgl. E. Hermann, Zur Geschichte der Stadt St. Pölten im 15. Jahrhundert. Prog. des Gymn. zu St. Pölten, 1887.

[2] Vgl. die Verpfändung von Greifenstein um 19 000 ungar. Gulden an Joh. von Gran. Chmel, Reg. II. 692, Nr. 7268.

[3] Schober, Eroberung Niederösterreichs a. a. O.

[4] Über ihn vergleiche Chmel, Mon. Habsburg. I. 3, 765, Nr. 64 und 65, und unten.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Papst, „es wäre eher geholfen".[1] Matthias hatte gegen die Entsendung eines Kardinallegaten zur Friedensstiftung nichts einzuwenden: er sei bereit, die Kurie und den Papst als Schiedsrichter im Streite mit dem Kaiser anzunehmen, falls die Gegenpartei ein gleiches gelobe und die Kurie sich anheischig mache, gegen jeden, der sich dem Spruche nicht füge, mit den Strafen der Kirche vorzugehen.[2]

Aber was sonst vom ungarischen Hofe und aus den Mitteilungen des Königs selbst verlautete, bewies klar, welch schweres Stück Arbeit hier des Vermittlers wartete. Der König schob dem Kaiser unter anderem wieder die Absicht zu, er habe ihm während seiner letzten Unternehmung in Bosnien (September, Oktober 1480) in den Rücken fallen wollen und ihn dadurch gezwungen, sein Heer über die Save zurückzuführen.[3] Es war damals eine irrige Meldung über die Verhandlungen des Nürnberger Reichstages in das ungarische Heerlager gedrungen. Obwohl nun der wahre Sachverhalt rasch in Ungarn bekannt wurde, nahm der König doch in Rom seine Anklage gegen den Kaiser nicht zurück. Er beteuerte vielmehr, daß nur der Brief des Papstes, den er am 6. November, am Norduser der Save gelagert, empfangen, ihn abgehalten habe, sofort, wie bereits beschlossen war, seine Hauptmacht gegen den Kaiser zu wenden. Das hinderte Matthias nicht, unmittelbar darauf dem Papste selbst vorzuwerfen, daß man ganz anderes erreicht hätte, falls Ungarn während des bosnischen Feldzuges von Italien aus gehörig unterstützt worden wäre. Mit dem Hinweise auf seine Verdienste im vergangenen Jahre, in dem seine Heere sich zehnmal mit großen türkischen Scharen gemessen und sie zehnmal besiegt hätten, drängte Matthias den Papst heftiger als je, Johann von Gran und den Kaiser, die sich, wie er erfahre, jetzt wieder Mühe gäben, die Wiedereinführung Johanns in sein Graner Erzbistum zu erreichen, abzuweisen. Ja er ersuchte, dem Graner geradezu zu untersagen, ihn weiter mit dieser Sache zu behelligen; er, der König, erkläre, daß Johann die Graner Kirche nie wieder erlangen werde; eher wolle er sein ganzes Reich in Gefahr setzen, ja selbst das Leben verlieren. Der König behauptete daneben, der Kaiser sei schuld an allen Streitigkeiten: eine genaue Prüfung

[1] Brief des Königs an den Papst vom 6. November 1480 in den Epistol. ad pontif. 148—151.

[2] Epistol. ad pontif. 151. Vgl. ebendort 165—166.

[3] Der Papst gab darauf dem eben aus Rom heimkehrenden Bischof von Regensburg den Auftrag, dem Kaiser deswegen Vorstellungen zu machen. Dessen Instruktion November 1480) in Cod. mpt. 818, fol. 79, 85—86 der Biblioth. Corsin. zu Rom.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

derselben werde zeigen, wie sehr Ungarn im Rechte sei. Matthias wiederholte nochmals, daß der Kaiser ebenso wie die Venetianer mit den Türken Frieden geschlossen, und nur bezüglich des deutschen Reiches gestand er jetzt zu, daß die Absichten der Reichstagsbeschlüsse nicht weiter gingen, als ihn und den Kaiser zum Frieden zu mahnen.[1]

Nicht minder schwere Beschuldigungen erhob der Kaiser gegen den König, nur daß sie mehr der Wahrheit und den Thatsachen entsprachen. Oder ließ sich je leugnen, daß der König in den Erblanden unerhörte Gewaltthat übte?

Unter solchen Umständen gab die Kurie den Gedanken auf, einen Kardinal, — es war kein geringerer als der von Molfetta, der spätere Papst Innocenz VIII., dazu bestimmt gewesen[2] — abzuschicken. Sie durfte ein Mitglied des heiligen Kollegiums nicht dem nahezu sicheren Mißerfolge aussetzen. Dafür wurde der Bischof von Teano, Ursus de Ursinis, bei den streitenden Fürsten für die Friedensvermittelung beglaubigt.[3]

Der Ungarkönig muß über ihn frühzeitig sehr ungünstige Meldung bekommen haben. Jetzt auf einmal versicherte er dem Papste, der von Ascoli sei bei dem Geschäfte der Friedensstiftung so treu und sorgsam, daß es kein Mensch in seiner Stellung besser machen könnte: der Bischof von Teano möge daher die Sache lieber nicht anrühren, da er doch nur stören werde. Und in ein und demselben Schreiben erklärt der König, seine Streitigkeiten mit dem Kaiser seien so groß und ihre Beilegung so schwierig, daß auch zwei Kardinäle, Männer ersten Ranges, damit nur mit Mühe zu gutem Ende kommen könnten, und verlangt er von dem Papste, daß, wenn man schon nicht mehrere Kardinäle schicken wolle, Bischof Ursus abberufen werde: denn wenn ein zweiter die Vermittelung in die Hand nehme, so werde das Ansehen des von Ascoli vermindert.[4] Der Papst, der inzwischen den Bischof zugleich für den neuen Reichstag beglaubigt hatte,[5] bestand aber auf seiner Entschließung und König

[1] Nach den Briefen des Königs an den Papst vom 6. Nov., dann v. 14. und 19. Dezember 1480. Epistol. ad pontif. 148—151, 151, 157, 158—159.

[2] Rayn. Annal. eccles. XIX. ad an. 1484, Nr. 1. Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 761.

[3] Seine Beglaubigung (aus dem Ende 1480 oder Anfang 1481, jene für den Reichstag später) im vat. Geh. Archiv, lib. var. polit. CXXII. fol. 55—56. Font. rer. Austr. XLVI. 462—467, Nr. 444.

[4] Brief des Königs etwa aus dem März 1481. Epistol. ad. pontif. 172—174.

[5] Seine Instruktion für die Reichsversammlung im vat. Geh. Archiv lib. polit. CXXII. fol. 56—58.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Matthias fügte sich.[1] Ausgerichtet hat natürlich der mit so großem Mißtrauen angesehene Nuntius gar nichts.

Nicht besser erging es aber auch dem Bischof Wilhelm von Eichstädt und seinen Begleitern, deren Aufträge König Matthias in dem dem Kaiser kurz vorher abgenommenen Radkersburg entgegennahm.[2] Der Stolz auf seine Macht und Erfolge, aber auch der volle Hochmut des Emporkömmlings sprachen damals aus dem Könige. „Der Kaiser ist selbst mit aller seiner Macht", sagte er gelegentlich zu Bischof Wilhelm, „nicht im stande, mir zu schaden, oder auch nur, wenn ich mit irgend einem Unternehmen beschäftigt bin, mich davon abzuziehen. Stets reicht ja ein einziger meiner Heerführer gegen seine Versuche aus und um seinem Aufgebote zu widerstehen. Wohl aber sind die Streitkräfte der deutschen Fürsten, obwohl auch sie mir keine Furcht einflößen und mir, sobald ich mich nur auf den Krieg vorbereiten kann, nicht zu schaden vermögen, nicht so verächtlich; unvorbereitet möchte ich wohl durch sie einigermaßen zu Schaden kommen."[3]

Kaiser Friedrich hat hinterher behauptet, daß die Bedingungen, „so dieselben Botschaften ihm zu friedlichem Anstand oder gütlicher Einigkeit (mit dem Könige) selbst vorgeschlagen hatten", „auf das allerglimpflichste und mehr, denn die kaiserliche Majestät zu thun schuldig gewesen, gesetzt" gewesen seien, und daß er dagegen die Erbietungen des Königs „für einen ganzen Spott und Verachtung" habe „schätzen und annehmen" müssen.[4] Trotzdem ließ sich der Kaiser eine von der Gesandtschaft vereinbarte Waffenruhe gefallen, und gab er mit der Versicherung, „alle dem, was ziemlich und leidlich sei", zustimmen zu wollen, auch die Erlaubnis zu weiterer Vermittelung: nur möchten die Gesandten, falls sie nicht andere Artikel vom Könige zu erreichen wüßten, sich nicht lange bei ihm aufhalten, sondern gleich nach Nürnberg gehen, dort dem Reichs-

[1] Epistol. ad pontif. 176—178, Nr. CXXXIII und CXXXIV. Ich bemerke, daß das erstere Schreiben erst in den Mai-Juni 1481 gehört.

[2] Über des Königs Fortschritte im Kriege gegen den Kaiser s. Schober a. a. O. und Huber, Geschichte Österreichs III. 258. Vgl. sonst über die Gesandtschaft des Königs Brief an den Papst vom 11. März 1481. Epistol. ad pontific. 167, Nr. CXXVII.

[3] Epistol. ad pontif. 167, 168.

[4] Ich nehme dies und das Folgende aus einem (bisher stets übersehenen) Berichte bei Chmel, den dieser freilich zum Jahre 1477 stellt, der aber in den Mai 1481 gehört. Er findet sich Mon. Habsb. I. 2, 115—117. Er bietet auch keineswegs „Bemerkungen des Kaisers über die ungarischen Forderungen", sondern den Schlußbescheid des Kaisers an die Gesandten mit Rücksicht auf den bezüglichen Passus des letzten Reichstagsabschiedes und ihre bisherige Verrichtung als Vermittler.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

tage über des Ungarn „mutwillige, ungebührliche, grobe Handlung" Bericht zu erstatten.

Über den Inhalt von Forderung und Gegenforderung, die in Radkersburg geschehen war, verlautet nur soviel, daß der Kaiser von König Matthias die Räumung der Erblande begehrte, wogegen er die noch schuldigen 50000 Gulden, sei es in Geld, sei es in Kleinodien von gleichem Werte, dem Bischof von Eichstätt zur Auszahlung übergeben wollte, ferner daß der König darauf bestand, der Erzbischof von Gran müsse vom Kaiser bei Seite gestellt und ganz aus dem Spiele bleiben.[1] Es wurde nichts weiter erreicht, trotzdem mit der deutschen Botschaft der Bischof von Ascoli an der Verständigung arbeitete.[2] Nur eine neue Verlängerung der Waffenruhe zwischen dem Kaiser und Ungarn bis zum 11., dann bis zum 25. Juni 1481 kam zu stande.[3] Der Papst aber konnte am 21. September mit Recht an den von Ungarn schreiben: „Du wirst von sehr vielen beschuldigt, daß du bei der jüngst gehaltenen Tagsatzung die Bedingungen eines Friedens und einer Verständigung zwischen dir und dem Kaiser nicht angenommen, sondern zurückgewiesen hast, obwohl sie gerecht, billig und annehmbar waren."[4]

Schon längst war damals König Matthias auf dem Wege, dafür zu sorgen, daß ihm das Reich trotz der bereits übernommenen Verpflichtungen nun nach dem Scheitern der Vermittelung keinerlei Verlegenheit bereite. Gleich nach dem Nürnberger Reichstage 1480 hatte er Markgraf Johann von Brandenburg und die sächsischen Brüder gemahnt, die Neutralität gegen ihn zu wahren, da er sonst von und an den Grenzen Schlesiens gegen sie vorgehen müßte. Von Bayern hatte er ohnehin nichts zu besorgen; jedenfalls achtete man seinen Wunsch.[5] Bei den Eidgenossen war er bemüht, die von Graf Haug betriebene Absendung der auf sie gelegten 1400 Mann der Reichshilfe zu verhindern, was ihm natürlich ohne Mühe gelang.[6] Nach Nürnberg schrieb

[1] Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 762.

[2] Daher konnte der Papst (Brief vom 8. September 1481 bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 463—464) von seiner Vermittlung sprechen. Den Bischof von Teano hat der König wirklich nicht bei diesen Verhandlungen geduldet.

[3] Die beiden Verträge bei F. Kurz, Österreich unter Friedrich IV. II. 267 bis 271, Beil. Nr. 48 und 49. Vgl. Chmel, Reg. II. 702—703, Nr. 7449 u. 7459.

[4] Epistol. ad pontific. 187—188, Nr. CXI. Es geschah offenbar auf den Bericht des Bischofs von Teano.

[5] Vgl. Müller, Reichstagstheatrum II. 764 (nach Adlzreiter Annal. Boic. pag. 200).

[6] Segesser, Beziehungen u. s. w. 85—87, Nr. 17. Schreiben vom 20. Dezember 1481.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

er der Reichsversammlung, er werde seine Gesandten zum Tage schicken; sie würden mit dem Bischofe von Eichstätt dort eintreffen.[1]

Die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg trafen zu Anfang April 1481 in Schleiz zusammen und gelobten einander beizustehen, falls der König trotz der freundlichen Erbietungen, die ihm Markgraf Johann gethan, einen von ihnen angreifen würde. Da der König in der bestimmten Frist keinerlei Antwort gethan, fühlten sie sich beunruhigt. Umsomehr waren sie entschlossen, abzuwarten, ob „die kaiserlich Majestät die Oberhand gewänne", oder der König.[2]

Die Aussichten des neuen Nürnberger Reichstages 1481 waren darnach von vornherein nicht sehr erfreuliche. Sein Verlauf blieb vollends unbefriedigend. Was sich an Patriotismus und Opferbereitschaft unter den traurigen Vorgängen der letzten Zeit und angesichts der Türkennot angesammelt, hatte hingereicht, um den vorigen Reichstag zu ernsterer Behandlung der Sachen zu bringen und mehr der Form als dem Werte nach bedeutsamere Beschlüsse zu veranlassen. Jetzt, da es zur Ausführung kommen sollte, war das Feuer verpufft, die alte Apathie und Selbstsucht allein maßgebend. Der Tag hatte ein Zusammenströmen, eine Schaustellung der gesamten Reichsstandschaft bringen sollen: Nach langem Harren[3] sahen die Vertreter des Kaisers trotz aller Mahnungen zum Besuche des Tages[4] kaum anderthalb Dutzend Fürsten und Fürstenräte um sich, darunter freilich die Kurfürsten von Mainz, Pfalz, Brandenburg und Sachsen in Person. Neben ihnen waren bis 8. Juli[5] noch Herzog Albrecht von Sachsen und sein Neffe Friedrich, dann die Bischöfe von Bamberg, Meissen und Merseburg gekommen. Aber immer noch fehlte die an den Kaiser und nach Ungarn geschickte Reichs-

[1] Minutoli, Kaiserl. Buch, Kurfürstl. Periode, 12—13.

[2] Der Abschied des Tages von Schleiz vom 6. April 1481 bei Minutoli, Kais. Buch 11—12 (mit irrigem Datum).

[3] Es ist unmöglich (nach Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 401), daß Graf Haug von Werdenberg am 6. Juli (wie Lehmann, Speyer. Chronik 908 meldet) beim Empfange einer städtischen Botschaft in Wien zugegen war. Jene Botschaft gehört wohl in das Jahr 1482.

[4] Janssen, F. R. II. 401 beweist, daß die Mahnungen an 22 Reichsstädte von Nürnberg aus besorgt wurden.

[5] Es scheint, daß der Tag, (auf Reminiscere, 18. März) ausgeschrieben, auf den 24. Juni verlegt ward, denn die Genannten erschienen zumeist in der ersten Juliwoche. Janssen a. a. O. 401—403. Die Verlegung war durch die langwierige Verhandlung des von Eichstätt mit Ungarn geboten. Noch am 29. Juni ist Wilhelm (Chmel, Notizenblatt III. 480, Nr. 108) mit seinen Gefährten in Wien, nachdem ihn der König lange genug hatte in Radkersburg warten lassen. Vgl. Beitr. zur Kunde steierm. Gesch.-Quellen 17, 69.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

gesandtschaft, ohne deren Bericht nicht wohl zur Beschlußfassung geschritten werden konnte. Sie kam Mitte Juli, mit ihr als Legat des heil. Vaters der Bischof von Teano, und jetzt erst, nachdem bereits wieder ein Teil der Besucher, darunter der Erzbischof von Mainz, Nürnberg verlassen, ging der Tag voran.

Die Zeit war freilich nicht ganz unbenützt geblieben. Dort im Westen suchten die kaiserlichen Anwälte, neben Graf Haug von Werdenberg der Reichsfiskal Dr. Hans Keller, endlich in der Stadt Weißenburg mit strengen Maßregeln Ordnung zu schaffen und so den Beschwerden des Pfalzgrafen wenigstens in einer Hinsicht abzuhelfen.[1] Hier in Nürnberg fiel die Entscheidung des Streites zwischen Kurfürst Diether von Mainz und Graf Hans von Wertheim wegen der Stadt Kelsheim.[2] Vor allem ward in Sachen der Reichshilfe und des Türkenzuges bereits seit der Ankunft der Fürsten verhandelt.[3] Man fand, daß auch mit dem Anschlage auf 15000 Mann noch zu wenig gethan sei, und beschloß, „die Ding zu bessern" und den Anschlag, zunächst auf ein Jahr, bis auf 21000 Mann zu erhöhen; dagegen gefiel eine Verlängerung dieses Termines, „ob es nicht verfing in einem Jahr und weiter Hilfe not würde", nicht sonderlich. Die Mehrheit meinte, es müsse solches erst wieder auf einem neuen Reichstage beschlossen werden. Auch „von der Decima wurde furter geredet". Wieder trat der Kurfürst von Brandenburg mit aller Entschiedenheit entgegen: „die Kaiserlichen", erklärte Albrecht, „begehren Leute und kein Geld"; man rede lieber nicht von der Sache, wenn man nicht neue Hindernisse schaffen und vereiteln wolle, daß heuer überhaupt etwas geschehe.[4]

Hat so Markgraf Albrecht wieder eine naturgemäße Entwickelung des Institutes der Leistungen an den Staat verhindert, so kann damit noch nicht behauptet werden, daß etwa ohne seine und seiner Gesinnungsgenossen Opposition auch gleich die Kräfteentfaltung Deutschlands im Jahre 1481 eine andere gewesen wäre. Mit Gesetzen allein war ja, wie die Geschichte der Reichsreformversuche seit 1495 beweist, nichts gethan, solange nicht ihre Verbindlichkeit für alle Stände außer Zweifel

[1] Janssen a. a. O. 402. Vgl. E. Krause, Der Weißenburger Handel 1480 bis 1504. Greifswalder Dissert. 1889.

[2] Janssen a. a. O. 402.

[3] Ebendort 402—403, Nr. 571. Schreiben nach Frankfurt vom 9. Juli.

[4] Vergl. das Schriftstück bei Minutoli, Kaiserl. Buch 20—21, Nr. 13 und 15—16, Nr. 8. Ersteres ist eine der Beilagen zu letzterem und zeigt uns das Verhalten des Kurfürsten den schwebenden Fragen gegenüber.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

und für ausreichende Exekution der Bewilligungen gesorgt war. Wie weit hatte man 1481 noch dazu?

Immerhin suchte der kluge Kurfürst von Brandenburg seine Haltung durch doppelte Geschäftigkeit in anderer Hinsicht zu verdecken: Er ließ den kaiserlichen Anwälten einen Anschlag zur Aufbringung von 600000 Gulden zugleich mit einem rechnungsmäßigen Nachweise, wie sich dafür 10000 Mann, 6000 zu Pferd und 4000 zu Fuß, und zwar unten in den österreichischen Landen, anwerben ließen, zugehen.[1] Daß für die Aufbringung einer solchen Summe keinerlei Aussicht vorhanden sei, darüber hat sich der Markgraf wohl am wenigsten ein Hehl gemacht. Aber es galt, seinen guten Willen zu zeigen. Als sich gleich darauf Graf Haug in Albrechts Streit mit seinen geistlichen Nachbarn zu Gunsten des Bischofs von Würzburg mischte, vielleicht unter Hinweis auf des Markgrafen Haltung auf den beiden Reichstagen, da kam der Kurfürst bei Hofe auf diese seine Vorschläge zurück „nicht in klagsweise, sondern zur Unterrichtung der Sache" und damit der Kaiser „ein warlich Wissen" von ihm habe und ihn finde und erkenne „als den alten getreuen Albrechten".[2]

Sorgsam suchte der kluge Markgraf mit der Pflicht gegen Kaiser und Reich ein leidliches Einvernehmen mit dem König von Ungarn in Einklang zu bringen. Noch stand ihm der Kampf um Guben in frischester Erinnerung. Aber in der ersten feierlichen Sitzung des Reichstages (13. August) erhob Graf Haug Klage über „Bedrückung, Beschwerung und Beschädigung" des Kaisers nicht nur durch die Türken, sondern auch durch den König von Ungarn.[3] Ihn unterstützte der Bericht des Bischofs von Eichstätt und, scheint es, auch des Legaten, des Bischofs von Teano, beide persönlich durch des Königs geringschätzige Behandlung beleidigt.[4] Und lag es nicht offen zu Tage, daß eine Vermittelung des Reiches wie Albrecht sie durchgesetzt, nur einen Sinn hate, wenn man eventuell

[1] Die Entwürfe, gleichfalls Beilagen für das erwähnte Schreiben, bei Minutoli, Kaiserl. Buch 15—20.

[2] Schreiben an den Kaiser vom 21. September 1481 bei Minutoli, Kaiserliches Buch 14—15, Nr. 8.

[3] Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 403, Nr. 574.

[4] Der Legat hatte in Wien, wie sich dann König Matthias bei dem Papste beschwerte, mit den kaiserlichen Räten die Beschwerdepunkte gegen ihn, die man am Reichstage vorbringen wollte, zusammengestellt. Epistol. ad pontific. 177—178 a. a. Seine Instruktion für den Reichstag, welche die gewöhnlichen Bitten enthält, wobei er „in höchster Bescheidenheit" auf die Verdienste des heil. Stuhles um den Türkenkrieg hinzuweisen hat, im vatik. Geh. Archiv, Sixti IV. var. leg. lib. LV, fol. 17—19. Regest in den Font. rer. Austr. XLVI. 467—468, Nr. 445.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auch zum Handeln entschlossen war? daß Albrechts auf dem vorigen Reichstage mit solcher Entschiedenheit, ja Hartnäckigkeit festgehaltene Politik, die das Reich wirklich zu der seinen gemacht hatte, schmählich gescheitert sei, wenn man jetzt nach der Abweisung seitens des Königs von Ungarn die Hände in den Schoß lege? Als da der von Eichstätt in Nürnberg angekommen war und Meldung gethan hatte, blieb nichts anderes übrig, als nach der Mahnung des kaiserlichen Anwalts auch Ungarn gegenüber vorzugehen.

Am 21. August richtete Albrecht zugleich mit den Kurfürsten von der Pfalz und Sachsen und mit den Bischöfen von Bamberg, Eichstätt und Augsburg ein Schreiben an den König von Ungarn: Sie hätten „erfunden allen Glimpf des Römischen Kaisers", und besonders darin, daß er sie gemächtiget habe die Sache nach Billigkeit und Recht zu entscheiden, während der König sie „verachtet" und parteiisch gezählt[1]; daneben habe er „Schmach und Schaden der kaiserlichen Majestät und dem heil. Römischen Reich erzeigt". Sie hätten sich deshalb vereinigt, „förderlich der kaiserlichen Majestät stattliche Hilfe zu schicken", bitten und ermahnen ihn aber nochmals, „die Hände der Beschädigung und die Entgliederung der Glieder des Reiches[2] von der kaiserlichen Majestät und dem Reiche zu wenden, die eingenommenen Schlösser des Erzbistums zu Salzburg auch des würdigen Hauses zu Österreich" zu ihren „Handen zu Recht zu stellen" und sie zur Ausgleichung seiner Händel mit dem Kaiser zu bevollmächtigen. Nun wurde in Nürnberg wirklich mit großer Mehrheit der Antrag auf die Entsendung von 21000 Mann Reichstruppen nach Österreich angenommen und sofort bestimmt, daß die den Erblanden benachbarten Stände die Ihren bereits zu Galli (16. Oktober), „die ferneren auf Martini (11. November) und die außerhalb der deutschen Nation in solchem Anschlag Begriffenen die Ihren auf Weihnachten, alles nächstkünftig, zu Wien" haben sollten. Auch die Städte zeigten diesmal angesichts des Ernstes, der bei den Fürsten zu verspüren war, einigen Eifer.[3]

Der König von Ungarn war der gegnerischen Bewegung im Reiche mit begreiflicher Aufmerksamkeit gefolgt. Sie schuf ihm weniger Sorge

[1] Dies hebt auch Graf Haug in seinem Schreiben vom 1. Sept. an Herzog Albrecht von Bayern hervor. Vgl. Krenner, Bayerische Landtagsverhandlungen 8, Seite 353.

[2] Ist im Texte bei Minutoli, Kaiserliches Buch 13 in die nachfolgende Zeile geraten.

[3] Vgl. den Bericht bei Janssen, Frankf. Reichskorr. II. 403—404, Nr. 574. Der Anschlag der 21000 bei Müller, Reichstagsth. II. 756—760.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

als Erbitterung, namentlich wieder gegen den armen Bischof von Teano, den er geradezu bei dem Papste beschuldigte, aus dem Reiche eine Hilfesendung von 10000 Reitern für ihn verhindert zu haben.[1] Ungestüm verlangte Matthias die Abberufung des Bischofs: wenn der Papst schon seine Zusagen nicht halte und ihn im Kampfe gegen den Erbfeind der Christen nicht unterstütze, so möge er wenigstens dafür sorgen, daß sein Gesandter keine Störung schaffe. Zugleich forderte er nochmals in der entschiedensten Weise, daß Sixtus endlich dem Flüchtigen von Gran, der nach vielen Skandalgeschichten sich so weit vergessen habe, daß er zur Schmach und Befleckung seines priesterlichen Standes als Anführer kaiserlicher Scharen gegen ihn aufgetreten sei, jede Hoffnung auf Rückkehr in die Graner Kirche abschneide.[2]

Der König konnte sich bald überzeugen, daß der Kaiser aus der für ihn jetzt scheinbar so günstigen Sachlage schwerlich großen Gewinn ziehen werde. Der Papst, augenblicklich (nach der Aussöhnung mit Florenz) seiner italienischen Feindschaften halbwegs ledig, zeigte nun den ultramontanen Mächten gegenüber wieder größere Festigkeit. Er wies zwar die Bitten und Beschwerden des Königs ab: der von Teano erfreue sich bei allen, die ihn kennen, des besten Rufes und wie der König, klage man über den Bischof auch von der Gegenseite: das zeige doch, daß er wohl das Rechte thue; den Graner könne er ebensowenig kurzweg absetzen, als er bisher dem Ersuchen des Kaisers willfahrt und den Salzburger abgesetzt habe.[3] Der Papst ließ auch merken, daß er den König für die Ursache der Fortdauer des Streites mit dem Kaiser halte. Aber statt etwa ernstlich voranzugehen, gebot er gleich wieder im Oktober, den deutschen Fürsten mitzuteilen,[4] daß er neue Vermittelung zwischen den Streitenden wünsche. Am 21. Dezember erhielt der von Teano darauf bezügliche Weisungen.[5]

Noch weniger vermochten den Ungarkönig die Gesinnungen und Leistungen der deutschen Fürsten einzuschüchtern.

Vor allem hoffte der Kurfürst von Brandenburg auch jetzt noch mit Ungarn in Freundschaft bleiben zu können. Es ist wohl sehr mit Absicht geschehen, wenn er auf dem letzten Nürnberger Reichstage her-

[1] Epistol. ad pontif. 182—183; vgl. ebendort 177—178.

[2] Brief vom 13. Juli 1481. Epistol. ad pontif. 179—181, Nr. CXXXV.

[3] Epistol. ad pontif. 184—185, Nr. CXXXVII. Brief vom 31. Aug. 1481.

[4] Brief des Bischofs von Teano an den Kurfürsten Ernst von Sachsen vom 1. Oktober 1481 bei Müller, Reichstagstheatr. II. 762 (wird nur dann verständlich, wenn man statt „sua serenitas" an mehreren Stellen „sua sanctitas" liest).

[5] Font. rer. Austr. XLVI. 468—370, Nr. 446.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

vorhob, es handle sich nicht um eine Rüstung gegen Ungarn; eine solche sei auch von den kaiserlichen Anwälten gar nicht gefordert. Am ungarischen Hofe rühmte er sich, scheint es, gleichzeitig, es sei eine Heeresrüstung des Reiches gegen die Türken, dem Könige zu Hilfe, im Zuge.[1] Die Schuld an der Vereitelung des Zuges fiel dann, wie erwähnt, auf den Legaten und natürlich auf den Kaiser. Noch im Spätjahre tröstete sich Albrecht, in den Marken von Krieg mit dem König verschont zu bleiben, auch wenn dem Kaiser die pflichtgemäße Unterstützung geschickt werde; der König werde wohl so „weise sein, daß er Sachsen und Brandenburg nicht über sich lade dortinnen".[2] Die Hilfe hat er aber nach Österreich geschickt, obwohl der unleidliche Zank mit seiner Geistlichkeit und den Bischöfen von Bamberg und Würzburg noch fortdauerte, ja allmählich größere Dimensionen angenommen hatte.[3] So thaten auch Pfalz, Sachsen, Württemberg, dazu Nürnberg und andere Städte, ziemlich spät der König von Böhmen (schickte nur 700 Mann) und auf ein Vierteljahr Herzog Sigmund von Österreich-Tirol.[4]

Im übrigen hatten die eifrigen Bemühungen des Grafen von Werdenberg, die Kontingente des Reiches nach Österreich zu bringen, nur sehr wenig Erfolg. Die Mehrheit der Städte fand, daß sie in dem Anschlag „merklich und hoch beschweret seien"; sie entzogen sich der Leistung überhaupt. Einige gaben aber ein Stück Geld.[5] Der Westen und Norden des Reiches blieb nach allem völlig teilnahmslos. Da auch die österreichischen Landschaften trotz aller Opferwilligkeit der Gutgesinnten

[1] Vgl. Epist. ad pontif. 182—183. Daß der König diese Meldung wohl von dem Markgrafen hat, bezeugt seine Behauptung, das Reich habe ihm 10000 Mann schicken wollen. Einen solchen Vorschlag hat nur der Markgraf, und zwar in privater Verhandlung und vor Beginn des eigentlichen Tages, gemacht. Vgl. auch Wiedemann, Graf Haug von Werdenberg 69, Anm. 90 und 76—77.

[2] Schreiben an seinen Sohn Johann vom 1. Dez. 1481. Vgl. Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde, Jahrgang 19. Gegen Maßregeln des Ungarkönigs suchte sich Albrecht durch ein Zusammengehen mit Ernst v. Sachsen zu sichern. Vgl. Archiv III. 59—60 = Minutoli, Kais. Buch 11—12, mit falschem Datum.

[3] W. Böhm, Der Pfaffenkrieg u. s. w. 10; daß auch wieder Kaiser und Papst sich einmischten, dafür die Belege ebendort 11, 16. Daß der Markgraf seine Hilfe schickte, zeigt Minutoli, Kaiserl. Buch 24, Nr. 16.

[4] Vgl. Müller, Reichstagsth. II. 763—765. Dabei setzt Müller freilich einen neuen Reichstag im Jahre 1482 (aus einer falschen Zeitangabe des Andreas Ratisbonensis) an, der niemals stattgefunden hat. König Matthias spricht in einem Schreiben vom Sommer 1482 (Epistol. ad pontif. 193, Nr. CXLVI.) wiederholt spöttisch von den „famosa illa sacri Romani imperii presidia".

[5] Bezüglich Erfurts s. Müller, Reichstagsth. II. 760—761. Bezügl. Frankfurts s. Janssen, F. R. II. 405, Nr. 577.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nicht im stande waren, größere Rüstungen auf sich zu nehmen, so war der Kaiser nach wie vor bedrängt genug. Doch gelang es ihm wenigstens, mit den marodierenden Söldnern eine Vereinbarung zu treffen und große Scharen derselben wieder für seinen Dienst zu gewinnen! Auch die ungarischen Grafen von St. Georgen und Pösing wurden durch einen Vertrag zur Ruhe gebracht.[1]

Und auch im Spätjahre 1481 war die Lage des Kaisers nicht wesentlich anders: wichtigem Erfolge stand schmerzlicher Verlust gegenüber. Da plünderte der Zeleny mit 4000 Mann die österreichischen Landschaften bis Passau hinauf und aus Steiermark und Kärnthen waren die Ungarn so wenig gewichen und verdrängt, wie früher. Obwohl sich der Papst im Streite um Passau den bayerischen Herzögen und dem Ungarkönig zum Trotz schließlich ganz auf die Seite des Kaisers gestellt hatte und den Kardinal Heßler möglichst unterstützte, so ließ sich doch nicht verhindern, was bei Salzburg und Seckau geschehen war: Anfang Oktober 1481 erwarb König Matthias die wichtigen Passauer Plätze Mautern und St. Pölten als Pfandschaft von dem Gegenbischofe Friedrich und sie wurden von ungarischen Scharen besetzt, ehe auch nur eine Abmahnung des Kaisers eingelangt war.[2]

Andererseits entschloß sich Erzbischof Bernhard von Salzburg trotz der ungarischen Hilfe endlich doch zum Rücktritte vom Erzstifte, namentlich, scheint es, bewogen durch die energische Parteinahme der Salzburger Bürgerschaft für den Kaiser, der sie dafür mit wichtigen Freiheiten belohnte.[3] Gegen Zusicherung der Reichsunmittelbarkeit für sich und seinen gesamten Privatbesitz entsagte Bernhard am 29. November 1481 in Wien vor dem Kaiser der erzbischöflichen Würde. Sein Nachfolger ward nun unter dem Titel eines Koadjutors und Administrators[4] doch Erzbischof Johann von Gran, nicht ohne dem Kaiser hohen Preis dafür zu ent-

[1] Schober, Die Eroberung Niederösterreichs u. s. w. 12, 24, 28—29. Dort auch einige Speziallitteratur.

[2] Th. Mayer, Dreizehn Urkunden über die Verpfändung von St. Pölten und Mautern an Matthias von Ungarn. Arch. für Kunde österr. Geschichts-Quellen VI (Wien 1851). F. Kerschbaumer, Geschichte von St. Pölten 283 ff. F. M. Mayer im Archiv 55, 213—214. K. Hermann, Zur Geschichte der Stadt St. Pölten im 15. Jahrh. Prog. des Landesrealobergymn. zu St. Pölten 1887, 8 ff.

[3] Vgl. F. Spatzenegger, Privilegien der Stadt Salzburg, Mitteil. der Gesellschaft für Salzburg. Landeskunde V. Nr. 23—25. Vgl. auch F. M. Mayer im Archiv 55, 214—215. Huber, Gesch. Österreichs III. 259.

[4] Der Kaiser versprach Bernhard, vom Papste eine Bulle auszuwirken, daß ein solcher Vorgang den Rechten des Erzbischofes und den Kompaktaten der deutschen Nation keinen Abbruch thun solle.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

richten. Am 13. Dezember verschrieb sich Johann, dem Kaiser seine Städte und Schlösser stets offen zu halten und seine Hauptleute und Pfleger ausdrücklich zu verpflichten, auch über seine Lebtage hinaus bis zur Wahl eines neuen Erzbischofs nach dem Willen des Kaisers diesem treu und gewärtig zu sein. Johann verpflichtete sich überdies, mit der Herzögen von Bayern kein Bündnis zu schließen, ihren Parteigänger, den Dompropst Ebran, abzusetzen und einen Österreicher an seine Stelle zu bringen, überhaupt nur Inländer zu den höheren Pfründen des Erzstiftes gelangen zu lassen. Es waren diese Verträge[1] ein bedeutsamer Schritt vorwärts auf dem Wege zur Landeshoheit der österreichischen Erzherzoge über die Hochkirchen ihrer Erblande.

Wenn dem gegenüber Matthias von Ungarn nicht gleich im Spätjahre 1481 mit ganzer Macht, wie er wiederholt drohend verkündet, gegen Österreich vorging, so hinderte ihn daran nicht die Vermittelung des Papstes oder der deutschen Kurfürsten und Fürsten, noch weniger neue Verhandlung mit dem Kaiser, die dieser durch Heinrich von Lichtenstein und den Protonotar Waldner führte, oder gar ein Breve des heil. Vaters, das in Anbetracht der immensen Türkengefahr allen christlichen Fürsten und Völkern in ihren Händeln Frieden gebot:[2] Sultan Bajesid II., der Sohn des vor kurzem verstorbenen Eroberers von Konstantinopel, stand ihm allzu drohend gegenüber. Als aber dann Bajesid von seinem Halbbruder Dschem bekriegt wurde und der Thronkampf im Osmanenreiche die Nachbarn vorerst vor weiteren Angriffen von dieser Seite sicherte, da zögerte auch König Matthias nicht mehr, an dem verhaßten Kaiser Rache zu nehmen.

[1] Sie finden sich jetzt bei F. M. Mayer im Archiv 55, 242—246. Vgl. auch 215, Anm. 4.

[2] Vgl. Epistol. ad pontific. 175, Nr. CXXXII. und 190 Nr. CXLII. Vermittler im ungarisch-österreichischen Streite ist (Ende 1481) Erzbischof Simon v. Patras. Vgl. Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 463—464.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Achtundzwanzigstes Kapitel.

Mitteleuropa im Jahre 1482. Papst Sixtus IV. und die letzten Jahre seines Waltens. Maximilian von Österreich und die Flandrer. Der Kaiser im Kampfe mit dem Ungarkönig (1482—1487). Die römische Königswahl Maximilians I. Schluß.

Das Jahr 1482 gestaltete sich für die beiden Häupter der Christenheit noch stürmischer und sorgenvoller, als die vorhergehenden. An Stelle des Türkenkrieges, der mit der Wiedereroberung von Otranto (10. September 1481) seitens der vereinigten päpstlich-neapolitanischen Streitkräfte so aussichtsvoll begonnen schien, trat neue gefährliche Zwietracht zwischen die italienischen Staaten, die zu dem Ferraresischen Kriege führte. Rom selbst und den ganzen Kirchenstaat verwüstete der bittere Hader der Familien Orsini und Colonna, an dem der Papst zum schwersten Schaden für seine Autorität an der Seite der ersteren Teil nahm. In Deutschland wagte zu gleicher Zeit der Erzbischof Andreas (Zuccalmaglio) von der Kraina den heftigsten Vorstoß gegen sie und sogar die Person des Papstes.

Der Kaiser sah seine durch die unaufhörlichen Kriege der letzten Zeit ohnehin aufs äußerste erschöpften Lande im Mai 1482 von dem Ungarkönig persönlich angegriffen. In den Herrschaften seines Sohnes traten nach dem plötzlichen Hinscheiden der jugendlich schönen Herzogin Maria (am 26. März 1482 infolge eines Jagdunfalles) Mißtrauen und Abneigung der Niederländer gegen die Herrscherart, ja die Person Erzherzog Maximilians in schroffster Weise hervor. „Nicht blos das Familienglück des jungen Fürsten, auch seine fürstliche Stellung, seine Ehre und seine Zukunft schienen verloren." Im deutschen Reiche aber leitete das gänzliche Mißlingen der von dem Brandenburger Kurfürsten auf dem Nürnberger Reichstage 1480 inaugurierten ständischen Reichspolitik nicht etwa zu ruhmvollem Anschluß an den bei Seite gedrängten Kaiser hin, obwohl er und seine Erblande zunächst die Folgen zu tragen hatten. Nein! In jener Stumpfheit und Gleichmütigkeit, die man sonst dem Kaiser so sehr verargte, zog sich das Reich auf sich selbst zurück, entschlossen, an neue Maßnahmen des bedrängten Kaisers das alte Maß der eigenen Interessenpolitik anzulegen.

Anscheinend zufolge eines unglücklichen Verhängnisses, im Grunde genommen wieder durch eigene Schuld sah sich Papst Sixtus IV. im April 1482 wieder im Kampfe mit König Ferrante von Neapel. Schon

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

auch drohte im Norden der Krieg zwischen Venedig, Montferrat, Genua, die sich dem Papste anschlossen, einerseits, Mailand und Florenz, Mantua, dem Bentivoglio in Bologna und Federigo von Urbino, die zu Neapel und dem zunächst bedrohten Este von Ferrara hielten, andererseits. Die ganze Halbinsel stand im Sommer in den Kriegsflammen, welche Girolamo Riario, der herrschsüchtige Nepote, veranlaßt, der, den Papst nur allzu sehr beeinflussend, zu dem bereits erworbenen Imola und Forli auch noch das wichtige Faenza begehrte. Am ärgsten ward der Kirchenstaat selbst heimgesucht. Im Gegensatze zu den mit Riario eng befreundeten Orsinis und den Contis schlossen sich die Savellis und die Colonnas von Paliano an Neapel an. Von Ferrantes Truppen unterstützt, hielt Lorenzo Colonna von seinem Mariano aus selbst Rom in Schach. Dann erschien Herzog Alfonso von Calabrien, der Sohn Ferrantes, an der Spitze des neapolitanischen Hauptheeres, während die Florentiner den Kirchenstaat im Norden bedrängten und Citta di Castello nahmen. Auch der Sieg, den der nach dem Süden gesandte venetianische Feldhauptmann Roberto Malatesta am 21. August 1482 in der „pontinischen Sumpfschlacht bei Campo Morto" errang, brachte für Sixtus IV. keine wesentliche Verbesserung seiner Lage, da der Sieger bereits am 10. September starb. Das Übergewicht der neapolitanischen Waffen trat bald aufs neue hervor, während die Anstrengungen Venedigs nur der Gewinnung Ferraras galten.[1]

Papst Sixtus hatte in den Tagen höchster Gefahr sich nicht blos der Kardinäle Colonna und Savelli versichert und an Truppen zur Beschützung der Hauptstadt selbst aus bedrohten Punkten (wie Perugia) herbeigerufen,[2] was nur möglich war, sondern auch die katholischen Machthaber Europas, darunter sogar den König von Frankreich, zum Schutze der Kirche ermahnt.[3]

Ohne Erfolg! König Ludwig, dessen Interesse damals die burgundischen Dinge vollauf in Anspruch nahmen, war weit entfernt, das in ihn gesetzte schöne Vertrauen zu rechtfertigen. Er rührte sich nicht. Aus Spanien kamen statt Hilfeleistung Klagen über den Zustand der

[1] Vgl. über diese Vorgänge Pastor, Gesch. der Päpste II. 503 ff., 507 ff., wo auch auf die Litteratur (Schmarsow, Reumont, Buser u. a.) aufmerksam gemacht ist. Über den Krieg gegen Ferrara handelt jetzt Ed. Piva, La guerra di Ferrara del 1482. Periodo primo, Padova 1892. Siehe dazu die Anzeige von Pol. Zanetti im Nuovo Archivio Veneto anno II. Nr. 8 (Venezia 1892), S. 375—382.

[2] Vgl. Pastor, Geschichte der Päpste II. 512, Anm. 3.

[3] Reumont, Lorenzo de'Medici II. 183. Vgl. sonst die Mitteilung über den Friedensschluß mit Neapel in Epistol. ad pontif. 201, Nr. CLIV.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kirche und die Forderung eines allgemeinen Konzils. Den König von Ungarn hielt, wenn er ja zu helfen geneigt gewesen wäre, was sehr in Frage steht, die Verwandtschaft mit Neapel und die Gegnerschaft gegen Venedig, beide Bündner Roms, zurück. Neben Grenzkämpfen gegen die Türken[1] kriegte er mit dem Kaiser in Österreich. Wie wenig der Kaiser und der Herzog von Burgund im stande waren, für den heil. Stuhl etwas zu thun, wurde berührt.

Aber dem Kaiser gebrach es dazu auch an gutem Willen. Wenn er gemeint hatte, mit der durch den Kardinal Heßler abgeschlossenen Vereinbarung sei das alte innige Verhältnis zu Rom wiederhergestellt, das in den Tagen Pius II. und auch Paul II. ein Grundpfeiler seiner Politik gewesen, so erwies sich das rasch als ein Irrtum. Sixtus IV. stellte den Vertrag mit dem Kaiser nicht höher, als gelegentliche Transaktionen mit den italischen Mächten. Sowie seine Lage sich besserte, ließ auch sein Eifer in der Erhaltung der kaiserlichen Freundschaft nach. Das erfuhr Kardinal Heßler ebenso in der Passau'schen Streitsache, wie der Kaiser in den Händeln mit Ungarn und in den deutschen Angelegenheiten.[2] Kein Wunder, daß Friedrich auch seinerseits sich alle Wünsche der Kurie doppelt und dreifach besah.

Die Sache, um die es sich seit Frühjahr 1482[3] besonders handelte, berührte ihn zudem persönlich. Er hatte den Erzbischof Andreas von der Kraina, der ihm in Rom jahrelang mit Eifer und Erfolg gedient,[4] im Oktober 1480 dem Papste und dem heil. Kollegium dringend empfohlen. Darauf „scheint Sixtus IV., der leicht Versprechungen machte, den Hoffnungen des Andreas einige Nahrung gegeben zu haben".[5]

Was später (1481) den heftigen Prälaten, dessen „vertrauenerweckendes, unerschrockenes Gesicht" und persönlichen Mut der Florentiner Berichterstatter rühmt, so sehr gegen Sixtus und die Kurie erbittert hat, ist dunkel. War es gerechte Entrüstung über das Treiben der Nepoten und die weltliche Politik Sixtus IV., der aufrichtige Vorsatz, hier die

[1] Epistol. ad pontif. 194, Nr. CXLVI.

[2] Dazu gehörte wieder auch die Besetzung des Mainzer Stuhles mit Berthold von Henneberg (1482, nach dem Tode Diethers von Isenburg). Noch Ende 1484 ist Berthold mit dem Kaiser in Zwist und unbelehnt. Vgl. Minutoli, Kais. Buch 23, Nr. 15.

[3] Die Sache reicht freilich weiter hinauf. Vgl. Un documento per l'arcivescovo di Craina e le monache di Basilea. Bollet. stor. della Swizz. italiana 12, 39.

[4] Man vergl. die Lobsprüche des Papstes selbst bei Chmel, Mon. Habsb. I. 3, 444.

[5] Pastor, Gesch. der Päpste II. 513.

so notwendige Besserung einzuleiten? Oder waren es persönliche Motive, Enttäuschungen und Antipathien? So viel ist sicher, daß die nächste Kardinalskreation erst am 15. November 1483 stattfand.[1] Sie kann also den Konflikt zwischen Andreas und dem Papste 1481—1482 nicht schuldet haben. Auch lautete ja die Empfehlung des Kaisers nicht gerade auf den Kardinalshut.

Wie so oft, machte die Inkonsequenz des Papstes die Sache schlimmer, als sie an sich war. Erst zeigte Sixtus Strenge und ließ den eifernden Prälaten einsperren. Dann wieder entschloß er sich, zu verzeihen und zu vergessen. Andreas, dessen sich der Kaiser warm annahm, erlangte die Freiheit wieder, die er nun, nicht versöhnt, sondern durch die Haft aufs äußerste gereizt, für seine Rache zu benützen beschloß. Er hatte nicht umsonst jahrelang an der Kurie und in Rom gelebt, um nicht die Schwächen des Papstes, die Mängel des kurialen Systems, die Freunde und die Feinde des heil. Stuhles kennen zu lernen. Diese Erfahrungen wollte er benützen. So groß sein Haß gegen Sixtus IV. war, so dringend schien es Andreas, gegen Rom aufzutreten, der Nepotenwirtschaft ein Ende zu machen, all dem Verderben und Unrecht zu steuern. Das Mittel dazu konnte freilich auf Neuheit nicht Anspruch machen. Der Erzbischof beschloß, nach Basel zu gehen und dort, wo die Erinnerung an das letzte große Konzil und die mächtige Gegnerschaft gegen den Absolutismus der Kurie vielleicht noch lebendig waren oder sich leichter wieder erwecken ließen, die Einberufung eines allgemeinen Konzils zu betreiben. Er hoffte das Gelingen seines Unternehmens von der Unterstützung der politischen Gegner des Papstes in Italien, namentlich der Florentiner, mit denen er sich auf dem Wege nach Basel in Verbindung setzte, von der weitgehenden Unzufriedenheit, Gleichgültigkeit, ja Abneigung der christlichen Bevölkerungen, die gegen das kuriale System zu Tage traten. Er wußte, wie wenig mit dem Vorgehen des Papstes auch wieder die Wünsche des Kaisers harmonierten, und rechnete auf Förderung oder doch langmütiges Gewährenlassen auch von daher. Er war dessen so sicher, daß er es wagte, in Basel als Kardinal von San Sisto und als Gesandter des Kaisers aufzutreten. Am 25. März 1482 verkündete er im Baseler Münster während des Gottesdienstes die Einberufung eines allgemeinen Konzils. Diese erfolgte dann anfangs Mai thatsächlich.

Doch die erhoffte Wirkung blieb aus. Zwar in Basel ließ man den

[1] Die letzte war am 25. Mai 1480 erfolgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Erzbischof willig gewähren und auch in Bern, wohin er sich Ende April begab, fand er anfänglich Beifall. Der Kaiser sah dem Beginnen des Krainers trotz aller Mahnungen des Papstes monatelang ruhig zu. Das Aufsehen, der Skandal war ungeheuer groß und ward an der Kurie um so bitterer empfunden, als sich die leidenschaftliche Opposition des Erzbischofs vor allem dem Papste persönlich galt.[1] Einen Augenblick schien es, als wollte sich im selben Momente der Norden vom Papsttum abwenden, in dem die italienischen Gegner Sixtus' IV. den Kirchenstaat zum großen Teile besetzt hatten.[2]

Dann trat die Wendung ein. Das päpstliche Heer gewann den Sieg bei Campo Morto. Die italienischen Mächte, für die der Erzbischof von Anbeginn an nur Mittel zum Zwecke gewesen war, wurden nun zurückhaltender. Der mächtige Zulauf zur Konzilssache, den man im Norden erwartet, blieb aus. Es mangelten hierfür doch die Vorbedingungen in mehrfacher Hinsicht, Interesse und Opferwilligkeit, Mut und Einsicht, auch schadete die persönliche Art des Reformers der Sache nicht wenig. So ließ man den Erzbischof fallen. Am 18. Dez. 1482, als der Papst bereits seinen Frieden mit Neapel, Mailand und Florenz (12. Dez.) gemacht, ja mit diesen Staaten ein Bündnis auf 20 Jahre abgeschlossen hatte, wurde Andreas in Basel verhaftet. Doch verweigerte der Rat, obwohl durch eine Kreuzerbulle bedrängt, standhaft seine Auslieferung. Sixtus IV. vermochte bei seinen Lebzeiten den ärgerlichen Handel nicht mehr zu Ende zu bringen. Dies geschah erst mit dem Tode des Erzbischofs, der sich am 13. November 1484 im Kerker erhängte.[3]

Aber auch die italienischen Fehden waren mit dem Frieden vom 12. Dezember 1482 nicht beigelegt. Venedig, dem der Zutritt zum Vertrage vorbehalten war, weigerte sich dessen entschieden: man hatte Ferrara nicht eingenommen, glaubte aber des Erfolges sicher zu sein und wollte nun die großen Opfer des Krieges nicht umsonst gebracht haben. Darüber entzündete sich der zweite ferraresische Krieg, der womöglich mit noch größerer Leidenschaft zwischen den Venetianern und

[1] Man vgl. seine Aufrufe vom 20. und 21. Juli 1482.

[2] Vgl. Glaßberger, Anal. Franc. II. 482.

[3] Über Andreas von der Kraina handelte J. Burckhardt, Erzbischof Andreas von der Kraina und der letzte Konzilsversuch von Basel 1482—1484. Beitrag zur vaterländischen Geschichte, Band V. S. 1—106. Eine von anderer Seite angekündigte neue Arbeit darüber (vgl. histor. Jahrb. der Görresges. 13, 412) ist leider noch nicht erschienen. Sonst vgl. über Quellen und Litteratur L. Pastor, Geschichte der Päpste II. 513—516. Damals erneuerte Sixtus IV. auch die Bulle „Execrabilis".

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

dem päpstlichen Bunde geführt wurde.[1] Neue Kämpfe zwischen den römischen Adelsparteien traten im Jahre 1484 hinzu; am 30. Juni 1484 wurde Lorenzo Colonna auf Befehl des Papstes in Rom hingerichtet.

Sixtus IV. hat den Frieden von Bagnolo (7. August 1484) noch erlebt, aber nur um den Triumph der Venetianer zu schauen. An diesem Frieden „voll Schmach und Unehre" für den heil. Stuhl ist er am 12. August 1484 gestorben.

Fehlten Sixtus die Mittel und die Neigung, so mangelte seinem Nachfolger Innocenz VIII. auch die Kenntnis der Verhältnisse, um in die deutschen Dinge zu jener Zeit gebietend einzugreifen.[2]

Mit weit mehr Recht als von dem diplomatisierenden Papste mochte aber Kaiser Friedrich 1482 hilfesuchend nach dem Herzoge Maximilian von Burgund, dem einzigen Sohne, ausgeblickt haben. Oder verteidigte der Erbe von Österreich in den Landen des Vaters nicht die eigenen? Zu schwerem Herzeleid hatte sich bei Maximilian harte äußere Notlage gesellt. Schon wenig Tage nach dem Tode der Herzogin Marie hatten sich die flandrischen Stände in Brügge versammelt (8. April): sie waren entschlossen, die Gelegenheit zu benützen und die Machtbefugnisse Maximilians so viel als möglich zu beschränken. Denn die Entfremdung zwischen Maximilian und den Niederländern, die sich so bald gezeigt, war von Marie, während sie lebte, zwar unschädlich gemacht aber nicht beseitigt worden. Nicht allein seine persönliche Art, auch seine Politik war den Landen unangenehm. Seine dynastischen Bestrebungen blieben ihnen so fremd, wie ihm ihre Handelsinteressen.[3] Gaben sie ungern und spärlich, so empfanden sie es um so bitterer, wenn die gehegten Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen und das Geld anderen Zwecken zugeführt ward.

Erschreckt über die Bewegungen, namentlich in Flandern, suchte der Erzherzog zu spät dessen Gunst zu gewinnen. Dies gelang selbst dann

[1] Wie widerspruchsvoll sich unter dem Einflusse der italienischen Händel die Politik des Papstes gestaltete, zeigt sein Verhältnis zu den Eidgenossen. Vergleiche Th. v. Liebenau, Papst Sixtus IV. als Vermittler zwischen Mailand und der Schweiz 1483. Anz. für schweiz. Gesch., 22. Jahrg. 1891, Nr. 6, S. 279 ff. Im Jahre 1478 hatte Sixtus die Schweizer zur Zertrümmerung Mailands aufgemuntert.

[2] Über die Wahl Innocenz VIII. (Joh. Bapt. Cibo aus Genua, Bischof von Molfetta und Kardinal — Melfitencis —) s. Th. Hagen, Die Papstwahlen von 1484 und 1492. Brixen. Prog. des Sem. Vincent, 1885. Vgl. vat. Archiv, Konsistorialakten fol. 69.

[3] Maßgebend waren besonders die Handelsbeziehungen zu England, denen Maximilian zu wenig Fürsorge zuwendete. Vgl. Schanz, Englische Handelspolitik gegen Ende des Mittelalters I. 7 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

nicht, als der Erzherzog in den Frieden von Arras mit Frankreich willigte, der sein Töchterlein Margaretha mit dem Dauphin Karl von Frankreich, dem Sohne seines Todfeindes, verlobte, die Grafschaften Artois und Burgund und die Herrschaften Maçon, Auxerre, Salins, Bar-sur-Seine und Noyers als Mitgift bestimmte, und überdies die Lehenshoheit des Königs von Frankreich über Flandern neuerdings anerkannte. Trotzdem der verbrecherische Franzosenkönig bald darauf starb (30. August 1483) und Maximilian zu gleicher Zeit einen leichten Erfolg über die Partei der Hoecks in Holland erlangte, verschlimmerte sich die Lage in den Provinzen mehr und mehr. Bald stand er den Flandrern, die ihm die Vormundschaft entrissen und sich seines Sohnes bemächtigt hatten, die seine Tochter ohne seine Zustimmung dem französischen Hofe überlieferten, mit den Waffen in der Hand gegenüber. Frankreich mischte sich trotz des Friedens, ja gestützt auf seine flandrische Lehensherrlichkeit in den Streit. Im Herbste 1484 galt der Friede von Arras für zerrissen, schien die Arbeit der Jahre 1477 bis 1481 umsonst gethan. Dann freilich besserten sich die Verhältnisse rasch und gründlich. Obwohl von keiner Seite unterstützt, erlangte der Erzherzog doch militärisch und diplomatisch über seine Gegner die Oberhand.[1] Das Frankreich, welches nach dem Hingange König Ludwigs für den unmündigen Karl VIII. Anna von Beaujeu leitete, war nicht von ferne jene imponierende Potenz, mit der Maximilian in seinen ersten Jahren zu ringen gehabt. Bald schuf der Streit zwischen Anna und dem Herzoge von Orleans dem Herrn der Niederlande sogar die Aussicht, auf die Herausforderungen und Treulosigkeiten des französischen Hofes mit wuchtigem Gegenschlage antworten zu können. Der ganze Wagemut Maximilians, seine unverwüstliche Spannkraft, seine unerschütterliche Zuversicht auf frohes künftiges Gelingen, die oft den Schein von Phantasterei und Leichtsinn erregen könnte, wenn nicht so vieles mahnen würde, sie ernsthaft zu nehmen, traten hervor. Nun faßte, Ende 1484, der jüngere Habsburger auch schon wieder die Angelegenheiten seines Vaters und der östlichen Erblande, das Reich und die Zukunft seines Hauses ins Auge. An ihm ja „richteten sich allein noch die Herzen der Bedrängten auf, die allmählich verlernt", auf den alten Kaiser ihre Hoffnung zu setzen.[2] Es war die höchste Zeit, sollte solche Hoffnung in Erfüllung gehen.

König Matthias hatte im Jahre 1482 den Krieg gegen Österreich

[1] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 310 ff.

[2] H. Ulmann, Kaiser Maximilian I., I. Stuttgart 1883, 3. Vgl. das Tagebuch des Wiener Arztes Tichtel in den Fontes rerum Austriacarum I. Abteil. I. 37.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ernstlich aufgenommen und, durch seinen Waffenstillstand mit Sultan Bajesid gesichert, mit Eifer und Erfolg fortgesetzt. Noch 1482 fiel das wichtige Haimburg und wurde den Ungarn der Weg nach Wien frei. Alsbald waren dessen Umgebungen besetzt. Der Kaiser verließ (April 1483) seine Hauptstadt. Im Jahre 1483 machten die Ungarn weitere Fortschritte. Mit Bruck a. d. Leitha verlor der Kaiser (25. Februar 1484) den letzten festen Halt im Osten; Eisenstadt und Forchtenstein, die er noch behauptete, kamen kaum in Betracht.[1] Schon war nach dem Verluste Klosterneuburgs im Westen auch Korneuburg am linken Donauufer bedroht, das allein noch die Verbindung Wiens mit dem Reich sicherte.[2] Fiel auch Korneuburg, so war die Cernierung der Hauptstadt vollständig, diese verloren.

Aber hatte der Kaiser die Mittel, Wien mit Gewalt zu retten? Nein. Seine Erblande waren so erschöpft, daß Friedrich kaum ernstlich zürnen konnte, als sich die Kärnthner bereits 1482 durch einen Stillstand mit Ungarn vor gänzlichem Untergange zu bewahren suchten. Zum Unvermögen gesellte sich zudem auch vielfach Untreue und Ungehorsam.[3] Und ebensowenig vermochten dem Kaiser auch jetzt die Vermittelungsversuche des Papstes zu frommen. Gesandter war erst wieder Alexander von Forli, dann der Bischof von Castelli. Sie galten dem Könige weiter nichts, als Mittel zum Zwecke, zumal als er während der Verhandlungen mit Bajesid Zeit zu gewinnen suchte. Zuletzt sah sich der Bischof von Castelli, der umsonst den König durch Schmeicheleien zu gewinnen strebte, mit Hohn abgewiesen.[4] Im Reiche aber war „das neue Prinzip, dem Kaiser zu helfen auf dem Wege fürstlich-oligarchischer Vereinigung, völlig unterlegen".

Nachdem Georg von Bayern-Landshut und mit ihm das ganze wittelsbachische Haus die Unterstützung versagt und Sachsen sich zurückgezogen, beugte sich auch der alte Kurfürst von Brandenburg vor der überlegenen Macht Ungarns. Sächsische Räte fanden am 20. September 1482 zu Kamenz den Weg zum Frieden zwischen Brandenburg und Johann von Sagan,[5] und am 25. Oktober 1482 überwies König Matthias

[1] Minutoli, Kais. Buch 115—116 zeigt, daß diese Orte noch im Juli 1485 in den Händen des Kaisers waren.

[2] Es ist seit 4. April 1484 ernstlich belagert.

[3] Vgl. Schober, Eroberung Niederösterreichs durch Matthias Corvinus in den Jahren 1482—1490. Bl. des Ver. f. Landeskunde Niederösterr. XIII. 41, 45 u. a.

[4] Vergl. Schober 36—39. Die sehr interessanten Berichte des Bischofs fand ich auch im Päpstlichen Geh. Archiv zu Rom. Sixti IV. lib. var. legat. LIV.

[5] Schlesiens Besitz- und Lehensurkunden I. 237—241, Nr. 98.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Crossen mit Bobersberg, Züllichau und Sommerfeld mittelst Kaufvertrages an das Kurhaus.[1] Schwer genug empfand der alte Albrecht Achilles diesen Schritt seines Sohnes, der so sehr gegen „Dank und Ehre, Kaiser und Reich" ging, woran er sein Leben lang festgehalten. Aber hieß dem Ungar trotzen nicht auch die Mark gefährden, sowie Österreich verloren schien?[2]

So mochte der Kaiser selbst kaum großes hoffen, als er sich im Drange der Not Ende Februar 1484[3] entschloß, seine angesehensten Räte, den Erzbischof Johann von Salzburg und den Grafen Haug von Werdenberg, nach Innsbruck zu senden, um die dort anläßlich der Vermählung Herzogs Sigmund mit der Tochter Herzogs Albrecht von Sachsen versammelten Fürsten zu einer Hilfezusage zu bewegen[4] und dann weiter an die befreundeten Höfe mit gleicher Werbung zu reiten. Was konnte bei der Haltung von Bayern und Brandenburg solche Hilfe bedeuten? Auch in Innsbruck, wo die kaiserlichen Boten nur noch den Herzog von Sachsen und den Bischof Johann von Augsburg, Bruder des Grafen Haug, antrafen, sagte man sich solches. Der Erzherzog und Herzog Albrecht, als des Kaisers Neffe und nun zufolge der neuen Verwandtschaft mit dem Hause Habsburg gern bereit, dem Reichsoberhaupte zu dienen, fanden einen anderen „Ratschlag": Der Kaiser möge sich persönlich herauf in das Reich fügen „und einen Tag an ein gelegen Ende ausschreiben"; „in mittlerer Zeit solle gearbeitet werden, etlicher Fürsten Irrung zu beteidigen, so dieselben mit seiner kaiserlichen Gnaden hätten", namentlich müssen Mainz und Pfalz versöhnt werden und ihre Regalien erlangen.[5] Zweck solchen Vorgehens sollte nach allem sein: die Erhebung des Erzherzogs Maximilian, Herzogs von Burgund, zum römischen Könige.[6]

---

[1] Ebendort 242—244, Nr. 102. Kaufpreis waren jene 50 000 Gulden, die einst der Markgräfin Barbara als Entschädigung zugewiesen wurden.

[2] Mein Aufsatz, Zur deutschen Königswahl Maximilians I., Archiv für österr. Gesch. 76. Bd., 2. Hälfte, 579—580.

[3] Wie es scheint auf die Meldung vom Falle Brucks a. d. Leitha.

[4] Die Hochzeit war auf Fasching (28. Febr. bis 2. März 1484) angesetzt.

[5] Der „Ratschlag" nach dem Schreiben des Bischofes Johann von Augsburg an Kurfürst Albrecht von Brandenburg v. 25. August 1484 bei Minutoli, Kaiserl. Buch 22—23.

[6] Die Belege dafür in dem erwähnten Aufsatze: Zur deutschen Königswahl Maximilians I. Arch. 76, 581 ff. Auf die bezüglichen unerwiesenen oder geradezu unrichtigen Aufstellungen H. Ulmanns in den Forsch. zur deutsch. Gesch. Bd. XXII. (Göttingen 1882), 133—138, gegen welche sich mein Aufsatz vornehmlich richtet, glaube ich hier nicht zurückkommen zu dürfen.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Die sich da in Innsbruck berieten, wie dem Kaiser zu helfen, verfielen unschwer auf solchen Weg. „Mußten Kurfürsten und Fürsten des Reiches zugeben, daß sie dem Reichsoberhaupte und Österreich Hilfe schuldig seien, und vermochten sie andererseits dazu nicht die Mittel zu finden, so bot die Wahl eines so mächtigen Fürsten wie Maximilians von Burgund", den zudem die Sohnespflicht und Abstammung und das Erbfolgerecht an den Kaiser und Österreich banden, „Gelegenheit, diese Last ihm aufzubürden." Die Königswürde gab Maximilian andererseits wieder Recht und Anlaß, Burgund und das Reich zum Schutze der Ostlande aufzubieten. „Ein Gelingen der Sache versprach man sich aber nur, wenn der Kaiser persönlich ins Reich komme" und die Wahl betreibe, „wenn er die Gegnerschaften zu Österreich behebe und die Kurfürsten gewinne, vor allem Mainz und Pfalz", und ihnen wenigstens die Regalien erteile; „nur so wurden sie ja befähigt, als Kurfürsten des Reiches an einer Königswahl vollgültigen Anteil zu nehmen".[1]

Es war durchaus nichts neues, was da in Vorschlag gebracht ward. Seit 1454, seit der Burgunderherzog Philipp mit der Würde eines römischen Königs geschmückt werden sollte, war derselbe Gedanke in den mannigfachsten Wandlungen immer wieder im Reiche zum Vorschein gekommen. Nun zeigte er sich in der einfachsten natürlichsten Form: des Kaisers Sohn, sein einziger Erbe, der Erbe auch der tiroler Lande, bereits ein mächtiger Fürst an Deutschlands Grenzen, sollte als künftiger Kaiser zunächst mit den eigenen reichen Mitteln für den Schutz des Reiches und zunächst der österreichischen Gebiete aufkommen; ihm würde aber auch das Reich Bewilligungen, die man dem zögernden, selbstsüchtigen alten Kaiser versagte, thun und deren Verwendung in die Hand legen.[2]

Solchen Sinn hatte es, wenn dann Graf Haug von Werdenberg zu Beginn der Frankfurter Verhandlungen 1485 die Worte gebrauchte: Wenn die Kurfürsten wollten, so wäre wohl ein Weg zu finden, damit der kaiserlichen Majestät und dem Reiche geholfen würde ohne großes Darlegen der Fürsten.[3]

Es war auch 1484 nicht das erstemal, daß der junge Erzherzog in den Kreis der Kombinationen die Nachfolge im Reiche betreffend einbezogen wurde. An ihn als den einzigen Sohn und Erben des Kaisers hatte ja ohnehin jeder zunächst denken müssen. Als Maximilian in

[1] Archiv 76, 585—586

[2] Zur deutschen Königswahl Maximilians I. im Archiv 76, 575.

[3] Minutoli, Kaiserl. Buch 75—76. Vgl. Archiv 76, 583.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

seinen burgundischen Landen festen Fuß gewonnen und ihn nach der Schlacht bei Guinegate auch schon der wohlverdiente frische Kriegsruhm schmückte, war man zuerst dem Projekte seiner Erhebung näher getreten. Mehrere Vorgänge auf dem Nürnberger Reichstage 1480 deuten darauf hin. Man wird auch schon damals solches nicht ohne die Einwilligung des alten Kaisers unternommen haben, da seine Gunst und Förderung allein zum Ziele helfen konnten.[1] Die Sache mit Nachdruck zu betreiben, fehlte aber dem Erzherzog 1480 doch immer noch die volle Gunst der äußeren Umstände: er trat ja schließlich selbst als Hilfesuchender vor den Reichstag.[2] Und die Fürsten fanden in Nürnberg einen anderen Weg, dem Kaiser Genüge zu thun und ihre Pflicht zu erfüllen.[3] Immerhin hat Maximilian seine Hoffnungen auf das Reich deswegen keineswegs bei Seite gelegt. Am 6. November 1481 macht er seinem Bündner Hermann von Köln Zusagen für den Fall, als es sich „durch Schickung des allmächtigen Gottes oder besondere Gnade seines lieben Herrn Vaters fügen würde, daß er zur römischen königlichen Würde komme".[4]

Man bedachte in Innsbruck die Durchführung des Planes noch weiter. Erzbischof Johann wurde beauftragt, sich in Person zu dem Kaiser zurückzubegeben, um ihm die Erwägungen der Fürsten zu unterbreiten. Ihn unterstützte Sigmund von Tirol mit einem dringenden Schreiben.[5] Herzog Albrecht erbot sich schon jetzt, im Notfalle für den neu zu wählenden König die Hauptmannschaft des Ostens zu übernehmen. Graf Haug und Bischof Johann erwarteten in Innsbruck weitere Befehle des Kaisers.

Kaiser Friedrich war einverstanden. Er versprach ins Reich zu kommen, die Erhebung seines Sohnes in Person zu betreiben. Doch bekamen die Räte Weisung, nichtsdestoweniger der Ungarhilfe wegen die einzelnen Fürstenhöfe sofort zu besuchen.[6] Traten sie nun, falls es nicht früher geschah, mit dem Erzherzoge Maximilian in Verbindung?[7] Jedenfalls war man bemüht, die Irrung zwischen Tirol und Württem-

[1] Die Belege dafür im Archiv 76, 572 ff. [2] Vgl. oben S. 696.

[3] Vgl. oben S. 698—700.

[4] Lacomblet, Urkundenbuch f. die Geschichte des Niederrheins IV. 520—521.

[5] Forsch. zur deutschen Geschichte XXII. 135, Anmerk. 2. Über des Kaisers damals sehr freundliche Beziehungen zu Sigmund vgl. man Chmel, Reg. II. 713, Nr. 7647; 716, Nr. 7702.

[6] Vgl. den Brief des Augsburger Bischofs an den Kurfürst von Brandenburg vom 25. August 1484, Minutoli 23.

[7] Erzbischof Johann war 1483 bei Maximilian gewesen. Vgl. Schober 48 und Beilage 18.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

berg auszugleichen,[1] warb man schon bei Mainz, Pfalz und Sachsen. Auch in Ansbach, wo keinerlei Forderung zu erwarten stand, kündigte der Bischof von Augsburg seinen Besuch an.[2]

Da traf den Kaiser ein neuer Unfall. Um Korneuburg zu retten, hatte er seine Mittel auf das äußerste angestrengt, auch die Ober- und Innerösterreicher zur Hilfeleistung vermocht und so endlich Ende Mai 1484 ein beträchtliches Heer versammelt, das unter Heinrich Prüschenk von Stettenberg den Entsatz versuchte. Dieses Heer wurde von den Ungarn geschlagen und zerstreut.[3] Kaiser Friedrich hielt es nun für unthunlich, in solcher Gefahr Österreich zu verlassen. Unverdrossen ging er daran, bei dem Adel und den Städten der Erblande neue Mittel aufzutreiben, um Korneuburg zu retten. Bei den deutschen Fürsten bat er wegen Korneuburgs „um eine eilige Hilfe" auf zwei Monate oder doch auf sechs Wochen. Und doch hatten sie, Albrecht von Brandenburg voran, soeben seinen Boten, die um eine Reichshilfe warben, sich versagt und dafür einen Reichstag für notwendig erklärt. Kaiser Friedrich entschloß sich, auch diesen zu versammeln, und Graf Haug von Werdenberg verkündete ihn bald mit kaiserlicher Vollmacht den Kurfürsten und Fürsten für den 20. Januar 1485 nach Frankfurt am Main.

Das war die Stätte für eine römische Königswahl. Dachte Kaiser auch unter so geänderten Verhältnissen daran, die Wahl seines Sohnes einzuleiten? Die Umstände nötigen geradezu, solches anzunehmen, wenn auch eine direkte Äußerung des Kaisers nicht vorliegt. Einen Reichstag zu versammeln war vergebliche Mühe, so lange es sich allein um eine Bewilligung für den alten Kaiser und den Ungarkrieg handelte. Friedrich hatte da nichts zu hoffen. Um so mehr empfahl es sich, die Stände zum Orte der Königswahl zu bescheiden, damit bei dem Drange der Umstände ein neugewählter König sofort mit ihnen die Hilfeleistung für die österreichischen Lande beschließe. Den Besuch des Tages durch alle Kurfürsten in Person zu erreichen, ritt Graf Haug nochmals von Hof zu Hof. Von der bevorstehenden Königswahl wußte man rasch mancherlei auch im Reiche zu erzählen.[4]

Inzwischen eroberten die Ungarn wirklich Korneuburg, worauf sie, noch im Dezember 1484, die Belagerung Wiens begannen. Noch weniger als zuvor fand es der Kaiser jetzt thunlich, aus seinen Erblanden zu ziehen. Wien zu verlieren schien ihm mit dem Verluste von ganz Österreich identisch.

[1] Vgl. Minutoli, Kaiserl. Buch 21. [2] Minutoli, Kaiserl. Buch 23.
[3] Schober, Die Eroberung Niederösterreichs 57—58.
[4] Vgl. die Belege im Archiv 76, 587 ff.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Nun änderte Friedrich auch die Weise seines Vorangehens. Konnte er nicht selbst ins Reich, um die Erhebung des Sohnes energisch zu betreiben und durchzuführen, war es da nicht besser, wenn er bis zum letzten Augenblicke aus dem Spiele blieb? War überhaupt in seiner bedrängten Lage nicht die äußerste Vorsicht notwendig, damit er nicht etwa das letzte Mittel, die Zukunft seines Hauses zu retten, umsonst versuche und die Wahl seines Sohnes auch für später gefährde? So beschloß er denn, daß Maximilian, nicht er selbst, die Sache unternehme, daß dessen Räte, dessen Freunde sie forderten. Er selbst wollte erst hervortreten, wenn alles gesichert sei. Gelang der Versuch nicht, so blieb wenigstens sein kaiserliches Ansehen dadurch ungeschmälert.

Das Mißlingen war aber keinesfalls ausgeschlossen. Sowohl der Kaiser als auch sein Sohn, der Herzog von Burgund, wußten,[1] daß der einflußreiche und energische Kurfürst von Brandenburg seit langem mit Neid auf die Erwerbung der reichen burgundischen Lande hinblicke und einer Wahl Maximilians entgegen sei. Betrieb jetzt auch Albrecht Achilles die persönliche Anwesenheit aller Kurfürsten auf dem Frankfurter Tage, so war unschwer zu erkennen, daß er sich mit dem Gedanken einer Wiederbelebung des alten Kurvereins trage, in dem ihm der maßgebende Einfluß, vor allem auch in Sachen einer Königswahl, zufallen mußte.[2] Und war man nicht auch mit Pfalz und Mainz immer noch in Spannung? Noch eben jetzt hatte Graf Haug am Heidelberger Hofe erfahren müssen, daß Pfalzgraf Philipp ohne jene Zugeständnisse, über die man mit ihm bereits 1480 in Nürnberg verhandelt hatte, für eine Wahl des Erzherzogs nicht zu haben war.[3]

So begnügte sich der Kaiser damit, seinen Sohn als seinen Stellvertreter zum Frankfurter Tage zu entsenden und neben ihm den Erzbischof von Salzburg(=Gran), den Grafen Haug von Werdenberg und den Bischof von Eichstätt, — auch er war ein treuer Verfechter der kaiserlichen Politik —, zu beglaubigen. An den burgundischen Hof eilte erst

[1] Den Beweis hierfür liefert die Art, wie man von Anfange an den Markgrafen in der Sache behandelte: er sollte vor die vollendete Thatsache gestellt werden. Vgl. den vertraulichen Brief aus der Umgebung Erzherzog Maximilians in der Wahlsache bei Minutoli, Kaiserl. Buch 67: „Darumb ist nit not, die ding ursprünglich an ine (den Markgrafen) gelangen zu lassen, dann er hat viel gesehen und gehört, und wo er es bei zeyt weßt und gefiel ihm nicht, er mocht es underkomen." (S. auch Archiv 76, 583, 584, 591.

[2] Man vgl. Albrechts eigenhändige Aufzeichnungen bei Minutoli, Kais. Buch 64—65, ferner den dort inserierten Brief über die Wahlangelegenheit 66—68 und Archiv 76, 584—585 und 587—588.

[3] Archiv 76, 589.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

noch Graf Haug persönlich.[1] Bei Trier, Köln und nach allem auch bei Mainz ward nun mit Erfolg gearbeitet. Herzog Albrecht von Sachsen wird bei seinem Bruder das nötige gethan haben. Trotzdem erwies sich die Vorsicht des Kaisers als gerechtfertigt, mißlang der Versuch.

Das Haupthindernis war offenbar die noch immer schwierige Lage des Thronbewerbers selbst. Mit ganzem Eifer hatte sich wie begreiflich der Erzherzog der Sache angenommen. Nach einander waren der Erzbischof von Gran, Kaspar Meck (Juli 1484), Georg Kettner (August 1484), Graf Haug von Werdenberg (Dezember 1484), Dr. Schenk (Januar 1485) zu und von ihm als Boten seines kaiserlichen Vaters unterwegs.[2] Aber umsonst war er „alle Tage in Verhoffung", „seine Sachen sollten sich also geschickt haben, daß er (nach Frankfurt) mocht kommen sein"; vergebens ward noch zuletzt verkündet, daß er mit Kurfürst Hermann von Köln am 28. Januar in Frankfurt sein werde.[3] Maximilian vermochte sich nicht loszumachen, und als dann endlich am 5. Februar statt seiner Graf Adolf von Nassau mit Graf Haug in Frankfurt eintraf, da waren die Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen und auch Berthold von Mainz, letzterer allerdings mit der Zusage, im Notfalle wiederzukommen, weggeritten. Daß die Kurfürsten ihre Räte — für die Verhandlung über die Reichshilfe — dagelassen hatten, daß nun doch noch Trier und Köln in Person eintrafen, war für die Wahlsache ohne Belang: ohne Brandenburg, Sachsen und den Pfälzer, der überhaupt nicht nach Frankfurt gekommen war, ließ sich nichts thun. Natürlich hat Graf Haug auch in den nachfolgenden Verhandlungen über die Unterstützung des Reiches gegen die ungarische Invasion nichts erreicht. Die Mehrheit der Anwesenden gebrauchte die alte Ausrede von dem geringen Besuche des Tages und der Nichtverbindlichkeit der gefaßten Beschlüsse für die Abwesenden. So wußte man am 16. Februar jede Leistung abzulehnen.[4]

Aber auch die Absichten des Markgrafen von Brandenburg waren in Frankfurt nicht in Erfüllung gegangen. Die Kurfürsten von Mainz, Köln und der Pfalz waren nicht in die Kureinung gekommen, der alte

[1] Er oder Erzbischof Johann empfing offenbar für Maximilian die geheime Erklärung des Kaisers, daß er der Wahl zustimme, die der Erzherzog erst im entscheidenden Augenblicke gebrauchen sollte. Archiv 76, 589—590, 591, Anm. 3.

[2] Ergiebt sich aus den Korrespondenzen bei V. v. Kraus, Briefwechsel, und Minutoli, Kais. Buch.

[3] Minutoli, Kaiserl. Buch 52, Nr. 45 und 69—70, Nr. 60, 61 (wie so oft mit irrigem Datum).

[4] Archiv für österreichische Gesch. 76, 591—592.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kurverein nicht zu neuem Leben erweckt.[1] Noch war so die Verpflichtung der Kurfürsten zu gemeinsamem Vorgehen in allen wichtigen Angelegenheiten, zu denen ja in erster Reihe eine Königswahl gehörte, nicht geschaffen, der alte Markgraf in seiner Abneigung gegen die Erhebung Maximilians isoliert und die Bahn dafür frei. Mit großem Mißbehagen hatte Albrecht gelegentlich in Erfahrung gebracht, wie weit die Sache gediehen war, auf welche Weise an ihr gearbeitet wurde. Er, so lange des Kaisers Vertrauensmann, sah sich bei Seite gelassen. Das vermochte er nicht zu verwinden. Direkt hielt er dem Kaiser vor, was er in der Wahlsache „in Frankfurt und anderswo gehört", „aber nichts gründlichs von Jemand, sondern dem Bauerngeschrei nach": es wäre ihm „seltsam, sollte etwas daran sein", denn gern wollte er „sich erkennen lassen als der, der sich, als weit er könne, nach seinen Gnaden richte", aber „Mißtrauen und Unglauben gegen ihn hätten kein Statt noch Fug, und wollten Andere viel antragen und er sollt ihr Trollgast sein, sei ihm nicht gemeint".[2]

Der Kaiser benützte in seiner Antwort die Hinterpforte, die er sich offen gehalten, und gab Bescheid über Dinge, nach denen der Kurfürst nicht gefragt: Er habe von Umtrieben der Kurfürsten, eine Königswahl *gegen* seinen Willen vorzunehmen, keine Kunde, er denke auch nicht daran, die *Regierung* des Reiches in andere Hände zu legen.[3] In der That handelte es sich ja um eine Erhebung *mit* seiner Zustimmung, ja Mitwirkung, und die Regierung des Reiches sollte der neue römische König erst *nach seinem Tode* übernehmen.[4]

Für jetzt galt es, den fruchtlosen Versuch zu verdecken und den Kurfürsten zu beschwichtigen. Aber wenn der Kaiser sich entschuldigt, weil er dem Markgrafen „solches nit sunderlich geschrieben", verrät er nicht doch sein Mitwissen? Der Markgraf konnte sich denn auch nicht enthalten, dem Kaiser neuerdings in der Sache zu schreiben: zwar sei in Frankfurt von der Hilfe des Reiches gehandelt worden, „aber auch anderes mehr daneben, davon ich nichts weiß oder vielleicht wissen soll".[5] Er suchte auch jetzt in geschäftiger Plänemacherei, wie dem Kaiser und

[1] Wie sehr Albrecht daran gelegen war, zeigen seine eigenhändigen Notizen bei *Minutoli*, Kaiserl. Buch 63 ff.

[2] Schreiben vom 11. Febr. 1485 bei *Minutoli*, Kais. Buch 79—81, Nr. 69.

[3] Schreiben vom 19. Febr. 1485 bei *Minutoli*, Kais. Buch 88—90, Nr. 76.

[4] Man vgl. die kaiserliche Proposition für den Frankfurter Wahltag von 1486 bei *Müller*, Reichstagstheatr. unter Maximilian I., 5. Archiv 76, 569—570, 591.

[5] Schreiben v. 28. April 1485 bei *Minutoli*, Kais. Buch 101—104, Nr. 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

den Erblanden zu helfen wäre, wenigstens äußerlich ein näheres Verhältnis zu dem Kaiser zu erhalten.[1] Thatsächlich sah er den österreichischen Handel als eine „Suppe" an, „die ganz verschütt ist".[2]

Kaiser Friedrich kam bald unter zum Teile noch ungünstigeren Verhältnissen in die Lage, doch an die Erhebung seines Sohnes zu gehen. Alle Mühe, dem belagerten Wien Entsatz zu schaffen, war vergeblich. Seit Februar 1485 war die Stadt auch schon von Hungersnot heimgesucht. Damals bereits sprach ein Teil der Bürgerschaft von Übergabe. Bald zeigte sich der Geist des Ungehorsams auch unter den böhmischen Dienstleuten der Stadt, deren manche geradezu zum Feinde übergingen. Ende Mai war alles verloren und am 1. Juni hielt der siegreiche Corvine seinen prunkenden Einzug in die erste Stadt der habsburgischen Lande. Beinahe ganz Niederösterreich, ein großer Teil der Steiermark, Teile Kärnthens und Krains befanden sich ebenso im ungarischen Machtbereiche.[3]

Der Kaiser erfaßte die Lage in ihrer ganzen Gefährlichkeit. Der Verlust von Wien schien ihm mit gänzlicher Vertreibung gleichbedeutend. Hier mußte das äußerste geschehen, um sich zu erhalten. Der letzte Reichstag hatte zum so und sovieltenmal dargethan, daß Friedrich für sich keine Hilfe vom Reiche zu erwarten habe. Noch am 14. April hatte er selbst dem Kurfürsten von Brandenburg geschrieben, eine Zusammenkunft, wie sie Albrecht vorgeschlagen, bringe nichts als unnützen Zeitverlust.[4] Nun überwand er seine Bedenken und seine Schwermut, „darin er durch täglich mehr Anfechtung gefallen". Es gab keine Rettung, als bei dem fernen Sohn, als mittelst seiner Wahl die Kräfte Burgunds und des Reichs gegen den Ungar zu wenden. So sah man die Sache auch anderswo an.[5] Am 29. Mai war die Hiobsbotschaft von der Ergebung Wiens an den Kaiser eingelangt und schon andern Tags ist er entschlossen, persönlich ins Reich zu ziehen.[6] Am 5. Juni war der Kaiser bereits in Salzburg, von wo er seine Tochter Kunigunde und seine Kostbarkeiten nach Innsbruck an den Hof seines Vetters sandte.

[1] So auch noch im Sommer 1485. Vgl. Minutoli 132 ff.

[2] Ebendort 136, Nr. 119. [3] Archiv 76, 592—593.

[4] Minutoli, Kais. Buch 98—99 (mit irrigem Datum).

[5] Vgl. Markgraf Albrecht am 8. Juli 1484 bei Minutoli, Kais. Buch 109 bis 110. Ebendort 189 schätzt der Markgraf Maximilians Anwesenheit bei dem Reichsheere „angesehn die erbschaft und verwandtnus, auch die forcht, die er yttund mit seinen ritterlichen übungen erworben hat", für besser als 4000 Mann.

[6] Vgl. sein Schreiben vom 30. Mai an den Kurfürsten von Brandenburg ebendort 106—107. Betreffs des Datums u. s. w. s. Archiv 76, 594, Anm. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Dorthin folgte er dann auch selbst, offenbar vor allem der Botschaft seines Sohnes harrend.

Wenigstens dessen Angelegenheiten hatten sich in letzter Zeit entschieden zum bessern gewendet. „Kriegsmüde und erweicht durch die Verwüstung des Landes und das Darniederliegen des Handels beugten die Flamänder sich dem Schwerte." Der Erzherzog erreichte die Anerkennung seiner vormundschaftlichen Rechte über den Sohn und die Erstattung der Kriegskosten.[1] Am 7. Juli 1486 war der junge Herzog Philipp wieder in der Gewalt seines Vaters. Aber schon zuvor hatte Maximilian dem Kaiser von der glücklichen Wendung der Sachlage Meldung gethan. Er hatte um Vollendung des Werkes seiner Erhöhung gebeten und seine baldige Ankunft im Reiche (in Köln) in Aussicht gestellt.[2] Und noch früher war er selbst (6. Juni) nach langer Verhandlung mit dem Pfalzgrafen um den Preis seiner Stimme einig geworden, ein Beweis, daß der Erzherzog, unbeirrt durch den Ausgang der letzten Frankfurter Verhandlungen, an seiner demnächstigen Wahl weiter gearbeitet.

Mitte Juli 1485 begann Kaiser Friedrich die Reise durch das Reich in Sachen der Erhebung seines Sohnes. Auch jetzt blieb der Kurfürst von Brandenburg, obwohl ihm der Kaiser am 30. Mai eine allgemein gehaltene Andeutung gegeben, zunächst aus dem Spiele. Der Kaiser wandte sich durch Schwaben an den Oberrhein, den von Mainz zu gewinnen,[3] wohl auch noch mit Pfalz und Trier manches zu ordnen. Graf Haug von Werdenberg besuchte wieder den kursächsischen Hof. Beides geschah, so viel sich sehen läßt, mit Erfolg.

Dann gab es nochmals Störung und Verzögerung. Erzherzog Maximilian sah sich genötigt, eben jetzt den Lüttichern ernstlich zu Leibe zu gehen. Er meldete seinem Vater, daß er zwar, was noch vom Feuer der Erhebung in seinen Landen vorhanden, lösche, das beste, was er thun könne, aber leicht aus zu eiliger Versehung wichtiger Geschäfte Schaden nehmen könne.[4] Da ward die Zusammenkunft verschoben und der Kaiser wandte sich nach dem Osten, in der Zwischenzeit zu versuchen, ob sich vielleicht doch auch der Kurfürst von Brandenburg gewinnen

[1] Kervyn de Lettenhove, Histoire de Flandre IV. 322. Ulmann, Maximilian I., I. 2—3.

[2] V. von Kraus, Maximilians vertraulicher Briefwechsel mit S. Prüschenk 48—49. Brief vom 8. Sept., der von den vorhergehenden Verhandlungen redet.

[3] Archiv 76, 596, wo auch die Belege.

[4] Brief vom 8. September bei Kraus a. a. O.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

ließe. Am 10. Oktober traf er mit dem Markgrafen in Dinkelsbühl zusammen. Albrecht hat abgelehnt.[1] „Er that es unter den gewöhnlichen lebhaften Beteuerungen seiner Hilfsbereitheit und Ergebenheit; er machte dafür weitgehende Vorschläge, wie das Reich auch sonst zur Hilfe gebracht werden könnte; er drang auf die Erfüllung seiner eigenen Wünsche", sein Verhältnis zu Bayern-Landshut und Nürnberg betreffend. Der Kaiser hatte es damit nicht eilig. Auf jene Vorschläge gab er nicht einmal eine Antwort.[2] Doch blieb zunächst noch Markgraf Friedrich, Albrechts zweiter Sohn, in seinem Gefolge. Als aber Kaiser Friedrich nach einer Besprechung mit den sächsischen Brüdern zu Bamberg (20. Oktober) den Plan faßte, vor dem Wahltage in Frankfurt sich erst noch am 6. Dezember mit den Kurfürsten in Würzburg zu beraten, und dem alten kranken Markgrafen nahelegte: da Albrecht von Würzburg fern bleiben dürfte und es sich um Dinge handle, bei denen er, der Kaiser, und die Kurfürsten „Niemand andern gedulden mögen", den dortigen Beschlüssen einfach beizutreten, da brauste der Markgraf zornig auf. Der lange mühsam beobachteten Mäßigung vergessend, erklärte er, nun erst recht, und zwar doppelt, als Kurfürst und als Burggraf von Nürnberg, nach Würzburg schicken zu wollen; niemand habe das Recht, „ihn seiner Stimme zu berauben" und ihm zuzumuten „zu verwilligen, daß andere für ihn antworteten".[3]

Damit schwand die Aussicht, in Würzburg die Einigkeit im Kurkollegium für die Wahl herzustellen. Kaiser Friedrich gab den Tag auf. Er erkannte die Notwendigkeit, die Opposition des angesehensten, mächtigsten der Kurfürsten am Wahlorte selbst unschädlich zu machen. Dafür galt es mit aller Umsicht und Energie die Mittel bereit zu stellen. Wirklich gewann der Kaiser den Kurfürsten Ernst von Sachsen, der (um Martini) mit seinem Bruder zu ihm nach Nürnberg gekommen war. Ernst ward nun ein eifriger Förderer der Wahl.[4] Dann, wie bisher unablässig mit den österreichischen Dingen beschäftigt, wandte sich

[1] Albrecht am 13. Januar 1486: „Auch mag die antwort, unserm herrn kayser gegeben, kein anderes erleiden, nachdem wir uns abgeslahen haben, unsern willen zu geben. Minutoli 187.

[2] Archiv für österr. Gesch. 76, 598. Einige Angaben über des Kaisers Reise und seine Begegnung mit dem Markgrafen bietet auch das „Behmisch buch" des Nürnberger kgl. Kreisarch., fol. 111, 124—125, 130, 131—132, 135.

[3] Die bezüglichen Schreiben bei Minutoli, Kais. Buch 162, 163—164, 166. Zu des Kaisers Aufenthalt in Bamberg siehe noch Lünig, Reichsarchiv XVII. 264, und Janssen, Frankfurts Reichskorr. II. 411; zum Ganzen: Archiv 76, 598.

[4] Archiv für österr. Geschichte 76, 599 Text und Anmerkung 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Friedrich III. nach Westen, der Zusammenkunft mit seinem Sohne entgegen, die am 22. Dezember in Aachen erfolgte. Schon zuvor war die Verlegung des Kurfürstentages von Würzburg nach Frankfurt a. M. ausgesprochen worden, wobei sich der Kaiser die Benennung des Termins noch vorbehielt. Doch bestellten hier schon Mitte Dezember der Pfalzgraf und der Erzherzog, dann am 17. d. M. auch Kurfürst Berthold von Mainz Herberge.[1]

Was in Aachen, was in Köln, wo die beiden Habsburger fast die ganze erste Hälfte des Januar zubrachten, geschah, unter fleißiger Assistenz Kurfürst Hermanns, der vor allem als der Vertrauensmann des Herzogs von Burgund erscheint, — galt nicht mehr der Frage der Erhebung, die ja längst beschlossen war, sondern der Feststellung formeller Fragen. Am 9. Januar 1486 bestätigte Maximilian als künftiger römischer König dem Kurerzkanzler Berthold den Besitz des „goldenen Mainz", seine Kanzlerrechte, die Schenkung einer Summe, die der Kaiser noch aus den Tagen Erzbischof Adolfs her zu fordern hatte u. s. w. Hermann von Köln erlangte von dem Herzoge von Burgund die Zusage steter Waffenhilfe auf eigene Kosten, falls er ja einmal mit Kleve, Berg oder der Stadt Köln in Fehde gerate, die Verzichtleistung auf die einst von Erzbischof Ruprecht an Karl den Kühnen übertragene Erbvogtei über die Kölner Kirche, die Bestätigung aller Privilegien seines Erzstiftes, sobald der Erzherzog zum römischen Könige gewählt sei u. s. w.[2]

Natürlich blieben der gewöhnlichen Übung nach auch die einflußreichsten Räte der beiden Kirchenfürsten nicht vergessen.

Weniger greifbar ist die Handsalbe, welche Pfalz, Sachsen und Trier erhielten. Letztere waren dem Hause Habsburg nahe verwandt. Bei dem Pfälzer handelte es sich offenbar, wie die früheren Verhandlungen und späteren Forderungen und Beschwerden zeigen, um die Landvogtei im Elsaß oder doch deren Einkünfte. Betreffs Sachsens wird man an die Verschreibung auf Jülich, Berg und für Herzog Albrecht an die Zusage der Hauptmannschaft an Stelle des neuen römischen Königs erinnern dürfen.

An den Kurfürsten von Brandenburg traten die Habsburger nach seiner Ablehnung im Oktober erst wieder heran, als sie des Erfolges nahezu sicher waren, der alte Markgraf seine Gegenanstrengungen vereitelt sah. Sowie die Erneuerung der kurfürstlichen Einung, so waren seine Annäherungsversuche an Mainz, Sachsen und den Bischof von

[1] Ebendort 599—600, Text und Anmerk. 2.

[2] Lacomblet, Urkundenbuch IV. 535. Vgl. Arch. 76, 601—602.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Bamberg gescheitert. Nürnberg und die verbündeten Städte standen ihm in altem Mißtrauen, der junge Herzog von Landshut in geschärfter Abneigung gegenüber. Da beeilte er sich, die goldenen Brücken zu beschreiten, die man ihm gebaut. Am 12. Januar — die weiteren Verhandlungen sind uns unbekannt — erteilte Markgräfin Ursula, Albrechts Tochter, dem Vater in feierlicher Form ganze Vollmacht, ihre Vermählung mit dem Erzherzoge Maximilian von Österreich, Herzog von Burgund, zu bereden und zu beschließen. Mit dem Eifer des Neubekehrten hat dann der greise Kurfürst die Königswahl und Reichshilfe in Frankfurt zu fördern gesucht, derart, daß er, der doch allein und entschieden sich widersetzt hatte, Fernstehenden als der erste Helfer dabei, ja als Urheber erschien.[1]

Die Energie und Rücksichtslosigkeit, die Kaiser Friedrich in der Wahlsache sogar dem altbefreundeten Kurfürsten von Brandenburg bewies, bekam in noch höherem Grade die Krone Böhmen zu fühlen. Weil es zwei Könige von Böhmen gab, beide vom Kaiser anerkannt und belehnt, und man beide hätte zur Wahl laden müssen, weil der eine derselben, der Ungarkönig, des Kaisers Todfeind war, dem der Kaiser um keinen Preis eine Einflußnahme auf die Wahlhandlung gestatten wollte und durfte: zog man es vor, allen Erörterungen und Weiterungen über die Ausübung der gemeinsamen Kur durch beide Könige, aller Verhandlung um den Preis ihrer Stimme auszuweichen, indem man sie beide bei Seite ließ. Hinterher, als namentlich der Böhme, von dem Ungar aufgestachelt, bittere Beschwerde über solche Behandlung erhob, konnte man sich damit entschuldigen, daß der Frankfurter Tag nur als Kurfürstentag berufen gewesen, daß erst während des Tages die Kurfürsten sich geeinigt, im Interesse des Reiches zur Wahl eines römischen Königs zu schreiten, und es dann an der Muße gefehlt, auch die böhmische Kurstimme beizuziehen. Das war formell richtig, so wenig es den Thatsachen entsprach und in Böhmen, Ungarn und anderswo als bare Münze genommen wurde.[2]

Mitte Januar 1486 gestattete der vollströmende Rhein die Schiffahrt und nun fuhren der Kaiser, Erzherzog Maximilian, Kurfürst Hermann von Köln und andere Fürsten mit ihnen hinauf zur alten Wahlstatt, Frankfurt a. M., wo bereits die Kurfürsten versammelt waren. Da eine Intrigue des französischen Hofes nicht verfing,[3] gab es keine

[1] Archiv für österr. Gesch. 76, 602—603.
[2] Ulmann i. d. Forsch. z. deutsch. Gesch. XXII. 149 ff., u. dazu Arch. 76, 604.
[3] Ulmann ebendort 153.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Schwierigkeiten mehr. Es handelte sich diesmal nicht um eine Wahl bei Erledigung des Reiches, sondern um die Erhebung eines römischen Königs mit Zustimmung und auf Veranlassung des Kaisers; diesmal war die goldene Bulle Karls IV. „nicht in Übung". Dafür trat die alte Gepflogenheit der Designierung und Präsentation des Nachfolgers seitens des Reichsoberhauptes in Kraft. Von diesem Rechte machte nun der Kaiser zu gunsten seines Sohnes Gebrauch. Er unterstützte sie in seiner Proposition an die Kurfürsten mit den gewichtigsten Gründen, mit dem Hinweise auf die Lage der Dinge im Reiche überhaupt und der österreichischen Erblande insbesondere: die Wahl eines jeden andern, der etwa „zu den erblichen Landen nicht Neigung bringe", müßte verhängnisvoll sein, „des Reiches Hilfe" für sie würde „dadurch zerrissen" und sie würden „in der Feinde und fremder Nation Hände wachsen", „ein solcher Einbruch der Feinde in Deutschland, der hernachmals schwer wieder einzubringen" wäre.[1]

In Gegenwart des Kaisers erfolgte denn auch am 16. Februar 1486 in altgewohnter Weise die einstimmige Wahl des Erzherzogs Maximilian zum deutschen König.[2]

Die Hoffnungen aber, die man auf diese Erhebung gesetzt, sie gingen trotz der gleichzeitigen Hilfebewilligung des Reiches nicht in Erfüllung. Doch befreite schon 1490 der Tod des gewaltigen Ungarkönigs die österreichischen Erblande von ihrem Bedränger. Seitdem ruhte die Macht des Hauses Habsburg auf dem großen geschlossenen Besitze im Osten des Reiches, einer Ländermasse von nahezu zweitausend Quadratmeilen Umfang, und den reichen niederländischen Provinzen im Westen. Diese beiden mächtigen Pfeiler überwölbte die deutsche Krone und schloß sie zu einem Machtbau zusammen. Schon Kaiser Maximilian versuchte, vor allem gestützt auf die Kräfte der von ihm zeitgemäß organisierten östlichen Erblande, europäische Großmachtpolitik zu treiben, deren Kosten freilich noch zum Teil die kommenden Geschlechter zu tragen hatten. Unter Kaiser Ferdinand I. gewann die neue Großmacht auch die breitere territoriale Basis. Alle anderen deutschen Fürstentümer weit überragend, allein im stande, das Reich gegen Franzosen und Türken in seinem Bestande zu sichern, behielt Österreich seitdem auch die Führung in Deutschland bis zur durchgreifenden Veränderung aller Verhältnisse in unseren Tagen.

[1] Die Proposition bei J. J. Müller, Reichstagsth. unter Maximilian, I. 5.
[2] Ulmann in den Forsch. a. a. O. und Maximilian I., I. 7—9, Archiv 604.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Personen- und Ortsregister.

Aachen, Reichsstadt 172, 368, 401, 425, 442, 470, 474, 520, 525, 572, 586, 636, 738.
— Dechant von, s. Erklens.
Aar, Fluß 253, 391.
Aargau 248, 415.
Abbeville 398.
Absberg, Jorg von, hessischer Kanzler 698.
Adelsheim, Götz von, pfälzischer Rat 458.
Adolf (von Nassau), Erzbischof von Mainz 71, 198, 243, 244, 258, 281, 296, 298—300, 301—302, 349, 356, 357, 358, 362, 363, 370, 404, 407, 410, 411, 418, 422, 424, 425, 432, 433, 456, 458, 463—484, 486, 487, 488, 492, 494—496, 497, 498, 502, 532, 655, 738.
Adolf VIII., Herzog von Schleswig, Graf von Holstein 49—50, 52—53.
Adolf, von Geldern 416, 620, 628.
Adolf, Graf von Nassau 422, 629, 733.
Agnellis, de, päpstl. Nuntius 664, 665, 667, 702.
Aix 555.
Albanien 630, 631.
Albrecht I., römischer König 328.
Albrecht II., römischer König, König von Ungarn und Böhmen 41, 102, 124, 317, 376.
Albrecht VI., Erzherzog von Österreich 35, 46, 47, 52.
Albrecht (Achilles), Markgraf von Brandenburg-Ansbach, (seit 1470) Kurfürst 27, 29, 30, 34, 59—69, 79—81, 82—83, 91, 93, 94—97, 109—112, 113, 115, 116, 121, 122, 138—142, 177, 196—197, 198—199, 203, 217—218, 221, 238, 239, 243, 245—247, 281—282, 300, 302—303, 305—310, 318, 319, 323, 343, 349, 363, 370, 372, 375, 389, 404, 406, 407, 410, 411, 429, 433, 439, 440, 447, 449, 451, 452—455, 458, 473—474, 476, 483—484, 486, 488, 490, 491, 492, 494, 497, 498, 499, 500, 502, 504, 510, 515, 538, 580, 588, 590—592, 596, 606, 608, 614—617, 619, 626, 636, 682, 691—702, 704, 706, 711—717, 720, 727—739.
Albrecht IV., Herzog von Bayern-München 113, 202, 237—238, 258, 349, 354, 355, 389, 404, 406, 408, 410, 411, 418, 422, 428, 440, 449, 456, 458, 545, 579, 691.
Albrecht (der Beherzte), Herzog von Sachsen 61, 89, 91, 98, 112, 227, 228, 237—238, 239, 247, 282, 283, 303, 307, 323—336, 337—339, 340—341, 350, 364, 375, 389, 482, 491, 498, 504, 510, 515, 593, 615, 617, 688, 691, 693—700, 712, 728—730, 733, 738.
Albrecht (von Bayern), Graf von Holland u. s. w. 262.
Albrecht, Markgraf von Baden 422, 456.
Aleria, Bischof von, päpstl. Legat 601, 632, 658, 660, 661, 664.
Alexander VI., Papst 9, 11.
Alexander, Bischof von Forli, päpstlicher Legat 319, 503, 509, 512, 569, 571, 574, 586, 599, 601, 686, 660—661, 663, 664, 727.
Alexander, Guardian zu St. Leonhard in Graz 174.
Alfonso, von Neapel 721.
Alpen 176, 639.
Alpenthäler 31, 464, 552.
Altdorf, an der ungar.-poln. Grenze 476.
Altenofen s. Ofen.
Amadeus, Herzog von Savoyen 392.
Amboise, Karl von, Statthalter der Champagne 575, 627.
Ancona 180.
Andernach 497, 498, 503, 508.
Andreas (Zuccalmaggio), Erzbischof von der Krajna, kaiserl. Orator an der Kurie 648, 658, 670, 671, 702, 720—724.
Angelo Sankt, Kardinal von, s. Carvajal.
Anjou, Haus 416.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Anjou, Herzog von 555.
Anna von Beaujeu 726.
Ansbach, Stadt 63, 87, 141, 305, 449, 451, 454.
—, Fürstenhaus von, s. Brandenburg.
Ansbacher, Ansbachisch 60, 62, 113, 177, 199, 217.
—, Markgraf von, s. Albrecht Achilles.
Antivari 631.
Anton, Bastard von Burgund 552.
Antwerpen 424.
Anxias, Kard. Montis Regalis 668, 677, 679.
Aosta, Thal von 555.
Apenninen 180.
Appenzeller 240, 252.
Aquileja, Patriarch von, s. Marcus Marci.
Aragon s. Aragonien.
Aragonien 10, 16, 398, 471, 507, 602—603, 622.
—, Ferdinand (Ferrante) von, s. Ferdinand von Neapel.
—, Ferdinand von, s. Ferdiand der Katholische.
Aragonesisch 604.
Arberg, der von (Wilhelm) 509, 511—512.
Arelat 474.
Aremberg, Graf von 499.
Arnold, Herzog von Geldern 398, 416.
Arras 261, 576, 577, 620, 627, 726.
Artois, Grafschaft 261, 468, 509, 576, 620, 679, 726.
Aschaffenburg 473.
Ascoli, Bischof von 707, 709.
Aufseß, Heinrich von, ansbach. Rat 217.
Augsburg, Reichsstadt 110, 113, 177, 196, 201, 203, 250, 345, 401, 402, 404—410, 411, 412, 414, 417, 419, 427, 432, 433, 439, 441, 453—459, 460, 465, 471, 475, 476, 480, 488, 489, 491, 581, 689, 702, 704.
—, Kirche von 650.
—, Koadjutor von, Bischof von, s. Johann von Werdenberg.
Augsburgisch 243, 511.
Auhrow, bei Wilemow in Böhmen 207.
Auschwitz, Kastellan zu, s. Skop.
Auxerre, Grafschaft 262, 726.
Avenches, in der Wadt 563.

Bach, Leonhard von, Ritter, pfälzischer Rat 702.
Baden, Stadt 411, 414, 450.
Baden, Fürstenhaus 39, 196, 243, 246, 258, 264, 302, 303, 304, 462, 579.
— Territorium und Herrschaft 484, 510.
Baden, Markgraf, Markgrafen, Herr, Herren, der, die von 243, 245—247, 253, 349, 367, 407, 416, 487.
— der von, s. Karl.
Badisch, Badenser 246, 510.
Bagnolo, Friede von 724.
Bajesid II., türkischer Sultan 719, 727.
Balkanhalbinsel 9.
Balthasar, Herz. v. Sagan 104, 119, 130.
Balue, de la, Kardinal 280.
Bamberg, Bischof von 91, 198, 691, 704, 712, 717, 739 s. Georg.
— Kirche von 650, 651.
— Vikar von, s. Fabri.
Bamberg, Stadt, 370, 484, 486, 737.
Banffi, Nikolaus von, ungar. Edler 599.
Bar-sur-Seine, Grafschaft 726.
Barbara, Markgräfin von Brandenburg, Herzogin v. Glogau-Crossen, 406, 588, 590—591, 593, 595, 619, 691.
Bardt, Herzöge von, s. Pommern-Wolgast.
Bari, Erzbischof von 599.
Barnekow, pommerscher Sachwalter am kaiserl. Hofe 65.
Basel, Stadt 252, 287, 396, 412, 415, 418, 419, 436, 442, 463, 466, 467, 468, 558, 562, 568, 574, 653, 722, 724.
Basler, Konzil 5, 108, 340.
— Bischof von 253, 258, 349, 442, 461, 465, 653.
— Kirche von, 653.
Baumkircher, die 190.
— Andreas, Freiherr v. Schlaning (Szalonak) 192, 194, 212, 213, 216, 226, 233—236, 274, 275—278, 289, 295, 297—298, 342—345, 675.
— der jüngere (Wilhelm) 379.
Bautzen 103.
Bayer, Bayern, der, die 199.
Bayern, Territorium und Herrschaft 20, 30, 38, 39, 71, 99, 109, 111—112, 115, 161, 196, 213—214, 224, 237 bis 238, 254, 302, 304, 205—209, 356, 407, 484, 485, 692, 697, 711.
Bayern-Landshut 25, 38, 113, 296, 305, 308, 389, 407, 619, 737.
—-Mosbach 305.
—-München 205, 308, 388, 389, 407, 691.
— Ober- 304, 342, 389.
— Nieder- 304, 305.
— Haus von 302—304, 483, 488.
— Herzöge, Herren, Fürsten, der, die von 29, 94—96, 112, 138, 140, 141, 198, 258, 302, 617, 630, 676, 689, 691, 719, 728.
Bayerisch 69, 70, 71, 198, 301, 305 bis 307, 343, 345, 485, 579, 667, 718.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Beatrix (von Neapel), Königin von Ungarn 544, 587, 590, 689.
Beaujeu s. Anna.
Beckensloer, Hieronymus von, Dechant zu Brieg 139, 586.
— Johann von, Erzbischof von Gran u. Salzburg s. Johann.
Beheim s. Böhmen.
Beheimisch s. Böhmisch.
Belgrad 356, 444.
Beneschau, in Böhmen 130, 447, 539.
Bentivoglio, Johann von, Herr zu Bologna 180, 721.
Berchtoldsdorf (Perchtoldsdorf) in Niederösterreich 651.
Berg, Herzog von, s. Jülich.
Berka v. Nasidlo, Hauptmann zu Troppau 219.
Berlin 141, 591.
Bern 252, 253, 261, 271, 392, 393, 394, 413, 492, 495, 507, 508, 536, 547, 552, 554, 558, 561—564, 565, 581, 623, 724.
Bernhard (von Rohr), Erzbischof v. Salzburg 191, 346, 349, 357—358, 367, 630, 633, 665—668, 674—678, 716, 718.
Beromünster s. Münster.
Berthold (von Henneberg), Erzbischof von Mainz 728, 729, 731, 732, 733, 736 bis 739.
Besançon 287, 436, 467, 471, 551.
Bessarion, Kardinal 181, 642.
Biberstein, Brüder von 119.
— Friedrich von 130.
Bischofsheim, Stadt 244.
Bisunz s. Besançon.
Bitsch s. Wecker.
Blamont, Sire de, s. Neuschatel.
Blanka Maria, Herzogin v. Mailand 173.
Blattna, Herr von, s. Rosental.
Blasien St., Abt von 254.
Bockenheim 571.
Bodensee 242, 248, 249, 253, 270.
Böhme, Böhmen, der, die 25, 27, 43, 48, 72, 75, 85, 104, 106, 119, 120, 122, 123, 138, 141, 152, 154, 156, 159, 170, 199, 200, 206, 211, 228, 233, 275, 279, 288, 313, 330—336, 337, 389, 443, 447, 451, 455, 485, 540, 542, 588, 590—592, 593, 595, 596, 597, 602, 603, 606—609, 610—617, 630, 652.
— der von, s. Georg und Wladislaw.
Böhmen, Herrschaft und Reich 17, 18, 19, 20, 22, 23—34, 36, 42, 46, 47, 55, 60, 67, 68, 69—82, 90, 91, 95, 96, 99—116, 120, 123—128, 131—142, 144, 145, 146—160, 161—171, 172, 173—176, 187, 194, 195—208, 209 bis 224, 227—241, 274, 276, 280, 283, 288, 290—291, 292, 303, 317, 318—320, 321—337, 338—341, 345, 346, 350, 365—366, 373, 373—378, 384, 387, 403, 412, 434, 443—449, 454, 475, 484, 489, 541, 542, 638, 739.
— Ost- 103.
— Südost- 105.
— Nord- 105, 160, 168.
— Süd- 119, 160, 169, 317, 546,
— West- 168, 323, 324, 327, 638.
— Land (Königreich) 20, 25, 32, 35, 67, 71, 78, 85, 87, 88, 94, 95, 96, 99, 100, 102, 104, 110, 119, 126, 130, 152, 156, 160, 161, 169, 175, 176, 200, 205, 214, 231, 311, 312—315, 337, 340, 341, 342, 372, 374, 385, 444, 449, 451, 541, 543, 544, 546, 547, 596, 598, 604, 609, 638.
— Krone von 28, 80, 101, 112, 114, 124, 126, 131, 147, 163, 222, 223, 229, 238, 240, 310, 321, 336, 339, 341, 372, 389, 608, 609, 739.
— ein König von 101, 102, 385, 386, 450, 540, 739.
Böhmenkönig s. Georg und Wladislaw II.
Böhmerwald 105, 161, 323, 389.
Böhmisch 23, 24—35, 36, 60, 71, 74, 75, 78—82, 83—85, 88, 90, 91—97, 98 bis 116, 119, 120, 122—128, 129, 131 bis 142, 143, 145, 146, 147—160, 164, 165, 167, 173—176, 177, 184, 190, 194, 195, 196—206, 215—226, 229, 245, 253, 258, 274, 276, 277, 278—283, 289, 310—320, 322—336, 337—341, 344, 350, 463, 366, 373, 374—379, 383, 406, 408, 427, 439, 443—449, 450—451, 453, 476, 477, 489, 489, 539, 546, 588, 590, 592, 595—598, 607, 609—616, 625, 675, 688, 690, 706, 735.
Bogislaus, Herzog von Pommern-Wolgast 615.
Bohemica s. Böhmisch.
Bohemus s. Böhme.
Bolkenhain, in Schlesien 160.
Bologna 180, 721.
Bona Sforza, Herzogin-Witwe von Mailand 602.
Bonn 440, 473, 480.
— Propstei von 665, 673.
Borgia, Cäsare, Herzog von Valentinois 9, 11.
— Roderigo, Kardinal 186.
Borsso, Herr von Ferrara 180.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Boskowitz, Ulrich von, mährischer Baron 218.
Boskowitz s. Czernahara.
Bosnien 187, 356, 587, 630, 651, 708.
Bouchain 621.
Bourges 14.
Boxberg, fränkisches Schloß 302.
Brabant 262, 568, 577.
Brabanter 680.
Brandenburg, Fürstenhaus von 38, 40, 49, 66, 67, 109, 111—112, 121, 125, 140, 141, 151, 177, 196, 209, 213, 216—219, 221, 234, 237, 238, 239, 243, 246, 281, 282, 302, 303, 305, 307, 319, 389, 406, 484, 590, 591, 593, 596, 610, 614—616, 617, 619, 630, 697, 717, 728.
—-Ansbach 25.
Brandenburg, Mark, Territorium 125, 399, 310.
— Fürst, Fürsten, Markgrafen, Herren von 26, 29, 59, 68, 86, 94—96, 112, 200, 203, 234, 246, 305—307, 395, 615.
Brandenburger, der, s. Friedrich II. und (seit 1470) Albrecht Achilles.
— die 61, 62—63.
Brandenburgisch 62, 63, 79, 82, 94, 211, 368, 389, 432, 433, 434, 435, 504, 513, 595, 596, 697.
Braunschweig, Herzoge von 56.
Braunschweigisch 38.
Breisach 267, 286, 287, 462, 466, 467.
Breisgau 253, 257, 462, 463, 467.
Bremen 510.
Breslau 47, 88, 102, 103, 125, 129, 130, 132, 139, 145, 148, 150, 152, 219, 227, 228, 229, 279, 313, 324, 373, 375, 377, 381, 382, 446, 489, 490, 508, 539, 540, 546, 610, 611, 625.
— Bischof von 133, 152, 227
s. Jost und Rudolf.
Breslauer, der, die 81, 82, 85, 102—104, 106, 107, 127, 129, 132, 139, 164, 167, 176, 207, 223, 326, 382, 544, 547, 588, 591.
Breslauisch 26, 80, 82, 162, 332, 374, 451, 608.
Bresler s. Breslauer.
Brescia, Bischof von 599.
Bretagne, Herzog von 285, 471, 478, 507.
Bretten, Vertrag von 256.
Brie, französisches Territorium 526.
Brieg 128, 129.
— Dechant von, s. Beckensloer.
Briçonnet, Johann, franz. Rat 392.
Brixen, Bistum 38, 186.
— Bischof v. 92, 148, 456, 516, 655, 656.
Bruck a. d. Leitha 727.
Bruck a. d. Mürz 192.
Brügge 284, 291, 578, 579, 620, 625.
Brühl 439.
Brünn 32, 35, 89—90, 103, 104, 155, 160, 169, 170, 204, 220, 313, 314, 328, 609, 611.
Brüssel 620.
Brüx 83.
Brunkeberg bei Stockholm 57.
Bubenberg, Adrian von, Altschultheiß zu Bern 284, 414, 442, 623.
Budin, in Böhmen 100.
Budweis 105, 130, 315, 337, 609.
Bulgarisch 147.
Burgund Reich und Herrschaft 12, 21, 25, 122, 172, 241, 261—273, 283, 287, 289, 291—294, 349, 372, 392, 396, 403, 404, 412, 428, 433, 438, 442, 456, 471, 473, 485, 490, 492—496, 497, 504, 506—512, 513, 519, 526 bis 528, 529, 534, 535, 549, 557—561, 562—576, 579, 580—583, 584, 603, 605, 607, 618—627, 690.
— Herzogtum 261, 620, 621, 622, 623.
— freie Grafschaft 261, 470, 483—484, 486, 493, 509, 536, 552, 554, 564, 565, 569, 571, 581, 620, 621, 622, 623, 625, 627, 675, 680, 681, 726, 729, 735.
— Hoch- s. freie Grafschaft.
— Königreich 431, 432, 434, 435, 437, 469, 528, 537.
— König von 432, 437.
— der von, Herz. von, s. Karl d. Kühne und Maximilian.
— die von, das Fräulein von, s. Maria von Burgund.
— Kanzler von 423, 425.
Burgunder, die, Herzoge von 122, 354, 392, 395, 527—528, 621.
— der, s. Karl der Kühne.
(Burgunder-)Bastard (Anton von), 527.
Burgundisch 23, 55, 121, 122, 218, 255, 261—273, 281, 283, 286—288, 291 294, 300, 309, 390, 391—404, 412 bis 416, 420, 423—437, 438, 441, 449, 461, 464, 465—469, 470—480, 481—484, 490, 492—496, 497, 498, 500—520, 524—526, 530—537, 545, 549—560, 562—576, 581—583, 584, 607, 618—627, 654, 657, 664, 679 bis 682, 721, 730, 732, 735.
Byzantinisch 8.

Caesar, Julius 348.
Cambray 620, 621.
Campanus, Bischof v. Interamnä 348, 349.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Campo Basso, Graf von, Heerführer 524.
Campo Morto 721, 724.
Capetinger 19.
Capranica, Domenico de, Kardinal 186, 642.
Caputagno, Bischof von 534.
Carvajal Juan, Kardinal von St. Angelo, 33, 79.
Cassuben, 64, 310.
Castelli, Bischof von 727.
Castilien 16, 603.
Catania s. Prosper.
Cesena, in der Romagna 186.
Cham, am Böhmerwalde 105.
Champagne 420, 526, 575, 680.
Charolais, Graf von (Karl der Kühne) 264.
Chiemsee, Bischof von 296, 349, 675.
—, Bistum von 666.
Christentum 7.
Christian I. (Graf von Oldenburg und Delmenhorst), König von Dänemark 40, 49—56, 60, 349, 354, 436, 442, 449, 451—454, 457, 471—475, 484, 490, 494—495, 496, 500, 503, 507, 509, 625.
Christlich 5, 13, 25.
Christoph, Bischof von Seckau 677, 678.
Christoph (von Bayern), König von Dänemark, Schweden und Norwegen 50, 52.
Christoph, Herzog von Bayern-München 355, 361, 362, 367, 368, 404, 418, 617.
Christoph, Markgraf von Baden 422, 498.
Chrudim 205, 206, 315.
Chwatierub, Burg in Böhmen 100.
Cilly, Erbschaft von 46.
— Thomas von, Dompropst zu Konstanz 318, 493, 586, 614.
Citta di Castello 721.
Clarence, Herzog von 577, 622.
Cleron, Simon von, burgund. Rat 551.
Cleve, s. Kleve.
Colonna, römische Familie 720, 721.
— Lorenzo Colonna 721, 725.
Comynes, Philipp de, burgundischer und französischer Staatsmann, Geschichtschreiber 9, 10, 11, 576.
Condé, Festung 627.
Conflans, Vertrag von 576.
Conti, römische Familie 721.
Corvine, Corvinus s. Matthias, König von Ungarn.
Craon, Herr von, französischer Befehlshaber 575.
Croix, Saint, im Jura 551.
Crossen, Gebiet 590, 591, 593, 595, 617, 728.
Crossen, Herzog von (Glogau-), s. Heinrich.
Cusa, Nikolaus (von Cues), Kardinal von St. Peter, Bischof von Brixen 248, 646—647.
Cypern, König von 182.
Czernahora und Boskowitz, Jaroslaw von 588—589, 613.
Czernahora, Dobesch von (und von Boskowitz), mährischer Edler 228.
Czaslau 337.
Czupor, Nikolaus, Woiwode von Siebenbürgen 334, 375.

Däne, der, s. Christian I.
— der, die 54, 484, 495, 498.
Dänemark 40, 49—56, 57, 86, 402.
— König von, s. Christian.
Dänenkönig, s. Christian.
Dänisch 49, 52, 53, 54, 57, 495, 497—498, 504.
Dalmatien 231, 232, 356, 630.
Dalmatinisch 187, 290.
Damberger, Dr. 212.
Daniel, Bischof zu Utrecht 420, 423.
Danzig 41, 45, 52.
Danziger, die 56.
Dauba, die von 170.
Degenberg, Hans von, bayerischer Edler 342—343.
Degenberger, die 389.
Deinach, Badeort bei Kalw 410.
Delmenhorst, Graf von, s. Christian.
Deutsch 18, 19, 20, 21, 22, 23, 27, 29, 32, 37, 40, 41, 45, 47, 48, 49, 52, 55, 57, 59, 71, 77, 81, 85, 87, 104, 105, 111, 120, 121, 138, 146, 147, 151, 173, 175, 176, 195, 197, 199, 208, 211, 215, 224, 227, 232, 237, 238, 241, 245, 262, 263, 264, 266, 268, 274, 276, 277, 280, 281, 282, 283, 286—290, 294, 295, 307, 318, 321, 340, 341, 347, 348, 349, 350, 351, 353, 357, 366, 380, 397, 404, 409, 417, 421, 427, 427, 429, 431, 436, 442, 457, 461, 466, 471, 474, 480, 490, 494, 495, 497, 499, 500, 502, 504, 505, 510, 512, 516, 517, 518, 527, 529, 532, 551, 567, 567, 568, 577, 581, 583, 584, 585, 590, 598, 617, 618, 619, 620, 624, 636—640, 648, 650—656, 659, 662, 664, 668, 672, 674, 675, 679, 683, 687, 688, 689, 690, 694, 700, 702, 704, 705, 716, 719, 722, 725, 731, 740.
Deutschbrod 202, 330, 333, 445, 447, 448.
Deutscher 5, 26, 43, 97, 183, 184, 206, 331, 352, 354, 366, 424, 466, 499,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

511, 514, 516, 517, 518, 527, 561, 569, 575, 626, 650.
Deutschland 8, 9, 14, 18, 19, 20, 21, 23, 26, 27, 30, 42, 43, 46, 49, 68, 80, 112, 121, 123, 142, 146, 183, 208, 211, 227, 238, 248, 263, 275, 294, 299, 345, 346, 347, 348, 352, 353, 355, 357, 461, 483, 485, 497, 502, 506, 507, 511, 519, 527, 529, 533, 577, 601, 617, 618, 619, 630, 635, 637—639, 645—650, 665, 669, 686, 703, 713, 720, 729, 740.
— Mittel- 90, 638.
— Nieder- 37, 484.
— Nord- 39, 56, 60, 91.
— Ost- 90.
— Süd- 246, 623, 638.
— Südwest- 161.
— West- 623, 639.
Deutschorden, Deutschherrenorden, s. Ordensstaat.
Diadochenkämpfe 8.
Diedenhofen 420, 437.
Dießbach, Nikolaus von 463, 507, 548.
Diether (von Isenburg), Erzbischof von Mainz 6, 46, 244, 250, 300, 567, 655—656, 660, 661, 669, 703, 712, 713.
Dijon, im Burgundischen 462.
Dillingen, in Schwaben 517.
Dinant 269.
Dinkelsbühl, Reichsstadt 388, 737.
Ditmarschen 58, 454, 490.
Dlugosch (Dlugoß), Johann von, Domherr zu Krakau 127, 165, 341, 616.
Dobrilug, Abt von 119.
Döring, Matthias 637.
Donau 32, 109, 125, 136, 137, 147, 192, 194, 197, 346, 348, 356, 444, 455, 601, 609, 686, 727.
Dorothea (von Brandenburg), Gemahlin Christians I. von Dänemark 52.
Douay 627.
Dresden 339.
Drosendorf, in Niederösterreich 598.
Dschem, Sohn Mohammeds II. 719.
Dubno, Jakob von, Starost von Krakau 127, 133, 217.

Eberhard, der Jüngere, Graf von Württemberg 691.
Eberhard, Graf von Württemberg-Urach 177—178, 243, 301, 302, 303—304, 350, 404, 422, 482, 498, 623, 626, 691.
Ebersdorf, Veit von, österr. Baron 383.
Ebersdorf, bei Wien 594, 595, 597, 598.
Eberstein, Graf Hans von 246, 259, 260, 394, 396,
Ebran, Christoph von Wildenberg, Dompropst zu Salzburg 667, 668, 719.
Eckartsau, Jörg von, österreichischer Edler 661.
Eduard IV., König von England 14, 15, 16, 265, 285, 477—478, 506, 507, 524—525, 576, 577, 622, 627, 628, 669.
Eger 87, 98, 100, 130, 140, 142, 210, 245, 311, 323, 324, 372, 448.
Egerland 282, 448.
Eggenburg, in Niederösterreich 604.
Ehinger, Jakob, Bürgermeister zu Ulm 475.
Eichstädt, Bischof von 38, 71, 91, 113 (s. Wilhelm).
Eidgenössisch 22, 23, 175, 258, 260, 261, 286, 393, 442, 466, 470, 495, 548.
Eidgenossen 122, 177, 242, 247—259, 260—273, 284—288, 292—294, 309, 349, 390—399, 403, 409, 412—415, 416, 418—419, 425, 429, 438, 442, 455, 461—469, 470, 480, 484, 486, 490, 492, 493, 495, 496, 497, 507, 508, 513, 525—528, 529, 534, 535, 536, 547—560, 561—576, 581, 604, 619, 622, 623, 625, 627, 628, 653, 654, 657, 658, 659, 679, 680—681, 684, 690, 704, 711.
Eidgenossenschaft, s. Eidgenossen.
Einsiedel, in der Schweiz 393, 394.
Einsiedel, Jobst von, Sekretär König Georgs und König Wladislaws von Böhmen 449.
Eisenstadt, in Ungarn 727.
Eizing, s. Eizinger.
Eizinger, Stefan, Freiherr von 32, 74, 75, 89, 109—110, 116, 136, 137, 143.
— Sigmund von 383, 601.
— Oswald, Freiherr von 136.
— die 190, 379.
Elbe 125, 144.
Elbeherzogtümer 51.
Elbland 55, 57.
Elbogen 87, 130, 140, 142, 311, 323, 324, 326, 328, 372, 448.
Elisabeth, Tochter Kaiser Albrecht II., Königin von Polen 41, 47, 124, 317, 385.
Ellerbach, Berthold von, ungarischer Edler 343.
Elsässisch 284, 468, 470.
Elsaß 249, 252, 266, 267, 300, 388, 392, 396, 397, 412, 434, 442, 460, 461, 466, 468, 496, 530, 547, 555.
— Nieder- 308.
Engadin 248, 393.
Engelbert, Graf von Nassau 422.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Engen 251.
Engländer 5, 478, 523, 524, 680.
England 12, 14, 15, 16, 18, 55, 263, 285, 474, 507, 525.
— König von, s. Eduard IV.
Englisch 524, 627.
Enns, Fluß 36, 185, 599, 607.
Ensisheim 461, 464.
Enzersdorf, in Niederösterreich 594.
Eptingen, Ritter Hermann von 396, 466.
Erft, Zufluß des Rheins 479, 514, 515.
Erfurt 198, 199, 218.
Erich II., Herzog von Wolgast und Bardt 64, 310.
Erich (Klipping), König von Dänemark 50.
Erich (der Pommer), König von Dänemark, Schweden und Norwegen 50.
Erklens, Peter, Dechant zu Aachen 125.
Erlau 147, 379.
— Kardinal von, s. Rongoni.
— Bischof von 334—335, 600, s. Rongoni.
Erlbach, Heinrich, Schreiber zu Augsburg, dann Münchener Kanzler 355.
Erlichshausen, Ludwig von, Hochmeister des Deutschordens 41.
Ermeland, Bischof von, s. Nikolaus.
Ermeland, Gebiet 616.
Ernst, Herzog von Sachsen, Kurfürst 34, 91, 93, 108, 203, 218, 219, 227, 282, 302, 303, 305, 307, 308, 324, 326, 327, 339, 350, 358, 361, 362, 367, 375, 389, 404, 482, 491, 497, 540, 615, 664, 682, 691, 711, 712, 715, 731, 733, 736—738.
Erzgebirge (böhmisches) 161, 323.
Eschenloer, Peter, Stadtschreiber von Breslau, Chronist 85, 103, 326, 328.
Eßlingen 703, 706.
Estavayer 552.
Este, Nikolaus von 179.
— die von 721.
Estland, Herzog von 52.
Etsch, Fluß 185.
Euboea 631.
Eugen IV., Papst 5, 650.
Eulenburg, Botho von, Vogt der Niederlausitz 119, 139, 152, 169.
— der von, s. Botho von E.
Euphrat 476.
Europa 3, 4, 5, 8, 9, 13, 17, 22, 77, 85, 86, 123, 146, 262, 289, 303, 405, 452, 507, 604, 639, 705, 721.
— Mittel- 6, 122, 125, 195, 402.
— Nord- 50.
— Ost- 125.
— Süd- 77.
— West- 6, 77, 402.
— Nordost- 68.
Europäisch 7, 8, 9, 11, 17, 19, 23, 25, 27, 31, 145, 146, 183, 262, 402, 403, 507, 617, 618, 640, 649, 740.
Eustach, Kardinal von, s. Franz (Piccolomini).
Eyb, Ludwig von, brandenb. Rat 432.

Fabri, Gumprecht, Vikar von Bamberg 212.
Faenza, Stadt und Gebiet 721.
Fano, in den Marken 180.
Feistritz, in der Steiermark 298.
Feldbach, in der Steiermark 192.
Feldkirch, 492.
Ferdinand I., deutscher Kaiser 740.
Ferdinand (der Katholische), König von Aragonien 9, 10, 16, 17.
Ferdinand (Ferrante von Aragon), König von Neapel 185, 349, 364—366, 415, 495, 507, 531, 534, 538, 544, 587, 599, 602, 603, 631, 648, 670, 684, 700, 705, 720—722.
Ferrante, s. Ferdinand.
Ferrara, Stadt und Gebiet 179, 180, 186, 721, 724.
Ferrara, Bischof von, s. Laurenz.
— Herzog (Borsso) von, s. Borsso.
Ferraresisch 720, 723—724.
Fläme 680, 736.
Flämisch 679.
Flandern 16, 262, 392, 468, 568, 577, 578, 620, 725, 726.
Flandrer 568, 576, 620, 680, 725, 726.
Flandrisch 725, 726.
Florentiner 721, 723.
Florentinisch 11, 648, 722.
Florenz 184, 630, 640, 643, 664, 684, 716, 721—724.
Foligno 180.
Forchtenstein, an der ungar.-österreichischen Grenze 727.
Forli, Bischof von, s. Alexander.
Forli, Stadt und Gebiet 721.
Forst, bei Landshut in Schlesien 119, 128.
Fossombrone, Bischof von, päpstl. Legat 439.
Fränkisch 303, 360, 486.
Franche Comté, s. Grafschaft Burgund.
Frangipani, die 600, 686.
Frank, Erhard, Egerer Bürger 26, 98, 100.
Franke, Franken, der, die 199.
Franken 38, 104, 139, 140, 161, 254, 282, 302, 308, 356, 407, 484, 615, 704, 706.
Frankenstein (in Schlesien), 81, 103—104, 169.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Frankfurt a. M. 43, 275, 304, 368, 457, 460, 475, 484, 492, 497, 511, 514, 537, 581, 624, 729, 731, 734, 736—740.
Frankreich 12, 14, 15, 18, 29, 21, 22, 25, 55, 86, 172, 208, 227, 228, 229, 255, 259, 260, 263—265, 269, 391, 395, 398, 403, 414, 416, 425, 427, 429, 430, 432, 433, 434, 442, 463, 469, 470, 474, 475—477, 478, 485, 486, 492, 494, 495, 497, 505, 509, 517, 525—528, 529, 533, 535, 538, 549, 565, 575, 576, 584, 586, 622, 623, 625, 627, 629, 665, 675, 679, 683, 684.
— König von, der von, s. Ludwig XI.
— Könige von 584.
Franz (Piccolomini), Kardinal von St. Eustach, Erzbischof von Siena 179, 181, 322, 348—369, 370—371, 405.
Französisch 11, 55, 120, 259, 262, 269, 280, 392, 427, 430, 465, 468, 492, 506, 507, 524, 525, 529, 534, 549, 555, 561, 576, 583, 584, 607, 610, 622, 648, 726.
Franzose 5, 9, 183, 510, 511, 512, 517, 577, 584, 618, 669, 679—681, 690, 740.
Frauenberg, in Südböhmen 204.
Freiberg, Ludwig von, Nebenbischof von Konstanz „653—656, 657—659.
Freiburg i. Uchtlande 261, 292, 548, 562,
Freiburg i. Breisgau 254, 258, 418.
Freising, Bischof von (Sixtus von Manneberg) 110, 198, 456, 619.
Freistadt, in Oberösterreich 604.
Friaul 190, 373.
Frickthal 248.
Friedrich III., deutscher Kaiser, König von Ungarn und Erzherzog von Österreich, seine persönlichen Geschicke, Charakter und Politik 19, 20—21, 27, 39, 40, 41—47, 49, 171—192, 209—290, 298, 333, 347—348, 363, 390, 399—400, 618, 619, 706—707, 720.
— und das Reich 20—21, 29, 38—40, 42—43, 45—49, 54—56, 67—69, 93—97, 109—111, 113—115, 174—175 193—203, 211—213, 235, 239—240, 241—247, 275, 298, 305—309, 347—370, 372, 401, 404—416, 450, 456—160, 475, 502, 530, 561, 618, 619, 644, 679, 681—682, 689, 690—704, 705—707, 710—711, 713—718, 720, 716—717, 726, 728—740.
— und Böhmen 28—37, 218, 232, 254, s. Georg, Wladislaw und Matthias.
— und König Georg von Böhmen 28—37, 60, 67, 69—79, 72—74, 75, 80—82, 85—86, 88—97, 101—116, 120—122, 134—142, 145—160, 172—173, 204, 208—209, 211—213, 276—279, 280—282, 283, 290—291, 298, 317—318, 319.
Friedrich III. und König Wladislaw II. von Böhmen 449, 451, 454—455, 476, 489, 541—542, 543, 547, 580, 591—593, 595—598, 603, 609.
— und König Matthias von Ungarn und Böhmen 22, 33, 71—74, 126, 138, 145, 148—150, 151—160, 167, 172, 173, 174—177, 208—209, 214—216, 226, 235—239, 276—284, 288—291, 317, 333, 365—367, 374, 382—387, 408, 434, 450, 476—477, 516, 531, 541—542, 547, 584—606, 615, 617, 620, 631—632, 633—634, 676—678, 681—684, 685—690, 692, 695—704, 704—719, 726—728, 731, 735—739.
— und Kurfürst Diether von Mainz 654—656, 673.
— und Kurfürst Adolf von Mainz 298—300, 363, 369—370.
— und Kurfürst Johann von Trier 303, 363, 407.
— und Kurfürst Ruprecht von Köln 197, 242, 298, 407, 449—441, 659—663, 673.
— und Kurfürst Hermann von Köln 516, 520, 529, 619, 659—663, 673, 699, 738, 739.
— und Kurfürst Ernst von Sachsen 203, 214, 281—282, 303, 363—364, 407, 488—489, 491—492, 619, 712, 717, 727, 737, 738.
— und Kurfürst Friedrich von der Pfalz 94, 196—197, 208, 242, 281, 290, 300—304, 305—309, 361, 364, 407, 417—418, 433—434, 456, 458—459, 472, 487—488, 493—494, 508, 619.
— und Kurfürst Friedrich von Brandenburg 55—56, 58—69, 94, 245, 309, 369, 384.
— und Kurfürst Albrecht von Brandenburg 58, 69, 70—72, 94, 110—111, 117—116, 121, 196, 245, 246, 281—282, 302—303, 305, 308—310, 319, 370, 407, 411, 449. 454, 476, 484—485, 491, 515, 503, 614, 619, 691, 692—704, 706, 712—715, 717, 727—728, 733—739.
— und Erzherzog Sigmund von Tirol 196—197, 214, 251, 252—254, 259, 266, 268—270, 272—273, 284—288, 291—294, 303, 388, 394—395, 490, 580, 585, 717, 728, 730.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Friedrich III. und Herzog Ludwig von Bayern-Landshut 69—72, 94, 112—116, 196—197, 208, 214, 244, 245, 388, 545, 579, 619, 630.
— und die österreichischen Erblande 67, 116—117, 188—194, 233—234, 259, 274—275, 294—297, 342—346, 455, 477, 508, 538, 545—546, 592, 594—595, 604—607, 629—690, 675, 726—727.
— und die Reichsstädte 275, 360, 368—369, 408—410, 418, 457—458, 569, 715, 717.
— und die Kirche 28, 39, 48, 72, 80—82, 120—121, 138, 145, 148—150, 151, 152, 171—186, 319, 324, 648, 649.
— und Papst Eugen IV. 650.
— und Papst Pius II. 651.
— und Papst Paul II. 30, 32—33, 171—186, 208, 650, 651.
— und Papst Sixtus IV. 531, 532—533, 560, 585, 601, 609, 625, 644, 651—654, 655—674, 676—678, 682, 684, 702—704, 722—724, 725.
— und König Kasimir von Polen 120—127, 149—150, 172—173, 280, 319, 366, 374, 449, 451, 454—455, 476, 541—543, 600, 603.
— und Herzog Karl (d. Kühne) von Burgund 20, 22, 121—122, 264, 268—270, 272, 273, 284—288, 291—294, 397—401, 402—404, 410—412, 417—432, 440, 442, 465—466, 469—470, 471—473, 482—487, 492, 520, 522—526, 528—531, 533—538, 557—560, 565, 569—572, 573, 587.
— und Ludwig XI. von Frankreich 122, 259, 442, 453, 492, 497, 505—506, 507, 511—512, 517, 522, 526, 531—532, 533, 559, 574, 577, 586, 587, 625—626, 640, 698, 702.
— und König Christian I. von Dänemark 54—56, 452—454, 472—474, 490, 497—498, 500, 625.
— und Venedig 186—188, 193—194, 678, 709.
— und die Eidgenossen 247—249, 251, 272—273, 309, 394, 414—416, 486, 529, 561, 565, 569, 587, 625.
Friedrich (Mauerkircher), Bischof von Passau, s. Mauerkircher.
Friedrich IV., Herzog von Österreich-Tirol 248.
Friedrich, Herzog von Sachsen 712.
Friedrich II., Kurfürst von Brandenburg 42, 43, 52, 55—57, 58—69, 83, 91, 110, 115, 138—142, 217—218, 219, 227, 228, 238, 239, 264, 282, 303, 309, 310.
Friedrich, Markgraf von Brandenburg 303, 370, 449, 691, 737.
Friedrich I. (der Siegreiche), Pfalzgraf bei Rhein 31, 38, 46, 70, 71, 91, 94, 110, 115, 122, 196—197, 237, 238, 242, 243—244, 245, 246, 254, 258, 264, 281, 298, 300—302, 303—304, 305—309, 351—352, 361, 362, 363, 367—368, 370, 371, 388, 403, 404, 407, 410, 417, 428, 430, 433—434, 437, 440, 442, 456—460, 462, 472, 478, 483, 487—488, 493—494, 495, 498, 507, 508, 516, 531, 545, 567, 619, 636, 651.
Friedrich, Herzog von Liegnitz 315, 316, 379, 381.
Friedrich, Fürst von Tarent, Sohn König Ferdinands von Neapel 603, 631.
Frisach 296, 689.
Friese, der, die 474, 484, 568.
Frisia, s. Friesland.
Friesland 262, 425, 431, 579, 704.
Fronauer, die 190.
Frundsberg, Ulrich von 268.
Fuchs, Jorg, Marschall Kaiser Friedrich III. 117, 191.
Fünfkirchen, Bischof von (Janus Pannonius) 158, 376, 380, 443.
— Propst Georg von 385, 386—387, 404, 408.
Fürstenfeld, in der Steiermark 192, 234, 236, 297, 690.
Furth (am Böhmerwalde) 105.
Fust (Faust), Johann 19.

Gabel, Stadt in Nordböhmen 170.
Gabriel, Bruder, s. Rongoni.
Galeazzo Maria, Herzog von Mailand 548, 555, 559—560, 561, 564, 566.
Galeazzo Sforza, dessen Sohn 602.
Gallen, St. 252.
Geldern, Haus von 264, 416.
— Land 398, 409, 411, 416, 424, 425, 427, 428, 429—432, 433, 568, 626, 628, 679, 680.
Gemmingen, Diether von 246.
Gemona, im Friaul'schen 193.
Genf 548, 552, 553, 564.
— Bischof von, s. Ludwig.
Gent 575, 581, 620.
Genter, die 581.
Genua 721.
Georg (Podiebrad), König von Böhmen 18, 21, 23—35, 46, 51, 56, 60, 68, 72—98, 118, 119, 129, 156—158, 160—171, 172, 174, 194, 195—226, 310

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

—322, 323, 324, 325, 328, 329, 340, 355, 362, 366, 376, 378, 619, s. auch Böhmen.
Georg und Kaiser Friedrich, s. Friedrich III.
— und die deutschen Fürsten 29—30, 83, 85, 94, 196.
— und das deutsche Reich 28—29, 114, 282—283.
— und Markgraf Albrecht von Brandenburg 29—30, 67, 77, 79, 82—83, 86, 87, 106—109, 111, 113—114, 139, 140—142, 217—219, 310.
— und das Haus Sachsen 77, 79, 82—83, 86, 93, 106—109, 111—112, 217—219, 237—238.
— und die Kurie 60, 73, 75—82, 83—88, 92—97, 100—102, 106—109, 111, 120—121, 123—128, 131—134, 138—142, 144—145, 148—160, 195—226, 317—318.
— und Frankreich 85—86, 106, 120, 217—218, 280.
— und König Matthias von Ungarn 73—75, 123, 142—144, 145—160, 161—171, 195—205, 227—241, 276—280, 310—320.
— und Polen 43, 47, 86, 101—102, 106, 111, 120, 123—124, 125—128, 130—134, 280.
— und Karl von Burgund 276, 280—282.
— und Venedig 32.
— und Bayern-Landshut 69—70, 106—109, 111—112, 237—238, 355, 362.
— und die Breslauer 81, 85, 88, 106.
— und die mährischen Städte 79—80, 89—90.
Georg (von Baden), Bischof von Metz 363, 404, 421, 422, 571—574, 578, 628, 704.
Georg, Bischof von Bamberg 197, 198, 370.
Georg (der Reiche), Herzog von Bayern-Landshut 112, 350, 528, 545, 619, 674, 689, 691, 695, 699, 700, 737, 739.
Georg, Ritterorden des hl. 185.
Georgenschild, Ritterbund 198, 245, 253, 257, 259.
Georgen St. und Pösing, Johann Graf von 143, 381, 682—684.
— Grafen von 718.
Georgenberg, Abt von 393—394.
Gernsheim 299.
Gerhard, Graf von Oldenburg und Delmenhorst 53, 54, 57, 496.
Gerhard, Herzog von Jülich 416.
Germania, s. Deutschland.
Geroldseck, Graf Hans von 301.
Gex, in der Wadt 564.
Girsik, Girzik, s. Georg, König von Böhmen.
Giskra, Graf von Saros, berühmter Heerführer 159.
Glarus, Glarner 252, 394, 550.
Glatz 81, 128, 131, 165, 168, 315, 375, 539.
— Graf von, s. Viktorin und Heinrich.
Glogau, Gebiet 597, 598, 610, 617, 619.
Glogau, Herzog von, s. Heinrich.
Glowwya, Paul von, Domherr zu Krakau 217.
Gmünd, in Schwaben 246.
Gmünd, in Innerösterreich 689.
Gmunden 600, 692.
Gnesen, Erzbischof von 133.
Göding, in Mähren 313, 337.
Göllersdorf, in Niederösterreich 148, 384.
Görlitz 103, 119, 270.
Görz, Graf von, s. Leonhard.
Gonobitz, in Innerösterreich 192.
Gonzaga, Ludwig, Herr von Mantua 180.
Goslar 368.
Gotthart St. 600.
Gradner, Jorg, steirischer Edler 117.
Grafeneck, Ulrich Freiherr von, kaiserlicher Rat und Heerführer 72, 78, 80, 136, 137, 138, 148, 153, 154, 174, 236, 379, 383, 386, 450, 543—544, 546, 594.
— Wolf von 594.
— die 190, 594.
Gran, Erzbischof von, der von, s. Johannes Vitéz und (seit 1471) Johannes Beckenschloer.
— Domherr von 378.
— Kirche von 632—634, 708—709, 716.
Grandson 551, 552, 553, 554, 562, 567, 569.
Granges, im Burgundischen 470.
Grassis, Antonio de, päpstlicher Nuntius 664.
Graubündten 248, 390, 392.
Graudenz 44.
Graz 117, 167, 174, 175, 177, 191, 234, 235, 238, 259, 273, 277, 278, 288, 343, 344, 400, 630, 664, 666, 667, 674, 676.
Gregor Dr., s. Heimburg.
Gregorius I., Papst 84.
Greifenstein, in Niederösterreich 594.
Grein, in Oberösterreich 546.
Greisseneck, Andreas von, steirischer Edler 344.
Gremper, Dominikaner 645.
Griechenland 16.
Griechisch 146, 187.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Großwardein 144.
— Bischof von 599, 602.
Grünberg, Schloß (bei Nepomuk in Böhmen) 77, 102, 105.
Guben 615, 714.
Güns 235.
Guicciardini, Geschichtschreiber 17.
Guinegate 16, 679—680., 730.
Gurk, Bischof von, s. Ulrich.
— Bistum von 666.
Guttenstein, Leonhard von 82.
— Burian von 92, 164, 279, 476, 592.
— der, die 99, 170.
Guyenne, Herzog von 392, 397.
— Herzogtum 478.

Habsburg, Habsburger 18, 19, 23, 39, 173, 248, 266, 285, 286, 287, 288, 291, 293, 309, 404, 425, 426, 580, 584, 618, 619, 665, 674, 690, 728, 738, 740.
Habsburgisch 23, 173, 189, 241, 248, 255, 264, 268, 394, 397, 402, 418, 557, 568, 575, 735, 740.
Hag, Franz von, ungarischer Heerführer 154, 170, 312, 316, 375.
Hagenau 368, 458.
Hagenbach, Peter Freiherr von, burgund. Statthalter am Oberrhein 391, 395, 400—402, 411, 413, 417, 419, 420, 426, 433, 437, 442, 460—464, 465—468, 471.
Hagenbach, Stefan von 470.
Haimburg, in Niederösterreich 593, 600, 601, 604, 727.
Halbenrain, in der Steiermark 298.
Halberstadt, Bischof von 305, 307.
Hall, in Schwaben 246.
Halle, in Thüringen 368, 406.
Hallwill, Thüring von, österreichischer Rat 267.
Hamburg 39, 55, 479.
Hanau 140.
Hans, s. Johann.
Hanse 67.
Hansen (Hanseaten), die 39, 49.
Hansestädte 409, 519, 615, 704.
Hardegg, Graf Michel von, Burggraf von Magdeburg 544, 545.
Hardberg, in der Steiermark 192, 297.
Harlem 568.
Hartenstein, Schloß derer von Plauen 324.
Hasenburg, der, die 98, 100.
— Johann Hase von 127, 128, 228, 229, 231.
— Ulrich Hase von 99, 316, 337.
Hasenburg, die, bei Budin in Böhmen 100, 105, 279.
Hasenburgisch 103.
Hatwan, in Oberungarn 380.
Hauenstein, Schloß 267.
Haug, Graf s. Werdenberg.
Hedwig von Polen, Tochter König Kasimirs IV. 374, 528, 545.
Hegau 249, 257, 654.
Heideck, in Franken 140.
Heidelberg 214, 368, 371.
— Hof von 309.
Heidelberger 254, 732.
Heidingsfeld 140.
Heilsbronn, Abt von 203.
— Stift 303.
Heimburg, Dr. Gregor 27, 28, 32—36, 43, 67, 73, 74, 75, 79, 80, 87, 123, 150, 200, 230, 236, 240, 326—327, 339—340, 637.
Heinrich VI. von England 262.
Heinrich VII., König von England 15, 16.
Heinrich IV., König von Kastilien 14.
Heinrich, Herzog von Münsterberg 67, 87, 88, 99, 105, 158, 169, 170, 219, 279, 313—314, 315, 325—336, 338, 344, 448, 591.
Heinrich, Herzog von Glogau-Crossen 119, 130, 377, 406, 588, 596.
Heinrich, Graf von Württemberg, (von 1465—1467) Koadjutor von Mainz 243—244, 470, 472, 500, 560.
Heinrich, Landgraf von Hessen 473, 479, 494, 498, 499, 579, 583, 620, 660, 661, 691, 704.
Heinrich, Herzog von Mecklenburg 484.
Henneberg, Graf Wilhelm von 198.
Hennegau, Grafschaft 262, 527, 568, 579, 620, 627.
Héricourt, in Hochburgund 496.
Hermann (von Breisen-Landenberg), Bischof zu Konstanz 251, 253, 258, 393, 396, 413, 465, 653, 654.
Hermann (von Hessen), Administrator, dann Erzbischof von Köln 417, 439—441, 479, 481, 484, 488, 495—496, 512, 516, 520, 528, 529, 628, 647, 659—663, 691, 699, 700, 704, 730, 733, 736—739.
Herter, Wilhelm von, österreichischer Rat und Feldhauptmann 562—563, 566, 570.
Hesbach, Dr. Johann von, burgundischer Rat 411.
Hessen, Fürstenhaus 111, 142, 196, 203, 239, 243, 304, 406, 579.
Hessen, Territorium und Herrschaft 140, 241, 484, 486, 510, 560.
— Landgraf von 198, 307, 350, 364.
— Brüder von 242, 305.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Hessisch 479, 481, 663, 701.
Heßler, Dr. Georg, kaiserlicher Rat und Propst zu Xanten, dann Kardinal (tit. Santa Lucia) 525, 533—534, 557—560, 571—574, 578, 606, 625, 652, 656, 657, 662, 663, 664, 665, 667, 670—672, 673—674, 679, 681, 682, 718, 722.
Heudorf, Pilgeri von, österreich. Pfleger von Laufenburg 250, 251, 413, 414.
Heyden, Dr. Martin, kaiserlicher Rat 505—506.
Hieronymus (Landus), Erzbischof von Kreta, päpstlicher Legat 439.
Hilarius Dr., Domdechant zu Prag und Administrator der Prager Kirche 84—85, 92, 93, 202.
Hinderpach, Johann, Bischof von Trient 178, 193, 349, 351, 456.
Hinko (Heinrich) von Podiebrad, Herzog von Münsterberg 321, 327, 330, 448, 612.
Hispanien s. Spanien.
Hochberg, Markgraf Rudolf von Röteln-293—294.
Hohenmauth, in Ostböhmen 315.
Hohenstadt, in Mähren 170.
Hohenzollern, Haus 56, 588.
Hohenzoller, Hohenzollern, der, die 37, 48, 58, 59, 63, 67, 68, 140, 196, 217, 228, 238, 245, 306, 406, 453, 597, 615.
Hohenzollerisch 38, 55, 59, 67, 243, 302.
Holland 121, 262, 428, 431, 568, 579, 628, 726.
Holstein 40, 49—57, 242, 453, 454, 474.
Holsteiner, s. Holstein.
Holsten, die 54, 55.
Holub, Wenzel, kaiserlicher Söldnerführer 233—234.
Holzer, Wolfgang 190.
D'Hombercourt, Graf, niederländischer Rat 576, 577.
Horaschdiowitz, in Böhmen 609.
Hoyerswerda, in der Lausitz 119, 128, 160, 169.
Hrabanic, böhmischer Ritter u. Heerführer 158.
Hradisch, in Mähren 160, 165, 169, 170, 221, 279, 312, 314.
Hugonet, niederländischer Kanzler 576, 577.
Hussentum, Hussitentum 27, 81, 126.
Hussite, Hussiten 112, 132, 169, 216, 232, 234, 276, 312, 331, 338.
Hussitenkrieg 99, 184, 323.
Hussitenkönig, s. Georg (von Podiebrad).
Hussitisch 120, 145, 195, 230, 295, 341, 377.
Iglau 89—90, 103, 128, 315, 330, 334, 337, 338, 373.
Imola, Stadt und Gebiet 721.
Ingolstädter 70.
Innocenz, Kardinal von Molfetta, dann Papst (J. VIII.) 641, 645, 709, 725.
Innsbruck 214, 285, 287, 292 414, 657, 618, 629, 630, 735.
Interamnä s. Campanus.
Iolanthe, Herzogin-Witwe von Savoyen 392, 453, 494, 507—508, 547—548, 551, 556, 558, 560, 564, 567.
Ips in Niederösterreich 137, 600.
Irmy, Hans, aus Basel 468.
Isabella von Lothringen, Gemahlin König Renés von Neapel 416.
Isabella, Königin von Kastilien 16.
Isenburg, Isenburger s. Diether.
Isonzo, Fluß 373, 600.
Israeliten 4.
Istrien 187, 232, 296.
Italien 9, 11, 16, 17, 171, 172, 177, 178, 184, 187, 189, 192, 259, 345, 348, 350, 370, 371, 474, 555, 601, 604, 630, 631, 639, 640, 641, 642, 644, 669, 670, 705, 708, 723.
— Nord- 9.
— Süd- 9.
Italiener 187, 358, 555.
Italienisch 145, 178, 184, 185, 196, 237, 297, 348, 367, 370, 425, 640, 641, 642—648, 659, 664, 669, 720, 722, 724.

Jägerndorf s. Hans (Johann).
Jagellone(n), der, die 387, 389, 442, 448, 476, 538, 541, 543, 602.
Jagellonen-Herrschaft 18.
—-Reich 123.
Jakob von Romont-Savoyen, Graf der Wadt 548, 511, 563.
Jamnitzer, Georg, böhm. Vertreter am Regensburger Reichstage 202.
Jauer 87, 130, 316.
Jayen in Bosnien 630.
Jehova 4.
Jenik, böhm. Ritter und Heerführer 158.
Jersick, König s. Georg Podiebrad.
Jessanka, Nebenfluß der March 314.
Johann (von Baden), Erzbischof v. Trier 198, 208, 258, 264, 303, 305, 349, 363, 367, 404, 407, 411, 421, 424, 432, 433, 483, 484, 486, 492, 494, 497, 498, 499, 502, 510, 567, 578, 647, 660, 661, 704, 733, 738.
Johann (v. Werdenberg), Koadjutor, dann Bischof von Augsburg, 113, 212, 349,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

390, 404, 408, 458, 517, 674, 691, 702, 728, 731.
Johann (Rott) s. Johannes.
Johann (Hinderpach), Bischof von Trient s. Hinderpach.
Johann (Beckensloer), Erzbischof von Gran 15, 86, 594, 607—608, 632—634, 667, 668, 677—678, 685—688, 708—709, 711, 716, 718—719, 728, 729, 732, 733.
Johann (Hans), Markgraf von Brandenburg 484, 595, 615, 704, 711, 712.
Johann, Herzog von Lauenburg 496.
Johann (Hans), Herzog von Sagan 75, 119, 379, 381, 407, 593, 595—597, 615, 727.
Johann (Hans), Herzog von Jägerndorf 541.
Johann (der Gute), König von Frankreich 261.
Johann (ohne Furcht), Herzog v. Burgund 262, 263.
Johann, König von Dänemark, Schweden und Norwegen 50, 453.
Johanna, Königin von Böhmen 150, 315, 325, 332.
Johannes Galeazzo Sforza 669.
Johannes (Vitéz), Erzbischof von Gran, Humanist 73—74, 87, 91, 92, 123, 147, 150, 159, 223, 235—236, 277—278, 332, 356, 376, 380, 381, 443.
Johannes (Rott), Bischof v. Lavant 182, 216, 236, 296, 675.
Joignepaß, im Jura 564.
Joinville, im Lothringischen 528.
Jonische Inseln 631
Jorge s. Georg (Podiebrad)
Jost (von Rosenberg), Bischof von Breslau, Großprior von Strakonitz in Böhmen 82, 88, 102—104, 105, 107, 127, 129, 130.
Jougne, im Jura, 551, 552, 553.
Jülich, Herzog von, s. Gerhard und Wilhelm.
Jülich, der, die von 431, 478, 490, 496, 501, 503, 507, 509, 511, 512, 519, 628, 660, 691, 697, 738.
Jülich, Gebiet von 519.
Jura 265, 270, 551.

Kadolzburg 93, 95, 370, 439, 451.
Kärnthen, Land und Fürst (Herzog von) 187, 191, 296, 298, 344, 369, 373, 402, 607, 629, 688, 707, 718, 735.
Kärnthnisch, Kärnthner 193, 194, 233, 295, 688, 727.
Kalau, Hofgericht von 119.
Kalisch s. Ostroroh.
Kalocza, Erzbischof von 377, 446.
Kolw 410.
Kameniec-Podolsky, Bischof von 375.
Kamenitz, zwischen Polna in Böhmen und Trebitsch in Mähren 158.
Kamenz, bei Münsterberg in Schlesien 103.
Kamenz in der Lausitz 727.
Kapfenberg in der Steiermark 297.
Karl IV., deutscher Kaiser, König von Böhmen 20, 140, 740.
Karl V. deutscher Kaiser, 17.
Karl, Markgraf von Baden 71, 91, 198, 244, 255, 260, 350, 363, 404, 418, 422, 439, 442.
Karl (Knutson), König von Schweden 50, 52, 57.
Karl VII., König von Frankreich 14, 262.
Karl VIII., König von Frankreich 15, 497, 576, 726.
Karl (der Kühne), Herzog von Burgund 9, 10, 11, 21—22, 23, 71, 86, 121, 122, 208, 241, 255, 260—273, 276, 280—282, 284—288, 289, 291—294, 298, 300, 304, 309, 370, 390—404, 406, 407, 409, 410—416, 417—435, 436—442, 446, 449, 450, 453, 454—456, 457—463, 365—481, 482—496, 497—520, 523—528, 529—537, 538, 542, 543, 547—560, 561—574, 575, 581, 583, 585, 587, 617, 619, 622, 625, 626, 648, 656, 659, 738.
Karl II. von Lothringen 416.
Karl, von Geldern 628.
Karlos s. Karl der Kühne.
Karlstein 155, 165, 340, 341.
Karolinger 4.
Karst 373.
Kasanowa, Abt von 399, 400, 412, 413.
Kaschau 379.
Kasimir IV., König von Polen 18, 41—47, 60, 65, 66, 74, 101—102, 106, 111, 120, 121, 124—128, 131, 133, 141, 149—150, 162—166, 172, 173, 195, 216, 217, 227, 228—229, 230—231, 232, 280, 283, 291, 294—295, 298, 303, 315, 317, 319—320, 321, 323, 326, 329—336, 337—341, 366, 373, 375—378, 384, 385—387, 389, 429, 441—449, 451, 452, 454, 476, 484, 489, 493, 508, 538—553, 490, 591, 592—593, 596, 600, 603, 610—616, 700.
Kasimir, von Polen, Sohn Kasimir IV. 332, 375—381, 382.
Kdulinetz, Peter, von Ostromiersch, Hofmeister König Georgs v. Böhmen 221.
Kedük-Ahmed Pascha, türkischer Flottenführer 705.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Kehlheim 370.
Kelsheim, im Mainzischen 713.
Keller, Hans, Reichsfiskal 417, 420, 458, 489, 543, 625, 713.
Kempten 243.
— Abt von 458.
Kettner, Georg, kaiserl. Agent 733.
Kinsberg, bei Eger 612.
Kirchheim, die 190.
Kleinpolen 44.
Klemens, Papst 84.
Klettgau 249, 250, 251, 554.
Kletus, Papst 84.
Kleve, Herzog von 423, 432, 478, 490, 495, 511, 519, 628, 660, 738.
Klitzing, Albrecht, dänischer Rat 504.
Klipping s. Erich.
Klosterneuburg, Propst Johann von 544.
Klosterneuburg, Stadt 604, 727.
Knorr, Peter, Dr., Propst zu Wetzlar 94, 204, 214.
Koblenz 482, 491, 494, 649, 673.
Köln, der von, s. Ruprecht und Hermann.
— Dompropst v., s. Stephan v. Bayern.
— Hof von 309, 469.
Köln, Stadt 368, 436, 439, 440, 453, 455, 456, 462, 472, 473, 479, 480—484, 485, 486, 491, 494, 498, 499—502, 510, 511, 528, 530, 543, 559, 570, 572, 637, 659, 673, 736, 738, 739.
Köln, Territorium 417, 439, 471—473, 483, 485, 494—496, 500, 504, 516, 519—528, 530, 649, 659—663, 673, 738.
Kölnisch, Kölner 242, 425, 439, 440, 441, 465, 466, 469, 470—473, 480, 485, 491, 493, 500, 505, 513, 516, 517, 520, 530, 532, 655, 659, 662, 663, 664, 670.
Kolin 315, 337, 338, 444, 446.
Kolmar, Reichsstadt 301, 396, 412, 463, 562.
Kolowrat, Benedikt (Benesch) von 80—81.
Kolowrat, Hans (Hanusch) v., auf Zbirow 85, 279.
— der, die 99, 170.
Königgrätz 337.
Königgrätzer Kreis, in Böhmen 100.
Königswarth, in Westböhmen 324.
Konitz 43, 44, 45, 106.
Konopischt (Hanfstengel), Schloß östlich v. Prag 99, 127, 128, 132, 169, 205.
Konrad (der Weiße), Herzog v. Öls-Wartenberg 81, 377, 491, 610—611.
Konrad (der Schwarze), Herzog von Öls-Wartenberg 75, 219, 377.
Konstantinopel 42, 444, 631, 719.
Konstanz, Stadt 35, 183, 250, 251, 256, 395, 396, 412, 413, 463, 464, 490, 638, 647, 654, 673, 704.
— Konzilium von 84.
— Bischof von, s. Hermann und Otto.
— Propst von, s. Cilly.
Konstanzer Bischofsstreit 570, 653—656, 657—659, 670.
— Kirche 650, 653—656, 657—659, 670.
Korneuburg 89, 90, 176, 192, 297—298, 342, 343, 344, 346, 544, 594, 600, 604, 688, 727, 731.
Kostka s. Postupitz.
Kotzau, Johann von, böhm. Ritter 202.
— Racek von, böhm. Ritter 609.
Krain, Fürst von 131, 231, 233, 275, 296, 350, 356, 781, 735.
— Landschaft 191, 600.
Kraina s. Andreas.
Krakau 106, 164, 173, 228, 231, 280, 319, 321, 333, 340, 341, 373, 374, 377, 379, 447, 448, 451, 600.
— Starost zu, s. Dubno.
— Domherr zu, s. Dlugosch.
Kralitz, südlich von Olmütz in Mähren 314.
Kremnitz, in Nordungarn 380.
Krems 544, 545, 600, 601, 602, 603, 604, 607.
Kremsier, in Mähren 220, 313, 314.
Kreta s. Hieronymus.
Kroatien 232, 234, 477, 630, 681.
Kroatisch 143, 187, 232, 600, 630.
Kronstadt, in Siebenbürgen 144.
Krumau, Dr. Johann, Domherr zu Prag 202.
Küstenländisch (Görzisch-triestisch-istrisch) 190.
Kulmbach, in Oberfranken 217.
Kulpa, Fluß 373, 681.
Kunigunde, Tochter Kaiser Friedrichs 239, 289, 290, 430, 497, 603, 135.
Kunitz, Kloster in Mähren 314.
Kursachsen s. Ernst von Sachsen.
Kurwalen 392.
Kuttenberg, in Böhmen 157, 169, 203—206, 209—315, 330, 331—336, 337, 338, 340, 341.

Laa (Law), an der Nordgrenze Niederösterreichs 155, 159.
Ladislaw (Postumus), König von Ungarn und Böhmen 46, 70, 102, 113, 125.
Laibach, Stadt 231, 296, 356.
Laibach, Bischof von, s. Sigmund.
— Kirche von 650, 703.
Lamparten (Lombardei) 409.
Landshut, Stadt in Schlesien 119.

Landshut, Stadt in Bayern 56, 96, 107, 108, 110, 111, 112, 198, 199, 258, 545, 630.
Landshut, Herrschaft und Territorium 110, 237, 302, 545, 619.
— der von, s. Ludwig und Georg der Reiche.
— Hof von 395, 545.
Landshut, Fürstenhaus von, s. Bayern.
Landshuter Räte 113, 202.
Landshuter Kanzler, s. Martin Mair.
Landstein, der, die von, böhmische Barone 99.
Langres 526.
Languedoc 622.
Lateran, päpstlicher Palast 565, 669.
Laufenburg, Schloß 267.
Laufenburg, Pfleger von 250.
Lauingen 256.
Laun, in Böhmen 99.
Laurenz (Rovarella), Bischof von Ferrara, Legat 80, 91—97, 118, 151, 161, 162, 164, 166—167, 174—175, 176, 179, 201—203, 204, 210—213, 215, 217, 220—224, 232, 233, 235, 236, 278, 291, 316, 318, 319, 327, 328, 336, 350, 358, 366, 378, 384, 386, 445.
Laupen, an der Saane 562.
Lausanne 553, 554, 555, 556, 557, 558—560.
Lausitz, Nieder- 81, 119, 138, 140, 160, 282.
— Ober- 81, 119, 282.
Lausitz 56, 80—81, 99, 119, 139, 140, 311—312, 314, 326, 337, 372, 377, 448, 540, 598, 612, 615.
Lausitzer (Lausitzisch) 56, 105, 107, 129, 160, 161, 168, 169, 170, 171, 199, 211, 227, 228.
Lavant, Bistum 666.
Lavant, Bischof von, s. Rudolf u. Johann.
Leibnitz, in Steiermark 685.
Leiningen-Hardenburg, Graf von 368.
Leinigen, Emicho, Graf von 492, 505.
— Schaffrid von 505.
Leipa, der von 170.
Leipzig 119.
Leipziger 119.
Leitha 568.
Leitmeritz 325.
Lemnos, Insel 631.
Lens 621.
Leonore, Gemahlin Kaiser Friedrich III. 59, 61, 117—118.
Leonhard, Graf von Görz 178, 193, 194, 296.
Leonhard St., in Graz 174.
Leopold, der Heilige, Markgraf von Österreich 185.
Leucadia, Insel 601.
Lichtenburg (und Vöttau), die von 130.
Liechtenstein, Heinrich von, österreichischer Baron 383, 386, 594, 719.
— Christof von 594.
Liefland 43, 100.
Liegnitz 219, 315.
Limburg, Grafschaft 262.
Linus, Papst 84.
Linz, in Oberösterreich 30, 35, 36, 37, 69, 70, 72, 73, 89, 118, 176, 604, 689.
Linz, am Rhein, oberhalb von Bonn 473, 494, 499, 500—502, 503, 529, 600.
Lisaine, Fluß in Hochburgund 496.
Lipa, Heinrich von, Oberstlandmarschall von Böhmen 159.
— Burian von, s. Terzka.
Lithauen 44, 329.
Lithauer 540.
Löben, Melchior von 119.
Lombarde 466.
Lombardei 477.
Lombardisch 524, 548.
Loreto, in Italien 180.
Lothar I., Kaiser 263.
Lothringen 262, 265, 372, 379, 398, 403, 409, 416, 420, 425, 429, 432, 436, 461, 505, 519, 524, 525, 526—528, 529, 530—537, 548, 549, 550, 555, 565, 566—574, 622, 625, 639.
— Herzog von 420, 506, 549, 565.
Lubelsik, Dobesch, polnischer Gesandter 334—336.
Lucas, Bischof von Sebenico, päpstlicher Legat 558, 572.
Lucia, Santa, Kardinal von, s. Heßler.
Luckau, in der Lausitz 119.
Ludwig von Bourbon, französischer Heerführer 576.
Ludwig XI., König von Frankreich 9, 10, 14, 15, 21, 85—86, 106, 120, 122, 208, 209, 217—218, 227—228, 250, 259, 260, 261, 265, 266, 280, 285, 292, 354, 370, 390—393, 397—399, 403—404, 409, 414—415, 417, 420, 426, 430, 432, 437, 438, 442, 447, 450, 453, 454, 458—464, 466—470, 471, 472, 474, 478, 485, 490, 492, 493, 496, 497, 500, 505—508, 509, 518, 523—528, 530, 531—534, 537, 547—549, 554—556, 560, 561, 566—568, 574—577, 580, 581, 587, 606, 620—629, 648, 664, 665, 669, 670, 676, 679—681, 684, 688, 690, 696, 698, 702, 721—722, 726.
Ludwig (der Reiche), Herzog von Bayern-Landshut 28, 29, 47, 56, 69—72, 79,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

91, 94, 96, 98, 109—112, 113, 115—116, 177, 196—197, 213—214, 218—219, 233, 237, 245, 253, 254, 255, 256, 258, 259, 264, 272, 302, 305, 307, 308, 349, 350, 352, 355, 357, 361, 362, 367, 372, 388—389, 410, 414, 440, 459, 472, 488, 528, 538, 567, 606, 630, 636, 689.
Ludwig, Herzog von Oppeln 130.
Ludwig der Schwarze, Graf von Veldenz 301—302, 305—308, 368, 388, 404, 422, 430—431, 475, 487, 578, 579.
Ludwig (von Savoyen), Bischof zu Gent 548, 567.
Lübeck 39, 42, 67, 368, 479, 519, 568.
Lübecker 54, 55.
Lüttich 91, 261, 265, 420, 425, 510, 736.
— Bischof von 423, 576.
— Bistum von 432, 673.
Lupfen, Graf von 412.
Luther, Martin 637, 638.
Luttenberg, in der Steiermark 631.
Luxemburg, Herzogtum 262, 293, 423, 467, 505, 524, 525, 527, 580, 628, 680.
— Stadt 420.
Luxemburger 19.
Luxemburgisch 525, 527, 590.
Luzern 273, 384, 413, 414, 415, 463, 486, 492, 558, 562, 565, 570, 573, 633.
Luzerner 252.
Lyon 554, 560.

Maas 265.
Maasmünster, Ludwig von, Rat Herzog Sigmunds von Tirol 268.
Macchiavelli, Nicolo, florentinischer Staatssekretär, Geschichtschreiber 9, 10, 11, 227.
Maçon, Grafschaft 262, 726.
Mähre, Mährer, der, die 199, 331.
Mähren 25, 34, 75, 80, 81, 82, 87, 88, 99, 100, 103, 104, 110, 119, 123, 140, 150, 152, 155, 156, 158, 170, 175, 176, 194, 200, 202, 204, 205, 209, 210, 216, 217, 219, 231, 235, 236, 279, 311—315, 328, 337, 340, 372, 374, 378, 379, 385, 446, 448, 539, 541, 544, 546, 598, 604, 611, 612, 690.
— Süd- 136, 155, 156, 160, 546.
— Nord- 375.
Mährer, Mährer 107, 116, 160, 211, 227, 228.
Mährisch 87, 89, 104, 123, 137, 152, 159, 190, 228, 279, 318, 546, 588, 607.
Mährisch-Neustadt 219, 224—225.
Mährisch-Trüban 315.
Märkisch 60, 66.
Magdeburg, Erzbischof von 305, 307, 388, 484, 615, 704.
— Gebiet von 510.
— Burggrof von, s. Hardegg.
Magyar, Blasius, ungarischer Befehlshaber 296.
Magyarenkönig (Matthias Corvinus) s. Matthias.
Magyarisch 22.
Mailand, Herzog von, der von 173, 349, 415, 453, 474, 475, 493, 548, 602, 603, 643.
Mailand, Territorium, Fürstenhaus 25, 86, 172, 180, 184, 349, 474, 475, 478, 495, 507—508, 510, 531, 556, 559, 566, 580, 602, 607, 640, 651, 664, 669, 721, 724.
— Stadt 180, 684.
Mailänder 172.
Mailändisch 180, 367, 382, 555, 648.
Mainlande 241.
Mainz, Stadt 38, 39, 299, 497, 500, 508, 655, 738.
Mainz, der von, Erzbischof, Kurfürst von, s. Adolf, Diether und Berthold.
Mainzer, der, s. Diether und Adolf.
Mainz, Territorium 243—244.
— Kirche von 244, 298—299, 585, 649, 654—656, 662.
Malatesta, Roberto, Herr von Rimini 180, 185, 721.
Mantua 349, 475, 721.
Mantuanische, das 180.
March, Fluß 147, 313, 568.
Marchburg (Marburg), in der Steiermark 192, 298.
Marche, Olivier de la 499.
Marcus Marci, Patriarch von Aquileja, päpstlicher Legat 385, 386, 443—447, 348, 450—451, 455, 472, 475.
Margaretha, Königin von Dänemark, Schweden und Norwegen 51.
Margaretha (von Flandern), Herzogin von Burgund 261.
— von Österreich-Burgund 726.
Margaretha (von Bayern), Herzogin von Burgund 262.
Margaretha (von York), Herzogin von Burgund 438, 576.
Maria, Herzogin von Burgund 121, 268—269, 293, 397, 426, 490, 534, 572, 576, 577—583, 720, 725.
Mariano, im Römischen 731.
Marienburg 45.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Mark (Brandenburg) 58, 64, 66 67, 68, 110, 139, 140, 177, 406, 615, 616, 717, 720, 725.
— die neue, s. Neumark.
Marken (des Kirchenstaates) 179.
Markgräflich 60.
Martinitz, Burg bei Znaim 154.
Masovien 44.
Masovier 540.
Mastricht 466, 470, 478.
Matthias (Corvinus), König von Ungarn und Böhmen 9, 11, 21—22, 23, 32, 72—75, 86, 90, 91, 92, 101, 115, 118, 123, 126, 138, 141, 142—144, 145—160, 161—171, 173—176, 178, 182, 183, 187, 191, 194, 195, 201, 202—226, 227—241, 247, 276—280, 283, 288—291, 294—295, 298, 310—321, 322—336, 337—341, 345, 349, 350, 364—367, 372—388, 399, 403, 405—408, 412, 429, 434, 443—449, 450—451, 454, 465, 476—477, 484, 488—489, 491, 493, 495, 507, 508, 516, 531, 538—547, 559, 560, 568, 569, 570, 572, 583—598, 599—617, 618, 630—634, 648, 651, 652, 663, 665—668, 676—678, 681—688, 689—690, 692—704, 706—719, 720—722, 726—729, 731—739, 740.
Mauerkircher, Dr. Friedrich, Landshuter Rat, dann Gegenbischof von Passau 79, 674, 718.
Maulbronn 246.
Mautern, in Niederösterreich 718.
Maximilian I., Erzherzog von Österreich, Herzog von Burgund, deutscher Kaiser 18, 23, 118, 121, 149, 173, 178, 259, 269, 286—287, 289, 293, 401, 404, 426, 437, 456, 458, 494, 517, 534, 572—576, 577—582, 606, 607, 618—629, 644, 648, 662, 665, 670, 671, 678,—681, 682—684, 690, 696, 702, 720, 722, 725—726, 728—740.
Maximin, St., Abtei bei Trier 423, 424, 430.
Mecheln 468.
Mechtild, Erzherzogin von Österreich, Gemahlin Albrecht VI. 39.
Mecklenburg, Herzog, Herzoge von 56, 67, 496, 615,
— Herzogtum von 310, 638.
Medici, Lorenzo 643, 648.
Meisenheim, im Pfälzischen 368.
Meißen, Fürstenhaus von, s. Sachsen.
— Fürsten von 26, 580.
— Land, Territorium 100, 104, 106, 119, 323, 326.
— Bischof von 712.
Meißnisch 104, 324.
Merseburg, Bischof von 712.
Metz, Bischof von (Georg von Baden) 198, 258.
— Stadt 420, 421, 507.
Miawa, mährisch-ungarischer Grenzfluß 313.
Michelsberg, der von 170, 171.
Mieschitz, Schloß nördlich von Prag 99.
Milstädt, in Kärnthen 185.
Mitteleuropa, s. Europa.
Modena, Gebiet von 181.
— Bischof von, päpstlicher Legat 627.
Mödling, in Niederösterreich 651.
Mödling (Möttling), i. Kärnthnischen 231, 373.
Mömpelgard, s. Montbeliard.
Mörs, Graf von 437.
Mohammed II. 404.
Mohammedanisch 5.
Moldau 144, 145, 163, 317, 385.
— Woiwode von, s. Stephan.
Moldauer, der, die 144.
Moldauisch 144.
Moldwabanya 144.
Molfetta, s. Innocenz VIII.
Montbeliard (Mömpelgard), 470, 493, 550.
Montferrat, s. Wilhelm.
— Markgraf von 606.
Montfort, Graf Haug von, kaiserl. Rat 201, 211, 212—214, 234—235, 239, 246, 247, 305, 394, 404, 426, 515, 622.
Moritz, Graf von Oldenburg und Delmenhorst 53, 54.
Morosini, Paolo, Doge von Venedig 354.
Mortenau (Ortenau) 434, 487.
Mosbach, Hof von 309.
Moselstadt, die (Trier) 421.
Moskau 452.
Mühlviertel, in Oberösterreich 136.
Mülhausen im Elsaß 250—251, 255, 391, 419, 422.
— in Thüringen 368.
München, Stadt 198, 355.
München, Herrschaft, Territorium 110, 545.
München, Herren, Herzoge von 91, 354, 355 s. Bayern.
— Gesandter von 97.
Münster, in Westfalen 479.
— Bischof von 505, 510, 628.
Münster (Beromünster), im Aargau 415, 554.
— Propst von, s. Silinen.
Münsterberg 81, 102, 104, 127, 160.
— Herzog von, s. Viktorin und Heinrich.
Mürzthal 192.
Mürzzuschlag, in der Steiermark 194.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Murinsel, in Ungarn 477.
Murten 558, 562—564, 565, 567, 569, 657.

Nachod, in Ostböhmen 315.
Namslau, in Schlesien 81.
Namur 262.
Nancy 513, 528, 531, 533, 535, 538, 557, 559, 572—573, 580, 659.
Naring, Brüder von 343.
Narni 180.
Nassau, Haus von 243, 264, 304.
Naumburg, in Thüringen 203, 218, 239, 240, 246, 247.
— Propstei von 665, 673.
Neapel 185, 402, 507, 538, 544, 559, 566, 602—603, 640, 648, 664, 721, 722, 724.
— König von, s. Ferdinand.
Neapolitanisch 364, 365, 537, 720.
Neisse 104, 444—448, 449, 451.
Nessau, in Polen 44.
Neuenburg (Neufchatel) 550, 551.
Neuenburg a. Rh., 257, 259, 462.
Neuenburger See 552, 553.
Neufchatel, Heinrich von, Sire de Blamont 470.
— Claude de, Gouverneur von Luxemburg 524.
Neuhaus, der, die von, böhmische Barone 99.
Neuhaus, in Südböhmen 35, 75, 77, 105, 119, 337.
Neumark, die brandenburgische 43, 49, 66, 125, 173, 611.
Neumarkt (am Böhmerwalde) 105.
Neumünster 53.
Neu-Serowitz, in Mähren 136.
Neustadt-Wiener, s. Wiener-Neustadt.
Neuß 399, 477, 479—480, 481—483, 491, 492—496, 497—520, 523, 524, 526, 528, 529, 530, 531, 535, 536, 548, 557, 580, 619, 654, 659.
Neutra, in Oberungarn 380, 381, 383.
Nevers, Grafschaft 261.
Niederbaden, s. Baden.
Niederdeutschland, s. Deutschland.
Niederlande 9, 392, 575, 577, 581, 583, 620, 622, 625, 628, 690, 725.
Niederländisch 11, 524, 576, 577, 583, 625, 628, 720, 725, 740.
Nikolaus V., Papst 642, 646.
Nikolaus (von Thüngen), Bischof von Ermeland 542, 610.
Nikolaus, Herzog von Oppeln 104, 130.
Nikolaus, Herzog von Kalabrien-Lothringen 397, 398, 416, 425.
Nimburg 337.
Nimwegen 416, 425.
Nördlingen 113, 689.
Norddeutschland, s. Deutschland.
Nordhausen 368.
Norditalien, s. Italien.
Normandie 478.
Norwegen 50.
Notre dame, Abtei bei Neuß 478.
Noyers, Grafschaft 72.
Nürnberg, Stadt 61, 62, 87, 90, 92, 93, 96, 97, 98, 105, 107, 109, 110, 113, 118, 201, 203, 213, 214, 244, 245, 273, 302, 347, 352, 360, 367, 369, 370, 388, 389, 453, 454, 455, 476, 489, 511, 682—704, 705, 710, 711, 712, 715, 717, 732, 737.
Nürnberger Reichstag 30, 33, 45—46, 68, 80, 90—98, 106, 109, 118, 213, 214, 235, 239, 244, 251, 304—309, 347, 367—369, 370, 678—679, 681—704, 711—715, 716, 720, 730.
Nürnberger, die 71.

Oberehenheim, Reichsstadt 301.
Oberlahnstein 299.
Oberösterreich, s. Österreich.
Oberpfalz 485, 638.
Oberrhein, s. Rhein.
Ochsenfeld, das, im Sundgau 252.
Oder, Fluß 147, 540, 595, 615.
Ols, Herzog von, s. Konrad.
Ols, schlesische Landschaft 491, 540.
Österreich, Staat 14, 22, 23, 32, 36, 38, 41, 68, 90, 99, 109, 137, 146, 160, 175, 188—190, 197, 200, 212, 235, 247—249, 250—260, 267—273, 274, 277, 285—288, 291—293, 295—296, 307, 317, 323, 344, 356, 357, 370, 372, 375, 386, 387, 391—404, 411, 415, 419, 438, 463, 464, 466, 467, 484, 485, 538—547, 562, 686.
— Erzherzogtum 28, 31, 34, 36, 46, 72, 75, 89—90, 109—110, 116—118, 125, 126, 136, 137, 138, 142, 145, 148, 150, 151, 153, 160, 167, 175, 176, 203, 205, 275, 369, 370, 378, 385, 508, 543—546, 592, 594, 632, 638, 674, 686, 689, 690, 697, 703, 715, 717, 719, 722, 731, 740.
— Herzog von 697.
— Haus 23, 46, 90, 241, 261, 291—292, 293, 391—399, 401, 415, 419, 437, 477, 532, 559, 578, 579, 585, 586, 592, 603, 609, 618, 619, 622, 628, 697, 715, 725, 726, 729, 740.
— Nieder- 89—90, 103, 116, 146, 176, 185, 193, 239, 274, 373, 385, 386, 412, 450, 454—455, 543—546, 594,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

596—599, 600—603, 606, 607, 629, 632, 688, 706, 707, 735.
Österreich, Ober- 47, 89—90, 116, 118, 176, 185, 239, 274, 317, 346, 455, 543—546, 603, 605, 632.
— Vorder- 249, 269, 461, 555, 557.
— Inner- 147, 171, 187, 188, 190, 193, 197, 231, 236, 259, 287—288, 295, 357, 588, 600, 607, 630, 666, 675, 676, 686, 690, 731.
Österreicher 67, 153, 160, 253, 342, 385, 395, 485, 589, 595, 604, 719.
Österreichisch 18, 23, 34, 35, 36, 46, 74, 75, 89—90, 116, 122, 136, 148, 151, 167, 172, 174—176, 178, 186, 188—190, 194, 234, 240, 249—258, 265, 267, 274, 276, 290—293, 294, 317, 343, 344, 383, 384, 385, 394, 410, 411, 434, 462, 476—477, 486, 496, 543—547, 562, 566, 581, 588, 592, 595, 600, 606, 607, 618, 621, 650, 665, 668, 675, 676—678, 685—688, 689, 714, 717, 718, 719, 729, 731, 735, 737, 740.
Österreich ob der Enns, s. Oberösterreich.
Österreich-Tirol 110, 213—214, 265—273, 395, 398, 413—416, 466—468, 731.
— Herzog von, s. Sigmund und Maximilian.
Ofalu (Altdorf) 444.
Ofen 74, 130, 278, 328, 378, 379, 444, 608.
Oise 575.
Oldenburg, Grafschaft 54.
Oldenburg, Haus von 52.
Oldenburg, Graf von, s. Christian und Gerhard.
Oldenburger, der, s. Christian.
Oldenburger, die 53, 55.
Olmütz 89—80, 103, 120, 162, 164—169, 170, 178, 209, 220—224, 225, 226, 228, 229, 230, 314, 319, 334, 336, 337, 338, 381, 612, 614, 617.
— Bischof von, s. Prothas.
Omer, St. 261, 267, 268, 270, 273, 284, 391, 392, 463, 467, 620, 679.
Oppeln, Herzog von 377.
— Stadt 540.
Ordenslande, s. Ordensstaat.
Ordensstaat (in Preußen) 38, 40—47, 52, 173, 610, 611.
Orléans, Ludwig, Herzog von, 508, 726.
Orsini, römische Familie 720.
Ortenau, s. Mortenau.
Osman, Calixt (Bajesid) 404, 422.
Osmanen 18, 46, 142, 146, 150, 187, 405.
Osmanisch 145, 146, 719.
Ostböhmen, s. Böhmen.
Ostia, Kardinal von (Wilhelm d'Estouteville) 179, 181.
Ostmark, s. Österreich.
Ostroměč (Scharfenschwert) 337, 375.
Ostroroh, Stanislaus von, Palatin zu Kalisch 127.
Ostsee 52.
Ostpreußen, s. Preußen.
Otranto (Hydruntum) 705, 707, 750.
Otto, der Große, deutscher Kaiser 650.
Otto (von Sonnenberg), Bischof von Konstanz 569, 574, 622, 653—655, 657—659.
Otto, Herzog von Bayern-Mosbach, Pfalzgraf 86, 91, 161, 201, 282, 283, 305, 307, 317, 347, 355, 406, 617, 691.
Otto III., Herzog von Pommern-Stettin 56, 58, 60, 62.
Otto, Graf von Henneberg 458.

Padua 179.
Paliano, im Römischen 721.
Pallas Athene 5.
Pannonius Janus (Johann von Casinge, Bischof von Fünfkirchen) 158.
Pappenheim, die von 201.
— Marschall (Rudolf) von, 305, 489, 510, 657.
Paris 120, 469, 576, 620, 624.
Passau, Stadt 109, 349, 370, 710.
— Bischof von, der von, s. Ulrich (von Nußdorf).
— Kirche von 650, 674, 718.
Passauer, Passauisch 689, 718, 722.
Patrizzi, Agostino, italienischer Humanist 348.
Paul II., Papst 30, 84, 85—87, 118, 149, 150, 151, 171, 173—174, 177—186, 200, 208, 216, 231, 232, 318, 321, 324, 328, 571, 378, 643, 650, 651, 722.
Paulus, Apostel 84.
Pavia, Kardinal von (Jacobo degli Ammanati) 349, 350.
Pazzi, die 643.
Peguigny, an der Somme 524.
Pernstein, Wilhelm von, mährischer Baron 329, 336, 446.
Peronne, Vertrag von 392, 437, 576.
Perugia 721.
Pesaro, in den Marken 180.
Pesnitzer, Ulrich, Herr auf St. Gotthart 600.
Peter St., in Salzburg, Abt von 675.
Peter (von Schaumburg), Kardinal-Bischof von Augsburg 91, 93, 113, 198, 247, 305, 532.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Peterskloster, zu Weißenburg i. E. 300.
Petrikau (Piotrkow), in Polen 104, 616.
Petri Stuhl (römische Kirche) 183.
Petrus, Apostel 84.
Petschau, in Westböhmen 324.
Pettau, in Südsteiermark 477, 685.
Pfälzer, der, s. Friedrich der Siegreiche.
Pfälzisch 70, 214, 301—302, 305—308, 367, 368, 370, 429, 459.
Pfalz, Territorium und Herrschaft 20, 244, 300—302, 307, 407, 504, 717.
— Veldenz 430.
Pfalzgraf, der, s. Friedrich (der Siegreiche).
Pfalzgräflich 98, 472, 484, 701.
Pfeddersheim 254.
Pfirt 266, 267, 284, 438, 525, 547.
Pforzheim 246.
Philibert, Herzog von Savoyen 547.
Philipp, Erzherzog von Österreich, Herzog von Burgund und König von Kastilien 1, 736.
Philipp, Pfalzgraf bei Rhein 70, 71, 115, 122, 196, 264, 309, 434, 440, 660, 661, 662, 682, 691, 692, 695, 700, 704, 706, 715, 728, 729, 731, 732, 733, 736—739.
Philipp, Graf von Nassau 422.
Philipp II., August, König von Frankreich 14.
Philipp IV., König von Frankreich 14.
Philipp II., König von Spanien 17.
Philipp (der Kühne), Herzog von Burgund 261—262, 263.
Philipp (der Gute), Herzog von Burgund 121, 122, 209, 262—264, 567, 619, 729.
Piccolomini, Kardinal, s. Pius II. und Franz von Siena.
Pietro, San, in Vincoli, Kardinal von, s. Sixtus IV.
Pikarde 466.
Pikardie 262, 509, 576, 620, 680.
Pilsen 85, 99, 105, 130, 160, 315, 337, 612.
Pilsner 25, 99, 105, 160, 161, 166, 168, 170.
Piotrkow s. Petrikau.
Piscia, Balthasar von, päpstlicher Nuntius 610.
Pius II. (Enea Silvio Piccolomini), Papst 6, 30, 171, 173, 178, 200, 209, 248, 264, 322, 349, 642, 648, 722.
Plankner Johann, von Kinsperg, Hauptmann König Matthias' von Ungarn 612.
Plauen, der, die von 99, 170.
— Heinrich von 164, 324, 326.
Po, Fluß 181, 185.
Podiebrad, Schloß 332, 336, 612.
Podiebrad, s. Georg.
Podiebradisch 279.
Podmanicky, Blasius, ungarischer Heerführer 155.
Pölten, St. 718.
Pösing, s. St. Georgen.
Pol, Connetable von St. 555.
Pole, der, Polenkönig, Polenherrscher, s. Kasimir und Wladislaw.
Pole, Polen, der, die 43, 45, 46, 49, 68, 125, 128, 131—134, 239, 320, 327, 331, 338, 339, 374, 375, 379, 381, 382, 383, 447, 451, 454, 540, 542.
Polen, Fürstenhaus von 25, 40, 41—49, 55.
Polen, Reich und Land 18, 25, 42—49, 52, 66, 86, 100, 102, 104, 121, 123—127, 139, 141, 151, 217, 222, 230, 231, 294—295, 303, 338, 341, 373, 374—377, 381, 384, 434, 445, 476, 489, 542, 590, 593, 603, 606—609, 610—617, 630, 638, 639.
Polna, bei Iglau 158, 159, 315, 320, 329, 330.
Polnisch 42—49, 52, 65, 102, 120, 124—129, 130—134, 136, 139, 143, 144, 149, 151, 162—166, 208, 216, 217, 222, 230—231, 289, 306, 311, 316, 319, 320, 321, 330—337, 340—341, 345, 375—381, 382, 383, 439, 443, 444, 446, 449, 450—451, 453, 489, 539—543, 600, 607, 611—616.
Pommern 43, 56, 58—68, 141, 242, 310, 616.
Pommern-Stettin, Fürstentum 58—68, 110, 310.
Pommern-Wardt, Herzöge von 59—68.
Pommerisch 38, 55, 56, 58—68, 140, 196, 303, 310.
Pomposa, Abt von 179.
Pont-à-Mousson 513.
Ponte Milvio, in Rom 181.
Poppelsdorf 440.
Porta del Populo, in Rom 181.
Portenau (Pordenone) 178, 179, 193, 233.
Portogruaro, bei Aquileja 193.
Porto, s. Carvajal.
Portugal, s. Leonore.
Posen, Dechant von 449.
— Stadt 540.
Postupitz, Kostka von, Albrecht, böhmischer Baron 73—74, 80—81, 123, 132, 150, 164, 202, 219, 221, 225, 329, 336.
— Zdenko von 104, 170, 171.
Pottendorf, die 190, 594.
— Georg von 383, 386, 544, 546, 594.
Prag 26, 31, 32, 33, 34, 36, 38, 75, 84,

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

87, 99, 106, 107, 108, 120, 123, 124, 126, 127, 132, 133, 134, 156, 160, 161, 162, 165, 166, 168, 172, 201, 202, 204, 224, 229, 230, 236, 240, 276, 278, 280, 296, 310, 318, 319, 320, 321, 325—335, 337—340, 341, 374, 375, 389, 446, 447, 448, 538, 547, 591, 595, 597, 609, 611, 613, 636, 639, 691.
Prag, Altstadt von 84.
Prager 46, 231, 235, 306.
Preßburg 147, 148, 203, 276, 277, 278, 385, 542, 689.
— Propst von (Georg von Schönberg) 198, 201, 631, 685—688.
Preußen 40—49, 100, 164, 546, 616.
— Ostpreußen 45, 48.
— Westpreußen 45, 48, 125, 616.
Preußenfrieden 48, 49, 109, 173, 444, 445.
Preußisch 40—49, 52, 120, 121, 125, 542, 616.
Prosper, Bischof von Catania 658.
Prothas (von Boskowitz), Bischof von Olmütz 82, 105, 119, 129, 148, 149, 152, 162, 163, 164, 167, 227, 373—374, 588.
Provence 478, 554—555.
Przchemko, Herzog von Teschen 219.
Prüm, Kloster von 665, 673.
Prüschenk, Sigmund, Freiherr von Stettenberg 623—624.
— Heinrich, österreichischer Anführer 734.
Pucheim, Wilhelm von, der von 89—90. 109—110, 116.
— Heinrich von 594.
Punisch 17.

Quentin St., in Nordfrankreich 524, 525,
Quesnoy 577, 621.

Raab, in Ungarn 598.
Rabenstein, in Böhmen 105.
— Prokop v., böhm. Kanzler 144, 171.
— Johann, Dompropst von Wyschehrad bei Prag 200, 341.
Radkersburg, in der Steiermark 234, 297, 710, 711.
Ramung, Hans, kaiserl. Hauptmann 194.
Ramung, Matthias, Bischof von Speyer 362.
Randeck, Heinrich von, 654.
Rapoltstein, Herren von 412.
Ratai, in Böhmen 444.
Raudnitz, in Böhmen 99, 104.
Ravenna 180.
Reate, Bischof von, päpstlicher Legat 585.
Rechberg, Graf Heinrich von, kaiserl. Gesandter 557—558.
Regensburg, Stadt 39, 43, 97, 109, 110, 113, 114, 115, 199, 200—203, 210—214, 218, 234, 243, 247, 277, 289, 300, 317, 319, 322, 341, 345, 346—367, 368, 370, 372, 374, 378, 382, 388, 389, 394, 405, 408, 409, 455, 458, 488, 666, 702.
— Bischof von, 91, 110, 113, 198, 202.
— Schultheiß von 212.
Regisheim, Peter von, elsäß. Edler 267.
Regnitz, Fluß 370.
Rehwein, Dr. Hans 387, 426.
Reich, Heinrich von Reichenstein, elsäßisch. Edler 267.
Reinhard (René), Herzog von Lothringen 420, 493, 500, 506, 507, 525—528, 529, 530—537, 549—552, 555, 561—563, 565—568, 570, 572—573, 623.
Reischach, die von 136.
Remagen 494, 499.
Reman, Wenzel, Ansbach. Chorherr, brandenburg. Diplomat 60, 63.
Rendsburg 53.
René, König von Neapel, Herr der Provence, 416, 554—555.
René s. Reinhard.
Reuß, Fluß 253, 391.
Reutlingen, Reichsstadt 245.
Rhein 38, 120, 140, 197, 243, 249, 265, 273, 360, 475, 479, 483, 490, 502, 518, 568, 577, 638, 649.
— Mittel- 368.
— Nieder- 264, 400, 480, 493, 496, 500, 704.
— Ober- 39, 242, 247, 248, 251, 257, 368, 391, 393, 418, 455, 470, 462, 464, 466, 467, 469, 486, 536, 549, 555, 704, 736.
Rheinfelden 267.
Rheinisch 198, 401, 485, 535, 662.
Rheinzoll 425.
Rheinlande 244.
Rhetel, Grafschaft 261.
Rhodus 704 | 705.
Rhodiserritter 704.
Riario Girolamo, päpstlicher Nepote 721.
Richard III., König von England 14.
Riesenberg, der, die von 99, 170.
Wilhelm von R. und Rabie, der Jüngere 171, 333.
Rimini 180.
Rinhofen, Andreas von (Seckendorff) 142.
Ripen, in Schleswig 54.
Rivers, Lord of Woodville 550, 577.
Rivière, la 572.
Rochefort, Wilhelm von, burg. Rat 559.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Römisch 8, 24, 32, 131, 146, 172, 218, 287, 482, 672.
— Stuhl, Kirche, Kurie 11, 24, 25, 31, 32, 39, 47—49, 60, 73, 77, 84—85, 88, 101, 106—109, 111—112, 123, 124, 131, 172, 195, 208, 215, 221, 225, 229, 232, 280, 303, 320, 335, 339, 445, 634—650, 651, 652, 658, 681.
— Kaisertum 4, 176, 286, 426, 715.
— Königtum 189, 207—208, 217—218, 220, 263—264, 273, 280, 286, 401, 426—427, 728—740.
— Reich 137, 208, 672, 715.
Röteln-Hochberg, Rudolf, Markgraf von 273, 549, 550, 551.
Rokyzana (von Rokyzan), Johann, Hauptpfarrer am Tein zu Prag 25, 79, 151, 224, 322.
Roll, Burg bei Gabel in Nordböhmen 170.
Rom s. Römische Kirche, Kurie.
Rom, Stadt 31, 36, 57, 72, 76, 78, 79, 80, 81, 85, 88, 106, 111, 123, 150, 171, 172, 174, 177—186, 187, 193, 222, 232, 237, 258, 278, 279, 280, 283, 317, 318, 321, 322, 324, 345, 405, 453, 473, 474, 532, 533, 586, 636, 651, 652, 657, 659, 661, 662, 665, 668, 670, 671, 678, 682, 702, 705, 707, 720, 722, 723.
Romont s. Jakob von Savoyen.
Rongoni (de Rongonis), Gabriel v. Verona, Vivoritenmönch, dann Kardinalbischof zu Erlau 79, 125, 129—131, 144, 169, 178. 216, 328, 384, 445, 448, 586, 600, 602, 607, 633, 677, 678.
Ronsperg, Dobrohost von 78.
Rosenberg, Georg von, fränkischer Edler 302.
Rosenberg, Johann von, böhm. Baron 76, 92, 102, 105, 164, 167, 279.
— Jost von, s. Jost.
— der, die von 99, 167.
Rosenbergisch 105.
Rosenberger, der (Bischof Jost von Breslau) 129.
Rosenthal (Rožmital), Leo von, Herr auf Blattna 76—87, 99.
Rostock 638.
Roth, Richtung von 94.
Rothenburg, Reichsstadt 453.
Rostock, Land von 310.
— Stadt 568.
Rott s. Johannes.
Rovarella, Laurenz, Bischof von Ferrara, päpstlicher Legat s. Laurenz.
Rovarella, Kardinal 179, 180.
Rovere, Francesco della s. Sixtus IV.
Rovigo 179.
Rudolf I. (v. Habsburg), deutscher König 20, 185, 250.
Rudolf II. Herzog von Österreich, König von Böhmen 328.
Rudolf, Bischof von Würzburg 362, 388, 488—489, 704. s. Würzburg.
Rudolf, Bischof von Lavant, dann (1468) zu Breslau, Legat 48, 80—81, 88, 100—101, 102, 119, 115—128, 129, 138—142, 148, 152, 160, 162, 166—167, 168, 176, 182, 215, 220, 227, 316, 350, 377.
Rügen, Fürstentum von 310.
Rumland, Dietrich von, Rat Sigmunds von Tirol 293.
Ruppa, Wilhelm von, böhm. Baron 591.
Ruprecht (Clem), deutscher König 20.
Ruprecht (von Bayern-Pfalz), Erzbischof von Köln 197, 242, 298, 309, 358, 362, 364, 388, 417, 430, 439—441, 469, 470, 471—473, 478, 480, 485, 488, 494, 500, 512, 516, 518, 567, 659—663, 673, 738.
Ruprecht (von Bayern-Pfalz), Bischof von Straßburg 430.
Russe 540.
Russisch 44.
Rußland 40.
Rutze, Nikolaus, von Rostock 638.

Saane, Fluß 562.
Saarwerden 571.
Saaz 99.
Sachse, Sachsen, der, die 199, 335.
Sachsen, Territorium und Herrschaft 20, 30, 38, 113, 141, 196, 247, 327, 484, 485, 697.
Sachsen, Nieder- 704.
Sachsen, Fürstenhaus von (-Meißen) 25, 39, 94—96, 106—109, 111—112, 113, 141, 209, 213, 214, 218—219, 221, 234, 237—238, 239, 243, 281, 282, 303, 319, 390, 406, 440, 580, 717.
— Herzog, Herzöge, Herr, Herren, der, die von 29, 37, 67, 83, 86, 112, 138, 140, 141, 177, 198, 200, 203, 217, 218—219, 228, 245, 372, 388, 488, 617, 689, 706.
— Marschall von (Hugold von Schleinitz) 214.
Sachsenburg, in Innerösterreich 689.
Sachsen-Thüringen, s. Thüringen.
Sächsisch 78, 79, 82, 94, 96, 106, 108, 112, 198, 199, 238, 318, 319, 321, 323, 324, 338—341, 363, 366, 407, 444, 504, 513, 538, 539, 540, 596, 619, 687, 688, 704, 711, 727, 736, 737.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Säckingen 267.
Sagan, Stadt und Schloß 81, 119, 593.
— Herzog von, s. Johann (Hans) und Balthasar.
— Abt von 593.
Sagorien, Graf von 600.
Salins, Grafschaft 726.
Saintville, Ludwig von, französischer Rat 392.
Saint Pol, Graf von 523, 555.
Salzburg, Stadt 346, 666, 676, 735.
— Gebiet, Kirche von 484, 485, 633, 650, 665—668.
— Propstei von 665, 673.
Salzburg, Erzbischof von 113, 297, s. Bernhard von Rohr.
Salzburgisch 190, 343, 629, 633, 651, 665—668, 674—678, 685—688, 689, 692, 707.
Sandez, Kastellan von 381.
Sangallen 510.
Sankt Peter in Rom 181.
Sankt Stephan in Wien 185.
San Marco in Rom 181.
— Kardinal von, s. Marcus Marci.
San Sisto, Kardinal von 723.
Sargans, Graf Hans von 394—395.
Saros, ungarische Gespannschaft 159.
Save 231, 708.
Savelli, römische Familie 721.
Savoyen, Territorium und Herrschaft 86, 349, 372, 403, 428, 430, 432, 474, 478, 507, 510, 547—548, 551, 552, 555, 556, 560, 564, 565, 566.
Schabatz, an der untern Donau in Serbien 356, 586.
Scharfenschwert (Ostromeč) 375.
Schaffhausen 249, 250—252, 253—255, 272, 414, 510.
Schaffran, Wenzel, Söldnerführer 194.
Schauenburg, Haus von 53.
Schauenburg-Pinneberg, Haus von 53.
— Graf Otto von 53, 54.
Schauenburg-Rendsburg 53.
Schauenburg (Schaumburg), Hans von, kaiserlicher Rat 51, 139, 141, 142.
Schaumburg, Wilmolt von, Heerführer 178.
Scheck, Georg, von Wald, österreichischer Edler 594.
Schelde 265, 620.
Schellenberg, Marquart von, österreichischer Marschall 581.
Schenk Dr., kaiserlicher Agent 733.
Schlecht, Tileman, päpstlicher Nuntius 381, 384.
Schleinitz, Hugold von, sächsischer Obermarschall 694—695, 697.
Schleitz 142, 712.
Schlesien 80, 81, 83, 88, 99, 100, 102—104, 139, 140, 152, 167, 169, 202, 219, 228, 230, 235, 311, 312, 313, 326, 341, 372, 377, 379, 406, 407, 448, 538, 540, 541, 591, 595, 598, 608, 609, 612, 615, 619, 638, 690, 711.
Schlesier 88, 103, 104, 107, 160, 161, 168, 169, 199, 211, 229, 313, 314, 315, 324, 331, 337, 381, 382, 539, 542.
Schlesisch 104, 175.
Schleswig, Herzogtum 40, 48—55, 57, 453.
— Herzog von, s. Adolf und Christian.
Schleswiger 54.
Schlettstadt, Reichsstadt 301, 396, 412, 463, 562.
Schlicke, die 245, 323.
— Matthias 339.
Schöffer, Peter 19.
Schönburg, der von 119.
— Territorium 140.
Schotte, der, die 484.
Schottenkloster zu Wien, Abt Matthias von 544.
Schottisch 259.
Schottland 402, 452.
— König von 474, 484.
Schramowitz, in Oberungarn 476.
Schreiber, Jakob von, steirischer Edler 343.
Schwabe, Schwaben, der, die 199.
Schwaben 38, 140, 254, 308, 356, 390, 484, 704, 736.
Oberschwaben 257.
Schwäbisch 244, 368, 520, 653, 704.
Schwanberg, der, die 99, 170.
— Bohuslaw von 323, 609.
Schwanbergisch 92.
Schwarzenberg, Walther von, Frankfurter Patrizier 512, 513.
Schwarzwald 256, 267, 272, 704.
Schweden 50, 51, 52, 57, 58, 452.
Schwedisch 57, 452.
Schweidnitz 87, 130, 316.
Schweinfurt 489.
Schweiz 21, 372.
Schweizer, s. Eidgenossen.
Schweizerisch s. Eidgenössisch.
Schwyz 394, 550.
Schwyzer 252.
Scutari, in Albanien 187, 631.
Sebenico, Bischof von, s. Lucas.
Sechsstädte 80, 81, 103, 140, 312, 316, 372.
Seckau, Bistum von 666, 718.
Seckau, Bischof von 296, 675.
Seckauisch 678, 685, 707.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Seckendorf, s. Rinhofen.
Seckenheim 254.
Seealpen 705.
Seeland 262, 431, 568, 579.
Semendria, bei Belgrad 356, 594.
Semmering 598.
Senlis, Vertrag von (1477) 490.
Sens, in Frankreich 526.
Seybot, Heinz, Ansbachischer Diplomat 111.
Sforza, mailändisches Herzogshaus 173, 602—603.
— Franz von, Herzog von Mailand 180.
— Galeazzo Maria, Herzog von Mailand 180, 275, 474, 508, 566 s. Galeazzo.
Siebenbürgen 143—144, 158, 224, 226, 239, 355, 678.
— Bischof von 446, 682—684.
Siebenbürgisch 143.
Siena, Kardinal von (Franz Piccolomini), s. Franz.
Sigismund, deutscher Kaiser 18, 29, 63, 431.
Sigismund, Herzog von Österreich-Tirol 91, 113, 141, 186, 191, 193, 197, 198, 213—214, 234, 242, 247—248, 250—259, 263—273, 280, 281, 284—288, 291—294, 296, 301, 302—303, 305, 307, 308, 344, 349, 363, 367, 387, 388, 390—397, 399, 403, 412—415, 418—419, 425, 429, 430, 431, 438, 442, 456, 460—465, 466—470, 471, 484, 485, 486, 490, 492, 493, 497, 500, 509, 517, 527, 529, 530, 534—536, 547—552, 557—559, 562, 569, 570, 573, 580, 585, 619, 623, 626, 636, 653, 654, 657, 659, 676, 691, 704, 717, 728, 730, 735.
Sigmund, Herzog von Bayern-München 113.
Sigmund, Bischof von Laibach 178, 296.
Sign, in Dalmatien 290, 296.
Silinen, Jost von, Propst von Beromünster 463, 469, 554.
Silvio Enea (Piccolomini), s. Papst Pius II.
Sinigaglia 180.
Sinzig 494, 499.
Sixtus I., Papst 84.
Sixtus IV., Kardinal von San Pietro in Vincoli (Francesco della Rovere), Papst 6, 11, 49, 371, 382, 445, 452, 531—532, 533, 560, 569, 585, 587, 601, 607, 616, 619, 625, 633—634, 638, 641—656, 657—665, 667—672, 673, 674, 696, 698, 705, 707, 716, 720—725.
Sixtus, Bischof von Freisingen 458.
Skop, Nikolaus, Kastellan zu Auschwitz 164.
Skutari, in Albanien s. Scutari.
Slawisch 22, 43.
Slavonien 143.
Smolle, Burg in Mähren 170.
Soissons 547.
Soldin, Vertrag von 64—66.
Soleuvre, im Luxemburgischen 525, 526, 527, 528, 531, 532, 547, 549, 566, 576.
Solothurn 252, 561, 623.
Somme, Fluß 524.
Sonnenberg, Graf Ulrich von 465.
Sophie, von Polen, Tochter König Kasimir IV. 303.
Spanien 12, 14, 16, 17, 22, 721.
— König von 450.
Spanier 9, 17.
Spanisch 17, 679.
Sparneck, Otto von 92.
Speier, Stadt 198, 258, 472, 475, 480.
Speier, Bistum 38, 673.
— Bischof von (Matthias Ramung) 91, 198, 300, 305—308, 349, 362, 364, 388, 418, 691.
Spielberg, bei Brünn 103, 104, 135, 158, 160, 165, 169, 204.
Spoleto 180.
Spremberg 119.
Sprenger, Dominikaner 645.
Stad, Hans von, Bürgermeister von Straßburg 251, 272.
Stanislaus, von Leitmeritz 325.
Stargard, Land von 310.
Starhemberg, der Junge von 116.
— Rüdiger von 387.
Stefan, Woiwode der Moldau 144, 145, 505, 587.
Stefan, von Pfalz-Veldenz, Dompropst zu Köln 422, 485.
Staufen, Ritter Trudbert von 535.
Steier, in Oberösterreich 89, 136, 190, 594, 600.
— Pfleger von 191.
— Fürst von (Steiermark), s. Kaiser Friedrich.
Steiermark 117, 137, 190—191, 192, 193, 194, 216, 233—234, 236, 275, 266, 477, 629, 631, 707, 718.
Steirisch 117, 175, 176, 233, 342, 600, 608.
Stein, Hertnid von, Domdechant zu Bamberg 59—60, 432, 435.
Stein, Jörg von 35, 89, 90, 109—110, 116, 118, 135—136, 137, 227, 280—283, 286, 317, 318, 531, 542, 561, 569—571, 587, 615.
Stein, in Niederösterreich 544, 545, 604.
Steinbach, die, böhmische Ritter 245.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Steine, die, Hügel bei Köln 501, 505, 510, 511, 513.
Steyr, s. Steier.
Sten Sture, schwedischer Reichsverweser 57.
Sternberg, Stadt in Mähren 219—224.
Sternberg, Schloß in Böhmen 100.
Sternberg, der, die 98, 99, 153, 315.
Sternberg, Johann von 154.
Sternberg, Jaroslaw von 103, 119, 312, 336.
— der (Zdenko) 130, 141.
— Zdeslaw von 169, 609.
— Zdenko von 33, 56, 75—76, 77—78, 79, 99, 102, 103, 105, 118—119, 128, 129, 130, 131, 132, 148, 149, 153, 162, 164, 166, 167, 168, 170, 204, 205, 210, 215, 222, 223, 224, 232, 279, 312, 328, 329, 333—335, 337, 374, 419, 539, 592, 593.
Sternbergisch 127, 153.
Stettin, Herzogtum, Lande von 59—68, 110, 407.
— Stände von 61.
Stettin, Stadt 60, 62, 66, 67.
Stieber, Albrecht, Ansbachischer Diplomat 142.
Stockerau, in Niederösterreich 138, 150, 153.
Stormarn, Landschaft 454.
Stockholm 57.
Strabo 348.
Strahow, Abt von 84.
Strakonitz 105.
Straßburg, Stadt, 259, 388, 396, 412, 415, 416, 417, 418, 442, 463, 479, 511, 561, 562, 570, 571, 704.
— Bischof von (Ruprecht von Bayern) 198, 258, 305, 307, 442, 461.
— Stift von 430, 644.
— Propstei von 665, 673.
Strehlen, in Schlesien 132.
Stubenberg, Hans von 194, 297, 342—344.
— Kaspar von, Dompropst zu Salzburg 666.
Stuhlweissenburg, in Ungarn 545.
Stuttgart 245.
Süddeutsch, s. Deutsch.
Süditalien, s. Italien.
Sulz, Alwin, Graf von, kaiserlicher Rat 216, 400, 401, 417, 420, 426.
— Rudolf, Graf von, kaiserlicher Rat 486.
Sulz, Stadt und Burg 301.
Sundgau 249, 251, 252, 253, 257, 267, 397, 466.

Tajax, bei Znaim 154.
Tann, im Elsaß s. Thann.
Tarent, Prinz Friedrich von 507, 559, 560.
Tarvis, in Kärnthen 629.
Tauber, Fluß 453.
Tatare 540.
Tazitus 348.
Teano, s. Ursus.
Tein, am, Kirche zu Prag 322.
Terni 180.
Tetschen, in Nordböhmen 170.
Tettau, Wilhelm von, ungarischer Heerführer 590.
Thann, im Elsaß 267, 464.
Thaya 153, 155, 156.
Teano, Bischof von, s. Ursus.
Therouenne 679.
Thiengen 251, 252.
Thierstein, Graf Oswald von, österreich. Landvogt in den Vorlanden 562—563.
Thorn, Frieden von 149.
Thüngen, s. Nikolaus.
Thurgau 248.
Thüringen, Herzog von, s. Wilhelm.
Thüringen, Landschaft 326, 368.
Thüringisch 503.
Tierstein, Graf Wilhelm von 116.
Tirol 176, 185, 308, 344, 391, 393, 438, 465, 493, 534, 236.
— s. Sigmund, Erzherzog von Österreich.
Tirolisch (Tiroler) 175, 190, 193, 214, 258, 284, 285, 396, 428—429, 438, 462.
Tobel, steierisches Schloß 298.
Tobitschauer, s. Zinnenburg.
Toggenburg, Herr Hans von 535.
Toul, Bistum von 432.
— Stadt 507.
Tournay, 576, 620, 627, 628.
Towantschowsky-Tobitschauer, s. Zinnenburg.
Trautmannsdorf, der von 136.
Trezka, Burian, von Lipa 171, 336.
Trebitsch, in Mähren 156, 158, 159.
Tremouille, de la, französischer Heerführer 506.
Trient, Stadt
Trient, Bischof von, s. Hinderpach.
Trier 402, 410, 411, 417, 421—437, 439, 440, 442, 449, 455, 456, 461, 469, 471, 487, 505, 517.
— Territorium und Herrschaft von 519, 649.
— Kirche 649.
Trientinisch 193, 688.
Triest 187, 193, 233, 290, 296.
— Bischof von 296.
Troppau 444, 447, 450—451.
Troyes 260.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Truchseß, Martin, Großmeister des Deutschherrenordens 610, 616.
Tschechisch 638.
Türke, Türken 25, 46, 47, 48, 74, 99, 109, 144, 145, 146, 147, 182, 184, 185, 187, 193, 231—232, 233, 234, 236, 237, 274, 277, 279, 295, 296, 307, 335, 352, 355, 359, 364, 366, 370, 371, 372, 373, 376, 403, 408, 415, 425, 426, 427, 429, 432, 434, 442, 454, 476, 477, 484, 538, 544, 585, 586, 587, 588—589, 593, 599, 600, 604, 605, 614, 618, 629—630, 649, 663, 666, 668, 669, 675, 677, 678, 682—684, 685—688, 690, 691—696, 698—705, 709, 714, 717, 722, 740.
Türke, der, s. Mohammed II.
Türken-, Türkisch 21, 22, 34, 68, 72, 92, 94, 99, 109, 114, 115, 142, 174, 182, 184, 187, 231—232, 289, 294, 296, 299, 304, 305—307, 317, 318, 346, 347, 349, 350, 351, 366, 371, 372, 376, 383, 398, 402, 405, 408, 412, 426, 427, 428, 444, 457, 459, 475, 476, 504, 555, 590, 601, 607, 608, 614, 617, 629—631, 649, 662, 666, 668, 669, 678, 682—684, 685, 688, 709—709, 712, 719.
Tulln, in Niederösterreich 600.
Tunkl, Georg, von Asbrunn, mährischer Ritter 202, 237.
Turkmenen, s. Usun Hassan.
Turnau, in Nordostböhmen 161.
Tyrnau, in Nordwestungarn 147, 149.

Udine 600.
Ujlaki, Nikolaus, (Titular-) König von Bosnien 159.
Ulm 110, 113, 245, 450, 475, 511, 689, 702.
Ulrich, Graf von Württemberg 71, 196, 198, 243—245, 246—247, 258, 410, 487, 498, 570, 654.
Ulrich (von Nußdorf), Bischof von Passau 62, 93, 110, 113—114, 115, 167, 198, 225, 234, 542, 594.
Ulrich, Bischof von Gurk 71.
Ungar, der, die 149, 153, 158, 159, 167, 204—208, 209, 240, 278, 290, 313—315, 321, 324, 331, 335, 337, 341, 365, 366, 403, 447, 451, 540, 547, 570, 585, 598, 599, 601, 602, 603, 604, 605, 610, 622, 629, 632, 669, 684, 686, 689, 718, 727, 731.
— der, s. Matthias.
Ungarisch 47, 74, 92, 123, 143, 144, 145, 152—160, 175, 176, 190, 194, 197, 198, 199, 201, 203—208, 210—213, 215, 216, 218, 222, 223, 224—226, 230, 233, 235, 236, 239, 275, 280, 288, 289, 295, 296, 307, 311—320, 321, 325—336, 338, 343, 356, 364—365, 374—379, 381, 389, 390, 403, 429, 443—449, 538—547, 587, 590—592, 597—600, 602, 604, 609—616, 620, 625, 663, 677, 682—688, 689, 706, 707, 708—710, 718, 733, 735.
Ungarisch-Hradisch, s. Hradisch.
Ungarn 9, 12, 17, 18, 20, 21, 25, 36, 42, 46, 55, 71, 73, 99, 123, 125, 126, 129, 142—144, 145—160, 162, 163, 164, 168, 173, 177, 193, 201, 204, 214, 236, 240, 274, 289—290, 295, 312, 316, 317, 321, 332, 337, 338, 346, 355, 356, 365, 366, 370, 374—382, 384, 397, 398, 402, 405, 407, 408, 425, 434, 442, 443, 444—449, 455, 476, 477, 478, 489, 507, 531, 534, 537—547, 564, 584, 586, 588, 590, 592, 595, 603, 611—616, 618, 628, 638, 639, 674, 676—678, 708, 712, 715, 717, 722, 727, 733, 739.
— König von, s. Matthias.
— Krone von 23.
— Herrscher von, König von, der von, s. Matthias (Corvinus).
— Könige von 603.
— Ober- 143, 539.
— Süd- 277.
Unterwalden 394, 550.
Urbino, Federigo von 721.
Uri 394, 550, 623.
Ursula (von Brandenburg), Gemahlin Herzog Heinrichs von Münsterberg 67.
Ursula von, Brandenburg 739.
Ursus de Ursinis, Bischof von Teano, päpstlicher Legat 709, 712, 714, 716.
Usun Hassan, Turkmenenherrscher 476, 505.
Utrecht, Bischof von, s. Daniel.
— Bistum von 432, 673.
— Stadt 628.

Valenciennes 577.
Vatikan 78, 718.
Vaudemont, Grafschaft 555.
Vaumarcus, Schloß am Neuenburger See 553.
Veldenz, Graf von, s. Ludwig.
Veldenzer, die 488.
Venedig, Territorium, Herrschaft von 25, 36, 172, 178, 179, 182, 184, 186—187, 188, 193—194, 232, 233, 236—237, 295, 349, 364, 398, 462, 478, 507, 531, 600, 606, 630—631, 640, 670, 678, 685—688, 721, 722, 724, 725.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Venedig, Stadt 34, 36, 155, 382.
Venediger, s. Venetianer.
Venetianer, Venetianisch 83, 194, 236, 290, 295, 296, 354, 359, 415, 599, 602, 630, 678, 709.
Verdun, Bistum von 132.
— Stadt 507, 625.
Vervieres, im Jura 551.
Vesprim, Bischof von 364—366, 446, 586.
Vierzehnheiligen, Wallfahrtsort bei Bamberg 370.
Viktorin (von Kunstadt und Podiebrad), Herzog von Münsterberg, 1463—1467 Landeshauptmann in Mähren 34, 74, 79, 88, 100, 104, 123, 131, 137, 138, 144, 148, 150, 150, 151, 153, 155, 156, 158—160, 170, 192, 205, 219, 240, 325, 329, 332, 333, 338, 344, 443—444, 446.
Villach, in Kärnthen 288, 296, 308.
Villingen 257.
Visconti, mailändisches Herzogshaus 173, 508.
Viterbo 186.
Vitéz, Johannes, s. Johannes.
Vitzthum, der, die von 282, 284, 285, 286, 340.
— Bernhard von 318.
— Christof von 591.
Völkermarkt, in Kärnthen 193, 194, 288, 296—297, 298—300.
Vöttau, s. Lichtenburg.
Vogesen 568.
Voigtland 323.
Voitsberg, in Kärnthen 295.
Volkenstorff, Georg von, kaiserlicher Rat 387.

Wadt, die 548, 551, 552, 554, 562.
— Graf der, s. Jakob von Romont.
Wälsch 167, 190, 297, 424, 474, 569.
Wälschtum 471.
Wald, Schloß in Niederösterreich 137.
Waldstätte 464, 549.
Waldemar II. König v. Dänemark 52, 53.
Waldemariana (constitutio) 53.
Waldner, Georg, kais. Protonotar 719.
Waldshut 177, 251—253, 256, 267, 272, 391.
— Richtung v. 255, 256, 257, 259, 267, 269, 272, 273.
Waldstädte 251, 253, 254.
Wallache 144.
Wallachei 587.
Wallachisch 147, 163, 376.
Walliserland 548.
Wallone 626.
Wallonisch 679.
Walther (auf der Flue), Bischof v. Wallis 548, 550.
Wartenberg, Johann von 170.
Wartislaw, Herzog v. Wolgast und Bardt 310, 615.
Weck, Kaspar, kaiserl. Agent 733.
Wecker, Graf Simon, von Bitsch 555, 561.
Wedel, Dr. Matthias von, Pommerscher Sachwalter 62—63.
Weißenbach, Dr. Johann, sächsischer Rat 318, 321.
Weißenburg i. E., Reichsstadt 300—302, 304, 361, 388, 458, 713.
Weißenburg i. F., Reichsstadt 309, 388.
Weitmühl, Benedikt (Benesch von), Burggraf von Karlstein 35, 205, 222, 225, 341, 446, 592, 613.
Welfenbesitz 10.
Wels 604.
Welwarn (Felbern), nordwärts von Prag 87.
Wenden, König der (Christian I. v. Dänemark) 55.
Wenden (Land) 64, 310.
Werdenberg, Graf Haug von 71, 113—114, 115, 198, 409, 426, 432—433, 460, 472, 508, 515, 535, 534, 601, 605, 682—684, 690—704, 705, 711, 712, 714, 717, 728—733.
Wertheim 140.
— Graf Hans von 713.
Wesseli, in Mähren 240.
Westeuropa s. Europa.
Westfälisch 501, 511.
Westfalen 493, 410, 660.
Westminster 15.
Westpreußen s. Preußen.
Wiborg 50.
Wien 31, 35, 116, 138, 185, 239, 239, 240, 247, 276, 277, 282, 283, 288, 296, 318, 319, 411, 544, 594, 597, 600, 601, 602—604, 605, 907, 651, 689, 703, 705, 715, 718, 727, 731, 735.
— Bistum von 633, 650, 651.
— Bischof von (Leo von Spauer) 733.
— Propst von 703.
Wiener 28, 172, 324.
Wienerisch 31.
Wienerisch(Wiener)-Neustadt 60, 62, 65, 90, 113, 185, 192, 277, 278, 279, 384, 385, 650, 666, 703.
Wienerwald 598.
Wildenberg s. Ebran.
Wildon, in der Steiermark 192, 233—234.
Wilemow, südl. v. Kuttenberg in Böhmen 206, 208, 209, 215, 216, 221, 234, 285, 585.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Wilhelm (d'Estouteville), Kardinal v. Ostia 179, 181.
Wilhelm, Bischof von Eichstädt 198, 202, 212, 305, 307, 349, 352—353, 355, 418, 422, 427, 440, 456, 458, 472, 489, 515, 691, 701, 710—711, 712, 714—715, 732.
Wilhelm, Herzog von Sachsen-Thüringen 34, 46, 102, 199, 234, 237, 238, 240, 245, 249, 305, 307, 389, 406, 407, 482, 503, 619, 691, 696.
Wilhelm, Markg. v. Montferrat 186, 721.
Wilhelm, Graf von Holland 262.
Wilhelm, Herzog von Jülich 416.
Wilsnack 56.
Wiltschek, Wenzel, böhmischer Heerführer 159, 205.
Windisch-Feistritz, in der Steiermark 192.
Windischgrätz, Ruprecht von 117.
Windische Mark 356.
Windsheim 388.
Wirsperger, die 638.
Wittelsbach, Haus 202, 306.
Wittelsbacher 37, 56, 69, 71, 82, 116, 196, 201, 203, 208, 219, 234, 238, 244, 245, 302, 306, 362, 388, 430, 440, 478. 528, 567.
Wittelsbachisch 38, 306, 478, 617.
Wittowetz, die (Grafen von Zagorien) 190.
— Jorg von 600.
— Johann von 600.
Wladislaw II., König von Böhmen 18, 230, 329—336, 337—341, 364, 373—385, 389, 429, 443—449, 450—451, 454, 456, 476—477, 489, 493, 508, 538—543, 546, 547, 579, 580, 590—592, 593, 595—598, 603, 609—614, 615—617, 691, 706, 717, 739.
Wolfgang, Herzog von Bayern-München 354, 355, 404, 456.
Wolgast (u. Bardt), Herz. v. 60—68, 310.
Wolgastisch 60.
Woodville, Lord s. Rivers.
Worms, Bischof von 108, 388, 418, 434.
Wormsisch 511, 649.
Württemberg, Haus von 243, 246, 258, 264, 390, 407, 418, 717, 731.
Württemberg, Grafen von 418, 472, 704.
Württembergisch 246.
Würzburg, Bischof von 91, 110, 197, 198, 305, 307, 349, 691, 704, 714, 717.
Würzburg, Stadt 371, 491, 493, 494, 737, 738.
Wyschehrad, Dompropst von, s. Rabenstein.

Xanten, am Rhein, Propst v. (Heßler) 525.

Yverdon 551.

Zápolya, Emmerich v., Erbgraf der Zips 145, 158, 602.
— Stephan von 540.
Zarnowitz 45, 46.
Zbirow, in Böhmen 85.
Zderas, in Prag s. Zidek.
Zeleny, Joh., von Schönau, Söldnerführer 385, 386, 590, 598, 616, 707.
Zeus 5.
Zeuskultus 7.
Zidek, Paul, Propst am Zderas und Sekretär König Georgs von Böhmen 124, 162, 230—231.
Zinnenburg (Tobischauer v.), der, die 337.
Zinnenburg (Cimburg), Johann Jičinsky von 124, 171, 612.
— Ctibor Tobitschauer v. 170. 333—336, 341, 611.
Zips, Erbgraf von s. Zápolya.
Zips, Landstrich 379.
Zirkwitz 44.
Znaim 89—90, 103, 150, 152, 153, 154, 156, 159, 328, 373.
Zollern, Joß Nikolaus, Graf v. 246, 702.
Zons, am Rhein, unterhalb Köln, 510, 511, 512, 513, 516.
Züphten 398, 433, 505.
Zürich 261, 393, 419, 550, 622, 623, 657.
Züricher 252, 415, 548.
Zug 394, 415, 550.
Zuger 252.
Zizka, böhmische Heerführer 35.

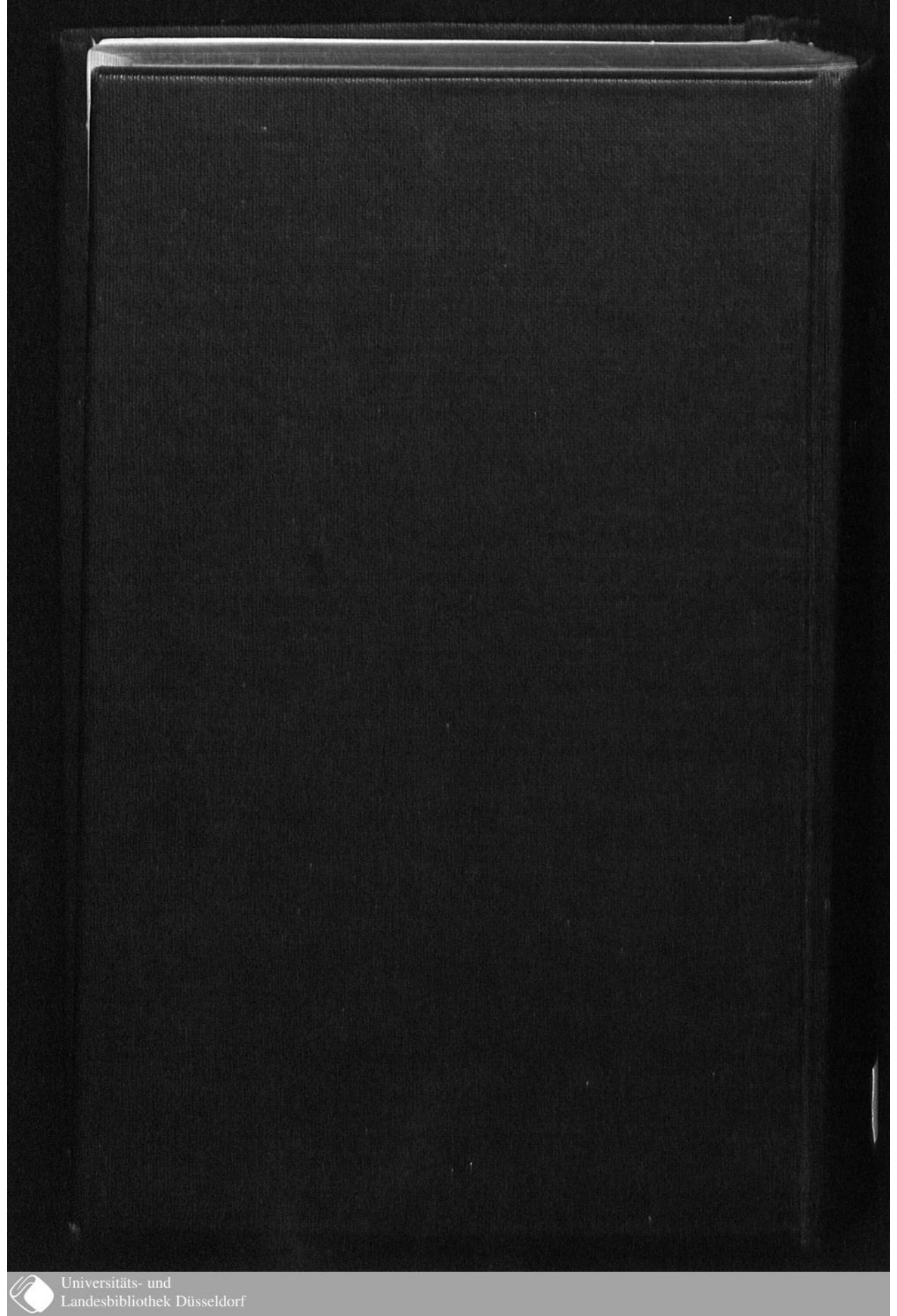
Berichtigungen.

S. 159, Z. 15 v. u. lies: Pentecostes.
S. 206, Z. 8 v. u. lies: Reimchronik.
S. 265, Z. 17 v. o. lies: Meere.
S. 303, Z. 12 v. u. und mehrmals lies: Johann v. Trier.

Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf


Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf